

ANTRAGSBUCH

www.jusos.de

BUNDESKONGRESS DER
JUNGSOZIALISTINNEN 2015

Bremen, 27.-29.11.2015

Nach I.4cc der Richtlinie für Tätigkeiten der Arbeitsgemeinschaften in der SPD hat der Juso – Bundesvorstand den Antragsschluss auf den 16. Oktober 2015 festgelegt. Die vorliegenden Anträge wurden fristgerecht eingereicht.

Die Gliederungen der Anträge und die Vergabe der Antragsnummern stellen keine inhaltliche Bewertung der vorliegenden Anträge dar.

Die Antragskommission hat der Sortierung der Anträge in der Reihenfolge zugestimmt. Die Antragskommission empfiehlt, alle Anträge auf Grund ihrer politischen Bedeutung dem Kongress zur freien Entscheidung zu überlassen.

Impressum

Herausgeber:

Jusos in der SPD
Willy-Brandt-Haus
10963 Berlin

**Für den Inhalt der Anträge sind die
jeweiligen Antragsteller verantwortlich.**

Satz und Layout:



Das KonferenzKoordinationsSystem

KoKoS 2.4, © 2015 Fabian Parsch

Druck:

Druckerei Nolte, Iserlohn
(www.druckereinolte.de)

Bundeskongress, 27.-29.11.2015

A Arbeitsprogramm

A 1	Bundesvorstand	Arbeitsprogramm 2015 - 2017 - Bewegt euch!	13
-----	----------------	--	----

B Beschäftigung & Gute Arbeit

B 1	Projekt Zukunft der Arbeit über den Juso Bundesvorstand	Andere Arbeitszeiten sind möglich!	26
B 2	Saarland	Missbrauch von befristeten Arbeitsverträgen stoppen!	30
B 3	Hessen-Süd	Solidarischer Wohlfahrtsstaat: Arbeit und Leben	32
B 4	Bayern	Mindestlohn ohne Ausnahme	35
B 5	Hessen-Nord	Mindestlohn ausbauen!	37
B 6	Thüringen	Finanzielle Situation von Beschäftigten in Werkstätten für behinderte Menschen verbessern	39
B 7	Sachsen-Anhalt	Keine Quantifizierung des Alltags durch Arbeitgeber oder Versicherer	43
B 8	Hessen-Süd	Solidarischer Beschäftigungssektor (SBS)	44
B 9	Saarland	Ausbeutung in den Pflegeberufen stoppen	48

C Chancengleichheit, Bildung & Ausbildung

C 1	Projekt Transformation der Juso Bundesvorstand inklusive Ganztags Gesamtschule!	Damit Schule endlich ein toleranter und gerechter Lern- und Lebensort für SchülerInnen jedweder Herkunft wird: Für eine inklusive Ganztags Gesamtschule!	50
C 2	Hessen-Süd	Teilzeitstudium einführen - Flexibilität ermöglichen!	55
C 3	Baden-Württemberg	Das Berufsbildungsgesetz novellieren!	56
C 4	Hamburg	Gerechtes Studierenden- und Auszubildendenleben in Deutschland – Zwickau ist nicht Hamburg, Freiberg ist nicht München!	62
C 5	Hannover	Bafög für alle - Bildungsgerechtigkeit ermöglichen	63
C 6	Juso SchülerInnen und Auszubildendengruppe über Juso Bundesvorstand	Modularisierte Oberstufe	65
C 7	Braunschweig	„Bildung heißt Teilhabe“ - 10 Thesen zum Thema Bildung	66
C 8	Baden-Württemberg	Gleichstellung von Auszubildenden und Gerechtigkeit bei schulischer Ausbildung	71
C 9	Hannover	Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses in Deutschland stärken	72
C 10	Hessen-Süd	Änderung der Zusagefrist für Studienplätze in Deutschland	73
C 11	Nord-Niedersachsen	Bereitstellung eines zinsfreien Darlehens für Studierende ohne BafÖG-Anspruch	74

D Demokratie, Partizipation & Kampf gegen Rechts

D 1	Nordrhein-Westfalen	Wir Jusos als Antifaschistinnen und Antifaschisten	76
D 2	Bayern	Kein Verständnis für Menschenfeindlichkeit – Nein zu PEGIDA, AfD und Co	81
D 3	Hannover	Wider Pegida: Rechtsradikalismus überall bekämpfen	84
D 4	Hannover	Gedenken 70. Jahre nach dem Ende des Nationalsozialismus - wie muss es weitergehen?	85
D 5	Baden-Württemberg	Vergangenheit aufarbeiten - Unrecht durch sexuelle Gewalt an Kolonial- und NS-Opfern anerkennen	89
D 6	Hessen-Süd	Parlamente brauchen Druck der Straße - Politischen Streik ermöglichen	90
D 7	Sachsen-Anhalt	Demo-Sold erhöhen - Demokratie stärken	91
D 8	Hannover	Unser Umgang mit Antisemitismus	92
D 9	Hessen-Süd	Der solidarische Wohlfahrtsstaat – Freiheit statt Grundrechtsverletzungen	96
D 10	Hannover	Gegen ein „Familienwahlrecht“	99
D 11	Hannover	Kein Frieden mit den Friedenswinter - gegen Antisemitismus, Querfront und völkisches Gedankengut.	101
D 12	Rheinland-Pfalz	Nichtwähler_innen auch eine Stimme geben!	104
D 13	Hessen-Nord	Programm gegen den Überwachungsstaat	105
D 14	Sachsen	Ey Deutschland du Opfer! – Staatsbeleidigung ist keine Straftat	106

E Europa

E 1	Berlin	Συγγνώμη heißt Entschuldigung! Aufarbeitung der deutschen Schuld heißt gemeinsame Zukunft	108
E 2	Nordrhein-Westfalen	Am Stammtisch angekommen – Eine Kritik der sozialdemokratischen Europapolitik	111
E 3	Baden-Württemberg	EU Transparenz-Register weiterentwickeln	116
E 4	Rheinland-Pfalz	Roaming-Gebühren in Europa konsequent abschaffen	117
E 5	Berlin	Jetzt erst recht! Beitrittsverhandlungen mit der Türkei wieder intensivieren	118
E 6	Hannover	Europäische Schuldenstrategie überdenken	121
E 7	Nordrhein-Westfalen	Europa aktiv leben – gegen nationales Geklüngel – für eine wahrhaft europäische Bewegung	122

F Frieden & Internationales

F 1	Projekt Zukunft Europas über den Juso Bundesvorstand	Leitlinien europäischer Friedenspolitik	126
F 2	Hessen-Nord	Für eine neue sozialdemokratische Entwicklungspolitik	130
F 3	Schleswig-Holstein	Ostpolitik 3.0 – Sozialdemokratische Wege aus der Ukraine-	133

Krise

F 4	Berlin	Entwicklung post-2015 - Von einer neuen Agenda zu einem neuen Paradigma	138
F 5	Hessen-Süd	Die humanitäre Katastrophe in Syrien muss gestoppt werden. Resolution für ein Ende der Gewalt durch erneute Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien	150
F 6	Sachsen	Menschenrechte statt Aufrüsten! – Stopp des deutsch-mexikanischen Sicherheitsabkommen	153
F 7	Hannover	Deutschland als verantwortungsvolle Friedensnation - Informations- und Vetorecht für den Bundestag vor Waffenexportentscheidungen	156
F 8	Hessen-Süd	Keine Kampfdrohnen für die Bundeswehr!	157
F 9	Berlin	Neue Sicherheitsarchitektur in Europa und die Unterstützung der Ukraine	159
F 10	Thüringen	Völkermord an den Herero und Nama vollständig aufarbeiten	162

G Gleichstellung, Feminismus & Gender

G 1	Nordrhein-Westfalen	Gender Mainstreaming in der Stadt- und Regionalentwicklung	165
G 2	Hannover	We Want Sex Equality! - Grundlagen einer feministischen Gesellschaft	168
G 3	Bayern	Gewalt gegen Frauen ist keine Privatsache – Für eine Verbesserung der Situation der Frauenhäuser und Beratungsstellen	171
G 4	Berlin	Kein Haushalt ist geschlechtsneutral! - Gender Budgeting endlich auch auf Bundesebene umsetzen	173
G 5	Nordrhein-Westfalen	„All the women who are independent...“ – Chancen einer produktiven Auseinandersetzung mit Pop und Feminismus	175
G 6	Hannover	Sexualisierte Gewalt ist Seelenmord	178
G 7	Hannover	Für einen emanzipatorischen Umgang mit gesellschaftlich konstruierten Rollenbildern und Stereotypen	180

I Inneres, Justiz & Verbraucherschutz

I 1	Berlin	Deutsche Staatsangehörigkeit für alle, die in Deutschland geboren werden	185
I 2	Hamburg	Mehr Rechtsstaat – Keine Vorurteile	186
I 3	Baden-Württemberg	Doppelpass trifft nicht jeden- doppelte Staatsbürgerschaft für alle!	189
I 4	Berlin	Ermittlungsverfahren gegen Polizist*innen – Einstellung nur durch einen richterlichen Beschluss	190
I 5	Hamburg	Einführung eines SMS-Notrufs – Hilfe für jeden und überall gewährleisten!	191
I 6	Sachsen-Anhalt	Abschaffung des Blasphemie Paragraphen	192
I 7	Sachsen-Anhalt	Verpflichtende Nährwertdeklaration auf alkoholischen Getränken	193

I 8	Hannover	Tag der Befreiung als gesetzlichen Feiertag	194
I 9	Hannover	Finger weg vom Bundesverfassungsgericht!	196
I 10	Berlin	Versammlungsfreiheit für alle garantieren	197
I 11	Mecklenburg-Vorpommern	Vermummungsverbot abschaffen!	198
I 12	Sachsen	Plastikkirschen – nein Danke!	200
I 13	Weser-Ems	Landwirtschaft und Verbraucherschutz gerechter gestalten	201
I 14	Berlin	Juristische Aufklärung der Geheimdienstskandale	203
I 15	Hannover	Qualitätssicherheit für Fair Trade & Bio-Siegel in der Europäischen Union	204
I 16	Bayern	Flächendeckende Gefangenenseelsorge	205
I 17	Berlin	Sofortige Ersetzung des „Rasse“-Begriffes im Grundgesetz und der Berliner Landesverfassung!	207
I 18	Bayern	Drogenpolitik - akzeptierend, regulierend, präventiv	208
I 19	Thüringen	Progressive Drogenpolitik	216
I 20	Saarland	Drogenprävention durch Aufklärung	221

K Kommunales, Mieten & öffentliche Daseinsvorsorge

K 1	Bayern	Strengere und klarere Regeln für die Mietpreisbremse	224
K 2	Hessen-Süd	Soziales Wohnen soll sich lohnen – Für die Wiedereinführung der Wohnungsgemeinnützigkeit	226
K 3	Sachsen-Anhalt	Wahlrecht auf kommunaler Ebene für Ausländer mit Aufenthaltsgenehmigung	228
K 4	Hessen-Nord	Bezahlbarer Wohnraum für Alle	229
K 5	Hessen-Süd	Resolution: Rekommunalisierung öffentlicher Daseinsvorsorge - Privatisierung den Kampf ansagen	230
K 6	Braunschweig	Wohnheimslotterie 9 aus 100? Für ausreichenden Wohnraum für Studierende, überall!	231

L Links Leben

L 1	Bundesvorstand	Links Leben!	235
-----	----------------	--------------	-----

M Migration, Integration, Asyl- & Flüchtlingspolitik

M 1	Nordrhein-Westfalen	Es geht um Menschen! Resolution zur aktuellen Flüchtlingskrise in Europa und Deutschland	251
M 2	Thüringen	Die Zeit ist jetzt für Solidarität mit Geflüchteten! Refugees welcome – all of you!	257
M 3	Bremen	Bleiberecht	263
M 4	Baden-Württemberg	Stoppt das Sterben im Mittelmeer	266
M 5	Weser-Ems	Grundsätze der Asylpolitik	268

M 6	Sachsen	Freizügigkeit gilt für Alle – humanitäre Neuordnung der europäischen Flüchtlingspolitik jetzt!	272
M 7	Hessen-Süd	Die Architektur jungsozialistischer Asylpolitik	273
M 8	Hannover	Asylrechtsverschärfung stoppen! – Unterstützung des „Bündnisses für Bedingungsloses Bleiberecht“ Für ein solidarisches Miteinander statt Ausgrenzung. Keine Verschärfung des Asylrechts!	290
M 9	Nord-Niedersachsen	Resolution: Echte Hilfe für die Flüchtlinge des „IS“ Terrors - humanitäre Katastrophe verhindern!	292
M 10	Hannover	Aktive Flüchtlingshilfe für Syrien, jetzt!	293
M 11	Rheinland-Pfalz	Grundlagenantrag Asyl	294
M 12	Saarland	Die Architektur jungsozialistischer Asylpolitik	308
M 13	Nord-Niedersachsen	Verbesserung für Asylsuchende	322
M 14	Hessen-Nord	Menschenwürdige Mindeststandards für die Unterbringung von Asylsuchenden und Flüchtlingen in Gemeinschaftsunterkünften	324
M 15	Baden-Württemberg	Gleiche Behandlung von Asylsuchenden in der Gesundheitsfürsorge	328
M 16	Bayern	Offener und kostenfreier Internetzugang in Flüchtlingsunterkünften	329
M 17	Berlin	Störerhaftung abschaffen, freies WLAN und Internetzugang für Geflüchtete ermöglichen	330
M 18	Baden-Württemberg	Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen	332
M 19	Sachsen	Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge – besonderer Schutz, besondere Verantwortung	334
M 20	Berlin	Der Westbalkan ist nicht sicher! Nein zum Konzept „sicherer Herkunftsstaaten“!	337
M 21	Braunschweig	Pro Asyl gegen Eurosur	339
M 22	Sachsen	Dauerhaftes Bleiberecht für Opfer rassistischer Gewalt	342
M 23	Berlin	Antrag zur Erweiterung des Resettlement-Programms des Bundes	343
M 24	Bayern	Regelung zu sicheren Herkunftsstaaten im Asylrecht abschaffen	345
M 25	Bayern	Ehebestandszeit abschaffen!	347
M 26	Hannover	Asyl dort beantragen, wo es schließlich gebraucht wird!	349
M 27	Sachsen-Anhalt	Krankenversicherungskarte für Flüchtlinge und Asylbewerber_innen	351
M 28	Hessen-Nord	Lets talk about Islam- with Muslims!	352
N Netzpolitik, Medien, Datenschutz & Digitales			
N 1	Hessen-Süd	Digitalisierung braucht jungsozialistische Grundlinien!	355
N 2	Berlin	Gegen eine Deregulierung des Datenschutzes!	358
N 3	Baden-Württemberg	Keine Grenzen für den Verleih elektronischer Medien durch	360

öffentliche Bibliotheken

N 4	Saarland	Vor dem Hintergrund der netzpolitik.org-Affäre: Pressefreiheit stärken!	361
N 5	Nord-Niedersachsen	Ausbau von barrierefreien Inhalten bei den öffentlich-rechtlichen Medienanstalten	363

O Organisation & Partei

O 1	Sachsen	Innerparteiliche Mitbestimmung stärken – Für einen fairen Mitgliederentscheid	365
O 2	Saarland	Sozialdemokratische Basisdemokratie stärken!	367
O 3	Rheinland-Pfalz	Satzungsänderung der Frauenquote in eine Geschlechterquote	368
O 4	Schleswig-Holstein	Reform des SPD Parteikonvents	369
O 5	Berlin	Gründung der Gruppe: SAIGA (Selbsthilfe zum Abbau von Intra-rollenkonflikten von Genoss*innen / Arbeitnehmer*innen in der SPD)	371
O 6	Bayern	Ausgewogene Verpflegung auf dem Bundeskongress	372
O 7	Saarland	Verköstigung	373
O 8	Hessen-Nord	Schluss mit der Papierflut! Umweltschutz fängt im Kleinen an	375
O 9	Hessen-Nord	Aufbau einer digitalen Infrastruktur	376
O 10	Berlin	Die SPD achtet auf Mitmenschen und Umwelt – auch bei ihren Give-Aways!	377
O 11	Hannover	Abhängigkeiten vermeiden - Transparenz schaffen - Spendenkodex installieren	378
O 12	Hessen-Nord	Jusos gehen voran und verschlüsseln ihre Kommunikation	380

P Pflege, Gesundheit & Soziales

P 1	Berlin	Situation in der Pflege verbessern - Gute Pflege sichern!	383
P 2	Baden-Württemberg	Impfpflicht	385
P 3	Hessen-Nord	Impfpflicht einführen	386
P 4	Hannover	Zeit für eine unabhängige STIKO (Ständige Impfkommission)	387
P 5	Berlin	Impfung als wichtiges Mittel solidarischer Gesundheitspolitik stärken	388
P 6	Saarland	Auseinandersetzung mit dem Thema Sterblichkeit	390
P 7	Nordrhein-Westfalen	Für ein selbstbestimmtes Lebensende	392
P 8	Hamburg	Nationale Aufklärungskampagne über Suizid und psychische Krankheiten – Gesellschaftliche Tabus brechen	396
P 9	Hannover	„Du hast sie doch nicht mehr alle!“ - Gesellschaftlicher Stigmatisierung entgegenwirken und Versorgung psychisch erkrankter Menschen verbessern!	399
P 10	Brandenburg	Widerspruchslösung in der Organspende einführen	401
P 11	Hessen-Nord	Organspende	403

P 12	Rheinland-Pfalz	Hebammen unterstützen!	404
P 13	Hannover	Schutz der ärztlichen Schweigepflicht	408
P 14	Hannover	Leben retten mit Auffrischung von Erste-Hilfe-Kursen für FührerscheinbesitzerInnen	409
P 15	Baden-Württemberg	Generation Gerechtigkeit – Die Reform der sozialen Sicherungssysteme	410
P 16	Hamburg	Kostenlose Verhütung auch mit Kondom	418
P 17	Berlin	Kostenlose Verhütungsmittel für ALLE!	419
P 18	Berlin	Aufnahme der „Pulsoxymetrie“ in den Leistungskatalog der Kinderfrüherkennungsuntersuchungen U1 und U2 aufnehmen	420
P 19	Bayern	Stärkung der nicht-medizinischen Prävention im Rahmen des neuen Präventionsgesetzes (PrävG)!	421
P 20	Berlin	Mitbestimmung der Patientenvertreter*innen im Gemeinsamen Bundesausschuss (GBA)	423
P 21	Bayern	Verpflichtende Herausgabe von Medikamenten aus klinischen Studien zum Einsatz in der Individualtherapie	424
P 22	Rheinland-Pfalz	Rechtliche Regelungen für die neuen Assistenzhundarten	426
P 23	Baden-Württemberg	Flächendeckende medizinische Versorgung sicherstellen	427
P 24	Hamburg	Unterhalt während des FSJ, FÖJ und BFD	429
P 25	Baden-Württemberg	Kultur darf kein Privileg des vollen Geldbeutels sein	430
P 26	Hamburg	Verlängerung des Unterhaltvorschlusses!	431
P 27	Schleswig-Holstein	Reform des Wohngeldes	432

R Rente, Generationen & Familie

R 1	Hannover	Fortschrittliche Familienpolitik. Elterngerecht - kindergerecht - geschlechtergerecht.	435
R 2	Bayern	Für eine progressive Familien- und Gesellschaftspolitik	438
R 3	Hessen-Süd	Der solidarische Wohlfahrtsstaat: Für eine moderne Familien- und Elternpolitik	441

S Sonstiges

S 1	Baden-Württemberg	Generation Gerechtigkeit - Denn heute BeWegt morgen	445
S 2	Bayern	Weil ich's kann. Weil du's kannst. Weil wir's können.	456
S 3	Hessen-Nord	Keine Aufwertung von Sportveranstaltungen in undemokratischen Ländern durch Besuch politischer Repräsentant*innen	463
S 4	Brandenburg	Kennzeichnungspflicht für Echtpelzprodukte	464
S 5	Hannover	Neuregelungen bei den Terminen für die Sommerferien	466
S 6	Sachsen-Anhalt	Wildtierverbot im Zirkus	467
S 7	Hessen-Nord	Kastrationspflicht für Katzen und Kater	468

U Umwelt, Energie & Nachhaltigkeit

U 1	Hannover	Umfassendes Fracking-Verbot für ganz Deutschland	470
U 2	Rheinland-Pfalz	Schluss mit Lebensmittelverschwendung - Containern legalisieren	471
U 3	Hamburg	Schutz der Haie, zum Schutz der Menschen	473
U 4	Sachsen	Von Bienen und Blumen – unsere Maßnahmen zur Eindämmung vom Bienensterben	475
U 5	Hessen-Süd	Tierzucht mit Schwerpunkt „Tierwohl“	478
U 6	Hannover	Bezahlbarer Strom ist wichtig	479
U 7	Hannover	Energiewende unter ökologischen und sozialen Gesichtspunkten weiterentwickeln	482
U 8	Hessen-Nord	Die Unabhängigkeit bei Gas ausbauen	484

V Verkehr & Infrastruktur

V 1	Nordrhein-Westfalen	Zukunft gibt's nicht für lau! - Investitionen in Mobilität	486
V 2	Bremen	Verkehrspolitik	496
V 3	Brandenburg	Stärkung der Infrastruktur durch einen fairen Wettbewerb auf Straße und Schiene	499
V 4	Hessen-Nord	Sicherheit im Reise- und Fernbusbereich erhöhen	501
V 5	Sachsen	Mautpflicht für Omnibusse einführen!	502
V 6	Hessen-Nord	Maut für Fernlinienbusse	503
V 7	Bayern	Schnellere Lebensrettung durch Rettungsgasse!	504
V 8	Sachsen	Europäische Kerosinsteuer einführen!	505
V 9	Bayern	Leerrohrzwang beim Straßenbau für Glasfaser	506

W Wirtschaft, Finanzmärkte, Steuern & Kapitalismuskritik

W 1	Projekt Transformation	Die ökologischen Grenzen unseres Planeten respektieren! - der Wirtschaftsweise über Wohlstand statt Wachstum in den Fokus nehmen den Juso Bundesvorstand	509
W 2	Projekt Zukunft Europas über den Juso Bundesvorstand	Fairhandel statt Freihandel – Für eine solidarische, gerechte und demokratische Handelspolitik	519
W 3	Bremen	Handelspolitik	526
W 4	Hannover	Freihandel nicht um jeden Preis! Unsere Bedingungen für ein Transatlantisches Abkommen!	529
W 5	Hessen-Süd	TTIP und Ceta ? Nur zu unseren Bedingungen	532
W 6	Bayern	Nein zu TTIP und CETA!	535
W 7	Berlin	CETA ablehnen	537
W 8	Hannover	Demokratische Verhandlung und Kontrolle von Freihandelsabkommen	539
W 9	Nordrhein-Westfalen	Wachstum weiterdenken - Fortschritt und Nachhaltigkeit als	541

Leitplanken für ein gutes Leben

W 10	Nordrhein-Westfalen	Ökologische Transformation unserer Wirtschaft und Industrie	547
W 11	Hessen-Nord	Schluss mit der Ignoranz: SPD gegen Wirtschaftspartnerabkommen (EPAs)	550
W 12	Weser-Ems	Industrie 4.0 menschlich entwickeln!	552
W 13	Hannover	Kampf dem Steuerbetrug: „Insika“ einführen	554
W 14	Baden-Württemberg	Weniger Steuer auf Getränke	555
W 15	Hessen-Süd	Für eine alternative Wirtschaftspolitik	556
W 16	Bayern	Schluss mit neoliberalem Monetarismus! Für eine nachfrageorientierte Bekämpfung deflationärer Tendenzen im Euroraum	558
W 17	Weser-Ems	Moderne Wirtschaftspolitik in der Fläche zwischen Stadt und Land	563
W 18	Hessen-Süd	Echte Umverteilung – Jetzt!	565

Jusos in der SPD

Bundeskongress, 27.-29.11.2015

A **Arbeitsprogramm**

A 1	Bundesvorstand Arbeitsprogramm 2015 - 2017 - Bewegt euch!	13
------------	--	-----------

Titel Arbeitsprogramm 2015 - 2017 - Bewegt euch!

Antragsteller Bundesvorstand

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Arbeitsprogramm 2015 - 2017 - Bewegt euch!

- 1 **Arbeitsprogramm 2015 – 2017**
- 2 **Bewegt euch!**
- 3
- 4 Eine Welt, in der jeder Mensch frei und gleich ist und seine Lebensträume verwirklichen kann,
- 5 ist unser Ziel. Diese Welt ist gerecht und frei von Ausbeutung, Unterdrückung und
- 6 Diskriminierung. In dieser Welt haben alle dieselben Chancen, egal, welches Geschlecht sie
- 7 haben, egal, wo sie herkommen, egal, wo sie leben. Doch das ist nicht die Welt, in der wir
- 8 derzeit leben. Innerhalb kürzester Zeit vollziehen sich fundamentale Umwälzungen, deren
- 9 Auswirkungen weltweit spürbar sind. Ukraine-Krise, Bürgerkriege in Syrien und dem gesamten
- 10 mittleren Osten, die mörderische Bedrohung durch den IS und Boko Haram, sowie die
- 11 anhaltende Finanz- und Wirtschaftskrise, die nicht nur Griechenland fest im Griff hält. Viele
- 12 Entwicklungen spielen in der deutschen und europäischen Öffentlichkeit erst eine Rolle, wenn
- 13 sie auch unmittelbare Auswirkungen auf unsere Gesellschaft haben könnten. Beispiel dafür ist
- 14 die Ebola-Epidemie in Liberia, Guinea und Sierra Leone. Oder asiatische Produktionsstätten, in
- 15 denen Menschen unter unhaltbaren, sklavenähnlichen Zuständen für unsere Dumpingpreise
- 16 ihre Gesundheit riskieren. Die rasend schnelle Abfolge von immer neuen Entwicklungen lässt
- 17 uns kaum genügend Zeit, ernsthafte politische Antworten zu formulieren. Stattdessen treibt sie
- 18 PolitikerInnen in den reaktiven Krisenmodus, in dem niemals erneuert, sondern immer nur
- 19 repariert wird.
- 20
- 21 Ein ebenso prominentes, wie trauriges Beispiel dafür ist der aktuelle Umgang mit geflüchteten
- 22 Menschen und ihren Fluchtursachen. Ausgehend von globalen Ungerechtigkeiten, existentieller
- 23 Armut, Krieg und Unterdrückung sind Flucht- und Migrationsbewegungen die logische
- 24 Konsequenz. Und sie sind auch Ausdruck des dringenden Bedürfnisses nach einem Leben in
- 25 Sicherheit, Frieden sowie der gleichberechtigten Teilhabe am globalen Wohlstand. In Zeiten wie
- 26 diesen wird deutlicher denn je: Die Heilsversprechen des Kapitalismus kann dieser nicht
- 27 erfüllen.
- 28
- 29 Obwohl sich Millionen Menschen auf der Flucht befinden, kommt nur ein sehr kleiner Bruchteil
- 30 nach Europa und Deutschland. Mit dem Dublin-Abkommen und der damit einhergehenden
- 31 Drittstaaten-Regelung gelang es Deutschland über lange Zeit sich abzuschotten und andere
- 32 Länder, wie Italien und Griechenland, mit der Bewältigung der Aufgaben alleine zu lassen. Mit
- 33 dem teilweisen Außerkraftsetzen des Dublin-Abkommens kommen Geflüchtete nun auch nach
- 34 Deutschland. Tausende Menschen engagieren sich deshalb zur Zeit freiwillig in Initiativen,
- 35 Hilfsorganisationen und Unterkünften für die Schutzsuchenden. Die bunten, freundlichen
- 36 Willkommensbilder dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass Nazis, RassistInnen und
- 37 die politische Rechte versuchen, aus der Not der Geflüchteten Kapital zu schlagen. Den zuvor
- 38 geschürten Ängsten und der Stimmungsmache gegenüber geflüchteten Menschen folgen
- 39 anschließend die passgenauen rechtspopulistischen Antworten der gleichen Gruppen und

40 Personen. Sogar unter dem Deckmantel des Schutzes der Frauenrechte und der
41 Gleichberechtigung, wird Stimmung gegen den Islam und die Schutzsuchenden geschürt. Zu
42 diesen Antworten gehört immer wieder die Forderung nach mehr Abschottung und einer
43 weiteren Einschränkung des Asylrechts. „Flüchtlingsströme“ sollen abgehalten, Obergrenzen
44 festgelegt und Zäune errichtet werden. Durch Abschreckung und Schikanen wird suggeriert
45 Flüchtlinge davon abbringen zu können, nach Deutschland zu kommen. Wo zuvor große Reden
46 über Werte, Moral und Menschenrechte gehalten wurden, bleiben im entscheidenden Moment
47 höchstens noch nationaler Chauvinismus und eine Portion Leitkultur übrig. Es bleibt nicht bei
48 verbaler Hetze. Täglich werden Unterkünfte angezündet, Geflüchtete angegriffen und HelferInnen
49 massiv bedroht. Bei diesem perfiden Spiel darf die SPD nicht den geringsten Zweifel daran
50 aufkommen lassen, auf welcher Seite sie steht.

51

52 Die reine Zustandsbeschreibung von Sorgen und Ängsten in der Bevölkerung ist dabei nicht
53 hilfreich, sondern irreführend. Gleichwohl wissen wir nicht erst seit den Mitte-Studien der
54 Friedrich-Ebert-Stiftung, dass aufgrund von Abstiegsängsten und –erfahrungen sowie sozialen
55 Unsicherheiten der Nährboden für rechte Parolen und rassistische Stimmung besonders
56 fruchtbar ist. Für eine sich als fortschrittlich und emanzipatorisch begreifende Bewegung wie die
57 Sozialdemokratie, folgt das politische Handeln aber niemals linear der Angst oder dem
58 Ressentiment. Stattdessen muss sie in der Lage sein, bestehende Ungerechtigkeiten zu
59 beseitigen, Hass und Gewalt entschieden entgegen zu treten, Ängsten und Ressentiments aber
60 einen eigenen solidarischen Gesellschaftsentwurf entgegenzustellen und dafür leidenschaftlich
61 zu werben. Dieses Werben ist der Kampf um gesellschaftliche Hegemonie und diese definieren
62 wir immer in dem was wird und niemals in dem was ist.

63

64 Diesen eigenständigen Gesellschaftsentwurf sind wir zuletzt nicht nur im Umgang mit
65 Geflüchteten schuldig geblieben. Das Versagen der europäischen Sozialdemokratie, keine
66 gemeinsamen Vorschläge für die Lösung der Finanz- und Wirtschaftskrise zu erarbeiten, ist in
67 doppelter Hinsicht verheerend. konservative und neoliberale PolitikerInnen haben es geschafft
68 die Krise in eine Staatsschuldenkrise umzudeuten und durch die Austeritätspolitik viele
69 europäische Staaten in einen Teufelskreis aus Sparen, Abbau des Sozialstaats,
70 Konjunkturerinbruch, sinkenden Einnahmen, Schulden und Massenarbeitslosigkeit zu treiben.
71 Die europäische Bevölkerung und viele überzeugte EuropäerInnen verbinden die Europäische
72 Union inzwischen nicht mehr mit Frieden, Wohlstand und Wachstum, sondern lediglich mit
73 Krise. Dies führt zu einer großen Verunsicherung. Das Projekt Europa, das bislang unvollendet
74 blieb, steht auf der Kippe. Und mit ihm die europäische Sozialdemokratie. Verwickelt in
75 Rückzugsgefechte und eingekeilt zwischen neu entstehenden linken Bewegungen und Parteien
76 auf der einen und den wachsenden rechtspopulistischen und faschistischen Bewegungen auf
77 der anderen Seite, schafft es die Sozialdemokratie immer weniger, Überzeugungskraft zu
78 entfalten. Die SPD muss deshalb endlich in die Offensive kommen. Das heißt keineswegs, sich
79 von der Europäischen Union abzuwenden. Es ist richtig die Europäische Idee zu verteidigen.
80 Das bedeutet aber nicht, dass wir die EU so lassen können, wie sie ist. Es ist falsch, die EU
81 kritiklos zu verteidigen. Vielmehr braucht es endlich einen stärkeren Fokus auf die
82 ökonomischen Grundlagen und der demokratischen Werte der europäischen Gemeinschaft.
83 Europa muss für die Menschen wieder zum Synonym für eine gerechtere Zukunft werden. Und
84 das wird es nur, wenn das Soziale Europa endlich mehr ist als ein Schlagwort. Wir sind bereit,
85 die Auseinandersetzung um den politischen Charakter Europas und Europas Rolle in einer
86 instabiler werdenden Welt aufzunehmen. Sich diesem längst schwelenden Richtungsstreit zu
87 verweigern wäre unpolitisch und somit unverantwortlich. Wir wollen mehr. Wir wollen diese
88 Gesellschaft bewegen. Wir wollen eine starke Bewegung sein und rufen allen, die sich mit dem
89 Status Quo nicht zufrieden geben, zu: Bewegt Euch mit uns!

90

91 **Mut und Visionen – Fehlanzeige**

92

93 Für das bescheidene Abschneiden der SPD bei der letzten Bundestagswahl gibt es mehrere
94 Gründe. Klar ist: Am Wahlprogramm und seinem wieder stärker gewordenen Fokus auf soziale
95 Gerechtigkeit lag es nicht. Das bestätigen die Umfragen. Aus unserer Sicht fehlte und fehlt vor
96 allem eine Gesamterzählung davon, welchen Gesellschaftsentwurf die SPD in den kommenden
97 Jahren verfolgt. Glaubwürdiges Personal an der Spitze ist ebenfalls notwendig. Es ist
98 entscheidend für Deutungshoheit und Wahlerfolge, eine gesellschaftliche und wirtschaftliche
99 Alternative deutlich zu machen und sich von anderen Parteien – insbesondere der Union –
100 abzugrenzen. Wählerinnen und Wähler müssen wissen, wofür es sich lohnt, wählen zu gehen.

101

102 Zwei Jahre nachdem die SPD auf Bundesebene in einer Großen Koalition regiert, hat sich an
103 dem Zutrauen der Bevölkerung in die SPD wenig gebessert. Politische Erfolge wie der
104 Mindestlohn, die Frauenquote, die Mietpreisbremse oder die Rente nach 45
105 Versicherungsjahren schaffen es bislang nur langsam wieder Glaubwürdigkeit und Vertrauen in
106 die SPD zu wecken. Das gilt insbesondere für Frauen, die sich weder von den Themen noch
107 vom Personal angesprochen fühlen. Themen-Hopping und Sprunghaftigkeit sind derweil Gift für
108 die SPD. Schwammige Positionen, die fast alle Menschen adressieren sollen, erreichen am
109 Ende des Tages niemanden. Vielmehr müssen wir in grundlegenden Fragen Haltung zeigen und
110 den Mut haben mit neuen Ideen auf die Herausforderungen unserer Zeit zu reagieren. Diese
111 Ideen müssen nicht immer gleich mehrheitsfähig sein. Wir müssen endlich wieder bereit sein
112 auch gegen Widerstände zu argumentieren um Mehrheiten für unsere Positionen zu erkämpfen.

113

114 Als Jusos haben wir uns deshalb in den letzten zwei Jahren aufgemacht mit unserer Kampagne
115 „Links leben“ neue Konzepte und Positionierungen zu entwickeln. Mit ihrer Perspektivdebatte
116 macht sich die SPD nun ebenfalls auf den Weg. Bislang schlägt sie dabei aber nicht die richtige
117 Richtung ein. Als Jusos sind wir deshalb mehr denn je gefragt. Wir müssen die Partei
118 wachrütteln, die SPD muss wieder Mut fassen zu ihren eigenen Ideen zu stehen und darf
119 keinesfalls vermeintlichen „Mitte“-Rezepten und konservativen Antworten hinterherlaufen.
120 Stattdessen sind mehr innerparteiliche Demokratie und offene Debatten über die großen
121 Herausforderungen angesagt. Die SPD muss zeigen, dass sie die Beteiligungspartei ist, die ihre
122 Mitglieder ernst nimmt. Die SPD muss zeigen, dass sie Antworten auf die Digitalisierung, den
123 grundlegenden Wandel in der Arbeitswelt und der Wirtschaft, die Migrationsgesellschaft und
124 globale Herausforderungen hat. Nicht nur, aber insbesondere jungen Menschen muss sie die
125 Perspektive auf ein selbstbestimmtes Leben erschließen, das mehr zu bieten hat als ein faires
126 Verhältnis von Arbeit und Freizeit. Statt im Klein-Klein zu verharren gilt es Visionen zu
127 erarbeiten und in Bewegung zu bleiben. Frustration bei unseren Mitgliedern, Austritte und
128 Lethargie sind sonst vorprogrammiert. Die sinkende Bindewirkung auf ihre Mitglieder sollte der
129 SPD schon jetzt zu denken geben, da gibt es nichts schönzureden.

130

131 Wenn die SPD aufzeigt, wo sie hin möchte, wenn sie Deutungshoheit in der öffentlichen
132 Wahrnehmung zurückerlangt, muss sie auch aufzeigen, mit welcher Machtperspektive sie linke
133 Politik konkret umsetzen möchte. Mit der Union wird dies nicht gelingen. Rot-Rot-Grün bleibt
134 deshalb für uns die einzige absehbare Machtperspektive. Nur wenn die SPD-Spitze das endlich
135 erkennt und das Projekt R2G ernsthaft angeht, können wir auch die Menschen davon
136 überzeugen und beginnen, zweifelsohne bestehende Hindernisse aus dem Weg zu räumen. Es
137 muss endlich Schluss sein mit der Dämonisierung solcher Koalitionen. Denn wer umstandslos
138 mit der CSU koalitiert sollte Vorsicht walten lassen, wenn es um die Beurteilung von Koalitions-
139 und Regierungsbeteiligung anderer Parteien geht.

140

141 **Jusos als treibende Kraft**

142

143 Doch auch wir Jusos müssen in Bewegung bleiben. Wir kämpfen für eine gerechte Welt, in der
144 jedeR gut leben kann und seine/ihre Träume verwirklichen kann. Wir kämpfen für eine
145 Gesellschaft der Freien und Gleichen. Wir kämpfen dafür, das kapitalistische System zu
146 überwinden. Wir stehen im engen Austausch mit unseren PartnerInnenorganisationen auf der
147 ganzen Welt und gehen auf die Straße gegen Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus und
148 jede Form der Menschenfeindlichkeit. Als eigenständiger linker Richtungsverband innerhalb der
149 SPD treiben wir die SPD von und nach links.

150

151 Wir haben es nach bleiernen Jahren der Agenda-Politik zuletzt geschafft, an vielen Stellen die
152 Programmatik der SPD substanziell zu beeinflussen. Von der Steuergerechtigkeit über die
153 Ausbildungsgarantie bis zur Abschaffung der sogenannten Extremismusklausel – ohne die
154 Jusos wären die Positionen der SPD nicht so progressiv, wie sie es an vielen Stellen sind. In
155 den letzten Monaten geraten immer mehr programmatische Standpunkte jedoch wieder unter
156 Druck. Mit Scheinargumenten und Machtdemonstrationen werden Positionen geräumt, die einer
157 durch die Partei-Spitze angestrebten Ausrichtung der SPD auf die Mitte angeblich
158 entgegenstehen. Zu oft wird sich dabei hinter der Union versteckt, um die eigene Mutlosigkeit zu
159 kaschieren. Als Jusos dürfen wir dies keinesfalls durchgehen lassen. Es ist an uns, die
160 Zusammenarbeit mit linken Kräften innerhalb der SPD auszubauen. Und es ist
161 selbstverständlich, dass wir uns dabei auch Unterstützung außerhalb der SPD suchen.

162

163 Gerade treibt viele Jusos aber eine Frage besonders um. Viele engagieren sich in Initiativen für
164 Geflüchtete, geben Sprachkurse, organisieren Spendenaktionen und Fußballturniere, nehmen
165 die Menschen an Grenzen und Bahnhöfen in Empfang und helfen ihnen bei der Weiterfahrt oder
166 beteiligen sich an gemeinsamen Aktionen um sichere Fluchtwege zu errichten. Viele unserer
167 Mitglieder stellt das vor große Herausforderungen. Konkret helfen vor Ort gehört ebenso zu
168 unserer politischen Arbeit, wie unsere Forderungen gegenüber der SPD und der Politik zu
169 artikulieren. Die unterschiedlichen Aufgaben unter einen Hut zu bekommen ist dabei nicht
170 immer leicht. Für unsere Strukturen ist dies jedoch auch eine große Chance. Junge Menschen
171 politisiert die Situation der Geflüchteten. Jusos müssen vor Ort politische AnsprechpartnerInnen
172 und VermittlerInnen zwischen den Ehrenamtlichen, den politisch Verantwortlichen und natürlich
173 auch den Geflüchteten sein. Im Sinne der geflüchteten Menschen gilt es diese Funktion weiter
174 auszubauen, indem wir unsere Schnittstellenfunktion selbstbewusst nutzen.

175

176 Als feministischer Richtungsverband ist die tatsächliche Gleichstellung von Frauen unser
177 besonderes Anliegen. In der Gesellschaft, in der Politik und in der SPD sind Frauen immer noch
178 unterrepräsentiert. Männerklüngel und eine patriarchale Gesellschaft verhindert oft den Aufstieg
179 von Frauen in Führungspositionen. Bei den Jusos übernehmen inzwischen immer mehr Frauen
180 – sei es im Kreisverband oder auf Landesebene – auch in erster Reihe Verantwortung für die
181 Juso-Arbeit. Nachholbedarf haben wir insbesondere beim Anteil weiblicher Mitglieder. Die tollen
182 Frauen, die wir in unserem Verband haben, müssen wir weiter fördern und vernetzen. Als
183 feministischer Verband geben wir uns erst zufrieden, wenn Frauen tatsächlich komplett
184 gleichgestellt sind. Das gilt für den Verband, wie für die Gesellschaft.

185

186 Für uns als Jusos sind deshalb folgende Themen zentral für die nächsten zwei Jahre:

187

188 **1. Grundrechte verteidigen - Migrationsgesellschaft leben**

189

190 Beinahe täglich sterben Menschen auf der Flucht nach Europa. Die Große Koalition reagiert auf
191 die steigende Anzahl an Schutzsuchenden mit Verschärfungen des Asylrechts,
192 Leistungskürzungen und Angstmacherei. Die Staaten Europas können sich nicht auf eine
193 gemeinsame Politik zum Schutz von Menschen und Menschenrechten einigen. Wir sind nicht
194 bereit, diese Politik mitzutragen. Grundrechte wie das Recht auf Asyl sind für uns unter keinen
195 Umständen verhandelbar. Mit BündnispartnerInnen innerhalb und außerhalb der SPD werden
196 wir uns jeder weiteren Verschärfung energisch und kreativ entgegenstellen. Das heißt auch und
197 insbesondere, unserer eigenen Partei durch internen wie externen Druck Beine zu machen.
198 Unsere Vision ist und bleibt das globale Recht auf Migration. In den kommenden zwei Jahren
199 möchten wir auch gemeinsam mit unseren internationalen PartnerInnen erörtern, wie der Weg
200 dahin gestaltet werden kann. Ein nicht an ökonomischen Kriterien orientiertes
201 Einwanderungsgesetz kann in der Zwischenzeit für viele Menschen ein wichtiges Instrument
202 sein. Die Union, aber auch Teile der SPD lassen uns jedoch daran zweifeln, inwiefern ein
203 solches Einwanderungsgesetz aktuell denkbar ist. Wir setzen uns daher zunächst für eine
204 Klärung innerhalb der SPD über den Inhalt eines solchen Gesetzes ein. Ein Gesetz für
205 Hochqualifizierten-Einwanderung wird unsere Zustimmung jedenfalls nicht finden.

206

207 Gemeinsam mit unseren europäischen PartnerInnenorganisationen kämpfen wir gegen das
208 Frontex-Regime, für sichere Fluchtrouten und für eine sichere und solidarische Aufnahme von
209 Refugees in Europa. Migration in und nach Europa ist für uns eine Normalität und
210 Selbstverständlichkeit. Das große Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger zeigt, dass diese
211 Normalität in unserer Gesellschaft lebbar ist. Und trotzdem wissen wir, dass das nicht zu jeder
212 Zeit und an jedem Ort für alle gilt. Wir werden uns deshalb weiter mutig gegen den braunen
213 Mob stellen, der Geflüchtete und (vermeintliche) MigrantInnen bedroht und tödlich angreift. Und
214 wir werden weiter in Bündnissen aktiv sein, um "besorgten BürgerInnen" und
215 RechtspopulistInnen entgegen zu treten, die Refugees in ihren Rechten beschränken wollen
216 und an den Grundfesten unserer Demokratie rütteln. Dazu werden wir in einer Netzwerkstelle
217 aktive Jusos und ExpertInnen aus den Landesverbänden und Bezirken vernetzen, auf einer
218 Fachkonferenz die im Verband vorhandene Erfahrung und Expertise in die Breite tragen und
219 auch die UB-Vorsitzenden einbinden, u.a. mit einer Unterbezirksvorsitzendenkonferenz im Jahr
220 2016.

221

222 Viele Jusos bringen sich vor Ort intensiv bei der Unterstützung von Refugees ein. Auch diese

223 Erfahrungen wollen wir in die Vernetzung einbringen und Best-Practise-Beispiele von vor Ort
224 bekannt machen. Als Partnerin in den zivilgesellschaftlichen Netzwerken wollen wir uns als
225 Jusos nicht nur ganz praktisch einbringen, sondern generieren politische Forderungen aus
226 unserem Alltagswissen. Im Rahmen der Doppelstrategie werden wir weiter als Scharnier wirken
227 und diese Forderungen in die SPD und die politische Arena tragen, und zwar vom Ortsbeirat bis
228 in die Bundestagsfraktion. Zur Unterstützung der Arbeit vor Ort werden wir neue Materialien in
229 den Bereichen Antifaschismus, Antirassismus, Kampf gegen Rechts und Geflüchtetenhilfe
230 erstellen und mit einem Handbuch, thematischen Kampagnen und einer Schwerpunktausgabe
231 der Argumente von Bundesebene begleiten.

232

233 **2. Feminismus voranbringen - Frauen stärken**

234

235 Sozialismus kann es ohne die Gleichstellung der Geschlechter nicht geben. Deshalb verstehen
236 wir Jusos uns nicht nur als sozialistischer, sondern auch als feministischer Richtungsverband.
237 Ein grundlegendes Ziel unserer Politik ist, dass alle Menschen ein freies und selbstbestimmtes
238 Leben führen können. Stereotype Geschlechtervorstellungen und Rollenbilder bestimmen nach
239 wie vor das gesellschaftliche Zusammenleben. Ausdruck dessen ist unter anderem die doppelte
240 Vergesellschaftung von Frauen. Sie spiegelt sich in der ungleichen Verteilung von Arbeitszeit,
241 Chancen auf dem Arbeitsmarkt sowie Vermögen wider. Eine eigenständige Existenzsicherung,
242 insbesondere im Alter, ist vor diesem Hintergrund oftmals nicht möglich. Für uns Jusos ist
243 deshalb klar, dass wir uns im Rahmen der Diskussionen über aktuelle Entwicklungstendenzen
244 in der Arbeitswelt (Arbeit und Wirtschaft 4.0) auch mit gleichstellungspolitischen
245 Fragestellungen beschäftigen müssen. Die Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt ist für die
246 Gleichstellung der Geschlechter zentral. Außerdem wollen wir uns über Eckpunkte einer
247 modernen, jungsozialistischen Familienpolitik verständigen, die den heteronormativen Rahmen
248 zeitgenössischer Debatten sprengt. Denn Familie bedeutet für uns mehr als die klassische
249 Mutter-Vater-Kinder-Kombination. Familie ist da, wo Menschen füreinander Verantwortung
250 übernehmen. Diesen Gedanken wollen wir im Rahmen einer Kampagne aufgreifen.

251

252 Unser Selbstverständnis als feministischer Richtungsverband verpflichtet uns, feministische
253 Themen im Sinne des „lila Fadens“ in die Verbandsarbeit zu integrieren.
254 Gleichstellungspolitische Fragestellungen und Inhalte sollen deshalb bei allen Projekten,
255 Seminaren, Veranstaltungen und Publikationen berücksichtigt werden. Zugleich gilt es, der
256 strukturellen Unterrepräsentation von Frauen in unserem Verband entgegenzuwirken. Es liegt
257 an uns, Frauen sichtbar und sprachfähig zu machen. Durch ein gezieltes Empowerment-
258 Programm wollen wir sie dazu ermutigen und in die Lage versetzen, Verantwortung bei den
259 Jusos zu übernehmen. Weiterhin werden wir auf jeder Bundesveranstaltung
260 Vernetzungsmöglichkeiten anbieten, um uns besonders über gezielte Fördermaßnahmen zur
261 Gleichstellung in verschiedenen Landesverbänden und Bezirken auszutauschen. Auch über
262 Juso-Strukturen hinaus spielt Vernetzung von Frauenstrukturen für uns eine wichtige Rolle. Wie
263 in den letzten Jahren werden wir weiterhin beim Frauenkampftag Flagge zeigen und die Rolle
264 der Sozialdemokratie für die Gleichstellung der Frau in den letzten 150 Jahren weiter ausfüllen.

265

266 **3. Arbeit 4.0 und Wirtschaft 4.0 gestalten**

267

268 Automatisierung und Digitalisierung verändern Arbeit und Leben rasant. Die digitale Revolution
269 und industrielle Veränderungen (Industrie 4.0) macht vor der Arbeitswelt nicht halt – sie schafft
270 neue Märkte, Produkte und Arbeitsweisen und lässt neue Ansprüche an die Arbeit entstehen.
271 Das bedeutet Chance und Risiko zugleich. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass die
272 Möglichkeiten, die sich aus der Digitalisierung und Vernetzung ergeben für alle
273 ArbeitnehmerInnen realisierbar werden und zugleich erkämpfte Rechte verteidigen.

274

275 Megatrends wie Individualisierung und Feminisierung der Arbeit tragen dazu bei, dass
276 Menschen heute flexibler arbeiten wollen ohne sich dabei zwischen Zeitmanagement und
277 ständiger Verfügbarkeit aufreiben zu müssen. Arbeit und (Familien)Leben müssen miteinander
278 vereinbar sein, ArbeitnehmerInnen-Flexibilität ist hier das Stichwort. Neue Zeitmodelle müssen
279 gefunden werden, um den Ansprüchen an Arbeit 4.0 gerecht werden zu können. Auch sehen
280 wir: bisherige Beteiligungs- und Mitbestimmungsformen an Arbeitsgestaltung reichen nicht mehr
281 aus. Altgediente Strukturen sind oftmals zu langsam und nicht umfassend genug, für die
282 Anforderungen unserer Zeit. Wir wollen über moderne Mitbestimmungskultur sprechen und
283 Wirtschaftsdemokratie in die 4. Revolution übertragen.

284

285 Gleichzeitig sehen wir, welche Risiken die Digitalisierung auch mit sich bringen kann. Schon
286 heute hält die Entgrenzung von Arbeit in unser aller Alltag Einzug. Normalarbeitsverhältnis und
287 Tarifbeschäftigung sind zunehmend auf dem Rückzug, werkbasierte und befristete
288 Vertragsformen nehmen zu. Die Digitalisierung kann diese Entwicklung verstärken. Konzepte
289 der permanenten Verfügbarkeit und Beliebigkeit verteilter Arbeitskraft am digitalen Marktplatz
290 stellen kollektiv erkämpfte Rechte in Frage und bedrohen die Durchsetzungsfähigkeit der
291 ArbeitnehmerInnenschaft. Der Digitale Tagelöhner als ArbeitnehmerIn der Zukunft? Es braucht
292 klare Grenzen und Regelungen, um Menschen vor Ausbeutung und Selbstausbeutung zu
293 schützen. Die Digitalisierung stellt auch höhere Anforderungen an Qualifizierung und
294 Weiterbildung von ArbeitnehmerInnen. Das Erlernen des Umgangs mit neuen elektronischen
295 Geräten und technischen Entwicklungen muss innerhalb des lebenslangen Lernens ohne
296 Zwang möglich sein.

297

298 Die gesellschaftliche und mediale Behandlung des Themas zeigt: es herrscht große
299 Unsicherheit, was die besten Reaktionen, wie der beste Umgang mit dem Wandel aussehen
300 könnte. Weder Politik noch Wissenschaft, Gewerkschaften oder Arbeitgeber haben bisher
301 Antworten auf die drängenden Fragen unserer Zeit. Wir Jusos wollen die Fragen im Rahmen
302 eines Perspektivprojekts aufgreifen und eine sozialistische Antwortalternative entwerfen.

303

304 **4. Stadt, Land, Struktur verändern**

305

306 In den vergangenen zwei Jahren haben wir uns im Rahmen der Links Leben-Kampagne
307 ausführlich damit beschäftigt, was für uns Jusos zu einem guten linken Leben gehört. Dabei ist
308 klar geworden: Gute Arbeit, bezahlbares Wohnen, eine gesunde Infrastruktur, individuelle und
309 kollektive Freiräume sowie eine starke (Gegen-)Kultur sind wichtig, dürfen aber nicht nur für
310 diejenigen zur Verfügung stehen, die zufällig in einer Großstadt oder in der Nähe einer
311 Hochschule leben. Denn das gute linke Leben ist nur dann ein solches, wenn es keine
312 Errungenschaft allein für Eliten ist.

313

314 Die räumliche Entwicklung ist in Deutschland jedoch zunehmend von Ungleichheiten bestimmt.
315 Während auf der einen Seite manche Regionen und Städte von starkem Zuzug und Wachstum
316 geprägt sind, bezahlbarer Wohnraum knapp wird und öffentliche Verkehrsinfrastruktur mit den
317 wachsenden PendlerInnenströmen überfordert ist, gibt es auf der anderen Seite ganze
318 Regionen, die mit Abwanderung und Überalterung zu kämpfen haben und in denen es schwierig
319 ist, öffentliche Daseinsvorsorge überhaupt aufrecht zu erhalten. Wie vor diesem Hintergrund der
320 Raumordnungsgrundsatz der „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ zu gewährleisten sein
321 wird, ist eine der zentralen Fragen, die wir in den kommenden Jahren zu bewältigen haben
322 werden. Wie können wir gewährleisten, dass für jeden und jede – unabhängig ihres oder seines
323 Wohnortes - ein möglichst gutes Angebot öffentlicher Daseinsvorsorge bereitgestellt ist? Welche
324 Forderungen ergeben sich daraus für die Raumordnungspolitik und Landesentwicklung? Wie
325 können wir in den Ballungszentren gegen Verdrängung und soziale Entmischung angehen,
326 bezahlbaren Wohnraum erhalten und schaffen und mit den wachsenden Verkehrsströmen klar
327 kommen? Wie können wir Gender Mainstreaming in die Planung neuer Wohngebiete und der
328 Verkehrswegeplanung einbeziehen? Damit wollen wir uns im Perspektivprojekt „Stadt, Land,
329 Struktur“ auseinandersetzen. Hier soll auch Platz sein für sich logisch daraus ableitende
330 Fragen nach der künftigen Bedeutung von Ländern und Kommunen, die endlich wieder mehr
331 sein müssen als der politische Prellbock für den berechtigten Unmut vieler Menschen. Die
332 Verteilung staatlicher Einnahmen und damit einhergehend das Gewähren tatsächlicher
333 politischer Handlungsspielräume werden dabei integraler Bestandteil unserer Debatten sein.

334

335 Ebenso soll der Austausch der Wachstumszentren im Rahmen eines selbstorganisierten
336 „sozialistischen Großstädtennetzwerks“ /Metropolennetzwerks unterstützt werden.

337

338 **5. Global denken, global handeln**

339

340 Technologischer und gesellschaftlicher Wandel haben Krieg und Konflikte verändert. Man
341 spricht von asymmetrischen, sogenannten Neuen Kriegen und Konflikten. Ungleiche Zugänge
342 zu natürlichen Ressourcen, Armut, gesellschaftliche Ungleichheit, unzureichende Freiheiten,
343 staatliches Versagen oder Unterdrückung sind nur einige der Auslöser dieser neuen Kriege und
344 Konflikte. Gerade auch die von der europäischen Union verfolgte Freihandelspolitik verschärft

345 Verteilungskonflikte in Ländern des globalen Südens und befeuert so neue Kriege und Konflikte.
346 Wir wollen uns damit beschäftigen, wie wir die Ursachen solcher asymmetrischen Konflikte
347 vorbeugen können. Wie muss eine Entwicklungszusammenarbeit aussehen? Welche Rolle hat
348 Handel in diesem Zusammenhang zu spielen?

349

350 An vielen Orten der Welt sind so viele Menschen Konflikten, Krieg, Vertreibung und Vernichtung
351 ausgesetzt wie seit langer Zeit nicht mehr. Beispielhaft lassen sich die neuen Kriege am Agieren
352 der Terrororganisation „Islamischen Staat“ oder dem Assad-Regime in Syrien aufzeigen.
353 Weltweit befinden sich schätzungsweise 55 Millionen Menschen auf der Flucht vor Gewalt und
354 der Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen und nehmen dabei lebensbedrohliche Wege auf sich,
355 um ihr Menschenrecht auf Asyl zu erhalten. Die Überschneidung der vielfältigen
356 Migrationsursachen macht deutlich, dass die Genfer Flüchtlingskonvention an ihre Grenzen
357 stößt. Schon lange zeigt sich auch, dass nationalstaatliche Handlungsmöglichkeiten nicht
358 ausreichen, aktuelle Herausforderungen globaler Migrationsbewegungen zu bewältigen. Welche
359 Rolle können einzelne Staaten in solchen Situationen einnehmen? Was ist Aufgabe der
360 Staatengemeinschaft? Welche Handlungsoptionen bieten sich an? Wie gehen wir mit nicht
361 existierender Staatlichkeit in manchen Regionen um?

362

363 *Internationalismus hat Tradition - 20 Jahre Willy Brandt Center*

364

365 1996 wurde durch einen Vertrag zwischen der Labour Youth, der Schabibet Fatah und den
366 Jusos unser Friedensprojekt im Nahen Osten das Willy Brand Center (WBC) ins Leben gerufen.
367 Wenig später schloss sich auch die Young Meretz diesem Projekt an. 20 Jahre nach Gründung
368 des WBC wollen wir einerseits zurückblicken und Erfolge betrachten, wir wollen uns aber auch
369 überlegen, wie die Zukunft für unser Friedensprojekt aussehen kann. Wie kann das WBC der
370 wachsenden Radikalisierung begegnen? Was bedeutet das Scheitern des Osloer
371 Friedensprozesses für dessen Arbeit?

372

373 *Neue PartnerInnen gewinnen - unser Austauschprojekt Balkan Beats*

374

375 20 Jahre sind auch seit Srebrenica und seit dem Dayton-Abkommen vergangen. Doch was ist
376 eigentlich aktuell los auf dem Balkan? Wie gehen unseren PartnerInnenorganisationen mit dem
377 nationalistischen Rollback der letzten Jahre um? Wie werden die Migrationsbewegungen
378 beurteilt? Gibt es neue Bestrebungen für EU-Mitgliedschaften und was wurde eigentlich aus den
379 Förderungen der dortigen Wirtschaft? Diese und andere Fragen wollen wir in den nächsten zwei
380 Jahren mit unseren PartnerInnenorganisationen, mit denen wir auch auf YES-Ebene eng
381 verbunden sind, diskutieren.

382

383 Um einen besseren Austausch der internationalen Lands- und Bezirksprojekte mit unseren
384 PartnerInnenorganisationen zu fördern, werden wir eine Datenbank erstellen, die Kontaktdaten
385 für ReferentInnen zu internationalen Fragen, sowie zu unseren PartnerInnenorganisationen
386 bereitstellt. Um einen Austausch auch außerhalb des Projektes zu garantieren, findet der
387 Thementag Internationales weiterhin statt. Außerdem soll ein Newsletter die Landes und
388 Bezirksverbände über unsere Arbeit in YES und IUSY und die Diskussionen im Projekt
389 informieren.

390

391 **Arbeitsweise**

392

393 „Arbeit 4.0 und Wirtschaft 4.0 gestalten“, „Stadt, Land Struktur verändern“ und „Global denken,
394 Global handeln“ werden wir jeweils im Rahmen eines Perspektivprojekts bearbeiten.

395

396 Diese tagen dreimal jährlich für ein ganzes Wochenende. Diese Verbandswochenenden finden
397 im gesamten Bundesgebiet statt. Im Zuge des „lila Faden“ bearbeitet jedes Perspektivprojekt an
398 jedem Verbandswochenende mindestens einen Arbeitsblock ihres momentanen
399 Arbeitsschwerpunktes zu gleichstellungspolitischen Fragen. Die ebenfalls an jedem
400 Wochenende stattfindende Verbandsdebatte findet zu aktuellen politischen Fragestellungen
401 statt. Die Projekte arbeiten die vorhandenen Beschlusslagen der Jusos auf und entwickeln
402 diese weiter. Sie erarbeiten Beschlusslagen für den Bundeskongress. Sie greifen Diskussionen
403 innerhalb der Partei auf oder stoßen neue an. Sie greifen Debatten in den sozialen
404 Bewegungen auf und tragen diese in unseren Verband. Jeder Landesverband und Bezirk
405 entsendet eineN DelegierteN in jede dieser Projektgruppen. Der Bundesvorstand benennt des

406 Weiteren pro Projektgruppe zehn ExpertInnen, die dauerhaft in den Projekten mitarbeiten.
407 Dabei muss es sich um Personen handeln, die aufgrund ihrer bisherigen politischen Tätigkeit
408 einen substanziellen Beitrag zur Entwicklung des Projektes leisten können. Die
409 ExpertInnenposten werden zeitnah ausgeschrieben, alle interessierten Jusos können sich
410 bewerben.

411

412 **6. Verbandskommunikation stärken**

413

414 Die Jusos sind einer der größten politischen Jugendverbände. Unsere Mitglieder sind unser
415 Potential. Unsere Verbandsstrukturen sind historisch gewachsen. Die Ebenen – vom Ortsverein
416 über den Unterbezirk/Kreisverband, die Landesverbände und Bezirke bis zur Bundesebene
417 setzen jeweils eigene Ideen und Projekte um. Die Selbstständigkeit der einzelnen Gliederungen
418 ist wichtig für unsere Verbandskultur. Wir zeigen: es gibt viele verschiedene Möglichkeiten, bei
419 den Jusos aktiv zu sein.

420

421 Um die Stärken, die in unseren Mitgliedern und den verschiedenen Organisationseinheiten
422 stecken zu nutzen, ist klare Kommunikation und die Weitergabe von Informationen essentiell.

423

424 Wichtig, für den Austausch zwischen Bundes- und Landesebene, sind die Sitzungen des
425 Bundesausschusses. Dort haben die Vertreterinnen und Vertreter der Länder und Bezirke die
426 Möglichkeit, uns von ihren Projekten und Schwerpunkten zu berichten. Das ist der Ort, wo wir
427 zwischen den Bundeskongressen wichtige Weichenstellungen für den gesamten Verband
428 besprechen. Wir werden auch zukünftig mindestens zwei Sitzungen pro Jahr einberufen.

429

430 Neben dem Bundesausschuss, spielt die Organisationspolitische Kommission eine wichtige
431 Rolle für die Umsetzung unserer politischen Projekte. Hauptamtliche und manchmal auch
432 Vorstände der Länder und Bezirke treffen sich dort einmal pro Jahr, um die anstehenden
433 Termine und Kampagnen zu besprechen, Planungen abzugleichen und gut laufende Projekte
434 auszutauschen. Um kontinuierlichen Austausch sicherzustellen, werden wir den Austausch
435 innerhalb der Organisationspolitischen Kommission durch regelmäßige, anlassbezogene
436 Telefonkonferenzen ergänzen.

437

438 Die Basis unserer Arbeit wird maßgeblich in den Unterbezirken und Kreisverbänden geleistet.
439 Deswegen wollen wir in den nächsten zwei Jahren insbesondere Unterbezirke und
440 Kreisverbände ansprechen und noch besser bei ihrer Arbeit unterstützen. Dazu werden wir
441 einmal jährlich eine Konferenz für die Vorsitzenden der Unterbezirke und Kreisverbände
442 organisieren. In diesem Rahmen werden wir die aktuellen Themen, wie zum Beispiel unser
443 antifaschistisches Engagement und die Herausforderungen der Migrationsgesellschaft,
444 kommunalpolitische Themen oder die Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes und die
445 Kampagnenarbeit miteinander diskutieren. Zusätzlich werden wir die direkte Kommunikation mit
446 den UBs/KVs durch regelmäßige Mailings und Telefonkonferenzen verstärken, natürlich, ohne
447 die Landesverbände und Bezirke auszuschließen.

448

449 Immer häufiger werden wir aber auch von einfachen Mitgliedern angeschrieben, die gerne
450 regelmäßig über unsere Arbeit, unsere Veranstaltungen und Positionen auf dem Laufenden
451 gehalten werden wollen. Dazu werden wir weiterhin unseren Newsletter nutzen, der mindestens
452 einmal im Quartal verschickt wird. Darüber hinaus erarbeiten wir ein Konzept für eine neue
453 Juso-App. Mithilfe dieser App wollen wir unsere Mitglieder über laufende Kampagnen, aktuelle
454 Informationen und Termine auf dem Laufenden halten. Spontane bundesweite Aktionen werden
455 so leicht umsetzbar. Unser Ziel ist es, für 2017 ein funktionsfähiges und aktionsfähiges
456 Netzwerk aufzubauen, mit dem wir schnell auf aktuelle Entwicklungen reagieren und unmittelbar
457 den Verband mobilisieren können. Außerdem werden wir neue Wege der direkten
458 Kommunikation testen. Wir werden verstärkt insbesondere in sozialen Medien Interessierten
459 Fragen beantworten oder zu bestimmten Themen Rede und Antwort stehen (#FragdieJusos).

460

461 **7. Bildungsprogramm verankern**

462

463 Die innerverbandliche Bildungsarbeit ist ein wichtiger Aspekt für uns Jusos, die im Idealfall
464 insbesondere auf den Ebenen vor Ort stattfindet. Angebote auf der Bundesebene dürfen
465 deshalb nicht in Konkurrenz zur Bildungsarbeit der Landes- und Bezirksverbände stehen,
466 sondern müssen diese sinnvoll ergänzen. Mit dem neu konzipierten Politdiplom konnten wir ein

467 bundesweites Bildungsangebot schaffen, welches diese Grundsätze berücksichtigt. Wir wollen
468 die Erfahrungen des ersten Durchgangs auswerten und das Politdiplom weiter verbessern, um
469 es für die Bezirks- und Landesverbände noch attraktiver zu gestalten. Insbesondere im Bereich
470 von eLearningangeboten, die im Rahmen des Politdiploms erprobt wurden, sehen wir zudem
471 Potenzial für die gesamte Bildungsarbeit unseres Verbandes.

472

473 Weiterhin wird ein Schwerpunkt im kommenden Geschäftsjahr die Ausrichtung des
474 Linkskongresses sein. Wir wollen mit dem Linkskongress eine breite Basis unseres Verbandes
475 ansprechen, sodass er auch als Teil unserer Bildungsarbeit zu werten ist. Daneben soll der
476 Linkskongress allerdings auch einen Raum zur vertieften inhaltlichen Arbeit bieten. Inhaltlich
477 wollen wir den Linkskongress zum Thema „Sozialistische Wirtschaftspolitik“ gestalten. Für den
478 Diskurs über Alternativen zum Kapitalismus gab es in den letzten Jahren neoliberaler
479 Hegemonie kaum einen Raum. War die gesellschaftliche Linke mit Wirtschaftskrisen
480 konfrontiert, gab es, wenn überhaupt, Antworten aus dem keynesianischen Lager. Eine
481 Infragestellung kapitalistischer Wirtschaftsordnung fand hingegen nicht statt. Dies lag auch an
482 der aktuellen Konzeptlosigkeit demokratischer SozialistInnen, der wir mit unserem Kongress
483 entgegen wirken und Raum für einen neuen Diskurs über demokratischen Sozialismus bieten
484 möchten. Wir wollen außerdem einen Gesprächskreis mit WirtschaftswissenschaftlerInnen
485 initiieren, in dem wir das Fundament für unsere Wirtschaftspolitik abseits des deutschen
486 Mainstreams legen und wissenschaftliche Erkenntnisse für unsere Arbeit nutzbar machen.

487

488 Um die Bezirks- und Landesverbände in ihrer Bildungsarbeit zu unterstützen, wollen wir weiter
489 an der Aufstellung eines bundesweiten ReferentInnenpools arbeiten. Zudem wollen wir durch
490 ein Seminar-Wiki und die Schaffung einer Handreichung für die innerverbandliche
491 Bildungsarbeit, den ehrenamtlichen Strukturen in der Fläche Hilfsmittel und Tipps mit an die
492 Hand geben. So können wir unsere Mitglieder vor Ort bei der Organisation und Durchführung
493 von Bildungsangeboten unterstützen. In die Umsetzung der beschriebenen Maßnahmen zur
494 Stärkung der innerverbandlichen Bildungsarbeit wollen wir zudem den Ehemaligenverein „Änder
495 was!“ mit einbinden. Gerade ehemalige Jusos sind prädestiniert dafür, ihre Erfahrungen und
496 Expertisen einzubringen und so an nachfolgende Juso-Generationen weiter zu geben. Diese
497 Ressource wollen wir stärker in unsere Bildungsarbeit integrieren.

498

499 **8. Für die Jugend kämpfen**

500

501 Wir Jusos wollen die gesellschaftliche Realität junger Menschen verändern, wir wollen ein gutes
502 Leben für alle Menschen und nicht nur für wenige. Mit unserer Kampagne „Links Leben“ und
503 dem dazugehörigen Jugend-Dialog haben wir Antworten auf die Herausforderungen einer
504 Solidargesellschaft im 21. Jahrhundert formuliert. Unsere Positionen bringen wir jetzt auf allen
505 Ebenen in die SPD ein und setzen somit wichtige Impulse für das Wahlprogramm der SPD zur
506 Bundestagswahl. Wir wollen wieder einen eigenständigen Jugendwahlkampf bei der
507 Bundestagswahl machen. Daher werden wir verbandsoffene Wahlwerkstätten in ganz
508 Deutschland veranstalten, um gemeinsam unsere Kampagne zu planen. Wie auch 2013, wollen
509 wir ein Netzwerk aus Juso-Wahlkampfleiterinnen und Wahlkampfleitern bilden, die
510 Verantwortung in den Wahlkämpfen vor Ort tragen. Klar ist für uns, dass wir Jusos kein
511 Wahlkampfverein und auch keine Plakatiertruppe der SPD sind und dass ein Wahlerfolg der
512 SPD für uns auch kein Selbstzweck ist. Nur weil die SPD regiert geht es nicht automatisch
513 gerechter zu. Gerechter wird die Gesellschaft nur, wenn wir es schaffen Mehrheiten für unsere
514 Vorschläge zu organisieren. Junge Menschen sind nicht unpolitisch oder politikverdrossen. Aber
515 junge Menschen wollen, dass man sich konkret für ihre Interessen einsetzt und sie wollen eine
516 junge Ansprache. Die Themen des Wahlkampfes müssen sie in ihrer Realität abholen und sie
517 müssen wissen, dass sie als junge Generation auch repräsentiert zu werden. Unser Ziel heißt
518 daher 30 unter 35 ins Parlament. Für junge Menschen muss endlich ein konkreter Gewinn für
519 ihre Generation durch ein Kreuz bei der SPD erkennbar sein. Das ist die Repräsentation der
520 richtigen Inhalte und Personen.

521

522 Durch eigene Materialien wollen wir gerade junge Menschen ansprechen. Durch eine eigene
523 Schwerpunktsetzung ausgerichtet am Wahlprogramm der SPD und junge KandidatInnen wollen
524 wir sie in ihrer Realität abholen und ansprechen. Durch Aktionsvorschläge und eine Juso-
525 Wahlkampf tour wollen wir Jusos vor Ort beim Wahlkampf unterstützen, denn wir wissen ein
526 gelungener Jugendwahlkampf entscheidet sich in den Unterbezirken. Daher wollen wir Ende
527 Mai einen großen Kongress veranstalten um unseren Wahlkampf zu eröffnen. In diesem

528 Rahmen soll auch eine Konferenz der Unterbezirks- und Kreisvorsitzenden stattfinden. Nur
529 gemeinsam mit euch Allen kann uns ein erfolgreicher Wahlkampf gelingen.

530

531 **9. Bündnisarbeit voranbringen**

532

533 Viele junge Menschen sind in unterschiedlichen Organisationen und Bündnissen aktiv, teilen
534 aber dieselben Grundwerte wie wir. Das ist für uns der Ansatzpunkt und gleichzeitig die
535 Motivation unserer Bündnisarbeit, um mit den BündnispartnerInnen gemeinsam Projekte zu
536 erarbeiten. Unser Handeln und unsere Positionen werden wir in allen Arbeitsbereichen stets
537 übergreifend mit BündnispartnerInnen besprechen, dabei haben wir auch immer ein offenes Ohr
538 für deren Forderungen und Positionen. Wir sehen einen Gewinn darin uns nicht nur auf die
539 altbewährten und guten Kooperationen zu verlassen. Daher nutzen wir auch die
540 projektbezogene Arbeit, um neue und temporäre BündnispartnerInnen zu suchen, die sich zur
541 Erreichung unserer Ziele und zur Durchsetzung der Interessen von jungen Menschen anbieten.

542

543 Gerade bei thematischen Schwerpunkten wie z.B. bei der Arbeitsmarkt- und Flüchtlingspolitik,
544 aber auch bei der Gestaltung eines neuen Politikansatzes, müssen wir die Bündnisarbeit
545 nutzen, wie z.B. mit Gewerkschaftsjugend & JAVis bei der Ausbildungs- und Arbeitsmarktpolitik
546 oder Pro Asyl & Migrationsverbänden über Flüchtlingspolitik und Einbindung in die SPD. Die
547 Gewerkschaften sind für uns besonders wichtige Partner. Trotz aller Höhen und Tiefen zwischen
548 SPD und Gewerkschaften haben wir den engen Kontakt beibehalten. Der gegenseitige Respekt
549 aber vor allem ähnliche Positionen sind der Grund für unsere Partnerschaft. Das werden wir
550 auch in den nächsten Jahren weiterführen. 2016 werden wir gemeinsam mit der SPD und der
551 AfA einen Jugendgewerkschaftstag für junge Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter
552 ausrichten.

553

554 Die große Koalition kann von uns kein Wunsch oder langfristiges Ziel sein. Wir Jusos fordern
555 weiterhin eine Öffnung der SPD hin zu Rot-Rot-Grün. Wir werden deshalb weiterhin als
556 Jugendorganisationen gemeinsam daran arbeiten, linke Perspektiven in einem solchen
557 Regierungsbündnis vorzubereiten. Eine Koalition ist nicht immer nur ein Zusammenschluss von
558 Inhalten, sondern auch von Menschen und solch ein Projekt gehört sorgfältig vorbereitet.

559

560 Wir werden die Bündnisarbeit mit unseren natürlichen BündnispartnerInnen wie bei der
561 Gedenkstättenfahrt fortsetzen und uns dafür einsetzen, dass bei antifaschistischen oder
562 antikapitalistischen Demos viele Jusos mit an Bord sind und Jusos in der Organisation
563 mitwirken. Denn nur gemeinsam sind wir stark und können so die Gesellschaft verändern!

564

565 **10. Gutes tun und darüber reden**

566

567 **Kampagnenarbeit**

568

569 Wir Jusos sind ein starker Verband, wenn es um Kampagnen geht. „Links Leben“, „Wir ziehen’s
570 durch“ oder „Refugees Welcome!“ – Wir sind gut darin Themen, die uns bewegen, durch
571 Kampagnen nach außen zu tragen. Mit thematisch klar zugeschnittenen Kampagnen können
572 wir bestimmte Zielgruppen ansprechen, (Neu-)Mitglieder zum mitmachen animieren und unsere
573 Positionen mit BündnispartnerInnen gemeinsam an die Öffentlichkeit bringen.

574

575 Das werden wir auch in den kommenden zwei Jahren weiter verfolgen. Auf Bundesebene
576 wollen wir euch in den nächsten zwei Jahren Kampagnenmaterial und Aktionsideen unter
577 anderem zu folgenden Themen zur Verfügung stellen.

578

579 *„Die offene Gesellschaft“*

580

581 Wir alle stehen vor einer der größten Herausforderungen seit dem Mauerfall vor 25 Jahren.
582 Viele Menschen suchen hier bei uns Zuflucht vor Krieg, Armut und Perspektivlosigkeit. Unsere
583 Aufgabe ist es, die Menschen willkommen zu heißen und mit ihnen gemeinsam einen Platz bei
584 uns zu suchen. Das wird unsere Gesellschaft verändern. Wir freuen uns darauf. Neue Einflüsse,
585 individuelle Lebensentwürfe und Solidarität sind für uns kein Widerspruch. Als junge politisch
586 Aktive werden wir die Chance nutzen zu gestalten und dazu beizutragen, dass wir in 20 Jahren
587 in einer Gesellschaft wohnen, die um viele Einflüsse reicher ist und unserem Anspruch an ein
588 modernes, solidarisches Zusammenleben genügt. Das wollen wir mit unserer Kampagne

589 deutlich machen.

590

591 „Die moderne Familie“

592

593 „Vater-Mutter-Kind“ das Spiel gibt es schon ewig. Doch heute ist die klassische Rollenverteilung
594 bei den Kleinen nicht mehr aktuell. Die Variationsmöglichkeiten sind groß. Das eine Baby hat
595 zwei Mamas, der eine Papa zieht sein Kind alleine groß und wieder ein anderes Baby pendelt
596 zwischen zwei Familien hin und her. Und auch der Familienbegriff verändert sich insgesamt.
597 Familie ist heute da, wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen. Das geht auch
598 zwischen Seniorinnen und Senioren. Wie diese Verantwortungsübernahme funktionieren kann –
599 auch jenseits vom Trauschein - wollen wir in einer Kampagne thematisieren.

600

601 „Unsere Zukunft ist mehr wert!“

602

603 Investitionen in Bildung, Infrastruktur und öffentliche Daseinsvorsorge blieben auf der Strecke.
604 Wir sagen „Unsere Zukunft ist mehr wert!“. Wer eine gute Zukunft für junge Menschen will muss
605 investieren. Wir brauchen endlich mehr Geld für den sozialen Sektor, mehr Geld für Kitas,
606 Schulen und Hochschulen, mehr Geld für Straßen- und Gebäudebau. Dafür wollen wir in der
607 SPD auf Bundesebene, in den Ländern und in den Kommunen werben.

608

609 **Materialien, Presse und Social Media**

610

611 Wir haben die richtigen Positionen und wir machen tolle Arbeit vor Ort. Es ist zentral, dass wir
612 das auch nach außen darstellen – online wie offline.

613

614 Auf dem Bundeskongress 2015 präsentieren wir das neue Corporate Design der Jusos. Wir
615 nehmen das zum Anlass, alle unsere Materialien zu überarbeiten und im neuen Design zu
616 produzieren. Das gilt für unsere Themenflyer, das Handbuch für die Arbeit mit Frauen im
617 Verband und natürlich auch für unsere Give-Aways. Dabei haben wir sowohl die
618 Landtagswahlkämpfe im Sinn als auch die reguläre Juso-Arbeit vor Ort.

619

620 Ein neues Corporate Design muss auch auf der Homepage sichtbar sein. Die Befragung von
621 Fokusgruppen haben ergeben, dass viele Leute zu allererst auf unsere Homepage gehen, um
622 uns kennen zu lernen. Umso wichtiger, dass wir diese öffentliche Seite komplett überarbeiten.
623 Leute, die sich über uns und unsere Positionen informieren wollen, sollen auf einen Blick sehen,
624 wofür wir stehen: für eine linke, progressive und solidarische Politik. Verständlich und präzise
625 auf den Punkt zu kommen. Mit unseren Argumenten überzeugen. Das erwarten Interessierte
626 von uns. Daran werden wir unsere Texte messen. Wenn wir die Homepage von Grund auf
627 erneuern, gehört dazu natürlich auch, endlich unsere Beschlüsse leichter zugänglich zu
628 machen. Wichtig, nicht nur für Interessierte sondern auch für die Arbeit vor Ort.

629

630 Die klassische Pressearbeit ist wichtig für uns. Wenn wir Jusos etwas verändern wollen,
631 müssen wir mit unseren Positionen in den Debatten der Leitmedien vorkommen. Dies ist uns
632 bisher gut gelungen. Ob mit den Kampagnen oder zu relevanten tagesaktuellen Entwicklungen,
633 Jusos sind mit einer Einschätzung vertreten. Wir setzen linke Akzente im öffentlichen Diskurs
634 und steigern unsere Bekanntheit. Dies verschafft uns Gewicht auch in der innerparteilichen
635 Auseinandersetzung.

636

637 Öffentlichkeitsarbeit hat sich über die Jahre verändert und wird weiterhin immer von
638 Veränderung geprägt sein. Längst haben Online-Medien und Social Media der gedruckten
639 Presse den Rang abgelaufen. Facebook und Twitter zu bespielen ist gesetzt. Doch laufend
640 entstehen neue Portale, Netzwerke und Kommunikationsmodule, die von unterschiedlichen
641 Zielgruppen genutzt werden. Unser Ziel ist es, die neuen Möglichkeiten für unsere Arbeit zu
642 nutzen. Unser Anspruch ist es, junge Menschen dort zu erreichen, wo sie sich bewegen, zu
643 Themen, die sie interessieren. Offline wie online. Dies wird insbesondere in Hinblick auf den
644 Wahlkampf zentral sein. Dazu beraten wir uns regelmäßig mit Netzpolitikerinnen und
645 Netzpolitikern. Wir haben in den vergangenen Jahren einiges ausprobiert. Instagram und
646 Tumblr bieten die Möglichkeit, Politik auf eine andere Art und Weise darzustellen. Doch was ist
647 zum Beispiel mit Snapchat und Whatsapp? Können wir diese Apps auch für politische Arbeit
648 nutzen? Das Online-Team ist mittlerweile fester Bestandteil unserer Arbeit. Das wollen wir
649 beibehalten und für 2016 ein neues Team ausschreiben.

650

651 Aber auch für diejenigen, die weiterhin gerne Papier in der Hand halten, machen wir ein
652 Angebot. Unsere Argumente-Hefte bleiben der Ort, an dem wir wichtige Debatten ausführlich für
653 den Verband aufbereiten. Wir werden hierzu erneut eine Redaktionsgruppe ausschreiben.

654

655 Die Ergebnisse unserer Arbeit werden wir einmal jährlich in einem gedruckten
656 Rechenschaftsbericht präsentieren.

657

658 **11. SchülerInnen und Auszubildenden-Gruppe unterstützen**

659

660 Die Juso-SchülerInnen und Auszubildenden-Gruppe, ist eine Projektgruppe des
661 Bundesvorstands, diese wird von drei gleichberechtigten BundeskoordinatorInnen vertreten. Die
662 Bundeskoordination wird einmal pro Jahr auf dem Organisatorischem Bundeskongress der
663 Juso-SchülerInnen und Auszubildenden-Gruppe für jeweils ein Jahr gewählt. An den
664 Bundesvorstandssitzungen nimmt jeweils ein/e VertreterIn der Bundeskoordination der Juso-
665 SchülerInnen und Auszubildenden-Gruppe teil. Neben dem Wahlkongress findet auch einmal
666 jährlich ein Basiskongress statt, bei dem sich alle Mitglieder sowie InteressentInnen anmelden
667 können.

668

669 Seit 2010 vertreten die Juso-SchülerInnen und Auszubildenden ihre Zielgruppe innerhalb der
670 Jusos und der SPD. In den nächsten zwei Jahren werden sie sich mit dem Thema Ausbildung
671 beschäftigen. Hierfür werden sie Gespräche mit der DGB-Jugend aufnehmen und sich inhaltlich
672 austauschen.

673

674 Die These, die Jugend sei unpolitisch, hält sich hartnäckig. Die Juso-SchülerInnen und
675 Auszubildenden-Gruppe zeigt, dass dies nicht der Tatsache entspricht. Die SchülerInnen- und
676 Auszubildenden-Gruppe wird sich in diesem Jahr damit auseinandersetzen, wie sie noch
677 attraktiver für Junge Menschen werden kann.

678

679 Ein weiteres Thema wird sein, wie man die sexuelle Vielfalt am besten im Unterricht
680 thematisieren kann. Erst vor kurzem liefen Eltern in Baden-Württemberg Sturm, als die Grün-
681 Rote Landesregierung dieses Thema in den Biologie Unterricht aufnehmen wollte. Welche
682 Ursachen dies hat und welche Positionen wir daraus für uns folgern, wird in diesem Jahr
683 gemeinsam mit den Mitgliedern diskutiert.

684

685 Die Juso-SchülerInnen- und Auszubildenden-Gruppe will ihre Kommunikationswege ausbauen.
686 Neben den klassischen Aktivitäten im sozialen Netz, soll es regelmäßig einen Podcast geben, in
687 dem die aktuelle Arbeit vorgestellt wird.

688

689 Ebenfalls wird es regelmäßig Basis-Telefonkonferenzen geben um sich mit den Mitgliedern vor
690 Ort auszutauschen und schneller auf Wünsche reagieren zu können.

691

692 Die Juso-SchülerInnen- und Auszubildenden-Gruppe wird sich innerhalb der Jusos und der SPD
693 stärker vernetzen, z.B. mit den Juso-Hochschulgruppen und der AfB. Die Strukturen auf
694 Landes-, Bezirks- und Unterbezirksebene sollen ausgebaut werden. Eine starke SchülerInnen
695 und Auszubildenden Vertretung ist wichtig, um die konkreten Erfahrungen in die politische Arbeit
696 der Jusos einfließen zu lassen.

697

698 **Bewegt euch!**

699

700 Wir haben viel vor in den nächsten zwei Jahren. Wir kämpfen für eine Gesellschaft der Freien
701 und Gleichen. Wir treten ein für den demokratischen Sozialismus. Diese Überzeugung ist unser
702 Antrieb - deshalb bleiben wir in Bewegung. Und wir bleiben nicht stehen, bevor sich nicht auch
703 diese Gesellschaft als Ganzes bewegt!

704

705

706

707

708

709

Bundeskongress, 27.-29.11.2015

B

Beschäftigung & Gute Arbeit

B 1	Projekt Zukunft der Arbeit über den Juso Bundesvorstand Andere Arbeitszeiten sind möglich!	26
B 2	Saarland Missbrauch von befristeten Arbeitsverträgen stoppen!	30
B 3	Hessen-Süd Solidarischer Wohlfahrtsstaat: Arbeit und Leben	32
B 4	Bayern Mindestlohn ohne Ausnahme	35
B 5	Hessen-Nord Mindestlohn ausbauen!	37
B 6	Thüringen Finanzielle Situation von Beschäftigten in Werkstätten für behinderte Menschen verbessern	39
B 7	Sachsen-Anhalt Keine Quantifizierung des Alltags durch Arbeitgeber oder Versicherer	43
B 8	Hessen-Süd Solidarischer Beschäftigungssektor (SBS)	44
B 9	Saarland Ausbeutung in den Pflegeberufen stoppen	48

Titel Andere Arbeitszeiten sind möglich!

Antragsteller Projekt Zukunft der Arbeit über den Jusos Bundesvorstand

Zur Weiterleitung an SPD-Bundesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Andere Arbeitszeiten sind möglich!

1 Arbeitszeit ist mehr als eine Rechengröße. Sie ist ein wesentliches und bestimmendes Element
2 in der Aushandlung der Arbeitsbedingungen zwischen ArbeitnehmerInnen und
3 ArbeitgeberInnen. Auf makroökonomischer Ebene entscheidet die Arbeitszeit über die
4 gesellschaftliche Teilhabe großer Teile der Bevölkerung. Auf individueller Ebene bestimmt sie zu
5 einem großen Teil über das Wohlbefinden und die Vereinbarkeit des Berufs mit anderen
6 persönlichen Zeitpräferenzen.

7

8 **Deregulierung, Entgrenzung, neue Formen der Arbeit und Wünsche**

9

10 Das gesellschaftliche Bedürfnis nach selbstbestimmter Flexibilität im beruflichen Umfeld und der
11 Wunsch nach einer besseren work-life-balance haben sich in den letzten 20 Jahren stetig
12 intensiviert. ArbeitnehmerInnen wünschen sich mehr Einfluss auf die Gestaltung ihrer
13 Arbeitszeit, die Anpassung an verschiedene Lebensphasen und ausreichend Freiräume für
14 Aktivitäten abseits des Arbeitsplatzes. Dies ist auch darauf zurückzuführen, dass sich mit der
15 Erwerbsbeteiligung von Frauen Wünsche und Anforderungen an die Arbeitswelt verändert
16 haben. Die Veränderungen gesellschaftlicher Normen haben dazu beigetragen, dass
17 Vereinbarkeitswünsche auch bei Männern stärker geworden sind. Der technologische Fortschritt
18 hat ein Arbeiten fernab des eigentlichen Arbeitsplatzes zu anderen Uhrzeiten erst ermöglicht.
19 Unterbrochene und verschlungene Erwerbsbiografien sind nicht mehr exotisch, sondern ein
20 wesentlicher Teil des Lebenswegs von vielen Menschen geworden.

21

22 Zu diesen Entwicklungen zählt aber auch der Rückzug des Normalarbeitsverhältnisses. Der
23 Anteil dieser Beschäftigten sank vom Jahr 1994 bis zum Jahr 2014 von 76% auf 68%, zeitgleich
24 stieg der Anteil der atypischen Beschäftigung von 14% auf 21% deutschlandweit an. Besonders
25 in Bereichen des personennahen Dienstleistungsgewerbes, wie dem Gastgewerbe oder der KFZ-
26 Reparatur, machten diesen Formen der Beschäftigung mit 71% einen Großteil aller
27 Beschäftigungsverhältnisse aus und stellen zunehmend eine Regel anstelle einer Ausnahme
28 dar.

29

30 Eine weitere Belastung im Bereich atypischer Beschäftigungen entsteht durch die starke
31 Ausweitung der Nacht-, Schicht- und Wochenendarbeit, von der mittlerweile mehr als die Hälfte
32 der Beschäftigten betroffen sind, während es 1991 38% betraf. Ebenfalls in diesen Bereich
33 gehören auch unbezahlte Überstunden, die oftmals schon längst die gesellschaftliche
34 Normalität darstellen. So leisten 40% der Beschäftigten mehr als fünf zusätzliche
35 Arbeitsstunden pro Woche, wodurch deutschlandweit jährlich über 1,1 Milliarden unbezahlte
36 Überstunden anfallen. Daher kann es auch nicht verwundern, dass viele ArbeitnehmerInnen
37 sich durch ihren Job in ihrer Gesundheit gefährdet sehen. Besonders ständiges Multitasking und
38 Termin- bzw. Leistungsdruck, aber auch der Verzicht auf gesetzlich vorgeschriebene Pausen
39 tragen dazu bei.

40

41 Zusätzlich zum Trend, der immer häufigeren atypischen Beschäftigungen, kommt die
42 zunehmende Entgrenzung der Arbeitsverhältnisse. Dieses Ausgreifen des Arbeitsalltags in das
43 Privatleben von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wird dabei in hohem Maß durch
44 moderne Kommunikationsmedien ermöglicht. Die ständige Erreichbarkeit der
45 ArbeitnehmerInnen wird von ArbeitgeberInnen Seite genutzt, um anfallende Arbeiten in deren
46 Freizeit zu verschieben und ihre Leistung unentgeltlich weiter zu steigern. So geben mittlerweile
47 34% aller ArbeitnehmerInnen an, auch außerhalb der Arbeitszeit in häufigem Email- und
48 Telefonkontakt mit ihren Vorgesetzten zu stehen.

49

50 Während Vollzeitbeschäftigte beruflich immer stärker beansprucht werden, gibt es auch viele
51 ArbeitnehmerInnen, die nur in Teilzeit oder auf geringfügiger Basis Beschäftigung finden.
52 Besonders Frauen sind von dieser Entwicklung überproportional betroffen. Obwohl der Anteil
53 von Frauen in einem Beschäftigungsverhältnis zugenommen hat, sank ihr Anteil an
54 gesamtgesellschaftlichen Arbeitsvolumen. Die „1,5-Erwerbsvariante“, bei der Männer Vollzeit
55 arbeiten, aber Frauen nur einer Teilzeittätigkeit nachgehen, wird zunehmend zum
56 gesellschaftlichen Normalfall. Daraus entsteht ein Abhängigkeitsverhältnis, das Frauen z.B.
57 beim späteren Rentenbezug deutlich benachteiligt.

58

59 Diese ungleiche Verteilung von Arbeitszeit und Arbeitslast lässt nur einen Schluss zu: Wir
60 müssen stärker darauf setzen Arbeit als Grundbedürfnis der Menschen gerechter zu verteilen
61 und den Menschen auf diesem Weg gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Das neue
62 Normalarbeitsverhältnis und die damit verbundene Arbeitszeitverkürzung stehen dabei in
63 Tradition zu zentrale Errungenschaften der Gewerkschaftsbewegung. Der arbeitsfreie Sonntag,
64 die 5-Tage-Woche oder später die 40-Stunden-Woche waren prägende Einschnitte hin zu einer
65 Humanisierung der Arbeitswelt und einer gerechteren Arbeitsverteilung.

66

67 **Das neue Normalarbeitsverhältnis**

68

69 Das Normalarbeitsverhältnis zeichnet sich durch eine tariflich gesicherte und
70 sozialversicherungspflichtige Beschäftigung aus, die in Vollzeit und unbefristet ausgeführt wird.
71 Vor dem Hintergrund der ungleichen Verteilung von Arbeit in unserer Gesellschaft, der
72 strukturell ungleichen Verteilung zwischen den Geschlechtern sowie dem wachsenden und
73 gesundheitlich belastenden Arbeitsdruck vieler Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen
74 wir über eine neue Ausgestaltung des Normalarbeitsverhältnisses und der Arbeitszeit
75 nachdenken. Ein neues Normalarbeitsverhältnis kommt für uns aber nicht ohne die
76 Sicherungselemente aus, die in den vergangenen Jahrzehnten von den Beschäftigten hart
77 erkämpft wurden.

78

79 Wir fordern, dass die durchschnittliche Regelarbeitszeit auf 30 Stunden pro Woche abgesenkt
80 wird . Gleichzeitig muss zur Flankierung auch die maximal zulässige Wochenarbeitszeit von
81 derzeit 48 Stunden pro Woche auf 40 Stunden pro Woche sinken.

82

83 Mit dieser neuen Form des Normalarbeitsverhältnisses wird der ungleichen Verteilung von
84 Arbeit in unserer Gesellschaft entgegengewirkt. Auch auf die massiv ungleiche Verteilung
85 zwischen den Geschlechtern hat die Arbeitszeitverkürzung positive Auswirkungen. Eine
86 Absenkung der Regelarbeitszeit hat auf makroökonomischer Ebene eine Verteilungswirkung
87 zugunsten von bisher vom Arbeitsmarkt ausgeschlossenen oder unterrepräsentierten Gruppen.
88 Viele Menschen ohne Beschäftigung könnten wieder ins Arbeitsleben integriert werden. Auch
89 steigen die Chancen von Menschen, die bisher in atypischer Beschäftigung arbeiten, (wieder) in
90 eine Vollzeitbeschäftigung zu kommen, was vor allem Frauen betrifft. Gleichzeitig sinkt der
91 Abstand zu den nach wie vor meist männlichen bisherigen Vollzeitbeschäftigten. Außerdem
92 werden Rahmenbedingungen für individuelle Zeitgestaltungen bspw. zugunsten von
93 Kinderbetreuung, Pflege, ehrenamtlichen Engagement etc. verbessert.

94

95 **Flexibilisierung der Arbeitszeit**

96

97 Um Vereinbarkeiten zu schaffen ist aber nicht nur eine Absenkung der Regelarbeitszeit wichtig.
98 Eine Flexibilisierung von täglichen, wöchentlichen und monatlichen Arbeitszeiten schafft auch
99 kurzfristige Freiräume für individuelle Prioritäten, die sich Beschäftigte zunehmend wünschen.

100

101 Mit der Zeit haben sich deshalb viele Arten von flexiblen Arbeitszeitmodellen herausgebildet.
102 Neben Gleitzeit und flexible Teilzeit der Mehrheit der ArbeitnehmerInnen bekannt ist und schon
103 in Anspruch genommen werden kann, gibt es auch Arbeitszeitmodelle wie die
104 Vertrauensarbeitszeit oder Telearbeit. Allerdings spielt bei der Anwendung von
105 Arbeitszeitmodellen auch Zwang (manchmal verdeckt durch angebliche Freiwilligkeit) eine
106 Rolle. Auf der anderen Seite sind diese Arbeitszeitmodelle für andere Beschäftigte ein Luxus,
107 auf den nicht alle zurückgreifen können bzw. den nicht jedeR Beschäftigte beanspruchen kann.
108

109 Flexible Arbeitszeitmodelle sind in vielen Branchen zu finden, aber größtenteils eher zum Vorteil
110 der Unternehmen, um die Abdeckung der Betriebszeit besser zu regeln. Dort, wo die
111 betriebliche Mitbestimmung stark ist, können die Beschäftigten mitreden und Betriebsräte
112 schädliche Auswüchse von flexibler Arbeitszeitgestaltung entgegenwirken. Wo dies gelingt, sind
113 Modelle der flexiblen Arbeitszeitgestaltung sowohl für ArbeitnehmerInnen als auch für
114 ArbeitgeberInnen von Vorteil. Risiken bestehen da, wo ArbeitgeberInnen das Instrument für sich
115 nutzen können, während ArbeitnehmerInnen durch das einseitig bestehende
116 Abhängigkeitsverhältnis kaum Gestaltungsrechte und -Spielraum bezüglich ihrer eigenen
117 Arbeitszeit haben. Dabei sind sie etwaigen negativen Folgen schutzlos ausgeliefert. Gerade die
118 Nichtdokumentierung der Arbeitszeit bietet den ArbeitgeberInnen die Möglichkeit die
119 Arbeitszeitmodelle auszunutzen und verleitet die ArbeitnehmerInnen zur Selbstausbeutung.
120

121 Bei unregulierter flexibler Arbeitszeit, die vor allem an den Bedürfnissen der unternehmerischen
122 Produktionsabläufe ausgerichtet ist, bestehen Gefahren für die Gesundheit der Beschäftigten.
123 Zu den gesundheitlichen Risiken flexibler Arbeitszeiten sind Symptome wie Stress, Depression,
124 Burn Out, Überbelastung und Leistungsdruck zu zählen. Aber auch Folgen wie unbezahlte
125 Überstunden, Wochenendarbeit, Mehrarbeit und der hohe Planungsaufwand und damit
126 verbundene mögliche Fehlplanungen dürfen nicht unerwähnt bleiben.
127

128 Für die Gestaltung flexibler Arbeitszeitmodell fordern wir:
129

130 • Eine Arbeitsversicherung zur Absicherung längerer Auszeiten
131 Durch eine zu schaffende Arbeitsversicherung, muss es einen rechtlichen Anspruch
132 darauf geben, dass Menschen in bestimmten Lebenssituationen eine Auszeit von ihrer
133 Arbeit nehmen können. Die von der SPD diskutierte Familienzeit ist ein wichtiger erster
134 Schritt in die richtige Richtung. Mittelfristig fordern wir mit der Arbeitsversicherung jedoch
135 eine umfänglichere Absicherung von Auszeiten. Auch Teilzeitregelungen für Bildung und
136 Alter müssen durch die Arbeitsversicherung möglich werden. Dazu wird über die
137 Beschäftigung Zeitguthaben angespart. Gleichzeitig besteht ein finanzieller Anspruch auf
138 Absicherung während der reduzierten Arbeitszeiten.
139

140 • Zeitsouveränität
141 Die Flexibilität in den Arbeitszeitmodellen ist in vielen Branchen schon Gang und Gebe,
142 jedoch gibt es in einigen Berufen Arbeitnehmer*innen, die gerne in einem flexiblen
143 Arbeitszeitmodell arbeiten möchten, um sich ihre Zeit individueller einteilen können.
144 Hierfür müssen für alle arbeitenden Menschen die gleichen Rechte gelten.
145 Arbeitnehmer*innen in Betrieben mit Mitbestimmung, haben häufig bessere Chancen auf
146 flexible Arbeitszeitverhältnisse. Dort wo es bisher keine betrieblichen oder tariflichen
147 Regelungen gibt, muss es Anreize und Initiativen geben, die den Anspruch auf flexible
148 Arbeitszeiten ausweiten.
149

150 • Die Abschaffung der Vertrauensarbeitszeit
151 Vertrauensarbeitszeit wird häufig als besondere Auszeichnung oder Privileg
152 wahrgenommen. Die Vertrauensarbeitszeit suggeriert den Beschäftigten ein Maximum an
153 Zeitsouveränität, aber dies geht einher mit Verpflichtungen, die einem Werksvertrag
154 gleichkommen und häufig zu einem Mehr an Arbeitszeit jenseits der gesetzlichen
155 Regelung führt. Deshalb fordern wir die Abschaffung der Vertrauensarbeitszeit, da bei
156 diesem Modell die Arbeitszeit nicht dokumentiert wird und dies schnell zu einer
157 Ausbeutung zu Lasten der Arbeitnehmer*innen führen kann.
158

159 • Arbeitszeitkonten für alle Arbeitnehmer*innen
160 Weiterhin fordern wir, dass aus den Gründen der Ablehnung der Vertrauensarbeitszeit und
161 der besseren Eigenkontrolle ArbeitnehmerInnen ihre Arbeitszeit verpflichtend

162 dokumentieren müssen. Somit wird gewährleistet, dass gesetzliche Regelungen
163 eingehalten werden, Überstunden dokumentiert werden und Beschäftigten besseren
164 Überblick über ihre eigene geleistete Arbeitszeit haben. So kann einer möglichen
165 Ausbeutung entgegen gewirkt werden. Die genaue Ausgestaltung dieser
166 Arbeitszeitkonten kann tariflich und/oder betrieblich geregelt werden.

167

168 • Entgrenzung von Arbeitszeit

169 Für das Verwischen der Arbeitszeit mit Freizeit gibt es keine einfachen Lösungen. Da sich
170 die Arbeitszeitwünsche individuell darstellen, werden generelle Lösungen immer mit dem
171 Problem zu kämpfen haben, nur einen Teil von Beschäftigten zufrieden zu stellen. Wir
172 sind deshalb der Meinung, dass es klare Vereinbarungen auf betrieblicher und tariflicher
173 Ebene braucht, um negative Folgen einzugrenzen. Insbesondere braucht muss ein
174 betriebliches Gesundheitsmanagement einen Fokus auf die Aufklärung der Beschäftigten
175 legen und negative Auswirkungen untersuchen. In keinem Fall darf die Entgrenzung zu
176 einer (unbezahlten) Arbeitszeiterhöhung durch die Hintertür führen.

177

178

179

180

181

182

183

184

185

186

187

188

189

190

191

192

193

194

195

196

197

198

199

200

201

202

203

204

205

206

207

208

209

210

211

212

213

214

215

216

217

218

219

220

221

Titel Missbrauch von befristeten Arbeitsverträgen
stoppen!

Antragsteller Saarland

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Missbrauch von befristeten Arbeitsverträgen stoppen!

1 Ein großer Teil der Arbeitsmarktreformen der rot-grünen Bundesregierung im Rahmen der
2 Agenda 2010 waren vor allem ein Geschenk für die Arbeitgeber*innen. Neben der Lockerung
3 des Kündigungsschutzes und der Erhöhungen der Sozialabgaben für Beschäftigte hat die
4 schröder'sche Politik außerdem eine sachgrundlose Befristung von Arbeitsverhältnissen
5 ermöglicht. Als eine Auswirkung hat sich Zahl der befristeten Arbeitsverhältnisse in den letzten
6 20 Jahren fast verdreifacht.

7
8 Sachgrundlose Befristungen von Arbeitsverhältnissen sind nach dem bestehenden Teilzeit- und
9 Befristungsgesetztes (TzBfG) möglich und eröffnen Arbeitgeber*innen die Möglichkeit, flexible
10 Arbeitsverträge ohne einen vorliegenden sachlichen Grund abzuschließen. Die Befristung ohne
11 sachlichen Grund kann dabei eine der folgenden drei Arten sein:

- 12
13 • die kalendermäßige Befristung bis zu zwei Jahren (§14, Abs. 2)
14 • die Befristung im Fall einer Unternehmensgründung (§14, Abs. 2a)
15 • die Befristung bei älteren Arbeitnehmern (§14, Abs. 3).

16
17 Neben der sachgrundlosen Befristung regelt das TzBfG auch die Möglichkeit befristete
18 Arbeitsverhältnisse mit einem sachlichen Grund abzuschließen. Ein sachlicher Grund für eine
19 Befristung kann dabei beispielweise Urlaubs- oder Krankheitsvertretung sein.

20
21 Wenn ein befristetes Arbeitsverhältnis abgelaufen ist, besteht für die/den Arbeitgeber*in die
22 Möglichkeit, dem/der Arbeitnehmer*in erneut einen befristeten Arbeitsvertrag anzubieten. Diese
23 erneute Befristung muss der/die Arbeitgeber*in je nach Befristungsverhältnis (sachgrundlos, mit
24 Sachgrund) Rechtfertigen. Diese Art von befristeten Arbeitsverträgen werden auch
25 Kettenverträge genannt. Die aktuelle Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts (BAG) erlaubt
26 grundsätzlich eine unbeschränkte Anzahl von aufeinanderfolgenden, befristeten
27 Arbeitsverträgen. Weiterhin ist außerdem eine Ausgliederung in deutlich niedrigere
28 Entlohnungen im Rahmen der Verlängerung eines befristeten Arbeitsverhältnisses erlaubt.

29
30 Befristete Arbeitsverhältnisse stellen für die Betroffenen häufig eine starke psychische
31 Belastung dar. Nach Chadi und Hetschko beeinträchtigen befristete Arbeitsverträge das
32 Wohlbefinden von Arbeitnehmer*innen erheblich. Den Hauptgrund dafür stellt die fehlende
33 Arbeitsplatzsicherheit dar. Die Folgen für die Betroffenen sind Existenzängste, Stress und
34 fehlende Planbarkeit der eigenen Zukunft. Befristete Arbeitsverhältnisse erlauben weder privat,
35 noch beruflich eine langfristige Lebensperspektive zu entwickeln. Als Konsequenz fällt es
36 Betroffenen beispielsweise oft schwer, Kreditverträge abzuschließen oder eine Wohnung zu
37 mieten.

38

39 Neben der Belastung für die Betroffenen bedeuten befristete Arbeitsverträge, insbesondere
40 sachgrundlose Befristungen, weitere Einschränkungen. Befristete Arbeitnehmer*innen neigen
41 weniger dazu, sich gegen schlechte Bedingungen am Arbeitsplatz und Lohndumping zur Wehr
42 zu setzen. Es besteht außerdem die Möglichkeit für Arbeitgeber*innen, tarifvertraglich
43 vereinbarte Leistungen wie beispielsweise Probezeiten nach der Ausbildung auszuhebeln.
44 Wenn in diesem Zusammenhang auch noch eine Entfristung in Aussicht gestellt wird, ist das
45 Wohlverhalten der Betroffenen bis zur Entfristung sehr wahrscheinlich.

46

47 Somit verändern befristete Arbeitsverhältnisse auch das Kräfteverhältnis zwischen
48 Arbeitgeber*innen und Arbeitnehmer*innen zugunsten der Arbeitgeber*innen und schwächen
49 die gewerkschaftliche Schlagkraft.

50

51 Während eine Befristung mit Sachgrund in Einzelfällen durchaus Sinn ergeben kann, stellen
52 sachgrundlose Befristungen ein unzumutbares Instrument zur Ausbeutung der Arbeitskraft von
53 Arbeitnehmer*innen dar. Sie widersprechen unserem Verständnis von guter Arbeit und
54 angemessener Behandlung von Arbeitnehmer*innen.

55

56 Wir fordern deshalb:

57

- 58 • ein Verbot von sachgrundlosen Befristungen bei Arbeitsverträgen.
- 59 • die Einschränkung von Kettenverträgen dahingehend, dass Arbeitnehmer*innen keine
60 vertraglich schlechteren Konditionen angeboten werden dürfen. Es müssen mindestens
61 die gleichen Arbeitsbedingungen angeboten werden.

62

63 Insbesondere fordern wir die SPD Landtagsfraktion auf zu prüfen ob eine kurzfristige
64 Möglichkeit der Beschränkung von befristeten Arbeitsverhältnissen auf Landesebene möglich
65 ist.

66

67 Langfristig fordern wir den Parteivorstand der SPD Saar, die SPD Landtagsfraktion, sowie die
68 saarländischen Bundestagsabgeordneten auf, sich für die Umsetzung dieser Forderungen im
69 Bundestag einzusetzen.

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

Titel Solidarischer Wohlfahrtsstaat: Arbeit und Leben

Antragsteller Hessen-Süd

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Solidarischer Wohlfahrtsstaat: Arbeit und Leben

1 **Erosion des Normalarbeitsverhältnisses**

2

3 Nachdem der Fordismus seinen Siegeszug durch die Arbeitswelt feierte und Arbeiter*innen
4 durch mehr Lohn und mehr Mitsprache im Betrieb besser an der Gesellschaft partizipieren
5 konnten, kam lange Zeit nichts. Doch seit den 80er Jahren wird in stetig schnelleren Schritten
6 eine Transformation der Arbeitswelt betrieben. Immer weniger Menschen sind in unbefristete,
7 sozialversicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigungsverhältnisse eingebunden; gerade noch
8 knapp mehr als die Hälfte aller Beschäftigten. Immer mehr Menschen können mit einer
9 Beschäftigung nicht einmal mehr den eigenen Lebensunterhalt, geschweige denn den
10 Lebensunterhalt einer ganzen Familie bestreiten.

11

12 Aber früher war nicht alles besser, denn meist war nur der Mann Alleinverdiener. Aktuell werden
13 Frauen dringender denn je in der Wirtschaft benötigt. Doch nur wenige hochqualifizierte Frauen
14 profitieren davon, Millionen Frauen werden weiter schlecht bezahlt und verbleiben in atypischen
15 Beschäftigungsverhältnissen. Weiterhin müssen Frauen zum großen Teil die
16 Reproduktionsarbeit und „Carearbeit“ leisten, zusätzlich zur Erwerbsarbeit. Man glaubte an die
17 Versprechungen einer neuen Marktwirtschaft.

18

19 Kapital und Arbeit stehen immer noch im Gegensatz zueinander und die Arbeitnehmer*innen
20 stehen im Zuge der Globalisierung zunehmend auf der Verliererseite. Das Arbeitsvolumen stieg
21 im Vergleich zu 1991 nicht wesentlich, trotz „German Jobwunder“. In Wirklichkeit stieg nur der
22 Gewinn der Unternehmen und die Zahl der atypischen Beschäftigung, das Risiko blieb dadurch
23 bei den Arbeitnehmer*innen. Durch die Arbeitsmarkt- und Sozialreformen stehen auch die
24 unbefristeten Arbeitnehmer*innen so stark unter Druck, dass sie z.B. unbezahlte Überstunden
25 vermehrt in Kauf nehmen – aber auch die Konfrontationen in Tarifkonflikten scheuen. Seit dem
26 Jahr 2000 stieg die Produktivität der Belegschaft um 15% und der Reallohn stieg parallel dazu
27 nur um 0,4%. Im Vergleich dazu stiegen die Vermögens- und Unternehmensgewinne um 30%.

28

29 Die schlechten Eigenschaften des Fordismus schlagen mit neuer Logik durch: Viele
30 Arbeitnehmer*innen werden im Drehtüreffekt ausgetauscht, was durch die
31 Ausnahmeregelungen des Mindestlohngesetz zusätzlich angeheizt wird. Die Problemfelder sind
32 dabei einfach zu beschreiben: Weniger Lohn, weniger Mitbestimmung, geringere
33 Sozialleistungen und erzwungene Flexibilität. Arbeitnehmer*innen werden in
34 Scheinselbständigkeit ausgelagert; so entziehen sich ganze Branchen ihrer gesellschaftlichen
35 Verantwortung. Vollzeitstellen werden in Teilzeitstellen umgewandelt oder in teilweise staatlich
36 subventionierte Arbeitsplätze aufgeteilt. Praktika reihen sich an Praktika, viele davon unbezahlt.

37

38 Daher fordern wir:

39

- 40 • Leih- und Zeitarbeit verbieten bzw. stark regulieren
- 41 • Werkverträge neu regeln und den Missbrauch durch zusätzliches Personal ahnden und
- 42 härter bestrafen
- 43 • Zuschläge für Nacht- und Wochenendarbeit erhöhen
- 44 • Mindestlohn den regionalen Lebensumständen anpassen
- 45 • Niedrigere Hürden für Allgemeingültigkeitserklärung von Tarifverträgen
- 46 • Anspruch auf Rückkehr in Vollzeit für Eltern, Carearbeit oder Weiterbildung
- 47 • Equal-Pay-Gesetz

48

49 **Entgrenzung der Erwerbsarbeit**

50

51 Der Wunsch eines Großteils der Studierenden geht wieder in Richtung „Sicherheit im Beruf“,
 52 daher wollen viele nach ihrem Studium in den Öffentlichen Dienst. Denn die Auflösung der
 53 Grenzen zwischen der Erwerbsarbeit und dem Privatleben ist in der freien Wirtschaft teilweise
 54 schon gelebte Realität – ein „9-5 Job“ ist eher Ausnahme als die Regel; Wissenschaftler*innen
 55 sprechen von "Entgrenzung der Erwerbsarbeit". Nicht nur die Arbeitskraft wird in diesem Falle in
 56 dem Produktionsprozess eingebracht, sondern der ganze Mensch an sich. Auch wird eine
 57 räumliche und zeitliche Vermischung beider Lebensbereiche möglich. Dabei wird der
 58 Arbeitnehmer*in mit seinem Sein immer stärker den Zielen des Unternehmens unterworfen.
 59 Wieder wird ein Stück mehr Risiko des Unternehmens genommen und auf den Arbeitnehmer*in
 60 abgeladen.

61

62 Doch durch diese Entwicklungen und den der Prekarisierung entstehen auch neue psychische
 63 Krankheiten, die sich zu neuen „Volkskrankheiten“ entwickeln. Einerseits zu wissen, ob man - im
 64 schlimmsten Fall - morgen noch Arbeit hat, also eine enorme existenzielle Unsicherheit,
 65 andererseits das ständige „online“ sein und die ewige Erreichbarkeit, denen die Beschäftigten
 66 durch den Abbau der Tarifverträge machtlos gegenüberstehen. Aber auch der durch flache
 67 Hierarchien entstehende Druck (wie z.B. freie Arbeitszeiten bei starken Provisionen) lässt
 68 anfänglich Freiheit und Flexibilität vermuten, ist jedoch das genaue Gegenteil davon. Die
 69 schöne neue Arbeitswelt zeigt ihre wahre Seite.

70

71

72 Unter diesen Entwicklungen muss jeder Arbeitnehmer*in seine eigenen roten Linien ziehen –
 73 wenn sie es denn ökonomisch verantworten können. Denn nicht jedeR kann es sich leisten,
 74 „Nein“ zu sagen und zu wem überhaupt? JedeR ist sein eigener Chef. Zugleich ist absehbar,
 75 dass bei der Vergabe von Arbeitsplätzen diejenigen besser zum Zuge kommen werden, die sich
 76 mit "Haut und Haaren" zur Verfügung stellen. Die Entgrenzung von Arbeit und Leben grenzt
 77 mehr an Selbstgeißelung als an Ausbeutung.

78

79 Daher fordern wir:

80

- 81 • Die Pausenzeiten zwischen der nächsten Schicht auf 12 Stunden erhöhen
- 82 • Die Maximalarbeitszeit von 48h/Woche auf 39h absenken
- 83 • Arbeitszeitverkürzungen für wichtige Lebensabschnitte, wie z.B. Elternzeit, „Carearbeit“,
- 84 Ausbildung oder Weiterbildung bei vollem Lohnausgleich
- 85 • Sozialversicherungen, die auf den immer flexibleren Arbeitsmarkt eingehen
- 86 • Arbeitslosenversicherung in Arbeitsversicherung umwandeln, ohne Sanktionen und mit
- 87 mehr Weiterbildung und Umorientierung
- 88 • Ausweitung des BetrVG für Homeoffice oder Telearbeitsplätze
- 89 • Verpflichtung von präventiven Maßnahmen für die Gesundheit bei Arbeitnehmer*innen

90

91 **Demokratisierung der Wirtschaft**

92

93 Verteilungsgerechtigkeit ist für uns Jusos ein zentrales Anliegen. Es ist der Mittelpunkt der
 94 sozialistischen Idee, gemeinsam zu wirtschaften und an dem Wohlstand zu teilzuhaben. Über
 95 die Demokratisierung der Wirtschaft wird heute nur noch in seltenen Fällen diskutiert, vielmehr
 96 wird dieses Thema gerne als Utopie abgestempelt. Seit etwa Mitte der 1970er Jahre wird das
 97 wenige an wirtschaftlich demokratischen Mitbestimmungsstrukturen durch den Umbau der
 98 Beschäftigungsverhältnisse bedroht. Die Zunahme prekärer Beschäftigungsformen sind keine
 99 guten Vorzeichen für Demokratisierung. Der Arbeitsmarkt arbeitet nicht nach dem Prinzip
 100 „Angebot und Nachfrage“ und die Angst der Beschäftigten zwingt diese zu Zurückhaltung bei

101 den Forderungen nach Verbesserung der Arbeitsbedingungen.

102

103 Statt für mehr Mitbestimmungsrechte zu kämpfen, befinden wir uns stetig in einem
104 Abwehrkampf. Betriebsräte werden Steine in den Weg gelegt oder Anwälte beauftragt, mit
105 Routine Betriebsräte aus dem Unternehmen zu katapultieren. Ein Druck zur Forderung nach
106 weitergehender Demokratisierung liegt heute darin begründet, dass die Arbeitskräfte angesichts
107 existentieller Unsicherheit und erfahrener Ungerechtigkeit versuchen müssen, ihre Ohnmacht zu
108 überwinden.

109

110 In einer Demokratie darf nicht nur das politische Leben demokratisch bestimmt werden, das
111 Arbeitsumfeld als eines der Lebensmittelpunkte der Menschen, muss es ebenfalls werden. Ein
112 grundsätzliches Argument für eine Demokratisierung liegt in der Ungleichverteilung des
113 erwirtschafteten Mehrwerts zwischen Arbeitnehmer*in und Eigentümer*in der Produktionsmittel
114 begründet. Der Mehrwert bleibt zum großen Teil nur bei dem Eigentümer*in. Ohne die
115 Arbeitskraft der Beschäftigten wäre das Unternehmen nur totes Kapitel, daher sollten sie
116 vielmehr die gleichen Eigentumsrechte am erwirtschafteten Mehrwert und ein Recht auf die
117 Ausgestaltung des Produktionsprozesses haben.

118

119 Vorteile haben selbst die Unternehmen von mehr Demokratie, denn Arbeitnehmer*innen würden
120 sich stärker mit ihnen identifizieren. Doch so bleiben sie nur fremdbestimmte Arbeitskräfte und
121 von ihrer Arbeit entfremdet, ohne eine in ihnen selbst begründete Motivationen, weil sie nicht
122 am Gestaltungsprozess partizipieren können/dürfen. In einer demokratischen Gesellschaft
123 möchten aber Menschen die Bedingungen, unter denen sie einen erheblichen Teil ihres Lebens
124 arbeiten, aktiv mitgestalten. Wenn Arbeitnehmer*innen an den Entscheidungsprozessen, an
125 dem sie selbst teilnehmen beteiligt, so fließen wertvolle Erfahrungen aus allen Bereichen der
126 Produktion in die Entscheidungen und Planungen über den Produktionsprozess ein.

127

128 Durch die dadurch entstandene Eigenmotivation und die Erfahrung der Belegschaft wird die
129 Produktion und Prozesse optimiert sowie die Produktqualität. Zusätzlich sind Entscheidungen
130 nachhaltiger bei gleichzeitiger Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Wirtschaftsdemokratie
131 bedeutet nicht Enteignung, vielmehr ein Miteinander, bei denen die Arbeitnehmer*innen einen
132 weiteren Teil ihres Lebens mitbestimmen und gestalten dürfen.

133

134 Daher fordern wir:

135

- 136 • Anreize für Betriebsratsgründungen in kleinen Betrieben
- 137 • Hürden für Betriebsratsgründungen schmälern und Schutz ausbauen.
- 138 • Mitbestimmung in Betrieben ausweiten und stärken, sodass auch wirtschaftliche
139 Entscheidungen beeinflusst werden können.
- 140 • Outsourcing, Betriebsverlagerung/Neugründung und Leiharbeit an Mitbestimmung
141 koppeln

142

143

144

145

146

147

148

149

150

151

152

153

154

155

156

157

158

159

160

Titel Mindestlohn ohne Ausnahme

Antragsteller Bayern

Zur Weiterleitung an Bundestagsfraktion

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Mindestlohn ohne Ausnahme

1 Die beschlossenen Ausnahmen in der Mindestlohngesetzgebung lehnen wir entschieden ab
2 und fordern die SPD Bundestagsfraktion und den SPD Parteivorstand auf, sich konsequent für
3 einen allgemeinverbindlichen, flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn und die Rücknahme
4 der Ausnahmeregelungen einzusetzen.

5

6 **Das heißt wir fordern:**

7

- 8 • Der Mindestlohn muss unverzüglich für alle Jugendlichen gelten.
- 9 • Der Mindestlohn muss unverzüglich auch für alle Praktikant_innen über die gesamte
10 Praktikumsdauer gelten.
- 11 • Der Mindestlohn muss unverzüglich für Langzeitarbeitslose beim beruflichen
12 Wiedereinstieg von Beginn an gelten
- 13 • Die Übergangsregelung für Teile der Zeitungszusteller_innen muss unverzüglich
14 abgeschafft werden.

15

16 Die Einführung eines flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohns war das zentrale Argument
17 der Parteiführung zur Unterstützung des Koalitionsvertrages beim Mitgliederentscheid. Das nun
18 vom Bundestag beschlossene Mindestlohngesetz ist nur noch ein Schatten dessen, was noch
19 vor kurzem vollmundig versprochen wurde. Die vorgesehenen Ausnahmen für
20 Langzeitarbeitslose, Jugendliche und SaisonarbeiterInnen verwässern den Grundgedanken
21 eines Mindestlohns.

22

23 Nicht nur viele Mitglieder, sondern auch die Gewerkschaften und hunderttausende von
24 WählerInnen erwarten von der Sozialdemokratie die Umsetzung ihres zentralen Versprechens
25 für diese Legislaturperiode: Der flächendeckende, gesetzliche Mindestlohn. Ein Mindestlohn mit
26 Ausnahmen ist kein Mindestlohn. Wenn Löhne unter dem Mindestlohn gezahlt werden können,
27 hat dieser seinen Namen nicht verdient.

28

29 **Jugendliche**

30

31 Als Jugendorganisation halten wir insbesondere die Altersgrenze von 18 Jahren als eine
32 europarechtlich unzulässige Altersdiskriminierung für willkürlich gesetzt und völlig falsch. Eine
33 Altersgrenze widerspricht dem Grundsatz gleiches Geld für gleiche Arbeit. Junge Menschen
34 haben den Mindestlohn ebenso verdient, wie alle anderen auch.

35

36 Die Argumentation, junge Menschen könnten sich aufgrund des Mindestlohns eher dazu
37 entscheiden einen Aushilfsjob anzunehmen, als eine Ausbildung zu machen, ist aus mehreren
38 Gründen völlig haltlos: Gerade in unserer Generation, die mit dem ständigen Wissen um hohe
39 Arbeitslosigkeit, unsichere Beschäftigungsverhältnisse und der Ausweitung des

40 Niedriglohnssektors aufgewachsen ist, hat die Ausbildung einen enormen Stellenwert. Daher
41 erkennen junge Menschen den Wert einer qualitativ guten Ausbildung für ihr zukünftiges Leben
42 und geben sie nicht leichtfertig für 8,50 € Stundenlohn auf.

43

44 Zudem verdient man auch ohne Mindestlohn – also bereits jetzt – in einem Vollzeitaushilfsjob
45 weit mehr als in vielen Ausbildungen. Trotzdem gibt es zahlreiche Jugendliche, die sich dafür
46 entscheiden, zum Beispiel das Friseur-oder Bäckerhandwerk zu erlernen.

47

48 **Langzeitarbeitslose**

49

50 Die generelle Ausnahme von Langzeitarbeitslosen vom Mindestlohn ist nicht zu rechtfertigen
51 und stößt in der Praxis auf zahlreiche Probleme:

52

53 Es gibt keine Hinweise darauf, dass Langzeitarbeitslose dann eingestellt werden, wenn die
54 Löhne niedriger sind. Auch wissenschaftlich gibt es keinen Beleg für die These, dass ein
55 bestimmter Mindestlohn diese Gruppe praktisch vom Arbeitsmarkt ausschließt. Wenn dies
56 zutreffen würde, dürfte es derzeit in Deutschland keine Langzeitarbeitslosigkeit geben.

57 Tatsächlich ist die Langzeitarbeitslosigkeit – trotz eines großen Niedriglohnssektors - in
58 Deutschland im internationalen Vergleich ungewöhnlich hoch und höher als in Ländern mit
59 einem Mindestlohnsystem. Dies spricht dagegen, dass es einen Zusammenhang zwischen
60 Langzeitarbeitslosigkeit und Mindestlohn gibt.

61

62 Die Definition der Langzeitarbeitslosigkeit ist nicht eindeutig. In der Regel wird
63 Langzeitarbeitslosigkeit angenommen, wenn jemand länger als ein Jahr arbeitslos ist. Doch
64 können kurze Beschäftigungen oder andere Gründe diesen Zeitraum unterbrechen. Die Gruppe
65 derjenigen, die schon längere Zeit ohne festes Einkommen sind, ist deswegen viel größer als
66 die Zahl der „offiziell Langzeitarbeitslosen“. Die Abgrenzung ist in jedem Fall unscharf. Hinzu
67 kommen rund 1,2 Mio. Personen in der „stillen Reserve“, die arbeitslos sind, aber nicht offiziell
68 gemeldet sind. Dazu gehören z.B. auch Berufsrückkehrer/innen. Formal gelten sie als
69 langzeitarbeitslos, obwohl es hier zahlreiche Ausnahmen gibt und die Gruppe sehr heterogen
70 ist. Individuelle Erfahrungen und Lebensleistung bleiben völlig unberücksichtigt. Aus diesen
71 Gründen ist es gesetzlich schwer (wenn nicht unmöglich) zu definieren, für wen die Ausnahme
72 genau gelten soll. Auch Beschäftigte aus dem Ausland können langzeitarbeitslos sein oder sich
73 als langzeitarbeitslos bezeichnen. Hier ist Missbrauch Tür und Tor geöffnet. Äußerst
74 problematisch wäre, wenn diese Gruppe von der Arbeitsagentur eine „offizielle Bescheinigung“
75 bekämen, die sie als Langzeitarbeitslose ausweist. Dies würde die Beschäftigungschancen eher
76 mindern als erhöhen. Wegen der stigmatisierenden Wirkung ist diese Bescheinigung für die
77 Agenturen unzumutbar.

78

79 **SaisonarbeiterInnen**

80

81 Wir begrüßen die Rücknahme der geplanten Ausnahmeregelungen für SaisonarbeiterInnen und
82 fordern weiterhin, dass Kosten für Verpflegung und Unterbringung nicht auf den Lohn
83 angerechnet werden dürfen. Lohndrückerei und Umgehungstatbestände beim Mindestlohn
84 müssen konsequent geahndet werden.

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

100

Titel Mindestlohn ausbauen!

Antragsteller Hessen-Nord

Zur Weiterleitung an SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Mindestlohn ausbauen!

- 1 Der Bundeskongress möge beschließen:
- 2
- 3 Die Einführung des Mindestlohns ist ein erster Schritt zur gerechteren und angemesseneren
- 4 Bezahlung der ArbeitnehmerInnen. Er ist ein Instrument, das allerdings sehr viel stärker
- 5 ausgebaut werden muss um wirklich sozial und gerecht zu sein.
- 6
- 7 Deswegen muss sich die SPD für eine Stufenweise Anhebung einsetzen und diese ebenfalls
- 8 durchsetzen, wenn sie an der Regierung beteiligt ist oder diese führt. Die stufenweise
- 9 Anhebung sollte sich folgende Etappenziele setzen:
- 10
- 11 • Grundsicherung mit dem Arbeitseinkommen erreichen
- 12
- 13 Die Einkommensgrenze ab der man über ALG-II trotz Erwerbstätigkeit bezuschusst wurde um
- 14 die eigene Grundsicherung zu erreichen betrug im Jahr 2011 1054€ - mittlerweile ist dieser
- 15 Betrag noch gestiegen. Beachtet man, dass in Deutschland die tariflich vereinbarte
- 16 Regelarbeitszeit im Schnitt 37,6 beträgt, unterschreitet ein Mindestlohn von 8,50€ diese
- 17 Maßgabe. Aus diesem Grund muss der Mindestlohn als erstes auf ein Niveau gehoben werden,
- 18 dass der Grundsicherung entspricht – also auch angepasst an Lebenshaltungskosten, kalter
- 19 Progression und Inflation.
- 20
- 21 • Armut trotz Arbeit abschaffen
- 22
- 23 Die internationale Armutsforschung definiert "arm trotz Arbeit" bei 50% des durchschnittlichen
- 24 Einkommens der Vollzeitbeschäftigten in einem Land. In Deutschland liegt dieser
- 25 durchschnittliche Wert 2010 bei 21,48€. Demnach wäre man nicht "arm trotz Arbeit" ab einem
- 26 Brutto-Stundenlohn ab 10,74€. Die Anhebung des Mindestlohns muss sich in diesem folgenden
- 27 Schritt also an diese Richtlinie halten, damit Vollzeitbeschäftigte in Deutschland unabhängig der
- 28 Branche oder Region nicht Gefahr laufen, Arm trotz Arbeit zu sein.
- 29
- 30 • Einhaltung und Durchsetzung der europäischen Sozialcharta im Mindestlohn
- 31
- 32 Schließlich muss darauf eine letzte Anhebung gemäß der 1964 in der Bundesrepublik
- 33 Deutschland ratifizierten europ. Sozialcharta erfolgen. Sie gibt eine Mindestlohnnorm vor, die
- 34 sich an eine Untergrenze von 60 Prozent des durchschnittlichen Nettolohns orientiert. Im Jahr
- 35 2010 hätte sich der Mindestlohn demnach auf etwa 12,50€ belaufen müssen, variierend je nach
- 36 wöchentlicher Arbeitszeit.
- 37
- 38 Ziel muss es sein, auf lange Sicht diese Grundsätze und Richtlinien in die
- 39 Mindestlohnberechnung einzuführen und sie gegebenenfalls auch auf europäischer Ebene

40 durchzusetzen.

41

42 „Darüber hinaus darf der Mindestlohn grundsätzlich keine Ausnahmen beinhalten, die
43 PraktikantInnen und Langzeitarbeitslose benachteiligen. Die einzige Ausnahme darf nur durch
44 Praktika im Rahmen von Unterricht an allgemeinbildenden Schulen bei Unter-18-jährigen sein.
45 Er muss ansonsten, wie wir ihn im Wahlkampf versprochen haben, flächendeckend und für alle
46 gelten.

47

48 **Begründung:**

49 In einem Land, das seit dem Nachkriegsjahren sein Wirtschaftsleistung um ein vielfaches
50 vermehrt hat, dass sogar mittlerweile zu dem Wirtschaftsmotor in Europa herangewachsen ist,
51 ist es unverständlich, dass es immer noch Menschen gibt, die trotz Arbeit und Mindestlohn
52 Zuschläge von staatlichen Institutionen erhalten müssen.

53

54 Wir können in Deutschland zwar froh darum sein, dass wir diese Leistung an schlechter
55 Verdienende zahlen können, dennoch darf dies nicht das Ziel von Vollzeitbeschäftigung sein.
56 Neben einer psychologischen Komponente, dass man trotz Arbeit immer noch auf Hilfe anderer
57 angewiesen ist, widerspricht dies auch dem Konzept einer angemessenen Entlohnung von
58 Arbeit. Aus diesem Grund muss die SPD sich dafür stark machen, eben genau diese
59 angemessene Entlohnung zu gewährleisten, die nicht zuletzt durch eine entsprechende
60 Bezahlung erwirkt wird.

61

62

63

64

65

66

67

68

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

Titel Finanzielle Situation von Beschäftigten in
Werkstätten für behinderte Menschen verbessern

Antragsteller Thüringen

Zur Weiterleitung an Bundeskongress Jusos 2015

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Finanzielle Situation von Beschäftigten in Werkstätten für behinderte Menschen verbessern

- 1 **Finanzielle Situation von Beschäftigten in Werkstätten für behinderte Menschen**
2 **verbessern**
3
4 In Thüringen leben etwa 192.000 Menschen mit schweren Behinderungen (Stand 2012).[1] [2]
5 Diese Menschen haben ein Recht auf umfassende Selbstbestimmung und gleichberechtigte
6 Teilhabe am Leben in der Gesellschaft. Die Jusos Thüringen bekennen sich zu der
7 Verantwortung der Sozialdemokratie und der gesamten Gesellschaft, dieses Recht umzusetzen.
8 Der beruflichen Teilhabe in der Gesellschaft kommt dabei eine besondere Bedeutung zu, denn
9 ohne sie kann gesellschaftliche Teilhabe nicht gelingen. Die Belange der (schwer-)behinderten
10 Menschen müssen endlich in den Fokus der gesamten Arbeitsmarktpolitik rücken und zum
11 Handlungsschwerpunkt aller politischen Akteure werden. Einen Schwerpunkt bei dem
12 umfangreichen Themengebiet stellen die Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM, im
13 weiteren Text Werkstatt bzw. Werkstätten genannt) dar.
14
15 Werkstätten bieten Menschen mit Behinderungen, die wegen Art und Schwere ihrer
16 Behinderung nicht, noch nicht oder nicht wieder auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt ihre
17 Beschäftigungschancen verwirklichen können, Angebote zur beruflichen Teilhabe. Insoweit sind
18 Werkstätten ein wichtiger ergänzender Baustein, um berufliche Teilhabe für diese
19 Personengruppe zu verwirklichen – dies gerade auch vor dem Hintergrund, dass der allgemeine
20 Arbeitsmarkt mit seinen hohen und zunehmenden Leistungs- und Anpassungsanforderungen an
21 die Beschäftigten sowie seiner insoweit geringen Aufnahmefähigkeit für behinderte Menschen
22 weiter erheblich hinter dem Ziel eines inklusiven Arbeitsmarktes zurückbleibt. Der Zielstellung
23 der beruflichen und gesellschaftlichen Teilhabe steht aber der geringe Verdienst der
24 Werkstattmitarbeiter_innen im Wege.
25
26 Konkret setzen sich die Jusos dafür ein, dass sich die finanzielle Situation der Mitarbeiter_innen
27 in solchen Einrichtungen verbessert. Nach Angaben der Bundesregierung verdiente ein
28 Werkstattbeschäftigter im Jahr 2011 im sogenannten Arbeitsbereich monatlich durchschnittlich
29 180 Euro, also 2.160 Euro im Jahr. Das geltende Recht schreibt den Werkstätten vor,
30 mindestens 70 Prozent ihres erwirtschafteten Arbeitsergebnisses als Arbeitsentgelte an die
31 behinderten Beschäftigten auszuzahlen. Danach hätte ein Werkstattbeschäftigter einen
32 finanziellen Jahres-"Überschuss" von 3.085 Euro geschaffen, aus dem das Arbeitsentgelt
33 gezahlt werden kann.
34
35 Gemessen am finanziellen Gesamtergebnis der Werkstätten erhalten die Beschäftigten mit rd.
36 180 Euro monatlich viel, nämlich mindestens 70 Prozent aller insgesamt erwirtschafteten Werte.
37 Im Vergleich zu den Durchschnittseinkommen unselbständig Erwerbstätiger dagegen - rd. 2.400
38 Euro netto monatlich - ist das Monatseinkommen der Werkstattbeschäftigten erbärmlich.[3]

39

40 Es ist deshalb erforderlich, die öffentlich finanzierten Zuwendungen auf ein Existenzminimum
41 anzuheben. Deshalb setzen sich die Jusos Thüringen für ein existenzsicherndes
42 Arbeitsförderungsentgelt auf diesem Niveau ein. Das steuerliche Existenzminimum liegt 2015
43 bei 8.472 Euro im Jahr, also bei rund 706 Euro monatlich (Ab 2016 8.652,00 €/Jahr, 721,00
44 €/Monat). Knapp ein Viertel davon erwirtschaften die Werkstattbeschäftigten aus eigener Kraft,
45 den Rest muss die öffentliche Hand bereitstellen.

46

47 **Begründung:**

48 Jeder Mensch hat ein Recht darauf, gleichberechtigter Teil der Gesellschaft zu sein. So steht es
49 unter anderem in der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) der Vereinten Nationen, die
50 seit 2009 auch in Deutschland gilt. Die UN-BRK eröffnet einen neuen Blick auf Menschen mit
51 Behinderungen: Sie betrachtet Behinderung als Bestandteil des menschlichen Lebens und
52 fördert die Selbstbestimmung und Teilhabe in der Gesellschaft. Dabei zielt die UN-BRK auf eine
53 umfassende Inklusion und damit Zugehörigkeit, denn kein Mensch darf ausgeschlossen,
54 ausgegrenzt oder an den Rand gedrängt werden. Das Ziel von Inklusion ist, dass alle Menschen
55 frei und gleich und auf der Grundlage der Menschenwürde und der eigenen Selbstbestimmung
56 miteinander ihr Leben gestalten können. Doch von der rechtlichen zur tatsächlichen
57 Gleichstellung behinderter Menschen ist es noch ein weiter Weg.[4] Gerade der erste
58 Arbeitsmarkt zeigt sich gegenüber diesem Ziel sehr schwerfällig. In Deutschland ist entgegen
59 der ebenfalls in der UN-BRK enthaltenen Forderung nach einer Senkung der Zahl der
60 Werkstattbeschäftigten und deren Inklusion in reguläre Beschäftigungsverhältnisse sogar ein
61 gegenteiliger Trend zu beobachten. So ist seit mehreren Jahren ein Anstieg zu verzeichnen,
62 (welcher aber auch zum Teil im demografischen Wandel begründet liegt, jedoch bei Weitem
63 keinen alleinigen Grund hierfür darstellt). Waren in Deutschland im Jahr 1994 erst 152.501
64 Menschen in Werkstätten beschäftigt, beliefen sie sich im Jahr 2000 bereits auf 194.722, 2005
65 auf 256.556 und 2007 auf 275.492. Am 1. Januar 2011 lag die Zahl der Werkstattbeschäftigten
66 bei 297.293.[5] Für 2013 wird deren Anzahl mit ca. 300.000 angegeben.[6] Dies entspricht einer
67 Steigerung von ca. 97 Prozent in 19 Jahren.

68

69 Jedoch soll die problematische Situation des Anstiegs dieser Zahlen nicht das (Haupt-)Anliegen
70 dieses Antrages sein, eine Forderung nach der Thematisierung des komplexen Bereiches
71 „Inklusion“ durch die Jusos und die SPD Thüringen ist hiermit aber gleichwohl verbunden.

72

73 Wie weiter oben beschrieben, werden – zumindest auf absehbare Zeit – Werkstätten ein
74 unverzichtbarer Bestandteil der Beschäftigungspolitik für behinderte Menschen bleiben. Daher
75 ist es erforderlich, das System der Werkstätten so zu reformieren, dass den Betroffenen auch
76 innerhalb dieses Systems ein menschenwürdiges und individuell gestaltbares Leben ermöglicht
77 wird.

78

79 Doch wie kommt dieses bisherige sehr geringe Einkommen zustande? Das wirtschaftliche
80 Ergebnis der Werkstatt war bis 2001 die alleinige Quelle des Verdienstes der
81 Werkstattbeschäftigten. Es ist deshalb so niedrig, weil Werkstattarbeit nicht mit Erwerbsarbeit
82 vergleichbar ist. Werkstattarbeit besteht zum einen Teil aus den Eingliederungsleistungen der
83 Fachkräfte und zum anderen aus der wertschaffenden Arbeit der Werkstattbeschäftigten. Die
84 Arbeit ist von Werkstatteleistungen begleitet: pädagogisch angeleitet, individuell gestaltet und
85 therapeutisch kompensiert. Werkstattarbeit ist deshalb eine komplexe Dienstleistung. Seit 2001
86 hat der Werkstattbeschäftigte Anspruch auf ein Arbeitsförderungsgeld – von maximal 26 Euro
87 monatlich.[7]

88

89 Da der durchschnittliche Verdienst nicht zum Bestreiten des Lebensunterhaltes ausreicht,
90 beziehen die meisten Mitarbeiter_innen Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (§
91 41 ff. SGB XII). Diese Leistungen werden nach Regelsätzen bemessen, welche die jeweiligen
92 Landesregierungen festlegen (§ 28 Abs. 2 SGB XII). Es findet jedoch hier eine Einkommens-
93 und Vermögensanrechnung statt (§ 41 Abs 1, § 82 SGB XII), auch von nicht getrennt lebenden
94 Ehe- oder Lebenspartnern, wenn deren Einkommen und Vermögen einen fiktiven Betrag
95 übersteigt, den der/die Partner_in selbst als Hilfe erhalten würde bzw. der als Vermögen
96 anrechenbar wäre, wenn diese(r) leistungsberechtigt wäre (§ 43 Abs. 1 SGB XII). Ebenso wird
97 der Regelsatz bei kostenlosen Mittagessen in den Werkstätten gemindert (§ 28 Abs. 1 Satz 2
98 SGB XII).

99

100 Werkstattbeschäftigte stehen lediglich in einem „arbeitnehmerähnlichen Rechtsverhältnis“ (§
101 138 Abs. 1 SGB IX), werden aber unabhängig von der häufig geringen Vergütung wie reguläre
102 Arbeitnehmer_innen kranken-, pflege- und rentenversichert. Nach der Erfüllung einer 20-
103 jährigen Wartezeit besteht Anspruch auf Rente wegen Erwerbsminderung, welche gemäß § 162
104 SGB VI 80 Prozent des Rentenniveaus eines/-er durchschnittlichen Arbeitnehmers/-nehmerin
105 beträgt.

106

107 Die Leistungsfähigkeit der Werkstattbeschäftigten ist aufgrund ihrer Behinderungen so gering,
108 dass ihnen der Weg ins Erwerbsleben versperrt ist. Das erst begründet den Rechtsanspruch auf
109 einen Werkstattplatz. Außerdem steht nicht die Umsatzmaximierung im Vordergrund der
110 Werkstattarbeit: Berufliche und persönlichkeitsbildende Förderung, therapeutische und
111 pflegerische Maßnahmen arbeitsbegleitend während der Beschäftigungszeit reduzieren den
112 Zeitanteil für die wirtschaftlich verwertbare Leistung. Schließlich gelten auch die Pausen als
113 Beschäftigungszeit.

114

115 Das bundesdurchschnittliche Arbeitsentgelt von rd. 180 Euro pro Monat ist nur eine statistische
116 Größe, wenn auch recht aussagefähig. Die Durchschnittsverdienste differieren von Werkstatt zu
117 Werkstatt beträchtlich und reichen von 75 Euro bis über 600 Euro monatlich, in Einzelfällen
118 auch mehr. Das resultiert unter anderem aus den unterschiedlichen Konzeptionen der
119 Werkstattträger: Je nach dem, ob eher die wirtschaftliche Betätigung und produktive Leistung
120 betont oder arbeitstherapeutische, pädagogische und gestalterische Schwerpunkte gesetzt
121 werden. Auch Art und Schwere der Behinderungen spielen eine gravierende Rolle. Sind
122 pflegerisch-betreuende Leistungen besonders umfangreich – von der Hilfe beim Essen und dem
123 Toilettengang bis hin zum Waschen und Windeln, sind regelmäßige bewegungstherapeutische
124 oder psychologische Maßnahmen erforderlich, steht eine wesentlich geringere Zeit für die
125 produktive Tätigkeit zur Verfügung. Und selbst die verlangt nach pädagogischer Begleitung und
126 nicht vorrangig nach einem Produktivitätsbeweis. Das sind die äußerlichen Ursachen.

127

128 Der Hauptgrund für die geringe Vergütung aber liegt im offiziellen Menschenverständnis und der
129 daraus folgenden politischen Schwerpunktsetzung: Die Rehabilitanten in allen anderen
130 Eingliederungseinrichtungen erhalten ein existenzsicherndes Ausbildungs- oder Übergangsgeld
131 oder haben andere Ansprüche auf gesetzliche Versorgungsleistungen. Bei ihnen geht der
132 Gesetzgeber davon aus, dass sich die investierten Rehabilitationsleistungen "lohnen", weil
133 diese Bevölkerungsgruppen nach den medizinischen, therapeutischen und beruflichen
134 Eingliederungsmaßnahmen grundsätzlich wieder erwerbstätig werden können oder zumindest
135 sollen. Bei Werkstattbeschäftigten ist das anders: Die Mehrzahl von ihnen hat wegen Art oder
136 Schwere ihrer Behinderungen arbeitszeitlebens keine Chancen auf einen erwerbssichernden
137 Arbeitsplatz. Sie sind bis zum Eintritt in den Altersruhestand und darüber hinaus auf
138 kostenträchtige Assistenz, personelle, sachliche und finanzielle Hilfen angewiesen und damit im
139 Verständnis einer produktivitätsorientierten Gesellschaft "unnützlich".[8]

140

141 Die Jusos Thüringen finden sich mit dieser Anschauung und der daraus resultierenden
142 Bewertung mit ihren negativen Folgen nicht ab. Es brauchte Jahrzehnte durchzusetzen, dass
143 jeder behinderte Erwachsene einen Rechtsanspruch auf Eingliederungsleistungen erhielt,
144 unabhängig davon, aus welchem Grund er behindert ist – ob von Geburt, durch Arbeitsunfälle
145 oder Kriegseinwirkungen. So muss ebenso die Zahlung eines existenzsichernden
146 Arbeitsentgeltes unabhängig davon sein, in welcher Art und Schwere sich die Behinderung
147 darstellt und wie hoch der individuelle Grad der Produktivität des einzelnen ist.

148

149 Auch vor dem Hintergrund, dass die Jusos für das freie und selbstbestimmte Leben eines jeden
150 Menschen eintreten, ist ein Verdienst, welcher mit der „Grundsicherung im Alter und bei
151 Erwerbsminderung“ aufgestockt werden muss, bei deren Berechnung aber das Einkommen und
152 Vermögen von Ehe- bzw. Lebenspartnern mit einbezogen wird und demzufolge der/die
153 Werkstattmitarbeiter_in in ein unzulässiges Abhängigkeitsverhältnis gerät, nicht hinnehmbar.
154 Deshalb fordern die Jusos Thüringen ein existenzsicherndes Arbeitsförderungsentgelt auf dem
155 Niveau des steuerlichen Existenzminimums ein.

156

157 Als Zusatzinformation zum Schluss die Thüringer Zahlen: Hier gibt es laut den letzten
158 verfügbaren Angaben aus dem Jahr 2012 32 Werkstätten. In diesen sind ca. 10.000 Menschen
159 beschäftigt. Auf zwölf Beschäftigte kommt ein Betreuer.[9] [10]

160

161
162
163 [1] Behinderten-Werkstätten bangen um ihre Zukunft, Thüringer Allgemeine, 30.07.2012
164
165 [2] Eigene Werkstatt statt Inklusion, Thüringische Landeszeitung, 30.07.2012
166
167 [3] <http://www.bagwfbm.de/page/101>
168
169 [4] <http://www.institut-fuer-menschenrechte.de>
170
171 [5] <http://www.bagwfbm.de/page/25>
172
173 [6] [http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/PDF-](http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/PDF-Dateien/Parallelberichte/Parallelbericht_an_den_UN-Fachausschuss_fuer_die_Rechte_von_Menschen_mit_Behinderungen_150311.pdf)
174 [Dateien/Parallelberichte/Parallelbericht_an_den_UN-](http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/PDF-Dateien/Parallelberichte/Parallelbericht_an_den_UN-Fachausschuss_fuer_die_Rechte_von_Menschen_mit_Behinderungen_150311.pdf)
175 [Fachausschuss_fuer_die_Rechte_von_Menschen_mit_Behinderungen_150311.pdf](http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/PDF-Dateien/Parallelberichte/Parallelbericht_an_den_UN-Fachausschuss_fuer_die_Rechte_von_Menschen_mit_Behinderungen_150311.pdf)
176
177 [7] <http://www.bagwfbm.de/page/101> BAG:WfbM, 2014
178
179 [8] <http://www.bagwfbm.de/page/101> BAG:WfbM, 2014
180
181 [9] Behinderten-Werkstätten bangen um ihre Zukunft, Thüringer Allgemeine, 30.07.2012
182
183 [10] Eigene Werkstatt statt Inklusion, Thüringische Landeszeitung, 30.07.2012
184
185
186
187
188
189
190
191
192
193
194
195
196
197
198
199
200
201
202
203
204
205
206
207
208
209
210
211
212
213
214
215
216
217
218
219
220
221

Titel Keine Quantifizierung des Alltags durch Arbeitgeber oder Versicherer

Antragsteller Sachsen-Anhalt

Zur Weiterleitung an Young European Socialists (YES)

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Keine Quantifizierung des Alltags durch Arbeitgeber oder Versicherer

- 1 **Keine Quantifizierung des Alltags durch Arbeitgeber oder Versicherer**
2
3 Diverse tragbare Geräte, angefangen von Smartphones, über Smartwatches, bis hin zu mit
4 Technik versehener Kleidung sind heute in der Lage Bewegungsabläufe, Schlafphasen und
5 Ernährung zu dokumentieren und zu analysieren.
6
7 Zum Schutz von Arbeitnehmern und Versicherten möge sich die EU Kommission, sowie die
8 S&D Fraktion für ein Verbot der Erhebung, des Ankaufs und des Nutzens solcher Daten seitens
9 Versicherungen oder Arbeitgebern aussprechen. Hierdurch soll eine permanente Überwachung
10 des Alltags verhindert werden.
11
12 **Begründung:**
13 Die Quantifizierung des eigenen Ichs war noch nie so leicht. Schon heute nutzen viele
14 Menschen freiwillig Apps oder andere digitale Möglichkeiten ihre Ernährung oder ihre
15 sportlichen Aktivitäten aufzuzeichnen.
16
17 Oftmals werden hierbei Daten produziert, die gerade für Versicherungen, aber auch für
18 Arbeitgeber*innen von hohem Interesse sind.
19
20 Versicherungen haben bereits angefangen Kunden Bonuszahlungen, oder auch Beitragsrabatte
21 anzubieten, wenn diese ihnen im Gegenzug über eine eigene Smartphone-App Daten über ihre
22 Ernährung, ihre Vorsorgeuntersuchungen und täglichen Bewegungsaufwand zur Verfügung
23 stellen.
24
25 Arbeitgeber setzen Apps ein, um Schlafrhythmus und Gemütslage ihrer Mitarbeiter zu
26 überwachen. Angeblich nur zum Vorteil der Arbeitnehmer.
27
28 An diesen Anfängen zeichnet sich ein Trend ab, dem es als Sozialdemokrat*innen dringend
29 einen rechtlichen Riegel vorzuschieben gilt.
30
31 Andernfalls kommen wir sonst an einen Punkt, an dem Menschen die finanziell weniger gut
32 gestellt sind irgendwann darauf angewiesen sein werden ihren Versicherern Daten zu
33 übermitteln, um die Beiträge zu senken, oder morgens Arbeitnehmer*innen sich gegenüber
34 ihrem Chef rechtfertigen müssen, zu welchen Zeiten sie geschlafen haben.
35
36 Die Privatsphäre des Einzelnen hat hier deutlich vor wirtschaftlichen Interessen zu stehen,
37 weshalb ein generelles Verbot der Erhebung, des Ankaufs und der Nutzung solcher Daten
38 dringend nötig ist.

Titel Solidarischer Beschäftigungssektor (SBS)

Antragsteller Hessen-Süd

Zur Weiterleitung an SPD-Bundesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Solidarischer Beschäftigungssektor (SBS)

- 1
- 2 1. Wir Jusos halten unsere Forderungen aus den vergangenen Jahren bezüglich der
- 3 Bekämpfung von Arbeitslosigkeit in unserer Gesellschaft aufrecht. Wir fordern die Einrichtung
- 4 eines Solidarischen Beschäftigungssektors (SBS).
- 5
- 6 2. Im SBS gilt, soweit kein Tariflohn vereinbart wurde, der gesetzliche Mindestlohn.
- 7
- 8 3. Durch den SBS sollen zum einen Arbeitsplätze an öffentlichen Dienststellen Deutschlands,
- 9 die momentan durch Absolvent*innen der Freiwilligendienste (z.B. Bundesfreiwilligendienst,
- 10 Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ), Freiwilliges Ökologisches Jahr (FÖJ)) ausgefüllt werden,
- 11 besetzt werden. Jene öffentlichen Dienststellen erhalten vom Staat zweck-, stellen- und
- 12 personalgebundene Gelder, um qualifizierte, sozialversicherungspflichtige Beschäftigte
- 13 einzustellen. Die Anzahl dieser Beschäftigten pro Dienststelle hat mindestens der Anzahl der
- 14 heute im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes, des Freiwilligen Sozialen oder Ökologischen
- 15 Jahres Beschäftigten zu entsprechen. Falls durch den Wegfall von Zivildienstleistenden wegen
- 16 der Einführung des Bundesfreiwilligendienstes oder aus anderen Gründen Personalmangel
- 17 besteht, sollte eine Bedarfsanalyse zum Zweck der Installierung weiterer Arbeitsplätze an den
- 18 jeweiligen Dienststellen beantragt werden können.
- 19
- 20 4. Darüber hinaus sollen durch den Einsatz öffentlicher Mittel in jenen Bereichen
- 21
- 22 unbefristete Arbeitsplätze geschaffen werden, die nicht in Konkurrenz zur Privatwirtschaft
- 23
- 24 stehen.
- 25
- 26 5. Um die Verdrängung regulärer Arbeitsplätze zu vermeiden, ist zur Einführung des SBS in
- 27
- 28 bestimmten Bereichen
- 29
- 30 a) die vorherige Zustimmung von Gewerkschaften und
- 31
- 32 b) die vorherige Beratung am „Runden Tisch für Beschäftigung“ aus Politik, Gewerkschaften,
- 33
- 34 Industrie- und Handelskammern und Arbeitgeberverbänden
- 35
- 36 notwendig.
- 37
- 38 6. Die Annahme der Beschäftigungsangebote im Solidarischen Beschäftigungssektor ist
- 39

40 freiwillig. Wegen eines Verstoßes gegen die Menschenwürde darf insbesondere keine
41
42 Absenkung der finanziellen Leistungen erfolgen. Diese sichern ohnehin nur das
43
44 verfassungsrechtlich gewährleistete Existenzminimum.
45
46 **Begründung:**
47
48 1. Nein zur Vermeidung des gesetzlichen Mindestlohns!
49
50 Offiziell gilt die Beschäftigung von Absolventen eines FSJ bzw. FÖJ oder des
51 Bundesfreiwilligendienstes als arbeitsmarktneutral. In der Realität sind diese Stellen jedoch
52 keineswegs arbeitsmarktneutral.
53
54 Beispielsweise im Bereich der Fahrdienste, im Krankentransport, in der Behindertenhilfe oder
55 auch der Verwaltung werden Stellen dadurch gespart, dass sogenannte Freiwillige eingesetzt
56 werden. Hier wird zu Ungunsten der Hilfe- und Pflegebedürftigen gespart, die eigentlich
57 qualifiziertes Personal verdienen. Außerdem hat es zur Folge, dass zahlreiche Busfahrer,
58 Erzieher, Kranken- und Altenpfleger (die Liste lässt sich weiter fortführen) keine Arbeit finden,
59 da ihr Job von „Laien“ verrichtet wird. Dieser Zustand ist keinesfalls hinnehmbar.
60
61 Die Abschaffung der Wehrpflicht und die damit ebenfalls verbundene Abschaffung des
62 Zivildienstes hätten ein Wendepunkt in dieser Politik des Sparens im sozialen Sektor sein
63 können, indem man die durch den Ausfall des Zivildienstes frei werdenden Stellen durch regulär
64 Beschäftigte ersetzt hätte. Stattdessen besteht offensichtlich ein massives Interesse daran,
65 dass dieser untragbare Zustand erhalten bleibt, indem man anstelle des Zivildienstes jetzt den
66 Bundesfreiwilligendienst setzt. Hier tut sich still und leise ein neuer Niedriglohnsektor auf.
67 Daneben fehlt es den Betroffenen an nennenswerten Rechten im Rahmen der betrieblichen
68 Mitbestimmung. So sind sie beispielsweise nicht durch einen Betriebsrat vertreten.
69
70 Aus diesem Grund ist der Bundesfreiwilligendienst abzulehnen.
71
72 2. Ja zum solidarischen Beschäftigungssektor und zum Abbau von Arbeitslosigkeit!
73
74 Arbeitslosigkeit ist ein zentrales gesellschaftliches Problem moderner Industriegesellschaften.
75 Wir müssen Antworten finden auf die Ausweitung des Niedriglohnsektors und sozialer
76 Ausgrenzung durch Arbeitslosigkeit. Die persönliche Identität und der gesellschaftliche Status
77 definieren sich auch heute noch maßgeblich durch Arbeit. Deshalb ist es modern und sozial
78 gerecht an dem Ziel der Vollbeschäftigung festzuhalten.
79
80 Der Ansatz, allein auf die Erhöhung des Drucks auf Arbeitslose zu setzen, geht davon aus, so
81 den persönlichen Willen, eine neue Arbeitsstelle anzutreten, zu steigern. Doch in den meisten
82 Fällen ist nicht mangelnder Arbeitswille, sondern ein Mangel an geeigneten Dienststellen in
83 unterschiedlichen Sektoren oder ein erschwerter Zugang zu bestehenden Angeboten, Ursache
84 von Arbeitslosigkeit. Daher ist das Erarbeiten effektiver Instrumente zur Bekämpfung von
85 Arbeitslosigkeit von essentieller Bedeutung, zumal ihr Schaden für die Gesellschaft essentiell
86 ist.
87
88 Märkte entstehen durch das Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage. Erst wenn ein
89 Bedürfnis entsteht, erhält ein Gut auch einen ökonomischen Wert. Ist dieser Wert hinreichend
90 hoch, entsteht das Angebot. Wenn auf Grundlage menschlicher Bedürfnisse kein Gewinn erzielt
91 werden kann, dann entsteht das Angebot schlichtweg nicht. Diese Angebotslücke sollte der
92 Staat mit dem Instrument des SBS füllen.
93
94 Der SBS zeichnet sich durch zwei Hauptpunkte aus:
95
96 1. Der SBS befriedigt jene Bedürfnisse, die durch kapitalistische Märkte nicht befriedigt
97 werden können.
98 2. Markt und Staat kommen sich nicht in die Quere: Das heißt Beschäftigungsmöglichkeiten
99 im SBS schränken die Funktionsweise privater Märkte nicht ein.
100

101 „Arbeit“ ist ein wesentlicher Teil des persönlichen Selbstverständnisses und Selbstbewusstseins
102 sowie der gesellschaftlichen Teilhabe. Daher müssen sich Konzepte zur Bekämpfung von
103 Arbeitslosigkeit einerseits an der Schaffung von Arbeitsplätzen, andererseits aber auch an der
104 menschenwürdigen Entlohnung messen lassen.
105
106 Diesen Ansprüchen wird das Modell eines „Solidarischen Beschäftigungssektors“ gerecht. Mit
107 dem SBS wird ein sozialer Beschäftigungssektor geschaffen, der aus öffentlichen Mitteln
108 finanziert wird.
109
110 3. Finanzierungsfragen
111
112 Eine für den Staatshaushalt kostenneutrale Finanzierung ist dabei insbesondere wegen der
113 Sozialversicherungspflichtigkeit mittelfristig- und langfristig möglich. Außerdem ist davon
114 auszugehen, dass durch die Entlohnung mit einem Mindestlohn zusätzliche Kaufkraft
115 geschaffen wird.
116
117 Die zurzeit - im Vergleich zu Krisenjahren wie 2007 - niedrige Arbeitslosenzahl in Deutschland
118 von rund 3 Mio. in den letzten Monaten sollte nicht zum Aufschub des Problems Arbeitslosigkeit
119 führen, sondern zum Anlass genommen werden, den Solidarischen Beschäftigungssektor
120 strukturiert zu installieren und zu etablieren. Zusätzlich könnte der SBS die Zahl der
121 Unterbeschäftigten von derzeit rund 3,9 Mio. ebenfalls erheblich reduzieren. Den Angaben des
122 Bundesfinanzministeriums in einem Eckwertebeschluss aus dem März 2014 zufolge sind 23,8
123 Mrd. Euro für passive Leistungen beim Arbeitslosengeld II und Beteiligung des Bundes an den
124 Kosten für Unterkunft und Heizung sowie ca. 8 Mrd. Eingliederungs- und Verwaltungsausgaben
125 für das Jahr 2015 veranschlagt. Eine differenzierte Kostenaufstellung für die Bedarfsdeckung im
126 Hinblick auf einen SBS ist unerlässlich, um zeitnah einen Aktionsplan zur schrittweisen und
127 erfolgreichen Installation des Solidarischen Beschäftigungssektors zu entwerfen.
128
129 4. Anwendungsmöglichkeiten des SBS
130
131 Einsatzgebiete für einen SBS sind vor allen Dingen gemeinwohlorientierte Arbeitsmuster. In
132 Betracht kommen dabei:
133
134 *Anwendungsmöglichkeit für Kinder, Jugendliche, Frauen und Ältere* sind z. B. Eltern-Kind-
135 Gruppen; Jugendclubs; Schülerzirkel; Frauenhäuser; Frauengesundheits- und -
136 beratungszentren; Seniorengenossenschaften; Seniorenhilfsdienste.
137
138 *Anwendungsmöglichkeit für Diskriminierte, z.B. Ausländer, ethnische und andere Minderheiten*
139 sind unter anderem Kulturzentren; Begegnungsstätten; Flüchtlingshilfe; Dritte-Welt-Läden;
140 Unterstützungseinrichtungen für Obdachlose, Straffällige und Asylbewerber.
141
142 *Anwendungsmöglichkeit für Kranke und Menschen mit Behinderung sind beispielsweise*
143 Gesundheitsläden; Gesprächs- und Therapie-Selbsthilfegruppen; Ambulante Dienste;
144 Therapeutische Tagungsstätten und Wohngemeinschaften;
145
146 *Anwendungsmöglichkeit Arbeitswelt für ausgegrenzte Personengruppen:*
147
148 betreute Werkstätten; Gewerbehöfe; Finanzberatung; Kreditvermittlung; Organisationsberatung;
149 Projektentwicklung; berufliche Aus- und Weiterbildung; Arbeitslosenselbsthilfe.
150
151 *Anwendungsmöglichkeit Freizeit, Bildung und Kultur:*
152
153 sozio-kulturelle Zentren; Nachbarschaftsheime; Freie Schulen; Tagungshäuser; Lernbörsen;
154 Stadtteilzeitungen; Bürgerradio; Geschichtswerkstätten; Wissenschaftsläden;
155 Erwachsenenbildung; Denkmalpflege; Naherholungseinrichtungen.
156
157 *Anwendungsmöglichkeit Wohnen und Umwelt:*
158
159 bezahlbarer Wohnraum für Jugendliche, Senioren und Familien mit Kindern; gemeinschaftliche
160 Wohnprojekte; Nachbarschaftshilfe; Gemeindezentren; Verkehrsberuhigung;
161 Abenteuerspielplätze; Kinderbauernhöfe; Energieeinsparung; regenerative Energien;

162 Tauschbörsen; Direktvermarktung von Lebensmitteln.

163

164 Diese Anwendungsmöglichkeiten eines solidarischen Beschäftigungssektors würden durch
165 einen „Bundesfreiwilligendienst“ vor allem durch billige Arbeitskräfte abgedeckt. Wir wollen aber
166 stattdessen die Schaffung von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen mit Mindestlöhnen im
167 SBS!

168

169

170

171

172

173

174

175

176

177

178

179

180

181

182

183

184

185

186

187

188

189

190

191

192

193

194

195

196

197

198

199

200

201

202

203

204

205

206

207

208

209

210

211

212

213

214

215

216

217

218

219

220

221

222

Titel Ausbeutung in den Pflegeberufen stoppen

Antragsteller Saarland

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Ausbeutung in den Pflegeberufen stoppen

- 1 Wir fordern:
- 2
- 3 • Ø Vereinfachung der Dokumentationspflicht von Pflegekräften
- 4 • Ø Angemessener Lohn für Pflegepersonal auch in der Ausbildung
- 5 • Ø einen festen und angemessenen Personalschlüssel für alle Einrichtungen
- 6 • Ø Beendigung der Kommerzialisierung von „Pflege“
- 7
- 8 Unsere Gesellschaft wird immer älter, der Bedarf an Pflegekräften steigt, doch die Politik
- 9 reagiert kaum auf die Versäumnisse der letzten Jahre im Pflegebereich.
- 10
- 11 Die Situation in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen verschärft sich immer mehr.
- 12
- 13 Pflegekräfte bekommen immer mehr Verantwortung übertragen und müssen für den gleichen
- 14 Lohn mehr Leistung erbringen.
- 15
- 16 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Pflegeeinrichtungen und Krankenhäusern dürfen nicht
- 17 länger unter einer hohen psychischen wie physischen Belastung ausgebeutet werden. Die
- 18 hohen Anforderungen führen das Personal an die Belastungsgrenzen, wodurch eine „Gute
- 19 Pflege“ nicht mehr zu gewährleisten ist.
- 20
- 21 Die komplexe Dokumentationspflicht nimmt dem Pflegepersonal notwendige Zeit, wodurch der
- 22 zu pflegende Mensch in den Hintergrund gerät.
- 23
- 24 Die kürzlich angekündigte Pflegereform, die eine Pflegekraft mehr pro Krankenhaus verspricht,
- 25 wird bei mehr als 72.000 fehlenden Planstellen ihre Wirkung völlig verfehlen.
- 26
- 27 Es wird Zeit, dass die Bundesregierung endlich die Versäumnisse der letzten Jahre aufholt und
- 28 eine gute Qualität der Pflege sichert, sodass die Pflegekräfte wie auch die Patienten und nicht
- 29 die Gewinnmaximierung der Unternehmen in den Mittelpunkt von Pflegeeinrichtungen und
- 30 Krankenhäusern rückt.
- 31
- 32
- 33
- 34
- 35
- 36
- 37
- 38
- 39

C

Chancengleichheit, Bildung & Ausbildung

C 1	Projekt Transformation der Wirtschaftsweise über den Juso Bundesvorstand Damit Schule endlich ein toleranter und gerechter Lern- und Lebensort für SchülerInnen jedweder Herkunft wird: Für eine inklusive Ganztags Gesamtschule!	50
C 2	Hessen-Süd Teilzeitstudium einführen - Flexibilität ermöglichen!	55
C 3	Baden-Württemberg Das Berufsbildungsgesetz novellieren!	56
C 4	Hamburg Gerechtes Studierenden- und Auszubildendenleben in Deutschland – Zwickau ist nicht Hamburg, Freiberg ist nicht München!	62
C 5	Hannover Bafög für alle - Bildungsgerechtigkeit ermöglichen	63
C 6	Juso SchülerInnen und Auszubildendengruppe über Juso Bundesvorstand Modularisierte Oberstufe	65
C 7	Braunschweig „Bildung heißt Teilhabe“ - 10 Thesen zum Thema Bildung	66
C 8	Baden-Württemberg Gleichstellung von Auszubildenden und Gerechtigkeit bei schulischer Ausbildung	71
C 9	Hannover Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses in Deutschland stärken	72
C 10	Hessen-Süd Änderung der Zusagefrist für Studienplätze in Deutschland	73
C 11	Nord-Niedersachsen Bereitstellung eines zinsfreien Darlehens für Studierende ohne Bafög-Anspruch	74

Titel Damit Schule endlich ein toleranter und gerechter Lern- und Lebensort für SchülerInnen jedweder Herkunft wird: Für eine inklusive Ganztags Gesamtschule!

Antragsteller Projekt Transformation der Wirtschaftsweise über den Juso Bundesvorstand

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Damit Schule endlich ein toleranter und gerechter Lern- und Lebensort für SchülerInnen jedweder Herkunft wird: Für eine inklusive Ganztags Gesamtschule!

- 1 Der Bundeskongress der Juso SchülerInnen und Auszubildenden möge Folgendes
2 beschließen:
3
4 Die Bundeskoordination der Juso SchülerInnen und Auszubildenden setzt sich dafür ein, dass
5 die Landesregierungen der Länder eine inklusive Ganztags Gesamtschule als Ersatzform für das
6 mehrgliedrige, selektive Schulsystem in Deutschland als weiterführende Schule einführen.
7
8 Diese Schule soll unter anderem folgende Bestandteile beinhalten:
9
10 **I. Inklusiv**
11
12 Der Rechtsanspruch für SchülerInnen mit sonderpädagogischem Förderbedarf, eine
13 Regelschule besuchen zu können, soll in allen Bundesländern geschaffen werden bzw. erhalten
14 bleiben.
15
16 Der Bund muss den Ländern ausreichend Mittel für SonderpädagogInnen bereitstellen, damit
17 der momentan hohe Bedarf der weiterführenden Schulen gedeckt werden kann. Außerdem
18 sollen diese gemeinsam mit LernbegleiterInnen und Lehrenden in Form eines
19 multiprofessionellen Teams möglichst kleine Klassen, bestehend aus SchülerInnen sowohl mit
20 als auch ohne sonderpädagogischem Förderbedarf, unterrichten.
21
22 Bei der LehrerInnenausbildung sollen zudem verstärkt sonderpädagogische Inhalte vermittelt
23 werden, die auf den inklusiven Unterricht vorbereiten. SonderpädagogInnen sollen in vertieften
24 Studiengängen besondere Kompetenzen für Erziehung, Unterricht und Förderung in einem
25 inklusiven Schulsystem erwerben. Die Heterogenität der SchülerInnen bei der Aneignung von
26 Unterrichtsinhalten muss mit einem binnendifferenzierten Unterricht beantwortet werden, der
27 allen SchülerInnen unabhängig von ihrem Leistungsstand im Gegensatz zu dem der Klasse
28 individuelle Lernfortschritte ermöglicht. Auch eine Differenzierung im Sinne von kleineren
29 Lerngruppen bis hin zum Einzelunterricht soll in bestimmten Lernsituationen angeboten werden.
30
31 Zudem muss die IGGS in jedweden Hinsichten barrierefrei ausgestattet sein, z.B. im Hinblick
32 auf Rampen, Aufzügen, Sanitätseinrichtungen Ruheräume oder Lernlandschaften Außerdem
33 muss es an jeder Schule eine_n Krankenpfleger_in geben bei der Eltern das Recht haben
34 detailliert über, für Kinder wichtige und notwendige Medikamente zu informieren und
35 Vollmachten auszustellen, damit bei einem Notfall entsprechende Medikamente sofort

36 verabreicht werden können. Für dieses Ziel müssen den Schulen genug finanzielle Mittel zur
37 Verfügung gestellt werden. Die Finanzierung der Inklusion und der IGGS soll durch Bund und
38 Land unter Berücksichtigung des Sozialindexes der jeweiligen Länder, der unter anderem die
39 Anzahl der SchülerInnen mit sonderpädagogischem Förderbedarf berücksichtigen soll, getragen
40 werden.

41

42 Alle SchülerInnen mit sonderpädagogischem Förderbedarf erhalten einen auf ihre Fähigkeiten
43 und Kenntnisse zugeschnittenen Förderplan für den Unterricht an der IGGS, der sich aus einem
44 Förderprofil auf Basis einer inklusiven Förderdiagnostik ableitet. Auch SchülerInnen mit
45 Lernschwächen erhalten einen auf ihre Fähigkeiten und Kenntnisse zugeschnittenen
46 Förderplan. Für die Umsetzung der Inklusion an der IGGS soll ein runder Tisch, bestehend u.a.
47 aus VertreterInnen der LehrerInnenschaft, der SonderpädagogInnen der
48 LandesschülerInnenvertretungen und fachbezogenen Sachverständigen, einberufen werden,
49 der weitere Probleme der momentanen Umsetzung der schulischen Inklusion in Deutschland
50 erörtert und für die Landesregierungen verbindliche Lösungskonzepte erarbeitet, die von den
51 Landtagen der Länder verabschiedet werden sollen.

52

53 **II. Ganztag**

54

55 An der IGGS besuchen die SchülerInnen die Schule ganztägig. Dies bedeutet, dass z.B.
56 Hausaufgaben entfallen und gemeinsame Projektarbeiten mit anderen SchülerInnen auf den
57 schulischen Betrieb verlagert werden.

58

59 Die Schulverpflegung an der IGGS ist vollkommen kostenlos für die SchülerInnen und beinhaltet
60 ein optional (z.B. aufgrund der von den Eltern nicht vorhandenen finanziellen Mittel)
61 angebotenes, aus gesunden Lebensmitteln bestehendes, Schulfrühstück sowie ein ebenso aus
62 gesunden Lebensmitteln bestehendes Mittagessen. Dies soll regelmäßig kontrolliert werden.

63

64 Parallel zum gesunden Lebensmittelangebot vermittelt die IGGS den SchülerInnen durch
65 konkrete Unterrichtsinhalte, die Bestandteile des Curriculums sein sollen, einen bewussteren
66 und gesünderen Umgang mit Lebensmitteln. Auch im Hinblick auf ergonomisches Mobiliar und
67 Sportangebote soll den SchülerInnen ein gesünderer Lebensstil vorgelebt werden, der ebenfalls
68 Bestandteil von Unterricht und Projekten sein soll.

69

70 Um der Verpflichtung und dem Anspruch als Ganztagschule, den SchülerInnen einen Lern-
71 und Lebensort bieten zu können, gerecht zu werden, sollen von SchülerInnen gegründete und
72 von der Schule in z.B. finanzieller, organisatorischer oder räumlicher Hinsicht geförderte
73 Arbeitsgemeinschaften sowie sportliche, kreative und musische Angebote den Schulalltag
74 bereichern.

75

76 Zur weiteren Förderung der Schule hin zur Bereitstellung einer angemessenen Lern- und
77 Atmosphäre für die SchülerInnen sollen umfassende Aufenthaltsbereiche geschaffen werden,
78 die sowohl ein konzentriertes Lernen als auch eine Entspannungsmöglichkeit und Möglichkeit
79 zur vielfältigen sportlichen Betätigung ermöglichen. SchülerInnen als Mitwirkende am
80 Schulleben sollen die Möglichkeit erhalten, sich an der Gestaltung der Lern- und
81 Lebensatmosphäre beteiligen zu können.

82

83 Zudem soll an einer IGGS ein für alle Mitwirkende an der Schule frei zugänglicher WLAN-
84 Hotspot für schulische Zwecke sowie ein ausreichender Zugang zu PCs eingerichtet werden.
85 Um einen verantwortungsbewussten Umgang der SchülerInnen mit Medien zu gewährleisten,
86 soll das Thema Mediennutzung ein fester Bestandteil des Unterrichts an der IGGS werden.
87 SchülerInnen, die sich außerunterrichtlich gesellschaftlich, z.B. in Vereinen oder politischen
88 Organisationen engagieren, sollen die Möglichkeit erhalten, auch im Zuge des
89 Ganztagsunterrichts an der IGGS ihrem Engagement nachkommen zu können.

90

91 **III. Gesamtschule**

92

93 Die IGGS ist eine weiterführende Gesamtschule, die mit einem allgemeinen Schulabschluss
94 nach der 10. Klasse ein wirtschaftlich selbst bestimmtes Leben ermöglicht. Das bedeutet, dass
95 sie nach der Schulzeit die Kompetenzen, die für ein selbstbestimmtes Leben wichtig sind,
96 erlernt haben und in der Praxis (z.B. bei Steuern, Miete oder Versicherungen) anwenden

97 können. Im Anschluss daran können die SchülerInnen eine Berufsausbildung oder eine
98 dreijährige Schulausbildung, die einen/eine SchülerIn für das Studium qualifiziert, absolvieren.
99

100 Von der Einschulung in der 5. Klasse bis zum Erreichen des Schulabschlusses werden die
101 SchülerInnen von der IGGS umfassend in ihrer Studien- und Berufsorientierung unterstützt,
102 indem zwischen der 5. und der 10. Klasse mindestens zwei Berufspraktika und in der Oberstufe
103 (10.-13. Klasse) ein weiteres Berufspraktikum stattfinden. Außerdem sorgt die IGGS dafür das
104 von Expert_innen informiert SchülerInnen über die verschiedenen Möglichkeiten für die
105 individuelle Lebensgestaltung wie z.B. das Absolvieren von Auslandsjahren, Praktika oder ein
106 freiwilliges soziales Jahr.

107

108 Das Sitzenbleiben in der IGGS wird in seiner aktuellen Form an dreigliedrigen Schulen nicht
109 existieren:

110

111 SchülerInnen, die Probleme in einzelnen Fächern haben, sollen eine spezielle Förderung in den
112 von ihren Leistungsdefiziten betroffenen Fächern erhalten. SchülerInnen erhalten außerdem die
113 Möglichkeit, bei Wunsch ein Schuljahr zu wiederholen.

114

115 Zensuren in Form der Ziffernoten von 1 bis 6 werden abgeschafft. Stattdessen sollen Lehrende
116 den SchülerInnen eine individuelle Rückmeldung zu den im Unterricht erbrachten Leistungen
117 (sowohl positive als auch negative) geben. Zudem erhalten die SchülerInnen die Möglichkeit,
118 Lehrenden in Form von anonymisierten Feedbackbögen eine Rückmeldung zum Unterricht zu
119 geben. Es soll zu Beginn eines jeden Halbjahres ein schriftlicher Kriteriumsplan erstellt werden,
120 der den Schüler_innen ausgeteilt wird. So soll ihnen vor Augen gebracht werden wonach sie
121 beurteilt werden.

122

123 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, die z.B. aus Gründen der
124 Familienzusammenführung oder der Flucht aus einem anderem Land nach Deutschland
125 gekommen sind und unter die gesetzliche Schulpflicht fallen, besuchen in der IGGS mit speziell
126 geschulten Lehrenden ausgestattete Willkommensklassen, in denen sie gemeinsam mit
127 anderen Kindern die deutsche Sprache, je nachdem auch mit Rücksicht auf die bereits
128 vorhandenen Sprachkenntnisse, erlernen. Parallel zum Deutschunterricht in dieser Klasse
129 besuchen die SchülerInnen bereits fest zugewiesene Regelklassen, in denen sie am Unterricht
130 teilnehmen. Ein weiteres Hauptziel ist es, die SchülerInnen so gut wie möglich in eine
131 Regelklasse zu integrieren, sodass sie nach Erlernen der Deutschkenntnisse in der
132 Willkommensklasse komplett in die Regelklasse wechseln und die Möglichkeit haben, alle
133 Schulabschlüsse anstreben zu können.

134

135 Der Unterricht an der IGGS soll davon geprägt sein, dass SchülerInnen gemeinsam in
136 gegenseitiger Unterstützung Unterrichtsinhalte erlernen und auf das Alltagsgeschehen beziehen
137 können, welches auch die Folge von einem zunehmend praxisbezogenen Unterricht sein soll.
138 Ergänzend dazu wird den SchülerInnen im Unterricht und in Form von Projekttagen mehr
139 Alltagswissen wie z.B. das Wissen über Steuern, Miete, Recht und Versicherungen vermittelt.
140 Ein weiterer wichtiger Bestandteil des Unterrichts an der IGGS soll die Aneignung von
141 Schlüsselkompetenzen wie z.B. Fähigkeiten zur (Selbst-)Kritik, Kreativität, Problemerkennungs-
142 und Problemlösungskompetenz, soziale Kompetenz, Eigenständigkeit und Teamfähigkeit,
143 Umgang mit Sprache und (neuen) Medien.

144

145 Das Bildungsangebot der IGGS ist komplett kostenlos und garantiert allen SchülerInnen eine
146 gleichberechtigte Teilhabe ohne Einfluss durch die soziale Herkunft der SchülerInnen.
147 Leistungsstarke und leistungsschwache SchülerInnen werden in der IGGS gleichermaßen
148 gefördert und gefordert, um Leistungsdefiziten entgegenwirken zu können.

149

150 **VI. Die Inklusive Ganztags Gesamtschule**

151

152 Eine Verknüpfung dieser drei Punkte ist essenziell, da sie nur gemeinsam, zusammengefasst
153 in einer Schulform der Inklusiven Ganztags Gesamtschule, die Bildungsungerechtigkeit in
154 unserem Schulsystem überwinden können. Eine Bündelung dieser drei Themen kommt allen
155 SchülerInnen zugute.

156

157 Um die IGGS auch finanzieren zu können, muss mehr als bisher in Bildung, also unsere

158 wichtigste Ressource, investiert werden; Deutschland investiert viel zu wenig in Bildung: 2009
159 wurden lediglich 5,3% des Bruttoinlandsproduktes in Bildung investiert, dabei lag der OECD-
160 Durchschnitt zu diesem Zeitpunkt bereits bei 6,2%; selbst in den Jahren zuvor konnte
161 Deutschland nie richtig aufholen: Im Vergleich zu 1995 stieg der BIP-Anteil in Deutschland von
162 5,1% auf 5,3%. Im Verhältnis zur Entwicklung ihrer Wirtschaftskraft haben beispielsweise die
163 OECD-Staaten USA, Schweiz und Dänemark ihre Bildungsausgaben überproportional
164 gesteigert.

165

166 Die Höhe der Investitionen in Bildung muss besonders im Hinblick auf die Zukunft mindestens
167 auf den OECD-Standard gehoben werden, denn Bildung ist unsere wichtigste Ressource; sie
168 führt zu Erfolg und Wohlstand.

169

170 Im Zuge dessen soll auch das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern aufgehoben
171 werden, damit die IGGS von Bund und Land gemeinsam finanziert werden kann.

172

173 **Begründung:**

174 Das mehrgliedrige Schulsystem in seiner selektierenden Art und Weise ist schon längst
175 vollkommen gescheitert. Als Beweis lässt sich zum Beispiel die Hamburger LAU-Studie¹
176 heranziehen, welche feststellt, dass Kinder aus finanziell schwachen Familien bei gleicher
177 Kompetenz sehr viel seltener eine Gymnasialempfehlung erhalten als Kinder wohlhabender
178 Eltern mit Hochschulabschluss. Darüber hinaus fand die LAU-Studie heraus, dass diese Eltern
179 dazu neigen würden, selbst dann ihre Kinder zu einer höheren Schule zu schicken, wenn die
180 Lehrkräfte hiervon eher abraten würden. Finanziell schwache Eltern dagegen würden sich
181 genau an die Empfehlung der Lehrkräfte halten. Ein weiteres Armutszeugnis für das
182 dreigliedrige Schulsystem liefert die IGLU-Studie², welche 2011 an der Technischen Universität
183 Dortmund durchgeführt wurde: Selbst bei Kontrolle der kognitiven Grundfähigkeiten und der
184 Lesekompetenz haben Kinder aus wohlhabender Eltern eine fast dreifach größere Chance, ein
185 Gymnasium zu besuchen als Kinder aus finanziell schwachen Elternhäusern. In Nordrhein-
186 Westfalen z.B. ist diese Ungleichbehandlung sogar noch größer als in den anderen
187 Bundesländern. Auch in Bezug auf die Lehrmittelfreiheit sieht man eine große Benachteiligung
188 der SchülerInnen aus ärmeren Familien: Der deutsche Kinderschutzbund hat anhand von
189 Berechnungen herausgefunden, dass, obwohl es eine vermeintliche „Lehrmittelfreiheit“ gibt, die
190 Kosten für die Einschulung eines Kindes ca. 300€ betragen und von laufenden Kosten während
191 des weiteren Schuljahres ergänzt wird. Somit steht die Einkommenssituation der Eltern im
192 direkten Zusammenhang mit den Bildungschancen der Kinder.³ Auch der
193 Sonderberichterstatte der UN- Menschenrechtskommission Vernor Muñoz hat im Februar 2006
194 nach einem Besuch von deutschen Schulen festgestellt, dass es im deutschen Schulsystem
195 eine mangelnde Chancengerechtigkeit gibt und es einen neuen Dialog über die
196 Schulorganisation geben muss.⁴

197 Die Liste der Studienergebnisse und ExpertInnenmeinungen, welche auf die
198 Bildungsungerechtigkeit im deutschen Schulsystem hinweisen, könnte man noch länger
199 fortsetzen, jedoch zeigen allein schon diese vier Meinungen, dass SchülerInnen in ihrem
200 Bildungsgang auf vollkommen ungerechte Art und Weise selektiert und klassifiziert werden, je
201 nachdem aus welchem sozialen Umfeld sie stammen. Diesen Zustand müssen wir Juso
202 SchülerInnen und Auszubildenden weiterhin äußerst kritisch sehen und auch gegenüber
203 unserer Mutterpartei auf baldigste Veränderungen pochen. Wir brauchen eine Schule, an der
204 alle SchülerInnen die gleichen Chancen haben, völlig unabhängig von Geschlecht, familiärem
205 Hintergrund und sozialen Fähigkeiten.

206

207 Wir brauchen die inklusive Ganztags Gesamtschule! In der IGGS wird Chancengerechtigkeit
208 gewahrt werden: JedeR SchülerIn wird in dieser Schule zuallererst als Mensch betrachtet und
209 als solcher auch gleichberechtigt gefördert und gefordert.

210

211 Im Mai 2012 hat die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft des Landes Berlin
212 die Universität Hamburg mit einer wissenschaftlichen Begleitung von 14 erprobten
213 Gemeinschaftsschulen in Berlin beauftragt, welche in einem 223-seitigem Bericht⁵
214 zusammengefasst wurde. Nach vier Jahren Untersuchung kamen die WissenschaftlerInnen zu
215 dem Schluss, dass die Berliner Gemeinschaftsschulen wichtige Schritte auf dem Weg zu einer
216 konsequenteren Individualisierung der Lernprozesse in heterogenen Gruppen vollzogen haben.
217 Zudem verbesserten SchülerInnen während der wissenschaftlichen Begleitung ihre Kompetenz,
218 Lernprozesse eigenständig zu planen und zu strukturieren. Das Schulklima an einer

219 Gemeinschaftsschule wird von den SchülerInnen sowie den Lehrenden als positiv bewertet,
220 ebenso teilt die Mehrheit der Eltern die Auffassung, ihre Kinder rückblickend erneut auf eine
221 Gemeinschaftsschule schicken zu wollen. Besonders hervorhebenswert bei dem Bericht der Uni
222 Hamburg ist außerdem das Ergebnis, dass es den Gemeinschaftsschulen nach einem Vergleich
223 mit vorliegenden Daten von Hamburger Regelschulen, d.h. Schulen, die dem dreigliedrigen
224 Schulsystem angehören, deren Lernausgangslage und soziodemografische Zusammensetzung
225 den Berliner Gemeinschaftsschulen entsprechen, viel besser gelingt, die Lernfortschritte der
226 Schülerinnen und Schüler von der sozialen Herkunft ihrer Familie zu entkoppeln- das heißt
227 konkret: Die Berliner Gemeinschaftsschulen schaffen es im Gegensatz zu Schulen des
228 dreigliedrigen Schulsystems viel besser, SchülerInnen die Fähigkeiten zum individuellen und
229 selbstständigen Lernen anzueignen sowie die Bildungsbenachteiligung von SchülerInnen aus
230 sozial schwächeren Familien zu überwinden. Zudem wurde auch festgestellt, dass sich der
231 Lernfortschritt der SchülerInnen im Vergleich zu den Hamburger Schulen auf alle
232 Leistungsgruppen, d.h. leistungsstarke sowie leistungsschwache SchülerInnen, erstreckt. Somit
233 lässt sich ergänzend zu den eben genannten Vorteilen von Gemeinschaftsschulen gegenüber
234 Regelschulen festhalten, dass in einer Gemeinschaftsschule weniger SchülerInnen im
235 Unterricht in Bezug auf die Leistung zurückliegen. All diese positiven Vorteile einer
236 Gemeinschaftsschule, die wissenschaftlich belegbar sind, lassen sich selbstverständlich auch
237 auf das Konzept der IGGS beziehen, denn die IGGS ist in diesem Sinne auch eine
238 Gemeinschaftsschule. Wir Jusos kämpfen nun schon seit 101 Jahren gemeinsam mit der SPD
239 für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Wir Jusos stehen ein für eine Solidargemeinschaft, in
240 der die Starken die Schwachen unterstützen und der Staat soll diesen Prozess als
241 Rahmengerber unterstützen. Wir müssen lautstark für eine Schule für Alle kämpfen, denn nur
242 wenn wir es schaffen, dort eine Solidargemeinschaft zu etablieren, in der tatsächlich die
243 Schwachen von den Starken unterstützt werden, jeder Mensch die gleichen Chancen hat und
244 gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben in der Schule teilhaben kann, sind wir der
245 Verwirklichung unserem Grundsatz einen Schritt näher.

246

247

248 1 <http://bildungsserver.hamburg.de/contentblob/2815702/data/pdf-schulleistungstest-lau-5.pdf>

249

250 2 <http://www.erzwiss.uni-hamburg.de/IGLU/kurzversion-LV.pdf>

251 3 Pressemitteilung des Deutschen Kinderschutzbundes vom 28. August 2008

252 4 Bundespressekonferenz am 21. Februar 2006 in Berlin mit dem UN-Sonderberichterstatter für
253 das Recht auf Bildung

254 5 <http://www.berlin.de/imperia/md/content/sen-bildung/bildungswege>

255 [/gemeinschaftsschulewissenschaftl_begleitstudie_gms_2012.pdf?start&ts=1424264780](http://www.berlin.de/imperia/md/content/sen-bildung/bildungswege/gemeinschaftsschulewissenschaftl_begleitstudie_gms_2012.pdf?start&ts=1424264780)

256 [&file=wissenschaftl_begleitstudie_gms_2012.pdf](http://www.berlin.de/imperia/md/content/sen-bildung/bildungswege/gemeinschaftsschulewissenschaftl_begleitstudie_gms_2012.pdf)

257

258

259

260

261

262

263

264

265

266

267

268

269

270

271

272

273

274

275

276

277

278

279

Titel Teilzeitstudium einführen - Flexibilität ermöglichen!

Antragsteller Hessen-Süd

Zur Weiterleitung an SPD-Bundesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Teilzeitstudium einführen - Flexibilität ermöglichen!

1 In Zeiten in denen Menschen immer wieder in verschiedene Lebenslagen kommen, müssen
2 sich auch die gesellschaftlichen Bereiche verändern und dazu gehört auch die Universität.

3

4 **Daher fordern wir Jusos eine Einführung eines flexiblen Teilzeitstudiums an allen**
5 **Universität in Deutschland.**

6

7 Ein flexibles Teilzeitstudium würde es damit ermöglichen auch noch im 4. Semester sich für ein
8 Teilzeitstudium zu entscheiden. Dies ermöglicht gerade alleinerziehenden oder jungen Eltern die
9 Möglichkeit ein Studium mit der Familie zu vereinen.

10

11 **Begründung:**

12 Viele Universitäten in Deutschland proklamieren sich selbst als familienfreundlich, ganz vorne
13 mit dabei ist selbst die Goethe-Universität Frankfurt. Jedoch sieht die Realität eine andere aus.

14

15 In vielen Fachbereichen ist ein Teilzeitstudium nicht möglich oder nur in den ersten Semestern
16 zu entscheiden. Beispielsweise im Fachbereich Jura kann man sich lediglich innerhalb des
17 ersten Semesters zu einem Teilzeitstudium entscheiden - danach ist keine Änderung mehr
18 möglich. Falls Studierende aber in die Situation kommen nicht mehr Vollzeit zu studieren, sei es
19 aus finanziellen, privaten Gründen oder aufgrund einer Familiengründung, gibt es keinen
20 anderen Ausweg als entweder mehrere Urlaubssemester zu nehmen oder die Regelstudienzeit
21 außer Acht zu lassen.

22

23 Durch ein flexibles Teilzeitstudium kann man in jeder Lebenslage und jedem
24 Hochschulsemester diese wichtige Entscheidung autonom und emanzipiert treffen, ohne in
25 persönliche, finanzielle oder soziale Zwänge zu geraten.

26

27 Daher müssen wir uns dafür einsetzen, dass auch hier im Zuge der HHG Novellierungen dieser
28 wichtige Teilaspekt mit einfließt.

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

Titel Das Berufsbildungsgesetz novellieren!

Antragsteller Baden-Württemberg

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Das Berufsbildungsgesetz novellieren!

1 **Inhalt des Gesetzes und Inhalt Koalitionsvertrag**

2

3

4 CDU/CSU und SPD haben in ihrem Koalitionsvertrag 2013 eine Evaluation des
5 Berufsbildungsgesetzes (BBiG) vereinbart, bei der Anpassungen zu prüfen seien, mit denen die
6 duale Berufsausbildung gestärkt werden könne. Sie wollen die berufliche Bildung und dabei
7 insbesondere die duale Ausbildung modernisieren und ihre Erfolgsgeschichte sichern.

8

9

10 Auch für uns ist die duale Ausbildung ein über die Maßen wichtiger Bildungsweg, der viele junge
11 Menschen in ein selbstbestimmtes Leben führt. Das BBiG normiert dafür zentrale, rechtliche
12 Grundlagen, die vom Arbeitsschutz über die Ausbildungsvergütung, Anforderungen an
13 Auszubildende bis zur Regelung der Abschlussprüfung reichen. Jedes Jahr beginnen
14 hunderttausende Jugendliche und junge Erwachsene ihren beruflichen Werdegang mit einem
15 Ausbildungsvertrag – im rechtlichen Rahmen des BBiG. Wegen dieser weitreichenden
16 Bedeutung fordern wir die Bundesregierung auf, zehn Jahre nach der letzten vollständigen
17 Novellierung im Jahr 2005, die Evaluation detailliert durchzuführen und die aufgezeigten
18 Verbesserungsmöglichkeiten zur Stärkung der dualen Ausbildung und Unterstützung der
19 Auszubildenden umzusetzen.

20

21

22 **Zielsetzung der Novellierung**

23

24

25 Die derzeitigen Anforderungen der beruflichen Bildung, der Auszubildenden und Betriebe an ein
26 novelliertes BBiG lassen eindeutige Verbesserungsmöglichkeiten erkennen, die über die im
27 Koalitionsvertrag festgehaltenen Schwerpunkte der Evaluation hinausgehen. Anhand dieses
28 weit gefassten Spektrums muss eine Evaluation mit sich anschließender Novellierung
29 stattfinden:

30

- 31 • Ausbau des Ausbildungsplatzangebots und Abbau des Übergangsystems
- 32 • Erhöhung der Ausbildungsqualität in Betrieb und Berufsschule
- 33 • Sicherung und unabhängige Kontrolle der Ausbildungsqualität
- 34 • Höhe von Ausbildungsvergütung und ihre Weiterentwicklung

35

36

37 **Unser Anspruch an Gute Ausbildung**

38

39 Dieser Anforderung liegt unser Anspruch an eine gute Ausbildung zugrunde. Wir verstehen

40 Bildung nicht nur als Befähigung zu einem Beruf, sondern als Befähigung, kritisch und
41 selbstbestimmt Teil der Gesellschaft zu sein und sie mitzugestalten. Diesem Anspruch müssen
42 die duale Ausbildung, also das Zusammenwirken von betrieblicher und berufsschulischer
43 Bildung, ebenso wie die anderen Arten der Berufsausbildung gerecht werden.
44

45 Die Voraussetzungen des dualen Systems in der beruflichen Bildung sind gerade wegen seiner
46 selbst und innovativer Betriebe, die in ihre MitarbeiterInnen investieren und Auszubildende von
47 Anfang an in den Betriebsablauf integrieren, ohne sie überwiegend zur Arbeit zu beschäftigen,
48 ausgezeichnet, um Gute Ausbildung zu bieten. Hinzu kommen Verbundausbildungen und
49 weitere Kooperationen, teilweise über Landesgrenzen hinweg, die ein breit gefächertes
50 Lernangebot ermöglichen.
51

52 Eine rein schulische Ausbildung, die lediglich Praktika oder Betriebsphasen ohne echte
53 Betriebszugehörigkeit beinhaltet, weist deshalb zwangsläufig Nachteile auf. Für uns hat die
54 duale Ausbildung Priorität. Um mehr jungen Menschen den Zugang hierzu zu ermöglichen,
55 unterstützen wir die Ausweitung der Assitierten Ausbildung im Rahmen der Allianz für Aus- und
56 Weiterbildung. Diese flankiert die reguläre betriebliche Ausbildung junger Menschen mit
57 Vorbereitungs- und parallelen Unterstützungsangeboten, um fehlende Voraussetzungen für die
58 betriebsgebundene Ausbildungsdurchführung herzustellen.
59

60 Eine individuelle Förderung ist ohnehin in jeder Ausbildung geboten, um dem und der einzelnen
61 Auszubildenden gerecht zu werden. Deshalb kommt den AusbilderInnen entscheidende
62 Bedeutung zu. Sie müssen die betrieblichen Inhalte vermitteln. Dabei sind ihre persönliche und
63 ihre fachliche Eignung von herausragender Wichtigkeit. Sie sollen nicht unterweisen, sondern
64 eigenständiges Lernen ermöglichen und fördern. Dabei sind sie zentrale AnsprechpartnerInnen
65 in allen Ausbildungsfragen und müssen dementsprechend vorbereitet sein. Bisher legt das
66 BBiG lediglich formale Ausschlussgründe für die persönliche Eignung fest. Stattdessen bedarf
67 es eines gesetzlich definierten, einheitlichen Standards, den AusbilderInnen erfüllen müssen,
68 um für ihre Aufgabe geeignet, mithin zugelassen zu sein. Dieser muss methodisch-didaktische
69 und pädagogische Kompetenzen umfassen, die zumindest in der Ausbildereignungsverordnung
70 festgeschrieben werden. Darüber hinaus muss das Kriterium der fachlichen Eignung über den
71 bisherigen Regelungsinhalt hinaus einen Aktualitätsanspruch für die zu vermittelnden
72 Kenntnisse umfassen, dem AusbilderInnen genügen müssen. Damit diese Voraussetzungen,
73 sowohl in persönlicher wie in fachlicher Hinsicht, erreicht werden kann, müssen die Kammern in
74 Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern entsprechende Fort- und Weiterbildungen anbieten,
75 deren Kosten und die notwendige Freistellung der oder die ArbeitgeberIn zu tragen hat. Das
76 Zusammenspiel dieser Änderungen bringt den Anspruch an die AusbilderInnen und zugleich
77 das Angebot für sie auf eine neue Qualitätsstufe, die in der modernen, kompetenzorientierten
78 Arbeitswelt und für ein selbstbestimmtes Leben der Auszubildenden unbedingt erreicht werden
79 muss.
80

81 Es kann auch für einzelne Auszubildende notwendig sein, die Ausbildung über die vorgesehene
82 Maximaldauer von drei- oder dreieinhalb Jahren hinaus zu verlängern, um
83 Ausbildungsabschnitte intensiver zu behandeln oder sich allgemein länger auf die
84 Abschlussprüfung vorzubereiten. Den Auszubildenden muss daher ein Rechtsanspruch auf die
85 Verlängerung der eigenen Ausbildung um bis zu zwölf Monate gegeben werden, der die
86 bisherige Ausnahmeregelung verbessert. Auch hier ist die individuelle, ergebnisoffene Beratung
87 in Schule und Betrieb entscheidend.
88

89 Betriebe und schulische Einrichtungen müssen sich insgesamt durch gute Bedingungen
90 auszeichnen. Dazu gehört es, den aktuellen technischen und fachlichen Stand des
91 Betriebsfeldes abzubilden, Mitarbeit an spezialisierten Projekten wie auch dem Kerngeschäft zu
92 ermöglichen und damit die gesamte, moderne Breite des Betriebes in die Ausbildung
93 einbeziehen. Das kann mit einer Ausbildungsstätten-Verordnung nach Empfehlung des
94 Berufsinstituts für Berufsbildung, die Kriterien an die Qualität von Ausbildungsstätten stellt, und
95 entsprechenden Überprüfungen gesichert werden.
96

97 Zu einer gelingenden Ausbildung gehören auch die Verfügbarkeit von Lernmitteln während der
98 gesamten Ausbildungszeit – nicht nur in der Abschlussprüfung – und die Mobilität der
99 Auszubildenden bei Fahrten von und zu Betriebs- und Bildungsstätten. Beides darf keine
100 zusätzlichen Kosten bedeuten, sondern muss vom Betrieb entsprechend mit Materialien oder

101 (Fahrt-)Kostenerstattung getragen werden.
102
103 Ferner wird SchülerInnen, Studierenden und eben Auszubildenden mit dem Erasmus+
104 Programm ein Auslandsaufenthalt ermöglicht. Letztere können aber, wegen der Beschränkung
105 im BBiG, nur bis zu einem Viertel ihrer Ausbildungszeit für berufliche Praktika,
106 Ausbildungsabschnitte und Weiterbildungsmaßnahmen im Ausland nutzen. Im Jahr 2015
107 erwartet die IHK trotzdem, dass bereits 17.000 Menschen diese Möglichkeit nutzen werden. Um
108 am Programm teilnehmen zu können, ist für die Auszubildenden die Zustimmung ihres/ihrer
109 ArbeitgeberIn notwendig, sodass gerade in kleinen Betrieben diese Möglichkeit verwehrt bleiben
110 kann. Es braucht deshalb die Verankerung eines gesetzlichen Anspruchs auf die Teilnahme,
111 auch wenn sich durch diese die Ausbildung verlängert. Dieser Anspruch muss, entsprechend
112 der Maximaldauer von zwölf Monaten, die das Erasmus+ Programm festlegt, ebenfalls auf bis
113 zu einem Jahr im Ausland gerichtet werden können, abweichend von der bisher bestehenden
114 Beschränkung. Zudem muss darauf hingewirkt werden, dass die Qualität der Ausbildungsinhalte
115 auch in den betreuenden Betrieben im Ausland überprüft und sichergestellt wird.
116
117 Eine Stärke der dualen Ausbildung ist ihr Aufbau nach dem Berufsprinzip, das die
118 Zusammenstellung der Ausbildungsinhalte und Wege in klar definierte Berufsfelder sichert.
119 Gleichzeitig geht dabei die Möglichkeit, individuellen Fähigkeiten und Interessen nachzugehen,
120 verloren. Ein novelliertes BBiG vereint definierte Abschlüsse und freie Entfaltung junger
121 Menschen nur dann, wenn es das Berufsprinzip aufrechterhält, dieses aber um zeitlich
122 begrenzte Module zur Spezialisierung ergänzt, wie sie die Ausbildungsrealität in
123 hochspezialisierten Betrieben bereits zur Folge haben kann.
124
125 Die seit 2005 mögliche Stufenausbildung birgt hingegen eine große Unsicherheit, während sie
126 eigentlich der Freiheit der Auszubildenden dienen soll, und hat sich daher in bestehender Form
127 nicht bewährt: Wird die Ausbildung nach zwei Jahren, statt den vorgesehenen drei oder
128 dreieinhalb Jahren beendet, besteht theoretisch die Möglichkeit die bescheinigten zwei Jahre
129 Berufsausbildung auf die sich – gegebenenfalls Jahre später – anschließende, ebenfalls drei-
130 oder dreieinhalbjährige Ausbildung anzurechnen. Es scheitert zum einen am fehlenden
131 Anspruch auf Fortsetzung der Ausbildung und zum anderen an der geringen Bereitschaft von
132 ArbeitgeberInnen, Anschlussverträge nach zweijährigen Ausbildungen auf freiwilliger Basis
133 abzuschließen. Obendrein besteht für die Auszubildenden keine gesicherte Handhabe
134 Ausbildungsinhalte nachzuweisen, um andere Unternehmen von sich zu überzeugen. Deshalb
135 bedarf es eines Ausstiegsmodells mit gesetzlichem Rückkehranspruch, der die Vollendung der
136 Berufsausbildung ermöglicht.
137
138 In Ausbildungsverhältnissen muss immer die Ausbildung im Vordergrund stehen. Die
139 Ausbildungsinhalte und ihre Vermittlung sind transparent und nachvollziehbar festzulegen und
140 müssen dem zugrundeliegenden Ausbildungsrahmenplan folgen. Das macht Überstunden,
141 Schichtarbeit und Nachtarbeit überflüssig. Es sei denn, die betriebliche Situation lässt die
142 Vermittlung bestimmter Ausbildungsinhalte außerhalb der regulären Arbeitszeit nicht zu. Hierfür
143 muss eine gesonderte Regulierung solcher Arbeitszeiten getroffen werden.
144
145 Nachweise und Kontrolle der Ausbildungsinhalte setzen aber zudem verbindliche
146 Dokumentation voraus, die – teilweise durch Festsetzungen in Ausbildungsverordnungen
147 bereits eingeführt – mit einer entsprechenden, gesetzlichen Pflicht des Auszubildenden
148 gesichert werden kann. Dafür muss Raum während der Arbeitszeit gegeben werden. Das
149 verschafft den Auszubildenden, im Kontext der Stufenausbildung wie auch grundsätzlich,
150 Rechtssicherheit und trägt zur Sicherung der Ausbildungsqualität bei.
151
152 In Betrieben mit genügend Auszubildenden ist die Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV)
153 im Zusammenspiel mit dem Betriebsrat eine entscheidende Säule der Mitbestimmung und
154 Ansprechpartnerin für die Jugendlichen und jungen Erwachsenen. In sonstigen
155 Berufsbildungseinrichtungen wird in Ermangelung einer JAV und eines Betriebsrates nach
156 Maßgabe des BBiG eine Interessenvertretung gewählt, die gegenüber dem jeweiligen Träger
157 auftreten soll. Wahlordnung, Rechte und Mitbestimmungsmöglichkeiten sind nicht festgelegt,
158 sodass keine gesetzlich gesicherte Vertretung möglich ist, sondern nur aufgrund einseitigen
159 Zugeständnissen des Trägers geschehen kann. Solange das Betriebsverfassungs- (BetrVG)
160 beziehungsweise das Personalvertretungsgesetz nicht für alle Ausbildungseinrichtungen
161 Anwendungen finden, ist die Interessenvertretung des BBiG analog der Regelungen des

162 BetrVG auszugestalten, um tatsächliche Mitbestimmung und Vertretung der Auszubildenden zu
163 gewährleisten.

164

165 **Grundsätzliche Änderungen**

166

167 Um Gute Ausbildung grundsätzlich näherzukommen, stellen wir, teilweise über das
168 Vorstehende hinausgehend, folgende Anforderungen an ein novelliertes BBiG:

169

- 170 • Verankerung der dualen Ausbildung als Normalausbildungsverhältnis, das durch die
171 betriebliche Integration schulischer Ausbildungsgänge voranzutreiben ist
- 172 • Individuelle Förderung von Auszubildenden stärker gewichten
- 173 • Möglichkeit zur Verlängerung der Ausbildung verbessern
- 174 • Kostenfreie Lernmittel für Auszubildende
- 175 • Fahrtkostenerstattung für Fahrten von/zu Betriebs- und Bildungsstätten
- 176 • Festhalten am Berufsprinzip, aber die Möglichkeit schaffen frei wählbarer Module zur
177 eigenen Spezialisierung
- 178 • Ergänzung der Stufenausbildung mit gesetzlichem Rückkehranspruch des
179 Auszubildenden
- 180 • Festsetzungen des Ausbildungsrahmenplans als verbindliche Leitlinie weiterentwickeln
- 181 • Vom/von der ArbeitgeberIn zur Verfügung gestellte Arbeitszeit, um der Pflicht zur Führung
182 des Ausbildungsnachweises der Auszubildenden nachzukommen

183

184 **Im Betrieb** Um die Gute Ausbildung im Betrieb zu sichern, bedarf es zudem folgender
185 Änderungen:

186

- 187 • Anforderungen an Ausstattung und Eignung von Ausbildungsbetrieben erhöhen und
188 festschreiben
- 189 • Kriterien für die persönliche und fachliche Eignung von AusbilderInnen festschreiben
- 190 • Fort- und Weiterbildungsangebote für AusbilderInnen zur Sicherung der entsprechenden
191 Qualifikation auf Kosten der ArbeitgeberInnen schaffen
- 192 • Betreuungsschlüssel von AusbilderIn zu Auszubildenden auf maximal eins zu acht
193 festschreiben
- 194 • Überstunden, Wochenend- und Schichtarbeit für Auszubildende ausschließen, sofern
195 Inhalte aus dem Ausbildungsrahmenplan nicht anders vermittelt werden können
- 196 • Anrechnung von Praktika im Ausbildungsbetrieb vor Ausbildungsbeginn auf Probe- und
197 Ausbildungszeit
- 198 • Mitbestimmung auch in schulischer und außerbetrieblicher Ausbildung sichern, indem
199 analoge Regelungen zum BetrVG eingeführt werden, solange die direkte Anwendbarkeit
200 des BetrVG oder Personalvertretungsgesetzes nicht möglich ist
- 201 • kostenloser und verpflichtender Erste-Hilfe-Kurs als Teil der Ausbildung
- 202 • Aufgabe der Überprüfung von Ausbildungsstätten von den Kammern zu unabhängiger
203 Institution geben
- 204 • Freistellung von bis zu sechs Werktagen zur Prüfungsvorbereitung vor der
205 Abschlussprüfung

206

207 **In der Berufsschule**

208

209 Um das Zusammenspiel mit Berufsschulen und diese selbst zu verbessern, stellen wir
210 außerdem folgende Anforderungen an ein novelliertes BBiG:

211

- 212 • Koordination von Lehrplänen mit Ausbildungsrahmenplan, sowie gegebenenfalls
213 Abstimmung mit AusbilderIn des Ausbildungsbetriebs
- 214 • Verknüpfung von schulischen und betrieblichen Ausbildungsinhalten stärker gewichten
- 215 • Teilnahme der JAV und/oder des Betriebsrates auf Wunsch des Auszubildenden bei
216 Gesprächen von LehrerInnen mit AusbilderIn sowie bei Bewertungsgesprächen mit dem
217 oder der Auszubildenden ermöglichen
- 218 • Kleine Schulklassen und individuelle Förderung, die insbesondere unterschiedliche
219 Bildungsabschlüsse und gegebenenfalls vorliegende Studienzeiten berücksichtigt
- 220 • Versicherungsschutz in und auf dem Weg von/zu der Berufsschule sicherstellen,
221 insbesondere bei Beginn der Berufsschulzeit vor betrieblichem Ausbildungsbeginn.

222

223 **Schutz des BBiG ausweiten**

224

225 Es ist entscheidend, dass der bestehende und bestenfalls durch die vorgeschlagenen
226 Verbesserungen ausgeweitete Schutz der Auszubildenden und die Sicherung der
227 Ausbildungsqualität für alle Ausbildungsberufe und -gänge wirken. Das ist nach dem derzeitigen
228 Geltungsbereich des BBiG nicht der Fall. Dieser klammert vielmehr schulische und andere
229 Ausbildungsgänge ausdrücklich aus, die ihre Regelung durch die Schulgesetze der Länder
230 erfahren sollen. Davon sind vor allem Ausbildungen in Gesundheits- und Pflegeberufen
231 betroffen, die, im Vergleich zu Ausbildungen in Industrieberufen, zusätzlich durch faktisch
232 schlechtere Ausbildungsbedingungen auffallen. Diesen und weiteren Ausbildungsgängen fehlt
233 die Schutzwirkung des BBiG, insbesondere für Praxisphasen in Betrieben und Regelungen, die
234 der Qualitätssicherung dienen – ohne, dass berechtigter Bedarf für eine Ausnahmeregelung
235 bestünde.

236

237 Zudem fällt dieselbe Schutzlücke bei der wachsenden Gruppe dual Studierender auf. Sie muss
238 ebenso geschlossen werden, indem die Ausbildung also solche und alle betriebsbezogenen
239 Ausbildungsanteile dem BBiG unterfallen. Damit wären Qualität und Lehrinhalte allerdings noch
240 nicht abschließend gesichert. Somit müssen zusätzlich Verbesserungen der
241 Landeshochschulgesetze und jeweiligen Prüfungsordnungen angestrebt werden.

242

243 **Deshalb sind unsere Forderungen an ein novelliertes BBiG:**

244

- 245 • Aufnahme aller beruflichen und schulischen Ausbildungsgänge in Geltungsbereich
- 246 • Aufnahme der Ausbildung als solche, sowie der betrieblichen Anteile und Praxisphasen
247 des Dualen Studiums in Geltungsbereich

248

249

250 **Ausbildungsplatzangebot ausweiten und Finanzierung sicherstellen**

251

252 Derzeit bilden nur knapp ein Fünftel der Unternehmen in der Bundesrepublik aus, während über
253 1,4 Millionen junger Menschen im Alter zwischen 20 und 29 Jahren keinen Berufsabschluss
254 haben.

255

256 Jeder Mensch soll aber die Möglichkeit zu einer dualen Ausbildung haben. Deshalb fordern wir
257 eine Ausbildungsgarantie, mit der jedeR Ausbildungsinteressierte ab dem Stichtag des 30.9.
258 des jeweiligen Jahres einen Anspruch darauf hat, von der Bundesagentur für Arbeit in eine
259 duale Ausbildung vermittelt zu werden. Das erfordert mindestens das Angebot dreier
260 angemessener Ausbildungsplätze im gewünschten Berufsfeld.

261

262 Um die Zahl an nötigen Ausbildungsplätzen zu gewährleisten und die finanzielle Last zu
263 verteilen, muss deshalb eine Ausbildungsplatzumlage eingeführt werden. Damit werden
264 ausbildungsunwillige Unternehmen an den Kosten, die den ausbildungswilligen Unternehmen
265 entstehen, beteiligt. Ein solches System muss tarifvertragsverträglich ausgestaltet
266 beziehungsweise für tarifliche Regelungen geöffnet werden, sodass bestehende
267 Vereinbarungen über Ausbildungskontingente der SozialpartnerInnen nicht beeinflusst werden.
268 Zudem kann mit einem Teil der Mittel die neu zu schaffende, unabhängige Kontrollinstitution für
269 die Ausbildungsqualität finanziert werden.

270

271 Deshalb muss ein novelliertes BBiG zugunsten eines ausreichenden
272 Ausbildungsplatzangebotes und gerechter Umlage der Kosten folgende Punkte aufweisen:

273

- 274 • Gesetzliche Festschreibung einer Ausbildungsgarantie, die die Bundesagentur für Arbeit
275 mit den Angebot dreier passender Ausbildungsplätze zum 30.9. erfüllen muss
- 276 • Einführung einer tarifvertragsverträglichen Ausbildungsplatzumlage
- 277
- 278 • Damit einhergehende Akquirierung von Mitteln für die neu zu schaffende Kontrollinstitution

279

280 **Ausbildungsvergütung**

281

282 Die Zielmarke der Ausbildungsvergütung für Auszubildende und dual Studierende sind dabei 50
283 Prozent des Ecklohns einer Facharbeitskraft in der entsprechenden Branche, muss dabei aber

284 mindestens existenzsichernd sein. Darin findet unsere Vorstellung vom maximalen Arbeitsanteil
285 im Betrieb Ausdruck, denn Auszubildende sind nicht für ihre Erwerbsarbeit im Betrieb, sondern
286 für die Ausbildung dort beschäftigt. Diese zu erreichen, ist vor allem tarifliche Aufgabe der
287 SozialpartnerInnen. Jedoch erfordern mangelnde Tarifbindung und fehlender Organisationsgrad
288 in einzelnen Bereichen und Branchen derzeit eine gesetzliche Regelung durch eine
289 Mindestausbildungsvergütung. Hierfür könnte entweder das Kriterium der „angemessene[n], [...]“
290 jährlich steigenden Ausbildungsvergütung“ des BBiG näher zu spezifizieren sein, oder es ist
291 eine branchen- und regionalunabhängige Mindestgrenze zu ziehen.

292

293 **Durchlässigkeit und Anrechnung**

294

295 Berufliche und akademische Ausbildung sind gleichwertig. Deshalb muss die Anrechnung von
296 im Studium erbrachten Leistungen und erworbenen Kompetenzen im Rahmen der dualen
297 Ausbildung verbessert werden. Deshalb bedarf es eines bundeseinheitlichen
298 Anerkennungssystems, mit dem eine Anrechnung dieser Kompetenzen transparent möglich
299 wird.

300

301

302

303

304

305

306

307

308

309

310

311

312

313

314

315

316

317

318

319

320

321

322

323

324

325

326

327

328

329

330

331

332

333

334

335

336

337

338

339

340

341

342

343

344

Titel Gerechtes Studierenden- und Auszubildendenleben in Deutschland – Zwickau ist nicht Hamburg, Freiberg ist nicht München!

Antragsteller Hamburg

Zur Weiterleitung an SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Gerechtes Studierenden- und Auszubildendenleben in Deutschland – Zwickau ist nicht Hamburg, Freiberg ist nicht München!

1 Es ist zu prüfen, ob die BAföG-Sätze mit der geplanten BAföG-Reform im Herbst 2016 an die
2 Wohnorte gemäß der durchschnittlichen Lebenshaltungskosten der Studierenden in der
3 jeweiligen Stadt anzupassen sind. Die Anpassung soll auch bei der Berufsausbildungsbeihilfe
4 (BAB) geprüft werden.

5

6 **Begründung:**

7 Der Zuschuss, der gemäß BAföG beantragt werden kann, wird lediglich nach dem Einkommen
8 der Eltern berechnet, bei der Berufsausbildungsbeihilfe spielt zusätzlich auch das
9 Auszubildendengehalt eine Rolle. Der Wohnort der Leistungsempfänger bleibt hierbei
10 unberücksichtigt. Die Lebenshaltungskosten für einen Studierenden/Auszubildenden ohne Auto
11 und ohne Studiengebühren/Semesterbeitrag liegen Bundesweit bei etwa 673 Euro.[1] Der
12 größte Anteil der Kosten fällt hierbei auf die Miete.[2] Der Mietpreis in den kleineren Städten ist
13 jedoch keinesfalls vergleichbar mit den Mieten in Großstädten, in denen diese erheblich höher
14 sind. Um das Leben der Studierenden und Auszubildenden gerechter zu gestalten und einem
15 Studierenden bzw. einem Auszubildenden in einer Großstadt die Möglichkeit zu geben, ein
16 Studium oder eine Ausbildung unter den gleichen Bedingungen wie in einer kleineren Stadt zu
17 absolvieren, ist es erforderlich, die Leistungen gem. BAföG und die BAB dem Wohnort
18 anzupassen.

19

20

21

22 [1]Vgl. <http://www.unicum.de/studienzeit/service/lebenskostenrechner/> (zuletzt abgerufen am
23 27.06.2015).

24

25 [2]Vgl. [https://www.study-in.de/de/aufenthalt-planen/geld-und-
26 kosten/lebenshaltungskosten_28220.php](https://www.study-in.de/de/aufenthalt-planen/geld-und-kosten/lebenshaltungskosten_28220.php) (zuletzt abgerufen am 27.06.2015).

27

28

29

30

31

32

33

34

35

Titel Bafög für alle - Bildungsgerechtigkeit ermöglichen

Antragsteller Hannover

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Bafög für alle - Bildungsgerechtigkeit ermöglichen

1 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich für eine grundlegende Reform des Bafögs
2 einzusetzen. Künftig soll jede/r StudentIn die Möglichkeit haben, unabhängig vom Gehalt der
3 Eltern und unabhängig von der Art der Ausbildung und des Studiums Bafög beanspruchen zu
4 können.

5
6 Bei der Rückzahlung ist auf die finanzielle Situation der Bafög-EmpfängerInnen Rücksicht zu
7 nehmen, insbesondere sind Härtefälle zu berücksichtigen.

8
9 **Begründung:**

10 *Trotz der flächendeckenden Abschaffung der Studiengebühren werden junge Menschen aus*
11 *finanziellen Gründen immer noch vom Studium abgehalten. Ein WG-Zimmer oder ein Zimmer*
12 *im Studentenwohnheim, Lebensmittel, die anfallenden Uni-Gebühren und Lehrmaterialien - all*
13 *das summiert sich im Monat zu hohen Beträgen. Diese schrecken ab.*

14
15 *Falls sich jemand doch für ein Studium entscheidet, ist sie/er darauf angewiesen, neben dem*
16 *Studium zu arbeiten - was prinzipiell natürlich nicht verwerflich ist. Allerdings häufen sich die*
17 *Situationen, in denen StudentInnen Halbtagsjobs annehmen müssen, um ihr Studium*
18 *finanzieren zu können - und das, obwohl doch das Studium die Hauptaufgabe sein sollte.*

19
20 *Häufig reicht auch dies nicht, sodass viele StudentInnen Bildungskredite abschließen. Diese*
21 *Kredite sind eine Mogelpackung. Die Zinsen sind hoch, die Rückzahlungsbedingungen für junge*
22 *Menschen in unsicheren Arbeitsverhältnissen oft zu hart. (die Rückzahlung beginnt z. B. sehr*
23 *früh nach dem Studium). Doch vielen StudentInnen bleibt nichts anderes übrig.*

24
25 *Die einzige Lösung, gerade die Bildungskredite zu umgehen, ist das Bafög. Hier sind die*
26 *Rückzahlungsbedingungen humaner. Allerdings besteht hier dringender Handlungsbedarf: falls*
27 *StudentInnen einen Anspruch auf Bafög haben, ist die ausgezahlte Summe häufig nicht*
28 *vollständig ausreichend, sodass immer noch nebenher die Eltern mit unterstützen müssen oder*
29 *ein Umzug in die Studentenstadt nicht in Frage kommt, falls Pendeln möglich ist. Ferner gibt es*
30 *einen großen Graubereich von StudentInnen, die keinen Anspruch auf Bafög haben, da sich*
31 *deren Eltern das Studium zwar mit Ach und Krach leisten können, die dadurch aber an die*
32 *Grenzen ihrer finanziellen Belastbarkeit gebracht werden. Nicht alle Kinder wollen dies für ihre*
33 *Eltern.*

34
35 *Das Bafög ist ein Kredit. Derzeit sind grundsätzlich nur rund 50% der Summe zurück zu zahlen.*
36 *Für einen chancengleichen Zugang unabhängig von den Eltern zum Studium fordern wir nun,*
37 *dass StudentInnen Bafög in der Höhe erhalten, von der sie glauben, dass es für ihr Leben*
38 *notwendig ist. Die Auszahlung soll künftig unabhängig von den finanziellen Möglichkeiten der*

39 *Eltern erfolgen. StudentInnen wären so flexibler und unabhängiger. Falls also in der*
40 *Abschlussphase ein Nebenjob aufgrund der Lernbelastung nicht möglich ist, kann kurzfristig das*
41 *Bafög erhöht werden. Im Gegenzug dafür soll das Bafög zukünftig grds. vollständig*
42 *zurückgezahlt werden. Wie bei den jetzigen Regelungen auch müssen Härtefälle berücksichtigt*
43 *werden, Möglichkeiten zur Kürzung der Rückzahlungssumme geschaffen werden (die wieder*
44 *politische Steuerungswirkung entfalten können) und die Rückzahlung darf nicht bereits nach ein*
45 *oder zwei Jahren nach Studiumsende beginnen - hier ist eine längere Übergangsfrist*
46 *erforderlich.*

47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89
90
91
92
93
94
95
96
97
98
99

Titel Modularisierte Oberstufe

Antragsteller Juso SchülerInnen und Auszubildendengruppe über Juso Bundesvorstand

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Modularisierte Oberstufe

1 Wir fordern eine Umwandlung der Oberstufe hin zu einem gerechten, freien und gerechten
2 bundesweiten einheitlichen Bildungsabschnitt. Die entsprechenden Änderungen sehen wie folgt
3 aus: Nachdem die Schüler_innen die Unter- und Mittelstufe nach zehn Jahren absolviert haben,
4 sind sie alt genug, um ihren weiteren Bildungsweg selber und individuell gestalten zu können. In
5 dem Konzept der Modularisierten Oberstufe können die Schüler_innen sowohl ihre
6 Schwerpunkte, als auch die Zeit, die sie bis zum Schulabschluss brauchen, selber bestimmen.
7 Das heißt konkret: Die neue Oberstufe kann zwischen zwei bis drei Jahren dauern. Aus den
8 Fächern werden einzelne Module, die je nach Anspruch und Fähigkeiten frei zu wählen sind.
9 Dadurch können Schüler_innen, ihre/seine Schwerpunkte selber setzen, diese allerdings auch
10 während der Schulzeit anpassen. Auch die Frage des Sitzenbleibens wäre damit geklärt – wird
11 ein Modul nicht geschafft, muss dieses im nächsten Halbjahr wiederholt werden. Ein ganzes
12 Jahr muss der/die Schüler_in nicht wiederholen. Neben den Leistungsmodulen, in denen man
13 den Stoff für das Abitur erarbeitet, können auch Projektmodule belegt werden, die Zeit für
14 kreative und z.B. handwerkliche Projekte lassen. Ein Modul kann zwischen eine bis drei
15 Schulstunden pro Woche in Anspruch nehmen.

16

17 **Begründung:**

18 Spätestens nach der Einführung von G8 wurde es klar – die Schule ist kaum noch ein Ort zum
19 Erwachsenwerden und sich selber finden, sondern ist geprägt durch Lernstress und Angst vor
20 dem Sitzenbleiben. Der vorherrschende Leistungsdruck überfordert meist schon die
21 Schüler_innen in der fünften Klasse, und erreicht in der Oberstufe ihren Höhepunkt. Freizeit und
22 Hobbys werden für Oberstufenschüler_innen zu Fremdwörtern. Für Kreativität,
23 Berufswahlsuche und Tipps für alltägliche Sachen (Beispiel: Steuererklärung ausfüllen;
24 Bewerbungen schreiben) bleibt nur selten Zeit und Platz. Dies wollen wir mit diesem neuen
25 Konzept verändern, und so den Schüler_innen nicht nur die Möglichkeit geben, eigene
26 Entscheidungen zu treffen und ihre Laufbahn selber zu planen, sondern ihnen auch die
27 Freiräume zu geben, die einige brauchen.

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

Titel „Bildung heißt Teilhabe“ - 10 Thesen zum
Thema Bildung

Antragsteller Braunschweig

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

„Bildung heißt Teilhabe“ - 10 Thesen zum Thema Bildung

- 1 1. Chancengleichheit - "Alle müssen können dürfen"
2
3 Alle Menschen sollen den chancengleichen Zugang zu Bildung haben. Das ist heute noch lange
4 nicht die Realität. Die Bildungschancen eines Kindes sind stark abhängig von der Bildung sowie
5 dem sozialen und ökonomischen Status der Eltern. Ungünstige familiäre Voraussetzungen
6 werden nur ungenügend ausgeglichen. Wir wollen ein Bildungssystem in dem alle
7 SchülerInnen, unabhängig von ihrer Herkunft, die selben Startchancen haben.
8
9 Aus diesem Grund muss Bildung kostenlos sein. Damit alle Schülerinnen und Schüler die
10 selben Zugangschancen haben, müssen alle essentiellen Bildungsressourcen kostenlos zur
11 Verfügung gestellt werden. Das bedeutet neben Unterrichtsmaterialien auch kostenlose
12 Verpflegung an den Schulen und die kostenlose Nutzung des ÖPNV.
13
14 Um das Ziel der Chancengleichheit zu erreichen ist die gemeinsame Beschulung aller
15 Schülerinnen und Schüler notwendig. Das dreigliedrige System reproduziert Ungleichheit und
16 verfestigt Undurchlässigkeit. Kinder, deren Eltern das Gymnasium besuchten, besuchen meist
17 selbst das Gymnasium. Kinder, deren Eltern die Hauptschule besuchten, besuchen häufig
18 selbst die Hauptschule. Somit dient das Gymnasium in erster Linie der Konservierung von
19 Machtstrukturen innerhalb einer Gesellschaft. Daher fordern wir Jusos eine gemeinsame
20 Beschulung für alle, von der Kita bis zur Hochschule.
21
22 2. Bildung bedeutet Emanzipation
23
24 Für uns stellt Bildung nicht das bloße Anhäufen von Wissen dar. Bildung emanzipiert und bildet
25 die Grundvoraussetzung für Selbstbestimmung und soziale Verantwortung. Das Ziel einer guten
26 Bildung muss es sein, kritische und mündige Individuen hervorzubringen. Kapitalistische
27 Einflüsse reduzieren Bildung häufig auf die reine Ausbildung zu Arbeitskräften. Wir glauben nur
28 durch emanzipatorische Bildung und Aufklärung kann man eine gerechte, soziale Gesellschaft
29 schaffen, fern von Abhängigkeiten und Unterdrückung.
30
31 Die Hochschulen müssen nach dem Bologna-Prozess wieder zum humboldtschen Bildungsideal
32 zurückkehren und den Studierenden mehr Freiraum in der Entwicklung einer individuellen,
33 kritischen Forscher- Persönlichkeit einräumen. Da das Bachelor- Mastersystem verstärkt zu
34 einer reinen Ausbildung von teilkademiischen Arbeitskräften verkommen ist.
35
36 3. Die Gedanken sind frei! - Bildung muss unabhängig sein
37
38 Wir Jusos glauben nur unabhängige Bildung kann gute Bildung sein. Das bedeutet zum einen

39 die finanzielle Unabhängigkeit. Diese stellt sicher, dass Bildung losgelöst ist von wirtschaftlichen
40 Interessen und Einflüssen. Denn Bildung muss Menschen ein selbstbestimmtes Leben
41 ermöglichen und zum kritischen Denken befähigen. Das geht nur, mit unabhängiger und guter
42 Bildung!

43

44 Darüber hinaus gehören weltanschauliche sowie religiöse Ansichten nicht ins Bildungssystem.
45 Die Religionsfreiheit ist ein Grundrecht, deshalb ist es umso wichtiger den SchülerInnen keine
46 bestimmte Religion zu vermitteln. Die Abschaffung des Religionsunterrichtes würde den
47 SchülerInnen frei überlassen, ob sie sich einer Religion zuwenden wollen oder nicht. Weiterhin
48 wird der Religionsunterricht maßgeblich durch Religionsgemeinschaften geprägt und hat
49 dadurch besonders in Grundschulen weniger etwas mit der frei- en und wissenschaftlichen
50 Lehre zu tun. Hierbei handelt es sich mehr um eine Belehrung der SchülerInnen. Dieses
51 widerspricht jedoch im großen Maße dem jungsozialistischen Verständnis von Bildung. Wir
52 möchten uns dafür einsetzen, dass Menschen den Zugang zu wissenschaftlichen Darstellungen
53 erhalten und sich daraus ihr eigenes Bild ableiten. Und zwar frei von einseitigen Darstellungen
54 und dogmatischen Ansichten. Aus diesem Grund fordern wir die Abschaffung des
55 Religionsunterrichts und die Einführung eines verpflichtenden Ethikunterricht für alle
56 SchülerInnen.

57

58 Patriarchale und heteronormative Strukturen beeinflussen alle Ebenen von Politik und
59 Gesellschaft und damit schlussendlich auch die Bildung. Zu häufig werden klassische
60 Rollenbilder im Unterricht sowie in den Unterrichtsmaterialien vermittelt. Insbesondere der
61 Sexualkundeunterricht beschränkt sich in der Regel auf heteronorme und tradierte
62 Familienbilder. Diese gilt es aufzubrechen. Deswegen wollen wir, dass Homo-, Bi- und
63 Transsexualität im Schulunterricht thematisiert wird, um so die Akzeptanz für diese
64 Lebensmodelle zu fördern.

65

66
67 4. Vielfalt heißt Bereicherung - Inklusive Schulen braucht das Land

68

69 Für uns Jusos ist das ganzheitliche Verständnis für den Inklusionsbegriff essenziell. Inklusion
70 bedeutet, dass jeder Mensch unabhängig von Alter, Hautfarbe, Herkunft, Geschlecht und
71 sexueller Orientierung gleichberechtigt gesellschaftliche Teilhabe erfahren kann. Häufig wird die
72 Inklusion, auf das gemeinsame Lernen von Kindern mit und ohne Behinderung reduziert. Zwar
73 wollen wir stets auf den ganzheitlichen Inklusionsbegriff aufmerksam machen, trotzdem soll an
74 dieser Stelle der bedeutsame Teilaspekt vom Lernen mit und ohne Handicap im Vordergrund
75 stehen. Inklusion im Bildungsbereich bedeutet, dass allen Menschen die gleichen Möglichkeiten
76 offen stehen, an qualitativ hochwertiger Bildung teilzuhaben und ihre Potenziale entwickeln zu
77 können, unabhängig von besonderen Lernbedürfnissen. Kinder mit Handicap dürfen nicht
78 länger nur auf Sonder- und Förderschulen geschickt und so aus der Gesellschaft exkludiert
79 werden. Alle Kinder, unabhängig von speziellen Lernbedürfnissen, sollten gemeinsam beschult
80 werden, um voneinander zu lernen und Toleranz für Vielfalt zu entwickeln. Aus diesem Grund
81 fordern wir von der Politik eine konsequente Umsetzung der inklusiven Pädagogik, denn
82 Inklusion ist nicht einfach nur eine gute Idee sondern ein Menschenrecht!

83

84 5. Jede/r wie er /sie kann - wie wir uns die Unterrichtsgestaltung vorstellen

85

86 Die heutige Vielfalt an unterschiedlichen pädagogischen Ansätzen hat noch keine ent-
87 scheidende Berücksichtigung in den Unterrichtsmethoden der öffentlicher Schulen gefunden. Zu
88 oft bestimmen noch immer Frontalunterricht, Leistungsdruck und ein Mangel an individueller
89 Beschulung das Bild von öffentlichen Schulen. Wir fordern, dass folgende Ansätze endlich
90 Einzug in die Unterrichtsgestaltung unserer Bildungseinrichtungen finden:

91

92 - Unterricht thematisch organisieren

93

94 Die Fächerstruktur an öffentlichen Schulen ist inkohärent und unflexibel. Häufig fällt es
95 Schülerinnen und Schülern schwer, die Zusammenhänge zwischen den unterschiedlichen

96

97 Fächern zu erkennen, weil die Fächer bisher unzureichend aufeinander abgestimmt sind.

98 Deshalb fordern wir den sogenannten Epochenunterricht. Dabei werden bestimmte Themen

99 über einen längeren Zeitraum fächerübergreifend unterrichtet, um so die Thematik aus dem

100 Blickwinkel der jeweiligen Fächer zu beleuchten.
101
102 - Zieldifferente gemeinsame Beschulung
103
104 Wir wollen das die Lerninhalte flexibler gestaltet werden, um auf die individuellen Interessen und
105 Stärken der SchülerInnen einzugehen. Viel zu häufig geht es in den öffentlichen Schulen darum,
106 sich in erster Linie mit den Schwächen der SchülerInnen auseinanderzusetzen. Es ist jedoch
107 sinnvoller diesen die Möglichkeit zu geben selbst über ihre Lerninhalte zu entscheiden. Alle
108 Schülerinnen und Schüler haben unterschiedliche Begabungen und Voraussetzungen. Aus
109 diesem Grund sollten langfristig jeweils individuelle Lernziele für die Schulkinder formuliert
110 werden. Zieldifferente Beschulung bedeutet, dass man der Individualität der Lernenden endlich
111 gerecht wird.
112
113 - SozialarbeiterInnen als Co-Lehrer
114
115 Aufgrund der großen Klassengrößen fällt es vielen LehrerInnen schwer individuell auf die
116 Bedürfnisse ihrer Schüler eingehen zu können. Daher glauben wir, dass durch eine weite- re
117 Lehrkraft die Schülerinnen und Schüler besser betreut werden können. Es werden
118 SozialarbeiterInnen benötigt, die sich den Problemen junger Menschen stellen und ihnen helfen
119 sie zu bewältigen. Die SozialarbeiterInnen bilden einen untrennbaren Bestandteil des
120 pädagogischen Personals einer Schule.
121
122 - Sitzenbleiben abschaffen
123
124 Das Sitzenbleiben erhöht den Leistungsdruck auf die Schülerinnen und Schüler enorm und hat
125 in den meisten Fällen negative Einflüsse auf das Selbstwertgefühl der betroffenen Schülerinnen
126 und Schüler. Mit dem Leistungsdruck steigt auch der Stress und so leidet
127
128 schon im Vorfeld der Lernfortschritt, obwohl man noch nicht sitzengeblieben ist. Doch selbst
129 wenn man dann sitzenbleibt, ist der Nutzen dieses Konzepts fragwürdig. Dass man nun zweimal
130 den gleichen Stoff durchnehmen muss und Freunde hat, die nun schon weiter sind als man
131 selbst, obwohl man vorher mit diesen in einer Klasse war, kann vor allem demotivierende
132 Folgen haben.
133
134 - Soziales Lernen
135
136 Wir brauchen individuelle Förderung, die Integration sichert. Dazu gehört soziales Lernen
137 miteinander und untereinander, auch beispielsweise durch ein gemeinsames Gruppentraining.
138 Die SchülerInnen sollen lernen in einer Gesellschaft Verantwortung zu übernehmen und
139 solidarisch miteinander zu lernen und zu leben.
140
141 - Gestaltung der Lernumgebung
142
143 Die Lernumgebung sollte altersgerecht und vielseitig gestaltet sein. Eine ansprechende
144 Lernumgebung kann großen Einfluss auf die generelle Lernatmosphäre haben. Sie erhöht den
145 Spaßfaktor beim Lernen um ein vielfaches und wäre ungemein motivierend.
146
147 6. Demokratie hört nicht am Schultor auf – Diktat der LehrerInnen beenden
148
149 Wir wollen die Eingliederung demokratischer Elemente in den Schulalltag. Dies kann in Form
150 von Wahlen der KlassensprecherInnen geschehen, wie es bereits praktiziert wird. Aber auch
151 Entscheidungen über Ausflüge oder erweiternde Unterrichtseinheiten sollen LehrerInnen mit
152 ihren SchülerInnen auf diesem Wege treffen. Frei, unabhängig und gemeinsam können
153 SchülerInnen so erleben, was eine demokratische Entscheidung ausmacht und bewirkt.
154
155 Jedoch sind die demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten von SchülerInnen sind landesweit
156 stark eingeschränkt. So werden inhaltliche und organisatorische Entscheidungen an Schulen in
157 allen Gremien von der Gesamtkonferenz bis hin zum Schulvorstand haupt- sächlich von der
158 LehrerInnenschaft getroffen, da sie in allen Gremien die Mehrheit stellt. Da Demokratie an den
159 Schulen nicht nur gelehrt sondern auch gelebt werden muss, fordern wir eine Drittelparität
160 zwischen LehrerInnen-, SchülerInnen- und ElternvertreterInnen in Schulvorständen und

161 Gesamtkonferenzen. Darüber hinaus setzen wir uns für ein generelles Bildungsstreikrecht für
162 SchülerInnen ein.
163
164 7. Ich bin mehr Wert als eine Zahl! - warum Noten abgeschafft gehören
165
166 Wir Jusos glauben: Zensuren sind keine Motivation zum Lernen. SchülerInnen pauken vielmehr
167 punktuell und einseitig für Tests und nicht weil sie echtes Interesse am Thema haben. Neugier
168 ist der natürliche Grundstein des Lernens, Noten aber ersetzen ihn durch Zwang. Durch
169 Noten als Bewertungssystem werden Leistungen von SchülerInnen
170
171 verallgemeinert und auf simple Zahlen reduziert. Das hat einerseits den Zweck Leistungen von
172 SchülerInnen in verschiedenen Bereichen möglichst einfach einschätzen zu können,
173 andererseits führt dies zu einer nicht nachvollziehbaren und willkürlichen Vergabe von Noten.
174 Stärken und Schwächen werden hier nicht hinreichend aufgezeigt und können somit nicht
175 spezifisch gefördert werden. Dadurch, dass Noten SchülerInnen besser mit anderen
176 SchülerInnen vergleichbar machen, steigt der Leistungsdruck für diese enorm, da man immer
177 den Anspruch hat, besser als die anderen zu sein. Dies hat zur Folge, dass im Schulalltag der
178 Konkurrenzkampf im Fokus steht, und nicht das Lernen. Ein individuelles Textzeugnis ist als
179 progressive Bewertungsform notwendig, welches eine spezifische Charakterisierung enthält.
180 Dadurch treten Stärken und Schwächen deutlicher heraus, SchülerInnen können besser
181 gefördert werden und Leistungen werden besser eingeschätzt.
182
183 8. Flickenteppich überwinden – Bildungsförderlismus abschaffen
184
185 Knapp eine Million Kinder, Jugendliche und LehrerInnen ziehen pro Jahr in ein anderes
186 Bundesland um. Die Konsequenzen daraus stellt für beide Gruppen eine unnötig schwierige
187 Situation im Schulalltag dar.
188
189 Grund hierfür ist zum einen die länderabhängigen Schulstrukturen: So variiert zum Bei- spiel der
190 Einstieg in die erste Fremdsprache je nach Bundesland von Klasse 1 bis Klasse 3, die Länge
191 der Grundschulzeit insgesamt kann entweder vier oder sechs Jahre betragen, es gibt in jedem
192 Bundesland unterschiedliche Regelung hinsichtlich der Dauer und des Beginns der Schulpflicht,
193 das Abitur muss man in vielen Ländern in 12 Schuljahren absolvieren, in anderen Ländern ist es
194 auch innerhalb von 13 regulären Schuljahren möglich. Daraus abgeleitet unterscheiden sich
195 natürlich auch die fachbezogenen Lerninhalte je nach Bundesland – und das in allen
196 Jahrgangsstufen. Für uns steht deshalb fest: Der Bildungsförderalismus muss abgeschafft
197 werden. Als ersten Schritt hierfür fordern wir die Aufhebung des Kooperationsverbots zwischen
198 Bund und Ländern auch im schulischen Bereich.
199
200 9. Frühkindliche Bildung
201
202 Kindertagesstätten sind Bildungseinrichtungen. Es muss vor allem auf die individuelle
203 Entwicklungsgeschwindigkeit der einzelnen Kinder Rücksicht genommen werden.
204
205 Voraussetzung hierfür ist eine möglichst niedrige Fachkraft-Kind-Relation.
206
207 Erzieherinnen und Erzieher erfüllen eine bedeutsame Aufgabe in unserer Gesellschaft. Wir
208 glauben, dass diese Arbeit ein höheres Maß an Anerkennung verdient und fordern eine
209 Aufwertung des ErzieherInnenberufes z.B durch eine höhere Entlohnung.
210
211 Der Besuch einer Kindertagesstätte stellt sich aus unserer Sicht für alle Kinder positiv dar, da
212 dort sowohl wichtige Fähigkeiten für ein soziales Zusammenleben als auch die deutsche
213 Sprache erlernt werden können. Aus diesem Grund ist der verpflichtende Besuch einer
214 Kindertagesstätte für uns ein interessantes Konzept. Damit einhergehend ist der Ausbau von
215 Kindertagesstätten unabdingbar.
216
217 10. Gute Ausbildung
218
219 Wir wollen sichere Arbeitsbedingungen für Auszubildende. Auszubildende müssen vor
220 Überforderung, Überbeanspruchung und vor den Gefahren am Arbeitsplatz geschützt wer- den.
221 Aus diesem Grund fordern wir das, dass Jugendarbeitsschutzgesetz gestärkt wird. Auch muss

222 eine wirkungsvolle Interessenvertretung und Mitbestimmung der Auszubilden- den und jungen
223 Beschäftigten gewährleistet werden. Gute Ausbildung heißt auch immer eine gerechte
224 Entlohnung, um selbstbestimmt zu leben. Deshalb fordern wir weiterhin eine ausreichend hohe
225 Ausbildungsvergütung ein. Zusätzlich stehen wir ein für eine Übernahmegarantie. Denn anstelle
226 des Starts ins Arbeitsleben bedeutet eine abgeschlossene Ausbildung für viele junge Menschen
227 lediglich den Start in eine ungewisse Zukunft. Leiharbeit, befristete Verträge und schlecht
228 bezahlte Jobs bedrohen die AbsolventInnen. Damit sichergestellt werden kann, dass genug
229 Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen fordern wir weiterhin eine Umlage für alle
230 Unternehmen die nicht ausbilden. Die Unternehmen, die nicht ausbilden, müssen eine
231 Ausgleichszahlung an ausbildende Unternehmen entrichten. Das bedeutet: Wer nicht ausbildet
232 wird umgelegt!

233
234
235
236
237
238
239
240
241
242
243
244
245
246
247
248
249
250
251
252
253
254
255
256
257
258
259
260
261
262
263
264
265
266
267
268
269
270
271
272
273
274
275
276
277
278
279
280
281
282

Titel Gleichstellung von Auszubildenden und
Gerechtigkeit bei schulischer Ausbildung

Antragsteller Baden-Württemberg

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Gleichstellung von Auszubildenden und Gerechtigkeit bei schulischer Ausbildung

1 Es ist darauf hinzuwirken, dass alle Azubis bei den Zeiten der schulischen Ausbildung
2 gleichgestellt werden. Dazu sollen die Zeiten der schulischen Ausbildung (unter anderem:
3 Wegezeiten, Schulunterricht, Pausen) für alle Auszubildende, unabhängig vom Alter, voll auf die
4 Arbeitszeit angerechnet werden. Im Rahmen dieser Gleichstellung soll daher die Geltung des
5 §9 JArbSchG auf volljährige Auszubildende ausgeweitet werden.

6
7 Darüber hinaus soll durch eine gesetzliche Regelung sichergestellt werden: Berufsschulzeit ist
8 Arbeitszeit. Für alle Auszubildenden sollen die Zeiten der schulischen Ausbildung unabhängig
9 von der Bestimmung der regelmäßigen Arbeitszeit durch Auszubildende unter
10 Berücksichtigung des §9 JArbSchG voll auf die Arbeitszeit angerechnet werden.

11
12 **Begründung:**

13 In der Ausbildung befindende junge Menschen, müssen ein Recht haben sich vollkommen auf
14 die Schule konzentrieren zu können. Volljährige Auszubildende haben ebenfalls
15 Klassenarbeiten zu bewältigen und den gleichen Aufwand für die schulische Ausbildung wie
16 minderjährige Auszubildende. Dennoch gelten für volljährige Auszubildende derzeit schlechtere
17 gesetzliche Regelungen als für minderjährige.

18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38

Titel Ausbildung des wissenschaftlichen
Nachwuchses in Deutschland stärken

Antragsteller Hannover

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses in Deutschland stärken

- 1 Die Jusos fordern die SPD Bundestagsfraktion dazu auf, sich in der
- 2 Hochschulrektorenkonferenz sowie den Bildungsausschüssen einzusetzen für
- 3
- 4 1. sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse in (internationalen) PhD-
- 5 Programmen und Einzelpromotionen aller Fachdisziplinen bei gleichzeitiger adäquater
- 6 tariflicher Eingruppierung
- 7 2. die gewährleistete Zahlung der Leistungen für die volle reguläre Dauer der
- 8 wissenschaftlichen Qualifikation durch die Hochschulen und/oder Landeshaushalte
- 9 3. eine bessere Planbarkeit für NachwuchswissenschaftlerInnen an
- 10 Hochschulen/Universitäten, auch in Bezug auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie,
- 11 z.B. durch Änderungen im Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WisszeitVG) und
- 12 Neuinvestitionen im akademischen Mittelbau.
- 13

14 **Begründung:**

15
16 *Die Ausbildung des akademischen Nachwuchses wird immer wieder gerne zur Chefsache in der*
17 *Bildungspolitik erklärt. Im Gegensatz zu diesem Anspruch sind die finanzielle Vergütung der*
18 *PhD-StudentInnen und auch Einzelpromovierenden – vor allem in den*
19 *geisteswissenschaftlichen Disziplinen – als auch deren soziale Absicherung unzureichend;*
20 *angesichts der tatsächlich geleisteten Arbeit und im Vergleich zu anderen studierten*
21 *BerufsanfängerInnen ist die Höhe der Vergütung geradezu eine Farce.*
22

23 *Nahezu nahtlos in diesem Sinne schließen sich an den Hochschulen die weiteren längerfristigen*
24 *Perspektiven abseits der Professur an: zusammen mit der deutlich schlechteren Bezahlung*
25 *führt dieser Perspektivenmangel in der Regel zur Abwanderung in die Wirtschaft oder ins*
26 *Ausland (Brain Drain).*
27

28 *Wir meinen, es ist Zeit mit der Ausbeutung des wissenschaftlichen Nachwuchses Schluss zu*
29 *machen und für eine angemessene und die Zukunft der JungwissenschaftlerInnen notwendige*
30 *Absicherung zu sorgen.*

31 *Dabei sollten aus unserer Sicht sowohl die finanzielle und soziale Absicherung während der*
32 *Promotion als auch eine neue Stärkung des akademischen Mittelbaus eine wesentliche Rolle*
33 *spielen*
34

35

36

37

38

Titel Änderung der Zusagefrist für Studienplätze
in Deutschland

Antragsteller Hessen-Süd

Zur Weiterleitung an SPD-Bundesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Änderung der Zusagefrist für Studienplätze in Deutschland

1 Wir fordern, dass eine verbindliche Zusage zu einem zulassungsbeschränkten Studienplatz an
2 allen Universitäten und Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland erst bis zu
3 einheitlichen Fristen erfolgen muss.

4

5 **Begründung:**

6 Die Möglichkeit, sich an mehreren Universitäten zu bewerben soll dem Studienanwärter/der
7 Studienanwärterin eine Auswahlmöglichkeit geben sowie vor allem eine Absicherung für den
8 Fall bieten, dass er/sie an der von ihm/ihr favorisierten Universität abgelehnt wird. Dabei hilft
9 bereits die vereinheitlichte Bewerbungsfrist Mitte Juli (Wintersemester) bzw. Mitte Januar
10 (Sommersemester). Durch die unterschiedliche Bewerberzahl ist das Zulassungsverfahren an
11 verschiedenen Universitäten bei den gleichen Studienfächern jedoch unterschiedlich schnell
12 beendet, was dazu führt, dass Zu- oder Absagen unterschiedlich schnell verschickt werden
13 können- und dementsprechende Rückmeldungen daraufhin auch kurzfristig erfolgen müssen.
14 Ein Beispiel aus dem Zulassungsverfahren für das Wintersemester 2014/15: An der
15 Technischen Universität Darmstadt erhielten Bewerber für das Studienfach Politikwissenschaft
16 bereits Ende Juli eine Zusage, auf die innerhalb einer Woche eine verbindliche Antwort folgen
17 musste. An der Goethe-Universität in Frankfurt kam die Zusage für das Selbe Studienfach erst
18 drei Wochen später, versehen mit einer eineinhalbwöchigen Zusagefrist. Wer also die Frist in
19 Darmstadt verstreichen ließ, musste ohne Absicherungsmöglichkeit darauf hoffen, in Frankfurt
20 angenommen zu werden. Wir finden dies ungerecht, da das Recht des Studienbewerbers auf
21 eine Mehrfachbewerbung durch vergleichbare Fälle seine Sinnhaftigkeit verliert. Daher fordern
22 wir eine bundesweit einheitliche Zusagefrist für zulassungsbeschränkte Studienplätze, die kurz
23 vor dem ohnehin im darauffolgenden Monat stattfindenden Nachrückverfahren angesetzt
24 werden soll.

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

Titel Bereitstellung eines zinsfreien Darlehens für Studierende ohne BafÖG-Anspruch

Antragsteller Nord-Niedersachsen

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Bereitstellung eines zinsfreien Darlehens für Studierende ohne BafÖG-Anspruch

1 Wir Jusos Niedersachsen fordern die Bildungs- und WissenschaftsministerInnen der Länder und
2 die Bundesbildungsministerin auf, die Vergabe zinsfreier Darlehen für Studierende ohne
3 Anspruch auf Leistungen des „Bundesausbildungs- und Förderungsgesetzes (BAfÖG)“ durch die
4 Universitäten/Studierendenwerke zu ermöglichen.

5

6 **Begründung:**

7 Das BafÖG als bildungspolitischer Meilenstein der früheren sozialliberalen Bundesregierung
8 unter Bundeskanzler Willy Brandt ermöglicht seit Jahrzehnten auch jungen Menschen aus
9 finanziell schlechter gestellten Familien die Absolvierung eines Hochschulstudiums. Den
10 geförderten Studierenden wird seither ein monatlicher Betrag zur Verfügung gestellt, der zu
11 jeweils der Hälfte als Vollzuschuss und als unverzinstes Darlehen gewährt wird. Diese
12 Regelung ist ein wichtiger Grundstein für eine gerechte Bildungspolitik in der Bundesrepublik
13 Deutschland.

14

15 Von dieser Förderungsmöglichkeit sind jedoch seither Studierende ausgeschlossen, deren
16 Eltern ein bestimmtes monatliches Einkommen überschreiten und damit als nicht
17 förderungsfähig betrachtet werden, oder die durch mehrfache Fachwechsel oder eine
18 Überschreitung der Regelstudienzeit ihren Förderungsanspruch verlieren. Diese Studierenden
19 sind gezwungen, sich bei ihren Eltern eine Finanzierung ihres Studiums zu erbetteln (oder diese
20 sogar zu verklagen), sich durch Nebenjobs (die häufig das Studium weiter verzögern) über
21 Wasser zu halten, sich durch hoch-verzinsten kommerzielle Kredite zu verschulden oder im
22 schlimmsten Fall sogar ihr Studium ohne Abschluss abzubrechen. Aktuell werden nur in
23 wenigen Fällen Ausnahmeregelungen geltend gemacht, jedoch bleiben viele Studierende ohne
24 Förderung auf der Strecke.

25

26 Wir Jusos Nord-Niedersachsen fordern daher, Studierenden ohne BafÖG-Anspruch ein
27 unverzinstes Darlehen (entsprechend dem 50 % Anteil am BafÖG) zur Verfügung zu stellen. Es
28 darf nicht sein, dass noch immer der Geldbeutel der Eltern darüber entscheidet, ob ein Studium
29 aufgenommen bzw. zu Ende geführt wird. Dennoch lehnen wir eine Ausweitung des BafÖG auf
30 alle Studierende unabhängig des Einkommens der Eltern ab. Ein staatlicher Zuschuss sollte nur
31 Studierenden gewährt werden, die diesen aus finanziellen Gründen auch benötigen. Aus
32 diesem Grund stehen wir Jusos auch einkommensunabhängigen Stipendien wie dem
33 „Deutschlandstipendium“ ablehnend gegenüber.

34

35

36

37

38

Bundeskongress, 27.-29.11.2015

D

Demokratie, Partizipation & Kampf gegen Rechts

D 1	Nordrhein-Westfalen Wir Jusos als Antifaschistinnen und Antifaschisten	76
D 2	Bayern Kein Verständnis für Menschenfeindlichkeit – Nein zu PEGIDA, AfD und Co	81
D 3	Hannover Wider Pegida: Rechtsradikalismus überall bekämpfen	84
D 4	Hannover Gedenken 70. Jahre nach dem Ende des Nationalsozialismus - wie muss es weitergehen?	85
D 5	Baden-Württemberg Vergangenheit aufarbeiten - Unrecht durch sexuelle Gewalt an Kolonial- und NS-Opfern anerkennen	89
D 6	Hessen-Süd Parlamente brauchen Druck der Straße - Politischen Streik ermöglichen	90
D 7	Sachsen-Anhalt Demo-Sold erhöhen - Demokratie stärken	91
D 8	Hannover Unser Umgang mit Antisemitismus	92
D 9	Hessen-Süd Der solidarische Wohlfahrtsstaat – Freiheit statt Grundrechtsverletzungen	96
D 10	Hannover Gegen ein „Familienwahlrecht“	99
D 11	Hannover Kein Frieden mit den Friedenswinter - gegen Antisemitismus, Querfront und völkisches Gedankengut.	101
D 12	Rheinland-Pfalz Nichtwähler_innen auch eine Stimme geben!	104
D 13	Hessen-Nord Programm gegen den Überwachungsstaat	105
D 14	Sachsen Ey Deutschland du Opfer! – Staatsbeleidigung ist keine Straftat	106

Titel Wir Jusos als Antifaschistinnen und Antifaschisten

Antragsteller Nordrhein-Westfalen

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Wir Jusos als Antifaschistinnen und Antifaschisten

1 Wir Jungsozialistinnen und Jungsozialisten verstehen uns als antifaschistischer Verband. Aus
2 dieser Tatsache folgen für uns einige Selbstverständlichkeiten: Wir sind Teil von Bündnissen, die
3 sich gegen Naziaufmärsche stellen, betreiben antifaschistische Bildungsarbeit und greifen
4 menschenfeindliche Einstellungen in der Gesellschaft, aber auch in allen Parteien an. Trotz
5 dieses Selbstverständnisses haben wir Jusos uns seit langer Zeit nicht mehr grundsätzlich zu
6 unserem Begriff von Antifaschismus positioniert. In einem Grundlagenseminar haben wir vor
7 kurzem unsere Vorstellungen diskutiert und gemeinsam mit diesem Papier formuliert. Vorab ist
8 für uns klar: Diese Positionierung ist nicht abgeschlossen, sondern kann nur als Fundament für
9 unsere antifaschistische Arbeit gesehen werden, die wir kontinuierlich weiterentwickeln. Unser
10 Ziel bleibt eine Welt der Freien und Gleichen, in der alle Menschen ohne Angst vor
11 Diskriminierung oder Verfolgung leben können.

12

13 **Begriffsklärung**

14

15 Unser Antifaschismusbegriff ist weiter gefasst, als die bloße Ablehnung einer Ideologie, die in
16 verschiedenen Formen als Faschismus definiert wurde. Wir orientieren uns an dem Begriff der
17 „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ des Soziologen Wilhelm Heitmeyer. Das bedeutet,
18 dass wir einen Zusammenhang in verschiedenen menschenfeindlichen Einstellungen erkennen,
19 die teils gemeinsam, teils einzeln auftreten. Jede dieser Formen von Diskriminierung verurteilen
20 wir und lehnen wir aufs Schärfste ab. Diese Diskriminierungsformen umfassen: Rassismus,
21 Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, antimuslimischen Rassismus, Sexismus, Homo-, Trans*-
22 und Queer*-Phobie, Antiziganismus, Abwertung von Obdachlosen, Abwertung von Menschen
23 mit körperlichen Einschränkungen oder Lernschwierigkeiten, Abwertung von (Langzeit-
24)Arbeitslosen und Abwertung von Asylbewerber*innen, sowie allen anderen Arten von
25 Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer gesellschaftlichen Gruppe.

26

27 Diese menschenfeindlichen Einstellungen finden sich in allen gesellschaftlichen und sozialen
28 Gruppen. Sie sind kein Phänomen von Randgruppen, sondern überall verbreitet – wenn auch in
29 verschiedenen Erscheinungsformen. Daher lehnen wir den Extremismus-Begriff ab. Dieser geht
30 von einer „demokratischen Mitte“ der Gesellschaft aus, in der solche Einstellungen nicht
31 vorkommen, und von „Extremismus“ an den Rändern dieser Mitte, die angeblich diese
32 Demokratie gefährden. Damit setzt die Extremismus-Theorie auch „Rechtsextremismus“ mit
33 „Linksextremismus“ gleich, die gleichwertig bedrohlich am Rand des politischen Spektrums
34 stünden. Das verkennt jedoch, dass die Durchsetzung von faschistischen und rassistischen
35 Ideologien durch Gewalt gegen Menschen ein wesentlicher Bestandteil dieser Ideologien ist,
36 während dies bei linken Ideologien nicht zu finden ist. Das schlägt sich auch in der Realität
37 nieder: Seit der Wende wurden 184 Menschen durch rechte Gewalt ermordet. Durch den
38 Extremismus-Begriff wird so rechte Gewalt verharmlost und antifaschistisches Engagement

39 kriminalisiert. Wir erkennen die Absicht hinter dieser konservativen Theorie und fallen nicht auf
40 sie herein.

41

42 **Aktuelle Lage**

43

44 Seit der globalen Finanzkrise, die Ende des vergangenen Jahrzehnts begonnen hat, keimen
45 überall auf der Welt Krisenherde auf, oft einhergehend mit dem Erstarren von reaktionären und
46 menschenfeindlichen Einstellungen. Während islamistische Gruppen, oft mit faschistischer
47 Ideologie vereint, im Nahen Osten an Einfluss gewinnen, fällt mitten in Europa die Ukraine in
48 einen Bürger*innenkrieg, bei dem auf beiden Seiten vor allem fortschrittliche Kräfte zu leiden
49 haben. In vielen europäischen Ländern gewinnen neofaschistische, rechtspopulistische und
50 europakritische Parteien an Zuspruch, in einigen Ländern sitzen sie in der Regierung oder
51 stellen die größte Oppositionspartei.

52

53 Geflüchteten Menschen begegnet in Europa Hass und Ablehnung. Schon von offizieller Seite,
54 bei dem Versuch der Einreise durch die Mauern der Festung Europa, als auch in Form von
55 stiller oder offen ausgetragener Ablehnung durch die Bevölkerung in der neuen Heimat. Die
56 Angriffe auf Geflüchtete Menschen und ihre Unterkünfte sind in Deutschland in der letzten Zeit
57 dramatisch angestiegen. Erinnerungen an die Pogrome von Rostock-Lichtenhagen und
58 Hoyerswerda werden wach. Der NSU hat jahrelang unter den Augen des Verfassungsschutzes
59 gemordet. Neonazis organisieren sich neu und finden mit ihren teilweise subtilen Parolen
60 Anklang in der Bevölkerung. Diese Gewalt erfüllt uns mit Sorge und Wut.

61

62 In Deutschland ist mit der AfD eine rechtspopulistische Partei rechts der CSU aufgetaucht und
63 verbucht Erfolge. Auch wenn sich diese Partei kürzlich gespalten hat, wird dieses Phänomen
64 nicht einfach so wieder von der Bildfläche verschwinden. Die PEGIDA- und andere
65 Demonstrationen haben mit rassistischen Parolen zehntausende auf die Straße gebracht und
66 weit hinein ins bürgerliche Spektrum mobilisiert. Es ist unverkennbar, dass sich
67 menschenverachtende Einstellungen immer offener äußern und zu Gewalt führen. Diese
68 Menschen haben kein Vertrauen in die Politik, sondern wännen sich im Gegenteil einer
69 machtgeilen Polit-Elite gegenüber, die ihnen nur Schlechtestes will. Fakten gegenüber zeigen
70 sie sich resistent oder gleichgültig, in sozialen Netzwerken verbreiten sie aus dem Kontext
71 gerissene oder schlichtweg erfundene Nachrichten. Wissenschaftliche und journalistische Arbeit
72 wird als „Lügenpresse“ oder „Systempropaganda“ diskreditiert und mit abstrusen Statistiken
73 wird auf wirren Webseiten gekontert. Pseudowissenschaftliche Bestseller wie von Thilo Sarrazin
74 bilden schlussendlich das Fundament für diese Weltbilder. Wir müssen gemeinsam mit unseren
75 Bündnispartner*innen Antworten auf diese neuen Herausforderungen finden. Die im Bundestag
76 vertretenen Parteien, auch die SPD, reagieren bisher oft falsch auf diese Entwicklung. Statt
77 Lösungen aufzuzeigen und Rassismus zu entlarven, wird das Asylrecht verschärft und damit Öl
78 in das Feuer der Hetze gegossen. Gerade die SPD muss hier standhaft sein und sich nicht in
79 die populistische Reaktion einreihen. Insbesondere die neue Stufe der widerwärtigen Hetze der
80 CSU gegen Geflüchtete lässt uns zu dem Schluss kommen: Die SPD darf mit keiner dieser
81 rechten Kräfte in irgendeiner Form zusammenarbeiten.

82

83 Die AfD ist aber nicht nur im Umfeld von PEGIDA aktiv, sondern findet sich vereinzelt auch bei
84 verschiedenen Gruppen aus dem rechtsradikalen Spektrum, wie den sogenannten „Hooligans
85 gegen Salafisten“ (HoGeSa), bei christlichen Fundamentalist*innen und
86 Abtreibungsgegner*innen, in Burschenschaften, aber auch bei obskuren Querfront-
87 Mahnwachen und Verschwörungsideolog*innen. Dort finden sich neben den
88 Rechtspopulist*innen auch versprengte Mitglieder der Linkspartei und anderer linker
89 Splitterparteien, Neonazis, Mitglieder der Friedensbewegung, Reichsbürger*innen und komplett
90 lächerliche, aber nicht ungefährliche Verschwörungsideolog*innen. Auf diesen Kundgebungen
91 wird angeblich Systemkritik geübt, indem die Schuld für die Auswüchse des Kapitalismus
92 (jüdischen) Bankern in die Schuhe geschoben wird. Die Kritik an der jüdischen Bankiers Familie
93 Rothschild oder dem Staat Israel als Projektionsfläche für den Hass ist schlechte Tarnung für
94 diesen Antisemitismus. All diesen Erscheinungsformen von menschenfeindlichen Einstellungen
95 erteilen wir eine klare Absage.

96

97 Dass reaktionäre Tendenzen gerade in Zeiten einer wirtschaftlichen Krise erstarren, ist kein
98 Wunder. Die Ellbogen-Mentalität, die dem Wettbewerbsgedanken des Kapitalismus innewohnt,
99 wird in diesen Zeiten verschärft. Soziale Ungleichheit tritt krasser zutage und die Menschen

100 haben reale Abstiegsängste und erfahren auch tatsächlich soziale Abstiege und Verelendung.
101 Auf diesem Nährboden fruchten Hass und Ausgrenzung. Die Schuld für das eigene Elend oder
102 die Angst davor wird auf Andere projiziert und entlädt sich in Hass und Gewalt. Schon der
103 Soziologe Max Horkheimer stellte fest: „Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch
104 vom Faschismus schweigen.“ Für uns steht fest, dass sich gruppenbezogene
105 Menschenfeindlichkeiten nur endgültig in einer Welt überwinden lassen, in der auch der
106 Kapitalismus überwunden ist.

107
108 Dabei machen wir es uns mit unserer Kritik am Kapitalismus aber nicht zu einfach. Der
109 Kapitalismus ist ein Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, das global wie lokal funktioniert. Die
110 Akteur*innen im Kapitalismus und ihr Handeln müssen im gesamtgesellschaftlichen Rahmen
111 betrachtet werden. Eine verkürzte Kritik, wie sie z.T. von der Occupy-Bewegung, aber auch von
112 anderen linken Gruppen und Organisationen formuliert wird, lehnen wir ab. Schuld an
113 Hunger, Armut, Krieg und Krise haben nicht Banker*innen, Einzelpersonen oder eine finanzielle
114 Elite („The 1 %“), keine („jüdische“) Hochfinanz und keine („jüdische“) Weltverschwörung,
115 sondern das System des Kapitalismus an sich, dass die Menschen mit seiner Verwertungs-
116 „Logik“ ausbeutet. Dieses System ist menschengemacht und kann auch durch den Menschen
117 verändert und überwunden werden. Bei unseren Utopien von einer sozialistischen Gesellschaft
118 orientieren wir uns weder an völkisch-nationalbolschewistischen Ideen von der Diktatur der
119 deutschen Arbeiter*innenschaft, noch an verklärender Nostalgie nach den Regimen des
120 sogenannten realexistierenden Sozialismus, sondern an einem Bild von einer
121 emanzipatorischen Gesellschaft der Freien und Gleichen, die den Fortschritt mitträgt und zum
122 Wohle der Allgemeinheit gestaltet.

123
124 Die Großwetterlage in Europa umtreibt uns alle sicherlich sehr und wir scheinen uns in einer
125 Transformationszeit zu befinden, wie sie eventuell das letzte Mal 1989/90 zu beobachten war.
126 Das Friedenprojekt Europa, verbunden mit der EU und auch der Einführung des Euro,
127 verkommt dabei zusehends zu einer deutschen Spardiktatur, gekennzeichnet durch eine
128 neoliberale und verantwortungslose Politik von Merkel, Schäuble und dem Rest der Bande.
129 Rassistische und hochnäsige Aussagen über Länder aus dem Süden Europas sind plötzlich
130 wieder an der Tagesordnung. Eine arrogante und chauvinistische Politik gefährdet dabei unsere
131 gemeinsame europäische Zukunft. Denn auch für unsere Partei scheint es ein guter Kurs zu
132 sein, wieder die nationale Karte zu ziehen und an dumpfe patriotische Gefühle in diesem Land
133 zu appellieren. Gegen solche Großmachtträumerei, die plötzlich wieder in aller Munde ist und
134 die in eine Zeit fällt, in der nationale Besinnung im Anblick von leidenden Geflüchteten wieder
135 en vogue ist, müssen wir uns stellen.

136
137 Mehr denn je kämpfen wir für ein Europa, das allmählich den angestaubten
138 Nationalstaatsgedanken bei Seite legt und vielmehr noch zu einer echten politischen und
139 demokratischen Einheit wird. Längst nicht nur im wirtschaftlichen Bereich sind wir
140 grenzübergreifend mit anderen Menschen vernetzt und verbunden. Willkürliche Grenzziehungen
141 sind ein Teil der Welt von gestern, die spätestens im Zeitalter des Internets zur Farce geworden
142 sind. Umso reaktionärer kommen Ideen wie verstärkte Grenzkontrollen und verbale
143 Brandstiftung daher. Unser Weg kann nur der nach Europa sein und keine Rückbesinnung auf
144 Ideen und Konstrukte aus dem 19. Jahrhundert, die schon einmal in die absolute Katastrophe
145 geführt haben. Dafür lohnt es sich alltäglich zu kämpfen und nicht aus wahltaktischen Gründen
146 alle Grundsätze über Bord zu werfen.

147

148 **Mittel und Maßnahmen**

149

150 Für uns sind Bildung und Prävention weiterhin zentrale Bestandteile einer antifaschistischen
151 Zivilgesellschaft. Nur dadurch kann Hassideologie dauerhaft der Nährboden entzogen werden.
152 Dafür ist sowohl die stärkere Vermittlung historischen Wissens und kritischer
153 Demokratieerziehung in allen Bildungseinrichtungen erforderlich, als auch die Stärkung
154 zivilgesellschaftlicher Akteur*innen und ihrer Bildungsarbeit. Das fängt schon im Kindergarten
155 an und zieht sich durch alle Schulformen und weitere Bildungsinstitutionen. Ein besonderer
156 Fokus muss hier auf einem fortschrittlichen Gedenken und Erinnern an die Zeit des
157 Nationalsozialismus liegen, dass den Opfern würdig gedenkt und die Täter*innen benennt und
158 verurteilt. Ein Besuch in einer Gedenkstätte nationalsozialistischen Terrors sollte verpflichtend in
159 die Lehrpläne aller weitergehenden Schulen aufgenommen werden. Damit das nicht zu einer
160 Klassenreise mit Event-Charakter verkommt, muss eine fachlich gute und pädagogisch

161 sinnvolle Vor- und Nachbereitung durch geschultes Personal stattfinden. Opfermythen der
162 deutschen Täter*innengesellschaft, wie sie z.B. in Dresden über Jahrzehnte von offizieller und
163 radikal rechter Seite gepflegt wurden, dürfen dabei keine Rolle spielen müssen dabei kritisch
164 beleuchtet und entlarvt werden.

165

166 Frauen haben sowohl in der rechten Szene, als auch in der Entwicklung rechter Ideologien an
167 Einfluss gewonnen. Zwar ist das Leitbild der Frau als Hausfrau und Mutter immer noch ein
168 fester Bestandteil der Gedankenwelt vieler Rechtsradikaler, doch es lässt sich auch eine
169 zunehmende Aktivierung von Frauen in der radikalen Rechten beobachten. In
170 Kameradschaften, Parteien und anderen rechten Gruppen und Organisationen übernehmen sie
171 immer öfter Verantwortung und sogar Führungspositionen. Mit Beate Zschäpe hat eine Nazi-
172 Terrorgruppe ein weibliches Gesicht bekommen. Beatrix van Storch und Frauke Petry
173 bekleiden, als stramm nationalkonservative Rechtspopulistinnen, die wichtigsten Positionen
174 innerhalb der AfD. Durch diese Entwicklungen wird die Attraktivität rechter Parteien und
175 Strukturen für Frauen erhöht. Auf diese Entwicklung müssen wir mit Bildungsarbeit und
176 Prävention, die gezielt auf Frauen ausgelegt ist, reagieren. Bestehende Angebote müssen
177 gendersensibel erweitert werden und weitere Angebote geschaffen werden.

178

179 Die mobilen Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus, sowie alle anderen Beratungsstellen
180 gegen Rechts und für Opfer Rechter Gewalt, müssen kontinuierlich und ausreichend gefördert
181 werden.

182

183 . Die momentane Kettenbefristung der Zuschüsse muss durch eine ausreichende, dauerhafte
184 Finanzierung der Angebote ersetzt werden. Das gilt auch für andere zivilgesellschaftliche
185 Akteur*innen in diesem Feld, wie z.B. Aussteiger*innenprogramme. Auch sie müssen
186 ausreichend gefördert werden. Gerade hier ist es ebenso wichtig die bisherigen Angebote
187 frauenspezifisch zu erweitern. Für potentielle Aussteigerinnen sind die bisherigen, auf
188 männliche Szeneaussteiger konzentrierten Angebote, oft nicht attraktiv.

189

190 Trotz aller Bildungsarbeit, Prävention und Exit-Angeboten, wird es auch weiterhin rechte
191 Gewalt, Rechtspopulismus, Menschenfeindlichkeit und Faschismus geben. Hier müssen wir
192 aktiv Gegenwehr leisten. Wo es möglich ist, müssen rechte Parteien und Organisationen
193 verboten werden. Die stört zwar die aktiven Strukturen, lässt die Einstellungen aber nicht
194 verschwinden. Rechten Parolen muss Kontra gegeben werden, egal ob in der Schule, im
195 Freundeskreis oder bei Demonstrationen. Wir engagieren uns in antifaschistischen Bündnissen,
196 wenn Nazis irgendwo aufmarschieren wollen. Dabei lassen wir uns nicht von Extremismus-
197 Theorien spalten und in „gute Gegendemonstrierende“ und „Extremist*innen“ aufspalten
198 sondern suchen ein solidarisches Miteinander mit allen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen und
199 Bündnispartner*innen, seien es Parteijugenden, Gewerkschaftsjugenden, autonome
200 Antifagruppen, kirchliche Jugendgruppen oder andere Jugendverbände. Wir suchen nach
201 Mitteln und Wegen Naziaufmärsche effektiv, friedlich und ohne Eskalation zu verhindern
202 Menschenblockaden und ziviler Ungehorsam haben sich als mögliche und wirksame Mittel
203 erwiesen, sind aber keine Allheilmittel, sondern nur eine von vielen Möglichkeiten Protest zu
204 äußern. Der Kriminalisierung antifaschistischen Engagements stellen wir uns entschieden
205 entgegen.

206

207 Rassistische, nationalistische und antisemitische Gruppierungen von Migrant*innen, wie z.B. die
208 Organisationen der „Grauen Wölfe“ in Deutschland, dürfen keine falsche Toleranz erfahren,
209 insbesondere nicht in der SPD. Mit unseren Genossinnen und Genossen der AG Migration und
210 Vielfalt und unseren Bündnispartner*innen von Migrant*innenselbstorganisationen kämpfen wir
211 dagegen an.

212

213 **Fazit und Forderungen**

214

215 Auf die Entwicklungen der reaktionären Kräfte in Deutschland, Europa und der Welt müssen wir
216 als Jungsozialistinnen und Jungsozialisten gemeinsam mit unserer Mutterpartei und unseren
217 Bündnispartner*innen neue Antworten finden. Wir kämpfen für ein Europa und eine Welt ohne
218 Ausgrenzung, Hass und Nationalismus. Ideen, die Sozialdemokratie stärker in der bürgerlichen
219 Mitte zu verankern und Gerede von neuem Patriotismus, lehnen wir ebenso entschieden ab, wie
220 die Beteiligung von Sozialdemokrat*innen an Verschärfungen des Asylrechts oder die Debatte
221 um weitere „sichere Drittstaaten“.

222

223 Wir stellen uns dem Faschismus in all seinen Erscheinungsformen in den Weg. Diskriminierung,
224 Ausgrenzung und Verfolgung dürfen in unserer Gesellschaft keinen Platz haben. Für diesen
225 Kampf setzen wir auf unsere Solidarität und unsere starken Bündnispartner*innen in der
226 Zivilgesellschaft. Abschließend halten wir fest:

227

- 228 1. Wir lehnen die Kriminalisierung antifaschistischen Engagements, z.B. durch die
229 Extremismus-Theorie, entschieden ab. Wir sehen uns als Teil einer aktiven
230 Zivilgesellschaft gegen rechtes Gedankengut.
- 231 2. Unser Antifaschismusbegriff setzt dort an, wo gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit
232 stattfindet. Wir wehren uns gegen jede Form von Diskriminierung und Ausgrenzung.
- 233 3. Wir wollen keine Zusammenarbeit der SPD mit rechtspopulistischen Parteien und
234 Organisationen, egal ob PEGIDA, AfD oder CSU.
- 235 4. Unsere Solidarität gilt den Opfern rechter Gewalt, sowie allen Geflüchteten, die nach
236 Europa kommen und sich hier mit dumpfer Hetze konfrontiert sehen. Wir stehen für ein
237 anderes Europa.
- 238 5. Wir erkennen einen Zusammenhang zwischen dem Erstarren der reaktionären
239 Tendenzen und der kapitalistischen Herrschaftsordnung. Um unsere Vorstellung einer
240 idealen Welt zu erreichen, muss der Kapitalismus überwunden werden.
- 241 6. Unsere Kritik am Kapitalismus verkürzen wir nicht auf einzelne Akteur*innen, sondern
242 verfolgen einen gesamtgesellschaftlichen Ansatz. Als Systemkritik oder Israelkritik
243 versteckte Formen des Antisemitismus erkennen und bekämpfen wir.

244

245 Und fordern:

246

- 247 1. Schulische und außerschulische Bildung muss zur Vermittlung historischen Wissen und
248 zur Sensibilisierung für gruppenbezogene Menschenfeindlichkeiten stärker gefördert
249 werden. Gedenkstättenfahrten zu Orten nationalsozialistischen Terrors müssen für alle
250 Schulformen verpflichtend werden. Diese müssen fachlich gut und pädagogisch vernünftig
251 vor- und nachbereitet werden.
- 252 2. Die Bildungsangebote müssen gendersensibel überarbeitet und erweitert werden.
253 Präventionsprogramme speziell für junge Frauen müssen so entwickelt werden, dass sie
254 junge Frauen vor dem Eintritt in die radikal rechte Szene erreichen. Auch
255 Aussteiger*innenprogramme müssen frauenspezifisch erweitert werden.
- 256 3. Die mobilen Beratungsstellen gegen „Rechtsextremismus“, sowie alle anderen
257 Beratungsstellen gegen Rechts und für Opfer rechter Gewalt, müssen kontinuierlich und
258 ausreichend gefördert werden.
- 259 4. Faschistische Parteien und Organisationen müssen verboten werden, um ihnen die
260 Organisation zu erschweren.

261

262

263

264

265

266

267

268

269

270

271

272

273

274

275

276

277

278

279

280

281

282

Titel Kein Verständnis für Menschenfeindlichkeit –
Nein zu PEGIDA, AfD und Co

Antragsteller Bayern

Zur Weiterleitung an Bundesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Kein Verständnis für Menschenfeindlichkeit – Nein zu PEGIDA, AfD und Co

1 Seit Monaten ziehen nun schon Demonstrationen unter dem Namen PEGIDA („Patriotische
2 Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“) oder der daraus hervorgegangenen
3 zahlreichen Abspaltungen durch etliche Städte in Deutschland, demonstrieren gegen eine
4 angeblich stattfindende Überfremdung, insbesondere „durch den Islam“, und verbreiten
5 menschenverachtende Parolen. In Bayern sind insbesondere München, Nürnberg und
6 Würzburg von diesen Kundgebungen betroffen. Dort finden sich bürgerliche Demonstranten seit
7 an seit mit bekannten RechtsextremistInnen und Neonazikadern, um gegen Menschen mit
8 Migrationshintergrund und speziell AsylbewerberInnen zu hetzen sowie diffus zum Widerstand
9 gegen „die Politik“ aufzurufen.

10
11 Gleichzeitig zeigt der Einzug der Alternative für Deutschland (AfD) in drei Landesparlamente
12 und das Europaparlament, dass sich viele Bürgerinnen und Bürger von rechtspopulistischen
13 Parolen einfangen lassen. Die Angriffe auf Geflüchtete Menschen, sowohl verbal als auch
14 tätlich, und der sich entwickelnde Diskurs über die angeblichen „Flüchtlingsströme“ erinnern uns
15 in erschreckender Weise an die 90er Jahre und das damalige Versagen der Sozialdemokratie.

16
17 Widerstand ist daher aus unserer Sicht geboten! Unser gewaltfreier Widerstand schließt
18 ausdrücklich Mittel des zivilen Ungehorsams und friedlicher Blockaden ein. Wir solidarisieren
19 uns mit AktivistInnen die aufgrund solcher Maßnahmen Opfer von Repression werden. Wir
20 stellen uns entschieden gegen Rechtspopulismus und Neofaschismus und an die Seite von
21 MuslimInnen, deren Religion durch die Demonstrationen unter Generalverdacht gestellt wird,
22 und AsylbewerberInnen, deren Menschenrecht auf Asyl von diesen Menschen nicht anerkannt,
23 sondern mit Füßen getreten wird. Wir stehen ein für eine pluralistische Gesellschaft, die allen
24 Menschen ein gutes Leben bietet.

25
26 **Konsequente Isolation von PEGIDA durch alle DemokratInnen**

27
28 Es ist aus unserer Sicht unabdingbar, dass die PEGIDA- AnhängerInnen von allen
29 demokratischen Parteien und PolitikerInnen konsequent politisch isoliert werden. Es darf kein
30 Verständnis für menschenfeindliche Parolen und Überfremdungssemantiken geben! Die
31 vermeintlichen Ängste der DemonstrantInnen ernst zu nehmen bedeutet sie zu legitimieren. Aus
32 unserer Sicht müssen alle DemokratInnen klar machen: Wir stehen für eine offene Gesellschaft,
33 Rechtspopulismus hat bei uns keinen Platz! Die Tatsache, dass in beinahe allen von PEGIDA
34 betroffenen Städten, die GegendemonstrantInnen in der überwältigenden Überzahl sind, und
35 das sogar in vielen Städten, in denen bisher keine rechtspopulistischen Bündnisse Erfolg
36 verbuchen konnten, große Demonstrationen für Solidarität mit Flüchtlingen und eine offene
37 Gesellschaft abgehalten wurden, zeigt für uns, dass PEGIDA und Konsorten eben nicht die
38 „schweigende Mehrheit“ unseres Landes repräsentieren. Jetzt auf deren Forderungen

39 einzugehen, über die Verschärfung des Asylrechts oder die vermeintliche „Überfremdung“
40 Deutschlands zu diskutieren, hieße aus unserer Sicht, dem Willen einer rückwärtsgewandten,
41 fremdenfeindlichen Minderheit nachzugeben.

42

43 **Klare Kante gegen rassistische Äußerungen aus etablierten Parteien**

44

45 Auch unsere Koalitionspartner auf Bundesebene befeuern die Proteste von PEGIDA.
46 Forderungen wie die nach der Verschärfung des Asylrechts des ehemaligen Innenminister
47 Friedrich oder Sätze wie „Wer betrügt, der fliegt“ sind Wasser auf den Mühlen der
48 RechtspopulistInnen. Wir fordern die SPD auf, sich von diesen Äußerungen der CSU zu
49 distanzieren und sich deutlich von den Koalitionspartnern abzugrenzen, wenn dies notwendig
50 ist. Parteien, die bewusst durch rechtspopulistische Parolen auf Stimmenfang gehen, sollten
51 nicht als mögliche Koalitionspartner in Betracht gezogen werden.

52

53 **Eine Zukunft in der Demokratie aufzeigen**

54

55 Es ist kein Zufall, dass Pegida und ihre Ableger ausgerechnet dort stark sind wo es auch
56 gefestigte rechte Strukturen gibt. Dies liegt zum einen daran, dass man deren Strukturen nutzt,
57 zum anderen aber auch daran, dass die Zuwendung zu Pegida aus ähnlichen Motiven
58 geschieht, wie zu rechten Parteien. In den strukturschwachen Regionen z.B. in Sachsen, aber
59 auch in Nordbayern, fühlen sich die Menschen von der Politik im Stich gelassen. Dörfer
60 verwandeln sich mehr und mehr in Geisterstädte und die Perspektivlosigkeit steigt. Zu diesem
61 Zustand hat auch die Sozialdemokratie ihren Beitrag geleistet.

62

63 In Sachsen gibt es zudem die besondere Situation, dass die CDU nur halbherzig gegen rechts
64 arbeitet, sondern sogar am rechten Rand Stimmen fischt und damit die widerliche Weltsicht
65 rechter Gruppierungen zumindest in Teilen legitimiert.

66 Eine nachhaltige Schwächung von Pegida und Co kann nur erreicht werden, wenn die
67 Menschen wieder das Gefühl bekommen, von der Politik ernst genommen zu werden.

68

69 **Für ein menschenwürdiges Asylrecht und eine offene Gesellschaft**

70

71 Wir als JunsozialistInnen werden niemals von einer menschenwürdigen Asylpolitik abrücken
72 und werden innerhalb der SPD dafür kämpfen, dass auch diese zu einer guten und
73 menschenwürdigen Asylpolitik zurückkehrt. Jeder Mensch hat das Recht auf ein besseres, ein
74 menschenwürdiges Leben. Menschen, die ihre Heimat verlassen müssen und aus Not zu uns
75 kommen, müssen hier mit offenen Armen empfangen werden. Eine Verschärfung des
76 Asylrechts lehnen wir vehement ab!

77

78 Das individuelle Recht auf Asyl und die Freizügigkeit aller Menschen sind für uns Ausdruck
79 internationaler Solidarität und ein fundamentales Menschenrecht. Wir dürfen nicht den Fehler
80 begehen, EinwanderInnen nach ihrem wirtschaftlichen Nutzen zu beurteilen. Eine offene
81 Gesellschaft ist für uns ein Ziel und ein Wert an sich, der nicht kapitalistischer Verwertungslogik
82 unterzogen werden darf. Eine – auch in Teilen unserer Partei zu beobachtende –
83 Unterscheidung in „nützliche“ und „unnütze“ MigrantInnen lehnen wir entschieden ab!

84

85 **Abstiegsängste entstehen aus sozialer Ungleichheit – Umverteilung jetzt!**

86

87 Sozialdemokratisch denken heißt auch, Probleme an ihrer Wurzel zu packen und zu beheben.
88 Dass so viele Menschen sich in den Bann von PEGIDA ziehen lassen und an vermeintlich
89 einfache Lösungen für ihre Probleme glauben, kann aus unserer Sicht nicht an der (in geringem
90 Maße) steigenden Zuwanderung nach Deutschland liegen. Die renommierten Studien der
91 Universitäten Bielefeld und Leipzig zum Extremismus der Mitte und gruppenbezogener
92 Menschenfeindlichkeit innerhalb der Bevölkerung bieten uns in ihrer Gesamtheit mögliche
93 Ansätze zur Erklärung der aktuellen Phänomene. Ganz offensichtlich besitzt ein guter Teil der
94 Gesellschaft Vorurteile gegenüber - als solche wahrgenommene - Fremde, gegenüber als
95 muslimisch - wahrgenommenen - Menschen. Sie wenden sich von der Demokratie und den
96 demokratischen Parteien ab, fühlen sich aus- und abgegrenzt und stimmen antisemitischen,
97 nationalistischen und chauvinistischen Aussagen zu. Die Abwertung „der Schwachen“ und „der
98 Anderen“ ist ein verbindendes Element dieser heterogenen Gruppe des 'verrohten Bürgertums'.
99 Es ist keine leichte Aufgabe diese Phänomene in ihrer Gesamtheit zu verstehen, aber nur mit

100 einem besseren Verständnis dafür wie es zu diesen Einstellungen und den daraus folgenden
101 Handlungen kommt, können wir Konzepte entwickeln um dagegen vorzugehen. Klar ist uns
102 jedoch, dass eine unreflektierte bejahende Einladung zu einem sogenannten Dialog nicht der
103 richtige Weg ist.

104

105 Wir brauchen klare rote Linien gegen Menschenfeindlichkeit und dürfen die Ressentiments des
106 verrohten Bürgertums nicht aufwerten und legitimieren. Wir müssen in einen aktiven Streit um
107 Argumente und Erklärungsmuster treten und haben dabei die besseren Argumente auf unserer
108 Seite. Leider helfen diese Argumente nur in sehr begrenztem Umfang gegen subjektive und
109 irrationale Ängste. Hier können wir wahrscheinlich nur mit politischen Entscheidungen das
110 gesellschaftliche Klima zum Besseren wenden. Hierfür liegt, unserer Meinung nach, einer der
111 zentralen Punkte in der in den letzten Jahrzehnten zunehmenden und verstärkt subjektiv
112 wahrgenommenen sozialen Ungleichheit. Die wachsende Schere zwischen Arm und Reich und
113 besonders die durch den massiven Abbau der Sozialsysteme konkret gewordene Abstiegsangst
114 weiter Teile der Gesellschaft spielt PEGIDA und anderen RechtspopulistInnen in die Hände. Es
115 ist die persönliche Angst abgehängt zu werden und den eigenen gesellschaftlichen Status zu
116 verlieren, die sich vielfach auf „das Fremde“ projizieren lässt. Gerade jetzt müssen wir als SPD
117 deshalb zu unseren Forderungen nach Steuergerechtigkeit und Umverteilung stehen. Gerade
118 jetzt müssen wir den Kahlschlag der Sozialsystem rückgängig machen. Gerade jetzt müssen
119 wir deutlich machen: Wir wollen eine gerechte Gesellschaft mit Perspektiven für alle Menschen!

120

121 Wir SozialdemokratInnen stehen für eine pluralistische, offene und gerechte Gesellschaft, die
122 allen Menschen ein gutes Leben bietet – unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem religiösen
123 Hintergrund.

124

125

126

127

128

129

130

131

132

133

134

135

136

137

138

139

140

141

142

143

144

145

146

147

148

149

150

151

152

153

154

155

156

157

158

159

160

Titel Wider Pegida: Rechtsradikalismus überall
bekämpfen

Antragsteller Hannover

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Wider Pegida: Rechtsradikalismus überall bekämpfen

- 1 Die Jusos und die SPD bekennen sich klar zu einem weltoffenen und bunten Deutschland.
- 2 Rechtsgerichtete oder sogar rechtsradikale Einstellungen und Aussagen lehnen wir klar ab.
- 3
- 4 In diesem Zusammenhang sind Bewegungen wie „Pegida“ und ihre Ableger, deren
- 5 Gedankengut eindeutig deutschnational einzuordnen ist, ebenso abzulehnen. Ein echter Dialog
- 6 ist mit den Anhängern dieser Bewegungen schon aufgrund falscher Vorannahmen und
- 7 möglicherweise bewussten Falschdarstellungen unmöglich.
- 8
- 9 Darüber hinaus muss Aufklärung betrieben werden, um der Kriminalisierung von Bürgern mit
- 10 Migrationshintergrund und Asylbewerbern ein Ende zu setzen.
- 11
- 12 **Begründung:**
- 13 *Schon allein der Name der „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“*
- 14 *ist ein Paradoxon in sich. Patriotismus lässt sich mit dem europäischen Gedanken nicht*
- 15 *vereinbaren und das „Europäer“ soll nur verdecken, dass es sich um eine deutschnationale und*
- 16 *ausländerfeindliche Bewegung handelt, die sich gefährlich nahe am Gedankengut der*
- 17 *Nationalsozialisten bewegt.*
- 18
- 19 *Das lässt sich an Aussagen wie „Ich bin ja nicht ausländerfeindlich, aber...“ recht gut belegen,*
- 20 *die genau so bereits in Rostock 1992 gefallen sind. Am Ende brannten dort Asylbewerberheime,*
- 21 *weil sie mit Molotow-Cocktails beworfen worden sind.*

22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38

Titel Gedenken 70. Jahre nach dem Ende des
Nationalsozialismus - wie muss es weitergehen?

Antragsteller Hannover

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Gedenken 70. Jahre nach dem Ende des Nationalsozialismus - wie muss es weitergehen?

1 Dieses Jahr jährt sich das Ende des 2. Weltkrieges und der nationalsozialistischen Herrschaft
2 zum 70. Mal. Das Gedenken an diese Zeit ist ein zentraler Bestandteil der Arbeit von politischen
3 und gesellschaftlichen Institutionen in Deutschland.

4
5 Die deutsche Gesellschaft trägt bis heute die tragende Verantwortung für die Verbrechen des
6 Naziregimes. Hier geht es für uns nicht um die Frage ob einzelne Personen heute eine Schuld
7 trifft. Diese Personen, die sich in während der nationalsozialistischen Herrschaft eine konkrete
8 Schuld angelastet haben, gibt es ohnehin immer weniger. Zentral ist aber die Verantwortung
9 daran zu erinnern wie das NS-Regime an die Macht gekommen ist, was passiert ist und den
10 Opfern Entschädigung zu leisten.

11
12 Bis heute sind die Konsequenzen der massiven Unterstützung des Nationalsozialismus durch
13 die Deutschen sichtbar. Wir dürfen nicht vergessen, dass es der deutsche Faschismus war, der
14 mordend und zerstörend durch Europa und Afrika gezogen ist und die Welt für immer verändert
15 hat.

16
17 Die heutigen Konsequenzen verblassen aber gegen dem unfassbaren Schrecken, das an Orten
18 wie Auschwitz, Bergen-Belsen, Babi Yar, Warschau, Dachau und unzähligen weiteren passiert
19 ist.

20
21 Die größte politische Maxime unseres Handelns, der tatsächliche kategorische Imperativ muss
22 sein, dass sich diese Verbrechen niemals wiederholen. Für uns bleibt dies die zentrale Lehre
23 und Herausforderung unserer politischen Einstellung.

24
25 Gleichzeitig muss leider beobachtet werden, dass die Gedenkkultur in Deutschland sich
26 teilweise nicht mehr an dieser Frage ausrichtet. Eine positiv besetzte nationale Identität wird aus
27 den Ereignissen geschaffen, es wird dargestellt, dass die die deutsche Politik und Gesellschaft
28 aus diesen Ereignissen gelernt habe und deshalb besonders resistent gegen rechtes
29 Gedankengut sei.

30
31 Das finden wir nicht richtig. 70 Jahre nach dem Ende des NS-Regimes müssen wir uns heute
32 Gedanken machen was wir von einer Gedenkkultur erwarten, auch unter der Hinsicht, dass
33 immer weniger ZeitzeugInnen leben. Eine sinnvolle Gedenkkultur kann nicht nur mit politischen
34 Maßnahmen erreicht werden. Sie erfordert auch eine andere Debattenkultur, Selbstreflexion
35 und einen Mentalitätswandel in unserer Gesellschaft.

36
37 **Anforderungen an staatliche AkteurInnen**

38

39 Staatliche AkteurInnen tragen eine zentrale Verantwortung im organisierten Gedenken. Als
40 politische Organisation müssen wir deshalb darüber diskutieren wie dieses Gedenken konkret
41 aussehen kann und welche Anforderungen wir an das Gedenken heute stellen.

42

43 **Gedenken als Grundlage politischen Handelns**

44

45 Die Bundesrepublik Deutschland ist der juristische Nachfolger des Dritten Reiches. Daraus
46 leiten sich besondere Erwartungen und Pflichten an PolitikerInnen ab. Die deutsche Politik muss
47 sich immer wieder daran orientieren.

48

49 Wir fordern konkret: einen Schlussstrich kann es nicht geben. Die deutsche Politik muss sich
50 immer klar im Gedenken an die Opfer der Verbrechen des NS Regimes bekennen.

51

52 **Gedenken aus TäterInnen- und nicht aus Opferperspektive**

53

54 Das politische Gedenken weitet den Opferkreis sehr weit aus. Der sogenannte Tag der
55 Befreiung am 8. Mai hat inzwischen eine Tendenz bekommen, dass alle Deutsche Opfer des
56 Faschismus waren und befreit wurden. Dies ist aus unserer Ansicht eine unzulässige Täter-
57 Opfer-Umkehr.

58

59 Wir fordern konkret: der 8. Mai muss einen neuen Stellenwert bekommen. Dies ist mit einem
60 arbeitsfreien Tag möglich. Gleichzeitig muss eine kritische gesellschaftliche Debatte geführt
61 werden, ob der Begriff Befreiung angemessen ist.

62

63 **Kein Deutschland als "Erinnerungs"-Weltmeister**

64

65 Für viele PolitikerInnen ist die Teilnahme an Gedenkveranstaltungen eine Selbstverständlichkeit.
66 Das ist auf dem ersten Blick als positiv zu bewerten. Gleichzeitig wird dieses Gedenken in der
67 Selbstwahrnehmung teilweise als positive nationale Selbstidentifikation genutzt. Das lehnen wir
68 ab.

69

70 Eine positive Umdeutung der Gründe des Gedenkens darf es nicht geben. Gedacht werden
71 muss der Opfer des NS-Regimes, nicht der vorgeblichen großen Fortschritte, die Deutschland
72 vorgeblich seit 1945 gemacht hat.

73

74 **Ideologische Kontinuitäten und konkrete Erscheinungsformen in den Blick nehmen**

75

76 Die ideologische Grundlage für die Geschehnisse zwischen 1933 und 1945 war nicht durch das
77 Kriegsende aufgehoben. Auch heute noch gibt es in der deutschen Gesellschaft diese
78 Grundlagen, die sich immer wieder in konkreten Erscheinungsformen äußern.

79

80 Dazu gehört auch kritisch darüber zu reflektieren wie Neonazis noch immer in Deutschland an
81 vielen Orten ungehindert agieren können. Darüber gehört dazu auch eine ernsthafte Debatte
82 wie die Morde des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) ihre ideologische Grundlage in im
83 Nationalsozialismus haben und wie diese Grundlagen sich auch in der fehlgeleiteten Arbeit der
84 Ermittlungsbehörden widerspiegelt.

85

86 **Antiziganismus ernstnehmen**

87

88 Ein historisch betrachtet unterschätzter Aspekt der nationalsozialistischen
89 Vernichtungsideologie ist der Antiziganismus. Mit Antiziganismus bezeichnet man rassistische
90 Stereotype, Ressentiments und Vorurteile über mobile ethnische Minderheiten, wie etwa Sinti und
91 Roma. Schätzungen zu Folge sind 500.000 Sinti und Roma durch die NationalsozialistInnen
92 ermordet worden, darunter mindestens 15.000 in Auschwitz-Birkenau. Bis heute sehen sich
93 Sinti und Roma erhebliche Diskriminierung in Europa ausgesetzt, auch durch den deutschen
94 Staat. Hier muss es ein klares Umdenken geben. Insbesondere hierbei sind die
95 Asylrechtsänderungen abzulehnen, die die Staaten Bosnien und Herzegowina, Serbien und
96 Mazedonien als sichere Drittländer definieren, da von dieser Änderung insbesondere Roma und
97 Sinti negativ betroffen sind. Darüber hinaus muss Antiziganismus seinen Platz in der
98 Gedenkpädagogik bekommen.

99

100 **Ressentiments gegen Flüchtlinge bekämpfen**

101

102 Das Thema Flüchtlinge polarisiert in Deutschland im letzten Jahr so stark wie Anfang der
103 1990er nicht mehr. Gerade bei Demonstrationen gegen Flüchtlingsunterkünften lässt sich im
104 erschreckenden Maße feststellen, dass rassistisches Gedankengut in Deutschland sehr weit
105 verbreitet ist. Die Ablehnung der Flüchtlingen wird mit rassistischen Begründungen versehen.

106

107 Wir erwarten von allen Verantwortlichen sich klar abzugrenzen von rassistischen
108 Argumentationsmustern in der Debatte zur Aufnahme von Flüchtlingen. Darüber hinaus müssen
109 die konkreten Gründe aufgedeckt werden, die sich in der Ablehnung widerspiegeln.

110

111 **Antisemitismus**

112

113 Antisemitismus ist ein wachsendes Problem in Deutschland und Europa. Antisemitismus muss
114 getrennt von Rassismus betrachtet werden, da auch andere Diskriminierungsformen jenseits
115 des Rassismus sich in Antisemitismus widerspiegeln können. Hier lassen sich Kontinuitäten
116 finden der Nahostpolitik NS-Regimes.

117

118 **Veränderung der Gedenkpädagogik**

119

120 Wir brauchen eine Veränderungen der Gedenkpädagogik. Zu häufig ist der Geschichtsunterricht
121 an Schulen auf das Thema Nationalsozialismus beschränkt ohne historische Kontinuitäten und
122 geschichtliche Grundlagen in den Blick zu nehmen.

123

124 Das bedeutet konkret eine ausführlichere Beschäftigung mit dem Thema Nationalsozialismus
125 über ein Semester hinaus, insbesondere unter der Frage der historischen Ursachen,
126 Auswirkungen und Weiterführung der nationalsozialistischen Ideologie in der Bundesrepublik
127 Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. Mindestens einen Besuch einer
128 Gedenkstätte mit ausreichender Vor- und Nachbereitung sehen wir als unerlässlich zur
129 Aufarbeitung des Themas an.

130

131 **Reparationszahlungen für Länder**

132

133 Wir sprechen uns für eine möglichst verbindliche juristische Klärung der Frage aus, inwieweit
134 etwaige Reparationszahlungen an die Kriegsgegner des Deutschen Reiches im Zweiten
135 Weltkrieg – insbesondere Griechenland und Polen – noch bestehen und nicht schon abgegolten
136 sind. Für den Fall des Bestehens fordern wir zügige Zahlungen.

137

138 Unabhängig von der emotional aufgeladenen Frage nach Reparationszahlungen sprechen wir
139 uns in diesem Zusammenhang auch dafür aus, dass Kulturgüter, die im Krieg erbeutet worden
140 sind, an die Herkunftsländer zurückzugeben sind. Bestehende Ansprüche anderer Staaten
141 gegen Deutschland sind ernst zu nehmen und bei der Rückgabe aktiv mitzuwirken,
142 beispielsweise mittels gründlicher Recherchen in Museen und Archiven.

143

144 **Reparationszahlungen für Einzelpersonen**

145

146 Bis heute sind viele Überlebende der Verbrechen des Nationalsozialismus und ihre Angehörigen
147 nicht entschädigt. Bis heute hat keine Entschädigung von Homosexuellen, Sinti und Roma,
148 Deserteure der Wehrmacht und Zwangssterilisierten stattgefunden. Der deutsche Staat und
149 deutsche Unternehmen haben sich darüber hinaus mit außergerichtlichen Einigungen aus der
150 Verantwortung gezogen.

151

152 Wir fordern deshalb die unverzügliche Entschädigung aller überlebenden Opfer des NS-
153 Regimes. Sollten noch-nicht-Entschädigte verstorben ist eine Entschädigung der nächsten
154 Verwandten erforderlich.

155

156 **Unternehmen einbeziehen**

157

158 Viele deutsche Unternehmen haben vom Nationalsozialismus profitiert. Insbesondere durch
159 Zwangsarbeit konnten viele Unternehmen ihre Profit steigern. Nach dem 2. Weltkrieg haben
160 eine Reihe von Unternehmen in außergerichtlichen Einigungen Entschädigungen an Teil der

161 ZwangsarbeiterInnen bezahlt, freiwillig ist dies jedoch nie passiert.

162

163 **Aufarbeitung Verwaltung und Gerichte**

164

165 Nach dem 2. Weltkrieg gelang es vielen ehemaligen NationalsozialistInnen wieder in die
166 Verwaltungen von deutschen Behörden und Institutionen zu gelangen. Dies hatte zur Folge,
167 dass die ideologischen Grundlagen des NS-Regimes auch in das staatliche Handeln der
168 Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik Einzug erhielten. Es
169 muss weiterhin wissenschaftlich untersucht werden, was die Auswirkungen dieser Kontinuitäten
170 waren und klar gemacht werden, dass es keinen Schlussstrich nach 1945 geben kann.

171

172 **Weiterhin Prozesse gegen Verantwortliche**

173

174 Bis heute leben eine ganze Reihe von Verantwortlichen für die Verbrechen des NS-Regimes. Es
175 ist wichtig diese Menschen auch heute noch zur Verantwortung zu ziehen.

176

177 **Theoretisch-ideologische Ursachen in den Blick nehmen**

178

179 Nationalsozialistisches Gedankengut entsteht nicht im luftleeren Raum. Gedenkkultur muss
180 deshalb auch die Frage der theoretisch-ideologischen Ursachen in den Blick nehmen und
181 deshalb insbesondere die Frage untersuchen warum insbesondere durch Deutschland der
182 größte systematische Massenmord in der Geschichte durchgeführt wurde und warum es trotz
183 jahrzehntelangem Gedenken es bis heute Erscheinungsformen nationalsozialistischer Ideologie
184 in Deutschland gibt.

185

186 **Unsere Rolle als Verband**

187

188 Als jungsozialistischer Verband tragen wir eine besondere Verantwortung im Gedenken an die
189 Opfer des Nationalsozialismus. Nicht nur, weil viele Mitglieder der Sozialdemokratie von der
190 NationalsozialistInnen ermordet wurden, sondern auch weil wir das Gedenken als zentrales
191 Element unsere antifaschistischen Grundeinstellung sehen.

192

193 **Individuelle Reflexion der eigenen Perspektive und daraus resultierenden Konsequenzen**

194

195 Alle Jusos, insbesondere jene in Funktion, müssen sich Gedanken machen über ihre eigene
196 Rolle im Gedenkprozess.

197

198 **Verstrickungen aufdecken**

199

200 Eine Reihe von Mitgliedern der SPD haben in der Zeit des NS-Regimes sich aktiv an diesem
201 beteiligt und davon profitiert. Dies darf nicht verschwiegen werden. Deshalb ist es wichtig,
202 darüber zu diskutieren was es für die Sozialdemokratie bedeutet, wenn führende
203 Persönlichkeiten wie Karl Schiller, Heinrich Wilhelm Kopf und Karl Ahrens Mitglieder der NSDAP
204 und anderer NS-Organisationen waren.

205

206 **Erinnern und Gedenken nicht als Symbolik und Formilia**

207

208 Als Gesamtverband müssen wir uns auch mit der Frage beschäftigen wie gedacht werden kann,
209 ohne dies in eine formelle Pflichtveranstaltung werden zu lassen. Wir müssen deshalb eine
210 natürliche Gedenkkultur fester in unseren Verbandsstrukturen verankern.

211

212 **Erinnern und Gedenken verknüpfen mit aktuellen Formen des Rassismus, 213 Antisemitismus und Rechtsradikalismus**

214

215 Für uns stellt die Arbeit des Erinnerns und Gedenkens auch eine Pflicht zur Bekämpfung der
216 aktuellen Auswüchse von rechtem Gedankengut dar. Wir leben in einer Gesellschaft, in der
217 Rassismus, Antisemitismus und Rechtsradikalismus noch sehr verbreitet sind. Das bedeutet wir
218 dürfen nicht nachlassen in unserem Kampf gegen diese Strukturen sei es auf der Straße bei
219 Demonstrationen, Debatten innerhalb der SPD und durch inhaltliche Veranstaltungen.

220

221

Titel Vergangenheit aufarbeiten - Unrecht durch sexuelle Gewalt an Kolonial- und NS-Opfern anerkennen

Antragsteller Baden-Württemberg

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Vergangenheit aufarbeiten - Unrecht durch sexuelle Gewalt an Kolonial- und NS-Opfern anerkennen

1 Bereits während der deutschen Kolonialzeit und des Ersten Weltkriegs, insbesondere aber
2 während des Zweiten Weltkriegs wurden auf Geheiß der militärischen und politischen
3 Verantwortlichen Deutschlands tausende Menschen zur Zwangsprostitution gezwungen. Bis in
4 die heutige Zeit wird jedoch sexualisierte Gewalt im Zusammenhang mit Kolonial- und
5 Militäreinsätzen weitestgehend totgeschwiegen - auf Regierungsebene genauso wie im
6 öffentlichen Diskurs. Wir fordern, dass die gesellschaftliche und politische Aufarbeitung in
7 diesem Bereich endlich vorangetrieben wird. Deutschland muss sich seiner kolonialen und
8 faschistischen Vergangenheit stellen und Verantwortung für die Opfer und ihre Nachfahren
9 übernehmen.

10

11 Wir fordern daher, dass...

12

13 ...die wissenschaftliche und rechtliche Aufarbeitung der kolonialen und faschistischen deutschen
14 Vergangenheit im Bereich der Zwangsprostitution intensiviert wird.

15

16 ... die Bundesregierung endlich Verantwortung für die Opfer der Kolonial- und NS-
17 Zwangsprostitution sowie deren Nachfahren übernimmt. Dies schließt die Leistung materieller
18 wie finanzieller Entschädigungen mit ein.

19

20 ... die Bundesregierung auch aufgrund dieser historischen Verantwortung sich auf
21 internationaler Ebene gegen Menschenhandel, sexuelle Gewalt und Zwangsprostitution
22 verstärkt einsetzt und einen Schwerpunkt ihrer menschenrechtspolitischen Arbeit hierin zu
23 setzen.

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

Titel Parlamente brauchen Druck der Straße -
Politischen Streik ermöglichen

Antragsteller Hessen-Süd

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Parlamente brauchen Druck der Straße - Politischen Streik ermöglichen

1 Der politische Streik ist innerhalb der SPD und der deutschen Gewerkschaften schon immer ein
2 Reizthema gewesen. Die Diskussion hat in unserem Verband und in der Gesellschaft durch die
3 Krise 2008 an Fahrt aufgenommen, in der sich Arbeitnehmer*innen anderer
4 europäischer Länder dieser Strategie bedienen: Seitdem haben die Gewerkschaften über 35
5 Mal zu politisch-motivierten Arbeitsniederlegungen aufgerufen. An der europäischen
6 Generalstreik-Tabellenspitze steht Griechenland, gefolgt von Italien, Frankreich, Belgien und
7 Spanien. Sogar in Großbritannien wird wieder über politische Streiks diskutiert und wie im
8 November 2011 auch angewendet. Momentan sind die Sparprogramme der alten „Troika“
9 Hauptziel der politischen Streiks, die zu starken Einschnitten bei Löhnen, Beschäftigung und im
10 Sozialbereich führten, sowie die staatliche Beschneidung gewerkschaftlicher Rechte in
11 südeuropäischen Ländern. So wurde in Spanien das Versammlungsrecht eingeschränkt. Auch
12 in Deutschland wollen wir auf mittel- oder langfristiger Sicht diese Diskussionen erneut führen -
13 genug Themen dafür gibt es. Bei einem politischen Streikrecht hätten die Arbeitnehmer*innen
14 sich beispielsweise gegen die Arbeitsmarkt- und Sozialreformen der Agenda 2010 stellen
15 können.

16

17

18 Deutschland hat eines der regressivsten und restriktivsten Streikrechte Europas, das sich
19 größtenteils aus richterlicher Rechtsfortbildung ableitet. Das Grundgesetz kann lediglich auf Art.
20 9 Abs. 3 verweisen, der zur Ausgestaltung des Streikrechtes jedoch stumm bleibt. In fast
21 allen Staaten ist das Streikrecht durch die Verfassungen und/oder durch Gesetze garantiert und
22 geregelt. In einigen Ländern wurden sogar Verbesserungen des Streikrechts über Tarifverträge
23 gesichert.

24

25

26 Die Jusos fordern daher, allen Beschäftigten die Möglichkeit zu geben, bei Gesetzen, die sie
27 selbst in ihrer Lebensrealität beeinträchtigen oder beeinflussen, während der Arbeitszeit zu
28 streiken. Ein demokratischer Prozess, der sich vom Kapital zunehmend in die Ecke drängen
29 lässt, braucht den Druck der Straße und einer kritischen Gesellschaft, um dringend benötigte
30 Legitimität und Lebendigkeit zurückzugewinnen. Weiterhin soll auf Bundesebene vermehrt in
31 Seminare und Kongresse der politische Streik mit eingebaut werden, damit dieser konstant im
32 Gespräch bei den Jusos bleibt.

33

34

35

36

37

38

Titel Demo-Sold erhöhen - Demokratie stärken

Antragsteller Sachsen-Anhalt

Zur Weiterleitung an Antifa e.V., Antifa Reisen GmbH, Antifa Catering GmbH, Antifaministerium, Antifa Geldausgabe Halle (Saale), Gewerkschaft antifaschistischer Berufsdemonstranten, Juso-Bundeskongress

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Demo-Sold erhöhen - Demokratie stärken

- 1 **Demo-Sold erhöhen – Demokratie stärken**
- 2
- 3 Die Jusos unterstützen die Arbeit der „Gewerkschaft antifaschistischer Berufsdemonstranten“.
- 4 Um der zunehmenden Belastung entgegen zu wirken und um dem Gesetz des freien Marktes
- 5 nach Angebot und Nachfrage angemessen Folge zu leisten, fordern wir eine Erhöhung des
- 6 „Demo-Sold“ auf 45 Euro pro Stunde um auch weiterhin eine permanente Bereitstellung von 48
- 7 Bussen mit willigen Berufsdemonstranten zu garantieren. Die Sicherheitskontrollen an den
- 8 Antifa-Geldausgabestellen der lokalen SPD-Gliederungen müssen entsprechend verstärkt
- 9 werden.
- 10
- 11 Zusätzlich zu dieser Erhöhung regen wir Jusos eine Erhöhung der Verpflegungs- sowie der
- 12 Übernachtungspauschale an um auch hier den gestiegenen Anforderungen an unsere
- 13 Mitglieder gerecht zu werden.
- 14
- 15 **Begründung:**
- 16 Die besagte Lohnerhöhung für akkreditierte DemonstrantInnen wurde vom alliierten Kontrollrat
- 17 auf seiner 2342. Sitzung empfohlen um einen reibungsintensiven Ablauf bei
- 18 Protestveranstaltungen aller Art zu gewährleisten. Die Abgaben in den Demonstrations-
- 19 Veteranen-Fond und Zuschläge für Feiertage (z.B. 1.Mai) bleiben hierbei unberührt.
- 20
- 21
- 22
- 23
- 24
- 25
- 26
- 27
- 28
- 29
- 30
- 31
- 32
- 33
- 34
- 35

Titel Unser Umgang mit Antisemitismus

Antragsteller Hannover

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Unser Umgang mit Antisemitismus

1 Grundsätzliches zu Antisemitismus

2

3 Zunächst ist festzustellen, dass Antisemitismus zahlreiche Begründungsmuster und
4 Artikulationsformen hat. So vereint Antisemitismus religiöse, historische, ökonomische,
5 politische, psychologische, kommunikative und philosophische Aspekte. Antisemitismus kann
6 auch als Weltdeutungssystem begriffen werden, welches so bei keiner anderen Form
7 gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit existiert.

8

9 Antisemitismus als gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit hat eine Einzigartigkeit inne
10 gegenüber anderen Vorurteilssystemen, da er die diskriminierte Minderheit nicht erniedrigt, wie
11 beispielsweise Rassismus bezüglich der Hautfarbe, sondern im Gegenteil dazu überhöht. Im
12 Antisemitismus ist stets von einer sogenannten jüdischen ‚Elite‘ die Rede, die angeblich zu viel
13 Einfluss auf das Weltgeschehen und die Gesellschaft habe und alles kontrolliere. Dadurch wird
14 der jüdischen Minderheit keine Minderwertigkeit unterstellt, wie anderen diskriminierten
15 Minderheiten. Antisemitismus legitimiert sich dadurch, dass man sich von der jüdischer
16 Kontrolle und dem Einfluss befreien müsse.

17

18 Wichtig ist an dieser Stelle auch, sich zu vergewissern, dass es ‚die Jüdinnen und Juden‘ als
19 homogene Gruppe gar nicht gibt. Diese Zuweisung bestimmter Eigenschaften zu einer
20 vermeintlich ethnischen Gruppe ist eine Gemeinsamkeit zwischen Antisemitismus und anderen
21 Rassismen. So sind ‚die Jüdinnen und Juden‘ sowohl Angehörige der jüdischen Religion, als
22 auch des jüdischen Volkes.

23

24 Struktureller Antisemitismus, System- und Kapitalismuskritik

25

26 Antisemitismus ist eines der ältesten Vorurteilssysteme der Welt und wird deshalb auch oft als
27 antimoderne Weltanschauung definiert. So wurzeln einige Vorurteile so tief in der Gesellschaft,
28 dass sie einfach auf heutige Verhältnisse übertragen werden. Antisemitismus wird im
29 Gegensatz zu anderen Rassismusformen nicht immer mit dem direkten Begriff der ‚Jüdin‘ oder
30 des ‚Juden‘ artikuliert. Die Ressentiments werden auf eine abstrakte ‚Elite‘ übertragen. So geht
31 beispielsweise Kapitalismuskritik stark verkürzt mit dieser Form antisemitischer Artikulation
32 einher. Die Vorstellung, dass diese ‚Elite‘ die Welt kontrolliere und damit der eigentliche
33 Ursprung kapitalismusimmanenter Probleme sei, wurde auch nach der 2008 ausgebrochenen
34 Weltwirtschaftskrise regelmäßig kommuniziert. Die Lösung sehen AntisemitInnen darin, diese
35 Elite zu beseitigen bzw. zu entmachten. Dieses Denken hat seinen Ursprung ebenfalls in dem
36 uralten Vorurteil, dass Jüdinnen und Juden WuchererInnen, BetrügerInnen, und SpekulantInnen
37 seien, was lediglich damit zu tun hat, dass für Jüdinnen und Juden im Mittelalter das Verbot
38 verhängen wurde, gewöhnlichen gesellschaftlichen Tätigkeiten, wie Handwerksberufen nicht
39 nachgehen zu dürfen. So waren Jüdinnen und Juden von den Aktivitäten der Gesellschaft bis

40 auf die des Geldhandels ausgeschlossen.

41

42 Dieses Denken ist geradezu zwangsläufig verknüpft mit der Vernichtungsphantasie, dass die
43 Probleme der Welt zu lösen seien, indem die Jüdinnen und Juden, artikuliert als die ‚Elite‘
44 beseitigt bzw. entmachtet werden. So haben auch nahezu alle Verschwörungstheorien gemein,
45 einen antisemitischen Beigeschmack zu haben oder sie lassen sich ohne große Anstrengung
46 auf das antisemitische Feindbild übertragen. So lässt sich auch der Vorwurf des Antisemitismus
47 gegenüber dem vermeintlich linken Verschwörungstheoretiker Ken Jebsen nachvollziehen.
48 Auch einige globalisierungs- und kapitalismuskritische Argumentationen sind verkürzt und
49 deshalb oft antisemitisch. So wird aus Kapitalismus- lediglich Kapitalistenkritik.

50

51 **Sekundärer Antisemitismus**

52

53 Das Thema Antisemitismus ist mittlerweile eng verknüpft mit dem Zweiten Weltkrieg und der
54 deutschen Geschichte. Die Shoa stellt einen Wendepunkt dar im Umgang mit Jüdinnen und
55 Juden, denn sie ist der Auslöser des sogenannten sekundären Antisemitismus. Die beiden
56 grundsätzlichen Motive des sekundären Antisemitismus sind die Relativierung und Leugnung
57 des Holocaust und die Projektion der Schuld auf die Jüdinnen und Juden selbst als TäterInnen-
58 Opfer-Umkehr.

59

60 Auch der Nationalismus und das Verlangen nach kollektiver Identität haben eine
61 Katalysatorfunktion für sekundären Antisemitismus. Wer sich heute ungebrochen mit der
62 deutschen Nation identifizieren möchte, wird auf das Hindernis Auschwitz stoßen und dazu
63 tendieren, entweder die Fakten zu leugnen, die Schuld nicht anzuerkennen oder mit
64 Gegenangriffen und Schuldprojektionen auf Jüdinnen und Juden zu reagieren. Es gibt sogar
65 einen empirisch nachgewiesenen Zusammenhang zwischen Nationalismus und der Ablehnung
66 der Vergangenheitsbewältigung. Es geht nicht mehr um die Frage der Exklusion der Jüdinnen
67 und Juden aus dem nationalen Kollektiv wie bis 1945 und wie heute im Fall der
68 „AusländerInnen“, sondern Jüdinnen und Juden werden wegen ihrer Mahnungen, den
69 Holocaust und seine Ursachen nicht zu vergessen, für den prekären Zustand des nationalen
70 Selbstbewusstseins mitverantwortlich gemacht.

71

72 In diesem Zusammenhang werden heutzutage immer wieder Stimmungen laut, wie zum
73 Beispiel "Das ist 70 Jahre her, was hat das mit uns zu tun". Ziel solcher Behauptungen ist die
74 Bagatellisierung der Shoa. Um wieder eine kollektive Identität herstellen und eine positive
75 Beziehung zur deutschen Nation aufbauen zu können, wird die Geschichte relativiert,
76 beispielsweise durch den Vergleich zu anderen Genoziden. Auch wird oft behauptet, die
77 Jüdinnen und Juden wären auf einen eigenen Vorteil bedacht, indem sie an die Shoa erinnern.
78 Dadurch versuchen vor allem Rechtsextreme die eigene Argumentation zu legitimieren, etwa
79 durch die These "Man darf ja nichts mehr gegen Israel sagen, sonst ist man gleich Antisemit".

80

81 **Israel-Kritik**

82

83 Kritik an der Israelischen Politik in Bezug auf den Nahostkonflikt ist ein besonderes Feld der
84 antisemitischen Agitation. Auch hier tritt ein sehr altes antisemitisches Vorurteil zutage.
85 Religiöser Antisemitismus, welcher Jüdinnen und Juden den Vorwurf der JesumörderInnen und
86 VerräterInnen an der ‚wahren‘ Religion des Christentums anlastet, stellt immer die
87 Existenzberechtigung des jüdischen Volkes an sich in Frage, seit über 2000 Jahren. Übertragen
88 auf die heutige Situation wird wieder die Existenz des jüdischen Volkes durch die Existenz des
89 jüdischen Staates kritisiert. Israel-Kritik ist somit oftmals nicht die Kritik am Handeln des Staates
90 Israel, sondern an der Existenz des Staates an sich.

91

92 Auch wird oft behauptet, Israel-Kritik sei ein gesellschaftliches Tabu, dabei ist eher das
93 Gegenteil der Fall. Bei keinem anderen Konflikt auf der Welt besteht so ein großes Bedürfnis,
94 das Handeln der Akteurin oder des Akteurs zu kommentieren, was beispielsweise immer wieder
95 in den Kommentarspalten der großen und bekannten Onlinezeitschriften zu sehen ist. Wenn es
96 mal wieder zu einer öffentlichen Debatte über den Nahostkonflikt kommt, scheint nahezu jedeR
97 einE Israel-ExpertIn zu sein. JederR hat eine Meinung und eine wie und warum auch immer
98 gefestigte Position zu diesem Thema, alle kennen die vermeintliche Wahrheit. Auch wird immer
99 versucht, den Nahostkonflikt in ein Verhältnis zu setzen mit den Geschehnissen des Zweiten
100 Weltkrieges, wobei die klassische TäterInnen-Opfer-Umkehr stattfindet. So wird beispielsweise

101 immer wieder der Gaza-Streifen mit den Konzentrationslagern verglichen. Auch der Kritik
102 gegenüber dem Handeln der Vereinigten Staaten liegt oft Antisemitismus zugrunde.

103

104 **Wie wollen wir mit Antisemitismus umgehen?**

105

106 Uns stellt sich immer wieder die Frage, wie man mit Antisemitismus umgehen sollte. Wir wollen
107 uns an dieser Stelle klar positionieren, dass ein öffentlicher Fingerzeig oder lediglich der Vorwurf
108 des Antisemitismus ohne eine differenzierte Auseinandersetzung mit dem Thema nicht unser
109 Ziel sein kann. Allerdings ist das Wegschauen, Vergessen und Ignorieren der Zustände und der
110 geschichtlichen Verantwortung ebenfalls nicht der richtige Weg. In der Debatte um
111 Antisemitismus und Israelkritik sind die Fronten mittlerweile so verhärtet, selbst hier in
112 Deutschland zwischen Menschen und Meinungen, die vom Nahostkonflikt weit entfernt sind.

113

114 Im öffentlichen Diskurs, in den sozialen Netzwerken und überall dort, wo über Jüdinnen und
115 Juden, Israel oder auch den Holocaust diskutiert wird, wiederholt sich immer eine bestimmte
116 Kritik, dass die Anschuldigung des Antisemitismus zu oft vorschnell getätigt wird und der Begriff
117 nahezu inflationär verwendet wird. Genau hier ist Feingefühl geboten. Hier gilt es zu
118 differenzieren zwischen legitimer Kritik am Handeln des Staates Israel und
119 Menschenfeindlichkeit und Vorurteilen gegenüber Jüdinnen und Juden. Vorurteile, gegossen in
120 bestimmte Semantiken sind vorhanden, jedoch fehlt oft das kritische Bewusstsein für die
121 Brisanz bestimmter Äußerungen. So war sich unser Parteivorsitzender Sigmar Gabriel wohl
122 nicht darüber bewusst, inwiefern sein Vergleich der israelischen Palästinenser-Politik mit einem
123 Apartheid-Regime antisemitische Denkschemata reproduziert und Ressentiments befeuert.
124 Auch einige andere MeinungsträgerInnen, ohne allen pauschal Antisemitismus vorzuwerfen,
125 sind schon in dieses Dilemma geraten. Ein Urteil über den israelischen Staat sollte also immer
126 ein historisches Bewusstsein und ein reflektiertes Wissen über das Phänomen des
127 Antisemitismus voraussetzen.

128

129 All die ständig reproduzierten Vorurteile und Stereotypen gegenüber Jüdinnen und Juden sind
130 nicht nur beim Straßenmob oder ungebildeten Menschen anzutreffen, sondern auch bei
131 DichterInnen, DenkerInnen, PriesterInnen, Gelehrten oder PhilosophInnen. Selbst Voltaire
132 betrachtete Jüdinnen und Juden als die „natürlichen Feinde“ aller Nationen. Antisemitismus ist
133 also ein Ressentiment, wovor nahezu niemand gefeit ist, denn er ist mit der Geschichte der
134 Menschheit seit langer Zeit eng verknüpft. So gilt es also, immer darauf aufmerksam zu machen
135 und hinzuweisen. Viele Menschen setzen sich nie mit diesem Thema auseinander und können
136 deshalb oft nicht zwischen legitimer Israel-Kritik und Antisemitismus, mal versteckt hinter
137 vermeintlicher Kritik oder auch in Form flacher Hetze, unterscheiden. Andererseits muss auch
138 betont werden, dass es sehr wohl zahlreiche Menschen gibt, die den Unterschied kennen,
139 jedoch trotzdem antisemitische Parolen verbreiten und so Hetze gegen das jüdische Volk
140 betreiben. Doch zwischen Kritik und der Reproduktion von Vorurteilen und gruppenbezogener
141 Menschenfeindlichkeit gibt es klare Grenzen. Deshalb fordern wir, diesem Thema größere
142 Aufmerksamkeit zu widmen. Wir fordern die Partei dazu auf, sich sowohl innerhalb als auch
143 außerhalb mit Antisemitismus und seinen Artikulationsformen auseinanderzusetzen.

144

145 **Richtlinien im Umgang mit Antisemitismus**

146

147 Ein pauschaler Fingerzeig auf AntisemitInnen allein entschärft noch keine Debatte. Doch eine
148 Entlarvung antisemitischer Vorurteile und Ressentiments sowie eine Sprachregelung dazu, wie
149 wir selbst Kritik am Handeln des Staates Israel formulieren wollen, sind unablässig.

150

151 **Deshalb fordern wir die Partei dazu auf, mit einer einheitlichen und differenzierten**
152 **Definition von Antisemitismus, diesen offenlegen zu können und so einen Umgang damit**
153 **zu erleichtern. Zudem fordern wir die Partei dazu auf, jeglichen Antisemitismus in den**
154 **eigenen Reihen zur Sprache zu bringen und zu verurteilen.**

155

156 Die Tatsache, dass Antisemitismus ein uraltes und in der Gesellschaft tief verwurzelt
157 Vorurteils- und Weltanschauungssystem ist, verlangt auch in der Bildung eine
158 Auseinandersetzung mit dem Thema. Im Schulunterricht sollte über das Judentum als
159 Religionsgemeinschaft und Volk informiert werden und auch die Entstehung und Entwicklung
160 des Antisemitismus sollte Teil des Lehrplans sein. Zuvor muss man sich allerdings damit
161 beschäftigen, wie Bildung in der Schule zu diesem Thema stattfinden soll. Bundespräsident

162 Gauck forderte beispielsweise einen KZ-Besuch für SchülerInnen verpflichtend einzuführen.
163 Diese und andere Fragen müssen diskutiert werden.

164

165 **Wir fordern die SPD dazu auf, sich für mehr Auseinandersetzung mit dem Thema**
166 **Antisemitismus und seinen Ursachen in der Bildung stark zu machen.**

167

168 Doch auch gesamtgesellschaftlich muss eine Auseinandersetzung in Form von
169 verantwortungsvollem Umgang mit der Geschichte und Erinnerungskultur stattfinden, denn
170 Deutschland hat eine besondere Verantwortung im Umgang mit Antisemitismus. An dieser
171 Stelle kommt immer der Begriff „Schuld“ ins Spiel. Auch um eine Schuldzuweisung geht es uns
172 an dieser Stelle nicht. Hier entsteht immer wieder ein Missverständnis: der deutsche Staat hat
173 eine einmalige Verantwortung gegenüber diesem Thema, weil kein anderer Staat es uns
174 abnehmen sollte, immer wieder an die Geschichte und ihre Ursachen zu erinnern und sie am
175 Leben zu erhalten, auch nach den Zeitzeugen. Um über dieses Thema sprechen zu können ist
176 ein historisches Gedächtnis bzw. ein historisches Wissen und Verantwortungsgefühl von Nöten.
177 Nach dem Zweiten Weltkrieg fand keine tiefgreifende Reflexion bzw. ein Bewusstseinswandel
178 statt. Der Holocaust wurde eher als Besessenheit einiger weniger NationalsozialistInnen
179 dargestellt. Damit hat man es sich sehr einfach gemacht. Dass Antisemitismus in nahezu allen
180 Schichten der Gesellschaft verbreitet war und ist, wurde nicht erkannt. Statt Empathie für die
181 Opfer zu empfinden wurde der Zivilisationsbruch im Zweiten Weltkrieg marginalisiert. Es finden
182 vermehrt Schuldabwehr und Rechtfertigung als Vergangenheitsbewältigung statt. Letztendlich
183 führt wie bei den meisten Konflikten nur der Dialog zum Ziel. Der Dialog mit den Betroffenen,
184 denn wer keine Jüdinnen und Juden kennt, bekommt den alltäglichen Antisemitismus auch nicht
185 mit.

186

187 **Deshalb fordern wir einen gesamtgesellschaftlichen Dialog zum Thema Antisemitismus**
188 **und dem Umgang mit dem Holocaust, welcher sich nicht nur auf historische Daten und**
189 **Jahrestage beschränkt, sondern in Form von Dialogforen mit allen Beteiligten und**
190 **AkteurInnen.**

191

192

193

194

195

196

197

198

199

200

201

202

203

204

205

206

207

208

209

210

211

212

213

214

215

216

217

218

219

220

221

222

Titel Der solidarische Wohlfahrtsstaat – Freiheit statt Grundrechtsverletzungen

Antragsteller Hessen-Süd

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Der solidarische Wohlfahrtsstaat – Freiheit statt Grundrechtsverletzungen

1 Lange für selbstverständlich gehaltene Grundrechte wie Demonstrationsfreiheit, das Recht auf
2 informationelle Selbstbestimmung oder Post- und Fernmeldegeheimnis werden in der
3 öffentlichen Debatte nicht nur vom politischen Gegner, sondern häufig auch von SPD-
4 Innenpolitikern untergraben. Regelmäßig wird dabei die Kriminalitätsbekämpfung ins Feld
5 geführt, auch die Gefahrenabwehr spielt in den entsprechenden Diskussionen häufig eine große
6 Rolle. Geistige Grundlage dieser Forderungen ist die weitverbreitete Meinung, alles, was für den
7 entsprechenden Zweck, z.B. die Abwehr terroristischer Gewalt, geeignet sei, sei auch zur
8 Anwendung zu bringen. Die Jusos Hessen-Süd stellen sich gegen derartige Fehlschlüsse und
9 bekräftigen, dass Grundrechte grundsätzlich nicht zur Disposition stehen. Wir setzen uns für
10 eine Innenpolitik ein, die unsere Sicherheit im Rahmen der Verfassung bestmöglich schützt –
11 aber diesen Rahmen nicht stetig zu erweitern versucht und dabei die Freiheit unserer
12 Gesellschaft schwer in Mitleidenschaft zieht.

13 **Gegen VDS & Überwachung – weil das Internet kein** 14 **rechtsfreier Raum ist** 15

16
17 Nicht nur der jüngste NSA-Skandal, sondern auch der unermüdliche Einsatz
18 Innenpolitiker*innen aller großen Parteien auf nationaler und europäischer Ebene für die
19 anlasslose Vorratsdatenspeicherung belegt, dass das Internet von Regierungsseite zu lange als
20 rechtsfreier Raum angesehen worden ist, in dem die grundgesetzlich garantierten Grundrechte
21 prinzipiell außer Kraft gesetzt bzw. wenigstens zu umgehen sind. Bundesverfassungsgericht
22 und Europäischer Gerichtshof haben diese für unsere verfassungsmäßige Ordnung gefährliche
23 Annahme mit eindeutigen und unmissverständlichen Urteilen entkräftet. Nichtsdestotrotz
24 erweckt besonders Koalitionspartners in Berlin den Eindruck, in der Selbstwahrnehmung über
25 Recht und Gesetz zu stehen und, trotz völliger juristischer Aussichtslosigkeit, einen erneuten
26 Versuch zu unternehmen, die anlasslose Vorratsdatenspeicherung auf den Weg zu bringen.
27

28 Wir fordern Jusos und SPD auf Bundesebene daher auf, sich diesem Vorgehen entgegen zu
29 stellen; die Vorratsdatenspeicherung stellt nicht nur einen eklatanten Verfassungsbruch,
30 sondern in einer zunehmend digital durchdrungenen Gesellschaft eine neue Qualität totaler
31 staatlicher Observation dar. Bei Betrachtung der schiereren Menge, aber auch der
32 lebensbereichübergreifenden Breite der von jedem von uns erzeugten Metadaten, bedeutet die
33 anlasslose Vorratsdatenspeicherung nicht weniger als die völlige Sinnentleerung des Begriffs
34 der informationellen Selbstbestimmung. Deswegen fordern wir: Keine VDS irgendeiner Art, nicht
35 mit den Jusos und nicht mit unserer SPD!

36 **Für ein reformiertes, progressives Demonstrationsrecht** 37 38

39

40 Trotz der auf die Bundesländer übergegangenen Gesetzgebungskompetenz zum
41 Versammlungsrecht fehlt Hessen nach wie vor ein eigenes, sich vom übergangsweise
42 geltenden Bundesgesetz positiv abhebendes Versammlungsgesetz. Ziel eines neuen
43 Versammlungsrechtes darf dabei nicht die strengste Restriktion, sondern die größtmögliche
44 Eröffnung von Freiräumen zu politischer Aktion sein. Insbesondere fordern wir ein Ende des
45 sog. Vermummungs- und Schutzwaffenverbots in der bestehenden Form, das zu häufig als
46 Vorwand für bewusste Eskalation gedient hat; es ist gesetzlich zu konkretisieren oder aber
47 abzuschaffen. Ebenfalls im Sinne der Vermeidung unnötiger Eskalation ist die
48 Dienstnummernpflicht für Polizeibeamt*innen, die eine Versammlung absichern, zusätzlich in
49 einem neuen Versammlungsrecht abzusichern. Abschließend fordern die Jusos Hessen-Süd die
50 Einberufung einer Arbeitsgruppe innerhalb des SPD-Landesverbandes, die mindestens mit
51 Innen- & Justizpolitiker*innen und Vertretern des Juso-Landesverbandes, sowie beider Bezirke
52 zu besetzen ist und die die Erarbeitung eines Entwurfs eines neuen Versammlungsrechtes zum
53 Ziel haben soll. Insbesondere die vielfältigen Erfahrungen der Juso-Gliederungen mit
54 bestehenden Rechtsnormen und deren praktischer Anwendung sollen hierbei einfließen und in
55 Verbindung mit justiz- und innenpolitischen Expertisen aus Fraktion und Vorstand auf
56 Landesebene zu einem von Theorie und Praxis des Versammlungsrechtes geprägten Entwurf
57 führen, der faktisch größere Versammlungsfreiheit verspricht; von besonderer Wichtigkeit bleibt
58 dabei für uns Jusos die Abwehr einer Kriminalisierung der Teilnahme an Gegenversammlungen,
59 z.B. gegen Nazi-Demonstrationen, wie sie nicht selten von konservativer Seite gefordert oder
60 zumindest angestrebt wird.

61 Verantwortungsvolle Drogenpolitik statt staatlicher 62 Bevormundung 63 64

65 Freiheitsrechte sind nicht nur zum Erhalt politischer Freiheit da – mit der gleichen Intensität
66 schützen sie gesellschaftliches Leben vor willkürlichen staatlichen Eingriffen. Deswegen fordern
67 wir eine Drogenpolitik, die Gefahren und Vorteile des Verbots einzelner Substanzen objektiv,
68 unvoreingenommen und ergebnisoffen prüft, bevor Menschen in ihrer Handlungsfreiheit
69 eingeschränkt werden. Die nicht hinterfragte Erhaltung des status quo kann dabei gerade nicht
70 Ziel sein. Ein erster Schritt muss dabei aus unserer Sicht die Freigabe von Cannabis sein, die
71 gleich mehrere Vorteile mit sich bringt: Konsument*innen einer Droge, die nachweislich nicht
72 gefährlicher als Alkohol ist, würden nicht länger in die Illegalität gestellt, kriminelle
73 Organisationen verlören eine wichtige Einnahmequelle, die zu oft Grundlage für andere
74 organisiert kriminelle Tätigkeiten ist, und vor allem würden polizeiliche Ressourcen frei, um
75 tatsächlich Kriminalität zu bekämpfen. Allein die steuerlichen Mehreinnahmen durch Mehrwert-
76 und eine Cannabissteuer wären beträchtlich und dürften z.B. die Ausfinanzierung von Polizei
77 und Justiz bei der Bekämpfung organisiert krimineller Strukturen erlauben.

78 Staatliche Repression wo Freiheitsrechte in Gefahr sind – 79 Hassverbrechen konsequent bekämpfen 80 81

82 Fraglos ist das Ziel jungsozialistischer Politik politische Aktion und gesellschaftliches Leben in
83 einem staatlichen Rahmen zu garantieren, der möglichst wenig staatliche Eingriffe aufweist.
84 Nichtsdestotrotz sind häufig genau diese gesellschaftliche Entfaltung, aber auch politische
85 Prozesse durch jene in Gefahr, die eine freiheitliche Ordnung grundsätzlich ablehnen. Nicht
86 Politiker*innen und andere Personen des öffentlichen Lebens, sondern Menschen aus allen
87 Lebensbereichen werden jedes Jahr wegen ihrer Religion, ihrer Hautfarbe, ihrem Geschlecht
88 oder ihrer sexuellen Identität Opfer von Gewaltkriminalität. Auch Moscheen und Synagogen
89 werden Jahr für Jahr mit Anschlägen überzogen, genauso wie Asylbewerberheime. Unser
90 Kampf gegen antisemitische, antiislamische oder rassistische Gewalt darf jedoch nicht in
91 Lippenbekenntnissen enden – deswegen fordern wir eine zusätzliche Strafverschärfung bei
92 derartiger, letztlich politischer Kriminalität. Sie müssen als Hassverbrechen kategorisiert werden,
93 denn stets richtet sie sich gegen mehr als das angegriffene Individuum: Gerade rechtsradikale
94 Gruppierungen sehen z.B. in Brandanschlägen auf Moscheen oder auf Synagogen eine
95 Propaganda der Tat, die sich gegen die jeweiligen Glaubensgemeinschaften richtet. Wer einen
96 Rabbiner oder eine Frau mit Kopftuch tätlich angreift und in der Öffentlichkeit erniedrigt, richtet
97 sich nicht nur gegen einen Menschen – der Angriff gilt allen, dies ich der jeweiligen Gruppe
98 zugehörig fühlen und auch unserer freiheitlichen Verfassung, die Homogenität und eine
99

100 Hierarchie der Religionen, Hautfarben, Geschlechter und sexuellen Orientierungen gerade
101 ausschließt. Verschärfte Strafe sollte also denjenigen erwarten, der eigenmächtig versucht, eine
102 solche Hierarchie zu etablieren. Freiheitsrechte, die unter anderem die Pluralität unserer
103 Gesellschaft garantieren, müssen so auch verteidigt werden.

104
105
106
107
108
109
110
111
112
113
114
115
116
117
118
119
120
121
122
123
124
125
126
127
128
129
130
131
132
133
134
135
136
137
138
139
140
141
142
143
144
145
146
147
148
149
150
151
152
153
154
155
156
157
158
159
160

Titel Gegen ein „Familienwahlrecht“

Antragsteller Hannover

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Gegen ein „Familienwahlrecht“

1 Wir fordern den Parteivorstand der SPD auf, sich entschieden von der Einführung eines so
2 genannten „Elternwahlrechtes“ zu distanzieren. Stattdessen sollte zur besseren Einbindung der
3 Jugend in die Politik die Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre, wie auf kommunaler Ebene
4 bereits vielfach erfolgreich geschehen, geprüft werden.

5

6 **Begründung:**

7

8 *Die Idee, dass auch die Interessen Minderjähriger in der Politik Gehör finden müssen, ist eine*
9 *wichtige und richtige. Ein „Familienwahlrecht“, bei dem ein Elternteil im Namen jedes minder-*
10 *jährigen Kindes eine weitere Stimme abgeben darf, ist hierfür jedoch weder ein geeignetes noch*
11 *ein angemessenes Mittel.*

12

13 *Die Abgabe einer Stimme im Namen einer anderen Person verstößt direkt gegen die im*
14 *Grundgesetz verankerten Wahlrechtsgrundsätze der Unmittelbarkeit, Freiheit und Geheimheit.*
15 *Dabei widerspricht sie insbesondere jedoch dem Grundsatz der Gleichheit der Wahl. Es kann*
16 *nicht davon ausgegangen werden, dass Eltern tatsächlich ihre Kinder fragen, welche 20*
17 *politischen Interessen sie haben (je nach Alter des Kindes ist dies ja auch gar nicht möglich).*

18

19 *Vielmehr werden Eltern derjenigen Partei, die sie ohnehin präferieren, eine oder mehrere*
20 *zusätzliche Stimmen geben. Dies bedeutet nichts anderes, als dass Eltern minderjähriger*
21 *Kinder mehrfach wählen dürfen, was dem im Grundgesetz verankerten und für die Demokratie*
22 *zentralen Grundsatz der Gleichheit der Wahl, bei der die Stimmen aller Bürger*innen das*
23 *gleiche Gewicht haben, entgegensteht. Mehrfaches Stimmrecht von Eltern stellt einen*
24 *unzulässigen Eingriff in die Zählwertgleichheit („one wo*man one vote“) dar. Ein solches*
25 *Zweiklassenwahlrecht, egal aus welchen Gründen, ist in jedem Fall zu verhindern und auch*
26 *nicht verfassungskonform zu erreichen.*

27

28 *Zusätzlich stellen sich zahlreiche praktische Probleme:*

29

- 30 • *Welches Elternteil darf die Stimme für das Kind abgeben (eine gemeinsame Abgabe*
31 *widerspricht ja wiederum dem Grundsatz der geheimen Wahl)?*
32 • *Wer hat dies im Streitfall zu entscheiden?*
33 • *Was passiert, wenn Jugendliche schon vor dem 18. Lebensjahr eine klare politische*
34 *Präferenz entwickeln, die der Eltern/des wählenden Elternteils entgegensteht?*

35

36 *Wenn den Stimmen von Kindern und Jugendlichen in der Politik mehr Gehör verschafft werden*
37 *soll, so kann dies über ihre unmittelbare Beteiligung an Wahlen geschehen, wodurch die oben*
38 *genannten Wahlrechtsgrundsätze der unmittelbaren, freien, gleichen und geheimen Wahl*
39 *gewahrt bleiben. Es sollte daher über eine Herabsetzung des Wahlalters diskutiert werden, da*

40 *sich z.B. auf Kommunalen Ebene in verschiedenen Regionen zeigt, dass auch Minderjährige*
41 *durchaus in der Lage zu einer politischen Willensbildung sind.*

42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89
90
91
92
93
94
95
96
97
98
99
100

Titel Kein Frieden mit den Friedenswinter - gegen Antisemitismus, Querfront und völkisches Gedankengut.

Antragsteller Hannover

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Kein Frieden mit den Friedenswinter - gegen Antisemitismus, Querfront und völkisches Gedankengut.

1 Seit dem Frühjahr vergangenen Jahres kommt es in Deutschland zu sogenannten Friedensdemos
2 beziehungsweise Mahnwachen an Montagen. Die Demonstrationen richten sich nach eigener
3 Aussage gegen die "gleichgeschalteten" Medien, gegen einen angeblich geplanten Krieg mit
4 Russland und gegen die Politik des FED (Federal Reserve System).

5
6 Im Herbst schlossen sich diese Mahnwachen mit der traditionellen Friedensbewegung
7 zusammen um zum Friedenswinter 2014/2015 aufzurufen. Gemeinsam wird zu vielen
8 Veranstaltungen aufgerufen, es gab etwa eine gemeinsame Konferenz am 11. Oktober 2014 in
9 Hannover. Höhepunkte sollen die Ostermärsche und Demonstrationen am 8. Mai sein.

10
11 Wir Jusos setzen uns für eine friedliche Weltordnung ein. Diese muss sich an unseren
12 Grundwerten richten. Kriegerische Auseinandersetzungen sollen ebenso wie Diskriminierung
13 und Ausgrenzung der Vergangenheit angehören. Deshalb lehnen wir die Aktion des
14 "Friedenswinters" und die Montagswahnwachen ab. Beide stehen unseren politischen Werten
15 entgegen.

16
17 **Die OrganisatorInnen stehen nicht für eine progressive Politik.**

18
19 Die OrganisatorInnen und UnterstützerInnen des Friedenswinters stehen zu großen Teilen nicht
20 für eine progressive Politik. Die Rhetorik dieser Personen ist zu häufig von antisemitischen
21 Ressentiments, Verschwörungstheorien und völkischen Phrasen durchsetzt. Ken Jepsen ist ein
22 zentraler Akteur der Bewegung.

23 [REDACTED] Heute verbreitet er seine antisemitischen Ansichten
24 und Verschwörungstheorien auf seiner eigenen Homepage KenFM. Ein weiterer Organisator
25 der Mahnwachen ist Jürgen Elsässer, der die ultrakonservative Zeitung Compact betreibt.

26
27 Die OrganisatorInnen kritisieren die gleichgeschalteten Medien, die von dunklen Mächten
28 kontrolliert seien und deshalb über die Bewegung kritisch berichten. Interviewaussagen des
29 Anmelders der Berliner Mahnwache, Lars Märholz, in denen er sich dahingehend äußert, dass
30 die FED für alle Kriege in den letzten 100 Jahren verantwortlich sei, sind klar
31 geschichtsrevisionistisch einzuordnen. Solche Aussagen sprechen Deutschland von der
32 Verantwortung für die Verbrechen der Nazis frei und behauptet, dass die Menschen von
33 geheimen KriegstreiberInnen angestachelt würden. Diese Rhetorik kennt man bereits von den
34 NationalsozialistInnen, die auch der Auffassung waren das deutsche Volk vor
35 KriegstreiberInnen beschützen zu müssen.

36
37 Für uns Jusos ist klar: diese Menschen repräsentieren nicht unsere Politik. Wir wollen keinen
38 Vorschub leisten zu Antisemitismus, Verschwörungstheorien und Geschichtsrevisionismus.

39

40 **Die Kapitalismuskritik ist nicht emanzipatorisch.**

41

42 Die Kapitalismuskritik der Friedensbewegung ist ausgrenzend und monokausal. In ihr wird der
43 Kapitalismus durch starke Fokussierung auf BankerInnen, die FED und Zinspolitik simplifiziert,
44 monokausal und völkisch-antisemitisch kritisiert. Einzelne Personen werden für das Übel des
45 Kapitalismus verantwortlich gemacht. Gleichzeitig wird ein "Zins-System" als Kernübel des
46 Kapitalismus verantwortlich gemacht.

47

48 Wir Jusos wissen, dass das kapitalistische System totalitär und unabhängig von einzelnen
49 Menschen besteht. Wir suchen keine Schuldigen für das System, unser Ziel bleibt die
50 Überwindung dessen.

51

52 **Antisemitismus lehnen wir ab.**

53

54 Die Mahnwachen und der Friedenswinter dienen als Grundlage der Artikulation für
55 antisemitische Vorurteile und Ressentiments. Kritik wird pauschalisiert an Regierungen, "der
56 Ostküste" und sogar offen an "zionistische Banken" geäußert. Darüber hinaus zeigt sich seit
57 dem letzten Gaza-Krieg ein klarer israelbezogene Antizionistischer-Antisemitismus mit den
58 typischen Merkmalen der NSVergleiche, Doppelstandards und Symbolbilder, die traditionell
59 antisemitisch sind. Insbesondere bieten die Demonstrationen immer wieder Plattformen für
60 antistemitische Gruppen und Einzelpersonen.

61

62 Wir Jusos lehnen Antisemitismus ab. Die Solidarität mit allen Jüdinnen und Juden ist für uns
63 Verbandsmaxime genauso, wie unsere kritische Solidarität mit dem Staat Israel. Wir lehnen
64 jegliche Dämonisierung des Staates Israel ab.

65

66 **Keine Verharmlosung des Nationalsozialismus**

67

68 Ein Kernkritikpunkt der Friedensbewegung die Außenpolitik der USA und die Politik der NATO.
69 Als progressiver Mensch kann man sicherlich eine Reihe von Entscheidungen der USA und der
70 NATO kritisch sehen. Die Kritik der Friedenswinterbewegung ist aber deutlich umfassender. Im
71 Rahmen der Demonstrationen gegen die Sicherheitskonferenz wurde die NATO als schlimmster
72 Kriegstreiber der Geschichte dargestellt und damit das millionenfache Leid, dass durch den 2.
73 Weltkrieg ausgelöst wurde verharmlost. Diese Kritik ist durchaus kein Einzelfall sondern eher die
74 allgemeine Ansicht der Bewegung.

75

76 Wir Jusos bekennen uns klar zu der Ansicht, dass der Nationalsozialismus und die durch ihn
77 ausgelösten Kriege das zentrale Verbrechen der Menschheit und lehnen jede Relativierung und
78 Verharmlosung ab.

79

80 **Entschieden der Querfront entgetreten.**

81

82 Die Mahnwachen- und Friedenswinterbewegung öffnet sich für rechte und linke Politik. So soll
83 ein Grundkonsens geschaffen werden zu den zentralen inhaltlichen Übereinstimmungen. Aus
84 diesem Grund finden sich neben Menschen, die sich als "links" sehen, viele ReichsbürgerInnen,
85 verschwörungsideologischen Gruppierungen und ZinskritikerInnen. Lars Mährholz sucht den
86 Handschlag mit dem Burschenschaftler Michael Vogt, der mit dem NPD Funktionär Olaf Rose
87 eine revisionistische Dokumentation über Rudolf Heß produziert. Darüber hinaus zeigt sich
88 immer wieder eine Nähe zu rechtsradikalen Bewegungen.

89

90 Der Friedenswinter wird gleichzeitig von vielen Abgeordneten der Partei "Die Linke" unterstützt.
91 Dieter Dehm, Sarah Wagenknecht, Christine Buchholz und weitere traten etwa bei einer
92 Demonstration am 13.12.2014 auf. Darüber hinaus wird der Friedenswinter auch finanziell durch
93 eine Anzeige in der Friedenswinterzeitung unterstützt.

94

95 Für uns Jusos ist die Zusammenarbeit mit rechten Gruppierungen nicht hinnehmbar. Im Kampf
96 gegen den Faschismus und eine neue Weltordnung kann es keine Zeit- und Zweckbündnisse
97 mit rechten und anti-emanzipatorischen Gruppen geben.

98

99 **Deshalb: Kein Frieden mit dem Friedenswinter**

100
101 Der Friedenswinter bietet Anschluss für Personen die einem antisemitischem, paranoidem,
102 rassistischem Weltbild folgen und eine verkürzte Kapitalismuskritik propagieren.
103
104 Wir Jusos stehen für eine gerechte und friedliche Welt. Wir stehen für die Überwindung von
105 Rassismus, Antisemitismus und Nationalismus. Diese Ziele mit dem Friedenswinter nicht zu
106 erreichen.
107
108 Wir rufen aus diesen Gründen alle Personen dazu auf sich nicht an den Aktionen des
109 Friedenswinters zu beteiligen und entschieden gegen Antisemitismus, regressive
110 Kapitalismuskritik und Querfrontsbewegungen entgegenzutreten.
111
112
113
114
115
116
117
118
119
120
121
122
123
124
125
126
127
128
129
130
131
132
133
134
135
136
137
138
139
140
141
142
143
144
145
146
147
148
149
150
151
152
153
154
155
156
157
158

Titel Nichtwähler_innen auch eine Stimme geben!

Antragsteller Rheinland-Pfalz

Zur Weiterleitung an SPD-Bundestagsfraktion, Bundesjustizminister Heiko Maas

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Nichtwähler_innen auch eine Stimme geben!

- 1 Forderung:
- 2
- 3 1) Die Jusos fordern, dass bei öffentlichen Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland die
- 4 Möglichkeit der Enthaltung gegeben und auf dem Wahlzettel ausgewiesen wird.
- 5
- 6 2) Als Enthaltungsgrund können folgende Möglichkeiten angegeben werden:
- 7
- 8 • Ich finde mich inhaltlich nicht in den Wahlvorschlägen wieder.
- 9 • Ich verstehe das Wahlsystem nicht.
- 10 • Sonstiges
- 11
- 12 **Begründung:**
- 13 Bisher ist die Unterscheidung zwischen falsch ausgefüllten Wahlzetteln und tatsächlichen
- 14 Enthaltungen nicht möglich. Menschen, die sich enthalten wollen, haben so keine Möglichkeit,
- 15 sich auszudrücken, ohne eine ungültige Stimme abzugeben.
- 16
- 17 Enthaltungen, sofern diese abgegeben werden, werden zwar in die Wahlbeteiligung mit
- 18 einberechnet, aber immer als ungültige Stimmen gewertet. Das ist unfair! Den eigentlichen
- 19 Enthaltungen wird kein prozentuales Gewicht gegeben, so dass sie wie das Nichtwählen keinen
- 20 direkten Einfluss auf das Wahlergebnis haben und somit indirekt rechte Parteien stärken. Die
- 21 logische Konsequenz muss sein, dass Enthaltungen als gültige Stimmen einen Anteil an der
- 22 Sitzverteilung bekommen müssen.
- 23
- 24 Um langfristig der Politikverdrossenheit, und damit einhergehend der stetig sinkenden
- 25 Wahlbeteiligung, entgegenzuwirken, muss herausgefunden werden, warum Wähler_innen sich
- 26 enthalten.
- 27
- 28
- 29
- 30
- 31
- 32
- 33
- 34
- 35
- 36
- 37
- 38

Titel Programm gegen den Überwachungsstaat

Antragsteller Hessen-Nord

Zur Weiterleitung an SPD Bundesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Programm gegen den Überwachungsstaat

1 Der Bundeskongress möge beschließen:

2

3 Wir fordern eine klare Positionierung innerhalb der Jusos und der SPD gegen den
4 Überwachungsstaat. Diese Positionierung soll in einer Grundsatzdebatte, ähnlich dem Konzept
5 des "Programm für die Digitale Gesellschaft" unter Beteiligung der Basis erarbeitet werden.
6 Gleichzeitig wird der Bezirksvorstand aufgefordert, eine Positionierung des Verbands
7 vorzubereiten.

8

9 **Begründung:**

10 Die SPD setzt sich in ihrem "Programm für die Digitale Gesellschaft" in einem der Wichtigkeit
11 der Thematik angemessenen Verfahren mit den Konsequenzen der Digitalisierung für unsere
12 Gesellschaft ein. Dies begrüßen wir ausdrücklich. Ein vergleichbarer Diskussionsprozess steht
13 jedoch für die gesamtgesellschaftliche Frage der Überwachung noch aus. Diese ist auf das
14 Engste mit der Frage der technischen Entwicklung verbunden, da allgemein das geschieht, was
15 technisch möglich ist. Dennoch handelt es sich bei der Frage der Überwachung durch Staat und
16 Privatwirtschaft um eine eigene, als Querschnittsaufgabe zu erkennende, Herausforderung für
17 eine demokratische Gesellschaft. Wir sind der festen Überzeugung, dass die gängigen Praxen
18 der Überwachung durch Geheimdienste, der Ausbreitung von elektronischen Karten in
19 Verwaltung und Wirtschaft sowie die Auswertung personenbezogener Kommunikationsdaten
20 einer kritischen Überprüfung bedarf. Die SPD als der Zukunft zugewandte Partei muss auf diese
21 Fragen Antworten finden.

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

Titel Ey Deutschland du Opfer! –
Staatsbeleidigung ist keine Straftat

Antragsteller Sachsen

Zur Weiterleitung an SPD-Bundesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Ey Deutschland du Opfer! – Staatsbeleidigung ist keine Straftat

1 Die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion sowie die sozialdemokratischen Mitglieder der
2 Bundesregierung werden aufgefordert sich für die ersatzlose Streichung der §§ 90
3 (Verunglimpfung des Bundespräsidenten), 90a (Verunglimpfung des Staates und seiner
4 Symbole) und 90b (Verfassungsfeindliche Verunglimpfung von Verfassungsorganen) StGB
5 einzusetzen.

6

7 **Begründung:**

8 Am 3. Juli 2015 beschlagnahmte die Berliner Polizei während einer Demo gegen die
9 europäische Sparpolitik gegenüber Griechenland ein Transparent der Gruppe TOP B3rlin. Dies
10 geschah unter dem Vorwand, die Aufschrift "Deutschland, du mieses Stück Scheiße" stelle eine
11 Verunglimpfung des Staates im Sinne von § 90a StGB dar.

12

13 Zwar wurde das Ermittlungsverfahren gegen die 21 Beschuldigten mittlerweile eingestellt,
14 jedoch zeigt sich hier wie auch an anderen Beispielen, dass § 90a des Strafgesetzbuchs gerne
15 als Vorwand dient um von polizeilicher Seite gegen unliebsame Meinungen und Positionen
16 vorzugehen.

17

18 Auch erschließt sich generell nicht welches geschützte Universalrechtsgut (Individualrechtsgüter
19 kommen logischerweise nicht in Betracht) mit einem Verstoß gegen § 90a StGB verletzt sein
20 soll. Die Regelung ist somit überflüssig.

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

Bundeskongress, 27.-29.11.2015

E Europa

E 1	Berlin Συγγνώμη heißt Entschuldigung! Aufarbeitung der deutschen Schuld heißt gemeinsame Zukunft	108
E 2	Nordrhein-Westfalen Am Stammtisch angekommen – Eine Kritik der sozialdemokratischen Europapolitik	111
E 3	Baden-Württemberg EU Transparenz-Register weiterentwickeln	116
E 4	Rheinland-Pfalz Roaming-Gebühren in Europa konsequent abschaffen	117
E 5	Berlin Jetzt erst recht! Beitrittsverhandlungen mit der Türkei wieder intensivieren	118
E 6	Hannover Europäische Schuldenstrategie überdenken	121
E 7	Nordrhein-Westfalen Europa aktiv leben – gegen nationales Geklüngel – für eine wahrhaft europäische Bewegung	122

Titel Συγγνώμη heißt Entschuldigung! Aufarbeitung
der deutschen Schuld heißt gemeinsame Zukunft

Antragsteller Berlin

Zur Weiterleitung an Bundesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Συγγνώμη heißt Entschuldigung! Aufarbeitung der deutschen Schuld heißt gemeinsame Zukunft

1 Zweimal hat Deutschland im 20. Jahrhundert aus Aggression einen Weltkrieg losgetreten.
2 Zweimal konnte Deutschland nieder gezwungen werden und war hoch verschuldet. Zweimal hat
3 Deutschland sich seiner Schulden weitgehend entzogen. Denn weder wurden die Reparationen
4 des Versailler Vertrags vollumfänglich geleistet, noch die des Zweiten Weltkriegs. Deutschland
5 beging nicht nur die größten Verbrechen des 20. Jahrhunderts, es entzog sich auch seiner
6 finanziellen Schuld.

7
8 Deutschland wäre mehrmals bankrott erklärt worden, hätten ihm nicht andere Staaten mit Fonds
9 und Aufbauprogrammen unter die Arme gegriffen und trotz heftigster Kriegsschäden, die sie
10 durch deutsche Truppen erlitten hatten, auf ihre Forderungen größtenteils verzichtet. Allein
11 deswegen durfte Deutschland schon im Jahr 2010 die letzte Tilgungsrate des Versailler Vertrags
12 begleichen und nicht erst viele Jahrzehnte später.

13
14 **Dístomo ist ungesühnt**

15
16 Nach dem deutschen Überfall auf Griechenland wurde es massiv ausgeraubt, die Bevölkerung
17 massenweise ermordet. Die Deutschen stahlen die halbe Industrie, die Mehrheit der Straßen
18 und Schienen und fast die gesamte Handelsflotte. Sie zwangen die Zentralbank zu einer
19 Zwangsanleihe über 467 Millionen Reichsmark, dieser Raub wurde nie zurückgezahlt. 300 000
20 Griech*innen ließen die Deutschen verhungern, indem sie ihre Nahrungsmittel raubten und
21 nach Deutschland schafften. 130 000 Widerstandskämpfer*innen wurden von den Deutschen
22 ermordet. 70 000 jüdische Griech*innen wurden von den Deutschen in Konzentrationslagern
23 vernichtet. Die Deutschen zerstörten hunderte Dörfer völlig, allein 200 im Sommer 1943. Sie
24 massakrierten ganze Dorfgemeinschaften, in denen Partisan*innen vermutet wurden. Ein
25 Beispiel hierfür ist das Massaker von Dístomo: Nachdem drei Deutsche im Parnassosgebirge
26 von Partisan*innen erschossen wurden, überfiel die SS 1944 das Dorf. 218 Dorfbewohner*innen
27 wurden ermordet, die Frauen vorher vergewaltigt und ihre Brüste abgemetzelt, Schwangere
28 aufgeschlitzt. Nach dem Massenmord wurden alle Häuser gebrandschatzt. Deutschland hat die
29 Entschädigung der Angehörigen bislang verweigert.

30
31 **Deutschland muss zahlen**

32
33 Die griechische Regierung hat, entgegen deutscher Beteuerungen, niemals auf Reparationen
34 verzichtet, noch auf die bestehenden Forderungen aus der Zwangsanleihe. Nach dem Zweiten
35 Weltkrieg forderte Griechenland eine Entschädigung von knapp 7,2 Milliarden Reichsmark um
36 die Kriegsschäden zu begleichen. Das Londoner Schuldenabkommen (1953) stundete solche
37 Zahlungen bis zum Abschluss eines Friedensvertrags. Deutschland schloss mit Griechenland
38 (1960) einen Entschädigungsvertrag ab, der auf Wunsch der Adenauerregierung keine

39 Reparationen beglich. Griechenland war auch keine Vertragspartei des Zweiplusviervertrags,
40 darin enthaltene Vereinbarungen gelten für Griechenland nicht. Die griechische Regierung
41 bestand im Jahr 1995 – nachdem vorher die deutsche Teilung als Argument für einen Aufschub
42 der Zahlungen herangezogen wurde – erneut auf die Leistung von Reparationen und die
43 Begleichung der Schulden. Wir erkennen diese (juristisch einwandfreie wie gerechte) Forderung
44 an: Deutschland ist verpflichtet zu zahlen.

45

46 **Freundschaft und Ausbeutung**

47

48 Die Bundesrepublik wurde nach dem Zweiten Weltkrieg in das polarisierte Beziehungsgeflecht
49 des Kalten Kriegs eingebunden. Deswegen hatten die westlichen alliierten Befreier*innen bald
50 kein Interesse mehr, dass Deutschland seine Schulden völlig zurückzahlen möge. Deutschland
51 wurde wieder aufgebaut. Und es wuchs erneut zu einer Wirtschaftsmacht heran. Die
52 europäische Integration ersetzte nun althergebrachte Feindbilder des Kontinents.
53 Wirtschaftsbeziehungen wurden die Grundlage einer neuen westeuropäischen
54 Friedensarchitektur. Vom wirtschaftlichen Aufschwung Deutschland profitierten viele Staaten,
55 auch Griechenland. Zahlreiche griechische Gastarbeiter*innen halfen daran mit. Deutschland
56 profitierte durch ihre massive Ausbeutung. Doch die Gastarbeit war attraktiv, da die Löhne
57 höher als in Griechenland waren. So profitierten auch griechische Familien vom deutschen
58 Aufschwung. Mehr als das: es entstanden persönliche, freundschaftliche Bindungen zwischen
59 beiden Ländern. Spätestens als der Griechenlandtourismus während des Jugoslawienkriegs ab
60 den 1990ern boomte, wuchs Deutschland zu einer engen Partnerin Griechenlands heran. Es
61 galt in den 2000ern als das beliebteste Land der Griech*innen, auch wenn die Besatzung nie
62 vergessen wurde.

63

64 Seit Beginn der Finanzkrise werden wieder alte Stereotypen bedient. Politiker*innen und einige
65 deutsche Medien, allen voran die Springer-Presse, verbreiten rassistische Hetze gegenüber
66 Griech*innen. Hier lebt die verlogene Selbstwahrnehmung Deutschlands wieder auf:
67 Deutschland bestünde demnach aus ehrlichen Kaufleuten, die Griech*innen wären
68 verschlagene Trickser*innen. Ähnliche Zuschreibungen erfahren die Finanzminister Schäuble
69 („gewissenhaft“) und Varoufakis („Spielertyp“). Diese Zuschreibungen kommen vielfach für
70 überwunden gehaltenen Traditionen nahe, die einst Bilder von „verschlagenen Partisan*innen“
71 und „ordnungsstiftenden Deutschen“ propagierten. Die deutsch-griechischen Beziehungen
72 wurden durch die Politik der Bundesregierung schwer beschädigt. Nicht zuletzt die teilweise
73 volksverhetzende Stimmungsmache einiger deutscher Medien, allen voran die Springer-Presse,
74 gegen die griechische Bevölkerung im Kontext der Europäischen Krise, aber auch die mitunter
75 Arroganz deutscher Politiker*innen im Umgang mit ihren griechischen Kolleg*innen sind
76 wesentliche Gründe für die notwendige Begegnung junger Menschen aus Griechenland und
77 Deutschland im Sinne einer gemeinsamen europäischen Verständigung. Wenn Politik und
78 Öffentlichkeit es nicht schaffen ein Klima der Verständigung, der Gemeinsamkeit und der
79 Empathie zu erzeugen, muss die junge Generation über Möglichkeiten der Begegnung
80 Ressentiments abbauen und Verständigung aufbauen können.

81

82 Konsequenzen ziehen: Reparationen und Kriegsschulden begleichen – und ein Deutsch-
83 Griechisches Jugendwerk stiften!

84

- 85 • Wir fordern die Bundesregierung auf, die Reparationen an Griechenland schnellstmöglich
86 zu leisten. Wir fordern die Bundesregierung in diesem Sinne auf, insbesondere die
87 Zwangsanleihe Griechenlands verzinst zurückzuzahlen.
- 88 • Wir fordern die Bundesrepublik auf, die deutschen Kriegsverbrechen in Griechenland
89 anzuerkennen und Überlebende und Angehörige zu entschädigen.
- 90 • Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und die SPD-
91 Bundestagsfraktion dazu auf, sich für die Stiftung eines deutsch-griechischen
92 Jugendwerks einzusetzen. Interkulturell ausgerichtete Jugendwerke auf europäischer
93 Ebene, wie das deutsch-französische oder das deutsch-polnische Jugendwerk erfüllen
94 eine wichtige Aufgabe in der Verständigung der jungen Generationen vor dem
95 Hintergrund der Geschichte. Sie fördern Begegnung, Austausch, Gedenkarbeit und damit
96 konkret die Annäherung junger Menschen im Sinne der europäischen Idee. Die Forderung
97 nach der Stiftung eines deutsch-griechischen Jugendwerks bezieht sich sowohl auf die
98 notwendige Erinnerungs- und Gedächtnispolitik im Hinblick auf die Verbrechen Nazi-
99 Deutschlands, als auch auf eine gemeinsame Begegnungs- und Austauschmöglichkeit

100 junger Menschen aus Griechenland und Deutschland. Ein weiteres Thema ist die
101 Wirtschaftsgeschichte beider Länder, Stichwort Gastarbeit.
102
103 Die Stiftung eines Deutsch-Griechischen Jugendwerks darf nicht mit den Reparationsleistungen
104 und Schuldentrückzahlungen seitens Deutschlands verrechnet werden, sondern steht als
105 unabhängige Forderung.
106
107
108
109
110
111
112
113
114
115
116
117
118
119
120
121
122
123
124
125
126
127
128
129
130
131
132
133
134
135
136
137
138
139
140
141
142
143
144
145
146
147
148
149
150
151
152
153
154
155
156
157
158

Titel Am Stammtisch angekommen – Eine Kritik der sozialdemokratischen Europapolitik

Antragsteller Nordrhein-Westfalen

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Am Stammtisch angekommen – Eine Kritik der sozialdemokratischen Europapolitik

1 Ein Kampf um die demokratische Leitkultur in Europa

2

3 Die Bedeutung des europäischen Friedensprojektes zu betonen, ist eine gängige Formel
4 politischer Diskurse. Sowohl Mitglieder der konservativen Parteien als auch Vertreter*innen der
5 politisch-gesellschaftlichen Linken sind darum bemüht, ihre Politikentwürfe in einen Kontext
6 einzubetten, der es ihnen erlaubt, ihre Vorstellungen als Mittel zur Sicherung dieses
7 außergewöhnlichen Projektes darzustellen. Die europäische Idee dient selbst für solche
8 ideologischen Argumentationslinien als legitimationsstiftende Quelle, die in der Praxis
9 politischen Handelns offenbaren, dass sie eben jener Idee abträglich sind, ihr gar schaden.

10

11 Die Rede ist von der Hegemonie neoklassischer Wirtschafts- und Gesellschaftskonzepte. Trotz
12 eines kurzen Zwischenspiels keynesianischer Vorstellungen nach Ausbruch der internationalen
13 Finanzkrise und der sich in Wissenschaft und Öffentlichkeit verbreitenden Kritik am Siegeszug
14 des Neoliberalismus seit dem Strukturbruch der 1970er Jahre bestimmen nach wie vor Dogmen
15 das politische Treiben in der Europäischen Union, die die gegenwärtige Krise als eine Folge
16 übermäßiger Regierungsausgaben verstanden wissen wollen. Als politische Antwort auf diese
17 Deutung, die Ursache und Folge der globalen Banken- und Finanzkrise bewusst verwechselt,
18 etablierten sowohl konservative als auch sozialdemokratische Regierungen ein europäisches
19 Austeritätsregime, dessen Fokus bis heute auf der Konsolidierung der Staatsfinanzen zur
20 Ankurbung des Wirtschaftswachstums liegt.

21

22 Dabei wurde vor allem Bezug auf die Studie „Growth in a Time of Debt“ von Carmen Reinhard
23 und Kenneth Rogoff aus dem Jahr 2010 genommen. In diesem von Wissenschaft und Politik
24 viel diskutierten Papier wird die These aufgestellt, dass sich ab einer Verschuldung in Höhe von
25 90%, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, zusätzliche Verschuldung negativ auf das
26 Wirtschaftswachstum auswirke. Nachdem die Studie aufgrund von falschen Berechnungen und
27 dem systematischen Auslassen relevanter Daten kritisiert wurde, sagen führende
28 Wirtschaftswissenschaftler*innen wie etwa Paul Krugman, dass es eine solche Grenze der
29 Staatsverschuldung schlicht und einfach nicht gibt und dieses Märchen ausschließlich von
30 Befürworter*innen der Austeritätspolitik am Leben gehalten wird.

31

32 Der Misserfolg und die katastrophalen Folgen dieser von der Bundesrepublik maßgeblich
33 bestimmten Politik, die sich eines einfachen, moralisierenden Narratives bedient („*Schulden
34 können nicht die Lösung für Schulden sein*“), zeichnen sich heute in keinem Land so deutlich ab
35 wie in Griechenland. So sind nicht nur die Schulden Griechenlands trotz massiver Kürzungen im
36 Staatshaushalt relativ zum BIP (von 106 Prozent im Jahr 2007 auf 170 Prozent in 2012) sowie
37 auch total gestiegen, was unter anderem auch am massiven Einbruch der Wirtschaft und des
38 geschrumpften BIPs liegt, auch die gesellschaftlichen Implikationen des immer enger zu

39 schnallenden Gürtels sind verheerend. Das soziale Sicherungssystem, das Gesundheitswesen,
40 das ehemals funktionierende Tarifvertragssystem und der Schutz von
41 Arbeitnehmer*innenrechten wurden auf dem Altar der Austerität geopfert. Ein Drittel der
42 griechischen Bevölkerung lebt mittlerweile in Armut, die Arbeitslosigkeit ist nach wie vor auf
43 einem europäischen Höchststand von 27 Prozent und liegt bei Jugendlichen und jungen
44 Erwachsenen sogar bei über 50 Prozent. Gleichzeitig wachsen aufgrund der sich stetig
45 verschärfenden gesellschaftlichen Verhältnisse nicht nur in Griechenland Populismus,
46 Nationalismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. In vielen Mitgliedsstaaten der
47 Europäischen Union sind im Zuge der Banken- und Finanzkrise Kräfte erstarkt, die einen
48 nationalistischen Rollback fordern und damit besorgniserregende Wahlerfolge verzeichnen
49 konnten.

50

51 Betrachtet man den Verlauf der sogenannten Griechenland-Hilfen von einer Position jenseits
52 der Mainstream-Berichterstattung, erkennt man, dass die Griechenland-Pakete in Wahrheit
53 weitere Rettungsprogramme für europäische Banken gewesen sind. Es gab keinen vielzitierten
54 Bail-Out Griechenlands. Es fand lediglich eine Umschuldung von privaten zu öffentlichen
55 Gläubiger*innen statt. Die Finanzmärkte wurden aus der Haftung entlassen und an ihrer Stelle
56 haften nun die europäischen Steuerzahler*innen für die griechischen Schulden. Dies gab den
57 rechtspopulistischen und rechtsextremen Kräften in allen europäischen Mitgliedstaaten die
58 Chance, die Steuerzahler*innen verschiedener Staaten gegeneinander auszuspielen.

59

60 Da an der Schuldensituation Griechenlands durch die Hilfsprogramme strukturell nichts
61 geändert wurde, konnten die bereitgestellten Gelder auch für keine Wachstumsimpulse in der
62 griechischen Wirtschaft sorgen. Denn anders als etwa beim Marshallplan werden die Gelder in
63 Athen fast ausschließlich zur Ablösung alter Kredite ausgegeben. Die von der Troika gesteckten
64 Ziele, nämlich die Absenkung der Staatsschuldenquote, konnten nicht erreicht werden. Dafür
65 profitieren andere Staaten, allen voran Deutschland, von den Kürzungs- und
66 Privatisierungsdiktaten der Troika – etwa durch Zinszahlungen oder durch die Privatisierung von
67 14 gewinnbringenden griechischen Regionalflughäfen. Diese wurden für kleines Geld verkauft
68 und zweigen nun ihre Gewinne an das deutsche Staatsunternehmen Fraport ab, das der Stadt
69 Frankfurt und dem Land Hessen gehört.

70

71 Ein politischer Paradigmenwechsel, der dem verhängnisvollen Pfad der Austerität entsagt, ist
72 jedoch nicht in Sicht. Die am 13. Juli 2015 getroffene Vereinbarung um ein drittes Hilfs- und
73 Reformpaket für Griechenland verschreibt dem Patienten nach wie vor ein giftiges Gemisch aus
74 Haushaltskürzungen und Liberalisierungsmaßnahmen. Dass dabei in Form von
75 Genehmigungsvorbehalten für praktisch alle finanzpolitischen Angelegenheiten weitgehende
76 Eingriffe in die demokratische Grundordnung Griechenlands vorgenommen werden, ist
77 Ausdruck einer sukzessiven Neuverfassung der Demokratie in Europa.

78

79 Der Philosoph Jürgen Habermas spricht in diesem Zusammenhang von einem „Rechtsstaat
80 ohne Sozialstaat“, der an die Stelle der Demokratie gesetzt werde. Ähnlich formuliert es auch
81 der Direktor des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung, Wolfgang Streeck. Er arbeitet
82 heraus, dass von Seiten der politischen Entscheidungsträger*innen eine doppelte institutionelle
83 Bindung staatlicher Politik an marktgerechte Prinzipien angestrebt werde: zum einen durch
84 Selbstbindung in Gestalt von verfassungsrechtlich verankerten Schuldenbremsen und zum
85 anderen durch Fremdbindung mittels internationaler Verträge und europarechtlicher
86 Verpflichtungen. Damit werde, so Streeck weiter, eine Mauer zwischen Wirtschaft und Politik
87 gezogen, die es den Märkten gestattet, allein ihre Version von Gerechtigkeit durchzusetzen.
88 Dem Staat kommt dabei lediglich die Rolle desjenigen zu, der dem Markt möglichst unbehelligte
89 Räume zur Entfaltung bereitstellt. Wenn wir also heute darüber streiten, ob der Kurs der
90 Austeritätspolitik der richtige sei, dann geht es nicht nur um das Für und Wider des Sparens,
91 sondern um einen systemischen Konflikt – einen Kampf um Demokratie, Sozialstaatlichkeit und
92 um die Verteilung von Macht und Vermögen.

93

94 **Sozialdemokratische Krisenperformanz auf Stammtischniveau**

95

96 Die SPD hat sich in diesem Konflikt *inhaltlich* für „ein Europa der Bürgerinnen und Bürger –
97 nicht der Banken und Spekulanten“ (Wahlprogramm zur Europawahl, 2014) ausgesprochen. Im
98 Alltag der politischen Praxis blieb davon aber nicht viel übrig. Die Perspektiv- und
99 Konzeptlosigkeit, mit der die sozialdemokratische Führung um Sigmar Gabriel im sogenannten

100 Schuldenstreit mit Griechenland agiert, ist symptomatisch für die Lage der deutschen
101 Sozialdemokratie im Jahr 2015. Statt eine tatsächliche Gegenhegemonie zur neoliberalen
102 Agenda auszubilden und der großen Herausforderung zu begegnen, eine neue Klammer für
103 sozialdemokratische Politik im 21. Jahrhundert zu formulieren, imitiert sie den Kurs der
104 Unionsparteien.

105

106 Der deutlichste Ausdruck der inhaltlichen Resignation der Sozialdemokratie unter Sigmar
107 Gabriel ist das vom Parteivorstand beschlossene Diskussionspapier „Starke Ideen für
108 Deutschland 2025“. Dieses Papier bricht mit seiner absoluten Hinwendung zur bürgerlichen
109 Mitte, der Überbetonung von Sicherheit als neuem Wert sozialdemokratischer Politik und der
110 Forderung nach einem unverkrampfteren Verhältnis zum deutschen Nationalstaat nicht nur mit
111 grundsätzlichen Positionen der SPD und unseres Verbandes, sondern offenbart auch die
112 mangelnde Fähigkeit der Parteiführung zur Selbstkritik. Denn während auf der eine Seite die
113 Auseinandersetzung mit linkem und rechtem Populismus als zentrale Aufgabe einer „Politik aus
114 der Mitte des Alltags“ postuliert wird, waren es auf der anderen Seite vor allem
115 sozialdemokratische Spitzenpolitiker*innen, die in den vergangenen Monaten mit überraschend
116 harten Äußerungen zum Auftreten der griechischen Regierung aufgefallen sind und damit
117 beispiellos die deutschen Stammtische bedient haben. Allen voran Sigmar Gabriel, der nicht nur
118 viele Funktionär*innen unserer Partei durch seine Mitwisserschaft der Grexit-Pläne von
119 Wolfgang Schäuble düpierte, sondern auch am schärfsten auf das demokratische Votum der
120 griechischen Bevölkerung über die Reformauflagen der Gläubiger*innen reagierte.

121

122 Solches Agieren kann als Reaktion auf die Einstellungen der deutschen Bevölkerung gegenüber
123 den europäischen Peripheriestaaten gedeutet werden, der man aus Angst, bei der nächsten
124 Wahl wieder abgestraft zu werden, lieber nach dem Mund redet. Damit stimmt die SPD in den
125 Chorus derjenigen ein, die das Klima der solidarischen Zusammenarbeit der europäischen
126 Mitgliedsstaaten vergiften und nachhaltig schädigen. Statt als progressive, dem
127 Internationalismus verpflichtete Kraft auf die alternativen Politikentwürfe der griechischen
128 Regierung unter Alexis Tsipras einzugehen, werden diese als ideologischer Quatsch abgetan.
129 Das skizzierte Verhalten der SPD und die Betonung der Alternativlosigkeit der Austeritätspolitik
130 in der politischen Praxis ist aber selbst Ideologie in Reinkultur. Die SPD, deren
131 Spitzenpolitiker*innen die griechische Regierung mit am lautesten dazu aufgefordert haben, die
132 vereinbarten Sparauflagen und Reformen durchzusetzen, wird damit zum kümmerlichen
133 Wurmfortsatz des bürgerlichen Parteienspektrums. Aus diesem Konflikt inhaltlicher
134 Absichtserklärungen und tatsächlicher Krisenperformanz resultiert schließlich auch der Mangel
135 an Glaubwürdigkeit, mit dem die SPD in der öffentlichen Wahrnehmung zu kämpfen hat. Trotz
136 alledem soll nicht unerwähnt bleiben, dass Tsipras durch die Koalition seiner linken SYRIZA-
137 Partei mit der rechtspopulistischen ANEL-Partei einen demokratischen Konsens gebrochen hat,
138 die der Kritik bedarf, nämlich dass es keine Kooperation mit Rechtspopulist*innen geben darf.

139

140 Für uns Jusos ist klar: So kann es nicht weitergehen. Wir fordern insbesondere Sigmar Gabriel
141 dazu auf, endlich seiner Verantwortung als Vorsitzender derjenigen Partei gerecht zu werden,
142 die Anfang des vergangenen Jahrhunderts die Idee der „Vereinigten Staaten von Europa“
143 (Heidelberger Programm, 1925) zur sozialdemokratischen Vision erhoben hat. Dazu gehört,
144 sich in einem zweifelsohne notwendigen Prozess der programmatischen Erneuerung nicht dem
145 deutschen Michel anzubiedern.

146

147 **Sozialdemokratische Weichenstellungen für Europa**

148

149 Weniger Patriotismus, mehr Europa und internationale Solidarität. Das muss die
150 sozialdemokratische Antwort auf die internationale Banken- und Finanzkrise sein, die dem
151 europäischen Friedensprojekt die Luft zum Leben – nämlich Demokratie, Sozialstaatlichkeit und
152 eine dem Menschen dienende Wirtschaft – nimmt. Denn Europa kann nur als gemeinsames
153 Projekt fortexistieren, wenn der Kälte des Marktes endlich die konkrete Vision eines
154 solidarischen Europas entgegengesetzt wird. Der politische Kurs von Angela Merkel, der auch
155 von Seiten der SPD Unterstützung erfährt, hat die Europäische Union, insbesondere die
156 Eurozone an die Grenzen ihrer Belastbarkeit geführt. Deshalb sind wir Jusos der Meinung:
157 Innerhalb der SPD muss grundsätzlich umgedacht und anders gehandelt werden.

158

159 Wir wollen eine Sozialdemokratie, die zukünftig wieder die Speerspitze derjenigen bildet, die
160 den krisenbetroffenen Politikentwürfen von Konservativen und Neoliberalen etwas

161 entgegengesetzt. Auch wenn dies heute in großen Teilen der deutschen Gesellschaft unpopulär
162 sein mag, gilt es, das Narrativ des immer enger zu schnallenden Gürtels aufgrund staatlicher
163 Dekadenz als populistische Lüge zu entlarven. Nicht nur deshalb ist es absolut fahrlässig, wenn
164 sich der Parteivorsitzende der SPD mit Worten in den sogenannten Schuldenstreit einmischt,
165 die implizit suggerieren, dass in erster Linie Griechenland für die Eurokrise verantwortlich sei.
166 Anstatt solcher Mythenbildungen braucht es eine neue, sozialdemokratische Erzählung und
167 Politik, die das politische Projekt Europa nicht nur als Schuldengefängnis und
168 Währungsgemeinschaft erscheinen lässt. Stattdessen muss eine Politik formuliert werden, die
169 neues Vertrauen in die Europäische Union und zwischen den Mitgliedsstaaten stiften kann. Wir
170 wollen, dass die SPD in Zusammenarbeit mit allen Parteien der SPE ein maßgeblicher Motor
171 dieser Politik wird.

172

173 Wir sind der Überzeugung, dass eine solche Politik vor allem soziales Wachstum anregen
174 muss, um der wirtschaftlichen Krise und dem wachsenden Elend der Menschen Einhalt
175 gebieten zu können. Sie muss Arbeitslosigkeit und Armut bekämpfen, den weiteren Kahlschlag
176 des Sozialstaats verhindern und insbesondere der Jugend wieder Perspektiven geben. Dabei
177 wird es aber nicht reichen, einzelne, für sich getrennte Investitions- und Wachstumsimpulse zu
178 setzen. Vielmehr braucht es ein politisch-wirtschaftliches Programm für Europa, das in seiner
179 Größenordnung und ideellen Strahlkraft dem Marshallplan entspricht. Dessen Ziel muss sein,
180 die zunehmend einseitige Konzentration wirtschaftlicher Kraft auf wenige Wirtschaftszentren
181 (vornehmlich im Korridor zwischen London, Paris, West- und Süddeutschland und Norditalien)
182 zu überwinden und eine polyzentrische Struktur in der EU schaffen. Nur ein solches
183 gesamteuropäisches Projekt ist in der Lage, die auch von Sozialdemokrat*innen eingerissenen
184 Brücken wieder aufzubauen.

185

186 Darum fordern wir:

187

- 188 1. Wir sprechen uns für ein begrenztes Umschuldungsprogramm aus und sind langfristig von
189 der Einführung von Euro-Bonds überzeugt
- 190 2. Ein gesamteuropäisches Investitionsprogramm unter Beteiligung der EIB (Europäische
191 Investitionsbank), des EIF (Europäischer Investitionsfonds) sowie der Kohäsionsfonds
192 EFRE (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung) bzw. des ESF (Europäischer
193 Sozialfonds). Im Bezug auf Griechenland unterstützen die Mittel aus dem
194 gesamteuropäischen Investitionsprogramm die Strukturpolitik vor Ort und schaffen
195 aufgrund der zusätzlich generierten Nachfrage im europäischen Binnenmarkt die
196 Voraussetzungen für den langfristigen öffentlichen Schuldenabbau in Griechenland. Ohne
197 gute Konjunkturentwicklungen in Europa werden Sparmaßnahmen zur
198 Haushaltskonsolidierung und bereits angestoßene Strukturreformen, wie etwa die
199 Verbesserung der Einnahmeseite durch steuerpolitische Transparenz und
200 Steuererhöhungen bei Besserverdienenden, in Griechenland keine Aussicht auf Erfolg
201 haben. Die Strukturpolitik in Griechenland ist durch ein größeres
202 Regionalentwicklungsprogramm für Südosteuropa zu flankieren. Die
203 Investitionsprogramme werden teils aus Haushaltsmitteln der EU und der Nationalstaaten
204 und teils aus Anleihen finanziert und lösen einen Multiplikatoreffekt aus. Ein Schwerpunkt
205 liegt dabei auf der FuE-Förderung in Staaten, in denen die bisherigen FuE-Ausgaben im
206 Verhältnis zum BIP unterdurchschnittlich sind.
- 207 3. Die Verbesserung der steuerpolitischen Koordinierung in Europa durch die Umsetzung
208 einer europäischen Finanztransaktionssteuer und die Schaffung gemeinsamer
209 Untergrenzen für Unternehmenssteuern in der EU sowie die Binnennachfrage
210 stimulierende Maßnahmen in Ländern mit exzessiven Leistungsbilanzüberschüssen. Die
211 Anpassung der Lohnentwicklung in Europa an die Produktivitätsentwicklung -
212 insbesondere in den Überschussländern - schützt Europa vor einem beständigen
213 Lohndruck nach unten bzw. einem weiteren Auseinanderfallen der Wettbewerbsfähigkeit
214 in der EU, verstärkt durch steuerpolitische Entscheidungen.
- 215 4. Die Durchsetzung einer einheitlichen europäischen Bankenunion.

216

217 Wir Jusos wollen für eine solche Politik werben. Denn die historische Verantwortung der
218 Sozialdemokratie im Kampf für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität verpflichtet uns, das
219 europäische Haus vor dem Einsturz zu bewahren. Ihr wollen wir Jusos gerecht werden. Eine
220 Sozialdemokratie, die im Zuge der sogenannten Staatsschuldenkrise Zuflucht im Populismus
221 und Nationalen sucht, darf nämlich keine Zukunft haben. Es wird Zeit für einen

222 Richtungswechsel, für eine neue sozialdemokratische Erzählung, in deren Mittelpunkt wieder
223 die Entfaltung internationaler Solidarität stehen muss.

224
225
226
227
228
229
230
231
232
233
234
235
236
237
238
239
240
241
242
243
244
245
246
247
248
249
250
251
252
253
254
255
256
257
258
259
260
261
262
263
264
265
266
267
268
269
270
271
272
273
274
275
276
277
278
279
280
281
282

Titel EU Transparenz-Register weiterentwickeln

Antragsteller Baden-Württemberg

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

EU Transparenz-Register weiterentwickeln

1 Die Jusos fordern, das freiwillige europäische Transparenz-Register durch ein verbindliches
2 Lobby-Register mit wirksamen Sanktionsmechanismen zu ersetzen.

3

4 **Begründung:**

5 Im aktuellen Transparenz-Register sind Organisationen aufgeführt, die versuchen in
6 irgendeiner Weise Einfluss auf die EU Gesetzgebung zu nehmen. Sie sind dort nicht nur mit
7 Namen, sondern auch mit den verfolgten Interessen, vor Ort aktiven Beschäftigten und den
8 eingesetzten finanziellen Mitteln verzeichnet. Außerdem verpflichten sie sich auf einen
9 Verhaltenskodex.

10

11 Weil die Registrierung im europäischen Transparenz-Register aber auf freiwilliger Basis erfolgt
12 sind gerade große Unternehmen wie die Deutsche Bank, ThyssenKrupp, die Metro Group,
13 Apple oder Monsanto nicht beteiligt. Sollten verzeichnete Lobbygruppen gegen den Kodex
14 verstoßen oder falsche Angaben über Interessen oder Ressourcen machen, gibt es keinen
15 wirksamen Sanktionsmechanismus.

16

17 Im Vergleich mit den Lobbyismus-Regeln beispielsweise in den USA ist diese Praxis
18 sträflichlässig. Gerade zu Beginn des Gesetzgebungsprozesses lässt sich die Kommission
19 intensiv bei der Ausarbeitung ihres Vorschlages beraten und greift gerne auf die
20 Fachkompetenz großer Lobbybüros zurück. Grundsätzlich ist Interessensvertretung eine
21 legitime Sache und wird auch von normativ zu unterstützenden Akteuren betrieben. Allerdings
22 ist es nicht hinnehmbar, dass die Öffentlichkeit nicht darüber informiert ist, wer dies mit welchem
23 Einsatz betreibt und dabei möglicherweise eine privilegierte Position genießt. Gerade im
24 europäischen Kontext sind Kapitalinteressen derartig stark vertreten, dass von einer
25 Konsultationsschlagseite gesprochen werden kann.

26

27 Ein erster Schritt hin zur Chancengleichheit führt über mehr Transparenz. Diese lässt sich
28 nurerreichen, wenn gesetzlich eine Registrierung in einem solchen Lobbyregister erzwungen
29 wird und Falschangaben oder Verstöße gegen den Kodex mit harten Sanktion (Geldstrafen)
30 belegt wären. Dieser Schritt ist notwendig um Europa von seinem Hinterzimmer-Klüngel-Image
31 zu befreien. Ein verbindliches Lobbyregister wäre ein erster Schritt dahin, das Vertrauen vieler
32 Menschen in die EU zurück zu gewinnen.

33

34

35

36

37

38

39

Titel Roaming-Gebühren in Europa konsequent abschaffen

Antragsteller Rheinland-Pfalz

Zur Weiterleitung an SPD-Bundestagsfraktion, SPD BPT

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Roaming-Gebühren in Europa konsequent abschaffen

1 Der europ. Binnenmarkt wird besser nachhaltig weiterentwickelt, wenn der digitale Binnenmarkt
2 gestärkt wird. Dies geht nur in dem Fall, wenn die Grenzen und nichttarifären
3 Handelshemmnisse auch im Bereich der Telekommunikation und des Datentransfers
4 abgeschafft werden.

5
6 Daher soll der Rat der Europäischen Union (Ministerrat) den Beschluss des EP vom April 2014,
7 bis zum Ende 2015 Roaming-Gebühren gänzlich abschaffen und innerhalb der EU verbieten, zu
8 respektieren und durch eine Bestätigung innerhalb des Rats konsequent umzusetzen.

9
10 Aus diesem Grund fordern wir Jusos die Bundesregierung dazu auf, sich in den zuständigen
11 Gremien des Rats der EU dafür einzusetzen, dass der Beschluss des Rats vom März 2015, die
12 Abschaffung der Roaming-Gebühren bis mindestens 2018 auszusetzen, zurückgenommen und
13 dem Beschluss des EP vom April 2014, die Roaming-Gebühren Ende 2015 gänzlich
14 abzuschaffen, vorbehaltlos zugestimmt wird.

15
16 **Begründung:**

17 Am 07. Juni 2007 stimmte der Ministerrat der Verordnung zu, die die Obergrenze für
18 ausgehende und ankommende Gespräche aus dem/ in das Ausland festlegte. Zwischen 2011
19 und 2014 traten jeweils zum 1. Juli weitere Schrittweise Senkungen der Preisgrenzen in Kraft.

20
21 Anfang April 2014 hatte das EP mit großer Mehrheit für die gänzliche Abschaffung und das
22 Verbot von Roaming-Gebühren bis Ende Dezember 2015 gestimmt. Damit wäre dann eine
23 bedeutende und nachhaltige Entwicklung auf den europ. Telekommunikationsmarkt und
24 immensen Einsparungen für VerbraucherInnen innerhalb von 10 Jahren Wirklichkeit geworden.

25
26 Allerdings sprachen sich Anfang März 2015 einzelne EU-Staaten gegen eine Abschaffung der
27 Roaming-Gebühren bis Ende 2015 und eine Mehrheit stimmte für eine Aussetzung bis 2018.
28 Zugleich sollten aber Maßnahmen eingeleitet werden, die Reisenden innerhalb der EU eine
29 günstigere Nutzung ihres Mobiltelefons erlauben, doch mit der Entscheidung wurde sich seitens
30 Rat gegen das Parlament gestellt.

31
32 Die Vorgeschlagene Maßnahme ist ein „Basis-Roaming-Rabatt“, sich richtend nach Region. Die
33 Alternative des Gratis Datenvolumens von geringen 5MB (ca. 5 Emails mit Anhang) brachte
34 bereits Kritik ein, denn so sind höhere Gebühren rücklinks möglich.

35
36
37
38

Titel Jetzt erst recht! Beitrittsverhandlungen mit der
Türkei wieder intensivieren

Antragsteller Berlin

Zur Weiterleitung an Bundesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Jetzt erst recht! Beitrittsverhandlungen mit der Türkei wieder intensivieren

- 1 Im Jahr 1959 bewarb sich die Türkei erstmals für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
- 2 (EWG), die später zur Europäischen Union (EU) wurde. Durch das sogenannte Ankara-
- 3 Abkommen 1963, wurde der Türkei erstmals die Mitgliedschaft in Aussicht gestellt, die sie bis
- 4 heute jedoch nicht erhalten hat. Nachdem 1989 die Aufnahme der Türkei in die Zollunion noch
- 5 abgelehnt wurde, gab es eine Einigung im Jahre 1996, was die Diskussion um eine Aufnahme
- 6 in die Europäische Union wieder an Fahrt gewinnen ließ. Ab dem Jahre 1999 setzte sich in der
- 7 Türkei dann innenpolitisch ein Reformprozess in Gang, der auch Forderungen der EU der
- 8 betraf. So wurde nach der Amtsübernahme der AKP mit Ministerpräsident Recep Tayyip
- 9 Erdoğan an der Spitze ein Reformpaket verabschiedet, das die Abschaffung von Folter und
- 10 Todesstrafe vorsah, außerdem der kurdischen Minderheit mehr Rechte zusicherte, sowie eine
- 11 Ausweitung des Versammlungs- und Demonstrationsrechts. Im Jahr 2005 wurden dann offiziell
- 12 die Beitrittsverhandlungen beschlossen. In den nun seit 10 Jahren andauernden
- 13 Beitrittsverhandlungen, ist erst in einem von 33 zu verhandelnden Kapiteln eine Einigung erzielt
- 14 worden, im Kapitel Wissenschaft und Forschung. Die anderen Kapitel sind entweder vorerst
- 15 suspendiert oder werden momentan verhandelt, ohne das große Fortschritte erzielt werden.
- 16
- 17 In den letzten Jahren ist es durch konservative Politiker*innen vermehrt zu Stimmungsmache
- 18 gegen einen Türkei-Beitritt gekommen, besonders innenpolitische Verfehlungen der Regierung
- 19 Erdoğan werden immer wieder dafür genutzt. So hat Angela Merkel mehrfach betont, dass sie
- 20 die Vollmitgliedschaft der Türkei nicht will, beigesprungen wird ihr dabei regelmäßig von der
- 21 CSU und inzwischen auch von der AfD. Dabei werden immer wieder kulturelle und religiöse
- 22 Unterschiede betont, welche der Bevölkerung suggerieren sollen, dass der Beitritt der Türkei
- 23 eine Gefahr für die Europäische Wertegemeinschaft sei. Daher wird für die Türkei immer wieder
- 24 eine privilegierte Partnerschaft vorgeschlagen. So wird versucht, die Verhandlungen zum Beitritt
- 25 zu untergraben und der Türkei keine realistische Chance auf einen Beitritt zu gewähren. Auch
- 26 wenn die SPD immer wieder betont hat, dass sie weiterhin an den Verhandlungen festhalten
- 27 will, so sind die Stimmen, die sich wirklich aktiv für einen Beitritt einsetzen, auch in der SPD
- 28 leiser geworden. Dies schlägt sich auch in der Zustimmung der Bevölkerung für einen Beitritt
- 29 nieder, die in den letzten Jahren immer mehr zurückgeht, nicht nur in Deutschland sondern in
- 30 fast allen Ländern der EU.
- 31
- 32 Zur gleichen Zeit, als es Reformbemühungen in der Türkei gab, wurden in Deutschland acht
- 33 türkisch- und griechischstämmige Menschen durch den Nationalsozialistischen Untergrund
- 34 ermordet und bis jetzt ist diese Mordserie unter Mithilfe staatlicher Institutionen immer noch
- 35 nicht aufgeklärt. Diese Taten wurden begünstigt durch das fremdenfeindliche Klima und eine
- 36 zunehmend islamophobe Stimmung im Land. Die komplette Offenlegung der Hintergründe
- 37 muss das Ziel sein, um deutlich zu machen, dass solche Taten unter keinen Umständen toleriert
- 38 werden, ob staatlich organisiert oder nicht.

39

40 Es lässt sich eine Verbindung zwischen islamophoben Grundeinstellungen in der Gesellschaft
41 und der gleichzeitigen Ablehnung eines Türkei-Beitritts erkennen.

42

43 Hier müssen vermehrt Schritte unternommen werden, um diesen Tendenzen aktiv
44 entgegenzutreten:

45

- 46 • Die SPD muss sich dafür einsetzen, die Verhandlungen aktiv voranzutreiben und in der
47 Gesellschaft eine Debatte anzustoßen, die nicht auf Stereotypen beruht und die Türkei
48 auf den Islam reduziert.
- 49 • Der Zusammenhang zwischen Demonstrationen gegen die angebliche Islamisierung des
50 "Abendlandes" und der Ablehnung eines Türkei-Beitritts sind zu offensichtlich, um sie
51 nicht zu diskutieren. Hier muss die SPD vorgehen um diesen Tendenzen
52 entgegenzustehen. So braucht es eine verstärkte Auseinandersetzung mit dem Land
53 Türkei in sämtlichen Bildungsinstitutionen. Dies würde auch den besonderen
54 Beziehungen Deutschlands mit der Türkei gerecht werden.
- 55 • 2005 wurden die Beitrittsverhandlungen durch alle Staaten der EU beschlossen, woran
56 sich Angela Merkel und die CDU anscheinend nicht gebunden fühlen, was wieder deutlich
57 macht wie wenig Interesse an einem europäischen Integrationsprozess besteht. Wenn
58 Beschlüsse derart leichtfertig widerrufen werden können, ist eine Diskussion um "Mehr
59 Europa" hinfällig. Hier muss die SPD, gerade als Koalitionspartner als Korrektiv auftreten.
- 60 • Klar ist, dass die Türkei bestimmten Anforderungen genügen muss, um in die EU
61 aufgenommen zu werden, gerade was die Menschenrechtssituation, die
62 Gleichstellungspolitik oder den Schutz von Minderheiten angeht. Ebenso muss in der
63 Zypern-Frage eine Lösung gefunden werden, da sonst alle Diskussion um einen Beitritt
64 Makulatur sind. Insbesondere der Völkermord an den Armenier*innen muss von der
65 türkischen Regierung anerkannt und aufgeklärt werden. Mit Besorgnis nehmen wir die
66 Entwicklung der Türkei unter der Erdogan-Regierung zur Kenntnis. Gerade die Meinungs-
67 und Pressefreiheit werden von dieser Regierung mit Füßen getreten. Dennoch ist davon
68 auszugehen, dass die Mehrheit der Bevölkerung – wenn auch unter dem Einfluss der
69 mehrheitlich gleichgeschalteten Medien - diesen antidemokratischen, neosmanischen
70 Kurs unterstützt. Solange dieser Kurs weiter beschritten wird, sehen wir momentan für
71 den Beitritt der Türkei keine Perspektive. Wir erhoffen uns jedoch durch Verhandlungen
72 eine Veränderung des Kurses.

73

74 Gleichzeitig bereitet es uns Sorge, dass auch in der Türkei der Willen zu einem EU-Beitritt,
75 nicht nur seitens der Regierung, sondern auch innerhalb der Bevölkerung, stetig sinkt. Die
76 zähen Verhandlungen und die teilweise Ablehnung eines Türkei-Beitritts innerhalb der EU
77 haben zu einem wachsenden Unmut der Türk*innen geführt. Die Türkei scheint im Begriff
78 endgültig das Interesse am EU-Beitritt zu verlieren, diesem Trend muss entgegengewirkt
79 werden. An dieser Stelle ist es deshalb unerlässlich, dass der Beitritt seitens zentraler
80 Akteur*innen der EU als politischer Wille formuliert wird und durch ein Entgegenkommen
81 untermauert werden muss.

82

83 In Zeiten, in denen der sogenannte "Islamische Staat" (IS) immer weiter vorrückt, ist die Türkei
84 wieder verstärkt in den Fokus gerückt. Während an den Außengrenzen der Türkei gekämpft
85 wird, wurde die Türkei immer wieder für ihr vermeintlich zurückhaltendes Handeln kritisiert.
86 Immer wieder wurde gefordert, dass die Türkei sich aktiver in den Konflikt einbringt, auch mit
87 kriegsrischen Mitteln. Darüber, dass die Türkei innerhalb kürzester Zeit über zwei Millionen
88 Flüchtlinge aus Syrien aufgenommen hat, während Deutschland gerade mal knapp 30.000
89 Flüchtlinge aufnahm, wurde geschwiegen. Wenn es der EU ernst ist, mit einem Türkei-Beitritt,
90 muss sie der Türkei gerade in solchen Konflikten zur Seite stehen und die Last, auf mehrere
91 Schultern verteilen. Aber das reicht für uns nicht aus:

92

- 93 • Die Türkei muss bei der Aufnahme von Flüchtlingen aktiv unterstützt werden, sowohl
94 finanziell, als auch durch die Aufnahme von Flüchtlingen, gerade durch Länder, die sich
95 durch die Dublin III Vereinbarung dagegen verwehren.
- 96 • Eine enge Zusammenarbeit mit der Türkei auf allen Ebenen, sollte nicht nur innerhalb der
97 NATO erfolgen, sondern sollte zu einem Selbstverständnis in der EU werden.

98

99 Uns ist klar, dass die innenpolitischen Ereignisse der letzten Jahre in der Türkei, einem EU-

100 Beitritt im Wege stehen. Die Entwicklungen gerade der letzten zwei Jahre sehen wir sehr
101 bedenklich. Die jüngste Politik Erdogans bedeutete erhebliche Rückschläge für Meinungsfreiheit
102 und den Schutz der Minderheiten. Es bleiben viele Fragen offen, die insbesondere seitens der
103 türkischen Regierung geklärt werden müssen. Allerdings sollte eine langfristige Beitrittsstrategie
104 nicht ausschließlich an der Tagespolitik ausgerichtet sein. Es muss über die Regierungszeit
105 Erdogans hinaus gedacht werden und gerade deswegen müssen progressive Kräfte noch
106 stärker unterstützt werden. Es muss wieder zu einer fairen Diskussion über einen Türkei-Beitritt
107 kommen, deshalb fordern wir:

108

- 109 • Keine doppelten Standards bei einem Türkei-Beitritt, für Verhandlungen auf Augenhöhe
- 110 • Auch wer Mitglied in der EU ist, sollte sich an die Regeln halten, die für Beitrittskandidaten
- 111 zählen, sonst macht sich das System überflüssig.
- 112 • Stärkere Sanktionierung bei menschenrechtlichen Verfehlungen von EU-Staaten, um der
- 113 EU wieder mehr Glaubwürdigkeit zu verschaffen.

114

115 Gerade in diesen schwierigen Zeiten, wo ein Beitritt weiter weg scheint, denn je, ist es für uns
116 wichtig, zu betonen, dass die Türkei weiterhin elementarer Bestandteil des europäischen
117 Projektes sein muss. Ohne die Türkei wird die EU nicht dem integrativen Anspruch gerecht, den
118 sie sich selbst auferlegt hat. Eine wirtschaftliche Zusammenarbeit, wie es derzeit in der
119 Zollunion der Fall ist, reicht uns nicht aus, wir fordern weiterhin die politische Aufnahme der
120 Türkei.

121

122

123

124

125

126

127

128

129

130

131

132

133

134

135

136

137

138

139

140

141

142

143

144

145

146

147

148

149

150

151

152

153

154

155

156

157

158

159

160

Titel Europäische Schuldenstrategie überdenken

Antragsteller Hannover

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Europäische Schuldenstrategie überdenken

1 Die europäische Strategie im Umgang mit Staatsschulden ist zu überdenken und neu
2 aufzustellen. Eine Politik der reinen Austerität ist ganz offensichtlich nicht zielführend.
3
4 Stattdessen sollten die europäischen Partner einen europäischen „Marshallplan“ vereinbaren,
5 der weiter denkt und nicht nur die Reduzierung der Schulden in den Fokus nimmt, sondern auch
6 den Aufbau der Wirtschaft und die Lebensbedingungen der Menschen vor Ort. Darin enthalten
7 sein sollten auch Zielvereinbarungen für sinnvolle nationale Reformen, die „fehlerhafte“
8 Strukturen verbessern.

9
10 Für die untragbare Schuldenlast Griechenlands – die mit keinem anderen Land der
11 Europäischen Union vergleichbar ist – kann ein Schuldenschnitt sinnvoll sein, wenn dieser mit
12 sozialverträglichen Reformen einhergeht. Im Rahmen einer neuen europäischen
13 Schuldenstrategie muss diese Möglichkeit geprüft werden, weil es nicht im Sinne der
14 europäischen Einigung ist, wenn ein Land darunter leidet, dass hauptsächlich deutsche und
15 französische Banken in unverantwortlicher Weise Kredite vergeben.

16
17 **Begründung:**
18 *Durch die bisherige Politik ist die Schuldenstandsquote, die immerhin ein wichtiges Kriterium*
19 *der europäischen Haushaltsverträge ist, in Griechenland von etwa 160% auf etwa 175%*
20 *gestiegen, obwohl der griechische Staat die Auflagen der Geldgeber erfüllt hat. Dies resultiert*
21 *aus einem Einbruch der Wirtschaftsleistung und infolgedessen einem Rückgang des BIP.*

22
23 *Das öffentliche Leben ist in einigen Teilen Griechenlands durch Personalentlassungen beinahe*
24 *zum Erliegen gekommen. Dies kann auch nicht im Sinn der Sache sein. Dahingegen sind*
25 *überbordende Bürokratie und Korruption schädlich und abzustellen.*

26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39

Titel Europa aktiv leben – gegen nationales
Geklüngel – für eine wahrhaft europäische Bewegung

Antragsteller Nordrhein-Westfalen

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Europa aktiv leben – gegen nationales Geklüngel – für eine wahrhaft europäische Bewegung

- 1 Jusos und SPD sind Ausdruck der internationalistischen Bewegung der Sozialdemokratie. Als
2 solche stehen beide für die europäische Idee in ihrer sozialdemokratischen Ausführung ein und
3 leben sie vor. In diesem Sinne ist europäisches Denken ebenso Grundlage unserer Arbeit wie
4 antifaschistische und feministische Positionen. Die SPD wird hiermit dazu aufgerufen, jegliche
5 patriotische Tendenzen zu unterbinden und aktiv an der Entwicklung einer europäischen Partei
6 mit einer starken internationalen Basis mitzuarbeiten. In diesem Sinne fordern wir die SPD dazu
7 auf, den europäischen Charakter der Sozialdemokratie in ihrer Arbeit herauszustellen und sich
8 für Reformen innerhalb der PES einzusetzen:
9
- 10 • Bei offiziellen Veranstaltungen und an Liegenschaften der Partei wird neben der SPD-
11 Flagge auch die PES-Flagge gleichberechtigt verwendet.
12
 - 13 • Zentrale Debatten, wie die zu einem gemeinsamen PES-Europawahlprogramm und zum
14 PES-Manifest, werden in Zukunft breiter in der Partei geführt.
15
 - 16 • Zukünftige Europawahlkämpfe werden als PES-Wahlkämpfe geführt und
17 Wahlkampfauftritte und Publikationen der SPD entsprechend geplant und designt.
18
 - 19 • Auf Homepage und anderer Veröffentlichungen sollen das PES- und SPD-Logo mit dem
20 Hinweis abgedruckt werden, dass sich die SPD als Teil der europäischen
21 Sozialdemokratie versteht.
22
 - 23 • Informationen über Aktionen der europäischen Mutterorganisationen und in anderen
24 Ländern werden zeitnah an alle Mitglieder versendet, um möglichst vielen die Teilnahme
25 zu ermöglichen. PES-Dokumente und Debatten werden zudem verstärkt übersetzt und
26 den SPD-Mitgliedern einfacher zugänglich gemacht.
27
 - 28 • Parteistrukturen vor Ort wird nahegelegt, sich auch als PES City Groups zu registrieren
29 und Genoss*innen anderer Organisationen einzubinden. Dies soll nach Möglichkeit
30 grenzübergreifend geschehen.
31
 - 32 • SPD-Mitgliedern wird nahegelegt, sich auch als PES Activists zu registrieren.
33
 - 34 • Das Konzept der PES Activists wird über den Bereich der Kampagnenfähigkeit hinaus
35 verstärkt auf die direkte innerparteiliche Beteiligung an der Entwicklung der
36 Parteiprogrammatik erweitert. Es wird zudem sichergestellt, dass den europapolitisch
37 Interessierten eine entscheidungsrelevante Beteiligung über die Strukturen der jeweiligen
38 Mitgliedspartei in Form eines leichten Zugangs auf lokaler Ebene möglich gemacht wird.

- 39 • Die Einführung eines echten europäischen Parteienstatuts wird vorangetrieben.
- 40 • Die Einführung der Direktmitgliedschaft in einer daraufhin entstehenden echten Partei
- 41 wird zusätzlich und alternativ zur Mitgliedschaft in nationalen Parteien möglich. Mittelfristig
- 42 wird eine Teilabführung von SPD-Mitgliederbeiträgen an die PES umgesetzt.
- 43
- 44 • Die Wandlung der PES-Kongresse und –konferenzen von Wahlveranstaltungen zu
- 45 inhaltlichen Parteitagen mit Diskussionen und offenen Abstimmungen wird durchgesetzt.
- 46
- 47 • Koordinator*innen der PES City Groups und/oder der PES Activists treffen sich in
- 48 regelmäßigen Abständen, um ihre Arbeit über Grenzen hinweg zu koordinieren.
- 49
- 50 • Das SPD-Europawahlprogramm wird in Zukunft verständlicher formuliert.
- 51
- 52 • Die innerparteilichen Wahlverfahren zu Delegierten des PES-Kongresses und zu den
- 53 Europakandidat*innen demokratischer und transparenter gestaltet.
- 54
- 55 • Die aktive Nutzung der Europäischen Bürger*inneninitiative gemeinsam mit unseren
- 56 Schwesterparteien, der PES und Nichtregierungsorganisationen vorangetrieben.
- 57
- 58 Darüber hinaus findet die europäische Dimension in Zukunft auch in der Arbeit der Jusos mehr
- 59 Beachtung:
- 60
- 61 • Bei offiziellen Veranstaltungen wird neben der Jusoflagge auch die YES-Flagge
- 62 verwendet.
- 63
- 64 • Auf Homepage und anderen Veröffentlichungen wird das YES-Logo dem Jusologo
- 65 nebengeordnet verwendet.
- 66
- 67 • Informationen über Aktionen der europäischen Mutterorganisationen und in anderen
- 68 Ländern werden zeitnah an interessierte Mitglieder versendet, um möglichst vielen die
- 69 Teilnahme zu ermöglichen.
- 70
- 71 • Ebenso werden Informationen über die tägliche Arbeit der europäischen
- 72 Mutterorganisationen und Organisationen in anderen Ländern zeitnah an interessierte
- 73 Mitglieder versendet.
- 74
- 75 • Falls nicht durch die Parteistrukturen geschehen, wird den Jusostrukturen vor Ort
- 76 nahegelegt, sich auch als PES City Groups zu registrieren und Genoss*innen anderer
- 77 Organisationen einzubinden. Die soll nach Möglichkeit grenzübergreifend geschehen.
- 78
- 79 • Jusomitgliedern wird nahegelegt, sich auch als PES Activits zu registrieren.
- 80

81 **Begründung:**

82 Die Arbeiter*innenbewegung ist in ihrem Kern von Anbeginn internationalistisch und europäisch
 83 organisiert. Diese Ausrichtung beruht nicht auf der Grundlage, dass nationale Probleme nur
 84 international durchgesetzt werden können, sondern dass Gesellschaft und Klassen ein
 85 internationales Gefüge sind, die nicht durch Grenzziehung gegeneinander ausgespielt werden
 86 sollen.

87

88 Internationalismus scheint aber in weiten Bereichen nur eine theoretische Dimension zu haben.
 89 Im Europawahlkampf hat die SPD für ein anderes Europa geworben, in dem Solidarität an
 90 erster Stelle steht. Zugleich blieb der Wahlkampf aber national organisiert, der europäische
 91 Spitzenkandidat Martin Schulz wurde zum „Deutschen, der Kommissionpräsident werden kann“,
 92 die europäische Mutterpartei wurde möglichst nicht erwähnt, um die Wähler*innen nicht zu
 93 verwirren. Statt sich also den Renationalisierungsbestrebungen anderer Parteien entgegen zu
 94 stellen, hat die SPD bewusst die nationale Karte gespielt und sich hinter der nationalen Partei
 95 versteckt, statt ein echtes Zeichen für eine europäische Gemeinschaft zu setzen.

96

97 Diese Tendenz ist nicht nur in der Analyse des Wahlkampfes deutlich zu sehen, sondern in der
 98 täglichen Politik und auch in der Position innerhalb der PES ersichtlich. In vielen
 99 Politikbereichen ziehen es SPD-Größen (ebenso wie Politiker*innen der Schwesterparteien in

100 Europa) vor, nationale Wunschvorstellungen zu bedienen, statt ihrem Anspruch als
101 internationale Bewegung gerecht zu werden und deutlich zu machen, dass die Probleme nicht
102 zwischen Ländern liegen, sondern dass diese Probleme uns alle betreffen.

103

104 Um internationalistische Ideen durchzusetzen und ein europäisches Gemeinwesen zu schaffen,
105 von dem alle profitieren, braucht es aber internationalistisch agierende Akteur*innen, die eine
106 europäische Öffentlichkeit schaffen. Wenn wir als Arbeiter*innenbewegung Europas diesen Part
107 nicht übernehmen, dann übernimmt ihn niemand.

108

109 Selbst innerhalb unserer Mutterorganisationen PES und YES bestimmen nationale Interessen
110 und daraus resultierende Trennungslinien die Arbeit. Postengeklügel und leere Kompromisse
111 verhindern das Entstehen einer demokratischen Struktur und einer offenen Diskussion über
112 Inhalte. Besonders deutsche Delegationen erwecken eher den Anschein, führende Kraft sein zu
113 wollen als treibende Kraft. Zugleich werden Informationen, Einladungen und Anfragen nur auf
114 höchster Ebene behandelt und oft nicht von den Mitgliedsorganisationen weiter gegeben. Die
115 direkte Kommunikation zwischen europäischer Ebene und Lokalebene wird erschwert und
116 teilweise unmöglich gemacht.

117

118 Wir sind davon überzeugt, dass dies der falsche Weg ist. Als sozialistische,
119 sozialdemokratische und Arbeiter*innenbewegung müssen wir uns klar zu Europa und
120 Internationalismus bekennen. SPD und Jusos müssen Flagge zeigen und den europäischen
121 Diskurs gestalten, statt ihn zu behindern. Die Struktur der europäischen
122 Arbeiter*innenbewegung muss gestärkt werden, um diesen Diskurs zu ermöglichen, der
123 Austausch muss angeregt werden, um Gemeinsamkeiten zu verstärken.

124

125

126

127

128

129

130

131

132

133

134

135

136

137

138

139

140

141

142

143

144

145

146

147

148

149

150

151

152

153

154

155

156

157

158

159

160

F

Frieden & Internationales

F 1	Projekt Zukunft Europas über den Juso Bundesvorstand Leitlinien europäischer Friedenspolitik	126
F 2	Hessen-Nord Für eine neue sozialdemokratische Entwicklungspolitik	130
F 3	Schleswig-Holstein Ostpolitik 3.0 – Sozialdemokratische Wege aus der Ukraine-Krise	133
F 4	Berlin Entwicklung post-2015 - Von einer neuen Agenda zu einem neuen Paradigma	138
F 5	Hessen-Süd Die humanitäre Katastrophe in Syrien muss gestoppt werden. Resolution für ein Ende der Gewalt durch erneute Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien	150
F 6	Sachsen Menschenrechte statt Aufrüsten! – Stopp des deutschen-mexikanischen Sicherheitsabkommen	153
F 7	Hannover Deutschland als verantwortungsvolle Friedensnation - Informations- und Vetorecht für den Bundestag vor Waffenexportentscheidungen	156
F 8	Hessen-Süd Keine Kampfdrohnen für die Bundeswehr!	157
F 9	Berlin Neue Sicherheitsarchitektur in Europa und die Unterstützung der Ukraine	159
F 10	Thüringen Völkermord an den Herero und Nama vollständig aufarbeiten	162

Titel Leitlinien europäischer Friedenspolitik

Antragsteller Projekt Zukunft Europas über den Juso Bundesvorstand

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Leitlinien europäischer Friedenspolitik

- 1 Für uns Jungsozialistinnen und Jungsozialisten ist Europa mehr als nur eine Union von Staaten.
- 2 Wir wollen ein geeintes, soziales und demokratisches Europa. Wie wir uns dieses föderale
- 3 Europa vorstellen, haben wir grundlegend 2014 auf unserem Bundeskongress beschlossen. Die
- 4 Werte, auf welchen dieses Europa nach innen stehen soll, müssen sich aber auch in einer
- 5 gemeinsamen Außenpolitik widerspiegeln. Eine gemeinsame Außenpolitik ohne die
- 6 Rückbindung an Werte ist für uns nicht zu denken.
- 7
- 8 Frieden ist das Ziel aller Außenpolitik. Deshalb reden wir Jungsozialistinnen und Jungsozialisten
- 9 von Friedenspolitik statt von Außen- und Sicherheitspolitik. Doch Friedenspolitik bedeutet
- 10 zweierlei: Nicht nur Frieden zu bewahren, wo Friede herrscht, sondern aktiv gegen Unfrieden
- 11 vorzugehen, wo dieser sich ausbreitet. Frieden ist breit zu verstehen. Frieden bedeutet für uns
- 12 nicht bloß die Abwesenheit von Krieg sondern insbesondere auch sozialer Frieden im globalen
- 13 Sinne.
- 14
- 15 Ein europäischer Staat, wie wir ihn anstreben, würde enorme politische, wirtschaftliche und
- 16 finanzielle Möglichkeiten besitzen. Diese Möglichkeiten bilden die Grundlage einer aktiven
- 17 Gestaltungsmacht, nicht nur, aber insbesondere in der Friedenspolitik. Diese Macht bedeutet für
- 18 uns in erster Linie Verantwortung. Eine wertorientierte Verantwortung für eine friedliche,
- 19 demokratische und solidarische Welt. Aus diesem Grund muss sich europäische Friedenspolitik
- 20 für uns an folgenden Werten orientieren:
- 21
- 22 **Zusammenarbeit auf Augenhöhe**
- 23 Eine europäische Friedenspolitik kann es nur auf Augenhöhe geben. Dies bedeutet für uns
- 24 insbesondere eine klare Abkehr von postkolonialen Einstellungen. Diese Augenhöhe ist jedoch
- 25 weiter zu verstehen. Für uns heißt dies eine Friedenspolitik mit dem Kerngedanken eines freien,
- 26 in Rechten gleichen Menschen in der Welt.
- 27
- 28 Zur zentralen Grundlage aller politischen Entscheidungen gehört die Beachtung der
- 29 Menschenwürde. Das gemeinsame europäische Ziel muss es sein, dass alle Menschen in
- 30 Freiheit leben können. Dabei ist Freiheit nicht nur die Freiheit von Unterdrückung, Verfolgung
- 31 und Krieg, sondern auch die Freiheit, ein selbstbestimmtes Leben führen zu können. Dafür
- 32 muss auch ein Mindestmaß an sozialen, kulturellen und politischen Partizipationsmöglichkeiten
- 33 gegeben sein. Diese beschriebene¹ Freiheit ist international nicht ohne breit angelegte
- 34 Umverteilungsmechanismen zu denken. Ein geeintes Europa trägt Verantwortung nicht nur für
- 35 die eigene Bevölkerung, sondern für alle von seinen Entscheidungen betroffenen Menschen. Das
- 36 Handeln gesellschaftlicher, politischer und wirtschaftlicher Akteure mit Sitz in der Europäischen
- 37 Union in der Welt darf nicht zur Folge haben, dass Regionen außerhalb Europas benachteiligt
- 38 werden. Unmittelbare und mittelbare Wirkung bei Akten der Europäischen Union sind kritisch zu
- 39 untersuchen, um gegebenenfalls negativen Auswirkungen entgegen zu steuern. Dabei sind wir

40 uns bewusst, dass die vergangene und aktuelle europäische Friedenspolitik- und
41 Außenwirtschaftspolitik zur Entstehung und Verschärfung von Konflikt- und Krisenherden
42 weltweit beigetragen haben. Ebenso beruht unser wirtschaftlicher Wohlstand zu nicht
43 unerheblichen Teilen auf der Ausbeutung und wirtschaftlichen Benachteiligung anderer
44 Regionen der Welt. Eine europäische Friedenspolitik darf vor diesem Umstand nicht die Augen
45 verschließen. Es ist festzustellen dass Effekte innerhalb kapitalistischer Wertschöpfungsketten
46 soziale Spannungen oft entstehen lassen oder soziale Ungleichheiten in der jeweiligen
47 Gesellschaft vertiefen. Eine europäische Friedenspolitik, die lediglich den eigenen Vorteil in den
48 Fokus der Betrachtung rückt, darf es nicht geben. Zusammenfassend gilt daher zu konstatieren
49 dass die Förderung von Selbstbestimmung durch eine europäische Friedenspolitik konkret die
50 Befähigung zur Selbstbestimmung durch eine Sicherstellung von ökonomischen, sozialen und
51 kulturellen Rechten bedeutet. Diese muss eine zwingende Leitlinie gemeinsamer Friedenspolitik
52 sein. Dies findet seine konkrete Ausgestaltung unter anderem in der Zusammenarbeit zur
53 Verbesserung der Lebenssituation der Bevölkerungen und in der Förderung von
54 Zivilgesellschaften. Dazu gehört unter anderem auch eine Zusammenarbeit zur
55 Demokratieförderung und Demokratiestärkung. Dies schließt eine Zusammenarbeit mit Staaten
56 und Gruppierungen, welche nicht unserer Demokratievorstellung entsprechen, nicht aus.
57 Zusammenarbeit, die vordergründig den europäischen Interessen dient, aber sich den
58 Deckmantel der Entwicklungszusammenarbeit gibt, kann dadurch jedoch nicht gerechtfertigt
59 werden. Eine solche Politik auf Kosten der Bevölkerungen in anderen Staaten, etwa zur
60 Schaffung von neuen Absatzmärkten, ist abzulehnen.

61
62 Die Förderung der menschlichen Selbstbestimmung und Emanzipation muss Ansatz einer
63 demokratiefördernden Friedenspolitik sein, unter diesem Leitsatz kann nur folgerichtig sein,
64 Menschen und Staaten Unterstützung anzubieten, aber nicht zu erzwingen.

65 66 **Solidarität**

67 Ein solidarisches Miteinander der Weltbevölkerung ist Selbstverständnis unseres vereinten
68 Europas.

69
70 Im Sinne einer gerechten, freien, gleichberechtigten Gesellschaft muss unser Europa die
71 Solidarität mit Regierungen, Gruppen, Organisationen und Menschen zeigen, die sich für eine
72 solche Gesellschaft einsetzen. Das bedeutet für uns jedoch nicht, dass wir Staaten unser
73 Gesellschaftsmodell aufdrängen wollen. Wir wollen stattdessen aktiv werben.

74
75 Vor allem in Krisensituationen und Krisenregionen kann praktische Solidarität für die
76 Zivilbevölkerung oder für Konfliktparteien von großer Bedeutung sein. Humanitäre
77 Unterstützung muss dabei stets wichtigstes Mittel sein. Solidarität ist für uns keine hohle Phrase
78 sondern konkreter Handlungsauftrag. Dieser Auftrag muss stets die Leitlinien des freien
79 Menschen gleich an Rechten und auf Augenhöhe in den Fokus rücken.

80 Ein Roll-back in eine nationale Interessenspolitik lehnen wir ab. Die europäische Verantwortung
81 besteht in der diplomatischen Artikulation von Wertungen und der Unterstützung von
82 Interessengruppen. Diplomatisches Werben für eine demokratische Gesellschaft und
83 verantwortungsvolles Handeln ist für uns erster Anknüpfungspunkt einer internationalen
84 Solidarität. Dieser umfasst allerdings auch die Aktivierung von Ressourcen im Inneren der
85 Europäischen Union. Die Solidarität für Menschen in Krisen- und Kriegssituationen endet nicht
86 an den Außengrenzen. Eine europäische Friedenspolitik ist ohne eine Politik im Inneren die
87 Gewährleistung von Schutz durch ein progressives Asyl- und Bleiberecht sicherstellt nicht zu
88 denken. Aber auch wir dürfen die Augen nicht davor verschließen, dass es Situationen geben
89 kann, in denen Diplomatie nicht ausreicht um Menschen vor massiven
90 Menschenrechtsverletzungen zu schützen. Wir sehen daher im Rahmen des Konzeptes der
91 Responsibility to Protect auch den Einsatz von militärischen Mittel zur Verhütung von massiven
92 Menschenrechtsverletzungen ultima ratio auch für die gemeinsame europäische Friedenspolitik
93 als legitimes Mittel an – dabei immer an unseren friedenspolitischen Leitlinien, die wir uns auf
94 dem Bundeskongress 2014 in Bielefeld gegeben haben orientiert. Die zivile Krisen- und
95 Konfliktbewältigung genießt jedoch auch in der europäischen Friedenspolitik absoluten Vorrang.

96 97 **Multiperspektivität**

98 Der derzeitige Wechsel der globalen Politik weg von einer bipolaren hin zu einer multipolaren
99 Welt lässt Europa zu einem stärkeren Akteur wachsen. Wie die Konflikte in der Ukraine oder in
100 Syrien zeigen sind neue globale Ordnungskonflikte nicht mehr mit den gleichen Antworten der

101 letzten Jahrzehnte zu beantworten. Ein reines Ost-West oder Schwarz-Weiß-Denken hat an
102 Überzeugungskraft verloren. Zentrale Aufgabe einer modernen gemeinsamen europäischen
103 Außenpolitik muss es daher sein, neue Antworten auf diese herausfordernden Fragen zu
104 entwickeln. Für uns steht neben der Förderung der Emanzipation zur Überwindung von sozialen
105 Spannungen und Ungleichheiten die Multiperspektivität im Zentrum dieser Aufgabe.
106 Unter Multiperspektivität verstehen wir die Abkehr von einer Friedenspolitik, die nur die eigenen
107 Interessen verfolgt ohne die Einbeziehung von Perspektiven und Interessen anderer Akteure im
108 internationalen Umfeld.

109 Nur eine umsichtige Friedenspolitik auf Augenhöhe, welche die Probleme, Perspektiven und
110 Interessen der Menschen in anderen Regionen der Welt achtet und in Strategien und
111 Entscheidungen einbindet, kann dazu beitragen, eine gerechtere, freiere Welt zu schaffen.
112 Multiperspektivität ist nicht bloß vermeintlich linke Utopie sondern viel mehr ein pragmatischer
113 Erfolgsfaktor. Ohne eine Multiperspektivität in der Friedenspolitik kann Europa kein
114 solidarischer Partner auf Augenhöhe in einer multipolaren Welt sein.

115
116 Für uns Jungsozialistinnen und Jungsozialisten sind diese Werte bestimmende Faktoren für
117 eine gemeinsame europäische Friedenspolitik. Diese müssen sich auch in den konkreten
118 Handlungen und Akten widerspiegeln. Für uns stellt die gemeinsame europäische
119 Friedenspolitik einen wichtigen Schritt der europäischen Integration dar. Durch die
120 wertegeleitete Koordination können Synergieeffekte sinnvoll genutzt werden um eine
121 gemeinsame Agenda zu fördern. Das bedeutet allerdings auch, dass neben der
122 Herausarbeitung von zwingenden Werten in der europäischen Friedenspolitik auch einzelne
123 Handlungsoptionen aufgezeigt und kritisch untersucht werden. Für uns ist daher insbesondere
124 die Frage nach einer europäischen Friedens- und Verteidigungspolitik, sowie einer
125 gleichzeitigen Friedensförderung, in den Fokus der Betrachtung zu rücken. Diese Instrumente
126 sind nicht abschließend sondern viel mehr beispielhaft für die aktuellen Herausforderungen der
127 europäischen Friedenspolitik.

128 129 **Wege zu einer europäischen Friedenspolitik**

130 Dort, wo staatliche Souveränität, Rechtsstaatlichkeit und die Menschenrechte in Gefahr sind,
131 trägt ratlose Untätigkeit dazu bei, die Welt instabiler und unfriedlicher zu machen. Stabilität und
132 ein friedliches internationales System können dagegen nur dort entstehen, wo diese
133 elementaren Voraussetzungen menschlicher Würde nicht in Frage stehen sprich soziale,
134 kulturelle und ökonomische Stabilität gewährleistet sind.

135
136 Die Krisen- und Kriegsszenarien können hierbei vielfältig sein und lassen sich nicht auf
137 bewaffnete Szenarien verkürzen. Diese Friedenspolitik ist prinzipiell dem Gewaltverbot der
138 Charta der UN und dem Vorrang der friedlichen bzw. gewaltfreien Lösung unterworfen. Dennoch
139 der Einsatz von militärischen Mitteln kann nicht auf eine enge Definition verkürzt oder mit
140 Aggression gleichgesetzt werden. An vielen Stellen sind militärische Missionen im Rahmen
141 rechtserhaltender Maßnahmen unabdingbar: z.B. beim Schutz demokratischer Wahlen in
142 Drittstaaten, der Beseitigung von Massenvernichtungs- und auch konventioneller Waffen wie
143 z.B. Minen oder bei der Bewältigung größerer Naturkatastrophen. Gerade hier muss es zu einer
144 koordinierten Friedenspolitik innerhalb der EU kommen, die durch die anwachsende Anzahl von
145 destabilisierende Faktoren in der unmittelbaren Nachbarschaft, aber auch nicht zuletzt durch die
146 Hinwendung der USA zum pazifischen Raum unabdingbar geworden ist. Europa hat die
147 einmalige Chance sich außenpolitisch als friedensstiftender Mediator in den aktuellen
148 Ordnungskonflikten zu positionieren.

149
150 Um Europa jedoch ein stärkeres außenpolitisches Gesamtgewicht zu verleihen, brauchen wir
151 eine außenpolitisch handlungsfähige EU, die in allen Fragen – vor allen Dingen in schwierigen
152 Abwägungsprozessen zwischen Krieg und Frieden – mit einer Stimme spricht. Deshalb
153 sprechen wir uns für folgende Maßnahmen aus:

154
155 Die Europäische Union erhält einen gemeinsamen Sitz im Sicherheitsrat der UN. Diese
156 Veränderung wird eingebettet in eine Reform dieser Institution, worin die EU durch Halter eines
157 gemeinsamen Sitzes, auch als Vorbild zu mehr Multilateralismus, bei den Vereinten Nationen
158 werden kann.

159
160 - Das Europäische Parlament wird gestärkt und ein Friedens- und Verteidigungsausschuss
161 geschaffen.

162

163 - Die Förderung von europäischen militärischen Verbänden auf dem Weg zur einer
164 gemeinsamen europäischen Friedenstruppe und damit verbunden eine konsequente Abrüstung.

165

166 - Selbstverständlich sollte jede Form des militärischen Einsatzes unter Vorbehalt des
167 Europäischen Parlamentes stehen; dies nicht zuletzt deswegen, da eine Entnationalisierung
168 und Europäisierung der militärischen Strukturen die Möglichkeit nationaler Alleingänge beendet.

169

170 Die Europäische Union darf sich bei ihren friedensstiftenden Maßnahmen nicht nur auf die
171 unmittelbare Region beschränken oder durch eigene Partikularinteressen leiten lassen. Die
172 Stärkung des Friedens in der Region muss als Chance verstanden werden, da die dadurch
173 freiwerdenden Kräfte in anderen Teilen der Welt eingesetzt werden können. Konsequenz kann
174 man in diesem Bereich aus dem noch regionalen Player EU einen global-agierenden
175 Friedensakteur machen.

176

177 Bei allen Anstrengungen einer gemeinsamen Friedensstrategie soll kein Gegenentwurf zu
178 bereits bestehenden Systemen kollektiver Sicherheit entstehen. Vielmehr geht es sogar darum,
179 ein koordiniertes europäisches Handeln zu gewährleisten.

180

181 Unser Ziel muss es sein die Paradigmen in der Friedenspolitik langfristig zu verändern. Das
182 militärische Kräftemessen und das dadurch resultierende Gleichgewicht durch Abschreckung
183 werden bedauerlicherweise weiterhin prägende Faktoren der Sicherheitspolitik sein. Militärische
184 Stärke ist selbstverständlich kein Selbstzweck - ihre Existenz legitimiert sich aber über die
185 Fähigkeit, durch Abschreckung Waffen schweigen zu lassen und bewaffnete Konflikte zu
186 beenden, wo diese Abschreckung ausblieb. Jede Maßnahme legitimiert sich durch unser oben
187 beschriebenes Wertesystem. Stumpfer Militarismus wird somit eine klare Absage erteilt.

188

189 **Zivile Friedensförderung stärken**

190 Seit ihrer Gründung war Friedensförderung und Erhalt zentrales Ziel der europäischen
191 Gemeinschaft.

192

193 Ein vereintes Europa besitzt eine Vielzahl von wirtschaftlichen und zivilen Möglichkeiten, um
194 Konflikten präventiv zu begegnen. Europäische Friedenspolitik muss immer im
195 internationalistischen Kontext erfolgen. Nur so kann sie ihre volle Wirkung entfalten und effektiv
196 wirken.

197 Ein Instrument europäischer Friedenspolitik ist die Entwicklungszusammenarbeit. Diese darf nie
198 rein wirtschaftlichen Interessen dienen und zu Ausbeutung führen, wie es zu oft der Fall ist.
199 Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind unsere Grundwerte. Ihre Ziele müssen die
200 Überwindung von Armut und Hunger in der Welt sein. Sie muss strukturschwachen Ländern und
201 Regionen Bildungsprogramme und zivilgesellschaftliches Engagement ermöglichen, sowie
202 Gleichstellung und die freie Persönlichkeitsentfaltung garantieren.

203

204 Um das zu realisieren, muss das Ziel, dass alle Mitgliedstaaten der EU 0.7% ihres Brutto-
205 Sozialproduktes für Entwicklungszusammenarbeit investieren, endlich umgesetzt werden.

206

207 **Hoch die internationale Solidarität!**

208 Europa ist mehr als nur eine Union von Staaten. Wir wollen ein geeintes, soziales und
209 demokratisches Europa, das eine progressive Friedenspolitik betreibt. Wir bekennen uns zu
210 einem Europa, das als friedenspolitische Gemeinschaft auf- und für die Grundwerte Freiheit,
211 Gleichheit, Solidarität auf allen Ebenen eintritt, dabei nie bevormundend und immer in den
212 internationalen Kontext eingebunden ist. Denn nur durch eine konsistente Friedenspolitik kann
213 Europa seinen Beitrag zu einer friedlicheren Welt leisten. Doch ist dieses Eintreten kein
214 Selbstzweck. Europäische Friedenspolitik muss mit Leben gefüllt und aktiv gelebt werden. Das
215 ist Aufgabe für uns Jusos und die gesamte sozialistische Familie in Europa.

216

217

218

219

220

221

Titel Für eine neue sozialdemokratische
Entwicklungspolitik

Antragsteller Hessen-Nord

Zur Weiterleitung an SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion, S&D-
Fraktion im Europ. Parlament

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Für eine neue sozialdemokratische Entwicklungspolitik

1 Der Bundeskongress möge beschließen:

2

3 2015 ist für die globale Entwicklungspolitik ein weiteres Jahr der Zäsur: Das Jahr stellt den
4 Endpunkt eines mit den Millenniumsentwicklungszielen (MDGs) 2001 begonnenen Prozesses
5 dar. Die Bilanz der MDGs fällt gemischt aus: Einige wurden unter dem Strich erreicht oder sind
6 zumindest auf dem besten Wege dorthin, bei anderen besteht auch im weltweiten Durchschnitt
7 noch erheblicher Bedarf. Auch die positiven Eindrücke sind jedoch differenziert zu sehen: Dass
8 etwa Ziel 1, die Halbierung der Anzahl in extremer Armut lebender Menschen, erfüllt wurde, ist
9 ohne Frage ein großer Erfolg – der sich allerdings keineswegs in allen Regionen der Welt
10 gleichermaßen widerspiegelt. Die „Post-2015-Agenda“ beinhaltet dementsprechend noch viele
11 zentrale Herausforderungen, die vor dem Ziel einer globalen nachhaltigen Entwicklung
12 gemeistert werden müssen.

13

14 Die Verzahnung nationaler Entwicklungszusammenarbeit (EZ) zu einer gemeinsamen
15 europäischen Linie ist per se ideell sowie strategisch zu begrüßen – aktuell jedoch zeichnet sich
16 letztere durch eklatante Widersprüche aus, welche die vorhandenen Fortschritte oftmals völlig
17 konterkarieren. Die folgenden Forderungen können neben anderen dazu beitragen, diese
18 gegenläufige Wirkung von Maßnahmen aufzulösen und eine bessere EZ, mithin die
19 Verwirklichung des von der UN postulierten „Lebens in Würde für alle“ zu ermöglichen.

20

21 **Weg mit Kohärenz um jeden Preis – Entwicklungspolitik muss für sich stehen können!**

22

23 Mit dem „Europäischen Konsens“ von 2005 wurde das Prinzip der „Policy Coherence for
24 Development“ institutionalisiert und erweist sich seitdem als prägend für die EZ der EU. Das
25 Kohärenzkonzept strebt an, die Synergien zwischen verschiedenen Politikfeldern zu nutzen, in
26 diesem Fall also entwicklungspolitische Überlegungen in andere Bereiche einfließen zu lassen
27 und Zielkonflikte zu vermeiden. Soweit die lobenswerte Theorie – die Praxis stellt sich jedoch in
28 aller Regel umgekehrt dar: Entwicklungspolitik wird von übermächtigen Politikfeldern dominiert,
29 instrumentalisiert und schlimmstenfalls ausgehöhlt. Der Eindruck entsteht, Vergemeinschaftung
30 solle um ihrer selbst Willen erzwungen werden, anstatt sich an den tatsächlichen politischen
31 Erfordernissen zu orientieren: Die Interessen der Partnerinnen und Partner bleiben in einem
32 aufgeblähten EU-internen Abstimmungsprozess schnell auf der Strecke.

33

34 Deswegen muss die Sozialdemokratie sich dafür einsetzen, dass Entwicklungspolitik sehr wohl
35 auch für sich stehen kann und zu einem als gleichwertig anerkannten Politikfeld wird. Erst wenn
36 dies gewährleistet ist, kann ein Streben nach Kohärenz seinen ursprünglichen Zweck erfüllen.

37 Geschehen kann dies auf Ebene der europäischen Institutionen beispielsweise durch eine
38 massive Kompetenzaufwertung der für Entwicklungspolitik zuständigen Generaldirektion
39 DEVCO innerhalb der Kommission oder durch eine verstärkte Einbindung des entsprechenden
40 Parlamentsausschusses in Entscheidungsprozesse. Weiterhin ist eine umfassende Reflektion
41 und in Teilen Neudefinition des eigenen Selbstverständnisses unabdingbar. Wo Freihandel zur
42 Notwendigkeit erklärt wird, wo wirtschaftliche gegen politische oder gesellschaftliche Interessen
43 ausgespielt und ihnen gegenüber priorisiert werden, wird es – egal, wie die formalen Prozesse
44 ausgestaltet sind – keine Entwicklungspolitik geben, die diesen Namen verdient.

45

46 Dies gilt, in unterschiedlichem Maße, ebenso in den verschiedenen nationalen politischen
47 Systemen. In Deutschland bedeutet dies eine Stärkung und eine noch praktischere Ausrichtung
48 des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Seine
49 Verknüpfung mit den Durchführungsorganisationen muss weiter vorangetrieben, gleichzeitig
50 muss es noch eigenständiger in Abgrenzung etwa zum Auswärtigen Amt oder zum
51 Bundesministerium für Wirtschaft und Energie agieren können. In einer Koalition, in der das
52 BMZ zum „Außenministerium der CSU“ (Horst Seehofer) erklärt wird, ist der Einsatz der SPD an
53 dieser Stelle besonders gefragt – und der Nachholbedarf groß.

54

55 Wir fordern:

56

57 • Umdenken! Gute Entwicklungspolitik beginnt in den (sozialdemokratischen) Köpfen, die
58 einseitige Freihandelsdoktrin ist hinter umfassendere Ansätze zurückzustellen.

59

60 • Entwicklungspolitik institutionell stärken! DG DEVCO und das Europäische Parlament
61 müssen aufgewertet, auf nationaler Ebene parallel gehandelt werden.

62

63 **Wirtschaftspartnerschaftsabkommen stoppen bzw. rückgängig machen – die Vernichtung**
64 **von Entwicklungschancen darf nicht in Kauf genommen werden!**

65

66 Der rücksichtslose Export europäischer Standards zulasten von Entwicklungsländern durch die
67 so genannten Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (Economic Partnership Agreements, kurz
68 EPAs) darf nicht weiter unkommentiert bleiben, sondern ein radikaler Kurswechsel ist geboten:
69 Die unter großem Druck seitens der EU zustande gekommenen EPAs oder Interims-EPAs
70 müssen mit sofortiger Wirkung ausgesetzt und unter völlig neuen Strukturen auf tatsächlicher
71 Augenhöhe neuverhandelt werden! Dafür muss zunächst die unsinnige regionale Zersplitterung
72 des Verhandlungspartners – der AKP-Gruppe (afrikanische, karibische und pazifische Staaten)
73 – aufgehoben werden. Nicht nur wurde dadurch die andere Partei massiv geschwächt, sondern
74 auch bestehende Integrationsprozesse unterlaufen.

75

76 Es handelt sich deshalb bei den EPAs nicht um Partnerschaftsabkommen unter EZ-
77 Gesichtspunkten, sondern um neoliberale Freihandelsabkommen mit schwerwiegenden Folgen
78 für fast alle Politikbereiche in den Partner*innenländern. Mag das bisherige Präferenzsystem
79 auch diverse Nebenwirkungen hervorgebracht haben, gefährdet eine zu plötzliche vollständige
80 „Normalisierung“ die Ökonomie und Entwicklung der Partner*innen. Deshalb muss die EU den
81 AKP-Staaten weiterhin individuelle Handelsprivilegien einräumen. Eine Marktöffnung kann nur
82 schrittweise und unter bestimmten Voraussetzungen erfolgen. „Gute“ EPAs müssen strukturelle
83 Probleme wie z.B. Rohstoffabhängigkeit adressieren, statt europäische Investor*innen zu
84 schützen und staatliche Regulierungsmöglichkeiten zu unterwandern.

85

86 „Sozialdemokrat*innen“, die bei TTIP & Co. – wo eigene Standards potentiell gefährdet werden
87 – in den Widerstand einstimmen, das egoistische Ausspielen der europäischen Machtposition
88 gegenüber Entwicklungsländern aber kommentarlos hinnehmen, haben ihren Namen nicht
89 verdient. Da die SPD, die SPE und andere politische Player*innen diese Veränderungen nicht
90 im Alleingang bewerkstelligen können, ist es ihre Aufgabe, die Bürger*innen für diese Thematik
91 zu sensibilisieren und sie auf die drastischen Konsequenzen gegenwärtiger Politik aufmerksam
92 zu machen – damit ein breites gesellschaftliches Bündnis unsere Position stützen kann.

93

94 Wir fordern:

95

96 • EPAs sofort stoppen! Faire Neuverhandlungen müssen mit der AKP-Gruppe als Ganzes
97 geführt, aber individuelle Bedarfe aller Partner*innen berücksichtigt werden.

98 • Kein bedingungsloser Freihandel! Institutionelle Kompetenzverlagerungen müssen
99 revidiert, für den ideologischen Kurswechsel breite Öffentlichkeit hergestellt werden.
100

101 **Koloniale Abhängigkeitsstrukturen final durchbrechen – den globalen Ansatz forcieren!**

102
103 Auch ein halbes Jahrhundert nachdem die meisten Kolonien ihre formale Unabhängigkeit
104 erlangten, besteht eine Vielzahl von Beziehungsmustern kolonialer Herrschaft fort. Diese
105 aufzubrechen, bleibt als große Aufgabe der Post-2015-Entwicklungspolitik bestehen. Das
106 koloniale Stigma haftet primär einzelnen Mitgliedstaaten an, die Abhängigkeitsstrukturen in
107 deren Beziehungen zu ihren Partner*innenländern sind gravierend - und eine weitere
108 Vergemeinschaftung des Politikfeldes deshalb grundsätzlich zu begrüßen.
109

110 Tatsächlich konzentriert sich die EU weniger auf die so genannten aid darlings, also Staaten, die
111 sich großer Beliebtheit bei den Geber*innen erfreuen – sondern vertritt stattdessen einen
112 globaleren Ansatz, der auch sonst meist vernachlässigte sowie fragile Staaten einschließt.
113 Dieser Weg ist weiter zu forcieren, um nicht bestimmte Regionen von der unter dem Strich
114 positiven Bilanz hinsichtlich der MDG-Erreichung auszuschließen. Gerade fragile Staaten sind
115 noch stärker in den Fokus zu nehmen, da die Bevölkerung dort in besonderem Maße auf
116 internationale Unterstützung angewiesen ist. Der mit einer solchen Situation verbundene
117 institutionelle und finanzielle Mehraufwand für EZ darf weder auf nationaler noch auf
118 europäischer Ebene ein Hindernis darstellen. In einigen Sektoren wie der humanitären Hilfe hat
119 die EU zudem originäre Kompetenzen erlangt, dank derer sie dort als effektivere Geberin im
120 Vergleich zu den Nationalstaaten betrachtet wird. Diese komparativen Vorteile sind auf weitere
121 Teilfelder auszubauen und EZ untereinander besser zu koordinieren.
122

123 Parallel zu diesem weiteren Kompetenztransfer auf die EU-Ebene, muss diese gleichwohl
124 eigene neokolonialistische Tendenzen reduzieren. Mit strikten Kriterienkatalogen impliziert auch
125 die EU als Geberin, am besten zu wissen, wie Hilfe eingesetzt werden sollte und was für die
126 Partner*innenländer erstrebenswert ist. Dies ist gerade in der Zusammenarbeit mit Staaten, die
127 über eine ansatzweise demokratisch legitimierte Regierung verfügen, falsch und solche
128 Regularien entsprechend durch einen vertieften Dialogprozess zu ersetzen. Der Missbrauch von
129 EZ-Strukturen zur Einmischung in Interna der Partner*innen ist immer zu unterlassen.
130

131 Wir fordern:

132
133 • Europa statt Nationalstaaten! Trotz aller Kritik: Koloniale Abhängigkeitsstrukturen können
134 nur durch gemeinsame europäische Entwicklungspolitik durchbrochen werden.
135

136 • Finger weg von Einmischung! Zielführende EZ-Verhandlungen aus Partner*innensicht
137 müssen Bevormundung und Egoismus seitens EU oder Nationalstaaten ersetzen.
138

139 **Outputorientierter arbeiten: Die Kriterien sind da – evaluiert sie richtig!**

140
141 Ergänzend ist festzuhalten, dass es an Kriterien und Zielmarken für „gute“ Entwicklungspolitik
142 nicht mangelt – ergebnisorientiert wie die MDGs, oder prozessorientiert wie die Grundsätze der
143 Paris Declaration, welche sich auf die Abstimmung zwischen Geber*innen und Partner*innen
144 unter Berücksichtigung von deren Interessen konzentrieren. Auch die EU hat sich längst
145 konkreten gemeinsamen Werten und Zielen verschrieben. Fast alle EZ betreibenden
146 Institutionen benennen konkrete Ziele für jedes einzelne Projekt. Wegweisend für den Erfolg
147 zukünftiger Maßnahmen wird es deshalb sein, das Netzwerk der Evaluation weiter auszubauen
148 und die großen Prinzipien wie eben diejenigen der Paris Declaration nicht als wünschenswerten
149 Idealzustand vor sich herzutragen, sondern die praktische EZ permanent daran zu messen und
150 nötigenfalls in Absprache neu auszurichten. Entwicklungspolitik ist nie eine Einbahnstraße.
151

152 Das Fazit ist eindeutig: Eine EU, die Entwicklungspolitik instrumentalisiert oder „mächtigeren“
153 Interessen unterordnet, macht nichts besser. Gleichwohl hat nur Europa als Ganzes die
154 Kapazitäten, um Entwicklungspolitik gemeinsam besser zu machen als die Summe seiner
155 Mitgliedstaaten es schafft – und um wirklich globale Effekte zu erzielen. Das geht aber nur mit
156 einer klaren Abkehr vom aktuell grassierenden blinden Vertrauen in den Freihandel. An der
157 Spitze dieser Reformen hat die Sozialdemokratie zu stehen: SPD, SPE, bewegt euch endlich!
158

Titel Ostpolitik 3.0 – Sozialdemokratische Wege aus der Ukraine-Krise

Antragsteller Schleswig-Holstein

Zur Weiterleitung an SPD-Bundestagsfraktion

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Ostpolitik 3.0 – Sozialdemokratische Wege aus der Ukraine-Krise

- 1 "In Frieden zu leben erfordert nicht große Worte, sondern viele kleine Schritte."
2
3 - Egon Bahr
4
5 **1. Grundlagen einer sozialdemokratischen Außenpolitik für Osteuropa**
6
7 Die deutsche Außenpolitik im osteuropäischen Raum ist durch die zwei sozialdemokratischen
8 Ostpolitiken geprägt. Wandel durch Annäherung war das durch Willy Brandt und Egon Bahr in
9 den 1960er und 1970er Jahren geprägte Credo. Gewaltverzicht und Anerkennung der
10 europäischen Nachkriegsgrenzen waren die ersten Etappen auf dem Weg des
11 Zusammenwachsens. Ihren Kristallisationspunkt fand diese erfolgreiche Politik im Fall der
12 Mauer und der folgenden Wiedervereinigung.
13
14 Die zweite Phase sozialdemokratischer Ostpolitik nahm ihren Ausgang während der
15 Kanzlerschaft von Gerhard Schröder. Die zunächst von Deutschland initiierte
16 Modernisierungspartnerschaft mit Russland, die später von der EU aufgenommen wurde, führte
17 in eine neue Phase enger politischer und wirtschaftlicher Verbindungen zwischen Ost und West.
18
19 In der aktuellen Phase der Konfrontation sind diese Politikansätze in die Jahre gekommen. Das
20 bedeutet keinesfalls ihr Scheitern, beweist aber die Notwendigkeit neuer Antworten vor dem
21 Hintergrund veränderter Rahmenbedingungen. Die östlichen EU-Staaten sind heute wesentlich
22 einflussreicher, die Länder der Östlichen Partnerschaft[1] sind von Objekten des Völkerrechts zu
23 eigenständigen Akteuren geworden und Russland hat wieder an außenpolitischer Stärke
24 gewonnen.
25
26 Die Kraft zur Formulierung eines neuen außenpolitischen Kurses in Osteuropa wird erneut nur
27 die Sozialdemokratie aufbringen können. Angesichts neuer Entwicklungen ist die Zeit reif für
28 eine dritte Ostpolitik, die eingebettet in die sozialdemokratische Tradition neue Wege geht.
29 Oberstes Ziel ist die Einrichtung einer europäischen Friedensordnung. Deshalb muss es sich
30 um eine europäische Politik handeln, die auf die ganze Region ausgerichtet ist und neben der
31 russischen Föderation auch die Länder der Östlichen Partnerschaft in den Blick nimmt.
32
33 Im Folgenden soll die Situation in Osteuropa mit Schwerpunkt auf den Konflikt in der Ukraine
34 analysiert werden. Er ist Hebel für Fortschritt. Ohne eine Klärung der Situation auf der Krim sind
35 die Spielräume für Entspannung zwischen Ost und West extrem begrenzt. Nach der Analyse
36 Russlands, der Ukraine und des Konflikts werden Maßnahmen für die kurze, mittlere und lange
37 Frist vorgeschlagen, die den Grundstein für eine neue Ostpolitik legen sollen.
38

39 **2. Russland – Der Putin-Konsens im Wandel**

40

41 Die 90er Jahre waren eine entscheidende Phase in der Entwicklung Russlands. Um das Land
42 zu verstehen, ist es entscheidend anzuerkennen, dass die Wahrnehmungen der Realität aus
43 europäischer und russischer Perspektive erhebliche Abweichungen aufweisen. Während also
44 die Jelzin-Zeit in Russland als Phase des wirtschaftlichen Niedergangs, der Korruption und des
45 Ausverkaufes staatlichen Eigentums verstanden wird, steht aus europäischer Sicht der Prozess
46 der Demokratisierung im Vordergrund.

47

48 Auch außenpolitisch wurde der Grundstein für andauernde Missverständnisse auf beiden Seiten
49 gelegt. Die aus europäischer Sicht dem Sicherheitsbedürfnis der baltischen Staaten und Polen
50 gerecht werdende NATO-Osterweiterung sorgte für Beunruhigung in Russland. Aus russischer
51 Perspektive wurde eine Einbindung des Landes – trotz des NATO-Russland-Rates[2] –
52 vermieden und Anerkennung für die strategischen Interessen Russlands versagt. Der Einsatz
53 der NATO im Jugoslawienkrieg erschien Russland als Angriff auf einen Verbündeten, ebenso
54 wie als Verstoß gegen geltendes Völkerrecht.

55

56 Im Jahr 1999 begann die erste Amtszeit Wladimir Putins und mit ihr eine neue Ära der
57 russischen Politik. Aus europäischer Sicht ist diese Zeit insbesondere durch den Abbau von
58 Freiheitsrechten und der Unterdrückung der politischen Opposition geprägt. In Russland
59 dominiert das Bild einer Phase des wirtschaftlichen Wachstums, in der Beschäftigung und
60 Löhne gleichermaßen angestiegen sind. Auf diese Weise gelang es, den sogenannten Putin-
61 Konsens zu etablieren, der zur anhaltenden Popularität des russischen Präsidenten
62 entscheidend beitrug. Die Bevölkerung bewertet bis heute den wirtschaftlichen Fortschritt und
63 die außenpolitische Stärke Russlands wichtiger, als den Erhalt bürgerlicher Rechte.

64

65 Durch die Phase wirtschaftlicher Schwierigkeiten vor der dritten Amtszeit Putins, die
66 insbesondere durch fallende Rohstoffpreise ausgelöst wurde, begann dieses Konsens zu
67 bröckeln. Das auf dem wirtschaftlichen Erfolg basierende politische System funktionierte nicht
68 mehr reibungslos. Der Putin-Konsens geriet zunehmend unter Druck.

69

70 Putin reagierte auf diese Entwicklung mit der verstärkten Betonung eines russischen
71 Nationalgefühls. Der zunehmende Einsatz für vermeintliche und reale "russische" Interessen
72 auch jenseits der eigenen Staatsgrenzen ist eine direkte Folge dieser Entwicklung. Der Putin-
73 Konsens wurde auf diese Weise innerhalb der letzten Jahre wieder gestärkt. Trotz der
74 zunehmend existenziell bedrohlichen wirtschaftlichen Entwicklung für große Teile der
75 Bevölkerung ist die Popularität Putins ungebrochen.

76

77 Diese Entwicklung vollzieht sich vor dem Hintergrund einer sich verändernden Weltordnung.
78 Russland reagiert auf eine Verschiebung des globalen Machtpotentials in den asiatischen Raum
79 mit einer Fokussierung der chinesisch-russischen Zusammenarbeit. Der aktuelle Konflikt
80 zwischen Russland und dem Westen beschleunigt diesen Prozess. Über die Kooperation der
81 BRICS-Staaten[3] wird versucht, ein eigenes Machtzentrum zu bilden, um einer monopolaren
82 Weltordnung[4] amerikanischer Prägung entgegenzutreten. Die gegenseitige Sanktionsspirale
83 hat zu einem neuen Tiefpunkt in den politischen Beziehungen zwischen Europa und Russland
84 geführt.

85

86 **3. Die Ukraine - gefangen zwischen Europa und Russland**

87

88 Nach über einem Jahr Krieg in der Ukraine hat keine Seite des Konflikts ihre Ziele
89 vollumfänglich erreicht, was die Lage nicht nur labil, sondern auch gefährlich macht.
90 Stattdessen hat sich eine regelrechte Kriegswirtschaft entwickelt, die vom Konflikt lebt und
91 deshalb großes Interesse an seiner Fortführung hat. Eine erneute militärische Eskalation kann
92 somit – trotz der Fortschritte durch das Abkommen Minsk II[5] – nicht ausgeschlossen werden.

93

94 Die Ukraine ist unter der neu gewählten politischen Führung entschlossen, sich aus der
95 Hegemonie[6] Russlands zu lösen und einen eigenen Weg nach Westen zu gehen. Ihr
96 Kriegsziel ist die Wiederherstellung der Souveränität auf dem gesamten Staatsgebiet,
97 einschließlich der Kontrolle über die eigene Staatsgrenze im Donbass[7].

98

99 Die Separatisten hingegen wünschen einen eigenen Teilstaat im Osten der Ukraine, der sich

100 stark an der Russischen Föderation orientieren soll. Russlands Rolle ist noch komplexer. Klar ist
101 heute, dass die Separatisten mit Waffen, Material und Soldaten unterstützt worden sind. In
102 jüngster Zeit mehren sich allerdings die Anzeichen, dass auch die russische Administration auf
103 eine Einhaltung des Abkommens von Minsk drängt. Ihr Einfluss auf die Führung der
104 Separatisten scheint dabei begrenzt zu sein.

105

106 Die Regierung der Ukraine gerät zunehmend in eine schwierige Situation, da sie die
107 Vereinbarungen des Abkommens von Minsk – insbesondere den geforderten
108 Verfassungsprozess – Schritt für Schritt umsetzt. Weil die Zusagen der Gegenseite kaum oder
109 gar nicht eingehalten werden, gibt das nationalistischen Kräften im Westen der Ukraine Auftrieb,
110 die eine flächendeckende Wiederaufnahme militärischer Gewalt fordern.

111

112 Zum jetzigen Zeitpunkt spricht vieles dafür, dass der Krieg in der Ost-Ukraine mit geringerer
113 Intensität fortgeführt wird. Auf diese Art und Weise behält Russland Einfluss auf die instabile
114 Lage der Ukraine. Tatsächlich wäre aber die beiderseitige Einhaltung der
115 Waffenstillstandsvereinbarung Voraussetzung für eine Normalisierung der Lage und die
116 Grundlage dafür, dass der Verfassungsprozess mit größeren Autonomierechten für die
117 Regionen politische und gesellschaftliche Mehrheiten findet.

118

119 Unabhängig von einer politischen Bewertung ist vor diesem Hintergrund die Aufnahme der
120 Ukraine in die EU oder NATO unrealistisch. Das Land ist nach wie vor wirtschaftlich und
121 politisch abhängig von der russischen Föderation, weil sie der wichtigste Handelspartner ist.
122 Gleichzeitig forciert die Ukraine mit der Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens die
123 eigene Westbindung. Die schwierige Lage der Ukraine zwischen den Machtblöcken hat sich auf
124 diese Weise verschärft.

125

126 Aktuell macht sich zudem die wirtschaftliche Abwärtsspirale in der Ukraine deutlich bemerkbar.
127 2014 ist das BIP[8] um 6,8% zurückgegangen, für 2015 werden erneut 6,8% prognostiziert. Die
128 Reallöhne werden in diesem Jahr voraussichtlich um 15% fallen; die Inflation wird für das Jahr
129 2015 gegenüber dem vorangegangenen Jahr auf 30% bis 35% veranschlagt. Des Weiteren lag
130 die Jugendarbeitslosigkeit bereits 2013 bei 17,8 % und ist seitdem deutlich angestiegen.
131 Fachleute erwarten erst 2016 eine leichte wirtschaftliche Erholung. Im Umkehrschluss bedeutet
132 dies, dass die Ukraine auf wirtschaftliche Unterstützung von außen angewiesen ist, um sozialen
133 Frieden und gesellschaftlichen Zusammenhalt zu sichern. Insgesamt sieht das Land einer
134 unsicheren Zukunft entgegen.

135

136 4. Kurzfristige Maßnahmen - Auf dem Weg zu Stabilität und Sicherheit

137

138 Vor allen anderen denkbaren Maßnahmen muss auf eine konsequente **Umsetzung des**
139 **Minsker Abkommens** hingewirkt werden. Ein **Ende der Gewalt** in der Ostukraine ist dringend
140 erforderlich, um Spielräume für politische Entspannung zu schaffen. Der **Status der Krim** muss
141 geklärt werden. Ausdrücklich ist damit **keine Akzeptanz des Völkerrechtsbruches** durch die
142 Russische Föderation verbunden.

143

144 Mit dem Fortschreiten des Friedensprozesses muss die **humanitäre Unterstützung** für die
145 besonders betroffenen Gebiete in der Ukraine einhergehen. Bedingung dafür ist eine
146 schrittweise **Entwaffnung paramilitärischer Gruppen[9]**. Parallel muss der
147 **Verfassungsprozess** fortgeführt werden, um den Regionen größere Autonomie und den
148 Minderheiten in der Ukraine besseren Schutz zu garantieren.

149

150 Gegenüber Russland braucht es eine **Abrüstung in der Rhetorik** auf die man sich gemeinsam
151 verständigen muss. Keine der Seiten sollte eine militärische Lösung in Erwägung ziehen. Eine
152 **Verpflichtung zum Gewaltverzicht** sollte diese Haltung garantieren. Auf dieser Grundlage
153 können dann die **Sanktionen für Parlamentarier und Vertreter der Exekutive** beiderseitig
154 aufgehoben werden. Das ermöglicht eine Verstärkung des politischen und zivilgesellschaftlichen
155 Dialogs. Die Rückkehr Russlands in den Kreis der G7 wäre eine weitere Maßnahme zur
156 Normalisierung der Situation.

157

158 Das verlorene Vertrauen muss durch den Wiederaufbau vertrauensvoller Kanäle nach Russland
159 zurückgewonnen werden. Dabei sollten zunächst gegenseitige **Rote Linien** identifiziert werden,
160 um davon ausgehend **gemeinsame Interessen** zu definieren. Dies umfasst insbesondere

161 Energieversorgung, wirtschaftliche Kooperation, Rohstoffversorgung, Terrorismusbekämpfung,
162 den Klimawandel und die Stabilisierung der Situation im Nahen Osten. Gemeinsame Interessen
163 in diesem Bereich sollten zudem nicht leichtfertig aufgegeben werden, weil das die Eskalation
164 von Konflikten wahrscheinlicher macht.

165

166 Zügig sollte dann über einen gegenseitigen **Abbau der Sanktionen** verhandelt werden.
167 Insbesondere die Beschränkungen im Bereich der Nahrungsmittel sind eine große Belastung für
168 die russische Bevölkerung und leisten keinen Beitrag zur Lösung des Konflikts. Klar ist, dass
169 Sanktionen nur beiderseitig abgebaut werden können. Die Kritik an den Verstößen gegen das
170 Völkerrecht bleibt dadurch unberührt. Dennoch zeigt die Entwicklung der letzten Jahre, dass die
171 Sanktionsspirale in eine Sackgasse führt. Vor diesem Hintergrund kann dann der Dialog über
172 den **Abbau von Visabeschränkungen** wieder aufgenommen werden. Verbunden wird dies mit
173 der Entwicklung eines **Jugendaustauschprogramms** zwischen der EU, den Staaten der
174 Östlichen Partnerschaft und Russland.

175

176 Die Europäische Union muss ihre Politik in Osteuropa grundsätzlich überdenken und
177 gemeinsam eine neue **Strategie formulieren**. Das eigene außenpolitische Handeln kann auf
178 diese Weise transparent gemacht werden. Die absolute Bindung von wirtschaftlicher und
179 finanzieller Unterstützung an die Mitgliedschaft in der EU muss überdacht werden. Zudem ist
180 ein strukturierter Dialog mit der Eurasischen Wirtschaftsunion notwendig. Erste
181 Rahmenbedingungen für ein **gemeinsames Freihandelsabkommen** sollten diskutiert werden.

182

183 5. Mittel- und langfristige Maßnahmen - Neue Entspannungspolitik

184

185 Eine starke Ukraine kann zu einem Mittler zwischen der Europäischen Union und Russland
186 werden. Dafür benötigt sie stabile politische Verhältnisse und eine verbesserte wirtschaftliche
187 Situation. Aus diesem Grund streben wir eine **Modernisierungspartnerschaft** mit der Ukraine
188 an. Diese umfasst gesellschaftliche, kulturelle und wirtschaftliche Bereiche. Besonders im Fokus
189 stehen Kooperationen bei der **Bekämpfung von Korruption** und der **Wissenstransfer im**
190 **Bereich der beruflichen Ausbildung**. Der Wiederaufbau der zerstörten Regionen sollte
191 gemeinsam von Weltbank, EU, Russland und USA unterstützt werden.

192

193 Die Gründung der **NATO** im Jahr 1949 war die Antwort auf zunehmende Spannungen zwischen
194 den ehemaligen Alliierten des Zweiten Weltkrieges. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs kam
195 es zu einer Expansion der NATO in Osteuropa, dies hat in Russland erhebliche Sorgen
196 ausgelöst und die Lage destabilisiert. Einer weiteren Expansion der NATO stehen wir kritisch
197 gegenüber.

198

199 Für eine gesamteuropäische Politik müssen gemeinsame Institutionen gestärkt werden. Dazu
200 gehören insbesondere die **OSZE** und der **Europarat**. Der OSZE-Vorsitz von Deutschland in
201 2016 ist dafür der richtige Ausgangspunkt. In einer großen gemeinsamen **Konferenz** sollte die
202 **Sicherheitsarchitektur für Europa** neu verhandelt werden. Diese muss sich an den
203 gemeinsam identifizierten Roten Linien und geteilten Interessen orientieren. Voraussetzung ist,
204 dass sich die EU **eigene Leitlinien zur Außen- und Sicherheitspolitik** gibt, um als
205 transparenter Akteur aufzutreten.

206

207 Das Verhältnis zu den Ländern der Östlichen Partnerschaft muss neu geordnet werden. Es darf
208 keine Konkurrenz zwischen Europäischer Union und Eurasischer Wirtschaftsunion forciert
209 werden. Wo keine Assoziierung möglich ist, sollten **individuelle Kooperationsabkommen**
210 geschlossen werden.

211

212 Eine sozialdemokratische Ostpolitik 3.0, die sich an diesen Rahmenbedingungen orientiert, legt
213 den Grundstein für eine **verlässliche Sicherheitsarchitektur** in Europa und schafft das
214 Fundament für gutes Wirtschaften in einem gemeinsamen Raum der Freiheit und des Rechts.
215 Die strategischen Interessen der EU und Russlands überschneiden sich in vielen wichtigen
216 Bereichen. In unserer globalisierten und multipolaren Welt[10] liegen in einer **engen**
217 **Kooperation** große Potenziale. Diese sollten vor dem Hintergrund aktueller politischer
218 Spannungen nicht leichtfertig preisgegeben werden. Die Losung „Wandel durch Annäherung“ ist
219 heute so aktuell wie vor 50 Jahren.

220

221

222

223 [1] Östliche Partnerschaft: Ein Teilprojekt der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP), das
224 die ehemaligen Sowjetrepubliken Armenien, Aserbaidshan, Georgien, Moldawien, Ukraine und
225 Weißrussland näher an die europäische Union bringen soll, um den Weg für eine politische
226 Assoziierung zu ebnen.

227

228 [2] NATO-Russland-Rat: Gremium zur Verbesserung der Zusammenarbeit von NATO und
229 Russland in den Fragen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Seit 2014 ist die
230 Zusammenarbeit aufgrund der Ukraine-Krise ausgesetzt.

231

232 [3] BRICS-Staaten: Vereinigung aufstrebender Schwellenländer, die aus Brasilien, Russland,
233 Indien, China und Südafrika besteht.

234

235 [4] Monopolare Weltordnung: Ein System bei dem ein einziger Staat weltweit aufgrund
236 wirtschaftlicher und militärischer Macht dominant ist. Dieser Zustand hat sich nach dem Zerfall
237 der Sowjetunion und dem Ende der damaligen Bipolaren Weltordnung eingestellt. Die USA sind
238 als einzige Supermacht übrig geblieben.

239

240 [5] Abkommen Minsk II: Vereinbarung zwischen Ukraine, Russland, Separatisten und OSZE, die
241 am 12. Februar 2015 auf Initiative Deutschland und Frankreich zustande kam und einen
242 Friedensplan für die Ukraine skizziert,

243

244 [6] Hegemonie: Vorherrschaft eines Staates.

245

246 [7] Donbass: Eine Region beiderseits der russisch-ukrainischen Grenze, in der sich Kohleabbau
247 und Industrie konzentrieren. Teile der Region sind Schauplatz des aktuellen Konflikts in der
248 Ukraine.

249

250 [8] Brutto-Inlands-Produkt: Der Gesamtwert aller Güter, die innerhalb eines Jahres in einer
251 Volkswirtschaft, nach Abzug von Vorleistungen, produziert wurde. Dabei handelt es sich um das
252 populärste Maß für Wirtschaftskraft.

253

254 [9] Paramilitärische Gruppen: Bezeichnung für Einheiten, die militärische Gewalt ausüben, aber
255 in keine regulären staatlichen Streitkräfte eingebunden sind.

256

257 [10] Multipolare Welt: Eine Ordnung in der drei oder mehr Staaten große wirtschaftliche und
258 militärische Macht auf sich fokussieren und keine eindeutige Vormachstellung erkennbar ist.

259

260

261

262

263

264

265

266

267

268

269

270

271

272

273

274

275

276

277

278

279

280

281

282

Titel Entwicklung post-2015 - Von einer neuen
Agenda zu einem neuen Paradigma

Antragsteller Berlin

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Entwicklung post-2015 - Von einer neuen Agenda zu einem neuen Paradigma

1 Bereits mit dem Antrag "Hoch die Internationale Solidarität", beschlossen auf dem
2 Bundeskongress 2011, definierten wir Jusos unsere grundlegende Positionierung dazu, wie eine
3 international solidarische Entwicklungszusammenarbeit für uns aussehen sollte. Wir stellten
4 fest, dass wir Entwicklung nicht als einen Begriff verstehen, dessen Erfolg sich am Wachstum
5 des Bruttoinlandsproduktes ablesen lässt. Entwicklung ist für uns auch kein linearer,
6 eindimensionaler Prozess, bei dem sich einzig und allein Länder des Globalen Südens mithilfe
7 des Globalen Nordens "entwickeln". Es ist vielmehr ein Interaktionsprozess, in dem sich die
8 Welt als Ganzes zu einem gleichen, freien und lebenswerten Ort für alle Menschen entwickelt.
9

10 **Für ein neues Verständnis von Entwicklungszusammenarbeit**

11
12
13 Für uns Jusos gehört der Internationalismus zu unseren Grundwerten. Entsprechend kämpfen
14 wir für internationale Solidarität und Zusammenarbeit. Gerade deshalb stehen wir der heute
15 praktizierten Entwicklungszusammenarbeit kritisch gegenüber. Zwar wird der problematische
16 Begriff der Entwicklungs-„Hilfe“ nicht mehr verwendet, doch hat sich bloß die Worthülse
17 verändert. Die dahinterstehenden Konzepte und Machtstrukturen bleiben hingegen
18 weitestgehend bestehen. Das gängige Konzept der Entwicklungszusammenarbeit basiert
19 weiterhin auf der Annahme, dass Länder des Globalen Nordens wohlwollen und aus
20 "Nächstenliebe" den Ländern des globalen Südens Gelder und Ressourcen zur Verfügung
21 stellen. Die Länder des globalen Südens werden entsprechend als hilfs- und
22 entwicklungsbedürftig und arm dargestellt. Ein Schuldenerlass der Länder des Globalen
23 Nordens für jene des globalen Südens gilt weiterhin als großzügige Wohltat.
24

25 **Die globale Ungleichheit - Die globale Klassengesellschaft**

26
27 Es existiert eine Weltgesellschaft, die eine starre Klassengesellschaft ist. In der Tradition der
28 Arbeiter*innenbewegung möchten wir sie beseitigen. Dazu verstehen wir uns als Teil einer
29 grenzüberschreitenden Bewegung. Wir bekämpfen jegliche soziale Ungleichheit - egal ob es
30 sich um quantitativ bedeutendere relative Armut in einem reichen Sozialstaat oder absolute
31 Armut in einem losen Staatsgebilde handelt. Sie steht unserem Ziel, der Emanzipation jedes
32 einzelnen Menschen, im Weg. Unsere Antwort lautet deshalb: eine globale Gerechtigkeitspolitik
33 und Internationale Solidarität. Beide Begriffe sind für uns zentral und
34 „Entwicklungszusammenarbeit“ kann sie nicht ersetzen. So steckt hinter dem Wandel von „Hilfe“
35 zu Zusammenarbeit zwar begrüßenswerterweise die Abkehr vom paternalistischen und
36 konservativen Gedanken der Almosen, jedoch wird dieser zunächst nur durch eine neoliberale
37 Deutung von Zusammenarbeit ersetzt. Statt passiv Hilfe zu empfangen steht nun die Aktivierung
38 und eben die Mit-Arbeit im Vordergrund. Dabei ist eine marktförmige Zusammenarbeit unter

39 kapitalistischer Verwertungslogik so falsch, wie folgerichtig. Dafür sehen wir in der
40 Globalisierung eine Chance eine solidarische Weltgesellschaft zu schaffen. Das 'Global Village'
41 darf allerdings dazu nicht den aktuellen Machtverhältnissen überlassen werden.

42

43 Dabei ist diese Debatte jedoch eine scheinheilige. Viele der strukturellen Nachteile der Länder
44 des globalen Südens sind der kolonialen Vergangenheit anzulasten. Die heutigen
45 „wohlwollenden“ Geldgeber, zumeist ehemaligen Kolonialmächte, wurden für ihre Verbrechen
46 und die durch sie verursachten sozialen, kulturellen und strukturellen Probleme nie zur
47 Rechenschaft gezogen. Etliche Völkermorde, wie etwa jener der Deutschen Kolonialtruppen an
48 den Herero, Nama, Damara und San in Namibia, werden bis heute nicht als solche anerkannt.
49 Neben dem heutigen Namibia geschah dies auch im heutigen Tansania (z.B. gegen den Maji-
50 Maji-Aufstand), Kamerun (z.B. mit der 'Pazifizierung' des Binnenlandes), in Togo (durch
51 Ausbeutung und Zerstörung ganzer Orte), im Südpazifik (z.B. mit der Niederschlagung des
52 Sokehs-Aufstand) oder in Kiautschou (z.B. mit der Gewalt gegen den "Boxeraufstand" /
53 Aufstand der Yihetuan). Grund dafür ist zumeist die Sorge vor Entschädigungsforderungen.
54 Diese könnten zwar lediglich symbolische Bedeutung haben, da das angetane Leid und die
55 Folgen für die Betroffenen nie aufgewogen werden können. Dennoch wäre diese Anerkennung
56 wichtig und auch für die Debatte über Entwicklungszusammenarbeit relevant. An allen Orten,
57 wo das Deutsche Reich als auch die anderen Kolonialmächte aktiv wurden, haben sie
58 Verbrechen begangen. Ein klares Schuldeingeständnis für diese Verbrechen ist nicht nur auf
59 einer persönlichen Ebene bedeutsam. Sondern dies würde auch bedeuten, dass die
60 ehemaligen Kolonialmächte endlich anerkennen müssen, dass sie die Hürden, welche den
61 Ländern des globalen Südens bis heute begeben, (mit)verursacht haben.

62

63 Neben den Entschädigungen für die begangenen Verbrechen muss die Debatte jedoch auch auf
64 einer strukturellen Ebene geführt werden, denn auch der Kolonialismus als solcher wirkt sich bis
65 heute negativ auf die Länder des Globalen Südens aus. Eines von vielen Beispielen sind die
66 aus der Kolonialzeit übrig gebliebenen, nicht nur wie alle Grenzen völlig willkürlich, sondern
67 auch fremdbestimmt gezogenen Staatsgrenzen, welche innerstaatlichen Konflikten Vorschub
68 leisten. Zudem fand eine schonungslose Ausbeutung der natürlichen Ressourcen, aber auch
69 der Bevölkerung der kolonialiserten Länder statt. Die koloniale Handelspolitik fußte auf einer
70 völligen Abhängigkeit der Länder des Globalen Südens von der Abnahme ihrer Primärprodukte
71 durch den globalen Norden. Die Konsequenzen sind bis heute spürbar: noch immer sind die
72 Handelsbeziehungen zwischen den Ländern des Globalen Südens sehr schwach. Der Globale
73 Norden hingegen profitiert von dieser Abhängigkeit weiterhin und verschärft sie sogar noch
74 zusätzlich mit einseitigen Handelsabkommen. Auch die fremdbestimmt eingeführten
75 Bildungssysteme und –Inhalte haben bis heute negative Folgen. Selbst das Basiswissen
76 orientiert sich bis heute an den Lehrinhalten des Globalen Nordens, welche in vielen Ländern
77 des Globalen Südens jedoch keinerlei Relevanz haben. Stattdessen verdrängte oder
78 marginalisierte das koloniale Bildungssystem indigene Sprachen und Kulturen – und damit
79 einen Reichtum, der kaum zu ersetzen sein wird.

80

81

82 All jene Erblasten aus der Kolonialzeit treffen allein die Länder des Globalen Südens. Dabei
83 wäre es eigentlich die Pflicht der Länder des Globalen Nordens, mindestens
84 Reparationszahlungen für den verursachten Schaden zu leisten. Wird heute von einer
85 „Verschuldung“ der Länder des Globalen Südens bei jenen des Globalen Nordens gesprochen,
86 so basiert dies auf einer schiefen Rechnung. Zieht man die Verbrechen und Spätfolgen der
87 Kolonialzeit mit ins Kalkül, so sind es tatsächlich die Länder des Globalen Nordens, welche bei
88 den Ländern des Globalen Südens tief in der Schuld stehen. Nur durch das beständige
89 Abstreiten und die Relativierung der Konsequenzen des eigenen Handelns entziehen sich die
90 ehemaligen Kolonialmächte den berechtigten Forderungen nach Entschädigungen und den
91 Reparationsforderungen. Dieser historische Kontext lässt nicht nur die Debatten über etwaige
92 Schulden, sondern auch jene über Entwicklungszusammenarbeit allgemein in einem anderen
93 Licht erscheinen, als der gängige öffentliche Diskurs.

94

95 Eine zentrale Ursache für Armut und Hunger sowie für die Begrenztheit der
96 "Entwicklungszusammenarbeit" ist identisch: der Kapitalismus. Die Geschichte des
97 Kolonialismus ist eng mit der Geschichte des Kapitalismus verwoben. Deshalb lassen sich die
98 Lebenssituation von Milliarden Menschen nicht allein über einen Schadensausgleich für den
99 Kolonialismus und seinen unmittelbaren Folgen dauerhaft, fundamental verbessern. Vielfach

100 reduziert sich auch sozialdemokratischen Politik darauf, einen verbesserten Marktzugang für die
101 ärmsten Erdteile als Lösung zu verkaufen. Der Kapitalismus ist darauf angewiesen, 'Verlierer' zu
102 produzieren. Erst Alternativen zu kapitalistischen Ausbeutungs-, Denk- und Machtstrukturen
103 würden Ungleichheit wirklich beseitigen können. Viele Formen der
104 "Entwicklungszusammenarbeit" unterbinden diese Alternativen aber, weil auch sie
105 kapitalistischen Paradigmen unterliegen.

106
107 Die lächerlich geringen Finanzmittel, die nun für Entwicklungszusammenarbeit bereitgestellt
108 werden, können nur als Hohn gegenüber den eigentlichen Forderungen wahrgenommen
109 werden. Noch immer geben Deutschland und der Großteil der OECD Staaten nicht einmal das
110 selbstgesteckte Minimum von 0,7% der BIPs für Entwicklungszusammenarbeit aus.
111 Für die wenigen Ressourcen die dennoch in die Entwicklungszusammenarbeit investiert
112 werden, scheint ein weiterer Rechtfertigungszwang zu herrschen. Insbesondere seit der
113 Amtszeit Dirk Niebels als Entwicklungsminister hat sich eine wirtschaftliche
114 "Rechtfertigungslogik" manifestiert. So werden Projekte und Kooperationen unter der Prämisse
115 bewertet und gefördert, dass auch die deutsche Wirtschaft von der
116 Entwicklungszusammenarbeit profitieren solle. Entwicklungszusammenarbeit und internationale
117 Solidarität werden entsprechend nicht als jener Selbstzweck gewertet, der sie eigentlich sein
118 sollten. Sinn und Zweck von Entwicklungszusammenarbeit darf aber eben nicht die heimische
119 Wirtschaftsförderung sein. Entwicklungszusammenarbeit bedarf keiner weiteren Legitimation.
120 Auch die entstandene "Entwicklungsindustrie", mit ihrem stetig wachsenden Netz an privaten
121 NGOs ist entsprechend kritisch zu betrachten. In vielen Fällen wird
122 Entwicklungszusammenarbeit als Arbeitsmarkt für qualifizierte und unqualifizierte Menschen
123 aus dem Globalen Norden genutzt, während Menschen vor Ort leer ausgehen und nicht von
124 Projekten und Stellen der NGOs profitieren. Es darf nicht Zweck der
125 Entwicklungszusammenarbeit sein, möglichst viele Arbeitsplätze im Globalen Norden zu
126 generieren.

127
128 In diesem Zusammenhang bedarf es auch einer kritischen Reflexion des Begriffs "Entwicklung"
129 und somit auch des Konzepts der "Modernisierung". Der theoretische Ansatz zur
130 „Modernisierung“ sieht eine Übernahme des Demokratie- und Industrialisierungsmodells des
131 Globalen Nordens als Anleitung für gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung für den
132 Globalen Süden vor. Das ökonomische System der Staaten des Globalen Nordens wird dabei
133 als Richtlinie für diese "Modernisierung" angesehen. Anders ausgerichtete politische Systeme,
134 Ökonomien und kulturelle Praxen werden entsprechend als "unterentwickelt" und "primitiv"
135 herabgesetzt. Diesen Ansatz von "Entwicklung", der auf einem einseitig ausgerichteten Konzept
136 der "Modernisierung" basiert und eine Diskreditierung anderer Staaten und Ökonomien
137 bedeutet, lehnen wir ab.

138
139 In unserem Verständnis von Entwicklung steht die Verwirklichung eines selbstbestimmten,
140 emanzipierten Lebens in Würde für alle Menschen weltweit an oberster Stelle. Für uns ist klar,
141 dass Entwicklungszusammenarbeit nicht aus wirtschaftlichem Kalkül oder aus einem
142 "schlechten Gewissen" heraus erfolgen kann, sondern aufgrund gelebter internationaler
143 Solidarität. Nur so kann die Zusammenarbeit tatsächlich auf Augenhöhe stattfinden und sich an
144 den tatsächlichen Bedürfnissen orientieren. Grundlage ist der gemeinsame Kampf für eine
145 sozialistische, demokratische und feministische Welt und eine nachhaltige Sicherung der
146 Lebensgrundlage aller Menschen.

147
148

149 **Der Paradigmenwechsel muss bei den Rahmenbedingungen beginnen!**

150
151 Die "Entwicklungszusammenarbeit" wird - wenn auch häufig in gewandelten Formen - von
152 nationalstaatlichen Interessen gesteuert. So wird es nicht möglich sein, aus den Macht- und
153 Abhängigkeitsverhältnissen auszubrechen. Trotz Fortschritten in den Nachhaltigen
154 Entwicklungszielen (SDGs) muss der Rahmen der Entstehung der Entwicklungsziele
155 weiterentwickelt werden. Deshalb muss der Prozess fortgesetzt werden, der über die UN mit
156 dem Monterrey Consensus begann und mit der „Paris Declaration on Aid Effectiveness“
157 weiterging. Ihre fünf Prinzipien haben Bestand: Eigenverantwortung (Ownership),
158 Partner*innenausrichtung (Alignment), Harmonisierung (Harmonisation), ergebnisorientiertes
159 Management (Managing for Results), gegenseitige Rechenschaftspflicht (Accountability).
160 Allerdings können solche Selbstverpflichtungs-Prinzipien das Problem nicht beseitigen. Sie

161 könnten aber ein Ansatz sein, eine andere Richtung einzuschlagen.

162

163 **Die Nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs) als Chance für einen**
164 **entwicklungspolitischen Paradigmenwechsel begreifen!**

165

166 Ergänzend zu unseren bereits vorhandenen Positionen gilt es in diesem, für die
167 Entwicklungszusammenarbeit wichtigem Jahr 2015 sich kritisch mit den vergangenen
168 Prozessen auseinanderzusetzen und weitere Schritte zu identifizieren. Denn in diesem Jahr
169 enden die Zielsetzungen der Millennium-Development-Goals der Vereinten Nationen. Ende der
170 1990er Jahre verabschiedet, sollten diese Ziele eine internationale Agenda zur weltweiten
171 Entwicklung definieren.

172

173 Die Mitglieder der VN setzten sich somit selbst Ziele und Verpflichtungen, zu deren Umsetzung
174 sie sich bekannten. Solche konkreten Zielsetzungen stellen einen Fortschritt gegenüber den
175 zuvor stets erfolglos ausgerufenen "Entwicklungsdekaden" da. Auch wenn die Zielsetzungen
176 nicht weitreichend genug waren, bieten sie zumindest die Möglichkeit den jeweiligen Fortschritt
177 zu überprüfen. Zudem war es für die Länder des Globalen Südens zumindest im begrenzten
178 Rahmen möglich, die entwicklungspolitische Zielsetzung der MDGs mit zu bestimmen.

179

180 Dennoch ist sowohl das Zustandekommen, als auch die Umsetzung der MDGs kritikwürdig. Ihre
181 Aushandlung und Umsetzung innerhalb der traditionellen Machtstrukturen von VN, IWF und
182 Weltbank ist prinzipiell für die Länder des Globalen Nordens von Vorteil. Entsprechend gelang
183 es auch nicht, über eine Selbstverpflichtung hinaus klare Zusagen zu vereinbaren. Dahingegen
184 wendeten sich von den acht definierten Zielen sieben an die Probleme der Länder des globalen
185 Südens. Diese Aufteilung suggeriert eine Rollenaufteilung, in welcher die Länder des Globalen
186 Nordens lediglich als passive Geldgeber auftreten. Eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe ist auf
187 dieser Grundlage auch nur schwer vorstellbar.

188

189 Im Jahr 2015 können wir nun Bilanz ziehen und müssen feststellen, dass keines der MDGs
190 tatsächlich erreicht wurde. Über den erreichten Fortschritt lässt sich hingegen streiten. So
191 lassen einige Indikatoren weiten Interpretationsspielraum zu. Zudem sagen bloße Zahlen nicht
192 ausreichend präzise Aussagen über die Wirksamkeit der Maßnahmen zu. Beispielsweise
193 bedeutet eine gestiegene Anzahl von Einschulungen noch nicht, dass mehr Kinder
194 alphabetisiert werden konnten, da die Qualität der Bildung nicht mit dokumentiert wurde.

195

196 Post-2015 Agenda neu definieren

197

198 Mit der Rio +20 Konferenz 2012 wurde beschlossen, die 2015 auslaufenden UN-
199 Millenniumsziele in einer post-2015 Agenda neu zu definieren. Diese neuen Ziele sollen alle drei
200 Dimensionen - ökonomisch, ökologisch und sozial - der nachhaltigen Entwicklung umfassen
201 und tradierte Nord-Süd- und Geber-Nehmer*innen Denkmuster aufbrechen. Für die
202 Neudefinition der UN-Entwicklungsziele hat die UN-Generalversammlung eine offene
203 Arbeitsgruppe eingerichtet (Open Working Group on Sustainable Development Goals). Diese
204 Arbeitsgruppe hat am 12. August 2014 ihren Bericht vorgestellt und insgesamt 17 Ziele
205 formuliert. Diese Ziele werden die Grundlage für die post-2015 Entwicklungsagenda darstellen.
206 Diese 17 Ziele lassen sich in 6 Clustern zusammenfassen:

207

1. Beendigung von Armut und Kampf gegen den Hunger

208

2. Gesundheit, Bildung/Wissen sowie Inklusion von Frauen und Mädchen

209

3. eine stärkere, inklusive und transformative Wirtschaft

210

4. Schutz von Ökosystemen

211

5. Sichere und friedliche Gesellschaften mit starken Institutionen

212

6. Globale Solidarität

213

214 Die Initiative einer Neudefinition der UN-Entwicklungsziele bewerten wir grundsätzlich positiv.
215 Gerade vor dem Hintergrund dessen, dass diese Zielformulierungen aus einem komplizierten
216 Aushandlungsprozess erwachsen sind, begrüßen wir, dass mit dem zentralen Konzept der
217 nachhaltigen Entwicklung die soziale und ökologische Dimensionen von Entwicklung
218 ebenbürtige Ziele neben der ökonomischen Entwicklung sind sowie eine allgemeine
219 Ausdifferenzierung der Ziele und Indikatoren. Insbesondere die Herausforderungen des
220 Klimawandels und die damit verbundenen Herausforderungen für nachhaltige Entwicklung
221 werden in den Zielen stärker betont. Wir begrüßen auch den formulierten

222 partner*innenschaftlichen Ansatz, der im Ziel 17 Erwähnung findet und den Anspruch erhebt,
223 die Dichotomie zwischen entwickelten Ländern und den sich entwickelnden Ländern zu
224 durchbrechen.

225

226 Allerdings sehen wir in einigen Zielformulierungen und Indikatoren die tradierte Dogmatik, die
227 auch Grundlage für die Millenniumsziele war. Zentraler Indikator für absolute Armut, und damit
228 einhergehend Armutsbeseitigung, bleibt weiterhin die 1,25 \$/Tag- Grenze. Zwar werden auch
229 andere Indikatoren ("nach nationalen Standards") herbeigezogen, allerdings ist für uns die
230 Armutsmessung anhand der 1,25\$-Grenze nicht hinnehmbar. Der Indikator gibt keine Auskunft
231 über die tatsächlichen Lebensumstände der Menschen und führt bisweilen zur Verharmlosung
232 des globalen Armutsausmaßes. Um vergleichende Armutsforschung auf globaler Ebene
233 anstellen zu können und letztlich Armut effektiv zu beseitigen, bedarf es zukünftig die Abkehr
234 von unterschiedlichen Armutskonzepten für den Globalen Norden und den Globalen Süden. Da
235 sich die Konzeption und die Erfassung von Armut gegenseitig bedingen, sollte die
236 Armutsmessung im Kontext dieser Zielformulierungen auf Armutskonzepten aufbauen, anhand
237 derer sich Lebensstandards realistisch global miteinander vergleichen lassen.

238

239 Außerdem werden die Länder des globalen Nordens weiterhin nur in diesem letzten formulierten
240 Ziel direkt in die Pflicht genommen. Trotz der veränderten Rhetorik sehen wir hier ein klares
241 Zeichen dafür, dass der Fokus der UN-Entwicklungsziele weiterhin auf den Ländern des
242 Globalen Südens liegt. Das 0,7 %-Budget Ziel gilt weiterhin als die zentrale Größe, wohingegen
243 die Nachhaltigen Entwicklungsziele weiterhin lediglich auf freiwilliger Basis verfolgt werden.
244 Und selbst zur Einhaltung des 0,7 %-Ziels können sich die Länder des Globalen Nordens nicht
245 durchringen.

246

247 Die deutsche Bundesregierung stellt ihre Verhandlungsposition in Bezug auf die SDGs in einer
248 Unterrichtung an den Bundestag vom 12.12.2014 (BT Drucksache 18/3604) dar. Sie betont die
249 Bedeutung einer neuen Globalen Partner*innenschaft und das Prinzip der gemeinsamen
250 Verantwortung. Nach Auffassung der Bundesregierung ist "neben der Überlegung, was nach
251 2015 erreicht werden soll, [...] die Fragestellung, wie diese Ziele umgesetzt werden, von
252 entscheidender Bedeutung". In der Unterrichtung definiert die Bundesregierung zudem ihre
253 Beiträge zur Umsetzung der Post 2015 Agenda, den sie unter anderem in der Beseitigung von
254 extremer Armut, dem Beitrag zum Erhalt von natürlichen Lebensgrundlagen, nachhaltigen
255 Konsum- und Produktionsmuster, einer kohärenteren Politik für menschenwürdige Arbeit und
256 der weltweiten Stärkung von Gesundheitssystemen sieht. Zudem erklärt sie den Willen, sich für
257 eine kohärentere EU-Agrar- und Handelspolitik einzusetzen sowie auf multilateraler Ebene
258 handelsverzerrende Subventionen abzubauen. Grundsätzlich begrüßen wir, dass sich die
259 Bundesregierung versucht, neben klassischen entwicklungspolitischen Instrumenten,
260 Entwicklungshemmnisse auf deutscher und europäischer Seite abzubauen. Sie muss sich
261 allerdings auch an diesem Anspruch messen lassen. Wer einen partner*innenschaftlichen
262 Ansatz wählt, der*die muss auch bereit sein, Entwicklung im eigenen Land zuzulassen, dazu
263 gehört auch, innerstaatliche Reformen zuzulassen, wenn dies im partner*innenschaftlichen
264 Prozess sich als notwendig für eine globale Entwicklung herausstellt. Die Bundesregierung
265 sollte in diesem Zusammenhang deswegen mehr Verantwortung übernehmen, auch in
266 Bereichen, die erst auf den zweiten Blick entwicklungspolitische Relevanz besitzen.

267

268 **Unser Ziel ist eine nachhaltige Weltwirtschaftsordnung**

269

270 Die neoliberale Politik des globalen Nordens, wie sie schon im Washington Consensus zum
271 Ausdruck kommt und über G7 / G8 und anderen internationalen Netzwerken vertreten wird,
272 widerspricht dem. Vielmehr wird Nachhaltigkeitspolitik nicht selten zu einer Interessenpolitik von
273 Industriestaaten, die über diesen Weg Folgekosten versuchen zu senken, aber nicht die
274 Probleme für die Hauptbetroffenen im globalen Süden beseitigen möchten. Eine globale
275 Gerechtigkeitspolitik muss deshalb über transnationale Institutionen umgesetzt werden. Unter
276 den bestehenden noch unzureichenden transnationalen Organisationen würde sich die UN nach
277 einer grundlegenden Reform am ehesten eignen.

278

279 Deshalb fordern wir:

280

281 1. dass die Zielformulierungen im weiteren Verhandlungsprozesse nicht weiter aufgeweicht
282 werden. 17 Ziele sind zwar eine deutliche Ausweitung gegenüber den vorherigen acht Zielen,

283 sie sind aber als Mindestmaß notwendig, um die Komplexität nachhaltiger Entwicklung
284 zumindest annähernd abbilden zu können.

285

286 2. dass die 1,25 \$-Grenze als Indikator nicht mehr verwendet wird, weder auf deutscher,
287 noch auf europäischer oder UN-Ebene, und durch ein geeigneteres Indikatorenset ersetzt wird.
288 Unserer Ansicht nach, ist der relative Armutsbegriff wesentlich brauchbarer, um einen
289 geeigneten Indikator zu entwickeln.

290

291 3. dass die Länder des Globalen Nordens stärker in die Verantwortung gezogen werden.
292 Wir fordern nicht nur die Erfüllung des 0,7%- Zieles als absolutes Mindestmaß globaler
293 Solidarität, sondern auch, dass der Globale Norden die Folgen des Kolonialismus und der
294 Industrialisierung für den Globalen Süden entsprechend eingesteht. Aus dieser Tatsache
295 entsteht eine Entschädigungs- und Reparationspflicht, die sich nicht nur in der Bereitstellung
296 von finanziellen Mitteln niederschlägt, sondern auch in der Pflicht, in möglichst vielen
297 Politikbereichen die entwicklungspolitischen Konsequenzen zu bedenken. Das gilt vor allem für
298 die Außenhandelspolitik, aber auch für die Außen- und Sicherheitspolitik, Industriepolitik,
299 Agrarpolitik und Umweltpolitik sowie weitere Politikfelder.

300

301 Wir fordern die Bundesregierung dazu auf

302

303 1. dem formulierten Anspruch eines partner*innenschaftlichen Ansatzes und einer
304 gemeinsamen Verantwortung gerecht zu werden. Die Bundesrepublik muss darauf hinwirken,
305 Entwicklungshemmnisse in Deutschland und Europa abzubauen. Dazu gehört das Hinwirken
306 auf eine entwicklungsfördernde EU-Außenhandels- und Agrarpolitik, eine sozial und ökologisch
307 nachhaltige Ressourcenpolitik, der verstärkten Reduktion von Treibhausgasen, die Bekämpfung
308 von Steuerhinterziehung, auch im eigenen Land, und die Einführung einer
309 Finanztransaktionssteuer zum Abbau globaler Ungleichheiten sowie eine massive Aufstockung
310 der Entwicklungszusammenarbeitsetats. Darüber hinaus muss die Bundesregierung
311 sicherstellen, dass Entwicklungsgelder an staatlichen und nichtstaatlichen
312 Entwicklungsorganisation im Einklang mit den formulierten Zielen vergeben werden. Gerade –
313 aber nicht nur - die "Entwicklungsarbeit" kirchlicher Organisationen ist in diesem
314 Zusammenhang kritisch zu hinterfragen. Internationale NGOs bieten vielfach wichtige
315 Alternativen zu nationalstaatlichen „Entwicklungszusammenarbeit“.

316

317 2. dass der Völkermord an zehntausenden Herero, Nama, Damara und San von 1904 bis
318 1908 rückwirkend als solcher anerkannt wird und eine offizielle Bitte um Entschuldigung in die
319 Wege geleitet wird sowie im Dialog mit den namibischen Opferverbänden angemessene
320 Entschädigungszahlungen vereinbart werden. Für uns ist das Eingeständnis von kolonialer
321 Schuld ein elementarer Bestandteil einer erfolgreichen Entwicklungspolitik.

322

323

324 Die Ansätze und Ausrichtung deutscher Entwicklungspolitik haben sich in den vergangenen
325 Jahren mehrfach geändert und neu orientiert. Insbesondere in den letzten sechs Jahren hat sich
326 sowohl die politische Ausrichtung mehrmals gewandelt. Darüber hinaus gab es mit der
327 Gründung der GIZ 2011 eine grundlegende Umstrukturierung der zentralen Akteure* deutscher
328 Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit. Die Entwicklungen auf beiden Ebenen, der
329 politischen und der operativen, sehen wir an vielen Stellen als kritisch. Während sich
330 Deutschland zwar zu den MDGs und SDGs bekennt und vorgibt, Entwicklungszusammenarbeit
331 zunehmend mit Partner*innen auf Augenhöhe umsetzen zu wollen, lässt sich gleichzeitig
332 feststellen, dass bestimmte ökonomische und politische Interessen zunehmend Einfluss auf die
333 Entwicklungspolitik haben. Gerade die Ökonomisierungstendenzen widersprechen einer
334 werteorientierten Entwicklungszusammenarbeit. Von diesen Entwicklungen ist auch die GIZ als
335 zentrale Institution deutscher Entwicklungszusammenarbeit betroffen, weshalb hier Anspruch
336 und Wirklichkeit analysiert werden sollen und dementsprechend Forderungen zu Verbesserung
337 abgeleitet werden.

338

339

340 **Gegen eine Ökonomisierung der Entwicklungszusammenarbeit durch die GIZ**

341

342

343 Am 1. Januar wurde die GIZ (Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit)

344 gegründet. Unter der schwarz-gelben Koalition leitete Dirk Niebel die Zusammenlegung der
345 GTZ (Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit), dem DED (Deutschen
346 Entwicklungsdienst) und Inwent (Internationalen Weiterbildungs- und Entwicklungs-GmbH) zur
347 GIZ ein. Zum Zeitpunkt der Gründung der GIZ sind 1.111 Entwicklungshelfer*innen, 698
348 einheimische Fachkräfte* und 821 Freiwillige* im Programm *weltwärts* mit der GIZ in 46
349 Partnerländern aktiv. Bezeichnend ist hier, dass mehr unqualifizierte Freiwillige* als
350 einheimische Fachkräfte aktiv sind. Mehr als vier Jahre nach ihrer Gründung, ist es Zeit für eine
351 Analyse der Zusammenlegung und der Arbeit der GIZ.

352

353 Kommerzialisierung der Entwicklungszusammenarbeit

354

355 Durch die Zusammenlegung wurde auch das Aufgabenfeld der neuen GIZ im Vergleich zu ihren
356 Vorgängerorganisationen verändert. Dabei wurde auch die Organisationsform der staatlichen
357 Entwicklungszusammenarbeitsorganisation der Bundesrepublik Deutschland in ein
358 Unternehmen in Form einer GmbH geändert. In diesem Zusammenhang stellt nicht nur die
359 gewinnorientierte Unternehmensform an sich ein Problem dar, sondern auch zahlreichen Public-
360 Private-Partnerships der GIZ mit anderen privatwirtschaftlichen Unternehmen. Der kommerzielle
361 Teil des Unternehmens ist nicht nur im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit in Ländern
362 des Globalen Südens aktiv, sondern auch in der Europäischen Union und Deutschland. Zu den
363 Kund*innen zählen neben Regierungen des Globalen Nordens und auch deutscher
364 Bundesländer auch zahlreiche privatwirtschaftliche Unternehmen. Mehr als ein Drittel des
365 Geschäftsvolumens (2011: 720 Mio. Euro) geht an die Privatwirtschaft. Dabei wurde auch der
366 Umsatz 2012 auf 2,1 Mrd. Euro erhöht, was laut Vorstandssprecherin Tanja Gönner zur
367 gewinnorientierten Neuausrichtung der GIZ dazugehört. Neben klassischen Aufgaben der
368 Entwicklungszusammenarbeit, betätigt sich die GIZ auch immer mehr als Beraterfirma für
369 Unternehmen und Regierungen des Globalen Nordens. Dabei stehen ökonomische Interessen
370 im Vordergrund und nicht die Überwindung von globalen Ungleichheiten.

371

372 Mit dieser Neuausrichtung geht der eigentliche Charakter der Entwicklungszusammenarbeit
373 verloren und Aktivitäten der GIZ richten sich nach Rentabilitätskriterien. In der
374 Entwicklungszusammenarbeit darf es aber nicht um Rendite und privatwirtschaftliche Erfolge
375 deutscher und europäischer Unternehmen gehen. Ziel muss nach wie vor die Reduzierung von
376 globalen Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten sein, ebenso wie individuelle
377 Selbstverwirklichungschancen für alle Menschen weltweit. Solange sich die GIZ mit über einem
378 Drittel ihres Geschäftsvolumens in der Privatwirtschaft engagiert, fehlen die sowieso zu
379 knappen Ressourcen an anderen Stellen. Die GIZ muss wieder zu einer Einrichtung der
380 Entwicklungszusammenarbeit mit Ländern und Partner*innen des Globalen Südens werden und
381 nicht zu einem Beratungsunternehmen für Unternehmen und Regierungen des Globalen
382 Nordens.

383

384 Eigene Ansprüche erfüllen – Gender Mainstreaming

385

386 Im ersten Vorstand der GIZ saßen ausschließlich Männer. Kein einziger der sieben
387 Vorstandsposten ging an eine Frau*. Gleichzeitig versteht die GIZ Gender Mainstreaming als
388 ein Element guter Regierungsführung und schreibt sich weltweite Frauenförderung auf die
389 Fahnen. Diese Haltung ist widersprüchlich und macht eigene Ansprüche unglaubwürdig. Erst
390 der zweite Vorstand wurde im Juli 2012 mit zwei Frauen bei nun fünf Mitgliedern besetzt. Immer
391 noch zu wenig. Der aktuelle Vorstand ist auf vier Mitglieder verkleinert worden. Davon sind zwei
392 Frauen*.

393

394 Keine zivil-militärischen Kooperationen

395

396 2013 begann die GIZ im Auftrag des BMZ in Afghanistan ihre erste zivil-militärische Kooperation
397 mit der Bundeswehr. Im 14. Entwicklungspolitischen Bericht der Bundesregierung heißt es
398 dazu:

399

400 •

401 *„Gemeinsam mit dem Bundesministerium der Verteidigung hat das BMZ ein*
402 *Ausbildungsmodul zum zivilen und militärischen Zusammenwirken in fragilen Ländern*
403 *entwickelt und in einem Pilotprojekt eingeführt.“*

404

405 • „Im Norden Afghanistans hat die Bundesregierung im Rahmen der zivil-militärischen
406 Zusammenarbeit mehrere Provinzentwicklungsfonds (PDF) für die drei nord-östlichen
407 Provinzen Badakhshan, Takhar und Kunduz aufgelegt.“

408
409

410 Ziel der im Juni 2011 unterzeichneten Kooperationsvereinbarung mit dem
411 Bundesverteidigungsministerium ist es, „bei friedensgestaltenden und stabilisierenden
412 Maßnahmen effizienter und nachhaltiger zusammenarbeiten“.

413

414 Bisher hat die GIZ für das Ressort Baumaßnahmen im Kosovo und in Bosnien-Herzegowina, in
415 Usbekistan und Afghanistan umgesetzt. Zudem unterstützt die GIZ das BMVg bei Trainings-
416 und Ausbildungsmaßnahmen und beteiligt sich an Konferenzen und fachlichen Dialogen. Für
417 uns ist klar: es darf keine zivil-militärischen Kooperationen mit der GIZ geben. Gelder und
418 Ressourcen für die Entwicklungszusammenarbeit dürfen nicht zur Unterstützung militärischer
419 Ziele und Projekte verwendet werden. Wir sehen Entwicklungszusammenarbeit und den zivilen
420 Friedensdienst als Alternative zu militärischen Maßnahmen und in einem unvereinbaren
421 Widerspruch zu einander. Wer glaubhaft zivile Krisenprävention und -lösungsmaßnahmen
422 umsetzen will, darf diese nicht als Assistenz für militärische Maßnahmen einsetzen. Die
423 wichtigste Partnerin der GIZ ist die KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau). Sie muss in ihre
424 Geschäftspraxis dringend reformiert werden, um der Kommerzialisierung der
425 "Entwicklungszusammenarbeit" auszubremsen.

426

427 Daher fordern wir:

428

429 1.

430 Die Aufgabe der GIZ muss Entwicklungszusammenarbeit mit Ländern und Partner*innen
431 des Globalen Südens sein. Gelder und Ressourcen der Entwicklungszusammenarbeit
432 dürfen nicht für Beratungstätigkeiten für Unternehmen und Regierungen des globalen
433 Nordens verwendet werden.

434 2.

435 keine Kommerzialisierung der Entwicklungszusammenarbeit.
436 Entwicklungszusammenarbeit soll werte- und interessenbasierte Ziele verfolgen, die mit
437 den Partner*innen gemeinsam verhandelt worden sind. Die Bedürfnisse und Prioritäten
438 der Länder des globalen Südens und ihrer Bevölkerungen müssen dabei sehr viel stärker
439 als bisher die Verhandlungsergebnisse prägen. Das kurzfristige ökonomische Interesse
440 der Länder des globalen Nordens und insbesondere die Interessen deutscher
441 Unternehmen dürfen bei der Konzeption und Aushandlung entwicklungspolitischer
442 Programme keine Rolle spielen.

443 3.

444 die GIZ muss dieselben Anforderungen erfüllen, die sie von Partner*innen einfordert. Wer
445 von anderen Regierungen Gender Mainstreaming und Frauenförderungen erwartet, muss
446 dies auch im eigenen Unternehmen umsetzen. Patriarchale Strukturen in der GIZ und der
447 Entwicklungszusammenarbeit lehnen wir ab.

448 4.

449 keine zivil-militärischen Kooperationen der GIZ und deutscher
450 Entwicklungszusammenarbeit. Gelder und Ressourcen der Entwicklungszusammenarbeit
451 dürfen nicht zur Unterstützung militärischer Ziele und Projekte verwendet werden.

452

453 Für eine erfolgreiche Nachhaltigkeitspolitik ist es unverzichtbar, alle Ebenen des politischen
454 Handelns einzubeziehen. So sind Kommunen des Globalen Nordens in die Verantwortung zu
455 nehmen. Solche Partner*innenschaften sind mit der Agenda 21 unter dem Motto „Global denken
456 - lokal handeln“ angestoßen worden und müssen verstärkt fortgeführt werden.

457

458 Wir fordern die SPD und die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestages auf, zu einem
459 Konzept der Entwicklungszusammenarbeit zu finden, dass auf den Werten der
460 Sozialdemokratie basiert. Solidarität, Freiheit, Gleichheit und Internationalismus müssen die
461 Kernelemente unserer Entwicklungspolitik sein, die Partner*innen auf Augenhöhe begegnet.

462

463

464 **Für eine kohärente und koordinierte europäische Entwicklungspolitik**

465

466

467 Bereits seit 1957, mit Inkrafttreten des Vertrages zur Gründung der Europäischen
468 Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), hat sich Europa an entwicklungspolitischen Maßnahmen
469 beteiligt und hat in diesem Rahmen den Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) eingerichtet.
470 Dieser finanziert Maßnahmen zur Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der
471 mit der EWG assoziierten Kolonialgebiete und späteren AKP-Staaten. Auch aktuell beruft sich
472 die Europäische Union bei der Bekämpfung und der Beseitigung von Armut als eines ihrer
473 Kernanliegen der EU-Entwicklungspolitik, auf den damals geschlossenen Vertrag zur Gründung
474 der Europäischen Gemeinschaft (Art. 177 EGV).

475

476 Für das Jahr 2015 hat die EU das "Europäische Jahr für Entwicklung" ausgerufen. Mit Hinblick
477 auf die Neudefinition der UN-Entwicklungsziele im gleichen Jahr, will die EU einen stärkeren
478 öffentlichen Fokus auf Entwicklung richten. Den Europäischen Bürger*innen soll die „EU-
479 Entwicklungshilfe“ nähergebracht werden, das Bewusstsein für globale Zusammenhänge
480 geschärft und einzelnes Bürger*innenengagement gefördert werden. Diese Ziele sollen mithilfe
481 von Veranstaltungen und Aktionen in den Mitgliedsstaaten erreicht werden. In diesem Rahmen
482 geht auch die deutsche Entwicklungspolitik mit der „Zukunftscharta“ auf Tour und fördert im
483 (interaktiven) Veranstaltungsformat den Dialog zwischen Bürger*innen, Politik und Wirtschaft.

484

485 Neben den zentralen Zielen in der Öffentlichkeitsarbeit positioniert sich die EU auf der Website
486 zum „Europäischen Jahr für Entwicklung“ interessanterweise auch folgendermaßen:

487

488 *„Es ist nicht nur gerecht, Entwicklungsländer beim Aufbau friedlicher und florierender*
489 *Gesellschaften zu unterstützen – die Welt wird dadurch sicherer und eröffnet Europa ein*
490 *besseres Wirtschafts- und Handelspotenzial.“*

491

492 Nicht nur, dass die EU mit dem Ausruf des Jahres für Entwicklung eine einseitig ausgerichtete
493 Kampagne zur Öffentlichkeitsarbeit fährt, so wird aus dem angeführten Zitat überaus deutlich,
494 welches die zentrale Ausrichtung der „EU-Entwicklungshilfe“ ist: die Förderung von stabilen
495 Handelspartner*innenschaften weltweit. Diese Vision von Entwicklungspolitik ist sehr eng
496 verknüpft mit dem von uns kritisierten westlichen Modernisierungskonzept. Anstatt sich ihrer
497 entscheidenden Rolle in der Kolonialzeit wirklich bewusst zu werden und kritisch die eigene
498 koloniale Vergangenheit aufzuarbeiten, bedient sich Europa noch immer der abwertenden
499 Modernisierungskonzeption mit der zentralen Ausrichtung auf Prosperität im eigenen
500 Wirtschaftsraum.

501

502 Dabei könnte der EU eine sehr entscheidende Rolle in der Entwicklungspolitik zuteilwerden: Die
503 Europäische Union kann durch eine eindeutige Koordinationsrolle einen erheblichen Beitrag für
504 den Erfolg und die Kohärenz staatlicher und europäischer Entwicklungspolitik leisten.
505 Überschneidungen innerhalb von Projekten der EU-Mitgliedsstaaten könnten somit vermieden
506 werden und Ressourcen nachhaltig gebündelt.

507

508 In Verbund von mitgliedsstaatlichen und unionalen Mitteln stellt die EU derzeit mehr als die
509 Hälfte der weltweiten öffentlichen Gelder zur Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung.
510 Aufgrund ihrer erheblichen historischen Mitwirkung an den aktuell vorherrschenden globalen
511 Ungerechtigkeiten, ist dies dennoch nicht genügend Mittelbereitstellung. So hat die EU im Jahr
512 2013 insgesamt 56,2 Milliarden Euro an „Entwicklungshilfe“ ausgegeben, wobei die Mittel
513 hierbei aus dem EU-Haushalt und den Haushalten der EU-Länder gemeinsam stammen. Dies
514 entspricht lediglich 0,43 % des Bruttonationaleinkommens (BNE) der EU und ist somit noch weit
515 entfernt vom Minimalziel, diesen Anteil in 2015 auf 0,7% des BNE zu erhöhen.

516

517 EU-Handelspolitik neu definieren

518

519 Neben den expliziten entwicklungspolitischen Instrumenten beeinflusst die EU die „Entwicklung“
520 der Länder des Globalen Südens insbesondere durch die vergemeinschaftete Handelspolitik.

521 Die letzten Jahre sahen einen massiven Anstieg an bilateralen und plurilateralen

522 Freihandelsabkommen, wohingegen auf multilateraler Ebene kein signifikantes

523 Handelsabkommen zustande gekommen ist. Die EU hat bereits oder ist im Begriff

524 Freihandelsabkommen mit nahezu allen großen Wirtschaftsräumen der Welt abzuschließen.

525 Gerade bei Ländern des Globalen Südens zeigt sich durch das politische Gewicht und die

526 Marktmacht der EU eine starke Asymmetrie in den Verhandlungen zuungunsten der Länder des

527 Globalen Südens.

528

529 Jene Asymmetrie spiegelt sich zudem in dem zentralen entwicklungspolitischen Instrument des
530 Allgemeinen Präferenzsystems (APS) wider. Mithilfe des APS werden Zollvorteile als
531 Anreizsysteme vergeben. Dies geschieht um Länder des Globalen Südens zum erwünschten
532 politischen bzw. wirtschaftlichen Verhalten zu veranlassen. Die Idee das APS als
533 entwicklungspolitisches Instrument zu nutzen, resultiert aus dem Anspruch, Verletzungen der
534 Menschenrechte beispielsweise in der Produktion von Waren mithilfe von Zollsanktionen
535 kontrollieren und somit bestrafen zu können. Der Europäische Markt verfügt über sehr große
536 globale Marktmacht, so dass die EU zumindest theoretisch mit dem Instrument der APS die
537 Möglichkeit hätte, Arbeitsrechts- und Umweltstandards nicht nur festzuschreiben sondern auch
538 durchzusetzen. Die eingängige Analyse dieser theoretischen Idee kommt jedoch zu einer
539 abweichenden Erkenntnis: Soziale Standards werden zwar in den bilateralen Handelsverträgen
540 festgeschrieben, sie sind meist jedoch derart unpräzise formuliert und ohne die Vorsehung
541 realistischer Sanktionsmaßnahmen, so dass die EU bei Verstößen gegen Arbeitsstandards in
542 den Produzent*innenländern oftmals nicht eingreift.

543

544

545 Durch die EU-Handelspolitik wird eine einseitige Wirtschaftsausrichtung der Länder im Globalen
546 Süden zumeist auf wenig profitable Wirtschaftsbereiche (wie z.B. Textil- und
547 Bekleidungsindustrie), gefördert. Die einseitige Ausrichtung der Ökonomien im Globalen Süden
548 auf einen bzw. wenige industrielle Zweige tragen dazu bei, Ungleichverhältnisse auf sozialer,
549 politischer und wirtschaftlicher Ebene innerhalb der Länder, aber ebenso die strukturellen
550 Ungleichheiten im Nord-Süd-Gefälle zu stabilisieren, anstatt diese abzubauen und langfristig zu
551 beseitigen.

552

553 Die EU-Handelsabkommen spiegeln deshalb zuvorderst die wirtschaftlichen Interessen der EU
554 wieder in Hinblick auf Ressourcen und arbeitsintensiven Produkten. Diese Abkommen stellen
555 nicht zuletzt ein massives Entwicklungshemmnis dar, das es den Ländern des Globalen Südens
556 nicht ermöglicht, entsprechend von den Abkommen zu profitieren. Sogar Studien der
557 neoliberalen Bertelsmannstiftung belegen bereits jetzt, dass die von der EU derzeit
558 verhandelten bzw. abgeschlossen verhandelten Freihandelsabkommen (TTIP/CETA), bei denen
559 die größten Freihandelszonen der Welt im Globalen Norden geschaffen werden sollen, mit
560 Wohlstandsverlusten in den meisten Ländern des Globalen Südens einhergehen werden:

561

562 *"Die großen Verlierer einer Eliminierung der Zölle sind Entwicklungsländer. Diese verlieren*
563 *durch den verstärkten Wettbewerb auf dem EU- oder US-Markt dramatisch an Marktanteilen.*
564 *Alternative Märkte mit ähnlichem Marktpotenzial sind geographisch relativ weit entfernt. Dies ist*
565 *vor allem für Länder in Nord- und Westafrika ein Problem."*

566

567

568 Die aktuelle EU-Handelspolitik untergräbt demzufolge entwicklungspolitische Ziele - der
569 Anspruch der Kohärenz rückt in weite Ferne.

570

571

572 Multinationale Konzerne spielen eine Schlüsselrolle im Verhältnis von globalen Norden zum
573 globalen Süden. Ihre Macht muss grenzüberschreitend eingedämmt werden. Vor allem müssen
574 Maßnahmen gegen Monopolbildung ergriffen werden. Minimalstandards - wie im Global
575 Compact vereinbart - reichen nicht.

576

577 Wir Jusos fordern daher:

578

579 1. Die marktradikale Handelspolitik der EU muss endlich ein Ende finden. Stattdessen sind
580 umfangreiche Reformen nötig, damit die EU-Handelspolitik dazu beitragen kann, strukturelle
581 Ungleichheiten zwischen den Ökonomien im Globalen Norden und Globalen Süden abzutragen
582 und nicht noch zu verschärfen. Sie soll darauf ausgerichtet sein, zusammen mit der
583 Entwicklungszusammenarbeit nachhaltige Wirtschaftsstrukturen und politische Selbstständigkeit
584 der Gesellschaften des Globalen Südens zu stärken.

585

586 2. Darüber hinaus benötigt die EU eine Neudefinition ihrer handelspolitischen Interessen.
587 Soziale und ökologische Nachhaltigkeit müssen als fundamentale Ziele der Handelspolitik

588 formuliert werden. Alle außenhandelspolitischen Maßnahmen müssen deswegen auf die
589 entwicklungspolitischen Folgen überprüft werden.

590

591 3. Wir fordern eine europäische Agrar- und Handelspolitik, die Entwicklungsländern eine
592 realistische Chance auf einen eigenen funktionierenden Agrarsektor bietet und damit sowohl die
593 Versorgungssicherheit im jeweiligen Land sicher stellt, als auch die Möglichkeit schafft,
594 effektiven wirtschaftlichen Nutzen für die eigene Volkswirtschaft zu ziehen.

595

596 4. Die EU muss sicherstellen, dass alle Mitgliedstaaten eine gemeinsame Strategie für die
597 europäische Entwicklungszusammenarbeit entwickeln und gemeinsam umsetzen. Dafür muss
598 die EU für eine einschlägige Verbesserung in der Koordination der
599 Entwicklungszusammenarbeit eintreten.

600

601 5. Um der EU- Entwicklungspolitik eine größere Relevanz zuteilwerden zu lassen, muss für
602 die derzeitig in der Außen- und Sicherheitspolitik eingebettete Entwicklungspolitik ein
603 eigenständiger Politikbereich geschaffen werden.

604

605 Eine koordinierte europäische "Entwicklungszusammenarbeit" ist für uns nur ein Zwischenschritt
606 zu einer transnationalen und weniger von nationalstaatlichen Interessen beeinflussten globalen
607 Gerechtigkeitspolitik. Schlussendlich müssen Staaten wie die Bundesrepublik finanzielle Mittel
608 bereitstellen, über die sie die Entscheidungsgewalt abgeben und an zu schaffende
609 demokratischen Strukturen der Betroffenen übergeben. Diese Politik kann nur dann erfolgreich
610 sein, wenn sie sich nicht als Politik zwischen einzelnen Ländern versteht. Die Probleme des
611 globalen Südens werden nicht nur dort gelöst, sondern im wirklich globalen Maßstab. Deshalb
612 kämpfen wir für einen Paradigmenwechsel – für einen sozialistischen, nicht einen
613 kapitalistischen.

614

615 Für die Neuordnung des globalen Finanzmarktes und Währungssystems

616

617 Die Ordnung des globalen Handels ist nur eine Seite der Medaille. Ihr direktes Gegenstück sind
618 die Devisen-, Kredit- und Kapitalmärkte. Diese Seite wird zu selten beleuchtet, ist aber
619 spätestens seit den 1980er Jahren ein zur Handelspolitik gleichwertiger Einfluss auf den
620 globalen Kapitalismus. Nicht selten ist die Voraussetzung für "Hilfen" und "Zusammenarbeit",
621 dass ein Land sich den Finanzmärkten öffnen soll.

622

623 Direkt mit dem Handel verknüpft sind Spekulationen mit den Rohstoffen aus den Ländern des
624 globalen Südens. Durch exzessive Preisschwankungen kommt es zu Fehlinvestitionen und Not.
625 Ab deutlichsten wird dies im Falle von Nahrungsmittelspekulation, da die Nahrungsmittel sowohl
626 zur direkten Versorgung der Bevölkerung als auch als Einkommensquelle fungieren. Gerade
627 letzteres gilt jedoch auch für eine Reihe weiterer Rohstoffe und Agrarprodukte und darf nicht
628 allein auf Nahrungsmittel reduziert werden.

629

630 Die Abhängigkeit des globalen Südens ist auch durch die Unfähigkeit begründet, in eigener
631 Währung Kredite aufzunehmen und deshalb oft Devisenspekulationen hilflos ausgeliefert zu
632 sein. Selbst moderate Auslandsschulden sind durch diese Staaten dann nichtmehr zu tragen,
633 wenn ihre Währung in Folge einer Panik oder weltwirtschaftlichen Krise rasant abwertet. Eine
634 Vielzahl von Krisen wurden durch solch eine Entwicklung ausgelöst oder zumindest
635 entscheidend beschleunigt und traf auch vergleichsweise große Staaten: Mexiko, Süd-Ost-
636 Asien, Argentinien, Russland und auch die Eurokrise kann so gedeutet werden. Die globale
637 Finanzkrise hat ab 2007 auch viele afrikanische Staaten nach fast einem Jahrzehnt allgemein
638 positiverer ökonomischer Entwicklung in große Schwierigkeiten gebracht. Schätzungen gehen
639 von einem Zuwachs der Armut, gemessen an der 1,25\$-Marke, von mehr als zehn Millionen
640 Menschen gegenüber der Entwicklung ohne Krise aus. Transmissionsmechanismen sind im
641 Zusammenspiel aus Agrarspekulationen, dem Anstieg des Ölpreises und in direkten
642 Auswirkungen der Finanzkrise zu finden. Durch Abwertung der Währung wurden importierte
643 Inputs für den Agrarsektor (v.a. Dünger und Öl) so teuer, dass oft selbst die Bauern unter der
644 Entwicklung leiden mussten und an höheren Preisen für ihre Produkte nicht verdienen konnten.
645 Durch sich verschlechternde Staatseinnahmen und der höheren Last des Schuldendienstes
646 wurden staatliche Maßnahmen massiv eingeschränkt und somit dürften die Ärmsten der Welt
647 die Hauptlast in diesen Staaten getragen haben. Nicht nur der staatliche Schuldendienst wurde
648 teurer, auch die Privatwirtschaft ist häufig auf Kredite in Fremdwährungen angewiesen, deren

649 Verfügbarkeit sich stark einschränkte und so auch die heimische Wirtschaft weiter belastete.
650 Eine noch größere Auswirkung konnten gerade die staatlichen Regulierungen verhindern, die in
651 einigen Staaten als Folge der Asienkrise installiert wurden. Spezifisch für einige Staaten waren
652 schwere Auswirkungen durch das Versiegen der Transfers von Expats an Angehörige in den
653 Herkunftsstaaten. Dies trug direkt zur Verschärfung der Armut bei und verschlimmerte durch
654 weiter sinkende Nachfrage nach heimischer Währung auch über einen indirekten Kanal die
655 Situation.

656

657 Wie auch während der Eurokrise wurden in der Vergangenheit Währungskrisen häufig als
658 Druckmittel für politische Reformen im Sinne der Gläubiger genutzt. Sie sind ein zentrales
659 Instrument der Schock-Strategie, die einer Vielzahl von sozial und ökonomisch Falschen und
660 sonst auch undurchsetzbaren "Reformen" durchzusetzen, welche die Vorherrschaft der
661 Gläubiger im globalen Norden festigen. Unter der fehlgeleiteten Ex-Post-Konditionierung,
662 welche erst dann Hilfe in Aussicht stellt, wenn gewünschte Anpassungen erfolgt oder zumindest
663 vereinbart sind, wird außerdem wertvolle Zeit verschenkt, sodass die Krise weiter Fahrt
664 aufnehmen kann. Da oft Austeritätsprogramme an erster Stelle stehen, wird außerdem die Krise
665 weiter verschärft und so die Abhängigkeit von Geldströmen weiter vertieft.

666

667 Wir fordern daher:

668

669 1. Spekulationen mit sensiblen Rohstoffen, die für breite Bevölkerungsteile eine
670 Einnahmequelle darstellen und insbesondere Grundnahrungsmittel, müssen effektiv
671 eingegrenzt und scharfer Regulierung bis hin zum Verbot oder Preissetzung unterworfen
672 werden. Absicherungsgeschäfte gegen Preisschwankungen dürfen nicht zur Spekulation
673 missbraucht werden und sind nur mit tatsächlichen Produzenten abzuschließen. Großkonzerne
674 mit exzessiver Preissetzungsmacht auf diesen Märkten müssen zerschlagen werden.

675

676 2. Schnelle und direkte Hilfe durch regionale und internationale Organisationen im Falle
677 von Währungsturbolenzen. Dazu ist ein System von Ex-Ante-Konditionalitäten zu schaffen, in
678 dem jedes Land ein Recht auf Zugriff auf Währungsreserven hat, dass sich vor der Krise an
679 vereinbarte und faire Regeln gehalten hat.

680

681 3. Förderung des Aufbaus von regionalen Währungsfonds, welche Hilfe auch ohne
682 übergewichtiges Stimmrecht des Nordens leisten können.

683

684 4. Schaffung eines stabilen internationalen Währungssystems, welches an Stelle der privat
685 dominierten Währungsmärkte ein System setzt, welches durch Fundamentaldaten und richtige
686 Anreize getrieben wird. Eine Übermacht der Gläubiger lehnen wir ab. Wir fordern, dass die
687 Europäische Union sich - ganz im Sinne ihres eigenen Währungsprojektes - für eine solche
688 globale Austauschwährung in der Tradition des Vorschlages von John M. Keynes für den
689 Bancor einsetzt.

690

691 5. Für uns gilt; Multilateralität vor Plurilateralität. Bi- und plurilaterale Freihandelsabkommen
692 sind keine geeigneten Instrumente, um Außenhandelspolitik gerecht zu gestalten. Plurilaterale
693 Abkommen zwischen Ländern des Globalen Südens nehmen wir als vorübergehendes,
694 notwendiges Übel hin. Handelsabkommen müssen wieder auf multilateraler Ebene beschlossen
695 werden. Uns ist zwar bewusst, dass die WTO in der Vergangenheit ebenfalls keine Politik im
696 Sinne der Länder des Globalen Südens gemacht hat, strukturelle Ungleichheiten haben sich
697 aber im letzten Jahrzehnt zuungunsten des Globalen Nordens verschoben, sodass die
698 Organisation stärker in der Lage ist, einen Interessensausgleich herzustellen. Nichtsdestotrotz
699 fordern wir, dass die WTO weiter demokratisiert wird und dass strukturelle Benachteiligungen
700 für Länder des Globalen Südens weiter abgebaut werden. Zudem fordern wir, dass die WTO
701 handelsrelevante Themen, wie Umweltschutz und Sozialstandards zur Grundlage von
702 zukünftigen Handelsabkommen macht.

703

704 6. Die durch Privatisierungs- und Liberalisierungspolitik der global agierenden
705 Finanzinstitutionen oktroyierten Schulden der Nehmerländer bedürfen einer dringenden
706 Revision und müssen gegebenenfalls durch Schuldenschnitte erlassen werden. Das Erlassen
707 von Schulden darf allerdings nicht an Bedingungen geknüpft werden, wie beispielsweise das
708 deregulieren von Arbeitsrecht oder Zollbeschränkungen.

709

Titel Die humanitäre Katastrophe in Syrien muss gestoppt werden. Resolution für ein Ende der Gewalt durch erneute Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien

Antragsteller Hessen-Süd

Zur Weiterleitung an SPD-Bundesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Die humanitäre Katastrophe in Syrien muss gestoppt werden. Resolution für ein Ende der Gewalt durch erneute Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien

- 1 Das Jahr 2014 war das blutigste in dem seit 4 Jahren bestehenden syrischen Bürgerkrieg.
- 2 Laut dem Syrian Observatory for Human Rights starben im vergangenen Jahr mehr als 76.000
- 3 Menschen, von denen fast 18.000 Zivilisten und darunter 3.501 Kind gewesen sind.[1]
- 4 Expert/innen gehen davon aus, dass die tatsächlichen Opferzahlen deutlich über den offiziellen
- 5 Angaben liegen. Frauen und Kinder sind besonders stark von der Gewalt in Syrien betroffen.
- 6 So werden Frauen systematisch verschleppt und auch die Anwendung sexueller Gewalt
- 7 scheint in großem Umfang zu erfolgen.[2] Sogar der Einsatz von Kindersoldaten durch den IS
- 8 konnte durch Human Rights Watch nachgewiesen werden. [3]
- 9
- 10 Zudem beklagen zahlreiche humanitäre Hilfsorganisationen, dass ihre Arbeit von den
- 11 verschiedenen Konfliktparteien behindert wird[4]. Auch sind derzeit nur 5 von 23
- 12 Grenzübergängen für die humanitäre Hilfe geöffnet, obwohl bspw. 5,6 Millionen Kinder auf
- 13 Hilfslieferungen dringend angewiesen sind. Die Anzahl sog. Displaced People übersteigt
- 14 mittlerweile die Marke von 11 Mio. Menschen (davon sind 5 Millionen Flüchtlinge und 7 Millionen
- 15 sog. internally displaced persons). In einem aktuellen Bericht „Failing Syria“ von 21
- 16 Hilfsorganisationen vom 12.03.2015 kritisieren diese die Handlungsunfähigkeit der UN. Unicef
- 17 beklagt, es fehle vor allem an finanziellen Hilfen. So waren schon 2013 schon nur 71% der UN
- 18 Hilfen finanziert. 2014 nur noch 57%. [5]
- 19
- 20 In einem ersten Schritt zur Überwindung der Gewalt müssen die Resolutionen 2139, 2165 und
- 21 2191 des UN Sicherheitsrates umgesetzt werden.[6] Insbesondere die Einstellung der
- 22 (systematischen) Angriffe auf die Zivilbevölkerung durch alle Konfliktparteien ist eine
- 23 notwendige Bedingung, um das Leid der Menschen zu lindern. Kriegsverbrechen wie die
- 24 willkürliche Internierung und das Foltern von Zivilisten müssen unbedingt gestoppt werden. Die
- 25 Konfliktparteien müssen unmittelbar die systematisch Verletzung der Menschenrechte beenden
- 26 und sich gemeinsam verpflichten, das internationale Kriegsrecht einzuhalten. Eine
- 27 wünschenswerte Option ist die perspektivische Einsetzung einer UN-Friedenstruppe
- 28 (peacekeeping operations), sobald ein Waffenstillstand erreicht sein sollte. Außerdem schließen
- 29 wir uns der Forderung der Hilfsorganisationen an, dass die Regierungen einflussreicher Staaten
- 30 endlich dafür Sorge tragen müssen, dass die Nothilfemaßnahmen massiv ausgeweitet werden.
- 31 [7]
- 32
- 33 Auch wird die EU von uns aufgefordert, weit mehr syrischen Flüchtlingen temporären Schutz zu
- 34 gewähren und sie nicht in Nachbarländer wie die Türkei abzuschieben. Ziel muss sein, allen
- 35 syrischen Bürgern, die ihr kriegsgeschundenes Heimatland verlassen müssen, eine Zuflucht zu
- 36 bieten.

37

38 Ohne verstärkte (finanzielle und logistische) Hilfe der internationalen Gemeinschaft ist dies
39 kaum zu erreichen. In 2014 ist die Finanzierungslücke der humanitären Hilfe auf ein
40 Rekordhoch gestiegen. Scheinbar besteht eine 40%ige Finanzierungslücke, die dringend
41 geschlossen werden muss. Zur Abmilderung der Flüchtlingsproblematik werden die Staaten der
42 europäischen Union aufgefordert, im laufenden Jahr min. 5% der Flüchtlinge Schutz außerhalb
43 der Konfliktregion zu ermöglichen. Um dieses Ziel zu erreichen müssen einerseits die
44 Kontingente für Flüchtlinge vergrößert werden und andererseits die Möglichkeit verbessert
45 werden, dass Menschen unmittelbar aus dem Kriegsgebiet auf die Kontingentlisten gelangen
46 können.

47

48 Auch muss dafür Sorge getragen werden, dass Staaten wie der Libanon oder Jordanien mit den
49 Flüchtlingsströmen nicht alleine gelassen werden, sondern finanzielle Hilfen aus der
50 Europäischen Union erhalten. Bei 4 Millionen Einwohner/innen nahm der Libanon bis jetzt 1,5
51 Millionen Flüchtlinge auf.[8]

52

53 Wir unterstützen die Forderung des stellvertretenden Direktors für Europa und Zentralasien der
54 International Crisis Group, Hugh Pope, dass die AKP-regierte Türkei ihre Außenpolitik mehr an
55 ethnischer und konfessioneller Neutralität ausrichten und auch mit regionalen Rivalen wie dem
56 schiitischen Iran zusammenarbeiten. Zudem muss die Türkei ihre Grenzen nach Syrien besser
57 kontrollieren und Null-Toleranz gegenüber jihadistischen Vergehen zeigen.[9]

58

59 Wie auch im Fall der Ukraine ist es von elementarer Bedeutung, dass der Konflikt am
60 Verhandlungstisch gelöst werden muss. Daher wenden wir uns an die deutsche
61 Bundesregierung mit dem Appell, die Konfliktparteien wieder an den Verhandlungstisch zu
62 bekommen, hierbei müssen auch kurdische Vertreter involviert werden. Zudem sollte darauf
63 hingewirkt werden, dass die Konfliktparteien eine gemeinsame Haltung und Strategie gegen
64 den Islamischen Staat entwickeln.

65

66 **Was die deutsche Regierung und die deutsche Bevölkerung im eigenen Land tun kann:**

67

68 Die Situation in Syrien ist die größte humanitäre Katastrophe unserer Zeit. Es ist ein
69 Armutzeugnis, dass einflussreiche Staaten, UN und EU völlig versagen. Es liegt auch an uns,
70 unsere Partei zu treiben und dafür zu sorgen, dass die Hilfe endlich ankommt. Wir können nicht
71 nur unsere Partei treiben und ständig auf die Situation hinweisen, sondern es ist auch in unserer
72 Verantwortung die Menschen, die vor Krieg und Vertreibung vor allem aber nicht nur aus Syrien
73 fliehen, zu schützen, ihnen eine Chance zu geben und sie hier Willkommen heißen.

74

75 Es liegt an uns, unsere Forderungen zu einer humanen Flüchtlingspolitik Nachdruck zu
76 verleihen und mit den Bürger/innen in den Dialog zu treten. Es ist eine Schande für
77 Deutschland, dass in dieser Zeit, die wohl als eine der blutigsten in die Geschichte eingehen
78 wird, Pegida und Co. tausende Menschen gegen Flüchtlinge auf die Straßen treiben. Es ist
79 unsere Aufgabe sowie die Aufgabe der Bundesregierung sich diesen Menschen entgegen zu
80 stellen, aufzuklären und klar Stellung zu beziehen.

81

82 Ein weiterer Skandal der deutschen Flüchtlingspolitik ist der Umgang mit Kindern bzw.
83 minderjährigen Flüchtlingen. Nach der neusten Studie von Unicef werden die rund 65 000
84 (Sept. 2014) Flüchtlingskinder mit unsicherem Aufenthaltsstatus nur unzureichend geschützt.
85 [10] Vor allem kritisiert Unicef die dürftige medizinische Versorgung und die bürokratischen
86 Hindernisse in der Schulbildung. Auch fehlt es an psychologischer Hilfe. Unicef betont, dass
87 Flüchtlingskinder praktisch in allen Bereichen politisch vernachlässigt werden. Und das, obwohl
88 Deutschland schon 1992 die UN-Kinderrechtskonvention ratifizierte. Hier steht u.a. geschrieben:
89 „Zudem verpflichtet sich die Bundesrepublik [...] sicherzustellen, dass ein Kind, das die
90 Rechtsstellung eines Flüchtlings begehrt [...] angemessenen Schutz und humanitäre Hilfe bei
91 der Wahrnehmung der Rechte erhält, die in diesem Übereinkommen oder anderen
92 internationalen Übereinkünften über Menschenrechte oder über humanitäre Fragen [...]
93 festgelegt sind.“[11]

94

95 Der Bundesfachverband Unbegleiteter Flüchtlinge e.V. kritisierte schon 2013 in seinem Bericht
96 an die Vereinten Nationen die unzureichende Umsetzung der UN Kinderrechtskonvention in
97 Bezug auf Flüchtlingskinder in Deutschland.[12] Hier fordern wir die Bundesregierung auf,

98 endlich Taten folgen zu lassen und dafür zu sorgen, dass die UN Kinderrechtskonvention auch
99 im Bezug auf Flüchtlingskinder umgesetzt wird.

100

101 Abschließend wollen wir als Autoren nochmals betonen, dass es keine militärische Intervention
102 des Westens zugunsten einer Seite des Konflikts geben darf. Einzig und alleine der Ausgleich
103 aller Interessen am Verhandlungstisch kann in unseren Augen für ein Ende des syrischen
104 Bürgerkriegs sorgen.

105

106 Zudem möchte wir abschließend nochmal betonen, dass wir die US-Außenpolitik und
107 insbesondere den 3. Golfkrieg unter George W. Bush, die massiv zur Destabilisierung der
108 gesamten Region beigetragen haben, verurteilen. Eine erneute Intervention eines
109 Staatenbündnisses ohne UN-Mandat wird daher kategorisch abgelehnt.

110

111

112

113 [1] [http://www.nytimes.com/2015/01/02/world/middleeast/syrian-civil-war-2014-deadliest-so-](http://www.nytimes.com/2015/01/02/world/middleeast/syrian-civil-war-2014-deadliest-so-far.html?_r=0)
114 [far.html?_r=0](http://www.nytimes.com/2015/01/02/world/middleeast/syrian-civil-war-2014-deadliest-so-far.html?_r=0)

115

116 [2] Syria Needs Analysis Project (SNAP), Regional Analysis Syria, Q3 2014, 13 October 2014,
117 <http://reliefweb.int/report/syrian-arab-republic/regional-analysis-syria-q3-2014-13-october-2014>

118

119 [3] http://www.hrw.org/sites/default/files/reports/syria0614_crd_ForUpload.pdf

120

121 [4] Falling Syria, Oxfam 2015, [http://www.oxfam.de/sites/www.oxfam.de/files/syria_report-](http://www.oxfam.de/sites/www.oxfam.de/files/syria_report-oxfam-sperrfrist-120315.pdf)
122 [oxfam-sperrfrist-120315.pdf](http://www.oxfam.de/sites/www.oxfam.de/files/syria_report-oxfam-sperrfrist-120315.pdf)

123

124 [5] http://www.oxfam.de/sites/www.oxfam.de/files/syria_report-oxfam-sperrfrist-120315.pdf

125

126 [6] <http://unscr.com/en/resolutions/doc/2139>, <http://unscr.com/en/resolutions/doc/2165>,
127 <http://unscr.com/en/resolutions/doc/2191>

128

129 [7] http://www.oxfam.de/sites/www.oxfam.de/files/syria_report-oxfam-sperrfrist-120315.pdf

130

131 [8] <http://www.tagesschau.de/ausland/libanon-fluechtlinge-syrien-101.html>

132

133 [9] <http://www.ipg-journal.de/aus-dem-netz/artikel/drama-an-syriens-nordgrenze-380/>

134

135 [10] [http://www.unicef.de/blob/56282/fa13c2eefcd41dfca5d89d44c72e72e3/fluechtlingskinder-in-](http://www.unicef.de/blob/56282/fa13c2eefcd41dfca5d89d44c72e72e3/fluechtlingskinder-in-deutschland-unicef-studie-2014-data.pdf)
136 [deutschland-unicef-studie-2014-data.pdf](http://www.unicef.de/blob/56282/fa13c2eefcd41dfca5d89d44c72e72e3/fluechtlingskinder-in-deutschland-unicef-studie-2014-data.pdf)

137

138 [11] <http://www.b-umf.de/images/stories/dokumente/un-kinderrechtskonvention.pdf>

139

140 [12] <http://www.b-umf.de/images/parallelbericht-bumf-2013-web.pdf>

141

142

143

144

145

146

147

148

149

150

151

152

153

154

155

156

157

158

Titel Menschenrechte statt Aufrüsten! – Stopp des deutschen-mexikanischen Sicherheitsabkommen

Antragsteller Sachsen

Zur Weiterleitung an SPD-Bundesparteitag der SPD und an die SPD-Bundestagsfraktion

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Menschenrechte statt Aufrüsten! – Stopp des deutschen-mexikanischen Sicherheitsabkommen

- 1 Die sechs toten und 43 entführten Student*innen in Ayotzinapa, die im September 2014 der
2 Welt die Menschenrechtssituation in Mexiko vor Augen führten, sind kein Einzelfall, sondern ein
3 trauriges Beispiel für die Verquickungen von staatlicher Korruption und organisierter
4 Kriminalität^[1]. Denn: die Missachtung und Verletzung von Menschenrechten in Mexiko sind kein
5 "Kollateralschaden" im sogenannten Krieg gegen die Drogenkartelle, noch unvermeidbare
6 Einzelfälle. Vielmehr sind sie tief im politischen System des Landes verankert, in dem der Staat,
7 der Sicherheitsapparat und die organisierte Kriminalität aufs engste miteinander verbunden
8 sind. Korruption und Gewaltverbrechen sind hierbei keine "Schwächen" oder
9 "Ausfallerscheinungen" der Gesellschaft, sondern zentraler Bestandteil des politischen Betriebs.
10
11 Zahlreiche Verbrechen, wie Einschüchterung, Entführung, Folter bis hin zu Mord werden dabei
12 nicht nur von "kriminellen Banden" begangen. Auch staatliche Sicherheitskräfte wie lokale oder
13 bundespolizeiliche Einheiten sowie das Militär sind aktiv in sie involviert, wie das Beispiel in
14 Ayotzinapa zeigt. Doch anstatt die Korruption und kriminellen Machenschaften zu bekämpfen,
15 setzt die mexikanische Regierung auf Aufrüstung^[2]. Hierbei spielen nicht nur Länder wie die
16 USA eine Rolle, sondern auch Deutschland ist ein wichtiger Partner bei der Aufrüstung und
17 Ausbildung der Sicherheitskräfte. Diese Kooperationen sollen zukünftig noch weiter ausgebaut
18 werden. Seit 2011 wird zwischen den Regierungen beider Länder über ein
19 Sicherheitsabkommen verhandelt, welches die polizeiliche Zusammenarbeit, die strategische
20 und taktische Schulung von Einsatzkräften, die technische Unterstützung und den
21 gegenseitigen Informationsaustausch vertraglich festhalten soll. Im Hinblick auf die
22 gravierenden Menschenrechtsverletzungen, welche immer wieder von mexikanischen
23 Sicherheitskräften begangen werden, bleibt zu befürchten, dass durch ein solches Abkommen
24 deutsches Sicherheits-Know-how bei der Begehung dieser Verbrechen genutzt wird. Zugleich
25 besteht die Gefahr, dass durch die Ausweitung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Bereich
26 der Militär- und Sicherheitsgüter deutsche Waffen und Ausrüstungsgegenstände bei den
27 Gewaltverbrechen zum Einsatz kommen.
28
29 Damit zukünftig die stattfindenden Menschenrechtsverletzungen nicht indirekt durch
30 Deutschland unterstützt werden, lehnen wir eine weitere Militarisierung und Aufrüstung der
31 mexikanischen Sicherheitskräfte mit deutscher Hilfe ab und fordern stattdessen:
32
33
34 • die Aussetzung der Verhandlungen über das Sicherheitsabkommen,
35 • die Verpflichtung Deutschlands, sich auf internationaler Ebene dafür einzusetzen, dass
36 die von Mexiko unterzeichneten internationalen Verträge und Vereinbarungen zur

37 Garantierung der Menschenrechte eingehalten und umgesetzt werden. Dazu zählen unter
38 anderem: die UN Menschenrechtscharta, die Internationale Konvention zum Schutz aller
39 Personen vor dem Verschwindenlassen und die UN-Konvention gegen Korruption.
40 • den Einsatz in bilateralen oder von der EU getragenen Verhandlungen und Projekten zur
41 Stärkung der Rechtsstaatlichkeit, der Korruptionsbekämpfung und der Zivilgesellschaft in
42 Mexiko.

43

44

45

46 [1] Die 43 Student*innen wurden auf dem Weg zu Protesten gegen die Regierung zunächst von
47 mexikanischen Polizeieinheiten angehalten und beschossen, wobei 6 Menschen starben. Die
48 Verbliebenen wurden anschließend festgenommen und an ein örtliches Kartell übergeben,
49 welches sie dann verschwinden ließ. Heute ist davon auszugehen, dass sie umgebracht und
50 ihre Leichnamen verbrannt wurden. Als Übersicht über die Geschehnisse in Ayotzinapa und
51 danach siehe das Dossier von Amerika21: [https://amerika21.de/dossier/massaker-von-](https://amerika21.de/dossier/massaker-von-ayotzinapa)
52 [ayotzinapa](https://amerika21.de/dossier/massaker-von-ayotzinapa).

53

54 [2] So stiegen allein 2014 die mexikanischen Militärausgaben um 8% auf 8.068,68 Mio US-
55 Dollar. Siehe: Bonn International Center for Conversation (BICC): Informationsdienst Sicherheit,
56 Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte. Länderportrait
57 Mexiko und

58

59 [http://knoema.de/atlas/Mexiko/topics/Nationale-Verteidigung/Milit%C3%A4rausgaben-und-](http://knoema.de/atlas/Mexiko/topics/Nationale-Verteidigung/Milit%C3%A4rausgaben-und-Handel/Milit%C3%A4rausgaben-percent-des-BIP)
60 [Handel/Milit%C3%A4rausgaben-percent-des-BIP](http://knoema.de/atlas/Mexiko/topics/Nationale-Verteidigung/Milit%C3%A4rausgaben-und-Handel/Milit%C3%A4rausgaben-percent-des-BIP)

61

62 **Begründung:**

63 Die Zahlen der Gewaltverbrechen in Mexiko sprechen für sich: allein von 2006 bis 2012 gab es
64 mehr als 70.000 Ermordete, 20.000 gewaltsam Verschwundene und 250.000 Menschen, die
65 innerhalb Mexikos auf der Flucht sind^[1]. Seit dem Amtsantritt von Peña Nieto 2012 sind die
66 Zahlen zudem noch weiter gestiegen^[2]. Die Gewalt geht dabei nicht nur von der organisierten
67 Kriminalität aus, sondern auch staatliche Institutionen und Verbände sind nachweislich in die
68 Verbrechen involviert^[3]. Dies kann von der Tolerierung der Verbrechen, über Beauftragung bis
69 hin zur Unterstützung oder Durchführung von Einschüchterung, Überfällen, Verschwindenlassen
70 oder Mord reichen. Zugleich erfahren die Opfer der Gewalt trotz zahlreicher Gesetze zur ihrem
71 Schutz und zur Kriminalitätsbekämpfung keine substanzielle Hilfe. Vielmehr sehen sie sich
72 häufig Gängelungen, behördlichen Verweigerungen oder staatlichen Repressionen (die auch bis
73 zu Mord reichen können) ausgesetzt^[4]. Die Täter*innen entkommen i.d.R. straffrei, weshalb
74 98% aller Delikte heute kein Urteil nach sich ziehen^[5].

75

76 Mexiko ist dabei kein schwacher oder zerfallender Staat, sondern dank Milliarden Investitionen
77 aus den USA und anderer internationaler Partner ein hochgerüsteter und äußerst
78 handlungsfähiger Staat. Die Verbrechen und Morde, die im Rahmen des 2006 verkündeten
79 Krieges gegen Drogen immer wieder für Schlagzeilen sorgen, dienen dabei als
80 Rechtfertigungsgrund, um die Militarisierungs- und Aufrüstungsspirale immer weiter
81 fortzusetzen. Gleichzeitig zeigen zahlreiche zivilgesellschaftliche und internationale
82 Untersuchungen, dass gerade die hierdurch begünstigten Polizeieinheiten und das Militär
83 systematisch in Menschenrechtsverletzungen und kriminelle Machenschaften involviert sind^[6].
84 Teile dieser Einheiten werden dabei seit Jahren von deutschen Sicherheitskräften wie dem BKA
85 ausgebildet. Zudem fanden bis 2014 Waffenlieferungen in Höhe bis zu 673.000 Euro statt, bei
86 denen zwar vertraglich festgehalten war, dass die Waffen nicht in Konfliktgebiete eingesetzt
87 werden sollten^[7]. Doch tauchten diese anschließend auch in Regionen von Mexiko auf, in denen
88 die Regierung aktiv gegen Widerstandsbewegungen vorgeht.

89

90 Seit 2011 finden Verhandlungen zwischen der deutschen und der mexikanischen Regierung zu
91 einem bilateralen Sicherheitsabkommen statt. Bei diesem geht es neben der polizeilichen
92 Ausbildung und Zusammenarbeit, auch um technische Unterstützung und den Austausch von
93 Informationen. Durch den Vertrag wird also der Transfer von deutschem polizeilichem Know-
94 how und technischer Ausstattung weiter ausgebaut. Zugleich besteht keine Möglichkeit der
95 Kontrolle, in welchen Situationen und Orten das vermittelte Wissen und die verkaufte Technik
96 zum Einsatz kommt. Selbstverpflichtungen zeigten bereits in der Vergangenheit, dass diese den
97 Missbrauch und eine Diffusion in Konfliktgebiete nicht verhindern können. Im Hinblick auf die

98 massiven Menschenrechtsverletzungen durch staatliche Sicherheitskräfte bleibt deshalb zu
99 befürchten, dass die erworbenen Fähigkeiten und Ausrüstungen zu weiteren Repressionen
100 gegen aufständische und zivilgesellschaftliche Bewegungen genutzt werden.

101

102 Die Verhandlungen, welche eigentlich 2015 ihren Abschluss finden sollten, werden durch die
103 anhaltende Kritik der mexikanischen und internationalen Zivilgesellschaft immer wieder
104 verzögert. Auch innerhalb der deutschen Politik gibt es Bedenken zu den Auswirkungen, welche
105 eine solche Zusammenarbeit auf die Menschenrechtslage in Mexiko nehmen würde. Doch die
106 Zeit drängt. Um eine weitere Verschlechterung der schon kritischen Situation zu verhindern,
107 bedarf es einer Aussetzung der Verhandlungen. Zugleich muss sich Deutschland in bi- und
108 multilateralen Gesprächen für eine Stärkung der mexikanischen Justiz und eine konsequente
109 Korruptionsbekämpfung einsetzen. Dies kann z.B. durch den Austausch von Erfahrungen und
110 Best-Practice-Beispielen erfolgen. Auch ist es notwendig, dass auf internationaler Ebene auf die
111 Einhaltung der von der mexikanischen Regierung unterzeichneten UN-Konventionen gedrängt
112 wird. Denn die Umsetzung der internationalen Vereinbarungen würde bereits zu einer spürbaren
113 Verbesserung der Menschenrechtssituation in Mexiko führen. Die Unterstützung der
114 Zivilgesellschaft und der Menschenrechtsorganisationen kann aber auch über zahlreiche
115 niedrigschwellige Möglichkeiten realisiert werden. Ein Beispiel hierfür ist das Programm des
116 Menschenrechtsausschusses des deutschen Bundestages "Parlamentarier schützen
117 Parlamentarier". Dieses wurde 2003 ins Leben gerufen und fördert den Schutz und die
118 Unterstützung bedrohter Parlamentarier*innen und Menschenrechtler*innen weltweit durch
119 deutsche Abgeordnete.

120

121

122

123 [1] Deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko: Verschwindenlassen in Mexiko - ein
124 systematisch begangenes Verbrechen, S. 2.

125

126 [2] [http://www.sueddeutsche.de/politik/kooperation-mit-mexiko-gefaehrliche-komplizenschaft-](http://www.sueddeutsche.de/politik/kooperation-mit-mexiko-gefaehrliche-komplizenschaft-1.2185299)
127 [1.2185299](http://www.sueddeutsche.de/politik/kooperation-mit-mexiko-gefaehrliche-komplizenschaft-1.2185299).

128

129 [3] Bericht Amnesty International 2009.

130

131 [4] Beispielhaft hierfür ist der Fall von Josefina Reyes Salazar, die zunächst ihren willkürlich vom
132 Militär festgenommen Sohn suchte und später selbst entführt und umgebracht wurde. Deutsche
133 Menschenrechtskoordination, S. 17.

134

135 [5] Global Institute of Global and Area Studies, Institut für Lateinamerika-Studien. Focus
136 Lateinamerika (2011), Nr 12, S. 3.

137

138 [6] Siehe Fußnote 2 Human Rights Watch 2011.

139

140 [7] <https://amerika21.de/2015/01/110422/ausbildung-polizei-mexiko-bka>.

141

142

143

144

145

146

147

148

149

150

151

152

153

154

155

156

157

158

Titel Deutschland als verantwortungsvolle
Friedensnation - Informations- und Vetorecht für den
Bundestag vor Waffenexportentscheidungen

Antragsteller Hannover

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Deutschland als verantwortungsvolle Friedensnation -
Informations- und Vetorecht für den Bundestag vor
Waffenexportentscheidungen

1 Wir Jusos fordern:

2

3 a) Dem Deutschen Bundestag wird ein Vetorecht zu gestellten Genehmigungsanträgen zur
4 Ausfuhr von Waffen jeglicher Art zugesprochen.

5

6 b) Dem Deutschen Bundestag wird ein Informationsrecht zu gestellten
7 Genehmigungsanträgen jeglicher Art zugesprochen. Das Informationsrecht umfasst Daten über
8 den Hersteller, die Anzahl und Art der Waffen sowie den Bestimmungsort der Lieferung und
9 Kenntnisse über die spätere Verwendung der Waffen.

10

11 **Begründung:**

12 *Mit der Forderung nach einem Kontrollgremium des Bundestages zur Herstellung höherer*
13 *Transparenz und Öffentlichkeit bei Waffenexportentscheidungen im Regierungsprogramm 2013*
14 *- 2017 entspricht die Sozialdemokratische Partei Deutschlands dem mehrheitlichen Wunsch der*
15 *Bundesbürgerinnen und Bundesbürger nach einer stärkeren Kontrolle von deutschen*
16 *Waffenexporten. Durch die Beteiligung an der Bundesregierung in der Koalition CDU/CSU-SPD*
17 *seit 2013 konnte die SPD bereits eine stärkere Kontrolle von Waffenexporten umsetzen und*
18 *zeigte sich zuletzt konsequent bei der Ablehnung von Waffenlieferungen nach Saudi-Arabien.*

19

20 *Trotzdem stellt nach wie vor der Platz Deutschlands als drittgrößter Waffenexporteur der Welt*
21 *seinen Anspruch, als verantwortungsvolle Friedensnation zu agieren, infrage. Daher muss*
22 *sichergestellt werden, dass auch zukünftige Bundesregierungen vor Entscheidungen zum*
23 *Waffenexport transparent Details zu Ausfuhranträgen offen legen. Da der Bundestag*
24 *maßgeblich am Bild Deutschlands in der Welt mitwirkt und Verantwortung für die Außenpolitik*
25 *trägt, muss er Informationen über vorliegende Genehmigungsanträge für Waffenexporte*
26 *erhalten, sobald diese gestellt werden. Darüber hinaus muss der Bundestag in seiner*
27 *verantwortungsvollen Funktion ein Veto gegen Genehmigungsanträge einlegen dürfen, um*
28 *bedenkliche Exportentscheidungen zu verhindern.*

29

30

31

32

33

34

35

36

Titel Keine Kampfdrohnen für die Bundeswehr!

Antragsteller Hessen-Süd

Zur Weiterleitung an SPD-Bundesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Keine Kampfdrohnen für die Bundeswehr!

1 Jusos und SPD lehnen die Anschaffung von bewaffneten unbemannten Luftfahrzeugen für die
2 Bundeswehr und die nachträgliche Aufrüstung unbewaffneter unbemannter Luftfahrzeuge ab.

3
4 Die Forderungen nach Kampfdrohnen für die Bundeswehr, die auch in der SPD immer lauter
5 werden, müssen ein Ende haben. Die Möglichkeit einen Drohnenkrieg, wie ihn beispielsweise
6 die USA praktizieren, ist nicht erstrebenswert.

7
8 Die Praxis aus den USA zeigt, dass Kampfdrohnen zwar durchaus Opfer bei den eigenen
9 Streitkräften vermeiden, aber dafür auch enorme ethische Bedenken mit sich bringen.

10

11 **Kampfdrohnen mit chirurgischer Präzision?**

12

13 Der Drohnenkrieg der USA in Pakistan und Jemen etwa zeigt, dass es sich bei
14 Drohnenangriffen keinesfalls um präzise Tötungen handelt. Die Beispiele von 41 potentiellen
15 Terroristen[1] in Pakistan und Jemen, die durch Luftschläge mit Kampfdrohnen getötet werden
16 sollten, machen dies deutlich. Die Liquidierungsversuche dieser 41 Männer aus der Luft hatten
17 insgesamt 1147 Opfer zur Folge; 149 davon Kinder. Bei diesen 41 Zielen handelt es sich jedoch
18 nur um solche, auf die mehrfache Drohnenangriffe erfolgten. Zusammengerechnet mit den
19 direkt erfolgreichen Liquidierungen ist die Zahl der zivilen Opfer noch weitaus höher. Sieben der
20 41 potentiellen Terroristen sind trotz mehrfacher Angriffe mit Drohnen noch am Leben.

21

22 Hinzu kommt die dauerhafte Belastung für die Zivilbevölkerung, die von der ständigen
23 Ungewissheit eines möglichen Luftschlags ausgeht. Die Verbreitung dieser Angst darf definitiv
24 nicht unterschätzt werden. Auch als Nebenwirkung darf diese, wenn auch ungewollte,
25 psychologische Kriegsführung aber nicht ignoriert werden.

26

27 **Ächtung außergerichtlicher Tötungen durch Drohnen**

28

29 Die Praxis der USA zeigt, dass der Einsatz von Drohnen auch dazu verlockt Tötungen
30 außerhalb von Kriegsgebieten durchzuführen. Diese Tötungen entsprechen aber einem
31 Todesurteil ohne Gerichtsverfahren und widersprechen jeglicher Rechtsstaatlichkeit.

32

33 Wir unterstützen daher die Resolution des EU-Parlamentes zur Ächtung außergerichtlicher
34 Tötungen durch Drohnen:

35

- 36 • Gezielte Tötungen außerhalb von Kriegsgebieten sind illegal.
- 37 • Auch im Rahmen kriegerischer Auseinandersetzungen sind Menschen- und Völkerrecht,
38 insbesondere der Schutz von Zivilisten strikt einzuhalten.
- 39 • Beim geringsten Anzeichen ungesetzlicher Handlungen muss eine Untersuchung

40 angeordnet, die Täter verfolgt und die Opfer entschädigt werden.

41

42 Als Konsequenz fordern wir auch das Ende dieser außergerichtlichen Tötungen durch den
43 Stopp der Beteiligung der Bundesrepublik und der Europäischen Union am US-Drohnenkrieg in
44 Pakistan und Jemen. Ausgangspunkt der Liquidierungsflüge darf weder Ramstein, noch ein
45 anderer Stützpunkt in der EU sein.

46

47 **Vermeidung von Opfern in den eigenen Reihen**

48

49 Der erneute Blick in die USA zeigt, dass auch Kampfdrohnen-Piloten enorm unter den
50 Belastungen ihres Einsatzes leiden können. So kommt es vermehrt zu Posttraumatische
51 Belastungsstörungen, kurz PTBS genannt, unter diesen Piloten. Viele SoldatInnen verkraften es
52 nicht ohne Weiteres morgens andere Menschen aus sicherer Entfernung per Knopfdruck zu
53 töten und abends gemeinsam mit der Familie zu essen. Wir können niemandem abverlangen
54 sich diesen krassen moralischen Konflikten zu stellen. Zumal die Versorgung von Veteraninnen
55 der Bundeswehr bei PTBS zurzeit extrem schlecht ist. Opfer in der eigenen Streitkraft können
56 also auch durch Kampfdrohnen nicht gänzlich vermieden werden.

57

58 **Alternativen zum Krieg**

59

60 Die Hemmschwelle in einen Krieg einzutreten sinkt enorm, wenn der Einsatz von unbemannten
61 Waffen möglich ist. Ziel muss es daher sein ein multilaterales Abkommen zur Abrüstung von
62 unbemannten Waffensystemen zu verabschieden, anstatt eine globale Aufrüstung zu befeuern.

63

64 Experten äußern zu Recht die Sorge, dass es bereits ein Wettrüsten durch unbemannte
65 Luftfahrzeuge gibt. Wir wollen uns ein solches Wettrüsten nicht anschließen, da wir davon
66 überzeugt sind, dass dieses Wettrüsten kontraproduktiv zu einem friedlichen Zusammenleben
67 auf der Welt ist.

68

69 Im Hinblick auf die zunehmende Zahl von Krisen- und Kriegsgebieten sollte der Fokus auf der
70 Prävention und nicht auf der Reaktion von Konflikten sein.

71

72 Anstatt enorme Summen an Steuergeldern in die Entwicklung oder Anschaffung von
73 Kampfdrohnen zu investieren, sollten mehr Projekte der Friedensforschung und der
74 Entwicklungshilfe unterstützt werden. Die Vermeidung von Konflikten führt dann nicht nur zur
75 Einsparung von Geldern, die nicht in militärische Interventionen gesteckt werden müssen,
76 sondern erspart uns –viel wichtiger– das Leid und die Opfer, die solche Einsätze mit sich
77 bringen.

78

79

80

81 [1] Stand der Zahlen Fakten: November 2014

82

83 <http://www.theguardian.com/us-news/2014/nov/24/-sp-us-drone-strikes-kill-1147>

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

100

Titel Neue Sicherheitsarchitektur in Europa und die Unterstützung der Ukraine

Antragsteller Berlin

Zur Weiterleitung an SPD-Bundestagsfraktion

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Neue Sicherheitsarchitektur in Europa und die Unterstützung der Ukraine

- 1 Mehr als ein Jahr nachdem die Proteste in der Hauptstadt der Ukraine auf dem zentralen
2 Maidan Platz zum Sturz des Präsidenten Janukowitsch geführt haben, wissen wir, dass der
3 Konflikt in der Ukraine ein Wendepunkt für die europäische Sicherheitsarchitektur war. Er zeigt
4 uns wieder einmal, wie fragil das vermeintliche Band des Frieden ist. Schon der
5 Jugoslawienkrieg hat uns deutlich gemacht, dass mitnichten Frieden in Europa herrscht und
6 dass der "Frieden" innerhalb der Europäischen Union wenig Wert ist, solange an ihren Grenzen
7 und darüber hinaus Krieg geführt wird. Ungefähr 6000 Opfer hat der Ukraine-Konflikt zu
8 beklagen, der nicht nur angesichts dieser Zahlen als Krieg bezeichnet werden muss. Es gibt
9 bereits über mehr als eine Million Flüchtlinge. Der Donezker Flughafen und die Stadt
10 Debalzewo sind Sinnbilder für die Zerstörung geworden, die dieser Krieg angerichtet hat.
11
12 Inzwischen scheinen die Waffen zu ruhen, doch wie bereits die letzten beiden
13 Waffenstillstandsabkommen von Minsk gezeigt haben, überwiegt die Hoffnung und nicht die
14 Gewissheit, dass diese Waffenruhe von längerer Dauer sein wird. Klar ist allerdings, dass es
15 keinen Weg zurück geben wird zu der alten Sicherheitsordnung in Europa. Die
16 Sicherheitsgarantien, die der Ukraine nach dem Abzug der Atomwaffen gegeben wurden, haben
17 sich als nichtig herausgestellt, weder von russischer Seite, noch von den USA und der
18 Europäischen Union konnten diese Sicherheitsgarantiegehalten werden. Es ist erstaunlich, wie
19 wenig Reaktionen dieser Konflikt in manchen europäischen Ländern hervorruft. Während die
20 Länder im Baltikum und Mittel- und Osteuropa eine konkrete Gefährdung ihrer Sicherheit
21 empfinden, scheint in anderen EU- Ländern die Befürchtung vor Wirtschaftseinbußen durch die
22 Sanktionen gegenüber Russland deutlich größer. Europa ist in der Frage im Umgang mit
23 Russland gespalten.
24
25 Für uns ist klar, die Souveränität und Einigkeit ein hohes Gut ist. Wir sind uns darüber im
26 Klaren, dass die Wiederherstellung der Grenzen der Ukraine von 1991, nur schwer
27 wiederherstellbar sind. Die Krim scheint fest in russischer Hand zu sein und die Gebiete der
28 sogenannten Volksrepubliken Republik Donezk und Lugansk umfassen bereits einen nicht
29 unbeachtlichen Teil in der Ostukraine. Im Moment scheint dieser Status Quo mehr und mehr zu
30 festigen. Die Wiedereingliederung der Gebiete scheint weiter weg denn je. Wir fordern trotzdem,
31 dass die Menschen in absehbarer Zeit über ihr Schicksal im Rahmen einer freien und gerechten
32 Volksabstimmung nach ukrainischem Recht entscheiden dürfen. Dies betrifft sowohl die
33 annektierte Halbinsel Krym als auch in den beiden Volksrepubliken. Die Entscheidung für
34 Volksabstimmungen sind das Ergebnis der besonderen Situation in der Ostukraine und dürfen
35 in keinem Fall als Präzedenzfälle für andere Gebiete in der Region dienen.
36
37 Die Aktivitäten Russlands in diesem Krieg sind kaum von der Hand zu weisen. Russland war es,
38 die die Krim annektiert hat und damit die territorial Unversehrtheit und Souveränität der Ukraine

39 verletzt hat. Die Anzeichen für eine Beteiligung an den Kämpfen der sogenannten
40 prorussischen Separatisten*innen sind zudem so erdrückend, dass diese von nahezu niemand
41 mehr angezweifelt werden. 23 Jahre, nachdem sich die Sowjetunion aufgelöst hat, müssen wir
42 immer noch feststellen, dass die Unabhängigkeit der ehemaligen UdSSR- Länder von der
43 russischen Regierung nur bedingt anerkannt wird.

44

45 Die Motivation hinter der Strategie der russischen Regierung scheint den Machthabenden im
46 sogenannten Westen nur schwer verständlich. Die Osterweiterung der NATO sowie der
47 proeuropäische Umsturz in Kiew haben die Befürchtungen Russlands verstärkt, ihre
48 Einflussgebiete in Osteuropa zu verlieren. Russland fühlt sich von der NATO real bedroht und
49 umzingelt. Die massive Unterstützung des Volksaufstandes gegen die korrupte, aber doch
50 gewählte Regierung Janukowitsch in Kiew haben zudem die Stimmen in Russland lauter
51 werden lassen, die darin eine massive Einmischung des sogenannten Westen gesehen haben.
52 Die Großmachtsansprüche Russlands und die Sensibilität, mit der Russland auf die Aktivitäten
53 in den ehemaligen sowjetischen Einflussphären reagiert, wurden unterschätzt. Zudem wurden
54 innenpolitische Konflikte zwischen den Eliten Russlands nicht in dem Maße berücksichtigt, wie
55 es angemessen wäre.

56

57 Trotz der vielen Fehler und Versäumnisse, die im Umgang mit Russland und den Protesten in
58 Kiew von der EU und der USA gemacht wurden, entschuldigt das nicht die Besetzung von
59 Gebieten der Ukraine durch russisches Militär und die massive Unterstützung der Rebell*innen
60 in der Dombass-Region. Wir benennen klar Russland als Partei in dem Konflikt, die stark
61 mitverantwortlich für die kriegerischen Auseinandersetzungen ist. Zur Lösung des Konflikts
62 fordern wir alle Akteur*innen zu weiteren Verhandlungen auf Augenhöhe auf. Den Aufbau neuer
63 Feindbilder und die Schaffung einer angsterfüllten Atmosphäre in Osteuropa, die Forderungen
64 nach neuerlichem Aufrüsten begünstigt, lehnen wir ab.

65

66 Die proeuropäischen Proteste, für die der Maidan sinnbildlich steht, waren ein Ruf nach
67 Demokratie und Freiheit, diese Bewegung muss für uns unterstützenswert sein. Auch wenn in
68 der ukrainischen Regierung diese Bewegung nur begrenzt abgebildet werden konnte und es
69 starke Probleme mit völkischen und ultranationalistischen Gruppierungen gibt, sind es die
70 freiheitsstrebenden Menschen in der Ukraine, die unsere Verbündeten sind. Wir betonen, dass
71 die Demokratisierung der Ukraine, die Durchsetzung von Reformen, die Bekämpfung der
72 Korruption, aktive Förderung der Zivilgesellschaft und die Anbindung an die Europäische Union
73 das Hauptanliegen im weiteren Umgang mit der Ukraine sein muss. Das wirtschaftlich
74 angeschlagene Land, bedarf auch unserer finanziellen Unterstützung zum Wiederaufbau der
75 zerstörten wirtschaftlichen Strukturen im Osten des Landes.

76

77 Interessant ist, dass insbesondere die Bundesregierung sich sichtbar im Vordergrund um eine
78 Beilegung des Konfliktes bemüht ist. Den Ankündigungen der Verteidigungsministerin sowie des
79 Außenministers, Deutschland müsse eine selbstbewusstere Rolle in der globalen
80 Sicherheitspolitik spielen, scheinen jetzt Taten zu folgen. Es ist die Bundeskanzlerin und
81 teilweise der Außenminister, die inzwischen als starke Verhandlungspartner*innen auf der Seite
82 des sogenannten Westens gesehen werden, andere europäische Länder bleiben meist außen
83 vor. Diese Entwicklung sehen wir kritisch. Die dominante Rolle Deutschlands zeigt wieder
84 einmal, dass die außenpolitische Abstimmung in der EU nicht existent bzw. ungenügend ist. Die
85 Dominanz Deutschlands ist also auch das Ergebnis der Schwäche der europäischen
86 Institutionen. Aber gerade in einem Konflikt, der sich so nah an den Grenzen der Europäischen
87 Union ist es wichtig, dass die Verhandlungen von Brüssel geführt werden und nicht von Berlin.
88 Darüber hinaus scheint sich die russische Regierung im Klaren um die verschiedenen
89 Interessenslagen in der Europäischen Union, die von sehr realen Sicherheitsbefürchtungen bis
90 hin zur Aufrechterhaltung der Wirtschaftsbeziehungen gehen. Wir fordern deshalb den
91 sozialdemokratischen Außenminister auf, stärker die bereits vorhandenen Strukturen und
92 Institutionen der Europäischen Union zu nutzen, um eine größere Verhandlungsgewicht
93 herzustellen. In diesem Zusammenhang ist notwendig auch andere europäische Institutionen in
94 den Russland und die Ukraine sitzt, zu bestärken.

95

96 Kurzfristig empfinden wir es als wichtigstes Ziel, dass die Waffen in der Ukraine schweigen. Wir
97 erkennen aber, dass Frieden nicht alleindurch die Abwesenheit von kriegerischen
98 Auseinandersetzungen hergestellt wird. Dabei erteilen wir den konservativen Mechanismen von
99 Aufrüstung und Konfrontation eine klare Absage.

100

101 Die Ukraine wiederum muss weiter unterstützt werden. Deshalb fordern wir:

102

103 1. Die Entmilitarisierung der umkämpften Gebiete. Friedenssicherung hat die höchste
104 Priorität.

105 2. Die Schaffung der Voraussetzungen für die Rückkehr der Flüchtlinge in die umkämpften
106 Gebiete

107 3. Weitreichende Unterstützung der Demokratisierung der Ukraine. Der Ukraine muss
108 langfristig eine Mitgliedschaft in der EU in Aussicht gestellt werden.

109 4. Die Menschen in der sogenannten Volksrepubliken Republik Donezk und Lugansk sowie
110 auf der Krim müssen auf absehbare Zeit in freier Wahl über ihr weiteres Schicksal
111 entscheiden dürfen. Dafür müssen die Voraussetzungen geschaffen werden.

112

113 In Zukunft müssen wir die Strategie gegenüber Russland überdenken. Eine weitere
114 sicherheitspolitische Kooperation scheint unter den derzeitigen Bedingungen nur schwer
115 denkbar. Trotzdem müssen wir erkennen, dass die Lösung zahlreicher Konflikte in der Welt
116 ohne Russland nicht möglich ist. Deswegen muss der Dialog mit Russland fortgesetzt werden.

117 Wir fordern deswegen:

118

119 1. Stärkung von multilateralen Foren sicherheitspolitischer Natur, wie der OSZE und nicht-
120 sicherheitspolitischer Kooperationen, wie dem Europarat

121 2. Wir bekräftigen, dass die NATO keine adäquate Organisation ist, um den Frieden in
122 Europa und der Welt zu sichern. Eine Einmischung der NATO in Osteuropa lehnen wir
123 strikt ab. Eine internationale Mission der UN wäre vorstellbar zur Friedenssicherung.

124 3. Die Institutionen der Gemeinsamen Außen-und Sicherheitspolitik der EU müssen
125 verstärkt supranational organisiert werden. Außenpolitik muss nicht nur in Brüssel
126 koordiniert, sondern in Brüssel gemacht werden.

127

128

129

130

131

132

133

134

135

136

137

138

139

140

141

142

143

144

145

146

147

148

149

150

151

152

153

154

155

156

157

158

159

160

Titel Völkermord an den Herero und Nama
vollständig aufarbeiten

Antragsteller Thüringen

Zur Weiterleitung an Bundeskongress Jusos 2015

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Völkermord an den Herero und Nama vollständig aufarbeiten

- 1
- 2 Völkermord an den Herero und Nama vollständig aufarbeiten
- 3
- 4 Die Jusos Thüringen setzen sich für eine vollständige Aufarbeitung des Völkermords während
- 5 der deutschen Kolonialherrschaft an den Herero und Nama im heutigen Namibia ein und fordern
- 6 eine lückenlose Aufklärung der Ereignisse von 1904 bis 1908. Des Weiteren fordern wir die
- 7 Rückführung aller sich in deutscher Hand befindlichen Totenschädel, die Anerkennung der
- 8 Notwendigkeit von Reparationszahlungen sowie eine verpflichtende Auseinandersetzung mit
- 9 dem Genozid im Geschichtsunterricht an den Schulen.
- 10
- 11 Das deutsche Kaiserreich war keine Friedensmacht. Kolonialgebiete wurden militärisch erobert
- 12 und Widerstände der autochthonen Bevölkerung wurden mit militärischer Gewalt
- 13 niedergeschlagen. Höhepunkt des anticolonialen Widerstandes waren die
- 14 Auseinandersetzungen der Herero und Nama mit den Kolonialherrscher*innen in „Deutsch-
- 15 Südwest-Afrika“. Seit 1884 etablierte sich das Deutsche Reich als Kolonialmacht in
- 16 Südwestafrika und perfektionierte ein System der Abhängigkeit, dass dem mittelalterlichen
- 17 Feudalsystem mit seinem Schutz- und Treueverhältnis gleichkam. Deutsche Militäreliten
- 18 zwangen afrikanische Großleute zur Kollaboration und nötigten Tausende aus der autonomen
- 19 Rinderzucht in abhängige Lohnarbeit mit Deutschen. Ziel der Kolonialherrschaft war die
- 20 Errichtung eines auf Ordnung basierenden Musterstaates auf rassistischer Grundlage. Betrug
- 21 und Misshandlung von Afrikanerinnen und Afrikanern wurde nicht aufgeklärt oder verurteilt, ein
- 22 Schutz vor dem systeminhärenten Rassismus war nicht möglich; vielmehr lud das System zu
- 23 übergriffigem Verhalten ein.
- 24
- 25 Am 12. Januar 1904 kam es zum Widerstand durch die Herero, welcher mit
- 26 menschenverachtender Härte durch das deutsche Militär niedergeschlagen wurde. So riegelten
- 27 Schutztruppen die Omaheke-Wüste ab, in welche ca. 60.000 Herero geflohen waren, und ließen
- 28 die Wasserstellen besetzen. Fliehende sollten durch einen klar angeordneten „Schießbefehl“
- 29 vernichtet werden. Berichte über das Vorgehen der deutschen Kolonialherrscher*innen führten
- 30 bei den Nama zu einem Guerillakrieg, welcher vier Jahre andauern sollte. Um den Rückhalt aus
- 31 der Bevölkerung für diesen Krieg zu schwächen, wurden tausende Herero und Nama in
- 32 Konzentrationslager/Kriegsgefangenenlager, deportiert, wo sie Zwangsarbeit leisten mussten
- 33 und auf ihr Leben in der rassistischen Utopie der deutschen Eliten vorbereitet werden sollten.
- 34
- 35 Bis heute büßen die Herero und die Nama für den Widerstand gegen die deutsche
- 36 Kolonialmacht. Sie sind in der Bevölkerung Namibias sozial wie auch zahlenmäßig
- 37 marginalisiert. Ferner lagern in deutschen Museen und Universitäten weiterhin menschliche
- 38 Überreste aus Namibia, welche während des Genozids zu rassenanthropologischen

39 Untersuchungen nach Deutschland geschickt worden sind. Bei Rückführungen werden
40 namibische Vertreter*innen selten angemessen behandelt, was 2011 deutlich wurde, als eine
41 hochrangige Delegation bei einer Rückführung von 20 Totenschädeln von der Regierung
42 weitestgehend ignoriert wurde. Die Anerkennung des Genozids durch den Bundestag und die
43 Bundesregierung, sowie die Leitlinie „Der Vernichtungskrieg in Namibia von 1904 bis 1908 war
44 ein Kriegsverbrechen und Völkermord.“ sehen die Jusos Thüringen als Schritt in die richtige
45 Richtung an, jedoch sehen wir den Staat so mehr als je zuvor in der Pflicht, mit den Zahlungen
46 der dringend benötigten Reparationsleistungen zu beginnen und auf eine öffentliche
47 Auseinandersetzung mit dem ersten Völkermord des 20. Jahrhunderts zu drängen.

48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89
90
91
92
93
94
95
96
97
98
99

G

Gleichstellung, Feminismus & Gender

G 1	Nordrhein-Westfalen Gender Mainstreaming in der Stadt- und Regionalentwicklung	165
G 2	Hannover We Want Sex Equality! - Grundlagen einer feministischen Gesellschaft	168
G 3	Bayern Gewalt gegen Frauen ist keine Privatsache – Für eine Verbesserung der Situation der Frauenhäuser und Beratungsstellen	171
G 4	Berlin Kein Haushalt ist geschlechtsneutral! - Gender Budgeting endlich auch auf Bundesebene umsetzen	173
G 5	Nordrhein-Westfalen „All the women who are independent...“ – Chancen einer produktiven Auseinandersetzung mit Pop und Feminismus	175
G 6	Hannover Sexualisierte Gewalt ist Seelenmord	178
G 7	Hannover Für einen emanzipatorischen Umgang mit gesellschaftlich konstruierten Rollenbildern und Stereotypen	180

Titel Gender Mainstreaming in der Stadt- und
Regionalentwicklung

Antragsteller Nordrhein-Westfalen

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Gender Mainstreaming in der Stadt- und Regionalentwicklung

- 1 Wir Jusos sind ein feministischer Richtungsverband und haben als Ziel die Gleichstellung der
2 Geschlechter. Besonders in der Regionalentwicklung muss im Rahmen von Gender
3 Mainstreaming Gleichstellung als Querschnittsaufgabe verstanden werden. Diese Aufgabe
4 richtet sich dabei nicht an einzelne, sondern betrifft alle gleichermaßen – sowohl Politik als auch
5 Verwaltung und die Gesellschaft. Vor allem ist eine Zusammenarbeit der Kommunen innerhalb
6 von Ballungsgebieten unabdingbar, um jede*n am gesellschaftlichen Leben partizipieren lassen
7 zu können.
8
- 9 Gender Mainstreaming dient der Förderung der Gleichstellung zwischen Frauen* und Männern*.
10 Es bedeutet, in allen Planungs- und Entscheidungsprozessen von Anfang an
11 Gleichstellungsaspekte unter der Prämisse, dass Frauen* und Männer* aufgrund ihrer sozialen
12 und kulturellen Geschlechterrollen (gender) in der Gesellschaft unterschiedliche
13 Lebensbedingungen und Chancen vorfinden und von gesellschaftlichen Prozessen und deren
14 Auswirkungen unterschiedlich betroffen sind, zu berücksichtigen und einzubeziehen.
15
- 16 Eine treibende Kraft für die Umsetzung von Gender Mainstreaming stellt die EU dar, welche
17 1997 im Amsterdamer Vertrag Gender Mainstreaming offiziell als verbindliche Richtlinie für alle
18 Mitgliedsstaaten zum Ziel der EU-Politik gemacht hat: „Aufgabe der Gemeinschaft ist es, durch
19 die Errichtung eines Gemeinsamen Marktes und einer Wirtschafts- und Währungsunion sowie
20 durch die Durchführung der in den Artikel 3 und 4 genannten gemeinsamen Politiken und
21 Maßnahmen in der ganzen Gemeinschaft (...) die Gleichstellung von Männern und Frauen (...)
22 zu fördern.“ Weiter heißt es im Art. 3 des Amsterdamer Vertrags: „Bei allen in diesem Artikel
23 genannten Tätigkeiten wirkt die Gemeinschaft darauf hin, Ungleichheiten zu beseitigen und die
24 Gleichstellung von Männern und Frauen zu fördern.“
25
- 26 In Deutschland wurde durch die Novellierung der Gemeinsamen Geschäftsordnung der
27 Bundesministerien durch einen Kabinettsbeschluss im Jahr 2000 Gender Mainstreaming
28 vorangetrieben, da alle Ressorts der Bundesregierung Gender Mainstreaming bei politischen,
29 normgebenden und verwaltenden Maßnahmen der Bundesregierung zu berücksichtigen haben.
30
- 31 Auf dieser Grundlage ergeben sich für die Jusos folgende Forderungen:
32
- 33 Die Ausgestaltung und Weiterentwicklung der Teilhabemöglichkeiten, Sicherung des gleichen
34 Zugangs zu öffentlichen (Dienst-)Leistungen und der Gleichstellung und gleichen Verteilung von
35 Macht und Einfluss zwischen Frauen* und Männern*. Für uns sind die zentralen
36 Handlungsfelder geschlechtergerechter Regionalentwicklung Mobilität, Angsträume,
37 Siedlungsstruktur, öffentliche Verwaltung und die Finanzierung.
38

39 **Mobilität**

40

41 Mobilität muss unter dem Aspekt Geschlechtergerechtigkeit weiterentwickelt werden. Die
42 Teilhabe am öffentlichen Leben wird oftmals durch die Möglichkeiten der Mobilität bestimmt. Ob
43 öffentlicher Personennahverkehr, PKW, Fahrrad oder Fußgänger*innen. Der öffentliche
44 Personennahverkehr muss nicht nur gestärkt werden, sondern auch für eine
45 geschlechtergerechte Perspektive offen stehen. Es muss überprüft werden, ob der ÖPNV
46 gänzlich barrierefrei gestaltet ist. Bei Busfahrten in den Abend- und Nachstunden soll die
47 Möglichkeit bestehen zwischen Haltestellen zu stoppen um einen kürzeren Rückweg zu
48 ermöglichen. Die bisherigen freiwilligen Services einiger Verkehrsbetriebe soll durch eine
49 verbindliche Lösung ersetzt werden.

50

51 Zusätzlich gibt es die Möglichkeit bedarfsgerecht Bürger*innenbusse einzusetzen. Der
52 Bürger*innenbus ist zunächst ein ganz normaler Bus auf einer konzessionierten Linie. Dies
53 bedeutet, dass es Fahrpläne, Haltestellen und Tarife gibt. Ein Verkehrsunternehmen kümmert
54 sich um die verkehrsrechtliche und die technische Seite. Der Bürger*innenbus wird jedoch von
55 ehrenamtlich Fahrerinnen und Fahrern betrieben, die sich z.B. in einem Bürger*innenbusverein
56 zusammenschließen. Da dem konventionellen Linienverkehr keine Konkurrenz gemacht werden
57 soll, beschränkt sich das Einsatzgebiet bisher auf Bereiche und Zeiten, in denen der reguläre
58 Linienverkehr unterrepräsentiert ist. Grundsätzlich ist es unser Ziel, dass durch die öffentliche
59 Hand ein umfassendes ÖPNV-Angebot bereitgestellt wird, aber ebenso soll das Engagement
60 der Bürger*innen in den genannten Busvereinen unterstützt werden, zum Beispiel durch
61 finanzielle Förderung seitens der Kommune oder des Bundeslandes, wofür es bereits einige
62 Projekte gibt.

63

64 **Angsträume**

65

66 Das Thema Angsträume ist ein wesentlicher Punkt des Gender Mainstreamings. Gerade nicht
67 ausgeleuchtete Parkplätze, Seitenstraßen/-gassen oder Bahnhöfe sowie Bushaltestellen sind
68 sowohl für Frauen* und Männer* nachts ein Bereich der zu Unwohlsein führt. Dunkle Plätze und
69 Flächen müssen daher besser ausgeleuchtet werden. Außerdem soll an Bahnhöfen und
70 anderen zentralen Punkten des öffentlichen Raumes mehr deeskalierendes Personal, zum
71 Beispiel der lokalen Stadtwerke, für Fragen und Hilfestellungen zur Verfügung stehen. Des
72 Weiteren soll ein nächtlicher Telefondienst, der auf dem Weg nach Hause zum Zuhören bereit
73 steht, in den Kommunen eingeführt werden.

74

75 **Siedlungsstruktur**

76

77 Die Siedlungs- und Raumentwicklung sollte folgende Punkte beachten: Der Ausdünnung und
78 der Zentralisierung der Infrastruktur und der Nachversorgung sollte entgegen gewirkt werden.
79 Die räumliche Verteilung und die Erreichbarkeit von Gesundheitseinrichtungen,
80 Kindertagesstätten und der Nahversorgung spielen dabei eine wichtige Rolle. Auch die
81 Wohnbebauungsplanung sollte stets unter der Berücksichtigung der Barrierefreiheit geschehen.
82 Bei allen baulichen Vorhaben und kommunalen Ausschreibungen soll der Aspekt des Gender
83 Mainstreamings berücksichtigt werden.

84

85 Die Belastung vieler innerstädtischer Bereiche aufgrund stark nachgefragter Parkplätze soll
86 durch integrierte Parkraumkonzepte der Kommunen reduziert werden. Dabei ist auf eine
87 ausgewogene Parkraumbewirtschaftung zu achten, die Bewohner*innen, Besucher*innen und
88 Beschäftigte ansässiger Unternehmen oder Einzelhändler*innen angemessen berücksichtigt.
89 Dabei sind verschiedene Konzepte denkbar, die in jedem Fall den Anwohner*innen und
90 anliegenden Händler*innen zugutekommen sollen. Je nach Bedarf sollen kostenlose oder
91 (gestaffelt) kostenpflichtige Anwohner*innenparkplätze geschaffen werden. Um integrierte
92 Konzepte nachhaltig wirksam zu machen, sind ein attraktives ÖPNV-Angebot in den
93 Wohnquartieren sowie eine angemessene Berücksichtigung von Stellplätzen für Carsharing-
94 Angebote zu beachten, um das Ausmaß des innerstädtischen Autoverkehrs zu verringern.

95

96 **Öffentliche Verwaltung**

97

98 Der Gender Mainstreaming soll ebenfalls innerhalb der kommunalen Verwaltungen
99 implementiert werden. Um dieses Ziel realisieren zu können, muss Gender Mainstreaming zur

100 Regelpraxis werden. Das bedeutet, dass alle Akteur*innen in und um die Verwaltung in allen
101 Sachgebieten, wie zum Beispiel Verkehr oder Arbeit, in allen Handlungsfeldern wie z.B.
102 Öffentlichkeitsarbeit oder Personal den Gender Mainstreaming-Ansatz mit einzubeziehen. Dies
103 beinhaltet, dass Gender Mainstreaming sowohl bei der Organisation der Verwaltung als auch
104 bei der fachlichen Arbeit Berücksichtigung findet. Dazu gehört für uns auch, dass deutlich mehr
105 Frauen* als bisher obere Verwaltungspositionen besetzen. Auf der politischen Ebene sind
106 Zielsetzungen unter dem Gender Mainstreaming-Ansatz notwendig, einerseits inhaltlich aber
107 auch im Bereich der Personalpolitik, wie zum Beispiel bei der strategischen Ausrichtung und
108 personellen Besetzung von städtischen Tochterunternehmen.

109

110 **Finanzierung**

111

112 Da im europäischen Vertrag die Förderung der Gleichstellung zwischen Frauen* und Männern*
113 festgelegt ist und vorangetrieben werden soll, stehen für solche Projekte auch Fördermittel im
114 Rahmen des Europäischen Sozialfonds zur Verfügung. Innerhalb dessen lässt sich sowohl auf
115 Länderebene als auch auf Bundesebene die Gender Mainstreaming-Strategie verankern. Um
116 diesen Aspekt ganzheitlich aufgreifen zu können, müssen im Rahmen des ESF folgende Punkte
117 beachtet werden: Sozioökonomische Analyse, Zielsetzung, Planung und Operationalisierung,
118 Implementierung, Umsetzung, Begleitung und Evaluierung. Zu Beginn der Förderperiode 2007-
119 2013 des ESF wurde zusätzlich in Deutschland eine begleitende Gender-Mainstreaming
120 Beratungsstruktur auf Bundesebene für den ESF etabliert.

121

122 Zur Unterstützung der ESF-Fondsverwaltung gehört das Gender Budgeting. Beim Gender
123 Budgeting handelt es sich um einen gendergerechten Haushaltsplan, welcher zunächst aus der
124 Definition von Gleichstellungszielen besteht. Ziel ist es den bestehenden Haushalt, z. B. einer
125 Kommune, einer Behörde, einer Universität oder eines Landes, bestehend aus deren
126 Einnahmen und Ausgaben im Hinblick auf diese Gleichstellungsziele anzugleichen. Dabei
127 fordern wir die weitere Implementierung des Ansatzes auf allen politischen Ebenen bis hin zur
128 Kommune. Die Gender Mainstreaming-Strategie muss gerade in der Kommunen stärker
129 eingebracht und finanziell unterstützt werden, um somit das Konzept des Gender Budgeting zu
130 fokussieren.

131

132 Wir wollen keine Verfestigung von tradierten Rollenbildern und durch die Weiterentwicklung von
133 Gender Mainstreaming der Stadt- und Regionalentwicklung für ein gleichberechtigteres und
134 partizipiertes Miteinander der Gesellschaft beitragen.

135

136

137

138

139

140

141

142

143

144

145

146

147

148

149

150

151

152

153

154

155

156

157

158

159

160

Titel We Want Sex Equality! - Grundlagen einer feministischen Gesellschaft

Antragsteller Hannover

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

We Want Sex Equality! - Grundlagen einer feministischen Gesellschaft

1 Frauen nehmen heute exponierte Positionen in verschiedenen Bereichen ein, allen voran
2 unsere Bundeskanzlerin. Aber auch in der Wirtschaft haben es Frauen in Spitzenpositionen
3 geschafft. Dennoch schlägt dies nicht auf die übrige Gesellschaft durch, sie bleiben eine Rarität.
4 Die Frauen, die es bis in die vorderste Reihe geschafft haben, werden vor allem mit männlichen
5 Attributen belegt. Sie mussten sich in Männerdomänen durchsetzen und dementsprechend die
6 dort vorherrschenden Verhaltensweisen aneignen. Jungen Frauen fehlen aber tatsächliche
7 Vorbilder und damit auch Fördererinnen.

8

9 **#chauvis-in-die-tonne**

10

11 Gleichberechtigung ist noch nicht in der Gesellschaft angekommen. Bester Beleg dafür ist die
12 letztjährige AFD-Kampagne „Ich bin keine Feministin...“. Die gezielte Förderung von Frauen hat
13 ein deutlich negatives Ansehen in einigen Teilen der Bevölkerung. Insbesondere ist die
14 Vorstellung verbreitet, die Gleichberechtigung sei bereits erreicht und Feministinnen würden nur
15 immer mehr fordern. Schließlich hätten Frauen heute doch die gleichen Rechte wie Männer,
16 diese müssten sie nur entsprechend nutzen. Fest verankerte Rollenbilder und Ungleichheiten
17 werden dagegen kaum wahrgenommen oder unter den Teppich gekehrt. Das gesellschaftliche
18 System benachteiligt aber nach wie vor Menschen, welche introvertierter und selbstkritischer
19 sind. Dies betrifft in besonderem Maße Frauen. Deshalb wollen und müssen wir Jusos als
20 feministischer Richtungsverband allen Relativierungen und Verklärungen gesellschaftlicher
21 Missstände entschieden entgegenzutreten. Unsere feministischen Ideale sind noch lange nicht
22 erreicht und deshalb gilt es dafür entschlossen zu kämpfen – Trotz allem!

23

24 **Gleichberechtigung hört bei Wahlen nicht auf - Reißverschluss bis zum Schluss!**

25

26 Selbst in unserer Partei sind wir noch weit von echter Gleichberechtigung entfernt. Schaut man
27 auf die Wahllisten fällt auf, dass die Listen selber zwar quotiert werden, aber bei den
28 Nachrückerplätzen diese Regelung umgangen wird. In unserem Verband ärgern sich Männer,
29 wenn ausdrücklich zu einem Frauenseminar eingeladen wird. Unter Männern sind vielfältige,
30 lange gefestigte Netzwerke vorhanden, sei es im Beruf oder eben im politischen Bereich.
31 Frauen dagegen fehlt bis heute regelmäßig eine solche Unterstützung, was ihnen zum
32 deutlichen Nachteil gereicht. In unseren Unterbezirken immerhin schaffen es Frauen auf viele
33 wichtige Positionen, aber hier zeigt sich wiederum eine negative Wahrnehmung der Quote bei
34 den Männern auf Grund der gezielten Besetzung mit Frauen.

35

36 **Erste Triumphe und weitere Ziele – Frauen an die Macht!**

37

38 Unsere Generation ist in einer Zeit aufgewachsen, in der viele Errungenschaften der

39 Frauenbewegungen als selbstverständlich empfunden werden, welche aber noch keine sehr
40 alten Siege sind, für die Frauen jahrelang kämpfen mussten und die lange Zeit als unerreichbar
41 galten. Deshalb müssen wir uns heute umso mehr dafür einsetzen, dass Gleichberechtigung
42 auch weiterhin ein gesamtgesellschaftliches Ziel bleibt und wir uns nicht auf dem bisher
43 erreichten ausruhen!

44

45 **Erwerbsarbeit ist zentral – auch für die Gleichberechtigung**

46

47 Ein zentraler Faktor der Machtverteilung ist in unserer Gesellschaft die Verteilung der
48 Erwerbsarbeit. Wenn wir Gleichstellung wollen, müssen wir daher zunächst in der Arbeitswelt
49 für gerechtere Bedingungen sorgen. Für die Arbeitszeitmodelle des 21. Jahrhunderts gibt es
50 aus feministischer Sicht einen zentralen Fokus: die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Zum
51 einen ist dieser Aspekt nach wie vor einer, der leider bis heute vor allem für Frauen beim
52 Fortkommen in der Karriere ein unüberwindbares Hindernis darstellt. Zum anderen ist eine
53 gleichberechtigte Arbeitsteilung im privaten Bereich zwischen Paaren sowie im beruflichen
54 Leben zwischen Männern und Frauen erst dann in greifbare Nähe, wenn es gelingt, dass die
55 Übernahme von Aufgaben im privaten Bereich für alle Menschen gleichermaßen möglich und
56 auch selbstverständlich wird. Erst wenn aus Sicht von Unternehmen mit jungen Männern das
57 gleiche „Familien-Gründungsrisiko“ verbunden wird, wie mit jungen Frauen, kann es zu einer
58 gleichberechtigten gesamtgesellschaftlichen Arbeitsteilung der Erwerbsarbeit kommen.

59

60 Dazu müssen wir die zu hohe Wochenarbeitszeit überdenken und über eine 32-Stunden-Woche
61 diskutieren. Im europäischen Vergleich hat Deutschland hohe Wochenarbeitsstunden und die
62 meisten Überstunden. Viele junge Frauen wollen in ihrer Karriere vorankommen, aber nicht auf
63 Kinder verzichten; beides funktioniert oftmals nicht und so stehen die meisten Frauen wieder vor
64 der Entscheidung, ihnen bleibt dann nur noch die Möglichkeit der Teilzeitbeschäftigung um nicht
65 ganz auf berufliche Selbstverwirklichung zu verzichten. Neben der Arbeitszeitverkürzung sind
66 die wachsenden Möglichkeiten der Flexibilisierung von Arbeitszeiten ein wichtiges Segment.
67 Flexibilisierung und Verkürzung der Wochenarbeitszeit dürfen dabei insbesondere vor den
68 Chefetagen nicht Halt machen - auch die Führungspositionen müssen gleichberechtigt
69 zugänglich sein. Auf der anderen Seite muss über eine gesamte Umverteilung der
70 Erwerbsarbeit nachgedacht werden.

71

72 **Frauen als „Anhängsel“ sind so 60er – Sicherungssysteme fit machen für das 21. 73 Jahrhundert**

74

75 Das bestehende Grundproblem der patriarchalischen Gesellschaft ist eine ungerechte
76 Verteilung. Diese wird nicht zuletzt die Ausrichtung der Familienpolitik auf das
77 Einverdienermodell befördert. Leistungen wie Betreuungsgeld, Ehegattensplitting und
78 beitragsfreie Mitversicherung tragen dazu bei, die ungleiche Machtverteilung zu zementieren.
79 Statt weiterer Belohnungsleistungen zu etablieren muss hier umgedacht werden und durch
80 Sachleistungen Familien gezielt dort unterstützt werden wo es wirklich nötig ist. Unsere
81 Familienpolitik hat sich an der pluralistischen Gesellschaft zu orientieren und daher jede Form
82 der Familie gleichermaßen zu fördern.

83

84 **„Ich will Feuerwehrfrau werden!“ – Geschlechterdomänen aufbrechen und überwinden**

85

86 Als typische Frauenberufe verstandene Beschäftigungsfelder haben ein geringes Ansehen und
87 werden in der Regel auch eher schlecht bezahlt. Hier müssen wir ansetzen, mit angemessenen
88 Einkommen in sozialen Berufen. Eine gerechte, den Lebensunterhalt sichernde Entlohnung
89 auch in den bisher eher weiblich besetzten Tätigkeitsbereichen muss unser Ziel sein.

90

91 **Daher fordern wir:**

92

- 93 • die 32-Stunden-Woche als neue Wochenmaximalarbeitszeit - wobei die Arbeitsauslastung
94 nicht einfach durch Überstunden ausgeglichen werden darf.
- 95 • daran anschließend die Überwindung des 8-Stunden-Tages.
- 96 • dass diese Umverteilung von flexibleren Arbeitszeitmodellen, Job-Sharing-Modellen und
97 damit mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse begleitet wird.
- 98 • die Familienpolitik umfassend auf Grundlage eines gleichberechtigten Familienbildes
99 umzugestalten ist.

- 100 • eine Umverteilung, die die dominierenden patriarchalen Strukturen des Arbeitsmarktes
101 aufbricht und so ihre Überwindung einleitet.
102 • die sogenannten Heimarbeitsplätze (auch Telearbeit genannt) nur mit ausdrücklicher
103 Zustimmung der ArbeitnehmerInnen einzurichten. Hierbei muss gewährleistet sein, dass
104 geltende Standards des Arbeitsschutzes und der Arbeitszeit nicht verletzt werden.
105 • dass die Flexibilisierung und die Umverteilung von Arbeitszeit an mehr Beschäftigte mit
106 verbesserter Kommunikation innerhalb des Unternehmens einhergeht.

107
108
109
110
111
112
113
114
115
116
117
118
119
120
121
122
123
124
125
126
127
128
129
130
131
132
133
134
135
136
137
138
139
140
141
142
143
144
145
146
147
148
149
150
151
152
153
154
155
156
157
158
159
160

Titel Gewalt gegen Frauen ist keine Privatsache –
Für eine Verbesserung der Situation der Frauenhäuser und
Beratungsstellen

Antragsteller Bayern

Zur Weiterleitung an Bundesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Gewalt gegen Frauen ist keine Privatsache – Für eine Verbesserung der Situation der Frauenhäuser und Beratungsstellen

1 Jede dritte Frau erlebt im Laufe ihres Lebens Gewalt. Die erst im März 2015 vorgestellte
2 Erhebung der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) macht deutlich, dass es
3 an der Zeit ist, dass politische Entscheidungsträger und -trägerinnen, Maßnahmen gegen diese
4 weit verbreitete Gewalt ergreifen.

5 6 **Bessere Finanzierung der Frauenhäuser**

7
8 Eine Maßnahme, die Frauen unmittelbar Schutz bieten und es ihnen ermöglicht, aus einer
9 Gewaltsituation zu Hause - sei es, diese gehe von ihren Partnern oder von Familienangehörigen
10 aus - auszubrechen, sind Frauenhäuser. Nach einer Richtlinie der Europäischen Union muss
11 pro 7500 EinwohnerInnen ein Frauenhausplatz zur Verfügung stehen. Davon sind wir in Bayern
12 aber weit entfernt.

13
14 Regelmäßig kann Frauen kein Platz im nächst gelegenen Frauenhaus angeboten werden,
15 sodass diese an ein anderes Frauenhaus weiterverwiesen werden müssen. Bezieht man dabei
16 mit ein, dass nur lediglich ca. 3% der von Gewalt betroffenen Frauen überhaupt Kontakt zum
17 Frauenhaus oder einer Einrichtung für Opferschutz aufsuchen, wird deutlich, wie wenig
18 Frauenhausplätze zur Verfügung stehen.

19
20 Für uns ist klar: Jeder Frau, die zu Hause Gewalt erfahren muss, muss zu jeder Zeit
21 wohnortnah ein Platz in einem Frauenhaus zur Verfügung stehen und die entsprechende
22 Betreuung zur Verfügung stehen! In Artikel 2 des Grundgesetzes ist das Recht auf körperliche
23 Unversehrtheit verankert. Wenn das zu Hause verwehrt wird, muss ein Schutzort zur Verfügung
24 stehen, an dem Hilfe abgerufen werden kann. Deshalb fordern wir einen Rechtsanspruch auf
25 einen Frauenhausplatz. Hierfür ist eine bessere finanzielle Ausstattung von Frauenhäusern und
26 Beratungsstellen für Frauen in Not unbedingt erforderlich, damit auch die Rufbereitschaft in
27 Frauenhäusern erhöht werden kann.

28
29 Dabei ist klar: Finanzierungsmodelle wie das der Tagessatzfinanzierung lehnen wir strikt ab. Die
30 Finanzierung über Tagessätze wälzt die Kosten für den Frauenhausaufenthalt auf die einzelne
31 Frau ab und macht Gewalt gegen Frauen zu einem individuellen Problem. Gruppen wie
32 Auszubildende, Studentinnen oder erwachsene Schülerinnen und Frauen ohne gesicherten
33 Aufenthaltsstatus haben keinen Anspruch auf Leistungen wie Hartz IV und können sich somit
34 ohne Einkommen oder Vermögen den Aufenthalt im Frauenhaus nicht leisten. Hilfe für Frauen
35 in Notsituationen ist eine gesellschaftliche Aufgabe und darf nicht von der finanziellen
36 Situationen der einzelnen Frau abhängen.

37

38 Wir fordern deshalb neben einer Erhöhung der Landesmittel auch eine finanzielle Beteiligung
39 des Bundes an den Frauenhäusern, da die Kommunen mit ihrer Vielzahl an Aufgaben
40 unterstützt werden müssen.

41

42 **Barrierefreie Frauenhausplätze schaffen**

43

44 Die bessere Finanzierung der Frauenhäuser in Bayern soll nicht nur die Anzahl der Plätze
45 erhöhen, sie soll auch dazu herangezogen werden, um Barrierefreiheit in den Frauenhäusern
46 herzustellen. Notwendig sind hier barrierefreie Bauten bzw. Nachbesserungen an bestehenden
47 Bauten, mehr Wohneinheiten mit eigenen Küchen, mehr abgetrennte Apartments für Frauen
48 mit älteren Söhnen, die oftmals nicht mehr in den Frauenhauszimmern mit untergebracht
49 werden dürfen (aus Rücksicht auf andere Bewohnerinnen, die sich aufgrund ihrer
50 Gewalterfahrung durch junge Männer bedroht fühlen könnten).

51

52 **Schutz für Asylbewerberinnen**

53

54 Eine besondere Situation besteht für Asylbewerberinnen, die in den Gemeinschaftsunterkünften
55 oder Erstaufnahmeeinrichtungen Gewalt erfahren. In diesen Einrichtungen müssen
56 Schutzräume für Frauen vorgehalten werden, die ihnen als Fluchtort dienen. Außerdem sind
57 Ansprechpartnerinnen in den Einrichtungen notwendig und Schulungen für das dort arbeitende
58 Personal insgesamt für den Umgang mit Menschen, die Gewalterfahrungen gemacht haben.
59 Für Asylbewerberinnen, die aus Frauenhäusern ausziehen, sind unbürokratische Lösungen zu
60 erarbeiten, die es ihnen ermöglicht, den Prozess der Verarbeitung ihrer Gewalterfahrung
61 weiterzuführen und nicht zu behindern.

62

63 **Ein Mädchenhaus pro Regierungsbezirk**

64

65 Auch junge Mädchen sind bereits von Gewalt betroffen und oftmals in einer besonderen
66 Abhängigkeitssituation mit den Tätern. Dieser besonderen Situation können die bestehenden
67 Frauenhäuser nicht in vollem Umfang gerecht werden. Wir fordern daher die Einrichtung von
68 einem Mädchenhaus pro Regierungsbezirk, das einen Zufluchtsort für minderjährige Mädchen
69 bietet und auf dessen Personal für diese besondere Situation ausgebildet ist. Außerdem
70 müssen die Beratungsangebote für Mädchen ausgebaut werden und dabei moderne
71 Kommunikationsmittel wie das Internet einbezogen werden.

72

73 **Landesweiter Aktionsplan für sozialen Wohnungsbau**

74

75 Viele Frauen bleiben heute deutlich länger in Frauenhäusern, als es aufgrund ihrer Notsituation
76 notwendig ist. Das liegt insbesondere daran, dass sich die Wohnungssuche für sie besonders
77 schwierig gestaltet. Wir fordern daher einen landesweiten Aktionsplan für sozialen
78 Wohnungsbau. Dieser Aktionsplan würde auch anderen Bevölkerungsgruppen, die auf dem
79 Wohnungsmarkt benachteiligt sind, zugutekommen.

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

Titel Kein Haushalt ist geschlechtsneutral! - Gender Budgeting endlich auch auf Bundesebene umsetzen

Antragsteller Berlin

Zur Weiterleitung an Bundesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Kein Haushalt ist geschlechtsneutral! - Gender Budgeting endlich auch auf Bundesebene umsetzen

- 1 Diverse rechtliche Grundlagen sollen die tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter als
- 2 Querschnittsaufgabe in allen Politikbereichen und in der Verwaltung in Deutschland
- 3 sicherstellen. Wenn es aber darum geht, die ungleichen Verteilung von Ressourcen, die
- 4 maßgeblich Geschlechterungleichheit prägen, systematisch zu bekämpfen, stellt sich die
- 5 Bundesregierung leider seit Jahren quer. Gemeint ist die Umsetzung einer
- 6 geschlechtergerechten Haushaltspolitik.
- 7
- 8 Haushaltspolitik bildet die politische Prioritätensetzung ab. Aber haushaltpolitische
- 9 Entscheidungen wirken nicht auf alle gleich. Und vor allem gibt es keinen geschlechterneutralen
- 10 Haushalt.
- 11
- 12 Ein Paradebeispiel für geschlechtergerechte Haushaltspolitik sind die Konjunkturpakete I und
- 13 II. Hier wurden vor allem männlich dominierte Wirtschaftsbereiche unterstützt, während weiblich
- 14 dominierte Bereiche fast vollständig außen vor gelassen wurden. Während die
- 15 Automobilindustrie und Handwerksbetriebe von steuerfinanzierten Investitionsanreizen
- 16 profitierte, ging der als nicht "systemrelevante" und weiblich dominierte Dienstleistungssektor
- 17 gänzlich leer aus. Die Aufzählung lässt sich weiter fortführen. Umfangreiche Gender-Budget-
- 18 Analysen konnten hier aufzeigen, wie staatliche Umverteilung zu Ungunsten von Frauen*
- 19 stattfand. Hierbei ist für uns klar, dass wir eine Konzentration der Geschlechter auf
- 20 verschiedene Segmente des Arbeitsmarktes, das heißt „weiblich“/„männlich“ dominierte
- 21 Branchen, ablehnen und versuchen, dem entgegen zu wirken.
- 22
- 23 Es finden sich viele weitere Beispiele: Gibt es zum Beispiel Einsparungen und fehlende
- 24 Investitionen im Pflegebereich betrifft es hier vor allem Frauen*, weil diese im Durchschnitt
- 25 immer noch mehrheitlich die unbezahlte Betreuungsarbeit leisten, wenn angehörige gepflegt
- 26 werden müssen. Die so ins Private verlagerte Care- und Reproduktionsarbeit ist ein Grund für
- 27 den Gender-Pay-Gap – also die Einkommenslücke von 22% zwischen Männern und Frauen.
- 28
- 29 Diese geschlechtergerechte Haushaltspolitik gilt es zu verhindern. Dies kann sehr gut mit Hilfe
- 30 von genderbezogenen Folgenabschätzungen, Wirkungsanalysen und Evaluationen im
- 31 Haushaltskreislauf geschehen – kurz: durch Gender Budgeting. Diese etablierten
- 32 Analyseinstrumente werden systematisch in den Haushaltsprozess integriert und decken so
- 33 versteckte Verteilungswirkungen auf, die eines der Geschlechter benachteiligt. Auf kommunaler
- 34 und Landesebene, wenn gleich nicht flächendeckend, wird Gender Budgeting bereits erfolgreich
- 35 umgesetzt. Das Land Berlin und etliche seiner Bezirke sind hier Voreiterinnen.
- 36
- 37 Nur auf der Bundesebene wird die Einführung von Gender Budgeting konsequent ignoriert. Eine
- 38 2006 in Auftrag gegebene Machbarkeitsstudie prüfte umfangreich Ansatzpunkte, konkrete

39 Instrumente des Gender Budgeting im Bundehaushalt einzusetzen. Allein der politische Wille
40 der Regierung fehlte, diese umzusetzen. Seit dem hat sich an dieser Position nicht geändert.
41 Auf eine kleine Anfrage der Grünen 2012 im Bundestag antwortete man: "Nach Auffassung der
42 Bundesregierung schreibt jedoch der Bundeshausalt selbst weder geschlechtsspezifische
43 Rollen- und Aufgabenverteilungen vor, noch ändert er diese" – diese Art von Haltung ignoriert
44 einen großen Bestand an etablierter Forschung, die eben genau jene Zusammenhänge
45 zwischen ressourcenwirksamen Entscheidungen und gender-bezogener Benachteiligung
46 aufgedeckt und analysiert hat. Neben der politischen Tatlosigkeit der Bundesregierung, macht
47 die vom BMFSFJ in Auftrag gegebene Machbarkeitsstudie auch die männerdominierte
48 Leitungsebene der Verwaltung in den Bundesministerien für die Blockadehaltung verantwortlich.
49 Besonders bemerkenswert ist dabei auch die Tatsache, dass Gender Budgeting als wirksames
50 Instrument im Rahmen von Good Governance-Programmen in der
51 Entwicklungszusammenarbeit vom BMZ gefördert und propagiert wird. Nur auf die Umsetzung
52 vor der eigenen Haustür wird verzichtet – das ist Doppelmoral!

53

54 Wir können nicht darauf warten, dass das Entgeltgleichheitsgesetz, die Quote für Frauen* in
55 Führungspositionen oder andere einzelne (sicher auch gute) Maßnahmen aus dem
56 Bundesministerium für Familie, Frauen, Senioren und Jugend irgendwann dazu führen, dass
57 Ressourcen nicht mehr geschlechterungerecht verteilt werden. Wir müssen auch die Mittel
58 nutzen, die in der Haushaltspolitik zur Verfügung stünden, würde man sie denn einsetzen.
59 Deshalb fordern wir die Bundesregierung auf, Gender Budgeting endlich fest in den
60 Bundeshaushalt zu integrieren und gesetzlich festzuschreiben. Eine umfassende der
61 Mitarbeiter*innen ist hierzu unerlässlich. Die Machbarkeitsstudie hat hier Wege und Instrumente
62 aufgezeigt, wie eine wirkungsvolle Umsetzung auf der Bundesebene aussehen kann. Es muss
63 nur noch umgesetzt werden.

64

65

66

67

68

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

Titel „All the women who are independent...“ –
Chancen einer produktiven Auseinandersetzung mit Pop
und Feminismus

Antragsteller Nordrhein-Westfalen

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

„All the women who are independent...“ – Chancen einer produktiven Auseinandersetzung mit Pop und Feminismus

1 Das TIME-Magazine wartete im vergangenen Jahr mit einer ungewöhnlich anmutenden
2 Schlagzeile auf: „100 Music Stars Prove This Was the Year of Pop Feminism“. Laut den
3 Redakteur*innen des US-amerikanischen Blattes sei 2014 nämlich jenes Jahr gewesen, in dem
4 sich einige der einflussreichsten Popkünstler*innen der letzten Jahre – unter anderem Beyoncé,
5 Miley Cyrus, Lady Gaga und Pharrell Williams – öffentlichkeitswirksam als Feminist*innen zu
6 erkennen gegeben haben. Wie spannend diese feministischen Positionierungen im
7 popkulturellen System sind, zeigt aber das Beispiel Pharrell Williams. Betonte er in Interviews
8 einerseits den unhaltbaren Zustand, dass Frauen nach wie vor Benachteiligungen erfahren, so
9 produzierte Williams andererseits den Song „Blurred Lines“, der die sexuelle Gewalt an Frauen
10 trivialisiert. Auch der Fall „Beyoncé“, die bei der Performance des Songs „Flawless“ auf den
11 MTV Video Music Awards vor dem überdimensionalen Schriftzug „Feminist“ stand, während die
12 Worte der nigerianischen Feministin Chimamanda Ngozi Adichie zu hören waren, erregte
13 mancherorts die Gemüter. So titelte beispielsweise die EMMA mit Blick auf Beyoncé „Emanze
14 oder Schlampe?“.

15
16 Was sich hinter dieser provokativen Frage verbirgt, ist trotz allem ein zentraler Konflikt, der auch
17 aus einer jungsozialistischen Perspektive einer Positionierung bedarf. Und zwar geht es um die
18 Frage, ob Feminismus und Pop überhaupt zusammengehen. Während die Kritiker*innen des
19 popkulturellen Komplexes Pop als Massenkultur und in Anlehnung an die Kulturindustriethese
20 von Adorno und Horkheimer als standardisiertes Kommerzprodukt begreifen, das die Einübung
21 in autoritätshöriges, gedanken- und freudloses Verhalten einübe, gibt es auch Bewegungen, die
22 das emanzipatorische Potenzial von Pop herausstellen. Diese beziehen sich dabei oftmals auf
23 Überlegungen der neomarxistischen Birmingham School, die einen zentralen
24 Forschungsknotenpunkt der Cultural Studies darstellt. In Anlehnung an das Hegemonie-
25 Konzept von Antonio Gramsci und einen von Michel Foucault entlehnten Machtbegriff machen
26 Vertreter*innen dieser Denkschule deutlich, dass Popkultur nicht einfach konsumiert werde,
27 sondern ein vieldeutiger Komplex sei. Das bedeutet, dass popkulturelle Zeichen und Texte im
28 weitesten Sinne unterschiedliche Lesarten zulassen, die aber zugleich von der Beschaffenheit
29 des Textes, den sozialen Positionierung der*s Rezipierenden und den unterschiedlichen
30 Konsumzusammenhängen abhängig sind. Bedeutung bildet sich demnach innerhalb
31 gesellschaftlicher Machtverhältnisse heraus, die der ständigen Verhandlung ausgesetzt sind.

32
33 Diese Einsicht hat für die feministische Bewertung der Popkultur entscheidende Folgen: Denn
34 während die Kulturindustriethese davon ausgeht, dass die Pop-Konsumierenden passiv die
35 vorgegebenen Bedeutungen internalisieren, stützen sich die Überlegungen der Cultural Studies
36 auf differenziertere Modelle. Der Soziologe Stuart Hall entwickelt beispielsweise ein Modell

37 (encoding/decoding), das gerade nicht davon ausgeht, dass alle Rezipient*innen (also die, die
38 den Pop hören, sehen, lesen etc.) ein gegebenes popkulturelles Zeichen auf ein und dieselbe
39 Weise entschlüsseln. In einer von Macht und Klassengegensätzen strukturierten Gesellschaft
40 gibt es sowohl Hegemoniale als auch unterschiedliche Arten von antihegemonialen Deutungs-
41 und Leseweisen. Grundsätzlich eröffnet Popkultur also einen Raum der Möglichkeiten, einen
42 Raum für Überschreitungen, der im Sinne von Karl Marx die versteinerten gesellschaftlichen
43 Verhältnisse zum Tanzen bringen kann.

44

45 **Pop und Geschlecht? Wie hängt das zusammen?**

46

47 Was hat das alles nun mit dem Geschlecht zu tun? Die Soziologin Paula-Irene Villa hebt heraus,
48 dass in der Popkultur immer auch Geschlechtervorstellungen, -normen und -praxen verhandelt
49 werden – sei es beim Tanzen, Serienschauen, Musikhören, Sprayen oder Skaten. Diese können
50 im Rahmen der Popkultur gleichermaßen stabilisiert, herausgefordert oder gar umgeschrieben
51 werden. Ein Beispiel soll dies verdeutlichen. Als Reaktion auf den schon angesprochenen Song
52 „Blurred Lines“ veröffentlichten die LawRevueGirls ihre Version des Liedes. In „Defined Lines“
53 wenden sie sich gegen die Trivialisierung sexueller Gewalt und gegen patriarchale
54 Gesellschaftsstrukturen. Dort heißt es beispielhaft: „Listen mankind! If you wanna get nasty, just
55 don’t harass me: You can’t just grab me. That’s a sex crime! Yeah we don’t want it – It’s
56 chauvinistic. You’re such a bigot!“ Hierbei handelt es sich nicht um die Ablehnung von Popkultur,
57 sondern vielmehr um einen produktiv-kritischen Umgang mit ihr, der eine antihegemoniale
58 Lesart zu installieren versucht.

59

60 Damit soll keinesfalls ausgeblendet werden, dass Pop, wie das Popmagazin SPEX vor kurzem
61 berichtete, nach wie vor ein Frauenproblem hat. Gerade auf der Ebene der Kulturschaffenden
62 gibt es immer noch weniger Frauen als Männer. Dies gilt besonders, aber nicht nur im Bereich
63 der elektronischen Musik, die auf einer abstrakten Ebene geschlechtslos gedacht, aber
64 ausschließlich von männlichen Protagonisten umgesetzt wurde. Spiegelbild dessen ist die
65 Geschlechterverteilung in elektronischen Labels: Während Männer rund 82 Prozent aller unter
66 Vertrag stehender Musiker*innen darstellen, sind Frauen lediglich zu 9,3 Prozent vertreten.
67 Darüber hinaus halten sich in allen Bereichen der Popkultur tradierte Rollenbilder ebenso
68 hartnäckig wie die Selbstausbeutung von Frauen in der Kulturindustrie. Bestes Beispiel hierfür
69 ist das Monatsgehalt der Chefredakteurin des popfeministischen Missy Magazins, das bei 900
70 Euro Brutto lag.

71

72 **Feminismus und Pop – ein Widerspruch?**

73

74 Ähnlich wie beim Pop, gibt bekanntermaßen auch der Begriff des Feminismus Raum für
75 unterschiedliche Lesarten. Schon der Vergleich zwischen den Positionen von Alice Schwarzer
76 und Laurie Penny zeigt grundlegende Unterschiede auf. Während erstere sich gegen alles
77 vermeintlich weiblich konnotierte stellte, gegen alles, was Frauen nur täten oder trügen, um
78 Männern zu gefallen, wollen sich viele Feministinnen, die sich heute mit Frausein beschäftigten,
79 nicht zwischen Respekt und Rosa, zwischen Macht und Mädchen entscheiden müssen. Hierbei
80 bedienen sie sich in ihrer Argumentation ganz ähnlicher Muster wie jene, die von einem weiten
81 Pop-Begriff ausgehen. Kein Entweder-Oder. Ein Auch. Ein Und. „Gute Feministinnen“ können
82 lila Latzhosen tragen und Mokassins. Sie müssen es aber nicht. Sie können auch in einem
83 kurzen Kleid, Popsongs hörend und dem Anspruch nach gleicher und gerechter Teilhabe daher
84 kommen. Das ist auch der Grund, weshalb Pop heute ein zentraler Gegenstand in
85 feministischen Diskursen ist. Popfeminismus verbindet feministisches Engagement mit Spaß
86 und Vergnügen und bietet einen Rahmen, um jene Dinge zurückzufordern, die bisher als
87 Symbole des Patriarchats galten.

88

89 Es sollen damit keineswegs die Errungenschaften negiert werden, die die zweite-Welle-
90 Feminist*innen erkämpft haben: Die Thematisierung von gesellschaftlichen Tabus, der Einsatz
91 für einen selbstbestimmten Umgang mit dem eigenen Körper, die Legalisierung von Abtreibung,
92 das Aufzeigen von Herrschaftsstrukturen im Öffentlichen wie Privaten. Popfeminist*innen oder
93 Vertreter*innen des sogenannten Dritte-Welle-Feminismus machen aber heute deutlich, dass es
94 nunmehr auf den Schultern unserer Mütter und unserer Großmütter stehend weitergeht. Diesem
95 Beispiel müssen wir auch in unserer Arbeit als feministischer Richtungsverband folgen. Wir
96 wollen zeigen, dass wir – nun ja – alles wollen. Denn wer sagt, dass wir nicht Sex-and-the-City-
97 schauend für gleiche Bezahlung kämpfen? Dass wir nicht in Pumps zum Frauenkampftag

98 gehen?
99
100 Dass wir es nicht müssen, ist die Errungenschaft der Feminist*innen der letzten Dekaden. Dass
101 wir es dennoch tun können, ist unsere. Wir erobern sie uns zurück, die Deutungshoheit über
102 bestimmte Kleidung, bestimmtes Aussehen, bestimmtes Tun. Die „Slutwalks“ haben gezeigt,
103 welche antipatriarchale Kraft hierin stecken kann. Frauen, die als Schlampen geschimpft
104 wurden, weil sie dasselbe tun wie Männer zeigen hiermit, dass ein Wort nur so stark ist, wie
105 seine Verwender*innen.

106

107 **Deshalb**

108

109 Wir Jusos lehnen die Popkultur nicht grundsätzlich ab, sondern versuchen, Deutungshoheiten
110 auch in diesem Feld zu gewinnen. Wir nutzen die antipatriachiale Sprengkraft, die in ihm
111 stecken kann, für und nicht gegen uns. Auch wenn die Popkultur niemals gesellschaftliche
112 Umstände umwälzen kann, so kann sie doch die Begleitmusik liefern, zu der wir tanzen,
113 während wir die Welt verändern. Dass der Feminismus mittlerweile auch in der Popkultur en
114 vogue ist, sollte für uns als Segen, nicht als Fluch angesehen werden. Für viele als Vorbilder
115 geltende PopkünstlerInnen , wie zum Beispiel Beyonce und Pharell Williams, aber auch
116 zahlreiche Filmschaffende, SchriftstellerInnen etc. können dabei als wichtige MultiplikatorInnen
117 der feministischen Idee wirkmächtig werden. Gleichzeitig können uns die Bühnen, Bücher und
118 Bilder der Pop-Welt Ansporn sein, auch auf politischer und dann gesellschaftlicher Ebene die
119 Gleichheit der Geschlechter endlich zu leben.

120

121 Dennoch sehen wir, dass die Produktionsverhältnisse in diesem Bereich in großen Teilen den
122 alten Mustern folgen. Frauen sind weniger sichtbar, verdienen weniger Geld, haben weniger
123 Einfluss.

124

125

126

127

128

129

130

131

132

133

134

135

136

137

138

139

140

141

142

143

144

145

146

147

148

149

150

151

152

153

154

155

156

157

158

Titel Sexualisierte Gewalt ist Seelenmord

Antragsteller Hannover

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Sexualisierte Gewalt ist Seelenmord

1 Wir fordern die Erhöhung der Mindestfreiheitsstrafe bei Vergehen gegen §§ 174 bis 174c StGB,
2 §§176 bis 180 StGB, §§182 StGB und §§225 StGB auf ein Jahr.“

3

4 **Begründung:**

5 *Im letzten Jahr wurde ein Spielfilm von der ARD veröffentlicht, der auf den Geschehnissen in*
6 *der Odenwaldschule in den 70er und 80er Jahren basiert. Jahrelang wurden dort Schülerinnen*
7 *und Schüler systematisch sexuell missbraucht. Zwar verzichtet der Film auf explizite Szenen,*
8 *jedoch kann man zumindest ahnen, welch schlimmes Ausmaß die Taten des Schulleiters und*
9 *Teilen des Lehrpersonals annahmen. Der Film thematisiert das sexuelle Vergehen an*
10 *Schutzbefohlenen. Ebenso zeigt er eindrucksvoll das Abhängigkeitsverhältnis der SchülerInnen*
11 *zu den PädagogInnen.*

12

13 *Doch Filme sind immer nur Modelle der Wirklichkeit. Was tatsächlich in der Odenwaldschule*
14 *geschah und tagtäglich mit Schutzbefohlenen geschieht, die sexuellen Missbrauch erleiden,*
15 *bleibt unvorstellbar. Sexualisierte Gewalt ist Realität, auf der ganzen Welt und jeden Tag. Auf*
16 *der Internetseite des Vereins „Gegen Missbrauch e.V.“ kann man die aktuellen Zahlen sexueller*
17 *Übergriffe an Kindern in Deutschland im laufenden Jahr einsehen. Anfang Februar 2015 waren*
18 *es bereits über 27.000 und die Dunkelziffer ist sehr wahrscheinlich weitaus höher.*

19

20 *Doch Schutzbefohlene nehmen nicht nur konkreten Missbrauch als sexuelle Gewalt und*
21 *Verletzung der sexuellen Selbstbestimmung wahr. Selbst wenn "nur" Fotos von*
22 *leichtbekleideten Kindern gemacht werden, sind diese sich über die Verletzung ihres*
23 *Schamgefühls bewusst. Sexualisierte Gewalt gegenüber Schutzbefohlenen geht immer mit*
24 *einem Machtgefälle einher, welches den Schutzbefohlenen in diesem Moment schmerzlich*
25 *bewusst wird. Ebenso sind sich die TäterInnen dessen bewusst und nutzen es aus.*

26

27 **Sexueller Missbrauch ist Seelenmord**

28

29 *Der Verein Glasbrechen, gegründet von Opfern der Odenwaldschule, bezeichnet sexuellen*
30 *Missbrauch von Schutzbefohlenen als Seelenmord. Wenn man darüber nachdenkt, was eine*
31 *solche Tat mit einem Kind macht, passt die Bezeichnung nur allzu gut. Doch warum verjähren*
32 *Taten sexualisierter Gewalt gegenüber Schutzbefohlenen?*

33

34 *Betrachtet man nochmal die Geschehnisse in der Odenwaldschule und ihre Folgen, erkennt*
35 *man, dass einige Opfer erst Jahre später im Erwachsenenalter begonnen haben, über die*
36 *Geschehnisse zu sprechen. Auch in anderen Fällen sexualisierter Gewalt ist dies der Fall, da*
37 *die Opfer selbst fast immer Schuldgefühle haben, Traumata erleiden oder von den TäterInnen*
38 *abhängig sind. Zahlreiche Forschungen belegen, dass die Schweigezeit von der Tat bis zum*
39 *„Outing“ oft Jahrzehnte dauert. Und dann, wie im Fall einiger OdenwaldschülerInnen, ist die Tat*

40 *verjährt und die TäterInnen können nicht mehr belangt werden.*

41

42 *Für einen psychologisch nachvollziehbaren und nachgewiesenen Vorgang der Verdrängung und*
43 *des späten Eingestehens werden Opfer sexualisierter Gewalt bestraft, indem ihre PeinigerInnen*
44 *ungestraft davonkommen. Dabei ist das Geständnis, die Reue und die Strafe der TäterInnen ein*
45 *notwendiger Schritt im Verarbeitungsprozess der Opfer, worauf auch der Verein Glasbrechen*
46 *und andere Initiativen gegen sexuellen Missbrauch von Schutzbefohlenen immer wieder*
47 *hinweisen. Gibt es keine Möglichkeit zur Bestrafung der TäterInnen, kann dies für die Opfer*
48 *retraumatisierend wirken.*

49

50 **Verjährt – aber nicht erledigt**

51

52 *Grundsätzlich muss natürlich diskutiert werden, ob - neben Mord - auch bei anderen Straftaten*
53 *die Verjährungsfrist aufgehoben werden soll oder nicht. Juristisch kann man wahrscheinlich*
54 *dagegen plädieren. Jedoch soll es an dieser Stelle nicht darum gehen, die Schwere der Taten*
55 *gegeneinander aufzuwiegen. Auch ist eine Verschärfung von Strafgesetzen aus Juso-Sicht*
56 *natürlich immer fragwürdig. Es muss natürlich auch in Präventionsmaßnahmen investiert*
57 *werden, sodass es gar nicht erst zu Missbrauch von Schutzbefohlenen kommt. Anlaufstellen für*
58 *TäterInnen müssen ausgebaut werden, sodass sie sich Hilfe holen können.*

59

60 *Allerdings muss die Unterscheidung zwischen sexuellem Missbrauch Schutzbefohlener und*
61 *Vergewaltigung trotzdem strafrechtlich überdacht werden. Das deutsche Strafrecht trägt dem*
62 *Leiden der Opfer von Kindesmissbrauch nicht Rechnung, indem es eine Unterscheidung der*
63 *Verjährungsfristen vorschreibt. Auch sexueller Missbrauch ist eine Verletzung sexueller*
64 *Selbstbestimmung und ein Eindringen in die Scham- und Intimitätssphäre und gerade bei*
65 *Kindern sind die Folgen besonders schwerwiegend.*

66

67 *Deshalb fordern wir die Maßnahmen der Bestrafung sexualisierter Gewalt gegenüber*
68 *Schutzbefohlenen dahingehend zu überprüfen, ob eine Verjährungsfrist aufgehoben werden*
69 *kann. Die SPD-Bundestagsfraktion hat schon einmal im Rechtsausschuss gefordert, die*
70 *Verjährung bis zur Vollendung des 30. Lebensjahres ruhen zu lassen, leider ohne Erfolg. Diesen*
71 *Vorstoß wissen wir zu schätzen und wünschen uns nun, daran festzuhalten und die*
72 *Verjährungsfrist bei sexualisierten Gewalttaten gegenüber Schutzbefohlenen gänzlich*
73 *aufzuheben.*

74

75 http://www.bmbf.de/pubRD/Erster_Forschungsbericht_sexueller_Missbrauch_2011.pdf

76

77 <http://www.zdf.de/ZDFmediathek#/beitrag/video/2303352/Der-Fall-Edathy>

78

79 <http://glasbrechen.de/>

80

81 <http://www.zeit.de/2011/48/Opfer-Missbrauch>

82

83 [http://www.lto.de/recht/hintergruende/h/verjaehrung-sexueller-missbrauch-schmerzensgeld-
84 strafrecht/](http://www.lto.de/recht/hintergruende/h/verjaehrung-sexueller-missbrauch-schmerzensgeld-
84 strafrecht/)

85

86 <http://www.zeit.de/2011/48/Opfer-Missbrauch>

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

100

Titel Für einen emanzipatorischen Umgang mit gesellschaftlich konstruierten Rollenbildern und Stereotypen

Antragsteller Hannover

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Für einen emanzipatorischen Umgang mit gesellschaftlich konstruierten Rollenbildern und Stereotypen

1 **Über gesellschaftliche Konstruktionen und deren Bedeutung**

2
3 In unserer Gesellschaft dominiert noch heute in weiten Teilen die Überzeugung, alle Menschen
4 ließen sich in genau zwei Geschlechter (männlich, weiblich) einteilen. Diese seien biologisch
5 festgelegt, unveränderlich und könnten spätestens bei der Geburt zweifelsfrei anhand der
6 Genitalien festgestellt werden. Diese Vorstellung von Zweigeschlechtlichkeit und der Kategorie
7 „Geschlecht“ ist im gesellschaftlichen Denken äußerst präsent. Dieses System besteht dabei
8 aus Sex (biologisches Geschlecht) und Gender (soziales Geschlecht). Gender hat sich jedoch
9 historisch entwickelt und ist keineswegs biologisch begründet.

10
11 Vielmehr ist dieses von Menschen gemacht und konstruiert. Dies bedeutet, dass man es somit
12 auch insofern verändern kann, dass die von der Gesellschaft reproduzierte
13 Zweigeschlechtlichkeit dekonstruiert wird. Demnach gibt es für eine Einteilung in zwei
14 Geschlechter keinen haltbaren Grund. Dennoch werden alle Menschen in dieses System
15 gepresst, auch wenn sie sich dem nicht fügen wollen oder schlichtweg nicht zu einer der beiden
16 Alternativen passen. So müssen Inter* gesellschaftlich noch immer an ein Geschlecht
17 „angeglichen“ werden.

18
19 Dabei verdeutlichen Inter*, Trans* und auch die völlig unterschiedlichen Gender, die innerhalb
20 der beiden Alternativen vorkommen, dass Zweigeschlechtlichkeit und ein von Natur aus
21 festgelegtes, unveränderbares Geschlecht nicht existieren.

22
23 Äußerst problematisch ist, dass mit der Zuweisung zu dem einen oder anderen Geschlecht
24
25 bereits mit der Geburt ein sozialer Prozess einsetzt. Die Einteilung in „weiblich“ oder „männlich“
26 bestimmt ab der ersten Sekunde unseren weiteren Lebensweg. Denn mit unserer Geburt
27 beginnt die Erziehung zu einer vermeintlich zu erfüllenden Geschlechterrolle. Durch diese
28 Sozialisationsprozesse werden die Merkmale von „weiblich“ und „männlich“ anezogen, die
29 später für die angeblich durch die Natur vorgegebene Unterscheidung herangezogen werden.

30
31 In der dabei entstehenden sozialen Ordnung werden die Geschlechter, die vom männlich
32 patriarchalen sozialisierten Geschlecht abweichen, konsequent benachteiligt und von wichtigen
33 Teilen der Gesellschaft ausgeschlossen. Geschlecht ist also nicht der Ausgangspunkt, sondern
34 das Ergebnis sozialer Prozesse.

36 **Die besondere Rolle der Frau bei der Überwindung patriarchaler Strukturen**

37
38 Wir Jusos sind ein feministischer Richtungsverband. In dem vollen Bewusstsein, dass die

39 Dekonstruktion der Geschlechter ein langwieriger Prozess ist, sehen wir die Überwindung des
40 Patriarchats als ersten Schritt in Richtung dieses Zieles. Das bedeutet, dass wir uns verstärkt
41 für die gesellschaftliche Gleichstellung zwischen Frauen und Männern einsetzen. Es bedeutet
42 aber auch, dass alle Menschen nach unserer Vorstellung frei und selbstbestimmt leben sollen
43 und wir die Reproduktion der Rollenbildern und Stereotypen aktiv bekämpfen wollen.

44

45 Mit Erschrecken beobachten wir in den letzten Jahren einen gesellschaftlichen Rollback.

46

47 Oftmals wird Frauen- und Gleichstellungspolitik auf Familienpolitik reduziert und somit werden
48 automatisch wichtige Kernthemen in diesem Bereich negiert, die eigentlich unabdingbar wären.
49 Insbesondere geht es dabei nicht mehr um die Überwindung des Patriarchats sowie die
50 Diskriminierung von Frauen in allen Lebensbereichen. Aus diesem Grund fällt den Jusos eine
51 Schlüsselrolle zu und wir müssen uns mehr denn je darum bemühen, diese Themen zurück auf
52 die politische Agenda zu führen. Um jedoch das Potenzial dafür zu entfalten, müssen wir
53 Gleichstellung als zentrales Querschnittsthema in sämtlichen Politikfeldern behandeln. Die
54 Erfahrungen der letzten Jahre hat gezeigt, dass es immer mehr Jusos gibt, die den Feminismus
55 als ein lästiges Ritual verstehen und abgeneigt sind, sich ein weiteres Mal mit diesem Thema
56 auseinanderzusetzen. Deshalb ist es notwendig, dass wir das Thema Feminismus in alle
57 Bereiche unserer Juso-Arbeit integrieren, aufgrund seiner Eigenschaft als Querschnittsthema
58 und Bedeutung für den Verband.

59

60 Um eins vorweg zu schicken: Wir Jusos stellen uns klar gegen jede Form von Diskriminierungen
61 - und zwar unabhängig davon, ob mensch aufgrund von Religion, Hautfarbe, Herkunft,
62 Nationalität oder der sexuellen Orientierung diskriminiert wird. Wir machen aber nicht den
63 Fehler, dass wir sämtliche Diskriminierungen in einen Topf schmeißen. Neben den bekannten
64 Herrschafts- und Machtverhältnissen, die aus dem kapitalistischen System hervorgehen, gilt es
65 für uns als FeministInnen stets darum, auf andere Strukturen hinzuweisen, die neben üblichen
66 Machtstrukturen bestehen: den patriarchalischen Strukturen, die Frauen diskriminieren, da ihr
67 zugeordnetes Geschlecht vom als Norm betrachteten, konstruierten männlichen Geschlecht
68 abweicht. Dieses Politikfeld darf nicht als untergeordnetes Problem verharmlost werden.

69

70 Die SPD war und ist immer noch Teil der emanzipatorischen Frauenbewegung. In der
71 Vergangenheit hat die Partei wichtige Impulse gesetzt und für mehr Gleichstellung in der
72 Gesellschaft gesorgt. Aber viel ist uns eben nicht genug! Deswegen ist es uns ein gewichtiges
73 Anliegen, Frauen in unserem Verband zu ermuntern sich mehr einzusetzen und gemeinsam mit
74 uns zu streiten. Dabei müssen wir grade Frauen gezielt fördern, sie vernetzen und in ihrem
75 politischen Handeln solidarisch stärken! Insbesondere müssen wir versuchen mehr junge
76 Frauen für die SPD zu begeistern.

77

78 **Sprache als Instrument**

79

80 Sprache ist kein neutrales Kommunikationsmittel, sondern ein diskursives Instrument

81

82 gesellschaftlichen Handelns. Zugleich fungiert sie als Spiegel gesellschaftlicher Realität, stellt
83 aber auch den Ort dar, an dem sich sozialer Protest und konservativer Widerstand artikulieren.
84 Die Diskriminierung findet nicht nur in dem statt, was getan wird, sondern auch durch die Art
85 und Weise, wie gesprochen und geschrieben wird. Wir Jusos setzen uns daher für eine
86 geschlechtergerechte Sprache ein, in der andere als männlich sozialisierte Menschen nicht nur
87 mitgemeint und mitgedacht werden, sondern sichtbar und hörbar gemacht werden. Dies gilt
88 nicht nur für die öffentliche bzw. amtliche Schriftsprache, sondern auch für die gesprochene.

89

90 Für die Beziehung zwischen Sprache und Geschlecht heißt dies, dass sich in einer Sprache
91 gender-bezogene Asymmetrien manifestieren, die ihrerseits auf die Wahrnehmung und
92 Konstruktion von Realität einwirken. Und genau aus diesem Grund verdeutlicht sich die
93 immense Bedeutung unserer Sprache. Wenn wir Frauen und Männer in unserer Sprache
94 gleichstellen, dann wird dadurch ein gedanklicher Prozess angestoßen, der sich auf unser
95 gesellschaftliches Handeln auswirkt. Somit wird die wichtige Voraussetzung geschaffen, dass
96 wir Gleichstellung in unserem Verband praktisch mit Leben füllen können. Denn die Macht und
97 die Konstruktion patriarchaler Strukturen werden durch nicht-gegenderte Sprache verklärt.

98

99 Doch sehen wir uns heute noch vor enorme Herausforderungen gestellt, denen gerade wir als

100 JungsozialistInnen begegnen müssen. Wir werden auch in Zukunft klar gegen
101 gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit jeglicher Art kämpfen und uns entschieden gegen die
102 Diskriminierung aufgrund des Geschlechts und der sexuellen Ausrichtung positionieren.
103 Gemeinsam wollen wir als Jusos über unsere Form des Genders diskutieren. Hierzu wird der
104 Bezirksvorstand ein Diskussionsforum im Rahmen der Denkfabrik Feminismus anbieten und die
105 verschiedenen Formen des Genderns sowie ihre Bedeutung vorstellen.

106

107 **Unser Ziel: Diskurs zur Dekonstruktion**

108

109 Wir Jusos sind der Überzeugung, dass jeder Mensch das fundamentale Recht hat, ein
110 selbstbestimmtes Leben zu führen, und sprechen uns deshalb dafür aus, dass mensch nicht
111 durch äußere Sozialisationsprozesse in gesellschaftliche Rollenbilder gedrängt wird. Wir
112 fordern, dass sich alle Menschen frei entfalten können, und zwar auch unabhängig von ihrem
113 Geschlecht, ihrer Geschlechterrolle und ihrer sexuellen Orientierung. Ziel unserer Politik muss
114 deshalb die Überwindung der von der heteronormativen

115

116 und patriarchalischen Gesellschaft vorgegebenen Geschlechterbilder und letztendlich die
117 Dekonstruktion der Kategorie Geschlecht sein.

118

119 Im Kampf für die Überwindung der männlichen und zweigeschlechtlichen Gesellschaft, mit Ziel
120 des Beginns einer menschlichen, ist uns Jusos bewusst, dass wir noch einen schweren Weg zu
121 gehen haben. Dabei müssen wir auch selbstkritisch mit uns selbst und unserem Verband
122 umgehen. Denn auch für (einige von) uns spielt die Kategorie Geschlecht immer noch eine
123 große kognitive und lebenspraktische Rolle. Schließlich tragen auch wir durch unser Handeln
124 dazu bei, dass die Unterscheidung von Menschen anhand zweier Geschlechter nach wie vor
125 wirkungsmächtig bleibt. Deswegen müssen wir uns darum bemühen, unser eigenes Denken
126 und Handeln zu reflektieren und zu durchbrechen. Das gilt sowohl für uns in unserem eigenen
127 Verband als auch in der Gesellschaft.

128

129 Um das zu erreichen müssen wir in unserem Verband in einen breit aufgestellten Diskurs treten
130 und diesen dann in die Gesellschaft tragen. Unser Ziel muss es sein, die Gesellschaft für diese
131 zentrale Ungerechtigkeit zu sensibilisieren, denn nur dann kann das System hinterfragt und
132 überwunden werden.

133

134

135

136

137

138

139

140

141

142

143

144

145

146

147

148

149

150

151

152

153

154

155

156

157

158

Inneres, Justiz & Verbraucherschutz

I 1	Berlin Deutsche Staatsangehörigkeit für alle, die in Deutschland geboren werden	185
I 2	Hamburg Mehr Rechtsstaat – Keine Vorurteile	186
I 3	Baden-Württemberg Doppelpass trifft nicht jeden- doppelte Staatsbürgerschaft für alle!	189
I 4	Berlin Ermittlungsverfahren gegen Polizist*innen – Einstellung nur durch einen richterlichen Beschluss	190
I 5	Hamburg Einführung eines SMS-Notrufs – Hilfe für jeden und überall gewährleisten!	191
I 6	Sachsen-Anhalt Abschaffung des Blasphemie Paragraphen	192
I 7	Sachsen-Anhalt Verpflichtende Nährwertdeklaration auf alkoholischen Getränken	193
I 8	Hannover Tag der Befreiung als gesetzlichen Feiertag	194
I 9	Hannover Finger weg vom Bundesverfassungsgericht!	196
I 10	Berlin Versammlungsfreiheit für alle garantieren	197
I 11	Mecklenburg-Vorpommern Vermummungsverbot abschaffen!	198
I 12	Sachsen Plastikkirschen – nein Danke!	200
I 13	Weser-Ems Landwirtschaft und Verbraucherschutz gerechter gestalten	201
I 14	Berlin Juristische Aufklärung der Geheimdienstskandale	203

I 15	Hannover Qualitätssicherheit für Fair Trade & Bio-Siegel in der Europäischen Union	204
I 16	Bayern Flächendeckende Gefangenenseelsorge	205
I 17	Berlin Sofortige Ersetzung des „Rasse“-Begriffes im Grundgesetz und der Berliner Landesverfassung!	207
I 18	Bayern Drogenpolitik - akzeptierend, regulierend, präventiv	208
I 19	Thüringen Progressive Drogenpolitik	216
I 20	Saarland Drogenprävention durch Aufklärung	221

Titel Deutsche Staatsangehörigkeit für alle, die in
Deutschland geboren werden

Antragsteller Berlin

Zur Weiterleitung an Bundesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Deutsche Staatsangehörigkeit für alle, die in Deutschland geboren werden

- 1 Wir fordern die SPD auf, sich dafür einzusetzen, dass Menschen, die in Deutschland geboren
- 2 sind, auch direkt die deutsche Staatsangehörigkeit bekommen, sofern sie oder deren
- 3 Erziehungsberechtigten das wollen.
- 4
- 5 Mit der deutschen Staatsangehörigkeit sind Rechte und Schutz der Personen verbunden, die für
- 6 viele eine wichtige Bedeutung haben. Auch ist es für viele Migrant*innen ein wichtiger
- 7 symbolischer Schritt.
- 8
- 9 Bisher gibt es zwei Möglichkeiten die deutsche Staatsangehörigkeit mit der Geburt zu erwerben:
- 10 Zum einen das Abstammungsprinzip, nach dem ein Elternteil bereits selbst Deutsche*r sein
- 11 muss, zum anderen das Geburtsortsprinzip, nach dem der Geburtsort Deutschland sein muss,
- 12 wobei die Eltern bereits seit mindestens 8 Jahren in Deutschland leben müssen. Darüber hinaus
- 13 muss es für alle Menschen möglich sein, die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben.
- 14 Unabhängig von dieser Regelung bleibt unsere Forderung nach einer progressiven und
- 15 umfassenden Einwanderungsreform bestehen.
- 16
- 17 Viele Politiker*innen betonen immer wieder, dass Deutschland die Einwanderung von gerade
- 18 jungen Menschen braucht und dass Familien zu schützen und zu fördern seien. Gleichzeitig
- 19 machen sie ihnen aber mit solchen Regelungen das Leben schwer, geben ihnen das Gefühl
- 20 unwillkommen zu sein und erschweren ihnen die Familiengründung.
- 21
- 22 Wir halten weiterhin an unserer Idealvorstellung einer Welt ohne Grenzen fest, in der die
- 23 Herkunft oder Staatsangehörigkeit eines Menschen keinerlei Rolle mehr spielt.
- 24
- 25 Solange wir dies aber noch nicht erreicht haben, fordern wir jetzt eine Erleichterung für die
- 26 Menschen, die die deutsche Staatsangehörigkeit haben wollen.
- 27
- 28
- 29
- 30
- 31
- 32
- 33
- 34
- 35
- 36
- 37
- 38

Titel Mehr Rechtsstaat – Keine Vorurteile

Antragsteller Hamburg

Zur Weiterleitung an SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Mehr Rechtsstaat – Keine Vorurteile

1 Wir fordern, dass

2

3 1. anlasslose Personenkontrollen – wie etwa in §§ 22 Abs. 1a, 23 Abs. 1 Nr. 3

4 Bundespolizeigesetz (BPolG) vorgesehen – abgeschafft werden und durch spezifischere

5 Ermächtigungsgrundlagen ersetzt werden, um menschenrechtswidrige Diskriminierungen

6 aufgrund rassenspezifischer äußerlicher Merkmale zu verhindern. In Betracht kommt dazu

7 beispielsweise, das Tatbestandsmerkmal der „konkreten Gefahr“ in den Tatbestand der

8 Normen aufzunehmen oder spezifische Anlassmomente als Regelbeispiele für

9 Personenkontrollen zu definieren.

10 2. eine mündliche Begründungspflicht für Personenkontrollen zum Zwecke der Verhinderung

11 unerlaubter Einreise eingeführt wird, nach der die BeamtInnen den Betroffenen mitteilen

12 müssen, auf Grund welcher konkreten Anhaltspunkte die Personenkontrolle erfolgt.

13 3. Schulungen zu Kommunikationsstrategien und interkultureller Kompetenz sowie *Anti-*

14 *Bias*-Schulungen in die Aus- und Weiterbildung von PolizeibeamtInnen im Außendienst

15 aufgenommen werden.

16 4. die Melde- und Beschwerdestrukturen für BürgerInnen, deren Rechte durch

17 diskriminierende polizeiliche Eingriffe berührt werden, erweitert und ausgebaut werden.

18

19 **Begründung:**

20 Die Flüchtlingsströme, die Europa und vor allem auch Deutschland derzeit erreichen, stellen für

21 die Bundespolizei, die illegale Einwanderung bekämpfen muss, eine große Herausforderung

22 dar. Die derzeitige Rechtslage, nach der anlasslose Personenkontrollen zur Verhinderung

23 illegaler Einwanderung durchgeführt werden können, legt den PolizeibeamtInnen eine große

24 Bürde auf. Die Normen des § 22 Abs. 1a und § 23 Abs. 1 Nr. 3 BPolG geben den PolizistInnen

25 keinerlei Richtschnur in die Hand, nach der sie sinnvoll entscheiden können, wann eine

26 Personenkontrolle angemessen ist und wann nicht. Dies hat dazu geführt, dass die

27 BundespolizeibeamtInnen Personen oft allein aufgrund äußerer Merkmale wie etwa Hautfarbe,

28 rassenspezifischer Gesichtszüge und dem sonstigen physischen Erscheinungsbild kontrollieren,

29 ohne dass konkrete Verdachtsmomente vorliegen. Bei vielen Betroffenen handelt es sich jedoch

30 um völlig legal in Deutschland lebende MigrantInnen oder Reisende. Dass sie allein aufgrund

31 rassenspezifischer oder ethnischer äußerlicher Merkmale vermehrt polizeilichen Maßnahmen

32 ausgesetzt werden, empfinden sie als Schikane oder gar staatliche Rassendiskriminierung.

33 Menschenrechtsorganisationen verurteilen derartige Verhaltensweisen als „Racial Profiling“.[1]

34 Auch der UN-Ausschuss für bürgerliche und politische Rechte hat sich sehr kritisch zu

35 derartigen polizeilichen Praktiken geäußert, da sie zum einen die Würde der Betroffenen

36 verletzen als auch rassistische Gesinnungen in der Bevölkerung bestärken könnten.[2] Freilich

37 verstoßen rein auf rasse- oder ethniespezifischen äußeren Erscheinungsmerkmalen

38 beruhende Kontrollen auch gegen Grund- und Menschenrechte.[3]

39

40 Damit geraten die PolizeibeamtInnen als rassistisch in Verruf, denn die gesetzlichen
41 Ermächtigungsgrundlagen sind derartig unbestimmt, dass sie diskriminierende Praktiken nicht
42 nur erlauben, sondern sogar begünstigen, indem sie die PolizistInnen in blinden Aktionismus
43 hineindrängen, ohne genaue Zielvorgaben zu formulieren.[4] Die Polizei verkörpert das
44 staatliche Gewaltmonopol und ist damit eine Stütze des deutschen Rechtsstaates. Ihr Bild in der
45 Öffentlichkeit ist daher auch für den Ruf der Bundesrepublik Deutschland als freiheitlicher Staat
46 von erheblicher Bedeutung.

47

48 Sowohl im Interesse der Betroffenen als auch im Interesse der Polizei besteht daher dringend
49 gesetzlicher Handlungsbedarf. In einer Demokratie ist es nicht Aufgabe einzelner Beamtinnen
50 oder Beamter Zweck und Reichweite staatlicher Eingriffsmaßnahmen zu bestimmen. Vielmehr
51 muss der Gesetzgeber festlegen, unter welchen konkreten Umständen, zu welchem Zweck,
52 welche spezifischen Maßnahmen getroffen werden dürfen. Die derzeitigen
53 Ermächtigungsgrundlagen zu anlasslosen Personenkontrollen genügen diesen Maßstäben
54 nicht. Sie sind daher entsprechend der 1. Forderung zu konkretisieren.

55

56 Um das Bild von einer Willkommenkultur in Deutschland aufrecht zu erhalten und wieder eine
57 größere Akzeptanz des polizeilichen Handelns zu schaffen, müssen darüber hinaus auch die
58 Interessen der Betroffenen stärker als bisher in den Blick genommen werden. Dazu ist es
59 sinnvoll, eine mündliche Begründungspflicht für aufenthaltsrechtsbezogene Personenkontrollen
60 einzuführen, um dem Verdacht des rassendiskriminierenden Verhaltens von vornherein zu
61 beseitigen, indem die konkreten Verdachtsmomente für die Kontrolle von Anfang an offen gelegt
62 werden. Hierdurch werden die PolizeibeamtInnen zu einem Reflexionsprozess angehalten, ob
63 und warum eine Kontrolle geboten ist und so vor übereilem, diskriminierendem Verhalten
64 geschützt. Eine offene Kommunikation über den Anlass der Kontrolle kann überdies zur
65 Deeskalation der Situation beitragen.[5]

66

67 Ferner ist eine professionelle, diskriminierungsfreie Polizeiarbeit vor allem von einer guten
68 Polizeiausbildung abhängig. Schulungen im *Soft-Skill*-Bereich sind in der derzeitigen
69 Polizeiausbildung allerdings eher schwach ausgeprägt, obwohl PolizistInnen in ihrer täglichen
70 Arbeit mehr als viele andere Berufsgruppen in kritischen Situationen mit Menschen umgehen
71 müssen.[6] Ein stärkerer Focus auf Kommunikationstrainings und interkulturelle Kompetenzen
72 ist daher auch im Interesse der BeamtInnen sinnvoll. Darüber hinaus ist die Polizei als
73 bedeutende Institution im Staatsgefüge in besonderem Maße darauf angewiesen, eine
74 diskriminierungs- und willkürfreie Arbeit zu leisten, um das Ansehen des Rechtsstaates nicht zu
75 beschädigen. Daher sind auch *Anti-Bias*-Schulungen eine wichtige Ergänzung zum
76 bestehenden Ausbildungsprogramm.

77

78 Schließlich kann tolerante und diskriminierungsfreie Polizeiarbeit nur gelingen, wenn die Fälle,
79 in denen Betroffene sich diskriminiert fühlen, auch an die Polizei weitergegeben werden und
80 dort eine angemessene Auseinandersetzung mit derartigen Beschwerden stattfindet.
81 Insbesondere muss die Polizei registrieren, ob sich die Fälle an bestimmten Orten oder in
82 bestimmten Sachbereichen häufen, so dass erforderlichenfalls gezielt gegen diskriminierende
83 Praktiken vorgegangen werden kann. Hierdurch würde auch Art. 13 der
84 Antidiskriminierungsrichtlinie angemessene Umsetzung erfahren.[7]

85

86 Rechtsstaatliche Polizeiarbeit bedeutet zugleich willkürfreie Polizeiarbeit. Es müssen klare
87 Rechtsgrundlagen geschaffen werden und entsprechende Begleitmaßnahmen in die Wege
88 geleitet werden, um die Rechte und Interessen aller Menschen in Deutschland zu wahren und
89 zu achten. Die Jusos und die SPD stehen schon seit jeher für eine weltoffene und
90 gastfreundliche Politik. Auf rasse- oder ethniespezifischen Merkmalen beruhende
91 Diskriminierungen haben in einem sozialdemokratischen Deutschland daher keinen Platz.

92

93

94

95 [1] Siehe statt vieler *Amnesty International*, Racial/Ethnic Profiling: Position von Amnesty
96 International zu menschenrechtswidrigen Personenkontrollen, 2014, abrufbar unter:
97 [https://www.amnesty.de/files/
98 Racial_Profiling_Positionspapier_Kurzfassung_September_2014.pdf](https://www.amnesty.de/files/Racial_Profiling_Positionspapier_Kurzfassung_September_2014.pdf).

99

100 [2] Human Rights Committee, Entscheidung vom 27.07.2009, UN-Dokument

101 CCPR/C/96/D/1493/2006.

102

103 [3] Art. 2, 7 Allgemeine Erklärung der Menschenrechte; Art. 2, 26 Internationaler Pakt über
104 bürgerliche und politische Rechte; Art. 21 Abs. 1 Grundrechtecharta der EU. Ausführlich zu der
105 Menschenrechtswidrigkeit von „Racial Profiling“ *Cremer*, in: Deutsches Institut für
106 Menschenrechte, „Racial Profiling - Menschenrechtswidrige Personenkontrollen nach § 22 Abs.
107 1 a Bundespolizeigesetz. Siehe zum Verstoß gegen Art. 3 Abs. 3 OVG Rheinland-Pfalz, Beschl.
108 v. 29.10.2012, Az.: 7 A 10532/12.OVG.

109

110 [4] So auch *Prof. Dr. Rafael Behr* von der Polizeiakademie Hamburg, der in einer
111 Sachverständigenanhörung von den Jusos Hamburg in Vorbereitung des Antrags befragt
112 wurde.

113

114 [5] So auch *Prof. Dr. Rafael Behr*.

115

116 [6] So die Einlassung von *Prof. Dr. Rafael Behr*.

117

118 [7] Richtlinie 2000/43/EG des Rates vom 29. Juni 2000 zur Anwendung des
119 Gleichbehandlungsgrundsatz.

120

121

122

123

124

125

126

127

128

129

130

131

132

133

134

135

136

137

138

139

140

141

142

143

144

145

146

147

148

149

150

151

152

153

154

155

156

157

158

159

160

Titel Doppelpass trifft nicht jeden- doppelte Staatsbürgerschaft für alle!

Antragsteller Baden-Württemberg

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Doppelpass trifft nicht jeden- doppelte Staatsbürgerschaft für alle!

1 Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, die Möglichkeit zum Erhalt der deutschen
2 Staatsangehörigkeit weiter auszuweiten! Es ist auf keinen Fall genug, dass die Optionspflicht
3 entfällt. Vielmehr muss die deutsche Staatsangehörigkeit von allen Menschen in Anspruch
4 genommen werden können, die sich seit längerer Zeit in Deutschland aufhalten, es auch die
5 nächsten Jahre vorhaben und auch sonstige Voraussetzungen der Einbürgerung erfüllen. Bei
6 den Voraussetzungen soll allerdings die Staatenlosigkeit bzw. die Abgabe der aktuellen
7 Staatsbürgerschaft nicht mehr Pflicht sein. Um dies zu bewerkstelligen, ist die Möglichkeit zum
8 Besitz der doppelten Staatsbürgerschaft durch Erhalt der deutschen Staatsangehörigkeit
9 notwendig. Zudem soll der Bund das doppelte Wahlrecht einführen.

10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38

Titel Ermittlungsverfahren gegen Polizist*innen –
Einstellung nur durch einen richterlichen Beschluss

Antragsteller Berlin

Zur Weiterleitung an Bundesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Ermittlungsverfahren gegen Polizist*innen – Einstellung nur durch einen richterlichen Beschluss

1 Wir fordern, dass Ermittlungsverfahren gegen Polizist*innen, die Straftaten im Dienst begangen
2 haben sollen, nicht mehr von der Staatsanwaltschaft eingestellt werden können. Diese
3 Entscheidung darf nur ein Gericht treffen.

4

5 **Begründung:**

6 Immer wieder kommt es vor, dass die Staatsanwaltschaft Verfahren gegen Polizist*innen
7 einstellt, da angeblich kein öffentliches Interesse an einer Strafverfolgung bestünde. Tatsächlich
8 ist jedoch in solchen Fällen per se ein öffentliches Interesse gegeben, da die Polizist*innen für
9 den Staat handeln und somit auch einer starken Kontrolle unterliegen sollten.

10

11 Ebenso kann es nicht sein, dass solche Verfahren wegen eines Mangels an Beweisen
12 eingestellt werden. Dies ist insbesondere deshalb problematisch, da Opfer von Polizeigewalt oft
13 zunächst keine Aussage machen wollen, da sie dies bei der Polizei tun müssten. Es ist völlig
14 verständlich, dass die Betroffenen keine Aussage an der Dienststelle machen wollen, an der die
15 Täter*innen arbeiten. Gerade in dieser Situation ist es aus der Perspektive des Opferschutzes
16 notwendig den Fall gründlich aufzuarbeiten, alleine damit die Opfer sich nicht einem
17 übermächtigen, sich selbst schützenden Polizeiapparat gegenüber sehen.

18

19 Es ist also notwendig die Möglichkeiten ein solches Verfahren einzustellen einer möglichst
20 genauen Prüfung zu unterziehen. Ein*e Richter*in stellt hierbei eine unabhängigere Kraft da,
21 zumal sich die Staatsanwaltschaft der Polizei als Ermittlungspersonen bedient. Der daraus
22 resultierende Mehraufwand ist leicht zu rechtfertigen, da von Polizist*innen begangene
23 Straftaten, da es sich um Straftaten von Repräsentant*innen des Staates handelt, generell eine
24 deutliche Sonderrolle einnehmen.

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

Titel Einführung eines SMS-Notrufs – Hilfe für jeden und überall gewährleisten!

Antragsteller Hamburg

Zur Weiterleitung an SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Einführung eines SMS-Notrufs – Hilfe für jeden und überall gewährleisten!

- 1 Der Bundeskongress der Jusos fordert die Einführung eines flächendeckenden und kostenlosen
- 2 Notrufsystems per SMS sowie einer Notfall-App.
- 3
- 4 Die zuständigen Stellen mögen eine weitere Ausweitung eines SMS-Hilfsangebot auch für
- 5 Behörden prüfen. Hierbei ist dem Informationsbedürfnis der Rettungskräfte zur
- 6 Einsatzkoordination Rechnung zu tragen.
- 7
- 8 Der Bundesparteitag der SPD sowie die SPD-Bundestagsfraktion soll sich für die Novellierung
- 9 des § 109 Abs. 2 TKG und der Anpassung des § 6 NotrufV einsetzen.
- 10
- 11 **Begründung:**
- 12 Durch die Möglichkeit, bei Polizei und Rettungsdiensten einen nonverbalen Notruf durch eine
- 13 gebührenfreie Notruf-SMS abzusetzen, würden Menschen, die aufgrund von Behinderungen,
- 14 Notlagen, aus Sicherheitsgründen oder technischen Gründen nicht in der Lage sind in einer
- 15 Notsituation einen Anruf zu tätigen, eine Möglichkeit bekommen, dennoch Hilfe zu bekommen.
- 16
- 17 Bis heute gibt es in Deutschland kaum die Möglichkeit in einer Notfallsituation barrierefrei einen
- 18 Notruf abzuschicken. Besonders Menschen mit Hörschädigung und Sprachproblemen würden
- 19 von einem solchen Notrufsystem profitieren. Die SMS sollte so gestaltet sein, dass sie alle
- 20 wichtigen Informationen enthält und auf allen europäischen Sprachen abgeschickt werden kann.
- 21 §108 Abs. 2 TKG fordert zwar eine Möglichkeit des Notrufs durch ein Telefax für sprach- und
- 22 hörbehinderte Menschen, jedoch ist dies im Hinblick auf die heutige Gesellschaft und
- 23 Gerätenutzung veraltet. Der Besitz eines Faxgeräts ist heutzutage nur noch bei wenigen
- 24 Menschen zu sehen, die Nutzung höchst aufwendig und in Notfallsituationen nicht immer
- 25 nutzbar. Ein Mobilfunktelefon hingegen kann auch unterwegs oder in Situationen, bei denen
- 26 aus Sicherheitsgründen nicht gesprochen werden kann, genutzt werden.
- 27
- 28 Eine weitere Möglichkeit stellt die zusätzliche Einführung einer Nothilfe-App mit verständlichen
- 29 Bildern ohne Texte dar.
- 30
- 31
- 32
- 33
- 34
- 35
- 36

Titel Abschaffung des Blasphemie Paragraphen

Antragsteller Sachsen-Anhalt

Zur Weiterleitung an Bundesparteitag der SPD und SPD-Bundestagsfraktion

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Abschaffung des Blasphemie Paragraphen

1 **Abschaffung des Blasphemie Paragraphen**

2

3 Die LDK möge beschließen, dass der § 166 StGB, der die Beschimpfung religiöser
4 Bekenntnisse bestraft, aus dem Strafgesetzbuch zu streichen ist.

5

6 **Begründung:**

7 Der § 166 StGB der das religiöse Bekenntnis schützt, ist weder zeitgemäß noch steht er im
8 Einklang mit unseren Vorstellungen einer aufgeklärten Gesellschaft, denn in einer solchen
9 brauchen Religionen und Kirchen keinen gesonderten Schutz. Der notwendige Schutz von
10 beispielsweise religiösen Minderheiten kann ausreichend über den §130 StGB, den
11 sogenannten Volksverhetzungsparagrafen gewährleistet werden.

12

13 Die Rechtspraxis ist darüber hinaus auch diskriminierend gegenüber den
14 Religionsgemeinschaften die in der Gesellschaft nicht so verankert sind, wie die großen
15 Weltreligionen und hier vor allem die beiden Christlichen Religionsgemeinschaften, da die
16 meisten Anzeigen auf eine Beleidigung dieser religiösen Bekenntnisse herauslaufen.

17

18 Der Forderung der CSU, im Nachgang des Attentates auf Charlie Hebdo, nach einer
19 Verschärfung ist eine klare Absage zu erteilen. Es war nicht „Blasphemie“ die den 12 Personen
20 das Leben kostete, sondern die Unfähigkeit einiger weniger Fanatiker mit dieser umgehen zu
21 können.

22

23 Aus diesen Gründen ist die Streichung des Blasphemie Paragraphen, ein wichtiger Schritt zu
24 einem laizistischen Staat.

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

Titel Verpflichtende Nährwertdeklaration auf alkoholischen Getränken

Antragsteller Sachsen-Anhalt

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Verpflichtende Nährwertdeklaration auf alkoholischen Getränken

1 **Verpflichtende Nährwertdeklaration auf alkoholischen Getränken**

2
3

4 Die S&D Fraktion im Europaparlament, sowie die für Verbraucherschutz zuständigen Minister
5 der Bundesregierung werden aufgefordert eine verpflichtende Nährwertdeklaration für
6 alkoholische Getränke zu forcieren und die Lebensmittel-Informationsverordnung (LMIV) der EU
7 entsprechend zu ergänzen.

8

9 **Begründung:**

10 Die Lebensmittel-Informationsverordnung (LMIV) regelt in der Europäischen Union die
11 Kennzeichnung von Lebensmitteln. In ihr ist festgelegt, dass ab 13. Dezember 2016 die Angabe
12 der Nährwertdeklaration auf Lebensmitteln verpflichtend ist.

13

14 Während auch dann noch eher verständliche Ausnahmen für unverarbeitete Erzeugnisse und
15 lose Waren gelten sollen, ist die geplante Ausnahme für alkoholische Getränke nicht
16 nachvollziehbar. Diese soll für alle Getränke über 1,2 Volumenprozent gelten.

17

18 Diese Ausnahme ist besonders unverständlich, bedenkt man, dass mit der Angabe von
19 Nährwerten auch eine gesündere Ernährung gefördert werden soll. Alkohol ist hier nicht nur, wie
20 in diversen Studien bescheinigt, gesundheitsschädlich. Er enthält außerdem pro Gramm etwa
21 sieben Kilokalorien, ein Gramm Zucker dagegen nur vier.

22

23 Zur Veranschaulichung, je nach Sorte beläuft sich die Kalorienbilanz eines halben Liter Biers
24 zwischen 200 und 250 kcal. Mit einem Liter Bier erreicht man damit durchaus den Gehalt eines
25 BigMacs.

26

27 Keinesfalls soll hiermit nun der Genuss an Bier und anderen alkoholischen Getränken verleidet
28 werden. Viel eher muss es darum gehen, eine Vergleichbarkeit und faire Bedingungen im
29 Werben um Käufer herzustellen.

30

31 Hier ausgerechnet eine Ausnahme für die Droge Alkohol zu machen, ist nur schwer zu
32 rechtfertigen und sollte daher vor Beginn der verpflichtenden Deklaration korrigiert werden.

33

34

35

36

37

38

Titel Tag der Befreiung als gesetzlichen Feiertag

Antragsteller Hannover

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Tag der Befreiung als gesetzlichen Feiertag

1 Wir fordern, dass der 8. Mai ein gesetzlicher Feiertag in allen deutschen Bundesländern wird.

2

3 Dazu fordern wir die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, sich dafür einzusetzen, den 8. Mai
4 bundesrechtlich als gesetzlichen Feiertag festzulegen.

5

6 Da die Festlegung von Feiertagen grundsätzlich in die Zuständigkeit der Bundesländer fällt,
7 fordern wir die niedersächsische SPD-Landtagsfraktion dazu auf, einen entsprechenden
8 Gesetzesentwurf einzubringen, der diesen Tag durch die Sonn- und Feiertagsgesetze rechtlich
9 schützt.

10

11 Darüber hinaus ist zu prüfen, ob der 8. Mai auf Grund seiner historischen Bedeutung als
12 Nationalfeiertag geeigneter ist als der Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober, oder zumindest
13 dem 3. Oktober in seiner Bedeutsamkeit gleichgestellt wird.

14

15 **Begründung:**

16 *Am 8. Mai 1945 kapitulierte die deutsche Wehrmacht bedingungslos und endgültig, daher sehen
17 einige Menschen in Deutschland diesen Tag als Tag der Niederlage Deutschlands. Doch vor
18 allem war der achte Mai 1945 ein Tag der Befreiung. Mit dem 8. Mai 1945 endete der Zweite
19 Weltkrieg und damit verbunden die nationalsozialistische Diktatur, die durch die breite
20 Zustimmung in der deutschen Bevölkerung den millionenfachen Mord an Jüdinnen und Juden,
21 Andersdenkenden, KommunistInnen, Sinti, Roma, Menschen mit Behinderung und nicht
22 heterosexuellen Menschen begehen konnte.*

23

24 *Dieser Tag ist als Zeitpunkt der Befreiung der Menschen vom Nationalsozialismus und zu
25 verstehen. Dieser Tag erlöste Menschen von Leid und Gewalt, die ihnen durch die
26 nationalsozialistische Herrschaft widerfahren sind.*

27

28 *Ein solcher Völkermord, wie er im dritten Reich geschehen ist, ist beispieleslos in der Geschichte.
29 Damit so etwas nie wieder geschieht, darf es nicht in Vergessenheit geraten. Wir benötigen
30 einen Tag, der an all das erinnert, was mit dieser Schreckensherrschaft einherging. Es bedarf
31 eines Mahnmals, das an all das erfahrene Leid erinnert. Denn dieser grausame Teil der
32 deutschen Vergangenheit darf niemals vergessen werden!*

33

34 *Die deutsche Identität und das Nationalbewusstsein Deutschlands sind maßgeblich geprägt
35 durch diesen Abschnitt der deutschen Geschichte. Daher ist es notwendig, dem 8. Mai als Ende
36 eines Irrwegs der deutschen Geschichte anzuerkennen und ihm einen Tag des Gedenkens zu
37 widmen.*

38

39 *In der nationalen Identität der deutschen spielen die Verbrechen des Nationalsozialismus*

40 *ebenso eine zentrale Rolle wie die Teilung Deutschlands in Ost und West. Wobei das Errichten*
41 *der sozialistischen DDR sogar eine Folge der Kapitulation Deutschlands und der Aufteilung in*
42 *die unterschiedlichen Besatzungszonen nach dem Krieg war.*

43

44 *Eben weil der 8. Mai 1945 es erst ermöglichte, Deutschland zu einem demokratischen Staat zu*
45 *verfassen, ist er von zentraler Bedeutung für Deutschland. Daher ist es dem historischen*
46 *Ereignis angemessen, ihm einen Tag zu widmen, der mindestens die gleiche Bedeutung hat wie*
47 *der Tag der deutschen Einheit am dritten Oktober.*

48

49 *Derzeit ist der Tag der deutschen Einheit der einzige Feiertag in Deutschland, der*
50 *bundesgesetzlich festgelegt ist. Weitere neun Feiertage (Neujahr, Karfreitag, Ostermontag,*
51 *Christi Himmelfahrt, Pfingstmontag, Tag der Arbeit, Tag der deutschen Einheit, erster*
52 *Weihnachtsfeiertag und zweiter Weihnachtsfeiertag) sind durch die Sonn- und Feiertagsgesetze*
53 *der Länder einheitlich rechtlich geschützt.^[1]*

54

55 *Daraus ergibt sich die Forderung, den Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus durch*
56 *Bundesrecht zu schützen und in Gleichwertigkeit zu dem 3. Oktober als einzige bundesrechtlich*
57 *festgelegte Feiertage zu verankern.*

58

59

60

61 [1] Bundesministerium des Inneren: <http://www.bmi.bund.de/DE/Themen/Gesellschaft->
62 [Verfassung/Staatssymbole/Nationale-Feiertage/nationale-feiertage_node.html](http://www.bmi.bund.de/DE/Themen/Gesellschaft-Verfassung/Staatssymbole/Nationale-Feiertage/nationale-feiertage_node.html)

63

64

65

66

67

68

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

Titel Finger weg vom Bundesverfassungsgericht!

Antragsteller Hannover

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Finger weg vom Bundesverfassungsgericht!

1 Bundesinnenminister Thomas de Maizière hat bereits VerfassungsrechtlerInnen in der Frage,
2 wie man die Zuständigkeit des Bundesverfassungsgerichts beschneiden könne, zu Rate
3 gezogen. Grund hierfür ist offenbar der Unmut der Union bezüglich der jüngsten Urteile des
4 Bundesverfassungsgerichts. Erst kürzlich hat das Bundesverfassungsgericht die Ausweitung
5 des Ehegattensplittings auf gleichgeschlechtliche Paare sowie die Stärkung ihrer
6 Adoptionsrechte beschlossen.

7
8 Die Union denkt bereits darüber nach, die bislang zwölfjährige Amtszeit der RichterInnen zu
9 verkürzen. Harmloser wirkt dagegen noch die Ankündigung, zukünftig stärker auf die Auswahl
10 von KandidatInnen für die RichterInnenposten zu achten. Schwerer wiegt jedoch der Vorwurf
11 der UnionspolitikerInnen, dass Karlsruhe mit seinen Urteilen eine Liberalisierung der
12 Gesellschaft vorantreibt und dabei die eigenen Zuständigkeiten überschreite. Das Gericht
13 mache Gesellschaftspolitik und das schmeckt der Union gar nicht.

14
15 Wir unterstreichen nachdrücklich die Stellung des Bundesverfassungsgerichtes als Hüter des
16 Grundgesetzes und als unabhängiges Verfassungsorgan und fordern die Union auf, diese
17 Stellung anzuerkennen. Die Struktur und die Kompetenzen des Bundesverfassungsgerichts
18 dürfen nicht verändert werden.

19
20 Wir fordern außerdem die bisherige Praxis, bei der ein Bundestagsausschuss die Hälfte der 16
21 VerfassungsrichterInnen mit Zweidrittelmehrheit wählt, abzuschaffen. Artikel 94 des
22 Grundgesetzes enthält die klare Formulierung „Die Mitglieder des Bundesverfassungsgerichtes
23 werden je zur Hälfte vom Bundestage und vom Bundesrat gewählt.“. Dieser unaufgebbaren
24 parlamentarischen Gesamtverantwortung muss nachgekommen werden. Dem
25 Bundesverfassungsgericht kommt eine erhebliche Bedeutung zu. Daher fordern wir, die Wahl
26 seiner Mitglieder dem Plenum der Abgeordneten in öffentlicher Sitzung vorzubehalten. Die vom
27 Bundesrat zu berufenden RichterInnen werden natürlich weiterhin von der ganzen
28 Länderkammer mit Zweidrittelmehrheit gewählt.

29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39

Titel Versammlungsfreiheit für alle garantieren

Antragsteller Berlin

Zur Weiterleitung an Bundesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Versammlungsfreiheit für alle garantieren

- 1 Wir fordern die SPD im Bundestag und im Bundesrat auf, auf eine Änderung des Artikel 8 des
2 Grundgesetzes hinzuwirken und einen entsprechenden Antrag zu stellen. Der Begriff
3 „Deutsche“ ist aus Art. 8 GG zu streichen, sodass das verfassungsmäßig garantierte Recht auf
4 Versammlung nicht mehr nur deutschen Staatsangehörigen, sondern allen Menschen zusteht.
5
6 **Begründung:**
7 Das Recht seine Meinung gemeinsam mit anderen in der Öffentlichkeit zu äußern ist eines der
8 fundamentalsten Rechte in der Demokratie. Dem Wortlaut steht das Grundrecht auf
9 Versammlungsfreiheit aus Art. 8 GG jedoch nur allen Deutschen zu, knüpft also an die deutsche
10 Staatsangehörigkeit an. Diese Sichtweise ist rückständig und nicht im Sinne einer
11 internationalistischen Gesellschaft.
12
13 Die Staaten der Welt wachsen mehr und mehr zusammen, politische Entwicklungen in anderen
14 Ländern beeinflussen nicht nur die deutsche Außenpolitik sondern auch viele andere Bereiche.
15 Gerade in Berlin, dem Sitz der Bundesregierung und vieler Botschaften, kann man dies deutlich
16 spüren.
17
18 Dieses Zusammenwachsen zeigt sich insbesondere im Rahmen der Europäischen Union. Als
19 Mitgliedstaat der Europäischen Union haben in Deutschland nicht nur deutsche
20 Staatsangehörige das Recht ihren politischen Willen in Wahlen zu bekunden, sondern auch
21 Staatsangehörige anderer europäischer Staaten. Sie sind somit aktiv in einen Teil des
22 politischen Willensbildungsprozesses eingebunden.
23
24 Demonstrationen sind Ausdruck dieser politischen Willensbildungsprozesse. Sie dienen nicht
25 nur dazu, dass die Teilnehmer*innen ihre Meinung auf die Straße tragen können, sondern auch
26 zur Stellungnahme gegenüber anderen und zur Information der Allgemeinheit.
27
28 Im diesem Sinne sollte auch das Grundgesetz ein klares Bekenntnis zur Pluralität und
29 Internationalität von politischen Meinungen und Beteiligungen an demokratischen
30 Willensbildungsprozessen beinhalten und sich eindeutig dazu bekennen, dass die
31 Demonstrationsfreiheit aller Menschen grundrechtlich geschützt ist.
32
33
34
35
36
37
38
39

Titel Vermummungsverbot abschaffen!

Antragsteller Mecklenburg-Vorpommern

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Vermummungsverbot abschaffen!

1 1. Die Jusos fordern die Abschaffung des sogenannten Vermummungsverbot im deutschen
2 Versammlungsrecht. Wir fordern die §§ 17a Abs. 2, 27 Abs. 2 Nr. 2, Nr. 3c, 29 Abs. 1 Nr. 1a
3 Versammlungsgesetz außer Kraft zu setzen sowie alle etwaigen Parallelvorschriften in den
4 einzelnen Landesversammlungsgesetzen zu streichen.

5

6 2. Wir fordern alle Bundesländer auf, die Kompetenzen, die sich aus der letzten
7 Föderalismusreform für die Länder ergeben haben, zu nutzen und eigene
8 Landesversammlungsgesetze in Kraft zu setzen, die auf Regelungen zum Vermummungsverbot
9 verzichten.

10

11

12

13

14

15 **Begründung:**

16 Oft wird so getan, als sei es eine Selbstverständlichkeit, dass es verboten ist, sich auf
17 Demonstrationen zu vermummen. Dem ist jedoch nicht so.

18

19 Historisch betrachtet ist das Vermummungsverbot eine ziemlich neue Regelung. Es wurde erst
20 am 28. Juni 1985 von einer schwarz-gelben Koalition unter der Führung Helmut Kohls in Kraft
21 gesetzt. Was bedeutet das? Dies bedeutet, dass es zuvor in Deutschland 36 Jahre lang ein
22 Versammlungsrecht ohne Vermummungsverbot gab. In diesem Zeitraum fallen eine Vielzahl
23 besonders schwerer Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Bewegungen und der
24 Staatsgewalt. Diese konnten nachweislich ohne Schäden an der freiheitlich-demokratischen
25 Grundordnung auch ohne Vermummungsverbot gelöst werden.

26

27 Weiterhin ist das Vermummungsverbot auch ein deutscher Sonderweg. In der Betrachtung
28 vergleichbarer Rechtsordnungen muss man feststellen, dass das Vermummungsverbot
29 außerhalb des deutschen Sprach- und Kulturkreises sowohl im europäischen Ausland als auch
30 darüber hinaus ist weitgehend unbekannt ist. Besonders Staaten mit traditionell militanterer
31 Protestkultur kommen ohne ein solches aus. Folglich ist ein Vermummungsverbot keine
32 immanente Voraussetzung für die Existenz eines stabilen, demokratischen Rechtsstaates.

33

34 Von Befürwortern des Vermummungsverbotes wird meistens argumentiert, dass dieses dazu
35 diene zu verhindern, dass Straftäter auf Demonstrationen sich der Identifikation und somit der
36 Strafverfolgung entziehen. Diese Argumentation enthält jedoch mehrere Denkfehler:

37

38 Sie stellt alle Demonstrant*innen unter einen Generalverdacht und geht davon aus, dass die
39 Vermummung generell nur zur Vereitelung von Straftaten stattfindet. Dies ist jedoch in den

40 seltensten Fällen so. So wie auf Demonstrationen unterschiedliche Menschen
41 zusammenkommen, so sind auch die Motive der Vermummung plural und vielschichtig. Angst
42 vor Verfolgung durch den politischen Gegner insbesondere bei Anti Nazi-Aktionen,
43 Diskriminierung durch den Arbeitgeber, sozialen Sanktionen aus dem Familien- und
44 Freundeskreis oder der allgemeine Wunsch nach Anonymität sind besonders häufige und
45 vollkommen legitime Motive. Was jedoch legitim ist, sollte in einer gerechten Rechtsordnung
46 auch legal sein.

47

48 Alle Teilnehmer eine Demonstration haben aus dem Artikel 2 Abs. 1 in Verbindung mit 1 Abs. 1
49 das allgemeine Persönlichkeitsrecht aus welchem sich ein Recht am eigenen Bild ableitet.
50 Dieses wird besonders dann schwer eingeschränkt, wenn auf Nazi-Demonstrationen
51 rechtsradikale Fotografen Gegendemonstranten fotografieren, die Polizei dies nicht unterbindet
52 und der einzige Weg seine eigenen rechte zu schützen die Vermummung ist. Hier nämlich stellt
53 das Vermummungsverbot diesem Grundrecht das Prinzip einer funktionsfähigen Strafverfolgung
54 entgegen und trifft eine schwerwiegende Entscheidung: Die Verfolgung von Einzeltätern wird
55 höher gewertet, als der Schutz der Grundrechte und das Recht die eigenen Rechte
56 wahrzunehmen des Großteils der Demonstrierenden. Dies ist eine auf Dauer gesellschaftlich
57 nicht tragbare Wertung.

58

59

60

61

62

63

64

65

66

67

68

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

100

Titel Plastikirschen – nein Danke!

Antragsteller Sachsen

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Plastikkirschen – nein Danke!

1 Wir Jusos fordern, dass in den Frischwareabteilungen, insbesondere der Obst- und
2 Gemüseabteilung, von Supermärkten ausschließlich kompostierbare Beutel verwendet werden.
3 Verbraucher*innen erhalten erst hierdurch die Möglichkeit zwischen in Plastik verpackten
4 Lebensmitteln und einer ökologischen Variante zu wählen.

5

6 **Begründung:**

7 Als Verbraucher*in hat man in den meisten Supermärkten zwar die Möglichkeit sich zwischen in
8 Plastik verpackten und unverpackten Frischwaren zu entscheiden, jedoch muss die Einzelware
9 in den meisten Fällen noch abgewogen und transportiert werden. Dazu stehen an den Obst-
10 und Gemüseregalen Rollen mit Plastiktüten kostenlos zur Verfügung. Die Verschmutzung
11 unserer Umwelt durch Plastik sowie die gesundheitliche Belastung des Organismus durch
12 Plastikverpackungen sind enorm. Die Verwendung von rein kompostierbaren Beuteln für
13 Frischwaren würde hier an einer Stelle unseres täglichen Lebens einen Beitrag zu mehr
14 Umweltbewusstsein leisten.

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

Titel Landwirtschaft und Verbraucherschutz
gerechter gestalten

Antragsteller Weser-Ems

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Landwirtschaft und Verbraucherschutz gerechter gestalten

1 **Landwirtschaft und Verbraucherschutz gerechter gestalten**

2
3 Die Landwirtschaft und die dadurch entstandene Kulturlandschaft prägt unsere Region
4 unübersehbar. Wie auch bei allem Anderen, ist auch die Landwirtschaft in der Region Weser-
5 Ems nicht von Veränderungen verschont geblieben. So wurden in den letzten Jahren und
6 Jahrzehnten aus einfachen Bauern Energieversorger mit Biogasanlagen, Blockheizkraftwerken
7 und Solarkollektoren, „Tierfabrikanten“ mit riesigen Mastställen.
8
9
10 Natürlich gehen diese Entwicklungen auch nicht spurlos an den Bürgerinnen und Bürgern 7
11 unserer Städte und Gemeinden vorbei. Vielfach regt sich Widerstand gegen den Neubau von 8
12 Mastställen und Biogasanlagen.
13
14 Wir wollen auch in der Landwirtschaft ein stärkeres Miteinander, und eine bessere
15 Rücksichtnahme untereinander. Hier sind zum einen die Verursacher und die Betroffenen
16 gefragt, zum Anderen aber auch die Handelnden in Politik und Gesellschaft. So war es dringend
17 notwendig die gesetzlichen Grundlagen des Bundesimmissionsschutzgesetzes (BImSchG) und
18 des Baugesetzbuches (BauGB) zu überarbeiten, und den Kommunen vor Ort mehr
19 Mitspracherecht einzuräumen. Weitere wichtige Themen werden aber auch die Einhaltung des
20 Tierschutzes in Mastanlagen und das Verbot von genmanipulierten Lebensmitteln
21 sein. Wir wollen mithelfen, eine gerechtere Landwirtschaftspolitik zu gestalten.
22
23 Es müssen Foren geschaffen werden, um LandwirtInnen und ErzeugerInnen Gespräche mit 21
24 der Bevölkerung und VerbraucherInnen in einer unaufgeregten und entspannten Atmosphäre zu
25 ermöglichen.
26
27 Vor allem LandwirtInnen müssen zu mehr Transparenz bei der Haltung von Tieren animiert,
28 gegebenenfalls auch gezwungen werden. Unter einer Kampagne „Transparenz im Stall“ können
29 z.B. in Zusammenarbeit mit den der Landwirtschaft nahestehenden Vereinen und Verbänden
30 Aktionen zur weiteren Verbesserung der Transparenz initiiert werden. Ebenso müssen bessere
31 und höhere Qualitätsstandards bei der Erzeugung von 28 Lebensmitteln geschaffen, falls nötig
32 weiterentwickelt und vor allem deren Einhaltung 29 kontrolliert werden.
33
34 Die Vielfältigkeit des Warenangebots in Deutschland, sei es im Laden oder auch im Internet 31
35 ist mittlerweile unermesslich geworden. Hier den Überblick zu behalten fällt oft schwer. Noch
36 schwerer fällt es gute und schlechte Produkte auf Anhieb voneinander zu 33 unterscheiden, sei
37 es Gesundheitsgefährdung oder einfach nur schlechte Qualität. Wie soll
38 VerbraucherInnenschutz in Zukunft gestaltet werden, und wo besteht dringender

39 Verbesserungsbedarf? Diese Frage haben wir uns gestellt und folgende Forderungen hierzu
40 aufgestellt:

41

42 Wir wollen vor allem in der Gastronomie als Lebensmittel verarbeitende Betriebe, aber auch in
43 Lebensmittel herstellenden Betrieben vermehrte, öfter auch unangekündigte Kontrollen mit
44 klaren Zuständigkeiten. Vor dem Hintergrund eines besseren VerbraucherInnenschutzes aber
45 auch angesichts der immer stärker werdenden Lebensmittelallergien und -Intoleranzen fordern
46 wir mehr Transparenz bei der Kennzeichnung von Inhaltsstoffen. Dabei muss auch die genaue
47 Herkunft von Komponenten und Rohstoffen wie z.B. Eiern als Käfig- oder Freilandhaltung
48 gekennzeichnet werden. Die Kennzeichnung hat vor dem Hintergrund der Inklusion
49 selbstverständlich barrierefrei zu sein.

50

51

52

53

54

55

56

57

58

59

60

61

62

63

64

65

66

67

68

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

Titel Juristische Aufklärung der
Geheimdienstskandale

Antragsteller Berlin

Zur Weiterleitung an Bundesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Juristische Aufklärung der Geheimdienstskandale

1 Der sozialdemokratische Justizminister Heiko Maas wird aufgefordert von seinem
2 Weisungsrecht gegenüber dem/der Generalbundesanwalt*/Generalbundesanwältin* Gebrauch
3 zu machen, sodass diese*r Ermittlungen gegen Unbekannt aufgrund der durch die Snowden-
4 Enthüllungen und Veröffentlichungen auf Wikileaks bekannt gewordenen Späh-Maßnahmen
5 gegen die Bevölkerung Deutschlands, einschließlich der Bundeskanzlerin, des Finanz- und
6 Wirtschaftsministeriums und des Auswärtigen Amtes aufnimmt.

7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38

Titel Qualitätssicherheit für Fair Trade & Bio-Siegel
in der Europäischen Union

Antragsteller Hannover

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Qualitätssicherheit für Fair Trade & Bio-Siegel in der Europäischen Union

1 Die Jusos fordern die SPD-Abgeordneten der S&D-Fraktion des Europäischen Parlaments auf,
2 sich in der Gesetzgebung für eine größere Einheitlichkeit und Einhaltung der Mindeststandards
3 der in der EU gültigen Fair Trade & Bio-Siegel sowie deren regelmäßige Akkreditierung
4 einzusetzen. Insbesondere bei der Auszeichnung von Endprodukten müssen höhere
5 Anforderungen an die Zusammensetzung der Rohstoffe gelten. Bei Nichteinhaltung oder einer
6 Aufweichung der Qualitätsstandards soll es ferner noch eher möglich sein, Siegel abzuerkennen
7 bzw. deren Wiedervergabe zu verweigern.

8

9 **Begründung:**

10 *Die Auszeichnung von Waren mit Fair Trade und Bio-Siegeln zielt darauf ab, entsprechend*
11 *sensibilisierte VerbraucherInnen auf die Qualität der auf diese Weise gekennzeichneten*
12 *Produkte hinzuweisen. Gleichzeitig soll Herstellerfirmen die Möglichkeit gegeben werden, sich*
13 *von Konkurrenten abzugrenzen, die diese Standards ihrer Produkte bzw. verwendeter Rohstoffe*
14 *nicht einhalten. Umso mehr muss deshalb sichergestellt werden, dass nach der*
15 *Zulassung/Vergabe von Siegeln deren Kriterien nicht aufgeweicht werden oder dass bereits ein*
16 *geringer Anteil verwendeter fair gehandelter bzw. biologisch hergestellter Rohstoffe für eine*
17 *entsprechende Auszeichnung des Endproduktes ausreicht. Eine regelmäßige strikere*
18 *Akkreditierung der Siegel sowie eine einheitliche und strengere Regelung der Vergabekriterien,*
19 *insbesondere für aus verschiedenen Rohstoffen hergestellte Endprodukte, würden zudem die*
20 *Sicherheit für die VerbraucherInnen deutlich erhöhen und das Vertrauen in entsprechende*
21 *Produkte stärken.*

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

Titel Flächendeckende Gefangenenseelsorge

Antragsteller Bayern

Zur Weiterleitung an Bundesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Flächendeckende Gefangenenseelsorge

1 Stand Februar 2015 findet im deutschen Strafvollzug eine Gefangenenseelsorge für Angehörige
2 muslimischer Konfessionen nur in Niedersachsen statt, nachdem das Bundesland Berlin ein
3 entsprechendes Pilotprojekt abgebrochen hat. Eine konfessionelle Gefangenenseelsorge ist
4 jedoch nach § 157 StVollzG Aufgabe des Justizvollzuges. Zwar sieht das Gesetz eine
5 „anderweitige Betreuung“ vor, wenn die geringe Zahl der Angehörigen einer
6 Religionsgemeinschaft eine hauptamtliche Seelsorge nicht rechtfertigt, dies ist jedoch
7 zumindest in den meisten Bundesländern für MuslimInnen längst nicht mehr der Fall.
8 Konfessionslose Gefangene werden überhaupt nicht betreut.

9
10 Der Anteil muslimisch gläubiger Gefangener an der Gesamtzahl Inhaftierter liegt je nach
11 Bundesland im mittleren ein- bis niedrigen zweistelligen Prozentbereich (Beispiele:
12 Niedersachsen: 8%, Berlin: ca. 20%). Nach Artikel 140 GG ist dabei die Sicherstellung der
13 Gefängnisseelsorge eine gemeinsame Aufgabe des Staates und der betreffenden
14 Religionsgemeinschaften. Da jedoch konfessionslose, islamische und andere
15 Weltanschauungsgemeinschaften bisher vereinsmäßig und in Verbandsstrukturen, nicht jedoch
16 übergreifend als Körperschaften öffentlichen Rechts organisiert sind, ergibt sich eine Differenz
17 zur christlichen Gefangenenseelsorge, die durch die großen Konfessionskirchen getragen wird.
18 Für den Staat ergibt sich damit die Schwierigkeit „im Einvernehmen mit den
19 Religionsgemeinschaften“ Seelsorger hauptamtlich (als BeamtInnen auf Lebenszeit) zu
20 ernennen oder im Angestelltenverhältnis im Staatsdienst zu beschäftigen.

21
22 Dies kann jedoch kein dauerhaftes Hindernis für die Bereitstellung einer umfassenden und
23 flächendeckenden Gefängnisseelsorge darstellen. Die Gefangenen anderer
24 Weltanschauungen haben auf eine solche schlicht ein gesetzliches Anrecht.

25
26 Eine zusätzliche Dringlichkeit der Abschaffung dieses Missstandes ergibt sich dabei aus der
27 Auswertung von biographischen Werdegängen fundamentalistischer GewalttäterInnen (z.B.:
28 Attentäter von Paris und Kopenhagen, westliche UnterstützerInnen des IS und anderer
29 islamistischer Bürgerkriegsparteien im Nahen Osten. Diese lässt den klaren Rückschluss zu,
30 dass die maßgebliche Radikalisierung dieser jungen Menschen sehr häufig im Strafvollzug
31 stattfand. Dabei hatten die der Haftstrafe zugrunde liegenden Straftaten häufig keinerlei
32 religiösen Bezug, vielmehr handelte es sich zuallermeist um Eigentums- und Gewaltdelikte
33 (Diebstahl, Betrug, Körperverletzung, Raub, usw.), die eher in Zusammenhang mit der
34 vorhandenen sozialen Ausgrenzung und persönlichen Perspektivlosigkeit zu sehen sind.

35
36 Junge, von der Gesellschaft desillusionierte Menschen werden dabei unter den Bedingungen
37 einer Freiheitsstrafe leicht zu Opfern einer vermeintlich sinngebenden Hinwendung zu
38 fundamentalistischen Interpretationen von Religionen, die ihnen zur Aufrechterhaltung und
39 Schaffung einer eigenen Identität in Abgrenzung von der als ablehnend empfundenen

40 Mehrheitsgesellschaft dienen. Diese kann sowohl durch Vermittlung über entsprechend
41 indoktrinierte Kontaktpersonen (Mitgefangene) wie auch durch naives Selbststudium religiöser
42 Schriften erfolgen. Eine solche Radikalisierung geht dabei zumeist ohne eine tiefere
43 Auseinandersetzung mit zentralen Glaubensinhalten und entsprechender Wissensaneignung
44 einher. In Gefängnissen routinemäßig ergriffene Maßnahmen wie die Nutzung von Sperrlisten
45 im Internet oder ähnliches können eine Verbreitung entsprechenden Gedankengutes nicht
46 verhindern
47

48 Während andere Staaten wie Frankreich in Reaktion auf die Anschläge in Paris (auf das
49 Satiremagazin „Charlie Hebdo“ und den jüdischen Supermarkt) das Problem durch
50 Sonderhaftanstalten für „islamistische Straftäter“ zu begrenzen versuchen, ist es der vorrangige
51 Auftrag der deutschen Strafgerichtsbarkeit, Häftlinge zu resozialisieren und auf eine Rückkehr in
52 die Gesellschaft vorzubereiten.
53

54 Gerade angesichts des Ziels der Resozialisierung und der Erfordernis, die Haftstrafe möglichst
55 kurz zu halten, ist es von oberster Priorität, der Radikalisierung von Strafgefangenen
56 vorzubeugen. Dabei ist natürlich eindeutig, dass auch eine kompetente und als
57 Glaubensautorität empfundene Seelsorge nur ein Baustein einer größeren Anstrengung zur
58 (Re-)Integration und Radikalisierungsverhinderung leisten kann. Nur im Zusammenwirken mit
59 bereits vorhandenen und weiter auszubauenden Programmen im Bereich der (Gewalt-
60)Prävention sowie der Jugend- und Sozialarbeit können langfristige Erfolge erzielt werden.
61

62 Wir fordern daher, dass in allen Bundesländern unverzüglich ein Prozess zur flächendeckenden
63 Etablierung einer Gefängnisseelsorge für alle Weltanschauungen angestoßen wird. Diese ist im
64 Zusammenwirken mit den vor Ort organisierten islamischen Verbänden anzustreben.
65

66 Ist eine Darstellung der Gefängnisseelsorge durch die Uneinigkeit der Verbände untereinander,
67 eine fundamental abweichende Vorstellungen der Verbände in Bezug auf die Funktion der
68 Seelsorge oder die Propagierung verfassungsfeindlicher Glaubensinhalte durch
69 FunktionärInnen/VertreterInnen der Religionsgemeinschaften nicht möglich, so sollen die
70 jeweiligen Bundesländer ein eigenständiges Seelsorgeangebot schaffen.
71

72 Dabei ist darauf zu achten, dass alle einzustellenden hauptamtlichen muslimischen
73 SeelsorgerInnen umfassende akademische Qualifikationen in islamischer Theologie bzw.
74 Islamwissenschaften aufweisen. Gegebenenfalls ist eine Schulung/Qualifizierung bereits
75 vorhandener religiöser Autoritäten durch Aufbaustudiengänge zu erwägen. So die Anzahl der
76 Häftlinge eine Differenzierung nach Glaubensrichtungen/ Konfessionen zulässt, ist die
77 Seelsorge bekenntnisgebunden für alle Konfessionen hinreichender Größe anzubieten.
78

79 Damit soll sichergestellt werden, dass auch jedem muslimisch gläubigen Häftling regelmäßig
80 einE kompetenteR AnsprechpartnerIn zur Verfügung steht, der Fragen über und in Bezug auf
81 Religion und Weltanschauungen mit einer entsprechenden Autorität beantworten und das
82 Selbststudium anleiten und begleiten kann. Die Anstellung soll im staatlichen
83 Angestelltenverhältnis erfolgen (öffentlicher Dienst). Entlohnung und Arbeitsbedingungen sollen
84 den SeelsorgerInnen christlicher Konfession gleichgestellt werden. Im Auswahlprozess der
85 Seelsorger (z.B. bei Berufungskommissionen) sowie eventueller „freier SeelsorgehelferInnen“
86 ist bei Bedarf auf die Fachkenntnisse universitärer Forschungsinstitutionen zurückzugreifen
87 sowie eine Abfrage polizeilicher und geheimdienstlicher Institutionen durchzuführen. Es soll
88 sichergestellt werden, dass die GefängnisseelsorgerInnen auch in der Transitionsphase nach
89 einer Haftentlassung als AnsprechpartnerInnen der ehemaligen Häftlinge zur Verfügung stehen
90 und diesen weitere Hinweise in Bezug auf Resozialisierungsprogramme, eine Nachbetreuung
91 oder religiösen Anschluss geben können.
92

93 Die Einbindung regionaler Weltanschauungs-/Religionsgemeinschaften in die
94 Gefangenenseelsorge soll dabei nach Maßgabe des Anstaltsleiters (gemäß § 157/3 StVollzG)
95 auf Veranlassung der hauptamtlichen Seelsorger in Form „freier SeelsorgehelferInnen“ erfolgen,
96 soweit dies zur Abwicklung religiöser Glaubensakte oder sonstiger Veranstaltungen notwendig
97 erscheint.
98

99 Langfristig ist es unser Ziel, dass - soweit es ermöglicht werden kann - die Gefangenen aller
100 Religionen eine ihrem Glauben entsprechende Seelsorge erhalten können.

Titel Sofortige Ersetzung des „Rasse“-Begriffes im Grundgesetz und der Berliner Landesverfassung!

Antragsteller Berlin

Zur Weiterleitung an Bundesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Sofortige Ersetzung des „Rasse“-Begriffes im Grundgesetz und der Berliner Landesverfassung!

1 In Artikel 3 des Grundgesetzes steht „(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner
2 Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens,
3 seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand
4 darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“ Diese Passage beinhaltet den Ausdruck
5 „Rasse“, welcher aus historischen Gründen mehr als verwerflich ist und sofort ersetzt werden
6 muss. Gleiches gilt für Artikel 10, Abs. 2 der Verfassung von Berlin, die dem Grundgesetz im
7 Wortlaut gleicht, aber die sexuelle Identität richtigerweise zusätzlich aufführt.
8

9 Der u.a. von den Nationalsozialisten gebrauchte „Rasse“ Begriff ist diskriminierend und in einer
10 weltoffenen Gesellschaft, die Alltagsrassismus bekämpft und sich von rechtem Gedankengut
11 distanzieren möchte, nicht tragbar. Vor allem nicht in einem Gesetzestext. Er legitimiert
12 rassistisches Verhalten gegenüber Menschen und ist sowohl im biologischen als auch
13 soziologischem Kontext als inkorrekt anzusehen. In einer Erklärung 1996 nahm der Verband
14 deutscher Biolog*innen dazu Stellung und hält fest: „Rassen“ sind nicht als solche existent, sie
15 werden durch die angewandte Sichtweise konstituiert. [...] Die Einteilung und Benennung von
16 Unterarten und „Rassen“ täuscht eine Exaktheit vor, die der tatsächlich gegebenen genetischen
17 Vielfalt nicht entspricht. [...] Das zähe Festhalten vieler Menschen (darunter auch Biologen) an
18 Rassekonzepten ist nicht wissenschaftlich, sondern sozialpsychologisch begründet.“
19

20 Die Initiative Schwarze Menschen in Deutschland betont, dass eine ersatzlose Streichung eine
21 Lücke für rassistische Diskriminierung schaffen und somit den Zweck der Streichung des
22 „Rasse“-Begriffes aus dem Grundgesetz nicht erfüllen würde. Der Begriff muss deshalb durch
23 das Wort rassistisch ersetzt werden. Dann muss der Absatz folgendermaßen lauten: „Niemand
24 darf rassistisch, wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Sprache, seiner
25 Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen
26 benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt
27 werden.“ Äquivalent ist mit der Berliner Landesverfassung zu verfahren!
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38

Titel Drogenpolitik - akzeptierend, regulierend,
präventiv

Antragsteller Bayern

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Drogenpolitik - akzeptierend, regulierend, präventiv

- 1 Der Krieg gegen die Drogen scheitert nicht nur darin Menschen davon abzuhalten sie zu
2 konsumieren, sondern schadet Ihnen noch zusätzlich indem er sie kriminalisiert. Sucht ist eine
3 Krankheit und kein Verbrechen, so muss sie auch behandelt werden. Eine evidenzbasierte
4 Strategie im Umgang mit Drogen bedeutet verantwortlich den Schaden von Substanzen
5 einzuschätzen und sowohl individuelle Freiheiten, wie das Recht auf Selbstschädigung, als
6 auch die Wohlfahrt der Bevölkerung im Blick zu haben.
7
8 Die Neigung eine Substanzabhängigkeit zu entwickeln ist von der Anzahl D2 Rezeptoren
9 abhängig, deren Stimulation das Glückshormon Dopamin freisetzt. Die Zahl der Rezeptoren ist
10 genetisch unterschiedlich zwischen Menschen verteilt, kann jedoch durch Stress gesenkt
11 werden. *Suchtstoffe verändern in der Folge problematischen Konsums die Verschaltung und die*
12 *Reaktionsweisen im Belohnungssystem des Gehirns.*[1] Pharmakologisch existieren
13 verschiedene Gruppen, die sich nach der Wirkung, der jeweiligen psychoaktiven Substanz
14 orientieren und sowohl als Medikament oder Rauschmittel genutzt werden, wobei die Dosis
15 häufig den Unterschied zwischen beabsichtigter und toxischer Wirkung definiert. Anxiolytika
16 etwa wirken angstauflösend. Zu Ihnen gehören Alkohol, Benzodiazepine(Valium) und
17 Barbiturate. Zu den schmerzstillenden Analgetika gehören sowohl Opioide wie Morphin, Kodein
18 und Heroin als auch THC und Ketamin. Nikotin, Kokain, Koffein sowie Amphetamine erhöhen
19 die Aktivität der Nerven, weswegen sie zur Gruppe der Stimulanzien gehören. Schließlich gibt
20 es noch die die Wahrnehmung verändern Halluzinogene wie LSD, Meskalin oder Psilocybin und
21 die psychische Verfassung ändernde Psychopharmaka. Verstärkt treten heutzutage auch
22 Kräutermischungen auf, die oft synthetische Cannabinoide enthalten, deren Zusammensetzung
23 sich aber ständig der jeweiligen Rechtslage anpasst und damit als „Legal Highs“ sowohl schwer
24 einzuschätzen als auch verfolgt werden können.
25
26 **Repression**
27
28 Das erste internationale Abkommen über über Drogen war die Haager Opiumkonferenz 1912,
29 welche ein weltweites Verbot von Opium anstrebte. Hiervon ausgenommen wurde nur die
30 medizinische und wissenschaftliche Nutzung. In der folgenden Genfer Opiumkonferenz wurde
31 dieses Verbot 1925 auf Heroin, Kokain und Cannabis ausgedehnt. Dieses Abkommen wurde
32 1961 durch das Einheitsabkommen über die Betäubungsmittel der Vereinten Nationen ersetzt,
33 was weitere Drogen unter die Überwachung eines internationalen Suchtstoffkontrollrates(INCB)
34 unterstellte und diese in vier Gruppen nach deren angenommener Schädlichkeit bzw.
35 therapeutischem Wert einordnete. Nach dem Aufkommen neuer synthetischer Drogen wurde
36 1971 ein paralleles Kontrollsystem geschaffen und beide 1988 durch die Konvention gegen den
37 illegalen Verkehr von Rauschgiften und psychotropen Substanzen um weitere Handels- und
38 Konsumeinschränkungen ergänzt. Schadensmindernde Maßnahmen wie Drogenkonsumräume,

39 Spritzentausch oder die therapeutische Abgabe von Drogen[2] sowie die Herabstufung deren
40 Besitzes zu einer Ordnungswidrigkeit stehen ihnen nicht entgegen. Eine Legalisierung hingegen
41 nach Art. 3 § 2 des letzteren Abkommens schon.

42

43 Die Konsumeinschränkung verschiedener Drogen verfolgt einerseits, das Ziel konkurrierende
44 Substanzen vom Markt zu verdrängen oder bestimmte Bevölkerungsgruppen zu kriminalisieren.
45 Der Konsum von Kaffee wurde auf Drängen der Alkoholproduzenten in Preußen des 18
46 Jahrhunderts beschränkt, wie auch das Verbot von Cannabis in Südamerika durch die
47 spanische Kolonialmacht dazu diente Monopolgewinne für den Alkoholvertrieb abzuschöpfen.
48 Ursprung der Alkoholprohibitionsbewegung in den USA, war die Statusangst ländlicher
49 protestantischer Einheimischer gegenüber katholischen irischen, deutschen, italienischen und
50 polnischen Einwander_innengruppen nach dem amerikanischen Bürgerkrieg. Die
51 Opiatprohibition der Vereinigten Staaten Anfang des 20 Jahrhunderts war ebenso eine subtile
52 Möglichkeit gegen eine wachsende asiatische Bevölkerungsgruppe vorzugehen. So war etwa
53 das trinken von Opium erlaubt, während das häufig von Chinesen praktizierte rauchen der
54 Substanz, strafbar wurde. Mexikanische Landarbeiter_innen im Süden der USA wurden über ein
55 Cannabisverbot kriminalisiert und die Crack-Hysterie in den 1980er Jahren, betraf maßgeblich
56 Afro-Amerikaner_innen, während das Strafmaß für Kokain, was vor allem von wohlhabenden
57 hellhäutigen Menschen konsumiert wird, weit niedriger liegt.[3] Ähnliche Muster sind zu
58 erkennen, wenn wir heute vom Amphetamine-Handel reden und der Droge „Crystal-Meth“, die
59 zu Teilen aus osteuropäischen Ländern kommt und zum Aufhänger für Forderungen nach
60 stärkeren Grenzkontrollen und einem Misstrauen gegenüber den Menschen aus diesen Ländern
61 gemacht wird. Im Bereich des „racial profiling“ beobachten wir hier oft das gleiche Prinzip. Wenn
62 es um Drogenhandel geht, werden auf Grundlage von Stereotypen vorwiegend Personen
63 bestimmter Bevölkerungsgruppen kontrolliert, gegenüber denen ein Misstrauen besteht, was auf
64 gesellschaftlichen Rassismus basiert. Es liegt hier auch die Vermutung nahe, dass die
65 Kriminalisierung oder verstärkte Konzentration der Polizeikontrollen bei einer konkreten Droge
66 gezielt geschieht, um eine ökonomische Klasse und/oder ethnische Gruppe zu kriminalisieren
67 und hieraus als Konsequenz eine vermeintliche Legitimation für polizeiliche Methoden oder
68 rechtspopulistische Aussagen zu erlangen. Natürlich ist eine Droge, wenn sie in breiten
69 Bevölkerungsschichten verfügbar ist, damit auch eine große Gefahr für die öffentlichen
70 Gesundheit. Dennoch wird hier eben nicht die Breite der verschiedenen Schichten, die solchen
71 Drogen verfallen berücksichtigt, sondern gezielt gegenüber den Bevölkerungsschichten
72 vorgegangen, die entsprechend der Stereotypen mit dieser verbunden werden. Die
73 Strukturschwäche in manchen Regionen wird dann nicht mit der systemimmanenten Logik im
74 Kapitalismus verbunden, sondern mit dort lebenden Gruppen, die zu verabscheuen Legitim ist,
75 u. a. weil sie für Drogen verantwortlich sind.

76

77 Bei Gütern mit geringen Investitionskosten ist es schwer Marktmarkt zu erreichen. Bei Drogen
78 werden durch Verbote jedoch künstliche Hürden aufgebaut. Um Marktanteile zu gewinnen
79 werden deshalb Konkurrenten bedroht, ohne eine Anzeige fürchten zu müssen und Hinweise an
80 die Polizei gegeben um sie zu schwächen. Ein verstärktes vorgehenden der Exekutive gegen
81 den Drogenhandel, führt zwar dazu dass mehr Drogen entdeckt und Händler_innen und
82 Schmuggl_innen verhaftet werden, eine hierdurch erzeugte Unterversorgung sowie damit
83 einhergehende Deflation auf dem Drogenmarkt, bringt die verbliebenen Anbieter_innen jedoch
84 in die Lage höhere Preise durchzusetzen und damit mehr in ihre Ausrüstung investieren zu
85 können. Zugleich sorgen die gestiegenen Gewinnmargen dafür, dass weitere Akteure in den
86 Markt eintreten. Profiteur_innen eines solchen Verbotes sind diejenigen Organisationen, die es
87 schaffen die entstehende "Marktlücke" abseits der Legalität zu füllen.

88

89 In Deutschland stellt der Drogenhandel den größten Bereich der organisierten Kriminalität (204
90 Gruppen 35,2 % von allen) dar.[4] In vielen Ländern finanzieren Terrorzellen und Warlords ihre
91 illegalen Geschäfte wie Waffenhandel durch den Verkauf von Drogen, deren Absatzmarkt ihnen
92 durch die Kriminalisierung erst geschaffen wird. Auch besteht durch die Preisunterschiede in
93 ärmeren Ländern wie Afghanistan ein Anreiz Drogen statt Nahrungsmitteln anzubauen, wodurch
94 die Versorgung der Bevölkerung gefährdet wird. Ein Kampf gegen den Anbau mit der
95 Zerstörung von Drogenanbaugebieten führt wiederum zu schweren Umweltbelastungen.

96

97 Konsument_innen von „harten Drogen“ sind gemäß ihrem Bevölkerungsanteil bei den
98 aufgeklärten Straftaten in der polizeilichen Kriminalstatistik weit überrepräsentiert. Am
99 häufigsten gilt dies für 2.091 Delikte direkter Beschaffungskriminalität im Jahr 2013 wie den

100 Raub oder Diebstahl von Betäubungsmitteln, Ausweichmitteln und Rezeptformularen aus
101 Apotheken, Arztpraxen, Krankenhäusern sowie Rezeptfälschungen. Aber auch indirekte
102 Beschaffungskriminalität, wie dem Verkauf und Schmuggel von Drogen sowie dem Diebstahl
103 von Geldmitteln zur Finanzierung der Sucht ist unter Abhängigen verbreiteter.[5] Etwa ein Drittel
104 der männlichen und die Hälfte der weiblichen Häftlinge gelten als intravenös drogenabhängig.[6]
105

106 Etwa 15 % der männlichen und 38 % der weiblichen intravenös Drogenabhängigen gehen der
107 Prostitution nach. Nach dem Drogenverkauf war die Beschaffungsprostitution für Frauen die
108 zweitwichtigste Einnahmequelle zur Finanzierung der eigenen Sucht und häufig auch der des
109 Partners.[7] Drogenabhängige Straßensexarbeiter_innen befinden sich gegenüber Kunden in
110 einer schwachen Verhandlungsposition, weswegen bei Ihnen im Vergleich zu anderen
111 drogenfreien Straßenprostituierten doppelt so häufig nach Sex ohne Kondom nachgefragt wird
112 und dreimal so häufig gegen die vorherige Absprache versucht wird diesen durchzusetzen.[8]
113

114 Ein Verbot eines Rauschmittels bedeutet immer einen hohen Aufwand des Justizsystems, da
115 nicht nur gegen die Händler_innen vorgegangen wird, sondern auch gegen die weit größere
116 Zahl der Konsument_innen. Diese werden, statt Ihnen medizinisch zu helfen, durch eine
117 Verurteilung sozial isoliert. 57 % aller Drogendelikte in Deutschland basieren allein auf Cannabis
118 und davon gehen 81 % auf Konsumdelikte zurück[9]. Die deutsche Gesellschaft kostet die
119 Kriminalisierung neben der Einschränkung der Freiheit jedes/r Einzelnen und anderer Grund-
120 und Menschenrechte im Jahr 2006 auch zwischen 3,4 bis 4,4 Mrd. € an Polizeieinsätzen,
121 Gerichtsprozessen und Strafvollzug. Die Ausgaben für Prävention, Therapie und
122 Schadensminderung machen zusammen mit ca. 1,8 bis 1,9 Mrd € nur ein Drittel aller mit
123 illegalen Drogen verbundenen Kosten aus.[10] 1994 urteile das
124 Bundesverfassungsgericht(BVerfGE 90, 145) das beim Besitz geringer Mengen von Cannabis
125 von einer Strafverfolgung abgesehen werden soll. Allerdings wurde anschließend
126 Drogenkonsument_innen nach § 14 Fahrerlaubnisverordnung durch die Hintertür grundsätzlich
127 die körperliche und geistige Fähigkeit, zum Führen eines Kraftfahrzeuges abgesprochen, auch
128 wenn der Nachweis des Konsums nicht in Zusammenhang mit einer Autofahrt steht.
129

130 Portugal hat 2001 den Besitz von geringen Mengen von Rauschmitteln als Ordnungswidrigkeit
131 eingestuft. Diese kann eine Geldstrafe oder Sozialstunden nach sich ziehen. Die betroffene
132 Person soll auf die Möglichkeit von Therapieangeboten hingewiesen werden.. Seitdem hat sich
133 die Zahl der Strafverfahren im Drogenbereich halbiert. Erhöht haben sich die Zahl der Personen
134 die Hilfe annehmen und die von Behörden sichergestellten Drogen. Reduziert haben sich
135 hingegen der Verkaufspreis illegaler Rauschmittel sowie die Zahl der opiatbedingter Todesfälle
136 und Infektionskrankheiten.[11] Solange keine flächendeckenden staatlichen Programme zur
137 Rehabilitation straffälliger Personen existieren, sollen die Geldstrafen bei Gerichtsprozessen in
138 dieses Einrichtungen freier Trägerschaft fließen.
139

140 Deshalb fordern wir:

141

- 142 • Herabstufung des geringfügigen Besitzes von illegalen Drogen als Ordnungswidrigkeit,
143 die eine Geldstrafe oder Sozialstunden nach sich ziehen kann. In jedem Fall aber soll die
144 Person über eine medizinische Behandlung aufgeklärt und ein Angebot dazu gemacht
145 werden
- 146 • Hinwirkung der Bundesregierung auf Streichung von Cannabis und Cannabisharz in den
147 UNO Verträgen sowie von Cannabis/Cannabis-Produkten in Art. 71 des Schengener
148 Übereinkommens. Falls dies keinen Erfolg hat Austritt und Wiedereintritt unter Vorbehalt,
149 der den Antragsforderungen konkurrierender Paragraphen
- 150 • Neuordnung des internationalen Drogenkontrollsystems in neuem Vertrag mit Wahrung
151 der Menschenrechte deren Verantwortung bei der WHO statt der UNODC liegen soll
- 152 • Verlegung Suchtkranker Strafgefangener in Anstalten mit Entzugs- und
153 Substitutionsmöglichkeit
- 154 • „racial profiling“ durch interne Polizeischulungen überwinden
- 155 • Streichung von §2 Abs. 12 StVG, § 24a Abs. 2 Satz 2 StVG und § 14
156 Fahrerlaubnisverordnung (Führerscheinentzug bei Drogenkonsumenten unabhängig von
157 Autofahrt)
- 158 • Ersetze in §153a Abs.2 StPO „gemeinnützigen Einrichtung“ durch „Einrichtung zur
159 Förderung von Sanktionsalternativen, der Opfer-, Straffälligen- oder Jugendhilfe“
160

161 Therapie

162

163 Die Marktwirtschaft zwingt den Menschen einen durchgehenden Wettbewerb auf. Die Folge
164 hieraus ist, dass Drogen auch zur Steigerung der eigenen Leistungsfähigkeit genutzt werden.
165 Selbst im Bildungsbereich, wo der eigentliche Zweck nicht Selektion, sondern Vermehrung des
166 Wissens sein sollte, führt dies zu erheblichen Konsum verschiedener Substanzen wie etwa
167 Kokain oder dem chemisch verwandten Stoff Methylphenidat (Ritalin).

168

169 Der epidemiologische Suchtsurvey schätzt 2012 in Deutschland 5,6 Millionen Tabakabhängige;
170 2,3 Mio. Medikamentenabhängige; 1,6 Mio. Alkoholabhängige und 0,3 Mio. Abhängige anderer
171 Substanzen im Alter von 18 bis 64 Jahre. Jeder 25te Alkoholkonsument, bzw. jeder dritte
172 Tabakkonsument ist nach DSM IV abhängig. In der Jugend ist Cannabis am verbreitetsten, in den
173 mittleren Altersstufen sind es Alkohol, Nikotin und zu einem geringeren Teil Kokain und
174 Amphetamine, während es im Alter und bei Frauen vor allem Medikamente sind. Grund hier ist
175 auch, dass mittlerweile die gesellschaftliche Erwartungshaltung an Frauen, nämlich sowohl im
176 Beruf erfolgreich zu sein, als auch eine Familie zu gründen einige Frauen an ihre körperlichen
177 Grenzen zwingt, weswegen viele hier auf Substanzen zur Verbesserung des psychischen
178 Zustandes zurückgreifen. Der Krieg gegen die Drogen führt dazu, dass Drogensucht
179 grundsätzlich geächtet wird, statt sie als Krankheit zu begreifen und der gesellschaftliche
180 Mainstream verurteilt Frauen wesentlich stärker im Falle von Drogensucht und hält diesen bei
181 ihnen für unnormal und selten. Dies lässt sich auch durch die stark abweichenden Strafen bei
182 Verstößen gegen das Betäubungsmittelgesetz sehen, in dem Frauen weit aus kürzere
183 Haftstrafen haben und weitaus seltener überhaupt erst aufgegriffen werden. Dies wiederum
184 erschwert Frauen sich ihre Sucht einzugestehen und Hilfe zu suchen.

185

186 Menschen aus einem stabilen sozialem Umfeld, intakter Familie sowie einem mehr oder
187 weniger sorgenfreien Leben rutschen wesentlich schwerer in die Situation einer Sucht, als
188 andere, die unter Umständen sich auch aus Zugehörigkeitsgründen beteiligen. Ignoriert wird
189 hierbei der Wille junger Menschen verschiedene Sachen auszuprobieren, das soziale Umfeld
190 durch das eine Prägung stattfindet, die Drogen als Möglichkeit mit Belastungen klarzukommen
191 oder kurzfristig mehr Energie zu haben, um verschiedene von einem/r verlangte Aufgaben zu
192 bewältigen. Die Kriminalisierung menschlichen Verhaltens in einer bestimmten
193 Entwicklungsphase ist auch deshalb nicht zielführend.

194

195 Suchtkranke sehen sich in ihrer Not verschiedenen Problemen gegenüber. So schließt eine
196 Suchtklausel privat Krankenversicherte generell von Leistungen, die in Zusammenhang mit
197 Substanzabhängigkeit stehen aus. Gesetzlich Versicherte sehen sich langen Wartelisten bei
198 Spezialisten gegenüber und man behandelt an Ihnen oft Suchtfolgeerkrankungen wie
199 Intoxikationssyndrome, Entzugssyndrome oder alkoholbedingte Organschäden. Für die
200 Behandlung des zugrunde liegenden psychischen Krankheitsprozesses und der psychischen
201 Bindung an das Suchtmittel ist die Rentenversicherung zuständig. Ebenfalls gibt es kaum
202 Programme zur Diagnose, Beratung, Vorbeugung und Behandlung der Tabakabhängigkeit in
203 Gesundheitseinrichtungen und Rehabilitationszentren, wie es etwa im
204 Tabakrahmenübereinkommen Art. 14 Abs. 2 c festgehalten ist.

205

206 Besonders betroffen sind Heroinkonsumenten, da dieses häufig gespritzt wird und der Tausch
207 der Spritzen, das Risiko für Infektionskrankheiten erhöht. Die Fixierung auf Abstinenz in der
208 Drogenpolitik führte hier bei häufig vorkommenden Rückfällen oftmals zu Überdosierungen
209 aufgrund einer verlorenen Opioidtoleranz. Gerade weil lebensrettende Mittel wie Naltrexon nicht
210 an die Betroffenen ausgegeben werden. Die Standardbehandlung bei diesen Personen, ist
211 heute Heroin durch weniger schädliche Stoffe auszutauschen, welche die Entzugssymptome
212 unterdrücken. Zwischen 2003 und 2012 hat sich die Zahl der substituierten Menschen in
213 Deutschland von 52.700 auf 75.400 erhöht (43 %). Die Zahl der suchtmmedizinisch qualifizierten
214 Ärzt_innen stieg um 63 % (5148 auf 8416). Allerdings praktizieren nur geringfügig mehr als
215 2003 (+4,8 % 2607 zu 2731). Insbesondere in ländlichen Gegenden ist dies ein
216 Versorgungsproblem. Als Gründe werden die unsichere Rechtslage, geringe Vergütung und der
217 bürokratische Aufwand genannt[12]. So schließt die Richtlinie Methoden vertragsärztliche
218

218

219 Versorgung des gemeinsamen Bundesausschusses etwa die Substitution von mehrfach
220 Drogenabhängigen aus und fordert regelmäßig darzulegen, warum nicht mit einem Entzug der
221 Droge begonnen werden kann. Zudem springen nicht alle auf die Ersatzdrogen an. Erfahrungen

222 in der Schweiz zeigen dass eine kontrollierte Abgabe von Heroin an Süchtige in und außerhalb
223 von Gefängnissen das Infektionsrisiko sowie Überdosierungen senken kann.[13] Eine
224 medizinische zur Verfügung Stellung von Diamorphin führte in der Schweiz zu einer Abnahme
225 der Kriminalität und zu einem Zusammenbruch des Heroinmarktes.[14] In Deutschland ist
226 Diamorphin seit 2009 als Behandlungsmittel zugelassen. Bisher haben neben den
227 Versuchseinrichtungen nur zwei Diamorphinpraxen in Deutschland eröffnet. Was daran liegt,
228 das eine „seit mindestens fünf Jahren bestehende Opiatabhängigkeit, verbunden mit
229 schwerwiegenden somatischen und psychischen Störungen bei derzeit überwiegend
230 intravenösem Konsum vor“ liegen muss. Zudem muss gleichzeitig der „Nachweis über zwei
231 erfolglos beendete Behandlungen der Opiatabhängigkeit vor, davon eine mindestens
232 sechsmonatige Behandlung“ vorhanden sein.

233

234 Deshalb fordern wir:

235

- 236 • Gleichstellung der Suchterkrankung in Diagnostik und Therapie mit anderen
- 237 psychiatrischen Erkrankungen
- 238 • Erhöhung der Quote von Psychotherapeut_innen
- 239 • Streichung „zur Rauchentwöhnung“ in §34 Abs. 1 SGB V (Ausschluss von Arzneimitteln)
- 240 • Senkung der Hürde der Abgabe von Diamorphin für Heroin/Morphin Abhängige
- 241 insbesondere in oraler Form
- 242 • Anschubfinanzierung von 100 Diamorphinpraxen aus Bundesmitteln
- 243 • Ausgabe von Naltrexon an Substitutionspatient_innen
- 244 • Prüfung weiterer Substitutionsmöglichkeiten für andere Rauschmittel

245

246 **Regulierung**

247

248 Grundsätzlich soll eine Freigabe von Rauschmittel im freien Verkauf in Anlehnung an den
249 Psychoactive Substances Act Neuseelands von 2013 nur anhand klinischer Studien erfolgen,
250 die zumindest eine toxikologische Vertretbarkeit der Substanzen gewährleisten sollen. Bis dahin
251 sind diese Substanzen nicht handelbar. Die Studiendaten sollen zudem der Allgemeinheit
252 zugänglich sein, um eine Überprüfung standzuhalten. Für den Wirkstoff THC in Cannabis liegen
253 bereits vielfältige Test vor. So hilft die Substanz bei Schizophrenie, Multiple Sklerose,
254 Amyotrophe Lateralsklerose und als Schmerzmittel bei Krebspatienten. Eine Förderung von
255 Psychosen konnte hingegen bisher nicht nachgewiesen werden.[15] Trotzdem ist es aber als
256 nicht verkehrsfähige Betäubungsmittel in der Anlage des BtMG aufgeführt. Mit einer
257 Kostenübernahme durch die Krankenkassen ist jedoch demnächst zu rechnen.

258

259 Auch wenn der Cannabiskonsum schon heute weit verbreitet ist, reflektieren nur die wenigsten
260 Konsument_innen die Risiken wirklich. Durch ein Cannabis-Verbot kauft der Kunde oder die
261 Kundin ihr Produkt in den meisten Fällen bei Personen, die auch andere, so genannte „harte“
262 Drogen verkaufen. Durch den ständigen Umgang mit letzteren wird eine, durch die dauerhafte
263 Konfrontation verschuldete, Verharmlosung anderer Rauschmittel erzeugt. Für Cannabis ist eine
264 physische Abhängigkeit möglich, wenn auch nicht so ausgeprägt, wie bei Alkohol oder Opiaten
265 der Fall, diese tritt ein bis zwei Tage nach dem letzten Konsum auf, welcher ein bis zwei
266 Wochen danach anhält. Insbesondere bei hoher Konsummenge, wenn Alltagssituationen und
267 Stress nur noch durch den Griff zum Joint bewältigt werden können. Dies ist insbesondere bei
268 jungen Menschen deren Gehirn noch in der Entwicklung ist gefährlich. Ein generelles Verbot
269 verhindert eine altersabhängige Abgabe. Durch die Aufhebung des Verbotes eröffnet sich für
270 den Staat die Möglichkeit einer Besteuerung und beendet damit gleichzeitig die Kriminalisierung
271 großer Bevölkerungsschichten, ohne, dass diese einem/r Dritten durch Wort oder Tat Schaden
272 zufügen. Dies würde auch die Kosten im Justizsystem enorm senken, während die zusätzlichen
273 Belastungen durch eine Legalisierung etwa durch eine Zunahme der Therapien oder sinkende
274 Geldstrafen überschaubar sind. Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit (GG Art.20, Abs. 3)
275 spricht ebenso für eine Politik des Regulierens anstatt der strikten Verbote, wie der
276 Gleichbehandlungsgrundsatz (GG Art. 3, Abs. 13) mindestens eine Gleichstellung mit Drogen
277 wie Alkohol und Nikotin geradezu vorschreibt.

278

279 Ein weiteres Problem unregulierter Märkte, ist die mangelnde Qualitätskontrolle. Dies betrifft
280 sowohl die daraus resultierende Strafverfolgung, als auch gesundheitliche Risiken und
281 Nebenwirkungen, welche bspw. durch Streckmittel entstehen, welche aufgrund des
282 Schwarzmarktes und der dadurch nicht vorhandenen Rechtssicherheit der Käufer_innen weit

283 verbreitet sind. So kam es z.B. im Jahr 2007 in Leipzig durch „gestrecktes“ Cannabis zur
284 größten Bleivergiftung seit Ende des Zweiten Weltkrieges. Immer wieder tauchen Fälle auf, in
285 denen Cannabis mit Zucker oder Haarspray gestreckt wird - mit verheerenden Folgen für die
286 Konsument_innen. Auch wurde bei der Züchtung von Cannabis vorwiegend auf eine Anhebung
287 des THC Inhaltes gesetzt. Zwischen 1995 und 2012 stieg der THC Anteil von der weiblichen
288 Cannabispflanze in den USA von 4 auf 12 % an.[16] Auch für andere Substanzen ist ein
289 Screening wichtig. Dies ist in Deutschland bisher nur in Apotheken möglich. Für einen mobilen
290 Einsatz von „Drug-Checking“ Angeboten bei Suchthilfeeinrichtungen, Diskotheken oder
291 Festivals muss der Besitz geringer Mengen illegaler Substanzen straffrei werden und
292 gleichzeitig eine Grundlage im Betäubungsmittelgesetz geschaffen werden neben Apotheken
293 auch mobilen Einheiten diese Analysen zu gestatten.[17]

294

295 Wir fordern deshalb:

296

- 297 • Einführung einer Positivliste klinisch getesteter Rauschmittel
- 298 • Veröffentlichung der Daten klinischer Studien durch die Europäische Arzneimittelbehörde
299 (EMA)
- 300 • Der Anbau von Cannabis soll für staatlich zugelassenen Anbau- und
301 Verarbeitungsanlagen legalisiert werden. Diese sollen regelmäßig durch eine staatliche
302 Stelle kontrolliert werden
- 303 • Organisation des Vertriebes über das bestehende Apotheken-Netz
- 304 • Streichung § 19 Absatz 3 und § 24a BtMG (Anbau und Anzeige von Nutzhanf)
- 305 • Kennzeichnung der Inhaltstoffgehalts von THC und CBD in Cannabisprodukten
- 306 • Altersbeschränkung von Cannabiskonsum auf 18 Jahre
- 307 • Verbot von THC im Blut(>5,0 ng/ml) im Straßenverkehrsgesetz § 24a Absatz 1 sowie
308 Streichung von Cannabis aus Anlage zur StVG
- 309 • Einfügung von „Drug Checking“ Angeboten im BtMG analog Drogenkonsumräumen

310

311 **Prävention**

312

313 Des Weiteren muss die Präventionsarbeit verbessert werden. Diese soll auf keinen Fall aus
314 undifferenzierter Panikmache bestehen, denn bei einem Großteil der Jugendlichen hat dies nur
315 eine größere Neugierde zur Folge. Außerdem wird diese Panikmache schnell als unwahr
316 entlarvt und macht diese obsolet. Die BzGA geht davon aus, dass die Hauptgründe für
317 Drogenkonsum Jugendlicher Abgrenzung von der Elterngeneration, Ausdruck des persönlichen
318 Stils, Absichtliche Normenverletzung, Genuss oder auch der Reiz eines damit laut Klischees
319 verbundenen „Alternativen Lebensstils“ ist. Genau hier muss Prävention ansetzen, denn bereits
320 in der Jugend entscheidet sich oft in wie weit etwa Cannabiskonsum das Leben beeinflussen
321 wird. Die Pädagogik, die in dem Zusammenhang bisher gefahren wurde war alles andere als
322 produktiv. Lediglich 3,7% der Jugendlichen vermeiden, verzögerten oder beendeten ihren
323 Konsum illegaler Drogen auf Grund der bisherigen Drogenpräventionsprogramme. Deshalb
324 wollen wir das Problem Grundsätzlicher angehen. Drogenprävention umfasst wesentlich mehr
325 Dinge, als nur Aufklärung über potentielle Schäden durch deren problematischen Konsum.
326 Beispielsweise müssen Schulen mit stärker mit Psycholog_innen und Sozialarbeiter_innen
327 ausgestattet werden. Deren Aufgabe muss es sein Faktoren, die für den Drogenkonsum oder
328 einen extremen Anstieg des Konsums bei Einzelnen verantwortlich sind, zu bekämpfen, bevor
329 eine Verschlimmerung auftreten kann. So sind Menschen mit einem schwachen sozialen
330 Umfeld gefährdeter dauerhaft süchtig zu werden, da sie ihre Probleme mit dem Konsum von
331 Drogen versuchen zu bewältigen. Schulen müssen eine bessere finanzielle Ausstattung in
332 diesem Bereich erfahren. Dazu können sowohl akademisch ausgebildete Menschen aus dem
333 Zusammenhang der Naturwissenschaften, Pädagogik, ebenso wie „Aussteiger“, die ihre
334 drogendominierte Vergangenheit hinter sich gebracht haben über Drogenmündigkeit sprechen.
335

336 Entgegen den Angaben der Industrie dient Werbung nicht dazu Marktanteile umzuverteilen,
337 sondern Neukunden zu gewinnen.[18] Werbung und Sponsoring kann bei Heranwachsenden
338 eine kulturelle Prägung zu Suchtmitteln bewirken. Diejenigen die etwa viel Alkoholwerbung
339 gesehen haben, nehmen den typischen Alkoholkonsumenten als lebensfroh, glücklich,
340 gutaussehend wahr, was mit einer positiven Haltung gegenüber Trinkmenge und Trinksituation
341 verbunden ist. Der allgemein verbreitete Konsum von Alkohol wird weit überschätzt.[19] Nach
342 dem 2003 ratifizierten WHO Tabakrahmenübereinkommen hat sich Deutschland verpflichtet ein
343 Verbot aller Formen von Tabakwerbung, Förderung des Tabakverkaufs und Tabaksponsoring zu

344 erlassen (Art. 13 Abs.2). Trotzdem sind Verkaufsfördernde Aktionen (Promotion), Kinowerbung
345 nach 18 Uhr sowie, als einzigem EU Staat, auch Werbeplakate für Tabakprodukte noch erlaubt.
346 Generell widerspricht die Werbung für suchterzeugende Stoffe der Prävention.

347

348 Verbrauchssteuern auf Stoffe, die nicht im Übermaß genossen werden sollen sind in
349 Deutschland lange bekannt. Seit 1887 existiert eine einheitliche Steuern auf Brandwein in
350 Deutschland. Der Steuersatz steigt hierbei mit dem Alkoholgehalt an. Es werden i.d.R. 13,03 €
351 pro Liter reinem Alkohol fällig (§ 131 BranntwMonG). Seit 1902 existiert eine Steuer auf
352 Schaumweine, worunter mittlerweile auch alkoholische Zwischenerzeugnisse fallen. Bei unter 6
353 % Alkoholanteil werden sie pro Liter weniger besteuert als Erzeugnisse darüber (§2
354 SchaumwZwStG). Still- und Perlweine, welche einen Druck von unter 3 bar besitzen, werden
355 mit 0 % besteuert. Seit Juli 2004 gibt es eine gesonderte Besteuerung von zuckerreichen
356 Limonaden/Spirituosen Mischgetränken so genannten „Alkopops“ von 55,5 € pro Liter Alkohol.
357 Sie dürfen seitdem auch erst ab 18 Jahren gekauft werden, während Wein- und
358 Biermischgetränke weder von Steuer noch der Altersbegrenzung betroffen sind. Diese
359 Sondersteuer hat einerseits dazu geführt, das der Alkoholgehalt jener Getränke sank und viele
360 Konsumenten auf andere alkoholische Getränke auswichen etwa Spirituosen selbst mit
361 Limonade mischten. 2012 machten die Steuereinnahmen aus alkoholischen Getränken 3,28
362 Mrd. € aus (Brandwein 2.121 Mio. €, Bier 696 Mio. €, Schaumwein 464 Mio. € und Alkopops 2,5
363 Mio. €). Ebenso wird ca. eine Mrd. € jährlich durch eine Verbrauchssteuer auf Kaffee
364 eingenommen. Andere koffeinhaltige Produkte wie Energy Drinks, Energy Shots, Softgetränke,
365 Koffeintabletten, Schokolade oder Kaugummis sind hiervon nicht erfasst. Auch Steuersätze von
366 Zigaretten und Zigarren oder Zigarillos unterscheiden sich stark voneinander.

367

368 Deshalb fordern wir:

369

- 370 • Zusammenführung von Brandwein-, Schaumwein- und Alkopopsteuergesetz. Die
- 371 Besteuerung erfolgt ab 15 € pro Liter Alkohol.
- 372 • Angleichung der Steuer von Zigarren und *Zigarillos an jene von Nikotinzigaretten*
- 373 • *Angemessene Besteuerung von cannabishaltigen Produkten* *Ablösung der Kaffeesteuer*
- 374 *durch eine Abgabe auf koffeinhaltige Produkte mit 1 € pro Gramm Koffein*
- 375 • *Werbe- und Sponsoringverbot für Suchtmittel (Alkohol, Tabak, Cannabis, Koffein,*
- 376 *Pharmaka) außerhalb von Verkaufsstellen*
- 377 • *Ergänzung Jugendschutzgesetz um ein Verbot der Abgabe und Nutzung von elektrischen*
- 378 *Zigaretten (E-Zigarette)*
- 379 • *Überleitung von Alkohol-, Koffein-, Tabak- und Cannabissteuer als Zuschuss in den*
- 380 *Gesundheitsfonds*
- 381 • *Finanzierung einer qualifizierten Vollzeitstelle in der Suchtberatung auf 10.000 EW*
- 382 *finanziert aus dem Gesundheitsfonds*
- 383 • *Aufstockung von Stellen von Psycholog_innen/Sozialarbeiter_innen an Schulen*
- 384 • Schaffung des Wahlpflichtfaches „Drogenpädagogik“ im Umfang von 6 ECTS im
- 385 Lehramtsstudium weiterführender Schulen.

386

387 [1] Volkow Nora D. Peter W. Kalivas, The Neural Basis of Addiction: A Pathology of Motivation
388 and Choice The American Journal of Psychiatry Vol. 168 I 8 2005:1403-1413

389

390 [2] Flexibility of Treaty Provisions as regards Harm Reduction Approaches 2002
391 www.undrugcontrol.info/en/static/item/2307-flexibility-of-treaty-provisions

392

393 [3] Forbidden Substances von Richard Harvey Brown 2005
394 <http://richardharveybrown.com/forbidden.html>

395

396 [4] BKA Bundeslageblatt Organisierte Kriminalität 2013

397

398 [5] PKS 2013 und BKA Bundeslageblatt Rauschgiftkriminalität 2013

399

400 [6] Fazel, S., Bains, P., & Doll, H. Substance abuse and dependence in prisoners: A systematic
401 review. Addiction, 101,

402

403 2006:181 – 191

404

405 [7] Kleiber, Dieter ; Pant, Hans Anand, Risikoverhalten und Verhaltensänderungen bei i. v.
406 Drogenkonsumenten : Ergebnisse einer sozialepidemiologischen Studie zu Nadeltausch-,
407 Sexualverhalten und HIV-Prävalenz. AIDS (1991), H. 1, 7-11 und Pant, A. & Kleiber, D. (1992).
408 Sex und HIV auf dem Drogenstrich. Deutsche AIDS-Hilfe Aktuell, 4, 44-45
409
410 [8] Markert, Stefanie. Studie zum Risikoverhalten von Freiern. Neue Praxis Jg. 21 H. 5/6, 407-
411 415 1991 n=354
412
413 [9] 19 % sind Handelsdelikte Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht
414 Data 2013
415
416 [10] Mostardt S. , Fl ö ter S. , Neumann A. , Wasem J. , Pfeiffer-Gerschel T. „Sch ä tzung der
417 Ausgaben der ö ffentlichen Hand durch den Konsum illegaler Drogen in Deutschland“
418 Gesundheitswesen 2010; 72: 886 – 894
419
420 [11] Hughes Caitlin Elizabeth; Stevens Alex What can we learn from the Portuguese
421 Decriminalization of illicit Drugs? British Journal of Criminology 2010 Heft 50, 999–1022
422
423 [12] Schulte, Bernd; Schmidt, Christiane Sybille; Kuhnigk Olaf; Schäfer, Ingo; Fischer, Benedikt;
424 Wedemeyer, Heiner; Reimer, Jens Structural barriers in the context of opiate substitution
425 treatment in Germany - a survey among physicians in primary care Substance Abuse
426 Treatment, Prevention, and Policy2013:8-26
427
428 [13] Beat Kaufmann, Anja Dobler-Mikola, Ambros Uchtenhagen KONTROLLIERTE
429 OPIATABGABE IM SCHWEIZERISCHEN STRAFVOLLZUG
430 http://www.aidshilfe.de/sites/default/files/Band-42-1-Lebhaft-klein_online.pdf sowie GOP
431
432 [14] Killias, M. und Aebi, M.F. The impact of heroin prescription on heroin markets in
433 Switzerland», Crime Prevention Studies vol11 2000:83-99
434
435 [15] McLaren, Jennifer A.; Silins, Edmund; Hutchinson, Delyse; Mattick, Richard P.; Hall,
436 Wayne Assessing evidence for a causal link between cannabis and psychosis: A review of
437 cohort studies Vol 21 I1 2010:10-19 International Journal of Drug Policy
438
439 [16] Volkow Nora D.; RubenD. Baler; Compton Wilson M., Weiss Susan R.B: Adverse Health
440 Effects of Marijuana Use in New England Journal of Medicine 370;23 2014
441
442 [17] Dähne, Dr. Harald; Meyer, Stephan Substanzanalyse von Drogen („drug checking“)
443 Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages 2009
444
445 [18] Lovato, Christ; Wat, Alison;Stead, Lindsay F. Impact of tobacco advertising and promotion
446 on increasing adolescetnt smoking behaviour. Cochrane Database of systematic Reviews 2011
447
448 [19] Atkin C. Block M. Content and effects of alcohol advertising. Washington, DC: Bureau of
449 Tobacco, Alcohol, and Firearms, 1980
450
451
452
453
454
455
456
457
458
459
460
461
462
463
464
465

Titel Progressive Drogenpolitik

Antragsteller Thüringen

Zur Weiterleitung an Bundeskongress Jusos 2015

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Progressive Drogenpolitik

1 Progressive Drogenpolitik

2

3 Die Prohibitionspolitik im Umgang mit Cannabis ist grundlegend gescheitert. Zu diesem
4 Ergebnis kommt implizit die *Global Commission on Drug Policy* (eine unabhängige
5 internationale Kommission mit dem erklärten Ziel, Ansätze für eine evidenzbasierte und
6 schadensmindernde Drogenpolitik zu erarbeiten und in die öffentliche Diskussion einzubringen),
7 die bereits 2011 feststellte, dass der weltweite Kampf gegen Drogen gescheitert sei.

8

9 Jede*r vierte erwachsene Bürger*in in Deutschland hat nach Schätzungen schon einmal
10 Erfahrungen (wie Besitz, Verkauf, Anbau, Konsum, ...) mit Cannabis gemacht. Somit ist
11 Cannabis die am meisten konsumierte illegale Droge in Deutschland und ca. 16 Mio.
12 Bürger*innen stehen mit einem Bein im Knast oder vor völlig unverhältnismäßig hohen Strafen.

13

14 Cannabis ist gemäß § 1 des Betäubungsmittelgesetzes eine nichtverkehrsfähige und somit
15 verbotene Substanz. Nach §§29 ff. BtMG sind Anbau, Herstellung, Handel, Einfuhr, Ausfuhr,
16 Abgabe, Veräußerung, sonstige Inverkehrbringung, Erwerb und Besitz von allen Pflanzenteilen
17 des Cannabis strafbar.

18

19 Die Reform des deutschen Betäubungsmittelgesetzes ist der Ansatzpunkt für eine neue,
20 progressive Drogenpolitik in Deutschland. In einigen anderen Staaten der Welt beobachten wir
21 schon seit einigen Jahren ein Umdenken, weg von der (repressiven) Cannabis-Prohibition und
22 hin zu einer progressiven (akzeptierenden) Drogenpolitik. Beispielhaft sind hier neben Portugal,
23 wo wohl die liberalste Drogenpolitik weltweit praktiziert wird, auch Spanien, die Schweiz, die
24 Niederlande, Uruguay (als erster Staat der Welt, der den Anbau und Verkauf von Marihuana
25 und Cannabisprodukten unter staatlicher Kontrolle legalisiert hat) und Teile der USA
26 (insbesondere Colorado und Washington State) zu nennen.

27

28 Wir Jungsozialist*innen kämpfen täglich für progressive Ansätze in der Politik und sind daher
29 der Meinung, dass auch Deutschland sich diesem überaus notwendigen und überfälligen
30 Fortschritt nicht verwehren darf und Cannabis endlich freigegeben werden muss!

31

32 Denn für eine Legalisierung von Cannabis sprechen zahlreiche plausible Gründe:

33

34 **Der Mythos vom Cannabis als „Einstiegsdroge“:**

35

36 Immer noch wird als Hauptargument gegen eine Freigabe von Cannabis der Mythos der
37 „Einstiegsdroge Cannabis“ propagiert. Diese Behauptung ist jedoch schlichtweg als falsch und
38 ideologisch motiviert zu betrachten und wurde auch schon zahlreich in diversen Studien
39 widerlegt. So legt eine Studie vom Juni 2012 in den USA, durchgeführt an über 50.000

40 Schüler*innen nahe, dass Alkohol die eigentliche Einstiegsdroge sei, welche zum Konsum von
41 Tabak und weiteren Drogen führe.

42

43 Ausgerechnet auch eine 1995 vom Bundesgesundheitsministerium unter Horst Seehofer (CSU)
44 in Auftrag gegebene Studie kommt zu dem Ergebnis: „Die Annahme, Cannabis sei die typische
45 Einstiegsdroge für den Gebrauch harter Drogen wie Heroin, ist also nach dem heutigen
46 wissenschaftlichen Erkenntnisstand nicht haltbar.“ (*Dieter Klein & Renate Soellner;*
47 *Cannabiskonsum: Entwicklungstendenzen, Konsummuster und Risiken; 1995*). Auch das
48 Bundesverfassungsgericht stellte bereits im Jahre 1996 in einem Urteil fest, dass Cannabis
49 nicht gefährlicher als Alkohol sei. Diese als relativ harmlos eingestufte Charakteristik von
50 Cannabis zeigt auf, dass die aktuelle Prohibitionspolitik unverhältnismäßig ist.

51

52 **Unverhältnismäßigkeit beseitigen und Populismus entlarven!**

53

54 Gerade in Hinblick auf die Verhältnismäßigkeit ist es unerklärlich, warum Cannabis im
55 Gegensatz zu Alkohol de jure verboten ist und eine Strafverfolgung droht. Durch die aktuelle
56 Drogengesetzgebung wird ein falsches Bild von „Drogen“ suggeriert und leider auch allzu oft
57 propagiert. So scheint es für die CSU absolut keinen Widerspruch darzustellen diverse
58 Parteiveranstaltungen mit reichlich Weißbier zu unterbetten, während sie gleichzeitig feststellt:
59 "Wir bleiben bei unserer bewährten Linie: Null Toleranz gegen Drogen." (*Joachim Herrmann*
60 *(CSU), 2015*).

61

62 So wird zwischen den vermeintlich „guten“ und „schlechten“ Drogen unterschieden. Was legal
63 ist, gilt oft als akzeptabel oder gar ungefährlich. Alkohol, Nikotin und auch Koffein müssen aber
64 ebenfalls als „Drogen“ betrachtet und vor allem im Umgang damit auch wahrgenommen
65 werden. Insbesondere die Folgen von Alkoholkonsum dürfen nicht verkannt werden. Jährlich
66 sterben allein in Deutschland ca. 74.000 Menschen an den Folgen von Alkohol kombiniert mit
67 Tabak. Dazu kommen weitere 111 000 allein tabakbedingte Todesfälle pro Jahr. Im Vergleich
68 dazu gab es 2013 ca. 1000 Tote aufgrund von Konsum illegaler Drogen, wobei bis heute keine
69 Toten aufgrund einer Überdosis THC (*Tetrahydrocannabinol, rauschbewirkende Substanz des*
70 *Cannabis*) zu beklagen sind. Dabei möchten wir Alkohol nicht gegen Cannabis ausspielen, es
71 muss aber konstatiert werden, dass der aktuelle wissenschaftliche Stand Cannabis im Vergleich
72 zu Alkohol vor allem in den Bereichen Toxizität und Suchtpotential als weniger gefährlich
73 einschätzt. So kann der bloße Verweis auf die kulturelle Einbindung von Alkohol die momentane
74 Ungleichbehandlung beider Substanzen nicht rechtfertigen, zumal Cannabis auch schon früh
75 als Medizin in Europa genutzt wurde und erst durch die Prohibition an Bedeutung verlor.

76

77 **Drogenkonsum ist ein soziales Phänomen und keine Kriminalität!**

78

79 Im Allgemeinen muss Drogenkonsum endlich als soziales Phänomen (und nicht als
80 Kriminalität!) betrachtet und verstanden werden. Bei Drogenkonsum handelt es sich zunächst
81 einmal um eine opferlose Selbstschädigung (im Falle von Passivrauchen auch um
82 Fremdschädigung, hier greift das Nichtraucherschutzgesetz), weshalb folgerichtig der Konsum
83 in Deutschland straffrei ist. Allerdings ist es realitätsfern anzunehmen, dass ein Konsum ohne
84 Handel und Besitz der Konsumsubstanz zu Stande kommt. Weiterhin folgerichtig wäre es also
85 auch den Handel und den Besitz von Cannabis zu legalisieren.

86

87 Ein liberaler Rechtsstaat muss dem Bürger dieses Selbstbestimmungsrecht zugestehen.

88

89 *Warum eine Legalisierung von Cannabis?* Wir sind der Meinung, dass zum einen die weite
90 Verbreitung von Cannabis-Konsum eine Anerkennung dieser Realitäten erfordert und zum
91 anderen aber auch die wissenschaftlich bewiesene moderate Gefahr von Cannabis einen
92 solchen Schritt rechtfertigt und erforderlich macht.

93

94 *Was ist mit anderen (auch „härteren“) Drogen?* Auch andere Drogen, wie Metamfetamine oder
95 Kokain müssen einer vorurteilsfreien, rationalen Bewertung unterworfen werden. Die
96 Wissenschaft geht hier von einem wesentlich kleineren Konsument*innenkreis und einem
97 erheblich höheren Konsumrisiko aus, weshalb eine komplette Legalisierung (wie im Falle von
98 Cannabis) hier nicht zielführend und sinnvoll erscheint. Dennoch sollten alternative Ansätze zur
99 Entkriminalisierung (z.B. streng kontrollierte Verschreibung auf Rezept) der oft an den Rand der
100 Gesellschaft gedrängten Konsument*innenkreise diskutiert und nach gründlicher Abwägung und

101 Bewertung in Modellversuchen angewandt werden.
102
103 Gleichzeitig erkennen wir an, dass das Phänomen des Drogenkonsums oft auch problematische
104 Gestalt annimmt, insbesondere dann wenn Suchtverhalten, psychische und physische
105 Schädigung durch Substanzen, soziale Aus- und Abgrenzung, Stigmatisierung,
106 Beschaffungskriminalität und Rauschunfälle auftreten.
107
108 Deshalb muss der Fokus der progressiven Drogenpolitik auf Drogenprävention (und nicht auf
109 Strafverfolgung!) liegen. Drogenprävention kann hier auf verschiedenen Ebenen stattfinden:
110
111 1. Primärprävention umfasst Maßnahmen mit Menschen, die noch nicht Drogen konsumiert
112 haben. Diese sollen auf Konsumvermeidung bzw. Konsumermüdung zielen
113 (insbesondere durch Aufklärung und staatliche Regulierung).
114 2. Sekundärprävention umfasst Maßnahmen mit Menschen, die bereits konsumiert haben.
115 Dies sind rückfallverhütende und rehabilitierende Maßnahmen für Menschen, die ihr
116 Drogenproblem überwunden haben. (z.B. Anleitung zum „Safer Use“)
117 3. Tertiärprävention umfasst alle Therapie- und Drogenhilfsangebote für Süchtige oder
118 Konsumenten mit anderweitigen Problemen. (z.B. Drogensubstitution, Drogenentwöhnung
119 oder Selbsthilfegruppen)
120
121 Drogenprävention sollte als offenes Konzept staatlicher und nicht-staatlicher Akteure
122 verstanden werden, dass immer wieder den gesellschaftlichen Realitäten und aktuellen
123 wissenschaftlichen Erkenntnissen angepasst werden muss, um dauerhaft ihrem progressiven
124 Anspruch und damit den sozialen Bedürfnissen der Bürger*innen gerecht zu werden.
125
126 Jenseits davon bleibt die Frage zu diskutieren, inwieweit eine drogenfreie Gesellschaft
127 realistisch und überhaupt erstrebenswert sein kann. Die Annahme, dass Drogen schon sehr
128 lange Teil menschlicher Kultur waren und sind (übrigens auch in der Tierwelt verbreitet), scheint
129 sehr plausibel. Letztlich entscheidet sich hier auch die Frage, ob die Primärprävention eher in
130 Richtung der konsum-ermüdenden Aufklärung oder eher in Richtung der konsum-
131 vermeidenden Aufklärung gehen soll.
132
133 Abschließend kann festgehalten werden, dass nach dem Gesetzlichkeitsgrundsatz „nullum
134 crimen, nulla poena sine lege“ Drogenkriminalität per se als Produkt der Prohibition angesehen
135 werden muss.
136
137 **Regulierung durch Legalisierung!**
138
139 Schon die Erfahrungen aus der Prohibition von Alkohol in den USA Anfang des 20. Jhd. lehrten
140 die US-amerikanische Politik, dass das Verbot von Drogen den Konsum (sofern er eine ernst zu
141 nehmende gesellschaftliche Realität darstellt) kaum beschränkt, sondern vielmehr dem
142 Wachstum organisierter und genereller Kriminalität Vorschub leistet. Auch heute muss
143 konstatiert werden, dass die Cannabis-Konsumrate offensichtlich nicht vom gesetzlichen Status
144 abhängt. So ist die Cannabis-Konsumrate in Frankreich (wo eine sehr restriktive Drogenpolitik
145 betrieben wird) deutlich höher als z. B. in den Niederlanden (wo Cannabis 1976 entkriminalisiert
146 wurde). Über den Daumen gepeilt heißt das also für den Durchschnittsbürger, wer kiffen will, der
147 kiffert egal ob Cannabis legal oder illegal ist. Somit hat die Cannabis-Prohibition hier Ziel, nämlich
148 die Verhinderung des Konsums verfehlt. Stattdessen entstand ein gutorganisierter
149 Schwarzmarkt im großen und kleinen Stil. Doch in einem Schwarzmarkt sind staatliche
150 Regulationsinstrumente (wie z. B. Verbrauchssteuern, Jugendschutz, Qualitätskontrollen, ...)
151 nicht anwendbar. Die Folge sind schwankender THC-Gehalt im Cannabis (bis hin zu
152 hochpotenten Substanzen), schwankende Cannabis-Qualität (z. B. Schimmelpilze oder
153 Streckmittel), mangelnder Jugendschutz, keine Mengenregulierung, Beschaffungskriminalität
154 und Finanzierung von mafiösen Strukturen. Legalisierung von Cannabis heißt also einen
155 Schwarzmarkt, der bisher ins keiner Weise regulierbar ist, in staatliche Kontrolle und
156 Überwachung zu überführen.
157
158 **Gesamtgesellschaftliche Kostenvorteile einer Legalisierung!**
159
160 Unsere These lautet, dass die durch die Cannabis-Prohibition entstandenen
161 gesamtgesellschaftlichen Kosten wesentlich höher sind als die Kosten einer Legalisierung. Die

162 Prohibitionskosten setzen sich aus verschiedenen Teilkosten zusammen:

163

164 • Kosten für Exekutive und Judikative: Polizei, Zoll, Staatsanwaltschaft, Gerichte,
165 Gefängnisse.

166 • Kosten durch die indirekte Unterstützung der organisierten Kriminalität und des

167

168 Terrorismus (einschließlich Korruption, Geldwäsche und Bandenkriegen).

169

170 § Kosten durch erhöhte Gesundheitsrisiken bei Konsumenten, insbesondere durch
171 verunreinigtes Cannabis.

172

173 § Kosten durch Beschaffungskriminalität (bei Cannabis eher gering)

174

175 § Entgangene Steuereinnahmen:

176

177 · I. direkt durch Verzicht auf Besteuerung der Drogen (durch Verbrauchssteuer ähnlich der
178 Alkohol- oder Kaffeesteuer)

179

180 · II. indirekt durch Steuerausfälle bei Inhaftierten

181

182 § Entgangene Einnahmen durch die Illegalisierung von Arbeitsplätzen
183 (Arbeitslosenversicherung, Krankenversicherung, Einkommensteuer)

184

185 § Entgangene Einnahmen und verstärkte Ausgaben durch verhinderte Nutzung in der Medizin
186 und als Rohstoff in der Wirtschaft

187

188 Die Höhe der Kosten für Exekutive und Judikative ist unbekannt, allerdings bei ca. 145.000
189 Cannabis-Delikten pro Jahr in Deutschland als relativ hoch einzuschätzen. Und diese Kosten
190 entstehen, obwohl der Kampf gegen den Cannabis-Konsum so gut wie aussichtslos ist. Der
191 geschätzte Cannabis-Jahresumsatz auf dem deutschen Schwarzmarkt beträgt geschätzt bis zu
192 zwei Milliarden steuerfreie Euro. Wäre der Verkauf legal könnte davon rund die Hälfte, also 1
193 Milliarde Euro, in Form von Verbrauchssteuern in den öffentlichen Haushalt fließen.

194

195 Durch eine Cannabis-Legalisierung könnten also oben aufgelistete Kosten wegfallen und sogar
196 durch Einnahmen im Milliarden-Bereich ergänzt werden. Die freiwerdenden Kapazitäten bei
197 Polizei und Justiz könnten außerdem auf die Bekämpfung von tatsächlicher Kriminalität
198 fokussiert werden und ganz nebenbei würde auch noch die Kriminalitätsrate sinken, weil
199 einfache Cannabis-Konsumenten nicht mehr als Kriminelle verfolgt würden. Aus
200 gesamtgesellschaftlicher und volkswirtschaftlicher Sicht spricht also einiges für eine
201 Legalisierung von Cannabis!

202

203 **Cannabis ist Medizin!**

204

205 Die Cannabis-Pflanze mit all ihren Wirkstoffen hat ein enormes medizinisches

206

207 Potential, das schon Menschen vor Jahrtausenden zu nutzen wussten. Älteste Hinweise auf die
208 medizinische Verwendung datieren in das Jahr 2737 vor Christus, in dem der chinesische
209 Kaiser Shen Nung das Harz des Cannabis als Heilmittel bei Beriberi, Verstopfung, Gicht,
210 Malaria, Rheuma und Geistesabwesenheit empfahl, überliefert durch das älteste bekannte
211 Heilpflanzenkompendium „Shennong ben cao jing“. Erst seit ihrer Prohibition kommt der
212 Cannabis-Pflanze diese medizinische Bedeutung nicht mehr zu oder nur in eingeschränktem
213 Rahmen zu. Währenddessen verdient sich die Pharma-Industrie mit ihren teuren synthetischen
214 Schmerzpräparaten (inklusive all ihrer teils schweren Nebenwirkungen) eine goldene Nase.

215

216 Nach heutigem Stand der Wissenschaft könnte Cannabis heute bei unterschiedlichsten
217 Krankheitsbildern eingesetzt werden. So hilft es Patient*innen die an AIDS, Krebs, Spastiken,
218 Migräne, Multipler Sklerose, ADHS, Morbus Crohn, Glaukom (Grüner Star), Asthma, Arthritis,
219 Menstruationsschmerzen, Allergien, Juckreiz, chronischem Schluckauf, Tinnitus,
220 Darmreizungen, Tourette-Syndrom, Fibromyalgie oder Depressionen leiden. Auch bei vielen
221 anderen Krankheiten berichten Patient*innen von einer Linderung ihrer Beschwerden oder von
222 Nebenwirkungen, die ihre normale Medikation auslöst. Obwohl Cannabis kein „Wundermittel“ ist

223 und bei jedem Patienten anders wirkt, muss zumindest die rechtliche Möglichkeit bestehen,
224 legal an medizinische Cannabis zu gelangen und das zu einem möglichst niedrigen Preis. So
225 wäre es zum Beispiel vorstellbar, dass Patient*innen ihre Cannabis-Arznei selbstanbauen und
226 dadurch ihren eigenen Geldbeutel aber auch die Krankenkassen enorm entlastet würden.

227

228 Gleichzeitig würden mit der Cannabis-Legalisierung auch die Barrieren im wissenschaftlichen
229 Bereich fallen, wodurch das medizinische Potential des Cannabis intensiver und besser
230 erforscht werden könnte. Letztendlich würde also auch hier die gesamte Gesellschaft von einer
231 Cannabis-Freigabe profitieren.

232

233 Die Situation, dass Patienten entweder auf ihre Cannabis-Medizin verzichten müssen, die
234 Kosten nicht von der Krankenkasse übernommen werden oder in die Kriminalität gezwungen
235 werden, ist inakzeptabel und durch nichts zu rechtfertigen! Das von der

236

237 Bundesregierung für 2016 geplante Gesetz, das den Konsum von Cannabis zur Therapie
238 schwerkranker Patienten auf Kosten der Krankenkassen zulassen soll, geht zwar in die richtige
239 Richtung (die aber schon vor Jahrzehnten hätte gegangen werden müssen!),

240

241 aber bei weitem nicht weit genug! Cannabis kann nicht nur schwerkrankte Menschen helfen,
242 sondern auch Menschen mit „weniger schweren“ Krankheiten therapieren. Ihnen diese Medizin
243 wider besseres Wissens bzw. aufgrund von Ideologieverbörtheit zu verwehren ist
244 beschämend!

245

246 **Unsere Forderungen lauten daher:**

247

248 § Auf Grundlage der obigen Ausführungen und aus unserem progressiven,

249

250 § wissenschaftlichen und allgemeinpolitischen Anspruch heraus fordern wir als Jusos eine
251 Änderung des Betäubungsmittelgesetzes hin zu einer

252

253 § Legalisierung von Cannabis, sowohl für wissenschaftliche, medizinische, wirtschaftliche und
254 private Zwecke!

255

256 § Der Apell richtet sich sowohl an die momentane Bundesregierung als auch explizit an unsere
257 Mutterpartei, die SPD. Gerade die SPD muss ihrem progressiven Anspruch gerecht werden und
258 die aktuelle sinnlose und kontraproduktive Drogenpolitik beenden.

259

260 § Des Weiteren kämpfen wir für eine ganzheitlich progressive Drogenpolitik, die auch die
261 sukzessive Entkriminalisierung anderer Drogen und eine effektive Drogenprävention, unter
262 Vorbehalt der Abwägung und Einbeziehung wissenschaftlicher Erkenntnisse (insbesondere aus
263 der Psychologie, Soziologie, Medizin, Biochemie und Pharmazie), miteinschließt.

264

265

266

267

268

269

270

271

272

273

274

275

276

277

278

279

280

281

282

283

Titel Drogenprävention durch Aufklärung

Antragsteller Saarland

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Drogenprävention durch Aufklärung

1 Im Saarland gab es im letzten Jahr 12 Drogentote, bundesweit waren es im gleichen Jahr 1032.
2 Über 200.000 Saarländer_innen haben einen gefährlichen Umgang mit Alkohol. 74.000
3 Menschen verstarben 2014 bundesweit durch die Folgen von Alkoholsucht und 100.000 bis
4 120.000 an den Folgen von Zigarettenkonsum.

5
6 Die Zahl der durch Drogensucht und –missbrauch zerstörten Familien und Existenzen ist
7 wahrscheinlich sehr viel höher.

8
9 Diese verheerende Faktenlage macht es notwendig sich mit diesem Problem auseinander zu
10 setzen und Lösungen zu erarbeiten.

11
12 Wir fordern daher:

- 13
14 • - Eine frühe Aufklärung aufgrund von wissenschaftlichen Erkenntnissen über Drogen
15 sowie ihre Wirkung und Risiken insbesondere an Schulen.
16 • - Eine bessere Erforschung von allen Drogen, um ihre Wirkung und ihr Risikopotential
17 besser darstellen und erklären zu können.

18
19 **Begründung:**
20 Das Phänomen, dass Menschen bewusstseinsverändernde Substanzen zu sich nehmen, ist so
21 alt wie die Menschheit selbst. Von Platon bis zu Charles Baudelaire oder Vincent van Gogh
22 haben bedeutende Persönlichkeiten die Effekte der verschiedensten Drogen nicht nur gekannt,
23 sondern sich auch ihnen ausgesetzt.

24
25 Problematisch wird es jedoch, wenn der Konsum nicht mehr rational kontrolliert werden kann
26 und damit zu einem pathologischen Zustand führt. Dann spricht man im Allgemeinen von
27 Drogensucht. Ob es sich um legale oder illegale Drogen handelt, spielt bei der Definition einer
28 Drogensucht überhaupt keine Rolle. Die Folgen sind sowohl bei legalen als auch bei illegalen
29 Substanzen oft verheerend. Der Weg heraus aus dieser Sucht ist meist alleine nicht zu
30 bewältigen.

31
32 Wie kommt es jedoch zur Sucht? Nur die wenigsten Suchtkranken werden zum Beginn des
33 Drogenkonsums gezwungen. Genau hier kommt die Prävention ins Spiel: Wenn sich eine
34 Person schon im Teufelskreis der Sucht befindet, dann kommt die Prävention zu spät oder hat
35 versagt. Daher muss sie sich schon vor Beginn der Suchtentwicklung an potenzielle
36 Suchtgefährdete richten.

37
38 Das übliche und am weitesten verbreitete Mittel der Prävention ist die Abschreckung, ob es nun
39 durch Verbote und Gesetze mit besonders hohen Strafen oder durch erschütternde Beispiele

40 der Folgen eines exzessiven Konsums geschieht. Wie die Zahlen zeigen, ist das aber kein
41 besonders effektiver Weg.

42

43 Verbote bringen Bürger_innen nur selten dazu sich regelkonform zu verhalten. Wichtiger wäre
44 es die Menschen mit wissenschaftlich belegten Fakten zu informieren, so dass sie sich aus
45 freien Stücken entscheiden. Das bedeutet: „Was ist das? Wie wirkt es? Was tut es mit mir? Was
46 sind die Risiken?“ Durch diese Faktenlage kann man Menschen von selbst dazu motivieren
47 sich gesetzestreu und verantwortungsbewusst zu Verhalten, denn am Ende entscheidet jede_r
48 selbst was er tut. Ein solches präventives informatives Suchtprogramm sollte schon früh an
49 allen Schulen stattfinden, da es häufig in dieser Zeit zu den ersten Erfahrungen kommt.

50

51 Das wäre eine echte Prävention, mit der man Menschen nicht wie Lämmer sondern wie
52 vernünftig denkende Lebewesen behandelt, die fähig sind ihre eigenen richtigen
53 Entscheidungen zu treffen, wenn man ihnen das nötige Wissen zur Verfügung stellt.

54

55

56

57

58

59

60

61

62

63

64

65

66

67

68

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

100

K

Kommunales, Mieten & öffentliche Daseinsvorsorge

K 1	Bayern Strengere und klarere Regeln für die Mietpreisbremse	224
K 2	Hessen-Süd Soziales Wohnen soll sich lohnen – Für die Wiedereinführung der Wohnungsgemeinnützigkeit	226
K 3	Sachsen-Anhalt Wahlrecht auf kommunaler Ebene für Ausländer mit Aufenthaltsgenehmigung	228
K 4	Hessen-Nord Bezahlbarer Wohnraum für Alle	229
K 5	Hessen-Süd Resolution: Rekommunalisierung öffentlicher Daseinsvorsorge - Privatisierung den Kampf ansagen	230
K 6	Braunschweig Wohnheimslotterie 9 aus 100? Für ausreichenden Wohnraum für Studierende, überall!	231

Titel Strengere und klarere Regeln für die Mietpreisbremse

Antragsteller Bayern

Zur Weiterleitung an Bundesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Strengere und klarere Regeln für die Mietpreisbremse

1 Im Frühjahr 2015 wurde im Bundestag das Gesetz zur Dämpfung des Mietanstiegs auf
2 angespannten Wohnungsmärkten und zur Stärkung des BestellerInnenprinzips bei der
3 Wohnvermittlung verabschiedet. Laut Gesetz darf nun in angespannten Wohnungsmärkten die
4 Miete maximal zehn Prozent über der ortsüblichen Miete liegen. Jedoch weist das Gesetz noch
5 einige Lücken und Schlupflöcher auf. Diese gilt es nun zu stopfen, um MieterInnen ein
6 gerechtes Mietverhältnis zu ermöglichen.

7 8 **Ermittlung des Mietspiegels**

9
10 Der Anstieg der Mieten ist an den Mietspiegel der örtlichen Mieten gekoppelt. Das heißt, wenn
11 die Mieten steigen, steigt auch der Wert des Mietspiegels. Würde man den Mietspiegel jedes
12 Jahr neu ermitteln, so würden die steigenden Mieten für einen höheren Durchschnittswert
13 sorgen, der es VermieterInnen wiederum ermöglicht, diesen als erneute Basis für
14 Mieterhöhungen zu verwenden. Um diesen „Multiplikatoreffekt“ zu dämpfen, fordern wir eine
15 Regelung, die festlegt, dass der Mietspiegel nur alle fünf Jahre neu ermittelt wird. Derzeit
16 werden nach § 558 Abs. 2 BGB nur Mieten in die Berechnung des Mietspiegels einbezogen, die
17 „in den letzten vier Jahren vereinbart oder, von Erhöhungen nach § 560 abgesehen, geändert
18 worden sind. Damit liegen die aus dem Mietspiegel resultierenden ortsüblichen
19 Vergleichsmieten zumeist über dem realen Durchschnitt der örtlichen Bestandsmiethöhen. In
20 die Berechnung des Mietspiegels müssen daher neben den Mieten aus Neuvermietungen der
21 letzten vier Jahre auch die Bestandsmieten miteingerechnet werden.

22
23 Wir fordern, dass in angespannten Wohnungsmärkten die Kosten von Sanierungen nur bis zu
24 5% auf die jährliche Miete aufgeschlagen werden dürfen.

25
26 Auch müssen die Wiedervermietungsmieten nach umfangreichen Modernisierungen, die derzeit
27 ebenfalls von der Mietpreisbremse ausgenommen sind bei maximal 120 Prozent der
28 ortsüblichen Vergleichsmiete gedeckelt werden. Zudem sollen die VermieterInnen die
29 Modernisierungskosten exakt offenlegen, sofern sie Begrenzung der Mietpreisbremse
30 überschreiten wollen.

31 32 **Vormiete darf nicht als Basis gelten**

33
34 Nach der Beschlusslage des Bundestages darf eine Miete bis zur Höhe der vorherigen Miete
35 vereinbart werden. Das heißt, wenn eine Vormiete, die deutlich höher als die nach der
36 Mietpreisbremse zulässige Miete ist, kann sie dennoch als zulässige Miete angesetzt werden.
37 Weiter müssen Konzepte entwickelt werden, wie auch die Mieten der Erstvermietung in
38 Neubauten sinnvoll gedeckelt werden können. Das ist aus unserer Sicht nicht zielführend und

39 bietet zu viele Schlupflöcher für VermieterInnen. Damit möglichst viele Menschen von der
40 Mietpreisbremse profitieren, fordern wir, dass die Mietpreisbremse auch greift, wenn die
41 Vormiete höher als die zulässige Miete ist.

42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89
90
91
92
93
94
95
96
97
98
99

Titel Soziales Wohnen soll sich lohnen – Für die Wiedereinführung der Wohnungsgemeinnützigkeit

Antragsteller Hessen-Süd

Zur Weiterleitung an SPD-Bundestagsfraktion, SPD Bundesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Soziales Wohnen soll sich lohnen – Für die Wiedereinführung der Wohnungsgemeinnützigkeit

1 Die SPD-Bundestagsfraktion und das SPD-geführte Bundesjustizministerium unter Heiko Maas
2 werden aufgefordert eine Gesetzesinitiative zur Gemeinnützigkeit von
3 Wohnungsbaugesellschaften zu starten.

4
5 Ein solches Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz soll regeln, dass Wohnungsbaugesellschaften,
6 die gemäß Satzungszweck die weiter unten aufgeführten Ziele und Auflagen erfüllen, als
7 gemeinnützig anerkannt und von der Gewerbe-, Körperschafts- und Vermögenssteuer befreit
8 werden.

9
10 Ziele für die Anerkennung der Gemeinnützigkeit:

- 11
- 12 1. Förderung des Wohnungsbaus
 - 13 2. Förderung der sozialen Durchmischung von Wohnquartieren
 - 14 3. Schaffung von bezahlbarem Wohnraum
 - 15 4. Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes und sozialer
16 Infrastruktur

17
18 Auflagen:

- 19
- 20 1. 1. Verbot der Gewinnausschüttung von mehr als 4% der eingezahlten Kapitaleinlage pro
21 Jahr
 - 22 2. Verfolgung des Kostendeckungsprinzips innerhalb des Teilbereichs des
23 Mietwohnungsbaus und bezogen auf das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit
 - 24 3. Zweckbindung des gesamten Vermögens an den gemeinnützigen Zweck

25
26 **Begründung:**

27 In Anbetracht der in den letzten Jahren in vielen Städten wieder aufkommenden Probleme der
28 Wohnraumversorgung sollte die 1990 von CDU und FDP abgeschaffte Gemeinnützigkeit für
29 Wohnungsunternehmen wieder eingeführt werden, um die Bereitstellung von bezahlbarem
30 Wohnraum steuerlich zu fördern.

31
32 Hierbei sollte jedoch explizit nicht nur die Bereitstellung bezahlbaren Wohnraums, sondern auch
33 städtebauliche Aspekte mitberücksichtigt werden. Hierzu sollte den gemeinnützigen
34 Wohnungsbaugesellschaften nicht nur die Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung des
35 Wohnumfeldes und sozialer Infrastruktur gestattet werden. Auch die Verfolgung des
36 Kostendeckungsprinzips -d.h. keinen höheren Preis verlangen, als die erbrachte Leistung
37 kostet- sollte, statt auf die einzelne Mietwohnung, auf den gesamten Mietwohnungsbestand
38 bezogen sein.

39

40 Hierdurch kann die Wohnungsbaugesellschaft innerhalb eines Wohnquartiers die soziale
41 Durchmischung durch Mietpreise steuern, die teilweise über den Selbstkosten, teilweise aber
42 auch unter diesen liegen.

43

44

45

46

47

48

49

50

51

52

53

54

55

56

57

58

59

60

61

62

63

64

65

66

67

68

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

Titel Wahlrecht auf kommunaler Ebene für Ausländer mit Aufenthaltsgenehmigung

Antragsteller Sachsen-Anhalt

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Wahlrecht auf kommunaler Ebene für Ausländer mit Aufenthaltsgenehmigung

1 **Wahlrecht auf kommunaler Ebene für Ausländer mit Aufenthaltsgenehmigung**

2

3 Mindestens 16-Jährige Nicht-EU-Bürger, die mindestens seit sechs Monaten hier leben, sollen
4 auf kommunaler Ebene das aktive und passive Wahlrecht erhalten.

5

6 **Begründung:**

7 Im Jahre 2014 lebten und arbeiteten rund 62000 Ausländer in Sachsen-Anhalt, von denen ca.
8 50000 den Aufenthaltsstatus besaßen (Quelle: AZR: 30.06.2014). Diese Bevölkerungsgruppe
9 nimmt im Vergleich zur Gesamtheit der wahlmündigen Bürger unseres Landes einen Anteil von
10 etwa 1 bis 2% ein. Vor dem Hintergrund, dass viele dieser Menschen bereits mehrere Jahre hier
11 leben, regelmäßig Steuern zahlen und fester Bestandteil des sozialen Gefüges sind, erscheint
12 uns die Verwehrung des aktiven Wahlrechts unverständlich. Zumindest auf kommunaler Ebene
13 sollte man der besagten Bevölkerungsgruppe das Recht gewähren, mitzuentcheiden, wer in
14 ihrem unmittelbaren Lebensumfeld politische Entscheidungen trifft. Das aktive Wahlrecht für
15 mindestens 16-Jährige mit Aufenthaltsgenehmigung impliziert den Grundsatz der
16 Gleichberechtigung und den Umgang mit Ausländern auf Augenhöhe. Diese Möglichkeit der
17 Partizipation führt dazu, dass die Interessen der betroffenen gesellschaftlichen Minderheit
18 verstärkt in den politischen Fokus rücken. Sachsen-Anhalt sollte bei diesem Thema eine
19 Vorreiterrolle einnehmen.

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

Titel Bezahlbarer Wohnraum für Alle

Antragsteller Hessen-Nord

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Bezahlbarer Wohnraum für Alle

- 1 Der Bundeskongress möge beschließen:
- 2
- 3 Bezahlbarer Wohnraum ist knapp. Insbesondere Studierende, Auszubildende, junge Familien,
- 4 Einkommensschwache und Asylbewerber leiden unter den hohen Mietpreisen oder finden erst
- 5 gar keine Wohnung.
- 6
- 7 Wir fordern daher:
- 8 • vorrangige Ausweisung von Wohnflächen (insbesondere reine Wohngebiete (WR) und
- 9 Allgemeine Wohngebiete (WA)
- 10 • Erhöhung der finanziellen Förderung der Studierendenwerke durch Bund und Länder um die
- 11 Konkurrenzsituation durch Studierende zu entschärfen
- 12 • Gesicherte Bereitstellung von bezahlbaren Wohnungen für alle
- 13 • Neubau bezahlbaren Wohnraums
- 14 • Ausbau des barrierefreien und familiengerechten Wohnraums
- 15 • Zusammenarbeit mit den umliegenden Gemeinden
- 16 • Förderung des sozialen Mietwohnungsbaus
- 17 • Die Mischung aus sozialem Wohnungsbau, bezahlbarem Wohnraum und Wohnraum für
- 18 gehobene Ansprüche
- 19
- 20 **Begründung:**
- 21 Begründung:
- 22 Die Wahl des Wohnortes liegt oft nicht in der Entscheidung des Menschen. Eine Vielzahl von
- 23 Faktoren ist ausschlaggebend. Einer davon ist der Wohnungsmarkt, der oftmals
- 24 entscheidenden Einfluss auf die Wahl des Wohnortes hat. Nur dort, wo auch der Wohnraum
- 25 vorhanden ist, kann ein Studium, eine Ausbildung oder ein Beschäftigungsverhältnis
- 26 aufgenommen werden. Insbesondere in Ballungsräumen, die zumeist auch Hochschulstädte
- 27 sind, wird der Wohnraum immer knapper.
- 28 Gerade zu Semesterbeginn übersteigt die Nachfrage das Angebot deutlich. Hier konkurrieren
- 29 dann nicht nur Studierenden um eine Wohnung, sondern alle Zielgruppen, die bezahlbaren
- 30 Wohnraum benötigen und verschärfen das Problem noch weiter.
- 31
- 32
- 33
- 34
- 35
- 36
- 37
- 38
- 39

Titel Resolution: Rekommunalisierung öffentlicher
Daseinsvorsorge - Privatisierung den Kampf ansagen

Antragsteller Hessen-Süd

Zur Weiterleitung an Bundesparteitag der SPD

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Resolution: Rekommunalisierung öffentlicher Daseinsvorsorge - Privatisierung den Kampf ansagen

1 Aufgabe des Staates muss es sein, allen Menschen den gleichen Zugang zu allen Gütern und
2 Dienstleistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge zu gewähren. Denn ohne Selbstbestimmung,
3 können wir unsere Vorstellung einer gleichberechtigten und freien Gesellschaft nicht
4 verwirklichen.

5
6 Doch nicht nur mehr Selbstbestimmung muss unser Ziel der Veränderung sein, sondern auch
7 Chancengleichheit für Alle. In einer Zeit, wo die Armen immer ärmer und die Reichen immer
8 reicher werden, die Diskussion um Studiengebühren noch nicht vollständig abgeklungen ist, der
9 öffentliche Nahverkehr immer teuer wird und Wohnraum zum Dauerbrenner gesellschaftlicher
10 Probleme wird - müssen die Forderungen klar sein:

- 11
- 12 • Bildung muss weiterhin frei sein und darf nicht von wirtschaftlichen Zwängen beeinflusst
13 sein. Denn Bildung muss für alle, ganz gleich ihrer finanziellen oder sozialen Herkunft, frei
14 zugänglich sein. Bildung muss der Gesellschaft dienen und nicht der Wirtschaft.
 - 15 • Der ÖPNV, sei es in der Stadt oder auf dem Land, muss Mobilität und Flexibilität
16 ermöglichen. Dazu gehört zum einen ein ausgeglichener Ausbau von (Teil-)Strecken und
17 zum anderen ein fairer und gerechter Preis. Denn ÖPNV muss sich an den Bedürfnissen
18 der Nutzer*innen orientieren und nicht der privaten Investor*innen.
 - 19 • Wohnraum muss wieder solidarisch und gerecht werden. Die hohen Mieten sind schon
20 lange nicht mehr ein Problem der Stadt, sondern verlagern sich zunehmend in den
21 ländlichen Raum. Menschen werden durch hohe Mieten in den ländlichen Raum gedrängt
22 - jedoch verursacht diese Verdrängung, das gleiche Problem im ländlichen Raum. Das
23 Ergebnis ist: zu teure Mieten, ganz gleich ihrer geographischen Lage.
 - 24 • Die Privatisierung im öffentlichen Dienst, ÖPNV und Wohnungsmarkt muss eingedämmt
25 werden und wieder zurück in die kommunale Verantwortung gegeben werden.
 - 26 • staatliche Regulierung, darf nicht mehr von wirtschaftlichen Interessen geleitet sein,
27 sondern autonom handeln.

28
29 Daraus wird eins klar: Öffentliche Daseinsvorsorge darf nicht weiterhin von Ökonomie und
30 Kapitalismus geleitet sein und muss endlich wieder frei und für die Gesellschaft handeln.
31 Gelebte Emanzipation eines*einer jedes*jeder Einzelnen kann nur entstehen, wenn wir
32 Barrieren abbauen und Freiraum ermöglichen. Der Staat und somit die Kommunen in der
33 Pflicht diese Möglichkeiten der Teilhabe und Verwirklichung zu eröffnen und nicht zu
34 unterbinden durch Einflussnahme Dritter.

35
36

Titel Wohnheimslotterie 9 aus 100? Für ausreichenden Wohnraum für Studierende, überall!

Antragsteller Braunschweig

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Wohnheimslotterie 9 aus 100? Für ausreichenden Wohnraum für Studierende, überall!

- 1 1. Wo wollen wir hin?
- 2
- 3 Wir JungsozialistInnen haben schon immer gefordert, dass Bildung und die Möglichkeit
- 4 Bildungsangebote wahrnehmen zu können nicht von der Größe des Geldbeutels abhängig sein
- 5 darf. Dies bezieht sich nicht nur auf die Gebührenfreiheit eines Studiums. Die Mietkosten zehren
- 6 einen Großteil des monatlichen Budgets der Studierenden auf. Wer ein Studium beginnen will,
- 7 soll sich nicht erst mit dem Mietspiegel des potentiellen Studienortes auseinandersetzen
- 8 müssen.
- 9
- 10 Grundsätzliches Ziel muss es sein, die Studierendenwerke in die Lage zu versetzen, ein
- 11 ausreichendes Angebot an günstigem und zeitgemäßem Wohnraum für Studierende
- 12 bereitstellen zu können. Bei der Verteilung der verfügbaren Wohnplätze muss es andere
- 13 Kriterien als „Vitamin B“ und „Wer zuerst kommt, mahlt zuerst“ geben. Eine gerechtere
- 14 Verteilung, die besondere soziale Umstände und Härten berücksichtigt, ist notwendig. Für den
- 15 Ausbau des Angebots an Wohnraum für Studierende gilt für uns das gleiche wie bei anderen
- 16 Aspekten der Planung des städtischen Raum: Leitbild ist die sozial gemischte Stadt.
- 17
- 18 2. Wie ist die Situation?
- 19
- 20 Aufschluss über das vorhandene Angebot an Wohnraum speziell für Studierende bietet die
- 21 jährliche Erhebung des Deutschen Studentenwerk e.V. (DSW). Dieses erfasst zum Stichtag
- 22 01.01. den öffentlich geförderten Wohnraum für Studierende. Hierzu werden zum einen
- 23 Wohnheimplätze der Studierendenwerke mit Belegungs- und Mietbindung gezählt (im Einzelfall
- 24 auch solche, die ohne öffentliche Förderung errichtet wurden) als auch sonstiger Wohnraum,
- 25 der durch die Studierendenwerke für Studierende angemietet wurde. Darüber hinaus wird auch
- 26 der öffentlich geförderte Wohnraum für Studierende in privater Trägerschaft erhoben.
- 27
- 28 Die aktuellen Zahlen von 2014 weisen in ganz Deutschland rund 234.000 Wohnplätze für
- 29 Studierende aus. Bei etwa 2,35 Mio. Studierenden bedeutet dies, dass nicht einmal 10% ein
- 30 öffentlich geförderter Wohnplatz angeboten werden kann. Diese sog. Unterbringungsquote liegt
- 31 bei 9,5%. Ein Blick auf die Zahlen der vergangenen Jahre offenbart, dass wir am vorläufigen
- 32 Tiefpunkt einer negativen Entwicklung angelangt sind. Lag die Unterbringungsquote um die
- 33 Jahrtausendwende noch bei ca. 12%, ging sie seither konstant auf den heutigen Wert zurück.
- 34 Die absoluten Zahlen an vorhandenen Wohnplätzen lassen dies zunächst nicht vermuten. Seit
- 35 dem Jahr 2000 ist die Zahl an Wohnplätzen sogar um 13.000 (+7,1%) gestiegen. Dieses Plus
- 36 entsprach jedoch bei Weitem nicht dem Anstieg der Studierendenzahlen im selben Zeitraum
- 37 (+39,5%).
- 38

39 Neben den Zahlen für das gesamte Bundesgebiet, lohnt ein Vergleich der Zahlen nach
40 Bundesländern. Hierbei treten zum Teil erhebliche regionale Unterschiede zu Tage. Besonders
41 die Stadtstaaten fallen mit äußerst geringen Unterbringungsquoten auf (Berlin: 5,7%, Bremen:
42 6,39%, Hamburg: 8,39%). Aber auch Hessen, das Saarland und Schleswig-Holstein liegen hier
43 mit Werten von unter 7,5% im unteren Bereich. Da sich in Berlin, Bremen, dem Saarland und
44 Sachsen-Anhalt aktuell weder Wohnheime im Bau befinden, noch Neubauten geplant sind, ist mit
45 einer weiteren Verschlechterung der Lage zu rechnen. Dabei ist anzumerken, dass gerade in
46 den Stadtstaaten mit ohnehin geringen Unterbringungsquoten ein meist ebenso angespannter
47 Mietwohnungsmarkt existiert. Mieten für Wohnungen unter 30qm liegen hier zwischen 15,23
48 €/qm (Hamburg) und 10,73 €/qm (Bremen). Dies stellt besonders Studierende mit einem
49 geringen Budget 25% der Studierenden verfügen nach der Sozialerhebung des DSW über
50 weniger als 680€ monatlich vor unbillige Härten.

51

52 Nur in einem Punkt jedoch liefert die Erhebung Aufschluss nicht nur über die Quantität sondern
53 auch über die Qualität des Angebots: Bei der Zahl der für RollstuhlfahrerInnen geeigneten
54 Wohnplätze. Diese wird bundesweit mit 1.481 angegeben. Somit sind gerade einmal 0,63% der
55 verfügbaren Wohnplätze baulich für die Benutzung durch RollstuhlfahrerInnen vorbereitet.

56

57 Der lokale Blick auf die Situation in Braunschweig liefert zum Stichtag 01.01.2014, auf
58 insgesamt schwachem Niveau, mit rund 12,4% immerhin eine überdurchschnittliche
59 Unterbringungsquote. Die Zahl von insgesamt nur 4 durch RollstuhlfahrerInnen benutzbare
60 Wohnungen muss jedoch als katastrophal bezeichnet werden.

61

62 3. Was bedeutet das?

63

64 Wie bereits festgestellt, herrscht bei der Unterbringungsquote in den verschiedenen
65 Bundesländern eine recht heterogene Situation. Dabei ist vor allem zu beobachten, dass die
66 Versorgung mit Wohnplätzen mit der finanziellen Lage der Länder korreliert. So nehmen sieben
67 von den acht Bundesländern, die eine unterdurchschnittliche Unterbringungsquote haben, die
68 vorderen Plätze bei der ProKopfverschuldung ein. Betrachtet man die Zahlen zu den sich im
69 Bau befindlichen beziehungsweise geplanten Wohnheimen zeigt sich dies noch deutlicher: Hier
70 können die reicheren Länder wie Baden-Württemberg, Bayern und Hessen einen großen Zubau
71 (von teilweise über 10%) vorweisen, während finanzschwache Länder wie Bremen, Hamburg,
72 Berlin und das Saarland momentan gar keine neuen Wohnheimsplätze planen. Insbesondere in
73 den Stadtstaaten mit ihrer angespannten Wohnungslage verschärft sich die Situation für die
74 Studenten und Studentinnen somit deutlich.

75

76 4. Was ist zu tun?

77

78 Um die Situation für Studierende auf dem Wohnungsmarkt zu verbessern, fordern wir
79 JungsozialistInnen folgende Maßnahmen:

80

- 81 • Erhöhung der zweckgebundenen Finanzmittel für Neubau und Sanierung von
82 Studierendenwohnplätzen

83

84 Um das unzureichende Angebot an Wohnheimsplätzen ausbauen zu können, führt kein Weg an
85 einer besseren finanziellen Ausstattung der Studierendenwerke vorbei. Hierbei ist insbesondere
86 der Bund in der Pflicht, den Grundsatz der gleichwertigen Lebensverhältnisse im Bundesgebiet
87 zu verwirklichen. Bei Neubauten und Renovierungen muss besonderes Augenmerk auf die
88 Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung gelegt werden.

89

- 90 • Beteiligung der Studierendenwerke an Stadtplanungsprozessen vor Ort

91

92 Stadtentwicklung muss politisch gestaltet werden. Neben der Beteiligung kommunaler
93 Wohnungsbauträger ist die Einbindung der örtlichen Studierendenwerke an
94 Hochschulstandorten bei Fragen der Stadtplanung und Quartiersentwicklung unerlässlich

95

- 96 • Ausbau der Kooperationsmöglichkeiten zwischen Studierendenwerken und kommunaler
97 und privater Wohnungswirtschaft

98

99 Neuer Wohnraum entsteht nicht über Nacht. Zur Abdeckung von Bedarfsspitzen können

100 Kooperationen, die es Studierendenwerken ermöglichen, auf Wohnungen Dritter zurückgreifen
101 zu können, ein sinnvolles Mittel sein. Diese Modelle brauchen jedoch einen klaren Rahmen, der
102 u.a. verhindert, dass leerstehender Wohnraum subventioniert wird.

103

- 104 • Stärkere Berücksichtigung räumlicher, zeitlicher und finanzieller Bedürftigkeit bei der
105 Verteilung von Wohnheimspätzen

106

107 Die reine Abarbeitung einer Warteliste ist denkbar unsozial. Die Bevorzugung von StudentInnen
108 die sich früh bewerben ist gerade deshalb paradox, weil eben Bewerber mehr Zeit und damit
109 bessere Chancen auf dem Wohnungsmarkt haben um etwas angemessenes zu finden,
110 wohingegen StudentInnen die erst kurz vor Semesterbeginn ihre Zusage von der Hochschule
111 bekommen diese Freiheit nicht mehr haben. Insbesondere Studierende, deren Heimatort weit
112 entfernt ist, haben keine Möglichkeit, eine eventuelle Wartezeit mit Pendeln zu überbrücken.
113 Dies gilt natürlich ganz besonders für Studierende aus dem Ausland. Hier sind feste
114 Kontingente, die für ausländische Studierende vorgehalten werden, zwingend erforderlich.
115 Besondere Härten müssen deshalb bei der Verteilung der leider noch viel zu knappen
116 Wohnheimspätze Berücksichtigung finden.

117

118

119

120

121

122

123

124

125

126

127

128

129

130

131

132

133

134

135

136

137

138

139

140

141

142

143

144

145

146

147

148

149

150

151

152

153

154

155

156

157

158

Jusos in der SPD

Bundeskongress, 27.-29.11.2015

L

Links Leben

L 1

Bundesvorstand
Links Leben!

235

Titel Links Leben!

Antragsteller Bundesvorstand

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Links Leben!

1 Links Leben – Über lange Zeit war mehr oder weniger klar was das bedeutet: Mit Hammer und
2 Meißel unterm Arm, „Glück auf“ auf den Lippen und dem „Kapital“ unterm Kopfkissen machte
3 man sich auf zur Maloche, nach 8 Stunden harter körperlicher Arbeit entweder zum
4 Arbeitergesangsverein, auf den Bolzplatz oder in den Lesezirkel. Am Wochenende ging's zur
5 Demo oder auf die Scholle. Oder zumindest stellte man sich das gerne so vor. Später war es die
6 Studi-WG, Stricken während der Vorlesung, die Friedensdemo und die freie Liebe. Auch wenn
7 die plakativen Vorstellungen nie auf die Mehrheit der Jusos zugetroffen haben, eine Vorstellung
8 davon, wie ein „gutes linkes Leben“ auszusehen hatte gab es meistens. Und heute? So viele
9 Möglichkeiten stehen uns offen: von der selbstverwalteten Microbrewery über Sozialarbeit oder
10 in der öffentlichen Verwaltung Teil des politischen Systems werden – was davon ist wirklich
11 „links“, oder besser noch „am linkesten“? Müssen wir dafür VeganerInnen werden oder in
12 Erinnerung an unsere Wurzeln in der Arbeiterbewegung Feuerwehrmarmelade zum Frühstück
13 essen? Gründen wir eine möglichst große Familie um uns selbst zu verwirklichen und viele
14 SozialistInnen groß zu ziehen oder bleiben wir in Verweigerung der Gesamtgesellschaft besser
15 alleine um nicht aus Versehen Teil des Systems zu werden? Ist der eigene Bio-Hof in
16 Brandenburg die Lösung oder ist das nicht Zersiedelung der Landschaft? Und tragen wir
17 eigentlich zur Gentrifizierung bei? Ist die fortschreitende Digitalisierung ein Weg zu mehr
18 Selbstbestimmung und Flexibilität oder führt zu Entgrenzung und Stresssymptomen? Auf diese
19 und viele andere neue Fragen, können bisherige Richtschnüre für jungsozialistisches Handeln
20 nur bedingt Antworten geben – es hilft nichts, wir müssen sie uns selber suchen. Dazu haben
21 wir uns in den letzten zwei Jahren auf den Weg gemacht, um Leitlinien für jungsozialistische
22 Politik im 21. Jahrhundert zu suchen. Entwickelte und diskutierte Thesen können dabei nur
23 erste Aufschläge sein, für eine jungsozialistische Erzählung eines guten linken Lebens. In den
24 kommenden Jahren müssen wir diese weiterentwickeln, mit Leben füllen und immer wieder auf
25 den Prüfstand stellen. Denn klar ist: Wir Jusos geben uns nicht zufrieden mit einmal
26 erarbeiteten Antworten. Wir wissen, dass die Welt sich ununterbrochen verändert und wir
27 deshalb immer wieder neue Antworten auf neue Fragen finden müssen. Wir wollen die Zukunft
28 gestalten, nur zuzuschauen reicht uns nicht.

29
30 Das eine richtige Leben haben, werden und wollen wir nicht entwickeln. Wir können dabei nur
31 Leitthesen zur Orientierung diskutieren, die jedeR für sich selbst mit Leben füllen muss – und im
32 Zweifelsfall muss auch die Dialektik einer jungsozialistischen Einstellung in einer kapitalistischen
33 Gesellschaft ausgehalten werden. In den letzten Jahren beobachten wir, dass unsere
34 Gesellschaft vielfältiger, Lebensentwürfe pluralistischer und individueller werden. Dies ist eine
35 wichtige Leitlinie für unsere Diskussionen gewesen. Jungen Menschen ist es enorm wichtig,
36 dass sie selbstbestimmt entscheiden können, wie sie leben. Und, dass sie sich frei entfalten
37 können – ohne Zwänge und ohne Angst. Die Digitalisierung schreitet weiter voran und verändert
38 unsere Gesellschaft und das Zusammenleben fundamental. Sie wirkt sich auf alle
39 Lebensbereiche aus; Chancen und Risiken liegen oft nah beieinander.

40
41 Wir Jusos sehen auch, dass die Antworten auf die drängenden gesellschaftlichen Fragen
42 zunehmend individualisiert werden. Für viele, auch in der Linken, geht es darum was der oder
43 die Einzelne in seinem eigenen Leben verbessern kann. Das spiegelt sich zum Beispiel in der
44 Diskussion um strategischen Konsum wieder. Das neoliberale Dogma, Probleme seien am
45 besten individuell zu lösen, reicht weit hinein ins Bewusstsein vieler junger Leute. Im
46 Vordergrund steht zuallererst sich selbst und die eigene Leistung zu problematisieren, statt
47 gesellschaftliche Lösungen zu erkämpfen. Erfolge wiederum sind stets der Erfolg des
48 Einzelnen, gesellschaftliche Unterstützungsleistungen werden nicht als solche erkannt.
49
50 Für uns ist weiterhin klar: gesellschaftliche Machtverhältnisse prägen unsere Gesellschaft. Es
51 reicht deshalb nicht, nur jedem Einzelnen und jeder Einzelnen gleiche Chancen einzuräumen
52 und auf das Prinzip Eigenverantwortung zu setzen. Ein „gutes Leben“ kann niemals nur die
53 Aufgabe eines Individuums sein. Es ist und bleibt unsere Überzeugung, dass echte
54 gesellschaftliche Fortschritte und Gerechtigkeit nur durch den gemeinsamen Kampf erreicht
55 werden können. Das heißt Solidarität mit den weniger Begünstigten und gesellschaftlichen
56 Ausgeschlossenen, Solidarität bei der Verteilung der Arbeit, damit junge Menschen eine Chance
57 auf ein selbstbestimmtes Leben haben. Solidarität auch bei den ökologischen
58 Herausforderungen, denn auch hier müssen starke Schultern mehr tragen als schwache. Und
59 Solidarität nicht zuletzt mit den krisengebeutelten Menschen überall in Europa und der ganzen
60 Welt. Ein gutes linkes Leben für jedeN EinzelneN kann es nur in Solidarität und durch die
61 Überwindung systematischer gesellschaftlicher Ausschlussmechanismen geben.
62
63 Im gesellschaftlichen Mainstream und auch für viele junge Menschen scheint es einen
64 Widerspruch zu geben: Frei leben und entscheiden auf der einen Seite – Rücksicht nehmen und
65 solidarisch sein auf der anderen Seite. Für uns Jusos ist klar: Freiheit und Solidarität sind kein
66 Widerspruch, sondern können nur gemeinsam funktionieren. Deshalb haben wir uns die letzten
67 zwei Jahre aufgemacht und gemeinsam diskutiert: Wie viel wir braucht das ich? Wie sieht ein
68 gutes linkes Leben für alle aus? Wie wollen wir in 20 Jahren zusammen leben?
69
70 Diese Debatte haben wir nicht alleine geführt, sondern breit in den Verband getragen, in
71 Zukunftswerkstätten, auf dem Linkskongress sowie unserem Sommercamp haben wir mit euch
72 diskutiert, argumentiert und Themen aus verschiedenen Blickwinkeln betrachtet. Auch mit
73 unseren BündnispartnerInnen, wie den Gewerkschaften, Naturschutzverbänden oder anderen
74 Jugendparteien haben wir unsere Ideen rückgekoppelt und verschiedenen Meinungen
75 eingeholt.
76
77 In verschiedenen Themenblöcken von „Wie viel Gewissen braucht die Wirtschaft?“ und „Wie viel
78 Arbeit braucht das Leben?“ bis hin zu „Wie viel eigenen Kopf braucht die Bildung?“ und „Wie
79 viel Freiräume braucht das Zusammenwohnen?“ haben wir Thesen entwickelt und Antworten
80 formuliert. Das sind unsere Ergebnisse:
81
82 **Thesen: Wieviel Gewissen braucht die Wirtschaft?**
83
84 1. Natürliche Monopole müssen in die öffentliche Daseinsvorsorge überführt werden
85
86 Güter der öffentlichen Daseinsvorsorge sind für uns jene Güter und Dienstleistungen, die der
87 Mensch braucht, um leben zu können. Für die Bereitstellung dieser Güter und Dienstleistungen
88 ist der Staat verantwortlich. Darüber hinaus ist er auch für deren Organisation und
89 Ausgestaltung verantwortlich. Der Staat muss das Soziokulturelles Existenzminimum
90 sicherstellen. Dieses muss an linken Maßstäben ausgerichtet sein. Zu den Gütern der
91 öffentlichen Daseinsvorsorgen gehören für uns unter anderem die Bildung, die Infrastruktur, der
92 Energiesektor, der Gesundheitssektor und die öffentliche Sicherheit. Auch einige Güter, bei
93 denen es ein natürliches Monopol gibt, gehören in öffentliche Hand und zur öffentlichen
94 Daseinsvorsorge, um deren Bereitstellung trotz hoher Fixkosten für alle Menschen
95 sicherzustellen.
96
97 Güter der öffentlichen Daseinsvorsorge dürfen nicht ökonomisiert werden. Das bedeutet, dass
98 eine öffentliche Daseinsvorsorge nicht auf die Maximierung von Gewinnen ausgerichtet sein
99 darf, sondern sich am Wohl des Menschen ausrichten muss und nur sich selbst finanzieren darf.
100 Eine Privatisierung von Gütern der öffentlichen Daseinsvorsorge ist abzulehnen. Dort wo Güter

101 der öffentlichen Daseinsvorsorge privatisiert wurden wie zum Beispiel die Infrastruktur müssen
102 sie wieder zurück in staatliche Hand gebracht werden.

103

104 Güter und Dienstleistungen, sowie auch deren Produktion, die nicht zur öffentlichen
105 Daseinsvorsorge zählen oder kein natürliches Monopol darstellen bedürfen einer umfassenden
106 staatlichen Regulierung im Sinne des Wohles aller Menschen.

107

108 Eine privatwirtschaftliche Organisation bestimmter Güter, die gerade in der Zukunft zu Gütern
109 der öffentlichen Daseinsvorsorge werden könnten ist gerade dort okay, wo sie in Bezug auf den
110 Menschen innovativ, anpassungsfähig und effizient ist. Dies gilt bis zu dem Zeitpunkt an dem
111 diese Güter ein natürliches Monopol darstellen.

112

113

114 2. Wir brauchen ein Wachstum nach neuen Paradigmen

115

116 Wachstum ist kein Selbstzweck, sondern muss langfristig neue Handlungsspielräume für
117 Wohlfahrt eröffnen. Dazu bedarf es einem langfristig und keinem kurzfristig ausgerichteten
118 wirtschaften.

119

120 Dies ist in einem System in dem Wohlstand und Wachstum an den harten Fakten des BIP
121 gemessen wird nicht möglich. Deshalb bedarf es einer Abkehr vom BIP, einer Neudefinition von
122 Wohlstand und einem Paradigmenwechsel des Wachstums. Vor allem soziale Aspekte, sowie
123 Aspekte der Effizienz und Nachhaltigkeit müssen zukünftig herangezogen werden um
124 Wachstum zu berechnen.

125

126 Aufgabe des Staates ist es daher einerseits neue Maßstäbe zur Berechnung von Wachstum
127 und Wohlstand zu setzen. Darüber hinaus muss der Staat durch Regulierung darauf hinwirken,
128 dass eine Langfristigkeit des Wirtschaftens Einzug ins Wirtschaftssystem erhält. Auch muss er
129 dies fördern und absichern. Eine Möglichkeit um einen finanziellen Spielraum für diese
130 Umgestaltung zu generieren könnte eine Ressourcenbesteuerung bzw. Sanktionierung für
131 Unternehmen unter bestimmten Konditionen bzw. bei der Nichteinhaltung von bestimmten
132 Konditionen sein.

133

134 3. Wir brauchen nachhaltiges Wirtschaften das natürliche Ressourcen schont und die Umwelt
135 schützt

136

137 Eine Langfristigkeit des Wirtschaftens bedeutet, dass wirtschaften sozial ökonomisch,
138 ökologisch und kulturell nachhaltig sein muss. Ein langfristiges und somit auch nachhaltiges
139 Wirtschaften ist allerdings nicht durch einen erzwungenen Verzicht der Individuen möglich,
140 sondern nur durch einen technologischen Fortschritt, durch den Ressourcenschonung und
141 Umweltschutz gefördert werden können möglich, da es nur so zu einem ressourcenneutralen
142 Wachstum kommt.

143

144 Somit ist nachhaltiges Wirtschaften als ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu begreifen.
145 Dazu bedarf es einer staatlichen Regulierung unter anderem durch die Setzung von
146 ökologischen Standards, die aber auch soziale und kulturellen Aspekte zwingend berücksichtigt.

147

148 Wir setzen aufgrund einer ökologischen Verantwortung auf nachhaltiges Wachstum. Nur so
149 können wir jenseits der Energiewende unsere Umwelt schützen und erhalten, Ressourcen über
150 Generationen gerecht verteilen und somit Fortschritt und Wohlstand für die Zukunft sicher
151 stellen.

152

153

154

155 4. Wir brauchen eine stärkere Teilhabe von ArbeitnehmerInnen an
156 Unternehmensentscheidungen und eine Beteiligung an

157 Gewinnen

158

159 Erwerbsarbeit ist lohnabhängige Arbeit, die in Entfremdung und Ausbeutung Tauschwert
160 schafft. Zudem schafft Arbeit einen Gebrauchswert und die Menschen können sich durch sie
161 selbstverwirklichen. Arbeit hat somit einen Doppelcharakter. Im Kapitalismus fließen Gewinne

162 nicht an den ArbeitnehmerInnen, sondern an die Kapitalseite. Wir wollen, dass diejenigen, die
163 ihre Arbeitskraft veräußern an den Gewinnen des durch sie erwirtschafteten Mehrwerts stärker
164 beteiligt werden. Ein Mittel dazu sind Gewinnausschüttungen.

165

166 Genossenschaften stellen eine Alternative zu den vorherrschenden traditionellen
167 Wirtschaftsformen dar. Sie ermöglichen der ArbeitnehmerInnenseite sich an unternehmerischen
168 Entscheidungen zu beteiligen. Dadurch können sie eine Abmilderung der kapitalistischen
169 Effekte fördern und somit den Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital abschwächen. Aufgabe
170 des Staates ist es vor diesem Hintergrund Genossenschaften einen größeren
171 Handlungsspielraum (z.B. Ring der Genossenschaften) zu ermöglichen und Hürden zur
172 Überführung von Unternehmen in genossenschaftliche Wirtschaftsform abzubauen, sowie die
173 Neugründung von Genossenschaften zu fördern.

174

175 Neben Genossenschaften gehört zu einer Demokratisierung der Wirtschaft aber auch die
176 Stärkung der Betrieblichen Mitbestimmung. Diese soll auch auf operative und strukturelle
177 Unternehmensentscheidungen ausgedehnt werden, unabhängig von Betriebsgröße und
178 Rechtsform. Dies führt auch zu einer Stärkung der Gewerkschaften, da sie über die Betriebsräte
179 mehr Einflüsse auf die Unternehmen gewinnen.

180

181 5. Die EU braucht eine gemeinsame Steuer- und Fiskalpolitik

182

183 Die EU verkommt aktuell zu einem neoliberalen Konstrukt, welches wirtschaftliche Gewinne vor
184 die Würde des Menschen stellt. Der Fiskalpakt sowie die von Deutschland betriebene
185 Austeritätspolitik veranschaulicht dies exemplarisch. Eine gemeinsame Währung braucht auch
186 eine gemeinsame Steuer und Fiskalpolitik. Nur so kann garantiert werden, dass neben einer
187 Wirtschaftsunion auch eine Sozialunion etabliert werden kann. Säulen einer Sozialunion sind
188 nicht nur vor dem Hintergrund der aktuellen Krise ein Staatsfinanzausgleich, ein europäischer
189 Mindestlohn ausgerichtet am nationalen Existenzminimum, eine europäische
190 Unternehmensbesteuerung, eine Angleichung der Steuersystemen und eine
191 Kompetenzverlagerung von bestimmten steuerlichen Kompetenzen von der nationalen auf die
192 europäische Ebene.

193

194 Ein globaler Markt birgt neben den Vorteilen des freien Handels auch zahlreiche damit
195 einhergehende Risiken. Statt Freihandel brauchen wir einen partnerschaftlich organisierten
196 sozialen Welthandel. Dieser bedarf soziale, demokratische, ökologische
197 menschenrechtsbezogene und nachhaltige Standards. Dazu brauchen wir eine Abkehr von
198 Bilateralen Handelsverträgen, die meist zuungunsten der schwächeren Handelsparteien
199 ausgestaltet sind sowie eine Neuausrichtung und Stärkung von WTO und IWF.

200

201 **Wie viel Teilhabe braucht die Demokratie?**

202

203 1. Materielle Sicherheit und Bildung sind Voraussetzungen für gesellschaftliche Teilhabe

204

205

206 Die Teilhabe einer jeden/eines jeden an unserer Gesellschaft und Demokratie ist ein hohes
207 soziales Gut, für welches wir Jusos seit jeher einstehen. Gesellschaftliche Teilhabe ist aber
208 durch vielerlei Dinge beeinflusst und determiniert. So bedarf es als Grundvoraussetzung einer
209 materiellen Absicherung jedes Individuums, um überhaupt am sozialen Leben der Gesellschaft
210 teilhaben zu können. Ein linkes Leben bedeutet für uns deshalb, dass durch gute Arbeit und
211 gerechte Entlohnung jeder/jedem eine materielle Basis zur Befriedigung ihrer/seiner
212 Lebensbedürfnisse geboten wird. Diese Basis gehört für uns durch die Solidargemeinschaft und
213 den Staat abgesichert, damit niemand vom Gesellschaftsleben exkludiert wird.

214

215 Neben der materiellen Absicherung, bedarf es im Sinne gleicher und freier Menschen, weitere
216 Grundvoraussetzungen, damit jede/jeder am sozialen und politischen Leben teilhaben kann.
217 Hierzu zählt zuvorderst, dass für uns alle Menschen das allgemeine und gleiche Recht auf
218 Partizipation haben! Nur auf einer solchen Grundlage kann eine gesellschaftliche Teilhabe aller
219 gelingen. Daneben bedarf es aber auch der individuellen Befähigung: Bildung ist auch hier der
220 Schlüssel zu einer erfolgreichen Teilhabe am gesellschaftlichen und sozialen Leben sowie an
221 politischen Prozessen. Emanzipatorische Bildung hat dabei einen hohen Stellenwert, die jede
222 Einzelne/jeden Einzelnen zu mündigem, selbstdenkendem, reflektierendem und kritisch-

223 analysierendem Handeln befähigt, für eine gleichberechtigte Teilhabe aller darstellt.

224

225

226

227 2. Links leben heißt Demokratisierung aller Lebensbereiche

228

229 Für uns stellt die Demokratisierung aller Lebensbereiche die soziale Praxis zur Etablierung
230 eines demokratischen Sozialismus dar. Was sich träumerisch und sozialromantisch anhört, hat
231 für uns einen ganz realen Hintergrund. Für uns heißt Demokratie und Sozialismus, dass wir
232 nicht nur alle vier oder fünf Jahre über Vertretungskörperschaften abstimmen. Vielmehr handelt
233 es sich um einen aktiven Prozess, der sich in allen Lebensbereichen niederschlägt, bzw.
234 niederschlagen sollte. Wir sind davon überzeugt, dass ein grundsätzlicher Wandel in unserer
235 Wirtschaftsweise über eine Stärkung von Wirtschaftsdemokratie zu erreichen ist. Wir wollen,
236 dass die Belegschaften in den Betrieben stärker in die operativen Geschäftsbereiche
237 eingebunden sind und aktiver Part in der Gestaltung der Firmenpolitiken werden. Wirtschaften
238 ist für uns ein solidarischer Prozess. Links leben bedeutet daher, einen neuen Konsens über
239 den Stellenwert von Wirtschaften als solidarischen und demokratischen Prozess der
240 Bedürfnisbefriedigung einer gesamten Gesellschaft zu erreichen.

241

242 Die Demokratisierung des Wirtschaftsprozesses ist zentral für die Überwindung kapitalistischer
243 Strukturen, sie endet aber nicht dort. Für uns heißt dies praktisch, dass
244 Mitbestimmungsstrukturen in Schule oder Universität wieder gestärkt werden müssen, dass
245 Verfahren zur Beteiligung innerhalb politischer Prozesse ausgebaut werden und dass
246 letztendlich auch politische Parteien - insbesondere die sozialdemokratische - ihre Praxen
247 ändern müssen, um wieder verstärkt ein Ort des demokratischen Lebens und der
248 demokratischen Willensbildung in unserer Gesellschaft zu werden. Für uns ist hiermit aber
249 zugleich auch ein Bekenntnis zu repräsentativen Formen der Demokratie verbunden, da viele
250 Untersuchungen zeigen konnten, dass diese, im Vergleich zu direkten bzw. ergänzenden
251 Formen der Demokratie weniger sozial selektiv sind. Wir stehen zu einem Bekenntnis für die
252 direkte Beteiligung in Entscheidungsprozessen, wir glauben allerdings nicht, dass sich diese
253 zwangsläufig in einfachen Ja-oder-Nein-Entscheidung widerspiegeln kann. Politische Debatten
254 und Diskurse sind komplexer. Sie brauchen einen breiteren Diskussionsrahmen in unserer
255 Gesellschaft. Hierfür müssen durch eine fortschreitende Demokratisierung gesellschaftlicher
256 Strukturen Räume etabliert werden.

257

258 3. Die Demokratie braucht starke Parteien

259

260 Parteien haben den Auftrag, gesellschaftliche Stimmungen aufzunehmen, zu diskutieren und in
261 den parlamentarischen Prozess einzubringen. Die Mitglieder sind die tragende Säule einer
262 Partei, dies gilt insbesondere für die SPD, als Selbstorganisation politischer Subjekte, die sich
263 unter einem verbindenden Wertegerüst sammeln, für gesellschaftlichen Fortschritt kämpfen und
264 sich gegen Benachteiligung und Ausbeutung Vieler durch die Wenigen stark machen.

265

266 Wollen wir für die Demokratisierung aller Lebensbereiche kämpfen, müssen wir diesen Kampf
267 auch in unserer Partei führen. Wir erleben eine zunehmende Zentralisierung und Zuspitzung
268 politischer Entscheidungen auf wenige Spitzenfunktionäre und -gremien. Parteipolitik muss aber
269 für das einzelne Mitglied erlebbarer sein – Diskussionen müssen offen geführt werden und
270 dürfen keinen vorfestgelegten Ausgang haben. Dies heißt auch, dass wir Politik entschleunigen
271 müssen. Abwägungsprozesse brauchen Zeit und reifliche Überlegungen, einen Austausch über
272 das Für und Wider. Hierfür braucht es geeignete Räume. Dazu zählt auch eine kollegiale und
273 faire Streitkultur. Nur wenn wir es schaffen, dass wieder mehr Menschen die Mitgliedschaft und
274 das Engagement in unserer Partei als eine persönliche Bereicherung empfinden, bei der man
275 zu der Überzeugung gelangt, selber Teil gesellschaftlichen Fortschritts und der Veränderung zu
276 sein, wird die SPD eine Zukunft haben.

277

278 4. Ohne handlungsfähige Kommunen stirbt die Demokratie

279

280 Teilhabe am gesellschaftlichen und sozialen Leben erfolgt direkt vor Ort in den Städten und
281 Kommunen, sie sind die Wiege politischer Partizipation. Deshalb halten wir es für notwendig,
282 dass der Weg zur stärkeren Demokratisierung gerade über die Schaffung von
283 Beteiligungsmöglichkeiten in den Kommunen zu bestreiten ist. Wir wollen uns dafür einsetzen,

284 dass auf der lokalen Ebene ein offeneres und partizipativeres Demokratieverständnis erprobt
285 und praktiziert wird, welches Vorbild für die weiteren Ebenen werden kann. Auf der kommunalen
286 Ebene gibt es bereits heute weitreichendere Beteiligungsmöglichkeiten: So sind hier
287 UnionsbürgerInnenwahlberechtigt oder spezielle Beiräte (bspw. für Senioren, Jugendliche oder
288 Ausländerinnen und Ausländer), ermöglichen eine Einbindung weiterer AkteurInnen. Für uns
289 heißt inklusives Demokratieverständnis allerdings auch, dass die Beteiligungsrechte weiter
290 ausgebaut werden müssen. Nicht nur UnionsbürgerInnen sollen kommunales Wahlrecht
291 erhalten, sondern alle Menschen, die in der jeweiligen Kommune leben.

292

293 Das gilt natürlich auch für alle Menschen, die noch nicht 18 sind. Die Absenkung des Wahlalters
294 auf 16 Jahre, ist auf vielen Ebenen bereits umgesetzt. Es wird Zeit, dass dies auch auf
295 Bundesebene Standard wird. Die Kommune ist allerdings zur Zeit stark unter Druck.

296 Kommunale Demokratie kann nur funktionieren, wenn die Kommunen handlungsfähig sind. Die
297 finanzielle Lage in den meisten Landesteilen ist jedoch mehr als miserabel. Wer die Kommunen
298 verelenden lässt, der lässt auch die Demokratie bereitwillig sterben. Die Verantwortung hierfür
299 liegt bisweilen nicht immer bei den Kommunen selbst, sondern bei der fehlenden finanziellen
300 Ausstattung durch die Länder und den Bund, die den Kommunen zwar zunehmend mehr
301 Aufgaben zuweisen, diese aber nicht ausreichend ausfinanzieren. Für "freiwillige Leistungen",
302 bleibt da meist kaum noch Spielraum, mit der Folge, dass Theater oder Schwimmbäder
303 geschlossen, Busverbindungen ausgedünnt oder Betreuungsschlüssel in Kindertagesstätten
304 erhöht werden. Dies ist kein Vorbild für eine lebendige Demokratie. Links leben heißt für uns
305 deshalb, dass wir handlungsfähige Kommunen brauchen, die vor Ort gesellschaftliche und
306 soziale Teilhabe ermöglichen, weil sie hierfür ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung
307 haben.

308

309 **Thesen: „Wie viel Freiräume braucht das Zusammenleben?“**

310

311 1. Öffentlicher Raum ist Lebensraum! Wir haben ein Recht auf Stadt!

312

313 Gesellschaftliches Leben bedeutet Kunst, Kultur, Politik und vieles mehr. Jede und Jeder hat
314 das Recht auf gesellschaftliche Teilhabe, nicht umsonst hat das Bundesverfassungsgericht
315 mehrmals betont, dass JedeR ein Anrecht auf das kulturelle Existenzminimum hat. Für uns geht
316 es aber um mehr. Denn neben individueller Befähigung zur Teilhabe am gesellschaftlichen
317 Leben braucht es zugängliche Räume und Platz für Gemeinschaft. Wir erleben die zunehmende
318 Privatisierung vormals öffentlicher Räume und Räumlichkeiten und damit das Entstehen immer
319 neuer Zugangshürden. Wir wollen, dass junge Menschen sich auch dann mit ihren FreundInnen
320 treffen können, wenn sie sich die Getränkepreise im Szeneclub oder in der Innenstadtkeipe
321 gerade nicht leisten können. Wir wollen, dass politische und kulturelle Veranstaltungen auch
322 dann stattfinden können, wenn sie nicht genug Gewinn für hohe Raumieten abwerfen. Linke
323 Stadtentwicklungspolitik muss Innenstädte und Quartiere zu attraktiven Orten des
324 Zusammenlebens machen und nicht zu Konsummeilen. Öffentlicher Raum muss barrierefrei
325 zugänglich sein, damit wirklich Platz für Alle ist. Wir wollen auch keine abgeschotteten
326 Nobelviertel und soziale Segregation in unseren Städten, sondern sozial durchmischte
327 Quartiere, die Angebote für alle bereithalten. Angemessener Wohnraum ist dabei ein
328 Grundrecht! Bezahlbares Wohnen in sozial gemischten Quartieren muss staatlich abgesichert
329 und alternative Wohnformen ermöglicht werden.

330

331 2. Seen und Parks gehören uns allen!

332

333 Seen und Parks sind öffentliche Orte der Naherholung und müssen zugänglich bleiben. Immer
334 öfter lässt sich dagegen beobachten, dass der Zugang zu Seeufern kaum mehr möglich ist, weil
335 sich alle Ufergrundstücke in Privatbesitz befinden. Wir sagen: Es kann nicht sein, dass es in
336 einer reichen Gesellschaft wie unserer nicht möglich ist, in einen See zu springen, ohne das
337 nötige Kleingeld mitzubringen. In der Hand von privaten Pächtern und Investoren sind Gebiete
338 öffentlicher Naherholung schlecht aufgehoben.

339

340 3. Jugend braucht Freiräume!

341

342 Jugend braucht Freiräume, egal ob in der Stadt oder auf dem Land. Der Zugang zu Sport, Kunst
343 und Kultur muss gerade für junge Menschen kostengünstig und ohne Konsumzwang möglich
344 sein. Im ländlichen Raum bedeutet das vor allem, überhaupt Angebote zu schaffen oder solche

345 zu erhalten, die von der Schließung bedroht sind. Es darf keine weißen Flecken in der
346 Jugendarbeit geben, jede und jeder hat ein Recht auf Angebote zur Teilhabe und auf
347 Möglichkeit zur gemeinsamen Gestaltung der eigenen Freizeit – egal ob in der Metropole oder
348 auf dem platten Land. Die Formen der Jugendarbeit sind vielfältig und sollen es bleiben. Offen,
349 selbstverwaltet oder staatlich organisiert – alle diese Angebote haben ihre Berechtigung. Unser
350 Anspruch ist, dass Jugendliche selbst gestalten und mitbestimmen können und nicht über ihre
351 Köpfe entschieden wird, egal in welcher Form Jugendarbeit stattfindet. Es müssen deshalb die
352 Rahmenbedingungen geschaffen und hauptamtliche Begleitung sichergestellt werden, damit die
353 notwendigen Freiräume für ehrenamtliches Engagement eigenständige Angebotsgestaltung
354 durch Jugendliche geschaffen werden.

355

356 4. Freiräume brauchen Zeit!

357

358 Immer deutlicher wird: Immer mehr junge Menschen wollen sich nicht mehr zwischen beruflicher
359 Perspektive, Familienplanung und Freundschaften entscheiden. Gerade in der sog. „Rushour
360 des Lebens“ prasseln unzählige Anforderungen auf uns und viele andere unserer Generation
361 ein. Wir wollen, dass Menschen eigenständig über die Gestaltung ihres Lebens bestimmen
362 können. Eine wesentliche Voraussetzung dafür ist Zeitsouveränität. Deshalb wollen wir in
363 Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften für eine Verkürzung der Regelarbeitszeit und mehr
364 Flexibilität in der Gestaltung von Arbeitszeiten streiten. Es gilt, für eine neue Balance zwischen
365 Arbeit und Freizeit zu sorgen! Damit ermöglichen wir auch mehr gesellschaftliches Engagement
366 und schaffen die Rahmenbedingungen für ein Leben, in dem Familien- und Sorgearbeit,
367 Ehrenamt und Erwerbsarbeit miteinander im Einklang und nicht sich gegenseitig im Weg
368 stehen. Freiräume braucht es aber nicht erst mit dem Eintritt in Ausbildung und Erwerbsleben –
369 auch Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf unverzweckte Zeit, die sie selbst gestalten
370 können. Wir wollen, dass neben Ganztagsangeboten an der Schule – welche wir auch für
371 Vereine und Verbände öffnen wollen - noch Zeit für außerschulische Aktivitäten oder einfach nur
372 eigenständig gestaltbare Freizeit bleibt.

373

374 5. Teilhabe braucht Mobilität!

375

376 Whatsapp, Facebook, zahlreiche Möglichkeiten über Entfernung in Kontakt zu bleiben – viele
377 Dinge erleichtert der Digitale Wandel. Und dennoch bleibt es im Kern dabei: Nur wer dorthin
378 kommt, wo etwas passiert kann auch Teil sein und teilhaben. Gerade junge Menschen sind
379 deshalb auf kostengünstige nicht-individuelle Mobilität angewiesen. Kostengünstige und
380 regelmäßige ÖPNV-Angebote, die sich JederR leisten kann sind für uns deshalb eine
381 Grundvoraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Unser Ziel ist ein kostenloser ÖPNV in Stadt
382 und Land. So reduzieren wir auch motorisierten Individualverkehr und schützen die Umwelt.

383

384 6. Gleichwertige Lebensverhältnisse sind nicht verhandelbar!

385

386 Stadt und Land bieten unterschiedliche Vorzüge und Nachteile, die sich aufgrund der
387 verschiedenen strukturellen Bedingungen ergeben. Für uns ist jedoch klar, dass es in staatlicher
388 Verantwortung liegt, gleichwertige Lebensverhältnisse auch zwischen Stadt und Land zu
389 gewährleisten. Dazu müssen wir intelligente Konzepte entwickeln, wie Metropolen und
390 Oberzentren mit dem Umland in Verbindung stehen und gegenseitig voneinander profitieren
391 können. Nicht in allen von Abwanderung betroffenen Regionen wird sich der
392 Schrumpfungsprozess stoppen lassen. Das darf aber kein Grund für einen Rückzug des
393 Staates und eine Absage an politische Gestaltungsansprüche sein. Gerade hier braucht es
394 Konzepte und damit verbundene Investitionen, um auch schrumpfende Städte und Gemeinden
395 als lebenswerte Räume zu erhalten. Insbesondere die Digitalisierung bietet auch für den
396 ländlichen Raum enorme Potentiale, indem sie Sharing-Modelle ermöglicht und Dinge von
397 Daheim erledigt werden können, für die sonst weite Wege nötig werden. Deshalb setzen wir uns
398 für den flächendeckenden Breitbandausbau ein – egal ob in der Stadt oder auf dem Land.

399

400 **Thesen: „Wie viel eigenen Kopf braucht die Bildung?“**

401

402 1. Bildung ist Erziehung zu Mündigkeit und kritischem Denken

403

404 Bildung ist die soziale, gesellschaftliche und ökonomische Frage unserer Zeit. Sie befähigt zu
405 demokratischer Teilhabe und sozialer Verantwortung, sie soll Chancen für alle eröffnen. Bildung

406 darf deshalb nicht kapitalistischen Prinzipien unterworfen sein. Sie soll sinnstiftend aber auch
407 Selbstzweck sein. Ziel ist nicht die wirtschaftliche Verwertbarkeit von Bildungsinhalten. Bildung
408 ist vielmehr eine der wesentlichen Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes Leben, für die
409 Befähigung zur kritischen Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Zuständen aber auch für
410 Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt. Obgleich diese Chancengleichheit ein Bildungsziel ist,
411 werden wir unser System des lebenslangen Lernens niemals dem ökonomischen Druck zum
412 Opfer fallen lassen.

413

414 Wir wollen demokratische Bildungsinstitutionen, die für alle Beteiligten individuelle Lernprozesse
415 ohne starre Vorgaben ermöglichen. Ziel unseres Bildungsideals ist deshalb nicht das
416 Auswendiglernen von Inhalten, sondern die Erziehung zur Mündigkeit und zum kritischen
417 Denken. Wir wollen ein Bildungssystem, das allen Menschen Chancen bietet – von
418 frühkindlicher bis Erwachsenenbildung.

419

420 In Bildungsinstitutionen soll die Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Zuständen und
421 Veränderungen im Mittelpunkt stehen. Unser Ziel ist es, so die Steigerung der politischen
422 Partizipation zu erreichen. Eine progressive Bildungspolitik ist entscheidend für
423 Selbstbestimmung und soziale Teilhabe und fördert die demokratische Entwicklung. Bildung in
424 dieser Form bedeutet ständige gesellschaftliche Selbstreflexion und ist Lebensgrundlage
425 menschlicher Gemeinschaft.

426

427 2. Ein inklusives Bildungssystem muss frei von Wettbewerbsgedanken allen offen stehen.

428

429 Das Bildungssystem ist heute ein Raum, in dem Menschen von Beginn an in verschiedene
430 Schubladen gesteckt und voneinander separiert werden. Das dreigliedrige Schulsystem trennt
431 SchülerInnen, bevor sie sich überhaupt richtig entwickeln können. Ein Studium an einer
432 Hochschule können sich nur die leisten, die finanziell unterstützt werden. Und längst nicht alle
433 Betriebe bilden aus. Wir setzen uns dafür ein, dass jedeR eine Chance und, wenn notwendig,
434 auch weitere Chancen bekommt.

435

436 Bildung ist aber nicht nur als Bringschuld der Politik an die BürgerInnen zu betrachten, sondern
437 als durch den Staat unterstützter – nicht gelenkter – Prozess, an dem alle Menschen
438 partizipieren. Der muss Staat die Voraussetzungen dafür schaffen, dass alle Menschen in der
439 Lage sind, Bildung zu erfahren, aber auch die zeitlichen wie örtlichen Freiräume haben, sich zu
440 bilden.

441

442 Wir wollen deshalb ein inklusives Bildungssystem, an dem alle partizipieren können, damit sie
443 auch an gesellschaftlichen Prozessen teilhaben können. Kein Mensch darf aufgrund einer
444 Beeinträchtigung und/oder chronischen Erkrankung, des Elternhauses, der finanziellen
445 Möglichkeiten oder einem besonderen Förderbedarf „ausortiert“ werden. Bildungsinstitutionen
446 müssen allen offen stehen – beispielsweise auch Geflüchteten. Unser inklusives
447 Bildungssystem beginnt mit einer Kindertagesstätte für alle und verhindert die Spaltung in
448 unterschiedliche Schulformen.

449

450 3. Die Demokratisierung von Bildungseinrichtungen ist Voraussetzung der Demokratie.

451

452 Wir wollen, dass alle Menschen zum aktiven Leben demokratischer Teilhabe befähigt sind.
453 Partizipation an demokratischen Prozessen – von der Wahl bis zur Demonstration – ist Teil
454 unseres Bildungsziels. Wir begreifen Bildungsinstitutionen daher als Schulen der Demokratie.
455 Diese müssen ihrerseits aber auch demokratischen Strukturen unterliegen. Wir fordern daher
456 die Demokratisierung aller Bildungseinrichtungen. Das meint die gleichberechtigte
457 Mitbestimmung aller an den jeweiligen Institutionen beteiligten Menschen in
458 Selbstverwaltungsgremien. Mitbestimmung muss möglichst früh im Kindesalter beginnen und
459 stets altersgerecht ausgestaltet werden. Das Alter darf nicht als Ausrede für mangelnde
460 Beteiligung genutzt werden. Langfristig verlangen wir die Abschaffung unterschiedlicher
461 Statusgruppen, damit allen Beteiligten das gleiche Stimmgewicht eingeräumt wird.

462

463 Neben der paritätischen Mitwirkung aller Gruppen in Selbstverwaltungsgremien braucht es
464 starke autonome Vertretungen von SchülerInnen, Studierenden und Auszubildenden, die auf
465 allen Ebenen gesetzlich verfasst sind. Um das Engagement in diesen Strukturen allen
466 gleichermaßen zu ermöglichen, muss es ausreichend Freiräume in Schule und Hochschule

467 geben. Die Vertretungen brauchen ein allgemeinpolitisches Mandat, damit sie die Interessen
468 ihrer Gruppen angemessen wahrnehmen können. Die konstruierte Trennung zwischen
469 Bildungs- und Allgemeinpolitik ist falsch. Bildungsinstitutionen sind Teil der Gesellschaft und
470 deshalb nicht von ihr getrennt zu betrachten.

471

472 Auch die Erziehung zum Antimilitarismus ist für uns Bildungsziel. Die Präsenz der Bundeswehr
473 in Bildungseinrichtungen zur Werbung lehnen wir ab. Diskussionen, bei denen SoldatInnen,
474 FriedenspädagogInnen und ExpertInnen kontrovers diskutieren, können dennoch sinnvoll sein –
475 denn die Mitglieder von Bildungsinstitutionen haben auch ein Recht auf Information und
476 Austausch. Die Veranstaltungen müssen freiwillig ausgestaltet und für alle interessierten
477 Menschen offen sein.

478

479 4. Die Bildungsfinanzierung ist staatliche Aufgabe – aber zum Teil auch Pflicht der
480 Privatwirtschaft.

481

482 Bildungsinstitutionen müssen vom Staat bedarfsgerecht ausfinanziert werden.

483 Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen aber auch Weiterbildungseinrichtungen und

484 Kulturinstitutionen zu unterhalten und zu fördern, ist allein staatliche Aufgabe. Eine

485 privatwirtschaftliche Einflussnahme auf Lern-, Lehr- und Forschungsinhalte lehnen wir ab. Doch

486 nur wenn der Staat die Möglichkeiten des lebenslangen Lernens sichert, hat er selbst die Hoheit

487 über Bildungsinhalte. Das bedeutet auch, dass in religiösen Fragen Neutralität gelten muss.

488 Bildungsinhalte sollen frei von jeglicher Religion sein. Wir stehen für eine Bildung für Vielfalt und

489 fordern daher Ethiklehre statt Religionsunterricht. Religiöse Bildung und Ausbildung sind

490 Privatsache und nicht von staatlicher Seite zu subventionieren.

491

492 Schrankenlose Privatisierungen im Bildungsbereich, die die Verwertung kultureller Leistungen

493 voraussetzen, haben zum massiven Abbau öffentlicher Infrastruktur geführt. In diesem

494 staatlichen Handeln wird aber zugleich ein großes Dilemma des Neoliberalismus deutlich: Er

495 möchte einerseits die Ausgaben für die öffentliche Bildungspolitik möglichst gering halten, aber

496 andererseits zugleich Bildung, Wissenschaft und Forschung als Standortvorteile und

497 ökonomische Ressourcen nutzen. Dass diese Politik zum Scheitern verdammt ist, ist

498 offenkundig. Es muss bei der Bildung stets um die soziale Ebene als Teil von

499 Gesellschaftspolitik gehen.

500

501 Zugleich sehen wir die Wirtschaft aber in einer besonderen Verantwortung für die Finanzierung

502 der betrieblichen Aus- und Weiterbildung. Wir wollen eine solidarische Ausbildungsplatzumlage,

503 damit Betriebe, die nicht ausbilden, sich an den Kosten beteiligen. Die duale Ausbildung wollen

504 wir weiter stärken. Die Berufsschulen müssen besser ausgestattet werden. Die Qualität der

505 Ausbildung muss gestärkt werden. Diese Weiterbildung muss auch die Privatwirtschaft

506 mitfinanzieren. Der Staat und die Privatwirtschaft müssen gemeinsam ein Recht auf

507 Weiterbildung und Bildungsurlaub in einem angemessenen Umfang gewährleisten.

508

509 5. Der Zugang zu Bildung darf nicht vom Geldbeutel abhängig sein

510

511 Wir stehen ein für ein Bildungssystem für alle. Von der frühkindlichen Bildung bis zur

512 Hochschule und zur betrieblichen Weiterbildung verlangen wir die Kostenfreiheit von Bildung für

513 alle, um allen die gleichen Chancen zur gesellschaftlichen Teilhabe und zur Partizipation an

514 Bildung zu ermöglichen. Eine Unterschiedliche soziale Herkunft oder finanzielle Ungleichheiten

515 im Elternhaus dürfen keine Bedeutung haben. Wir wollen sie frühestmöglich abfangen. Für die

516 bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf verlangen wir staatliche, gebührenfreie

517 Kindertagesstätten. Es braucht einen Rechtsanspruch auf die Ganztagsbetreuung.

518

519 Auch das dreigliedrige Schulsystem ist falsch und ungerecht. Wir wollen eine integrierte

520 Gemeinschaftsschule für alle: eine Ganztagschule, die allen die gleichen Möglichkeiten gibt.

521 Jedem Kind müssen durch individuelle Betreuung Chancen und Entwicklungsperspektiven

522 gegeben werden. Um dies zu erreichen, setzen wir uns für eine bessere Qualifizierung und

523 Weiterbildung des pädagogischen Personals ein. Wir wollen auch den Zugang zur Hochschule

524 für alle möglich machen. . Insbesondere muss allen ein Studium ermöglicht werden, indem

525 Studienplatzkapazitäten ausgebaut und Hürden beim Zugang abgebaut werden.

526

527 Wir lehnen jede Form von Bildungsgebühren aus gesellschafts-, sozial- und bildungspolitischen

528 Gründen ab. Zugleich streiten wir für eine sozial gerechte Ausbildungsförderung, die
529 bedarfsgerecht ausgestaltet ist und allen Menschen unabhängig von ihren Eltern eine
530 Ausbildung oder Studium ermöglicht. Es darf niemals darum gehen, im Bildungsbereich eine
531 Gewinnmaximierung durch Sparen auch im Bereich der Ausbildungsfinanzierung zu betreiben.
532 Auch hier gilt: Bildung ist keine Ware.

533

534 6. Die Digitalisierung des Bildungsbereiches muss als Chance der Inklusion genutzt werden.

535

536 Die Digitalisierung des Bildungsbereiches sehen wir als Herausforderung, die wir gestalten
537 wollen. Wir betrachten sie vor allem als Chance für Inklusion. Diese wollen wir fördern.
538 Technische wie soziale Ursachen tragen jedoch heute dazu bei, dass nicht jedeR
539 gleichermaßen an der digitalen Entwicklung teilhaben kann. Nur wenn nicht nur der Ausbau
540 technischer Infrastruktur sondern auch eine Stärkung der Medien- und Informationskompetenz
541 gelingt, können alle von den Potentialen der Digitalisierung profitieren. Wir verstehen
542 Medienkompetenz als Querschnittsaufgabe, die in allen Bildungseinrichtungen weiter in den
543 Mittelpunkt gerückt werden muss. Auf dem Weg dorthin braucht es ein eigenes Schulfach
544 „Computing“, um Medienkompetenz möglichst früh zu vermitteln.

545

546 Die Digitalisierung ermöglicht es, weltweite Bildungsangebote in Anspruch zu nehmen. Doch die
547 kritische Auseinandersetzung mit anderen Menschen in Diskussionen und Debatten ist
548 essentieller Bestandteil unseres Bildungsideals. Die digitale Lehre darf daher nicht zur
549 Verdrängung des Präsenzlernens führen, sondern ist ganz im Sinne des blended learning als
550 eine Ergänzung einzusetzen, wo Lernprozesse dies sinnvoll zulassen. Doch erkennen wir auch
551 an, dass durch digitale Bildungsangebote sich Menschen weiterbilden können, die aufgrund der
552 Ort- und Zeitgebundenheit bisher keine Weiterbildung wahrnahmen. Diese Form der
553 Weiterbildung wollen wir unterstützen.

554

555 „Open Educational Resources (OER)“ können einen wesentlichen Beitrag zur inhaltlichen
556 Weiterentwicklung unseres Bildungssystems leisten. Frei zugängliche Lehr- und Lernmaterialien
557 die weitergegeben, weiterentwickelt und geteilt werden können, stärken vor allem die
558 Chancengleichheit. OERs sollten in unser Bildungssystem integriert und die didaktischen
559 Möglichkeiten mittels freier Lizenzen und Formate weiterentwickelt werden. Eine umfassende
560 technische Ausstattung und die Schaffung entsprechender Infrastrukturen sind notwendige
561 Voraussetzungen für den erfolgreichen Einsatz digitaler Medien in der Bildung. Beim Einsatz
562 mobiler Endgeräte muss aus sozialen Aspekten die Anschaffung einheitlicher Geräte durch die
563 Bildungsinstitution die Regel sein.

564

565 **Thesen: „Wie viel Neues braucht die Gesellschaft?“**

566

567 1. Tolerante und Diskriminierungsfreie Gesellschaft

568

569 Wir wollen in einer offenen, toleranten und diskriminierungsfreien Gesellschaft leben. Noch
570 immer gehören jedoch Diskriminierung, Rassismus, Sexismus und Frauenfeindlichkeit zu
571 unserem Alltag. Alle Menschen sollen sich frei entfalten können, ohne dabei auf Grund ihres
572 Geschlechts, ihrer Religion, ihrer sexuellen Identität, ihrer Hautfarbe ausgegrenzt oder
573 schikaniert zu werden. Damit dies Realität wird, braucht es weiterhin demokratische Arbeit, um
574 Diskriminierungen auf dem Arbeitsmarkt oder auf der Straße entgegen zu wirken. Dazu gehören
575 sowohl Antidiskriminierungsgesetze, als auch ein Entgeltgleichheitsgesetz, um endlich der
576 unterschiedlichen Bezahlung von Männern und Frauen entgegen zu wirken. Darüber hinaus
577 braucht es einen gesellschaftlichen Wandel, damit Rassismus und Sexismus in den Köpfen der
578 Menschen wirksam bekämpft werden kann.

579

580 2. Alte Rollenmuster überwinden - Verantwortung übernehmen

581

582 Der Ehe- und Familienbegriff haben sich im Laufe der Zeit stark verändert. Immer öfters gibt es
583 Paare, die zusammenleben möchten, ohne dabei den Bund der Ehe eingehen zu wollen. Diese
584 Menschen lieben sich genauso wie verheiratete Paare. Wenn sie Kinder haben, übernehmen
585 sie genauso Verantwortung für diese. Wir Jusos wollen uns dafür einsetzen, dass alle
586 Menschen die Verantwortung für Kinder oder füreinander übernehmen, gleichberechtigt
587 nebeneinander stehen - Mit Trauschein oder ohne. Als Grundlage dazu könnten das Konzept
588 der PACs (pacte civil de solidarité) aus Frankreich sein. Kinder brauchen Eltern, die sich um sie

589 kümmern, dabei ist es aber unerheblich, ob dies nun Vater und Vater, Mutter und Mutter oder
590 Vater und Mutter sind. Die Hauptsache ist, dass es den Kindern gut geht. Ein besonderes
591 Augenmerk muss auch auf Alleinerziehenden Eltern liegen. Eine modere Gesellschaft muss es
592 ihnen ermöglichen Familie und Beruf unter einen Hut zu bekommen. Mit alten Rollenmustern
593 brechen heißt für uns auch, das klassische Familienmodell mit einem männlichen
594 Hauptverdiener und einer weiblichen Reproduktionsarbeiterin zu überwinden. Männer und
595 Frauen sollen zu gleichen Teilen Erwerbs- und Reproduktionsarbeit nachgehen. Dies sichert
596 Frauen über eigene, gut bezahlte Erwerbsarbeit langfristig und selbstständig ab und erlaubt
597 Männern, sich selbst in Haus- und Sorgearbeit zu verwirklichen. Dabei wollen wir außerdem
598 sicher stellen, dass sich Elternteile nicht aus ihrer Verantwortung stehlen, und dem anderen
599 Elternteil die alleinige finanzielle Belastung und Sorgearbeit überlässt.

600

601 3. Die Digitalisierung aller Lebensbereiche gestalten anstatt nur zur verwalten

602

603 Der technische Fortschritt und die Digitalisierung aller Lebensbereiche haben in den
604 vergangenen Jahren immer größere Sprünge nach vorne gemacht. Dabei kann die Politik dies
605 nicht aufhalten, sondern allerhöchstens ausbremsen. Ziel jungsozialistischer Politik muss es
606 daher sein, diesen Fortschritt so zu gestalten, dass er dem Wohle aller Menschen dient.

607

608 Das Internet ist kein rechtsfreier Raum, sondern muss genauso wie das reale Leben Regeln
609 und Gesetzen unterliegen. Damit aber alle Menschen daran teilhaben können, muss unbedingt
610 der Zugang zum Internet als Grundrecht der Daseinsvorsorge definiert werden und die
611 Vermittlung von Internet- und Medienkompetenz bereits in den Kinderschuhen unterrichtet
612 werden.

613

614 Große Konzerne wie Facebook und Google bestimmen zu großen Teilen unser Leben mit. Über
615 Smartphones sind sie quasi überall präsent und sammeln Daten. Wir müssen verhindern, dass
616 diese Daten als Ware genutzt werden und vor dem Zugriff Dritter geschützt werden.

617

618 Auch auf unser Arbeitsleben hat die fortschreitende Digitalisierung großen Einfluss. Sie kann die
619 Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern, aber auch zu ständiger Erreichbarkeit und
620 Überwachung führen. Sie beeinflusst ganze Berufsbranchen. Die Politik muss hier daher klare
621 Regeln zum Schutz der ArbeitnehmerInnen treffen.

622

623 4. Selbstbestimmte Gesellschaft - Cannabis legalisieren

624

625 Viele Menschen in Deutschland kiffen regelmäßig, daran ändern auch Verbote nichts. Die
626 allermeisten der KifferInnen in Deutschland konsumieren bewusst und verantwortungsvoll. Sie
627 schaden niemandem und doch werden sie wie Kriminelle behandelt. Damit muss Schluss sein!
628 Wir wollen, dass der Konsum von Cannabis, Anbau und Handel legal werden und jedeR selbst
629 bestimmen kann, ob sie kiffen oder es lässt.

630

631 5. Miteinander Entscheiden statt über Köpfe hinweg

632

633 Wir müssen die Beteiligungsmöglichkeiten der Menschen an politischen Entscheidungen
634 verbessern. Dies ist ein Schritt um einer zunehmenden Politikverdrossenheit entgegenzuwirken.

635

636 Besonders die Beteiligung junger Menschen muss ausgebaut werden. Heute entscheidet die
637 Politik über sie, aber oftmals nicht mit Ihnen. Ein Wahlrecht ab 16 Jahren auf allen Ebenen soll
638 helfen, dass bei politischen Entscheidungsprozessen auch die Belange junger Menschen
639 stärker berücksichtigt werden. Junge Leute sind keinesfalls unpolitisch. Aber viele nervt
640 gewaltig, dass sie nicht mitbestimmen dürfen. Sie müssten schon in der Schule oder der
641 Ausbildung merken, dass sie Einfluss auf Entscheidungen haben. Dass sich konkret etwas
642 verändert, weil sie da sind und sich einbringen.

643

644 Parteien müssen einen Teil ihrer vorderen Listenplätze bei Wahlen für junge Menschen
645 reservieren. Junge Menschen sollten entsprechend dem Anteil ihrer Altersgruppen an der
646 Bevölkerung in den Parlamenten vertreten sein.

647

648 **Wie viel Arbeit braucht das Leben?**

649

650 1. Wir brauchen einen Rechtsanspruch auf Arbeit

651

652 Erwerbsarbeit bleibt für uns zentral. Sie sichert Menschen ein Auskommen und hat eine
653 wichtige Integrationsfunktion in die Gesellschaft. Wir fordern einen Rechtsanspruch auf Arbeit,
654 der es Menschen erlaubt, selbst für ihren Lebensunterhalt sorgen zu können und die
655 integrativen Funktionen von Arbeit zu nutzen.

656

657 2. Arbeitszeit muss umverteilt werden

658

659 Viele Menschen arbeiten deutlich mehr als sie gerne würden – leisten große Zahlen an
660 Überstunden und haben kaum Zeit für ihre Familien. Andere, besonders Frauen, können von
661 ihrem Halbtagsjob nicht auf mehr Stunden aufstocken oder finden gar nicht erst eine
662 Arbeitsstelle. Deshalb wollen wir Arbeit umverteilen! Menschen müssen mehr Zeit haben, sich
663 um ihre Angehörigen zu kümmern, Zeit mit ihrer Familie zu verbringen, Zeit für Ehrenamt und
664 Muße. Wir brauchen ein neues Normalarbeitsverhältnis, das von einer durchschnittlichen
665 Wochenarbeitszeit von 30 Stunden ausgeht. Darüber hinaus müssen auch andere Arbeitszeiten
666 neben der Erwerbsarbeit (bspw. Pflege- und Sorgearbeit) deutlich besser abgesichert werden.
667 Dafür ist für uns die Arbeitsversicherung das Mittel der Wahl.

668

669 3. Mitbestimmungsrechte am Arbeitsplatz müssen radikal ausgeweitet werden

670

671 Wirtschaftsdemokratie, Teilhabe und Partizipation an Arbeits- und Produktionsstätten ist viel zu
672 lange in den Hintergrund der politischen Debatte getreten. Mitbestimmung am Arbeitsplatz ist
673 der zentrale Angriffspunkt zu mehr gesellschaftlicher Teilhabe und der Verflüssigung der
674 Grenzen zwischen Arbeit und Kapital und bestes Instrument im Kampf für gute Arbeit. Neben
675 traditionellen Teilhabemöglichkeiten sollten wir gesellschaftlichen Wandel nutzen, und neue
676 Partizipationsmöglichkeiten diskutieren. Dabei brauchen wir mehr Verantwortung statt mehr
677 Verstaatlichung. Menschen wollen und sollen an ihren Arbeitsstätten teilhaben und mehr
678 Verantwortung übernehmen. Neben kollektiver Mitbestimmung brauchen wir auch mehr
679 individuelle Partizipationsmöglichkeiten. Dies entspricht einerseits dem Puls der Zeit und dem
680 Wunsch von vielen Menschen nach mehr direkter Teilhabe und individuellen Lösungen,
681 gleichzeitig können Gewerkschaften über eine Verabschiedung von der Stellvertreterpolitik
682 ArbeitnehmerInnen direkter einbinden.

683

684 4. Digitalisierung ist die Zukunft der Arbeit

685

686 Der Digitale Wandel hat die Arbeitswelt längst erreicht. Wir können und wollen diese nicht
687 aufhalten sondern gestalten. Dabei müssen Arbeits- und Aufgabenfelder natürlich unseren
688 Standards guter Arbeit entsprechen. Technischer Fortschritt kann z.B. dabei helfen, gefährliche
689 und unattraktive Arbeit zu reduzieren oder generelle Spielräume für Arbeitszeitverkürzungen
690 schaffen. Arbeit wird darüber hinaus flexibler, und kann sich damit mehr an die Bedürfnisse der
691 Menschen anpassen. Wichtig ist dabei, dass sich Flexibilität an den Bedürfnissen der
692 ArbeitnehmerInnen orientiert (nicht an denen, der ArbeitgeberInnen). Für die Gleichstellung der
693 Geschlechter sind flexiblere Arbeitszeiten eine wichtige Voraussetzung, um Frauen und
694 Männern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern. Damit dies gelingen kann und
695 möglichst viele Menschen von der Flexibilität profitieren, müssen neben den Menschen selbst
696 auch Gewerkschaften und Betriebsräte auf diese Herausforderung vorbereitet werden. Um die
697 Digitalisierung der Arbeitswelt kritisch und konstruktiv zu begleiten müssen Betriebsräte
698 zukünftig besser aus- und weitergebildet werden. Neben positiven Entwicklungen kann die
699 Digitalisierung durch technischen Fortschritt auch z.B. zu dem Wegfall bestimmter Arbeitsfelder
700 führen. Wir benötigen Kompensation und Alternativen, für Menschen deren bisherige
701 Aufgabenfelder davon betroffen sein können.

702

703 5. Menschen müssen sich während des ganzen Lebensverlaufs weiterbilden

704

705 Nicht nur aber auch auf Grund von Digitalisierung und ständigem Wandel der Arbeitswelt
706 müssen Menschen im Laufe ihres Lebens kontinuierlich weiterbilden. Die
707 Qualifikationsanforderungen für Arbeitsplätze steigen und verändern sich stetig, dem
708 entsprechend wollen wir Weiterbildung für alle Menschen ermöglichen und sie dabei, zeitlich
709 und monetär unterstützen. Die von uns beschriebene Arbeitsversicherung ist unser Garant für
710 die Ermöglichung einer dauerhaften und gut abgesicherten Weiterbildungs- und

711 Qualifizierungsphase.

712

713 6. Gleichstellung wird auf dem Arbeitsmarkt entschieden

714

715 Die Gleichstellung zwischen Frau und Mann wird auf dem Arbeitsmarkt entschieden. Dafür
716 brauchen wir weiterhin jegliche Unterstützung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für
717 Frauen und die stetige Forderung und Förderung von Männern, mehr Familien- und Sorgearbeit
718 zu übernehmen. Unser Ziel ist es, so viel wie möglich Reproduktionsarbeit zu Erwerbsarbeit
719 machen und somit mehr und mehr unbezahlte Arbeit zu bezahlter zu machen und zu
720 vermarktlischen. Dies bedeutet natürlich nicht, sie allein der Willkür des freien Marktes zu
721 überlassen, sondern notwendige Tätigkeiten z.B. Kinder- oder Altenpflege staatlich zu
722 unterstützen. Damit muss für uns einher gehen, dass Sozialberufe finanziell deutlich
723 aufgewertet werden. Um die Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt weiter zu fördern ist die
724 obligatorische Vaterschafts-Auszeit ein Instrument, das Männer (analog zum Mutterschutz)
725 zwischen 8 und 10 Wochen bei der Geburt eines Kindes vom Arbeitsplatz fern halten soll.
726 Obwohl der Gender Pay Gap längst nicht überwunden ist, sinkt dieser Dank verschiedener
727 politischer Maßnahmen zumindest ein wenig. Weiterhin massiv hoch sind Gender Income Gap
728 und Gender Pension Gap. Sowohl Vermögen als auch Rentenansprüche sind weiterhin massiv
729 ungleich zwischen den Geschlechtern verteilt. Dagegen wollen wir sowohl mit den natürlichen
730 Mitteln des Arbeitsmarktes als auch geschlechterspezifischer Umverteilungsinstrumente
731 entgegen wirken.

732

733 **Wie viel Kampf braucht die Welt?**

734

735 1. Politik muss weltweit Voraussetzungen für Selbstentfaltung schaffen

736

737 Jeder Mensch ist täglich Kämpfen ausgesetzt. Diese können im kleinen, privaten Kreis
738 stattfinden oder sich über ganze Menschengruppen und Regionen ziehen.

739

740 Unser Kampf ist immer ein politischer, der sich vor allem auf Veränderungen im Sozialen und
741 Wirtschaftlichen bezieht. Wir führen ihn gegen Strukturen, die die Selbstentfaltung der
742 Menschen verhindern. Dieser Kampf endet nicht an nationalstaatlichen Grenzen. Wir führen ihn
743 international. Zum Internationalismus zählt für uns das Organisieren in großen, globalen
744 Netzwerken, die demokratisch agieren und das Wissen und die Fähigkeiten aller verbinden.
745 Ihnen werden die nötigen Kompetenzen und Mittel zur Verfügung gestellt, um Beschlüsse in
746 Handeln umzusetzen.

747

748 2. Demokratisierung aller Lebensbereiche durch die Europäische Union

749

750 Die Europäische Union ist ein erster Schritt zu einem internationaleren Kampf. Sie muss eine
751 Vorreiterrolle auf dem Weg zum Sozialismus übernehmen. Damit geht eine umfassende
752 Demokratisierung aller Politik- und Lebensbereiche einher. Auch muss sie eine größere Rolle
753 bei der Vermeidung und Bewältigung von Konflikten spielen. Um das zu ermöglichen, müssen
754 Ungleichheiten zwischen und in Gesellschaften abgebaut werden - nicht nur in Europa, sondern
755 weltweit. Auch spielt die EU eine herausragende Rolle, wenn es darum geht, die Welt friedlicher
756 zu machen. Ein erster Schritt dazu ist, dass nationale Armeen abgeschafft und eine
757 europäische Armee geschaffen wird. Das kann aber nur geschehen, wenn linke, progressive
758 Kräfte die Deutungshoheit über die EU erlangen und wir sie nach unseren Idealen gestalten.

759

760 3. Entwicklungszusammenarbeit muss die Bedürfnisse der Menschen nach vorne stellen

761

762 Die globale Verteilungsgerechtigkeit ist allgegenwärtig. Die Spaltung zwischen dem globalen
763 Süden und dem Globalen Norden ist weder überwunden, noch zurückgegangen. Sie schreitet
764 aufgrund der auf Gewinnmaximierung ausgerichteten Produktionsweise immer weiter voran. Die
765 Bedürfnisse von Menschen geraten in den Hintergrund; Armut und Existenzängste prägen den
766 Alltag. Die Umwelt wird auf Kosten der schwächsten ausgebeutet. Ein selbstbestimmtes Leben
767 in Würde ist vielerorts nicht möglich.

768

769 Internationale Solidarität erfordert vor dem Hintergrund des Nord-Süd-Gefälles, den „Schutz“,
770 der Unterstützung der Menschen und somit auch der Umwelt. Dazu müssen Systeme die
771 Existenzängste erzeugen überwunden werden. Wir wollen Menschen dazu befähigen sich

772 selbständig zu verwirklichen. Daher muss Entwicklungszusammenarbeit so gestaltet sein, dass
773 die Bedürfnisse der Menschen an erster Stelle stehen und nicht die der Wirtschaft. Es kann uns
774 dabei nicht nur darum gehen die Folgen des Widerspruches zwischen Arbeit und Kapital im
775 globalen Norden abzufedern und die Folgen im globalen Süden zu vernachlässigen. In einer
776 globalisierten Welt muss auch der Arbeitskampf global geführt werden.

777

778 Globale Verteilungsgerechtigkeit sorgt für Sicherheit und bringt freie Entfaltungs- und
779 Entscheidungsmöglichkeiten für alle mit sich. Sie ist somit ein wichtiger Baustein für globalen
780 Frieden. Und eine unumgängliche Voraussetzung des demokratischen Sozialismus.

781

782 4. Konfliktmanagement muss langfristige Perspektiven schaffen und Präventionsarbeit
783 betreiben

784

785 Kriege und Konflikte finden oftmals nicht mehr zwischen zwei Staaten statt. Asymmetrische
786 Kriege und Konflikte treten immer mehr und mehr an deren Stelle. Die Gründe sind so
787 unterschiedlich wie die Konflikte. Ungleiche Zugänge, zu natürlichen Ressourcen, Armut,
788 gesellschaftliche Ungleichheit, unzureichende Freiheiten, staatliches Versagen oder
789 Unterdrückung sind nur einige der Auslöser dieser neuen Kriege und Konflikte.

790

791 Für asymmetrische Konflikte und Kriege kann es kein Allgemeinrezept geben. Es zeigt sich
792 aber, dass ein Konfliktmanagement, das nur auf Interventionen und kurzfristige Waffenruhe
793 ausgerichtete ist keine Lösung ist. Es gilt die Ursachen dieser Kriege und Konflikte zu
794 bekämpfen.

795

796 Präventionsarbeit und Konfliktmanagement stellen daher die wichtigste Säule unserer
797 Außenpolitik dar. Nichts desto trotz kann es immer zu Situationen kommen, in denen der
798 Einsatz für eine konsequente Einhaltung von Menschenrechten auch eine effektive
799 Sanktionierung ihrer Verletzung bedarf. Hier muss nach Situation abgewogen werden, welche
800 Maßnahme zu ergreifen ist, gerade wenn das zivile Konfliktmanagement an seine Grenzen
801 stößt. Wirtschaftssanktionen und R2P schließen wir vor diesem Hintergrund nicht grundsätzlich
802 aus. Allerdings wenden wir uns gegen eine Politik der Willigen-Staaten. Wir sehen an dieser
803 Stelle die Weltgemeinschaft als Ganzes in der Verantwortung.

804

805 Damit diese langfristig ihrer Aufgabe gerecht werden kann müssen Funktionalität und Integrität
806 der UN, besonders des Sicherheitsrates verbessert werden. Was wir brauchen ist eine
807 Demokratisierung der UN. Es bedarf einer Abschaffung des Vetorechts, eine Besetzung des
808 Sicherheitsrates nach Proporz, eine zwingende Mandatierung.

809

810 **Links leben – dafür braucht es Bewegung!**

811

812 Links leben – das geht nicht von heute auf morgen. Gemeinsam haben wir in den letzten zwei
813 Jahren aber erste Ideen erarbeitet, wie jungsozialistisches Leben im 21. Jahrhundert aussehen
814 kann. Dabei ist immer klar: wir wollen, dass Jeder und Jede ihr Leben so leben kann, wie er
815 oder sie will. Wir wollen, dass Lebensträume keine Träume bleiben. Wir sind fest davon
816 überzeugt, dass das nicht alleine, sondern nur gemeinsam funktioniert. Freiheit, Gerechtigkeit
817 und Solidarität gehen dafür Hand in Hand.

818

819 An unseren Ideen werden wir weiter feilen – wir bleiben in Bewegung. Im Austausch mit jungen
820 Leuten, GewerkschafterInnen, Jugendverbänden, WissenschaftlerInnen, KünstlerInnen und
821 vielen mehr gehen wir voran. Schritt für Schritt werden wir Verbündete für unsere Vorstellungen
822 suchen. Schritt für Schritt werden wir unsere Ideen auch in die SPD tragen. Denn auch die SPD
823 braucht endlich eine überzeugende Vorstellung davon, wie sie diese Gesellschaft gestalten will.
824 Dafür auf die Jugend zu hören ist immer die beste Idee!

825

826 Mit unseren Überzeugungen bringen wir diese Gesellschaft und diese Welt in Bewegung!
827 Gemeinsam sind wir stark! Los geht's!

828

829

830

831

832

Bundeskongress, 27.-29.11.2015

M

Migration, Integration, Asyl- & Flüchtlingspolitik

M 1	Nordrhein-Westfalen Es geht um Menschen! Resolution zur aktuellen Flüchtlingskrise in Europa und Deutschland	251
M 2	Thüringen Die Zeit ist jetzt für Solidarität mit Geflüchteten! Refugees welcome – all of you!	257
M 3	Bremen Bleiberecht	263
M 4	Baden-Württemberg Stoppt das Sterben im Mittelmeer	266
M 5	Weser-Ems Grundsätze der Asylpolitik	268
M 6	Sachsen Freizügigkeit gilt für Alle – humanitäre Neuordnung der europäischen Flüchtlingspolitik jetzt!	272
M 7	Hessen-Süd Die Architektur jungsozialistischer Asylpolitik	273
M 8	Hannover Asylrechtsverschärfung stoppen! – Unterstützung des „Bündnisses für Bedingungsloses Bleiberecht“ Für ein solidarisches Miteinander statt Ausgrenzung. Keine Verschärfung des Asylrechts!	290
M 9	Nord-Niedersachsen Resolution: Echte Hilfe für die Flüchtlinge des „IS“ Terrors - humanitäre Katastrophe verhindern!	292
M 10	Hannover Aktive Flüchtlingshilfe für Syrien, jetzt!	293
M 11	Rheinland-Pfalz Grundlagenantrag Asyl	294
M 12	Saarland Die Architektur jungsozialistischer Asylpolitik	308

M 13	Nord-Niedersachsen Verbesserung für Asylsuchende	322
M 14	Hessen-Nord Menschenwürdige Mindeststandards für die Unterbringung von Asylsuchenden und Flüchtlingen in Gemeinschaftsunterkünften	324
M 15	Baden-Württemberg Gleiche Behandlung von Asylsuchenden in der Gesundheitsfürsorge	328
M 16	Bayern Offener und kostenfreier Internetzugang in Flüchtlingsunterkünften	329
M 17	Berlin Störerhaftung abschaffen, freies WLAN und Internetzugang für Geflüchtete ermöglichen	330
M 18	Baden-Württemberg Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen	332
M 19	Sachsen Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge – besonderer Schutz, besondere Verantwortung	334
M 20	Berlin Der Westbalkan ist nicht sicher! Nein zum Konzept „sicherer Herkunftsstaaten“!	337
M 21	Braunschweig Pro Asyl gegen Eurosur	339
M 22	Sachsen Dauerhaftes Bleiberecht für Opfer rassistischer Gewalt	342
M 23	Berlin Antrag zur Erweiterung des Resettlement-Programms des Bundes	343
M 24	Bayern Regelung zu sicheren Herkunftsstaaten im Asylrecht abschaffen	345
M 25	Bayern Ehebestandszeit abschaffen!	347
M 26	Hannover Asyl dort beantragen, wo es schließlich gebraucht wird!	349
M 27	Sachsen-Anhalt Krankenversicherungskarte für Flüchtlinge und Asylbewerber_innen	351
M 28	Hessen-Nord Lets talk about Islam- with Muslims!	352

Titel Es geht um Menschen! Resolution zur
aktuellen Flüchtlingskrise in Europa und Deutschland

Antragsteller Nordrhein-Westfalen

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Es geht um Menschen! Resolution zur aktuellen Flüchtlingskrise in Europa und Deutschland

1 Das Jahr 2015 war ein tiefschwarzes Jahr für geflüchtete Menschen. Laut dem UNHCR
2 befinden sich im Moment 60 Millionen Menschen auf der Flucht, davon die Hälfte Kinder – so
3 viele, wie nie zuvor. Nur ein Bruchteil davon flüchtet nach oder erreicht Europa. Und die EU
4 wehrt sich mit allen Mitteln gegen diese Menschen, die vor Krieg, Verfolgung und Hunger zu ihr
5 fliehen. Seit dem Jahr 2000 sind ca. 28.000 Menschen im Mittelmeer bei dem Versuch Europa
6 zu erreichen, ertrunken, im Mai 2015 waren es innerhalb einer Woche mehr als 1.000. In den
7 letzten Wochen und Monaten haben sich die Ereignisse überschlagen. Flüchtlinge kommen
8 über den Landweg nach Europa, die Auffangsysteme an den Ländern der europäischen
9 Außengrenze kollabieren. Einige Regierungen, wie die in Ungarn, reagieren mit hohen Zäunen
10 und körperlicher Gewalt, um die Flüchtlinge aufzuhalten. In Deutschland wurden an der Grenze
11 zu Österreich wieder Grenzkontrollen eingeführt.

12

13 **Grenzen auf!**

14

15 Die Aussetzung des Schengener Abkommens und die Wiedereinführung von Grenzkontrollen
16 durch die Bundesregierung ist ein Verrat an einer der größten Errungenschaften der EU: Der
17 Bewegungs- und Reisefreiheit über Ländergrenzen hinweg. Wir sehen unsere Idee von einem
18 solidarischen Europa existenziell bedroht. Das Schließen der Grenzen löst keine Probleme.
19 Flüchtlinge, die nach Deutschland wollen, werden gezwungen auf illegale Wege
20 zurückzugreifen, um die Grenze zu überwinden, oder sich in die Gewalt von Schlepper*innen zu
21 begeben. Statt dem Druck der CSU von Rechtsaußen nachzugeben, sollte die Bundesregierung
22 ihre Kraft darauf verwenden die Kommunen und vielen freiwilligen Helferinnen und Helfer zu
23 unterstützen. Wir fordern die sofortige Beendigung der Grenzkontrollen!

24

25 **Festung „Europa“ überwinden – Europäische Seenotrettung sofort!**

26

27 Wir fordern eine europäisch koordinierte Seenotrettung im Mittelmeer, sowie legale

28

29 Einreisemöglichkeiten um dem Massensterben vor der europäischen Grenze entgegen zu
30 wirken. Diese Grenze hält Flüchtlinge davon ab, in der Europäischen Union Asyl beantragen zu
31 können. Dadurch können diese Menschen nicht in sichere Regionen fliehen. Wir haben ein
32 anderes Verständnis von einem humanitären Asylrecht. Deshalb fordern wir:

33

34 1. Sofort eine europäische Initiative zur Seenotrettung vergleichbar der italienischen
35 Hilfsmision „Mare Nostrum“ zu starten, die gesamteuropäisch finanziert, vom europäischen
36 Parlament legitimiert und von allen europäischen Mitgliedsstaaten zusammen organisiert wird.
37 So kann schnell auf die dramatischen Situationen auf dem Mittelmeer und vor unseren Küsten
38 reagiert werden, um Menschenleben zu retten, anstatt weiterhin auf Grenzabwehrmaßnahmen

39 zu setzen. Diese Rettungsmission muss strikt von einem militärischen Einsatz getrennt sein. Die
40 Pläne der EU, mit einem militärischen Einsatz Boote von Schleuser*innen zu zerstören, lehnen
41 wir ab.

42

43 2. Damit Menschen, die vor Krieg und Gewalt fliehen und in Europa Schutz suchen müssen,
44 nicht auf eine lebensgefährliche Mittelmeerüberquerung und Schleuser*innenorganisationen
45 angewiesen sind, müssen alle EU-Mitgliedstaaten bereits bestehende Möglichkeiten der legalen
46 Einreise für Schutzsuchende, wie etwa die Familienzusammenführung, ausschöpfen und
47 ausbauen. Zusätzlich müssen weitere legale und geschützte Einreisemöglichkeiten für
48 Schutzsuchende, wie etwa die Vergabe humanitärer Visa, geschaffen werden.

49

50 3. Weiterhin krisieren wir die Verteilungspraxis von Flüchtlingen nach dem "Dublin III"-
51 Prinzip. Das Hin- und Herschieben von jährlich Zehntausenden Flüchtlingen zwischen den EU-
52 Staaten ist menschenunwürdig und widerspricht dem Gedanken eines gemeinsamen
53 europäischen Schutzraums für Asylsuchende.

54

55 Mit der akuten Rettung von Menschenleben ist es aber nicht getan, es muss einer menschlichen
56 Politik darum gehen, die Umstände, aus denen die Menschen fliehen, zu ändern. Wenn sich die
57 europäische Politik aber mit dieser Frage beschäftigt, muss sie den Blick auch auf sich selbst
58 richten. Die Gründe für Krieg, Unsicherheit und Armut sind vielfältig. Sie entstammen den
59 komplexen Beziehungen innerhalb der Weltwirtschaft und den globalen politischen
60 Verhältnissen und sind zurückzuführen auf unterschiedliche Akteur*innen und verschiedenste
61 Verhaltensweisen. Innenpolitische Verhältnisse in der Heimat der Flüchtlinge spielen dabei
62 ebenso eine Rolle wie äußere Faktoren. Zu diesen äußeren Faktoren zählt auch die unter dem
63 führenden Einfluss Deutschlands ausgeführte weltweite, aggressive Wirtschafts-, Entwicklungs-
64 und Krisenpolitik der EU. Die EU zwingt mit Handels- und Investitionsschutzabkommen, die
65 TTIP bei weitem in den Schatten stellen, Menschen in prekäre Verhältnisse. In diesem Rahmen
66 versuchen europäische Unternehmer*innen und das europäische Kapital globale Konkurrenz zu
67 behindern und verdienen an der Ausbeutung der Arbeiter*innen in den betroffenen Ländern
68 bspw. in der Rohstoffförderung oder Textilindustrie. Wo nicht Handelsabkommen ihren
69 wirtschaftlichen Interessen helfen, bedient sich die EU politischer und militärischer Mittel.
70 Dadurch hat sie den Boden für Krisen und Fluchtursachen häufig erst bereitet oder diese
71 befördert, wie in Libyen, der Ukraine oder Somalia. Wer Fluchtursachen bekämpfen und die
72 Gründe beseitigen möchte, die Menschen zwingen, ihre Heimat zu verlassen, muss die Außen-
73 und Wirtschaftspolitik der EU als Mitursache dieser Umstände kritisieren.

74

75 **Menschenwürdige Regelungen schaffen! – Abschaffung der Residenzpflicht und des** 76 **Arbeitsverbotes**

77

78

79 Viele der Flüchtlinge, die den Weg in die europäische Union suchen, kommen in Italien oder
80 Griechenland an. Wichtig ist, dass sich die EU auch in Bezug auf die Aufnahme und
81 Unterbringung der Flüchtlinge als eine Solidargemeinschaft begreift. Es ist nötig, eine Mentalität
82 herzustellen, nach der die nationalen Regierungen, Medien und die Zivilgesellschaft, Flüchtlinge
83 und deren Unterbringung nicht als ein belastendes Problem verstehen, sondern darin eine
84 Herausforderung sehen, die es menschlich und solidarisch anzugehen gilt. Die Flüchtlinge sind
85 keine Bedrohung und tragen nicht die Schuld an den Fluchtursachen oder an den krisenhaften
86 Umständen ihrer Unterbringung, sondern eine falsche Migrations- und Asylpolitik. Die
87 Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge ist eine gemeinschaftliche Aufgabe; zur
88 Regelung der Erstunterbringung erscheint uns ein Schlüssel zur Aufteilung der Flüchtlinge nach
89 Regionen, der zugleich die Sozialstruktur der Aufnahmeregion, die solidarische Verteilung der
90 Finanzierung berücksichtigt, sinnvoll.

91

92 Vor allem müssen bei einem solchen Verteilungsschlüssel die Menschenwürde und das
93 Wohlergehen der Flüchtlinge an oberster Stelle stehen. Ein Verteilungsschlüssel darf zudem nur
94 als pragmatisches Verfahren zur Regelung der Erstunterbringung verstanden werden. Er soll
95 nicht als starres Reglement, dem die Interessen der Flüchtlinge untergeordnet werden,
96 missbraucht werden. Häufig haben geflüchtete Menschen selber eine klare Vorstellung vom Ziel
97 ihrer Flucht. Sie haben Verwandte oder Freund*innen in Europa, bei denen oder in deren Nähe
98 sie unterzukommen möchten. Hier sollte Flüchtlingen die Möglichkeit gegeben werden, selbst
99 zu entscheiden, in welchem Land sie Asyl suchen, weshalb die derzeit geltende Dublin-III-

100 Regelung außer Kraft gesetzt werden muss. Die gegenwärtig in der ganzen Bundesrepublik
101 geltende Residenzpflicht ist eine Gängelung der Betroffenen; sie bedient Klischees von
102 kriminellen Flüchtlingen und gehört daher schnellstmöglich abgeschafft. Bei den Flüchtlingen
103 handelt es sich um Menschen und nicht um Gefangene, Kriminelle oder Tiere, die es in einem
104 bestimmten Bezirk festzuhalten gilt. *Flüchtlinge sind Menschen*. Nordrhein-Westfalen hat die
105 Residenzpflicht gelockert und Asylbewerber*innen somit ein größeres Maß an Freiheit
106 eingeräumt. Trotzdem ist eine weitere Lockerung bzw. vollständige Abschaffung der
107 Residenzpflicht notwendig um ein würdigeres und freiheitliches Leben für Flüchtlinge zu
108 ermöglichen. Die Rechte und Pflichten der Asylbewerber*innen, die im
109 Asylbewerberleistungsgesetz von 1993 festgelegt wurden, sind häufig völlig unmenschlich und
110 widersprechen jedem Anspruch, Asylbewerber*innen, Geduldeten und ausreisepflichtigen
111 Ausländer*innen ein würdevolles Leben in der Bundesrepublik zu ermöglichen. Insofern gilt es,
112 neben mehr Menschlichkeit an der Außengrenzen der EU auch mehr Menschlichkeit in der
113 Bundesrepublik beim Umgang mit Asylbewerber*innen zu zeigen.

114
115 Darüber hinaus ist es notwendig Asylbewerber*innen und Geduldeten die Möglichkeit zu geben,
116 während ihres Aufenthalts in Deutschland zu arbeiten. Das Asylbewerberleistungsgesetz sieht
117 zwar vor, dass Asylbewerber*innen nach 3 Monaten arbeiten dürfen, allerdings zu Konditionen,
118 die absolut menschenunwürdig sind! So dürfen Asylbewerber*innen laut diesem Gesetz
119 *maximal* 1,05€ pro Stunde verdienen. Jeder andere Arbeitnehmer hat dagegen in der
120 Bundesrepublik Anspruch auf mindestens 8,50€ Entlohnung pro Stunde. Eine solche
121 menschenunwürdige Ungleichbehandlung von Asylbewerber*innen als Menschen zweiter
122 Klasse gehört unverzüglich abgeschafft! Auch nach den drei Monaten, während der Dauer der
123 Asylbewerbsphase, müssen Ungleichbehandlungen von Flüchtlingen gegenüber den
124 deutschen Staatsbürger*innen beseitigt werden. Wir fordern daher die Vorrangsprüfung bei der
125 Jobvergabe abzuschaffen. Der Wunsch, einer Arbeit nachzugehen, darf nicht von einem
126 überholten Deutsch-nicht-deutsch-Denken konterkariert werden. Die Arbeitsplatzvergabe sollte
127 daher an die Motivation und Qualifikation der Person gekoppelt sein und nicht an den
128 vorläufigen Aufenthaltsrechten hängen. Auch die Erwerbsarbeit stellt einen integrativen Faktor
129 für Flüchtlinge dar. Wir fordern die leichtere Anerkennung von ausländischen Bildungs- und
130 Berufsabschlüssen (wo nötig nach einer fairen Gleichwertigkeitsprüfung), geförderte inklusive
131 Ausbildungsprojekte und Projekte zum Zugang von jungen Flüchtlingen zum Hochschulstudium.

132
133 Eine besondere Beachtung bracht auch die Situation von weiblichen Geflüchteten. Schon vor
134 und während ihrer Flucht sind diese häufig erschwerten Bedingungen ausgesetzt und werden
135 Opfer sexueller Gewalt oder müssen sich ihre Flucht mit ihrem Körper erkaufen. Aber auch
136 nach der Ankunft in Deutschland sind sie auf mehreren Ebenen mit einer Vielzahl an
137 geschlechtsspezifischen Problemen konfrontiert, insbesondere bei der Stellung des Asylantrags
138 und im Bereich der Unterbringung.

139
140 Im Asylverfahren muss es das Recht auf eine Anhörung durch eine Frau* und eine
141 Dolmetscherin* geben, da bei vielen Frauen und LGBTQI*-Menschen die Fluchtgründe in
142 Gewalt- und Misshandlungserfahrungen liegen und sich nachvollziehbarerweise schwer tun,
143 diese einem fremden Mann anzuvertrauen.

144
145 In den Unterkünften sind Frauen* und LGBTQI*-Menschen auf Grund der Ausstattung und
146 ihrem Status als Minderheit unter den in Deutschland ankommenden Geflüchteten vielfach
147 Diskriminierung und sexueller Gewalt ausgesetzt. Hier müssen Mindeststandards wie
148 abschließbare und geschlechtergetrennte Sanitäreanlagen, abschließbare Zimmer und
149 Schutzräume für Frauen* und LGBTQI*-Menschen verpflichtend sein. Auch muss der
150 eingesetzte Wachschutz gemischtgeschlechtlich sein und das Personal in den Unterkünften
151 muss im themenbereich sexuelle Gewalt geschult werden. Auch muss es für die Frauen* und
152 LGBTQI*-
153 Menschen möglich sein, auf Wunsch in nur von Frauen* und LGBTQI*-Menschen bewohnten
154 Unterkünften untergebracht zu werden, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus und dem Stand
155 ihres Asylverfahrens.

156
157 **Hilfsbereitschaft zeigen, Rassismus bekämpfen!**

158
159 Mit der großen Welle von Flüchtlingen, die in wenigen Tagen aus Ungarn nach Deutschland
160 kam, zeigte sich eine großartige Hilfsbereitschaft unter den Menschen. Tagelang dominierten

161 Bilder von Menschenmengen, die Geflüchtete in München, Dortmund oder anderen Städten
162 empfangen und Nahrung, Kleidung und Spielzeug spendeten, die Medien Vor Ort haben sich
163 bisher schon viele ehrenamtliche Helferkreise gebildet. Hier zeigt sich, wie sich ein
164 menschlicher Umgang miteinander gestalten lässt. Dieses ehrenamtliche Engagement muss
165 bestärkt und unterstützt werden. Die Zivilgesellschaft selbst hat hier eine Quelle der
166 Menschlichkeit geschaffen und zeigt Beispiele auf, wie Austausch zwischen Menschen
167 unterschiedlicher Herkunft möglich ist. Die unterschiedlichen Initiativen, von der spontanen
168 Nachbarschaftshilfe über Vereinsarbeit mit Flüchtlingen bis hin zu kirchlichen Projekten, stellen
169 alle einen wichtigen Beitrag zur tagtäglichen Realisierung gelebter Integration dar. Der
170 Austausch und das gegenseitige Kennenlernen der Menschen, egal welcher Herkunft sie sind,
171 bringt einander näher und ist in der Lage, Sorgen oder gar Ängste vor den jeweils Anderen
172 abzubauen. Staatliches Handeln muss diese wichtige Arbeit würdigen und sie nach Kräften
173 unterstützen.

174

175 Die gelebte Integration in der Zivilgesellschaft ist der Schlüssel für eine erfolgreiche
176 Flüchtlingspolitik, ihre Grundlage aber muss staatliches Handeln schaffen. Durch das Schaffen
177 tragfähiger Strukturen wie genügendem und angemessenem Wohnraum, ausreichender
178 Versorgung mit Bedarfsgütern und dem Bereitstellen von Infrastruktur muss staatliches Handeln
179 die Rahmenbedingungen für die so wichtige Arbeit der zivilgesellschaftlich Aktiven herstellen.

180

181 Insbesondere Bildung sollte dabei ein Schlüsselement unserer Asylpolitik sein; sie ermöglicht
182 Flüchtlingen nämlich nicht nur ein würdiges Leben in Deutschland, sondern darüber hinaus
183 können gut ausgebildete Flüchtlinge bei einem Wiederaufbau in ihren Herkunftsländern helfen.

184

185 Doch oft müssen gerade sie, die sie traumatisiert vor der Gewalt in ihrer alten Heimat geflohen
186 sind, es ertragen, dass rassistische Mobs sich vor ihren Heimen versammeln und
187 Pogromstimmung verbreiten. Angefacht von den rassistischen Demos von Pegida & Co und
188 salonfähig gemacht durch die CSU und AfD, machen sich „besorgte Bürger*innen“ zu
189 Mittäter*innen an Hass und Gewalt. Die offiziellen Statistiken zählen allein im ersten Halbjahr
190 2015 150 Angriffe auf Unterkünfte von Asylsuchenden – fast so viel, wie im gesamten Vorjahr.
191 Die Bilder und Berichte erinnern an die schrecklichen Anschläge und Pogrome in den 90er
192 Jahren.

193

194 Und daran erinnert leider auch die Reaktion der Politik. Etablierte Parteien wollen scheinbar den
195 Rechtspopulist*innen und Rassist*innen nicht nachstehen und schlagen in dieselbe Kerbe. Statt
196 Geflüchtete mit offenen Armen zu empfangen, wird – insb. von der CSU – gegen angeblichen
197 Asylmissbrauch gehetzt. Die SPD knickt, wie schon 1992, ein und stimmt für eine Verschärfung
198 der Asylgesetze und die Erweiterung der „sicheren Drittstaaten“ – Öl ins Feuer der Rechten
199 Rattenfänger. Damit treiben Union, SPD und Teile der Grünen die Aufteilung von Geflüchteten in
200 „echte“ und „unechte“ Flüchtlinge an. Der Einzelfall zählt nicht mehr, sondern eine aus
201 politischer Bequemlichkeit getroffene Pauschalentscheidung über die Sicherheit von Menschen.

202

203 Von der Bunderegierung und insbesondere der SPD fordern wir:

204

205 1. Dem rassistischen Mob muss Einhalt geboten werden! Wir unterstützen und solidarisieren
206 uns mit der progressiven Zivilgesellschaft, die sich schützend vor die Heime stellt, sich für
207 Geflüchtete stark macht und einladend die Hand ausstreckt. Ihre Arbeit muss gewürdigt und
208 unterstützt werden. Wir verurteilen die rassistische Hetze und sind schockiert und wütend über
209 die Gewalt, mit der Geflüchtete konfrontiert werden.

210

211 2. Flüchtlingshilfen und andere zivilgesellschaftliche Gruppen, die mit Geflüchteten in Kontakt
212 stehen müssen in ihrer Arbeit strukturell und finanziell unterstützt werden. Insbesondere
213 Stadtteilinitiativen, die mit Geflüchteten direkt vor Ort ins Gespräch kommen, sind ein wichtiger
214 Bestandteil einer tatsächlichen Willkommenskultur. Außerdem fordern wir die Förderung von
215 Sport- und Kulturprogrammen für Flüchtlinge in den Kommunen zur Teilhabe am
216 Sportvereinsleben und an künstlerischen und kulturellen Angeboten.

217

218 3. Die Einrichtungen, in denen Geflüchtete untergebracht sind, müssen zu jedem Zeitpunkt
219 ausreichend geschützt werden. Die sprungartigen Anstiege der Angriffszahlen auf Unterkünfte
220 von Geflüchteten zeigen, dass der bisherige staatliche Schutz nicht ausreichend ist. Weiterhin
221 erwarten wir von der Polizei, dass sie die Angriffe auf Asylbewerber*innenunterkünfte gründlich

222 aufklärt.

223

224 4. So schnell wie möglich soll flächendeckend das Konzept der dezentralen Unterbringung
225 von Geflüchteten umgesetzt werden, dass eine Partizipation am gesellschaftlichen Leben für die
226 betroffenen Menschen erst richtig ermöglicht. Initiativen, die Geflüchteten helfen und ihnen beim
227 Einstieg in ihr neues Leben helfen, müssen für ihre Arbeit ausreichend finanziert werden.
228 Weiterhin braucht es in den Unterbringungen Schutzräume für Frauen* und Kinder.

229

230 5. Die Länder und Kommunen dürfen bei der Betreuung der Geflüchteten nicht alleine
231 gelassen werden. Der Bund muss richtige Prioritäten setzen und den Kommunen genügend
232 Mittel zur Verfügung stellen. Er muss mehr Geld in die Kommunen geben, um
233 menschenwürdige Unterkünfte für Flüchtlinge zu schaffen und das Asylverfahren zu
234 beschleunigen. Damit Großstädte die Unterbringungsquote zu würdigen Bedingungen erfüllen
235 können, muss es erlaubt sein, auch außerhalb des Stadtgebietes in Kooperation mit anderen
236 Gemeinden und Kreisen Flüchtlinge unterzubringen. Die Separierung von Flüchtlingen in
237 Unterbringungen für Wirtschaftsflüchtlinge und alle anderen ist abzulehnen. Um den
238 Flüchtlingen eine langfristige Integration zu ermöglichen, erhalten sie frühzeitig kostenlose
239 Deutschkurse. Kindern wird ein früher Kindergarten- und Schulbesuch ermöglicht. Die
240 Schulpflicht von Asylsuchenden muss konsequent durchgesetzt werden.

241

242 6. Geflüchteten muss ein kostenloses Ticket für den kommunalen ÖPNV zur Verfügung
243 gestellt werden. Dabei muss die Kommune bei der Finanzierung durch Bund und Land entlastet
244 werden.

245

246 7. Die kürzlich mit den Stimmen der Union, der SPD und von Teilen der Grünen
247 beschlossenen Asylrechtsverschärfungen müssen zurückgenommen werden. Insbesondere die
248 neuen Regelungen für Abschiebehaft, die beinhalten, dass es für Inhaftierung zukünftig reicht
249 keinen Pass zu haben, „Schlepper*innen“ bezahlt zu haben oder schlicht und ergreifend über
250 ein „sicheres Drittland“ (alle Nachbarländer Deutschlands gelten als sichere Drittländer) nach
251 Deutschland gekommen zu sein, – alles Begleiterscheinungen einer Flucht – bedrohen
252 praktisch jede*n Geflüchteten und müssen sofort zurückgenommen werden.

253

254 8. Die Erweiterungen der „sicheren Drittstaaten“ auf Länder wie Serbien, Bosnien &
255 Herzegowina und Mazedonien muss rückgängig gemacht werden. Bei diesen Erweiterungen
256 wurden Warnungen von Menschenrechtsorganisationen, wie z.B. Pro Asyl ignoriert, die darauf
257 hinwiesen, dass Roma*Rominja und andere Minderheiten dort massiv rassistisch diskriminiert
258 werden. Das Konzept der „sicheren Drittstaaten“ dient nur noch der Beschleunigung von
259 Abschiebeverfahren ohne Prüfung jeglicher Schutzbedürfnisse. . § 29a AsylVfG ist daher
260 ersatzlos zu streichen.

261

262 9. Die SPD darf sich – egal ob in Regierungsbeteiligung oder nicht – nicht an Verschärfungen
263 des Asylrechts beteiligen, auch wenn dafür Verbesserungen z.B. beim Bleiberecht „erkauft“
264 werden. Diese Verbesserungen sind Notwendigkeiten, für die zu streiten selbstverständlich ist.
265 Sie sind aber nicht gegen andere Einschränkungen für Geflüchtete abwägbar. Die
266 Sozialdemokratie darf sich nicht auf das Spiel einlassen, Geflüchtete in „echte“ und „falsche“
267 oder „gute“ und „schlechte“ einzuteilen.

268

269 10. Das Dublin-III-Verfahren ist unsolidarisch und führt in einigen Ländern Europas zu einer
270 humanen Katastrophe. Die SPD und ihre Abgeordneten müssen sich für ein neues,
271 solidarisches System der Verteilung von Geflüchteten in Europa einsetzen. Dabei müssen die
272 Wünsche der Geflüchteten berücksichtigt werden und die reichen Länder viel stärker in die
273 Pflicht genommen werden. Daraus ergibt sich, dass wir besonders das
274 „Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz“, also die neuerliche Verschärfung des Asylrechts,
275 ablehnen.

276

277 Eine Flüchtlingspolitik die auf Abschreckung setzt und „Fehlanreize“ in den Zielländern zu
278 Fluchtgründen erklärt, ist ein gefährlicher Irrweg.

279

280 Letztlich bedeutet Abschreckung, Menschen hier genauso schlecht oder noch schlechtere
281 Lebensbedingungen zu bereiten als in ihren Herkunftsländern.

282

283 Bezogen auf die Grenzsicherung bedeutet Abschreckung, die Einreise mindestens so riskant zu
284 machen, wie das Leben in den Herkunftsländern.
285
286 Diese Strategie ist zynisch und in ihrem Versuch, Zufluchtsuchende das Leben so unangenehm
287 wie möglich zu machen, uferlos. Wir brauchen eine Lösung der momentanen Krise, die die
288 tatsächlichen Fluchtgründe angeht und nicht die sozialen und humanitären Mindeststandards
289 der Bundesrepublik zu Fluchtgründen erklärt und für Asylsuchende deshalb faktisch abschafft.
290
291 Wir brauchen somit in Deutschland und Europa eine menschliche Flüchtlingspolitik, die eine
292 sichere und legale Einreise in die EU ermöglicht, die Unterbringung und Verteilung von
293 Flüchtlingen menschenwürdig und solidarisch organisiert, die Hilfsbereitschaft in der
294 Gesellschaft tatkräftig unterstützt, um für eine solidarische Willkommenskultur zu sorgen, und
295 sich aktiv gegen rechte Gewalt, rechten Terror und Populismus wendet. Flüchtlinge sind keine
296 Bedrohung. Sie sind Menschen. Das muss das Denken der Flüchtlingspolitik bestimmen. Es
297 geht um Menschen.
298
299
300
301
302
303
304
305
306
307
308
309
310
311
312
313
314
315
316
317
318
319
320
321
322
323
324
325
326
327
328
329
330
331
332
333
334
335
336
337
338
339
340
341
342
343

Titel Die Zeit ist jetzt für Solidarität mit Geflüchteten!
Refugees welcome – all of you!

Antragsteller Thüringen

Zur Weiterleitung an Bundeskongress Jusos 2015

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Die Zeit ist jetzt für Solidarität mit Geflüchteten! Refugees welcome – all of you!

1 **Die Zeit ist jetzt für Solidarität mit Geflüchteten!**

2

3 **Refugees welcome – all of you!**

4

5 Die Welt ist aktuell voller Krisen, Kriege und Konflikte. Der sog. „Islamische Staat“ zieht
6 mordend durch Syrien, Libyen und den Irak. Im repressiven System Eritreas werden
7 Menschenrechte massiv unterdrückt, aus heiterem Himmel können willkürliche Verhaftungen
8 und Ermordungen beinahe jede*n treffen. Auf dem Balkan sind manche Minderheiten,
9 besonders Rom*nja und Sinti*ze, von rassistischer Verfolgung betroffen und/oder sehen sich mit
10 Umständen konfrontiert, die ihnen das Leben in manchen Balkanstaaten unerträglich macht.
11 Wieder in anderen Ländern haben die Nachwirkungen des Kolonialismus, Krieg, korrupte und
12 desolate Staaten, jahrhundertelange Ausbeutung, Milizen oder Hunger- und Naturkatastrophen
13 ein menschenwürdiges Dasein unmöglich gemacht.

14

15 All diese Umstände führen dazu, dass aktuell immer mehr Menschen in Europa und gerade
16 auch in Deutschland Zuflucht und ein sicheres Leben suchen. Für uns steht fest: Wer aus solch
17 unerträglichen Umständen nach Deutschland flieht, verdient unsere Unterstützung und
18 Solidarität. Wir fordern dabei, die vielfältigen Fluchtgründe als legitim anzuerkennen. Wer aus
19 seiner*ihrer Heimat flieht und dabei alles zurücklässt, was er*sie hat, hat dafür legitime Gründe.
20 Die Scheindebatte um die Differenzierung von berechtigter Flucht aus Kriegsgebieten und
21 angeblich illegitimer Einreise von „Wirtschaftsflüchtlingen“ ist nicht nur zynisch, sie stellt
22 grundlegend das allgemeine und gleiche Grundrecht auf Asyl in Frage. Wir lehnen diese
23 Differenzierung ab und sagen: Refugees welcome – all of you!

24

25 **Art. 1 Abs. 1 S. 1 GG: Die Würde des Menschen ist unantastbar.**

26

27 Die Unterbringung der Menschen, die zu uns flüchten, stellt die Kommunen vor
28 unterschiedliche, wenngleich flächendeckend hohe Herausforderungen. Die Sorgen der
29 Kommunen nehmen wir ernst. Jedoch können wir die daraus folgende Forderung mancher
30 Landrät*innen und Oberbürgermeister*innen nach schnelleren Abschiebungen und einer
31 niedrigeren Aufnahmebereitschaft statt nach echter Verteilungsgerechtigkeit und einer deutlich
32 stärkeren finanziellen Beteiligung des Bundes nicht nachvollziehen. Fest steht: Viele Städte und
33 Gemeinden in Deutschland sind von Abwanderung und demographischem Wandel betroffen,
34 hier gibt es viele leerstehende Wohnungen und Häuser – und zwar nicht nur in abgelegenen
35 Dörfern.

36

37 Fest steht auch: egal wo Geflüchtete untergebracht sind, müssen gewisse
38 Mindestanforderungen gelten. Die Bereitstellung von separaten Wohnungen oder

39 Wohngemeinschaften, die ein gewisses Maß an Privatsphäre und Rückzugsmöglichkeiten
40 schaffen, sind dabei unabdingbar. Außerdem zählt u.a. dazu, dass Geflüchtete innerhalb eines
41 Wohngebietes untergebracht und nicht an den Stadtrand oder ins Gewerbegebiet abgeschoben
42 werden. Es muss einen funktionierenden Nahverkehr und eine Nahversorgung geben, damit
43 eine gesellschaftliche Partizipation möglich ist. Gleichzeitig muss die Kommune Konzepte
44 entwickeln um eine Annäherung und Verständigung zwischen Geflüchteten und einheimischer
45 Bevölkerung herzustellen.

46

47 Die Unterbringung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge wird die Länder und Kommunen in
48 Zukunft vor eine weitere Herausforderung stellen. Wurden diese bisher nur dort untergebracht,
49 wo sie zuerst aufgegriffen wurden (meist München, Bremen oder Hamburg), sollen Sie in
50 Zukunft über die gesamte Bundesrepublik verteilt werden. Wir sprechen uns dafür aus,
51 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge nicht in den Erstaufnahmereinrichtungen der Länder
52 unterzubringen, sondern sofort auf die Kommunen zu verteilen. Flucht und Vertreibung
53 hinterlassen Spuren, insbesondere bei Minderjährigen. Deshalb muss es zwingend eine
54 intensive sozialpädagogische sowie ggf. traumatherapeutische Einzelbetreuung für unbegleitete
55 minderjährige Flüchtlinge geben. Aus diesem Grund sprechen wir uns dafür aus, sie in den
56 stationären Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen unterzubringen, wo bereits pädagogisch
57 geschultes Personal vorhanden ist. Die Einrichtungen müssen dabei dem Alter und jeweiligem
58 Selbstständigkeitsgrad der Jugendlichen angemessen sein. Das Personal muss darüber hinaus
59 aufgestockt sowie kontinuierlich weitergebildet werden, um eine pädagogisch hochwertige
60 Betreuung dieser speziellen Zielgruppe sicherzustellen. Außerdem bedarf es zusätzlicher
61 Traumatherapeut*innen und Dolmetscher*innen in den Einrichtungen.

62

63 **Art. 1 Abs. 1 S. 2 GG: Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen**
64 **Gewalt.**

65

66 Die Zustände in vielen Unterkünften sind erschreckend, improvisierte Zwischenlösungen wie
67 Turn-, Messe- oder Lagerhallen und Baumärkte aber auch manche Gemeinschaftsunterkunft
68 sind der Unterbringung von Menschen unwürdig. Zusätzlich zu den Belastungsfaktoren die von
69 der Flucht mitgebracht werden, sind Geflüchtete hier auf engstem Raum in viel zu großen
70 Zahlen eingezwängt. Dass es unter solchen Bedingungen zu Konflikten und Gewaltausbrüchen
71 kommt, liegt in der menschlichen Natur und ist nicht verwunderlich. Gleichzeitig kann die einzige
72 Konsequenz daraus sein, den Menschen konsequent die Privatsphäre und Betreuung zu geben,
73 die sie brauchen.

74

75 Die Idee einer nach Ethnien getrennten Unterbringung oder der Selektion von Geflüchteten aus
76 vermeintlich sicheren Herkunftsländern lehnen wir strikt ab. Die zynische Unterscheidung
77 zwischen Kriegs- und sog. Wirtschaftsgeflüchteten verkennt, dass rund ein Drittel der
78 Geflüchteten aus vermeintlich sicheren Herkunftsländern Rom*nja und Sinti*ze sind. Sie sind in
79 ihren Herkunftsländern einer brutalen Diskriminierung ausgesetzt. Sie haben keinen Zugang
80 zum Arbeitsmarkt, adäquatem Wohnraum oder Gesundheitsversorgung. Nicht selten werden
81 ihnen selbst lebensnotwendige Maßnahmen in Krankenhäusern verwehrt. Sie werden an den
82 Rand der Siedlungen verdrängt und sind systematischer Gewalt durch staatliche Institutionen
83 und weiße Rassist*innen ausgesetzt. Für manche geht es um nicht weniger als das blanke
84 Überleben. Unter Berücksichtigung dieser Realität ist die Anerkennungsquote bei Asylanträgen
85 aus Balkanländern in Frankreich, Italien und selbst Großbritannien beispielsweise wesentlich
86 höher. Es ist für uns unfassbar, dass 70 Jahre nach dem Ende der KZs völlig
87 geschichtsvergessen wieder über Sammellager für Rom*nja und Sinti*ze nachgedacht wird.

88

89 Auch viele Frauen* fliehen vom Westbalkan nach Europa, die Zuhause von massiver häuslicher
90 und/oder sexueller Gewalt betroffen sind.[1] Länder wie Albanien, wo Frauen kaum reelle
91 Rechte haben, wo häusliche Gewalt erst seit drei Jahren überhaupt eine Straftat ist, aber für die
92 (meist männlichen) Täter so gut wie nie Konsequenzen hat, wo Zwangsehen und die
93 erzwungene Abtreibung weiblicher Föten an der Tagesordnung sind, wo Selbstjustiz und
94 Blutrache häufige Antworten auf das Aufbegehren von Frauen sind, diese Länder sollen aus
95 deutscher Sicht zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt werden. Nicht nur hier sehen wir, dass
96 auch in der Asyldebatte die Rechte mancher stärker im Vordergrund stehen als die anderer.

97

98 Dies sind nur zwei Beispiele, die zeigen, dass der Begriff des „sicheren Herkunftslandes“ ein
99 willkürlicher gewählter ist, der je nach politischer Wetterlage missbraucht wird. Für uns steht

100 fest: Das Asylrecht ist ein individuelles Recht. Jede*r muss daher auch das Recht auf eine
101 individuelle Prüfung haben. Eine Liste vermeintlich sicherer Herkunftsländer steht dem
102 fundamental entgegen und dient nur der Verschleierung des eigentlichen Ziels, nämlich dass
103 man sich mit manchen Fluchtschicksalen nicht auseinandersetzen und die Geflüchtetenzahlen
104 begrenzen will. Wir lehnen daher jede Kategorisierungen dieser Art ab und sprechen uns für ein
105 individuelles Grundrecht auf Asyl für alle aus.

106

107 **Art. 1 Abs. 2 GG: Das deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und**
108 **unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder staatlichen Gemeinschaft, des**
109 **Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.**

110

111 Vielerorts ist auch zu hören, wir könnten „doch nicht alle bei uns aufnehmen“ und „das Boot sei
112 voll“. Dabei ist der Anteil der Geflüchteten, der nach Deutschland kommt, im Vergleich zu den
113 60 Millionen Menschen, die weltweit auf der Flucht sind, geradezu verschwindend. Während im
114 Libanon 257 Flüchtlinge pro 1000 Einwohner*innen, in Jordanien 114, im Tschad 39 und im
115 Südsudan 24 Zuflucht gesucht haben, sind es in Deutschland gerade mal 2.

116

117 Auch einige europäische Länder nehmen bedeutend mehr Flüchtlinge gemessen an der
118 Einwohner*innenzahl auf als Deutschland, z.B. Malta, Schweden, die Türkei, Norwegen, die
119 Schweiz, Österreich, die Niederlande, Frankreich oder Belgien. Auch wenn die Prognosen der
120 Flüchtlinge, die wahrscheinlich bis Ende 2015 noch in Deutschland Asyl suchen werden, auf
121 800.000 Menschen nach oben korrigiert worden ist, so ist das kein „Flüchtlingsstrom“,
122 Menschen sind keine Naturkatastrophe! Stattdessen ist es eine mehr als leistbare
123 Herausforderung für eines der reichsten Länder der Welt, das es 1945 in vollkommen
124 zerstörtem Zustand sogar schaffte, 15 Millionen sog. Vertriebene aus den ehemaligen
125 deutschen Ostgebieten aufzunehmen und zu integrieren.

126

127 Deutschland könnte sich – möchte man das Ganze volkswirtschaftlich denken – angesicht des
128 Arbeitskräftemangels glücklich schätzen. Auch die Städte und Gemeinden, die über die
129 gestiegenen Einwohner*innenzahlen von höheren Schlüsselzuweisungen profitieren, sollten
130 nicht nur über die Kosten reden, die entstehen, sondern auch über die Mittel, die sie damit
131 generieren.

132

133 In Deutschland fehlen laut der Studie „Die halbierte Generation: Die Entwicklung des
134 Arbeitsmarktes und ihre Folgen für das Wirtschaftswachstum in Deutschland“ bis 2030 5,5 – 7,8
135 Millionen Arbeitskräfte mit einem daraus resultierende Schaden von 410 – 550 Milliarden Euro.
136 [2] Darüber hinaus wissen wir, dass Renten- und Pflegeversicherung dringend auf neue junge
137 Beitragszahler*innen angewiesen sind. Bereits heute zahlen in Deutschland im Verhältnis nur
138 noch zwei Beitragszahlende pro Renter*in in die gesetzliche Rentenversicherung ein, im Jahr
139 2050 werden es sogar nur noch 1,54 sein.[3] Angesichts solcher Prognosen, sollten wir dankbar
140 und offen für jede*n sein, der*die hier leben und arbeiten möchte und alles daran setzen, diese
141 Menschen so schnell wie möglich in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Wir begrüßen die ersten
142 Modellprojekte von IHK und Handwerkskammern, die genau dies umsetzen wollen. Darüber
143 hinaus fordern wir die Hochschulen auf, sich für Geflüchtete, die in ihren Heimatländern studiert
144 oder eine Hochschulreife erworben haben zu öffnen und niedrigschwellige bilinguale Angebote
145 zu schaffen. Der steigende Bedarf an Arbeitskräften zeigt aber auch, dass der Zugang zum
146 deutschen Arbeitsmarkt und damit zum Leben in Deutschland dringend vereinfacht werden
147 muss, ein Einwanderungsgesetz kann hier ein gangbarer Weg sein. Gleichzeitig steht für uns
148 aber auch fest, dass damit keine Einschränkung des Grundrechts auf Asyl einhergehen darf.

149

150 Wir sind uns als Jusos bewusst, dass eine solch verwertungs-kapitalistische Betrachtungsweise
151 problematisch ist, denken aber auch, dass sie dringend in die öffentliche Debatte eingebracht
152 werden muss, um die Notwendigkeit von Zuwanderung auch in der „Mitte“ der Gesellschaft zu
153 verdeutlichen.

154

155 Besonders darf es aber nie die einzige Begründung sein, warum Schutzsuchende das Recht
156 haben sollten, hier zu leben. Egal, ob eine Person ihre Heimat verlassen muss, weil dort
157 Hunger, Krieg oder Verfolgung herrscht, weil sie unterdrückt wird, ihre Minderheitenrechte nicht
158 anerkannt werden, sie wegen ihres Geschlechts in ständiger Angst leben muss, oder weil das
159 Leben dort einfach perspektiv- und aussichtslos erscheint, all diese Gründe erkennen wir als
160 legitime Fluchtgründe an – unabhängig von Alter und beruflicher Qualifikation.

161

162 Geradezu absurd erscheinen in dieser Betrachtungsweise die Lügen, die Wut, der Hass, die
163 Mordandrohungen und versuchten Morde in Form von Brandanschlägen auf
164 Asylbewerber*innenunterkünfte, mit denen Geflüchtete aktuell in Deutschland und Thüringen
165 konfrontiert werden. Die Begründungen hier sind meist scheinheilig, auf falschen Annahmen
166 aufgebaut und rasch widerlegbar. Es ist also nicht nötig, diese hier zu reproduzieren. Lediglich
167 eines sei an dieser Stelle gesagt: Gerade nach dem Konflikt in der Erstaufnahmestelle in Suhl
168 im Sommer 2015, deren Ausgangspunkt ein religiöser Streit war, wurde von besorgten
169 Bürger*innen häufig vorgebracht, Asylbewerber*innen müssten sich an das Grundgesetz halten,
170 sonst müsse direkt eine Abschiebung folgen. Die Anmaßung, man selbst würde sich besser
171 verhalten, und dann auch noch unter solch widrigen Unterbringungsbedingungen wie in der
172 Erstaufnahmestelle in Suhl, mit Arbeitsverbot und ohne soziale Betreuung, ist sowieso nicht
173 nachzuvollziehen. Ein Blick auf jede Dorfkirmes reicht, um dies zu widerlegen. Wir können uns
174 nur wundern, dass Menschen die sonst jeden Fortschritt in Gleichstellung und Diversity erbittert
175 bekämpfen, Frauen und Homosexuelle auf einmal als schützenswerte Minderheit entdecken,
176 wenn es um die Ablehnung muslimischer Menschen geht. Den Verweis auf das Grundgesetz
177 teilen wir jedoch und fordern, die deutsche Bevölkerung möge sich endlich zu unverletzlichen
178 und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder staatlichen Gemeinschaft, des
179 Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt bekennen!

180

181 Uns ist aber auch bewusst, dass in den Herkunftsländern der Geflüchteten manchmal
182 patriarchalische und undemokratische Gesellschaftsstrukturen vorherrschen. Teil einer
183 humanitären Asylpolitik muss es daher auch immer sein, Menschen die zu uns kommen, im
184 Hinblick auf Gleichstellung und Antidiskriminierung zu sensibilisieren. Dabei braucht es aber
185 nicht den erhobenen deutschen Zeigefinger, sondern fundierte pädagogische Konzepte, die auf
186 Augenhöhe arbeiten.

187

188 Das Bekenntnis zu unveräußerlichen Menschenrechten umfasst, jede*n Geflüchtete*n mit
189 Respekt entgegenzutreten, Respekt vor fremden Kulturen, Gebräuchen und öffentlichem
190 Auftreten, sowie ein sensibler Umgang damit. Wir fordern eine echte Willkommenskultur – nicht
191 nur von Seiten der Politik, sondern auch von Seiten der Bevölkerung. Unser Dank und unser
192 Respekt gilt dabei denjenigen, die sich bereits jetzt in Initiativen und Verbänden für
193 Zufluchtssuchende einsetzen, die als Sozialarbeiter*innen, Feuerwehrleute, Mediziner*innen,
194 Therapeut*innen, Lehrer*innen, Dolmetscher*innen sowie anderweitig engagierte ehrenamtliche
195 Helfer*innen ihre Kompetenzen und ihre Arbeit einsetzen, um Geflüchtete hier zu unterstützen.
196 Diese Menschen wollen wir zum Vorbild nehmen und appellieren an alle Menschen, die
197 Kapazitäten an Zeit, Wissen, Geld oder sonstigen Ressourcen haben, es ihnen gleichzutun.

198

199 Gleichzeitig erleben wir, dass viele Menschen gerne Unterstützung leisten wollen, aber nicht
200 wissen wie. Hier bedarf es eines Ehrenamtlichenmanagements von kommunaler Seite.
201 Vielfältige Unterstützungsmöglichkeiten vor Ort müssen zentral zusammengetragen und sowohl
202 im Internet als auch in den regionalen Tageszeitungen veröffentlicht werden. Mindestens ein*e
203 Ehrenamtlichenmanager*in der Kreisverwaltung bzw. Stadtverwaltung kreisfreier Städte oder
204 bei einem von diesen beauftragten Träger (wie der AWO, einem Migrationszentrum etc.)
205 müssen hier als Ansprechpartner*in fungieren und die Unterstützungsangebote an die richtige
206 Stelle leiten. Wichtigster Gedanke in der ehrenamtlichen Arbeit mit Geflüchteten muss aber
207 immer sein, „Was wollen die Betroffenen?“. Geflüchtete sind keine Kinder, die bespaßt werden
208 müssen oder die man bevormunden kann. Angebote, die sich an sie richten, sollten
209 niedrigschwellig und partizipativ aufgebaut sein, damit die Teilnehmenden eigene Wünsche und
210 Vorstellungen artikulieren und einbringen können.

211

212 Beschämt und erschrocken sind wir von neofaschistischen Aufmärschen vor
213 Asylbewerber*innenunterkünften. Wie Anfang der 90'ger Jahre folgen vermeintlich unpolitische
214 Anwohner*innen der Speerspitze von Neonazis und machen sich wissentlich und willentlich mit
215 ihnen gemein. Mit Blick auf die Mitte-Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung kann uns dieses
216 rassistische Gewaltpotential und die Breite der Bevölkerung, die es trägt, nicht überraschen.
217 Betroffen macht es trotzdem.

218

219 Besonders perfide ist die Rolle, die in diesem Zusammenhang die AfD spielt. Wissentlich und
220 willentlich etabliert sie sich als Scharnier zwischen Wutbürger*innen und organisierten
221 Neonazis. Sie nimmt dabei in Kauf, dass Gewaltbereite von ihren Kundgebungen aus Übergriffe

222 begehen, und danach wieder im Schutz der Menge verschwinden können. Sie schürt durch
223 Lügen und Hetze irrationale Ängste in der Bevölkerung und schafft damit den Nährboden, auf
224 dem sich Faschisten bevollmächtigt fühlen, Asylunterkünfte anzuzünden oder andere Anschläge
225 zu begehen. Wir appellieren an alle Medienvertreter*innen zu einem kritischeren, bewussteren
226 Umgang mit ihrer Berichterstattung in dieser Debatte. Der*die berüchtigte „Südländer*in“ findet
227 nach wie vor zu oft den Weg in Personenbeschreibungen und Artikel zu Asyl werden ohne
228 Hintergrundinformation oder Einordnung von Zahlen und Fakten veröffentlicht und tragen damit
229 zu einem negativen Stimmungswechsel in der Bevölkerung bei. Wer sich in sozialen
230 Netzwerken oder auf den jeweiligen Websites in die Kommentarspalten wagt, sieht sich einer
231 Flut von rassistischen und sozialchauvinistischen Kommentaren gegenüber, die kaum bis gar
232 nicht moderiert werden.

233

234 **Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG: Jeder hat das Recht auf körperliche Unversehrtheit.**

235

236 Wir Jusos glauben, dass jeder Mensch die gleichen Chancen verdient, sein*ihre Leben zu
237 gestalten. Dazu gehört an einer der ersten Stellen auch der Zugang zu gesundheitlicher
238 Versorgung. Das gilt vollumfänglich auch für Geflüchtete, die aufgrund von Krieg, Folter, Flucht
239 und extremer Armut manchmal schon mit körperlichen oder seelischen Krankheiten in
240 Deutschland ankommen. Wieder andere fliehen aus ihrer Stadt oder ihrem Dorf, weil sie dort
241 nicht oder nicht ausreichend behandelt werden. Das betrifft nicht selten Rom*nja und Sinti*ze,
242 denen z.B. in manchen Balkanländern ausreichende medizinische Versorgung aufgrund ihrer
243 ethnischen Zugehörigkeit verweigert wird. In Deutschland erhalten Geflüchtete aber nur eine
244 mangelhafte gesundheitliche Versorgung, die sich im Asylbewerberleistungsgesetz begründet,
245 wonach Asylbewerber*innen über die Sozialhilfverwaltung krankenversichert sind. Die Kosten
246 für eine medizinische Behandlung werden nur bei einer eindeutigen Notversorgung geleistet,
247 worüber im Regelfall Verwaltungsangestellte und keine Mediziner*innen entscheiden. Pro Asyl
248 e.V. berichtete schon mehrfach von den Todesfolgen, die dies für Betroffene haben kann.[4]

249

250 Wir fordern daher eine Gesundheitskarte für alle Asylsuchenden, wie sie bereits in Bremen und
251 Hamburg existiert. Dies ermöglicht es Geflüchteten, eine*n Ärzt*in aufzusuchen, ohne die
252 Behandlung vorher beim Sozialamt beantragen zu müssen. Die Kosten hierfür trägt die
253 öffentliche Hand, die wiederum aber Sachbearbeiter*innenkapazitäten, welche sich endlich
254 ihrem eigentlichen Job widmen können, einspart. Auch sind häufig die Folgekosten für OPs etc.
255 bei nicht rechtzeitig behandelten Krankheiten viel höher als die angemessene Behandlung beim
256 Beginn von Beschwerden. Vor allem aber ist die Forderung nach einer Gesundheitskarte auch
257 in Thüringen keine ökonomische, sondern eine Frage von Humanität.

258

259 **Art. 21 Abs. 1 S. 1 GG: Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit.**

260

261

262 Frei nach dem Motto, rechts von uns darf es keine Partei geben, versuchen Politiker*innen von
263 SPD bis CSU im Moment sich mit immer schärferen Statements zu Höchstzahlen und
264 Grenzsicherung zu überbieten. Wir sind schockiert über die Rolle die Sigmar Gabriel und Frank-
265 Walter Steinmeier dabei einzunehmen versuchen. Nach einem halbherzigen Lippenbekenntnis
266 zum Grundrecht auf Asyl, folgen alarmistische Zahlenspekulation und ist die Rede von
267 überforderter Hilfsbereitschaft. In der braunen Mitte der deutschen Gesellschaft gibt es für die
268 SPD nichts zu gewinnen. Im Gegenteil, wenn demokratische Parteien, die Debatte mit immer
269 schärferer Rhetorik führen und Angst vor Fremden legitimieren, gibt das fremdenfeindlichen
270 Parteien wie der AfD erst recht Auftrieb. Die Entwicklung der FPÖ in Österreich ist mahnendes
271 Beispiel, wie demokratische Parteien, nach diesem Prinzip, Rechtspopulisten salonfähig und
272 erfolgreich gemacht haben. Statt Fremdenhass und Wutbürger*innen hinterherzulaufen, sollten
273 wir als Sozialdemokrat*innen – auch mit Blick auf die eigene Geschichte – uneingeschränkt
274 solidarisch mit allen Geflüchteten sein und dem vermeintlichen Volkszorn nicht nachgeben.
275 Unsere Aufgabe muss darin bestehen, die humanitäre Verpflichtung zu Asyl und die
276 Notwendigkeit von Zuwanderung zu erklären.

277

278 Generell gilt für uns der Grundsatz, den auch das Grundgesetz festgeschrieben hat: Die
279 Menschenwürde zu achten und zu schützen, ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt! Dies
280 bedeutet, dass wir von allen Abgeordnete in Parlamenten, Minister*innen, Leiter*innen und
281 Beschäftigten von Behörden, Polizist*innen und allen anderen staatlichen Akteur*innen
282 erwarten, dass sie sich deutlich zum Grundrecht auf Asyl bekennen und nicht rassistische

283 Ressentiments oder die Anforderungen von Wutbürger*innen bedienen! Und gerade von den
284 Genoss*innen der SPD, die Parlamentsmandate begleiten oder Landratsämtern oder
285 Rathäusern vorstehen, erwarte wir, dass sie Rassismus und Sozialchauvinismus eine Absage
286 erteilen und ganz deutlich sagen: Refugees welcome!

287

288 **Art. 3 Abs. 3 S. 3 GG: Niemand darf wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung,**
289 **seiner Rasse (sic!), seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner**
290 **religiösen und politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.**

291

292 Alle Menschen sind gleich und haben von Geburt an die gleichen Rechte. Nur ihre
293 Lebenschancen sind unterschiedlich. Sie werden begünstigt oder behindert von Systemen wie
294 dem Kapitalismus, dem Patriarchat, von Rassismus und Klassismus, von verschiedensten
295 menschenverachtenden Einstellungen und ganz besonders von Nationalstaaten. Zwar schreibt
296 das Grundgesetz fest, niemand dürfe wegen seiner*ihre Herkunft oder Abstammung
297 benachteiligt oder bevorzugt werden. De facto ist aber genau das erst die Grundvoraussetzung
298 für das Funktionieren von Nationalstaaten, nämlich die Möglichkeit über das fiktive Instrument
299 der Staatsbürgerschaft manchen Menschen das Recht zuzugestehen, hier in Deutschland leben
300 zu dürfen und manchen nicht. Der umgekehrte Fall „funktioniert“ übrigens selten. Mit einem
301 deutschen (oder schwedischen oder britischen) Pass kann man fast in jedes Land der Welt
302 reisen. Nach Europa lassen wir nur wenige. Dies ist begründet in der Funktionsweise unserer
303 Weltwirtschaft und den Ursachen für unseren Wohlstand. Die deutsche Industrie im Besonderen
304 lebt entscheidend vom Export der eigenen Produkte bei gleichzeitigem billigem Import von
305 Rohstoff. Unseren Wohlstand gibt es nur, weil andere in Armut leben, weil der Kapitalismus auf
306 Ausbeutung von Menschen und Ressourcen beruht. Dass sich Millionen von Menschen nach
307 einem besseren Leben sehnen, ist logische Konsequenz aus diesem globalen Ungleichgewicht.
308 Dass sie dieses Leben u.a. in Europa suchen, wo von ihrer Armut profitiert wird, nur
309 verständlich. Und Europa wehrt sich, diese Menschen aufzunehmen, weil es Angst um den
310 eigenen Wohlstand hat und weil es zu verstehen beginnt, dass wir Teile unseres geklauten
311 Wohlstands in eben jene Länder investieren müssten, aus denen jetzt die Menschen zu uns
312 fliehen.

313

314 Die aktuelle politische Auseinandersetzung ist darum nicht nur die Frage um das Recht auf
315 Asyl, sondern auch eine Systemfrage des Kapitalismus. Hier geht es auch darum, diese
316 Zusammenhänge deutlich zu machen und sich für eine gerechte Weltwirtschaft und mehr
317 Verteilungsgerechtigkeit weltweit einzusetzen. Auch in diesem Bewusstsein bleiben wir Jusos
318 bei unserer langjährigen Forderung auf ein globales Recht auf Migration. Alle Menschen sind
319 gleich. Alle Menschen sollten die gleichen Voraussetzungen zum Leben haben. Daher müssen
320 auch alle selbst entscheiden können, wo sie leben wollen. Niemand hat ein angeborenes Recht
321 auf mehr Wohlstand, mehr Sicherheit, mehr Zufriedenheit als ein*e andere*r. Ein globales Recht
322 auf Migration ist daher nicht nur ein Menschenrecht, es ist auch der realistischste Schritt, das
323 aktuelle Weltwirtschaftssystem ins Wanken zu bringen, endlich gleiche Lebensverhältnisse
324 weltweit zu erreichen und der weltweiten Ausbeutung ein Ende zu setzen.

325

326

327

328 [1] <http://www.zeit.de/2015/33/fluechtling-balkan-frauen-gewalt>

329

330 [2] <http://www.bcg.de/media/PressReleaseDetails.aspx?id=tcm:89-189318>

331

332 [3] <http://www.zeit.de/wirtschaft/2014-03/erwerbssalter-rentner-verhaeltnis>

333

334 [4] <http://www.proasyl.de/de/news/detail/news/>

335 [gesetzlich_verordnete_lebensgefahr_das_deutsche_asylbewerberleistungsgesetz/?cHash=](http://www.proasyl.de/de/news/detail/news/gesetzlich_verordnete_lebensgefahr_das_deutsche_asylbewerberleistungsgesetz/?cHash=13aad2f05f3b8c4a3cc3784ea8734844&no_cache=1&sword_list%5B0%5D=gesundheitskarte)

336 [13aad2f05f3b8c4a3cc3784ea8734844&no_cache=1&sword_list%5B0%5D=gesundheitskarte](http://www.proasyl.de/de/news/detail/news/gesetzlich_verordnete_lebensgefahr_das_deutsche_asylbewerberleistungsgesetz/?cHash=13aad2f05f3b8c4a3cc3784ea8734844&no_cache=1&sword_list%5B0%5D=gesundheitskarte)

337

338

339

340

341

342

343

Titel Bleiberecht

Antragsteller Bremen

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Bleiberecht

- 1 Der Bundeskongress möge beschließen:
2
3 **Kein Mensch ist illegal! – Eckpunkte für ein humanes Bleiberecht**
4
5 • Allen Menschen, die in Notsituationen in der Bundesrepublik Deutschland um Asyl bitten,
6 sei es aufgrund von politischer Verfolgung, Kriegen und Konflikten oder auch
7 wirtschaftlichem Elend, muss ein uneingeschränktes Bleiberecht eingeräumt werden.
8
9 • Eine Ausrichtung des Bleiberechts an eine ökonomische Verwertungslogik lehnen wir
10 strikt ab. Es ist unsere humanitäre Pflicht, alle Menschen in Not aufzunehmen -
11 unabhängig von ihrem wirtschaftlichen Potenzial.
12
13 • Die von der Bundesregierung geplanten Verschärfungen bei der Abschiebehaft sind
14 katastrophal und werden von uns abgelehnt. Stattdessen setzen wir uns dafür ein,
15 Abschiebungen ein für alle Mal abzuschaffen.
16
17 **Begründung:**
18 Nachdem in den vergangenen Jahren viele tausend Menschen bei dem Versuch, das
19 europäische Festland zu erreichen, im Mittelmeer ertrunken sind, wurde in vielen Reden
20 wortreich geschworen, dass sich entsprechende Tragödien nicht wiederholen dürfen. Doch
21 anstatt Besserungen anzustreben verschlimmerte man die Lage: Das italienische
22 Seenotrettungsprogramm Mare Nostrum wurde durch die Operation Triton ersetzt. Statt
23 Flüchtlinge zu retten, setzte man auf rigorose Grenzüberwachung durch Frontex. Und so kam
24 es, wie es kommen musste: Auch in diesem Frühjahr kamen bei verschiedenen Unglücken
25 wieder viele Flüchtlinge, die auf der Suche nach einem besseren Leben waren, ums Leben.
26 Allein in einer Woche im April starben über 1000 Menschen.
27
28 Infolge dieser neuen Unglücke erkannte die EU vorgeblich, dass nun aber wirklich etwas
29 passieren müsse. Doch anstatt nach Möglichkeiten zu suchen, legale und sichere
30 Einreisemöglichkeiten für Flüchtlinge zu schaffen, machte es sich die EU-Kommission zum
31 vorrangigen Ziel, Schleuserbanden zu bekämpfen. Die Schleuserbanden sind zwar tatsächlich
32 häufig skrupellose Geschäftsleute, meistens aber die einzige Möglichkeit für Flüchtlinge,
33 überhaupt nach Europa zu gelangen, weil es keine legalen Einreisemöglichkeiten gibt. Um zu
34 verhindern, dass flüchtende Menschen ihr Leben in die Hände dieser Schleuserbanden legen,
35 bedarf es stattdessen legaler, gefahrenfreier Zugangswege für Flüchtlinge nach Europa.
36
37 Diese zynische Antwort auf die schrecklichen Vorkommnisse im Mittelmeer wird assistiert durch
38 eine deutsche Bundesregierung, die nicht nur verbal ins gleiche Horn bläst, sondern auch die
39 eigene Gesetzgebung zum Thema Asyl weiter verschärft und damit fundamental gegen Artikel 1

40 des Grundgesetzes und die darin enthaltene Feststellung, dass die Würde des Menschen
41 unantastbar ist, verstößt, da sie Menschen in Not ausgrenzt und ihrem Schicksal selbst
42 überlässt.
43

44 Besonders hervorzuheben ist hier das vom Bundesinnenministerium erarbeitete, vom
45 Bundeskabinett beschlossene und vom Bundesrat nur marginal veränderte „Gesetz zur
46 Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung“. Mit diesem Gesetz sollen in
47 einem Kuhhandel Lockerungen im Bleiberecht gegen eine massive Ausweitung der
48 Abschiebehaft getauscht werden.
49

50 Bei genauerem Hinsehen wird schnell deutlich, dass die Lockerungen im Bleiberecht nur
51 denjenigen Flüchtlingen zu Gute kommen sollen, die sich besonders gut „integriert“ haben und
52 deren ökonomische Verwertbarkeit deshalb besonders hoch ist. So ist immer wieder zu lesen,
53 dass diejenigen Erwachsenen bleiben dürfen sollen, die ihren Lebensunterhalt selber bestreiten
54 und so zum wirtschaftlichen Wohlstand Deutschland beitragen bzw. diejenigen Jugendlichen,
55 bei denen zu erwarten ist, dass sie ihn in der Zukunft selber bestreiten können. Zudem sollen
56 Berufsausbildungen besser anerkannt werden, allerdings erst nachdem sich die Flüchtlinge in
57 Bildungsmaßnahmen von bis zu 18 Monaten bewiesen haben.
58

59 Diese und andere sog. „Bleibeinteressen“ sollen in einem neuen Verfahren zur Bestimmung des
60 Bleiberechts gegen sog. Ausweisungsinteressen (wie z.B. die „Nichtkooperation im
61 Antiterrorkampf“) aufgewogen werden.
62

63 Diesen vermeintlichen Verbesserungen stehen drastische Erweiterungen der Abschiebehaft
64 entgegen. Um, wie es euphemistisch heißt, die „Aufenthaltsbeendigung durchzusetzen“, sollen
65 AsylbewerberInnen in Zukunft wegen einer breiten Palette an Gründen in Abschiebehaft
66 genommen werden können. Dazu gehören mit der Täuschung über die Identität (z.B. durch
67 Vernichtung des Reisepasses), der Nichtkooperation bei der Identitätsfeststellung, dem Zahlen
68 von „erheblichen Geldbeträgen“ an Schleuser und dem Verlassen eines anderen EU-Staats vor
69 Abschluss des dortigen Verfahrens, fast alle Wege, überhaupt bis auf das Gebiet der
70 Bundesrepublik Deutschland zu gelangen. Die Gesetzesgrundlage kann also dazu führen, dass
71 große Teile der AsylbewerberInnen für ihre illegale Einreise, die legal kaum möglich gewesen
72 wäre, bestraft und in Haft genommen werden, um so schnell wie möglich abgeschoben werden
73 zu können.
74

75 Für uns Jungsozialistinnen und Jungsozialisten ist allein dieser Gedanke unerträglich! Unser
76 Ziel ist es auch weiterhin, das Anfang der neunziger Jahre aus Angst vor dem braunen Mob
77 auch mithilfe einer eingeknickten Sozialdemokratie entkernte Recht auf Asyl wieder zu einem
78 echten solchen zu machen. Es spielt dabei für uns keine Rolle, ob ein Mensch vor politischer
79 Verfolgung und Krieg flieht oder vor seiner elenden ökonomischen Lage, die durch europäische
80 Wirtschaftsinteressen zumeist noch verschlimmert wird. Unter diesem Gesichtspunkt lehnen wir
81 die menschenunwürdige rechtliche Unterscheidung zwischen Menschen mit „richtigem“
82 Asylgrund und sog. „Wirtschaftsflüchtlingen“ strikt ab.
83

84 Die Argumente, das „Boot“ sei „voll“ oder wir könnten „nicht alle aufnehmen, die kommen“, sind
85 schlicht gelogen. Ein Staat wie der Libanon, ein Nachbarstaat Syriens, hat auf seine ca. vier
86 Millionen EinwohnerInnen etwa eine Million syrische Flüchtlinge aufgenommen, also nochmal
87 ein Viertel seiner Bevölkerungszahl. Sein Staatswesen ist zwar unter Druck, funktioniert aber
88 weiter. Von entsprechenden Dimensionen (umgerechnet wären das 20 Millionen Flüchtlinge) ist
89 Deutschland, ein wirtschaftlich und infrastrukturell deutlich besser aufgestelltes Land, noch weit
90 entfernt.
91

92 Europa, und gerade auch Deutschland, muss endlich Verantwortung für sein wirtschaftliches
93 und außenpolitisches Handeln übernehmen. Davon abgesehen stünde es Davon abgesehen
94 stünde es Deutschland gut zu Gesicht, Menschen auch wirklich menschlich zu behandeln.
95 Hierfür bedarf es zunächst einiger großer Veränderungen im Bleiberecht.
96

97 Für uns Jusos steht fest: Ein Bleiberecht darf nicht an Kriterien der ökonomischen
98 Verwertbarkeit ausgerichtet sein. Uns ist bewusst, dass die Debatte um den vermeintlichen
99 Fachkräftemangel lediglich eine Scheindiskussion ist und ein Instrument der ArbeitgeberInnen,
100 um Löhne in Branchen mit hohem Arbeitskräftebedarf und vorwiegend gut qualifizierten, aber

101 derzeit schlecht entlohnten ArbeitnehmerInnen weiterhin zu drücken. Sicherlich spricht nichts
102 dagegen, die Talente von Flüchtlingen zu nutzen, um ihnen ein gutes Leben zu ermöglichen.
103 Auf der anderen Seite darf es aber kein Ausschlusskriterium sein, wenn Menschen weniger gut
104 für den deutschen Arbeitsmarkt und die deutsche Wirtschaft geeignet sind.
105
106 Stattdessen ist und bleibt das entscheidende Argument die Menschlichkeit. Für uns sind alle
107 Menschen gleich, egal, woher sie kommen. Wenn Menschen in Not sind und zu uns kommen,
108 dann müssen wir uns um sie kümmern und ihnen bei uns ein gutes Leben ermöglichen. Unsere
109 privilegierte Position in Europa und gerade im reichen Deutschland bringt die humanitäre Pflicht
110 mit sich, allen Menschen zu helfen, die an unsere Tore klopfen.
111
112
113
114
115
116
117
118
119
120
121
122
123
124
125
126
127
128
129
130
131
132
133
134
135
136
137
138
139
140
141
142
143
144
145
146
147
148
149
150
151
152
153
154
155
156
157
158
159
160
161

Titel Stoppt das Sterben im Mittelmeer

Antragsteller Baden-Württemberg

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Stoppt das Sterben im Mittelmeer

1 **Stoppt das Sterben im Mittelmeer**

2

3 In den vergangenen Wochen und Monaten ist die Zahl der Toten, die im Mittelmeer ertrunken
4 sind, rapide angestiegen. Die EU darf dem Massensterben nicht länger zusehen und muss
5 endlich konkrete politische Veränderungen einleiten.

6

7 Die Zahl der Schutzsuchenden, die nach Europa kommen wollen, wird weiter zunehmen. Kriege
8 und Bürgerkriege, klimatische Veränderungen und damit verbundene Verelendung weiter
9 Bevölkerungsteile sowie gezielte Verfolgung und Menschenrechtsverletzungen in den
10 Herkunftsländern treiben die betroffenen Männer, Frauen und Kinder in die lebensgefährliche
11 Flucht nach Europa.

12

13 Es zeigt sich immer wieder, dass weder Mauern noch Zäune Menschen in Not davon abhalten
14 können in Richtung Europa zu fliehen. Aus diesem Grund muss eine Lösung gefunden werden,
15 welche neben der langfristigen Lösung des Problems auch kurzfristig entsprechend Abhilfe
16 verschafft. Die Bekämpfung von kriminellen Schlepperstrukturen ist eine langfristige
17 Herausforderung, die sich nicht durch kurzfristige Maßnahmen lösen lässt. Dennoch muss es
18 Ziel sein, diese Strukturen auch akut zu bekämpfen, da SchlepperInnen bewusst Menschen
19 durch falsche Tatsachenbehauptungen zur Flucht verleiten und diese dann unter
20 verabscheuungswürdigen Bedingungen bewusst auf hoher See ihrem Schicksal überlassen.

21

22 Dem Massensterben muss sofort ein Ende gesetzt werden, daher fordern wir:

23

24 • Seenotrettung muss das oberste Gebot sein und die EU muss "mare nostrum" sofort
25 reaktivieren und finanzieren, damit unter der Leitung der EU-Agentur Frontex ein
26 angemessener Beitrag zum Schutz von Flüchtlingen auf hoher See geleistet werden
27 kann. Alternativ rufen wir die EU dazu auf, ein vergleichbares Seenotrettungsprogramm
28 zu implementieren, mit welchem eine deutliche Erhöhung der finanziellen und personellen
29 Mittel einhergeht.

30

31 • Menschen aus Drittstaaten muss eine legale Möglichkeit zur Einwanderung in die Staaten
32 der Europäischen Union und nach Deutschland geboten werden. Wir fordern auf
33 europäischer und nationaler Ebene die Erarbeitung eines modernen, den Bedürfnissen
34 des 21. Jahrhunderts angepassten Einwanderungsgesetzes.

35 • Darüber hinaus bedarf es einer kohärenten und menschenrechtsbasierten Außenpolitik
36 mit den Transitstaaten und Entwicklungszusammenarbeit mit den Herkunftsländern.

37

38 • Wir fordern die Abkehr von Dublin 3 und eine europaweite Verteilung von Flüchtlingen auf
39 die EU-Staaten, nach dem von der EU-Kommission vorgeschlagenen

40 Verteilungsverfahren. Langfristig streben wir ein gemeinsames europäisches Asyl an, in
41 dem sich Schutzsuchende ihren Aufenthalt frei wählen dürfen. Ein finanzieller Ausgleich
42 zwischen den EU-Mitgliedsländern soll die faire Verteilung der Last auf viele Schultern
43 sorgen“
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89
90
91
92
93
94
95
96
97
98
99
100

Titel Grundsätze der Asylpolitik

Antragsteller Weser-Ems

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Grundsätze der Asylpolitik

1 Grundsätze der Asylpolitik

2

3 Aufgrund von Krisen und kriegerischen Auseinandersetzungen in aller Welt sind heute so viele
4 Menschen auf der Flucht, wie seit dem zweiten Weltkrieg nicht mehr. Die Flucht aus ihrer
5 Heimat ist für diese Menschen das letzte Mittel sich vor politischer Verfolgung, Tod und Hunger
6 zu retten. Der Entschluss zu einer flucht ist nicht einfach. Für viele dieser Menschen ist die
7 Europäische Union aber auch Deutschland ein sicherer und guter Zufluchtsort. Diesen
8 Vorstellungen müssen und wollen wir gerecht werden.

9

10 Die Asylpolitik steht in den nächsten Jahren vor diesen wachsenden Herausforderungen. Wir
11 wollen allen Menschen faire Chancen für die Selbstbestimmung für ihr neues Leben und soziale
12 Gerechtigkeit für Sie und ihre Mitmenschen ermöglichen. Dabei muss die grundsätzliche
13 Anwendung der Asylpolitik in Niedersachsen endlich konsequent verändert und den weltweiten
14 Herausforderungen von, und Gründen für Flucht und Vertreibung angepasst werden. Wichtige
15 Voraussetzungen hierzu sind unter anderem, dass wir die Rahmenbedingungen in
16 Niedersachsen noch weiter für AsylbewerberInnen verbessern, wie:

17

18 „Flüchtlinge sind bei uns willkommen“

19

20 Für die Jusos Weser-Ems ist das Asylrecht ein Menschenrecht. Jeder Mensch hat ein Recht
21 darauf, in freiheitlichen und sozialen Strukturen zu leben. Wir brauchen daher ein
22 unbürokratisches Asylverfahren, damit wir das Verfahren zu einer Willkommenskultur
23 umwandeln.

24

25 Zu dieser Willkommenskultur gehört für uns neben der Änderung im Umgang mit Flüchtlingen
26 auch die Einrichtung so genannter „Willkommenseminare“, auf denen den Flüchtlingen und
27 Asylsuchenden die notwendigen Grundlagen für ein kurzes oder auch längeres Leben in
28 Deutschland vermittelt werden.

29

30 Neben einer solchen „Willkommensemiaren“ ist ebenfalls die Reduktion bürokratischer
31 Abläufen im Zuge der Erstaufnahme in einer Landesaufnahmestelle und bei der weiteren
32 Bearbeitung des Asylantrages von besonderer Bedeutung. Hierzu gehört eine Entschlackung im
33 bürokratischen Ablauf des Bundesamtes für Migration. Denn wir müssen die speziellen
34 Umstände von Flüchtlingen und Asylsuchenden akzeptieren und respektieren.

35

36 Die Unterbringung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern findet in Niedersachsen teilweise
37 dezentral oder auch zentral in so genannten Massenunterkünften statt. Für uns Jusos ist die
38 beste Unterbringungsmöglichkeit nach wie vor die dezentrale. Wir sind davon überzeugt, dass
39 die räumliche Zentralisierung nur zu vielschichtigen Exklusionsprozessen führt.

40
41 Willkommenskultur zeigt sich auch in den zur Verfügung gestellten Unterkünften. Wir fordern
42 bauliche und hygienische Mindeststandards sowie die Möglichkeit zu mehr Privatsphäre in
43 solchen Einrichtungen.
44
45 Ebenso müssen konkrete Umgangsregeln für Betreuerinnen und Betreuer sowie
46 Sicherungspersonal in zentralen Flüchtlingsunterkünften erarbeitet und durchgesetzt werden.
47
48 **„No Border, No Nation“**
49
50 Für eine Stärkung von demokratischen Strukturen für Asylbewerberinnen und Asylbewerber
51 reicht der reine (Zwangs)Aufenthalt allein jedoch nicht aus. Die Residenzpflicht bei
52 AsylbewerberInnen muss abgeschafft werden, damit der Freiheitsgedanke in unseren
53 demokratischen Strukturen nicht zum bloßen Zynismus verkommt. Reisefreiheit und
54 Reisefreizügigkeit sind insoweit elementare Bestandteile. Sie müssen allen Menschen, die bei
55 uns leben, im Gleichen Maße zugestanden werden!
56
57 Ebenso ist der Umgang mit Staatenlosen zu verändern. Die Staatsangehörigkeitsprüfung muss
58 sozialer gestaltet werden und die Beweislast ist nicht durch den Flüchtling, sondern durch das
59 Bundesamt für Migration zu erbringen. Die Unschuldsvermutung als eine der zentralen
60 Grundsätze unseres Rechtssystem hat deshalb auch für Flüchtlinge zu gelten!
61
62 **„Auch Flüchtlinge leben nicht vom Brot allein“**
63
64 Die Verpflegungssituation mit Essen und Getränken ist für Asylsuchende vor allem in zentralen
65 Einrichtungen gesichert. Anders sieht es bei der Gesundheitlichen Versorgung aus. Die
66 ungenügende Untersuchung bei der Erstaufnahme begrenzt sich lediglich auf wenige
67 Untersuchungsschritte und ist sowohl von wissenschaftlicher als auch von gesellschaftlicher
68 Seite aus vielfach - und zurecht - starker Kritik ausgesetzt. Hieraus ergibt sich die Forderung
69 nach einer Überarbeitung der Erstaufnahmeuntersuchung auch im Hinblick auf
70 Schwangerschaften, Chronischen und Krebserkrankungen der Asylsuchenden.
71
72 Will einE erkrankteR Asylbewerberin oder Asylbewerber medizinische Hilfe erhalten, muss sie_er
73 eine Krankenversicherung bzw. einen Personalausweis vorzeigen. Dies ist bei Menschen mit
74 illegalem Aufenthalt natürlich nicht möglich. Die Ärztinnen und Ärzte des Krankhauses/der
75 Arztpraxis sind aber hierzu gezwungen.
76
77 Jenseits von Notfällen kann die Behandlung verweigert werden, bis die Kostenfrage geklärt ist.
78 Zur ambulanten Versorgung müssen Patientinnen und Patienten beim Sozialamt einen
79 Krankenschein beantragen. Für ein Land, das sich stets auf Menschenrechte beruft, ist es
80 unhaltbar, dass sich ein Menschen durch eine bloße Meldung in die Gefahr begibt,
81 abgeschoben zu werden.
82
83 Das Sozialamt benötigt personenbezogene Daten, also auch den Aufenthaltsstatus.
84 Selbstzahler sind davon natürlich nicht betroffen. Die meisten illegal eingereisten Menschen
85 haben allerdings nicht genügend Geld dafür.
86
87 Für eine Stärkung von demokratischen Strukturen für AsylbewerberInnen reicht der reine
88 Aufenthalt allein aber nicht aus. Auch muss die materielle und physische Armut der Menschen
89 durch gezielte politische Maßnahmen wirkungsvoll verringert werden.
90
91 Investitionen und das Bekenntnis zu sozialen Grunddiensten und Bildung sind unserem Ziel
92 zuträglich.
93
94 **„Kommunen bei der Unterbringung von Flüchtlingen besser unterstützen“**
95
96 Dezentrale Unterbringung ist für uns Jusos nach wie vor die beste Unterbringungsmöglichkeit.
97 Dies fördert Integration in die Gesellschaft vor Ort und verhindert Konflikte zwischen
98 ausländischen ethnischen Gruppen. Doch die dezentrale Unterbringung darf nicht auf die
99 vielfach finanzschwachen Kommunen abgewälzt werden. Die Kostenerstattung, die die
100 Kommunen für die Unterbringung, Kleidung und Verpflegung der Menschen erhalten, ist nicht

101 kostendeckend. Die von den Ländern gezahlten Pauschalen decken teilweise noch nicht einmal
102 50 Prozent des notwendigen Bedarfes. Das Land und der Bund müssen sicherstellen, dass die
103 Pauschalen für die Kommunen die anfallenden Kosten mindestens zu 75% decken.

104

105 Zur guten Integration von Flüchtlingen und Asylsuchenden in Gesellschaft und Arbeitsmarkt
106 gehört aber auch eine entsprechende Betreuung. Diese Betreuung kann nicht von
107 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Sozialen Dienstes einer Gemeinde- oder Stadtverwaltung
108 übernommen werden. Auch das Abwälzen dieser Aufgaben auf freie Träger wie AWO, Caritas
109 oder Diakonie kann hier keine Lösung sein. Vielmehr braucht es ein tragfähiges Konzept,
110 sowohl in finanzieller Hinsicht als auch organisatorisch gut durchdacht, bei dem sich gezielt und
111 gut ausgebildete IntegrationshelferInnen um die Belange der Flüchtlinge und Asylsuchenden
112 kümmern. Auch bereits vorhandene Ressourcen können für die Betreuung von Flüchtlingen und
113 Asylsuchenden genutzt werden. So bietet es sich an, den Bundesfreiwilligendienst für eine
114 solche Betreuung (weiter) zu öffnen. Vielen jungen Menschen ist es schließlich ein
115 Herzensanliegen, sich für die Belange von Flüchtlingen und Asylbewerbern einzusetzen.

116

117 Ebenso müssen Kommunen, in denen kurzfristig keine entsprechenden Wohnungen zur
118 Verfügung stehen, Instrumente an die Hand gegeben werden, wie zum Beispiel die Möglichkeit,
119 länger leer stehende Wohnungen oder Ferienwohnungen für eine gewisse Zeit
120 zwangsanzumieten.

121

122 Wichtig ist auch die Bildungsperspektive der Kinder von Flüchtlingen und Asylbewerbern. Eine
123 länger andauernde Abstinenz ist nicht hinnehmbar. Deswegen ist es wichtig, dass die Länder in
124 den Bildungseinrichtungen Fachkräfte für die Sprachförderung zur Verfügung stellen. Zudem
125 darf Kindern von Flüchtlingen und Asylsuchenden nicht mit dem Verweis auf die Überschreitung
126 der zulässigen Gruppengröße der Zugang zu Bildungseinrichtungen verweigert werden. Hier
127 brauchen die Kommunen Möglichkeiten zu Ausnahmen.

128

129 Nicht außer Acht gelassen werden sollte das ehrenamtliche Engagement. Oft finden sich
130 bereitwillige BürgerInnen, die Flüchtlinge und Asylsuchende bei sich zu Hause aufnehmen
131 würden. Hierbei handelt es sich meistens um BürgerInnen, die selbst aus einem betroffenen
132 Land stammen. Hier müssen die rechtlichen Möglichkeiten geschaffen werden, um dieses
133 Engagement weiter zu fördern.

134

135 Flüchtlinge und Asylsuchende brauchen auch eine angemessene Unterstützung im
136 Krankheitsfall. Gerade Flüchtlinge, die aus den Bürgerkriegsstaaten zu uns kommen, haben
137 häufig traumatische Erlebnisse zu verarbeiten. Dies braucht eine gute medizinische Betreuung.
138 Auch bei dieser Aufgabe bedürfen die Kommunen der Unterstützung. Hier müssen sich Bund,
139 Land und Kommunen über die Einrichtung eines gesamtstaatlichen Gesundheitsfonds
140 Gedanken machen.

141

142 **„Asyl sucht man nicht aus Spaß allein - Gründe für Flucht und Vertreibung eindämmen“**

143

144 Kennzeichen der jetzigen Asylpolitik sind vor allem die wachsende Ungleichheit der Länder und
145 die Polarisierung der Einkommensverteilung. Die Folge: Ein Viertel der Weltbevölkerung lebt in
146 absoluter Armut. Was wir brauchen, um einem Wachstum der absoluten Armut entgegen zu
147 wirken, gründet darin, den Entwicklungsländern auf dem Weltmarkt die gleichen Chancen zu
148 bieten. Insoweit bedarf es mehr sozialer Gerechtigkeit in der Weltwirtschaft. Deshalb sind die
149 Handelsregeln neu zu entwickeln und die globalen Rahmenbedingungen zu verbessern. Die
150 Länder müssen aber auch darin unterstützt werden sich emanzipatorisch zu entwickeln.

151

152 So erfolgt die Stärkung von Demokratie und Good Governance zum Beispiel durch einen
153 Aufbau effektiver und effizienter Verwaltungen, einer Professionalisierung der Beschäftigten im
154 öffentlichen Sektor sowie der Eindämmung von Korruption. Es gilt, die Länder darin zu
155 unterstützen, ihre Regierungsstrukturen zu verbessern und dabei niemandem unser System
156 blaupausenhaft „aufzudrücken“. Entwicklungspolitik ist kein Selbstzweck: die Gefahr dabei in
157 eine kulturimperialistische Haltung zu verfallen muss entgegnet werden! Wenn wir nicht dazu
158 beitragen, dass wir mehr Chancengerechtigkeit herstellen können, wird das vermutlich ernste
159 Konsequenzen nicht nur für die Industrie- sondern vor allem für die Menschen in den
160 Entwicklungsländer haben. Für uns ist Ungleichheit kein Anreiz für Menschen, sich um eine
161 Verbesserung ihrer eigene Zukunft zu bemühen, sondern ein Katalysator für so genannte „neue

162 Kriege“, die besonders der Zivilbevölkerung ernsthaften Schaden zufügen, Folgekrisen
163 verursachen und letztlich dazu führen, dass Menschen den Ort verlassen müssen, der für sie
164 am wichtigsten ist.

165

166 **„Beteiligungsstrukturen schaffen!“**

167

168 Flüchtlinge sind den deutschen Behörden vollkommen ausgeliefert. Ob sie nun vor der
169 miserablen ökonomischen Lage in ihren Heimatländern oder vor Krieg und Hunger flüchten,
170 gemeinsam haben sie, dass sie auch immer vor durch die Fluchtgründe ausgelöster, politischer
171 Entrechtung fliehen. Wenn wir von Inklusion oder Integration sprechen muss man z.B. die
172 miserable Lage im Bildungs- oder Gesundheitssystem und am Arbeitsmarkt ansprechen.
173 Vergessen wird oft, dass Flüchtlinge zwar nicht vollkommen entrechtet, aber nach ihrer
174 strapaziösen Flucht politisch entmündigt bleiben. Zu einer echten Willkommenskultur zählt für
175 uns die Bemühung der Kommune, Flüchtlingen zur eigenen Mündigkeit zu verhelfen.

176

177 Wir fordern deshalb dazu auf, darauf hinzuwirken, Beteiligungsforen und andere Instrumente zu
178 schaffen, mit deren Hilfe Flüchtlinge aus eigener Kraft in die Lage versetzt werden, ihr Leben
179 durch Wünsche, Forderungen und Anregungen selbstbestimmt und nachhaltig zu verbessern.
180 Entscheidungen der Kommune in solchen Foren sind vollkommen transparent und für jeden
181 Dritten nachvollziehbar zu gestalten. Zu diesen Beteiligungsstrukturen zählt überdies das
182 gezielte und anonyme Befragen aller in der Kommune lebenden Flüchtlinge zur Einschätzung
183 ihrer persönlichen Lebenssituation. Solche Partizipationsmöglichkeiten stellen nicht nur ein
184 Instrument zur Verbesserung der selbstbestimmten Teilhabe dar, sie bilden darüber hinaus ein
185 erstes Element eines kommunalen Qualitätsmanagements, das die Verbesserung der
186 Lebensqualität sowohl in der Stadt als auch in den Unterkünften garantiert und nicht die
187 Optimierung der Unterbringung nach ökonomischen Prinzipien verfolgt.

188

189 **„Jeder Mensch ist vor dem Gesetz gleich“**

190

191 Und auch in rechtlicher Hinsicht lässt sich die Lebenssituation von Flüchtlingen deutlich
192 verbessern. Klar ist: jeder Mensch ist aus unserer Sicht vor dem Gesetz gleich. Diese Praxis ist
193 zwar anerkannt, sie gilt aber nur eingeschränkt. Denn wiederholt tauchten in der Vergangenheit
194 Fälle auf, in denen Flüchtlinge, die auf den Schutz staatlicher Vorkehrungen zur Durchsetzung
195 eigener Interessenslagen angewiesen sind, nur eingeschränkt zurückgreifen konnten.

196

197 Wir fordern deshalb, dass der Bund erforderliche Maßnahmen trifft, um die grundgesetzlich
198 versicherte Rechtsschutzgarantie umfassend durchzusetzen und die bisher erfolgte
199 Umsetzungspraxis kritisch zu evaluieren. Die Vorgehensweise bei der politischen Ausgestaltung
200 ist im Einvernehmen mit den Betroffenen und ihren Verbänden vorzunehmen.

201

202

203

204

205

206

207

208

209

210

211

212

213

214

215

216

217

218

219

220

221

222

Titel Freizügigkeit gilt für Alle – humanitäre
Neuordnung der europäischen Flüchtlingspolitik jetzt!

Antragsteller Sachsen

Zur Weiterleitung an S&D-Fraktion im Europaparlament

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Freizügigkeit gilt für Alle – humanitäre Neuordnung der europäischen Flüchtlingspolitik jetzt!

1 Wir fordern die gemeinsamen Vereinbarungen verbindlicher materieller und sozialer
2 Mindeststandards zur Unterbringung und Betreuung Geflüchteter in der europäischen Union als
3 Grundvoraussetzung für eine Freizügigkeit von Geflüchteten.

4

5 Wir fordern Freizügigkeit für Geflüchtete in der Europäischen Union. Alle Flüchtlinge sollen
6 selbst entscheiden, in welchem EU Mitgliedsstaat sie einen Asylantrag stellen wollen. Eine
7 europäische Quotenregelung zur Flüchtlingsverteilung lehnen wir langfristig ab. Stattdessen
8 fordern wir einen europäischen Fond, in den alle Mitgliedsstaaten gemäß ihrer Wirtschaftskraft
9 einzahlen. Aus diesen Mitteln erhalten die Zielstaaten zweckgebundene
10 Unterstützungszahlungen je Flüchtling.

11

12 **Begründung:**

13 Eine Neuregelung der europäischen Flüchtlingsverteilung ist dringend notwendig. Die aktuellen
14 Dublin-Vereinbarungen, wonach das Land für das Asyl eines Refugees zuständig ist, in dem
15 er*sie die europäische Union betritt, ist weder nach humanitären Maßstäben haltbar, noch taugt
16 es heutzutage in der Praxis. Stattdessen sind die Länder an den europäischen Außengrenzen
17 überfordert, während wohlhabende Staaten wie Deutschland sich hinter den Vereinbarungen
18 verstecken und ihrer Verantwortung entziehen. Die Leidtragenden dieser Situation sind die
19 Geflüchteten.

20

21 Aktuell wird darüber diskutiert, ob eine solche Neuregelung in Form eines Quotensystems, mit
22 dem Flüchtlinge auf die EU aufgeteilt werden, umgesetzt werden soll. Eine solche
23 Zwangsverteilung in Form eines Quotensystems führt jedoch zu Entscheidungen über die
24 Interessen und individuellen Bedürfnisse der Flüchtlinge hinweg und ist nicht vereinbar mit dem
25 Grundrecht auf Freizügigkeit.

26

27 Unsere Idee sieht vor, dass Geflüchtete selbst entscheiden, wo in Europa sie sich aufhalten
28 wollen. So kann ihren Bedürfnissen besser Rechnung getragen werden und es besteht nicht
29 das Risiko, dass beispielsweise Familien quer durch Europa verteilt werden. Im Rahmen der
30 europäischen Solidarität soll es statt der Verteilung von Menschen daher eine Verteilung von
31 Geldern, im Rahmen eines Fonds, geben. So werden die Staaten, die von besonders vielen
32 Refugees angesteuert werden, fair unterstützt.

33

34 Wichtig ist, dass eine derartige europäische Vereinbarung nicht losgelöst von der Vereinbarung
35 von Mindeststandards, was Unterbringung, Betreuung und Ähnliches betrifft, geschieht. Dies
36 dient dazu, dass kein Staat sich durch möglichst schlechte Bedingungen als Ankunftsland
unattraktiv machen und sich so seiner Verantwortung entziehen kann.

Titel Die Architektur jungsozialistischer Asylpolitik

Antragsteller Hessen-Süd

Zur Weiterleitung an SPD-Bundesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Die Architektur jungsozialistischer Asylpolitik

1 Auch heute, nach jahrelangem Massensterben im Mittelmeer und inmitten des Syrischen
2 Bürgerkrieges, erleben wir in Deutschland tagtäglich einen unmenschlichen Umgang mit
3 denjenigen, die ihre Flucht bis hierhin überlebt haben, der dem Mut, den Flüchtlinge
4 aufgebracht, dem Leid, das sie auf ihrer Flucht erfahren haben, ja schlichtweg dem Menschsein
5 unwürdig ist. Die deutsche und auch die europäische Asylpolitik sind nach wie vor von der
6 Einstellung geprägt, dass es sich bei den Flüchtlingen ganz überwiegend um solche handelt, die
7 keinen Schutz verdient hätten, die "nur" eine wirtschaftliche Besserstellung suchen. Daraus
8 leitet sich die primäre Zielsetzung der Abwehr und Abschottung ab. Doch selbst wer offiziell
9 als Flüchtling anerkannt wurde, dem wird die realitätsferne Prämisse entgegengebracht, dass
10 man nur vorübergehend Asyl suche, bevor man in die Heimat zurückkehre. Verkannt wird, dass
11 eben diese Heimat in der Regel nicht länger existiert, sei es aufgrund ethnischer Säuberungen,
12 klimatischer Veränderungen oder ökonomischer Rahmenbedingungen. Die Menschen, die zu
13 uns kommen, sind gekommen, um zu bleiben – nicht aus freiem Entschluss, sondern weil sie
14 ihre Heimat aus guten Gründen zurücklassen mussten. Diese Analyse muss auch
15 Konsequenzen für praktisches politisches Handeln haben. Wer zu uns kommt, muss an unserer
16 Gesellschaft teilhaben können – alles andere bedeutet nichts anderes als eine Rolle der
17 Flüchtlinge als "Fremde" zu verfestigen.

18

19 **Wir fordern sichere Wege nach Europa statt Abschottung**

20

21 Wie viele Kinder, Frauen und Männer ertrinken in diesen Minuten im Mittelmeerraum? Zehn,
22 Einhundert, Eintausend? Wir wissen es nicht! Was feststeht ist, dass auch heute weiter
23 gestorben wird. Flüchtlinge, beispielsweise aus Syrien, Eritrea, Afghanistan oder Somalia,
24 stehen verzweifelt an Europas verschlossenen Grenzen; vor ihnen die tödlichste Grenze der
25 Welt, das Mittelmeer. Die 366 Toten im Herbst 2013 und 700 Toten im Februar 2015 von
26 Lampedusa waren nur einige von vielen tausenden in den letzten Jahren. Die Reaktion auf die
27 Katastrophe von Lampedusa im Jahr 2013 war, dass Italien die Mission "Mare Nostrum" ins
28 Leben rief. Diese Rettungsmission war den EU-Ländern mit 9 Mio. € pro Monat zu teuer und
29 wurde infolge dessen 2014 eingestellt. Auf „Mare Nostrum“ folgte keine weitere humanitäre
30 Mission. Die EU rief im November 2014 "Triton" ins Leben, eine unter dem Dach der EU-
31 Grenzschutzagentur Frontex angesiedelte Mission. Ihr Ziel: Der reine Grenzschutz! Doch nur
32 mit der Schaffung von legalen Fluchtwegen kann ein weiteres Ausweichen auf
33 lebensgefährliche Routen verhindert werden. Dafür brauchen wir gefahrenfreie und legale Wege
34 für Flüchtende nach Europa und dauerhaft laufende Programme zur menschenwürdigen
35 Flüchtlingsaufnahme. Menschen, die um ihr Leben fürchten müssen, brauchen unseren Schutz!

36

37 Deshalb fordern wir Jusos:

38

39 **1. Einführung des Botschaftsasyls**

40

41 Wir fordern die Einführung des Botschaftsasyls für die Bundesrepublik Deutschland und alle
42 weiteren Mitgliedsstaaten der EU. Die bisherige Rechtslage in Deutschland erlaubt es nicht, in
43 den deutschen Botschaften der Herkunfts- oder Durchreisestaaten von Flüchtlingen einen
44 Asylantrag zu stellen. Durch Botschaftsasyl wäre dies möglich; der Antrag würde in Deutschland
45 im regulären Verfahren vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) nach den Regeln
46 des Asylrechts geprüft werden. Die Antragsstellung muss nicht notwendigerweise in der
47 Botschaft im Herkunftsland gestellt werden. Dies ist mangels Vertretung in einigen Gegenden
48 ohnehin nicht möglich und im akuten Fluchtfall kontraproduktiv. Flucht über Grenzen muss nach
49 wie vor möglich bleiben. Das Botschaftsasyl minimiert die Gefahren für die Betroffenen und
50 senkt gleichzeitig die Kosten für die Bundesrepublik Deutschland.

51

52 **2. Abschaffung des Flughafenverfahrens**

53

54 Wir fordern die Abschaffung des in Deutschland nach § 18a AsylVfG geltenden
55 Flughafenverfahrens. Dieses Verfahren findet zurzeit an den Flughäfen München, Frankfurt am
56 Main, Berlin und Düsseldorf statt. Auch die hier ankommenden Menschen haben das Recht auf
57 ein normales Asylverfahren. In dem Flughafen-Asylschnellverfahren können sich die
58 Asylsuchenden oft nur unzureichend auf die Befragungen durch die zuständigen Behörden
59 vorbereiten. Das führt zum Beispiel dazu, dass sie in der Eile nicht all ihre Fluchtgründe nennen,
60 die ihr Asylgesuch begründen würden. Die Folge kann die Ablehnung, trotz eines bestehenden
61 Asylanspruchs sein.

62

63 **3. Fähren statt Frontex – Menschenschutz statt Grenzschutz**

64

65 Anstatt das Retten hunderter Menschenleben auf die ohnehin geschwächten Anrainerstaaten
66 des Mittelmeeres abzuwälzen, sollten die EU-Länder gemeinsam Verantwortung übernehmen
67 und eine dauerhafte humanitäre Mission zur Seenotrettung auflegen. Die strafrechtliche
68 Verfolgung von couragierten Seeleuten, die havarierten Flüchtlingen zu Hilfe kommen, muss
69 endlich aufhören. Triton muss durch eine wirkliche Seenotrettungsmission ersetzt werden, die
70 speziell darauf angelegt ist Flüchtlinge zu schützen.

71

72 Ähnliche Beschlüsse der EU, wie der vom 17. Juni 2015, der die bestehenden Militäroptionen in
73 Mali und im Sudan in Grenzsicherungsmaßnahmen umwandelt, dürfen nicht umgesetzt werden.
74 Solche völker- und europarechtlich höchst fragwürdigen Beschlüsse sollen Migrant_innen in
75 den Transitstaaten abfangen und schon dort daran hindern in die EU einzureisen. So wird
76 verhindert dass eventuell Asylberechtigte überhaupt europäischen Boden betreten können, was
77 allerdings nach geltender Rechtslage notwendig ist, um einen Asylantrag stellen zu können.

78

79 Eine Maßnahme, die in die gleiche Richtung zielt, ist die beschlossene verstärkte Kooperation
80 mit der Türkei hinsichtlich der Situation in Syrien und dem Irak. Es ist geplant die Türkei noch
81 stärker in den Grenzschutz der EU zu integrieren, damit Asylberechtigte nicht über die türkisch-
82 bulgarische oder türkisch-griechische Landgrenze auf europäischen Boden gelangen können.
83 Grund ist auch hier, dass die Voraussetzungen zur Stellung eines Asylantrags gar nicht erst
84 geschaffen werden sollen. Auch diese Maßnahme darf im Interesse der Flüchtenden nicht
85 umgesetzt werden. Kriegsflüchtlingen, wie aus Syrien und dem Irak, darf der Weg in die EU
86 nicht versperrt werden.

87

88 **Wir fordern daher eine echte europäische Seenotrettungsmission einzuführen, die**
89 **speziell für das Retten von Asylsuchenden im Mittelmeer ausgestattet und ausgebildet**
90 **ist. Alle militärischen Abschreckungsmaßnahmen und Abschottungskoperationen mit**
91 **Drittstaaten müssen abgeschafft beziehungsweise eingestellt werden.**

92

93 **4. Das Prinzip der freien Wahl des Mitgliedsstaates**

94

95 Bislang regelt die Dublin-III-Verordnung, welcher Mitgliedsstaat in der EU für das Asylverfahren
96 eines Flüchtlings zuständig ist. Flüchtende können sich den Staat nicht selbst aussuchen,
97 sondern müssen ihren Antrag in demjenigen Staat stellen, in dem sie zum ersten Mal
98 europäischen Boden betreten haben. Dies sind regelmäßig die Staaten der EU-Außengrenzen
99 wie Bulgarien, Italien, Malta oder Griechenland. In der Praxis gilt das Dublin-System als
100 gescheitert, trotzdem wird von der Mehrheit der EU-Mitgliedsstaaten daran festgehalten.

101

102 **Wir lehnen das ungerechte Dublin-System weiterhin ab.**

103

104 Auf europäischer Ebene wird ihm Rahmen eines Pilotprojekts die zeitweise Abkehr von den
105 Dublin-Regelungen zugunsten einer einmaligen quotierten Verteilung von Flüchtlingen
106 diskutiert. Für die geplante EU-Quote wurden das Wirtschaftswachstum, die Arbeitslosenquote,
107 die Größe des Mitgliedsstaates und die bisherige Zahl der Asylbewerber_innen berücksichtigt.
108 Der Verteilungsschlüssel zielt darauf ab, dass jeder Mitgliedsstaat der EU gerecht an der
109 Aufnahme von Flüchtlingen in Europa beteiligt wird. Der Schritt weg von einer einseitigen
110 Belastung einzelner Staaten ist zu begrüßen. Hier liegt aber auch das Problem dieses neuen
111 Ansatzes: Er berücksichtigt nur den Ausgleich zwischen den EU-Mitgliedsstaaten und nicht das
112 Wohl der Flüchtlinge. Humanitäre und individuelle Gesichtspunkte für eine Flüchtlingsaufnahme
113 werden außer Acht gelassen.

114

115 Für eine humanitäre Flüchtlingspolitik müsste auch berücksichtigt werden, ob in den jeweiligen
116 Staaten schon gewachsene Communities aus den jeweiligen Herkunftsländern bestehen
117 beziehungsweise, ob ein Netzwerk von Verwandten oder engen Bekannten besteht, die den
118 Flüchtenden die Ankunft enorm erleichtern können. Des Weiteren sollte beachtet werden, ob es
119 den Migrant_innen möglich sein wird in den jeweiligen Ländern Arbeitsplätze zu finden oder ob
120 es soziale Sicherungssysteme gibt, die ein Existenzminimum garantieren können. Wichtig ist
121 auch wie stark rassistische Tendenzen in der heimischen Bevölkerung vorhanden sind, die die
122 Flüchtlinge gefährden könnten. Teilweise liegt die Wahl von Zielländern auch in der kolonialen
123 Vergangenheit begründet. Untersuchungen haben ergeben, dass in dieser Zeit entstandene
124 Verbindungen betreffend Sprache, sozialen Netzwerken und bestehende Handelsbeziehungen
125 zwischen dem Herkunftsland und dem Aufnahmestaat ein starkes Motiv für die Wahl des
126 Mitgliedsstaates durch den Asylsuchenden sein können. Diese Verantwortung aus ihrer
127 Geschichte heraus müssen die betreffenden Staaten annehmen.

128

129 Das Dublin System selbst, aber auch die prekäre wirtschaftliche und soziale Lage, haben dazu
130 geführt, dass zahlreiche EU-Länder ihre Schutzstandards senken und einige überhaupt keine
131 Asylanträge mehr annehmen. In der Folge müssen Flüchtende in diesen Staaten systematisch
132 unter unmenschlichen Bedingungen leben. Diese gravierenden Unterschiede in den
133 europäischen Asylsystemen bestehen noch immer. Es wird wohl auch in naher Zukunft keine
134 einheitlichen Asylstandards in Europa geben und die Quote alleine wird dieses Problem nicht
135 lösen können. Eine wirklich gerechte Verteilung der Flüchtlinge ist nur möglich, wenn die
136 Schutzstandards und Garantien des Asylverfahrens in den EU-Mitgliedsländern vergleichbar
137 sind. Wir fordern daher eine Harmonisierung und Angleichung nach oben. Die
138 Wahrscheinlichkeit als Flüchtling anerkannt zu werden und die Lebensqualität darf nicht davon
139 abhängen in welchem EU-Land der Antrag gestellt wird.

140

141 Erhebliche Bedenken haben wir aktuell auch wegen dem latenten gesellschaftlichen
142 Rassismus, der in einigen EU-Ländern staatlich protegiert oder eigens ausgeführt wird. Solch
143 ein Klima muss verhindert beziehungsweise bekämpft werden, damit Flüchtlinge sich nicht
144 faktisch zur Weiterreise in einen anderen Mitgliedsstaat gezwungen sehen. In einem solchen
145 Klima würde die freie Wahl des Ziellandes für Länder einen Anreiz setzen die Situation für
146 Flüchtlinge so weit zu verschlechtern, damit diese möglichst ein anderes Land zur Einreise
147 suchen. Solche rise-to-the-bottom Effekte müssen vermieden und stattdessen die solidarische
148 Aufgabenteilung zwischen allen Länder klar im Mittelpunkt stehen.

149

150 Wir fordern daher kurzfristig die Einführung eines Quotensystems, welche alle EU-Länder an
151 der Aufnahme von Flüchtlingen gerecht beteiligt. Die Aufnahmequote soll sich nach der Größe,
152 wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, Arbeitslosenzahlen und Bevölkerung jedes Landes richten.
153 Es muss außerdem gewährleistet sein, dass Flüchtlinge Priorisierungen für Zielländer abgeben
154 dürfen. Dabei sollen Kriterien, wie Sprachkenntnisse, persönliche Bindungen an oder
155 Erfahrungen mit einem bestimmten Land zwingend berücksichtigt werden.

156

157 Längerfristig fordern wir aber die freie Wahl des Mitgliedsstaates durch die Flüchtenden.

158

159 Mit diesem System könnten sich die betroffenen Menschen selbst aussuchen in welchem Staat
160 in der EU sie leben wollen. Natürlich würde dieses System nicht zu einer solch gerechten
161 Aufteilung der Flüchtlinge zwischen den Mitgliedsstaaten führen, wie das Quotensystem, aber

162 dafür könnten Maßnahmen über finanzielle Ausgleichszahlungen für Mitgliedsstaaten
163 geschaffen werden, die unverhältnismäßig hoch in Anspruch genommen würden. Außerdem
164 würden unverhältnismäßige Belastungen weniger ins Gewicht fallen, weil die Asylsuchenden
165 durch ihre familiären und bekannschaflichen Netzwerke aufgenommen und unterstützt würden.
166 Nur eine Berücksichtigung von individuellen Interessen der Flüchtlinge respektiert diese als
167 Menschen.

168

169 Auch entstehen erhebliche volkswirtschaftliche Vorteile, da bei einer freien Wahl des Wohnortes
170 die wirtschaftlichen Lebensperspektiven Berücksichtigung finden. Diese verstärken die positiven
171 Effekte der Netzbildung und reduzieren somit die sozialen und physischen Kosten der
172 Flüchtlingsmigration erheblich und steigern die Wahrscheinlichkeit einer nachhaltigen
173 Integration. Im Übrigen weisen Studien darauf hin, dass Unterschiede in den sozialstaatlichen
174 Leistungen nicht zur Verzerrung bei der freien Ortswahl führen. Migrationsströme werden
175 wesentlich durch die Höhe des Pro-Kopf Einkommens, weniger durch Unterschiede im
176 Sozialleistungsniveau bestimmt (vgl. Christoph Skupnik, EU enlargement and the race to the
177 bottom of welfare states, IZA Journal on Migration 2014, 3:15). Demnach ist es
178 gesamtgesellschaftlich sinnvoll die Verteilung der Kosten der Asyl- und Flüchtlingsmigration
179 von der Verteilung der Asylbewerberinnen und Asylbewerber auf einzelnen Regionen und
180 Länder zu trennen. Die Wahl des Wohnortes sollte grundsätzlich den Asylbewerberinnen und
181 Asylbewerbern überlassen werden. Die fiskalischen Kosten der Flüchtlingsmigration können
182 nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit auf die einzelnen Mitgliedsstaaten der EU verteilt
183 werden. Dabei könnte der gegenwärtige diskutierte Schlüssel der EU für die Verteilung der
184 Flüchtlinge oder ein Schlüssel wie der Königssteiner Schlüssel in Deutschland eingesetzt
185 werden, der sich an der Wirtschaftskraft der einzelnen Länder und Regionen orientiert.

186

187 Ein weiterer Vorteil des Prinzips der freien Wahl des Mitgliedsstaates wäre die Legalisierung der
188 Binnenwanderung der Flüchtlinge im Gegensatz zur jetzt vorherrschenden irregulären
189 Weiterwanderung innerhalb der EU. Die irreguläre Weiterwanderung in der Union ist inzwischen
190 Bestandteil der zwischen Flüchtenden und ihren Schleppern ausgehandelten Bedingungen. Das
191 geltende Dublinsystem, sowie das erwogene Quotensystem können wegen ungenügender
192 Berücksichtigung individueller, familiärer, sozialer und kultureller Interessen der Flüchtlinge eine
193 Weiterwanderung nicht verhindern. Eine starre Verteilung auf beliebige Mitgliedsstaaten würde
194 dieses Phänomen eventuell noch verstärken, weil sie zum Teil größere Wege zurücklegen
195 müssten, um in das von ihnen favorisierte Land zu gelangen. Es würde ihnen dadurch nur
196 erschwert werden und sie wären schutzlos auf ihrem illegalen Weg durch Europa. Ein
197 Untertauchen nach der ersten Meldung wäre weiterhin üblich, um zu den aus der Heimat
198 bekannten sozialen Netzwerken in Europa zu gelangen. Eine geregelte Binnenwanderung in der
199 Union durch das Prinzip der freien Wahl des Mitgliedsstaates würde den Schutz der
200 Asylsuchenden sicher stellen.

201

202 **Wir fordern kurzfristig die Einführung eines Quotensystems, welches alle EU-Länder an**
203 **der Aufnahme von Flüchtlingen gerecht beteiligt. Es muss außerdem gewährleistet sein,**
204 **dass Flüchtlinge Priorisierungen für Zielländer abgeben dürfen.**

205

206 **Langfristig fordern wir das Prinzip der freien Wahl des Mitgliedsstaates einzuführen.**

207

208 Denn das Prinzip der freien Wohnortwahl bei gleichzeitiger Vergemeinschaftung der anfallenden
209 Kosten sorgt für eine humanitäre und wirtschaftlich sinnvolle Verteilung der Asylbewerberinnen
210 und Asylbewerber in ganz Europa. Ein solches gemeinsames europäisches Asylsystem ist
211 deutlich gerechter als das gescheiterte Dublin System, dass die Staaten an den Außengrenzen
212 der EU einseitig belastet und den Flüchtlingen eine inhumane Versorgung aufbürdet.

213

214 **5. „Sichere“ Drittstaaten & sichere Herkunftsstaaten**

215

216 Wir lehnen das Konzept der sicheren Herkunftsstaaten und das Konzept der sicheren
217 Drittstaaten ab. Niemand lässt grundlos sämtliche sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen
218 Bindungen zurück und verlässt die Heimat. Schaut man sich die Situation in den sogenannten
219 „sicheren“ Herkunftsländern an, so sieht man eine strukturelle Diskriminierung und auch
220 Verfolgung von Minderheiten, wie den Roma, und damit durchaus Asylgründe! Kein Mensch
221 kann in dieser Situation als sicher in seiner eigenen Heimat gelten. Dies zeigt sich auch in den
222 Aufnahmequoten anderer EU-Länder. Die Schweiz und Finnland zum Beispiel erkennen ca.

223 40% der Flüchtenden aus dem Kosovo als Asylberechtigte an, im Fall von bosnischen
224 Antragsteller_innen liegt die Anerkennungsquote in Frankreich und Belgien bei ca. 20%. Die
225 erheblich geringeren Aufnahmequoten in Deutschland zwischen 0,0 und 0,3% werfen mehr
226 Fragen über das Asylsystem Deutschlands, als die Geflüchteten auf.

227

228 Ein Schnellverfahren nur aufgrund der generellen Einstufung des Herkunftslands als „sicher“
229 steht im krassen Widerspruch mit der Garantie der Einzelfallbetrachtung und wirft damit auch
230 rechtliche Bedenken auf. Das Konzept „sicherer Drittstaat“ beinhaltet außerdem die Möglichkeit
231 eines Einreise- und Aufenthaltsverbot, das dauerhaft EU-weit gilt und damit verbundene
232 strafrechtliche Sanktionierung vorsieht. Außerdem wird durch das Konzept der sicheren
233 Herkunftsländer die Duldung von jungen Menschen zu Ausbildungszwecken grundsätzlich
234 ausgeschlossen, wodurch gerade junge Menschen zusätzlich diskriminiert werden. Dieses
235 Vorgehen ist schlicht unverhältnismäßig, und die Ausweitung einer solchen rein
236 diskriminierenden Praxis kann, wie die Äußerungen seitens CSU auch Leistungskürzungen und
237 Beschäftigungsverbote einzuführen, in Zukunft uferlos betrieben werden.

238

239 **Aus diesem Grund fordern wir die Abschaffung der Einstufung sicherer Drittstaaten und**
240 **Herkunftsstaaten.**

241

242 **6. Teilhabe von Flüchtlingen**

243

244 Der einzige Unterschied zwischen dir, mir und einem Flüchtling? Genau, wir haben einen
245 europäischen Pass. Keine besonders herausragende Eigenschaft und schon gar keine eigene
246 Leistung. Es ist daher für uns schlichtweg unmenschlich, dass Flüchtlinge, Asylbewerber_innen
247 und Geduldete nicht die gleichen Rechte, wie wir haben. Wir wollen, dass allen die
248 gleichberechtigte Teilhabe in unserer Gesellschaft möglich ist. Voraussetzung dafür ist die
249 Befriedigung der Grundbedürfnisse eines jeden Menschen. Die Bereiche Unterbringung,
250 Bildung, staatliche Leistungen und Arbeitsmarkt bedürfen wichtiger Verbesserungen.

251

252 **6.1 Verteilung von Asylsuchenden**

253

254 Derzeit werden Asylsuchende in der Bundesrepublik auf Grundlage des Königsteiner Schlüssel
255 auf die einzelnen Bundesländer verteilt. Dieser Verteilungsschlüssel beinhaltet zwei Faktoren,
256 die Bevölkerungszahl und das Steueraufkommen der einzelnen Länder. Die Fläche eines
257 Bundeslandes wird z.B. nicht berücksichtigt, was dazu führt, dass Ballungszentren in denen auf
258 eine recht kleine Fläche recht viele Einwohner*innen und hohe Steueraufkommen kommen die
259 gleiche Anzahl an Asylsuchenden aufnehmen

260

261 müssen wie größere Flächenländer. Ein Beispiel stellt hierbei die Stadt Hamburg dar, welche
262 durch die hohe Einwohnerzahl und die Steueraufkommen die gleiche Prozentzahl nach dem
263 Königsteiner Schlüssel aufnimmt wie bspw. Brandenburg und Schleswig-Holstein. Auf engstem
264 Raum werden ähnlich viele Menschen untergebracht wie in der weiten Fläche. Die sowieso
265 schon überfüllten und durch Wohnungsnot geprägten Großräume erfahren dabei die gleiche
266 Belastung wie Gegenden mit viel Wohnungsleerstand. Dies ist ein Missstand. Wir fordern daher
267 die Einführung eines neuen Systems für die Berechnung des Verteilungsschlüssels, welches
268 ebenfalls die Fläche einer Region berücksichtigt. Ziel dabei soll es aber nicht sein, dass die
269 sowieso schon finanziell schwachen Flächenländer überlastet werden und die wirtschaftlich
270 stärkeren Ballungszentren entlastet. Es soll vielmehr ein solidarisch finanziertes
271 Verteilungssystem entstehen, welches Flächenländer bei der Unterbringung und dem Erhalt der
272 notwendigen Teilhabestrukturen unterstützt und die überladenen Ballungszentren entlastet.

273

274 **6.2. Erstaufnahme**

275

276 Die Situationen in den Erstaufnahmeeinrichtungen sind in der ganzen Bundesrepublik fatal.
277 Während Mitarbeiter*innen und Ehrenamtliche mit viel Tatkraft und enormem Engagement
278 großartiges leisten, sind die Zustände in den meisten Erstaufnahmeeinrichtungen untragbar.
279 Deshalb fordern wir:

280

281 1. Stärkung und Aufstockung des Personals Die Menschen, welche Asyl beantragen, werden zu
282 Beginn in den Erstaufnahmeeinrichtungen registriert und es wird eine ärztliche Untersuchung
283 bei den Betroffenen durchgeführt. Nach der Registrierung und der Bekanntgabe der ärztlichen

284 Untersuchungsergebnisse verlassen Asylsuchende im Regelfall die Erstaufnahmeeinrichtungen
285 und werden auf die Kreise und Kommunen verteilt. Eigentlich sollte ein Aufenthalt in der
286 Erstaufnahme nur wenige Wochen dauern, da diese Einrichtung meistens nicht für dauerhafte
287 Aufenthalte geeignet bzw. vorgesehen ist. Aufgrund von Personalmangel in den Einrichtungen
288 verzögern sich derzeit die meisten Aufenthalte und die Menschen verbringen durchschnittlich
289 mehrere Monate in der Erstaufnahme und leben dort auf engstem Raum und unter furchtbaren
290 Bedingungen. Viele Mitarbeiter*innen leisten derzeit bemerkenswertes Engagement, doch leider
291 mangelt es in den meisten Einrichtungen an Personal.

292

293 Auch kommen viele aus fachfremden Bereichen, was häufig zu Problemen führen kann. **Wir**
294 **fordern daher eine dauerhafte Ausbildung von Personal für die Arbeit in den**
295 **Erstaufnahme und anderen Unterbringungseinrichtungen. Dabei bezieht sich diese**
296 **Forderung keines Falls allein auf das Verwaltungspersonal, es sollen viel mehr**
297 **Programme zur Schulung und Sensibilisierung von Sicherheitspersonal, medizinischem**
298 **und juristischen Personal, Sozialarbeiter*innen und für Personal aus der**
299 **psychologischen Betreuung auferlegt werden. Insgesamt ist eine dringende Aufstockung**
300 **des Personalbudgets durch den Bund notwendig.**

301

302 1. Eine Verbesserung der Erst- und Verfahrensinformation

303

304 Viele angekommene Asylsuchende haben wenig Wissen über das deutsche Asylsystem bzw.
305 das Asylverfahren und zweifeln in Unwissenheit. Einige Einrichtungen bieten kostenlose
306 Verfahrensberatungen an, jedoch werden diese selten genutzt, da viele Betroffene nichts über
307 solche Möglichkeiten wissen.

308

309 **Wir fordern deshalb eine Verbesserung der Erstinformation und die personelle**
310 **Aufstockung in der verfahrensrechtlichen Beratung sowie die Einrichtung von**
311 **kostenlosen Beratungen in allen Erstaufnahmeeinrichtungen und**
312 **Landesaufnahmestellen.**

313

314 2. Sofortige Rücknahme des Verteilungsstopps

315

316 Nach der Einstufung von einigen Balkanstaaten als sichere Herkunftsstaaten haben einige
317 Bundesländer ein Verteilungsstopp aus den Erstaufnahmeeinrichtungen auf die betroffene
318 Gruppe verhängt. Das bedeutet, dass die Betroffenen die Erstaufnahmeeinrichtung nicht
319 verlassen und in keine weitere Unterkunft verteilt werden. In der Praxis stellt dies allerdings ein
320 enormes Problem dar: Nicht nur erleiden die Betroffenen psychische Folgen, wenn sie ständig
321 miterleben wie ihre Mitmenschen die Einrichtung verlassen können und sie selbst gefangen
322 sind. Auch praktisch ist diese Regelung mehr eine Hürde als eine Erleichterung. Denn
323 betroffene Menschen aus den so genannten „sicheren Herkunftsstaaten“ verweilen auf Grund
324 des langen Verfahrens bis zu einem Jahr in der Erstaufnahme und belegen dabei die für
325 Kurzaufenthalte und Notfälle eingerichtete Unterbringungsmöglichkeiten. Dies führt nicht nur zu
326 einer Überbelegung der Einrichtung, sondern auch dazu, dass Menschen in dieser Zeit unter
327 unzumutbaren Bedingungen leben. **Deshalb fordern wir eine Rücknahme der verhängten**
328 **Verteilungsstopps! Generell fordern wir den Bund auf, für eine bessere Ausstattung und**
329 **eine Verbesserung der Lebensbedingungen in den Aufnahmeeinrichtungen zu sorgen.**
330 **Denn: Eine vorläufige Unterbringungsseinrichtung muss auch vorläufig bleiben!**
331 **Ebenfalls soll auf die Durchsetzung von bundesweiten Mindeststandards hingearbeitet**
332 **werden.**

333

334 6.4 Unterbringung

335

336 Die Unterbringung von Flüchtlingen wird in jedem Bundesland anders geregelt. Während in
337 Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein 2013 zum Beispiel über 90% der Flüchtlinge in
338 Wohnungen untergebracht wurden, sind es in Baden-Württemberg nur rund ein Drittel. Auch
339 wenn sich die Zahlen durch die ansteigenden Flüchtlingszahlen mittlerweile verändern, zeigen
340 sie doch, dass die Unterbringung je nach Bundesland eigenen Grundsätzen folgt. Da aber die
341 Verteilung von Flüchtenden zufällig erfolgt, ist es ein Glücksspiel für den Flüchtling wo er oder
342 sie nun landet.

343

344 **Eine bundesweite Umverteilung von minderjährigen Asylbewerberinnen und**

345 **Asylbewerbern muss anhand mindestens dieser beiden Gesichtspunkte erfolgen:**

346

347 1. Berücksichtigung eines vorhandenen Sozialgefüges

348

349 sowohl auf ihrer Flucht, als auch in den Erstaufnahme-Einrichtungen schließen sich viele
350 minderjährige Flüchtlinge in einer Gruppe zusammen. Diese sozialen Bindungen sind
351 insbesondere nach traumatischen Erlebnissen psychologisch sehr wertvoll - insbesondere für
352 Minderjährige, die ihre Familie zurücklassen mussten oder auf der Flucht von dieser getrennt
353 wurden.

354

355 Es ist wichtig, diesen Umstand bei der Verteilung nach Möglichkeit zu berücksichtigen.

356

357 Noch wichtiger ist allerdings:

358

359 2. Gewährleistung psychologischer Betreuung

360

361 Langfristig gesehen ist eine Aufarbeitung der traumatischen Geschehnisse unter professioneller
362 psychologischer Betreuung unabdingbar. Es müssen personelle Ressourcen so angepasst
363 werden, dass minderjährige Flüchtlinge in ihrer psychischen Not nicht mehrere Monate allein
364 gelassen werden.

365

366 Denn dies erschwert nicht nur die langfristige Integration - es erhöht auch die Anfälligkeit für
367 eine religiös oder politisch motivierte Radikalisierung.

368

369 Dieses Risiko betreffend sollten Aufklärungsveranstaltungen für alle Flüchtlinge in regelmäßigen
370 Abständen stattfinden.

371

372 Langfristig gesehen ist es also sinnvoll, nur so viele minderjährige Flüchtlinge einer Einrichtung
373 zuzuteilen, wie es die Ressourcen psychologischer Fachkräfte erlauben.

374

375 Für eine bundesweite Umverteilung muss das das oberste Kriterium sein.

376

377 **Wir fordern eine Harmonisierung der Unterbringungsstandards nach oben.**

378

379 Fundamental ist dabei, dass wir zentrale Unterkünfte ablehnen und dezentrale Unterkünfte
380 fordern. Aufgrund der aktuell hohen Anzahl an Asylbewerberinnen und Asylbewerbern sehen
381 wir ein, dass eine sofortige Schließung von bestehenden sogenannten Gemeinschafts- oder
382 Sammelunterkünften nicht möglich ist, fordern aber diese innerhalb von zwei Jahren durch
383 dezentrale Unterbringungsmöglichkeiten zu ersetzen.

384

385 **Wir fordern, dass die Unterbringung möglichst dezentral aber eingebunden erfolgen**
386 **muss, also die tatsächliche Möglichkeit Einkäufe, medizinische Versorgung, Bildungs-**
387 **und Kulturangebote etc. wahrnehmen zu können.**

388

389 All diese Maßnahmen setzen voraus, dass genug bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung steht.
390 Durch jahrelange Reduzierung von Unterbringungskapazitäten waren die heute so oft von
391 Gemeinden und Ländern beklagten Schwierigkeiten bei der Unterbringungen absehbar und
392 hausgemacht. Die Unterbringung von Flüchtlingen kann also nicht ohne die **Wiederaufnahme**
393 **des sozialen Wohnungsbaus** gedacht werden. Darüber hinaus soll **flexibler Wohnraum**
394 geschaffen werden, welcher die Gemeinden in die Lage versetzt, auch bei kurzfristigen
395 Schwankungen der Flüchtlingszahlen Wohnraum zu schaffen, ohne das auf Notunterkünfte aus
396 Zelten zurückgegriffen werden muss oder Flüchtende gar auf der Straße verbleiben müssen.

397

398 Auch sind verstärkt zivilgesellschaftliche Unterstützung bei der Wohnungssuche oder
399 **Aufnahme in WGs oder Privatwohnungen zu fördern.** Dies ermöglicht Flüchtlingen direkten
400 sozialen Kontakt und erleichtert die Eingewöhnung in einer unbekanntem Umgebung.

401

402 **Wir fordern außerdem die Einführung eines Übergangsmanagements.**

403

404 Einem jeden Flüchtling ist zur Eingewöhnung Hilfestellung zu geben, das bezieht sich von dem
405 Kennenlernen der Umgebung, hin zu Einkaufsmöglichkeiten oder der Nutzung des öffentlichen

406 Nahverkehrs. Nur durch solche praktische Unterstützung ist ein selbstbestimmtes Leben
407 möglich.

408

409 Wir begrüßen die Abschaffung der Residenzpflicht in einzelnen Bereichen. Dies ist aber bislang
410 nur Flickwerk. Da sich Flüchtlinge sowieso regelmäßig an dem ihn zugewiesenen Ort zu melden
411 haben, um bürokratische Verfahren durchzuführen, ist die Residenzpflicht reine Schikane.

412 **Deshalb fordern wir die Aufhebung der Residenzpflicht im gesamten Bundesgebiet.**

413

414 Zudem fordern wir die Abschaffung der Wohnsitzauflage, die eine verkappte Residenzpflicht
415 bedeutet, da der Sozialleistungsbezug an den Wohnorten geknüpft ist somit die

416 Bewegungsfreiheit de facto eingeschränkt

417 wird.

418

419 **Wir fordern außerdem, dass Kommunen die Kosten der Unterbringung nicht mehr**

420 **pauschal sondern tatsächlich abrechnen** dürfen. Das Pauschalsystem kommt in den

421 Bundesländern zu sehr unterschiedlichen Sätzen pro Kopf, die wohl hauptsächlich auf

422 politischen Kompromissen, statt auf nachvollziehbaren, offengelegten und tatsächlichen

423 Bedarfen beruhen. Dies führt zu einem massiven Druck der Kommunen Ausgaben zu senken –

424 im wahrsten Sinne des Wortes auf Kosten der Flüchtlinge. Auf regional unterschiedliche

425 Bedingungen, wie Wohnungsmarkt oder Verkehrsanbindung und daraus entstehenden

426 Folgekosten, wird keinerlei Rücksicht genommen.

427

428 Bis heute gibt es nicht in allen Bundesländern Mindeststandards für die Unterbringung. Und

429 selbst dort wo sie existieren, sind diese oft windelweich. Es kann daher auch nicht der Schluss

430 gezogen werden, dass die Unterbringung überall dort schlecht ist, wo keine Standards bestehen

431 und dort gut, wo es solche auf dem Papier gibt. Wir kritisieren vielmehr, dass in Deutschland bis

432 heute gar keine Einigung über diese gefunden werden konnte – und dabei geht es um so

433 banales wie eine Toilette in jeder Wohnung. **Wir fordern daher die Schaffung von**

434 **Mindeststandards zur Unterbringung**, welche mindestens folgende Bereiche abdecken:

435 Mindestwohn- und Schlaflfläche, Anzahl der pro Raum untergebrachten Personen,

436 abgeschlossene Wohnbereiche, Sanitär- und Kochbereiche pro Person, Gemeinschaftsräume

437 und Freizeitmöglichkeiten.

438

439 Wir lehnen Abschiebehaft ab. Abschiebehaft ist eine Erleichterung des Aktes der Abschiebung

440 für die Behörden und dient u.a. auch der Abschreckungskultur. Aktuell kann bei einer

441 angeordneten Abschiebung ein Flüchtling bis zu 18 Monate in Haft genommen werden. Vom

442 EuGH wurde 2014 geurteilt, dass die deutschen Abschiebegefängnisse unrechtmäßig sind.

443 Gesetzlich soll ein milderes Mittel immer vorgezogen werden, um die Abschiebung umzusetzen.

444 Jede Inhaftierung der Bundespolizei oder Ausländerbehörde muss begründet sein, um Willkür

445 zu verhindern. Durch die letzten Gesetzesänderungen wurde zusätzlich der

446 Ausreisegewahrsam eingeführt und die Haftgründe praktisch auf jeden Asylbewerbenden

447 ausgeweitet. So reicht die Einreise über einen anderen EU-Staat oder die Zahlung von

448 erheblichen Summen an eine_n Schleuser_in zur Inhaftierung. Das sind aber praktisch nahezu

449 die einzigen Möglichkeiten überhaupt nach Deutschland zu kommen und kriminalisiert Flucht

450 damit insgesamt.

451

452 **Wir Jusos fordern, dass die Abschiebehaft, als auch das Ausreisegewahrsam**

453 **abgeschafft werden.**

454

455 **Wir fordern also insgesamt bezüglich Unterbringung:**

456

457 Dass die Unterbringung dezentral aber eingebunden erfolgen muss, also die tatsächliche

458 Möglichkeit Einkäufe, medizinische Versorgung, Bildungs- und Kulturangebote etc. wahrnehmen

459 zu können

460

461 • Eine Harmonisierung der Unterbringungsstandards nach oben.

462 • Die Aufhebung der Residenzpflicht im gesamten Bundesgebiet.

463 • Dass die Kommunen, die Kosten der Unterbringung im tatsächlichen Wert abrechnen

464 dürfen.

465 • Die Schaffung von Mindeststandards bei der Unterbringung.

466 • Abschaffung der Abschiebehaft.

467

468 6.5. Sexualisierte Gewalt ernstnehmen Opfer schützen

469

470 Die Flucht von Frauen ist anders und das Geschlecht spielt in der aktuellen Asylkrise eine nicht
471 zu unterschätzende Rolle. Viele Frauen erleben Vergewaltigungen und sexualisierte Gewalt
472 sowohl auf der Flucht als auch in den Herkunftssituationen aus denen sie fliehen. Denn Gewalt
473 an Frauen sind immer noch altbekannte Kampfmittel im Krieg und Kriegsstrategien. Dort wo das
474 Recht des Stärkeren gilt und aus dem Leid von Menschen Profit geschlagen wird, dort
475 reproduzieren sich auch die Geschlechterverhältnisse und die Gewalt an Frauen. Neben
476 Hunger, Krankheiten, Haft und anderer körperlicher und seelischer Gewalt müssen Frauen auf
477 der Flucht sexuelle Übergriffe und sexualisierte Gewalt befürchten. Besonders für
478 alleinstehende Frauen ist die Gefahr, auf der Flucht sexualisierte Gewalt zu erfahren und
479 vor allem vergewaltigt zu werden, sehr hoch. Doch neben der dramatischen Realität bei der
480 Flucht werden immer mehr Fälle von sexualisierter Gewalt, Vergewaltigungen oder auch
481 Zwangsprostitution in den Aufnahmeeinrichtungen in Deutschland bekannt. Wir fordern daher:
482

483 • **Anerkennung von frauenspezifischen Fluchtgründen auch aus den sog. „sicheren**
484 **Herkunftsstaaten“.**

485 • **Personalschulung im Umgang mit Opfern von sexualisierter Gewalt, insbesondere**
486 **Mitarbeiter*innen in den zuständigen Verwaltungen, Asylrechtler*innen und**
487 **Verfahrensberater*innen, sowie dem Sicherheitspersonal und Mitarbeiter*innen in**
488 **den Erstaufnahmeeinrichtungen. Desweiteren sollen auch freiwillige Helfer*innen**
489 **sensibilisiert werden. Die Zulassung zu Kinderbetreuung muss harten Kriterien**
490 **unterliegen und die**

491

492 **Helfer*innen müssen sich besonderer Überprüfung unterziehen.**

493

494 **Mehr sensibilisiertes Sicherheitspersonal zum Schutz von Frauen und Kindern**

495

496 • **Ausbau der psychologischen Betreuungsstellen für Opfer von sexualisierter Gewalt**
497 • **In Zusammenarbeit mit Expert*innen, Politik und NGO´s soll ein bundesweites**
498 **Programm zur Prävention erarbeitet und durchgeführt werden.**
499 • **Schutzräume für Frauen und Kinder, insbesondere abschließbare Duschräume und**
500 **Toiletten! Perspektivisch sollen auch bundesweit gesonderte Unterbringungen für**
501 **Frauen und Kinder errichtet werden.**

502

503 6.5 Besonderen Schutz anerkennen LGBT*I Asylsuchende schützen LGBT*I Geflüchtete, also
504 schwule, lesbische, bi und trans*idente sowie intergeschlechtliche erleben vielfältig
505 Diskriminierung und Übergriffe, über die es keine öffentliche Auseinandersetzung gibt. Ihre
506 gewaltvollen Erfahrungen bleiben oft unsichtbar oder werden nicht ernstgenommen. So erleben
507 sie in den Unterkünften in Deutschland häufig Diskriminierung bis hin zu Übergriffen. Nach einer
508 Tat trauen sich jedoch nur wenige Opfer, dies anzuzeigen oder gar darüber zu sprechen aus
509 Angst vor weiteren Übergriffen und Stigmatisierung. Nicht selten müssen die Betroffenen dann
510 mit den Täter*innen in derselben Einrichtung oder gar dem selben Zimmer verbleiben. Allein
511 LGBT*QIAGeflüchtete

512

513 einzeln oder zusammen mit anderen LGBT*QIAGeflüchteten im einem Zimmer unterzubringen
514 kann ihre Situation entlasten und dafür sorgen, dass sie in ihrer sehr privaten Umgebung
515 niemandem mehr ausgeliefert sind. In seinem Konzept zur Unterbringung und Integration der
516 Geflüchteten hat der Berliner Senat als erster die besondere Schutzbedürftigkeit von Lesben,
517 Schwulen, Bisexuellen sowie trans und

518

519 intergeschlechtlichen Asylsuchenden anerkannt und festgeschrieben. Das

520

521 bedeutet: Neben anderen Personengruppen wie schwangeren Frauen, Minderjährigen, stark

522

523 traumatisierten Geflüchteten wird bei ihnen auch eine besondere Schutzbedürftigkeit

524

525 erkannt. Dies kann ihnen beispielsweise dabei helfen, schneller in ein solches Einzelzimmer

526

527 verlegt zu werden.

528

529 Beantragen Asylsuchende aufgrund ihrer geschlechtlichen und sexuellen Identität Asyl, so wird
530 die Ernsthaftigkeit ihrer Situation in Deutschland oft nicht anerkannt. Die Behörden sind so
531 überlastet, dass sie sich nur auf bestimmte Personengruppen konzentrieren können, so
532 gegenwärtig Asylsuchende aus Syrien. Anträge von LGBT*QIAsylsuchenden und anderen
533 Personengruppen bleiben derzeit unbearbeitet. Auch ist nicht immer gewährleistet, dass die
534 entscheidenden Behörden tatsächliche Sachkenntnis über die Lebensverhältnisse von LGBT*QI
535 in den entsprechenden Herkunftsländern haben. So wird die Gewalt gegenüber und die
536 strafrechtliche Verfolgung von LGBT*QI bzw. "homosexuellen Akten" und anderen
537 Straftatsbeständen häufig heruntergespielt, wenn es in LGBT*QI-Strukturen, beispielsweise eine
538 Szene, gibt. Daraus wird geschlossen, dass man sich als mit seiner Identität in den
539 Herkunftsländern doch schon arrangieren könne und sie nicht "offen ausleben" müsse. Darüber
540 hinaus müssen entscheidende Instanzen erst überzeugt werden z.B. durch Gutachten, dass die
541 Asylsuchenden tatsächlich auch lesbisch, schwul, bi, trans* oder inter sind. Dies ist nicht nur ein
542 prinzipiell entwürdigendes Verfahren es gewinnt gerade vor dem Hintergrund der
543 Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen in den Herkunftsländern, auf der Flucht und in den
544 Unterkünften noch an Absurdität, Betroffene nach ihrer Geschlechtsidentität und Sexualität zu
545 befragen. Noch schlimmer: Sich anmassen zu können, darüber zu entscheiden, wer wirklich
546 "lesbisch", "schwul", "bi", "trans*" oder "inter" genug ist, um anerkannt zu werden. Schliesslich
547 beginnt ihre Flucht mit eben jenen Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen in den eigenen
548 Herkunftsländern, wo LGBT*QIMenschen existentielle Rechte verlieren. Sie können nicht frei
549 und ungehindert sprechen, schreiben und demonstrieren, werden auf offener Strasse beleidigt,
550 bespuckt und verprügelt, sie werden vergewaltigt und getötet oder müssen mit der Todesstrafe
551 rechnen, wie beispielsweise im Iran, wo diese auf homosexuelle Handlungen verhängt wird. Die
552 BRD ist in der Frage um LGBT*QI-Rechte kein Paradies aber es ist auch kein Ort,
553

554 zumindest in den meisten Gebieten, an dem Menschen Übergriffe oder sogar den Tod zu
555 fürchten haben. Geben wir also denen den besonderen Schutz, den sie brauchen. So auch
556 LGBT*QIAsylsuchenden.

557

558 **Wir fordern daher:**

559

- 560 • **Geschlechtliche und sexuelle Identität als Asylgrund anerkennen ohne**
- 561 **entwürdigende psychologische Gutachten und dem Zwang, die eigene "Identität"**
- 562 **beweisen oder gar verbergen zu müssen! Dies gilt auch für so genannte "sichere**
- 563 **Drittstaaten" und "sichere Herkunftsstaaten".**
- 564 • **Hessen und alle anderen Bundesländer sollen dem Beispiel des Berliner Senats**
- 565 **folgen und den besonderen Schutz auf LGBT*QIGeflüchtete ausweiten!**
- 566 • **Eigene Unterkünfte nur für LGBT*QIAsylsuchende schaffen!**
- 567 • **Eigene Beratungsangebote und stellen fuer LGBT*QIAsylbewerber* innen schaffen**
- 568 **und diese auch finanziell und personell richtig ausstatten! Selbstverständlich**
- 569 **sollen dabei auch bestehende Strukturen wie z.B. Lesmigras, genutzt und**
- 570 **ausgebaut werden.**
- 571 • **Aufnahme durch die Bundesrepublik Deutschland und/oder durch ein Bundesland**
- 572 **von bestimmten Menschen, die persönlich bedroht sind bzw. von Menschen aus**
- 573 **bestimmten Regionen, indem man diesen Personen aus „völkerrechtlichen oder**
- 574 **dringenden humanitären Gründen“ ein Visum anbietet (dafür ist das**
- 575 **Bundesministerium des Innern zuständig, § 22 und § 23 Aufenthaltsgesetz).**

576

577 6.6 Bildung

578

579 Die Bildung von Flüchtlingen, egal ob bei Kindern oder Erwachsenen, sollte mit im Mittelpunkt
580 der Integration vor Ort stehen. Darunter zählen die frühkindliche Bildung, die Schule, der Erwerb
581 der Sprache oder auch Dinge, wie zum Beispiel die Anerkennung von Bildungsabschlüssen für
582 den Zugang zum Arbeitsmarkt, beziehungsweise den Erwerb des Führerscheins.

583

584 · 6.6.1 Kindertagesstätten/ Kindergarten

585

586 In Deutschland sollte jedes Kleinkind, das mit seiner Familie nach Deutschland kommt, ab dem
587 ersten Lebensjahr das Anrecht auf einen Platz in einer Kindertageseinrichtung haben, genauso
588 wie jedes andere Kind in Deutschland. „ir betonen das der Rechtsanspruch auf einen

589 Betreuungsplatz bereits für Asylbewerberinnen und Asylbewerber gelten muss, über deren
590 Asylbescheid noch nicht abschließend entschieden wurde. Das Anrecht ist sehr wichtig, damit
591 die Kinder von Beginn an die Möglichkeit haben, gemeinsam mit anderen Kindern und nicht
592 abgeschottet in ihren Familien aufzuwachsen. Sie lernen andere Kinder kennen und erlernen
593 die deutsche Sprache durch Kontakt und Beziehung zu Gleichaltrigen. So beginnt die
594 Integration in die Gesellschaft vor Ort direkt. Um den Kindertagesstätten optimale Bedingungen
595 für alle Kinder zu schaffen, begrüßen wir Initiativen, wie die Einrichtung sogenannter
596 „Willkommenskitas“, welche mit Sensibilisierungs- und Qualifizierungsangeboten einhergehen.
597

598 Um vermehrte Konkurrenz um Kita-Plätze zu vermeiden, **fordern wir die Aufstockung von**
599 **KiTa-Plätzen, damit es für alle Kinder die Möglichkeit auf einen solchen Platz gibt.**

600

601 Mit Verweis auf eine Studie aus dem Bundesfamilienministerium, wonach durch die ansteigende
602 Zahl der Asylbewerberinnen und Asylbewerber 70.000 Kitaplätze und 500 Mio. Euro
603 bereitgestellt werden müssen, sprechen wir uns dafür aus, die durch das Aussetzen des
604 Betreuungsgeldes aufgrund der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts freien
605 Finanzmittel in Höhe von 900 Mio. Euro in den Kitausbau zu investieren

606

607 **Wir fordern außerdem die Qualifizierung und finanziell bessere Entlohnung des KiTa-**
608 **Personals, damit trotz der Herausforderungen eine qualitativ hochwertige**
609 **Kinderbetreuung ermöglicht wird.**

610

611 · 6.6.2 Grundschulen/ weiterführende Schulen

612

613 In Deutschland herrscht allgemeine Schulpflicht für alle Kinder und Jugendlichen im
614 schulpflichtigen Alter. Aus diesem Grund gilt dieses Recht auch für Kinder und Jugendliche, die
615 als Flüchtlinge nach Deutschland kommen. Allerdings ist dieses Recht in den Bundesländern
616 deutlich unterschiedlich ausgestaltet, beziehungsweise noch gar nicht für Flüchtlinge speziell
617 geregelt, wie in Bremen oder Schleswig Holstein. In diesen beiden Ländern besteht Schulpflicht
618 für alle, die eine Wohnung in diesen Bundesländern haben, woraus dort die Schulpflicht für
619 Asylsuchende abgeleitet wird. So unterliegen Asylsuchende in den drei Bundesländern Berlin,
620 Hamburg und Saarland von Anfang an der Schulpflicht. In den sechs Ländern Brandenburg,
621 Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland Pfalz
622 besteht die Schulpflicht, sobald ein_e Asylsuchende_r nicht mehr verpflichtet ist, in einer
623 Erstaufnahmeeinrichtung zu wohnen bzw. einer Gemeinde zugewiesen wurde. In Bayern und
624 Thüringen tritt die Schulpflicht drei Monate, in Baden-Württemberg sechs Monate nach Zuzug
625 ein. Sachsen und Sachsen-Anhalt normieren keine Schulpflicht, sondern lediglich ein
626 Schulbesuchsrecht. Dies bedeutet, dass in diesen Ländern keine Garantie darauf besteht, dass
627 diese Kinder tatsächlich beschult werden.

628

629 **Aus diesem Grund fordern wir, dass mindestens nach der Erstaufnahme, für die Kinder**
630 **und Jugendlichen eine Schulpflicht besteht, sie also das Recht darauf haben beschult zu**
631 **werden.**

632

633 Dies ist ohne Kenntnisse der deutschen Sprache sehr schwierig und von Schulen wird oft der
634 Grund einer Kapazitätsauslastung vorgeschoben, um keine minderjährigen Flüchtlinge
635 aufnehmen zu müssen.

636

637 **Deshalb fordern wir Jusos die Ausweitung der sogenannten „Sprachlernklassen“.**

638

639 Diese sollten in Erreichbarkeit für alle an zentralen Schulen geschaffen werden. Sie sollen das
640 Erlernen der Sprache zusammen mit der Weiterbildung und das „Mitkommen“ beim Stoff
641 erleichtern. Hierbei gibt es in den Ländern unterschiedliche Konzepte. In verschiedenen
642 Bundesländern wird nach dem sogenannten niedersächsischen Erlass mit dem Titel "Integration
643 und Förderung von Schülerinnen und Schülern nichtdeutscher Herkunftssprache" eine
644 Sprachlernklasse eingerichtet, wenn eine Schule von mindestens zehn solcher Schüler_innen
645 besucht wird. „Sprachlernklassen können auch jahrgangsübergreifend sein, wobei maximal 16
646 Schüler_innen eine Sprachlernklasse besuchen können. Der Unterricht soll auch fachbezogen
647 und in enger Abstimmung mit dem Unterricht in den Regelklassen erteilt werden; in
648 ausgewählten Fächern sollen die Schüler_innen am Unterricht der künftigen Regelklasse
649 teilnehmen. Die Einrichtung von zentralen Sprachlernklassen im Sekundarbereich I und II ist an

650 zentralen Schulstandorten in einer Region auch jahrgangs- und schulformübergreifend möglich.
651 Der Besuch einer Sprachlernklasse dauert in der Regel ein Jahr, kann aber entsprechend dem
652 Stand der Deutschkenntnisse verkürzt werden. Bei Schüler_innen der Jahrgänge 8 bis 10 kann
653 die Besuchsdauer generell auf zwei Jahre verlängert werden“.

654

655 **In Sachen Schule fordern wir also insgesamt:**

656

657 · Dass mindestens nach der Erstaufnahme für Kinder und Jugendlichen eine Schulpflicht
658 besteht, sie also das Recht darauf haben beschult zu werden.

659

660 · Wir fordern außerdem die Ausweitung der sogenannten „Sprachlernklassen“.

661

662 · 6.6.3 Universität/ Hochschule

663

664 Genauso, wie die Möglichkeit eines Schulbesuches, sollte Flüchtlingen nach Erwerb des Abiturs
665 oder bei Vorliegen eines vergleichbaren Abschlusses, die tatsächliche Möglichkeit offen stehen
666 ein Hochschulstudium abzulegen. Solchen Personen, die bereits ein angefangenes
667 Hochschulstudium in einem anderen Land vorweisen können, muss die Weiterführung in
668 Deutschland problemlos möglich sein. Voraussetzung hierfür ist die Beratung über das Studium
669 in Deutschland allgemein, als auch die Bewerbung, Einschreibung etc. im individuellen Fall.
670 Wichtig sind außerdem das Vorhandensein studiumsvorbereitender Sprachkurse.

671

672 6.6.4 Sprachkurse

673

674 Der Erwerb der Sprache ist für die gesellschaftliche Teilhabe, die Weiterbildung, den Zugang
675 zum Arbeitsmarkt und im alltäglichen Leben unabdingbar.

676

677 Der Besuch eines sogenannten "Integrationskurse" ist jedoch erst nach Gewährung von Asyl
678 möglich. Bis dahin ist der Zugang zu offiziellen Kursen nicht möglich. Dieser Zugang kann vor
679 der Anerkennung nur durch ESF-Kurse geschehen, die je nach Kurs allerdings bestimmte
680 Zugangsvoraussetzungen haben und mit einem hohem bürokratischen Aufwand im Vorhinein
681 beginnen. Dies stellt für Bildungsträger_innen einen enormen Verwaltungsmehraufwand dar.
682 Derzeitige Alternativen bieten oft ehrenamtlich geleitete Sprachförderkurse. Die Möglichkeit des
683 Besuches eines Sprachkurses ab dem Tag nach der Ankunft ist wichtig, damit sich die
684 Menschen, auch wenn sie vielleicht nicht bleiben dürfen, in Deutschland einfinden können und
685 so erst die Voraussetzung dafür geschaffen werden, dass sie ihren Fall vorbringen und ihre
686 Rechte ausüben können. Dies muss auch in ländlichen Gebieten mit Mobilitätshemmnissen
687 garantiert werden.

688

689 **Deshalb fordern wir: Integrationskurse und Sprachkurse müssen für Asylbewerber_innen
690 vom ersten Tag an zugänglich sein.**

691

692 · 6.6.5 Führerschein

693

694 Unabhängig vom Aufenthaltsstatus hat jeder Mensch in Deutschland theoretisch die Möglichkeit
695 einen Führerschein zu erwerben. Dies ist vor allem im Hinblick auf einen Arbeitsplatz und die
696 Mobilität auf dem Land sehr wichtig. In Deutschland kann der Führerschein neben Deutsch
697 auch in 11 weiteren Sprachen abgelegt werden. Diese sind: Englisch, Französisch, Griechisch,
698 Italienisch, Kroatisch, Polnisch, Portugiesisch, Rumänisch, Russisch, Spanisch und Türkisch.
699 Viele Flüchtlinge/Asylbewerber_innen kommen allerdings aus Ländern, in denen zum Beispiel
700 Arabisch Landessprache ist.

701

702 **Deswegen fordern wir zur Erleichterung des Erwerbs die Möglichkeit die theoretische
703 Führerscheinprüfung zusätzlich zu den elf anerkannten Sprachen auch in weiteren
704 durchzuführen zu können.**

705

706 · 6.6.6 Anerkennung von Bildungsabschlüssen

707

708 Viele hier ankommende Menschen sind gut oder hoch gebildet. Auch wenn im Bereich
709 Anerkennung in letzter Zeit viele Verbesserungen zu verzeichnen sind, können Kompetenzen
710 oft nicht anerkannt werden, beziehungsweise die Möglichkeiten zur Anerkennung werden durch

711 hohe bürokratische Hürden genommen. So kostet die formale Anerkennung, die für Feststellung
712 eines Bildungsabschlusses nötig ist, wie zum Beispiel die Übersetzung der Dokumente,
713 mehrere hundert Euro, die von den Menschen selbst getragen werden müssen. Dieses Geld
714 können sie natürlich nichtaufbringen, wodurch diese Anerkennung oft nicht möglich ist. Vielen
715 ist dieses Verfahren auch unbekannt, so dass die Gefahr besteht, dass viele in den
716 Niedriglohnbereich „einsteigen“ und dort verhaftet bleiben. Die Anerkennung und Feststellung
717 eines Abschlusses ist für Menschen somit eine Möglichkeit, einen Beruf auszuüben, der ihrer
718 Qualifikation entsprechend ist.

719

720 Wir begrüßen ausdrücklich auch Initiativen, welche die Anerkennung non- und informeller
721 Kompetenzen ermöglichen. Über den tatsächlichen Nachweis von Kenntnissen in
722 Lernergebniseinheiten, können so auch Menschen, die praktische Kompetenzen haben ohne
723 jedoch je ein Zertifikat oder offiziellen Berufsabschluss erworben zu haben, diese auch zukünftig
724 in Deutschland ausüben.

725

726 **Wir fordern daher, dass diese Anerkennung von Berufsabschlüssen kostenlos ist. Wir**
727 **begrüßen außerdem die Möglichkeit durch Arbeitsproben, durch erleichterten Zugang zur**
728 **Ablegung von Abschlussprüfungen, der Einführung von Kenntnissprüfungen oder**
729 **ähnlichem bei Fehlen von Zeugnissen die Qualifikation anderweitig nachweisen zu**
730 **können.**

731

732 · 6.6.7 Zugang zu Sport- und Vereinswesen

733

734 Zu Teilhabe zählen auch die Bildung sozialer Kontakte und der Umgang mit Gleichaltrigen. Dies
735 geschieht vor allem beim Sport oder anderen Freizeitausgleichen in Vereinen. Der Zugang dazu
736 ist meist mit Mitgliedsbeiträgen verbunden, die von den Flüchtlingen selbst oft nicht getragen
737 werden kann. So bleibt vielen dieser Zugang verschlossen. Vielerorts ist es so, dass Vereine
738 einen kostenfreien Zugang von sich aus ermöglichen, jedoch sollte dieses Konzept des
739 kostenfreien Zugangs die Regel nicht die Ausnahme sein.

740

741 **Deswegen fordern wir einen kostenfreien Zugang zu Sport- und Vereinswesen.** Dieser
742 kostenfreie Zugang soll so lange gewährleistet sein, bis die Person finanziell selbstständig ist.

743

744 Zur Umsetzung eignet sich hier das Bildungs- und Teilhabepaket des Arbeitsministeriums, das
745 für Kinder von SGB II Bezieherinnen und Bezieher vorgesehen ist. Eine Ausweitung auf
746 Bezieherinnen und Bezieher von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetzes ist bis
747 zur endgültigen Abschaffung dieser Leistungen eine sinnvolle Maßnahme.“

748

749 **7. Teilhabe durch Arbeit**

750

751 Wesentliches Medium gesellschaftlicher Teilhabe in Deutschland ist eine sinnvolle und
752 würdevolle Beschäftigung. Auch eine neue Heimat kann nur dort aufgebaut werden, wo die
753 Möglichkeit geboten wird, seine Zeit in sinnvoller Interaktion mit anderen zu verwenden.

754 Deswegen fordern wir Jusos:

755

756 · **Die vollständige Abschaffung der Vorrangprüfung; sie diskriminiert unnötig**
757 **zwischen Asylbewerber_innen und Arbeitsinländer_innen und schafft Barrieren, wo es**
758 **Hilfen im Zugang zum Arbeitsmarkt braucht.**

759

760 · **Die komplette arbeitsrechtliche Gleichstellung von Asylbewerbenden mit**
761 **Deutschen.**

762

763 Perspektiven müssen jedoch nicht nur denjenigen eröffnet werden, die schon Qualifikationen
764 mitbringen; auch und gerade jüngere Flüchtlinge, denen häufig schon im Herkunftsland Schule
765 und/oder Ausbildung verwehrt blieben, brauchen eine Chance auf ein selbstbestimmtes Leben.

766

767 · **Damit die Menschen eine Chance haben einen Ausbildungsplatz zu bekommen,**
768 **fordern wir die Garantie einer Aufenthaltserlaubnis für die komplette Ausbildungszeit**
769 **und darauffolgenden Weiterbeschäftigung mit Erhalt eines solchen Vertrages.** Auch muss
770 den Personen danach Zeit eingeräumt werden eine Arbeitsstelle zu finden. Der Erhalt einer
771 Ausbildungsstelle für eine_n Asylsuchende_n stellt allerdings momentan noch keine Garantie

772 dar, in Deutschland bleiben zu dürfen. Aus dem Grund der Planungsunsicherheit verweigern
773 sich viele Arbeitgeber_innen einem_r qualifizierten Asylsuchenden einen Ausbildungsplatz zu
774 geben. Die aktuellen Gesetzesänderungen Auszubildende mit Duldungen abzuspeisen reichen
775 nicht dazu aus, das Problem zu beheben.

776

777 · **Wir fordern die Subventionierung zusätzlicher betrieblicher Ausbildungsplätze für**
778 **Flüchtlinge.** Der schwierigste Schritt für junge Flüchtlinge auf dem Weg in die deutsche
779 Arbeitswelt ist der erste - deswegen braucht es eine notfalls auch materielle Motivation gerade
780 für kleinere und mittlere Betriebe, ihnen einen Ausbildungsvertrag anzubieten. Noch wichtiger ist
781 darüber hinaus die Förderung des Übergangs von Ausbildungs- in das Arbeitsverhältnis. Auch
782 hier sind materielle Förderungen für sich engagierende Betriebe wichtig, um Teilhabe zu
783 ermöglichen.

784

785 · **Wir fordern die Vereinfachung des Hochschulzuganges für Flüchtlinge. Dies**
786 **beinhaltet eine schnelle und umfängliche Anerkennung von Schulabschlüssen und**
787 **anderen Qualifikationen sowie den Ausbau englischsprachiger Kurse. Eine umfassende**
788 **Betreuung während des Studiums ist essentiell für erfolgreiches Lernen.**

789

790 · Einbindung in die Arbeitswelt setzt Einbindung in den akademischen Betrieb nicht nur
791 häufig voraus - diese Einbindung in die Universitäten und Fachhochschulen kann auch helfen,
792 Vorurteile abzubauen und gleichzeitig aufzeigen, dass denjenigen, die bei uns Asyl suchen,
793 tatsächlich alle Türen offen stehen. Sprachliche und andere fachspezifische Qualifikationen
794 müssen nachgewiesen, ihr Erwerb jedoch ermöglicht und gefördert werden.

795

796 · **Wir fordern die Schaffung eines solidarischen kommunalen**
797 **Beschäftigungssektors, in dem auch eine Mindestquote an Arbeitsplätzen für Flüchtlinge**
798 **vorgehalten wird.** Eine Sofortmaßnahme, die aus kommunaler Perspektive sofort realisiert
799 werden kann, um direkt die Arbeit an kommunalen Aufgaben sozial sinnvoll zu verteilen.

800

801 · Wir sprechen uns zudem dagegen aus, den allgemeinverbindlichen Mindestlohn für die
802 Gruppe der (ehemaligen) Asylbewerberinnen und Asylbewerber auszusetzen. Wir sind gegen
803 eine Auspielung von prekär beschäftigten Menschen und Asylbewerberinnen und
804 Asylbewerber auf dem Arbeitsmarkt

805

806 **8. Leistungen/ Gesundheit:**

807

808 **Wir halten an unserer Forderung der Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes**
809 **fest.**

810

811 Es kann nicht sein, dass es Menschen zweiter Klasse gibt, die noch unter dem
812 Existenzminimum der Sozialleistungen gehalten werden.

813

814 Dadurch wäre auch gewährleistet, dass Asylbewerber_innen einen gleichwertigen **Zugang zur**
815 **Gesundheitsversorgung** erhalten. Die Behandlung, die Asylsuchenden momentan zur
816 Verfügung steht, bedarf unbedingt einer Änderung. So werden zwar akute Erkrankungen und
817 Schmerzzustände versorgt und die Mittel zur Linderung der Schmerzen und Besserung der
818 Krankheit werden auch zur Verfügung gestellt, doch die Betonung liegt bei dieser Leistung auf
819 dem Wort „akut“. So werden chronische Erkrankungen höchstens im Falle eines akuten Notfalls
820 behandelt

821

822 · Die Vergütung des zuständigen Haus- oder Zahnarztes läuft hierbei über die zuständige
823 Verwaltung, das heißt man muss vor dem Besuch eines Arztes erst beim Amt die Erlaubnis
824 einholen überhaupt zum Arzt gehen zu dürfen. Schwangere und Wöchnerinnen werden hierbei
825 zum Glück umfassend versorgt. Übergangsweise fordern wir zumindest die Einführung einer
826 Krankenkarte nach dem Bremer Modell durch die Bundesländer.

827

828 Eine Vielzahl von Flüchtlingen ist aufgrund ihrer Erlebnisse im Heimatland oder auf der Flucht
829 traumatisiert. Dem steht aber nur ein geringes Angebot an qualifizierten Psycholog_innen
830 gegenüber. **Wir fordern daher den Ausbau von Trauma-Zentren**, die sich gerade auf
831 Flüchtlinge und minderjährige Flüchtlinge spezialisieren, so wie die sprachlichen
832 Voraussetzungen einer erfolgreichen Therapie schaffen können. Der Zugang soll bereits

833 Asylbewerber_innen ermöglicht werden.

834

835 Wir begrüßen die rechtlichen Verbesserungen im Bereich des **Sachleistungsprinzips**, halten

836 jedoch weiterhin die **Abschaffung** für die einzig richtige Lösung. Es muss Flüchtlingen

837 allgemein ermöglicht werden ihre Einkäufe selbst zu erledigen. Die Verteilung von

838 standardisierten Essenspaketen ist, und das wird so auch zugegeben, als reine Schikane

839 gedacht. Sie verhindert Selbständigkeit, ermöglicht keine individuellen Wünsche oder

840 Notwendigkeiten bei der Essensvergabe und ist darüber hinaus durch den Lager- und

841 Personalaufwand auch deutlich teurer, als das Geldleistungsprinzip. Finanzielle Ressourcen, die

842 an anderer Stelle dringend gebraucht werden.

843

844 Flüchtlinge sollten außerdem sofort nach ihrer Ankunft die **Möglichkeit haben ein Konto zu**

845 **eröffnen**. Elektronischer Zahlungsverkehr sollte jedem Menschen zur Verfügung stehen und ist

846 oft auch Voraussetzung, um zum Beispiel Miete zu zahlen. Das Überfallrisiko auf Flüchtlinge

847 kann so außerdem gesenkt werden.

848

849 **Wir fordern somit in den Bereichen Gesundheit/Leistungen**

850

851 • Die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes.

852 • Einen gleichwertigen Zugang zur Gesundheitsversorgung für alle Asylbewerber_innen.

853 • Die Abschaffung des Sachleistungsprinzips.

854 • Den Ausbau von Trauma-Zentren, die sich gerade auf Flüchtlinge und minderjährige

855 Flüchtlinge spezialisieren.

856 • Die Möglichkeit für Flüchtlinge ein Konto zu eröffnen.

857

858 **9. Flüchtlinge in unserer Gesellschaft**

859

860 Flüchtlinge haben, zumindest anfänglich, kaum Möglichkeiten die Gesellschaft mitzubestimmen,

861 in der sie angekommen sind. Aufnahme und Teilhabe von ihnen kann aber nur gelingen, wenn

862 auch die Zivilgesellschaft eine offene und integrative ist. Eine solche Gesellschaft wollen und

863 müssen wir aktiv fördern und ständig einfordern.

864

865 9.1 Ehrenamt stärken

866

867 Seit vor ca. zwei Jahren die Vertreibung von Menschen, zum Beispiel durch den Krieg in Syrien

868 und den IS, immer größer wurde, ist auch die Zahl der Ehrenamtlichen im Bereich Hilfe für

869 Flüchtlinge stark angestiegen. Viele Menschen engagieren sich vor allem vor Ort oft täglich für

870 die Unterstützung dieser Menschen.

871

872 Dazu gehören auch so „banale“ Dinge, wie die Erklärung der Mülltrennung. Aber vor allem

873 geht es darum, die Menschen zu bestimmten Terminen zu den Ämtern zu fahren und dort auch

874 zu begleiten, ihnen bei Arztbesuchen unterstützend zur Seite zu stehen, wie auch kulturelles

875 Wissen und alltägliche Gepflogenheiten zu erklären, damit es nicht zu Missverständnissen

876 kommt und die Teilhabe vor Ort gelingen kann. Dem Anliegen Kontakt zwischen Flüchtlingen

877 und „Einheimischen“ zu ermöglichen, tragen Bemühungen Rechnung, Begegnungscafés/

878 Begegnungsstätten oder ähnliche Zentren zu schaffen. Hier können dann niedrigschwellig

879 Kontakte zwischen Ortsansässigen und Flüchtlingen aufgebaut, aufrechterhalten und ausgebaut

880 werden und sie eröffnen oft zahlreiche weitere Möglichkeiten der gemeinsamen

881 Freizeitgestaltung und Unterstützung.

882

883 Dies alles erfordert viel Zeit, Geduld und Aufopferungsbereitschaft und es verdient den

884 allergrößten Respekt, was Ehrenamtliche leisten! Fest steht: das was der Staat bereitstellt,

885 könnte nie auffangen, was durch Ehrenamt geleistet wird. Ehrenamtliches Engagement darf

886 aber nicht dazu führen, dass sich der Staat aus seinen Aufgaben zurückzieht.

887

888 Ehrenamtliche hingegen berichten von teilweise herabwürdigenden Umgang mit Flüchtlingen,

889 wenn sie unbegleitet in Ämtern Termine wahrnehmen. Ehrenamtliche übernehmen hier oft den

890 Part des_r Fürsprechers_in und Vermittlers_in.

891

892 **Deshalb fordern wir die Anerkennung dieser ehrenamtlichen Leistung von Seiten des**

893 **Staates**. Das bedeutet, dass die Ehrenamtlichen in ihrer Arbeit als Hilfe für die Flüchtlinge auf

894 den Ämtern wahrgenommen werden sollen und nicht als Menschen, die dort nichts zu suchen
895 haben. Die Steine, die ihnen in ihrer alltäglichen Arbeit in den Weg gelegt werden, sollen der
896 Anerkennung der Arbeit und dem Engagement weichen.

897

898 Durch die Vielfalt der Aufgaben, die auf Ehrenamtlichen lastet, ist es kein Wunder, wenn diese
899 oft an die Grenzen ihres Wissens stoßen, wenn es um das Ausfüllen von Formularen geht oder
900 die Erfüllung von Verordnungen etc. ankommt. Deshalb ist es notwendig, die Migrationsdienste
901 vor Ort, welche oft den Wohlfahrtsverbänden, wie Caritas, AWO, IB etc. angegliedert sind, mit
902 hauptamtlichen Stellen, die vom Bund bezahlt werden, aufzustocken. Dadurch können die
903 Ehrenamtlichen unterstützt werden und die Beratung der Flüchtlinge in rechtlichen Fragen
904 innerhalb des Asylverfahrens oder zum Beispiel bei der Job-Suche, kann ausgeweitet werden,
905 damit jeder und jede von ihnen die Möglichkeit zu einer solchen kostenfreien Beratung haben
906 kann.

907

908 **Zu diesen Zwecken fordern wir die großflächige Aufstockung der hauptamtlichen Stellen**
909 **mit Zuständigkeit für die Flüchtlinge.**

910

911 Zum Ehrenamt gehört auch meist, dass sich die Ehrenamtlichen mit amtlichen Vorschriften und
912 Formularen und Verordnung beschäftigen, wenn Flüchtlinge Hilfe brauchen. Dies ist jedoch oft
913 sehr schwer zu bewerkstelligen, da oft nicht klar ist, was gemeint ist oder das Formular sehr
914 bürokratisch und mit Fachbegriffen gespickt ist.

915

916 **Deshalb fordern wir: Zu Unterstützung dafür müssen auf kommunaler Ebene in den**
917 **zuständigen Verwaltungen flächendeckend ausreichend Stellen geschaffen werden, um**
918 **die Ehrenamtlichen in diesen Punkten zu entlasten.** Diese Stellen sollen auch als
919 Koordinierungsstellen und Ansprechstellen für die Ehrenamtlichen dienen.

920

921 Für die Arbeitnehmer_innen, die in diesen Stellen arbeiten, sollen verpflichtend interkulturelle
922 Trainings angeboten werden, damit die Hemmungen vor fremden Kulturen abgebaut und das
923 Verständnis für die Menschen gesteigert wird. Außerdem soll gewährleistet sein, dass in den
924 Verwaltungen jedes Informationsmaterial in den benötigten Sprachen vorhanden ist.

925

926 **Wir fordern außerdem die Qualifizierung von Ehrenamtlichen.**

927

928 Denn auch hier gilt: nur gut gemeint, ist nicht gut gemacht. Oft können Missverständnisse,
929 Fehler und Frustration vermieden werden, wenn die Ehrenamtlichen zum Beispiel über
930 Möglichkeiten und den rechtlichen Rahmen eines Ehrenamts informiert und verschiedene
931 Dokumente und Verfahren erklärt werden, die jeder Flüchtling braucht.

932

933 Flüchtlinge bringen von ihrer Flucht und aus ihren Herkunftsländern oft schreckliche
934 Erfahrungen mit, die dann auch Ehrenamtlichen in Gesprächen erzählt werden. Damit diese
935 Bilder und übertragenen Ängste verarbeitet und eingeordnet werden können, brauchen
936 Ehrenamtliche die Möglichkeit der Supervision.

937

938 **Wir fordern daher die Schaffung von Supervisions- und psychischen**
939 **Betreuungsangeboten für Ehrenamtliche.**

940

941 **Zur besseren Koordinierung der zahlreichen Flüchtlingsinitiativen, -verbände und**
942 **Selbstorganisationen fordern wir zentrale Koordinierungsstellen, welche die oben**
943 **genannten Qualifizierungs- und Supervisionsangebote ermöglichen können.**

944

945 **Daneben fordern wir im Bereich Ehrenamt insgesamt:**

946

- 947 • eine Anerkennung der ehrenamtlichen Leistungen vom Staat.
- 948 • Eine Aufstockung von hauptamtlichen Stellen mit der Zuständigkeit für Flüchtlinge.
- 949 • Stellen in kommunalen Verwaltungen zur Unterstützung der ehrenamtlich Tätigen.
- 950 • Sowie die Qualifizierung der Ehrenamtlichen.

951

952 9.2 Menschenfeindliche Umtriebe stoppen!

953

954 Neben wachsendem ehrenamtlichen Engagement nehmen leider aber auch die Aktivitäten

955 gegen Flüchtlinge und Flüchtlingsunterkünfte stark zu.
956
957 Dies reicht von „friedlichem Protest besorgter Anwohner“, die zum Beispiel im Februar 2014 im
958 bayrischen Anzing plakatierten: "30 Männer an der Zahl wird im Wohngebiet zur Qual", bis hin
959 zu Brandanschlägen, wie im niedersächsischen Tröglitz am 04.04.2015.
960
961 Während das Bundeskriminalamt bereits von 2012 auf 2013 einen Anstieg von Gewalt- und
962 Propagandadelikten gegen Flüchtlingsunterkünfte von 24 auf 58, und damit um mehr als das
963 doppelte vermeldete, stieg diese Zahl 2014 um das dreifach auf 162 rechtsextrem motivierte
964 Angriffe auf Unterkünfte. Die Chronik der Antonio-Amadeu-Stiftung und Pro Asyl kommt allein
965 für das Jahr 2014 zu 186 gewalttätigen Angriffen auf Flüchtlingsunterkünfte, darunter 35
966 Brandstiftungen, und 79 tätlichen Übergriffen auf Einzelpersonen. Diese Zahlen sind mehr als
967 alarmierend! Und sie sind wohl nur die Spitze des Eisbergs. Die Dunkelziffer wird wie immer
968 deutlich höher liegen.
969
970 Auch wenn Berlin, Nordrhein-Westfalen und Sachsen als Spitzenreiter der Statistik gelten, sind
971 die Angriffe geographisch überall im Bund verteilt. Es ist also bei weitem kein „Ost“- oder reines
972 „Land“-Problem. Rassismus sitzt eben tief in der Mitte der gesamten Gesellschaft.
973
974 Die Grundlage für solche Aktionen ist in der öffentlichen Verbreitung von Rassismus und dem
975 Schüren von Hass zu sehen. Rund 80 Proteste gegen bestehende oder geplante
976 Flüchtlingsunterkünfte wurden von staatlicher Seite 2014 gezählt, die Antonio-Amadeu-Stiftung
977 kommt auf 270. Rechte Gruppierungen und Parteien nutzen Sozialneid und Ängste von
978 Menschen gezielt für ihre menschenfeindliche Propaganda aus. Dem muss man sich klar
979 entgegenstellen! Wir **rufen daher regelmäßig zum Gegenprotest** auf und werden uns auch
980 weiter **öffentlich in aller Deutlichkeit mit Flüchtlingen solidarisieren**. Proteste gegen
981 Flüchtlinge und Flüchtlingsunterkünfte müssen gesamtgesellschaftlich endlich als das gesehen
982 werden was sie sind: die geistige Grundlage für gewaltsame Übergriffe auf Flüchtlinge und
983 Brandanschläge auf ihre Wohnungen.
984
985 Es muss außerdem von den rechtlichen Möglichkeiten Gebrauch gemacht werden **Proteste in**
986 **unmittelbarer Nähe von Asylunterkünften zu untersagen**. Diese haben massive
987 Auswirkungen auf das Wohlbefinden der Bewohner_innen und führen im schlimmsten Fall zu
988 einem Rückfall in erlebte Traumata.
989
990 Wir wissen aber auch, dass dies allein nicht das Vorhandensein von Vorurteilen in der
991 Gesellschaft beseitigt. Wir drängen daher auf die **frühzeitige und partizipative Beteiligung**
992 **der Bevölkerung an geplanten Flüchtlingsunterkünften** durch die Gemeinden. Es hat sich
993 gezeigt, dass sich durch Informationsschreiben, Bürger_innensprechstunden und ähnlichem die
994 Anwohner_innen ernst genommen fühlen, Ängste und Vorurteile abgebaut werden und oftmals
995 daraus Angebote entstehen, die Einrichtung und Flüchtlinge zu unterstützen. Dies fördert nicht
996 nur die Akzeptanz, sondern entzieht rassistischen Akteur_innen den Nährboden und kommt
997 damit auch den Flüchtlingen zu gute.
998
999
1000
1001
1002
1003
1004
1005
1006
1007
1008
1009
1010
1011
1012
1013
1014

Titel Asylrechtsverschärfung stoppen! –
Unterstützung des „Bündnisses für Bedingungsloses
Bleiberecht“ Für ein solidarisches Miteinander statt
Ausgrenzung. Keine Verschärfung des Asylrechts!

Antragsteller Hannover

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

**Asylrechtsverschärfung stoppen! – Unterstützung des
„Bündnisses für Bedingungsloses Bleiberecht“ Für ein
solidarisches Miteinander statt Ausgrenzung. Keine Verschärfung
des Asylrechts!**

- 1 Nach der Ausweitung der sicheren Herkunftsstaaten-Regelung im Herbst 2014 wird jetzt eine
- 2 weitere Verschärfung des Aufenthaltsrecht geplant, welche fast jedeN AsylsuchendeN
- 3 automatisch zum/zur GesetzesbrecherIn macht.
- 4
- 5 Was die rassistische PEGIDA-Bewegung auf der Straße fordert („Die Ausschöpfung und
- 6 Umsetzung der vorhandenen Gesetze zum Thema Asyl und Abschiebung“) will die Große
- 7 Koalition nun kompromisslos umsetzen. Eine zugespitzte Abschieberegulation steht dann auch
- 8 im Mittelpunkt des „Gesetzesentwurfs zur Neubestimmung des Bleiberechts und der
- 9 Aufenthaltsbeendigung“.
- 10
- 11 Abschiebungen sollen in Zukunft schneller und konsequenter durchgeführt werden, unter
- 12 anderem durch eine massive Ausweitung der Abschiebehaft. So könnten Geflüchtete, die
- 13 gewisse Anhaltspunkte dafür liefern, dass sie sich einer Abschiebung durch Flucht entziehen
- 14 wollen, künftig inhaftiert werden können. Die derzeitige Liste der Anhaltspunkte ist dabei so
- 15 umfangreich ausgefallen, dass fast alle Geflüchteten, die nicht auf dem Luftweg sondern über
- 16 einen sogenannten „sicheren Drittstaat“ nach Deutschland einreisen, automatisch dagegen
- 17 verstoßen „müssen“. Insbesondere trifft diese Neuregelung auch Asylsuchende, die unter die
- 18 sogenannte Dublin-III-Verordnung fallen.
- 19
- 20 Zusätzlich sollen die Möglichkeiten zur Verhängung eines Einreise- und Aufenthaltsverbots
- 21 deutlich verschärft werden. So betrifft diese Regelung zum Beispiel Personen, die aus einem
- 22 „sicheren Herkunftsland“ kommen und deren Asylanträge als „offensichtlich unbegründet“
- 23 abgelehnt wurden, oder wenn die betreffenden Personen der Ausreisepflicht nicht
- 24 nachgekommen sind, was faktisch für alle Geduldeten zutrifft. Damit würde die geplante
- 25 Verbesserung der Bleiberechtsregelung, wie sie im Koalitionsvertrag festgeschrieben wurde - im
- 26 gleichen Atemzug durch die Hintertür - wieder ausgehöhlt!
- 27
- 28 KritikerInnen des Entwurfs sprechen in diesem Zusammenhang davon, dass die neuen
- 29 Regelungen zur Abschiebehaft wie ein „Inhaftierungsprogramm“ für Asylsuchende wirken
- 30 können.
- 31
- 32 Aus diesem Grund wenden wir uns gegen den Gesetzesentwurf, der im Juni 2015 in Kraft treten
- 33 soll. Wir werden nicht schweigend zuschauen. Wir werden unseren Protest in die Öffentlichkeit
- 34 tragen und auch zu den politisch Verantwortlichen. Wir werden diese weitere Verschärfung des
- 35 Asylrechts nicht tatenlos hinnehmen.

36

37 Deshalb sagen wir „NEIN“ zum neuen Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Neubestimmung
38 des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung! Für ein solidarisches Miteinander zwischen
39 Menschen statt Ausgrenzung.

40

41 Flucht ist kein Verbrechen! Refugees are welcome here!

42

43

44

45

46

47

48

49

50

51

52

53

54

55

56

57

58

59

60

61

62

63

64

65

66

67

68

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

Titel Resolution: Echte Hilfe für die Flüchtlinge des „IS“ Terrors - humanitäre Katastrophe verhindern!

Antragsteller Nord-Niedersachsen

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Resolution: Echte Hilfe für die Flüchtlinge des „IS“ Terrors - humanitäre Katastrophe verhindern!

1 Wir fordern alle politischen und gesellschaftlichen FunktionsträgerInnen auf, sich dafür stark zu
2 machen, dass das europäische Engagement im Kampf gegen den Terror des IS verstärkt wird.
3 Außerdem gilt es den Flüchtlingen zu helfen. Mit internationalen Anstrengungen muss
4 verhindert werden, dass die Flüchtlinge nach den Strapazen der Flucht nun der Tortur der
5 türkischen Behörden ausgesetzt sind. Außerdem muss mit vereinten Kräften dafür Sorge
6 getragen werden, dass den kurdischen Parteien, die vielerorts die Versorgung der Flüchtlinge
7 übernommen haben, die Mittel zur Verfügung gestellt werden, die sie für eine optimale
8 Betreuung der Geflüchteten brauchen.

9

10 **Begründung:**

11 Seit dem 3. August 2014 richten KämpferInnen der Terrormiliz „Islamischer Staat („IS“)“ ein
12 Massaker im Irak und Nordsyrien an. In ihrem Wahn, getrieben von der Vorstellung ein
13 islamisches Kalifat in Syrien und dem Irak errichten zu können, zwingen sie Menschen anderen
14 Glaubens zur Konvertierung und ermorden sie dennoch am Ende. Viele flohen aus ihrer Heimat,
15 verloren dadurch nicht nur Hab und Gut sondern vielfach auch Angehörige. Am schlimmsten traf
16 es die kurdische Bevölkerung der EzidInnen. Nach Fußmärschen von zum Teil 300 bis 500
17 Kilometern erreichten diese Menschen Flüchtlingsunterkünfte in der Türkei, die nicht für die
18 Massen an Menschen ausgelegt waren. Gegenwärtig befinden sich etwa 450.000 ezidische
19 Flüchtlinge in Unterkünften an der türkischen Grenze. Sie werden nicht von der Türkei, sondern
20 den kurdischen Parteien versorgt, die dafür hohe Schulden aufnehmen mussten. Die kurdischen
21 Parteien wollen durch diese Versorgung sicherstellen, dass die Türkei keinen Einfluss auf die
22 Flüchtlinge nimmt und sie im Sinne ihres Staates nach den Vorstellungen Ataturks erzieht. Viele
23 Flüchtlinge werden schon jetzt aufgrund ihrer ethnischen Herkunft in der Türkei geächtet. Wir
24 verachten das Vorgehen der türkischen Regierung den Flüchtlingen nur dann zu helfen, wenn
25 diese bereit sind ihre Herkunft und Wurzeln zu verleugnen. Deshalb sehen wir es als elementar
26 an, dass die Weltgemeinschaft den Flüchtlingen zur Hilfe eilt. In vielen Camps fehlt es an den
27 notwendigsten Dingen. In Anbetracht der Tatsache, dass im Winter in vielen Unterkünften
28 durchgängig Minustemperaturen herrschen ist es nicht verständlich, wie wenig sich die
29 Weltgemeinschaft hier für die Flüchtlinge einsetzt. Wir müssen durch Sach- und Geldspenden
30 sicherstellen, dass die Flüchtlinge gut und behütet durch den Winter kommen. Es ist unsere
31 Aufgabe hier entgegen der Tendenz ein Verständnis für die Situation der EzidInnen zu schaffen
32 und eine große Maße zubewegen, ihre Solidarität mit den Flüchtlingen zu erklären. Wir dürfen
33 nicht zulassen, dass diese Menschen in unbeheizten Zelten und ohne warme Kleidung erfrieren.
34 Wir müssen den Druck auf die Abgeordneten erhöhen und ein Umdenken in der deutschen
35 Flüchtlingspolitik erzwingen. Damit einher muss ein entschiedenerer Kampf gegen den „IS“
36 gehen, damit die Flüchtlinge nicht auf Lebenszeit entwurzelt bleiben.

Titel Aktive Flüchtlingshilfe für Syrien, jetzt!

Antragsteller Hannover

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Aktive Flüchtlingshilfe für Syrien, jetzt!

- 1 Die Jusos fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich in der Flüchtlingsfrage Syriens und
- 2 seiner Anrainerstaaten für eine aktive Asylpolitik Deutschlands und seiner Verbündeten
- 3 einzusetzen, d.h.
- 4
- 5 1. den aktiven und geordneten Transport von Flüchtlingen nach Deutschland und andere
- 6 sichere Staaten der Europäischen Union (EU)
- 7 2. die Zusammenführung von Familien (ggf. mit bereits dort ansässigen Angehörigen)
- 8 innerhalb der EU
- 9 3. die deutliche Aufstockung von Anzahl und Personal der Erstaufnahmeeinrichtungen und
- 10 der Flüchtlingsunterkünfte mittels finanzieller Zuschüsse des Bundes
- 11 4. die finanzielle Sicherung der Anreise zu den Flüchtlingsunterkünften sowie der
- 12 Grundversorgung in den ersten Tagen durch eine „Refugee Card“
- 13 5. eine schnelle und umfassende Integration der Flüchtlinge in Politik und Gesellschaft sowie
- 14 den Arbeitsmarkt.

15

16 **Begründung:**

17 *Der Bürgerkrieg hat die syrische Zivilgesellschaft ins Mark getroffen und zu einem*

18 *massenhaften Exodus in die Anrainerstaaten und die EU geführt. Während in diesen*

19 *Anrainerstaaten inzwischen bis zu 25% der Bevölkerung durch Flüchtlinge gestellt werden,*

20 *verbarrikadieren sich die wohlhabenderen EU-Staaten hinter dem Schutzwall der Dublin-II*

21 *Bestimmungen – und minimieren damit nicht nur die Möglichkeiten, auf legalem Wege diese*

22 *Länder zu erreichen; bereitwillig nimmt man letztendlich den illegalen Transport durch*

23 *Schlepper in Kauf oder aber den Tod derer, die in ihrer Verzweiflung den Weg über das Meer*

24 *gewählt haben.*

25

26 *Soll das humanitäre Selbstverständnis Europas nicht zur Farce verkommen, dann wird es*

27 *höchste Zeit Schluss zu machen mit dieser Haltung und stattdessen den Weg zu bereiten für*

28 *eine Politik, die aktiv handelt und politischen Flüchtlingen ein neues Zuhause bietet. Es ist an*

29 *der Zeit für mehr internationale Solidarität.*

30

31

32

33

34

35

36

37

38

Titel Grundlagenantrag Asyl

Antragsteller Rheinland-Pfalz

Zur Weiterleitung an SPD Bundestagsfraktion

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Grundlagenantrag Asyl

1 **Die Architektur jungsozialistischer Asylpolitik**

2

3 Auch heute, nach jahrelangem Massensterben im Mittelmeer und inmitten des Syrischen
4 Bürgerkrieges, erleben wir in Deutschland tagtäglich einen unmenschlichen Umgang mit
5 denjenigen, die ihre Flucht bis hierhin überlebt haben, der dem Mut, den Flüchtlinge
6 aufgebracht, dem Leid, das sie auf ihrer Flucht erfahren haben, ja schlichtweg dem Menschsein
7 unwürdig ist. Die deutsche und auch die europäische Asylpolitik sind nach wie vor von der
8 Einstellung geprägt, dass es sich bei den Flüchtlingen ganz überwiegend um solche handelt, die
9 keinen Schutz verdient hätten, die "nur" eine wirtschaftliche Besserstellung suchen. Daraus
10 leitet sich die primäre Zielsetzung der Abwehr und Abschottung ab. Doch selbst wer offiziell
11 als Flüchtling anerkannt wurde, dem wird die realitätsferne Prämisse entgegengebracht, dass
12 man nur vorübergehend Asyl suche, bevor man in die Heimat zurückkehre. Verkannt wird, dass
13 eben diese Heimat in der Regel nicht länger existiert, sei es aufgrund ethnischer Säuberungen,
14 klimatischer Veränderungen oder ökonomischer Rahmenbedingungen. Die Menschen, die zu
15 uns kommen, sind gekommen, um zu bleiben – nicht aus freiem Entschluss, sondern weil sie
16 ihre Heimat aus guten Gründen zurücklassen mussten. Diese Analyse muss auch
17 Konsequenzen für praktisches politisches Handeln haben. Wer zu uns kommt, muss an unserer
18 Gesellschaft teilhaben können – alles andere bedeutet nichts anderes als eine Rolle der
19 Flüchtlinge als "Fremde" zu verfestigen.

20

21 Im Jahr 2001 verpflichteten sich die Staaten der Vereinten Nationen bis 2015 eine Reihe von
22 humanitären, sozialen und ökologischen Zielen, die sogenannten Millenniumsziele, zu erreichen.
23 Hierbei versprach Deutschland die Leistungen im Entwicklungshilfebereich auf 0,7% des
24 Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu steigern. Bisher ist allerdings lediglich eine geringe Erhöhung auf
25 0,4% umgesetzt worden, während beispielsweise die skandinavischen Länder mit nahezu 1%
26 des jeweiligen BIPs eine weitaus stärkere Steigerung vollbracht haben (Stand 2013). Diese
27 Thematik ist im Rahmen des zunehmenden Aufkommens von Asylbewerbern insofern relevant,
28 als dass viele Menschen ihre Heimatländer gar nicht verlassen würden, wenn sie dort
29 lebensermöglichende Bedingungen vorfinden würden. Daher fordern wir eine striktere
30 Einhaltung der Millenniumsziele als präventive Maßnahme der Flüchtlingspolitik.

31

32 **Wir fordern sichere Wege nach Europa statt Abschottung**

33

34 Wie viele Kinder, Frauen und Männer ertrinken in diesen Minuten im Mittelmeerraum? Zehn,
35 Einhundert, Eintausend? Wir wissen es nicht! Was feststeht ist, dass auch heute weiter
36 gestorben wird. Flüchtlinge, beispielsweise aus Syrien, Eritrea, Afghanistan oder Somalia,
37 stehen verzweifelt an Europas verschlossenen Grenzen; vor ihnen die tödlichste Grenze der
38 Welt, das Mittelmeer. Die 366 Toten im Herbst 2013 und 700 Toten im Februar 2015 von
39 Lampedusa waren nur einige von vielen tausenden in den letzten Jahren. Die Reaktion auf die

40 Katastrophe von Lampedusa im Jahr 2013 war, dass Italien die Mission "Mare Nostrum" ins
41 Leben rief. Diese Rettungsmission war den EU-Ländern mit 9 Mio. € pro Monat zu teuer und
42 wurde infolge dessen 2014 eingestellt. Auf „Mare Nostrum“ folgte keine weitere humanitäre
43 Mission. Die EU rief im November 2014 "Triton" ins Leben, eine unter dem Dach der EU-
44 Grenzschutzagentur Frontex angesiedelte Mission. Ihr Ziel: Der reine Grenzschutz! Doch nur
45 mit der Schaffung von legalen Fluchtwegen kann ein weiteres Ausweichen auf
46 lebensgefährliche Routen verhindert werden. Dafür brauchen wir gefahrenfreie und legale Wege
47 für Flüchtende nach Europa und dauerhaft laufende Programme zur menschenwürdigen
48 Flüchtlingsaufnahme. Menschen, die um ihr Leben fürchten müssen, brauchen unseren Schutz!
49

50 Deshalb fordern wir Jusos:

51

52 **1. Einführung des Botschaftsasyls**

53

54 Wir fordern die Einführung des Botschaftsasyls für die Bundesrepublik Deutschland und alle
55 weiteren Mitgliedsstaaten der EU. Die bisherige Rechtslage in Deutschland erlaubt es nicht, in
56 den deutschen Botschaften der Herkunfts- oder Durchreisestaaten von Flüchtlingen einen
57 Asylantrag zu stellen. Durch Botschaftsasyl wäre dies möglich; der Antrag würde in Deutschland
58 im regulären Verfahren vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) nach den Regeln
59 des Asylrechts geprüft werden. Die Antragsstellung muss nicht notwendigerweise in der
60 Botschaft im Herkunftsland gestellt werden. Dies ist mangels Vertretung in einigen Gegenden
61 ohnehin nicht möglich und im akuten Fluchtfall kontraproduktiv. Flucht über Grenzen muss nach
62 wie vor möglich bleiben. Das Botschaftsasyl minimiert die Gefahren für die Betroffenen und
63 senkt gleichzeitig die Kosten für die Bundesrepublik Deutschland.
64

65 **2. Abschaffung des Flughafenverfahrens**

66

67 Wir fordern die Abschaffung des in Deutschland nach § 18a AsylVfG geltenden
68 Flughafenverfahrens. Dieses Verfahren findet zurzeit an den Flughäfen München, Frankfurt am
69 Main, Berlin und Düsseldorf statt. Auch die hier ankommenden Menschen haben das Recht auf
70 ein normales Asylverfahren. In dem Flughafen-Asylschnellverfahren können sich die
71 Asylsuchenden oft nur unzureichend auf die Befragungen durch die zuständigen Behörden
72 vorbereiten. Das führt zum Beispiel dazu, dass sie in der Eile nicht all ihre Fluchtgründe nennen,
73 die ihr Asylgesuch begründen würden. Die Folge kann die Ablehnung, trotz eines bestehenden
74 Asylanspruchs sein.
75

76 **3. Fahren statt Frontex – Menschenschutz statt Grenzschutz**

77

78 Anstatt das Retten hunderter Menschenleben auf die ohnehin geschwächten Anrainerstaaten
79 des Mittelmeeres abzuwälzen, sollten die EU-Länder gemeinsam Verantwortung übernehmen
80 und eine dauerhafte humanitäre Mission zur Seenotrettung auflegen. Die strafrechtliche
81 Verfolgung von couragierten Seeleuten, die havarierten Flüchtlingen zu Hilfe kommen, muss
82 endlich aufhören. Triton muss durch eine wirkliche Seenotrettungsmission ersetzt werden, die
83 speziell darauf angelegt ist Flüchtlinge zu schützen.
84

85 Ähnliche Beschlüsse der EU, wie der vom 17. Juni 2015, der die bestehenden Militäroptionen in
86 Mali und im Sudan in Grenzsicherungsmaßnahmen umwandelt, dürfen nicht umgesetzt werden.
87 Solche völker- und europarechtlich höchst fragwürdigen Beschlüsse sollen Migrant_innen in
88 den Transitstaaten abfangen und schon dort daran hindern in die EU einzureisen. So wird
89 verhindert dass eventuell Asylberechtigte überhaupt europäischen Boden betreten können, was
90 allerdings nach geltender Rechtslage notwendig ist, um einen Asylantrag stellen zu können.
91

92 Eine Maßnahme, die in die gleiche Richtung zielt, ist die beschlossene verstärkte Kooperation
93 mit der Türkei hinsichtlich der Situation in Syrien und dem Irak. Es ist geplant die Türkei noch
94 stärker in den Grenzschutz der EU zu integrieren, damit Asylberechtigte nicht über die türkisch-
95 bulgarische oder türkisch-griechische Landgrenze auf europäischen Boden gelangen können.
96 Grund ist auch hier, dass die Voraussetzungen zur Stellung eines Asylantrags gar nicht erst
97 geschaffen werden sollen. Auch diese Maßnahme darf im Interesse der Flüchtenden nicht
98 umgesetzt werden. Kriegsflüchtlingen, wie aus Syrien und dem Irak, darf der Weg in die EU
99 nicht versperrt werden.
100

101 **Wir fordern daher eine echte europäische Seenotrettungsmission einzuführen, die**
102 **speziell für das Retten von Asylsuchenden im Mittelmeer ausgestattet und ausgebildet**
103 **ist. Alle militärischen Abschreckungsmaßnahmen und Abschottungskoperationen mit**
104 **Drittstaaten müssen abgeschafft beziehungsweise eingestellt werden.**

105

106 **4. Das Prinzip der freien Wahl des Mitgliedsstaates**

107

108 Bislang regelt die Dublin-III-Verordnung, welcher Mitgliedsstaat in der EU für das Asylverfahren
109 eines Flüchtlings zuständig ist. Flüchtende können sich den Staat nicht selbst aussuchen,
110 sondern müssen ihren Antrag in demjenigen Staat stellen, in dem sie zum ersten Mal
111 europäischen Boden betreten haben. Dies sind regelmäßig die Staaten der EU-Außengrenzen
112 wie Bulgarien, Italien, Malta oder Griechenland. In der Praxis gilt das Dublin-System als
113 gescheitert, trotzdem wird von der Mehrheit der EU-Mitgliedsstaaten daran festgehalten.

114

115 **Wir lehnen das ungerechte Dublin-System weiterhin ab.**

116

117 Auf europäischer Ebene wird ihm Rahmen eines Pilotprojekts die zeitweise Abkehr von den
118 Dublin-Regelungen zugunsten einer einmaligen quotierten Verteilung von Flüchtlingen
119 diskutiert. Für die geplante EU-Quote wurden das Wirtschaftswachstum, die Arbeitslosenquote,
120 die Größe des Mitgliedsstaates und die bisherige Zahl der Asylbewerber_innen berücksichtigt.
121 Der Verteilungsschlüssel zielt darauf ab, dass jeder Mitgliedsstaat der EU gerecht an der
122 Aufnahme von Flüchtlingen in Europa beteiligt wird. Der Schritt weg von einer einseitigen
123 Belastung einzelner Staaten ist zu begrüßen. Hier liegt aber auch das Problem dieses neuen
124 Ansatzes: Er berücksichtigt nur den Ausgleich zwischen den EU-Mitgliedsstaaten und nicht das
125 Wohl der Flüchtlinge. Humanitäre und individuelle Gesichtspunkte für eine Flüchtlingsaufnahme
126 werden außer Acht gelassen.

127

128 Für eine humanitäre Flüchtlingspolitik müsste auch berücksichtigt werden, ob in den jeweiligen
129 Staaten schon gewachsene Communities aus den jeweiligen Herkunftsländern bestehen
130 beziehungsweise, ob ein Netzwerk von Verwandten oder engen Bekannten besteht, die den
131 Flüchtenden die Ankunft enorm erleichtern können. Des Weiteren sollte beachtet werden, ob es
132 den Migrant_innen möglich sein wird in den jeweiligen Ländern Arbeitsplätze zu finden oder ob
133 es soziale Sicherungssysteme gibt, die ein Existenzminimum garantieren können. Wichtig ist
134 auch wie stark rassistische Tendenzen in der heimischen Bevölkerung vorhanden sind, die die
135 Flüchtlinge gefährden könnten. Teilweise liegt die Wahl von Zielländern auch in der kolonialen
136 Vergangenheit begründet. Untersuchungen haben ergeben, dass in dieser Zeit entstandene
137 Verbindungen betreffend Sprache, sozialen Netzwerken und bestehende Handelsbeziehungen
138 zwischen dem Herkunftsland und dem Aufnahmestaat ein starkes Motiv für die Wahl des
139 Mitgliedsstaates durch den Asylsuchenden sein können. Diese Verantwortung aus ihrer
140 Geschichte heraus müssen die betreffenden Staaten annehmen.

141

142 Das Dublin System selbst, aber auch die prekäre wirtschaftliche und soziale Lage, haben dazu
143 geführt, dass zahlreiche EU-Länder ihre Schutzstandards senken und einige überhaupt keine
144 Asylanträge mehr annehmen. In der Folge müssen Flüchtende in diesen Staaten systematisch
145 unter unmenschlichen Bedingungen leben. Diese gravierenden Unterschiede in den
146 europäischen Asylsystemen bestehen noch immer. Es wird wohl auch in naher Zukunft keine
147 einheitlichen Asylstandards in Europa geben und die Quote alleine wird dieses Problem nicht
148 lösen können. Eine wirklich gerechte Verteilung der Flüchtlinge ist nur möglich, wenn die
149 Schutzstandards und Garantien des Asylverfahrens in den EU-Mitgliedsländern vergleichbar
150 sind. Wir fordern daher eine Harmonisierung und Angleichung nach oben. Die
151 Wahrscheinlichkeit als Flüchtling anerkannt zu werden und die Lebensqualität darf nicht davon
152 abhängen in welchem EU-Land der Antrag gestellt wird.

153

154 Zudem fordern wir, dass der bisherige Schlüssel für die Verteilung von Flüchtlingen auf die
155 kreisfreien Städte und Landkreise angepasst und so eine angemessenere Lastenverteilung auf
156 die einzelnen Gebietskörperschaften ermöglicht wird. Maßgeblich soll neben der
157 Mietpreisentwicklung und dem vorhandenen Leerstand auch die demografische Entwicklung der
158 entsprechenden Regionen sein.

159

160 Erhebliche Bedenken haben wir aktuell auch wegen dem latenten gesellschaftlichen
161 Rassismus, der in einigen EU-Ländern staatlich protegiert oder eigens ausgeführt wird. Solch

162 ein Klima muss verhindert beziehungsweise bekämpft werden, damit Flüchtlinge sich nicht
163 faktisch zur Weiterreise in einen anderen Mitgliedsstaat gezwungen sehen. In einem solchen
164 Klima würde die freie Wahl des Ziellandes für Länder einen Anreiz setzen die Situation für
165 Flüchtlinge so weit zu verschlechtern, damit diese möglichst ein anderes Land zur Einreise
166 suchen. Solche rise-to-the-bottom Effekte müssen vermieden und stattdessen die solidarische
167 Aufgabenteilung zwischen allen Ländern klar im Mittelpunkt stehen.

168

169 Wir fordern daher kurzfristig die Einführung eines Quotensystems, welche alle EU-Länder an
170 der Aufnahme von Flüchtlingen gerecht beteiligt. Die Aufnahmequote soll sich nach der Größe,
171 wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, Arbeitslosenzahlen und Bevölkerung jedes Landes richten.
172 Es muss außerdem gewährleistet sein, dass Flüchtlinge Priorisierungen für Zielländer abgeben
173 dürfen. Dabei sollen Kriterien, wie Sprachkenntnisse, persönliche Bindungen an oder
174 Erfahrungen mit einem bestimmten Land zwingend berücksichtigt werden.

175

176 Längerfristig fordern wir aber die freie Wahl des Mitgliedsstaates durch die Flüchtenden.

177

178 Mit diesem System könnten sich die betroffenen Menschen selbst aussuchen in welchem Staat
179 in der EU sie leben wollen. Natürlich würde dieses System nicht zu einer solch gerechten
180 Aufteilung der Flüchtlinge zwischen den Mitgliedsstaaten führen, wie das Quotensystem, aber
181 dafür könnten Maßnahmen über finanzielle Ausgleichszahlungen für Mitgliedsstaaten
182 geschaffen werden, die unverhältnismäßig hoch in Anspruch genommen würden. Außerdem
183 würden unverhältnismäßige Belastungen weniger ins Gewicht fallen, weil die Asylsuchenden
184 durch ihre familiären und bekannschaftlichen Netzwerke aufgenommen und unterstützt würden.

185 Nur eine Berücksichtigung von individuellen Interessen der Flüchtlinge respektiert diese als
186 Menschen

187

188 Ein weiterer Vorteil des Prinzips der freien Wahl des Mitgliedsstaates wäre die Legalisierung der
189 Binnenwanderung der Flüchtlinge im Gegensatz zur jetzt vorherrschenden irregulären
190 Weiterwanderung innerhalb der EU. Die irreguläre Weiterwanderung in der Union ist inzwischen
191 Bestandteil der zwischen Flüchtenden und ihren Schleppern ausgehandelten Bedingungen. Das
192 geltende Dublinsystem, sowie das erwogene Quotensystem können wegen ungenügender
193 Berücksichtigung individueller, familiärer, sozialer und kultureller Interessen der Flüchtlinge eine
194 Weiterwanderung nicht verhindern. Eine starre Verteilung auf beliebige Mitgliedsstaaten würde
195 dieses Phänomen eventuell noch verstärken, weil sie zum Teil größere Wege zurücklegen
196 müssten, um in das von ihnen favorisierte Land zu gelangen. Es würde ihnen dadurch nur
197 erschwert werden und sie wären schutzlos auf ihrem illegalen Weg durch Europa. Ein
198 Untertauchen nach der ersten Meldung wäre weiterhin üblich, um zu den aus der Heimat
199 bekannten sozialen Netzwerken in Europa zu gelangen. Eine geregelte Binnenwanderung in der
200 Union durch das Prinzip der freien Wahl des Mitgliedsstaates würde den Schutz der
201 Asylsuchenden sicher stellen.

202

203 **Wir fordern kurzfristig die Einführung eines Quotensystems, welches alle EU-Länder an**
204 **der Aufnahme von Flüchtlingen gerecht beteiligt. Es muss außerdem gewährleistet sein,**
205 **dass Flüchtlinge Priorisierungen für Zielländer abgeben dürfen.**

206

207 **Langfristig fordern wir das Prinzip der freien Wahl des Mitgliedsstaates einzuführen.**

208

209 **5. „Sichere“ Drittstaaten**

210

211 Wir lehnen das Konzept der sicheren Drittstaaten ab. Niemand lässt grundlos sämtliche
212 sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Bindungen zurück und verlässt die Heimat. Schaut
213 man sich die Situation in den sogenannten „sicheren“ Herkunftsländern an, so sieht man eine
214 strukturelle Diskriminierung und auch Verfolgung von Minderheiten, wie den Roma, und damit
215 durchaus Asylgründe! Kein Mensch kann in dieser Situation als sicher in seiner eigenen Heimat
216 gelten. Dies zeigt sich auch in den Aufnahmequoten anderer EU-Länder. Die Schweiz und
217 Finnland zum Beispiel erkennen ca. 40% der Flüchtenden aus dem Kosovo als Asylberechtigte
218 an, im Fall von bosnischen Antragsteller_innen liegt die Anerkennungsquote in Frankreich und
219 Belgien bei ca. 20%. Die erheblich geringeren Aufnahmequoten in Deutschland zwischen 0,0
220 und 0,3% werfen mehr Fragen über das Asylsystem Deutschlands, als die Geflüchteten auf.

221

222 Ein Schnellverfahren nur aufgrund der generellen Einstufung des Herkunftslands als „sicher“

223 steht im krassen Widerspruch mit der Garantie der Einzelfallbetrachtung und wirft damit auch
224 rechtliche Bedenken auf. Das Konzept „sicherer Drittstaat“ beinhaltet außerdem die Möglichkeit
225 eines Einreise- und Aufenthaltsverbot, das dauerhaft EU-weit gilt und damit verbundene
226 strafrechtliche Sanktionierung vorsieht. Außerdem wird durch das Konzept der sicheren
227 Herkunftsländer die Duldung von jungen Menschen zu Ausbildungszwecken grundsätzlich
228 ausgeschlossen, wodurch gerade junge Menschen zusätzlich diskriminiert werden. Dieses
229 Vorgehen ist schlicht unverhältnismäßig, und die Ausweitung einer solchen rein
230 diskriminierenden Praxis kann, wie die Äußerungen seitens CSU auch Leistungskürzungen und
231 Beschäftigungsverbote einzuführen, in Zukunft uferlos betrieben werden.

232

233 **Aus diesem Grund fordern wir die Abschaffung der Einstufung sicherer Drittstaaten.**

234

235 **6. Teilhabe von Flüchtlingen**

236

237 Der einzige Unterschied zwischen dir, mir und einem Flüchtling? Genau, wir haben einen
238 europäischen Pass. Keine besonders herausragende Eigenschaft und schon gar keine eigene
239 Leistung. Es ist daher für uns schlichtweg unmenschlich, dass Flüchtlinge, Asylbewerber_innen
240 und Geduldete nicht die gleichen Rechte, wie wir haben. Wir wollen, dass allen die
241 gleichberechtigte Teilhabe in unserer Gesellschaft möglich ist. Voraussetzung dafür ist die
242 Befriedigung der Grundbedürfnisse eines jeden Menschen. Die Bereiche Unterbringung,
243 Bildung, staatliche Leistungen und Arbeitsmarkt bedürfen wichtiger Verbesserungen.

244

245 **6.1 Unterbringung**

246

247 Die Unterbringung von Flüchtlingen wird in jedem Bundesland anders geregelt. Während in
248 Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein 2013 zum Beispiel über 90% der Flüchtlinge in
249 Wohnungen untergebracht wurden, sind es in Baden-Württemberg nur rund ein Drittel. Auch
250 wenn sich die Zahlen durch die ansteigenden Flüchtlingszahlen mittlerweile verändern, zeigen
251 sie doch, dass die Unterbringung je nach Bundesland eigenen Grundsätzen folgt. Da aber die
252 Verteilung von Flüchtenden zufällig erfolgt, ist es ein Glücksspiel für den Flüchtling wo er oder
253 sie nun landet.

254

255 „Eine bundesweite Umverteilung von unbegleiteten, minderjährigen Flüchtlingen lehnen wir
256 ab. Sie werden während des Verfahrens, was besonders darauf ausgelegt sein sollte,
257 ihnen zunächst einmal ihre Unsicherheit zu nehmen und einen Sicherheitsraum zu
258 schaffen, in dem sie zur Ruhe kommen können (was das wichtigste Ziel in der ersten
259 Phase sein muss) hin- und hergeschoben. Gerade durch diese „mathematische
260 Verteilung“ und der durch die „Verschiebung“ erzeugte Unsicherheit ist die Wahrung des
261 Kinderwohles massiv in Frage gestellt. Auf soziale Bindungen, Wünsche oder
262 Bedürfnisse wird dabei nicht eingegangen. Gerade Minderjährige stellen eine besonders
263 schutzbedürftige Gruppe dar. Traumatisierungen treten gehäuft auf. Auch flüchten sie oft
264 in Gruppen mit anderen Minderjährigen oder Jugendlichen, die die Funktion einer
265 Ersatzfamilie einnimmt. Diese einzig verbleibende Konstante durch die erneute
266 Umverteilung zu zerstören lehnen wir strikt ab.

267

268 Durch verschiedene internationale Konventionen und Vereinbarungen, europäischen
269 Richtlinien und deutschen Verordnungen und Gesetzen wird nicht nur die Rechtslage
270 kompliziert – vielfach stehen mehrere Gesetzeshüter auch noch konträr zueinander. Vor
271 allem 16- und 17-jährige sind in einer besonderen Situation, da sie für ihren Asylantrag
272 selbst verfahrensberechtigt sind, selbst aber nach Inobhutnahme von einem Vormund
273 vertreten werden. Es kollidieren also alleine des Gesetzes wegen die Stellung als
274 verfahrensberechtigter „Erwachsener“ und der Vormundschaft. Darüber hinaus befinden
275 sich diese Menschen in der Situation, dass sie nach einer langen, entbehrungsreichen
276 Flucht gefangen sind zwischen einem Autonomiebestreben, dass sich durch das „alleine
277 durchschlagen“ entwickelt hat, und der Suche nach Hilfe.

278

279 Wir fordern, dass die zusätzlichen finanziellen Belastungen der betroffenen Kommunen
280 zwischen den Bundesländern geregelt wird. Geld darf gerne verschoben – Menschen nicht.

281

282 **Wir fordern eine Harmonisierung der Unterbringungsstandards nach oben.**

283

284 Fundamental ist dabei, dass wir die zentralisierte Unterbringung, abseits von der Erstaufnahme,
285 in Lagern ablehnen. Der Aufenthalt in einer Erstaufnahmestelle ist auf die kürzest mögliche Zeit
286 zu beschränken. Asylbewerber_innen sollten so schnell wie möglich in eine normale Wohnung
287 ziehen dürfen. **Bestehende sogenannte Gemeinschafts- oder Sammelunterkünfte sind zu**
288 **schließen.** Es wird von den Ländern kein Hehl daraus gemacht, dass diese vor allem der
289 Abschreckung durch schlechte Lebensbedingungen dienen. Das dies bei Menschen, die um ihr
290 Leben fürchten müssen keine Wirkung erzielt, sollte eigentlich jeder_m klar sein. Da
291 dreigliedrige Unterbringungssysteme auf der zweiten Ebene eine Verpflichtung für
292 Gemeinschaftsunterkünfte vorsehen, lehnen wir diesen Aufbau ab.

293

294 Mit der dezentralen Unterbringung ist für uns aber auch nicht die Praxis einiger Länder
295 gemeint, Flüchtlinge möglichst abgelegen in kleine Dörfer zu verteilen.

296

297 **Wir fordern, dass die Unterbringung dezentral aber eingebunden erfolgen muss, also die**
298 **tatsächliche Möglichkeit Einkäufe, medizinische Versorgung, Bildungs- und**
299 **Kulturangebote etc. wahrnehmen zu können.**

300

301 All diese Maßnahmen setzen voraus, dass genug bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung steht.
302 Durch jahrelange Reduzierung von Unterbringungskapazitäten waren die heute so oft von
303 Gemeinden und Ländern beklagten Schwierigkeiten bei der Unterbringungen absehbar und
304 hausgemacht. Die Unterbringung von Flüchtlingen kann also nicht ohne die **Wiederaufnahme**
305 **des sozialen Wohnungsbaus** gedacht werden. Darüber hinaus soll **flexibler Wohnraum**
306 geschaffen werden, welcher die Gemeinden in die Lage versetzt, auch bei kurzfristigen
307 Schwankungen der Flüchtlingszahlen Wohnraum zu schaffen, ohne das auf Notunterkünfte aus
308 Zelten zurückgegriffen werden muss oder Flüchtende gar auf der Straße verbleiben müssen.

309

310 Auch sind verstärkt zivilgesellschaftliche Unterstützung bei der Wohnungssuche oder
311 **Aufnahme in WGs oder Privatwohnungen zu fördern.** Dies ermöglicht Flüchtlingen direkten
312 sozialen Kontakt und erleichtert die Eingewöhnung in einer unbekanntem Umgebung.

313

314 **Wir fordern außerdem die Einführung eines Übergangsmanagements.**

315

316 Einem jeden Flüchtling ist zur Eingewöhnung Hilfestellung zu geben, das bezieht sich von dem
317 Kennenlernen der Umgebung, hin zu Einkaufsmöglichkeiten oder der Nutzung des öffentlichen
318 Nahverkehrs. Nur durch solche praktische Unterstützung ist ein selbstbestimmtes Leben
319 möglich.

320

321 Wir begrüßen die Abschaffung der Residenzpflicht in einzelnen Bereichen. Dies ist aber bislang
322 nur Flickwerk. Da sich Flüchtlinge sowieso regelmäßig an dem ihn zugewiesenen Ort zu melden
323 haben, um bürokratische Verfahren durchzuführen, ist die Residenzpflicht reine Schikane.

324 **Deshalb fordern wir die Aufhebung der Residenzpflicht im gesamten Bundesgebiet.**

325

326 **Wir fordern außerdem, dass Kommunen die Kosten der Unterbringung nicht mehr**
327 **pauschal sondern tatsächlich abrechnen** dürfen. Das Pauschalssystem kommt in den
328 Bundesländern zu sehr unterschiedlichen Sätzen pro Kopf, die wohl hauptsächlich auf
329 politischen Kompromissen, statt auf nachvollziehbaren, offengelegten und tatsächlichen
330 Bedarfen beruhen. Dies führt zu einem massiven Druck der Kommunen Ausgaben zu senken –
331 im wahrsten Sinne des Wortes auf Kosten der Flüchtlinge. Auf regional unterschiedliche
332 Bedingungen, wie Wohnungsmarkt oder Verkehrsanbindung und daraus entstehenden
333 Folgekosten, wird keinerlei Rücksicht genommen.

334

335 Bis heute gibt es nicht in allen Bundesländern Mindeststandards für die Unterbringung. Und
336 selbst dort wo sie existieren, sind diese oft windelweich. Es kann daher auch nicht der Schluss
337 gezogen werden, dass die Unterbringung überall dort schlecht ist, wo keine Standards bestehen
338 und dort gut, wo es solche auf dem Papier gibt. Wir kritisieren vielmehr, dass in Deutschland bis
339 heute gar keine Einigung über diese gefunden werden konnte – und dabei geht es um so
340 banales wie eine Toilette in jeder Wohnung. **Wir fordern daher die Schaffung von**
341 **Mindeststandards zur Unterbringung**, welche mindestens folgende Bereiche abdecken:
342 Mindestwohn- und Schlaflfläche, Anzahl der pro Raum untergebrachten Personen,
343 abgeschlossene Wohnbereiche, Sanitär- und Kochbereiche pro Person, Gemeinschaftsräume
344 und Freizeitmöglichkeiten.

345

346 Wir lehnen Abschiebehaft ab. Abschiebehaft ist eine Erleichterung des Aktes der Abschiebung
347 für die Behörden und dient u.a. auch der Abschreckungskultur. Aktuell kann bei einer
348 angeordneten Abschiebung ein Flüchtling bis zu 18 Monate in Haft genommen werden. Vom
349 EuGH wurde 2014 geurteilt, dass die deutschen Abschiebegefängnisse unrechtmäßig sind.
350 Gesetzlich soll ein milderes Mittel immer vorgezogen werden, um die Abschiebung umzusetzen.
351 Jede Inhaftierung der Bundespolizei oder Ausländerbehörde muss begründet sein, um Willkür
352 zu verhindern. Durch die letzten Gesetzesänderungen wurde zusätzlich der
353 Ausreisegewahrsam eingeführt und die Haftgründe praktisch auf jeden Asylbewerbenden
354 ausgeweitet. So reicht die Einreise über einen anderen EU-Staat oder die Zahlung von
355 erheblichen Summen an eine_n Schleuser_in zur Inhaftierung. Das sind aber praktisch nahezu
356 die einzigen Möglichkeiten überhaupt nach Deutschland zu kommen und kriminalisiert Flucht
357 damit insgesamt.

358

359 **Wir Jusos fordern, dass die Abschiebehaft, als auch das Ausreisegewahrsam**
360 **abgeschafft werden.**

361

362 **Wir fordern also insgesamt bezüglich Unterbringung:**

363

- 364 • Dass die Unterbringung dezentral aber eingebunden erfolgen muss, also die tatsächliche
365 Möglichkeit Einkäufe, medizinische Versorgung, Bildungs- und Kulturangebote etc.
366 wahrnehmen zu können.
- 367 • Eine Harmonisierung der Unterbringungsstandards nach oben.
- 368 • Die Aufhebung der Residenzpflicht im gesamten Bundesgebiet.
- 369 • Dass die Kommunen, die Kosten der Unterbringung im tatsächlichen Wert abrechnen
370 dürfen.
- 371 • Die Schaffung von Mindeststandards bei der Unterbringung.
- 372 • Abschaffung der Abschiebehaft.

373

374 Zur Reduzierung langfristiger Ungewissheit auf Seiten der Asylbewerber und zur Senkung von
375 Unterbringungs- sowie Verwaltungskosten fordern wir eine schnellstmögliche
376 Entscheidungsfindung bei Asylverfahren. Hierzu ist eine personelle Aufstockung der
377 zuständigen behördlichen Stellen nötig. Es sind in diesem Bereich zwar schon Fortschritte zu
378 verzeichnen, jedoch dauert das durchschnittliche Verfahren in Deutschland noch immer mehr
379 als sieben Monate. In diesem Zeitraum kann der Asylbewerber meistens keiner Arbeit
380 nachgehen und kann tagtäglich abgeschoben werden. Daher unterstützen wir das Ziel der
381 Bundesregierung, die Verfahrensdauer auf drei Monate zu verkürzen.

382

383 6.2 Bildung

384

385 Die Bildung von Flüchtlingen, egal ob bei Kindern oder Erwachsenen, sollte mit im Mittelpunkt
386 der Integration vor Ort stehen. Darunter zählen die frühkindliche Bildung, die Schule, der Erwerb
387 der Sprache oder auch Dinge, wie zum Beispiel die Anerkennung von Bildungsabschlüssen für
388 den Zugang zum Arbeitsmarkt, beziehungsweise den Erwerb des Führerscheins.

389

390 · 6.2.1 Kindertagesstätten/ Kindergarten

391

392 In Deutschland sollte jedes Kleinkind, das mit seiner Familie nach Deutschland kommt, ab dem
393 ersten Lebensjahr das Anrecht auf einen Platz in einer Kindertageseinrichtung haben, genauso
394 wie jedes andere Kind in Deutschland. Dieses Anrecht sollte bestehen, sobald die Familie mit
395 dem Kind die Erstaufnahmeeinrichtung verlassen kann. Erst ab dem Zeitpunkt kann größtenteils
396 gewährleistet werden, dass das Kind dauerhaft in einer Gruppe bleiben kann. Das Anrecht ist
397 sehr wichtig, damit die Kinder von Beginn an die Möglichkeit haben, gemeinsam mit anderen
398 Kindern und nicht abgeschottet in ihren Familien aufzuwachsen. Sie lernen andere Kinder
399 kennen und erlernen die deutsche Sprache durch Kontakt und Beziehung zu Gleichaltrigen. So
400 beginnt die Integration in die Gesellschaft vor Ort direkt. Um den Kindertagesstätten optimale
401 Bedingungen für alle Kinder zu schaffen, begrüßen wir Initiativen, wie die Einrichtung
402 sogenannter „Willkommenskitas“, welche mit Sensibilisierungs- und Qualifizierungsangeboten
403 einhergehen.

404

405 Um vermehrte Konkurrenz um Kita-Plätze zu vermeiden, **fordern wir die Aufstockung von**

406 **KiTa-Plätzen, damit es für alle Kinder die Möglichkeit auf einen solchen Platz gibt.**

407

408 **Wir fordern außerdem die Qualifizierung und finanziell bessere Entlohnung des KiTa-**

409 **Personals, damit trotz der Herausforderungen eine qualitativ hochwertige**

410 **Kinderbetreuung ermöglicht wird.**

411

412 · 6.2.2 Grundschulen/ weiterführende Schulen

413

414 In Deutschland herrscht allgemeine Schulpflicht für alle Kinder und Jugendlichen im

415 schulpflichtigen Alter. Aus diesem Grund gilt dieses Recht auch für Kinder und Jugendliche, die

416 als Flüchtlinge nach Deutschland kommen. Allerdings ist dieses Recht in den Bundesländern

417 deutlich unterschiedlich ausgestaltet, beziehungsweise noch gar nicht für Flüchtlinge speziell

418 geregelt, wie in Bremen oder Schleswig Holstein. In diesen beiden Ländern besteht Schulpflicht

419 für alle, die eine Wohnung in diesen Bundesländern haben, woraus dort die Schulpflicht für

420 Asylsuchende abgeleitet wird. So unterliegen Asylsuchende in den drei Bundesländern Berlin,

421 Hamburg und Saarland von Anfang an der Schulpflicht. In den sechs Ländern Brandenburg,

422 Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland Pfalz

423 besteht die Schulpflicht, sobald ein_e Asylsuchende_r nicht mehr verpflichtet ist, in einer

424 Erstaufnahmeeinrichtung zu wohnen bzw. einer Gemeinde zugewiesen wurde. In Bayern und

425 Thüringen tritt die Schulpflicht drei Monate, in Baden-Württemberg sechs Monate nach Zuzug

426 ein. Sachsen und Sachsen-Anhalt normieren keine Schulpflicht, sondern lediglich ein

427 Schulbesuchsrecht. Dies bedeutet, dass in diesen Ländern keine Garantie darauf besteht, dass

428 diese Kinder tatsächlich beschult werden.

429

430 **Aus diesem Grund fordern wir, dass mindestens nach der Erstaufnahme, für die Kinder**

431 **und Jugendlichen eine Schulpflicht besteht, sie also das Recht darauf haben beschult zu**

432 **werden.**

433

434 Dies ist ohne Kenntnisse der deutschen Sprache sehr schwierig und von Schulen wird oft der

435 Grund einer Kapazitätsauslastung vorgeschoben, um keine minderjährigen Flüchtlinge

436 aufnehmen zu müssen.

437

438 **Deshalb fordern wir Jusos die Ausweitung der sogenannten „Sprachlernklassen“.**

439

440 Diese sollten in Erreichbarkeit für alle an zentralen Schulen geschaffen werden. Sie sollen das

441 Erlernen der Sprache zusammen mit der Weiterbildung und das „Mitkommen“ beim Stoff

442 erleichtern. Hierbei gibt es in den Ländern unterschiedliche Konzepte. In verschiedenen

443 Bundesländern wird nach dem sogenannten niedersächsischen Erlass mit dem Titel "Integration

444 und Förderung von Schülerinnen und Schülern nichtdeutscher Herkunftssprache" eine

445 Sprachlernklasse eingerichtet, wenn eine Schule von mindestens zehn solcher Schüler_innen

446 besucht wird. „Sprachlernklassen können auch jahrgangsübergreifend sein, wobei maximal 16

447 Schüler_innen eine Sprachlernklasse besuchen können. Der Unterricht soll auch fachbezogen

448 und in enger Abstimmung mit dem Unterricht in den Regelklassen erteilt werden; in

449 ausgewählten Fächern sollen die Schüler_innen am Unterricht der künftigen Regelklasse

450 teilnehmen. Die Einrichtung von zentralen Sprachlernklassen im Sekundarbereich I und II ist an

451 zentralen Schulstandorten in einer Region auch jahrgangs- und schulformübergreifend möglich.

452 Der Besuch einer Sprachlernklasse dauert in der Regel ein Jahr, kann aber entsprechend dem

453 Stand der Deutschkenntnisse verkürzt werden. Bei Schüler_innen der Jahrgänge 8 bis 10 kann

454 die Besuchsdauer generell auf zwei Jahre verlängert werden“.

455

456 **In Sachen Schule fordern wir also insgesa**

457

458 • Dass mindestens nach der Erstaufnahme für Kinder und Jugendlichen eine Schulpflicht

459 besteht, sie also das Recht darauf haben beschult zu werden

460 • Wir fordern außerdem die Ausweitung der sogenannten „Sprachlernklassen“.

461

462 6.2.3 Universität/ Hochschule

463

464 Genauso, wie die Möglichkeit eines Schulbesuches, sollte Flüchtlingen nach Erwerb des Abiturs

465 oder bei Vorliegen eines vergleichbaren Abschlusses, die tatsächliche Möglichkeit offen stehen

466 ein Hochschulstudium abzulegen. Solchen Personen, die bereits ein angefangenes

467 Hochschulstudium in einem anderen Land vorweisen können, muss die Weiterführung in
468 Deutschland problemlos möglich sein. Voraussetzung hierfür ist die Beratung über das Studium
469 in Deutschland allgemein, als auch die Bewerbung, Einschreibung etc. im individuellen Fall.
470 Wichtig sind außerdem das Vorhandensein studiumsvorbereitender Sprachkurse. Auch der
471 Zugang zu BaföG muss gewährleistet werden. Zulassung von Flüchtlingen zu Studiengängen
472 auch ohne Unterlagen nach Eignungstest.

473

474 Wir sind überzeugt: Menschen, die sich in einer Ausbildung jeglicher Art befinden, sind das
475 größte und wichtigste Potenzial für die Zukunft einer Gesellschaft. Durch Einbindung in das
476 Bildungssystem erhalten Menschen nicht nur die Fähigkeit, sich besser zu integrieren und an
477 der Gesellschaft teilzuhaben, sie tun es auch bereits. Durch die Erfahrungen, die Zuwanderer
478 aus anderen Kulturen mitbringen, sind sie zudem eine Bereicherung für das deutsche
479 Bildungssystem, die in dieser Art und Weise niemals durch ein staatliches Angebot geleistet
480 werden könnte. Hinzu kommt, dass Personal und Finanzmittel der Schulen und
481 Ausbildungsbetriebe verschwendet würden, wenn Auszubildende plötzlich gezwungen sind, die
482 Ausbildung abzubrechen. Es muss für beide Seiten Planungssicherheit gewährleistet sein.

483

484 Deshalb fordern wir ein Abschiebeverbot für Menschen, die Teil des Bildungssystems sind, in
485 dem sie beispielsweise eine Schule besuchen, eine Ausbildung machen oder an einer
486 Hochschule eingeschrieben sind. Der Schul-, Berufs- oder Studienabschluss in Deutschland
487 muss zu einer dauerhaften Aufenthaltserlaubnis führen.

488

489 · 6.2.4 Sprachkurse

490

491 Der Erwerb der Sprache ist für die gesellschaftliche Teilhabe, die Weiterbildung, den Zugang
492 zum Arbeitsmarkt und im alltäglichen Leben unabdingbar.

493

494 Der Besuch eines sogenannten "Integrationskurse" ist jedoch erst nach Gewährung von Asyl
495 möglich. Bis dahin ist der Zugang zu offiziellen Kursen nicht möglich. Dieser Zugang kann vor
496 der Anerkennung nur durch ESF-Kurse geschehen, die je nach Kurs allerdings bestimmte
497 Zugangsvoraussetzungen haben und mit einem hohem bürokratischen Aufwand im Vorhinein
498 beginnen. Dies stellt für Bildungsträger_innen einen enormen Verwaltungsmehraufwand dar.
499 Derzeitige Alternativen bieten oft ehrenamtlich geleitete Sprachförderkurse. Die Möglichkeit des
500 Besuches eines Sprachkurses ab dem Tag nach der Ankunft ist wichtig, damit sich die
501 Menschen, auch wenn sie vielleicht nicht bleiben dürfen, in Deutschland einfinden können und
502 so erst die Voraussetzung dafür geschaffen werden, dass sie ihren Fall vorbringen und ihre
503 Rechte ausüben können. Dies muss auch in ländlichen Gebieten mit Mobilitätshemmnissen
504 garantiert werden.

505

**506 Deshalb fordern wir: Integrationskurse und Sprachkurse müssen für Asylbewerber_innen
507 vom ersten Tag an zugänglich sein.**

508

509 · 6.2.6 Fahrradschulung

510

511 Mobilität ist für Flüchtlinge von essentieller Bedeutung. Vieles können sie über den öffentlichen
512 Nahverkehr erreichen – ein Fahrrad ist aber genauso wichtig. Mittlerweile häufen sich allerdings
513 die Unfälle von Flüchtlingen, die mit den Regeln des Straßenverkehrs nicht vertraut sind,
514 weshalb Verwaltungen zurückhaltender mit der Bereitstellung von Fahrrädern werden. Das ist
515 die falsche Konsequenz: Wir fordern deshalb, dass Flüchtlinge direkt zu Beginn ihres
516 Aufenthaltes in Deutschland spätestens aber bei ihrer Zuweisung sowohl in der Nutzung des
517 ÖPNV als auch in den Regeln des öffentlichen Nahverkehrs für Fahrradfahrende von Seiten der
518 Verwaltung unterrichtet werden.“

519

520 · 6.2.7 Führerschein

521

522 Unabhängig vom Aufenthaltsstatus hat jeder Mensch in Deutschland theoretisch die Möglichkeit
523 einen Führerschein zu erwerben. Dies ist vor allem im Hinblick auf einen Arbeitsplatz und die
524 Mobilität auf dem Land sehr wichtig. In Deutschland kann der Führerschein neben Deutsch
525 auch in 11 weiteren Sprachen abgelegt werden. Diese sind: Englisch, Französisch, Griechisch,
526 Italienisch, Kroatisch, Polnisch, Portugiesisch, Rumänisch, Russisch, Spanisch und Türkisch.
527 Viele Flüchtlinge/Asylbewerber_innen kommen allerdings aus Ländern, in denen zum Beispiel

528 Arabisch Landessprache ist.

529

530 **Deswegen fordern wir zur Erleichterung des Erwerbs die Möglichkeit die theoretische**
531 **Führerscheinprüfung zusätzlich zu den elf anerkannten Sprachen auch auf weiteren**
532 **durchführen zu können.**

533

534 · 6.2.8 Anerkennung von Bildungsabschlüssen

535

536 Viele hier ankommende Menschen sind gut oder hoch gebildet. Auch wenn im Bereich
537 Anerkennung in letzter Zeit viele Verbesserungen zu verzeichnen sind, können Kompetenzen
538 oft nicht anerkannt werden, beziehungsweise die Möglichkeiten zur Anerkennung werden durch
539 hohe bürokratische Hürden genommen. So kostet die formale Anerkennung, die für Feststellung
540 eines Bildungsabschlusses nötig ist, wie zum Beispiel die Übersetzung der Dokumente,
541 mehrere hundert Euro, die von den Menschen selbst getragen werden müssen. Dieses Geld
542 können sie natürlich nichtaufbringen, wodurch diese Anerkennung oft nicht möglich ist. Vielen
543 ist dieses Verfahren auch unbekannt, so dass die Gefahr besteht, dass viele in den
544 Niedriglohnbereich „einsteigen“ und dort verhaftet bleiben. Die Anerkennung und Feststellung
545 eines Abschlusses ist für Menschen somit eine Möglichkeit, einen Beruf auszuüben, der ihrer
546 Qualifikation entsprechend ist.

547

548 Wir begrüßen ausdrücklich auch Initiativen, welche die Anerkennung non- und informeller
549 Kompetenzen ermöglichen. Über den tatsächlichen Nachweis von Kenntnissen in
550 Lernergebniseinheiten, können so auch Menschen, die praktische Kompetenzen haben ohne
551 jedoch je ein Zertifikat oder offiziellen Berufsabschluss erworben zu haben, diese auch zukünftig
552 in Deutschland ausüben.

553

554 **Wir fordern daher, dass diese Anerkennung von Berufsabschlüssen kostenlos ist. Wir**
555 **begrüßen außerdem die Möglichkeit durch Arbeitsproben, durch erleichterten Zugang zur**
556 **Ablegung von Abschlussprüfungen, der Einführung von Kenntnissprüfungen oder**
557 **ähnlichem bei Fehlen von Zeugnissen die Qualifikation anderweitig nachweisen zu**
558 **können.**

559

560 · 6.2.9 Zugang zu Sport- und Vereinswesen

561

562 Zu Teilhabe zählen auch die Bildung sozialer Kontakte und der Umgang mit Gleichaltrigen. Dies
563 geschieht vor allem beim Sport oder anderen Freizeitausgleichen in Vereinen. Der Zugang dazu
564 ist meist mit Mitgliedsbeiträgen verbunden, die von den Flüchtlingen selbst oft nicht getragen
565 werden kann. So bleibt vielen dieser Zugang verschlossen. Vielerorts ist es so, dass Vereine
566 einen kostenfreien Zugang von sich aus ermöglichen, jedoch sollte dieses Konzept des
567 kostenfreien Zugangs die Regel nicht die Ausnahme sein.

568

569 **Deswegen fordern wir einen kostenfreien Zugang zu Sport- und Vereinswesen.** Dieser
570 kostenfreie Zugang soll so lange gewährleistet sein, bis die Person finanziell selbstständig ist.

571

572 **7. Teilhabe durch Arbeit**

573

574 Wesentliches Medium gesellschaftlicher Teilhabe in Deutschland ist eine sinnvolle und
575 würdevolle Beschäftigung. Auch eine neue Heimat kann nur dort aufgebaut werden, wo die
576 Möglichkeit geboten wird, seine Zeit in sinnvoller Interaktion mit anderen zu verwenden.

577 Deswegen fordern wir Jusos:

578

579 · **Die vollständige Abschaffung der Vorrangprüfung; sie diskriminiert unnötig**
580 **zwischen Asylbewerber_innen und Arbeitsinländer_innen und schafft Barrieren, wo es**
581 **Hilfen im Zugang zum Arbeitsmarkt braucht.**

582

583 · **Die komplette arbeitsrechtliche Gleichstellung von Asylbewerbenden mit Deutschen.**

584

585 Perspektiven müssen jedoch nicht nur denjenigen eröffnet werden, die schon Qualifikationen
586 mitbringen; auch und gerade jüngere Flüchtlinge, denen häufig schon im Herkunftsland Schule
587 und/oder Ausbildung verwehrt blieben, brauchen eine Chance auf ein selbstbestimmtes Leben.

588

589 · **Damit die Menschen eine Chance haben einen Ausbildungsplatz zu bekommen,**
590 **fordern wir die Garantie einer Aufenthaltserlaubnis für die komplette Ausbildungszeit**
591 **und darauffolgenden Weiterbeschäftigung mit Erhalt eines solchen Vertrages.** Auch muss
592 den Personen danach Zeit eingeräumt werden eine Arbeitsstelle zu finden. Der Erhalt einer
593 Ausbildungsstelle für eine_n Asylsuchende_n stellt allerdings momentan noch keine Garantie
594 dar, in Deutschland bleiben zu dürfen. Aus dem Grund der Planungsunsicherheit verweigern
595 sich viele Arbeitgeber_innen einem_r qualifizierten Asylsuchenden einen Ausbildungsplatz zu
596 geben. Die aktuellen Gesetzesänderungen Auszubildende mit Duldungen abzuspeisen reichen
597 nicht dazu aus, das Problem zu beheben.

598

599 · **Wir fordern die Subventionierung zusätzlicher betrieblicher Ausbildungsplätze für**
600 **Flüchtlinge.** Der schwierigste Schritt für junge Flüchtlinge auf dem Weg in die deutsche
601 Arbeitswelt ist der erste - deswegen braucht es eine notfalls auch materielle Motivation gerade
602 für kleinere und mittlere Betriebe, ihnen einen Ausbildungsvertrag anzubieten. Noch wichtiger ist
603 darüber hinaus die Förderung des Übergangs von Ausbildungs- in das Arbeitsverhältnis. Auch
604 hier sind materielle Förderungen für sich engagierende Betriebe wichtig, um Teilhabe zu
605 ermöglichen.

606

607 · **Wir fordern die Vereinfachung des Hochschulzuganges für Flüchtlinge. Dies**
608 **beinhaltet eine schnelle und umfängliche Anerkennung von Schulabschlüssen und**
609 **anderen Qualifikationen sowie den Ausbau englischsprachiger Kurse. Eine umfassende**
610 **Betreuung während des Studiums ist essentiell für erfolgreiches Lernen.**

611

612 · Einbindung in die Arbeitswelt setzt Einbindung in den akademischen Betrieb nicht nur
613 häufig voraus - diese Einbindung in die Universitäten und Fachhochschulen kann auch helfen,
614 Vorurteile abzubauen und gleichzeitig aufzeigen, dass denjenigen, die bei uns Asyl suchen,
615 tatsächlich alle Türen offen stehen. Sprachliche und andere fachspezifische Qualifikationen
616 müssen nachgewiesen, ihr Erwerb jedoch ermöglicht und gefördert werden.

617

618 · **Wir fordern die Schaffung eines solidarischen kommunalen Beschäftigungssektors,**
619 **in dem auch eine Mindestquote an Arbeitsplätzen für Flüchtlinge vorgehalten wird.** Eine
620 Sofortmaßnahme, die aus kommunaler Perspektive sofort realisiert werden kann, um direkt die
621 Arbeit an kommunalen Aufgaben sozial sinnvoll zu verteilen.

622

623 **8. Leistungen/ Gesundheit:**

624

625 **Wir halten an unserer Forderung der Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes**
626 **fest.**

627

628 Es kann nicht sein, dass es Menschen zweiter Klasse gibt, die noch unter dem
629 Existenzminimum der Sozialleistungen gehalten werden.

630

631 Dadurch wäre auch gewährleistet, dass Asylbewerber_innen einen gleichwertigen **Zugang zur**
632 **Gesundheitsversorgung** erhalten. Die Behandlung, die Asylsuchenden momentan zur
633 Verfügung steht, bedarf unbedingt einer Änderung. So werden zwar akute Erkrankungen und
634 Schmerzzustände versorgt und die Mittel zur Linderung der Schmerzen und Besserung der
635 Krankheit werden auch zur Verfügung gestellt, doch die Betonung liegt bei dieser Leistung auf
636 dem Wort „akut“. So werden chronische Erkrankungen höchstens im Falle eines akuten Notfalls
637 behandelt

638

639 · Die Vergütung des zuständigen Haus- oder Zahnarztes läuft hierbei über die zuständige
640 Verwaltung, das heißt man muss vor dem Besuch eines Arztes erst beim Amt die Erlaubnis
641 einholen überhaupt zum Arzt gehen zu dürfen. Schwangere und Wöchnerinnen werden hierbei
642 zum Glück umfassend versorgt. Übergangsweise fordern wir zumindest die Einführung einer
643 Krankenkarte nach dem Bremer Modell durch die Bundesländer.

644

645 Eine Vielzahl von Flüchtlingen ist aufgrund ihrer Erlebnisse im Heimatland oder auf der Flucht
646 traumatisiert. Dem steht aber nur ein geringes Angebot an qualifizierten Psycholog_innen
647 gegenüber. **Wir fordern daher den Ausbau von Trauma-Zentren,** die sich gerade auf
648 Flüchtlinge und minderjährige Flüchtlinge spezialisieren, so wie die sprachlichen
649 Voraussetzungen einer erfolgreichen Therapie schaffen können. Der Zugang soll bereits

650 Asylbewerber_innen ermöglicht werden.

651

652 Viele Flüchtlinge haben in ihrer Heimat schreckliche Dinge erlebt. Sie brauchen psychologische
653 Betreuung, um das Erlebte hinter sich zu lassen und nicht allein gelassen zu werden. Wir
654 fordern deshalb psychologische Betreuung für die Flüchtlinge ab ihrer Ankunft in den
655 Kommunen!

656

657 Wir begrüßen die rechtlichen Verbesserungen im Bereich des **Sachleistungsprinzips**, halten
658 jedoch weiterhin die **Abschaffung** für die einzig richtige Lösung. Es muss Flüchtlingen
659 allgemein ermöglicht werden ihre Einkäufe selbst zu erledigen. Die Verteilung von
660 standardisierten Essenspaketen ist, und das wird so auch zugegeben, als reine Schikane
661 gedacht. Sie verhindert Selbständigkeit, ermöglicht keine individuellen Wünsche oder
662 Notwendigkeiten bei der Essensvergabe und ist darüber hinaus durch den Lager- und
663 Personalaufwand auch deutlich teurer, als das Geldleistungsprinzip. Finanzielle Ressourcen, die
664 an anderer Stelle dringend gebraucht werden.

665

666 Flüchtlinge sollten außerdem sofort nach ihrer Ankunft die **Möglichkeit haben ein Konto zu**
667 **eröffnen**. Elektronischer Zahlungsverkehr sollte jedem Menschen zur Verfügung stehen und ist
668 oft auch Voraussetzung, um zum Beispiel Miete zu zahlen. Das Überfallrisiko auf Flüchtlinge
669 kann so außerdem gesenkt werden.

670

671 **Wir fordern somit in den Bereichen Gesundheit/Leistungen:**

672

- 673 • Die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes.
- 674 • Einen gleichwertigen Zugang zur Gesundheitsversorgung für alle Asylbewerber_innen.
- 675 • Die Abschaffung des Sachleistungsprinzips.
- 676 • Den Ausbau von Trauma-Zentren, die sich gerade auf Flüchtlinge und minderjährige
677 Flüchtlinge spezialisieren.
- 678 • Die Möglichkeit für Flüchtlinge ein Konto zu eröffnen.

679

680 **9. Flüchtlinge in unserer Gesellschaft**

681

682 Flüchtlinge haben, zumindest anfänglich, kaum Möglichkeiten die Gesellschaft mitzubestimmen,
683 in der sie angekommen sind. Aufnahme und Teilhabe von ihnen kann aber nur gelingen, wenn
684 auch die Zivilgesellschaft eine offene und integrative ist. Eine solche Gesellschaft wollen und
685 müssen wir aktiv fördern und ständig einfordern.

686

687 **9.1 Ehrenamt stärken**

688

689 Seit vor ca. zwei Jahren die Vertreibung von Menschen, zum Beispiel durch den Krieg in Syrien
690 und den IS, immer größer wurde, ist auch die Zahl der Ehrenamtlichen im Bereich Hilfe für
691 Flüchtlinge stark angestiegen. Viele Menschen engagieren sich vor allem vor Ort oft täglich für
692 die Unterstützung dieser Menschen.

693

694 Dazu gehören auch so „banale“ Dinge, wie die Erklärung der Mülltrennung. Aber vor allem
695 geht es darum, die Menschen zu bestimmten Terminen zu den Ämtern zu fahren und dort auch
696 zu begleiten, ihnen bei Arztbesuchen unterstützend zur Seite zu stehen, wie auch kulturelles
697 Wissen und alltägliche Gepflogenheiten zu erklären, damit es nicht zu Missverständnissen
698 kommt und die Teilhabe vor Ort gelingen kann. Dem Anliegen Kontakt zwischen Flüchtlingen
699 und „Einheimischen“ zu ermöglichen, tragen Bemühungen Rechnung, Begegnungscafés/
700 Begegnungsstätten oder ähnliche Zentren zu schaffen. Hier können dann niedrigschwellig
701 Kontakte zwischen Ortsansässigen und Flüchtlingen aufgebaut, aufrechterhalten und ausgebaut
702 werden und sie eröffnen oft zahlreiche weitere Möglichkeiten der gemeinsamen
703 Freizeitgestaltung und Unterstützung.

704

705 Dies alles erfordert viel Zeit, Geduld und Aufopferungsbereitschaft und es verdient den
706 allergrößten Respekt, was Ehrenamtliche leisten! Fest steht: das was der Staat bereitstellt,
707 könnte nie auffangen, was durch Ehrenamt geleistet wird. Ehrenamtliches Engagement darf
708 aber nicht dazu führen, dass sich der Staat aus seinen Aufgaben zurückzieht.

709

710 Ehrenamtliche hingegen berichten von teilweise herabwürdigenden Umgang mit Flüchtlingen,

711 wenn sie unbegleitet in Ämtern Termine wahrnehmen. Ehrenamtliche übernehmen hier oft den
712 Part des_r Fürsprechers_in und Vermittlers_in.

713

714 **Deshalb fordern wir die Anerkennung dieser ehrenamtlichen Leistung von Seiten des**
715 **Staates.** Das bedeutet, dass die Ehrenamtlichen in ihrer Arbeit als Hilfe für die Flüchtlinge auf
716 den Ämtern wahrgenommen werden sollen und nicht als Menschen, die dort nichts zu suchen
717 haben. Die Steine, die ihnen in ihrer alltäglichen Arbeit in den Weg gelegt werden, sollen der
718 Anerkennung der Arbeit und dem Engagement weichen.

719

720 Durch die Vielfalt der Aufgaben, die auf Ehrenamtlichen lastet, ist es kein Wunder, wenn diese
721 oft an die Grenzen ihres Wissens stoßen, wenn es um das Ausfüllen von Formularen geht oder
722 die Erfüllung von Verordnungen etc. ankommt. Deshalb ist es notwendig, die Migrationsdienste
723 vor Ort, welche oft den Wohlfahrtsverbänden, wie Caritas, AWO, IB etc. angegliedert sind, mit
724 hauptamtlichen Stellen, die vom Bund bezahlt werden, aufzustocken. Dadurch können die
725 Ehrenamtlichen unterstützt werden und die Beratung der Flüchtlinge in rechtlichen Fragen
726 innerhalb des Asylverfahrens oder zum Beispiel bei der Job-Suche, kann ausgeweitet werden,
727 damit jeder und jede von ihnen die Möglichkeit zu einer solchen kostenfreien Beratung haben
728 kann.

729

730 **Zu diesen Zwecken fordern wir die großflächige Aufstockung der hauptamtlichen Stellen**
731 **mit Zuständigkeit für die Flüchtlinge.**

732

733 Zum Ehrenamt gehört auch meist, dass sich die Ehrenamtlichen mit amtlichen Vorschriften und
734 Formularen und Verordnung beschäftigen, wenn Flüchtlinge Hilfe brauchen. Dies ist jedoch oft
735 sehr schwer zu bewerkstelligen, da oft nicht klar ist, was gemeint ist oder das Formular sehr
736 bürokratisch und mit Fachbegriffen gespickt ist.

737

738 **Deshalb fordern wir: Zu Unterstützung dafür müssen auf kommunaler Ebene in den**
739 **zuständigen Verwaltungen flächendeckend ausreichend Stellen geschaffen werden, um**
740 **die Ehrenamtlichen in diesen Punkten zu entlasten.** Diese Stellen sollen auch als
741 Koordinierungsstellen und Ansprechstellen für die Ehrenamtlichen dienen.

742

743 Für die Arbeitnehmer_innen, die in diesen Stellen arbeiten, sollen verpflichtend interkulturelle
744 Trainings angeboten werden, damit die Hemmungen vor fremden Kulturen abgebaut und das
745 Verständnis für die Menschen gesteigert wird. Außerdem soll gewährleistet sein, dass in den
746 Verwaltungen jedes Informationsmaterial in den benötigten Sprachen vorhanden ist.

747

748 **Wir fordern außerdem die Qualifizierung von Ehrenamtlichen.**

749

750 Denn auch hier gilt: nur gut gemeint, ist nicht gut gemacht. Oft können Missverständnisse,
751 Fehler und Frustration vermieden werden, wenn die Ehrenamtlichen zum Beispiel über
752 Möglichkeiten und den rechtlichen Rahmen eines Ehrenamts informiert und verschiedene
753 Dokumente und Verfahren erklärt werden, die jeder Flüchtling braucht.

754

755 Flüchtlinge bringen von ihrer Flucht und aus ihren Herkunftsländern oft schreckliche
756 Erfahrungen mit, die dann auch Ehrenamtlichen in Gesprächen erzählt werden. Damit diese
757 Bilder und übertragenen Ängste verarbeitet und eingeordnet werden können, brauchen
758 Ehrenamtliche die Möglichkeit der Supervision.

759

760 **Wir fordern daher die Schaffung von Supervisions- und psychischen**
761 **Betreuungsangeboten für Ehrenamtliche.**

762

763 **Zur besseren Koordinierung der zahlreichen Flüchtlingsinitiativen, -verbände und**
764 **Selbstorganisationen fordern wie zentrale Koordinierungsstellen, welche die oben**
765 **genannten Qualifizierungs- und Supervisionsangebote ermöglichen können.**

766

767 **Daneben fordern wir im Bereich Ehrenamt insgesamt:**

768

- 769 • eine Anerkennung der ehrenamtlichen Leistungen vom Staat.
- 770 • Eine Aufstockung von hauptamtlichen Stellen mit der Zuständigkeit für Flüchtlinge.
- 771 • Stellen in kommunalen Verwaltungen zur Unterstützung der ehrenamtlich Tätigen.

772 • Sowie die Qualifizierung der Ehrenamtlichen.

773

774 9.2 Menschenfeindliche Umtriebe stoppen!

775

776 Neben wachsendem ehrenamtlichen Engagement nehmen leider aber auch die Aktivitäten

777 gegen Flüchtlinge und Flüchtlingsunterkünfte stark zu.

778

779 Dies reicht von „friedlichem Protest besorgter Anwohner“, die zum Beispiel im Februar 2014 im

780 bayrischen Anzing plakatierten: "30 Männer an der Zahl wird im Wohngebiet zur Qual", bis hin

781 zu Brandanschlägen, wie im niedersächsischen Tröglitz am 04.04.2015.

782

783 Während das Bundeskriminalamt bereits von 2012 auf 2013 einen Anstieg von Gewalt- und

784 Propagandadelikten gegen Flüchtlingsunterkünfte von 24 auf 58, und damit um mehr als das

785 doppelte vermeldete, stieg diese Zahl 2014 um das dreifach auf 162 rechtsextrem motivierte

786 Angriffe auf Unterkünfte. Die Chronik der Antonio-Amadeu-Stiftung und Pro Asyl kommt allein

787 für das Jahr 2014 zu 186 gewalttätigen Angriffen auf Flüchtlingsunterkünfte, darunter 35

788 Brandstiftungen, und 79 tätlichen Übergriffen auf Einzelpersonen. Diese Zahlen sind mehr als

789 alarmierend! Und sie sind wohl nur die Spitze des Eisbergs. Die Dunkelziffer wird wie immer

790 deutlich höher liegen.

791

792 Auch wenn Berlin, Nordrhein-Westfalen und Sachsen als Spitzenreiter der Statistik gelten, sind

793 die Angriffe geographisch überall im Bund verteilt. Es ist also bei weitem kein „Ost“- oder reines

794 „Land“-Problem. Rassismus sitzt eben tief in der Mitte der gesamten Gesellschaft.

795

796 Die Grundlage für solche Aktionen ist in der öffentlichen Verbreitung von Rassismus und dem

797 Schüren von Hass zu sehen. Rund 80 Proteste gegen bestehende oder geplante

798 Flüchtlingsunterkünfte wurden von staatlicher Seite 2014 gezählt, die Antonio-Amadeu-Stiftung

799 kommt auf 270. Rechte Gruppierungen und Parteien nutzen Sozialneid und Ängste von

800 Menschen gezielt für ihre menschenfeindliche Propaganda aus. Dem muss man sich klar

801 entgegenstellen! Wir **rufen daher regelmäßig zum Gegenprotest** auf und werden uns auch

802 weiter **öffentlich in aller Deutlichkeit mit Flüchtlingen solidarisieren**. Proteste gegen

803 Flüchtlinge und Flüchtlingsunterkünfte müssen gesamtgesellschaftlich endlich als das gesehen

804 werden was sie sind: die geistige Grundlage für gewaltsame Übergriffe auf Flüchtlinge und

805 Brandanschläge auf ihre Wohnungen.

806

807 Es muss außerdem von den rechtlichen Möglichkeiten Gebrauch gemacht werden **Proteste in**

808 **unmittelbarer Nähe von Asylunterkünften zu untersagen**. Diese haben massive

809 Auswirkungen auf das Wohlbefinden der Bewohner_innen und führen im schlimmsten Fall zu

810 einem Rückfall in erlebte Traumata.

811

812 Wir wissen aber auch, dass dies allein nicht das Vorhandensein von Vorurteilen in der

813 Gesellschaft beseitigt. Wir drängen daher auf die **frühzeitige und partizipative Beteiligung**

814 **der Bevölkerung an geplanten Flüchtlingsunterkünften** durch die Gemeinden. Es hat sich

815 gezeigt, dass sich durch Informationsschreiben, Bürger_innensprechstunden und ähnlichem die

816 Anwohner_innen ernst genommen fühlen, Ängste und Vorurteile abgebaut werden und oftmals

817 daraus Angebote entstehen, die Einrichtung und Flüchtlinge zu unterstützen. Dies fördert nicht

818 nur die Akzeptanz, sondern entzieht rassistischen Akteur_innen den Nährboden und kommt

819 damit auch den Flüchtlingen zu gute.

820

821

822

823

824

825

826

827

828

829

830

831

832

Titel Die Architektur jungsozialistischer
Asylpolitik

Antragsteller Saarland

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Die Architektur jungsozialistischer Asylpolitik

1 Auch heute, nach jahrelangem Massensterben im Mittelmeer und inmitten des Syrischen
2 Bürgerkrieges, erleben wir in Deutschland tagtäglich einen unmenschlichen Umgang mit
3 denjenigen, die ihre Flucht bis hierhin überlebt haben, der dem Mut, den Flüchtlinge
4 aufgebracht, dem Leid, das sie auf ihrer Flucht erfahren haben, ja schlichtweg dem Menschsein
5 unwürdig ist. Die deutsche und auch die europäische Asylpolitik sind nach wie vor von der
6 Einstellung geprägt, dass es sich bei den Flüchtlingen ganz überwiegend um solche handelt, die
7 keinen Schutz verdient hätten, die "nur" eine wirtschaftliche Besserstellung suchen. Daraus
8 leitet sich die primäre Zielsetzung der Abwehr und Abschottung ab. Doch selbst wer offiziell als
9 Flüchtling anerkannt wurde, dem wird die realitätsferne Prämisse entgegengebracht, dass man
10 nur vorübergehend Asyl suche, bevor man in die Heimat zurückkehre. Verkannt wird, dass eben
11 diese Heimat in der Regel nicht länger existiert, sei es aufgrund ethnischer Säuberungen,
12 klimatischer Veränderungen oder ökonomischer Rahmenbedingungen. Die meisten Menschen,
13 die zu uns kommen, sind gekommen, um zu bleiben – nicht aus freiem Entschluss, sondern weil
14 sie ihre Heimat aus guten Gründen verlassen mussten. Diese Analyse muss auch
15 Konsequenzen für praktisches politisches Handeln haben. Wer zu uns kommt, muss an unserer
16 Gesellschaft teilhaben können – alles andere bedeutet nichts anderes als eine Rolle der
17 Flüchtlinge als "Fremde" zu verfestigen.

18

19 **Wir fordern sichere Wege nach Europa statt Abschottung**

20

21 Wie viele Kinder, Frauen und Männer ertrinken in diesen Minuten im Mittelmeerraum? Zehn,
22 Einhundert, Eintausend? Wir wissen es nicht! Was feststeht ist, dass auch heute weiter
23 gestorben wird. Flüchtlinge, beispielsweise aus Syrien, Eritrea, Afghanistan oder Somalia,
24 stehen verzweifelt an Europas verschlossenen Grenzen; vor ihnen die tödlichste Grenze der
25 Welt, das Mittelmeer. Die 366 Toten im Herbst 2013 und 700 Toten im Februar 2015 von
26 Lampedusa waren nur einige von vielen tausenden in den letzten Jahren. Die Reaktion auf die
27 Katastrophe von Lampedusa im Jahr 2013 war, dass Italien die Mission "Mare Nostrum" ins
28 Leben rief. Diese Rettungsmission war den EU-Ländern mit 9 Mio. € pro Monat zu teuer und
29 wurde infolge dessen 2014 eingestellt. Auf „Mare Nostrum“ folgte keine weitere humanitäre
30 Mission. Die EU rief im November 2014 „Triton“ ins Leben, eine unter dem Dach der EU-
31 Grenzschutzagentur Frontex angesiedelte Mission. Ihr Ziel: Der reine Grenzschutz! Natürlich
32 muss und soll auch Triton Schiffbrüchige retten, aber eben nur noch in der Nähe der
33 italienischen Küsten. Im Mai 2015 wurde die Lücke im staatlichen Rettungsbereich, die die
34 Ersetzung von Mare Nostrum durch Triton gerissen hat, zunächst durch einen improvisierten
35 Rettungseinsatz vieler EU Länder geschlossen. Im Juni 2015 wurde dieser Rettungseinsatz
36 durch den EU-Militäreinsatz EUNAVFOR Med abgelöst. Auch hier ist der Auftrag nicht die
37 Seenotrettung, die sowieso für alle Schiffe verpflichtend ist, sondern zunächst die Aufklärung
38 und Überwachung der Schleppernetze, und später deren Bekämpfung.

39

40 Doch nur mit der Schaffung von legalen Fluchtwegen kann ein weiteres Ausweichen auf
41 lebensgefährliche Routen verhindert werden. Dafür brauchen wir gefahrenfreie und legale Wege
42 für Flüchtende nach Europa und dauerhaft laufende Programme zur menschenwürdigen
43 Flüchtlingsaufnahme. Menschen, die um ihr Leben fürchten müssen, brauchen unseren Schutz!

44

45 Deshalb fordern wir Jusos:

46

47 **1. Einführung des Botschaftsasyls**

48

49 Wir fordern die Einführung des Botschaftsasyls für die Bundesrepublik Deutschland und alle
50 weiteren Mitgliedsstaaten der EU. Die bisherige Rechtslage in Deutschland erlaubt es
51 Flüchtlingen nicht, in den deutschen Botschaften der Herkunfts- oder Durchreisestaaten einen
52 Asylantrag zu stellen. Durch Botschaftsasyl wäre dies möglich; der Antrag würde in Deutschland
53 im regulären Verfahren vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) nach den Regeln
54 des Asylrechts geprüft werden. Die Antragsstellung muss nicht notwendigerweise in der
55 Botschaft im Herkunftsland erfolgen. Dies ist mangels Vertretung in einigen Gegenden ohnehin
56 nicht möglich und im akuten Fluchtfall kontraproduktiv. Flucht über Grenzen muss nach wie vor
57 möglich bleiben. Das Botschaftsasyl minimiert die Gefahren für die Betroffenen und senkt
58 gleichzeitig die Kosten für die Bundesrepublik Deutschland.

59

60 **2. Abschaffung des Flughafenverfahrens**

61

62 Wir fordern die Abschaffung des in Deutschland nach § 18a AsylVfG geltenden
63 Flughafenverfahrens. Dieses Verfahren findet zurzeit an den Flughäfen München, Frankfurt am
64 Main, Berlin und Düsseldorf statt. Auch die hier ankommenden Menschen haben das Recht auf
65 ein normales Asylverfahren. In dem Flughafen-Asylschnellverfahren können sich die
66 Asylsuchenden oft nur unzureichend auf die Befragungen durch die zuständigen Behörden
67 vorbereiten. Das führt zum Beispiel dazu, dass sie in der Eile nicht all ihre Fluchtgründe nennen,
68 die ihr Asylgesuch begründen würden. Die Folge kann die Ablehnung, trotz eines bestehenden
69 Asylanspruchs sein.

70

71 **3. Fähren statt Frontex – Menschenschutz statt Grenzschutz**

72

73 Anstatt das Retten hunderter Menschenleben auf die ohnehin geschwächten Anrainerstaaten
74 des Mittelmeeres abzuwälzen, sollten die EU-Länder gemeinsam Verantwortung übernehmen
75 und eine dauerhafte humanitäre Mission zur Seenotrettung auflegen. Die strafrechtliche
76 Verfolgung von couragierten Seeleuten, die havarierten Flüchtlingen zu Hilfe kommen, und
77 EUNAVFOR Med müssen endlich aufhören. Triton muss durch eine wirkliche
78 Seenotrettungsmission ersetzt werden, die speziell darauf angelegt ist Flüchtlinge zu schützen.

79

80 Ähnliche Beschlüsse der EU, wie der vom 17. Juni 2015, der die bestehenden Militäroperationen
81 in Mali und im Sudan in Grenzsicherungsmaßnahmen umwandelt, dürfen nicht umgesetzt
82 werden. Mit solchen völker- und europarechtlich höchst fragwürdigen Beschlüsse will die EU
83 Migrant_innen in den Transitstaaten abfangen und schon dort daran hindern in die EU
84 einzureisen. So wird verhindert dass eventuell Asylberechtigte überhaupt europäischen Boden
85 betreten können, was allerdings nach geltender Rechtslage notwendig ist, um einen Asylantrag
86 stellen zu können.

87

88 Eine Maßnahme, die in die gleiche Richtung zielt, ist die beschlossene verstärkte Kooperation
89 mit der Türkei hinsichtlich der Situation in Syrien und dem Irak. Es ist geplant die Türkei noch
90 stärker in den Grenzschutz der EU zu integrieren, damit Asylberechtigte nicht über die türkisch-
91 bulgarische oder türkisch-griechische Landgrenze auf europäischen Boden gelangen können.
92 Grund ist auch hier, dass die Voraussetzungen zur Stellung eines Asylantrags gar nicht erst
93 geschaffen werden sollen. Auch diese Maßnahme darf im Interesse der Flüchtenden nicht
94 umgesetzt werden. Kriegsflüchtlingen, wie aus Syrien und dem Irak, darf der Weg in die EU
95 nicht versperrt werden.

96

97 **Wir fordern daher eine echte europäische Seenotrettungsmission einzuführen, die**
98 **speziell für das Retten von Asylsuchenden im Mittelmeer ausgestattet und ausgebildet**
99 **ist. Alle militärischen Abschreckungsmaßnahmen und Abschottungskoperationen mit**

100 **Drittstaaten müssen abgeschafft beziehungsweise eingestellt werden.**

101

102 **4. Das Prinzip der freien Wahl des Mitgliedsstaates**

103

104 Bislang regelt die Dublin-III-Verordnung, welcher Mitgliedsstaat in der EU für das Asylverfahren
105 eines Flüchtlings zuständig ist. Flüchtende können sich den Staat nicht selbst aussuchen,
106 sondern müssen ihren Antrag in demjenigen Staat stellen, in dem sie zum ersten Mal
107 europäischen Boden betreten haben. Dies sind regelmäßig die Staaten der EU- Außengrenzen
108 wie Bulgarien, Italien, Malta oder Griechenland. In der Praxis gilt das Dublin-System als
109 gescheitert, trotzdem wird von der Mehrheit der EU-Mitgliedsstaaten daran festgehalten.

110

111 **Wir lehnen das ungerechte Dublin-System weiterhin ab.**

112

113 Auf europäischer Ebene wird ihm Rahmen eines Pilotprojekts die zeitweise Abkehr von den
114 Dublin-Regelungen zugunsten einer einmaligen quotierten Verteilung von Flüchtlingen
115 diskutiert. Für die geplante EU-Quote wurden das Wirtschaftswachstum, die Arbeitslosenquote,
116 die Größe des Mitgliedsstaates und die bisherige Zahl der Asylbewerber_innen berücksichtigt.
117 Der Verteilungsschlüssel zielt darauf ab, dass jeder Mitgliedsstaat der EU gerecht an der
118 Aufnahme von Flüchtlingen in Europa beteiligt wird. Der Schritt weg von einer einseitigen
119 Belastung einzelner Staaten ist zu begrüßen. Hier liegt aber auch das Problem dieses neuen
120 Ansatzes: Er berücksichtigt nur den Ausgleich zwischen den EU Mitgliedsstaaten und nicht das
121 Wohl der Flüchtlinge. Humanitäre und individuelle Gesichtspunkte für eine Flüchtlingsaufnahme
122 werden außer Acht gelassen.

123

124 Für eine humanitäre Flüchtlingspolitik müsste auch berücksichtigt werden, ob in den jeweiligen
125 Staaten schon gewachsene Communities aus den jeweiligen Herkunftsländern bestehen
126 beziehungsweise ob ein Netzwerk von Verwandten oder engen Bekannten besteht, die den
127 Flüchtenden die Ankunft enorm erleichtern können. Des Weiteren sollte beachtet werden, ob es
128 den Migrant_innen möglich sein wird in den jeweiligen Ländern Arbeitsplätze zu finden oder ob
129 es soziale Sicherungssysteme gibt, die ein Existenzminimum garantieren können. Teilweise liegt
130 die Wahl von Zielländern auch in der kolonialen Vergangenheit begründet. Untersuchungen
131 haben ergeben, dass in dieser Zeit entstandene Verbindungen betreffend Sprache, sozialen
132 Netzwerken und bestehende Handelsbeziehungen zwischen dem Herkunftsland und dem
133 Aufnahmestaat ein starkes Motiv für die Wahl des Mitgliedsstaates durch den Asylsuchenden
134 sein können. Diese Verantwortung aus ihrer Geschichte heraus müssen die betreffenden
135 Staaten annehmen.

136

137 Das Dublin System selbst, aber auch die prekäre wirtschaftliche und soziale Lage, haben dazu
138 geführt, dass zahlreiche EU-Länder ihre Schutzstandards senken und einige überhaupt keine
139 Asylanträge mehr annehmen. In der Folge müssen Flüchtende in diesen Staaten systematisch
140 unter unmenschlichen Bedingungen leben. Diese gravierenden Unterschiede in den
141 europäischen Asylsystemen bestehen noch immer. Es wird wohl auch in naher Zukunft keine
142 einheitlichen Asylstandards in Europa geben und die Quote alleine wird dieses Problem nicht
143 lösen können. Eine wirklich gerechte Verteilung der Flüchtlinge ist nur möglich, wenn die
144 Schutzstandards und Garantien des Asylverfahrens in den EU-Mitgliedsländern vergleichbar
145 sind. Wir fordern daher eine Harmonisierung und Angleichung nach oben. Die
146 Wahrscheinlichkeit als Flüchtling anerkannt zu werden und die Einhaltung europäischer
147 Standards der Leistungen für Flüchtlinge und damit auch ihre Chance auf Teilhabe am
148 gesellschaftlichen Leben und ganz allgemein auf ein menschenwürdiges Dasein darf nicht
149 davon abhängen in welchem EU-Land der Antrag gestellt wird.

150

151 Erhebliche Bedenken haben wir aktuell auch wegen dem latenten gesellschaftlichen
152 Rassismus, der in einigen EU-Ländern staatlich protegiert oder gar zum Motiv staatlicher
153 Handlungen wird. Solch ein Klima muss verhindert beziehungsweise bekämpft werden, damit
154 Flüchtlinge sich nicht faktisch zur Weiterreise in einen anderen Mitgliedsstaat gezwungen
155 sehen. In einem solchen Klima würde die freie Wahl des Ziellandes für Länder einen Anreiz
156 setzen die Situation für Flüchtlinge so weit zu verschlechtern, damit diese möglichst ein anderes
157 Land zur Einreise suchen. Solche rise-to-the-bottom- Effekte müssen vermieden und
158 stattdessen die solidarische Aufgabenteilung zwischen allen Länder klar im Mittelpunkt stehen.

159

160 Wir fordern daher kurzfristig die Einführung eines Quotensystems, welche alle EU-Länder an

161 der Aufnahme von Flüchtlingen gerecht beteiligt. Die Aufnahmequote soll sich nach der Größe,
162 wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, Arbeitslosenzahlen und Bevölkerung jedes Landes richten.
163 Es muss außerdem gewährleistet sein, dass Flüchtlinge Priorisierungen für Zielländer abgeben
164 dürfen. Dabei sollen Kriterien, wie Sprachkenntnisse, persönliche Bindungen an oder
165 Erfahrungen mit einem bestimmten Land zwingend in die Entscheidungsfindung mit einfließen.

166
167 Längerfristig fordern wir aber die freie Wahl des Mitgliedsstaates durch die Flüchtenden.

168
169 Mit diesem System könnten sich die betroffenen Menschen selbst aussuchen in welchem Staat
170 in der EU sie leben wollen. Natürlich würde dieses System nicht zu einer solch gerechten
171 Aufteilung der Flüchtlinge zwischen den Mitgliedsstaaten führen wie das Quotensystem, aber
172 dafür könnte Abhilfe über finanzielle Ausgleichszahlungen für Mitgliedsstaaten geschaffen
173 werden, die unverhältnismäßig hoch in Anspruch genommen würden. Außerdem würden
174 unverhältnismäßige Belastungen weniger ins Gewicht fallen, weil die Asylsuchenden durch ihre
175 familiären und engen bekanntschaftlichen Netzwerke aufgenommen und unterstützt würden.
176 Nur eine Berücksichtigung von individuellen Interessen der Flüchtlinge respektiert diese als
177 Menschen

178
179 Ein weiterer Vorteil des Prinzips der freien Wahl des Mitgliedsstaates wäre die Legalisierung der
180 Binnenwanderung der Flüchtlinge im Gegensatz zur jetzt vorherrschenden irregulären
181 Weiterwanderung innerhalb der EU. Die irreguläre Weiterwanderung in der Union ist inzwischen
182 Bestandteil der zwischen Flüchtenden und ihren Schleppern ausgehandelten Bedingungen. Das
183 geltende Dublinsystem, sowie das erwogene Quotensystem können wegen ungenügender
184 Berücksichtigung individueller, familiärer, sozialer und kultureller Interessen der Flüchtlinge eine
185 Weiterwanderung nicht verhindern. Eine starre Verteilung auf beliebige Mitgliedsstaaten würde
186 dieses Phänomen eventuell noch verstärken, weil sie zum Teil größere Wege zurücklegen
187 müssten, um in das von ihnen favorisierte Land zu gelangen. Es würde ihnen dadurch nur
188 erschwert werden und sie wären schutzlos auf ihrem illegalen Weg durch Europa. Ein
189 Untertauchen nach der ersten Meldung wäre weiterhin üblich, um zu den aus der Heimat
190 bekannten sozialen Netzwerken in Europa zu gelangen. Eine geregelte Binnenwanderung in der
191 Union durch das Prinzip der freien Wahl des Mitgliedsstaates würde den Schutz der
192 Asylsuchenden sicher stellen.

193
194 **Wir fordern kurzfristig die Einführung eines Quotensystems, welches alle EU- Länder an**
195 **der Aufnahme von Flüchtlingen gerecht beteiligt. Es muss außerdem gewährleistet sein,**
196 **dass Flüchtlinge Priorisierungen für Zielländer abgeben dürfen.**

197
198 **Langfristig fordern wir das Prinzip der freien Wahl des Mitgliedsstaates einzuführen.**

199
200 **5. „Sichere“ Drittstaaten**

201
202 Wir lehnen das Konzept der sicheren Drittstaaten ab. Niemand lässt grundlos sämtliche
203 sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Bindungen zurück und verlässt die Heimat. Schaut
204 man sich die Situation in den sogenannten „sicheren“ Herkunftsländern an, so sieht man eine
205 strukturelle Diskriminierung und auch Verfolgung von Minderheiten, wie den Roma, und damit
206 durchaus Asylgründe! Kein Mensch kann in dieser Situation als sicher in seiner eigenen Heimat
207 gelten.

208 Dies zeigt sich auch in den Aufnahmequoten anderer EU-Länder. Die Schweiz und Finnland
209 zum Beispiel erkennen ca. 40% der Flüchtenden aus dem Kosovo als Asylberechtigte an, im
210 Fall von bosnischen Antragsteller_innen liegt die Anerkennungsquote in Frankreich und Belgien
211 bei ca. 20%. Die erheblich geringeren Aufnahmequoten in Deutschland zwischen 0,0 und 0,3%
212 werfen mehr Fragen über das Asylsystem Deutschlands, als die Geflüchteten auf.

213
214 Ein Schnellverfahren nur aufgrund der generellen Einstufung des Herkunftslands als „sicher“
215 steht im krassen Widerspruch mit der Garantie der Einzelfallbetrachtung und wirft damit auch
216 rechtliche Bedenken auf. Das Konzept „sicherer Drittstaat“ beinhaltet außerdem die Möglichkeit
217 eines Einreise- und Aufenthaltsverbot, das dauerhaft EU-weit gilt und damit verbundene
218 strafrechtliche Sanktionierung vorsieht. Außerdem wird durch das Konzept der sicheren
219 Herkunftsländer die Duldung von jungen Menschen zu Ausbildungszwecken grundsätzlich
220 ausgeschlossen, wodurch grade junge Menschen zusätzlich diskriminiert werden. Dieses
221 Vorgehen ist schlicht unverhältnismäßig, und die Ausweitung einer solchen rein

222 diskriminierenden Praxis kann, wie die Äußerungen seitens CSU auch Leistungskürzungen und
223 Beschäftigungsverbote einzuführen, in Zukunft uferlos betrieben werden.

224

225 **Aus diesem Grund fordern wir die Abschaffung der Einstufung sicherer Drittstaaten.**

226

227 **6. Teilhabe von Flüchtlingen**

228

229 Der einzige Unterschied zwischen dir, mir und einem Flüchtling? Genau, wir haben einen
230 europäischen Pass. Keine besonders herausragende Eigenschaft und für die mit einem solchen
231 Pass Geborenen schon gar keine eigene Leistung. Es ist daher für uns schlichtweg
232 unmenschlich, dass Flüchtlinge, Asylbewerber_innen und Geduldete nicht die gleichen Rechte,
233 wie wir haben. Wir wollen, dass allen die gleichberechtigte Teilhabe in unserer Gesellschaft
234 möglich ist. Voraussetzung dafür ist die Befriedigung der Grundbedürfnisse eines jeden
235 Menschen. Die Bereiche Unterbringung, Bildung, staatliche Leistungen und Arbeitsmarkt
236 bedürfen wichtiger Verbesserungen.

237

238 **6.1 Unterbringung**

239

240 Die Unterbringung von Flüchtlingen wird in jedem Bundesland anders geregelt. Während in
241 Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein 2013 zum Beispiel über 90% der Flüchtlinge in
242 Wohnungen untergebracht wurden, sind es in Baden-Württemberg nur rund ein Drittel. Auch
243 wenn sich die Zahlen durch die ansteigenden Flüchtlingszahlen mittlerweile verändern, zeigen
244 sie doch, dass die Unterbringung je nach Bundesland eigenen Grundsätzen folgt. Da aber die
245 Verteilung von Flüchtenden zufällig erfolgt, ist es ein Glücksspiel für den Flüchtling wo er oder
246 sie nun landet.

247

248 Eine **bundesweite Umverteilung von minderjährigen Flüchtlingen lehnen wir ab**. Jede
249 weitere Umsiedlung stellt für Geflüchtete eine extreme Belastung dar, da erneut das bekannte
250 Umfeld zwangsweise ins Unbekannte verlassen werden muss. Auf soziale Bindungen,
251 Wünsche oder Bedürfnisse wird dabei nicht eingegangen. Gerade Minderjährige stellen eine
252 besonders schutzbedürftige Gruppe dar. Traumatisierungen treten gehäuft auf. Auch flüchten
253 sie oft in Gruppen mit anderen Minderjährigen oder Jugendlichen, die die Funktion einer
254 Ersatzfamilie einnehmen. Diese einzig verbleibende Konstante durch die erneute Umverteilung
255 zu zerstören lehnen wir strikt ab.

256

257 **Wir fordern eine Harmonisierung der Unterbringungsstandards nach oben.**

258

259 Fundamental ist dabei, dass wir die zentralisierte Unterbringung in Lagern, abseits von der
260 Erstaufnahme, ablehnen. Der Aufenthalt in einer Erstaufnahmestelle ist auf die kürzest mögliche
261 Zeit zu beschränken. Asylbewerber_innen sollten so schnell wie möglich in eine normale
262 Wohnung ziehen dürfen. **Bestehende sogenannte Gemeinschafts- oder Sammelunterkünfte**
263 **sind zu schließen**. Um diese Schließung zu ermöglichen müssen die dadurch wegfallenden
264 Unterkunftsplätze vorher durch dezentrale Unterbringungsmöglichkeiten ersetzt werden, deren
265 Schaffung folglich unverzüglich in Angriff genommen werden muss. Es wird von den Ländern
266 kein Hehl daraus gemacht, dass diese vor allem der Abschreckung durch schlechte
267 Lebensbedingungen dienen. Das dies bei Menschen, die um ihr Leben fürchten müssen keine
268 Wirkung erzielt, sollte eigentlich jeder_m klar sein. Da dreigliedrige Unterbringungssysteme auf
269 der zweiten Ebene eine Verpflichtung für Gemeinschaftsunterkünfte vorsehen, lehnen wir
270 diesen Aufbau ab.

271

272 Mit der dezentralen Unterbringung ist für uns aber auch nicht die Praxis einiger Länder gemeint,
273 Flüchtlinge möglichst abgelegenen in kleine Dörfer zu verteilen.

274

275 **Wir fordern, dass die Unterbringung dezentral aber eingebunden erfolgen muss, also die**
276 **tatsächliche Möglichkeit Einkäufe zu tätigen und medizinische Versorgung, Bildungs-**
277 **und Kulturangebote etc. wahrnehmen zu können bieten muss.**

278

279 All diese Maßnahmen setzen voraus, dass genug bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung steht.
280 Durch jahrelange Reduzierung von Unterbringungs Kapazitäten waren die heute so oft von
281 Gemeinden und Ländern beklagten Schwierigkeiten bei der Unterbringungen absehbar und
282 hausgemacht. Die Unterbringung von Flüchtlingen kann also nicht ohne die **Wiederaufnahme**

283 **des sozialen Wohnungsbaus** gedacht werden. Darüber hinaus soll **flexibler Wohnraum**
284 geschaffen werden, welcher die Gemeinden in die Lage versetzt, auch bei kurzfristigen
285 Schwankungen der Flüchtlingszahlen Wohnraum zu schaffen, ohne das auf Notunterkünfte aus
286 Zelten zurückgegriffen werden muss oder Flüchtende gar auf der Straße verbleiben müssen.
287
288 Auch sind verstärkt zivilgesellschaftliche Unterstützung bei der Wohnungssuche oder Aufnahme
289 in WGs oder Privatwohnungen zu fördern und Gleichzeitig bürokratische Hürden abzubauen.
290 Dies ermöglicht Flüchtlingen direkten sozialen Kontakt und erleichtert die Eingewöhnung in
291 einer unbekanntem Umgebung.
292
293 **Wir fordern außerdem die Einführung eines Übergangsmanagements.**
294
295 Einem jeden Flüchtling ist zur Eingewöhnung Hilfestellung zu geben, das bezieht sich von dem
296 Kennenlernen der Umgebung, hin zu Einkaufsmöglichkeiten oder der Nutzung des öffentlichen
297 Nahverkehrs. Nur durch solche praktische Unterstützung ist ein selbstbestimmtes Leben
298 möglich.
299
300 Wir begrüßen die Abschaffung der Residenzpflicht in einzelnen Bereichen. Dies ist aber bislang
301 nur Flickwerk. Da sich Flüchtlinge sowieso regelmäßig an dem ihnen zugewiesenen Ort zu
302 melden haben, um bürokratische Verfahren durchzuführen, ist die Residenzpflicht reine
303 Schikane. **Deshalb fordern wir die Aufhebung der Residenzpflicht im gesamten**
304 **Bundesgebiet.**
305
306 **Wir fordern außerdem, dass Kommunen die Kosten der Unterbringung nicht mehr**
307 **pauschal sondern tatsächlich abrechnen** dürfen. Das Pauschalssystem kommt in den
308 Bundesländern zu sehr unterschiedlichen Sätzen pro Kopf, die wohl hauptsächlich auf
309 politischen Kompromissen, statt auf nachvollziehbaren, offengelegten und tatsächlichen
310 Bedarfen beruhen. Dies führt zu einem massiven Druck der Kommunen, Ausgaben zu senken –
311 im wahrsten Sinne des Wortes auf Kosten der Flüchtlinge. Auf regional unterschiedliche
312 Bedingungen, wie Wohnungsmarkt oder Verkehrsanbindung und daraus entstehenden
313 Folgekosten, wird keinerlei Rücksicht genommen.
314
315 Bis heute gibt es nicht in allen Bundesländern Mindeststandards für die Unterbringung. Und
316 selbst dort wo sie existieren, sind diese oft windelweich. Es kann daher auch nicht der Schluss
317 gezogen werden, dass die Unterbringung überall dort schlecht ist, wo keine Standards bestehen
318 und dort gut, wo es solche auf dem Papier gibt. Wir kritisieren vielmehr, dass in Deutschland bis
319 heute gar keine Einigung über diese gefunden werden konnte – und dabei geht es um so
320 banales wie eine Toilette in jeder Wohnung. **Wir fordern daher die Schaffung von**
321 **Mindeststandards zur Unterbringung**, welche mindestens folgende Bereiche abdecken:
322 Mindestwohn- und Schlaflfläche. Anzahl der pro Raum untergebrachten Personen,
323 abgeschlossene Wohnbereiche, Sanitär- und Kochbereiche pro Person, Gemeinschaftsräume
324 und Freizeitmöglichkeiten.
325
326 Wir lehnen Abschiebehaft ab. Abschiebehaft ist eine Erleichterung des Aktes der Abschiebung
327 für die Behörden und dient u.a. auch der Abschreckungskultur. Aktuell kann bei einer
328 angeordneten „Abschiebung“ ein Flüchtling bis zu 18 Monate in Haft genommen werden. Vom
329 EuGH wurde 2014 geurteilt, dass die deutschen Abschiebegefängnisse unrechtmäßig sind.
330 Gesetzlich soll ein milderer Mittel immer vorgezogen werden, um die Abschiebung umzusetzen.
331 Jede Inhaftierung der Bundespolizei oder Ausländerbehörde muss begründet sein, um Willkür
332 zu verhindern. Durch die letzten Gesetzesänderungen wurde zusätzlich der
333 Ausreisegewahrsam eingeführt und die Haftgründe praktisch auf jeden Asylbewerbernden
334 ausgeweitet. So reicht die Einreise über einen anderen EU-Staat oder die Zahlung von
335 erheblichen Summen an einen Schleuser zur Inhaftierung. Das sind aber praktisch nahezu die
336 einzigen Möglichkeiten überhaupt nach Deutschland zu kommen und diese Regelung
337 kriminalisiert Flucht damit insgesamt.
338
339 **Wir Jusos fordern, dass sowohl die Abschiebehaft, als auch der Ausreisegewahrsam**
340 **abgeschafft und werden**
341
342 **Wir fordern also insgesamt bezüglich der Unterbringung:**
343

- 344 • Dass die Unterbringung dezentral aber eingebunden erfolgen muss, also die tatsächliche
- 345 Möglichkeit Einkäufe zu tätigen und medizinische Versorgung, Bildungs- und
- 346 Kulturangebote etc. wahrnehmen zu können bieten muss.
- 347 • Eine Harmonisierung der Unterbringungsstandards nach oben.
- 348 • Die Aufhebung der Residenzpflicht im gesamten Bundesgebiet.
- 349 • Dass die Kommunen, die Kosten der Unterbringung im tatsächlichen Wert abrechnen
- 350 dürfen.
- 351 • Die Schaffung von Mindeststandards bei der Unterbringung.
- 352 • Abschaffung der Abschiebehaft und des Ausreisegewahrsams
- 353 • Die separate und geschützte Unterbringung mit spezifischer Beratung für alleinreisende
- 354 Frauen und alleinerziehenden Flüchtlingsfrauen mit Kinder.
- 355 • Frauen dürfen während der Schwangerschaft oder kurz nach Geburt nicht auf andere
- 356 Erstaufnahmestellen umverteilt werden. Eine familiengerechte Unterbringung muss
- 357 gewährleistet sein.

358

359 6.2 Bildung

360

361 Die Bildung von Flüchtlingen, egal ob bei Kindern oder Erwachsenen sollte mit im Mittelpunkt
 362 der Integration vor Ort stehen. Dazu zählen die frühkindliche Bildung, die Schule, der Erwerb
 363 der Sprache oder auch Dinge wie zum Beispiel die Anerkennung von Bildungsabschlüssen für
 364 den Zugang zum Arbeitsmarkt, beziehungsweise den Erwerb des Führerscheins.

365

366 6.2.1 Kindertagesstätten/ Kindergarten

367

368 In Deutschland sollte jedes Kleinkind, das mit seiner Familie nach Deutschland kommt ab dem
 369 ersten Lebensjahr, das Anrecht auf einen Platz in einer Kindertageseinrichtung haben, genauso
 370 wie jedes andere Kind in Deutschland. Dieses Anrecht sollte bestehen, sobald die Familie mit
 371 dem Kind die Erstaufnahmeeinrichtung verlassen kann. Erst ab dem Zeitpunkt kann größtenteils
 372 gewährleistet werden, dass das Kind dauerhaft in einer Gruppe bleiben kann. Das Anrecht ist
 373 sehr wichtig, damit die Kinder von Beginn an die Möglichkeit haben, gemeinsam mit anderen
 374 Kindern und nicht abgeschottet in ihren Familien aufzuwachsen. Sie lernen andere Kinder
 375 kennen und erlernen die deutsche Sprache durch Kontakt und Beziehung zu Gleichaltrigen. So
 376 beginnt die Integration in die Gesellschaft vor Ort direkt. Um den Kindertagesstätten optimale
 377 Bedingungen für alle Kinder zu schaffen, begrüßen wir Initiativen, wie die Einrichtung
 378 sogenannter „Willkommenskitas“, welche mit Sensibilisierungs- und Qualifizierungsangeboten
 379 einher gehen.

380

381 Um vermehrte Konkurrenz um Kita-Plätze zu vermeiden, **fordern wir die Aufstockung von**
 382 **KiTa-Plätzen, damit es für alle Kinder die Möglichkeit auf einen solchen Platz gibt.**

383

384 **Wir fordern außerdem die Qualifizierung und finanziell bessere Entlohnung des KiTa-**
 385 **Personals, damit trotz der Herausforderungen eine qualitativ hochwertige**
 386 **Kinderbetreuung ermöglicht wird.**

387

388 6.2.2 Grundschulen/weiterführende Schulen

389

390 In Deutschland herrscht allgemeine Schulpflicht für alle Kinder und Jugendlichen im
 391 schulpflichtigen Alter. Aus diesem Grund gilt dieses Recht auch für Kinder und Jugendliche, die
 392 als Flüchtlinge nach Deutschland kommen. Allerdings ist dieses Recht in den Bundesländern
 393 deutlich unterschiedlich ausgestaltet beziehungsweise noch gar nicht für Flüchtlinge speziell
 394 geregelt, wie in Bremen oder Schleswig Holstein. In diesen beiden Ländern besteht Schulpflicht
 395 für Alle, die eine Wohnung in diesen Bundesländern haben, woraus dort die Schulpflicht für
 396 Asylsuchende abgeleitet wird. So unterliegen Asylsuchende in den drei Bundesländern Berlin,
 397 Hamburg und Saarland von Anfang an der Schulpflicht. In den sechs Ländern Brandenburg,
 398 Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland Pfalz
 399 besteht die Schulpflicht, sobald ein_e Asylsuchende_r nicht mehr verpflichtet ist, in einer
 400 Erstaufnahmeeinrichtung zu wohnen bzw. einer Gemeinde zugewiesen wurde In Bayern und
 401 Thüringen tritt die Schulpflicht drei Monate, in Baden-Württemberg sechs Monate nach Zuzug
 402 ein. Sachsen und Sachsen-Anhalt normieren keine Schulpflicht, sondern lediglich ein
 403 Schulbesuchsrecht. Dies bedeutet, dass in diesen Ländern keine Garantie darauf besteht, dass
 404 diese Kinder tatsächlich beschult werden.

405

406 **Aus diesem Grund fordern wir, dass mindestens nach der Erstaufnahme, für die Kinder**
407 **und Jugendlichen eine Schulpflicht besteht, sie also das Recht darauf haben beschult zu**
408 **werden.**

409

410 Dies ist ohne Kenntnisse der deutschen Sprache sehr schwierig und von Schulen wird oft der
411 Grund einer Kapazitätsauslastung vorgeschoben, um keine minderjährigen Flüchtlinge
412 aufnehmen zu müssen.

413

414 **Deshalb fordern wir Jusos die Ausweitung der sogenannten „Sprachlernklassen“.**

415

416 Diese sollten in Erreichbarkeit für alle an zentralen Schulen geschaffen werden. Sie sollen das
417 Erlernen der Sprache zusammen mit der Weiterbildung und das „Mitkommen“ beim Stoff
418 erleichtern. Hierbei gibt es in den Ländern unterschiedliche Konzepte. In verschiedenen
419 Bundesländern wird nach dem sogenannten niedersächsischen Erlass mit dem Titel
420 »Integration und Förderung von Schülerinnen und Schülern nichtdeutscher Herkunftssprache«
421 eine Sprachlernklasse eingerichtet, wenn eine Schule von mindestens zehn solcher
422 Schüler_innen besucht wird. „Sprachlernklassen können auch jahrgangsübergreifend sein, wobei
423 maximal 16 Schüler_innen eine Sprachlernklasse besuchen können. Der Unterricht soll auch
424 fachbezogen und in enger Abstimmung mit dem Unterricht in den Regelklassen erteilt werden;
425 in ausgewählten Fächern sollen die Schüler_innen am Unterricht der künftigen Regelklasse
426 teilnehmen. Die Einrichtung von zentralen Sprachlernklassen im Sekundarbereich I und II ist an
427 zentralen Schulstandorten in einer Region auch jahrgangs- und schulformübergreifend möglich.
428 Der Besuch einer Sprachlernklasse dauert in der Regel ein Jahr, kann aber entsprechend dem
429 Stand der Deutschkenntnisse verkürzt werden. Bei Schüler_innen der Jahrgänge 8 bis 10 kann
430 die Besuchsdauer generell auf zwei Jahre verlängert werden“.

431

432 **In Sachen Schule fordern wir also insgesamt:**

433

- 434 • Dass mindestens nach der Erstaufnahme, für Kinder und Jugendlichen eine Schulpflicht
435 besteht, sie also das Recht darauf haben beschult zu werden.
- 436 • Wir fordern außerdem die Ausweitung der sogenannten „Sprachlernklassen“.

437

438 · 6.2.3 Universität/ Hochschule

439

440 Genauso, wie die Möglichkeit eines Schulbesuches, sollte Flüchtlingen nach Erwerb des Abiturs
441 oder bei Vorliegen eines vergleichbaren Abschlusses, die tatsächliche Möglichkeit offen stehen
442 ein Hochschulstudium abzulegen. Solchen Personen, die bereits ein angefangenes
443 Hochschulstudium in einem anderen Land vorweisen können, muss die Weiterführung in
444 Deutschland problemlos möglich sein. Voraussetzung hierfür ist die Beratung über das Studium
445 in Deutschland allgemein, als auch die Bewerbung, Einschreibung etc. im individuellen Fall.
446 Wichtig sind außerdem das Vorhandensein studiumsvorbereitender Sprachkurse. Auch der
447 Zugang zu BaföG muss gewährleistet werden.

448

449 · 6.2.4 Sprachkurse

450

451 Der Erwerb der Sprache ist für die gesellschaftliche Teilhabe, die Weiterbildung, den Zugang
452 zum Arbeitsmarkt und im alltäglichen Leben unabdingbar.

453

454 Der Besuch eines sogenannten „Integrationskurses“ ist jedoch erst nach Gewährung von Asyl
455 möglich. Bis dahin ist der Zugang zu offiziellen Kursen nicht möglich. Dieser Zugang kann vor
456 der Anerkennung nur durch ESF-Kurse geschehen, die je nach Kurs allerdings bestimmte
457 Zugangsvoraussetzungen haben und mit einem hohem bürokratischen Aufwand im Vorhinein
458 beginnen. Dies stellt für Bildungsträger_innen einen enormen Verwaltungsmehraufwand dar.
459 Derzeitige Alternativen bieten oft ehrenamtlich geleitete Sprachförderkurse. Die Möglichkeit des
460 Besuches eines Sprachkurses ab dem Tag nach der Ankunft, ist wichtig, damit sich die
461 Menschen, auch wenn sie vielleicht nicht bleiben dürfen, in Deutschland einfinden können und
462 so erst die Voraussetzung dafür geschaffen werden, dass sie ihren Fall vorbringen und ihre
463 Rechte ausüben können. Dies muss auch in ländlichen Gebieten mit Mobilitätshemmnissen
464 garantiert werden.

465

466 **Deshalb fordern wir: Integrationskurse und Sprachkurse müssen für jede_n**
467 **Asylbewerber_innen vom ersten Tag an zugänglich sein.**

468

469 · 6.2.5 Führerschein

470

471 Unabhängig vom Aufenthaltsstatus hat jeder Mensch in Deutschland theoretisch die Möglichkeit
472 einen Führerschein zu erwerben. Dies ist vor allem im Hinblick auf einen Arbeitsplatz und die
473 Mobilität auf dem Land sehr wichtig. In Deutschland kann der Führerschein neben Deutsch
474 auch in 11 weiteren Sprachen abgelegt werden. Diese sind: Englisch, Französisch, Griechisch,
475 Italienisch, Kroatisch, Polnisch, Portugiesisch, Rumänisch, Russisch, Spanisch und Türkisch.
476 Viele Flüchtlinge/Asylbewerber_innen kommen allerdings aus Ländern, in denen zum Beispiel
477 Arabisch Landessprache ist.

478

479 **Deswegen fordern wir zur Erleichterung des Erwerbs die Möglichkeit die theoretische**
480 **Führerscheinprüfung zusätzlich zu den elf anerkannten Sprachen auch auf weiteren**
481 **durchführen zu können.**

482

483 · 6.2.6 Anerkennung von Bildungsabschlüssen

484

485 Viele hier ankommende Menschen sind gut oder hoch gebildet. Auch wenn im Bereich
486 Anerkennung in letzter Zeit viele Verbesserungen zu verzeichnen sind, können Kompetenzen
487 oft nicht anerkannt werden, beziehungsweise die Möglichkeiten zur Anerkennung werden durch
488 hohe bürokratische Hürden genommen. So kostet die formale Anerkennung, die für Feststellung
489 eines Bildungsabschlusses nötig ist, wie zum Beispiel die Übersetzung der Dokumente,
490 mehrere hundert Euro, die von den Menschen getragen werden müssen. Dieses Geld können
491 sie natürlich nicht selbst aufbringen, wodurch diese Anerkennung oft nicht möglich ist. Vielen ist
492 dieses Verfahren auch unbekannt so dass die Gefahr besteht, dass viele in den
493 Niedriglohnbereich „einsteigen“ und dort verhaftet bleiben. Die Anerkennung und Feststellung
494 eines Abschlusses ist für Menschen somit eine Möglichkeit, einen Beruf auszuüben, der ihrer
495 Qualifikation entsprechend ist.

496

497 Wir begrüßen ausdrücklich auch Initiativen, welche die Anerkennung non- und informeller
498 Kompetenzen ermöglichen. Über den tatsächlichen Nachweis von Kenntnissen in
499 Lernergebniseinheiten, können so auch Menschen, die praktische Kompetenzen haben ohne
500 jedoch je ein Zertifikat oder offiziellen Berufsabschluss erworben haben, diese auch zukünftig in
501 Deutschland ausüben.

502

503 **Wir fordern daher, dass diese Anerkennung von Berufsabschlüssen, kostenlos ist. Wir**
504 **begrüßen außerdem die Möglichkeit durch Arbeitsproben, durch erleichterten Zugang zur**
505 **Ablegung von Abschlussprüfungen, der Einführung von Kenntnissprüfungen oder**
506 **ähnlichem bei Fehlen von Zeugnissen die Qualifikation anderweitig nachweisen zu**
507 **können.**

508

509 · 6.2.7 Zugang zu Sport- und Vereinswesen

510

511 Zu Teilhabe zählen auch die Bildung sozialer Kontakte und der Umgang mit Gleichaltrigen. Dies
512 geschieht vor allem beim Sport oder anderen Freizeitausgleichen in Vereinen. Der Zugang dazu
513 ist meist mit Mitgliedsbeiträgen verbunden, die von den Flüchtlingen selbst oft nicht getragen
514 werden kann. So bleibt vielen dieser Zugang verschlossen. Vielerorts ist es so, dass Vereine
515 einen kostenfreien Zugang von sich aus ermöglichen, jedoch sollte dieses Konzept des
516 kostenfreien Zugangs die Regel und nicht die Ausnahme sein.

517

518 Deswegen fordern wir die Finanzierung weitgreifender Integrationsprogramme für Vereine,
519 deren Mittel zur Integration von Flüchtlingen in den Vereinsalltag zur Verfügung gestellt werden.
520 Sie sollen ermöglichen, dass Flüchtlinge, die einen Mitgliedsbeitrag nicht zahlen können,
521 trotzdem am Vereinsalltag teilnehmen können. Natürlich kann kein Verein dazu gezwungen
522 werden, und der Aufruf bezieht sich nicht auf Vereine, bei denen nur die Rechtsform „Verein“ für
523 eine quasi unternehmerische Tätigkeit gewählt wurde und der Beitrag als Versicherung oder als
524 Vorauszahlung zur eventuellen Erbringung einer Dienstleistung oder Ähnlichem verbunden ist,
525 wie etwa bei der Lohnsteuerhilfe oder dem ADAC

526

527 **7. Teilhabe durch Arbeit!**

528

529 Wesentliches Medium gesellschaftlicher Teilhabe in Deutschland ist eine sinnvolle und
530 würdevolle Beschäftigung. Auch eine neue Heimat kann nur dort aufgebaut werden, wo die
531 Möglichkeit geboten wird, seine Zeit in sinnvoller Interaktion mit anderen zu verwenden.
532 Deswegen fordern wir Jusos:

533

- 534 • **Die Abschaffung der Vorrangprüfung bei Stellen mit einer Bezahlung, die nicht**
535 **unter der in der Branche beziehungsweise dem Tätigkeitsbereich üblichen**
536 **Bezahlung liegt**
- 537 • **Die komplette arbeitsrechtliche Gleichstellung von Asylbewerbenden mit**
538 **Deutschen.**

539

540 Perspektiven müssen jedoch nicht nur denjenigen eröffnet werden, die schon Qualifikationen
541 mitbringen; auch und gerade jüngere Flüchtlinge, denen häufig schon im Herkunftsland Schul-
542 und/oder Ausbildung verwehrt blieben, brauchen eine Chance auf ein selbstbestimmtes Leben.

543

544 · **Damit die Menschen eine Chance haben einen Ausbildungsplatz zu**
545 **bekommen, fordern wir die Garantie einer Aufenthaltserlaubnis für die komplette**
546 **Ausbildungszeit und die Dauer der darauffolgenden Weiterbeschäftigung bei Erhalt eines**
547 **solchen Vertrages.** Auch muss den Personen danach Zeit eingeräumt werden eine
548 Arbeitsstelle zu finden. Der Erhalt einer Ausbildungsstelle für eine_n Asylsuchende_n stellt
549 allerdings momentan noch keine Garantie dar, in Deutschland bleiben zu dürfen. Aus dem
550 Grund der Planungsunsicherheit verweigern sich viele Arbeitgeber_innen einem_r qualifizierten
551 Asylsuchenden einen Ausbildungsplatz zu geben. Die aktuellen Gesetzesänderungen
552 Auszubildende mit Duldungen abzuspeisen reichen nicht dazu aus, das Problem zu beheben.

553

554 · **Wir fordern die Subventionierung zusätzlicher**
555 **betrieblicher Ausbildungsplätze für Flüchtlinge.** Der schwierigste Schritt für junge
556 Flüchtlinge auf dem Weg in die deutsche Arbeitswelt ist der Erste - deswegen braucht es eine
557 notfalls auch materielle Motivation gerade für kleinere und mittlere Betriebe, ihnen einen
558 Ausbildungsvertrag anzubieten. Noch wichtiger ist darüber hinaus die Förderung des
559 Übergangs vom Ausbildungs- in das Arbeitsverhältnis. Auch hier sind materielle Förderungen
560 für sich engagierende Betriebe wichtig, um Teilhabe zu ermöglichen.

561

562 · **Wir fordern die Vereinfachung des Hochschulzuganges für Flüchtlinge. Dies**
563 **beinhaltet eine schnelle und umfängliche Anerkennung von Schulabschlüssen und**
564 **anderen Qualifikationen sowie den Ausbau englischsprachiger Kurse. Eine umfassende**
565 **Betreuung während des Studiums ist essentiell für erfolgreiches Lernen.**

566

567 Einbindung in die Arbeitswelt setzt Einbindung in den akademischen Betrieb nicht nur häufig
568 voraus - diese Einbindung in die Universitäten und Fachhochschulen kann auch helfen,
569 Vorurteile abzubauen und gleichzeitig aufzeigen, dass denjenigen, die bei uns Asyl suchen,
570 tatsächlich alle Türen offen stehen. Sprachliche und andere fachspezifische Qualifikationen
571 müssen nachgewiesen, ihr Erwerb jedoch ermöglicht und gefördert werden.

572

573 · **Wir fordern die Schaffung eines solidarischen kommunalen**
574 **Beschäftigungssektors, in dem auch eine Mindestquote an Arbeitsplätzen für Flüchtlinge**
575 **vorgehalten wird;** eine Sofortmaßnahme, die aus kommunaler Perspektive sofort realisiert
576 werden kann, um direkt die Arbeit an kommunalen Aufgaben sozial sinnvoll zu verteilen.

577

578 Es müssen schnelle Möglichkeiten dafür geschaffen werden, dass Flüchtlinge unbürokratisch
579 andere Flüchtlinge unterstützen können. Zum Beispiel dürfen medizinisch geschulte Flüchtlinge
580 nicht zur Untätigkeit verdammt sein, während dringend notwendige medizinische Versorgung für
581 Flüchtlinge fehlt.

582

583 **8. Leistungen/ Gesundheit:**

584

585 **Wir halten an unserer Forderung der Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes**
586 **fest.**

587

588 Es kann nicht sein, dass es Menschen zweiter Klasse gibt, die noch unter dem
589 Existenzminimum der Sozialleistungen gehalten werden.
590
591 Dadurch wäre auch gewährleistet, dass Asylbewerber_innen einen gleichwertigen **Zugang zur**
592 **Gesundheitsversorgung** erhalten. Die Behandlung, die Asylsuchenden momentan zur
593 Verfügung steht, bedarf unbedingt einer Änderung. So werden zwar akute Erkrankungen und
594 Schmerzzustände versorgt und die Mittel zur Linderung der Schmerzen und Besserung der
595 Krankheit werden auch zur Verfügung gestellt, doch die Betonung liegt bei dieser Leistung auf
596 dem Wort „akut“. So werden chronische Erkrankungen höchstens im Falle eines akuten Notfalls
597 behandelt
598
599 . Die Vergütung des zuständigen Haus- oder Zahnarztes läuft hierbei über die zuständige
600 Verwaltung , das heißt man muss vor dem Besuch eines Arztes erst beim Amt die Erlaubnis
601 einholen überhaupt zum Arzt gehen zu dürfen. Schwangere und Wöchnerinnen werden hierbei
602 zum Glück umfassend versorgt. Übergangsweise fordern wir zumindest die Einführung einer
603 Krankenkarte nach dem Bremer Modell durch die Bundesländer.
604
605 Eine Vielzahl von Flüchtlingen ist aufgrund ihrer Erlebnisse im Heimatland oder auf der Flucht
606 traumatisiert. Dem steht aber nur ein geringes Angebot an qualifizierten Psycholog_innen
607 gegenüber. **Wir fordern daher den Ausbau von Trauma-Zentren**, die sich gerade auf
608 Flüchtlinge und minderjährige Flüchtlinge spezialisieren, so wie die sprachlichen
609 Voraussetzungen einer erfolgreichen Therapie schaffen können. Der Zugang soll bereits
610 Asylbewerber_innen ermöglicht werden.
611
612 Wir begrüßen die rechtlichen Verbesserungen im Bereich des **Sachleistungsprinzips**, halten
613 jedoch weiterhin die **Abschaffung** für die einzig richtige Lösung. Es muss Flüchtlingen
614 allgemein ermöglicht werden ihre Einkäufe selbst zu erledigen. Die Verteilung von
615 standardisierten Essenspaketen ist, und das wird so auch zugegeben, als reine Schikane
616 gedacht. Sie verhindert Selbständigkeit, ermöglicht keine individuellen Wünsche oder
617 Notwendigkeiten bei der Essensvergabe und ist darüber hinaus durch den Lager- und
618 Personalaufwand auch deutlich teurer, als das Geldleistungsprinzip. Finanzielle Ressourcen, die
619 an anderer Stelle dringend gebraucht werden.
620
621 Flüchtlinge sollten außerdem sofort nach ihrer Ankunft die **Möglichkeit haben ein Konto zu**
622 **eröffnen**. Elektronischer Zahlungsverkehr sollte jedem Menschen zur Verfügung stehen und ist
623 oft auch Voraussetzung, um zum Beispiel Miete zu zahlen. Das Überfallrisiko auf Flüchtlinge
624 kann so außerdem gesenkt werden.
625
626 **Wir fordern somit in den Bereichen Gesundheit/Leistungen:**
627
628 • Die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes das Asylbewerberleistungsgesetz
629 besteht fordern wir die Einführung einer Gesundheitskarte
630 • Einen gleichwertigen Zugang zur Gesundheitsversorgung für alle Asylbewerber_innen.
631 • Die Abschaffung des Sachleistungsprinzips.
632 • Den Ausbau von Trauma-Zentren, die sich gerade auf Flüchtlinge und minderjährige
633 Flüchtlinge spezialisieren.
634 • Die Möglichkeit für Flüchtlinge ein Konto zu eröffnen.
635
636 **9. Flüchtlinge in unserer Gesellschaft**
637
638 Flüchtlinge haben, zumindest anfänglich, kaum Möglichkeiten die Gesellschaft mitzubestimmen,
639 in der sie angekommen sind. Aufnahme und Teilhabe von ihnen kann aber nur gelingen, wenn
640 auch die Zivilgesellschaft eine offene und integrative ist. Eine solche Gesellschaft wollen und
641 müssen wir aktiv fördern und ständig einfordern.
642
643 9.1 Ehrenamt stärken!
644
645 Seit vor ca. zwei Jahren die Vertreibung von Menschen, zum Beispiel durch den Krieg in Syrien
646 und den IS, immer größer wurde, ist auch die Zahl der Ehrenamtlichen im Bereich Hilfe für
647 Flüchtlinge stark angestiegen. Viele Menschen engagieren sich vor allem vor Ort oft täglich für
648 die Unterstützung dieser Menschen.

649

650 Dazu gehören auch so „banale“ Dinge, wie die Erklärung der Mülltrennung. Aber vor allem geht
651 es darum die Menschen zu bestimmten Terminen zu den Ämtern zu fahren und dort auch zu
652 begleiten, ihnen bei Arztbesuchen unterstützend zur Seite zu stehen, wie auch kulturelles
653 Wissen und alltägliche Gepflogenheiten zu erklären, damit es nicht zu Missverständnissen
654 kommt und die Teilhabe vor Ort gelingen kann. Dem Anliegen Kontakt zwischen Flüchtlingen
655 und „Einheimischen“ zu ermöglichen, tragen Bemühungen Rechnung, Begegnungscafés/
656 Begegnungsstätten oder ähnliche Zentren zu schaffen. Hier können dann niedrig schwellig
657 Kontakte zwischen Ortsansässigen und Flüchtlingen aufgebaut, aufrechterhalten und ausgebaut
658 werden und sie eröffnen oft zahlreiche weitere Möglichkeiten der gemeinsamen
659 Freizeitgestaltung und Unterstützung.

660

661 Dies alles erfordert viel Zeit, Geduld und Aufopferungsbereitschaft und es verdient den
662 allergrößten Respekt, was Ehrenamtliche leisten! Fest steht: das was der Staat bereitstellt,
663 könnte nie auffangen, was durch Ehrenamt geleistet wird. Ehrenamtliches Engagement darf
664 aber nicht dazu führen, dass sich der Staat aus seinen Aufgaben zurückzieht.

665

666 Ehrenamtliche hingegen berichten von teilweise herabwürdigenden Umgang mit Flüchtlingen,
667 wenn sie unbegleitet in Ämtern Termine wahrnehmen. Ehrenamtliche übernehmen hier oft den
668 Part des_r Fürsprechers_in und Vermittlers_in.

669

670 **Deshalb fordern wir die Anerkennung dieser ehrenamtlichen Leistung von Seiten des**
671 **Staates!**

672

673 Das bedeutet, dass die Ehrenamtlichen in ihrer Arbeit als Hilfe für die Flüchtlinge auf den
674 Ämtern wahrgenommen werden sollen und nicht als Menschen, die dort nichts zu suchen
675 haben. Die Steine, die ihnen in ihrer alltäglichen Arbeit in den Weg gelegt werden, sollen der
676 Anerkennung der Arbeit und des Engagements weichen.

677

678 Durch die Vielfalt der Aufgaben, die auf Ehrenamtlichen lastet, ist es kein Wunder, wenn diese
679 oft an die Grenzen ihres Wissens stoßen, wenn es um das Ausfüllen von Formularen geht oder
680 auf die Erfüllung von Verordnungen etc. ankommt. Deshalb ist es notwendig, die
681 Migrationsdienste vor Ort, welche oft den Wohlfahrtsverbänden, wie Caritas, AWO, IB etc.
682 angegliedert sind, mit hauptamtlichen Stellen, die vom Bund bezahlt werden, aufzustocken.
683 Dadurch können die Ehrenamtlichen unterstützt werden und die Beratung der Flüchtlinge in
684 rechtlichen Fragen innerhalb des Asylverfahrens oder zum Beispiel bei der Job-Suche, kann
685 ausgeweitet werden, damit jeder und jede von ihnen die Möglichkeit zu einer solchen
686 kostenfreien Beratung haben kann.

687

688 **Zu diesen Zwecken fordern wir die großflächige Aufstockung der hauptamtlichen Stellen**
689 **mit Zuständigkeit für die Flüchtlinge.**

690

691 Zum Ehrenamt gehört auch meist, dass sich die Ehrenamtlichen mit amtlichen Vorschriften und
692 Formularen und Verordnung beschäftigen, wenn Flüchtlinge Hilfe brauchen. Dies ist jedoch oft
693 sehr schwer zu bewerkstelligen, da oft nicht klar ist, was gemeint ist oder das Formular sehr
694 bürokratisch und mit Fachbegriffen gespickt ist.

695

696 **Deshalb fordern wir: Zu Unterstützung dafür müssen auf kommunaler Ebene in den**
697 **zuständigen Verwaltungen flächendeckend ausreichend Stellen geschaffen werden, um**
698 **die Ehrenamtlichen in diesen Punkten zu entlasten.** Diese Stellen sollen auch als
699 Koordinierungsstellen und Ansprechstellen für die Ehrenamtlichen dienen.

700

701 Für die Arbeitnehmer_innen, die in diesen Stellen arbeiten, sollen verpflichtend interkulturelle
702 Trainings angeboten werden, damit die Hemmungen vor fremden Kulturen abgebaut und das
703 Verständnis für die Menschen gesteigert wird. Außerdem soll gewährleistet sein, dass in den
704 Verwaltungen jedes in den benötigten Sprachen vorhanden ist.

705

706 **Wir fordern außerdem die Qualifizierung von Ehrenamtlichen.**

707

708 Denn auch hier gilt: nur gut gemeint, ist nicht gut gemacht. Oft können Missverständnisse,
709 Fehler und Frustration vermieden werden, wenn die Ehrenamtlichen zum Beispiel über

710 Möglichkeiten und den rechtlichen Rahmen eines Ehrenamts informiert und verschiedene
711 Dokumente und Verfahren erklärt werden, die jeder Flüchtling braucht.

712

713 Flüchtlinge bringen von ihrer Flucht und aus ihren Herkunftsländern oft schreckliche
714 Erfahrungen mit, die dann auch Ehrenamtlichen in Gesprächen erzählt werden. Damit diese
715 Bilder und übertragenen Ängste verarbeitet und eingeordnet werden können, brauchen
716 Ehrenamtliche die Möglichkeit der Supervision.

717

718 **Wir fordern daher die Schaffung von Supervisions- und psychischen**
719 **Betreuungsangeboten für Ehrenamtliche.**

720

721 **Zur besseren Koordinierung der zahlreichen Flüchtlingsinitiativen, -verbände und**
722 **Selbstorganisationen fordern wie zentrale Koordinierungsstellen, welche die oben**
723 **genannten Qualifizierungs- und Supervisionsangebote ermöglichen können.**

724

725 **Daneben fordern wir im Bereich Ehrenamt insgesamt:**

726

- 727 • eine Anerkennung der ehrenamtlichen Leistungen vom Staat.
- 728 • Eine Aufstockung von hauptamtlichen Stellen mit der Zuständigkeit für Flüchtlinge.
- 729 • Stellen in kommunalen Verwaltungen zur Unterstützung der ehrenamtlich Tätigen.
- 730 • Sowie die Qualifizierung der Ehrenamtlichen.

731

732 9.2 Menschenfeindliche Umtriebe stoppen!

733

734 Neben wachsendem ehrenamtlichen Engagement nehmen leider aber auch die Aktivitäten
735 gegen Flüchtlinge und Flüchtlingsunterkünfte stark zu.

736

737 Dies reicht von „friedlichem Protest besorgter Anwohner“, die zum Beispiel im Februar 2014 im
738 bayrischen Anzing plakatierten: "30 Männer an der Zahl wird im Wohngebiet zur Qual", bis hin
739 zu Brandanschlägen, wie im niedersächsischen Tröglitz am 04.04.2015.

740

741 Während das Bundeskriminalamt bereits von 2012 auf 2013 einen Anstieg von Gewalt- und
742 Propagandadelikten gegen Flüchtlingsunterkünfte von 24 auf 58, und damit um mehr als das
743 Doppelte vermeldete, stieg diese Zahl 2014 um das Dreifach auf 162 rechtsextrem motivierte
744 Angriffe auf Unterkünfte. Die Chronik der Antonio-Amadeu-Stiftung und Pro Asyl kommt allein
745 für das Jahr 2014 zu auf 186 gewalttätige Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte, darunter 35
746 Brandstiftungen, und 79 tätliche Übergriffe auf Einzelpersonen. Diese Zahlen sind mehr als
747 alarmierend! Und sie sind wohl nur die Spitze des Eisbergs. Die Dunkelziffer wird wie immer
748 deutlich höher liegen.

749

750 Auch wenn Berlin, Nordrhein-Westfalen und Sachsen als Spitzenreiter der Statistik gelten, sind
751 die Angriffe geographisch überall im Bund verteilt. Es ist also bei weitem kein „Ost“- oder reines
752 „Land“-Problem. Rassismus sitzt eben tief in der Mitte der gesamten Gesellschaft.

753

754 Die Grundlage für solche Aktionen ist in der öffentlichen Verbreitung von Rassismus und dem
755 Schüren von Hass zu sehen. Rund 80 Proteste gegen bestehende oder geplante
756 Flüchtlingsunterkünfte wurden von staatlicher Seite 2014 gezählt, die Antonio-Amadeu-Stiftung
757 kommt auf 270. Rechte Gruppierungen und Parteien nutzen Sozialneid und Ängste von
758 Menschen gezielt für ihre menschenfeindliche Propaganda aus. Dem muss man sich klar
759 entgegenstellen! Wir **rufen daher regelmäßig zum Gegenprotest** auf und werden uns auch
760 weiter **öffentlich in aller Deutlichkeit mit Flüchtlingen solidarisieren**. Proteste gegen
761 Flüchtlinge und Flüchtlingsunterkünfte müssen gesamtgesellschaftlich endlich klar als das
762 erkannt werden was sie sind: die geistige Grundlage für gewaltsame Übergriffe auf Flüchtlinge
763 und Brandanschläge auf ihre Wohnungen.

764

765 Es muss außerdem von den rechtlichen Möglichkeiten Gebrauch gemacht werden
766 fremdenfeindliche Proteste in unmittelbarer Nähe von Asylunterkünften zu untersagen. Diese
767 haben massive Auswirkungen auf das Wohlbefinden der Bewohner_innen und führen im
768 schlimmsten Fall zu einem Rückfall in erlebte Traumata.

769

770 Wir wissen aber auch, dass dies allein nicht das Vorhandensein von Vorurteilen in der

771 Gesellschaft beseitigt. Wir drängen daher auf die **frühzeitige und partizipative Beteiligung**
772 **der Bevölkerung an geplanten Flüchtlingsunterkünften** durch die Gemeinden. Es hat sich
773 gezeigt, dass sich durch Informationsschreiben, Bürger_innensprechstunden und ähnlichem die
774 Anwohner_innen ernst genommen fühlen, Ängste und Vorurteile abgebaut werden und oftmals
775 daraus Angebote entstehen, die Einrichtung und Flüchtlinge zu unterstützen. Dies fördert nicht
776 nur die Akzeptanz, sondern entzieht rassistischen Akteur_innen den Nährboden und kommt
777 damit auch den Flüchtlingen zu gute.

778

779

780

781

782

783

784

785

786

787

788

789

790

791

792

793

794

795

796

797

798

799

800

801

802

803

804

805

806

807

808

809

810

811

812

813

814

815

816

817

818

819

820

821

822

823

824

825

826

827

828

829

830

831

Titel Verbesserung für Asylsuchende

Antragsteller Nord-Niedersachsen

Zur Weiterleitung an SPD-Bundestagsfraktion

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Verbesserung für Asylsuchende

1 Asylsuchende sollen durch staatlich finanzierte Sprachkurse, Änderungen des Arbeitsrechts und
2 eine bessere Begleitung und Betreuung durch einen speziellen Bundesfreiwilligendienst und
3 Tandempartnerschaften integriert werden.

4

5 • Deshalb sollte ein freiwilliges Förderprogramm auf freiwilliger Ebene implementiert
6 werden. Das Förderprogramm wird nach den Bedürfnissen der jeweiligen Kommune und
7 den Möglichkeiten der/des Asylsuchenden bestimmt. Selbstverständlich entscheiden die
8 Asylsuchenden selbst, welches Aufgabenfeld sie gerne übernehmen würden. Durch
9 freiwilliges Engagement könnten diese Verantwortung im Rahmen ihrer Kommune
10 übernehmen und sich so besser in das soziale Miteinander und das Arbeitsleben
11 einfinden. Durch die Wahrnehmung von Aufgaben mit gesellschaftlicher und/oder
12 öffentlicher Bedeutung würde es den Asylsuchenden ermöglicht, eine Würdigung zu
13 finden.

14 • Sprachkurse bis zu einem ausreichenden Niveau müssen verpflichtend eingeführt
15 werden. Die Sprache ist Grundvoraussetzung für das alltägliche sowie das berufliche
16 Leben. Damit diese Bildung für alle Asylsuchenden, unabhängig vom Alter, gesichert
17 werden kann, muss diese bestenfalls staatlich gefördert und finanziert werden und für alle
18 kostenfrei zugänglich sein.

19 • Außerdem schlagen wir die Einführung einer spezialisierten Sparte des
20 Bundesfreiwilligendienstes, die sich der Betreuung von Asylsuchenden widmet, vor.
21 Zusätzlich könnte man sogenannte Tandempartnerschaften unterstützen. Diese
22 beinhalten gegenseitiges voneinander Lernen von beispielsweise Studierenden oder
23 SchülerInnen und Flüchtlingen. Die Partnerschaften fördern den gegenseitigen Erwerb
24 von Sprachkenntnissen. Zum Beispiel könnten Universitäten solchen
25 Arbeitsgemeinschaften einen Rahmen geben. Trotz der Länderkompetenz könnte der
26 Bund mit Hilfe finanzieller Mitteln unterstützen und Anreize liefern. Außerdem wäre es
27 naheliegend, dass Institutionen, wie z.B. der Kinderschutzbund, das DRK und religiöse
28 Einrichtungen etc. Stellen für den BFD mit staatlicher Unterstützung schaffen.

29

30 **Begründung:**

31 Durch die aktuelle Zunahme an internationalen Konflikten ist die Zahl der Asylsuchenden in
32 Deutschland drastisch angestiegen. Viele Menschen haben ihre Lebensgrundlage verloren und
33 sind trotz umfangreicher humanitärer Hilfe vor Ort auch auf Asyl in Deutschland angewiesen.
34 Asylsuchende fühlen sich oft nicht akzeptiert, und es gibt viele Problematiken um die wir uns als
35 ein Land mit internationaler Verantwortung kümmern müssen. Wir wollen das Lebensgefühl und
36 die Würde dieser Menschen in der Mitte unserer Gesellschaft verbessern. Hierbei handelt es
37 sich explizit nicht um eine Gesetzesänderung des Asylrechts, sondern um ein umfangreiches
38 Förderprogramm für Asylsuchende auf freiwilliger Basis im kommunalen Rahmen. Die
39 Asylsuchenden, die nach Deutschland kommen, dürfen in den ersten drei Aufenthaltsmonaten

40 keiner festen Arbeitstätigkeit nachgehen. Auch nach diesen drei Monaten ist nicht gesichert,
41 dass der/die Asylsuchende eine Arbeitsstelle erhält. Das liegt oft an der sprachliche Barriere
42 und Vorurteilen seitens der ArbeitgeberInnen. Diese längere Arbeitslosigkeit, die keinen
43 geregelten Tagesablauf zulässt, kann unter anderem zu sozialer Isolation, Entfremdung,
44 Lethargie, Depressionen, Verwahrlosung und Kriminalität führen. Zudem ist die Versorgung
45 durch hauptamtliches Betreuungspersonal nicht ausreichend gesichert, wodurch die Arbeit von
46 ehrenamtlichen HelferInnen übernommen wird, die ohnehin unterbesetzt sind.

47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89
90
91
92
93
94
95
96
97
98
99
100

Titel Menschenwürdige Mindeststandards für die Unterbringung von Asylsuchenden und Flüchtlingen in Gemeinschaftsunterkünften

Antragsteller Hessen-Nord

Zur Weiterleitung an SPD-Bundesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Menschenwürdige Mindeststandards für die Unterbringung von Asylsuchenden und Flüchtlingen in Gemeinschaftsunterkünften

- 1 Der Bundeskongress möge beschließen:
- 2 Es existieren keine gesetzlichen Mindeststandards in Deutschland zur Unterbringung von
- 3 Flüchtlingen in Gemeinschaftsunterkünften. Dies führt öfters zu menschenunwürdigen
- 4 Unterbringungen, insbesondere, wenn wie derzeit, eine große Anzahl an Flüchtlingen nach
- 5 Deutschland kommt, die zeitnah untergebracht werden müssen.
- 6 § 3 Landesaufnahmegesetz verpflichtet die Landkreise und Gemeinden Unterkünfte bereit zu
- 7 stellen, „die einen menschenwürdigen Aufenthalt ohne gesundheitliche Beeinträchtigung
- 8 gewährleisten“. Dazu fordern wir (orientiert an den Mindeststandards für
- 9 Gemeinschaftsunterkünfte für Flüchtlinge von der „Liga der freien Wohlfahrtspflege“):
- 10 Menschenwürdige Standards
- 11
- 12 1. In Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften (GU) muss zeitlich auf ein Jahr befristet
- 13 werden.
- 14 2. Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge müssen in geeigneten Einrichtungen der
- 15 Jugendhilfe betreut werden, nicht in GUs.
- 16 3. Die Versorgung besonders schutzbedürftiger Personen muss in Form einer eigenen
- 17 Wohnung und nicht durch Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften erfolgen. Auch bei
- 18 dezentraler Unterbringung muss eine ausreichende Begleitung und Unterstützung durch
- 19 Sozialarbeiter gerade dieses Personenkreises gewährleistet sein.
- 20 4. Alle äußeren Umstände müssen so angelegt sein, dass die Menschen in die Lage
- 21 versetzt werden, ihr Leben so weit wie möglich eigenverantwortlich zu gestalten.
- 22 5. Die Gemeinschaftsunterkünfte dürfen keine Fremdkörper im Gemeinwesen sein.
- 23 Massenquartiere mit Lagercharakter, wohnortfernte Unterkünfte in Industriegebieten
- 24 oder in abgelegener Natur provozieren Ignoranz, Distanzierung und Ablehnung durch die
- 25 heimische Bevölkerung.
- 26
- 27 Mindestanforderungen
- 28
- 29 Lage und Größe
- 30
- 31 1. Gemeinschaftsunterkünfte müssen in Nähe zu einem Wohngebiet mit ausreichender
- 32 Infrastruktur gelegen sein. Dies bedeutet, dass Apotheken, Ärzte, Geschäfte zur Deckung
- 33 des Lebensbedarfs, Schulen und Kindergärten fußläufig (bis zu max. 2 km Entfernung)
- 34 erreichbar sein sollten.
- 35 2. In Gemeinschaftsunterkünften sollen nicht mehr als 50 Personen untergebracht werden
- 36

37 Bauliche Ausführung

38

- 39 1. Die Unterbringung erfolgt nur in solchen Gebäuden, die zur dauerhaften
40 Wohnraumnutzung bestimmt und geeignet sind. Die Gebäude müssen den baulichen,
41 gesundheitsrechtlichen und brandschutztechnischen Vorschriften des Landes Hessen
42 entsprechen.
- 43 2. Die Sicherheit der Bewohner vor Übergriffen muss durch geeignete Maßnahmen jederzeit
44 gewährleistet sein. Über die o.g. Bestimmungen hinaus sind folgende
45 sicherheitstechnische Schutzmaßnahmen gegen Übergriffe von außen sicherzustellen:
46
 - 47 • Außentüren sind gesondert zu sichern (Sicherheitsschlösser, Verstärkung d. Türblattes,
48 Mehrpunktverriegelung, Schließbleche mit Maueranker usw.). Durch geeignete
49 Maßnahmen ist sicherzustellen, dass nachts alle Außentüren geschlossen, die
50 Notausgänge von innen aber zu öffnen sind.
 - 51 • Alle im Parterre und in der ersten Etage liegenden Fenster sind mit
52 einbruchshemmendem Sicherheitsglas oder Splitterschutzfolie auszustatten. Im Parterre
53 sind diese mit Aluminium verstärkten Rollläden zu versehen, die gegen Hochschieben von
54 außen zu sichern sind.
 - 55 • Es müssen zwei von außen anrufbare zugängliche Fernsprecher zur Verfügung stehen,
56 die mit einer Notruffunktion versehen sind.

57

58 Wohnräume

59

- 60 1. Für jede Person stehen mind. 9 qm Wohnfläche sowie für jedes Kind bis zu sechs Jahren
61 mind. 6 qm Wohnfläche zur Verfügung. Bei der Berechnung der Wohnfläche bleiben
62 Neben- und sonstige Flächen (z.B. Flure, Toiletten, Küchen, Gemeinschafts- und
63 Funktionsräume) unberücksichtigt.
- 64 2. Familien mit Kindern, Ehepaare und Lebenspartner haben einen Anspruch auf
65 gemeinsame Unterbringung. Die Unterbringung sollte nach Möglichkeit in getrennten
66 Wohneinheiten erfolgen, die mit eigenen Sanitäreinrichtungen und Küche ausgestattet
67 sind.
- 68 3. Bei der Unterbringung von Einzelpersonen gilt als Obergrenze eine Belegung von zwei
69 Personen pro Zimmer.
- 70 4. Alleinstehende Männer und Frauen sind grundsätzlich getrennt unterzubringen, es sei
71 denn die betroffenen Personen wünschen ausdrücklich etwas anderes.
- 72 5. Bei der Belegung der Unterkünfte ist nach Möglichkeit auf Herkunft, individuelle
73 Lebenslage, Religionszugehörigkeit etc. Rücksicht zu nehmen.
- 74 6. Der besonderen Schutzbedürftigkeit von Personen wie Minderjährigen, Behinderten,
75 älteren Menschen, Schwangeren, Alleinerziehenden mit minderjährigen Kindern und
76 Personen, die Folter, Vergewaltigung oder sonstige schwere Formen psychischer,
77 physischer oder sexueller Gewalt erlebt haben, ist Rechnung zu tragen.
- 78 7. Pro Person ist bereitzustellen:
79
 - 80 • 1 Bettgestell (mind. 80 cm x 200 cm) mit entsprechender Matratze sowie Kopfkissen und
81 Bettdecke mit zwei Garnituren an Bettwäsche
 - 82 • 1 abschließbarer Schrank oder Schrankteil mit ausreichend Raum für Bekleidung und
83 persönliche Gegenstände
 - 84 • 1 Stuhl
 - 85 • 1 Tischplatz mit ausreichend Raum für flexible Nutzung
 - 86 • Aufbewahrungsmöglichkeiten für Geschirr, Lebensmittel und Reinigungsmittel
- 87
- 88 8. Pro Wohneinheit:
89
 - 90 • 1 Kühlschrank
 - 91 • 1 Radiogerät
 - 92 • 1 Fernsehantennen-/Kabelanschluss

93

94 Gemeinschaftsräume

95 Aufenthaltsräume

96

- 97 1. In den Gemeinschaftsunterkünften müssen je nach Größe Räume zur allgemeinen

- 98 Nutzung in ausreichender Größe vorhanden sein. Ein Raum muss zur Durchführung einer
99 Bewohnerversammlung geeignet sein. (1 Fernseher pro Gemeinschaftsraum)
- 100 2. Es sollte nach Möglichkeit und in Abhängigkeit von der Größe der Unterkunft und der
101 Belegungsdichte ein separater Raum als Raum der Stille vorhanden sein, der die
102 Möglichkeit zum Rückzug und auch zur Religionsausübung bietet.
- 103
- 104 Sanitäranlagen
- 105
- 106 1. Max. 5 Personen pro Sanitäranlage, geschlechtergetrennt. Zur Sanitäranlage gehört
107 jeweils:
- 108
- 109 • 1 Dusche (als Einzelkabine mit Entkleidungsbereich)
110 • 1 Toilette
111 • 1 Waschbecken
- 112
- 113 2. Diese sind mit ganztägiger Kalt- und Warmwasserversorgung vorzuhalten.
- 114
- 115
- 116 Küche
- 117
- 118 1. Für jeweils fünf Bewohner ist ein Herd mit vier Kochstellen und einer Backröhre
119 vorzuhalten.
- 120 2. Nach Möglichkeit sollte ein Kühlschrank auf dem Zimmer vorhanden sein, ansonsten
121 sind abschließbare, abgetrennte Kühlfächer in ausreichender Zahl für alle Bewohner in
122 der Küche zu installieren.
- 123 3. In einer Küche sollte zudem vorhanden sein:
- 124
- 125 • Eine Abwascheinrichtung mit ganztägiger Kalt- und Warmwasservorrichtung -
126 Arbeitsplatten zur Speisezubereitung in angemessener Zahl
127 • abschließbare Funktionsschränke für private Küchenutensilien (falls in Privatzimmern
128 nicht vorhanden)
129 • Ein Grundbestand an Küchenutensilien zur leihweisen Vergabe an die Bewohner im
130 Bedarfsfall
- 131
- 132 Funktionsräume
- 133
- 134 1. Pro 8 Bewohner ist eine Waschmaschine bereitzustellen (Instandhaltung gewährleistet)
135 2. Ausreichend Trockenräume und Trockner müssen vorhanden sein.
136 3. Unterstellmöglichkeiten für Fahrräder müssen vorhanden sein.
- 137
- 138 Einrichtungen für Kinder
- 139
- 140 1. Sind regelmäßig Kinder in der Unterkunft untergebracht, so ist ein Kinderspielzimmer
141 unter Berücksichtigung pädagogischer Maßstäbe einzurichten.
142 2. Auf eine kindersichere Ausstattung der Einrichtung ist besonders zu achten.
- 143
- 144 Sonstiges
- 145
- 146 1. Soweit es die Außentemperaturen erfordern, mindestens aber in der Zeit vom 1.10. bis
147 30.4. (Heizperiode) und wenn außerhalb der Heizperiode an drei aufeinander folgenden
148 Tagen die Temperatur um 21.00 Uhr 12 C° oder weniger beträgt, muss für ausreichend
149 Beheizung (21 C°) gesorgt werden.
- 150 2. Es muss mindestens ein Fernsprechapparat, der anrufbar ist, vorhanden sein, der Notruf
151 muss kostenfrei möglich sein.
- 152 3. Der Betreiber der Unterkunft hat eine regelmäßige Reinigung der Verkehrsflächen (Flur,
153 Treppe, Küche, Aufenthaltsräume, Sanitäranlagen) zu gewährleisten.
- 154
- 155 Betreuung und soziale Arbeit
- 156
- 157 1. Der Betreiber hält das erforderliche Personal für Reinigungs-, Instandhaltungs- bzw.
158 Instandsetzungsarbeiten sowie ggf. für Wachschatz vor und ist für den ordnungsgemäßen

- 159 Betrieb der Gemeinschaftsunterkunft verantwortlich.
- 160 2. Das Personal muss – unabhängig davon, in welchem Bereich es eingesetzt wird –
161 ausreichend für die Arbeit mit Flüchtlingen und Migrantinnen und Migranten geschult und
162 interkulturell kompetent sein.
- 163 3. Für die Sozialarbeit ist für bis zu 80 Wohnheimplätze ein/e vollzeitbeschäftigte/r
164 Sozialarbeiter/in oder Person mit vergleichbarer Ausbildung einzustellen. Bei kleineren
165 Einrichtungen errechnet sich der Personalschlüssel anteilig, jedoch ist mindestens ein/e
166 Sozialarbeiter/in oder Person mit vergleichbarer Ausbildung mit 50 % der jeweils gültigen
167 tariflichen Wochenarbeitszeit einer Vollzeitkraft zu beschäftigen. Der/die Sozialarbeiter/in
168 muss in der Lage sein, angemessen auf Personen und ihre Bedürfnisse zu reagieren, die
169 besonders schutzwürdig sind.
- 170 4. Für die Sozialarbeit muss ein Büro/Beratungszimmer in ausreichender Größe zur
171 Verfügung stehen. Das Zimmer muss mind. 12 qm groß sein.
- 172 5. Darüber hinaus ist externen Fachkräften im Bereich der Flüchtlingsbetreuung (kirchlichen
173 Einrichtungen, NGOs, Rechtsbeiständen, UNHCR, usw.) Zugang zur Einrichtung zum
174 Zwecke der Durchführung von Beratung zu gewähren. Eine unentgeltliche Bereitstellung
175 von Räumlichkeiten zur Wahrnehmung von Beratungs- und Betreuungsaufgaben (z.B.
176 auch für Hausaufgabenhilfe) sollte ebenso gewährleistet sein, wie die Nutzung von
177 Gemeinschaftsräumen durch Selbstorganisationen der Bewohner/innen.
- 178
179
180
181
182
183
184
185
186
187
188
189
190
191
192
193
194
195
196
197
198
199
200
201
202
203
204
205
206
207
208
209
210
211
212
213
214
215
216
217
218
219

Titel Gleiche Behandlung von Asylsuchenden in der Gesundheitsfürsorge

Antragsteller Baden-Württemberg

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Gleiche Behandlung von Asylsuchenden in der Gesundheitsfürsorge

1 Wir unterstützen eine flächendeckende, einheitliche Ausweitung von adäquater
2 Gesundheitsfürsorge (z. Bsp. nach dem Vorbild des Bremer Modells), welche die
3 Gesundheitsversorgung von AsylbewerberInnen bundesweit vereinheitlicht und der
4 internationalen Menschenrechtsnormen, in Bezug zur Gesundheitsvorsorge, (welche einige
5 Bundesländer teilweise, regional nicht entsprechend leisten können) angemessen ist.
6

7 Wir fordern deshalb, dass:

- 8
- 9 • AsylbewerberInnen mit besonderen gesundheitlichen Bedürfnissen eine geeignete
 - 10 Behandlung zusteht. (Chronische Erkrankungen, Psychologische Betreuung etc.)
 - 11 • Die Bereitstellung eines/r Dolmetscher/in eine „Pflichtleistung“ des Staates sein muss.
 - 12 • Jeder bzw. jede AsylbewerberIn krankenversichert werden muss und auch die
 - 13 entsprechende Karte erhält.
 - 14 • Der freie (!) Zugang zur ärztlichen Versorgung muss gewährt werden! Asylsuchende
 - 15 müssen nicht erst Anträge abgeben um dann zum Arzt gehen zu können.
- 16

17 Wir fordern, dass diese Punkte gesetzlich verankert werden.

18

19 **Begründung:**

20 Staaten sind nach dem Art. 12 des VN- Sozialpaktes verpflichtet, jedem Menschen
21 gleichberechtigten Zugang zur Gesundheitsversorgung sicherstellt. Dies unterlässt Staaten
22 somit Menschen, gesundheitliche Dienste zu verweigern und/oder zu beschränken. Dies ist in
23 einigen Bundesländern nicht gegeben. So können in einigen Bundesländern (nicht
24 medizinisches!) Personal in Pflegeunterkünften entscheiden, ob ein Arztbesuch vonnöten sei.
25

26 Einen nachvollziehbaren Grund AsylbewerberInnen in der Gesundheitsversorgung anders zu
27 behandeln als andere Menschen in Deutschland, ist weder mit dem Grundgesetz, dem
28 Völkerrecht noch mit gesundem Menschenverstand zu vereinbaren. Dabei spielen finanzielle
29 Gründe eine untergeordnete Rolle. Gesundheitsfürsorge ist Menschenrecht und darf auf keinen
30 Fall wirtschaftlich abgewogen werden!

31

32

33

34

35

36

37

38

Titel Offener und kostenfreier Internetzugang in Flüchtlingsunterkünften

Antragsteller Bayern

Zur Weiterleitung an Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Offener und kostenfreier Internetzugang in Flüchtlingsunterkünften

- 1 Vielerorts ist eine Internetversorgung in Flüchtlingsunterkünften, ob in „kurzfristigen“
- 2 Erstaufnahmen oder einer „längerfristigen“ Unterkunft, eine Seltenheit. Dies folgt aus der
- 3 Problematik, dass viele Kommunen sich nicht des Themas annehmen wollen, weil die
- 4 Störerhaftung ihnen ein Dorn im Auge ist: der Gefahr abgemahnt zu werden, wollen sich weder
- 5 Kommunen noch verantwortliche Ämter aussetzen. Dies geschieht zum Leiden der Flüchtlinge,
- 6 welche sich so nur mit teuren Handyverträgen Zugang zum Internet verschaffen können. Das
- 7 Internet ist für alle Menschen heutzutage eine wichtige Dienstleistung, aber vor allem für
- 8 Flüchtlinge, welche mehrere tausende Kilometer von ihren Familien und Bekannten entfernt
- 9 sind, ist es extrem wichtig und notwendig für die Kommunikation. Denn es gibt sonst oft keine
- 10 Möglichkeit, um mit den wichtigsten Menschen, wie den eigenen Kindern, Eltern, Geschwistern
- 11 und EhepartnernInnen usw. in Kontakt zu bleiben.
- 12
- 13 Zusätzlich bietet das Internet viele Möglichkeiten zur Partizipation im Alltag. Es kann Zugang zu
- 14 Plattformen bieten, welche den Menschen in ihrer neuen Umgebung oder bei diversen
- 15 Schwierigkeiten unterstützen können, so z.B. auch Zugang zu Bibliotheken, Wörterbüchern und
- 16 Übersetzungsseiten, welche das tägliche Leben der Menschen hier vor Ort massiv erleichtern
- 17 können. Natürlich wäre so auch ein Zugang zu Kultur und Unterhaltung einfacher, was sich
- 18 positiv auf das alltägliche Leben der Flüchtlinge auswirken würde.
- 19
- 20 Deshalb fordern wir als Jusos eine Ausnahmeregelung oder eine Neuregelung der
- 21 Störerhaftung in Flüchtlingsheimen für die Besteller, die Kommunen und Bezirke.
- 22
- 23 Die Unterstützung von alternativen Möglichkeiten der Bereitstellung von Internethotspots, wie
- 24 zum Beispiel nach dem Vorbild von freifunk.net, muss der Gesetzgeber verstärkt benennen und
- 25 sich auch an den Kosten beteiligen.
- 26
- 27 Zudem fordern die Jusos weiterhin, dass generell an öffentlichen Orten kostenloser
- 28 Internetzugang möglich gemacht werden muss. Es ist längst überfällig, dass alle Menschen an
- 29 öffentlichen Plätzen, in öffentlichen Gebäuden und auch unterwegs in Bussen und Bahnen
- 30 kostenlos online gehen können.
- 31
- 32
- 33
- 34
- 35
- 36
- 37
- 38

Titel Störerhaftung abschaffen, freies WLAN und Internetzugang für Geflüchtete ermöglichen

Antragsteller Berlin

Zur Weiterleitung an Bundesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Störerhaftung abschaffen, freies WLAN und Internetzugang für Geflüchtete ermöglichen

- 1 In vielen Ländern dieser Welt gibt es frei zugängliche WLAN-Netzwerke: ob in Cafés und
- 2 Restaurants, dem ÖPNV oder auf öffentlichen Plätzen, ein drahtloser Internetzugang ist
- 3 vielerorts selbstverständlich und leicht zugänglich. In Deutschland ist die Situation eine andere.
- 4 Die sogenannte Störerhaftung führt dazu, dass jede*r der*die eine Internetverbindung zur
- 5 Verfügung stellt, als sogenannter „Accessprovider“ gilt und damit rechtlich dafür verantwortlich
- 6 ist, was über seinen*ihren Internetzugang geschieht. Werden über einen Internetzugang
- 7 Straftaten oder Urheberrechtsverletzungen begangen haftet der*die Zugangsinhaber*in,
- 8 unabhängig davon, wer die Straftat begangen hat. Dies ist selbst dann oft der Fall, wenn sich
- 9 jemand in ein unzureichend geschütztes Netzwerk eingehackt hat. Dabei gilt der derzeitigen
- 10 Rechtsprechung ein werksseitig voreingestelltes Kennwort nicht als angemessener Schutz.
- 11
- 12 Durch diesen Umstand und eine sehr unterschiedliche Rechtsprechung, aufgrund verschieden
- 13 auslegbarer Gesetzesformulierungen, herrscht eine große (Rechts-)Unsicherheit bei Menschen
- 14 die anderen WLAN-Netzwerke zugänglich machen wollen.
- 15
- 16 In Zeiten der Digitalisierung, Sozialen Netzwerken, Arbeit 4.0 und vielem mehr sollten
- 17 flächendeckende Zugangsmöglichkeiten ins Internet mehr und mehr zur Selbstverständlichkeit
- 18 werden und möglichst geringe Zugangshürden für Nutzer*innen, wie für Anbieter*innen
- 19 aufweisen. In vielen Bereichen sind Internetzugänge notwendige Voraussetzung, um am
- 20 gesellschaftlichen Leben partizipieren zu können, berufliche Aufgaben zu erfüllen oder
- 21 Bildungsangebote wahrnehmen zu können. Doch auf für die private Kommunikation ist ein
- 22 Internetzugang oftmals unerlässlich.
- 23
- 24 Gerade letzteres ist ein wichtiges Anliegen und Grundbedürfnis von geflüchteten Menschen. Für
- 25 sie sind Internetzugänge, explizit auch in Form von WLAN-Netzwerken, essenziell und teilweise
- 26 überlebenswichtig. Über das Internet kann nicht nur Kontakt zu Familien, Freund*innen und
- 27 Bekannten gehalten werden. Die meisten Flüchtenden sind während und nach ihrer Flucht ganz
- 28 konkret auf das Internet angewiesen: um Fluchtrouten zu planen, sich über Gefahren und
- 29 Neuigkeiten auszutauschen oder Überweisungen durchzuführen. Das gilt auch nach der
- 30 Ankunft in Deutschland in Erstaufnahmelagern, Flüchtlingsheimen oder anderen
- 31 Unterbringungsformen. So kann ein Teil des Schriftverkehrs mit Behörden über E-Mail erledigt
- 32 werden, Informationen und Formulare im Bezug auf den Aufenthalt heruntergeladen werden
- 33 oder Übersetzungen im Internet gemacht werden. Darüber hinaus ist es auch ihr gutes Recht
- 34 Kontakte zu halten, mit Familienangehörigen zu sprechen oder aus dem Exil politisch aktiv und
- 35 vernetzt zu sein.
- 36
- 37 Gerade in Flüchtlingsunterkünften sieht die Versorgungssituation mit WLAN-Netzwerken
- 38 allerdings aktuell sehr schlecht aus. Bundesweit bieten nicht mal ein Dutzend Unterkünfte

39 WLAN-Netzwerke an. Grund dafür sind in den meisten Fällen nicht fehlender Wille oder
40 mangelnde Ressourcen, sondern eine allgemeine Rechtsunsicherheit über Haftungsfragen
41 aufgrund der Störerhaftung. Diese verhindert in vielen Fällen die Errichtung von dringend
42 benötigten WLAN-Netzwerken.

43

44 Ob in Flüchtlingsunterkünften oder von privaten oder gewerblichen Anbieter*innen zugängliche
45 gemachten WLAN-Netzwerken: ohne eine vollständige und vorbehaltlose Haftungsfreistellung
46 der WLAN-Anbieter*innen kann es keine lückenlose Versorgung mit freien Internetzugängen
47 geben. Eine Reform der bisherigen Gesetzeslage ist daher dringend notwendig. Die Entwürfe
48 des Wirtschaftsministeriums vom Juni 2015 reichen dabei nicht aus. Es bleiben weiterhin
49 Unklarheiten bestehen, beispielsweise in der Frage, was "zumutbare Maßnahmen" zur
50 Verhinderung von Verstößen in Netzwerken genau sein sollen.

51

52 Daher fordern wir:

53

54 •

55 flächendeckenden offenen WLAN-Zugang durch die Abschaffung der Störerhaftung auch
56 für nicht-gewerbliche Betreiber*innen ermöglichen

57 •

58 Rechtssicherheit für WLAN-Betreiber*innen zu schaffen, die ihre Netzzugänge für Dritte
59 öffnen

60 •

61 auf Identifikations- oder Dokumentationspflichten für WLAN-Anbieter*innen zu verzichten

62 •

63 die Errichtung von WLAN-Netzwerken in Flüchtlingsunterkünften zu unterstützen und zu
64 fördern

65

66

67

68

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

Titel Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen

Antragsteller Baden-Württemberg

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen

1 **Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen**

2

3 Mit der Einführung des BQFG (Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz) auf Bundes- und
4 Landesebene wurde eine gute Basis geschaffen, um MigrantInnen als anerkannten Fachkräften
5 den Zugang zum Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Durch das sogenannte Anerkennungsgesetz
6 haben Menschen mit im Ausland erworbener Berufsqualifikation einen Anspruch auf ein
7 Verfahren zur Prüfung der Gleichwertigkeit ihrer Berufsqualifikation mit einem deutschen
8 Abschluss.

9

10 Dabei wird unterschieden zwischen reglementierten Berufen und nicht-reglementierten Berufen.
11 Bei nicht reglementierten Berufen wird zwischen Ausbildungs- und Studienabschlüssen
12 unterschieden. Nicht reglementierte Ausbildungsabschlüsse müssen nicht – können jedoch
13 anerkannt werden. Dies kann den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern. Für nicht
14 reglementierte Studienberufe gibt es kein Anerkennungsverfahren, die im Ausland erworbene
15 Qualifikation ist in Deutschland gültig. Da dies zahlreichen ArbeitgeberInnen nicht bekannt ist,
16 gibt es als Hilfsmittel die sogenannte Zeugnisbewertung. Sie beschreibt die akademische
17 Qualifikation und bescheinigt die beruflichen und akademischen Verwendungsmöglichkeiten.
18 Sie ist eine vergleichende Einstufung, nicht jedoch eine Anerkennung. Um einen
19 reglementierten Beruf ausüben zu dürfen muss eine im Ausland erworbene Qualifikation
20 zwingend als gleichwertig anerkannt werden.

21

22 Geprüft wird die Gleichwertigkeit durch zuständige Stellen wie z. B. die Berufskammern oder
23 Regierungspräsidien. Solch ein Gleichwertigkeitsverfahren dauert in der Regel 4 Monate und
24 kostet bis zu 600 Euro(hinzukommen in der Regel noch hohe Übersetzungskosten). Die
25 zuständigen Stellen überprüfen die Gleichwertigkeit grundsätzlich anhand von eingereichten
26 Unterlagen und Dokumenten. Diese für die Gleichwertigkeitsprüfung notwendigen Unterlagen
27 können bei Flüchtlingen aus nachvollziehbaren Gründen zum Teil oder vollständig fehlen.

28

29 Wenn die Gleichwertigkeitsprüfung aufgrund von fehlenden Dokumenten nicht möglich ist, dann
30 schreibt §14 BQFG vor, dass (gesetzlich nicht genauer definierte) „sonstige Verfahren“ zur
31 Feststellung der Gleichwertigkeit Anwendung finden. Dies wird jedoch aktuell nur im
32 Zuständigkeitsbereich der Handwerkskammer und der IHK durch das Angebot einer
33 Qualifikationsanalyse umgesetzt.

34

35 Während der Qualifikationsanalyse wird praktisch überprüft, ob eine Person ohne Dokumente
36 über die maßgeblichen Fähigkeiten, Kenntnisse und Fertigkeiten des angegebenen Berufs in
37 ausreichendem Maße verfügt. Das Verfahren ist aufgrund des erhöhten Aufwandes viel teurer
38 als ein reguläres Gleichwertigkeitsverfahren. Bei entsprechender Gleichwertigkeit kann die
39 Person jedoch innerhalb des angegebenen Berufs als Fachkraft tätig werden, wodurch die

40 individuellen Berufschancen verbessert werden.

41

42 Der HWK- und IHK-Bereich entspricht jedoch nur einem kleinen Anteil an vorhandenen
43 Qualifikationen, die MigrantInnen und Flüchtlinge mitbringen. Zahlreiche Flüchtlinge sind hoch
44 qualifiziert, können dies jedoch bei fehlenden Dokumenten nicht belegen. So gehen nicht nur
45 zahlreiche Fachkräfte verloren, die Zukunft von Flüchtlingen wird nachhaltig negativ beeinflusst.

46

47

48 Aus diesem Grund fordern wir:

49

50 •

51 Jede Stelle, die berechtigt ist, eine Berufsqualifikation anzuerkennen, muss auch ein
52 Verfahren anbieten, dass bei Verlust von Dokumenten die Anerkennung der Qualifikation
53 ermöglicht (beispielsweise durch theoretische und/oder praktische Überprüfung der
54 Kenntnisse nach dem Modell der HWK & IHK)

55 • Auch wenn es bei nicht reglementierten Studienabschlüssen kein Anerkennungsverfahren
56 gibt, so muss es auch in diesem Bereich Menschen ohne Dokumenten ermöglicht
57 werden, einen gleichwertigen Abschluss bescheinigt zu bekommen, denn die
58 Fachkenntnis ist vorhanden – es fehlt nur der Nachweis. Aus diesem Grund soll für nicht
59 reglementierte Studienabschlüsse eine zuständige Stelle in jedem Bundesland
60 eingerichtet werden, um das „sonstige Verfahren“ anzuwenden. Hierfür bieten sich
61 beispielsweise Universitäten an, die eine umfassende Kenntnisprüfung abnehmen.

62 • Die damit anfallenden Kosten sollen den Antragstellenden nicht in Rechnung gestellt
63 werden. Zum einen können die Kosten von den Betroffenen nicht getragen werden und
64 würden dadurch eine hohe Hürde bilden. Zum anderen wird die deutsche Wirtschaft
65 erheblich von den anerkannten Fachkräften profitieren. Die Kosten werden sich also
66 langfristig amortisieren.

67 • Die notwendigen deutschen Sprachkenntnisse sollen Flüchtlingen durch kostenlose
68 Sprachkurse vermittelt werden.

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

100

Titel Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge –
besonderer Schutz, besondere Verantwortung

Antragsteller Sachsen

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge – besonderer Schutz, besondere Verantwortung

1 Der Umgang mit in Deutschland ankommenden sogenannten Unbegleiteten Minderjährigen
2 Flüchtlingen (UMF) widerspricht den Regelungen und Schutzvereinbarungen der UN-
3 Kinderrechtskonvention.

4
5 Von Aufnahme über Unterbringung und Betreuung ist die Situation von Flüchtlingskindern und -
6 jugendlichen desaströs und bedarf dringender Veränderung und gezielter politischer
7 Maßnahmen zur Verbesserung.

8
9 Daher fordern wir Jusos endlich eine kindeswohlorientierte Praxis im Umgang mit den
10 minderjährigen Flüchtlingen hinsichtlich der folgenden Kriterien:

11
12 **Aufnahme und Registrierung**

13
14 Unter-16-Jährige werden meist in einer Jugendhilfeeinrichtung untergebracht und erhalten einen
15 Vormund. In vielen Bundesländern durchlaufen sie ein sogenanntes "Clearingverfahren", in
16 Sachsen hingegen finden diese bisher aufgrund zu geringer Kapazitäten nicht statt. Dabei soll
17 geklärt werden, welche Fluchtgründe vorliegen, wo noch Angehörige sind und welche
18 Perspektive es in Deutschland gibt.

19
20 Hier besteht aus Sicht der Jusos die dringende Notwendigkeit entsprechende beschleunigte
21 Aufnahmeverfahren für minderjährige Flüchtlinge getrennt von allgemeinen Aufnahmestellen
22 einzurichten. Die Feststellung des Alters der Flüchtlinge muss unter behördlicher Kontrolle im
23 Sinne des Kindeswohls auf Basis psychologischer Gespräche erfolgen – Untersuchungen der
24 Geschlechtsorgane, wie beispielsweise in Hamburg, müssen als Praxis zur Altersfeststellung
25 bundesweit verboten werden.

26
27 **Unterbringung**

28
29 Die derzeitige Unterbringung, Betreuung und Begleitung von UMF ist aus Sicht der Jusos
30 insbesondere für die 16- bis 18-Jährigen untragbar. Hier verstößt das Deutsche Asylrecht
31 grundlegend gegen die UN-Kinderrechtskonvention!

32
33 Daher fordern wir Jusos unter 16-Jährige möglichst familiär in kleinen betreuten Wohngruppen
34 oder Pflegefamilien unterzubringen, um den zumeist stark traumatisierten Kindern und
35 Jugendlichen schnellstmöglich ein stabiles und sicheres Umfeld zu bieten, das dem
36 Schutzbedürfnis gerecht wird.

37
38 Für die älteren ankommenden Jugendlichen ab 16 muss endlich Schluss sein mit der Praxis,

39 dass sie oftmals über Wochen gemeinsam mit Erwachsenen in den Erstaufnahmeeinrichtungen
40 verbleiben und anschließend ebenso wie diese in Sammelunterkünften untergebracht werden.
41 Wir Jusos fordern die Einhaltung der seit 2010 vorbehaltlos ratifizierten UN-
42 Kinderrechtskonvention und daher eine getrennte Unterbringung von Jugendlichen, auch über
43 16 Jahre, und Erwachsenen. Wir fordern, dass UMF über 16 ebenfalls sofort nach ihrer Ankunft
44 in kleinen betreuten Wohngemeinschaften oder sogar Pflegefamilien untergebracht werden.

45

46 **Begleitung und Betreuung**

47

48 UMF bedürfen besonderer Begleitung, Betreuung und besonderem Schutz. Wir Jusos fordern
49 eine umfassende und intensive persönliche gesundheitliche, psychologische und soziale
50 Begleitung der Kinder und Jugendlichen. Dafür braucht es spezialisiertes Personal, das für
51 jedes Kind und jeden Jugendlichen zur Verfügung steht. Die Kindheit und Jugend der UMF ist
52 durch Krieg, Gewalt und Flucht ruckartig unterbrochen worden. Das bedeutet, dass Traumata
53 aufgearbeitet werden müssen und die UMF Unterstützung dabei brauchen, das Erlebte zu ver-
54 beziehungsweise aufzuarbeiten.

55

56 Wir Jusos fordern daher mehr zu tun als diese Kinder und Jugendliche medizinisch zu
57 versorgen. Die psychische und soziale Begleitung sind als gleichwertig zu betrachten. Auch
58 Flüchtlingskinder haben ein Recht auf Kindheit.

59

60 **Perspektiven**

61

62 UMF haben in den meisten Fällen mehrere Jahre in Krieg, Gewalt und auf der Flucht gelebt.
63 Daher ist es aus Sicht der Jusos eine zwingende Notwendigkeit den Kindern und Jugendlichen
64 gemäß ihrer Begabungen und Wünsche unabhängig vom Alter Unterstützung zukommen zu
65 lassen. Das bedeutet auch, dass beispielsweise an Schulen das Lehrpersonal geschult werden
66 muss, dass für UMF andere Zugangs- und Prüfungsvoraussetzungen gelten sowie
67 Klassenstufen über längere Zeiträume erreicht werden können. Perspektiven aufzeigen heißt
68 auch hier eine individuelle Betreuung gewährleisten, die unabhängig von sprachlicher
69 Qualifikation mit dem Kind beziehungsweise Jugendlichen gemeinsam entscheidet, welche Art
70 der Bildung und Ausbildung angestrebt wird. Hier geht es um Mut machen, Chancen erkennen
71 und Förderung!

72

73 **Rechtliche Regelungen und Finanzen**

74

75 Wir fordern eine kindeswohlorientierte Praxis. Das bedeutet im Sinne der Kinderrechte, dass
76 gemeinsam mit den Kindern und Jugendlichen entschieden wird, welche Maßnahmen und
77 Angebote genutzt werden. Gleichzeitig bedeutet es jedoch auch, dass Kindern und
78 Jugendlichen besonderer Schutz und besondere Förderung zukommen muss.

79

80 Wir Jusos fordern zudem, dass keine Abschiebung von UMF möglich ist. UMF, die während
81 Krieg und Flucht von ihren Familien getrennt wurden oder Waisen sind, müssen
82 uneingeschränkter Aufenthalt bekommen. Dieser dauerhaft garantierte Aufenthalt darf auch mit
83 dem 18. Geburtstag nicht enden! Bisher ist es so, dass UMF nur geduldet werden und ihr
84 Asylverfahren meist erst zum 18. Geburtstag gekoppelt an bestimmte Kriterien, wie
85 beispielsweise der 6-jährige Schulbesuch, entschieden wird. Diese Praxis widerspricht unserer
86 Forderung nach einem dauerhaft sicherem Umfeld mit einer Zukunftsperspektive in Frieden für
87 die UMF.

88

89 Wir fordern, dass die Begleitung und Betreuung von UMF Bundesangelegenheit wird und eine
90 deutliche Finanzierungssteigerung erwirkt wird. Im Bundeshaushalt soll daher ein eigener Titel
91 für die Versorgung der UMF veranschlagt werden, um so Länder und Kommunen zu entlasten
92 sowie eine flächendeckende, einheitliche Finanzierung zu garantieren.

93

94 **Umdenken in der Verwaltung**

95

96 Wir fordern ein grundlegendes Umdenken in den Verwaltungsstrukturen von Bund, Ländern und
97 Kommunen. Dazu gehören Weiterbildungsmaßnahmen von Behördenmitarbeiter_innen mit dem
98 Ziel sie für den Umgang mit UMF zu schulen. Ebenso ist es wichtig klare Regelungen zur
99 Beachtung des Kindeswohls in Durchführungsverordnungen und denen für die

100 Ausländerbehörden verbindlichen Verwaltungsvorschriften zu den einschlägigen Gesetzen zu
101 schaffen. Außerdem ist eine kindgerechte personelle und finanziell ausreichende Ausstattung
102 der asyl- und aufenthaltsrechtlichen Verfahrensberatungsstellen unabdingbar.

103
104
105
106
107
108
109
110
111
112
113
114
115
116
117
118
119
120
121
122
123
124
125
126
127
128
129
130
131
132
133
134
135
136
137
138
139
140
141
142
143
144
145
146
147
148
149
150
151
152
153
154
155
156
157
158
159
160

Titel Der Westbalkan ist nicht sicher! Nein zum Konzept „sicherer Herkunftsstaaten“!

Antragsteller Berlin

Zur Weiterleitung an Bundesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Der Westbalkan ist nicht sicher! Nein zum Konzept „sicherer Herkunftsstaaten“!

- 1 Wir fordern die SPD Bundestagsabgeordneten dazu auf sich gegen die Einstufung weiterer
- 2 Balkanstaaten als „sichere Herkunftsländer“ einzusetzen. Außerdem müssen alle Einstufungen
- 3 als 'sichere Herkunftsstaaten' zurückgenommen werden und die Kategorisierung darf nicht mehr
- 4 angewendet werden. Weiterhin fordern wir die Aufhebung des Konzepts „sicherer
- 5 Herkunftsstaaten“ insgesamt. Wir lehnen das Konzept der sicheren Herkunftsstaaten prinzipiell
- 6 ab. Das Grundrecht auf Asyl wird durch die Einstufung von Staaten als „sichere“
- 7 Herkunftsländer ausgehebelt und das Recht auf eine individuelle Prüfung der Asylgründe wird
- 8 untergraben.
- 9
- 10 Schon die im letzten Herbst beschlossene Einstufung Serbiens, Bosnien und Herzegowinas und
- 11 Mazedoniens war ein schwerwiegender Fehler. Blickt man auf die Situation von Roma in diesen
- 12 Ländern, die oft gettoisiert, ohne Wasser und Elektrizität, segregiert vom Rest der Bevölkerung
- 13 leben und oft auch körperlicher Gewalt ausgesetzt sind, kann einem diese Entscheidung nur als
- 14 schlechter Scherz erscheinen. Länder, in denen Minderheiten massiv diskriminiert,
- 15 Journalist*innen bedroht oder Schwule und Lesben straffrei angegriffen werden, kann kein
- 16 Persilschein ausgestellt werden. Nun sollen auch Montenegro, Kosovo und Albanien als „sicher“
- 17 eingestuft werden was unter anderem mit den niedrigen Anerkennungszahlen begründet wird.
- 18 Doch solche können auch absichtlich klein gehalten werden, wie der Vergleich mit anderen EU
- 19 Ländern zeigt, in denen die Anerkennungszahlen weitaus höher liegen und neben dem
- 20 Flüchtlingsstatus auch mit Subsidiärem Schutz gearbeitet wird.
- 21
- 22 Aufgrund der langsamen und korruptionsanfälligen Justiz gibt es in Albanien keine effektive
- 23 Strafverfolgung und keinen wirksamen Schutz gegen Bedrohungen durch Blutrache,
- 24 rassistische und homophobe Übergriffe oder geschlechtsspezifische Gewalt. Selbst das
- 25 Auswärtige Amt berichtet von ethnisch motivierter Diskriminierung gegenüber Roma, Korruption
- 26 und organisiertem Verbrechen. In Montenegro wurden kritische Journalist*innen immer wieder
- 27 Opfer von Anschlägen. Nicht nur bei Gewalt gegen Medienvertreter*innen herrscht faktische
- 28 Straffreiheit. Polizist*innen, die erwiesenermaßen folterten gingen straffrei aus und homophobe
- 29 Gewalt, die nicht geahndet wird ist alltäglich. Sowohl im Kosovo, als auch in Albanien sind
- 30 Bundeswehrsoldat*innen im Einsatz. Ein Staat für dessen Friedenssicherung UN Truppen
- 31 notwendig sind ist kein „sicherer Herkunftsstaat“.
- 32
- 33 Eine Einstufung als „sichere Herkunftsstaaten“ würde vielen weiteren Menschen ihre Chance
- 34 auf individuelle Prüfung ihrer Anträge nehmen und sie pauschal abweisen. Eine Einspruchsfrist
- 35 von einer Woche - eine der kürzesten im deutschen Rechtssystem - und eine Klagemöglichkeit,
- 36 die keine aufschiebende Wirkung hat, ist nicht hinnehmbar. Das können und dürfen wir nicht
- 37 mittragen. Wir müssen verhindern, dass das Asylrecht Stück für Stück weiter demontiert wird!
- 38 Die europäische Migrations- und Asylpolitik steht in untrennbarer Verbindung mit der

39 Positionierung gegenüber den sozialen Problemen der Herkunftsländer. Daher fordern wir die
40 Bundesregierung dazu auf, ihre Anstrengungen für die Verbesserung der Lebensverhältnisse in
41 den Balkanstaaten massiv zu verstärken. Dazu muss die wirtschaftliche und humanitäre
42 Unterstützung verstärkt und der mangelhafte Erfolg der Rechtsstaatlichkeitskommission EULEX
43 sowie die Vorwürfe von Korruption innerhalb dieser Behörde gründlich untersucht werden.
44 Angesichts der schweren Vorwürfe organisierter Kriminalität an Spitzenpolitiker*innen der
45 Westbalkanstaaten wie etwa Hashim Thaçi im Kosovo oder dem mangelnden Willen, ethnische
46 Minderheiten vor rassistischer Diskriminierung zu schützen, sollen auch diplomatische
47 Sanktionen nicht ausgeschlossen werden.

48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89
90
91
92
93
94
95
96
97
98
99

Titel Pro Asyl gegen Eurosur

Antragsteller Braunschweig

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Pro Asyl gegen Eurosur

1 **Was ist Eurosur?**

2 Am 22.10.2013 einigte sich die Europäische Union in der Verordnung Nr. 1052/2013 auf die
3 Errichtung eines europaweiten Grenzüberwachungs- und Informationsaustauschsystems: Das
4 European Border Surveillance System oder kurz: Eurosur.

5 Im Rahmen von Eurosur soll in jedem Land der europäischen Union ein sogenanntes
6 nationales Koordinierungszentrum errichtet werden. Diese Koordinierungszentren sammeln die
7 Informationen aller Grenzüberwachungsbehörden (d.h. Zoll, Grenzschutz,
8 Einwanderungsbehörde etc.) und weitere Daten, die durch neu installierte
9 Grenzüberwachungsinstrumente (Schiffssensoren, Drohnen, Satellitenüberwachung etc.)
10 erhoben werden, um sie in einem nationalen Lagebild zusammenzufassen.

11 Das nationale Lagebild soll in erster Linie als Informationsquelle für Frontex, der europäischen
12 Grenzschutzbehörde, dienen und unter anderem eine Einstufung des Gefährdungspotenzials
13 aller Ereignisse an den Grenzen beinhalten.

14 Aus der Summe dieser nationalen Lagebilder entwickelt Frontex das sogenannte „europäische
15 Lagebild“.

16 In dem ebenfalls eine Einstufung des Gefährdungspotenzials bezüglich Grenzüberschreitender
17 Kriminalität und Flüchtlingsströme, allerdings diesmal ganzer Grenzabschnitte, enthalten sein
18 soll.

19 Zusätzlich entwickelt Frontex, mithilfe von nicht EU-Ländern und den bereits erwähnten
20 Grenzüberwachungsinstrumenten, ein „Informationsbild des Grenzvorbereichs“.

21 Das Wort „Grenzvorbereich“ schließt hierbei alles ein was außerhalb der europäischen Union
22 liegt, seien es internationale Gewässer oder Häfen und Küstenabschnitte anderer Länder.

23 Auch bei diesen erfolgt wiederum eine Einstufung bezüglich ihres Gefährdungspotenzials.

24 Am Ende sollen alle diese Informationen Teil des bereits bestehenden CISE (Common
25 Information sharing Environment) werden, zudem theoretisch jedes Mitgliedsland
26 uneingeschränkten Zugriff haben soll.

27 Ob und wie genau diese Eingliederung passiert steht jedoch noch nicht fest.

28

29 Nach eingehender Beschäftigung mit der Verordnung Nr. 1052/2013 und dem Aufsatz
30 „Borderline“ der Heinrich Böll Stiftung zu diesem Thema kommen wir jedoch zu folgenden
31 Ergebnissen:

32

33 **Eurosur besitzt keine rationale Legitimation**

34 Die Idee von Eurosur steht nicht, wie in der Vergangenheit vielfach von Politikern behauptet
35 wurde, im Zusammenhang mit dem Arabischen Frühling des Jahres 2011, sondern ist bereits
36 sehr viel älter.

37 Tatsächlich sollen bereits 2008, nach Informationen der Heinrich Böll Stiftung, Pläne für ein
38 Projekt wie Eurosur vorgelegen haben.

39 Allerdings kam die Flucht einer größeren Zahl von Menschen aus Tunesien an die Küsten

40 Frankreichs, im Zuge des arabischen Frühlings, für die Durchführung von Eurosur nicht
41 ungelegen.
42 Schnell wurde dieses Ereignis genutzt und auf Basis von Rechtspopulismus und dem gezielten
43 Spiel mit den Ängsten der europäischen Bevölkerung (Flüchtlingswelle/ Flüchtlingsflut) wurde
44 versucht das von langer Hand geplante Projekt zur Abschirmung europäischer Grenzen zu
45 legitimieren.
46 Der Schutz und die Rettung von Flüchtlingen spielte hierbei eine geringe bis gar keine Rolle.
47

48 **Eurosur dient der Flüchtlingsbekämpfung**

49 Auch wenn Eurosur immer wieder als Flüchtlingsschutzprogramm verkauft wird, so erkennt man
50 die tatsächliche Aufgabe dieses Projekts beim lesen der europäischen Verordnung nur allzu
51 deutlich.

52 Hauptsächlich ist hier die Rede von der Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität, deren
53 Bedeutung und Verbreitung in Wirklichkeit nicht nachweisbar ist, und der Bekämpfung illegaler
54 Einwanderung.

55 Unter Punkt 3) der Verordnung heißt es dann: „In dieser Verordnung wird anerkannt, dass die
56 Migrationsrouten auch von Menschen genutzt werden, die internationalen Schutz benötigen“.
57 Insofern wird von der europäischen Union auf der einen Seite keine klare Trennung von
58 Migranten und Asylsuchenden gemacht und auf der anderen Seite die begründete
59 Asylbewerbung klar als Randerscheinung dargestellt.

60 Darüber hinaus fehlt es der Verordnung an einer Festlegung, wie mit Menschen, die von
61 Eurosur beim Grenzübertritt registriert worden sind verfahren werden soll.

62 Es existiert weder eine Richtlinie, die die Rettung von Migranten oder Flüchtlingen vorschreibt
63 noch eine, die etwa die Art deren späterer Unterbringung spezifiziert.

64 Wäre Eurosur ein Programm zum Schutz von Flüchtlingen müssten diese Regelungen klar im
65 Vordergrund stehen oder zumindest eindeutig formuliert sein
66

67 **Eurosur mangelt es an Objektivität**

68 Allerdings bleibt nicht nur das Verfahren mit Flüchtlingen den unterschiedlichen Regelungen und
69 subjektiven Einschätzungen der Mitgliedsländer überlassen.

70 Auch bei der Risikobewertung, die eine wichtige Säule bei Eurosur darstellen soll, bestehen
71 keinerlei Vorgaben nach welchen Kriterien diese Einstufung erfolgt oder was aus einer
72 entsprechenden Einstufung für Konsequenzen gezogen werden.

73 Hierzu heißt es lediglich, Das betreffende Land solle bei unerheblichen Auswirkungen (low
74 impact level) eine ausreichende Anzahl an Truppen und Ressourcen zur Verfügung stellen, bei
75 moderaten Auswirkungen (medium impact level) solle zusätzlich eine geeignete
76 Grenzüberwachung installiert werden und bei erheblichen Auswirkungen (high impact level)
77 sollen vorhergegangene Maßnahmen verstärkt werden.

78 Die Frage, welche Neuerungen derartig formulierte Verordnungen bringen, bleibt besser
79 unausgesprochen.
80

81 **Eurosur kennt keine Kostenbremse**

82 Was allerdings die Kosten für Eurosur anbelangt so zeigte sich die Europäische Union, trotz der
83 Finanzkrise, die noch nicht ausgestanden ist, überraschend freigiebig.

84 Statt einer Festlegung über den Etat des Projekts heißt es hierzu: „ Die Agentur (Frontex) soll
85 mit entsprechenden finanziellen und personellen Mitteln ausgestattet werden, damit sie die ihr
86 im Rahmen dieser Verordnung zusätzlichen Aufgaben angemessen erfüllen kann“.

87 Die Heinrich Böll Stiftung kritisiert in diesem Zusammenhang, dass die Einschätzung über die
88 Kosten des Projekts über 338 mio € viel zu gering sind und einen Rahmen von mehr als 850
89 mio € leicht sprengen könnten.

90 Vor allem, da die einzigen Gutachten über das Kosten Nutzen Verhältnis des Projekts von
91 Frontex, beziehungsweise von den Hard- und Software Entwickler Firmen, die massiv von der
92 Durchführung des Projektes profitieren, erstellt wurden.
93

94 **Eurosur ist Technokratie statt Demokratie**

95 Die Firmen, welche know how und Material für Eurosur liefern, sind dabei stärker in den
96 politischen Entscheidungsprozess eingebunden als das europäische Parlament oder die
97 Bevölkerung der Mitgliedsstaaten. Legitimation erhält Eurosur einzig und allein von der
98 europäischen Kommission und Frontex. Eine breite Diskussion der Bürgerinnen und Bürger, wie
99 es sie vor der Einführung von Frontex gab suchte man vor der Einführung von Eurosur
100 vergeblich.

101 Im weiteren Verfahren soll das europäische Parlament von Frontex alle zwei Jahre und von der
102 Kommission alle 4 Jahre eine Einschätzung über das funktionieren von Eurosur erhalten.
103 Die Möglichkeit sich selbst ein Bild machen oder auf Basis der Ergebnisse Einspruch gegen das
104 Projekt erheben zu können fehlt jedoch.

105

106 **Eurosur ist Machtbasis und Datenmonopol**

107 Obwohl die unterzeichnenden Mitgliedstaaten sich verpflichten uneingeschränkt alle Daten
108 bezüglich ihrer Grenzen an Frontex weiterzugeben ist ein uneingeschränkter Zugriff auf diese
109 nicht vorgesehen.

110 Stattdessen behält Frontex sich vor, Informationsgesuche aus Mitgliedsstaaten, ablehnen zu
111 können.

112 Zum Teil müssen Mitgliedsstaaten auch streng geheime Informationen, wie zum Beispiel den
113 Status, die Stärke und die Bewegung von Truppen, die sich in der Nähe von Grenzgebieten
114 aufhalten weitergeben.

115 Solche Berichte mögen zwar ungefährlich in Bezug auf unsere europäischen Nachbarn wirken.

116 Allerdings erhalten sie eine gewisse Brisanz bezieht man mit ein, dass es auch Drittstaaten,
117 innerhalb eines von Frontex im Einzelfall festzulegenden Rahmen, möglich ist Informationen
118 aus Eurosur zu erhalten.

119 Dabei werden illegale Zugriffe auf Eurosur, die durchaus nicht unmöglich sind, noch
120 unberücksichtigt gelassen.

121 Eurosur könnte also für jedes der unterzeichnenden Mitgliedsländer zum Sicherheitsproblem
122 werden.

123 Allerdings ist nicht nur der Datenschutz der Mitgliedsländer sehr unsicher. Auch von
124 Privatpersonen werden innerhalb von Eurosur Daten gesammelt, deren Weiterverbreitung
125 schon festgelegt ist, da es sich bei Eurosur schließlich um ein Informationsaustauschsystem
126 handelt.

127

128 **Eurosur ist europäische Vorratsdatenspeicherung**

129 Vor allem mithilfe der Satellitenüberwachung und der Sensor gestützten Schiffserkennung, die
130 an den Europäischen Seegrenzen erfolgen, werden von Eurosur Daten über Europäische
131 Bürgerinnen und Bürger erhoben und gespeichert.

132 Die Heinrich Böll-Stiftung, behauptet sogar, dass es nicht bei der Erhebung dieser Daten
133 bleiben wird und Eurosur aus mangelnder Differenzierungsmöglichkeit jedwede Urlaubsreise
134 und andere Grenzüberschreitung innerhalb des Schengenraums registrieren könnte.

135 Die zukünftigen Pläne Eurosur mit in das europäische CISE (Common Information Sharing
136 Environment) zu überführen würden nach Befürchtungen der HBS dazu führen, dass
137 Datenschutz bald überhaupt nicht mehr gewährleistet werden könnte.

138

139 **Fazit**

140 Wir sind davon überzeugt, dass die breite Masse der europäischen Bevölkerung Eurosur nicht
141 mittragen würde, wenn man sie über die Gefahren dieses Systems nicht im unklaren ließe.

142 Mit der Behauptung Eurosur sei ein Programm zum Schutz für Flüchtlinge werden dabei
143 bestimmte Informationen gezielt verschleiert.

144 Tatsächlich von dem Projekt profitieren können nur Frontex, der eine breite Machtbasis
145 zugesprochen wird, und die Firmen, die ihre Technologie zu beinahe beliebigem Preis an die
146 Europäische Union verkaufen können.

147 Unsere Forderung, da der Nutzen eines Systems wie Eurosur nicht nachweisbar, jedoch die
148 Gefahren und Kosten, die es birgt, erheblich sind, ist Eurosur umgehend einzustellen und die
149 gesparten Gelder zum Wohle der Flüchtlinge und nicht zu ihrer Abschreckung einzusetzen.

150

151

152

153

154

155

156

157

158

159

160

161

Titel Dauerhaftes Bleiberecht für Opfer
rassistischer Gewalt

Antragsteller Sachsen

Zur Weiterleitung an SPD-Bundesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Dauerhaftes Bleiberecht für Opfer rassistischer Gewalt

1 Rassistische Gewalttaten und Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte haben in den vergangenen
2 Wochen einen traurigen Höhepunkt erreicht. Bis Ende August 2015 gab es in der
3 Bundesrepublik insgesamt 340 Angriffe auf entsprechende Einrichtungen. Damit hat sich die
4 Zahl der Übergriffe im Vergleich zum Vorjahrszeitraum beinahe verdoppelt. Die rechte Gewalt auf
5 Schutzsuchende hat eine neue Dimension erreicht.

6
7 Der Rechtsstaat muss gegen rassistische Gewalttaten ein deutliches Signal setzen - nicht nur
8 im Hinblick auf die konsequente Bestrafung der Täter, sondern auch in Bezug auf die Opfer.
9 Asylsuchende ohne Aufenthaltstitel, sind als Opfer rechter Gewalt, in laufenden Gerichts- und
10 Strafverfolgungsprozessen doppelt entrechtet. Es ist schlimm genug, dass die Bundesrepublik
11 die Sicherheit hier Schutz suchender Menschen oft nicht gewährleisten kann. Hinzu kommt,
12 dass die Opfer in ihrer Rolle als Ankläger*innen und Zeugen eines Prozesses dennoch
13 abgeschoben werden können. Sie haben damit nicht nur die Folgen von Ausgrenzung und Hass
14 hinzunehmen, sondern auch die drohende Abschiebung. Das ist vor dem Hintergrund der
15 grassierenden Gewalt gegen Asylsuchende nicht länger hinnehmbar.

16
17 Daher fordern wir, dass die Opfer rassistischer Gewalttaten ein dauerhaftes Bleiberecht
18 bekommen. Damit wird die Bundesrepublik nicht nur ihrer gesellschaftlichen Verantwortung
19 gegenüber den Opfern und ihrem sozialen Umfeld gerecht, sondern setzt auch ein klares
20 politisches Signal an Täter und Gesellschaft. Wir bieten den Betroffenen nach ihrer
21 traumatischen Gewalterfahrung Sicherheit und Schutz an und signalisieren, dass sie nicht allein
22 gelassen werden.

23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38

Titel Antrag zur Erweiterung des Resettlement-
Programms des Bundes

Antragsteller Berlin

Zur Weiterleitung an Bundesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Antrag zur Erweiterung des Resettlement-Programms des Bundes

1 Um uns herum schwellen die Konflikte in unerträglichen Ausmaß an: ob in der Ukraine, im
2 Jemen, in Syrien, im Irak: Der zivilen Bevölkerung zu helfen ist ein Gebot der Menschlichkeit.
3 Die Bundesregierung muss hier Verantwortung übernehmen. Die Bundesregierung hat über das
4 bestehende Asylrecht hinaus die souveräne Möglichkeit seine jährlich im Rahmen des
5 Resettlement-Programms der UNHCR (Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen) zur
6 Verfügung gestellten Plätze für Geflüchtete zu erhöhen.

7
8 Resettlement ermöglicht die Neuansiedlung von Geflüchteten in einem anderen als ihr
9 Aufnahmeland. Im Rahmen des deutschen Resettlement-Programms werden Geflüchtete
10 aufgenommen, die einen dauerhaften Aufenthaltsstatus in Deutschland bekommen können.
11 Derzeit nimmt Deutschland jährlich nur 500 Menschen über das Resettlement-Programm auf.

12
13 Es muss den Geflüchteten nicht nur eine unbürokratische Einreise, sondern auch eine wirkliche
14 Sicherheit und Integrationschancen ermöglicht werden.

15
16 Wir fordern daher:

17
18 • eine drastische und dauerhafte Erhöhung der durch die Bundesregierung zur Verfügung
19 gestellten Plätze im Rahmen des Resettlement-Programms
20 • für in Deutschland aufgenommene Resettlement- Geflüchtete nach § 23 Abs. 2 des
21 Aufenthaltsgesetzes:

22
23 • das Recht auf freie Erwerbstätigkeit
24 • Sozialleistungen nach SGB II und SGB XII
25 • Anspruch auf eine angemessene eigene Unterkunft
26 • Anspruch auf die Teilnahme von Sprach- und Integrationskursen
27 • Kostenlose Migrationsberatung

28 • eine Reform des Resettlement-Verfahrens:
29 • Das Resettlement-Auswahlverfahren darf nicht nach Bildungsstand, Herkunft oder
30 Religionszugehörigkeit entschieden werden, sondern je nach Notlage.

31
32 • Das Verfahren soll von der vor Ort in den Geflüchtetenlagern
33 funktionierenden Aufnahmestellen organisiert werden. Familienmitglieder
34 der Geflüchteten müssen automatisch auch an dem Programm eingebunden
35 und bei der Einreise die Familienzusammenführung beachtet werden.
36 • Es sollte unmittelbar nach der Ankunft eine intensive Erstbetreuungsphase
37 mit gesundheitlicher und psychologischer Unterstützung stattfinden.
38 • Resettlement-Flüchtlinge erhalten eine unbefristete

39 Aufenthaltsgenehmigung, eine Niederlassungserlaubnis und eine
40 Anerkennung als Flüchtlinge nach der Genfer Flüchtlingskonvention.
41 • Resettlement-Flüchtlinge erhalten eine freie Wohnortwahl ohne
42 Residenzpflicht. Kommunen stellen für sie ausreichende Kontingente im
43 öffentlichen Wohnungsbau bereit.
44

45 Resettlement-Programme sind für uns ein erster, wichtiger Zwischenschritt. Wir setzen uns
46 deshalb weiterhin für ein globales Recht auf Migration und Bewegungsfreiheit ein, das durch die
47 Bundesrepublik Deutschland aktiv gefördert werden muss, sowie einem bedingungslosen
48 Bleiberecht. Grenzen müssen überwunden werden.
49

50 **Begründung:**

51 Einer der Hauptgründe weshalb Menschen aus ihrer Heimat fliehen, sind Kriege und bewaffnete
52 Konflikte. Um in Deutschland Asyl beantragen zu können, müssen es Geflüchtete jedoch erst
53 einmal hierher schaffen. Doch die Außengrenzen Europas sind so stark gesichert, dass es
54 Flüchtenden nicht möglich ist, die Europäische Union zu erreichen. Da es an legalen
55 Einreisemöglichkeiten fehlt, haben Menschen keinen anderen Weg, als ihr Leben
56 Schlepperbanden anzuvertrauen, die sie für viel Geld auf oft tödlichen Wegen in die EU bringen.
57 Auch der Weg über Griechenland ist nahezu ausweglos und die Menschen müssen dort unter
58 unmenschlichen Bedingungen Monate lang auf ein Asylverfahren warten.
59

60 Das Ziel auf lange Sicht ist ein faires und EU-weites einheitliches Asylverfahren sowie die
61 Freizügigkeit für alle Menschen innerhalb der EU. Europa muss endlich zu einer humanen
62 Geflüchtetenpolitik finden und möglichst allen Hilfesuchenden die Einreise gewähren.
63

64 Darauf soll die Bundesregierung hinwirken und endlich die Verantwortung übernehmen. Die
65 erweiterte Teilnahme Deutschlands am Resettlement-Programm mit Hilfe der UNHCR
66 ermöglicht die Neuansiedlung von Geflüchteten in einem anderen als ihr Aufnahmeland.
67

68 Die meisten Geflüchteten kommen aus Ländern, wie Syrien, Sri Lanka, Afghanistan, Irak,
69 Somalia, und China, wo sie keine Rückkehrperspektive haben.
70

71 Obwohl das UNHCR 800.000 Resettlement-Plätze benötigt, werden jährlich weltweit nur 80.000
72 Geflüchtete resettlet. Die meisten von ihnen finden in den USA, Kanada und Australien eine
73 neue Heimat, während Europa nur 5000 neu ansiedelt. Großbritannien nimmt 750, Finnland 750
74 (bei 5 Mio. Einwohnern!), Norwegen 1200 und Schweden 1900 Menschen auf. In Deutschland
75 beträgt diese Zahl 300, die ab 2015 auf 500 erweitert werden soll. Dies ist immer noch sehr
76 wenig. Das Ziel ist die Zahl zu erhöhen und somit die Unverhältnismäßigkeit des Resettlement-
77 Programms auszugleichen. Durch das Resettlement-Programm kann die Einreise nach
78 Deutschland für die Geflüchteten vereinfacht und der riskante Weg mit Hilfe von
79 Menschenschmugglern sicher umgangen werden.
80

81
82
83
84
85
86
87
88
89
90
91
92
93
94
95
96
97
98
99

Titel Regelung zu sicheren Herkunftsstaaten im
Asylrecht abschaffen

Antragsteller Bayern

Zur Weiterleitung an Juso-Bundesvorstand, SPD-Bundesparteitag, SPD-
Parteikonvent, SPD-Parteivorstand, SPD-
Bundestagsfraktion

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Regelung zu sicheren Herkunftsstaaten im Asylrecht abschaffen

1 Seit in den vergangenen Monaten eine steigende Zahl an Flüchtlingen in Richtung Europa zur
2 verzeichnen ist, musste eine parallel stattfindende Entsolidarisierung der Politik mit Flüchtlingen
3 festgestellt und der Ausbau der Festung Europa evidentierte werden. So zum Beispiel durch den
4 Bau des Grenzzauns zwischen Ungarn, Kroatien und Serbien durch die Regierung Orban. Die
5 Bereitschaft zur Aufnahme von Flüchtlingen, falls in so manchen Fällen überhaupt vorhanden,
6 nimmt in Europa rapide ab. Trotz des überwältigenden zivilgesellschaftlichen Engagements,
7 finden auch in Deutschland restriktive Maßnahmen ihren Weg in die Politik. Mit dem Instrument
8 der Deklaration von sog. sicheren Herkunftstaaten, sollen Flüchtlinge aus ebendiesen Staaten
9 von vornherein keine Möglichkeit erhalten ein Asylverfahren anzustreben. Am 19. September
10 2014 wurde vom Bundesrat eine höchst umstrittene Ergänzung des geltenden Asylrechts mit
11 knapper Mehrheit verabschiedet. So wurden drei neue Länder zur Kategorie der sicheren
12 Herkunftsländer hinzugefügt: Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina. Als Ergebnis des
13 Asylgipfels vom September 2015, wurde nun auch beschlossen Albanien, Kosovo und
14 Montenegro als sichere Herkunftstaaten zu deklarieren.

15

16 Seit dem „Asylkompromiss“ von 1993 werden Asylanträge aus den so klassifizierten Staaten in
17 einem Schnellverfahren bearbeitet. Dabei geht man von der gesetzlichen Vermutung aus, dass
18 in diesen Ländern keine Gefährdungen vorliegen. Dementsprechend ist die prinzipielle Chance
19 auf einen erfolgreichen Asylantrag verschwindend gering bis unmöglich. Momentan gilt diese
20 Vermutung bis auf Ghana und Senegal nur für Staaten der Europäischen Union sowie Serbien,
21 Mazedonien und Bosnien-Herzegowina.

22

23 Doch besteht großer Zweifel daran, dass diese gesetzliche Vermutung der Wirklichkeit gerecht
24 wird. Betrachtet man gerade die drei neu hinzugefügten Staaten, so kann man sicherlich kaum
25 von sicheren Herkunftsländern reden.

26

27 So ist die Freiheit der Medien nur begrenzt gegeben. Beispielhaft hierfür steht Mazedonien, das
28 auf dem Index zur Pressefreiheit 2014 von Reporter ohne Grenzen den 123. von 180 Plätzen
29 belegt und mittlerweile nur noch den Status eines halbfreien Staates inne hat. Repressionen
30 und Haftstrafen gegen regierungskritische JournalistInnen, kommen vermehrt vor.

31

32 Die Lebensrealität des LGBTI-Anteils der Bevölkerung ist in der Region nach wie vor
33 unzumutbar. Kirchen, Organisationen, Parteien und z.T. Medien agitieren offen gegen freie
34 Äußerung oder rufen zu Gewalt auf. Queere Vereine, Organisationen und Veranstaltungen
35 existieren nur unter massivem Polizeischutz und sind und bleiben Ziel konservativer, religiöser,

36 nationalistischer und faschistischer Kräfte. Prides, so sie denn zugelassen werden, sind ohne
37 den Einsatz von polizeilichen Spezialeinsatzkommandos nicht durchführbar. Der CSD 2014 in
38 Belgrad konnte so zum Beispiel nur unter Einsatz von 7000 PolizistInnen „erfolgreich“ ohne
39 Zwischenfall durchgeführt werden. Bosnien und Herzegowina, Serbien und Mazedonien stellen
40 in dieser Hinsicht allerdings keinen Sonderfall, EU-Mitgliedsstaaten in der Region
41 eingeschlossen, keinen Sonderfall dar.

42

43 Eine Diskriminierung von Roma findet in allen Staaten des osteuropäischen Raumes, aber auch
44 in Westeuropa statt. Sie gehören bestenfalls zu BürgerInnen zweiter Klasse. Die ihnen durch
45 Vorurteile und Klischees zugeschriebene Lebensweise führt dazu, dass sie nur selten am
46 gesellschaftlichen Leben teilhaben dürfen oder können. Der Zugang zu Bildung, dem
47 Gesundheits- und Sozialsystem oder Arbeit wird Roma staatlich geduldet oder gefördert
48 verwehrt. Um die Ausreise und Beantragung von Asylverfahren in anderen Staaten zu
49 erschweren werden ihnen oftmals Staatsbürgerschaft und/oder Ausweispapiere vorenthalten.
50 Auch in diesem Fall stellen Bosnien und Herzegowina, Serbien und Mazedonien keine
51 Sonderfälle dar.

52

53 Ein sicheres und repressionsfreies Leben ist für Asylsuchende aus den genannten Ländern nur
54 schwer bis nicht möglich. Die Situation in den nun durch den Bundestag als unbedenklich
55 einzustufenden Staaten Albanien, Montenegro und Kosovo ist äquivalent oder noch schwieriger.
56 In EU-Staaten, wie Ungarn oder Rumänien sind die Verhältnisse nur marginal besser. Eine
57 Deklaration als sichere Heimatstaaten ist als Verhöhnung der Situation dieser Menschen zu
58 betrachten und nicht akzeptabel.

59

60 Eine derartige systematische Diskriminierung begründet jedoch nach heutiger deutscher
61 Rechtslage keinen individuellen Asylanspruch. Es handelt sich schlicht nicht um anerkannte
62 Asylgründe, wobei nicht selten jedoch eine Rückführung in eben diese elenden Verhältnisse
63 nach Ablehnung des Asylantrages nicht stattfinden kann, weil eben Leben und Gesundheit der
64 Antragssteller_Innen nicht gewährleistet werden kann. Der Vollständigkeit halber sei zudem
65 darauf hingewiesen, dass auch Vertreter_Innen der albanischen Minderheit in Mazedonien
66 ernsthaft und zunehmend staatlich administrierten und geduldeten Repressionen unterliegen.

67

68 Wo eine solche Behandlung eigener Minderheiten jedoch gängige und eben auch staatliche
69 Praxis ist, fällt es nicht schwer sich die Behandlung Einzelner auszumalen, die sich in
70 irgendeiner Art und Weise die Aufmerksamkeit oder gar den Unmut eines solchen Regimes und
71 seiner Organe zugezogen haben. Individuelle Gründe, deren Prüfung und Würdigung im
72 angestrebten „beschleunigten Asylverfahren“, welches ja mit der Ausweisung von sicheren
73 Herkunftsstaaten bezweckt wird, nicht wie geboten erfolgt beziehungsweise auch nur erfolgen
74 kann. Die Einzelfallprüfung wird dort zur Farce, wo ein Antrag initial als „automatisch
75 offensichtlich unbegründet“ eingestuft wird und es den, häufig ja recht hilflosen,
76 Antragssteller_Innen auferlegt wird, das BAMF von diesem vorgefassten Urteil abzubringen.

77

78 Jenseits dessen sei darauf verwiesen, dass das deutsche Asylrecht, post dem sog.
79 „Asylkompromiss“ von 1993, im europäischen Vergleich sehr restriktiv ausfällt. Gerade bei der
80 Gruppe der Sinti und Roma, im deutschen Diskurs häufig pauschal als „Armuts“- oder gar
81 „Wirtschaftsflüchtlinge“ betitelt, erreichen andere westeuropäische Staaten wie zum Beispiel
82 Frankreich oder die Schweiz zweistellige Anerkennungsdaten, ohne das einsichtig wäre, in wie
83 weit die dort Schutzsuchenden sich in irgendeiner signifikanten Art und Weise von jenen Sinti
84 und Roma unterscheiden sollten, die bei uns einen Asylantrag stellen. Wir setzen uns daher für
85 eine Anpassung (im Sinne einer Lockerung) der Anerkennungskriterien ein, um mittelfristig
86 einen gemeinsamen (zumindest west-) europäischen Schutzstandard herstellen zu können.

87

88 Daher fordern wir, dass die Regelung bzgl. sicherer Herkunftsländern abgeschafft wird.
89 Vielmehr muss jedes einzelne Schicksal gewürdigt werden und eine Entscheidung über einen
90 Asylantrag darf nicht von einer gesetzlichen Vermutung abhängen. Gerade die Beispiele
91 Mazedonien, Serbien und Bosnien-Herzegowina machen deutlich, dass der Begriff eines
92 sicheren Herkunftsstaats reine Illusion ist.

93

94

95

96

Titel Ehebestandszeit abschaffen!

Antragsteller Bayern

Zur Weiterleitung an Bundesparteitag der SPD, Parteikonvent der SPD

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Ehebestandszeit abschaffen!

1 Wir fordern die Abschaffung der Ehebestandszeit, wie im §31 AufentG geregelt, und
2 stattdessen die Einführung eines eigenständigen Aufenthaltsrechts für nicht-deutsche
3 EhegattInnen ab Zeitpunkt der Eheschließung sowie ein umfangreiches Informations- und
4 Integrationsprogramm. Die SPD-Fraktion im Bundestag soll auf eine entsprechende Regelung
5 der Regelung im Aufenthaltsgesetz hinwirken.

6

7 **Begründung:**

8 Die Regelung zur Ehebestandszeit sieht vor, dass einE aus dem Ausland nach Deutschland
9 zugezogeneR EhepartnerIn erst nach dreijährigem ehelichen Zusammenleben einen
10 eigenständigen Aufenthaltstitel erhält. Falls die Ehe innerhalb dieses Zeitraums jedoch beendet
11 wird, verwirkt er/sie sein/ihr Aufenthaltsrecht und es droht die Ausweisung aus dem Heimatland.

12

13 Bis zum Jahr 2000 galt eine Ehebestandszeit von vier Jahren. Diese wurde von der rot-grünen
14 auf zwei Jahre verkürzt. Im März 2011 beschloss die schwarz gelbe Mehrheit im Bundestag das
15 „Gesetz zur Bekämpfung der Zwangsheirat und zum besseren Schutz der Opfer von
16 Zwangsheirat sowie zur Änderung weiterer aufenthalts- und asylrechtlicher Vorschriften“, das
17 auch eine Erhöhung der Ehebestandszeit auf drei Jahre beinhaltete.

18

19 Dieser Maßnahme folgte vehemente Kritik von Seiten vieler MigrantInnen-, Menschenrechts-,
20 Sozial- und Frauenverbände. Diese widersprechen der Behauptung, dass die Regelung ein
21 wirksames Mittel zur Verhinderung von Zwangsheirat darstelle. Von Seiten der Regierung wurde
22 als einziges Argument lediglich der längere Beobachtungszeitraum, währenddessen man eine
23 Zwangsehe enttarnen könnte, angeführt. Das eigentliche Ziel war offensichtlich ein Vorgehen
24 gegen Scheinehen zum Gewinn eines Aufenthaltstitels zu sein.

25

26 Dahinter steckt ein Abschreckungsgedanke: Die Bereitschaft, eine Scheinehe einzugehen,
27 sinkt, wenn man länger an den/die PartnerIn gebunden ist. Während diese Schlussfolgerung
28 theoretisch sinnvoll erscheint, stellt sich die Situation in der Realität völlig anders dar:
29 tatsächlich ist die Zahl der Scheineheverdachtsfälle in den Jahren von 2000 bis 2009 auf ein
30 Drittel zurückgegangen. Die Verkürzung der Ehebestandszeit hatte also keinen Anstieg der Zahl
31 der Scheinehen zur Folge. Außerdem können Scheinehen durchaus weiterhin verfolgt und in
32 Verdachtsfällen gezielt überprüft werden. Dem steht eine Abschaffung der Ehebestandszeit in
33 keinerlei Hinsicht entgegen.

34

35 Nicht nur hat die Verlängerung also keinen Nutzen hinsichtlich der Verhinderung von Zwangs-
36 und Scheinehen. Für Opfer häuslicher Gewalt in Beziehungen stellt sie eine zusätzliche
37 Belastung dar. Sie sind dadurch noch länger psychischer und physischer Misshandlung
38 ausgesetzt und können aus diesem Gefängnis nicht ausbrechen, ohne zur Rückkehr in ihr
39 Heimatland gezwungen zu sein. Dort erwartet aber in vielen Fällen vor allem die geschiedenen

40 Frauen soziale Ächtung und gewaltvolle Bestrafung ihres Verhaltens durch Familie und
41 Bekannte.

42

43 Zwar gibt es die Möglichkeit einer Härtefallregelung, die eine Scheidung ohne Ausweisung
44 beispielweise in Fällen häuslicher Gewalt möglich machen soll. Jedoch findet diese aus
45 verschiedenen Gründen äußerst selten Anwendung. Zunächst besteht häufig keine Kenntnis
46 über die Möglichkeit der Härtefallregelung. Desweiteren kostet es die Betroffenen, oftmals
47 Frauen, viel Überwindung, ein schwieriges Verfahren in einer fremden Sprache auf sich zu
48 nehmen. Darüber hinaus trifft sie die Beweislast. Als Beweise gelten Zeugenaussagen, ärztliche
49 Atteste, Polizeiprotokolle, Strafanzeigen und Aussagen von der Betroffenen. Viele Opfer trauen
50 sich aus Scham jedoch nicht, sich der Polizei gegenüber zu offenbaren oder einen Arzt
51 aufzusuchen. Sie fürchten außerdem, nicht völlig zu Unrecht, dass die Beweise nicht
52 ausreichen könnten, um die Einstufung als Härtefall zu erwirken. Auch die Flucht in ein
53 Frauenhaus steht weiblichen Betroffenen meist nicht offen. Öffentlich geförderte Frauenhäuser
54 dürfen nämlich nur Frauen mit eigenständigem Aufenthaltstitel aufnehmen. Oft bleibt den
55 MitarbeiterInnen der Beratungsstellen nichts anderes übrig, als den Frauen zu raten, die
56 restlichen Jahre auszuharren. Die Ehebestandszeit zwingt Opfer häuslicher Gewalt demnach, in
57 einer Gewaltsituation zu verbleiben oder sich neuer Gewalt in ihrem Heimatland z u stellen.
58 Unabhängig von der Dauer psychischer und physischer Gewalt bleiben die Folgen für die Opfer
59 verheerend. Auch eine kurze Ehebestandszeit bietet Raum für dauerhaft traumatisierende
60 Ereignisse.

61

62 Eine reine Verkürzung der Ehebestandszeit erachten wir daher nicht für ausreichend. Um die
63 Opfer vor Gewalt zu schützen, muss ihnen von Anfang an ein eigenständiges Aufenthaltsrecht
64 zustehen. Nur dann können sie sich aus häuslicher Gewalt befreien und entsprechende
65 Beratungs- und Hilfsangebote nutzen.

66

67 Ein möglicher Anstieg der Fallzahlen bei Scheinehen ist jederzeit in Kauf zu nehmen, wenn
68 gleichzeitig häusliche Gewalt verhindert werden kann und ihre Opfer die Unterstützung erfahren
69 können, die ihnen von Seiten des Staates und der Gesellschaft zusteht. Eine Abschaffung der
70 Ehebestandszeit ist das richtige Mittel, um dieses Ziel zu erreichen.

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

Titel Asyl dort beantragen, wo es schließlich
gebraucht wird!

Antragsteller Hannover

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Asyl dort beantragen, wo es schließlich gebraucht wird!

1 Im vergangenen Jahr haben rund 200.000 Menschen einen Asyl- oder einen Asylfolgeantrag in
2 Deutschland gestellt. Viele von ihnen mussten illegal in die Bundesrepublik Deutschland
3 einreisen und sich somit strafbar machen. Dies ist eine Problematik, die seit Jahren bekannt ist
4 und dazu führen kann, dass Asylbewerberinnen und Asylbewerber straffällig werden.

5
6 Das europäische Asyl- und Flüchtlingssystem sieht vor, dass ein Flüchtling in dem
7 Mitgliedsstaat, wo er zum ersten Mal in Erscheinung tritt, gemeldet wird und ein Asylverfahren
8 eröffnen kann. Die Eröffnung eines Asylverfahrens beinhaltet viele Restriktionen und
9 Einschränkungen, solange wie das Verfahren läuft. In Deutschland übernimmt das Bundesamt
10 für Migration und Flüchtlinge (BAMF) die Bearbeitung eines Asylverfahrens. Die Bearbeitung
11 eines Asylantrags kann derzeit mehrere Monate, in Einzelfällen sogar Jahre dauern. Während
12 des Asylverfahrens sind dem Asylbewerber beziehungsweise der Asylbewerberin ebenso
13 Einschränkungen auferlegt. So ist es ihm unter anderen Verboten sich außerhalb der
14 Bundesrepublik aufzuhalten.

15
16 Die Möglichkeiten ein Asylverfahren auf legalem Wege in Deutschland einzuleiten sind sehr
17 gering und kompliziert, da ein Flüchtling dort gemeldet wird, wo er das erste Mal eine
18 europäische Grenze übertritt. Dies ist aufgrund der geographischen Lage der Bundesrepublik
19 entsprechend unrealistisch.

20
21 Als Konsequenz reisen viele Flüchtlinge auf illegalen und teilweise gefährlichen Wegen nach
22 Deutschland, um dort ein Asylverfahren zu eröffnen und möglicherweise eine neue Heimat zu
23 finden.

24
25 Bisher wird die Möglichkeit ausgeschlossenen ein Asylverfahren in dem jeweiligen Heimatland
26 einzureichen. Die Ermöglichung dieses Verfahren hätte zwei zentrale Auswirkungen: zum einem
27 würden weniger Flüchtlinge in die Not geraten, dass sie aufgrund ihrer illegalen Einreise
28 straffällig werden und zum anderen könnte die Arbeit des BAMF optimiert und vereinfacht
29 werden.

30
31 Daher fordern wir die Bundesregierung dazu auf:

- 32
- 33 • Vorprüfverfahren zu Asylverfahren auch außerhalb von Deutschland zu ermöglichen.
 - 34 • Unabhängig vom Vorprüfverfahren soll die Möglichkeit des Stellens eines Asylantrages in
35 der EU bleiben.
 - 36 • legale Einreisemöglichkeiten für alle Flüchtlinge nach Europa und im Speziellen
37 Deutschland zu schaffen, um dort eine Asylantrag stellen zu können
 - 38 • die Bewertung von Asylverfahren auch darauf hin prüfen, ob humanitäre und soziale

- 39 Einschränkungen im Herkunftsland vorhanden sind.
40 • die Entkriminalisierung von Flüchtlingen, die illegal in die Bundesrepublik Deutschland
41 eingereist sind zu prüfen und bei bestehenden relevanten Fällen eine Niederlegung des
42 Strafverfahrens in Erwägung zu ziehen.

43

44 **Begründung:**

45 *Es aktuell fast unmöglich ein Asylverfahren in der Bundesrepublik Deutschland einzuleiten,*
46 *wenn dies auf legalem Wege passieren soll. Betroffene reisen meistens auf illegalem Wege ein*
47 *und müssen auf ihrem Weg mit der permanenten Angst des Auffliegens leben. Dies wiederum*
48 *würde dazu führen, dass sie ein Asylverfahren in dem Land, wo sie das erste Mal registriert*
49 *worden, einleiten müssten.*

50

51 *Zwar sieht die Europäische Union eine Gleichberechtigung bei Asylverfahren vor. Jedoch ist*
52 *dies faktisch nicht der Fall. Ein Asylverfahren in Italien, Malta oder Bulgarien führt eher nicht zu*
53 *einer Bestätigung des Rechts auf Asyl, während die Wahrscheinlichkeit auf die Erteilung des*
54 *Asylstatus in Schweden und Deutschland bedeutend höher ist.*

55

56 *Des Weiteren muss bedacht werden, dass Betroffene einen weiten, schweren und zum Teil*
57 *lebensbedrohlichen Weg auf sich nehmen müssen, um überhaupt in die Europäische Union*
58 *beziehungsweise in die Bundesrepublik Deutschland zu kommen. Diese Torturen könnten mit*
59 *einem Asylverfahren im eigenen Land reduziert werden.*

60

61 *Menschen könnten vor Ort ein Asylverfahren eröffnen und in ihrem gewohnten Umfeld leben.*
62 *Obgleich dies sicherlich schwierig und teilweise nicht möglich ist.*

63

64 *Hinzu kommt, dass eine Bewertung von Asylverfahren leichter erscheint, wenn sich die zur*
65 *Beurteilung eines Asylverfahrens entscheidenden Personen, im jeweiligen Land aufhalten. Es*
66 *ist naheliegend, dass diese Personen weitaus mehr Informationen über die aktuelle Lage im*
67 *Land haben und somit eine Entscheidung schnell und realistisch entscheiden können.*

68

69 *Bei der Bewertung müssen auch humanitäre und soziale Aspekte mit hinzugezogen werden. So*
70 *sollte die gezielte Ausgrenzung von ethnischen, religiösen oder sexuellen Minderheiten, ebenso*
71 *ein Grund auf Asyl sein.*

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

Titel Krankenversicherungskarte für Flüchtlinge
und Asylbewerber_innen

Antragsteller Sachsen-Anhalt

Zur Weiterleitung an Bundestagsfraktion

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Krankenversicherungskarte für Flüchtlinge und Asylbewerber_innen

- 1 **Krankenversicherungskarte für Flüchtlinge und Asylbewerber_innen**
2
3 Im Sinne der sozialdemokratischen Grundwerte ist es für die SPD eine gesellschaftliche
4 Verpflichtung, dass für alle Flüchtlinge und Asylbewerber_innen der Zugang zur medizinischen
5 Regelversorgung geschaffen wird.
6
7 Wir fordern deshalb die SPD-Bundestagsfraktion auf, diese Maßnahme kurzfristig für alle
8 Bundesländer umzusetzen und die Finanzmittel hierfür zur Verfügung zu stellen. Die SPD
9 Bundestagsfraktion soll sich für eine verwaltungsrechtliche Absprache mit den gesetzlichen
10 Krankenkassen einsetzen.
11
12 **Begründung:**
13
14 Leistungsberechtigte nach § 2 AsylbLG, also Personen, die sich seit mehr als 15 Monaten ohne
15 wesentliche Unterbrechung in Deutschland aufhalten, können seit dem 01.03.2015 mit der Chip-
16 Karte einer gesetzlichen Krankenkasse einen Arzt/Ärztin aufsuchen.
17
18 Für alle anderen Flüchtlinge ist das AsylbLG auf die gesundheitliche Versorgung auch nach den
19 jüngsten Änderungen problematisch. Zum einen ist der Zugang zum Gesundheitssystem durch
20 die Beantragung der medizinischen Leistungen beim Sozialamt erschwert, zum anderen ist der
21 Leistungsumfang nach §§ 4 und 6 AsylbLG erheblich eingeschränkt.
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38

Titel Lets talk about Islam- with Muslims!

Antragsteller Hessen-Nord

Zur Weiterleitung an SPD Bundesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Lets talk about Islam- with Muslims!

- 1 Der Bundeskongress möge beschließen:
- 2 Die SPD im Rahmen ihrer Regierungsverantwortung möge an einem neuen Islam-Bild arbeiten.
- 3 Sie muss sich islamfeindlichen Vorurteilen entgegenstellen. Sie muss sich gegen die
- 4 Diskriminierung der muslimischen Minderheit hierzulande einsetzen.
- 5
- 6 Hierzu fordern wir:
- 7
- 8 • Zusammen mit muslimischen Verbänden für Aufklärung sorgen. Zum einen mit einer
- 9 großangelegten Kampagne gegen Islamophobie. Insbesondere muss hierbei eine
- 10 Unterscheidung zwischen Islam und Islamismus erlangt werden. Darüber hinaus muss sie
- 11 deutlich machen, dass die muslimischen Mitbürgerinnen und Mitbürger hier in
- 12 Deutschland willkommen sind. Zum anderen muss aber auch verstärkt gegen die
- 13 Radikalisierung von jungen Muslimen, verursacht durch eine falsche Betrachtung des
- 14 Islams, vorgegangen werden.
- 15 • Innerhalb der SPD Wissen über Islamfeindlichkeit zu erlangen. So werden unsere
- 16 Genossinnen und Genossen auf antimuslimische Gruppierungen und ihre Vorurteile
- 17 aufmerksam und dafür sensibilisiert, um Argumente dagegen zu erarbeiten. Sie können
- 18 dadurch ein Sprachrohr für Opfer islamfeindlicher Parolen werden.
- 19 • An der Entwicklung und Förderung eines Instituts, das sich auf dem Gebiet der
- 20 Islamfeindlichkeitsforschung spezialisiert ist, zu arbeiten. In Deutschland gibt es bisher
- 21 kein einziges Institut dafür.
- 22 • Islamfeindliche Straftaten gesondert zu erfassen. Wir fordern hierfür eine
- 23 Einrichtung von eigenständigen und spezialisierten Fachabteilungen in den Verwaltungen
- 24 der Länder, um antimuslimische Tatbestände erfassen und beobachten zu können.
- 25
- 26 **Begründung:**
- 27 In den letzten Jahren und Jahrzehnten gab es zahlreiche Debatten über den Islam. Ob er
- 28 terroristisches Gedankengut fördern würde, ob er frauenfeindlich sei, ob er zu Deutschland
- 29 gehören würde. Viele dieser Debatten haben aber nicht wirklich eine seriöse Grundlage, denn
- 30 sie werden nahezu ausschließlich auf Grundlage von Extremen geführt. Laut NDR
- 31 thematisieren 80% der Berichterstattungen über den Islam lediglich Salafismus, Radikalisierung,
- 32 Islamismus und Terror.
- 33 Oft werden diese Diskussionen auf derart polemischer Weise geführt, dass sich unsere
- 34 muslimischen Mitbürger*innen zurecht diskriminiert fühlen. Denn über 90% aller hier lebenden
- 35 Muslime sind in keiner Weise radikal und bekennen sich zur Demokratie (Quelle ebenfalls NDR).
- 36
- 37
- 38 Besonders nach dem 11.September und nach der der Gründung des sogenannten
- 39 "Islamischen Staates" werden Muslime ständig als Islamisten dargestellt. Es findet keine

40 Differenzierung zwischen Islam und Islamismus statt.
41 Begriffe wie die des Jihads werden in diesem Zusammenhang oft benutzt.
42 Darunter verstehen viele einen islamisch begründeten Krieg gegen den Westen. Einen Krieg
43 gegen all' jene, die nicht an den Islam glauben. Versuche seitens der Muslime, die richtige
44 Bedeutung dieses Begriffes zu verbreiten, werden gewollt oder ungewollt gestoppt. Der Jihad
45 bedeutet im Arabischen und im Islam wörtlich "Anstrengung". Er steht für jene Anstrengung
46 eines jeden Muslims, der versucht, seine Religion ernst zu nehmen. In keiner islamischen
47 Schrift wird über Krieg oder Gewalt in diesem Zusammenhang gesprochen. Vielmehr bedeutet
48 er die Anstrengung, die ein Muslim machen muss, um beispielsweise seine fünf Gebete am Tag
49 einzuhalten oder den Fastenmonat mit Disziplin durchzuziehen.
50
51 Das Islam-Bild, welches durch die gängigen Medien vermittelt wird, hat unerträgliche Ausmaße
52 erreicht.
53 Seien es sogenannte Ehrenmorde oder Zwangshochzeiten, ständig wird so ein negatives Bild
54 von Muslimen verbreitet.
55 .Der Effekt, den diese negative und unausgewogene Berichterstattung mit sich bringt, ist von
56 beispiellosem Ausmaß: sämtlichen Statistiken zufolge, beispielsweise die der Berthelmann-
57 Stiftung, fürchten ein repräsentativer Teil unserer Gesellschaft den Islam. Eine weitere Studie
58 der Uni Leipzig hat auch ergeben, dass jede*r 3. Bürger*in in Deutschland der Meinung sei,
59 dass Muslime nicht in Deutschland leben dürfen.
60 Sie sind der Meinung, die Muslime gehören nicht der deutschen Gesellschaft an.
61 Integrationspolitisch stellt diese Ansicht ein massives Problem dar. So werden sogenannte
62 Parallelgesellschaften gefördert: die einen fürchten sich vor dem Islam, die anderen sind es leid,
63 sich ständig von irgendwelchen Radikalen in ihrer Religion distanzieren zu müssen.
64
65 Auch die Bewegung PEGIDA (ähnliche Gruppierungen gibt es europaweit; bsp. in England die
66 "English defense league") ist maßgeblich der Grund dafür, weshalb wir Sozialdemokrat*innen
67 uns für unsere muslimischen Mitbürger*innen einsetzen müssen. PEGIDA hetzt, diffamiert und
68 schürt Ängste gegenüber Muslimen. Unter dem Deckmantel der Angst entwickelt sich
69 momentan eine große, inzwischen europaweite, islamfeindliche Gruppierung, die innerhalb
70 weniger Monate zahlreiche Moscheen beschädigt und viele Menschen muslimischen Glaubens
71 angegriffen hat.
72 So sind die Übergriffe auf Moscheen zwischen den Jahren 2001 und 2011 von im Schnitt 22 pro
73 Jahr auf inzwischen 78 pro Jahr (in 2014) angestiegen. (Quelle: Angaben der Linksfraction im
74 Bundestag)
75 Auch in Frankreich, nach den Attentaten vom 7.1.2015, hat die französische islamische
76 Gemeinschaft über 30 Übergriffe auf Moscheen vermerkt.
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89
90
91
92
93
94
95
96
97
98
99
100

N

Netzpolitik, Medien, Datenschutz & Digitales

N 1	Hessen-Süd Digitalisierung braucht jungsozialistische Grundlinien!	355
N 2	Berlin Gegen eine Deregulierung des Datenschutzes!	358
N 3	Baden-Württemberg Keine Grenzen für den Verleih elektronischer Medien durch öffentliche Bibliotheken	360
N 4	Saarland Vor dem Hintergrund der netzpolitik.org-Affäre: Pressefreiheit stärken!	361
N 5	Nord-Niedersachsen Ausbau von barrierefreien Inhalten bei den öffentlich-rechtlichen Medienanstalten	363

Titel Digitalisierung braucht jungsozialistische Grundlinien!

Antragsteller Hessen-Süd

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Digitalisierung braucht jungsozialistische Grundlinien!

1 Unser politischer Anspruch ist es, die Digitalisierung endlich aktiv mitzugestalten. Im Folgenden
2 halten wir unsere politischen Grundprinzipien in der digitalen Welt fest, sind uns aber auch
3 darüber bewusst, dass diese erst Ansätze sind, zu denen tiefgehende Konzepte entwickelt
4 werden müssen. Hierfür soll eine Projektgruppe eingesetzt werden, um sich intensiver mit der
5 Thematik zu beschäftigen und eine Art „netzpolitisches Manifest“ zu entwerfen. Im Sinne der
6 Doppelstrategie sollen auch andere Organisationen und Vertretungen in den Programmprozess
7 eingebunden werden, damit auch eine breite Mehrheit in der Gesellschaft garantiert ist. Das
8 Programm soll anschließend nicht nur bei einer Bezirkskonferenz diskutiert, gegebenenfalls
9 geändert und beschlossen, sondern auch engagiert in die weiteren Juso- und SPD-Gremien
10 getragen werden.

11
12 *Digitalisierung - Eine Basis unserer neuen Gesellschaft*

13
14 Das Internet ist aus unserem Alltag nicht mehr wegzudenken. Egal ob man sich darüber
15 informiert, was gerade in der Welt passiert, mit alten Freund*innen in Kontakt bleibt oder etwas
16 für die Schule/das Studium/die Arbeit tut: Am Internet kommt heute kaum noch jemand vorbei.
17 Aus diesem Grund gehört für uns ein dauerhafter und kostenloser Zugang zum Internet klar zur
18 Daseinsvorsorge. Dies bedeutet auch, dass besonders im ländlichen Raum der Ausbau von
19 Glasfaserkabeln gefördert werden muss. Eine Privatisierung dieser lehnen wir ab. Ebenso
20 fordern wir freies W-LAN im Sinne des Freifunk-Konzepts.
21 Dies bedeutet aber, dass wir Rahmenbedingungen für den Umgang mit und in dem Internet
22 brauchen. Die Netzneutralität ist für uns ein unverhandelbares Grundprinzip. Ein Mehr-Klassen-
23 Internet lehnen wir entschieden ab. Der Datenschutz hat für uns ebenso einen hohen
24 Stellenwert. Wir sind der Überzeugung, dass jede*r selbst entscheiden sollte, welche Daten für
25 andere ersichtlich sein dürfen oder nicht. Aus diesem Grund lehnen wir auch Überwachung, z.B.
26 in Form einer Vorratsdatenspeicherung ab. Die Unschuldsvermutung darf nicht umgekehrt
27 werden. Unsere jetzige Gesetzgebung muss an die Veränderungen durch die Digitalisierung
28 angepasst werden. Eine Reformierung von z.B. dem Briefgeheimnis, aber auch dem
29 Urheberrecht sehen wir als dringend erforderlich. Der Grundsatz „Löschen statt sperren“ hat für
30 uns in Fällen von z.B. Kinderpornographie nach wie vor Bestand.

31
32
33 *Bildung als Schlüssel zu gesellschaftlicher Teilhabe – gestern, heute und morgen*

34
35 In unserer Gesellschaft entscheidet immer noch die Herkunft, welchen Bildungsgrad und welche
36 berufliche Laufbahn wir erreichen können. Als Jungsozialist*innen sind wir der Überzeugung,
37 dass die Digitalisierung einer der Schlüssel ist, um die Frage der Herkunft als nichtig zu
38 erklären. Durch die digitale Bereitstellung von Lehr- und Lernmaterial können Akteur*innen in

39 der jeweiligen Bildungsinstitution flexibel und von jedem Ort an Projekten weiterarbeiten – egal
40 ob Einzel- oder Gruppenarbeit. Zudem können – wenn einmal die digitale Umstellung
41 stattgefunden hat – Kosten gespart werden, da die digitalen Daten, wie z.B. literarische Werke
42 „wiederverwertbar“ sind. Klar ist für uns, dass dies auch eine gewisse Medienkompetenz
43 voraussetzt. Wir unterscheiden hierbei deutlich zwischen Qualifikation und Kompetenz.
44 Kompetenz bedeutet für uns, dass Menschen befähigt werden, Probleme von morgen zu lösen,
45 die heute noch nicht existent sind. Die einfache Qualifikation, also das Zurechtfinden in
46 verschiedenen Programmen ist ebenso wichtig, aber eben nicht alles.

47

48 Auch in der Hochschule lässt sich eine gewisse Barrierefreiheit durch die Digitalisierung
49 etablieren. Indem zum Beispiel Vorlesungen digital aufgezeichnet werden und online zur
50 Verfügung stehen, kann sich das Studium individuell an die Studierenden anpassen. So haben
51 zum Beispiel gerade Studierende mit Kind keine zeitliche Doppelbelastung, sondern können
52 sich ihren Tag individuell gestalten. Zudem kann so Wissen auch an nicht Studierende
53 weitergegeben werden, wenn man die Aufzeichnungen allen zugänglich macht. Solche
54 Entwicklungen befürworten wir deutlich, da es durch solch ein Angebot auch die Möglichkeit
55 gibt, den Menschen wieder stärker in den Fokus zu stellen. Ein weltweit digitales Angebot
56 ermöglicht eine individuelle Zuschneidung von Lernplänen und einen aktiven und kritischen
57 Umgang mit Wissenschaft. Für uns bedeutet die Digitalisierung von Bildung nicht, dass statt auf
58 Papier auf dem Tablet geschrieben wird, sondern dass man alte Lern- und Lehrmuster aufbricht
59 und Raum schafft für neue Lern- und Lehrformen, in denen Schüler*innen/Studierende interaktiv
60 Projekte entwickeln.

61

62 *Arbeit im Zeichen einer neuen Zeit*

63

64 Die Arbeitswelt befindet sich durch die Digitalisierung in einem immer stärkeren und schnelleren
65 Wandel. Mit unserer (fast) dauerhaften Internetanbindung ohne an einen Ort gebunden sein zu
66 müssen, schaffen wir es, unsere Arbeitszeiten flexibler zu gestalten und auf die individuellen
67 Arbeitstypen und -rhythmen einzugehen. Dies bedeutet für uns jedoch nicht, dass
68 Arbeitnehmer*innen auch ständig verfügbar sein sollten – es müssen Konzepte entwickelt
69 werden, die Systeme wie das „Home Office“ mit dem Arbeitnehmer*innenschutz verknüpfen.
70 Zudem werden Hierarchien innerhalb von Arbeitsverhältnissen schrittweise abgebaut und
71 autonomes, eigenverantwortliches Miteinander gestärkt. Im Zuge der Digitalisierung wurde
72 Arbeit, die körperlich sehr anstrengend oder auch gesundheitsschädlich ist, mechanisiert. Diese
73 Entwicklung befürworten wir, für uns ist jedoch auch klar, dass eine Maschine den Menschen
74 nicht in allen Bereichen ersetzen kann und soll. Besonders im Dienstleistungssektor sind wir der
75 Überzeugung, dass Maschinen den Menschen lediglich unterstützen sollten, die endgültigen
76 Entscheidungen, die vor allem auf Empathie und sozialer Kompetenz fußen, sind nicht
77 berechenbar und müssen zwischen Menschen fallen.

78

79 Bei Fragen, wie sich die Zukunft der Industrie entwickelt, müssen wir uns stärker einmischen.
80 Gerade hierbei gibt es für z.B. ländliche, bisher schwachentwickelte Regionen hohes Potenzial
81 sich als Unternehmensstandort zu etablieren. Durch einen schnellen und verlässlichen
82 Internetzugang ergibt sich zudem eine Aufwertung der allgemeinen Lebensqualität. Besonders
83 für die Förderung von neuen Ideen im Sinne von StartUp's setzen wir uns ein. Wir müssen
84 jedoch auch marktregulierende Maßnahmen finden, um Rahmenbedingungen zu setzen. Dass
85 diese fehlen, aber dringend benötigt werden, zeigte zuletzt z.B. die Konkurrenz zwischen Uber
86 und Taxiunternehmen. Durch die fortschreitende Abnahme von praktischer Produktionsarbeit
87 mittels Maschinen, bilden sich neue Räume um die kreative Ideen- und Weiterentwicklung von
88 Menschen zu ermöglichen. Hierdurch kommen wir von dem Gedanken der Arbeit als Arbeit ab
89 und bewegen uns hin zu einer Gesellschaft, in der Arbeit nicht mehr als solche wahrgenommen
90 wird.

91

92 *Demokratie digital leben*

93

94 Um Demokratie und Politik transparenter zu gestalten und näher an Bürger*innen zu bringen,
95 kann die Digitalisierung eine gute Wegbereiterin sein. Durch das Internet können wir Menschen
96 schnell und direkt erreichen, dies sollten wir nutzen. Live-Streams und Aufzeichnungen von
97 politischen Debatten – sei es von Podiumsdiskussionen, Vorträgen, parlamentarischen
98 Debatten oder vielem mehr – sind dabei erste Schritte, diese reichen uns aber noch nicht. Wir
99 sind der Überzeugung, dass das Internet hier aktiver genutzt werden muss, indem man z.B.

100 digitale Umfragen weiter ausbaut und auch politische Plattformen bietet, um sich konkret
101 einzumischen – auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene. Dies muss aber auch publik
102 gemacht und beworben werden. Ebenso lässt sich dadurch die politische Entscheidungsfindung
103 transparenter und nachvollziehbarer gestalten. Da das Internet für uns kein Paralleluniversum
104 darstellt, ist für uns deutlich ersichtlich, dass digitale Debatten und analoge bei
105 Präsenzveranstaltungen miteinander Verknüpft werden müssen.

106

107 Wir fordern zudem, dass der digitale Verkehr von staatlichen Amtsträger*innen von einer intern
108 bereitgestellten Kontaktmöglichkeit, wie z.B. einer E-Mail-Adresse erfolgen muss. Die gesamten
109 dienstlichen Verläufe werden digital archiviert, um so auch nachträglich Prozesse
110 nachvollziehbar zu gestalten.

111

112 In unserem Verband müssen wir jedoch auch noch stark nacharbeiten. Durch die Einführung
113 des Linksterblogs haben wir es geschafft, dass wir unsere internen Debatten auch der
114 Öffentlichkeit zugänglich machen können und einen Raum bieten für Diskussionen fernab von
115 Präsenzsitzungen. Nun müssen wir es jedoch auch schaffen, unsere bereits beschlossenen
116 Positionen zugänglich zu machen. In Zukunft sollen auf unserer Homepage die beschlossenen
117 Anträge hochgeladen werden. Zudem soll geprüft werden, in wie weit es möglich ist, auch eine
118 Plattform zu integrieren in der ein Katalog von Aktionen und „Vorzeigeprojekten“ der
119 verschiedenen Unterbezirke eingestellt werden kann. Zu dieser Plattform soll jeder Unterbezirk
120 einen eigenen Zugang bekommen, um Aktionen und Projekte zu verschiedenen
121 Themenschwerpunkten vorzustellen, diese aber auch zu kommentieren - sei es mit Fragen,
122 Anmerkungen oder auch Erfahrungsberichten sowie Tipps, wenn man selbst Aktionen
123 nachgeahmt hat. So bietet man unter anderem die Möglichkeit, Ideen gemeinsam
124 weiterzuentwickeln, aber auch neuen Unterbezirksvorständen den Einstieg in eine aktive
125 Basisarbeit zu erleichtern. Der Zugang sollte aber auch Gästen ermöglicht werden, um externen
126 Eindrücken und Anmerkungen Platz zu bieten. Bei einer positiven Prüfung soll ein solches
127 System eingerichtet werden.

128

129 Außerdem soll regelmäßig, jedoch mindestens alle zwei Jahre ein Seminar angeboten werden
130 zum Austausch und zur Weiterbildung bzgl. der Onlinepräsenz von Unterbezirken –
131 insbesondere in den sozialen Netzwerken. Hierbei sollen Basics weitergegeben, aber auch
132 kreative Ideen und Strategien entwickelt werden.

133

134

135

136

137

138

139

140

141

142

143

144

145

146

147

148

149

150

151

152

153

154

155

156

157

158

159

160

Titel Gegen eine Deregulierung des Datenschutzes!

Antragsteller Berlin

Zur Weiterleitung an Bundesparteitag, Kongress der PES

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Gegen eine Deregulierung des Datenschutzes!

1 **Einleitung**

2

3 Im Januar 2012 wurde von der Europäischen Kommission ein umfassender Entwurf für eine
4 Datenschutzgrundverordnung, als Teil der EU-Datenschutzreform, vorgelegt. Inhalt des
5 Entwurfes waren die Modernisierung des Rechtsrahmens für den Schutz personenbezogener
6 Daten, die Harmonisierung aller bestehenden Vorschriften in der EU und eine Sicherung des
7 bestehenden Datenschutzniveaus. Aktuell und nach drei Jahren der Diskussion um diesen
8 Entwurf innerhalb der Kommission sowie dem Parlament, hat der Rat der Europäischen Union
9 entschieden, einen eigenen Entwurf zu präsentieren, der Basis für die Verhandlungen im
10 „Trialog“ zwischen dem EU-Parlament, der Kommission und der Präsidentschaft des Rates der
11 Europäischen Union ist. Dieser Trialog begann am 24. Juni 2015 in Brüssel und beinhaltet vor
12 allem die Thematiken der Datensparsamkeit, der Datenvermeidung sowie der Zweckbindung
13 von Datenerhebung.

14

15 **Forderungen**

16

17 **Gebot der Datensparsamkeit und Datenvermeidung darf nicht untergraben werden!**

18

19 Der Entwurf der Europäischen Kommission zur „General Data Protection Regulation“ sieht eine
20 Abkehr vom Prinzip der Datensparsamkeit und Datenvermeidung vor, hin zu einer nicht
21 exzessiven Datennutzung. Dabei ist nicht definiert, was als nicht exzessiv angesehen wird.
22 Diese Beurteilung unterliegt lediglich den Datenverarbeitenden und Datenerhebenden. Wir
23 fordern, es dürfen nur die personenbezogenen Daten erhoben werden, die für die jeweilige
24 Anwendung unbedingt notwendig sind. Das Gebot der Datensparsamkeit und Datenvermeidung
25 darf nicht untergraben werden.

26

27 **Zweckbindung der Datenerhebung muss erhalten bleiben!**

28

29 Der derzeitige Entwurf erlaubt das Weiterverarbeiten von Daten, wenn historische,
30 wissenschaftliche oder statistische Gründe vorliegen. Dabei sind Datenverarbeitende nicht mehr
31 an den ursprünglichen Zweck der Erhebung gebunden. Daher fordern wir, dass die
32 Zweckbindung nicht geschwächt werden darf. Einmal erhobene personenbezogene Daten,
33 sollen nur für den ursprünglichen Zweck verwendet werden dürfen.

34

35 **Begründung:**

36 Der Schutz der persönlichen Daten sowie die Regulation deren Verwendung sind
37 Grundbedingungen für ein selbstbestimmtes Leben im „digitalen Zeitalter“. Institutionell ist
38 dieser emanzipatorische Anspruch im Recht auf informationelle Selbstbestimmung verankert,
39 welches das Bundesverfassungsgericht aus dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht (Art. 2 Abs.

40 1 GG i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG) ableitete.

41

42 Um unseren Anspruch an emanzipierte Lebensentscheidungen zu sichern, müssen wir uns
43 frühzeitig in den Gesamtdiskurs um die General Data Protection Regulation einschalten. Nur so
44 schaffen wir eine nachhaltige Basis für eine Gesellschaft in der Daten immer weiter an
45 Bedeutung gewinnen.

46

47

48

49

50

51

52

53

54

55

56

57

58

59

60

61

62

63

64

65

66

67

68

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

Titel Keine Grenzen für den Verleih elektronischer Medien durch öffentliche Bibliotheken

Antragsteller Baden-Württemberg

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Keine Grenzen für den Verleih elektronischer Medien durch öffentliche Bibliotheken

1 Die Jusos fordern eine Erweiterung des Urheberrechts (insb. §§17 und 27 UrhG) sowie der
2 Landesgesetze zum Bibliothekswesens, um den Verleih von elektronischen Medien durch
3 öffentliche Bibliotheken grundsätzlich zu ermöglichen. Rechteinhaber müssen dazu verpflichtet
4 werden, öffentlichen Bibliotheken Lizenzen zu einem angemessenen Preis anzubieten. Die
5 Länder und der Bund stehen in der Verantwortung, ihre öffentlichen Bibliotheken bei der
6 Errichtung der technischen Grundausstattung für den Verleih elektronischer Medien sowie bei
7 deren Lizenzierung ausreichend finanziell auszustatten. In diesem Zusammenhang gilt es, auf
8 Bundesebene den Mehrwertsteuersatz für elektronische Textmedien auf 7 Prozent zu
9 reduzieren.

10

11 **Begründung:**

12 Der E-Book-Markt wächst. Über 20 Prozent der Bundesbürger/innen lesen bereits elektronische
13 Bücher und Zeitungen. Für öffentliche Bibliotheken (Stadtbibliotheken) stellt der Verleih
14 elektronischer Medien (Bücher, Hörbücher, Musik, Zeitungen, Aufsätze u.Ä.) daher ein
15 essentielles Zukunftsthema dar. Die aktuelle Gesetzeslage blockiert jedoch die öffentlichen
16 Bibliotheken daran, frei und kostengünstig einen Bestand an elektronischen Medien
17 aufzubauen. Als Rechteinhaber sind es in der Regel die Verlagen, die darüber entscheiden
18 können ob und wenn ja, zu welchem Preis sie öffentlichen Bibliotheken eine Lizenz zur Nutzung
19 ihrer elektronischen Medien anbietet. Um ihrem staatlichen Auftrag gerecht zu werden, bedürfen
20 die öffentlichen Bibliotheken des freien Zugangs zu Informationen sowie ausreichend
21 finanzieller Mittel, um diese Informationen auch in elektronischer Form bereit zu stellen.

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

Titel Vor dem Hintergrund der netzpolitik.org-Affäre:
Pressefreiheit stärken!

Antragsteller Saarland

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Vor dem Hintergrund der netzpolitik.org-Affäre: Pressefreiheit stärken!

1 **Analyse:**

2

3 *„Die Presse muß die Freiheit haben, alles zu sagen, damit gewisse Leute nicht die Freiheit*
4 *haben ,alles zu tun.“ - Stewart Alsop.*

5

6 Die Pressefreiheit ist eines der fundamentalen Grundrechte unserer Bundesrepublik und neben
7 der freiheitlich demokratischen Grundordnung (FDGO) eine Säule unseres demokratischen
8 Rechtsstaates. Generationen von Bürgerinnen und Bürgern haben für dieses Recht gekämpft,
9 das selbst im 21. Jahrhundert nicht in allen globalen Demokratien selbstverständlich ist.

10

11 Die bundesdeutsche Geschichte zeigt, dass auch in der jüngeren Vergangenheit dieses Recht
12 nicht vor politischer Einflussnahme, Manipulation oder vor Beschneidung geschützt war. Die
13 „Spiegel-Affäre“ von 1962 steht symbolisch für den gescheiterten Versuch des Staates eine
14 unbequeme Meinung zum Schweigen zu bringen und eine missbilligende Publikation aus dem
15 Fokus der Öffentlichkeit zu rücken. Das Instrument, mit dem Zensur betrieben werden sollte und
16 die Akteure

17

18 hinter der „Spiegel-Affäre“ mundtot machen sollte, war der § 94 StGB Landesverrat. Heute, 50
19 Jahre nach den Ereignissen um Jakob Augstein und die Redaktion des Spiegels wirkt die Affäre
20 wie ein Menetekel für den Umgang der Staatsmacht mit den freien, kritischen Medien eines
21 freien Landes. Die jüngsten Ereignisse um die Plattform netzpolitik.org zeigen, dass die Affäre
22 auch noch ein halbes Jahrhundert später nachwirkt: als Lektion, wie dieser Umgang eben nicht
23 sein sollte.

24

25 Im deutschen Strafrecht ist Landesverrat ein in § 94 StGB geregeltes Verbrechen, das sich
26 gegen die äußere Sicherheit und den Bestand des Staates richtet.

27

28 Der genaue Wortlaut des Gesetzes:

29

30 (1) Wer ein Staatsgeheimnis

31

- 32 1. einer fremden Macht oder einem ihrer Mittelsmänner mitteilt oder
33 2. sonst an einen Unbefugten gelangen läßt oder öffentlich bekanntmacht, um die
34 Bundesrepublik Deutschland zu benachteiligen oder eine fremde Macht zu begünstigen,
35 und dadurch die Gefahr eines schweren Nachteils für die äußere Sicherheit der
36 Bundesrepublik Deutschland herbeiführt, wird mit Freiheitsstrafe nicht unter einem Jahr
37 bestraft.

38

39 (2) In besonders schweren Fällen ist die Strafe lebenslange Freiheitsstrafe oder Freiheitsstrafe
40 nicht unter fünf Jahren. Ein besonders schwerer Fall liegt in der Regel vor, wenn der Täter
41
42 1. eine verantwortliche Stellung mißbraucht, die ihn zur Wahrung von Staatsgeheimnissen
43 besonders verpflichtet, oder
44 2. durch die Tat die Gefahr eines besonders schweren Nachteils für die äußere Sicherheit
45 der Bundesrepublik Deutschland herbeiführt.
46
47 Das Instrument wirkt im Angesicht der Ereignisse um die beiden Betreiber der journalistischen
48 Plattform netzpolitik.org, Markus Beckedahl und Andre Meister, als wolle man mit Kanonen auf
49 Spatzen schießen. Der völlig unverhältnismäßige Vorwurf des Landesverrats stellt eine Gefahr
50 für den investigativen Journalismus in Deutschland dar, der seines gleichen sucht. Durch das
51 repressive Vorgehen des Staates werden Journalisten von kritischer Arbeit abgeschreckt und
52 ein
53
54 Klima der Angst konstituiert sich. Ein Klima, in dem die „vierte Macht im Staat“ weder wachsen,
55 noch gedeihen kann.
56
57 Der Vorwurf des Landesverrats hat in Deutschland eine unselige Tradition und die
58
59 Bundesanwaltschaft ist in den vergangenen Jahrzehnten mit solchen Vorwürfen gegen
60 Journalisten - selbst bei heikleren Geschichten zurückhaltend umgegangen. Nun machten sich
61 Journalisten möglicherweise strafbar, wenn die über die Ausspähtaktiken des US-
62 Geheimdienstes NSA berichten, dabei ist die NSA-Affäre auch in der BRD noch nicht
63 ausreichend aufgearbeitet worden.
64
65 Der Vorwurf des Landesverrates im Kontrast zu dem Ziel die Öffentlichkeit über die Praktiken
66 der US-amerikanischen Ausspähdienste zu informieren ist heuchlerisch und falsch.
67
68 **Forderungen:**
69
70 • Bei Staaten, die ihr Handeln geheim halten, weil sie in einem von Grundrechten und
71 Verfassung losgelösten Raum agieren, ist demokratische Kontrolle unmöglich. In diesen
72 Situationen sind es
73
74 „Whistleblower“, die eine demokratische Öffentlichkeit informieren. Der Vorwurf des
75 Landesverrates ist ein völlig unverhältnismäßiges Mittel, um diese Journalisten
76 einzuschüchtern. Wir fordern Straffreiheit für Whistleblower die im öffentlichen Interesse
77 handeln um einen Missstand abzustellen der schwerer wiegt als berechnete
78 Geheimhaltungsinteressen. Wir brauchen einen staatlichen Whistleblowerschutz.
79
80 • Wir fordern, dass der § 94 StGB Landesverrat durch einen weiteren Artikel ergänzt wird,
81 der
82
83 Journalisten vor dem Vorwurf des Landesverrats nachhaltig schützt.
84
85 (3) Die rechtlichen Konsequenzen aus Artikel (1) und (2) entfallen, wenn sie von Journalisten
86 mit
87
88 dem Ziel vorgenommen werden, die bundesdeutsche Öffentlichkeit zu informieren
89
90 und das öffentliche Interesse in ausreichendem Maße das Geheimhaltungsinteresse des
91 Staates zum Schutz der äußeren Sicherheit der Bundesrepublik Deutschlands aufwiegt
92
93
94
95
96
97
98
99

Titel Ausbau von barrierefreien Inhalten bei den öffentlich-rechtlichen Medienanstalten

Antragsteller Nord-Niedersachsen

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Ausbau von barrierefreien Inhalten bei den öffentlich-rechtlichen Medienanstalten

- 1 Wir fordern, dass Menschen mit Behinderung, gerade weil sie solidarisch ihre
- 2 Rundfunkgebühren zahlen, stärker als bisher mit Angeboten bei den öffentlich-rechtlichen
- 3 Medienanstalten angesprochen werden.
- 4
- 5 Die Barrierefreiheit muss bei den öffentlich-rechtlichen Medienanstalten um ein Vielfaches
- 6 erhöht werden, damit alle, die ihre Beiträge zahlen, auch ihren Anspruch auf Inhalte nutzen
- 7 können. Die Mehreinahmen durch die Abschaffung der Beitragsbefreiung müssen in den
- 8 Ausbau von barrierefreien Inhalte fließen. Andernfalls, muss die Beitragsbefreiung wieder
- 9 eingeführt werden.
- 10
- 11 Vorstellbar sind dabei unter Anderem ein Ausbau von Informationssendungen auf Phoenix mit
- 12 DolmetscherIn der Deutschen Gebärdensprache und Untertiteln sowie der Ausbau von Filmen
- 13 mit Untertiteln und Gebärdensprache.
- 14
- 15 **Begründung:**
- 16 Seit dem 1.1.2013 wurde die damalige Gebühreneinzugszentrale (GEZ) in den Beitragsservice
- 17 von ARD, ZDF und Deutschlandradio umgewandelt. Seit diesem Datum ist die Gebühr zur
- 18 Finanzierung des Öffentlich Rechtlichen Rundfunks nicht mehr per Gerät sondern per Haushalt
- 19 zu entrichten. Gleichzeitig sind aber die Beitragsbefreiungen für die Personengruppen, Blinde,
- 20 Gehörlose und Menschen mit einem GdB von 80, soweit sie das Merkzeichen RF in ihrem
- 21 Schwerbehindertenausweis hatten, gestrichen worden. Diese Personengruppe hat nun einen
- 22 ermäßigten Beitragssatz von 5,99 € im Monat zu zahlen. Dieser Beitrag begründet einen
- 23 Anspruch darauf, die Inhalte von ARD, ZDF und etc. auch nutzen zu können. Die barrierefreien
- 24 Angebote von den öffentlich-rechtlichen Rundfunkhäusern sind aber zurzeit mehr als dürftig und
- 25 müssen unbedingt erweitert werden. Inklusion kann nur gelingen, wenn man diese auf allen
- 26 Ebenen angeht. Dazu gehört auch die Barrierefreiheit in den Medien.
- 27
- 28
- 29
- 30
- 31
- 32
- 33
- 34
- 35
- 36
- 37
- 38

Bundeskongress, 27.-29.11.2015



Organisation & Partei

O 1	Sachsen Innerparteiliche Mitbestimmung stärken – Für einen fairen Mitgliederentscheid	365
O 2	Saarland Sozialdemokratische Basisdemokratie stärken!	367
O 3	Rheinland-Pfalz Satzungsänderung der Frauenquote in eine Geschlechterquote	368
O 4	Schleswig-Holstein Reform des SPD Parteikonvents	369
O 5	Berlin Gründung der Gruppe: SAIGA (Selbsthilfe zum Abbau von Intrarollenkonflikten von Genoss*innen / Arbeitnehmer*innen in der SPD)	371
O 6	Bayern Ausgewogene Verpflegung auf dem Bundeskongress	372
O 7	Saarland Verköstigung	373
O 8	Hessen-Nord Schluss mit der Papierflut! Umweltschutz fängt im Kleinen an	375
O 9	Hessen-Nord Aufbau einer digitalen Infrastruktur	376
O 10	Berlin Die SPD achtet auf Mitmenschen und Umwelt – auch bei ihren Give- Aways!	377
O 11	Hannover Abhängigkeiten vermeiden - Transparenz schaffen - Spendenkodex installieren	378
O 12	Hessen-Nord Jusos gehen voran und verschlüsseln ihre Kommunikation	380

Titel Innerparteiliche Mitbestimmung stärken – Für einen fairen Mitgliederentscheid

Antragsteller Sachsen

Zur Weiterleitung an SPD-Bundesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Innerparteiliche Mitbestimmung stärken – Für einen fairen Mitgliederentscheid

1 Der Bundesparteitag der SPD wird aufgefordert, den § 14 "Verfahren des Mitgliederentscheids"
2 des Organisationsstatuts der SPD durch folgenden Absatz zu ergänzen:

3
4 "Die Vorbereitung und Durchführung des Mitgliederentscheids muss demokratischen
5 Grundsätzen entsprechend durchgeführt werden. Die einseitige Förderung einer zur
6 Entscheidung stehenden Position durch Parteigelder und -strukturen ist unzulässig. Die Kosten
7 für die jeweiligen Werbekampagnen werden transparent offengelegt."

8
9 **Begründung:**

10 Wir Jusos wollen eine SPD, deren Basismitglieder sich aktiv in die innerverbandliche
11 Meinungsbildung einmischen und auf den verschiedenen Entscheidungsebenen eine echte
12 Mitsprachmöglichkeit haben. Das Instrument des Mitgliederentscheids ist dafür gut geeignet.
13 Hier können wir direkten und damit klar erkennbaren Einfluss auf grundlegende
14 Richtungsentscheidungen unserer Partei nehmen. Die Diskussionen im Vorfeld des Entscheids
15 genießen ein überdurchschnittlich hohe Aufmerksamkeit seitens der Mitglieder und der
16 Öffentlichkeit. Viele bisher inaktive Mitglieder bringen sich wieder in die Debatten ein.
17 Interessierte Menschen erhalten einen zusätzlichen Anreiz, sich in der Sozialdemokratie zu
18 engagieren.

19
20 Der jüngste Beweis für die grundsätzlich positive Wirkung eines Mitgliederentscheides war die
21 Abstimmung zum Koalitionsvertrag auf Bundesebene zwischen CDU/CSU und SPD im Jahr
22 2013. Der zur Entscheidung stehende Vertrag wurde intensiv und unter großer Beteiligung in
23 der gesamten Partei diskutiert.

24
25 Gleichwohl herrschte vor dem Mitgliederentschied ein bedenkliches Ungleichgewicht. So laut
26 und deutlich die Argumente für den Koalitionsvertrag seitens der Parteispitze kommuniziert
27 wurden, so leise und kurz kamen die kritischeren Stimmen zu Wort. Sei es über die zahlreichen
28 Mitgliedermails oder die Statements des Parteivorstands in der Medienberichterstattung - eine
29 ausgeglichene und faire Wiedergabe der Pro- und Contra-Argumente war nicht zu erkennen.^[1]
30 Diese Tendenz gipfelte in einer ganzseitigen Annonce in der BILD nur wenige Tage vor Ende
31 des Votums (Zitat: "DESHALB SAGEN WIR JA" [Großbuchstaben im Original]).^[2] Selbst den
32 Wahlunterlagen waren noch, für eine Position einseitig werbende Unterlagen beigelegt.

33
34 Mit der angestrebten Ergänzung des Organisationsstatutes der SPD wollen wir dafür sorgen,
35 dass zukünftige Mitgliederentscheide auch das bekommen, was sie verdienen: eine fairen und
36 ausgeglichenen Wahlkampf.

37
38

39

40 ^[1] <https://jw.is/spd-anzeige-bild-parteigelder-groko-mitglieder>

41

42 ^[2] Nach damaligem Listenpreis 445.170,00 € heute 479.000,00 nach [http://www.axelspringer-](http://www.axelspringer-mediapilot.de/artikel/BILD-Preise-Formate-2015-BILD_2132981.html)

43 [mediapilot.de/artikel/BILD-Preise-Formate-2015-BILD_2132981.html](http://www.axelspringer-mediapilot.de/artikel/BILD-Preise-Formate-2015-BILD_2132981.html)

44

45

46

47

48

49

50

51

52

53

54

55

56

57

58

59

60

61

62

63

64

65

66

67

68

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

Titel Sozialdemokratische Basisdemokratie stärken!

Antragsteller Saarland

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Sozialdemokratische Basisdemokratie stärken!

1 Unsere Mutterpartei lässt derzeit wenig Chancen aus, um einen Politikstil zu verfolgen, der den
2 Kern der Sozialdemokratie aushöhlt. Ob es um Asylkompromisse geht, Liebäugeln mit Werten
3 wie Patriotismus oder Einschnitten an dem Megaprojekt Mindestlohn. Die SPD nimmt ihre
4 Führungsrolle als stärkste Kraft des linken Lagers im Parteienspektrum zu wenig wahr und
5 fokussiert ihre Kräfte auf einen Politikstil der Mitte. Vor dem Hintergrund eines verhältnismäßig
6 linken Regierungsprogramms von 2013 werden solche konservativen Positionen als „Sprünge“
7 oder - schlimmstenfalls - als Kontinuitätsbrüche wahrgenommen, die eng mit dem
8 Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel verknüpft sind. In unseren Augen sind die großen Foren des
9 sozialdemokratischen Austauschs, der Bundeskongress und das Parteikonvent, in der Pflicht
10 emanzipierter mit Inhalten und dem Aufarbeiten unserer desaströsen Wahlergebnissen
11 umzugehen. Da ein Großteil der Delegierten allerdings in Lohn und Brot der SPD steht, ist eine
12 kritische Aufarbeitung der Themen nur schwer möglich. Im Sinne einer stärkeren
13 Basisemokratie fordern wir daher:

14

15 **Forderungen:**

16

- 17 • Das Abstimmungsverhalten aller Delegationen muss transparent sein.

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

Titel Satzungsänderung der Frauenquote in eine
Geschlechterquote

Antragsteller Rheinland-Pfalz

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Satzungsänderung der Frauenquote in eine Geschlechterquote

- 1 Wir beantragen bei den Jusos anstelle der Frauenquote die Einführung der Geschlechterquote
- 2 wie sie bei der SPD üblich ist.
- 3
- 4 **Begründung:**
- 5 Bei der SPD haben wir die Geschlechterquote, in Vorständen und bei Delegiertenwahlen
- 6 müssen mindestens 40 Prozent beider Geschlechter vertreten sein. Bei den Jusos gilt hingegen
- 7 die Frauenquote für alle Vorstände und Delegiertenmandate. Heißt, wenn mehr Frauen als
- 8 Männer in einen Vorstand gewählt werden, ist das satzungsgemäß; im umgekehrten Fall
- 9 jedoch, müssen Frauen anstelle von Männern in den Vorstand nachrücken.
- 10
- 11 Gleichstellung darf aber keine Einbahnstraße sein. Sind mehr Frauen als Männer für die
- 12 Position gewählt, muss auch eine Korrektur zugunsten der Männer erfolgen können. Erst dann
- 13 können wir von Gleichstellung sprechen. Solange ein Geschlecht benachteiligt wird, ist keine
- 14 wirkliche Gleichstellung gegeben.
- 15
- 16
- 17
- 18
- 19
- 20
- 21
- 22
- 23
- 24
- 25
- 26
- 27
- 28
- 29
- 30
- 31
- 32
- 33
- 34
- 35
- 36
- 37
- 38

Titel Reform des SPD Parteikonvents

Antragsteller Schleswig-Holstein

Zur Weiterleitung an SPD Bundesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Reform des SPD Parteikonvents

1 **Die Jusos setzt sich für eine Reform des Parteikonvents ein, welche beinhaltet, dass die**
2 **Mitglieder des SPD Parteivorstandes nicht mehr stimmberechtigt sind und lediglich eine**
3 **beratende Funktion innehaben können.** Hierfür wird Punkt 1b) des Absatzes (1) des § 28
4 des SPD Organisationsstatutes gestrichen. Im Gegenzug wird der Absatz (1) um einen neuen
5 Punkt 2a) ergänzt, welcher „die stimmberechtigten Mitglieder des Parteivorstandes“ enthält. Alle
6 nachfolgenden Punkte werden redaktionell angepasst.

7
8 Somit lautet der neue § 28 (1):

9
10 „§ 28 Zusammensetzung und Einberufung des Parteikonvents

11
12 (1) Der Parteikonvent setzt sich zusammen:

13
14 1. Stimmberechtigte Mitglieder

15
16 a) 235 von den Parteitagern der Bezirke in geheimer Abstimmung zu wählenden
17 Delegierten. Dabei erhält jeder Bezirk vorab ein Grundmandat. Die weiteren Mandate werden
18 nach dem Schlüssel für die Errechnung der Delegiertenzahlen auf den Bundesparteitagen auf
19 die Bezirke verteilt.

20
21 2. Beratende Mitglieder

22
23 a) die stimmberechtigten Mitglieder des Parteivorstandes,

24
25 b) der oder die Vorsitzende der Kontrollkommission,

26
27 [...]“

28
29 Damit die Beschlüsse von Parteigremien in der Partei mitgetragen, akzeptiert und unterstützt
30 werden, ist es unabdingbar, dass sie transparent zustandekommen. **Auf den Parteikonvent**
31 **bezogen bedeutet dies, dass zukünftig mit der im Organisationsstatut vorgesehen**
32 **Möglichkeit der nichtöffentlichen Tagung auf Antrag zurückhaltender umgegangen wird.**
33 Eine pauschale und bereits im Vorfeld kommunizierte nichtöffentliche Tagung ist nur dann
34 wünschenswert, wenn der Konvent sich auf die Beratung von politischen und organisatorischen
35 Fragen beschränkt und nicht auch seiner Funktion als beschlussfassendes Gremium
36 nachkommt.

37
38 **Begründung:**

39 Im Leitantrag der SPD Parteireform von 2011 wurde die Idee des neuzugründenden

40 Parteikonvents als verbesserte Form des Parteirates beschrieben, bei der „die Bezirke und
41 Unterbezirke [...] eng in die politische Willensbildung eingebunden sein“ sollen. Jedoch hat der
42 Parteivorstand im Parteikonvent ein großes Stimmgewicht erhalten, indem dieser 35 von 235
43 stimmberechtigten Mitgliedern stellt. Dies widerspricht der sonstigen Handhabung der höchsten
44 beschlussfassenden Gremien zwischen den Parteitagen, da bei diesen die jeweiligen Vorstände
45 nie Kraft ihres Amtes stimmberechtigt sind. Die Auswirkung einer solchen Regelung hat sich
46 symbolisch bei der Konventsabstimmung zur VDS gezeigt. So wirkte die Zustimmung mit 124
47 Ja- zu 88 Nein-Stimmen zwar noch recht deutlich. Diese Eindeutigkeit verschwindet jedoch,
48 wenn die 33 Ja- und 2 Nein-Stimmen des Parteivorstandes herausgerechnet werden (91 Ja- zu
49 86 Nein-Stimmen). Eine Änderung könnte das Gewicht der einzelnen Verbände gegenüber dem
50 Parteivorstand wieder ausgleichen.

51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89
90
91
92
93
94
95
96
97
98
99
100

Titel Gründung der Gruppe: SAIGA (Selbsthilfe zum Abbau von Intrarollenkonflikten von Genoss*innen / Arbeitnehmer*innen in der SPD)

Antragsteller Berlin

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Gründung der Gruppe: SAIGA (Selbsthilfe zum Abbau von Intrarollenkonflikten von Genoss*innen / Arbeitnehmer*innen in der SPD)

1 Aus gegebenem Anlass fordern wir dringlichst die Initiierung eines psycho-sozialen
2 Hilfsangebotes an Genoss*innen, die momentan im starken Zwiespalt zwischen ihren
3 jungsozialistischen Idealen und den kapitalistischen Zwängen der Lohnerwerbstätigkeit bei der
4 SPD stehen.

5

6 Immer öfter ist zu beobachten, dass sich Stimmen bei kritischen Themen und einer kritischen
7 Haltung gegenüber der SPD enthalten. Dies mag sicher in diesem oder jenem Falle als eine
8 freie Entscheidung wirken, aber auch wir wissen um die brennende und manchmal blendende
9 Loyalität für den Arbeitgebenden - auch und besonders in Krisenzeiten. Wir zeigen uns aber klar
10 solidarisch mit unseren Genoss*innen und ihrer inneren politischen Zerrissenheit und möchten
11 unsere große Sorge ausdrücken und ihnen in diesen schweren und konfliktreichen Zeiten die
12 Hand reichen! Wir wollen nicht zulassen, dass dies unseren gemeinsamen politischen Diskurs
13 stört und so den konservativen Ja-Sager*innen in diesem Land dient. Denn: Nur gemeinsam
14 sind wir nicht einsam!

15

16 Die Gruppe soll betroffenen Genoss*innen einen anonymen und sicheren Raum zum Austausch
17 bieten, sie bei ihrer Selbstermächtigung unterstützen und ihnen Mediationsangebote entlang der
18 Konfliktlinie ihres privaten politischen Engagements und ihrer Loyalität ihrem Arbeitgebenden
19 gegenüber bieten.

20

21 **Wir fordern:**

22

23 • Kochtherapeutische Angebote von veganen und glutenfreien Süßspeisen (Windbeutel,
24 Rote Grütze usw.)

25 • Kuscheltherapie mit politisch korrekten Tieren / Pandas, Delfine, Einhörner und
26 Babytapire (!)

27 • Basteltherapie (Wer als erstes 1000 Kraniche gefaltet hat, darf sich die Revolution
28 wünschen!)

29

30 • Ausdruckstanz (wahlweise „Das kommunistische ManiFEST“ oder die gesammelten
31 Werke von Habermas

32

33 Genoss*innen, lasst uns nicht länger wegsehen!

34

35 Solidarität mit der arbeitenden Klasse – auch wenn es für die SPD ist.

36

Titel Ausgewogene Verpflegung auf dem
Bundeskongress

Antragsteller Bayern

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Ausgewogene Verpflegung auf dem Bundeskongress

- 1
2 Wir fordern das Bundesbüro dazu auf, die Verpflegung auf dem Bundeskongress zukünftig so
3 zu gestalten, dass eine ausgewogene omnivore, vegetarische und vegane Alternative zur
4 Verfügung steht.
5
6 **Begründung:**
7
8 Die Rücksichtnahme auf gesundheitlich, ethisch oder religiös motivierte
9 Ernährungseinschränkung unserer DelegiertInnen zum Bundeskongress und unserer geladenen
10 Gäste ist für uns eine Selbstverständlichkeit.
11
12 Da sich diese Einschränkungen in unterschiedlichsten Ausprägungen manifestieren (vegan,
13 vegetarisch, Verzicht auf Schweinefleisch, Verzicht auf Fisch oder Fleisch), ist diese
14 Rücksichtnahme gerade dann mit einem organisatorischen und finanziellen Aufwand
15 verbunden, wenn die Verpflegung einer Vielzahl von Personen zu bewerkstelligen ist.
16
17 Nichtsdestotrotz haben wir den Anspruch, dass eine nahrhafte Verpflegung erfolgt, die auf die
18 unterschiedlichsten Ernährungsformen (omnivor ohne Schweinefleisch, vegetarisch und vegan)
19 Rücksicht nimmt, soweit im Vorfeld Anmeldungen hierauf erfolgen.
20
21 Dazu reicht es nicht aus, wenn die angebotene Verpflegung für VegetarierInnen und
22 VeganerInnen lediglich aus den Beilagen des omnivoren Hauptgerichtes besteht.
23
24 Vielmehr sollte das Angebot aus einer Beilage plus einem omnivoren, vegetarischen oder
25 veganen Extra bestehen.
26
27 Da es in der Vergangenheit schon häufiger vorgekommen ist, dass die Anwesenden von ihrem
28 angemeldeten Ernährungswünschen abgewichen sind und es insbesondere bei der
29 vegetarischen Alternative zu Engpässen gekommen ist, soll die Ernährungsausgabe wie auf
30 großen Kongressen üblich, durch die Verteilung von z.B. Marken kontrolliert werden.
31
32 Durch eine klare Angabe der Ernährungsweise bei Anmeldung, kann insoweit eine vernünftige
33 Planung stattfinden.
34
35 Dieser Antrag dient im Übrigen nicht dazu, eine Ernährungsmethode über die anderen zu
36 erheben und sie als die ethisch oder religiös richtige darzustellen. Vielmehr respektieren wir die
37 Entscheidung jeder einzelnen Person sich so zu ernähren wie sie es für richtig hält.
38

Titel Verköstigung

Antragsteller Saarland

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Verköstigung

1 Die Jusos in Deutschland werden dazu aufgerufen, in all ihren Gremien egal ob AG, Kreis-,
2 Landes-, oder Bundesebene, nur noch Produkte, also Getränke und Speisen, aus fairer,
3 ökologischer, saisonaler und/oder regionaler Erzeugung für die Verköstigung bei Sitzungen und
4 Veranstaltungen zu verwenden.

5
6 Außerdem fordern wir alle Jusos auf, beim Kauf von Druckmaterialien, sei es z.B. bei Papier
7 oder bei Erstellen von T-Shirts, die für die Arbeit bei den Jusos gedruckt werden, auch dort die
8 Aspekte der Nachhaltigkeit immer im Blick zu haben.

9
10 **Begründung:**

11 Die Jusos verstehen ihre Umweltpolitik unter dem Aspekt der ökologischen Gerechtigkeit, dazu
12 zählt natürlich auch eine „nachhaltige und soziale Industriepolitik“.[1]

13
14 Oft ist es uns beim Einkaufen nicht bewusst, woher unser Essen kommt und ob es unter fairen
15 Gesichtspunkten produziert wurde. Wir kaufen es einfach, weil es günstig ist. Ob die Menschen,
16 die es hergestellt haben, dafür richtig entlohnt wurden, spielt dabei weniger bis gar keine Rolle.
17 Das ist fatal! Wir Sozialdemokraten kämpfen in Deutschland für einen Mindestlohn ohne
18 Ausnahmen und genau deshalb muss es uns auch wichtig sein, dass die, die für uns
19 Lebensmittel produzieren, auch gerecht für ihre Arbeit bezahlt werden!

20
21 Die Nachhaltigkeit der Produkte, die wir kaufen, muss dabei auch immer wieder geprüft werden.
22 Es ist oft relativ einfach nachzuvollziehen, ob die gekauften Lebensmittel unter ökologischen
23 Aspekten hergestellt wurden, schnell durch zertifizierte Ökosiegel, die meist gut erkennbar auf
24 den Verpackungen gekennzeichnet sind.

25
26 Dabei kann auch die Regionalität der Produkte berücksichtigt werden. Der Kauf regionaler
27 Produkte bedeutet weniger Anfahrtsweg in die Geschäfte und damit weniger CO2-Ausstoß, was
28 wiederum der CO2-Bilanz zugute kommt.

29
30 Bei der Verköstigung ist immer darauf zu achten, dass es eine vegetarische Alternative als
31 Auswahl geben muss.

32
33 Es soll aber nicht nur bei Lebensmitteln, die der Verköstigung bei Veranstaltungen und Gremien
34 dienen sollen, auf die Nachhaltigkeit geachtet werden, sondern auch bei erstellten
35 Drucksachen, wie Flyer oder T-Shirts. Auch hier ist dies durch zertifizierte Ökosiegel, wie z.B.
36 der blaue Engel bei Papier oder das „Global Organic Textil Standard“-Siegel[2] bei Kleidung
37 einfach zu überprüfen und umzusetzen.

38
39 Ungerechten Handelspraktiken und nicht ökologische Wirtschaftsweise können und dürfen uns

40 nicht egal sein!

41

42 Es muss uns als Jusos ein Anliegen sein, in unseren Gremien mit gutem Beispiel voranzugehen
43 und sich durch bewusstes Einkaufen ohne viel zusätzlichen Aufwand für die Menschen weltweit
44 und die Umwelt einzusetzen.

45

46

47

48 [1] <http://jusos.de/themen/umwelt>

49

50 [2] Vgl. dazu: Textil-Fibel 4, Greenpeace Media GmbH, Hamburg.

51

52

53

54

55

56

57

58

59

60

61

62

63

64

65

66

67

68

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

100

Titel Schluss mit der Papierflut! Umweltschutz fängt im Kleinen an

Antragsteller Hessen-Nord

Zur Weiterleitung an SPD Bundesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Schluss mit der Papierflut! Umweltschutz fängt im Kleinen an

- 1 Der Bundeskongress möge beschließen:
- 2
- 3 Jusos und SPD setzen sich laut ihrer jeweiligen Programme und Beschlusslagen seit
- 4 Jahrzehnten für Umweltschutz und ökologische Nachhaltigkeit ein. Vor diesem Hintergrund
- 5 macht die oft exorbitante Verschwendung von Papier auf fast allen Gliederungsebenen häufig
- 6 ratlos. Wir fordern deshalb eine Befragung aller Mitglieder, ob sie individuell bereit sind,
- 7 Einladungen, Sitzungsvorlagen etc. zukünftig ausschließlich auf elektronischem Wege zu
- 8 empfangen und über die Notwendigkeit eines Ausdrucks im Einzelfall selbst zu entscheiden –
- 9 wer nicht will, muss natürlich nicht. Auch Änderungsanträge auf den Konferenzen sollten in
- 10 Zukunft gesammelt werden, um die Situation zu verbessern.
- 11
- 12 Alle Mitglieder, die dem elektronischen Verfahren explizit zustimmen, werden binnen eines
- 13 halben Jahres nach Beschluss weder per Post noch auf Sitzungen Dokumente in Papierform
- 14 von Partei bzw. AG erhalten – ausgenommen sind Fälle, in denen dies rechtlich notwendig,
- 15 aufgrund von Kurzfristigkeit geboten oder wegen des Umfangs ein privater Druck unzumutbar
- 16 ist. Außerdem soll eine entsprechende Befragung beim Parteieintritt von Neumitgliedern
- 17 eingeführt werden.
- 18
- 19 **Begründung:**
- 20 Erfolg nötigenfalls mündlich. Die Konsequenzen der verschwenderischen Nutzung natürlicher
- 21 Ressourcen sind hoffentlich hinreichend bekannt.
- 22
- 23
- 24
- 25
- 26
- 27
- 28
- 29
- 30
- 31
- 32
- 33
- 34
- 35
- 36
- 37
- 38

Titel Aufbau einer digitalen Infrastruktur

Antragsteller Hessen-Nord

Zur Weiterleitung an SPD Bundesparteitag

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

Aufbau einer digitalen Infrastruktur

1 Der Bundeskongress möge beschließen:

2

3 Wir fordern den Parteivorstand auf, schnellst möglich eine digitale Infrastruktur auf Open-
4 Source-Basis (Own-cloud, Etherpad, Ethercalc, Brabbl, Doodle etc.) für die Parteibasisorganisa-
5 tionen aufzubauen, welche die Möglichkeiten bietet, Termine und Inhalte zu diskutieren und zu
6 erarbeiten sowie Informationen zu verbreiten und zu teilen. Dabei soll auf keine teure
7 Eigenentwicklung zurückgegriffen werden.

8

9 **Begründung:**

10 Aus datenschutztechnischer und organisatorischer Hinsicht ist es ein nicht haltbarer Zustand,
11 dass wir als Parteibasis zur Erledigung unserer Arbeit in den Vorständen, Ortsvereinen und
12 AGen private Firmen mit unseren Nutzungsdaten bezahlen müssen, wenn wir bspw. Termine
13 über Doodle abstimmen, „interne“ Diskussionsplattformen über Facebook und Mailinglisten,
14 bereitgestellt von Google, nutzen.

15 Wir brauchen eine eigene digitale Infrastruktur, die unsere Arbeit organisatorisch erleichtert,
16 dadurch effizienter und auch effektiver gestalten kann. Dafür sollen schnellst möglich die tech-
17 nischen und personellen Voraussetzungen geschaffen und die notwendigen finanziellen Res-
18 sourcen bereitgestellt werden.

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

Titel Die SPD achtet auf Mitmenschen und Umwelt – auch bei ihren Give-Aways!

Antragsteller Berlin

Zur Weiterleitung an Bundesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Die SPD achtet auf Mitmenschen und Umwelt – auch bei ihren Give-Aways!

- 1 Die SPD und ihre Gliederungen kaufen nur noch Give-Aways, die
2
3 • fair gehandelt sind,
4 • keine unnötige Einzelverpackungen aus Plastik haben,
5 • nicht aus Plastik sind, wenn es Alternativen gibt.
6

7 **Begründung:**

8 Die Partei und ihre Gliederungen kaufen für den Wahlkampf, aber auch für Aktionen während
9 der Legislaturperioden große Mengen an Rosen, Schokolade, Kugelschreibern und anderen
10 kleinen Geschenken ein. Kugelschreiber und andere kamen oftmals in völlig überflüssigen
11 Einzelverpackungen aus Plastik. Rosen und Schokolade sind in der Regel nicht aus dem fairen
12 Handel, damit unter sklavenartigen Bedingungen hergestellt. Als Partei der Solidarität dürfen wir
13 mit unseren Aktionen nicht die Verschmutzung der Umwelt oder die Ausbeutung von Menschen
14 in anderen Ländern unterstützen.
15

16 Ein Vorbild ist da heute schon die S&D-Fraktion, deren verteilte Kugelschreiber biologisch
17 abbaubar und deren Baumwolltaschen aus fair gehandelter Baumwolle bestehen.
18

19 Mit den großen Mengen, die die SPD regelmäßig einkauft, können Angebotsstrukturen
20 verändert werden: Für Anbieter*innen lohnt es sich diese Produkte auch in Fairtrade-Qualität,
21 aus umweltverträglicheren Material oder ohne Einzelverpackungen anzubieten. Die SPD sollte
22 damit auch ein Zeichen setzen, dem andere Parteien, Organisationen und einzelne
23 Verbraucher*innen folgen, damit Fairtrade und Umweltverträglichkeit die Regel und nicht mehr
24 die Ausnahme ist.
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38

Titel Abhängigkeiten vermeiden - Transparenz
 schaffen - Spendenkodex installieren

Antragsteller Hannover

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

**Abhängigkeiten vermeiden - Transparenz schaffen -
Spendenkodex installieren**

1 Wir fordern, den § 3 der Finanzordnung der SPD wie folgt zu ergänzen (Ergänzungen kursiv
2 und unterstrichen):
3
4 § 3 (...)
5
6 (4) Das für die Finanzangelegenheiten zuständige Vorstandsmitglied entscheidet über die
7 Annahme einer Spende. *Spenden von natürlichen und juristischen Personen sowie*
8 *Personenvereinigungen, welche erkennbar mit den moralischen und politischen Grundsätzen*
9 *der Partei nicht im Einklang stehen und dieses zum Zeitpunkt der Spende bekannt ist, dürfen*
10 *nicht angenommen werden.* Über die Annahme einer Spende, die im Einzelfall 2.000 Euro
11 übersteigt, beschließt in den den Bezirken nachgeordneten Gebietsverbänden der Vorstand auf
12 Vorschlag des für die Finanzangelegenheiten zuständigen Vorstandsmitglieds. Dieser
13 Beschluss ist in einem Protokoll festzuhalten und bei den Kassenunterlagen aufzubewahren.
14
15 Ferner ist ein § 4b in der Finanzordnung zu ergänzen:
16
17 **§ 4b Sponsoring**
18
19 Finanzielle Unterstützung oder Unterstützung mittels Sachgütern von Unternehmen und
20 Organisationen bei Veranstaltungen (Sponsoring) dürfen nur erfolgen, sofern diese in Ihren
21 Zielen und ihren Arbeitsbedingungen/Wirtschaftsweise den Grundsätzen der SPD nicht
22 erkennbar zuwiderlaufen. Die Bezirke sind angehalten ergänzend zu den Kenntnissen der
23 kassenführenden Gliederungen entsprechende Negativlisten zu führen und diesen zur
24 Verfügung zu stellen.
25
26 **Begründung:**
27 *Spenden unterhalb von 10.000 EUR sind laut Parteiengesetz nicht veröffentlichungspflichtig und*
28 *erzeugen durch fehlende Transparenz den Verdacht der verdeckten Einflussnahme. Dies betrifft*
29 *insbesondere die Unternehmensspenden bzw. die Spenden, die durch Führungskräfte von*
30 *Unternehmen erbracht werden.*
31
32 *Eine Stückelung von Spenden zur verdeckten Einflussnahme ist zwar laut Parteiengesetz*
33 *verboten, lässt sich aber schwerlich überprüfen. Der moralische Vorwurf bei Bekanntwerden*
34 *bleibt bestehen. Beispiele gibt es genug, exemplarisch sei hier das Rüstungsunternehmen*
35 *„Heckler & Koch“ zu nennen, das über 10 Jahre hinweg den ausgewiesenen Höchstbetrag an*
36 *CDU & FDP spendete[1]. Aber auch die SPD ist nicht frei von entsprechenden Spenden, auch*
37 *durch Unternehmen, deren Tätigkeit gegenüber unserer politischen Ausrichtung zumindest*
38 *zweifelbar ist.*

39

40 *VorreiterIn in Sachen Spendenkodex ist hierbei der Bundesverband der Grünen[2], der in seiner*
41 *Ausgestaltung aber Verbesserungen ermöglicht. Natürlich ist ein Kodex immer eine*
42 *Verhaltensempfehlung, kann aber nicht nur parteiintern eine Signalwirkung entfalten.*

43

44

45

46 [1] Vgl. [http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/parteienfinanzierung-heckler-und-koch-](http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/parteienfinanzierung-heckler-und-koch-spendete-als-einziger-waffenbauer-verdeckt/5956334-2.html)
47 [spendete-als-einziger-waffenbauer-verdeckt/5956334-2.html](http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/parteienfinanzierung-heckler-und-koch-spendete-als-einziger-waffenbauer-verdeckt/5956334-2.html), Zugriff: 16.01.2015

48

49 [2] Vgl. https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Finanzen/SpendenKodex.pdf,
50 Zugriff: 16.01.2015

51

52

53

54

55

56

57

58

59

60

61

62

63

64

65

66

67

68

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

Titel Jusos gehen voran und verschlüsseln ihre Kommunikation

Antragsteller Hessen-Nord

Zur Weiterleitung an Bundeskongress

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Jusos gehen voran und verschlüsseln ihre Kommunikation

1 Der Bundeskongress möge beschließen:

2

3 Alle Juso-Ebenen mögen die verbandsinterne elektronische Kommunikation durch die
4 Verwendung von Verschlüsselungstechnologien sicherer machen und durch regelmäßige
5 Workshops aka „Crypto Parties“ bei den Mitgliedern für Verschlüsselung werben und ihnen den
6 Weg hin zu privater Kommunikation zeigen.

7

8 **Begründung:**

9 Dass von E-Mails, über Chats, SMS bis hin zu Telefongesprächen alle unverschlüsselte
10 elektronische Kommunikation von Geheimdiensten und Kriminellen ohne weiteres überwacht
11 werden kann und wird, ist lange bekannt. Dagegen müssen wir politisch vorgehen, denn die
12 Massenüberwachung einer gesamten Gesellschaft ist nicht hinnehmbar und zerstört unser
13 freiheitliches Zusammenleben. Gleichzeitig jedoch müssen wir selbst in unserem Juso-Alltag
14 handeln, unsere Kommunikation sicherer machen und als Jusos innerhalb der SPD und unserer
15 Generation vorangehen und ein positives Beispiel sein. Deshalb fordern wir alle Juso-Ebenen
16 auf ihre elektronische Kommunikation zu verschlüsseln. Das ist inzwischen durch die
17 Verwendung von Ende-zu-Ende-verschlüsselten Chat-Programmen wie Threema oder auch der
18 E-Mail-Kommunikation mit OpenPGP unkompliziert und unaufwändig möglich.

19

20 Ein konkretes Szenario könnte so aussehen: jede von Juso-Vorständen verschickte E-Mail ist
21 mit einem PGP-Schlüssel eindeutig signiert. Dies stellt noch keine Verschlüsselung aber eine
22 Einladung an alle sensibilisierten E-Mail-Empfänger*innen dar, in Antworten oder direkter
23 Kommunikation verschlüsselt zu kommunizieren. Auf jährlichen Workshops wird der Zweck,
24 insbesondere aber die Handhabung von verschlüsselter elektronischer Kommunikation allen
25 interessierten Mitgliedern näher gebracht. Durch regelmäßige Anwendung dieses Vorgehens
26 werden immer mehr Jusos für dieses Thema sensibilisiert.

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

P

Pflege, Gesundheit & Soziales

P 1	Berlin Situation in der Pflege verbessern - Gute Pflege sichern!	383
P 2	Baden-Württemberg Impfpflicht	385
P 3	Hessen-Nord Impflicht einführen	386
P 4	Hannover Zeit für eine unabhängige STIKO (Ständige Impfkommission)	387
P 5	Berlin Impfung als wichtiges Mittel solidarischer Gesundheitspolitik stärken	388
P 6	Saarland Auseinandersetzung mit dem Thema Sterblichkeit	390
P 7	Nordrhein-Westfalen Für ein selbstbestimmtes Lebensende	392
P 8	Hamburg Nationale Aufklärungskampagne über Suizid und psychische Krankheiten – Gesellschaftliche Tabus brechen	396
P 9	Hannover „Du hast sie doch nicht mehr alle!“ - Gesellschaftlicher Stigmatisierung entgegenwirken und Versorgung psychisch erkrankter Menschen verbessern!	399
P 10	Brandenburg Widerspruchslösung in der Organspende einführen	401
P 11	Hessen-Nord Organspende	403
P 12	Rheinland-Pfalz Hebammen unterstützen!	404
P 13	Hannover Schutz der ärztlichen Schweigepflicht	408
P 14	Hannover Leben retten mit Auffrischung von Erste-Hilfe-Kursen für FührerscheinbesitzerInnen	409

P 15	Baden-Württemberg Generation Gerechtigkeit – Die Reform der sozialen Sicherungssysteme	410
P 16	Hamburg Kostenlose Verhütung auch mit Kondom	418
P 17	Berlin Kostenlose Verhütungsmittel für ALLE!	419
P 18	Berlin Aufnahme der „Pulsoxymetrie“ in den Leistungskatalog der Kinderfrüherkennungsuntersuchungen U1 und U2 aufnehmen	420
P 19	Bayern Stärkung der nicht-medizinischen Prävention im Rahmen des neuen Präventionsgesetzes (PrävG)!	421
P 20	Berlin Mitbestimmung der Patientenvertreter*innen im Gemeinsamen Bundesausschuss (GBA)	423
P 21	Bayern Verpflichtende Herausgabe von Medikamenten aus klinischen Studien zum Einsatz in der Individualtherapie	424
P 22	Rheinland-Pfalz Rechtliche Regelungen für die neuen Assistenzhundarten	426
P 23	Baden-Württemberg Flächendeckende medizinische Versorgung sicherstellen	427
P 24	Hamburg Unterhalt während des FSJ, FÖJ und BFD	429
P 25	Baden-Württemberg Kultur darf kein Privileg des vollen Geldbeutels sein	430
P 26	Hamburg Verlängerung des Unterhaltvorschlusses!	431
P 27	Schleswig-Holstein Reform des Wohngeldes	432

Titel Situation in der Pflege verbessern - Gute Pflege sichern!

Antragsteller Berlin

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Situation in der Pflege verbessern - Gute Pflege sichern!

- 1 Pflege ist allgegenwärtig. Vom Beginn des Lebens, über Unfälle im Kindesalter bis zur
- 2 Erkrankung als Erwachsene*r und in der Altenpflege.
- 3
- 4 Die Situation der Pflege hat in den letzten Jahren immer wieder ihren Weg in die Medien
- 5 gefunden: zum Beispiel als Meldungen über Gewalt oder Vernachlässigung in Pflegeheimen,
- 6 aber auch in Gestalt des tagtäglichen Stress, der mit dieser Tätigkeit einhergeht. Diese Situation
- 7 ist deutlich in sämtlichen Pflegeeinrichtungen - vom Krankenhaus, über die ambulante Pflege,
- 8 bis hin zur vollstationären Altenpflegeeinrichtung - spürbar. Mehrere Studien gehen davon aus,
- 9 dass sich die Zahl der Pflegebedürftigen von derzeit 2,4 Millionen bis 2050 auf vier Millionen
- 10 erhöhen wird. Dem gegenüber steht schon heute ein eklatanter Mangel an Pflegefachpersonen,
- 11 welcher sich in den kommenden Jahren noch weiter verschärfen wird. - Eine von Ver.di
- 12 durchgeführte Befragung ergab ein Defizit an 162.000 Arbeitsplätzen in deutschen
- 13 Krankenhäusern, 70.000 davon in der Pflege. Indessen sieht es in den außerklinischen
- 14 Pflegeeinrichtungen meist noch schlimmer aus. In diesem Kontext haben bei der DGB-Umfrage
- 15 "Gute Arbeit" 74% der Befragten Kranken- und Altenpfleger*innen angegeben, ihre Arbeit nicht
- 16 bis zur Rente durchhalten zu können. Unbezahlte Mehrarbeit und das ständige Arbeiten am
- 17 körperlichen und seelischen Limit zeigen hier ihre Auswirkungen.
- 18
- 19 In den deutschen Krankenhäusern wurden in den letzten zehn Jahren nicht nur über 50.000
- 20 Stellen in der Pflege abgebaut, sondern es wurden mehrere Rationalisierungsinstrumente im
- 21 Bereich der Klinik eingeführt. Das tiefgreifendste Instrument sind die G-DRG. In ihnen sind
- 22 vielfältigen Krankheitsdiagnosen mit pauschalen Geldbeträgen hinterlegt, die eine Klinik für
- 23 diese Diagnose erhält. In Folge dessen sind die Fallzahlen in den Kliniken drastisch erhöht
- 24 worden. Im Resultat muss eine höhere Zahl an Fällen, mit immer weniger Personal bewältigt
- 25 werden. Dadurch erhöht sich die Arbeitsbelastung in beträchtlichem Ausmaß.
- 26
- 27 In den Pflegeheimen gibt es sog. Tagessätze, in denen sämtliche Kosten enthalten sind, d. h.
- 28 Miete, Strom, Wasser, Pflege, Essen usw. Dieser Tagessatz wird auf einen Monat
- 29 hochgerechnet und über die Pflegestufe abgerechnet. Der Differenzbetrag muss hingegen
- 30 privat, von den Patient*innen, Angehörigen ersten Grades (sog. "Elternunterhalt") oder wird
- 31 vom Sozialamt bezahlt. Die Pflegeheime stehen in Konkurrenz zueinander. Dadurch entsteht
- 32 ein Kostendruck, welcher in der Vergangenheit überwiegend durch Abbau von Personalkosten
- 33 kompensiert wurde.
- 34
- 35 In der ambulanten Pflege muss unterschieden werden zwischen der medizinischen
- 36 Hauskrankenpflege und der Grundpflege. In der Grundpflege werden Dienstleistungen von
- 37 Patient*innen eingekauft, die einen pauschalen Preis haben. Dieser wird vom jeweiligen
- 38 Bundesland vorgegeben. Letzteres bedeutet, dass unabhängig von der jeweiligen

39 Tätigkeitsdauer, immer die gleiche Vergütung erfolgt. Für Extra-Leistungen ist oftmals keine
40 Zeit. So sind beispielsweise Patient*innengespräche in den Leistungskomplexen nicht
41 vorgesehen. Dieser Missstand geht zu Lasten von Patient*innen und Pflegepersonen.

42

43 Alles in Allem wird Folgendes deutlich: In der derzeitigen Ausgestaltung des
44 Gesundheitssystems ist es nicht möglich, eine adäquate Pflege auf Dauer sicherzustellen und
45 den Herausforderungen entschieden zu begegnen.

46

47 Forderungen:

48

- 49 • Stopp des Privatisierungstrends. Rekommunalisierung von Krankenhäusern und anderen
50 Pflegeeinrichtungen, unter gleichzeitiger Sicherstellung einer adäquaten
51 Finanzierungsstruktur, sodass eine finanzielle Mehrbelastung der Kommunen
52 ausgeschlossen ist;
- 53 • die Bundesländer müssen ihrer Verantwortung innerhalb der Dualistik gerecht werden und
54 ausreichend Mittel für Investitionen bereitstellen;
- 55 • innerhalb der G-DRG muss die Pflege vollumfänglich berücksichtigt werden;
- 56 • Abschaffung von Bonuszahlungen an Chefarzt*innen aufgrund von höheren Fallzahlen
57 oder guten betriebswirtschaftlichen Ergebnissen;
- 58 • Einführung einer gesetzlichen Personalbemessung über alle Berufsgruppen;
- 59 • ausreichende Fachpersonenquote für Nacht-, Wochenend- und Feiertagsdienste;
- 60 • Anwendung von Standards der Fachgesellschaften auf Intensivstationen, so fordert die
61 Deutsche Gesellschaft für Fachkrankenpflege und Funktionsdienste e.V. (DGF), dass auf
62 Intensivstationen, pro Schicht, eine Fachpflegeperson auf zwei Patient*innen kommt und
63 zusätzliche Fachpflegepersonen, je nach Versorgungszustand der Patient*innen
64 eingesetzt werden müssen;
- 65 • regelmäßige Berichte über die Personalausstattung;
- 66 • mittelfristige Personalbedarfsplanung auf lokaler, regionaler und Bundesebene;
- 67 • Einführung der generalistischen Pflegefachausbildung;
- 68 • flächendeckende Einführung eines mindestens einjährigen Pflegehilfsberufes, mit
69 staatlich anerkannter Abschlussprüfung und
- 70 • Abschaffung der sog. "Pflegebasiskurse", die nur eine unzureichende Qualifizierung im
71 Pflegebereich mit sich bringen und dazu benutzt werden, die Kosten im
72 Gesundheitswesen abzusinken;
- 73 • Ausweitung der Mitbestimmungsrechte für Betriebsräte bei Modernisierungs- bzw.
74 Rationalisierungsprozessen im Personalbereich.

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

Titel Impfpflicht

Antragsteller Baden-Württemberg

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Impfpflicht

1 Die Jusos fordern die Einführung einer Impfpflicht für alle von der Ständigen Impfkommission
2 (STIKO) festgelegten Schutzimpfungen.

3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39

Titel Impflicht einführen

Antragsteller Hessen-Nord

Zur Weiterleitung an SPD Bundesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Impflicht einführen

1 Der Bundeskongress möge beschließen:

2

3 Alle von der Ständigen Impfkommission (STIKO) am Robert-Koch-Institut empfohlenen
4 Impfungen (u.A. MMR, Hep A;B,Keuchhusten) sollen mit Ausnahme von vorliegenden
5 Allergien auch verpflichtend sein.

6

7 **Begründung:**

8 In Deutschland gehen mal wieder Masern um, und das obwohl sich die Regierung verpflichtet
9 hat diese bis 2015 auszurotten. Dies konnte nur passieren, weil sich Eltern weigern ihre Kinder
10 zu impfen. Dafür werden Argumente verwendet wie, Impfen kann Autismus verursachen oder es
11 gebe starke Nebenwirkungen. Beides ist falsch. Auf über 37 Millionen Impfungen im Jahr
12 kommen nicht einmal 1000 Fälle von Nebenwirkungen. Das ist weniger als 0,0005 Prozent.

13

14 Auch das mit dem Autismus ist Unsinn. Die Studie die dort angegeben wurde ist als gefälscht
15 zurückgezogen worden. Es hat noch nie einen Fall gegeben in dem Impfen Autismus
16 verursacht hat.

17

18 Impfen ist eine sehr sichere Methode seine eigenen Kinder gegen potentiel tödliche
19 Krankheiten zu schützen. Und nicht nur das, auch fremde Kinder werden geschützt. Die
20 Ausfallquote beim Impfen ist 3 Prozent. Das heißt ,dass unter 100 Kindern 3 nicht geschützt
21 sind. Sollten alle anderen Kinder geimpft sein, ist aber die Wahrscheinlichkeit dass sich die
22 ungeschützten Kinder anstecken sehr gering. Es geht also nicht nur um die Sicherheit der
23 eigenen Kinder, sondern auch um alle anderen. Hierbei muss der Staat eingreifen um die Kinder
24 zu schützen die nicht geschützt sind.

25

26 Sollte ein Kind allergisch auf den Impfstoff sein entfällt natürlich eine Impfung.

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

Titel Zeit für eine unabhängige STIKO (Ständige
Impfkommission)

Antragsteller Hannover

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Zeit für eine unabhängige STIKO (Ständige Impfkommission)

1 Wir fordern die Einführung eines Gesetzes, das die Mitglieder der STIKO zur Unabhängigkeit
2 von der Pharmaindustrie verpflichtet, sowie die Schaffung einer Karenzphase, die eingehalten
3 werden muss, bevor nach Ausscheiden aus der STIKO eine berufliche Tätigkeit für eine
4 Pharmafirma aufgenommen werden darf.

5

6 **Begründung:**

7 *Die STIKO (Ständige Impfkommission) besteht zurzeit aus 17 Mitgliedern, die jeweils für drei*
8 *Jahre vom Bundesgesundheitsminister berufen werden. Aufgabe der STIKO ist es, sich mit den*
9 *Themen Impfungen und Infektionskrankheiten auseinanderzusetzen und entsprechende*
10 *Richtlinien zu erstellen. An diesen orientieren sich die Impfempfehlungen. So ist der STIKO-*
11 *Impfkalender für Ärztinnen und Ärzte die wichtigste Grundlage dafür, ob Sie Patientinnen und*
12 *Patienten zu einer Impfung raten oder dieser eher kritisch gegenüber stehen. Neben den*
13 *Konsequenzen für die Patientinnen und Patienten selbst, haben die Entscheidungen der STIKO*
14 *somit auch unmittelbaren Einfluss auf die Kosten (-verteilung) im Gesundheitssystem (und den*
15 *Umsatz der Pharmafirmen), zumal seit 2007 von der STIKO empfohlene Impfungen nach einer*
16 *Bestätigung durch den Gemeinsamen Bundesausschuss (oberstes Beschlussgremium der*
17 *gemeinsamen Selbstverwaltung der Ärzte, Zahnärzte, Psychotherapeuten, Krankenhäuser und*
18 *Krankenkassen in Deutschland) von den Krankenkassen bezahlt werden müssen.*

19

20 *Eine solches Gremium ist richtig und wichtig, um durch Zusammenschau jeglicher Daten und*
21 *Forschungsergebnisse den klinisch tätigen Ärztinnen und Ärzten fundierte Empfehlungen*
22 *aussprechen zu können, allerdings hinterlässt es bereits seit vielen Jahren einen bitteren*
23 *Beigeschmack, dass immer wieder zu hören und zu lesen ist, dass der überwiegende Anteil der*
24 *Mitglieder zur Zeit der Mitarbeit in der STIKO finanziell von Pharmafirmen abhängig ist oder es*
25 *in der Vergangenheit war (Quelle: z.B. „Schweinegrippe“- Impfung: Transparency kritisiert*
26 *potenzielle Interessenkonflikte und intransparente Entscheidungsprozesse bei der ständigen*
27 *Impfkommission STIKO“, Transparency international 2009). Zwar findet man inzwischen z.B.*
28 *auf der Homepage des Robert Koch Institutes Selbstauskünfte der Mitglieder zu Tätigkeiten für*
29 *und finanziellen Abhängigkeiten von Pharmafirmen, bisher gibt es aber keine gesetzliche*
30 *Regelung, die eine solche Abhängigkeit untersagt.*

31

32 *Auch gibt es bisher keine Karenzphase, die verhindert, dass Mitglieder der STIKO direkt im*
33 *Anschluss an das Ausscheiden aus dieser für Pharmakonzerne arbeiten dürfen. Das dies aber*
34 *durchaus Realität ist, zeigt das, zugegebenermaßen bereits etwas zurück liegende, folgende*
35 *Beispiel: Im Herbst 2007 legte Heinz-Joseph Schmitt seinen Vorsitz der STIKO nieder und*
36 *nahm einen Posten in der pharmazeutischen Industrie an (Quelle: „Ständigen Impfkommission:*
37 *Unter Anwendungsbeobachtung“, Deutsches Ärzteblatt 2007).*

38

Titel Impfung als wichtiges Mittel solidarischer Gesundheitspolitik stärken

Antragsteller Berlin

Zur Weiterleitung an Parteikonvent, Bundesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Impfung als wichtiges Mittel solidarischer Gesundheitspolitik stärken

- 1 Wir nehmen mit Sorge zur Kenntnis, dass der überwältigende Erfolg in der Bekämpfung von
2 lebensgefährlichen, hochansteckenden Krankheiten durch Impfmüdigkeit in Gefahr gerät. **Wir**
3 **werden deshalb das Budget der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung**
4 **aufstocken, um Informationskampagnen weiter zu stärken und insbesondere der**
5 **Desinformation stärker entgegenzutreten.** Dabei muss die Unterschiedlichkeit
6 anzusprechender Zielgruppen Berücksichtigung erfahren.
7
8 Informationskampagnen allein werden jedoch der Erfahrung nach nicht ausreichen, um
9 insbesondere das Ziel der Ausrottung von diversen Krankheiten und der Anhebung der
10 allgemeinen Impfquoten zu erreichen. Wir werden deshalb Erziehungsberechtigte verpflichten,
11 Impfungen von Kindern und Jugendlichen durchführen zu lassen, wenn der Impfschutz
12 individuelle Nebenwirkungen überwiegt. Kriterien für diese Abschätzung werden durch eine
13 Fachkommission vorgeschlagen und durch ein geeignetes parlamentarisches Verfahren
14 bestätigt. Kommerzielle Interessen dürfen dabei keinen Einfluss auf die Entscheidungsfindung
15 haben. Auch wenn bereits heute die meisten Eltern die Wichtigkeit der Schutzimpfungen
16 erkannt haben, ist dies notwendig, um besonders die verfestigten Milieus und Risiko-
17 Ballungszentren zu erreichen, die mit Informationskampagnen nur schwer zu erreichen sind.
18 **Wir werden dafür ein mehrstufiges Verfahren einführen, in dessen Verlauf auf Ängste und**
19 **Vorurteile eingegangen wird und an dessen Ende die Durchsetzung der Impfpflicht steht.**
20 Nichtsdestotrotz ist uns auch bei einer Impfpflicht bewusst, dass es Menschen gibt, die nicht
21 geimpft werden können. Dies können Menschen sein, die z.B. eine Allergie gegen den besitzen
22 oder aus gesundheitlichen Gründen nicht geimpft werden können.
23
24 Dabei muss den Menschen und Impfgegner*innen verdeutlicht werden, dass Impfungen nicht
25 nur im eigenen Interesse/ dem Interesse der Kinder wichtig sind, sondern auch Teil einer
26 gesamtgesellschaftlichen Verantwortung, die aus dem Zusammenleben Vieler auf engem Raum
27 resultiert. Ein hohes Niveau des Impfschutzes innerhalb der Gemeinschaft ist zum Schutz all
28 jener, die sich aus gesundheitlichen Gründen nicht impfen lassen können, unerlässlich.
29
30 Eingewanderte und geflüchtete Menschen sollen ebenfalls verstärkt über Impfungen informiert
31 werden. Dies soll auch explizit für geflüchtete und zugewanderte Kinder und Jugendliche gelten.
32 Schutzimpfungen sind auch Geflüchteten, die leider nicht krankenversichert sind, kostenlos und
33 unverzüglich zur Verfügung stehen. Daher muss bereits bei der Aufnahme von geflüchteten
34 Menschen eine Impfung möglich sein, indem ausreichend Personal und Impfstoff zur Verfügung
35 stehen. **Gerade die im Regelfall nicht krankenversicherten Geflüchteten sind besonders**
36 **gefährdet und Ihr Schutz ist aus menschenrechtlichen und epidemiologischen Gründen**
37 **geboten.**
38

39 **Begründung:**

40 Durch Impfungen konnten zahlreiche lebensgefährliche Krankheiten zurückgedrängt und im
41 Falle der Pocken ausgerottet werden. Dieser Erfolg ist ein Grund für die stagnierenden und zum
42 Teil rückläufigen Impfquoten, da das bittere Angesicht der nun erfolgreich bekämpften
43 Krankheiten aus dem kollektiven Gedächtnis verschwindet.

44

45 Hinzu kommt das Trittbrettfahrer*innenproblem: Solange genügend andere Menschen sich
46 impfen, ist auch der eigene Schutz gewährleistet, da der Erreger nicht zu einem durchdringt
47 (sog. Herdenimmunität). Der Gang in die Hausarztpraxis und die womöglich unangenehmen
48 Behandlung bleibt den Impfmüden erspart.

49 Auf diesem Nährboden des nachgelassenen Schreckens der – nach wie vor teilweise tödlichen
50 – Krankheiten und der bisher geringen Konsequenzen aus unterlassenen Impfungen wuchsen
51 auch esoterische Begründungen gegen Impfungen, welche in einigen teils hochgebildeten
52 Milieus Unterstützung erfahren. Jenseits von allgemeiner Kritik an der Pharmaindustrie, die
53 auch in wissenschaftlich-kritischen und politischen Diskursen verbreitet ist, eint die esoterische
54 Impfkritik eine Überbetonung von Impfrisiken gegenüber den Vorteilen der Impfungen, ein
55 selektives und im Kern antiwissenschaftliches Aufgreifen von Meldungen und in ihrem Sinne
56 uminterpretierter Forschung sowie eine stärkere Offenheit gegenüber Verschwörungstheorien.

57

58 Die Kombination aus Nachlässigkeit und dogmatischer Verweigerung von Impfungen darf eine
59 sozialdemokratische Gesundheitspolitik nicht ignorieren. Wir Sozialdemokratinnen und
60 Sozialdemokraten fühlen uns dabei besonders den Schwächsten der Gesellschaft verpflichtet,
61 die zum Beispiel als Neugeborene, Geflüchtete oder Kranke noch keine Impfung bekommen
62 konnten. Hier gilt es aktiv, offensiv und breitenwirksam zu informieren und Falschinformationen
63 gezielt entgegenzutreten.

64

65

66

67

68

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

Titel Auseinandersetzung mit dem Thema
Sterblichkeit

Antragsteller Saarland

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Auseinandersetzung mit dem Thema Sterblichkeit

- 1 Im Zeitalter der modernen Medizin gewinnen die Themen Tod und Sterblichkeit immer mehr an
2 Bedeutung, wenn auch in einer ganz anderen Perspektive als noch vor einigen wenigen
3 Jahrzehnten. Wo Menschen früher sterben mussten, ist es heute möglich ihr Leben in zum Teil
4 erstaunlichem Maße zu verlängern. Nun stellt sich die Frage: Verlängern wir ihr Leben oder ihr
5 Leiden?
6
7 Modernste Techniken erlauben es uns das Versagen nahezu aller Organe zu kompensieren.
8 Neuste Geräte im Zusammenspiel mit hochdosierter Medikation können häufig über lange
9 Zeiträume hinweg das Versagen des Körpers ausgleichen. Dies führt in der Bevölkerung
10 zunehmend zu einem „Klammern“ an die moderne Medizin, einem „alles tun was möglich ist“,
11 ohne dabei wirklich eine Vorstellung zu haben, was dies für die sterbende Person bedeutet.
12 Wenn Menschen ein Alter erreichen, indem man früher damit gerechnet hat, sich darauf
13 eingestellt hat, dass es nun bald sein könnte, dass dieser Mensch uns verlässt, geht man heute
14 davon aus, dass Ärzte und Pflegende diesen Punkt um ein Vielfaches hinauszögern können. Es
15 fällt zunehmend schwerer zu akzeptieren, dass geliebte Angehörige oder Freunde an den Punkt
16 gelangen, wo ihr Körper zu krank, oder schlicht zu alt zum Überleben ist. Dass dies der
17 natürliche Verlauf des Lebens ist, gerät dabei in den Hintergrund. Dass so viele Mittel zur
18 Verfügung stehen, um einen, in vielen Fällen leider unvermeidlichen, Tod hinauszuzögern, führt
19 dazu, dass man als Angehöriger nicht mehr daran denkt, dem Patienten ein friedvolles Ende
20 ohne Schmerzen zu schenken, sondern sich von Angst und Trauer übermannen lässt, den
21 geliebten Menschen nicht loslassen will und unbewusst sein Leiden verlängert. Häufig kann
22 man ihnen das auch gar nicht vorwerfen, denn es liegt in der Natur der Sache, dass man sich
23 nicht spontan zu Hause mit solchen Themen beschäftigt, wenn man nicht persönlich oder
24 beruflich Kontakt mit den Bereichen Medizin und Gesundheit hat.
25
26 Darum ist es notwendig sich bereits möglichst früh mit den Themen Tod und Sterblichkeit
27 auseinanderzusetzen. Wenn man dann in die Situation kommt eine Entscheidung für seine
28 Verwandten treffen zu müssen, kann man in der Lage sein, diese wohl abzuwägen.
29
30 Wir fordern daher die Integration des Themenkomplexes Tod und Sterblichkeit (unter
31 Einbeziehung von Themen wie Patientenverfügung, Umgang mit erkrankten Verwandten,
32 Intensiv- und Palliativmedizin) in den Religions- bzw. Ethikunterricht der Oberstufe.
33
34 Dies soll zum einen junge Menschen zur Auseinandersetzung und Diskussion mit diesem
35 Thema anregen und zum anderen sekundär dazu führen, dass sie das Thema auch nach
36 Hause tragen und mit Eltern, Großeltern und anderen Verwandten besprechen. Sie sollen sich
37 eine persönliche Meinung dazu bilden können und im Falle einer Erkrankung oder eines Unfalls
38 in ihrem nahen Umfeld nicht plötzlich in diese schreckliche Entscheidung gezwungen werden.

39 Sie sollen im Vorfeld über eine solche Situation nachgedacht haben, um dadurch vielleicht die
40 Wünsche ihrer Lieben berücksichtigen zu können.

41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89
90
91
92
93
94
95
96
97
98
99

Titel Für ein selbstbestimmtes Lebensende

Antragsteller Nordrhein-Westfalen

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Für ein selbstbestimmtes Lebensende

- 1 Die sogenannte aktive Sterbehilfe und der assistierte Suizid werden unter bestimmten
- 2 Voraussetzungen bei der Durchführung durch eine*n Arzt*Ärztin legalisiert.
- 3
- 4 Der bei der aktiven Sterbehilfe bislang zur Anwendung kommende § 216 StGB (Tötung auf
- 5 Verlangen) wird ergänzt, so dass unter folgenden Bedingungen keine Rechtswidrigkeit vorliegt:
- 6
- 7 • Die Sterbehilfe wird von einem*einer Arzt*Ärztin durchgeführt.
- 8
- 9 • Die Lebensbeendigung erfolgt fachgerecht und mit der gebotenen Sorgfalt.
- 10
- 11 • Die um Sterbehilfe bittende Person hat das 16. Lebensjahr vollendet. Eine Sterbehilfe
- 12 nach Beendigung des 14. Lebensjahres ist möglich, wenn beide begutachtenden
- 13 Ärzt*innen eine ausreichende geistige Reife für diesen Entschluss feststellen und beide
- 14 Eltern diesem zustimmen. Bei Unklarheit über die Zurechnungs- und Urteilsfähigkeit
- 15 des*der Minderjährigen ist ein psychologisches Gutachten einzuholen.
- 16
- 17 Desweiteren hat sich der*die Arzt*Ärztin zusammen mit dem*der Patient*in über folgende
- 18 Punkte versichert:
- 19
- 20 • dass der Wunsch nach Lebensbeendigung freiwillig und nach reiflicher Überlegung
- 21 getroffen wurde.
- 22 • dass der Zustand des*der Patient*in nach ihrer gemeinsamen Überzeugung aussichtslos
- 23 und unerträglich ist.
- 24 • dass der*die Patient*in von ihm*ihr über seinen*ihren Zustand und medizinische
- 25 Prognose aufgeklärt wurde.
- 26 • dass er*sie zusammen mit dem*der Patient*in zu keiner anderen annehmbaren Lösung
- 27 für dessen*deren Situation kommt.
- 28
- 29 Zu diesen Kriterien verfasst der*die behandelnde Arzt*Ärztin eine schriftliche Stellungnahme.
- 30 Außerdem ist ein weiterer unabhängiger Arzt* oder eine weitere unabhängige Ärztin* zu
- 31 konsultieren, der*die sich ebenfalls der obenstehenden Punkte versichert und eine schriftliche
- 32 Stellungnahme abgegeben hat.
- 33
- 34 Zwischen dem ersten Gespräch mit dem*der behandelnden Arzt*Ärztin, bei dem ein mündlicher
- 35 Antrag auf Sterbehilfe gestellt wurde, und der Lebensbeendigung muss eine mindestens
- 36 einmonatige Wartezeit bestehen, um die Dauerhaftigkeit des Sterbewunsches zu bestätigen.
- 37 Nach dem ersten mündlichen Antrag des*der Patient*in muss zusätzlich ein schriftlicher Antrag
- 38 verfasst werden. In diesem hat der*die Patient*in seinen*ihren Sterbewunsch selbst schriftlich
- 39 aufzusetzen und im Beisein zweier Zeug*innen zu unterschrieben. Ist er* oder sie* dazu nicht in

40 der Lage, kann der Wunsch durch eine Person seiner*ihrer Wahl, die kein materielles Interesse
41 am Tod des*der Patient*in hat, im Beisein des Arztes* oder der Ärztin* und zwei weiterer
42 Zeug*innen niedergelegt werden.
43

44 Um sicherzustellen, dass der*die Patient*in den Wunsch nach Lebensbeendigung frei und
45 selbstbestimmt gefasst hat, sind Patient*innen, bei denen nach psychologisch-fachlichem Urteil
46 eine mangelnde Urteils- und Einwilligungsfähigkeit im Sinne des PsychKG oder gleichwertigen
47 Rechtsformen vorliegt, von der Möglichkeit der aktiven Sterbehilfe ausgeschlossen. Besteht bei
48 dem*der Arzt*Ärztin nach den ausführlichen Gesprächen im Vorfeld der Lebensbeendigung
49 Unklarheit über die psychische Gesundheit des*der Patient*in, ist die Meinung eines*einer
50 Psycholog*in zu Rate zu ziehen. Ferner muss sichergestellt sein, dass der*die Patient*in bis
51 zum letzten Moment vor der lebensbeendenden Maßnahme die Möglichkeit hat, von seinem
52 Vorhaben Abstand zu nehmen. Deshalb ist der*die behandelnde Arzt*Ärztin in der Pflicht, sich
53 direkt vor der lebensbeendenden Maßnahme über den Sterbewunsch des*der Patient*in
54 nochmals zu vergewissern.
55

56 Nach der Lebensbeendigung ist die Sterbehilfe von dem*der behandelnden Arzt*Ärztin einer
57 noch zu benennenden staatlichen Stelle zu melden, zum Beispiel dem zuständigen
58 Gesundheitsamt. Dort hat eine Kommission die Einhaltung der oben genannten
59 Voraussetzungen zu überprüfen. Dafür sind insbesondere der schriftliche Antrag des*der
60 Patient*in, die Stellungnahmen der Arzt*innen, ein Bericht des ausführenden Arztes* oder der
61 ausführenden Ärztin* sowie alle weiteren für die Überprüfung notwendigen Dokumente
62 einzureichen. Sollte die Kommission zu dem Schluss kommen, dass die Lebensbeendigung
63 nicht mit absoluter Sicherheit entsprechend aller gesetzlichen Voraussetzung erfolgt ist, ist die
64 Meldung zur weiteren Untersuchung an die Staatsanwaltschaft weiter zu reichen. Wurden alle
65 Sorgfaltskriterien eingehalten ist der Strafausschlussgrund gegeben und der*die
66 behandelnde Arzt*Ärztin nicht strafbar.
67

68 Die Kommissionen werden regional von den jeweiligen Landesgesundheitsministerien
69 eingesetzt. Ein abschließendes Urteil über die Einhaltung der Voraussetzungen hat innerhalb
70 eines angemessenen Zeitrahmens zu erfolgen. Bei Zweifeln über die Einhaltung ist zunächst
71 der*die Arzt*Ärztin zu informieren und bezüglich der zu Zweifeln Anlass gebenden Aspekte zu
72 befragen. Sollten auch nach dem Kontakt mit dem*der die Sterbehilfe ausführenden Arzt*Ärztin
73 noch Zweifel bestehen, wird die Meldung an die Staatsanwaltschaft weitergegeben.
74

75 Die Kommissionen setzen sich aus Jurist*innen, Arzt*innen und Ethiker*innen zusammen. Sie
76 tagen regelmäßig, um eine zügige Entscheidung zu gewährleisten.
77

78 Durch die gesetzlichen Regelungen wird sichergestellt, dass Arzt*innen, die eine
79 Lebensbeendigung nach den oben genannten Vorgaben oder einen assistierten Suizid
80 durchführen, keinerlei Konsequenzen aus ihrem Handeln zu befürchten haben.
81

82 Jedoch ist kein Arzt* und keine Ärztin* dazu verpflichtet, Sterbehilfe zu leisten. Die Erfüllung der
83 Bitte eines*einer Patient*in nach Sterbehilfe muss freiwillig erfüllt werden.
84

85 Die Lebensbeendigung kann zudem an einem von den Patient*innen frei zu wählenden Ort
86 erfolgen, also zum Beispiel auch zu Hause.
87

88 Zusätzlich ist die palliativmedizinische Versorgung so auszubauen, dass der Wunsch nach
89 Lebensbeendigung nicht auf Grund mangelnder medizinischer Versorgung entsteht und
90 tatsächlich alle medizinischen Möglichkeiten ausgeschöpft werden, das individuelle Leiden einer
91 Person so weit wie möglich zu lindern.
92

93 **Begründung:**

94 Um die Frage eines Rechtes zu Sterben, beziehungsweise um ein ob und wie zur Frage der
95 Sterbehilfe, wird auch in Deutschland seit Jahren intensiv gestritten. Da diese Frage
96 grundsätzliche Vorstellungen von Leben und Sterben sowie intime (auch religiöse)
97 Wertvorstellungen berührt, wird diese Diskussion verständlicherweise oft auch sehr emotional
98 geführt.
99

100 Häufig lässt die pflegerische und palliativmedizinische Versorgung sterbender oder terminal

101 kranker Menschen leider noch Wünsche offen. Diese Versorgung zu verbessern muss
102 selbstverständlich immer oberste Priorität haben und sicherlich gibt es in diesem Bereich auch
103 noch einiges zu tun. Diese Verbesserungen werden auch Geld kosten, was aber kein Hindernis
104 sein darf. Doch auch eine ideale Versorgung ist eventuell nicht in allen Fällen die optimale oder
105 gewünschte Lösung.
106
107 Sicherlich erfüllt die ideale Versorgung in vielen Fällen ihren Zweck, das individuelle Leid von
108 Menschen erträglich zu gestalten, so dass sie ihre noch verbleibende Lebenszeit wertschätzen
109 und eine vorzeitige Lebensbeendigung nicht in Betracht ziehen. Doch wir sehen uns auch mit
110 der Frage konfrontiert, ob man von jedem Menschen verlangen kann, zu dieser Entscheidung
111 zu gelangen. Gilt nicht das Selbstbestimmungsrecht eines Menschen, dass grundsätzlich sein
112 Recht auf Suizid schützt, auch bei schwerer Erkrankung und gerade bei erheblichen Leiden?
113 Schließt nicht die individuelle Freiheit, das eigene Leben nach den eigenen Wünschen zu
114 gestalten auch das Recht ein, diesem Leben ein individuell gewähltes Ende zu setzen?
115
116 Die Entscheidung über die eigene Lebensbeendigung ist individuell und höchstpersönlich. Was
117 ein Schwerkranker* an Leid ertragen kann, mag nicht dem entsprechen, was eine andere
118 Schwerkranke* für erträglich hält. Niemand kann sich anmaßen, darüber zu urteilen, wie lange
119 ein Leiden zu ertragen ist. Wenn ein Mensch sein Leben als subjektiv unwürdig empfindet, hat
120 weder der Gesetzgeber, noch eine Berufsordnung das Recht, ihm* oder ihr* das Leben
121 aufzuzwingen.
122
123 Schmerzen mögen zu lindern sein, aber es mag auch gute Gründe geben, den eventuell
124 nahenden oder anhaltenden eigenen körperlichen Verfall nicht (mehr) miterleben zu wollen, wie
125 z.B. die Einschränkung der Lebensqualität. Wir sind der Meinung, dass wir diese Gründe nicht
126 pauschal von außen negieren können.
127
128 Das Selbstbestimmungsrecht eines jeden Menschen basiert auf der im Grundgesetz
129 niedergeschriebenen Würde des Menschen. Dieses Recht, selbstbestimmt zu leben und zu
130 entscheiden, umfasst zum einen, alle ärztlichen Behandlungen - sollten sie auch aus
131 medizinischer Sicht sinnvoll sein - abzulehnen. Zum anderen hat jede*r das Recht, seinen*ihren
132 Tod zu wählen und dafür um Hilfe zu bitten, sollte es ihm* oder ihr* nicht mehr möglich sein, die
133 Lebensbeendigung selbst durchzuführen.
134
135 Angesichts dessen sind wir zu dem Schluss gekommen, dass es auch in Deutschland klare
136 gesetzliche Regelungen und Bedingungen für ein selbstgewähltes Lebensende geben muss.
137 Zum einen, damit ein assistierter Suizid für die betreffende Person und ihre*seine Angehörigen
138 sowie die behandelnden Ärzt*innen in jedem Fall ohne juristische oder arbeitsrechtliche
139 Konsequenzen ist und somit auch ein Sterben in Würde ermöglicht wird. Aber auch um
140 Regelungen zu treffen, wenn die betreffende Person zu einem eigenständigen Suizid nicht mehr
141 in der Lage ist oder einen anderen Weg wünscht.
142
143 Diese Möglichkeit zur aktiven Sterbehilfe ist zu Recht die umstrittenste, da das Leben
144 gerechtfertigterweise ethisch und juristisch den höchsten Stellenwert genießt. Jedoch denken
145 wir, dass, wenn jemand dem eigenen Leben diesen Stellenwert abspricht und selbiges beenden
146 möchte, es uns nicht zusteht diesen Wunsch prinzipiell zu verhindern. Unter genau definierten
147 und festgelegten Bedingungen und wenn sie von einem*einer Arzt*Ärztin durchgeführt wird,
148 können wir uns eine Legalisierung eines solchen Tötens auf Verlangen vorstellen. Diese Fälle
149 sollten zu Recht limitiert bleiben, daher müssen die Voraussetzungen für eine Straffreiheit
150 umfassend und detailliert sein und ihre Befolgung detailliert dokumentiert und überprüft werden.
151
152 Auf Basis dieser Überlegungen und unter den genannten Voraussetzungen entstand dieser
153 Antrag, der unserer Ansicht nach einen guten Kompromiss zwischen dem
154 Selbstbestimmungsrecht des*der Einzelnen und einer angemessenen Regulierung der
155 Sterbehilfe darstellt.
156
157 Uns ist bewusst, dass manche Menschen geneigt sein könnten einen Sterbewunsch zu
158 formulieren, um die finanzielle oder emotionale Belastung ihrer Angehörigen zu lindern oder da
159 sie sich von diesen aus den gleichen Motiven zu einer solchen Entscheidung gedrängt fühlen.
160 Wir glauben aber zum Einen, dass das vorgesehene umfangreiche Arzt*Ärztinnengespräch eine
161 solche Motivation ergründen kann. Zum Anderen setzen wir uns mit unserer bereits

162 bestehenden Beschlusslage für ein solidarisches und ausreichend finanziertes
163 Gesundheitssystem ein, welches eine ausreichende Pflege von Bedürftigen gewährleistet.
164 Unter diesen Bedingungen sollte das Bestehen einer Pflegebedürftigkeit am Lebensende keine
165 Belastung der Angehörigen mehr darstellen, die den Wunsch nach einer vorzeitigen
166 Beendigung des Lebens fördern könnte.

167
168
169
170
171
172
173
174
175
176
177
178
179
180
181
182
183
184
185
186
187
188
189
190
191
192
193
194
195
196
197
198
199
200
201
202
203
204
205
206
207
208
209
210
211
212
213
214
215
216
217
218
219
220
221
222

Titel Nationale Aufklärungskampagne über Suizid und psychische Krankheiten – Gesellschaftliche Tabus brechen

Antragsteller Hamburg

Zur Weiterleitung an SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Nationale Aufklärungskampagne über Suizid und psychische Krankheiten – Gesellschaftliche Tabus brechen

1 Wir Jusos fordern eine bundesweite Aufklärungskampagne über Suizid und psychische
2 Krankheiten, die über Fakten, Warnsignale und Hilfsangebote informiert und ein öffentliches
3 Bewusstsein für diese Themen schafft. Dies soll nach dem Vorbild der Aufklärungskampagne
4 über HIV/AIDS von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) initiiert werden.
5

6 Des Weiteren fordern wir die Einhaltung des 2006 verfassten nationalen Gesundheitsziels:
7 „Depressive Erkrankungen: verhindern, früh erkennen und nachhaltig behandeln“[1] sowie die
8 Umsetzung des internationalen „Mental Health Action Plan“ der Weltgesundheitsorganisation
9 (WHO), mit dem Ziel die Selbstmordrate bis zum Jahr 2020 um 10% zu senken.[2]

10
11

12
13 [1] Bundesministerium für Gesundheit (2006). *Nationale Gesundheitsziele*.

14

15 [2] World Health Organization (2013). *Mental Health Action Plan*.

16

17 **Begründung:**

18 **Fakten über Suizid:**

19

20 Jedes Jahr begehen in Deutschland etwa 10.000 Menschen Selbstmord.[1] Es sterben mehr
21 Menschen durch Suizid als durch Verkehrsunfälle (3.368 Tote)[2], Gewalttaten (2.179 Tote)[3],
22 illegalen Drogen (1.032 Tote)[4] und AIDS (550 Tote)[5] zusammen. Jeder Selbstmord betrifft
23 nach Schätzungen der WHO mindestens sechs weitere Menschen, für die das Ereignis ein
24 massives psychisches Trauma darstellt. Auf jeden vollendeten Suizid kommen 10 bis 20
25 Suizidversuche. Bei Kindern und Jugendlichen bis 25 Jahre ist Selbstmord, nach Unfällen, die
26 zweithäufigste Todesursache.[6] Das durchschnittliche Sterbealter bei Selbsttötung beträgt 57,4
27 Jahre.[7]

28

29 Die Gründe, warum Menschen sich das Leben nehmen wollen, lassen sich kaum
30 verallgemeinern. Nach Ansicht von Medizinern sind Suizide und Suizidversuche in vielen Fällen
31 das Symptom einer behandlungsbedürftigen psychischen Störung. Aber nicht jeder
32 Suizidierende ist psychisch krank. Weitere Gründe können mitunter unheilbare Krankheiten und
33 Schmerzen sein, die der Betroffene nicht mehr ertragen kann. Existenzängste durch
34 Arbeitslosigkeit und Schulden sowie gescheiterte Partnerschaften und Tod eines Angehörigen,
35 die zu schmerzhaften Trennungserfahrungen führen, aber auch seelische und körperliche
36 Gewalt, können Anlass für eine Selbsttötung sein. Neben Erkrankungen spielen vor allem beim
37 Alterssuizid sozialer Druck und Lebensmüdigkeit eine große Rolle, da pflegebedürftige
38 Betroffene ihren Verwandten nicht mehr länger zur Last fallen wollen.

39

40

41 Fakten über psychische Erkrankungen:

42

43 Fast die Hälfte aller Deutschen ist im Laufe ihres Lebens einmal von einer psychischen Störung
44 betroffen. Aktuell leidet etwa ein Viertel der Allgemeinbevölkerung unter depressiven
45 Symptomen und ca. 4 Millionen Menschen sind an einer behandlungsbedürftigen Depression
46 erkrankt.[8] [9] Psychische Erkrankungen stehen, nach Muskel-Skelett-Erkrankungen, an
47 zweiter Stelle der häufigsten Ursachen für betriebliche Fehlzeiten. Sie führen zu deutlich
48 längeren Krankschreibungen (Ø 35,1 Tage p.a.)[10], als körperliche Krankheiten und richten
49 betriebs- und volkswirtschaftliche Schäden in Höhe von etwa 15,5 Mrd. p.a. an.[11] Etwa 42,1%
50 der Menschen, die Erwerbsminderungsrente beziehen, sind psychisch erkrankt. Die Betroffenen
51 beziehen früher Erwerbsminderungsrenten, als Personen mit einer körperlichen Erkrankung.
52 [12]

53

54 Psychische Erkrankungen treten in unserer Gesellschaft in vielfältigen Formen auf. Betroffene
55 können geschickt darin sein ihre Erkrankung zu verbergen, sodass Familie und Freunde nichts
56 von dem stillen Leiden in ihrem Umfeld mitbekommen. Neben Depressionen ist Burn-Out einer
57 der bekanntesten Vertreter unter den psychischen Erkrankungen. Die De-pression ist die Unlust
58 zum Leben (nicht gleichzusetzen mit Suizidalität) in Verbindung mit Traurigkeit und
59 Antriebslosigkeit. Burn-Out ist eine krankheitsverursachende Form von Überarbeitung und dem
60 gleichzeitigen Vernachlässigen der eigenen Bedürfnisse; sprich: er oder sie hat sich für das
61 Unternehmen voll und ganz aufgeopfert, was von einigen Menschen fälschlicherweise mit
62 Anerkennung honoriert wird. In Teilen unserer Gesellschaft ist deshalb ein Burn-Out
63 angesehen als eine Depression. Neben den genannten Erkrankungen gibt es noch
64 Störungen, die Zwänge, Ängste und Phobien auslösen, außerdem leiden auch viele an
65 bipolaren Störungen (abwechselnde Depression und Manie), Schizophrenie oder an
66 posttraumatischen Belastungsstörungen, was aber natürlich nicht die ganze Vielfalt an
67 Krankheitsbildern widerspiegelt. Die Entwicklung einer psychischen Störung kann nach
68 einschneidenden und traumatischen Lebensereignissen stattfinden, bei manchen kann aber
69 eine genetische Disposition vorliegen, die psychische Störungen begünstigt.

70

71 Die Faktenlage zeigt deutlich, dass ein großes gesellschaftliches Leiden vorhanden ist, über
72 das Aufklärung betrieben werden muss. Wer aufgeklärt ist, ist sensibilisiert und fähig präventive
73 Maßnahmen zu ergreifen. Es ist in unserer Gesellschaft normal, dass wir bei körperlichen
74 Beschwerden einen Arzt konsultieren, aber es gehört noch nicht zur Normalität, auch bei
75 seelischen Schmerzen Hilfe zu suchen und diese behandeln zu lassen. Je früher die
76 Behandlung im Krankheitsverlauf beginnt, desto höher stehen die Heilungschancen und auch
77 das Rückfallrisiko ist deutlich geringer. Doch oft befürchten Betroffene die Stigmatisierung in der
78 Gesellschaft und suchen erst spät oder gar nie einen Arzt auf.

79

80 Den Betroffenen muss nicht nur wegen des individuellen Leides geholfen werden, denn
81 gesamtgesellschaftlich gesehen belasten sie vermehrt unser Gesundheits- und Rentensystem
82 und schaden ebenso auch der Wirtschaft.

83

84 Wir müssen uns bewusst werden, dass Menschen jeden Alters, jeden Geschlechts, unabhängig
85 des Bildungsgrads, der körperlichen Verfassung, des Lebensumfelds oder des Lebensstils von
86 einer psychischen Erkrankung betroffen sein können. Die WHO warnt davor, dass psychische
87 Krankheiten wie Depressionen zur Volkskrankheit werden. Diesem ist Einhalt zu gebieten. Die
88 jahrelange exzellente Kampagnen-Arbeit der BZgA zu HIV/AIDS hat gezeigt, dass schwierige
89 Themen in der Gesellschaft ankommen und offen besprochen werden können. Es ist an der
90 Zeit, dass eine ebenso umfangreiche Kampagne zum Thema psychische Gesundheit initiiert
91 wird.

92

93

94

95 [1] Statistisches Bundesamt (2013). *Anzahl der Sterbefälle durch vorsätzliche*
96 *Selbstbeschädigung (Suizide) in Deutschland in den Jahren von 1980 bis 2013, Seite 8.*

97

98 [2] Statistisches Bundesamt (2015). *Anzahl der Verkehrstoten in Deutschland von 1991 bis*
99 *2014.*

100
101 [3] Statistisches Bundesamt (2015). *Anzahl ausgewählter Gewaltdelikte in Deutschland von*
102 *2009 bis 2014.*
103
104 [4] Bundeskriminalamt; Drogenbeauftragte(r) der Bundesregierung (2015). *Anzahl der*
105 *Drogentoten in Deutschland in den Jahren von 2000 bis 2014.*
106
107 [5] Robert-Koch-Institut (2014). *Eckdaten zu HIV und AIDS in Deutschland im Jahr 2013.*
108
109 [6] Freunde fürs Leben e.V. (2010). *Suizid – Zahlen und Fakten.*
110
111 [7] Gesundheitsberichterstattung des Bundes (2015). *Durchschnittliches Sterbealter bei Suizid*
112 *in Deutschland in den Jahren 1998 bis 2013.*
113
114 [8] Robert-Koch-Institut (2010). *Anteil depressiver Beschwerden in der Allgemeinbevölkerung*
115 *2010 nach Grad.*
116
117 [9] Wittchen, Müller, Pfister, Winter, Schmidtkunz (2000). *Erscheinungsformen, Häufigkeit und*
118 *Versorgung von Depressionen. Ergebnisse des bundesweiten Gesundheitssurveys „Psychische*
119 *Störungen“. Fortschritte der Medizin, 118 (Suppl. 1), 4-10.*
120
121 [10] DAK (2015). *DAK – Gesundheitsreport 2015, Seite 17 und 147.*
122
123 [11] Handelsblatt (2012). *Volkswirtschaftliche Schäden aufgrund chronischer Erkrankungen von*
124 *Arbeitnehmern nach Krankheiten im Jahr 2010.*
125
126 [12] BPtK – Bundespsychotherapeutenkammer (2014). *BPtK-Studie zur Arbeits- und*
127 *Erwerbungsunfähigkeit 2012.*
128
129
130
131
132
133
134
135
136
137
138
139
140
141
142
143
144
145
146
147
148
149
150
151
152
153
154
155
156
157

Titel „Du hast sie doch nicht mehr alle!“ -
Gesellschaftlicher Stigmatisierung entgegenwirken und
Versorgung psychisch erkrankter Menschen verbessern!

Antragsteller Hannover

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

**„Du hast sie doch nicht mehr alle!“ - Gesellschaftlicher
Stigmatisierung entgegenwirken und Versorgung psychisch
erkrankter Menschen verbessern!**

1 Psychische Erkrankungen werden in unserer Gesellschaft oft nicht ernst genommen und auch
2 im medizinischen Bereich (von fachfremden ÄrztInnenen) oft als nichtig abgetan. Erkrankte
3 Menschen haben in vielen Fällen mit Vorurteilen und Stigmatisierungen zu kämpfen. Oftmals
4 konsultieren die Betroffenen erst spät oder gar nicht einen Arzt, zum einen aus eigener
5 Unwissenheit und zum anderen aus Angst vor den Reaktionen Anderer. Viele psychische
6 Erkrankungen werden als Schwäche abgetan und nicht als Krankheit ernstgenommen.
7 Menschen mit somatoformen Beschwerden etwa werden selbst in medizinischen
8 Zusammenhängen oft nicht ausreichend ernst genommen und fehldiagnostiziert. Es kann nicht
9 sein, dass Menschen mit psychischen Leiden als SpinnerInnen abgetan werden. Auch beruflich
10 müssen Betroffene oft Konsequenzen befürchten. Es ist dringend notwendig, für mehr
11 gesellschaftliche Akzeptanz zu sorgen, damit Betroffenen der Gang zur/zum PsychotherapeutIn
12 bzw. PsychologIn nicht noch zusätzlich erschwert wird. In der Tat beweisen Menschen, die sich
13 unter diesen sehr schwierigen Umständen trotzdem dazu entscheiden Hilfe in Anspruch zu
14 nehmen, sehr viel Mut.

15

16 **Wir fordern daher:**

17

- 18 • ein gesellschaftliches Umdenken muss befördert werden
- 19 • mehr Aufklärung über Krankheitsbilder und mögliche Therapieansätze in Form von
20 Aufklärungs- und Informationskampagnen

21

22 Ein weiteres Problem für Betroffene psychischer Erkrankungen sind die sehr langen
23 Wartezeiten auf einen Therapieplatz. Die durchschnittliche Wartezeit auf einen entsprechenden
24 Platz etwa von Personen, die traumatische Erlebnisse hinter sich haben und in Folge dessen
25 eine traumatherapeutische Betreuung bedürfen, liegt zwischen drei und elf Monaten. Auch
26 Wartezeiten in anderen psychotherapeutischen Bereichen sind deutlich zu lang. Betroffenen
27 kann nicht zugemutet werden, so lange Zeiträume ohne adäquate Behandlung ausharren zu
28 müssen. Auch Menschen, die von sexualisierter Gewalt betroffen sind, haben oft große
29 Probleme entsprechende Hilfe zeitnah in Anspruch nehmen zu können. Besuche bei
30 AllgemeinmedizinerInnen und GynäkologInnen verlaufen oft frustrierend und sind mit großer
31 Belastung verbunden, da Betroffene häufig schon hier ausgiebig schildern müssen, was ihnen
32 wiederfahren ist und wie sie sich fühlen, um an etwaige Therapieplätze weitervermittelt zu
33 werden. Diese sind häufig ebenfalls mit Wartezeiten verbunden. Hinzu kommt, dass die
34 bewilligte Stundenanzahl eines Therapieansatzes oft für die PatientInnen nicht ausreichend ist,
35 eine einfache Verlängerung der Stundenzahl ist zwingend notwendig.

36

37 **Wir fordern daher:**

38

- 39 • die drastische Verkürzung von Wartezeiten bei ambulanter und stationärer
- 40 psychologischer und psychotherapeutischer Behandlung
- 41 • dies kann durch den Ausbau von kassenärztlichen Approbationen für
- 42 PsychotherapeutInnen gewährleistet werden

43

44 Immer mehr Flüchtlinge kommen nach Deutschland, um hier Zuflucht zu suchen. Viele von

45 ihnen haben schlimme Dinge erlebt und erleiden in Folge dessen schwere psychische

46 Krankheiten. Aber auch andere ZuwanderInnen haben ebenso psychische Erkrankungen.

47

48 **Wir fordern daher:**

49

- 50 • die psychotherapeutische Behandlung in Deutschland auch in anderen Sprachen zu
- 51 erleichtern und zu befördern

52

53 Viele Gruppen, die die Interessen von Menschen vertreten, die in Folge von sexualisierter

54 Gewalt an psychischen Krankheiten leiden, beklagen nicht nur die zu langen Wartezeiten, die

55 Stigmatisierung und nicht ausreichend zugelassene Therapiemöglichkeiten – um nur einige

56 Probleme aufzuführen – sondern auch das vielen Opfern ihr Recht auf eine Entschädigung nach

57 dem Opferentschädigungsgesetz (OEG) nicht zugestanden wird. In der Regel ist eine

58 Inanspruchnahme von Leistungen nach dem OEG mit einem hohen persönlichen Stress,

59 mehreren Gutachten, ZeugInnenaussagen, Berufungen und vor allem mehreren Jahren

60 Zeitaufwand verbunden.

61

62 **Wir fordern daher:**

63

- 64 • eine Reformierung im Umgang mit dem OEG, um den Betroffenen Leistungen, die ihnen
- 65 zustehen, ohne weitere Schädigung zuzugestehen

66

67 Auch in der Ausbildung von TherapeutInnen muss sich Einiges tun. Nach dem

68 Psychologiestudium müssen die AbsolventInnen noch in drei Jahren Vollzeit bzw. fünf Jahren

69 Teilzeit eine therapeutische Ausbildung mit Praxisteil durchlaufen. Diese haben die

70 PsychotherapeutInnen in Ausbildung (PIAS) selbst zu tragen. Wir Jusos lehnen ab, dass

71 Menschen für ihre eigene Ausbildung aufkommen müssen.

72

73 **Wir fordern daher:**

74

- 75 • eine für die PIAS kostenneutrale Ausbildung
- 76 • für ihre Arbeit sind sie angemessen zu entlohnen und nicht wie in der Vergangenheit oft
- 77 als völlig unterfinanzierte PraktikantInnen als billige Arbeitskräfte auszunutzen

78

79 Die Jusos fordern einen für alle Betroffenen schnellen und niedrigschwelligen Zugang zu

80 psychotherapeutischer Behandlung - sowohl ambulant als auch stationär. Psychische

81 Krankheiten sollten in ihrer Behandlung den physischen Leiden nicht nachstehen. Wir wollen in

82 einer Gesellschaft leben, die Menschen unterstützt und nicht stigmatisiert. Menschen mit

83 psychischen Erkrankungen sollten in ihrem Weg bestärkt werden und nicht Angst vor

84 Ausgrenzung fürchten müssen. Wir brauchen ein gesellschaftliches Umdenken und den Ausbau

85 und die Unterstützung des gesamten Sektors rund um psychische Erkrankungen.

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

Titel Widerspruchslösung in der Organspende
einführen

Antragsteller Brandenburg

Zur Weiterleitung an SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Widerspruchslösung in der Organspende einführen

1 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass
2 auch in Deutschland hinsichtlich der Organspende die Widerspruchslösung einzuführen. Die
3 Widerspruchslösung besagt: Hat der/die Verstorbene einer Organentnahme zu Lebzeiten nicht
4 ausdrücklich widersprochen, z.B. in einem Widerspruchsregister, so können Organe zur
5 Transplantation entnommen werden. Ein Widerspruchsrecht der Angehörigen kann diskutiert
6 werden. Es soll eine zentrale Datenbank geschaffen werden, in welcher die Entscheidung eines
7 jeden/ einer jeden, ob und welche Organe gespendet werden sollen, gespeichert ist.
8

9 **Begründung:**

10 Über 10.000 schwer kranke Menschen warten derzeit in Deutschland auf ein Spenderorgan. Die
11 Organspender-Zahlen waren leider aus verschiedenen Gründen in den letzten Jahren
12 rückläufig. Aktuell stagnieren sie auf einem niedrigen Niveau. Nur 900 Organe wurden 2014
13 transplantiert. Für das Jahr 2011 liegen gut vergleichbare Daten vor: In Spanien waren es in
14 diesem Jahr 35,3 Organspender*innen auf eine Million Einwohner. In Belgien und Malta waren
15 es 30,1 bzw. 30,0 Organspender*innen. Abgeschlagen steht da Deutschland mit nur 14,4
16 Spender*innen pro einer Million Einwohner*innen da. Im Jahr 2013 waren es sogar nur noch
17 876 registrierte Organspender, d.h. 10,9 Organspender auf eine Million Einwohner*innen. Das
18 ist ein für alle Seiten unbefriedigender Zustand, der mit Sicherheit durch die Organspende-
19 Skandale der vergangenen Zeit noch befeuert wurde. Trotzdem gehört dieses Thema in den
20 Fokus, denn pro Tag versterben drei der Wartenden an ihrer Grunderkrankung, ohne ein
21 geeignetes Organ zu erhalten.
22

23 In Spanien, Belgien und Malta gilt gleichermaßen die Widerspruchslösung. Sie ist in Europa die
24 am weitesten verbreitete Variante in der Organspende. In Deutschland gilt bislang die
25 Entscheidungslösung, die besagt, dass jede*r Bürger*in die eigene Bereitschaft zur Organ- und
26 Gewebespende auf der Grundlage fundierter Informationen prüfen und schriftlich festhalten soll.
27 In Deutschland stellen die gesetzlichen und privaten Krankenkassen ihren Versicherten derzeit
28 noch alle zwei Jahre einen Organspenderausweis zur Verfügung, verbunden mit der
29 Aufforderung seine/ihre persönliche Entscheidung in diesem Dokument schriftlich festzuhalten.
30 Dabei kann die Entscheidung sowohl für oder gegen eine Organ- bzw. Gewebespende getroffen
31 werden oder ganz auf eine Entscheidung verzichtet werden. Dies scheint als Verfahren
32 ungeeignet.
33

34 Laut einer repräsentativen Befragung der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung aus
35 dem Jahr 2012 sind 70 Prozent der 14- bis 75-Jährigen bereit, nach ihrem Tod zu spenden.
36 Doch nur 22 Prozent der Befragten sind in Besitz eines Organspenderausweises; die Mehrheit
37 von ihnen hat in diesem einer Organentnahme zugestimmt. Es ist wichtig, diese Personen über
38 die Widerspruchslösung zu erreichen. Wichtig ist es, Menschen noch stärker für das

39 lebensnotwendige Thema Organspende zu sensibilisieren. Einen Großteil derjenigen, die im
40 Prinzip zu einer Organspende bereit wären, nicht zu erreichen, ist ein nicht mehr
41 anzunehmender Zustand, der geändert gehört. Der aktuelle Zustand lebt von dem Vorteil, dass
42 es für keine Bürger*innen einen Zwang gibt, eine Entscheidung dieser Art zu treffen. Im Zweifel
43 sind allerdings Angehörige in der Pflicht, sich nach dem Tod einer nahestehenden Person mit
44 der Frage einer Organspende auseinanderzusetzen. Eine Frage, die in einem emotional stark
45 aufgeladenen Moment unweigerlich zu weiteren Verzögerungen führen kann und darüber
46 hinaus die Angehörigen schwer belastet. In Zukunft würde mit der Widerspruchslösung alle
47 Bürger*innen automatisch Organspender*in sein, solange sie diesem Umstand nicht aktiv
48 widersprechen. Über diesen Zustand sollten die Bürger*innen jedoch in regelmäßigen
49 Abständen informiert werden, z.B. über die Krankenkassen. Die Differenzierungsmöglichkeit,
50 also die Entscheidung, welche Organe bzw. Gewebe entnommen werden dürfen, soll
51 beibehalten werden.

52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89
90
91
92
93
94
95
96
97

Titel Organspende

Antragsteller Hessen-Nord

Zur Weiterleitung an ASG Bundesverband, SPD-Bundesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Organspende

- 1 Der Bundeskongress möge beschließen:
- 2
- 3 „Die Bestimmungen zur Organspende werden dahingehend geändert, dass alle Einwohner der
- 4 Bundesrepublik Deutschland sich entweder als Nicht- oder als potentieller Organspender ab
- 5 Vollendung des 16-ten Lebensjahres verbindlich registrieren müssen. Der Gesetzgeber ist dabei
- 6 verpflichtet, ausführlich im Vorfeld der Frist Informationen für die Entscheidungsfindung zur
- 7 Verfügung zu stellen.
- 8
- 9 Es besteht jederzeit die Möglichkeit, einer Entnahme einzelner oder aller Organe zu
- 10 widersprechen. Jeder hat darüber hinaus auch die Möglichkeit, seine Entscheidung zu ändern.“
- 11
- 12 **Begründung:**
- 13 Vielen Menschen könnte durch die Spende eines Organes das Leben gerettet werden.
- 14 Organspenden sind nur unter strengen Auflagen möglich und benötigen eine eindeutige
- 15 Feststellung des Hirntodes. Regeln lässt sich derzeit die Spendenbereitschaft über einen
- 16 Organspendenausweis, der auch die Ablehnung ermöglicht. Trotz groß angelegter
- 17 Informationskampagnen ist die Abdeckung mit Organspendenausweisen eher als gering
- 18 einzustufen, was in den meisten Fällen nicht auf die Ablehnung dessen, sondern auf andere
- 19 Faktoren zurückzuführen ist. So sehen viele Menschen keine zwingende Notwendigkeit bzw.
- 20 „vergessen“ das Ausfüllen schlicht. Dem soll mit der sog. „Widerspruchsregelung“ wie sie in
- 21 vielen anderen Staaten weltweit schon praktiziert wird, entgegen gewirkt werden.
- 22
- 23
- 24
- 25
- 26
- 27
- 28
- 29
- 30
- 31
- 32
- 33
- 34
- 35
- 36
- 37
- 38
- 39

Titel Hebammen unterstützen!

Antragsteller Rheinland-Pfalz

Zur Weiterleitung an Bundesministerium für Gesundheit, SPD-
Bundestagsfraktion

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Hebammen unterstützen!

1 Die Jusos solidarisieren sich mit dem Deutschen Hebammenverband und unterstützen deren
2 Forderungen. Die Politik muss dafür sorgen, dass die GKV nicht bestimmt, wie, wo und wann
3 unsere Kinder zur Welt kommen. Der Bundesminister für Gesundheit und die
4 Gesundheitsministerkonferenz sollen sich für die Hebammen stark machen, sie im Kampf um
5 ihren Beruf und die Wertschätzung ihrer Arbeit unterstützen. Sie haben Sorge zu tragen, dass
6 die Forderungen des DHV umgesetzt werden.

7
8 Aber wir gehen noch weiter. Der von dem Hebammenverband geforderte Haftpflichtfond muss
9 zu 100% vom Staat getragen werden. Nur so kann die Leistung der Hebammen entsprechend
10 gewürdigt und sie finanziell ausreichend entlastet werden.

11
12 Als nächsten Schritt fordern wir die die Einführung einer verpflichtenden,
13 berufsgruppenübergreifenden genossenschaftlichen Haftpflichtversicherung für alle von den
14 kassenärztlichen Vereinigungen zugelassenen selbstständig Tätigen im Gesundheitswesen.

15
16 **Begründung:**
17 Was leisten Hebammen eigentlich?

18
19 Schwangerschaft: Hebammen leisten seit Jahrhunderten eine der wichtigsten Arbeiten für
20 unsere Gesellschaft. Durch ihre Arbeit unterstützen sie werdende Mütter und Väter bei
21 Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett. Hebammen sind unersetzlich! Laut
22 Hebammengesetz kann eine Hebamme eine normal verlaufende Geburt alleine leiten. Ein Arzt
23 dagegen darf eine Frau nur in Notfällen ohne eine Hebamme entbinden. Diese
24 Hinzuziehungspflicht gilt übrigens auch bei einem Kaiserschnitt.

25
26 Hebammen können eine Schwangerschaft feststellen und den Mutterpass ausstellen. Wenn
27 keine Risikoschwangerschaft vorliegt und die Schwangere gesund ist, können Hebammen fast
28 alle im Mutterpass vorgesehenen Vorsorgeuntersuchungen durchführen. Sie nehmen sich die
29 Zeit, um herauszufinden, wie es der werdenden Mutter und dem Kind geht. Sie kontrollieren das
30 Gewicht und den Blutdruck, stellen die Lage und die Größe des Kindes fest und prüfen, ob die
31 Herztöne in Ordnung sind. Außerdem untersuchen sie regelmäßig den Urin und das Blut. Nur
32 Ultraschalluntersuchungen sind Ärztinnen oder Ärzten vorbehalten.

33
34 Geburtshilfe: Die Geburtshilfe ist der wichtigste Arbeitsbereich einer Hebamme und der
35 Hauptgrund, warum sich viele Menschen überhaupt für diesen Beruf entscheiden. Sie begleiten
36 Geburten im Krankenhaus, im Geburtshaus und zuhause. Manche Kliniken bieten die
37 Möglichkeit der Begleitung durch eine Beleghebamme ihrer Wahl an. Beleghebammen arbeiten
38 wie die Hebammen in der außerklinischen Geburtshilfe freiberuflich. Das heißt sie rechnen ihre

39 Leistungen direkt mit den Krankenkassen ab. Aber auch die in einer Klinik angestellten
40 Hebammen sind meistens zusätzlich noch freiberuflich tätig, zum Beispiel in der
41 Wochenbettbetreuung oder mit Kursen. Alle freiberuflichen Hebammen sind von den exorbitant
42 steigenden Berufshaftpflichtversicherungsprämien betroffen. Geschätzt 70 Prozent aller
43 Hebammen arbeiten (auch) freiberuflich.

44

45 Problematik in der Geburtshilfe: Die angestellten Hebammen in den Kliniken leiden vor allem
46 unter der Personalverknappung, Arbeitsverdichtung und der Zunahme von
47 Dokumentationspflichten in den Krankenhäusern. So muss eine Hebamme mitunter drei
48 Geburten parallel betreuen. Denn auch in den Krankenhäusern gilt: Gut ist, was sich rechnet.
49 Wenn also viele Geburten mit möglichst wenig Personal abgewickelt werden können, freut dies
50 den Klinikbetreiber. Einträglich sind außerdem auch Kaiserschnitt- und Frühgeburten. Diese
51 falschen Anreize schaden Mutter und Kind genauso wie den Hebammen, die so nicht arbeiten
52 möchten. Rund 70 Prozent aller angestellten Hebammen sind in Teilzeit in der Klinik tätig.

53

54 Frauen brauchen und Hebammen fordern eine kompetente, professionelle und kontinuierliche
55 Unterstützung während der Geburt, um sowohl sicher als auch selbstbestimmt und individuell
56 gebären zu können. Sicherheit und Qualität in der medizinischen Versorgung fordert auch die
57 Politik – doch Qualität in diesem Bereich braucht vor allem Personal und Zeit. Um jederzeit die
58 Unterstützung und Hilfe zu bekommen, die sich jede einzelne Frau zum Kinderkriegen wünscht,
59 und die ihr auch zusteht, muss auch in Kliniken eine individuelle Geburtsbegleitung möglich sein
60 – das heißt, eine Hebamme ist für eine Frau da (1:1-Betreuung). Technik allein kann die
61 Zuwendung, die Mut machenden Worte und vor allem den kompetenten und wachen Blick einer
62 Hebamme nicht ersetzen: Frauen brauchen Hebammen – heute mehr denn je.

63

64 Wochenbettbetreuung: Auch nach der Geburt ist die Arbeit der Hebammen von hoher
65 Bedeutung. Eine Geburt bedeutet große körperliche und seelische Veränderungen für die
66 Frauen und Familien. Sie sprechen mit ihnen über die Geburt und die ersten Erfahrungen mit
67 dem Kind und helfen den Familien dadurch, in ihre Rolle als Eltern hineinzuwachsen. Neben
68 der Klärung medizinischer Fragen geht es in den ersten Lebensstagen vor allem darum, dass
69 Eltern und Kind eine gute Beziehung zueinander aufbauen (Bonding). Der psychosoziale Aspekt
70 spielt eine wesentliche Rolle. Die Hebamme beobachtet außerdem die Rückbildungs- und
71 Abheilungsvorgänge, unterstützt das Stillen und gibt Hilfestellung bei Schwierigkeiten.

72

73 Auch in Krisensituationen können Hebammen unterstützen: Bei Bedarf vermitteln sie den
74 Kontakt zu Beratungsstellen, Selbsthilfegruppen, Ärzte und Psychologen. Das gilt insbesondere,
75 wenn ein Kind krank oder tot geboren wird oder nach Geburt stirbt.

76

77 Familienhebammen: Erschwerte Hintergrundbedingungen erfordern besondere Kenntnisse.
78 Dafür gibt es Hebammen mit einer Zusatzqualifikation, die Familienhebamme. Ihr Einsatz ist
79 überall da sinnvoll, wo Mütter eine verstärkte Hilfestellung im alltäglichen Umgang mit ihren
80 Kindern brauchen.

81

82 Deshalb richtet sich das Angebot besonders an Teenagermütter, Familien mit
83 Migrationshintergrund, Frauen/Partner*innen mit psychischen Belastungen oder
84 Suchtproblematik sowie an chronisch kranke Frauen und an Frauen mit Gewalterfahrungen.
85 Das Betreuungsangebot reicht bis zum Ende des ersten Lebensjahres der Kinder.

86

87 Problematik der flächendeckenden Versorgung

88

89 Frauen müssen selbst entscheiden können, wo und wie sie ihr Kind zur Welt bringen möchten!
90 Diese Wahlfreiheit ist vielerorts in Gefahr. Eine Hebamme zu finden, die Schwangere und
91 Mütter mit ihren Familien bei Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett betreut, ist nicht immer
92 und überall möglich. In einigen Regionen Deutschlands gibt es schon heute keine Wahlfreiheit
93 mehr - weil die klinische Geburtshilfe auf wenige Krankenhäuser zentralisiert wurde oder die
94 freiberufliche Geburtshilfe weggefallen ist. Auch für die Wochenbettbetreuung und
95 Schwangerenvorsorge findet sich immer schwerer eine Hebamme. Viele Hebammen sind
96 Monate im Voraus ausgebucht. Auch Frauen, die sich für eine Hausgeburt oder Geburt im
97 Geburtshaus entscheiden, suchen oft vergeblich eine Hebamme, die sie begleitet. Das Gleiche
98 gilt für die Wochenbettbetreuung und Schwangerenvorsorge.

99

100 Die Gründe sind bekannt: Freiberufliche Hebammen ziehen sich aus der Geburtshilfe zurück,
101 weil sie die horrenden Haftpflichtprämien nicht mehr bezahlen können. Auch Geburtshäuser und
102 kleinere Kreißsäle in Kliniken sind nicht mehr rentabel und schließen. In der Folge müssen
103 Frauen weite Fahrten in Kauf nehmen, um die nächste Klinik mit Geburtshilfe zu erreichen.
104
105 Die Haftpflichtproblematik
106
107 Von 2002 bis 2014 haben sich die Haftpflichtversicherungsprämien mehr als verzehnfacht.
108 Inzwischen muss eine Hebamme, die freiberuflich Geburtshilfe anbietet, über 6200 Euro jährlich
109 nur für ihre Berufshaftpflichtversicherung bezahlen. Dabei ist es egal, ob sie als Hausgeburts-
110 oder Geburtshaushebamme vielleicht nur wenige Geburten im Jahr begleitet oder ob sie als
111 sogenannte Beleghebamme im Krankenhaus arbeitet und dort vielleicht auch viele Geburten
112 betreut. Die Prämien für Hebammen, die ausschließlich Wochenbettbetreuung, Kurse oder
113 Vorsorgeuntersuchungen anbieten, sind ebenfalls gestiegen. Viele Hebammen können die
114 Prämien aufgrund ihres ohnehin schon niedrigen Verdienstes nicht mehr erwirtschaften.
115
116 Der Versicherungsmarkt ist inzwischen so dezimiert, dass der Deutsche Hebammenverband
117 zurzeit nur bis Juni 2016 eine Versicherung hat. Für die freiberuflich tätigen Hebammen ist diese
118 Situation dramatisch, denn sie dürfen nur arbeiten, wenn sie eine ausreichende
119 Berufshaftpflichtversicherung abgeschlossen haben. Die Höhe der Prämien und die
120 Verunsicherung über die Zukunft haben dazu geführt, dass viele Hebammen sich aus der
121 Geburtshilfe zurückgezogen haben. Die Konsequenzen wurden bereits dargestellt.
122
123 Man könnte annehmen, dass die Haftpflichtprämien steigen, weil es mehr geburtshilfliche
124 Schadensfälle gibt, für die Hebammen verantwortlich sind. Das ist nicht der Fall. Der
125 Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) stellte im Februar 2014 fest,
126 dass es heute nicht mehr Geburtsschadensfälle gibt als früher. Dafür sind jedoch die Ausgaben
127 für schwere Schäden drastisch gestiegen.
128
129 Das liegt zum einen daran, dass auch schwer behinderte Kinder dank des verbesserten
130 medizinischen Fortschritts heute länger leben und somit die Kosten für ihren Lebensunterhalt
131 gestiegen sind. Zum anderen sind auch Schadensersatzansprüche in die Höhe geschneit.
132 Während 2003 noch davon ausgegangen wurde, dass 2,5 Millionen € für die Regulierung eines
133 Schadens ausreichen, deckt die DHV-Versicherung heute schon 6 Millionen € ab. Zudem lassen
134 sich die Risiken aufgrund der Spätschadenproblematik nur sehr schwer kalkulieren: Wann wird
135 ein Schaden gemeldet und was kostet eine Behandlung heute und in 10, 20 oder 30 Jahren?
136 Bei Personenschäden gilt eine 30-jährige Verjährungsfrist in Deutschland.
137
138 Dabei ist die Anzahl in der Geburtshilfe freiberuflich tätiger Hebammen in den letzten Jahren
139 zudem rückläufig. Das heißt, die kleine Gruppe der Versicherungsnehmer, sprich der
140 Hebammen, nimmt eher ab als zu. Beim DHV haben sich zurzeit rund 2500 Hebammen für
141 freiberufliche geburtshilfliche Leistungen versichert. Das zeigt, wie schwierig es ist, wenn diese
142 kleine Gruppe allein für die im Einzelfall sehr teuren Schäden in der Geburtshilfe aufkommen
143 muss.
144
145 Was ist bisher politisch passiert?
146
147 Krankenkassen sind seit 2012 gesetzlich verpflichtet, die Haftpflichtprämien erhöhungen
148 auszugleichen. Das geschieht jedoch nur unzureichend.
149
150 Zwar erhöhen die Krankenkassen einzelne Vergütungspositionen nach meist zähen
151 Verhandlungen mit den Hebammenverbänden. Doch vor allem Hebammen, die nur wenige
152 Geburten im Jahr betreuen, können damit allein die Prämien nicht mehr erwirtschaften. Im Juni
153 2014 wurde deshalb der sogenannte Sicherstellungszuschlag gesetzlich festgeschrieben.
154 Diesen sollen Hebammen ab Juli 2015 erhalten, wenn sie nachweisen, dass sie die
155 Haftpflichtsumme aus den von ihnen geleisteten Geburtsbetreuungen nicht aufbringen können.
156 Außerdem müssen sie dafür bestimmte Qualitätsnachweise vorlegen. Die Ausgestaltung des
157 Sicherstellungszuschlages wird zurzeit mit den Krankenkassen verhandelt.
158
159 Was fordert der Deutsche Hebammenverband?
160

- 161 1. Ausgleichszahlungen und Sicherstellungszuschlag lösen das grundsätzliche Problem
162 immer weiter steigender Prämien nicht. Sie können, wenn überhaupt, nur kurzfristig
163 Abhilfe schaffen. Um dafür zu sorgen, dass es wieder mehrere Angebote auf dem
164 Versicherungsmarkt gibt und die Prämien stabil bleiben, müssen alternative
165 Haftpflichtstrukturen entwickelt werden. Der Deutsche Hebammenverband fordert einen
166 Haftpflichtfonds, der für Schäden aufkommt, die über einer bestimmten Deckungssumme
167 liegen. Damit könnte die Preisspirale bei den Prämien gestoppt werden.
- 168 2. Freiberufliche Hebammen sollen von ihrem Beruf wieder leben können (siehe 1.)
- 169 3. Hebammen in Kliniken sollen wieder genügend Zeit für die Begleitung von Geburten
170 haben. Das heißt, die Arbeitsbedingungen müssen sich ändern.
- 171 4. Nachwuchs soll für den Beruf begeistert werden.
- 172 5. Jede Schwangere und Mutter soll von einer Hebamme betreut werden.

173

174 Quelle: Deutscher Hebammenverband e.V. www.unsere-hebammen.de

175

176

177

178

179

180

181

182

183

184

185

186

187

188

189

190

191

192

193

194

195

196

197

198

199

200

201

202

203

204

205

206

207

208

209

210

211

212

213

214

215

216

217

218

219

220

221

Titel Schutz der ärztlichen Schweigepflicht

Antragsteller Hannover

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Schutz der ärztlichen Schweigepflicht

1 Die ärztliche Schweigepflicht ist ein wichtiges Rechtsgut, welches die Privatsphäre von
2 PatientInnen schützt und das gerade bei psychischen Erkrankungen essentiellen
3 Vertrauensverhältnis zwischen ÄrztInnen und PatientInnen erst ermöglicht. Daher ist es aus
4 unserer Sicht unverantwortlich, dass einige PolitikerInnen, insbesondere der Union, das aktuelle
5 Unglück um den Absturz des Fluges 4U9525 dazu nutzen, eine Lockerung der Schweigepflicht
6 und somit eine weitreichende Einschränkung der PatientInnenrechte zu fordern. Diese
7 Forderung stellt nicht nur eine massive Stigmatisierung von Menschen mit psychischen
8 Problemen dar sondern dürfte auch dazu führen, dass gerade Menschen in
9 Hochsicherheitsberufen sich gar nicht mehr trauen, ärztliche oder psychologische Hilfe in
10 Anspruch zu nehmen, da sie sofort um ihren Job fürchten müssen.

11
12 Darüber hinaus ignorieren solche populistischen Forderungen vollkommen die tatsächlich
13 bestehende Rechtslage, welche durchaus Ausnahmen zur Schweigepflicht zulässt, z.B. bei
14 meldepflichtigen Infektionskrankheiten. Hinzu kommen Fälle, in denen ein rechtfertigender
15 Notstand (§34 StGB) es zulässt eine Güterabwägung vorzunehmen, z.B. in Fällen von
16 elterlicher Kindesmisshandlung bzw. Kindesvernachlässigung. Bei Verdacht auf Selbst-
17 /Fremdgefährdung ist eine solche Güterabwägung ebenfalls möglich, bei Verdacht auf eine
18 konkret bevorstehende Tat besteht seitens der behandelnden ÄrztInnen sogar eine Meldepflicht
19 (mit Haftungseinschränkungen, vgl §§138/139 StGB). Die bestehenden Regelungen sind also
20 völlig ausreichend, um bei konkreten Gefährdungshinweisen entsprechende Maßnahmen
21 einzuleiten. Eine weitere Lockerung dieser Regelung oder ebenfalls geforderte Maßnahmen wie
22 häufige Kontrolluntersuchung oder schlimmstenfalls sogar Berufsverbote für Menschen mit
23 Depressionen sind unserer Auffassung nach billiger Aktionismus, der lediglich eine weitere
24 Stigmatisierung psychisch erkrankter Personen zur Folge haben wird.

25
26 Aus diesem Grund schließen die Jusos sich den Forderungen der Präsidenten von
27 Bundesärztekammer und Bundespsychotherapeutenkammer sowie der
28 Bundesdatenschutzbeauftragten an, an der jetzigen Regelung zur ärztlichen Schweigepflicht
29 festzuhalten und weitere populistische Forderungen energisch zu bekämpfen. Im Falle
30 anderslautender Gesetzesinitiativen rufen wir alle PolitikerInnen der SPD auf, sich energisch
31 gegen diese zu stellen.

32
33
34
35
36
37
38
39

Titel Leben retten mit Auffrischung von Erste-Hilfe-Kursen für FührerscheinbesitzerInnen

Antragsteller Hannover

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Leben retten mit Auffrischung von Erste-Hilfe-Kursen für FührerscheinbesitzerInnen

- 1 Führerscheinbesitzende werden gesetzlich dazu verpflichtet ihre Kenntnisse zur Ersten Hilfe
- 2 alle zwei Jahre in Kursen aufzufrischen. Eine entsprechende Bescheinigung ist über den
- 3 Besuch eines Erste-Hilfe-Kurses ist beim Führen von Kraftfahrzeugen mitzuführen und auf
- 4 Verlangen bei Fahrzeug- und Verkehrskontrollen vorzuzeigen.
- 5
- 6 Ferner werden die Fahrerlaubnisbehörden ermächtigt im Rahmen ihrer Aufgaben insbesondere
- 7 bei der Prüfung der charakterlichen Befähigung zur Führung von Kraftfahrzeugen die Vorlage
- 8 einer nicht über zwei Jahre alten Erste-Hilfe-Bescheinigung von der/dem
- 9 Führerscheinbesitzenden zu verlangen.
- 10
- 11 Versäumnisse gegen diese Pflichten werden mit einem Punkt in der Verkehrssünderkartei
- 12 bestraft auch im Wiederholungsfalle oder wenn der Aufforderung zur Vorlage eines Erste-Hilfe-
- 13 Kurses nicht nachgekommen wird.
- 14
- 15 Anstelle des Nachweises über den Erste-Hilfe-Kurs tritt ein Nachweis ehrenamtlich oder
- 16 hauptberuflich bei Feuerwehren und Rettungsdiensten oder pflegerisch oder medizinisch tätig
- 17 zu sein.
- 18
- 19 Die Kosten für die Erste-Hilfe-Kurse können von der Steuer abgesetzt werden, sofern ein Bezug
- 20 von Leistungen nach dem SGB II, dem SGB XII, von BAföG, BAB, Wohngeld oder
- 21 Asylbewerberleistungen vorliegt werden die Kosten auf Antrag aus Mitteln des Bundes
- 22 erstattet.
- 23
- 24 **Begründung:**
- 25 Immer wieder stehen bei Unfällen Schaulustige nur dabei, anstatt den Unfallopfern Hilfe zu
- 26 leisten. Ein Grund hierfür ist oft Unsicherheit, da viele nicht wissen, welche Sofortmaßnahmen in
- 27 bestimmten Situationen ergriffen werden können. Die Absolvierung eines Erste-Hilfe-Kurses ist
- 28 nur vor der Erstaussstellung eines Führerscheins Pflicht. Die meisten FührerscheinbesitzerInnen
- 29 wiederholen diesen Kurs nicht mehr. Dabei fließen in Erste-Hilfe-Kurse auch neue Erkenntnisse
- 30 zum Retten von Menschenleben ein. Wir fordern daher eine gesetzliche Regelung, die eine
- 31 Auffrischung des Erste-Hilfe-Kurses alle zwei Jahre für alle FührerscheinbesitzerInnen als
- 32 Pflicht einführt.
- 33
- 34
- 35
- 36
- 37
- 38

Titel Generation Gerechtigkeit – Die Reform der sozialen Sicherungssysteme

Antragsteller Baden-Württemberg

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Generation Gerechtigkeit – Die Reform der sozialen Sicherungssysteme

- 1
- 2
- 3 **Generation Gerechtigkeit – Die Reform der sozialen Sicherungssysteme**
- 4
- 5 Die sozialen Sicherungssysteme in Deutschland, welche ihre Ursprünge im ausgehenden 19.
- 6 Jahrhundert haben, stellen in ihrer historischen Grundkonstruktion ein System dar, welches
- 7 ArbeiterInnen vor extremen und unverschuldeten Härten schützen sollte. Dabei waren und sind
- 8 sie jedoch kein Mittel, um soziale oder wirtschaftliche Gleichheit in der Bevölkerung
- 9 herzustellen. Auch sind sie vollständig reaktiv ausgerichtet und greifen erst, wenn Krankheit,
- 10 Berufsunfähigkeit oder Arbeitslosigkeit tatsächlich eintreten. Sie erfüllen somit eine
- 11 stabilisierende Funktion in der Gesellschaft, fördern jedoch nicht die soziale Gerechtigkeit und
- 12 ermöglichen auch nicht gleiche Startchancen für jeden.
- 13
- 14 Sowohl auf die Renten-, als auch auf die Gesundheits- und Pflegeversicherung werden durch
- 15 den demografischen Wandel starke finanzielle Belastungen zukommen, die von den
- 16 Sozialversicherungsbeiträgen der immer weniger werdenden abhängig Beschäftigten nicht
- 17 abgedeckt werden können. Deshalb müssen die sozialen Sicherungssysteme zukünftig auf eine
- 18 breitere Finanzierungsgrundlage gestellt werden, die es darüber hinaus auch ermöglicht,
- 19 Umverteilung innerhalb dieser Systeme vorzunehmen. Auch die Arbeitslosenversicherung ist
- 20 nicht in der Lage, die Herausforderungen des aktuellen Arbeitsmarktes zu entsprechen und den
- 21 künftigen Generationen gerecht zu werden.
- 22
- 23 Denn das deutsche Sozialversicherungssystem stellt weder historisch noch aktuell ein
- 24 wirksames Instrument der Umverteilung dar und ist somit in seiner bestehenden Form
- 25 ungeeignet, um Status- und Gruppenunterschiede in der Gesellschaft zu beheben. Durch eine
- 26 breite Finanzierungsgrundlage aus Steuern, Abgaben und Vorsorgeleistungen kann ein soziales
- 27 Sicherungssystem etabliert werden, welches allen BürgerInnen gleiche Startchancen im Leben
- 28 ermöglicht.
- 29
- 30 Dabei ist es jedoch wichtig, nicht nur die Bedürfnisse der BezieherInnen von Sozialleistungen in
- 31 den Blick zu nehmen, sondern auch die derjenigen, die durch ihre Beiträge diese finanzieren.
- 32 Sozialversicherungssysteme, die allen gerecht werden, müssen stärker präventiv ausgerichtet
- 33 sein und Vorsorge statt Nachsorge in den Fokus der Bemühungen stellen. Nicht nur die
- 34 LeistungsbezieherInnen selbst möchten wir in Zukunft fördern und fordern, vielmehr müssen
- 35 alle Bürgerinnen und Bürger dahingehend gefördert und gefordert werden, dass sie befähigt
- 36 werden, ihren Lebensstandard zu erhalten und auszubauen. So können wir das
- 37 sozialdemokratische Ideal eines selbst erarbeiteten sozialen Aufstiegs ermöglichen.
- 38

39 **Würdevolles Leben im Alter ermöglichen: für eine solidarische, gerechte Altersvorsorge**

40

41 Die Rentenversicherung steht in den kommenden Jahren und Jahrzehnten vor großen
42 Herausforderungen. Unsere umlagefinanzierte Altersvorsorge basiert auf Rahmenbedingungen,
43 die in den nächsten Jahrzehnten nicht mehr fortbestehen werden. Geburtenrückgang,
44 geringeres Wirtschaftswachstum und immer mehr RentenbezieherInnen auf weniger
45 EinzahlerInnen machen einen Wandel in unserem Rentensystem unumgänglich.

46

47 Das umlagefinanzierte Rentenmodell aus dem 19. Jahrhundert benachteiligt strukturell Frauen,
48 genauso wie BezieherInnen niedriger Einkommen und Menschen mit lückenhafter
49 Erwerbsbiografie. Dies widerstrebt zutiefst unserer Vorstellung eines gerechten, sozialen
50 Sicherungsmechanismus, der soziale Ungleichheiten bekämpft, statt diese zu manifestieren.

51

52 Während zu den Anfängen der Umlagefinanzierung noch sechs BeitragszahlerInnen auf einen
53 RentenbezieherIn kamen (1962), lag dieses Verhältnis im Jahr 2012 bereits nur noch bei 2:1.
54 Zwar ist die Zahl von BeitragszahlerInnen in Deutschland auf einem historischen Rekordniveau,
55 die Anzahl von BezieherInnen war allerdings auch nie höher, als dies heute der Fall ist.

56

57 Wir Jusos stellen daher die Systemfrage in der Rentenpolitik. Für uns ist nicht hinnehmbar, dass
58 die Durchschnittsrente im Jahr 2014 für Männer bei 1003 € (alte Bundesländer) bzw. 1096 €
59 (neue Bundesländer), bei Frauen sogar nur bei 512 € (alte Bundesländer) bzw. 755 € (neue
60 Bundesländer) liegt. Die Sicherung eines würdigen Alters aller Menschen in Deutschland ist Teil
61 der Kernidentität der Sozialdemokratie. Daher müssen die Weichen unseres Rentensystems
62 neu gestellt werden.

63

64 Das beitragsfinanzierte Umlagesystem verhindert Umverteilung. Durch das mehrfach in Urteilen
65 des Bundesverfassungsgerichts bestätigte Äquivalenz-Prinzip ist es nicht möglich, durch unsere
66 Sozialversicherungssysteme umzuverteilen, weil BeitragszahlerInnen Anwartschaften in
67 verhältnismäßiger Höhe ihrer Einzahlungen erwerben. Der einheitliche Beitragssatz wirkt dabei
68 fast degressiv, hohe Einkommen werden weniger, niedrige Einkommen umso mehr belastet.
69 Das Äquivalenzprinzip verhindert dabei ein Eingreifen über die Beitragsbemessungsgrenze, die
70 Beiträge ab einem Jahreseinkommen von 72 600 € (West) bzw. 62 400 € (Ost) deckelt.
71 Während die Besteuerung von Einkommen erst ab einem Grundfreibetrag von 8472 € belastet,
72 greifen die Sozialversicherungsbeiträge bereits deutlich früher und im Verhältnis zur
73 Einkommenssteuer auch höher. Damit belasten die Sozialversicherungsbeiträge insbesondere
74 GeringverdienerInnen. Dies ist für uns Jusos zutiefst unsolidarisch.

75

76 Bereits jetzt sind die Rentenansprüche nicht mehr durch das umlagefinanzierte System zu
77 decken. Die Deckungslücke bei der Finanzierung liegt mittlerweile bei ca. 61 Mrd. € (2013).
78 Diese trägt aktuell der Steuerzahler und die Steuerzahlerin. Insgesamt ca. 82 Mrd. €, das
79 entspricht ca. 27 % des gesamten Bundeshaushaltes, werden bereits über Steuergelder
80 getragen. Der Anteil wird künftig deutlich steigen.

81

82 Die Reformen der Großen Koalition III begrüßen wir in ihrer Intention. Dabei erfüllt gleichwohl
83 die Rente nach 45 Beitragsjahren, wie auch die Mütterrente unser Versprechen eines gerechten
84 Einstiegs in die Rente für alle Menschen. Gleichwohl kritisieren wir die Finanzierung über die
85 Umlage. Dieses bereits unterfinanzierte Modell noch stärker zu belasten, stellt eine kurzfristige
86 Politik dar, die weder den älteren, noch der jüngeren Generation gerecht wird.

87

88 *Drei Säulen für eine solidarische, menschenwürdige Alterssicherung*

89

90 Wir Jusos sprechen uns daher für ein Drei-Säulen-Modell aus. Künftig soll sich die Rente durch
91 eine steuerfinanzierte Garantierente, einen beitragsfinanzierten Anteil, wie durch einen
92 kapitalgedeckten Anteil zusammensetzen.

93

94 Die steuerfinanzierte Garantierente

95

96 Statt weniger BeitragszahlerInnen wollen wir alle SteuerzahlerInnen gerecht an der
97 Finanzierung der Alterssicherung beteiligen. Dies geht einher mit einer gerechteren
98 Besteuerung, für die die deutsche Sozialdemokratie seit langem kämpft. Dabei soll allen
99 Personen zwischen dem 15. und 67. Lebensjahr, die mindestens zehn Jahre mit unbefristetem

100 Aufenthaltsstatus gelebt oder gearbeitet haben und zum Zeitpunkt des Erstbezugs der Rente
101 ihren ständigen Wohnsitz in der BRD haben, eine Garantierente zustehen. Diese entspricht 75
102 % des gesetzlichen Mindestlohns (ca. 1020 € brutto im Monat). Die Garantierente wird regulär
103 besteuert. Menschen, die ausschließlich die Garantierente mit geringem Zuverdienst beziehen,
104 zahlen somit kaum Steuern.

105

106 Der beitragsfinanzierte Anteil

107

108 Als zweite Säule wollen wir den beitragsfinanzierten Anteil erhalten, dessen Niveau allerdings
109 deutlich unter dem bisherigen liegen soll. Die Finanzierung erfolgt weiterhin paritätisch zwischen
110 ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen. Zudem sollen auch Beamte, Selbstständige und
111 Freiberufler künftig einen Anteil am beitragsfinanzierten Säulenmodell erbringen. Die Höhe der
112 Anwartschaften orientiert sich dabei weiterhin an Dauer, Einkommen und der Einzahlung und
113 wird ergänzend zur Garantierente ausgezahlt.

114

115 Der beitragsfinanzierten Rente kommt bei der Umstellung hin zur Steuerfinanzierung eine
116 wesentliche Rolle zu. Dabei müssen aktuell erwirtschaftete Anwartschaften auch weiterhin
117 finanziert sein. Die steuerfinanzierte Garantierente soll unmittelbar den Menschen ausbezahlt
118 werden. Der Beitragssatz liegt für all die Personen, die erstmalig in die Rentenversicherung
119 einzahlen, lediglich bei einem Drittel des Rentenniveaus.

120 Investivfonds-Modell, Betriebsrenten und kapitalgedeckte Altersvorsorge

121

122 Die dritte Säule setzt sich aus unterschiedlichen, kapitalgedeckten Fonds-Modellen zusammen.
123 Aktuell haben in Deutschland über 16,2 Millionen Riester-Verträge Bestand, deren Förderung
124 und Fortdauer Bestandsschutz genießen. Dabei hat sich gezeigt, **dass gerade die Riester-**
125 **Rente aufgrund ihres hohen Verwaltungsaufwandes und somit** ihrer Kostenstruktur, bei
126 gleichzeitiger gesamtwirtschaftlich angespannter Lage für Lebensversicherte im Kontext
127 niedriger Zinsen ihren gewünschten Zweck einer verstärkten Förderung niedriger Einkommen
128 und von Familien nur eingeschränkt erfüllt. Wir sprechen uns daher für ein Investivlohn-Modell
129 aus, bei dem ArbeitnehmerInnen die Möglichkeit erhalten, 2 % ihres Beitragsanteils in einen
130 Staatsfonds mit ausreichendem Kapitalstock zu investieren. Die Finanzierung erfolgt auch hier
131 paritätisch zu 2 % je durch ArbeitgeberInnen und -nehmerInnen. Dabei obliegt es den
132 VersicherungsnehmernInnen, ob sie diesen Anteil in private, kapitalgedeckte Altersvorsorge-
133 Verträge, **welche staatl. zertifiziert sein müssen, damit eine Beitragsgarantie und eine**
134 **transparente Kostensituation gewährleistet werden.** Der staatliche Investitionsfond ist dabei
135 angehalten, langfristig Investitionen auch in kleine und mittelständische Unternehmen, in
136 Deutschland, Europa & sichere Partnerländern zu tätigen: Bei den Investitionen muss auf eine
137 Diversifizierung geachtet werden, es soll in verschiedene Länder und Branchen und
138 Unternehmen investiert werden. Dabei müssen soziale, ethische und ökologische Kriterien
139 berücksichtigt werden. Die Einlagen der Einzahlenden sind vollständig gesichert und garantiert.

140

141 Die Betriebsrenten erhalten zunehmend einen höheren Stellenwert. Dabei sind Betriebe dazu
142 angehalten, verstärkt Verantwortung für ihre ArbeitnehmerInnen zu übernehmen und diese
143 abzusichern. Bislang verfügen jedoch lediglich 60 % der Beschäftigten über eine betriebliche
144 Altersvorsorge. Diesen Anteil gilt es deutlich auszubauen. Um dabei gerade bei kleineren
145 Unternehmen berechtigten Sorgen gerecht zu werden, einem nicht leistbaren Haftungsrisiko zur
146 Erfüllung von Betriebsrentenansprüchen gegenüber zu stehen, muss sich die betriebliche
147 Altersvorsorge daher auf die übergeordnete Ebene richten. Dabei sollen Branchen,
148 Berufsgruppen und Tarifbereiche im Fokus stehen. Ziel ist daher, der Aufbau von tariflichen,
149 überbetrieblichen Altersvorsorgemodellen. Dies kann beispielsweise über eine Verpflichtung der
150 Tarifparteien zum Aufbau von tariflichen Altersvorsorgemodellen erreicht werden, die für
151 allgemeinverbindlich erklärt werden können.

152

153 Dabei soll langfristig die bisherige, staatliche Riester-Förderung in die Finanzierung von
154 betrieblichen Altersvorsorgemodellen übergehen. Ziel ist es, branchenspezifische Investivfonds
155 mit unterschiedlicher Risikogewichtung zu bilden. Hierbei soll es ArbeitnehmerInnen freigestellt
156 werden, in ihre branchenspezifischen Fonds einen Anteil von 2 % ihres Einkommens, paritätisch
157 finanziert von ArbeitgeberInnen und -nehmerInnen, zu investieren, wobei die bisherige
158 Förderung im Rahmen der Riester-Förderung den branchenspezifischen Investivfonds
159 zukommen kann. Durch verbesserte Transparenz in der Kostenstruktur, erleichterte Beratung
160 für ArbeitnehmerInnen und Absicherung über die Tarifparteien kann so die kapitalgedeckte

161 (Betriebs-)Rente zu einer Stärkung der Altersvorsorge in Deutschland beitragen, was durch die
162 momentane Struktur privater FinanzdienstleisterInnen und LebensversichererInnen in ihrem
163 aktuellen gesamtwirtschaftlichen Umfeld nicht gegeben ist.

164

165 Je nach branchenspezifischem Fonds können unterschiedliche Risikoklassen gebildet werden.
166 Dabei obliegt es dem Versicherungsnehmer oder der Versicherungsnehmerin, zu entscheiden,
167 ob er oder sie lieber geringere Risiken bei vollständiger Sicherung der Einlagen, oder höheres
168 Risiko bei höheren Renditen und eingeschränkter Sicherung der Einlagen bevorzugt. So kann
169 eine gesicherte Form der kapitalgedeckten Altersvorsorge ermöglicht werden, deren Vorteile
170 nicht durch intransparente Kostenstrukturen von LebensversichererInnen einverleibt werden.

171

172 *Flexibles Renteneintrittsalter*

173

174 Einen zentralen Bestandteil der notwendigen Modernisierung des Rentensystems stellt die
175 Flexibilisierung des Regeleintrittsalters in die Rente dar. Dabei bekennen wir uns zum geltenden
176 Renteneinstiegssalter nach 45 Beitragsjahren, beziehungsweise zu dem aktuell bestehenden,
177 rechtlich festgeschriebenen Regeleintrittsalter. Bereits jetzt besteht die Möglichkeit, bei
178 frühzeitigem Renteneintritt ab 63 unter Abschlägen vollständig in Rente zu gehen bzw.
179 vollständig erwerbstätig zu bleiben bei Bildung von zusätzlichen Anwartschaften. Vielfach gelten
180 zum jetzigen Zeitpunkt jedoch anderslautende Tarif- und Arbeitsverträge. Dabei ist zweifelhaft,
181 inwiefern sich der Verbleib in der Erwerbstätigkeit zum jetzigen Zeitpunkt tatsächlich rechnet,
182 oder negativ auswirkt.

183

184 Die Möglichkeit, in Teilrente zu gehen, besteht bereits. Dabei sind recht starre Grenzen für den
185 Teilrentenbezug gesetzt und Zuverdienstgrenzen so ausgestaltet, dass ein verschwindend
186 geringer Anteil an ArbeitnehmerInnen diese Möglichkeit in Anspruch nimmt. Daher sprechen wir
187 Jusos uns dafür aus, künftig bereits ab 60 Jahren die rechtlichen Rahmenbedingungen zu
188 schaffen, in Teilrente oder in Altersteilzeit zu gehen. Dabei sollte anstelle von starren Grenzen
189 die Möglichkeit geschaffen werden, dynamisch den Anteil an Arbeitszeit und Teilrentenbezug zu
190 wählen. Die Zuverdienstgrenzen hierfür müssen deutlich gelockert und größtmöglich
191 ausgeweitet werden.

192

193 Verbleiben ArbeitnehmerInnen länger im Erwerbsleben, zahlen ArbeitgeberInnen weiterhin den
194 Anteil für Arbeitslosenversicherung und Rentenversicherung ein. Während die
195 Arbeitslosenversicherungsbeiträge der Allgemeinheit zugutekommen, besteht kein
196 Zusammenhang zwischen eingezahltem Arbeitgeberbeitrag zur Rentenversicherung und zu den
197 Anwartschaften. Wir Jusos sprechen uns dafür aus, diese Ungerechtigkeit zu beseitigen. Die
198 Arbeitgeberbeiträge sollen deshalb künftig in die Anwartschaften der ArbeitnehmerInnen für den
199 Fall ihres Renteneinstiegs einbezogen werden. Dies bestärkt die ArbeitnehmerInnen, die bereits
200 jetzt länger arbeiten können und wollen. So kann ein flexibleres Regeleintrittsalter für die
201 Menschen geschaffen werden.

202

203 Langfristig setzen wir Jusos uns für die Abschaffung des Regeleintrittsalters in Deutschland ein.
204 Hierfür schlagen wir einen Alterskorridor nach schwedischem Vorbild vor, der zwischen 61 und
205 69 Jahren liegen sollte und den ArbeitnehmerInnen die Möglichkeit gibt, selbst zu wählen, wann
206 sie vollständig in Rente gehen wollen, Teilrente beziehen wollen bzw. länger arbeiten wollen.

207

208 **Die Idee der Arbeitsversicherung**

209

210 Der Arbeitsmarkt befindet sich im Wandel. Das Normalarbeitsverhältnis stellt nicht länger die
211 Regel dar. Sollte die Arbeitslosenversicherung lange Zeit das Risiko der Arbeitslosigkeit und
212 den Ausgleich des damit verbundenen Einkommensverlustes auffangen, müssen wir
213 mittlerweile feststellen, dass zahlreiche neue Risiken hinzugekommen sind, auf die die aktuelle
214 Arbeitslosenversicherung bisher nicht ausreichend reagieren kann. Die Flexibilisierung des
215 Arbeitsmarktes führt dazu, dass atypische Beschäftigungsverhältnisse immer mehr die Regel
216 darstellen. Befristung, Teilzeit und Selbstständigkeit nehmen zu. Vor allem Frauen sind hiervon
217 betroffen, so arbeiteten im Jahr 2010 52 % aller beschäftigten Frauen in Teilzeit. In diesen
218 atypischen Beschäftigungsverhältnissen gestalten sich die Möglichkeiten für Weiterbildung als
219 sehr schwierig. Doch vor allem der Zugang zu Weiterbildungsmaßnahmen erhöht die Chance
220 auf ein Normalarbeitsverhältnis. Zudem haben sich Übergangsrisiken entwickelt, denen durch
221 die Arbeitslosenversicherung bislang nicht entgegengewirkt werden konnte. Den Risiken der

222 Übergänge zwischen Schule und Beruf, Beruf und Familie und dem Wechsel zwischen
223 verschiedenen Arbeitsplätzen im besonderen kann nicht entsprochen werden.

224

225 Der Schutz der Arbeitslosenversicherung für die Herausforderungen des aktuellen
226 Arbeitsmarktes erodiert. Um auch künftigen Generationen die gleiche Teilhabe am Arbeitsmarkt
227 gewährleisten zu können, brauchen wir deswegen die Weiterentwicklung der
228 Arbeitslosenversicherung hin zu einer Arbeitsversicherung, die nicht nur das Risiko der
229 Arbeitslosigkeit auffängt, sondern den Beschäftigten individuelle Ansprüche zusichert, die sie
230 während der Erwerbstätigkeit oder in Phasen des Übergangs nutzen können, um sich
231 weiterzubilden und zu qualifizieren.

232

233 Für uns ist dabei jedoch klar, dass die Arbeitsversicherung kein Allheilmittel des demografischen
234 Wandels darstellen kann, sondern klare und enge Grenzen haben muss, um als wirkliche
235 Arbeitsversicherung den neuen Risiken des Arbeitsmarktes begegnen zu können. Deswegen
236 legen wir den Schwerpunkt auf den Fördercharakter der Arbeitsversicherung.

237 *Das Arbeitsleben-Konto*

238

239 Im Rahmen der Arbeitsversicherung fordern wir daher die Einführung eines Arbeitsleben-
240 Kontos. Ein Teil der bisherigen Beiträge zur Arbeitslosenversicherung soll hierfür paritätisch
241 finanziert auf dem Arbeitsleben-Konto angelegt und durch Steuermittel, gestaffelt nach der
242 Höhe des Einkommens der ArbeitnehmerInnen ergänzt werden, sodass alle ArbeitnehmerInnen
243 über den selben Kontostand ihres Arbeitsleben-Kontos verfügen können. So ermöglichen wir
244 vor allem Geringqualifizierten, die Vorteile des Kontos nutzen zu können. Tarifverträge können
245 die Summe des Kontostandes zudem erhöhen. Zusätzlich kann das Konto mit Überstunden in
246 begrenztem Maße gefüllt werden. In die Arbeitsversicherung sollen alle Erwerbstätigen
247 einbezogen werden, also auch BeamtInnen und Selbstständige.

248

249 *Ziehungsrechte*

250

251 Das Konto soll den Erwerbstätigen ermöglichen, ihre Beschäftigungsfähigkeit individuell zu
252 erhalten, zu gestalten und zu verbessern. Die Möglichkeit, auf das Konto zurückzugreifen, soll
253 ihnen zur Weiterbildung sowie für Care-Arbeitszeit zustehen.

254

255 Im Rahmen von Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen soll auf die Ziehungsrechte
256 zurückgegriffen werden können und erspartes Guthaben in diese Maßnahmen investiert
257 werden. Zudem sollen Ziehungsrechte zur Förderung von Care-Arbeit verwendet werden
258 können, um den Beschäftigten die Möglichkeit zu geben, für die Pflege von Angehörigen oder
259 die Erziehung von Kindern eine Reduzierung der Arbeitszeit vorzunehmen. Für die
260 Kinderbetreuung ist es jedoch notwendig, dass beide Elternteile das Konto paritätisch in
261 Anspruch nehmen. Wenn Ziehungsrechte in Anspruch genommen werden sollen, muss eine
262 Absprache und Vereinbarung mit der Betriebsleitung und gegebenenfalls mit dem Betriebsrat
263 stattfinden.

264

265 Für uns ist dabei jedoch klar, dass individuelle Ziehungsrechte kein Eigentumsrecht begründen
266 dürfen, die ungenutzten individuellen Ziehungsrechte sollen deswegen am Ende des
267 Erwerbslebens verfallen.

268

269 *Qualifizierung und Weiterbildung*

270

271 Das Arbeitsleben-Konto soll den Beschäftigten die Möglichkeit geben, ein lebenslanges Lernen
272 durch zahlreiche Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen zu ermöglichen und zur
273 arbeits- und sozialrechtlichen Absicherung von Übergangsrisiken im Lebenslauf dienen. Die
274 Beschäftigten können ihr Konto in Anspruch nehmen, um in dieser Zeit der Weiterbildung
275 weiterhin einen gesicherten Lebensunterhalt zu haben. Die ArbeitnehmerInnen sollen den
276 Zugang zu Weiterbildungseinrichtungen haben, deren Kosten durch das Konto übernommen
277 werden. Der/die ArbeitgeberIn hat den Versicherten/ die Versicherte für den vereinbarten
278 Zeitraum freizustellen. Der gesetzliche Anspruch auf Bildungsurlaub darf nicht durch die
279 Inanspruchnahme des Kontos gemindert werden und besteht unabhängig davon.

280

281 Zur Unterstützung der individuellen Weiterentwicklung kann ein Qualifizierungsgespräch in
282 Weiterbildungseinrichtungen stattfinden um die individuellen Qualifikationsbedürfnisse

283 festzustellen. Dieses Gespräch kann um einen individuellen Weiterbildungsplan ergänzt
284 werden. Durch die Weiterbildungsmaßnahmen soll ermöglicht werden, sich sowohl betrieblich
285 als auch persönlich und gesellschaftlich weiter zu qualifizieren.

286

287 Um ein breitgefächertes Weiterbildungsangebot zu gewährleisten, soll ein bundesweites Netz
288 von Weiterbildungseinrichtungen entstehen. Eine Koordination für Bildungsangebote der
289 Bundesagentur sowie außerhalb der Arbeitsagentur muss ausgebaut werden. Diese
290 Bildungsangebote müssen im Sinne der Vergleichbarkeit zertifiziert werden. Bereits bestehende
291 Netzwerke und Institutionen sollen genutzt und neue eingerichtet werden.

292

293 **Die BürgerInnenversicherung**

294

295 Die gesetzliche Krankenversicherung stellt eine der größten Errungenschaften für die Menschen
296 in diesem Land dar. Über 70 Millionen Menschen werden heute durch die GKV vor Armut durch
297 Krankheit geschützt. Dabei stellt das deutsche Gesundheitswesen eines der sichersten und
298 stabilsten weltweit dar.

299

300 Dennoch steht auch das System der Krankenversicherung in den kommenden Jahren vor
301 großen Herausforderungen. Durch die doppelte Struktur von Gesetzlichen und Privaten
302 Krankenversicherungen hat sich in Deutschland eine Zwei-Klassen-Medizin entwickelt. Auch
303 wenn die Gesundheitsversorgung insgesamt auch durch die private Krankenversicherung
304 gestützt wird, lehnen wir Jusos diese doppelte Struktur ab.

305

306 Um die Effizienz des Krankenversicherungswesens zu steigern, wurde in der Vergangenheit
307 eine Vielzahl an Reformen durchgeführt. So wurde der Wettbewerb zwischen den Gesetzlichen
308 Krankenversicherungen gesteigert sowie ein einheitlicher Beitragssatz, anzusetzen durch die
309 Bundesregierung, eingeführt, und seit 2010 wurde die Möglichkeit geschaffen, Zusatzbeiträge
310 zu erheben. Dabei wurde von der alten, schwarz-gelben Bundesregierung die Axt an das
311 Prinzip der solidarischen, paritätischen Finanzierung gelegt. So wurde der
312 ArbeitgeberInnenanteil eingefroren, auch um die ArbeitgeberInnen vor den Folgen des
313 demografischen Wandels zu schützen, der ArbeitnehmerInnenanteil dabei aber nach oben hin
314 angepasst. Diese Trennung lehnen wir Jusos ab.

315

316 Die private Krankenversicherung deckt aktuell ca. 11 % aller Versicherten in Deutschland ab.
317 Darüber hinaus bestehen über 23,1 Millionen Zusatzversicherungen. Die Hürden für den Eintritt
318 in die PKV liegen hoch, der Wechsel zurück in die GKV ist für Versicherte teils nur erschwert
319 möglich. Der Grundgedanke der Kapitaldeckung der PKV im Gegensatz zu einer
320 Umlagedeckung bei der GKV hat sich nicht bewährt. Auch im Kontext der
321 gesamtwirtschaftlichen Situation der privaten KrankenkassenerInnen hat sich gezeigt, dass
322 dieses Modell langfristig auf Kosten der Versicherten fußt. Die erwarteten Kosteneinsparungen
323 in der PKV haben sich nicht eingestellt, so beliefen sich die Verwaltungskosten der PKV auf
324 10,5 % der Beitragseinnahmen, während die Kosten der GKV bei lediglich 5,33 % der
325 Beitragseinnahmen lagen (Stand 2010).

326

327 Wir Jusos sprechen uns daher für eine BürgerInnenversicherung aus. In dieser soll ein
328 Wettbewerb um Qualität der Versorgung und Wirtschaftlichkeit zwischen allen VersichererInnen
329 bestehen bleiben, die Qualität der Versorgung aber nicht vom Einkommen der Versicherten
330 abhängen. Die Aufnahme von VersicherungsnehmerInnen muss dabei ohne
331 Gesundheitsprüfung erfolgen. Die von Konservativen und Liberalen geforderte Kopfpauschale,
332 die alle ArbeitnehmerInnen ungeachtet ihres Einkommens gleich belastet und den
333 Arbeitgeberanteil langfristig einfriert, lehnen wir entschieden ab.

334

335 Gesundheit ist das höchste Gut des Menschen. Daher wollen wir Prävention stärken.

336

337 Die Präventionsarbeit muss bereits im frühen Kindesalter ansetzen. Prävention in Kindergärten
338 und in der Schule bietet dabei die Möglichkeit einer frühzeitigen und großflächigen Abdeckung.
339 Bei der Präventionsarbeit steht für uns neben der Aufklärung über gesundheitliche Risiken auch
340 die Erlernung einer gesunden Lebensweise im Fokus. Die Zielgruppen- sowie
341 Lebensweltorientierung ist dabei ein wichtiges Merkmal für erfolgreiche Präventionsarbeit.
342 Neben der Entwicklung von neuen Präventionsprogrammen, halten wir dabei auch eine
343 Verstärkung von Projektgeldern sowie die direkte Einbindung von präventiven Elementen in den

344 Unterricht und Kindergartenalltag für unverzichtbar.

345

346 Auch die Arbeitswelt muss stärker in den Fokus gerückt werden. Viele Menschen erkranken im
347 Laufe des Dienst- und Erwerbslebens körperlich oder psychisch an den Folgen ihrer
348 Berufstätigkeit. Im schlimmsten Fall hat dies Erwerbs- oder Berufsunfähigkeit zur Folge. Hier gilt
349 es die Risiken zu minimieren, und vor allem Arbeit so zu organisieren, dass sie nicht krank
350 macht und sie somit menschlicher auszugestalten. Ein individuell gestalteter Arbeitsplatz wirkt
351 präventiv. Firmen müssen an dieser Stelle verpflichtet werden, Arbeitsplätze nicht nur möglichst
352 kostengünstig sondern gesundheitsschonend einzurichten. Anreize der ArbeitgeberInnen zur
353 gesundheitsbewussten Lebensgestaltung der ArbeitnehmerInnen sind unterstützenswert.
354 Bürokratische Hürden, die junge Menschen daran hindern, eine Dienst-, Erwerbs- oder
355 Berufsunfähigkeitsversicherung abzuschließen, wollen wir abbauen.
356 Zum anderen sind Präventionsangebote wie Vorsorgeuntersuchungen auszubauen. Viele
357 Krankheiten können bei früher Diagnose gezielt und erfolgreich behandelt werden. Daher sind
358 Anreizsysteme durch die Krankenkassen zum Ausbau der Vorsorge zu fördern und
359 weiterzuentwickeln. Bestehende Gebühren und Zuzahlungen für Vorsorgeuntersuchungen
360 müssen aufgehoben werden.

361

362 **Die Pflegeversicherung**

363

364 In einer Gesellschaft, in der die Lebenserwartung der Menschen kontinuierlich ansteigt, wird die
365 Frage, wie wir mit Menschen die pflegebedürftig sind umgehen, zunehmend an Bedeutung
366 gewinnen. Ein Altern in Würde ist nur möglich, wenn die entsprechende Pflege der Menschen
367 ebenfalls gewährleistet ist.

368

369 Die Pflegeversicherung wurde in den letzten Jahren mehrfach durch neue gesetzliche
370 Regelungen an die sich verändernde demografische Situation angepasst, zuletzt durch die
371 Erhöhung des Beitragssatzes um 0,3 Prozent im Pflegestärkungsgesetz 2015. Diese
372 Anpassung wird jedoch langfristig nicht ausreichen, um den erhöhten Anforderungen an die
373 Leistungsfähigkeit der Pflegeversicherung im Hinblick auf Generationengerechtigkeit gerecht zu
374 werden. Zukunftsfähig ist die Pflegeversicherung nur mit einer nachhaltigen und starken
375 Finanzierung, da die Zahl der Pflegebedürftigen im Jahr 2020 auf etwa 2,72 Millionen Menschen
376 und im Jahr 2050 gar auf 3,76 Millionen ansteigen wird.

377

378 Wir fordern eine schnelle und konsequente Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffes,
379 an welchem nun seit 2006 in Expertengremien gearbeitet wird. Menschen mit geistigen
380 Behinderungen, kognitiven und psychischen Beeinträchtigungen müssen entsprechend des
381 Gleichheitssatzes in der Pflegeversicherung Leistungen erhalten. Auch das gehört zur
382 Generationengerechtigkeit, denn von diesen Erkrankungen sind nicht nur ältere, sondern auch
383 zunehmend jüngere Menschen betroffen.

384

385 Um Lösungen für die zunehmenden gesellschaftlichen Probleme im Pflegebereich zu
386 ermöglichen, ist es dringend erforderlich, wesentlich mehr finanzielle Mittel für Forschung im
387 Bereich Pflegewissenschaft und Prävention bereitzustellen. Die zunehmende Akademisierung
388 der Pflegefachkräfte unterstützen wir, da dadurch ein höheres Ausbildungsniveau auch ein
389 höheres fachliches Arbeitsniveau gewährleistet wird. Gleichzeitig werden für eine hohe
390 Durchlässigkeit des Bildungssystems insbesondere über Möglichkeiten der fachlichen
391 Weiterbildung und Nachqualifizierung in diesem Bereich Sorge tragen. Durch eine
392 Akademisierung und Professionalisierung darf sich der Pflegeberuf, auch aufgrund des
393 steigenden Bedarfs, nicht dem Zugang von Menschen mit niedrigeren Bildungsabschlüssen
394 verschließen.

395

396 1,8 Millionen Menschen werden in Deutschland ambulant, sei dies zu Hause oder in betreuten
397 Wohngruppen gepflegt. Das sind rund Dreiviertel der BezieherInnen von Pflegeleistungen im
398 Rahmen der gesetzlichen Pflegeversicherung. Daher fordern wir die unbegrenzte zeitliche
399 Förderung von ambulant betreuten Wohngruppen. Des Weiteren ist für uns wichtig, dass neue
400 selbstorganisierte Wohnformen, auch in freier Trägerschaft, gestärkt werden um ein vielfältiges
401 Angebot, speziell in der Fläche zu gewährleisten. Diese Konzepte als bewohnerInnenorientierte
402 individuelle Versorgung – außerhalb von vollstationären Einrichtungen – sind gerade für jüngere
403 Angehörige interessant. Stationäre Pflegeheime können den individuellen Bedürfnissen der
404 pflegebedürftigen Menschen unter den derzeit gegebenen gesellschaftlichen und politischen

405 Rahmenbedingungen zudem oft nicht gerecht werden. Die ambulante Pflege von Angehörigen
406 zu Hause stellt daher eine wichtige Säule in der Versorgung der älteren Generation dar. Diese
407 Leistung wird zumeist von der jüngeren Generation übernommen, die dafür die entsprechende
408 Zeit benötigt. Diese kann beispielsweise über Ziehungsrechte in der Arbeitsversicherung oder
409 eine Weiterentwicklung der von uns geforderten Familienarbeitszeit bereitgestellt werden.

410
411
412
413
414
415
416
417
418
419
420
421
422
423
424
425
426
427
428
429
430
431
432
433
434
435
436
437
438
439
440
441
442
443
444
445
446
447
448
449
450
451
452
453
454
455
456
457
458
459
460
461
462
463
464
465

Titel Kostenlose Verhütung auch mit Kondom

Antragsteller Hamburg

Zur Weiterleitung an SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Kostenlose Verhütung auch mit Kondom

1 Der Bundeskongress der Jusos fordert die Kostenübernahme von Kondomen für junge
2 Menschen mit gesetzlicher Krankenversicherung bis zur Vollendung des 20. Lebensjahres
3 durch die jeweilige Krankenkasse. Die Anzahl der auszugebenden Kondome ist angemessen zu
4 begrenzen.

5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38

Titel Kostenlose Verhütungsmittel für ALLE!

Antragsteller Berlin

Zur Weiterleitung an Bundesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Kostenlose Verhütungsmittel für ALLE!

1 In der Bundesrepublik ist es jungen Frauen* nur bis zu ihrem 20ten Lebensjahr möglich sich die
2 Pille von ihrer gesetzlichen Krankenversicherung finanzieren zu lassen. Für uns ist es
3 selbstverständlich, dass jeder Mensch, egal welchen Geschlechts, sexueller Orientierung oder
4 Alters ein Anrecht auf kostenlosen Schutz vor Krankheiten und ungewollten Schwangerschaften
5 hat. Das Gesellschaftsbild, das hinter der Kostenübernahme der Pille bis zum Alter von 20
6 Jahren steht, lehnen wir ab. Verhütungsmittel sollen der sexuellen Selbstbestimmung aller
7 Menschen dienen, nicht der Kontrolle und Steuerung Sexualität und Fortpflanzung aller
8 Geschlechter durch den Staat.

9

10 Die Pflicht, als Einzelperson Verhütungsmittel bezahlen zu müssen, setzt voraus, dass diese
11 sich alle leisten können. Dies ist nicht der Fall. Als Jungsozialist*innen ist es für uns jedoch
12 selbstverständlich, dass alle unabhängig vom Einkommen, ein Anrecht auf Schutz vor
13 Geschlechtskrankheiten und ungewollten Schwangerschaften hat. Sexuelle und gesundheitliche
14 Selbstbestimmung sind Menschenrechte.

15

16 Daher fordern wir:

17

- 18 • Den kostenlosen Zugang für alle zur jeweils gewählten Verhütungsmethode, der Zugang
19 zu Kondomen soll kostenlos sein
- 20 • Den kostenlosen Zugang zu einem anonymen Beratungsgespräch, auch über sexuell
21 übertragbare Krankheiten, um das richtige Verhütungsmittel zu wählen
- 22 • Den weiteren Ausbau der Aufklärungsarbeit im Bereich Verhütung und geschlechtlich
23 übertragbaren Krankheiten

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

Titel Aufnahme der „Pulsoxymetrie“ in den Leistungskatalog der Kinderfrüherkennungsuntersuchungen U1 und U2 aufnehmen

Antragsteller Berlin

Zur Weiterleitung an Bundesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Aufnahme der „Pulsoxymetrie“ in den Leistungskatalog der Kinderfrüherkennungsuntersuchungen U1 und U2 aufnehmen

1 Die Jusos, setzen sich dafür ein, dass: Die Früherkennungsuntersuchungen U1 und U2 in
2 Arztpraxen und Krankenhäusern, durch das Verfahren der Pulsoxymetrie erweitert werden.
3

4 **Begründung:**

5 Das Verfahren der Pulsoxymetrie dient der nicht invasiven Ermittlung der arteriellen
6 Sauerstoffsättigung und kann Leben retten.
7

8 Im Jahr werden rund 6.000 Kinder mit einem angeborenen Herzfehler entbunden, wobei
9 manche Herzfehler nicht sofort nach der Geburt erkannt werden. Dies liegt auch daran, dass die
10 regulären Untersuchungen nach der Geburt nur sehr wenige Möglichkeiten bieten, einen
11 Herzfehler zu diagnostizieren.
12

13 In den letzten Monaten und Jahren, sind Fälle aufgetreten, in denen Babys gestorben sind,
14 deren Herzfehler man durch eine Pulsoxymetrie hätte erkennen können. Da die Kliniken für
15 solche Untersuchungen meist nicht ausgerüstet sind, sterben Kinder.
16

17 Wenn diese Untersuchung in den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherungen
18 aufgenommen wird, könnte man frühzeitig angeborene Herzfehler erkennen und entsprechend
19 behandeln. Das Verfahren der Pulsoxymetrie bei Neugeborenen ist in den USA seit 2009
20 gesetzlich vorgeschrieben.
21

22 Die Anschaffung eines Pulsoxymeters ist kostengünstig und für die Untersuchung braucht es
23 keine besondere Ausbildung. Bisweilen machen einige Ärzt*innen diese Untersuchung freiwillig
24 und alle Kinderkardiolog*innen messen bei ihren Patient*innen den Sauerstoffgehalt im Blut um
25 den Gesundheitszustand optimaler einordnen zu können.
26

27 Zur Erklärung: Ein gesunder Mensch ohne Herzfehler, hat zumeist eine Sauerstoffsättigung von
28 95 bis fast 100%. Viele Herzranke, leben aber mit einer Sauerstoffsättigung um die 80% oder
29 noch viel geringer.
30

31
32
33
34
35
36

Titel Stärkung der nicht-medizinischen Prävention
im Rahmen des neuen Präventionsgesetzes (PrävG)!

Antragsteller Bayern

Zur Weiterleitung an SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Stärkung der nicht-medizinischen Prävention im Rahmen des neuen Präventionsgesetzes (PrävG)!

- 1 Wir lehnen den Entwurf des neuen Präventionsgesetzes ab, da die Krankenkassen nicht
- 2 verpflichtet werden sollen, ihren Mitgliedern finanzielle Anreize für eine „gesunde
- 3 Lebensführung“ zu bieten. Im Gegenteil fordern wir, dass diese Praxis verboten wird.
- 4
- 5 Wir lehnen es ab, dass die Krankenkassen Daten über die höchstpersönliche Lebensführung
- 6 der Versicherten sammeln wollen und konformes Verhalten durch niedrigere Beiträge
- 7 honorieren. Das Solidaritätsprinzip, nachdem alle Versicherten für alle Versicherten zahlen, wird
- 8 untergraben, wenn Menschen, die ihre Lebensführung nicht an die Vorstellung der
- 9 Krankenkassen anpassen, durch faktisch höhere Beiträge bestraft werden.
- 10
- 11 Einzelne Krankenkassen (bspw. die „Techniker Krankenkasse“) belohnen die Versicherten für
- 12 die Nutzung von Smartwatches und Fitness-Tracking-Programmen. Insbesondere diese
- 13 Entwicklung betrachten wir mit großer Sorge. Durch derartige Software werden intimste Daten
- 14 der Versicherten erfasst. Der Diebstahl und Missbrauch von Daten stellt insbesondere in diesem
- 15 Zusammenhang eine enorme Gefahr dar.
- 16
- 17 Wir Jusos lehnen eine „verwaltete Welt“ ab, in der die alle Daten - ob von privaten oder
- 18 staatlichen Stellen - erfasst werden. Die Belohnung bzw. Bestrafung bestimmter Formen der
- 19 Lebensführung durch finanzielle Leistungen der Krankenkassen halten wir für falsch. Es braucht
- 20 keine staatliche Bevormundung, sondern effektive Vorsorge durch mehr Aufklärungs- und
- 21 Bildungsarbeit und eine bessere Finanzierung des Gesundheitsbereichs, insbesondere der
- 22 Betreuung durch wohnortnahe HausärztInnen.
- 23
- 24 **Begründung:**
- 25 Der neue Entwurf für ein Gesetz zur Stärkung der Gesundheitsförderung und der Prävention
- 26 (PrävG) soll ab 2016 die Gesundheitsvorsorge stärken und das Gesundheitssystem verbessern.
- 27
- 28 Die gesetzlichen Krankenkassen sollen verpflichtet werden, ihren Mitgliedern finanzielle Anreize
- 29 für ein gesundheitsbewusstes Leben zu geben. So wird beispielsweise belohnt, wer
- 30 Maßnahmen der gesundheitlichen Vorsorge trifft, indem er oder sie abnimmt oder mit dem
- 31 Rauchen aufhört. Zudem räumt das Gesetz den gesetzlichen Krankenkassen sowie der Pflege-
- 32 und der Rentenversicherung mehr Möglichkeiten für Präventionsangebote ein. Dafür sollen
- 33 diese ihre Ausgaben für Präventionsmaßnahmen verdoppeln. Das Geld soll in Programme
- 34 fließen, die beispielsweise Diätprogramme für Erwachsene oder die Impfberatung vor dem Kita-
- 35 Start gewährleisten. Dabei ist die Präventionsleistung nichts Neues und in Form von
- 36 Impfberatung oder der Intention der Vorbeugung von Zivilisationskrankheiten durch mehr
- 37 Bewegung auch sinnvoll. Diese Art der Präventivmaßnahmen ist aber nur Stückwerk und kein
- 38 ganzheitliches Konzept zur gesundheitlichen Lebensweise.

39

40 Zudem ist der Gesetzesentwurf ungerecht! Er fördert die soziale Ungleichheit in der
41 Gesundheitsvorsorge. Langzeitarbeitslose, GeringverdienerInnen, Ältere und Menschen mit
42 Behinderung werden mit dem geplanten Gesetz kaum erreicht. Der Entwurf berücksichtigt nicht
43 den Zusammenhang zwischen Armut und Gesundheitsproblemen und trägt somit zur
44 Verschärfung sozialer Ungleichheiten im Gesundheitswesen bei. KassenpatientInnen sollen
45 zukünftig mehr von dem Ausbau der Präventions- und Bonusprogramme profitieren, wenn sie
46 auf ihre Gesundheit achten. Sozial benachteiligte Menschen haben aber in der Regel sehr viel
47 näher liegende Probleme als ihre Gesundheit oder ihre Lebenserwartung. Sie beschäftigt, wie
48 sie die Lebensqualität ihrer Familie steigern können, wie sie ihre Familie finanzieren können,
49 wie sie ihren Kindern ein Minimum an Urlaub oder die Teilnahme an einem Schulausflug bieten
50 können. Sie haben keine Zeit, darüber nachzudenken, ob sie mit Sport ihre Lebenserwartung
51 erhöhen können oder sie haben kein Geld übrig, um sich im Fitness-Studio beraten zu lassen.
52 Ferner ist belegt, dass gerade unter armen Kindern überdurchschnittliche Defizite bei Motorik,
53 Gleichgewichtssinn und Konzentrationsfähigkeit vorherrschen-dies sind eben die Kinder, deren
54 Eltern sich nicht den Ski-Kurs leisten konnten oder die Mitgliedschaft im örtlichen Turnverein.
55 Die Intention des Gesetzes ist nur zu erreichen, wenn die Lebens-, Wohn- und
56 Arbeitsbedingungen für alle Menschen gesundheitsfördernder gestaltet werden und die
57 langfristig angelegten Gesundheitsförderungsmaßnahmen bereits in Kita und Schule ansetzen
58 und somit für den weiteren Lebensgestaltungsweg mitgegeben werden. Bereits hier muss
59 praktische Teilhabe eingeübt werden, muss gesundes, verantwortungsvolles, bewusstes
60 Verhalten eingeübt werden. Dies geschieht zum Beispiel anhand des Speiseplans, der
61 Raumgestaltung oder des Tagesplans. Nur so können Krankheiten in Zukunft effektiv verhütet
62 werden. Die Krankenkassen dürfen nicht pauschal Leistungen ausweisen, sondern müssen
63 gezielt auf die Bedürfnisse sozial benachteiligter Menschen zugeschnittene Programme
64 entwerfen. Nur so werden ungleiche Gesundheitschancen verhindert!

65

66

67

68

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

Titel Mitbestimmung der Patientenvertreter*innen
im Gemeinsamen Bundesausschuss (GBA)

Antragsteller Berlin

Zur Weiterleitung an Bundesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Mitbestimmung der Patientenvertreter*innen im Gemeinsamen Bundesausschuss (GBA)

- 1
- 2 Die Jusos sprechen sich für eine Veränderung im SGB V, dahingehend aus, dass den
- 3 Patientensprecher*innen, welche dem GBA beisitzen, zukünftig Stimmrecht eingeräumt wird.
- 4
- 5 **Begründung:**
- 6
- 7 Da die Patient*innen die direkt Betroffenen der Auswirkungen der Entscheidungen, welche
- 8 durch den Gemeinsamen Bundesausschuss getroffen werden, sind, ist es unverständlich, wie
- 9 es sein kann, dass die Patientenvertreter*innen, ein basisdemokratisches Mitbestimmungsrecht
- 10 vorenthalten wird.
- 11
- 12 Grundsätzlich sollte betroffenen Menschen eine Möglichkeit gegeben werden, ein Minimum an
- 13 Mitbestimmung, bzw. ein Minimum an Einfluss auf die ihn betreffende Entscheidung auszuüben.
- 14
- 15 Vorbild hierfür sollten die Aufsichtsräte der gesetzlichen Krankenversicherungen (GKV) sein.
- 16 Diese räumen den Patientenvertreter*innen eben dieses Stimmrecht ein. Ganz besonders dann,
- 17 wenn es um gesundheitliche Regelungen geht, denn diese nehmen Einfluss auf die individuelle
- 18 Lebensqualität.
- 19
- 20
- 21
- 22
- 23
- 24
- 25
- 26
- 27
- 28
- 29
- 30
- 31
- 32
- 33
- 34
- 35
- 36
- 37
- 38

Titel Verpflichtende Herausgabe von
Medikamenten aus klinischen Studien zum Einsatz in der
Individualtherapie

Antragsteller Bayern

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Verpflichtende Herausgabe von Medikamenten aus klinischen Studien zum Einsatz in der Individualtherapie

- 1 Für die Prüfung und Erprobung von Medikamenten sind oft jahrelange klinische Studien nötig.
- 2 Doch für Menschen mit schweren Erkrankungen, bei denen die bereits zugelassenen
- 3 Therapiemöglichkeiten nichts bewirken und die aber an der Forschungsstudie nicht teilnehmen,
- 4 erfolgt die Zulassung manchmal zu spät. Für diese Menschen gibt es noch zwei weitere
- 5 Möglichkeiten: den individuellen Heilversuch und das Härtefall-Programm.
- 6
- 7 Härtefall-Programme (Compassionate Use) sind Programme, für die eine Gruppe von
- 8 PatientInnen für die Behandlung mit noch nicht zugelassenen Medikamenten definiert wird. Wir
- 9 fordern eine gesetzliche Regelung zu schaffen, die sicherstellt, dass die Verweigerung der
- 10 Herausgabe eines sich in der Zulassung befindlichen Arzneimittels für den individuellen
- 11 Heilversuch durch das herstellenden Pharmaunternehmen nur abgelehnt werden darf, wenn
- 12 gesundheitsbedenkliche Aspekte und nicht Bedenken hinsichtlich einer etwaigen Schmälerung
- 13 des Erfolges bei Markteinführung beruht. Zur Überprüfung dieses Sachverhalts muss eine
- 14 unabhängige medizinische Forschungseinrichtung zwischengeschaltet werden. Bestätigt die
- 15 Forschungsstelle die gesundheitlichen Bedenken nicht, muss das jeweilige Unternehmen das
- 16 Medikament herausgeben. Die Prüfung durch die unabhängige Forschungsstelle hat im
- 17 Eilverfahren zu erfolgen. Die gesetzlichen Krankenkassen zahlen für das Medikament nicht, nur
- 18 für die Behandlung und gegebenenfalls für den Klinikaufenthalt.
- 19
- 20 Die Behandlung eines individuellen Einzelfalls ist nicht Gegenstand der Arzneimittel-Härtefall-
- 21 Verordnung. Hier handelt es sich um die Anwendung eines Medikaments im Einzelfall, das
- 22 heißt, der/die behandelnde Arzt/Ärztin kann sich keiner Liste bedienen, aus der der mögliche
- 23 Einsatz noch nicht zugelassener Medikamente für die Behandlung bestimmter
- 24 PatientInnengruppen aufgelistet ist, sondern er/sie muss sich selbst auf die Suche nach
- 25 Medikamenten in der Erprobung machen, die zur Bekämpfung des Krankheitsbildes des/der
- 26 jeweiligen Patienten/in dienen kann. Hier agieren Arzt/Ärztin und PatientIn quasi aus eigener
- 27 Initiative.
- 28
- 29 Findet ein Arzt/eine Ärztin eine passende klinische Studienreihe, kann er/sie im Rahmen
- 30 seiner/ihrer Therapiefreiheit dieses noch nicht zugelassene Medikament prinzipiell einsetzen,
- 31 denn wenn eine Krankheit tödlich verlaufen kann, es keine alternative Medizin gibt oder eine
- 32 schwere Behinderung nach sich zieht, darf ein Arzt/eine Ärztin unter besonderen
- 33 Sicherheitsmaßnahmen ein noch nicht zugelassenes Medikament einsetzen. Der Arzt/Die Ärztin
- 34 trägt dabei die Verantwortung für die Anwendung. So wurde etwa auch mit einigen der Ebola-
- 35 PatientInnen in Deutschland, Frankreich und den USA verfahren, die wohl mit Medikamenten
- 36 behandelt wurden, die vorher lediglich in tierischen Studien erprobt wurden.

37

38 Das Problem: Zur Herausgabe eines noch nicht zugelassenen Medikaments für den
39 individuellen Heilversuch sind die herstellenden Firmen nicht verpflichtet, d.h. sie können die
40 Herausgabe auch verweigern.

41 Wir fordern eine gesetzliche Regelung zu schaffen, die es verhindert, dass die Ablehnung der
42 herstellenden Firmen nicht auf gesundheitsbedenklichen Aspekten beruht, sondern auf
43 Bedenken hinsichtlich eines Markterfolgs des Produkts. Die Ablehnung der Herausgabe eines
44 Medikaments für den individuellen Heilversuch muss der Prüfung im Eilverfahren, also
45 unverzüglich, unabhängiger Forschungsstellen Stand halten. Außerdem fordern wir die
46 Erarbeitung eines Konzepts zur Kostenübernahme auch für den individuellen Heilversuch.

47

48

49

50

51

52

53

54

55

56

57

58

59

60

61

62

63

64

65

66

67

68

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

Titel Rechtliche Regelungen für die neuen
Assistenzhundarten

Antragsteller Rheinland-Pfalz

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Rechtliche Regelungen für die neuen Assistenzhundarten

1 Die Juso Bundeskonferenz möge beschließen, dass die neuen Assistenzhundarten dem
2 Blindenführhund gleichgestellt werden.

3

4 **Begründung:**

5 Der bekannteste aller Assistenzhunde ist der Blindenführhund. Da der Blindenführhund einen
6 schwerbehinderten Menschen begleitet genießt er bestimmte Privilegien, die durch die
7 Anerkennung als medizinisches Hilfsmittel und die Aufführung im Hilfsmittelkatalog rechtlich
8 klar abgesichert sind. So darf er zum Beispiel seinen Menschen auch an Orte begleiten an dem
9 andere Hunde verboten sind, darf kostenlos alle öffentlichen Verkehrsmittel benutzen etc.. Seit
10 einigen Jahren entwickeln sich in Deutschland neue Assistenzhundarten, wie zum Beispiel der
11 Epilepsiewarnhund, der Diabetikerwarnhund, der LPF-Assistenzhund oder der Autismushund,
12 die genau wie der Blindenführhund einen schwerbehinderten Menschen begleiten, ihn bei der
13 Lebensbewältigung unterstützen und zum Teil sogar lebensrettende Maßnahmen durchführen.
14 Es versteht sich von selbst, dass diese von speziellen Assistenzhundorganisationen über
15 Monate und Jahre ausgebildeten Hunde dieselben Privilegien, wie der Blindenführhund
16 benötigen. Die Realität sieht jedoch anders aus. Die neuen Assistenzhundarten sind
17 gesetzlich nicht hinreichend abgesichert, da sie nicht wie der Blindenführhund als Hilfsmittel
18 anerkannt und nicht in dem Hilfsmittelkatalog aufgeführt werden. Somit ist ein Mensch, der
19 einen Anfallswarnhund bei sich führt einem blinden Menschen mit einem Blindenführhund
20 gegenüber deutlich benachteiligt.

21

22 Dem Entgegen stehen aber das Grundgesetz (Artikel 3, Absatz 3) und das Gesetz zur
23 Gleichstellung behinderter Menschen, welche besagen, dass Menschen mit Behinderung nicht
24 benachteiligt werden dürfen.

25

26 Um diese Diskriminierung zu bekämpfen und den Verstoß gegen diese Gesetze zu beenden,
27 fordern wir eine sofortige Änderung der Gesetzeslage. Wir fordern daher die rechtliche
28 Gleichstellung aller Assistenzhunde durch die Anerkennung als medizinische Hilfsmittel, sowie
29 die Aufnahme in den Hilfsmittelkatalog.

30

31

32

33

34

35

36

37

38

Titel Flächendenkende medizinische Versorgung sicherstellen

Antragsteller Baden-Württemberg

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Flächendenkende medizinische Versorgung sicherstellen

- 1 Wir, der Juso-Bundesverband, fordert die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, das Thema der
2 medizinischen Versorgung in strukturschwachen Gebieten wieder auf die Tagesordnung zu
3 bringen.
4
5 Es gilt, die dortige ärztliche Versorgung zu fördern, die medizinisch ambulante durch nicht-
6 ärztliche, medizinisch gebildete Angestellte ausgeführte Arbeit finanziell mehr zu unterstützen
7 und das Medizinstudium zu reformieren. Zentralisierte MedizinerInnenentscheidungen eingeführt
8 werden und die finanzielle Versorgung der Universitäten sichergestellt werden.
9
10 Das Berufsbild von Land- und Hausärzten muss gefördert werden, um auch junge Studierenden
11 für diese Form des Arztberufes zu begeistern. Dieser muss nämlich attraktiver werden!
12
13 **Begründung:**
14 Gerade in ländlichen oder sozial schwachen Gebieten ist die medizinische Versorgung fatal.
15 Dies gilt besonders für den gesetzlich versicherten Teil der Bevölkerung. Oft müssen
16 PatientInnen Tage, Wochen oder sogar Monate auf Haus- und Facharzttermine warten. Das ist
17 inakzeptabel! An solchen Beispielen zeigt sich die Zweiklassenmedizin, welche in Deutschland
18 herrscht.
19
20 Im Koalitionsvertrag von 2013 zwischen CDU/CSU und SPD wurde festgelegt, dass die
21 gesundheitliche Versorgung von gesetzlich Versicherten generell verbessert werden sollen. In
22 der „fraktion intern“ vom 30.03.2015 wird nun davon gesprochen, dass Krankenkassen und
23 Ärzte vor Ort entscheiden sollen, ob Kassenärztliche Vereinigungen Praxen aufkaufen und sie in
24 schlecht versorgte Gebiete verlagert werden sollen. Die Jusos sind der Meinung, dass der Staat
25 hier mehr eingreifen sollte.
26
27 Die medizinische Versorgung in strukturschwachen Gebieten muss subventioniert werden. Dies
28 gilt für Praxen, welche sich bisher vorwiegend in finanziell ergiebigeren Ballungsgebieten
29 ansiedeln. Themen der medizinischen Versorgung in provinziellen und kapitalschwachen
30 Räumen sind schon lange ein Problem, allerdings fehlen weitreichende Taten.
31
32 Darüber hinaus muss das Medizinstudium reformiert werden. Nach und nach geschah das
33 immer wieder in Form kleiner Änderungen in den letzten Jahren. Wir setzen uns dafür ein, dass
34 zentralisierte MedizinerInnenentscheidungen eingeführt werden, um individuellere und gerechtere
35 Einstiegsvoraussetzungen herzustellen.
36
37 Um sicherzustellen, dass auch zukünftig genug MedizinerInnen und vor allem Allgemein- und
38 HausärztInnen in Deutschland tätig sind, ist es wichtig, dass die finanzielle Versorgung von

39 Universitäten ständig geprüft wird.

40

41 Das Berufsbild von Land-, Allgemein- und Hausärzten muss weiter gefördert werden, da diese
42 eine grundlegende Säule unseres Gesundheitssystems bilden. Generell sollten auch ärztliche
43 beziehungsweise fachärztliche Honorare unter den Prüfstand gestellt werden, da es bei diesen
44 oft zu unverständlichen Differenzen kommt.

45

46 Des weiteren ist es wichtig, Alternativen zum konventionellen System zu entwickeln. So gibt es
47 bereits Modellregionen, in denen medizinische Fachangestellte und beispielsweise
48 Krankenschwestern an Fortbildungen teilnehmen konnten, um kleinere ärztliche Aufgaben
49 ambulant zu übernehmen, was vor allem älteren, nicht mobilen Menschen auf dem Land zu
50 Gute kommt. Wir sind der Meinung, dass diese und potentielle weitere Methoden gefördert und
51 verbreitet werden müssen.

52

53 Die SPD ist daher dazu angehalten, das Thema noch innerhalb dieser Legislaturperiode zur
54 Chefsache zu machen und sich in diesen Themen in der Großen Koalition durchzusetzen.

55

56

57

58

59

60

61

62

63

64

65

66

67

68

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

Titel Unterhalt während des FSJ, FÖJ und BFD

Antragsteller Hamburg

Zur Weiterleitung an SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Unterhalt während des FSJ, FÖJ und BFD

1 Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion und den SPD-Bundesparteitag auf, sich für den
2 Fortbestand des Unterhaltsanspruchs während eines Freiwilligen Sozialen Jahres (FSJ), eines
3 Freiwilligen Ökologischen Jahres (FÖJ) oder eines Bundesfreiwilligendienstes (BFD)
4 einzusetzen.

5

6 **Begründung:**

7 Bislang geht der Gesetzgeber davon aus, dass FSJler, FÖJler und BFDler von ihrem
8 Arbeitgeber mit Unterkunft, Verpflegung und Taschengeld angemessen ausgestattet werden.
9 Abgeleitet wird dies von der früheren Regelung beim Zivildienst. Ausgenommen hiervon sind
10 nur FSJs, FÖJs und BFDs, die als Vorbereitung für ein späteres Studium (wie es zum Beispiel
11 bei Medizin der Fall ist) oder einer späteren Berufsausbildung dienen.

12

13 Bei einem FSJ erhält man ein Taschengeld von maximal 330 Euro. Einige wenige Träger bieten
14 noch Extraleistungen für Unterkunft und anfallende Fahrtkosten. Dennoch reicht das Geld in
15 den meisten Fällen nicht aus, um seinen Lebensunterhalt vollständig selbst tragen zu können.
16 Die Wochenstundenarbeitszeit bei einem FSJ, FÖJ oder BFD liegt zwischen 37 und 40
17 Stunden, was zum einen eine Nebentätigkeit zeitlich nur schwer ermöglicht und zum anderen
18 auch nur mit der Erlaubnis des Arbeitgebers des FSJs, FÖJs oder BFDs gestattet ist.

19

20 Durch die Verweigerung von Unterhalt wird der Attraktivität eines FSJs, FÖJs oder BFDs
21 geschadet.

22

23 Seit Abschaffung des Zivildienstes, sind Teilnehmer des FSJ, FÖJ oder BFD eine
24 unverzichtbare Unterstützung für viele soziale Einrichtungen und Institutionen. Neben dieser
25 Tätigkeit lernen FSJler elementare, praktische Dinge und verbessern ganz besonders ihre
26 sozialen Kompetenzen. Die Teilnahme von Jugendliche und junge Erwachsenen an einem FSJ,
27 FÖJ oder BFD sollte daher forciert und deren Attraktivität gesteigert werden.

28

29 Eine der Möglichkeiten hierfür ist der Fortbestand des Unterhaltsanspruchs während des
30 Freiwilligen Sozialen Jahres, des Freiwilligen Ökologischen Jahres und des
31 Bundesfreiwilligendienstes.

32

33

34

35

36

37

38

Titel Kultur darf kein Privileg des vollen Geldbeutels sein

Antragsteller Baden-Württemberg

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Kultur darf kein Privileg des vollen Geldbeutels sein

1 Wir fordern die SPD auf allen Ebenen dazu auf, den kostenlosen Eintritt in alle staatlichen
2 Museen und Gedenkstätten Kultureinrichtungen für alle Auszubildenden, Schülerinnen und
3 Schüler, Studierende und Bezieher von staatlichen Sozialleistungen umzusetzen. Dadurch
4 entstehende Verluste der genannten Kultureinrichtungen müssen vom Staat in
5 Einzelpersonenabrechnung ersetzt werden.

6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38

Titel Verlängerung des Unterhaltvorschlusses!

Antragsteller Hamburg

Zur Weiterleitung an SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Verlängerung des Unterhaltvorschlusses!

1 Der Unterhaltsvorschuss für Alleinerziehende gem. § 1 Abs. 1 Nr. 1 Unterhaltsvorschussgesetz
2 soll auf die volle gesetzliche Unterhaltspflicht bis zum 18. Lebensjahr ausgeweitet werden.

3
4 Zudem soll § 3 Unterhaltsvorschussgesetz, der eine Befristung des Unterhaltvorschlusses auf
5 72 Monate vorsieht, ersatzlos gestrichen werden. Dadurch wird eine
6 Unterhaltsvorschussleistung für die gesamte Zeit von Geburt bis Volljährigkeit bei
7 nachgewiesenem Bedarf ermöglicht.

8
9 **Begründung:**
10 Für Alleinerziehende erfolgt die Erziehung ihrer Kinder unter erschwerten Bedingungen. Die
11 Situation verschärft sich noch, wenn das Kind nicht oder nicht regelmäßig Unterhalt von dem
12 anderen Elternteil erhält. Gemäß dem Unterhaltsvorschussgesetz können alleinerziehende
13 Elternteile gemäß § 1 Abs. 1 Nr.1 bis zur Vollendung des 12. Lebensjahres in diesen Fällen den
14 gesetzlichen Mindestunterhalt gemäß § 1612a Abs. 1 BGB beantragen. Allerdings kann der
15 Unterhaltsvorschuss gem. § 3 UhVorschG nur für maximal 72 Monate – also 6 Jahre –
16 beansprucht werden. Der Unterhaltsvorschuss wird vom Staat nur in Vorleistung an Stelle des
17 Unterhaltspflichtigen gezahlt und schließlich vom Unterhaltspflichtigen zurückgefordert, sobald
18 dies möglich ist.

19
20 Dass ein Antrag auf Unterhaltsvorschuss nur bis zum Ende des 12. Lebensjahres gestellt
21 werden kann – statt bis zur Volljährigkeit – ist nicht nachvollziehbar. Kinder und Jugendliche
22 verursachen insbesondere im Alter von 12 – 18 Jahren hohe Kosten. Statistisch gesehen steigt
23 der Bedarf eines Kindes mit zunehmendem Alter an.

24
25 Auch die Befristung auf 72 Monate ist kaum nachzuvollziehen. Sofern sich die Bedürftigkeit des
26 Haushaltes nicht verändert bedarf es, zum Schutz des Kindes, einer dauerhaften staatlichen
27 Unterstützung in Höhe des gesetzlichen Mindestunterhalts bis zur Volljährigkeit des Kindes.

28
29 Die Kinderarmut, insbesondere in alleinerziehenden Haushalten, entwickelt sich in der
30 Bundesrepublik Deutschland zunehmend negativ. Um die Situation von Kindern und
31 Jugendlichen in alleinerziehenden Haushalten zu verbessern, ist eine Änderung von § 1 Abs. 1
32 Nr.1 und § 3 UhVorschG daher dringend notwendig.

33
34
35
36
37
38

Titel Reform des Wohngeldes

Antragsteller Schleswig-Holstein

Zur Weiterleitung an SPD-Bundestagsfraktion

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Reform des Wohngeldes

1 Das Wohngeldgesetz soll dahingehend geändert werden, dass das Gesetz die realen Mieten
2 und Verhältnisse der Bedürftigen mit einbezieht und dahingehend, dass es nicht weiter an
3 starren Regelungen und Obergrenzen festhält und somit die Rechtsgrundlage für ein sozial
4 ausgewogenes Gesetz schafft.

5

6 Die Änderungen sollen wie folgt aussehen:

7

8 1. Die Abschaffung der starr festgelegten Obergrenzen der Mietkosten.

9 2. Eine Regelung für Sonderbedarf für Menschen mit Einschränkungen, welche es nicht
10 möglich machen, eine gewöhnliche Wohnung zu beziehen.

11 3. Eine Regelung zur Errechnung des Wohngeldes unter Einbeziehung des realen
12 Mietspiegels der jeweiligen kommunalen Ebene. Dabei sollen Daten des statistischen
13 Bundesamtes sowie kommunale statistische Erhebungen, welche die Miete aufgrund des
14 Quadratmeterpreises (jedes einzelnen Quadratmeters) angesetzt werden anstatt einer
15 Pauschalisierung eines maximalen Wohnraumes.

16 4. Der Zuschuss des Wohngeldes soll auch Rücksicht auf die realen Vermögen bzw.
17 Einkommen der Leistungsempfänger nehmen

18 5. Die Wohngeldzuschüsse oder Wohnkostenübernahmen sollen nach den hier geforderten
19 Gesichtspunkten sowohl für reine Leistungsempfänger der Wohngeldstelle als auch für
20 jegliche andere Leistungsempfänger des Sozialstaates Anwendung finden.

21

22 **Begründung:**

23 Bei der derzeitigen Regelung in unserem Sozialstaat ist den Menschen ein Leben zu
24 ermöglichen, welches auch nach unserem Grundgesetz in Würde verbracht werden kann. Die
25 aktuelle Wohngeldregelung bringt jedoch Menschen dazu, dieses Leben nicht in Würde führen
26 zu können.

27

28 So werden für die Berechnung des notwendigen Regelsatzes zum Überleben die Kosten zur
29 Sicherung des Lebensunterhaltes herangezogen. Diesem wird ein, von der entsprechenden
30 Kommunalebene starr festgesetzter, Satz für Mieten hinzugerechnet. Hier sollen auch der
31 Bedarf und der Ist-Zustand von Wohnungen vor Ort und zumutbarer Umgebung mit einbezogen
32 werden.

33

34 Wenn aufgrund der aktuellen Mietsituation, die realen Mieten höher sind als die maximale
35 Obergrenze, kann diese nicht überschritten werden. Die Ausnahme bildet hier das Wohngeld im
36 Zuge des ALG II, welches für ein halbes Jahr trotz höherer Kosten weiter gezahlt werden kann –
37 danach nur nach Einzelfallentscheidung.

38

39 Die Mehrkosten müssen daher von dem Leistungsempfänger getragen werden, womit er dann

40 automatisch unter das soziale Niveau fällt und somit nicht einmal mehr die minimalen Kriterien,
41 im Hinblick auf sein/ihr Vermögen, erhält.
42
43 Die Regelungen sind überholt und für einen Sozialstaat nicht mehr hinnehmbar. Die Realitäten
44 müssen anerkannt werden und die starren Regelungen durch flexible und praktikable
45 Maßnahmen ersetzt werden.
46
47 So müssen Zuschüsse für jeden Hilfsbedürftigen in angemessener Höhe erteilt werden und
48 diese nach Maßstäben errechnet werden, welche die sozialen Realitäten und Probleme der
49 Menschen anerkennen und dabei helfen, das Leben in Würde zu führen.
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89
90
91
92
93
94
95
96
97
98
99
100

R

Rente, Generationen & Familie

R 1	Hannover Fortschrittliche Familienpolitik. Elterngerecht - kindergerecht - geschlechtergerecht.	435
R 2	Bayern Für eine progressive Familien- und Gesellschaftspolitik	438
R 3	Hessen-Süd Der solidarische Wohlfahrtsstaat: Für eine moderne Familien- und Elternpolitik	441

Titel Fortschrittliche Familienpolitik. Elterngerecht - kindergerecht - geschlechtergerecht.

Antragsteller Hannover

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Fortschrittliche Familienpolitik. Elterngerecht - kindergerecht - geschlechtergerecht.

1 Ein Familienbild des 21. Jahrhunderts

2

3 Familien sind für uns ein Ort wo Menschen Verantwortung für einander übernehmen. Sie
4 müssen deshalb eine wichtige Rolle in unserer Politik einnehmen. Das traditionelle Familienbild
5 der klassischen Ehe zwischen Mann und Frau ist nicht mehr zeitgemäß. Unsere Familienpolitik
6 muss sich deshalb an der gesellschaftlichen Realität und unseren Forderungen an eine
7 emanzipatorische Gesellschaft ausrichten.

8

9 Das bedeutet für uns konkret:

10

- 11 • Eine Ausrichtung der Familienpolitik losgelöst von einzelnen äußeren einzelnen
12 Erscheinungsformen von Familien. Das bedeutet konkret eine Sensibilisierung für alle
13 Erscheinungsformen von Familien bspw. im Schulunterricht.
- 14 • Eine Ausweitung des Adoptionsrechts. Grundsätzlich muss gleichgeschlechtlichen Paaren
15 und älteren Paaren die Möglichkeit der Adoption offen stehen. In jedem Fall muss eine
16 konkrete Einzelfallbetrachtung stattfinden.

17

18 2. Unterstützung von Familien sicherstellen

19

20 Familiengründungen stellen für viele Menschen Herausforderungen dar. Die Politik muss
21 deshalb für alle Familien Unterstützungsangebote liefern.

22

23 Das bedeutet für uns konkret:

24

25 Wir fordern die Gründung von kommunalen Unterstützungsnetzwerken für Familien. Diese
26 sollen an den sozialen Strukturen der Kommunen ausgerichtet sein. Sämtliche AkteurInnen vor
27 Ort wie beispielsweise Hebammen, MigrantInnenverbände und Kindertageseinrichtungen sind
28 bei dem Aufbau dieser Netzwerke einzubinden.

29

- 30 • Das Land Niedersachsen soll für Städte und Gemeinde Mittel bereit stellen zum Aufbau
31 von diesen kommunalen Unterstützungsnetzwerken für Familien.

32

33 3. Familien brauchen finanzielle Sicherheit

34

35 Familiengründungen dürfen nicht zu Armut führen. Die finanziellen Hürden zur
36 Familiengründung sind deutlich. Wir wollen diese Situation nicht länger hinnehmen. Wir fordern
37 eine Politik, die Familien vor Armut schützt und so Familiengründungen finanziell absichern.

38

39 **Das bedeutet für uns konkret:**

40

- 41 • Wir brauchen bezahlbaren Wohnraum für Familien. Die Wohnungsknappheit sorgt für
- 42 Probleme für Familien, insbesondere in Städten
- 43 • Finanzmittel müssen nach tatsächlicher Bedürftigkeit ausgezahlt werden.
- 44 Familienleistungen dürfen nicht länger gegen andere Sozialleistungen aufgerechnet
- 45 werden.

46

47 **4. Flexibilität in Arbeit, Ausbildung und Studium für Familien**

48

49 Familienbiographien sind selten einheitlich und über Generationen planbar. Verschiedene
50 Phasen der Familienbiographien erfordern unterschiedlichen Zeitaufwand für Familie, Arbeit und
51 Ausbildung. Gerade die Phase der Berufsfindung und Familiengründung zwischen 25 und 40
52 stellt viele Menschen vor Herausforderungen. Wir fordern eine Politik, die allen Menschen die
53 Freiheit gibt ihre Familienplanungen selbstständig und ohne die Gefahr ins berufliche Abseits
54 zu geraten, sicherstellt.

55

56 **Das bedeutet für uns konkret:**

57

- 58 • Zukünftig müssen familienpolitische Maßnahmen an Bedürfnissen der Menschen
- 59 ausgerichtet sein und nicht mehr an finanzpolitischen Rahmenbedingungen.
- 60 • Arbeitsplätze müssen familienfreundlicher werden. Zum einen erfordert das einen Ausbau
- 61 von Arbeitszeitkonten, zum anderen müssen große ArbeitgeberInnen familienfreundliche
- 62 Büros mit Wickelmöglichkeiten und Spielzeug zur Verfügung stellen.
- 63 • Arbeitszeitverkürzungen für Eltern junger Kinder. Diese sollen gleichberechtigt zwischen
- 64 beiden Elternteilen aufgeteilt werden
- 65 • Prüfungsordnungen müssen überarbeitet werden, um die Möglichkeiten von
- 66 Teilzeitstudiengängen zu erweitern. Das bedeutet auch gelockerte Prüfungsbedingung
- 67 gezielt für Eltern. Die Infrastruktur für Familien muss auch an Hochschulen erweitert
- 68 werden.
- 69 • Teilzeitausbildungen müssen für Eltern bei vollem Finanzausgleich möglich sein.

70

71 **5. Kinderbetreuung für eine moderne Familienpolitik**

72

73 Kinderbetreuung ist essentiell für die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit. Der Staat
74 muss eine flächendeckende, qualitativ hochwertige und an den Bedürfnissen der Eltern
75 ausgerichtete Kinderbetreuung sicherstellen.

76

77 **Das bedeutet für uns konkret:**

78

- 79 • KiTa Einrichtungen müssen länger geöffnet sein. Mittelfristig ist die flächenabdeckende
- 80 und bedarfsorientierte Einführung von Kindertagesstätten, die 24 Stunden am Tag
- 81 geöffnet sind zu prüfen.
- 82 • Kindertagesstätten in freier Trägerschaft müssen unter staatlicher Aufsicht stehen und
- 83 klare Qualitätsstandards erfüllen. Kinderbetreuung stellt eine zentrale Aufgabe der
- 84 öffentlichen Daseinsvorsorge und damit Staatsaufgabe dar.
- 85 • Eine Erhöhung der Betreuungsqualität. Gründe für den Fachkräftemangel sind geringe
- 86 Vergütung, fehlende Zeit für Elternzusammenarbeit, eine hoher Krankenstand im Beruf
- 87 und fehlende soziale Anerkennung. Diese müssen behoben werden. Eine
- 88 Akademisierung des ErzieherInnenberufes lehnen wir ab.

89

90 **Begründung:**

91 *Familien sind wichtige soziale Strukturen in unserer Gesellschaft. Zentrale persönliche*
92 *Entwicklungen finden in der Familie statt. Leider war die Familienpolitik der letzten Jahrzehnte*
93 *an konservativen heterogenen Familienbildern ausgerichtet.*

94

95 *Gleichzeitig hat sich die Gesellschaft weiterentwickelt. Das klassische Familienmodell des*
96 *männlichen Alleinverdieners hat ausgedient. Die Politik ist dieser Entwicklung aber in weiten*
97 *Teilen nicht gefolgt.*

98

99 *Als jungsozialistischer Verband müssen wir den Wunsch vieler Menschen nach einer*

100 *Familienzugehörigkeit anerkennen. Unsere familienpolitischen Forderungen müssen aber von*
101 *unserem fortschrittlichen Kerngedanken geprägt sein.*
102
103 *Zu 1.: Ein wichtiger Schritt in der Veränderung hin zu einer guten Familienpolitik ist ein*
104 *Mentalitätswechsel in der öffentlichen Meinung und insbesondere in der Politik. Die*
105 *Entscheidungen, die Menschen für ihre Familienplanung treffen dürfen nicht pauschal diffamiert*
106 *werden.*
107
108 *Zu 2.: Unsere Vorstellung von guter Politik sind an den tatsächlichen Bedürfnissen der*
109 *Menschen ausgerichtet. Gute Strukturen vor Ort können Familien in ihrer täglichen Arbeit*
110 *unterstützen. Gerade Kommunen sind gut geeignet flexibel auf die einzelnen Bedürfnisse der*
111 *Menschen eingehen.*
112
113 *Zu 3.: Armut ist leider ein ständiger Faktor des Lebens in Deutschland. Wir müssen*
114 *Armutsgefahren auch bei Familiengründungen überwinden.*
115
116 *Zu 4.: Die Sicherstellung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf erfordert auch eine*
117 *Veränderung der Arbeitsplätze. Laut dem Familienreport 2012 unterbrechen 40 Prozent der*
118 *Studierenden ihr Studium, um sich für um die eigene Familie zu kümmern und/oder eine*
119 *Erwerbsarbeit aufzunehmen. Diese Lebensentscheidungen dürfen nicht dazu führen, dass*
120 *Menschen abgehängt werden.*
121
122 *Zu 5.: Die üblichen KiTa-Öffnungszeiten 7 Uhr bis 16 Uhr können für Vollzeitberufstätige eine*
123 *enorme Hürde bei der Sicherung von Kinderbetreuung darstellen. Menschen, die in*
124 *Schichtarbeit arbeiten haben erhebliche Probleme eine Kinderbetreuung zu organisieren.*
125
126
127
128
129
130
131
132
133
134
135
136
137
138
139
140
141
142
143
144
145
146
147
148
149
150
151
152
153
154
155
156
157
158
159
160

Titel Für eine progressive Familien- und Gesellschaftspolitik

Antragsteller Bayern

Zur Weiterleitung an Bundesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Für eine progressive Familien- und Gesellschaftspolitik

1 Die Sozialdemokratie steht wie keine andere politische Bewegung für die Gleichstellung
2 unterschiedlicher Lebensentwürfe und das Selbstbestimmungsrecht eines_einer jeden
3 einzelnen. Dazu gehört für uns eine moderne Familienpolitik, die beide Elternteile
4 gleichermaßen in die Verantwortung nimmt sowie eine moderne Arbeitsmarktpolitik, die allen
5 Menschen ausreichend Zeit außerhalb ihres Arbeitsplatzes lässt.

6 7 **Verpflichtung zur hälftigen Teilung der Elternzeit – Abschaffung der Herdprämie**

8
9 In unserer Vorstellung sind beide Elternteile gleichermaßen für die Erwerbsarbeit und die
10 Familienarbeit verantwortlich und sollten jeweils in beiden Bereichen ihren Anteil leisten. Bisher
11 nehmen Väter meist nur die zwei Monate Elternzeit, die notwendig sind, um für 14 Monate
12 Elterngeld zu bekommen. Wir fordern, dass der Auszahlungszeitraum des Elterngeldes pro
13 Elternteil max. sieben Monate beträgt. Alleinerziehende müssen das Elterngeld über die vollen
14 14 Monate ausgezahlt bekommen.

15
16 Das Betreuungsgeld muss sofort abgeschafft werden. Ein Anreiz für das Fernhalten von
17 Kindern von Bildungs- und Betreuungseinrichtungen kann und darf niemals das Ziel
18 sozialdemokratischer Familienpolitik sein!

19 20 **Familienarbeitszeit**

21
22 Wir unterstützen die Absicht von Manuela Schwesig ein Arbeitsmodell für Familien einzuführen.
23 Beide Elternteile müssen die Möglichkeit haben, ihre Arbeitszeit für einige Zeit zu reduzieren
24 und sich so die Familien- und Hausarbeit zu teilen.

25
26 Eine Familienarbeitszeit von jeweils 30 Stunden wäre ein guter Schritt in Richtung einer
27 generellen Arbeitszeitverkürzung und würde beiden Elternteilen eine Verwirklichung im Beruf
28 und ausreichend Teilhabe am Familienleben ermöglichen. Wir fordern deshalb, dass es Eltern
29 ermöglicht wird ihre Arbeit auf 30 Stunden zu reduzieren. Familienarbeit ist eine
30 gesellschaftliche Arbeit. Der Verdienstausfall ist daher aus Steuergeldern zu finanzieren. Auf
31 diese Familienarbeitszeit müssen alle Arbeitnehmer_innen einen Rechtsanspruch haben,
32 ebenso wie auf die Rückkehr zur Vollzeit.

33 34 **Generelle Arbeitszeitverkürzung – Wir fordern die 30-Stunden-Woche!**

35
36 Es ist wichtig, dass Menschen Arbeit haben um finanziell unabhängig zu sein. Trotzdem dürfen
37 die Möglichkeit der ständigen Erreichbarkeit und die flexiblere Einteilung der Arbeit nicht dazu
38 führen, dass alle immer mehr arbeiten. Wir fordern deshalb gemeinsam mit den

39 Gewerkschaften langfristig eine generelle Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden – damit noch
40 Zeit für Familie, ehrenamtliches Engagement und Freizeit bleibt.

41

42 **Bildung von Anfang an**

43

44 Kindertagesstätten und Kindergärten sind mehr als reine Kinderbetreuung – sie sind
45 Bildungseinrichtungen. Um echte Chancengleichheit zu gewährleisten muss es allen Kindern
46 ermöglicht werden, an diesem Bildungsangebot teilzuhaben. Bildungseinrichtungen müssen
47 deshalb vom ersten Tag an kostenlos sein und durch Steuergelder und damit durch die
48 Gemeinschaft finanziert werden. Ein an bestimmte Bedingungen wie Kirchengliederung
49 gebundenes Angebot, darf öffentliche Angebote lediglich ergänzen, nicht ersetzen. Bund und
50 Länder müssen den Kommunen ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung stellen um dies zu
51 gewährleisten. Für Kinder ab 3 Jahren soll der Besuch eines Kindergartens verpflichtend sein.

52

53 Aber auch für Kinder im Alter von ein und zwei Jahren darf es nicht nur einen Rechtsanspruch
54 geben, auf den im Falle einer Klage Jahre später eine Entschädigungsleistung gezahlt wird.
55 Dies hilft den Betroffenen in ihrer konkreten Lebenssituation nicht und erfüllt auch nicht den mit
56 der Einführung des Rechtsanspruchs intendierten gesellschaftlichen Zweck. Es muss vor allem
57 sichergestellt werden, dass dieser Rechtsanspruch für jedes Kind umgesetzt werden kann und
58 jedes Kind auch faktisch einen Krippen- bzw. Kita-Platz erhält.

59

60 Daneben muss auch die Betreuung von Kindern unter einem Jahr ermöglicht werden. Die
61 Bereitstellung entsprechender Betreuungsangebote, die auch der frühkindlichen Bildung zu
62 dienen haben, darf dabei nicht privaten und kirchlichen Anbietern allein überlassen werden.
63 Hierfür bedarf es eines massiven Ausbaus staatlicher Angebote. Krippen müssen ausgebaut
64 und mehr ErzieherInnen ausgebildet werden. Der ErzieherInnenberuf an sich muss deutlich
65 attraktiver gestaltet werden, damit mehr Menschen sich dazu entschließen, eine
66 ErzieherInnenausbildung zu durchlaufen und dadurch zu ermöglichen, dass mehr ErzieherInnen
67 eingestellt werden können, um so allen Kindern eine qualitativ hochwertige Kinderbetreuung bei
68 angemessenen Gruppengrößen zu ermöglichen.

69

70 **Echte Ganztagesangebote mit der notwendigen Ausstattung**

71

72 Kinderbetreuungseinrichtungen müssen ganztägige und ganzjährige Betreuung ermöglichen.
73 Die rhythmisierte Ganztageschule muss die Regel werden. Es geht nicht darum, Kinder im
74 Anschluss an den Unterricht zu betreuen, sondern ein pädagogisches Konzept mit einem
75 Wechsel von Lern- und Freizeitphasen umzusetzen.

76

77 Von öffentlicher Seite sind entsprechend notwendige finanzielle und personelle Ressourcen
78 dafür bereitzustellen.

79

80 **Familiensplitting statt Ehegattensplitting**

81

82 Das Ehegattensplitting ist vollkommen veraltet und fördert eine bestimmte Form des
83 Zusammenlebens, ohne dass die Gesellschaft von dieser Form stärker profitiert als von
84 anderen. Wir wollen deswegen die Abschaffung des Ehegattensplittings.

85

86 **Gleichstellung von „Regenbogenfamilien“ und Öffnung der Ehe**

87

88 Die Orientierung der Familienpolitik an Kindern bedeutet auch, dass homosexuellen Paaren
89 endlich das gleiche Adoptionsrecht zusteht, wie heterosexuellen Paaren. Es geht um die
90 Interessen und das Wohl der Kinder und nicht um das Festhalten an konservativen und starren
91 Familienbildern. Gleichzeitig muss die Ehe endlich für homosexuelle Paare geöffnet werden.

92

93 **Langfristig Bedarfsgemeinschaft abschaffen**

94

95 Wir wollen emanzipierte Mitglieder der Gesellschaft, die für sich selber sorgen können und von
96 ihrer_ihrem Partner_in unabhängig sind. Die Orientierung an Bedarfsgemeinschaften und damit
97 an einem Haushaltsvorstand in der Sozialpolitik verhindert aber dies gerade. Es ist zudem
98 unverständlich weshalb unverheiratet zusammen lebenden Partnern die steuerliche
99 Privilegierung einer Ehe vorenthalten wird, sie aber im Falle sozialer Härten finanziell einer Ehe

100 gleichgestellt sind. Deshalb wollen wir auf lange Sicht die Bedarfsgemeinschaft als
101 grundsätzliche Regel abschaffen.

102
103
104
105
106
107
108
109
110
111
112
113
114
115
116
117
118
119
120
121
122
123
124
125
126
127
128
129
130
131
132
133
134
135
136
137
138
139
140
141
142
143
144
145
146
147
148
149
150
151
152
153
154
155
156
157
158
159
160

Titel Der solidarische Wohlfahrtsstaat: Für eine moderne Familien- und Elternpolitik

Antragsteller Hessen-Süd

Zur Weiterleitung an SPD-Bundesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Der solidarische Wohlfahrtsstaat: Für eine moderne Familien- und Elternpolitik

1 Familie im Wandel

2

3 Das vom Staat vorgegebene Familienbild wird den vielfältigen Problemlagen der Betroffenen
4 nicht gerecht. Fest steht, dass das Bild von Familie im Wandel und vielfältig ist. Zwar bildet das
5 klassische Familienmodell von heterosexueller Partnerschaft mit Kindern das häufigste Modell,
6 jedoch sinkt dessen Anteil gegenüber Alleinerziehenden, gleichgeschlechtlichen Paaren,
7 Patchworkfamilien und anderen Formen stetig. Einen einheitlichen Familienbegriff gibt es nicht.
8 Insbesondere junge Menschen sind offen für alternative Lebensformen, werden aber frühzeitig
9 in die traditionellen Lebensformen gepresst oder müssen sich durch nicht geplanter Elternschaft
10 oder plötzlicher Pflegepflichten komplett um-orientieren wegen der gesetzlichen
11 Rahmenbedingungen. Auch reagieren die Menschen pragmatisch auf die Lebensumstände und
12 versuchen im Rahmen der Möglichkeiten das Beste für sich und den Menschen ihrer Umgebung
13 heraus zu schlagen.

14

15 Soziales Dilemma

16

17 Wir stellen wir fest, dass durch staatliche steuer- und sozialrechtliche Regelungen(wie z.B.
18 durch das Ehegattensplitting) Menschen weiterhin in das klassische Familienbild gepresst
19 werden. In keinem anderen Politikfeld macht sich die konservative Prägung unseres
20 Wohlfahrtsstaates so bemerkbar wie in der Familien- und Elternpolitik. Insbesondere Frauen
21 sind von dieser verkrusteten Politik besonders schwer betroffen. Ehe und Kinderkriegen ist für
22 sie oftmals verbunden mit einem geringerem Einkommen und verminderten Aufstiegschancen
23 im Beruf. Daneben sorgt der demographische Wandel für einen erhöhten Pflegebedarf von
24 Angehörigen, was oftmals auch von Frauen übernommen werden muss. Der deutsche
25 Wohlfahrtsstaat wälzt somit seine Pflichten an Frauen ab. Diese haben dann ein erhöhtes
26 Risiko, von Altersarmut betroffen zu sein. Noch mal prekärer ist die Lage für die
27 alleinerziehenden Eltern, von denen der überwiegende Anteil auch Frauen ist. Diese befinden
28 sich meist im SGB II Bezug und haben trotz des Wunsches nach Erwerbsarbeit nicht die
29 Möglichkeit, sich auf dem Arbeitsmarkt zu integrieren. Zudem führt der Spardruck in den
30 Ländern und Kommunen zum Abbau von essentieller sozialer Infrastruktur wie
31 Ganztagsbetreuungsangeboten, Vereinsstrukturen, Musikschulen oder Bibliotheken. Daneben
32 steht der Ausbau von privaten Angeboten, die jedoch nur für eine geringe Anzahl von Eltern zur
33 Verfügung steht und hier auch wieder exklusive Prozesse verstärkt.

34

35 Vereinbarkeit von Familie

36

37 Familien erleben außerdem einen wachsenden Zeitstress bei der Vereinbarkeit von Beruf und
38 Familie. Die Wirtschaft reagiert auf die unterschiedliche Lebenssituation der Eltern, die nunmehr

39 zunehmend beide berufstätig sind, immer noch unzureichend und reflektiert zu wenig, dass
40 durch die gängigen Arbeitszeit- und Mobilitätsanforderungen das Zeitbudget für Familien immer
41 weiter verknappt wird. Ansätze der Wirtschaft für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und
42 Familie gibt es, sie sind aber unzureichend. Auch junge Eltern stehen vor ähnlichen
43 Rahmenbedingungen während ihres Studiums oder ihrer Ausbildung. Noch immer sind die
44 Ansätze für eine Ausbildung oder eines Studiums in Teilzeit weniger stark ausgeprägt. Daneben
45 verfügen Universitäten sowie Ausbildungsstätten über keine ausreichende Infrastruktur von
46 Betreuungseinrichtungen. Das erhöhte Zeitmanagement, der eigenständigen Betreuungssuche-
47 bzw. organisation und der Bewältigung von Studium und Ausbildung können nicht alle
48 bewältigen.

49

50 **Neue Trends**

51

52 Darüber hinaus lässt sich ein allgemeiner Trend der Verwirklichung in der Familie erkennen.
53 Immer weniger Menschen begreifen die aktive Familienschaft durch Partnerschaft oder durch
54 Elternschaft als einen karrieretechnischen Nachteil. Insbesondere Männer nehmen ihre
55 Vaterschaft immer positiver auf und wünschen sich wie Frauen eine bessere Vereinbarkeit von
56 Familie und Beruf.

57

58 Hier muss ein partnerschaftliches Lebensmodell verwirklicht werden, was jeden elterlichen Teil
59 gleichstellt. Die sich aus der Analyse ergebenden Problemstellungen lassen sich vielfach nur
60 durch verbesserte gesetzliche Rahmenbedingungen lösen. *Ein derartiges Familienverständnis*
61 *muss sich aber auch in konkreter sozialer Absicherung und der Rechtspraxis wiederfinden und*
62 *verankert werden. Deshalb fordern wir weiterhin die Abschaffung des Ehegattensplittings und*
63 *die rechtliche Anerkennung von mehr als zwei Elternteilen (wie beispielsweise kürzlich in*
64 *Argentinien geschehen).*

65

66 *Daher fordern wir unverzüglich eine Neuorientierung der Familienpolitik einzuleiten, die folgende*
67 *Punkte umfasst:*

68

69 • Für unser wohlfahrtsstaatliches Verständnis steht fest, dass Familie dort ist, wo Menschen
70 füreinander soziale Verantwortung übernehmen, unabhängig von Trauschein oder
71 sexueller Orientierung. In diesem Zusammenhang ist es nicht Aufgabe des Staates
72 bestimmte Lebensformen als gesellschaftliche Normalität vorzusetzen.

73

74 • Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Ausbildung sowie Studium zu stärken ist
75 wesentlicher Bestandteil einer sozialen und geschlechtergerechten Familien- und
76 Elternpolitik. Wir setzen uns für den Ausbau einer hochwertigen und beitragsfreien
77 Infrastruktur von Betreuung ein, die neben Angeboten für Kinder und Jugendliche die
78 Vereinbarkeit von Familie und Arbeit gewährleistet und den zeitlich entgrenzten
79 Arbeitszeitmodellen gerecht wird. Auch die Betriebskindergärten sollen weiter gefördert
80 werden.

81

82 • Insbesondere Ausbildungsbetriebe und Universitäten müssen im Rahmen der jeweiligen
83 Möglichkeiten entsprechende Betreuungsangebote für junge Eltern anbieten.

84

85 • Bei Teilzeitausbildung in Betrieben soll gesetzlich verankert werden, dass zukünftig nur
86 noch unter der Bedingung, dass zwingende betriebliche Gründe dem entgegenstehen,
87 Teilzeitausbildungen versagt werden können.

88

89 • Für die akademische Ausbildung muss gelten, dass die finanziellen Nöte von
90 Studierenden mit Kind und die entsprechenden Bafög-Sätze an die Lebenssituation der
91 Eltern angepasst werden. Hier muss der flexible Einsatz von Teilzeit- und Vollzeitstudium
92 ermöglicht werden.

93

94 • Wir begrüßen das Familienzeitmodell. Eltern sollen nach der Elternzeit für die Dauer von
95 3 Jahren ihre Arbeitszeit unter einem sozial gestaffeltem Lohnausgleich aus Steuermitteln
96 und unter arbeits- und sozialversicherungsrechtlicher Absicherung reduzieren können.
97 Weiterhin soll die von Manuela Schwesig eingebrachte 30 Stunden Woche für Eltern
98 eingeführt werden. Nichtsdestotrotz setzen wir uns weiterhin für eine
99 Arbeitszeitverkürzung in diesem Umfang für alle Arbeitnehmer*innen ein, unabhängig

- 100 davon, ob sie ‚Eltern‘ sind oder nicht
101
- 102 • Eine gebührenfreie, bedarfsgerechte, qualitativ hochwertige Kindertagesbetreuung
103 inklusive einer kostenfreien, gesunden Essensversorgung, die den unterschiedlichen und
104 altersspezifischen Bedürfnissen der Kinder gerecht wird, ist aufzubauen. Daneben setzen
105 wir uns für einen Rechtsanspruch auf Betreuung für Kinder ab einem Jahr ein.
106
 - 107 • Kindern und Jugendlichen muss ein gebührenfreier Zugang zu öffentlichen kulturellen
108 Einrichtungen wie Museen, Bibliotheken, Theatern und Musikschulen ermöglicht werden.
109 Darüber hinaus sind im Rahmen von einer flächendeckenden Ganztagschule die Vereine
110 zu integrieren und ein Angebot von kostenloser Hausaufgabenbetreuung bereit zu
111 stellen. Das sogenannte Betreuungsgeld lehnen wir weiterhin ab und setzen uns für
112 sozialverträgliche Alternativen ein.
113
 - 114 • Die soziale Absicherung von Familien muss gewährleistet sein. Das Elterngeld muss
115 insgesamt ausgebaut werden und darf nicht auf andere Transferleistungen wie Hartz IV
116 angerechnet werden. Kindergeld und Kinderzuschlag sind zu einer bedarfsorientierten
117 Kindermindestsicherung weiterzuentwickeln.
118
 - 119 • Die Hartz-IV-Sätze müssen verfassungsgerecht erhöht werden. Der Bedarf für Kinder und
120 Jugendliche muss eigenständig ermittelt werden und die Regelsätze sind entsprechend
121 anzuheben. Das Konstrukt der Bedarfsgemeinschaft ist zu überwinden. Viel mehr muss
122 vom Individualprinzip ausgegangen werden.
123
 - 124 • Alleinerziehende tragen ein hohes Maß an Verantwortung. Sie dürfen dabei nicht mehr
125 von Armut bedroht sein und verdienen daher eine besondere staatliche Unterstützung.
126 Alleinerziehende benötigen mehr Unterstützung, um ins Berufsleben zurückzukehren
127 sowie gegebenenfalls eine Ausbildung absolvieren zu können.
128
 - 129 • Der Bezug von Elterngeld soll für Alleinerziehende ausgebaut werden. Zudem ist der
130 staatliche Unterhaltsvorschuss von derzeit bis zu sechs Jahren zu entfristen. Er muss bis
131 zur Vollendung des 18. Lebensjahres des Kindes bereit stehen.
132
 - 133 • Wir setzen uns weiterhin für die volle gesetzliche Gleichstellung aller
134 Lebenspartner*innenschaftsmodelle ein. Daher setzen wir uns für ein gesetzliches
135 Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare ein.
136
 - 137 • Eine teilhabesichernde und humane Pflege im häuslichen Umfeld ist sicherzustellen. Die
138 Pflege durch Angehörige darf nicht dazu führen, dass insbesondere Frauen berufliche
139 Nachteile erhalten. Für Personen, die die Pflege dauerhaft übernehmen wollen, sind
140 Teilzeitmöglichkeiten und flexible Arbeitsorganisations- und Arbeitszeitregelungen zu
141 ermöglichen. Während der Pflegezeit erhalten abhängig Beschäftigte eine
142 beitragsfinanzierte Leistung, die den Lohn in Höhe des SGB I ersetzt.
143
144
145
146
147
148
149
150
151
152
153
154
155
156
157
158
159
160

Bundeskongress, 27.-29.11.2015

S

Sonstiges

S 1	Baden-Württemberg Generation Gerechtigkeit - Denn heute BeWegt morgen	445
S 2	Bayern Weil ich's kann. Weil du's kannst. Weil wir's können.	456
S 3	Hessen-Nord Keine Aufwertung von Sportveranstaltungen in undemokratischen Ländern durch Besuch politischer Repräsentant*innen	463
S 4	Brandenburg Kennzeichnungspflicht für Echtpelzprodukte	464
S 5	Hannover Neuregelungen bei den Terminen für die Sommerferien	466
S 6	Sachsen-Anhalt Wildtierverbot im Zirkus	467
S 7	Hessen-Nord Kastrationspflicht für Katzen und Kater	468

Titel Generation Gerechtigkeit - Denn heute BeWegt morgen

Antragsteller Baden-Württemberg

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Generation Gerechtigkeit - Denn heute BeWegt morgen

1 **Generation Gerechtigkeit - Denn heute BeWegt morgen**

2

3 **Generationengerechtigkeit: Gemeinsam miteinander**

4

5 Das gesellschaftliche Zusammenleben in unserem Land ist vom Miteinander aller Menschen in
6 ihren unterschiedlichen Lebensphasen und Lebenserfahrungen geprägt. Der
7 generationenübergreifende Zusammenhalt ist deshalb eine wichtige Stütze in unserem Leben.
8 Der Generationenvertrag, auf dem der Sozialstaat der Bundesrepublik fußt, führt dabei die
9 unterschiedlichen Interessen und Lebenslagen verschiedener Generationen zusammen.

10

11

12 Es ist die Aufgabe des Staates und seiner politischen Akteure, Maßnahmen zu ergreifen, damit
13 dieser Generationenvertrag auch in der Zukunft trägt und von Allen mit Leben gefüllt wird. Als
14 Jusos ist es für uns essentiell, den Zusammenhalt zwischen den Generationen zu stärken und
15 nachhaltig auszurichten, so dass dieser auch für die Zukunft Bestand hat. Wir wollen die
16 Debatte der Generationengerechtigkeit nicht den Konservativen und Neoliberalen überlassen,
17 die darin einen Kampf der Generationen ausmachen wollen und einseitige Antworten zu
18 Gunsten Einzelner und zu Lasten Vieler geben. Wir wollen keinen Kampf der Generationen oder
19 ein gegeneinander Ausspielen unterschiedlicher Interessengruppen. Stattdessen wollen wir die
20 Weichen stellen für ein gutes und generationenübergreifendes Leben für heute und morgen. Wir
21 wollen sozialdemokratische Antworten für einen starken und generationengerechten
22 Zusammenhalt unserer Gesellschaft geben. Als politische Partei erheben wir den Anspruch,
23 eigene Konzepte für ein generationengerechtes Leben zu entwickeln, die die Interessen von
24 Jüngeren und Älteren gleichermaßen berücksichtigen.

25

26

27 **Der demografische Wandel unserer Gesellschaft**

28

29

30 Der demografische Wandel wird unsere Gesellschaft nachhaltig verändern und gehört bereits
31 jetzt zu einer der größten gesellschaftspolitischen Herausforderungen der kommenden Jahre. In
32 Deutschland sind dabei drei grundlegende Entwicklungen zu beobachten:

33

- 34 • Wir werden weniger - eine niedrige Geburtenrate sorgt dafür, dass die Bevölkerung
35 insgesamt abnimmt.
- 36 • Wir werden älter - der Anstieg der Lebenserwartung sorgt dafür, dass der Anteil der
37 älteren Menschen an der Gesamtbevölkerung steigt.
- 38 • Wir werden vielfältiger - durch eine verstärkte Zuwanderung werden in Deutschland auch

39 in Zukunft verstärkt Menschen mit nicht-deutschen Wurzeln leben.

40

41

42 Prognosen zeigen, dass sich die Gesamtbevölkerung bis 2060 auf 65 bis 70 Millionen
43 reduzieren könnte, wobei bis 2050 lediglich 15% der Bevölkerung jünger als 20 Jahre sein
44 werden und nahezu ebenso viele, nämlich 14%, über 80 Jahre alt sein werden. Was das für
45 unsere Generation bedeutet, wird deutlich, wenn man die Jugend- und Altenquotienten
46 betrachtet. In 2030 werden voraussichtlich auf 100 Erwerbstätige 50 über 65-Jährige kommen,
47 die sie im Sinne des Generationenvertrages durch ihre Steuern und Abgaben finanzieren (heute
48 ca. 35). Bereits heute müssen die Sozialkassen mit 90 Milliarden bezuschusst werden, da die
49 Erwerbstätigen alleine die Kosten mit ihren Beiträgen zur Sozialversicherung nicht decken
50 können.

51

52

53 Bei allen Prognosen gibt es mit der Zuwanderung jedoch eine unbekannt Variable. Dabei
54 belastet Zuwanderung die Sozialkassen in Deutschland nicht, sondern entlastet sie.
55 Deutschland wird angesichts der Herausforderungen einer alternden und schrumpfenden
56 Gesellschaft den allgemeinen Lebensstandard der Bevölkerung nicht halten können, wenn es
57 Zuwanderung nicht fördert.

58

59

60 Ohne Reformen des bestehenden Systems ist zu erwarten, dass die jetzige junge, aber auch
61 künftige Generationen deutlich stärker als bisher belastet werden, um den großen Anteil an
62 älteren Menschen angemessen und würdig zu versorgen. Gleichzeitig werden immer höhere
63 Anforderungen an die Eigenverantwortung gestellt, so dass der Vorsorgeaufwand für die
64 Einzelne und den Einzelnen und die eigene Familie immer weiter zunimmt.

65

66

67 Der wachsende Anteil der Älteren in der Bevölkerung führt zu einer Verschiebung des
68 politischen Gewichts innerhalb der demokratischen Institutionen und im politischen
69 Entscheidungsfindungsprozess. Dabei ist für uns als Jusos klar: In unserer Gesellschaft können
70 nur generationenübergreifend und gemeinsam Antworten auf die Frage gefunden werden, wie
71 ein generationengerechtes Miteinander in einer sich verändernden Gesellschaft aussehen kann.

72

73

74 **Nachhaltig finanzieren und zielgerichtet investieren**

75

76

77 Einer der wichtigsten Aspekte einer generationengerechten Politik ist eine solide Finanz- und
78 Haushaltspolitik. Nur wenn auch in Zukunft finanzielle Spielräume erhalten bleiben, können
79 künftige Generationen politisch handeln und gestalten.

80

81

82 Eine generationengerechte Finanzpolitik zeichnet sich dadurch aus, dass sie die Chancen und
83 Möglichkeiten künftiger Generationen die eigenen Bedürfnisse zu befriedigen zumindest
84 konstant im Vergleich zur aktuellen Generation hält.

85

86

87 Strukturelle Verschuldung sehen wir in diesem Zusammenhang als einen Zugriff auf die
88 Leistung zukünftiger Generationen an um aktuelle Ausgaben zu finanzieren. Eine Politik, welche
89 öffentliche, laufende Ausgaben aus Schulden finanziert und somit zu Lasten künftiger
90 Generationen geht, lehnen wir ab.

91

92

93 Schuldenpolitik führt zu einem selbstverstärkenden Effekt. Zinslasten und
94 Refinanzierungskosten nehmen kommenden Generationen Handlungsspielräume. Mittel- und
95 langfristig führen diese Altlasten dazu, dass notwendige Investitionen, auch in Bildung und
96 Infrastruktur, nicht getätigt werden um Altschulden und Zinsen bedienen zu können. So lag der
97 Anteil der Bundesschuld im Bundeshaushalt 2014 bei ca. 10 % des gesamten Bundeshaushalts
98 und nimmt damit den drittgrößten Haushaltsposten ein. Im Land lag unlängst die Zinslast im
99 Landeshaushalt bei ca. 1,7 Mrd. € (2013), und damit weit über der strukturellen

100 Neuverschuldung von ca. 1,5 Mrd. €.

101

102

103 Dabei hat sich gezeigt, dass die Politik scheinbar zu gelähmt ist um dem Schuldenkreislauf zu
104 entkommen. In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass sich die Politik der antizyklischen
105 Haushaltspolitik, bei der in guten Zeiten gespart, in schlechten investiert wird, nicht umgesetzt
106 wurde.

107

108

109 Verschuldungspolitik stellt Umverteilung von unten nach oben dar. So kommen die Zinsen,
110 finanziert aus Steuergeldern, großen Kapitalgebern zugute. Das ist eine Entwicklung, die
111 unserer Vorstellung einer gerechten Gesellschaft widerspricht. Die damit einhergehende
112 Abhängigkeit von den internationalen Finanzmärkten betrachten wir dabei nicht erst im Kontext
113 der Finanz- und Wirtschaftskrise als besorgniserregend und falsch. Gleichwohl führen immer
114 weiter steigende Schulden und Zinsen in letzter Konsequenz dazu, dass immer mehr
115 Wirtschaftswachstum angestrebt werden muss, um diese zu bedienen. Diese Entwicklung, mit
116 all ihren negativen Effekten auf die Umwelt und die Gesellschaft, bezahlt unsere Generation.

117

118

119 Für uns als Jusos ist deutlich: Haushaltskonsolidierung muss sich aus zwei Aspekten
120 zusammensetzen: Einsparung und Konsolidierung von Ausgaben auf der einen Seite, sowie die
121 Verbesserung der Einnahmeseite auf der anderen Seite. Daher setzen wir uns seit langem für
122 eine gerechtere Besteuerung in Deutschland ein, die Vermögen und höhere Einkommen stärker
123 für die Bewältigung öffentlicher Aufgaben heranzieht. Den Glauben, Staatsverschuldung gezielt
124 durch Inflation reduzieren zu können und Staatsverschuldung durch Inflation zu rechtfertigen
125 lehnen wir ab. Denn diese haben in besonderen Maße Auswirkungen auf Menschen mit
126 geringem Einkommen und Vermögen und deren Altersvorsorge.

127

128

129 Um diese Verschuldungsspirale zu durchbrechen, betrachten wir als Jusos die Schuldenbremse
130 als ein geeignetes Instrument, das Druck auf die politischen Akteure erzeugt, der
131 Verschuldungspolitik ein Ende zu setzen und dennoch genügend Spielräume lässt, um bei
132 veränderten Umständen oder externen Schocks politisch handlungsfähig zu bleiben.

133

134

135 Verschuldung bemisst sich jedoch nicht allein an der Schuldenuhr. Eine generationengerechte
136 Finanzpolitik bedeutet auch, kommenden Generationen eine funktionierende Infrastruktur zur
137 Verfügung zu stellen. Eine Politik, die Schulden abbaut indem Sie notwendige Investitionen in
138 Infrastruktur oder Bildung verzögert, lehnen wir ab.

139

140

141 Die öffentliche Infrastruktur und öffentliches Anlagevermögen muss daher in ihrem Wert
142 erhalten werden. Ebenso ist es unser Ziel, den gesellschaftlichen Zusammenhalt und den
143 kulturelle Bestand der Gesellschaft für die kommenden Generationen zu erhalten. Daher muss
144 es unser politisches Ziel sein, langfristig sowohl implizite als auch explizite Staatsverschuldung
145 zu vermeiden. Nur so kann nachhaltige Haushaltspolitik gewährleistet werden, die kommende
146 Generationen nicht unsolidarisch belastet. Um diese Ziele zu erreichen, muss für eine
147 generationengerechte Finanzpolitik zunächst vollständige Transparenz über sämtliche
148 Ausgaben, Investitionen und Finanzierungsquellen hergestellt werden.

149

150

151 Haushaltspolitik, die bestehende Ansprüche und zu einem späteren Zeitpunkt zu tätige
152 Ausgaben, wie etwa Beamtenpensionen, oder Ausgaben für den Erhalt der Infrastruktur,
153 nicht aufführt, lehnen wir ab. Das öffentlichkeitswirksame Streben nach konsolidierten
154 Haushalten unter diesen Bedingungen führt den Begriff eines ausgeglichenen Haushalts ad
155 absurdum.

156

157

158 Dabei müssen Kürzungen öffentlicher Ausgaben bei der Bildung und Kultur, sowie in den
159 Bereichen, die den gesellschaftlichen, sozialen Zusammenhalt betreffen, immer unter Vorbehalt
160 stehen, unter dem Aspekt der Generationengerechtigkeit geprüft und gegebenenfalls abgelehnt

161 werden. Denn kluge Finanzpolitik bedeutet frühzeitig in Bildung und in die Vereinbarkeit von
162 Familie und Beruf zu investieren, um so klassische Kompensationsleistungen der sozialen
163 Sicherungssysteme gar nicht erst entstehen zu lassen.

164

165

166 **Die Arbeitswelt im Wandel**

167

168

169 Während andere europäische Industrienationen in den vergangenen Jahren vermehrt in ihrer
170 wirtschaftspolitischen Ausrichtung auf den Dienstleistungssektor gesetzt haben, standen
171 deutsche Bundesregierungen stets auch für eine starke Industrie ein. Dies ist ein zentraler
172 Grund, weshalb Deutschland die Wirtschafts- und Finanzkrise in den vergangenen Jahren
173 vergleichsweise weniger getroffen hat als andere Volkswirtschaften. Gemeinsam mit einer
174 starken Sozialpartnerschaft prägt die Industrie die innerdeutsche Wirtschaft immer noch
175 maßgebend.

176

177

178 *Der demografische Wandel auf dem Arbeitsmarkt*

179

180

181 Dennoch werden wir in den kommenden Jahren eine starke Veränderung in der
182 Arbeitskraftnachfrage erleben: Wir haben bereits jetzt eine Fachkräftelücke in Gesundheits- und
183 Sozialberufen, die noch deutlich stärker werden wird. So werden rund 120.000 Fachkräfte im
184 Jahr 2030 bei konstanter beruflicher Angebotsstruktur fehlen. Im fertigen Bereich werden
185 ungelernete Tätigkeiten einen massiven Rückgang erleben. Hier wird es rund 200.000
186 überschüssige Arbeitskräfte im Jahr 2030 bei konstanter beruflicher Angebotsstruktur geben.
187 Des Weiteren werden bis 2030 laut der Arbeitsmarktprognose des Bundesministeriums für
188 Arbeit und Soziales in der Altersgruppe zwischen 25-54 Jahren knapp 4,8 Mio.
189 Erwerbsspersonen weniger vorhanden sein. Daraus folgt ein tiefer Wandel unserer
190 wirtschaftlichen Struktur in Deutschland.

191

192

193 Eine älter werdende Gesellschaft bedeutet für Unternehmen auch älter werdende
194 MitarbeiterInnen und Belegschaften. Mit dem Renteneintritt verlieren viele Unternehmen
195 erfahrene und gut ausgebildete Fachkräfte, deren Arbeitsplätze wieder neu besetzt werden
196 müssen. Für Menschen, welche jahrzehntelang in die Sozialkassen eingezahlt und viel
197 gearbeitet haben, ist die Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren zwar eine wichtige Anerkennung
198 ihrer Lebensleistung, verschärft jedoch zumindest kurzfristig den Fachkräftebedarf.

199

200

201 Um diesen Herausforderungen zu begegnen, müssen wir zum einen gezielt auf Fachkräfte aus
202 dem Ausland setzen und zum anderen die bereits in Deutschland lebenden Menschen weiter
203 und stärker qualifizieren.

204

205

206 *Zuwanderung von Fachkräften*

207

208

209 Wir brauchen eine gezielte Fachkräftezuwanderung aus dem europäischen und
210 außereuropäischen Ausland. Schon jetzt werben große Unternehmen qualifizierte Fachkräfte
211 zum Teil über Agenturen aus EU-Ländern mit schwierigen Arbeitsmarktbedingungen an, was auch dazu
212 führt, dass im industriellen Bereich der Arbeitsmarkt eine hohe Selbstregulierung aufweist. Dies
213 muss im Sinne von Unternehmen sowie ausländischen Fachkräften ausgeweitet werden.

214

215

216 Die Jusos fordern daher die Schaffung eines Einwanderungsgesetzes, das den
217 Notwendigkeiten eines qualifizierten Fachkräftezuzugs gerecht wird. Wir sprechen uns daher für
218 ein Punktesystem aus, das jedoch nicht lediglich wirtschaftliche Kriterien in den Vordergrund
219 stellen darf. Vielmehr sollen soziale Kriterien und menschliche Bedürfnisse einbezogen werden,
220 die verhindern, dass Fachkräfte nur aufgrund ihrer wirtschaftlichen Eignung bewertet werden.
221 Es bedarf jedoch auch einer Lösung der Fachkräfteproblematik auf europäischer Ebene. Es

222 kann im gesamteuropäischen Kontext nicht Ziel Deutschlands sein - angesichts der
223 gegenwärtigen Arbeitslosenzahlen in Ländern wie Spanien oder Griechenland - anderen
224 Ländern ihre Fachkräfte abzuwerben.

225

226

227 *Qualifizierung von Menschen in Deutschland*

228

229

230 Zudem ist die Weiterqualifizierung von bereits in Deutschland lebenden Menschen zentral. Der
231 Zugang zu und Aufstieg durch Bildung ist ein zentrales Element sozialdemokratischer Politik,
232 deren Bedeutung durch den prognostizierte Wandel in der Wirtschaft noch zunehmen wird.
233 Daher muss sich die Bildungslandschaft in Deutschland dem ebenfalls anpassen.

234

235 Deshalb fordern wir, dass nach einer abgeschlossenen Berufsausbildung die Möglichkeit
236 besteht, ein Studium in dem Bereich, in dem die Ausbildung abgeschlossen wurde, zu
237 absolvieren. So könnte beispielsweise ein gelernter Fachinformatiker nach seiner Ausbildung
238 direkt ein Informatik-Studium beginnen. Des Weiteren muss die duale Ausbildung in
239 Deutschland gestärkt werden, da sie eine zentrale Rolle für die Innovationskraft Deutschlands
240 darstellt.

241

242

243 EinE MeisterIn / TechnikerIn / FachwirtIn / BetriebswirtIn -Fortbildung sollte daher wie ein
244 Hochschulstudium ebenfalls kostenfrei sein. Auch die Qualifizierung und Weiterbildung im
245 Rahmen der Arbeitsversicherung kann hierbei eine wichtige Rolle einnehmen.

246

247 Außerdem sollen Menschen nach einer abgeschlossenen Berufsausbildung (Berufseinsteiger)
248 eine Zukunftsperspektive auf dem ersten Arbeitsmarkt erhalten. Gerade in Zeiten des
249 demografischen Wandels können wir es uns nicht leisten, dass jungen, gut ausgebildeten
250 Menschen durch die permanente Befristung oder durch eine Anstellung in Leiharbeit eine solide
251 Berufskarriere verbaut wird. Die Aussicht auf eine unbefristete Stelle wird zunehmend geringer
252 und dies erschwert eine vernünftige Lebensplanung der jüngeren Generation. Deshalb fordern
253 die Jusos, dass alle ArbeitnehmerInnen, die in ihrem alten Betrieb nach der Ausbildung nicht
254 übernommen werden, eine faire Chance auf eine unbefristete Festanstellung erhalten.

255

256

257 *Frauen als Fachkräfte emanzipieren*

258

259

260 Bereits jetzt gibt es eine große Anzahl gut qualifizierter Fachkräfte in Deutschland, deren
261 Potential nicht ausreichend genutzt wird. Frauen sind im Durchschnitt besser qualifiziert als
262 Männer, werden am deutschen Arbeitsmarkt aber noch immer schlechter gestellt und nicht
263 entsprechend ihrer Kompetenzen eingebunden. Wir als Jusos sprechen uns daher dafür aus,
264 die Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit Nachdruck voranzutreiben, um Frauen endlich
265 flächendeckend als Fachkräfte für den Arbeitsmarkt gewinnen zu können. Die Hemmschwelle
266 für Frauen, auch männlich dominierte, meist technische Berufe zu ergreifen, muss weiter
267 gesenkt werden. Hierfür müssen entsprechende Programme entwickelt und umgesetzt werden,
268 um einen Bewusstseinswandel einzuleiten. Dabei muss der Grundsatz gleicher Lohn für gleiche
269 Arbeit endlich umgesetzt werden, damit weibliche Fachkräfte im deutschen Arbeitsmarkt
270 gerecht entlohnt werden.

271

272 *Männer als Fachkräfte emanzipieren*

273

274 Zugleich sind politische Maßnahmen zu ergreifen, um auch Männer in Berufen mit einem sehr
275 hohen Frauenanteil - wie den genannten Pflegeberufen oder auch als Erzieher etc. - zu
276 emanzipieren. Dies geht einher mit einer - vor allem auch den in diesen Berufen tätigen Frauen
277 zu gute kommenden - Aufwertung derartiger Berufe. Vor dem Hintergrund, dass im Bereich der
278 Kinderbetreuung sehr viele Arbeitsverhältnisse mit der öffentlichen Hand bestehen, fordern wir
279 Jusos hier ein politisches Tätigwerden, das sich insbesondere auch in einer angemessenen
280 Vergütung widerspiegelt.

281

282

283 *Wünsche und Ansprüche an das Arbeitsleben*

284

285

286 Die Anforderungen an einzelne Berufsbilder werden sich stärker verändern: Durch die
287 Vernetzung von Maschinen, intelligenten Fertigungsstraßen sowie neuen Produktionstechniken
288 wird sich die Industrie hin zur sogenannten Industrie 4.0 entwickeln. Dies bedeutet für
289 ArbeitnehmerInnen, dass zukünftig Maschinen zentraler im Mittelpunkt des
290 Schaffungsprozesses stehen werden als es heute noch der Fall ist. Dies verändert auch die
291 Anforderungen an den eigenen Arbeitsplatz und führt zu einer zwangsläufigen
292 Kompetenzverlagerung einiger Berufsbilder.

293

294

295 Durch eine älter werdende Gesellschaft steigt auch der Bedarf von Fachkräften in
296 Sozialberufen, da ältere und kranke Menschen umsorgt werden müssen. Hier besteht der
297 größte Nachholbedarf: Während wir den Bedarf an Fachkräften in diesem Bereich durch
298 innerdeutsche Kräfte kaum gedeckt bekommen, sind die Berufe unattraktiv für junge Menschen,
299 da sie unflexible Arbeitszeiten, schlechte Entlohnung sowie geringe Aufstiegsmöglichkeiten mit
300 sich bringen. Hier muss ein Umdenken in der Gesellschaft stattfinden: für uns ist nicht
301 hinnehmbar, dass jemand, der Kinder erzieht oder Kranke pflegt, weniger Lohn erhält, als
302 jemand, der ein Auto verkauft oder Geld verwaltet.

303

304

305 Dies ist nicht zuletzt deshalb folgerichtig, da die wissenschaftliche Ausrichtung der Ausbildung
306 in den letzten Jahren deutlich zugenommen hat. Wir wollen darum qualifizierte Bildungs- und
307 Weiterbildungsangebote für soziale Berufe. Dafür müssen wir Hochschulen noch wesentlich
308 stärker als bisher für Menschen mit beruflicher Qualifizierung öffnen. Auch die die Ausbildung
309 muss als Startpunkt für eine akademische Ausbildung gelten können. Es müssen
310 entsprechende (berufsbegleitende) Bildungs- und Weiterbildungsangebote an Hochschulen
311 ausgebaut werden, um die Qualität in z.B. Bildungseinrichtungen weiter zu stärken. Dies
312 entspricht auch dem Konzept des lebenslangen Lernens. Die Ausbildung in sozialen Berufen
313 muss in der öffentlichen Wertschätzung gesteigert werden.

314

315

316 *Flexibilisierung regulieren*

317

318

319 Ebenso verändern sich die Erwartungen an den eigenen Arbeitsplatz. Während sich
320 Unternehmen zunehmend flexiblere Arbeitskräfte wünschen, welche bei Bedarf auch länger
321 arbeiten und rund um die Uhr erreichbar sind, wünschen sich vor allem junge
322 ArbeitnehmerInnen ausreichend Zeit für Familie, FreundInnen, Hobbies und Ehrenämter sowie
323 die Möglichkeit, auch kurzfristig Zeiten frei einteilen zu können. Die Realität in den Unternehmen
324 sieht jedoch meist so aus, dass den Interessen der ArbeitgeberInnen mehr Gewicht zukommt,
325 als denen der Belegschaft. Dies beweisen die vollen Gleitzeitkonten der Unternehmen sowie
326 Umfragen der Gewerkschaften unter ihren Mitgliedern.

327

328

329 *Interessen der ArbeitnehmerInnen stärken*

330

331

332 Wir fordern daher, die Ankündigungszeiten von Mehrarbeit oder Dienstplanänderungen auf zehn
333 Tage festzuschreiben, um eine erhöhte Planungssicherheit für ArbeitnehmerInnen herzustellen.
334 Alle tariflichen und betrieblichen Besserstellungen bleiben nach dem Günstigkeitsprinzip davon
335 unberührt.

336

337

338 Viele ArbeitnehmerInnen, vor allem in der Gastronomie oder Dienstleistungsbranche, sind
339 abhängig von Dienstplänen, die von den ArbeitgeberInnen erstellt wurden. Um „Arbeit auf Abruf“
340 einzudämmen, fordern wir, dass bei Berufen in Schichtmodellen mindestens die vertraglich
341 vereinbarten monatlichen Arbeitsstunden zu bezahlen sind, unabhängig davon, ob diese
342 geleistet wurden oder nicht. Häufig versäumen es ArbeitgeberInnen ihre MitarbeiterInnen
343 ausreichend in den Dienstplänen zu berücksichtigen, so dass ihnen ein finanzieller Nachteil

344 entsteht. Urlaubs- und Krankheitstage sind zu berücksichtigen.

345

346

347 *Flexible Arbeitszeitmodelle politisch unterstützen*

348

349

350 Viele Beschäftigte wünschen sich flexible Arbeitszeitmodelle in denen sie entscheiden können,
351 wie viele Stunden pro Woche sie arbeiten möchten. Langzeitarbeitskonten sind hierfür eine gute
352 Ergänzung, da Arbeitsstunden für spätere Lebensphasen angespart werden können. Dies liegt
353 im Sinne von ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen, da ArbeitgeberInnen zum einen
354 Planungssicherheit für einen befristeten Zeitraum erhalten und ArbeitnehmerInnen ihre
355 gewünschte Flexibilität erhalten. Da sich Branchen jedoch stark in Arbeits- und Schichtmodellen
356 unterscheiden sollte dies branchenspezifisch ausgehandelt werden. Wir setzen uns zudem für
357 eine bessere Übertragbarkeit von Langzeitarbeitskonten ein. Um ArbeitnehmerInnen, die in
358 nicht tarifgebundenen Unternehmen beschäftigt sind, nicht zu benachteiligen, setzen wir uns
359 weiterhin dafür ein, dass die Hürden für eine Allgemeinverbindlichkeitserklärung von
360 Tarifverträgen gesenkt werden.

361

362

363 Des Weiteren fordern wir, dass in Teilzeit Beschäftigte einen Rechtsanspruch auf eine
364 Vollzeitstelle erhalten, wenn Sie schriftlich beim Arbeitgeber den Wunsch auf eine
365 Arbeitszeiterhöhung geäußert haben. Die ArbeitgeberInnenseite soll dann dazu angehalten
366 sein, bevor sie eine externe Neueinstellung tätigt, zunächst dem Wunsch des/der in Teilzeit
367 Beschäftigten nachzukommen und seine oder ihre Arbeitszeit auf Vollzeit zu erhöhen.

368

369

370 **Der Ort, an dem Menschen füreinander Verantwortung übernehmen: Die Familie**

371

372

373 *Familie als wichtiger Eckpfeiler unserer Gesellschaft*

374

375

376 Familie ist ein wichtiger Eckpfeiler unserer Gesellschaft. Wann immer Menschen aus freien
377 Stücken bereit sind füreinander einzustehen, füreinander zu sorgen und füreinander
378 Verantwortung zu übernehmen, begrüßen wir als Jusos das. Das ist ein Akt der Solidarität, der
379 für unsere Gesellschaft konstitutiv ist. Diese Auffassung von Familie ist Ausgangspunkt unseres
380 Grundverständnisses.

381

382

383 Politik darf sich dabei jedoch nicht anmaßen, darüber zu urteilen, welche Familienform „besser“
384 oder „schlechter“ ist. Ob eine Familie z.B. gleichgeschlechtlich oder verschiedengeschlechtlich
385 ist, aus Ein-VerdienerInnen oder Mehrfach-VerdienerInnen besteht, sagt nichts aus über die
386 Qualität der Partnerschaft. Familie ist der Ort, an dem Menschen Verantwortung füreinander
387 übernehmen. Diesen Ort zu finden, bedeutet für viele Menschen Glück. Politik hat sie in diesem
388 Streben nach Glück zu unterstützen und nicht zu bevormunden.

389

390

391 Die staatliche Ehe wollen wir dabei nicht überwinden. Allerdings muss die Ehe auch für nicht-
392 heterosexuellen Menschen geöffnet werden. Darüber hinaus wollen wir für Menschen, die
393 füreinander Verantwortung übernehmen möchten auch eine rechtlich und steuerlich
394 gleichgestellte Form der PartnerInnenschaft schaffen, die ebenfalls für alle heterosexuellen und
395 nicht-heterosexuellen Menschen offen steht, aber als Alternative zur klassische Ehe fungieren
396 kann. Das explizite Versprechen vor dem Staat, füreinander Verantwortung zu übernehmen,
397 muss weiterhin Anreizfunktion sein. Die konkreten Anreize müssen aber unserem Verständnis
398 nach sozial gerecht und solidarisch sein, das Ehegattensplitting beispielsweise widerspricht
399 diesem Verständnis. Allerdings ist für uns die Familie und nicht die Ehe die „Keimzelle“ der
400 Gesellschaft. Hier wird generationenübergreifender Zusammenhalt gelebt und es gibt ein
401 spezifisches Kooperations- und Solidaritätsverständnis. Das gilt aber eben für jede
402 Familienform, in der Menschen Verantwortung füreinander übernehmen. Deshalb setzen wir als
403 Jusos uns für eine Familienpolitik ein, die nicht das reine Zusammenleben unterstützt, sondern
404 insbesondere dort Hilfe leistet, wo Kinder vorhanden sind. Die massive steuerliche Bevorteilung

405 des "klassischen" Familienmodells lehnen wir deshalb ab. Wir wollen eine Familienpolitik, die
406 sich daran ausrichtet, ob Kinder in einer Familie vorhanden sind oder nicht, und nicht daran, ob
407 Menschen sich entscheiden, eine Ehe einzugehen.

408
409

410 Mit unserer Vorstellung von Familie und unseren Vorschlägen für eine neue Familienpolitik
411 wollen wir nicht individuelle Entscheidungen für ein bestimmtes Familienmodell angreifen. Viel
412 mehr stellen wir fest, dass die derzeitigen familienpolitischen Maßnahmen ein Modell
413 propagieren: das der traditionellen heterosexuellen Ehe, in der der Mann für das Einkommen
414 sorgt und sich die Frau um Hausarbeit und Kinder kümmert und nebenher in Teilzeit einer
415 Erwerbstätigkeit nachgeht. Das widerspricht jedoch in weiten Teilen der familiären Realität in
416 Deutschland. Seit Jahrzehnten beobachten wir, dass immer weniger Menschen heiraten, die
417 Zahl der Scheidungen jedoch massiv ansteigt. Die Anzahl der Kinder je Ehe (und Frau) sinkt,
418 während verhältnismäßig mehr Kinder außerhalb einer Ehe geboren werden. Die Zahl der
419 Alleinerziehenden und sogenannten Patchworkfamilien nimmt zu. Elternschaft und Ehe werden
420 immer weniger als selbstverständliche Elemente des eigenen Lebenslaufs gesehen.

421
422

423 Diese Individualität der Lebensentwürfe muss sich in den familienpolitischen Maßnahmen
424 widerspiegeln. Wir wollen, dass sich Menschen wieder für Kinder entscheiden, ohne auf ihre
425 Erwerbstätigkeit zu verzichten. Es braucht eine Familienpolitik, die Zeit und Anreize für beides
426 schafft: Erwerbsarbeit und Familie.

427
428

429 *Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen*

430
431

432 Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die gleichberechtigte Aufteilung von Sorge- und
433 Erwerbsarbeit zwischen den Geschlechtern ist für uns ein familienpolitisches Kernziel. Hier
434 klaffen Wunsch und Realität weit auseinander. Zwei Drittel der Eltern mit Kindern unter 18
435 Jahren geben an, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht ausreichend gut gelingt.
436 Rund 20 Prozent der Väter, die Vollzeit erwerbstätig sind, möchten ihre Arbeitszeit reduzieren.
437 Mütter wiederum wünschen sich eine Ausweitung ihrer Erwerbsarbeitszeit.

438
439

440 Das liegt zum einen an finanziellen Anreizen im deutschen Steuer- und
441 Sozialversicherungssystem, die das Ein-VerdienerIn-Modell attraktiv machen. Zum anderen
442 fehlt es häufig an Betreuungsmöglichkeiten für Kinder. Drittens stehen auch kulturelle Gründe
443 der Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Weg. Nach wie vor stehen Unternehmen der
444 Einstellung von jungen Müttern kritisch gegenüber. Auch den Vorwurf, eine "Rabenmutter" zu
445 sein, kennen viele erwerbstätige Frauen.

446
447

448 *Ein neues familienpolitisches Selbstverständnis*

449
450

451 Die derzeitige Ausgestaltung des Steuer- und Sozialsystems setzt starke Anreize für
452 verheiratete Frauen, nicht erwerbstätig zu sein oder nur einer geringfügigen Beschäftigung
453 nachzugehen. Das lehnen wir nicht nur aus gleichstellungspolitischen Gründen ab. Altersarmut
454 ist vorwiegend ein weibliches Problem und angesichts der sinkenden Zahl an Fachkräften ist die
455 Beteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt auch ein wirtschaftspolitisches Argument.

456
457

458 Das Ehegattensplitting verfestigt das klassische Ein-VerdienerIn-Modell, erschwert Frauen den
459 (Wieder-)Einstieg in das Erwerbsleben und differenziert nicht, ob Kinder in der Ehe leben oder
460 nicht. Unser Ziel ist deshalb die Abschaffung des Ehegattensplittings. Mit einer
461 Stichtagsregelung wird sichergestellt, dass die Steuermodelle von bestehenden Ehen
462 Bestandschutz genießen. So kann der Staat ca. 20 Milliarden Euro sparen, die aktuell einzig
463 und allein der Förderung eines bestimmten Familienbildes dienen, nicht aber den Familien an
464 sich. Dieses Geld kann beispielsweise für die von uns seit langem geforderte Aufwertung der
465 sozialen Berufe genutzt werden. Weiterhin kann das Geld in Programme zum qualitativen und

466 quantitativen Ausbau der Kinderbetreuung investiert werden und um Ganztagschulen
467 flächendeckend auszubauen.

468

469

470 Forschungsergebnisse zeigen, dass neben dem Ehegattensplitting auch die kostenfreie
471 Mitversicherung von EhepartnerInnen negativ hinsichtlich der Erwerbstätigkeit von PartnerInnen
472 wirkt. Daher wollen wir auch die beitragsfreie Mitversicherung auf Kinder reduzieren.
473 PartnerInnen sollen als eigenständige Personen behandelt werden.

474

475

476 Auch wenn Politik über die Qualität unterschiedlicher Formen des familiären Zusammenlebens
477 nicht zu urteilen hat, so hat sie doch die gestalterische Aufgabe, Strukturen aufzubrechen, die
478 ein emanzipiertes Leben blockieren. Dazu zählt auch das Betreuungsgeld, das das Fernbleiben
479 von staatlich finanzierten Leistungen subventioniert und so schon in sich paradox ist und
480 keinesfalls für individuelle Wahlfreiheit steht, daher fordern wir die sofortige Abschaffung des
481 Betreuungsgeldes. Dabei üben wir als Jusos keine Kritik an den BezieherInnen des
482 Betreuungsgeldes, sondern stellen fest, dass es wesentlich effizienter und zielgerichteter
483 eingesetzt werden könnte. Dazu gehört zum Beispiel der Ausbau der Kinderbetreuung, der zwar
484 bereits weit fortgeschritten ist, aber insbesondere im schulischen Bereich noch viele
485 Anstrengungen benötigt.

486

487

488 Des Weiteren fordern wir ein nach Einkommen gestaffeltes Kindergeld, damit insbesondere jene
489 Familien gefördert werden, die das Geld am nötigsten brauchen und nicht das
490 Gießkannenprinzip, einkommensunabhängig pauschal einen Beitrag auszuführen, weiter
491 vorherrscht. Ab dem 18. Lebensjahr soll das Kindergeld auf Antrag den Kindern zukommen.
492 Dabei soll die Altersgrenze auf 27 angehoben werden.

493

494

495 *Zeit für Familie*

496

497

498 Für uns geht es bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht darum, die Erwerbstätigkeit
499 von Frauen auf Kosten der Familie auszudehnen. Vielmehr benötigen Eltern (und zwar Männer
500 und Frauen) mehr Zeit - sowohl für die Erwerbstätigkeit als auch für die Kinder.

501

502

503 Mit der Einführung des "Elterngeld Plus" mit Partnerschaftsbonus und einer Flexibilisierung der
504 Elternzeit hat die SPD die erfolgreiche sozialdemokratische Familienpolitik weiter ausgebaut.
505 Mütter und Väter können länger Elterngeld beziehen, wenn sie in Teilzeit arbeiten. Zudem kann
506 die Elternzeit flexibler gestaltet werden, damit Familien künftig noch individueller darüber
507 entscheiden können, wie sie Betreuungs- und Arbeitszeit in den ersten Lebensjahren ihrer
508 Kinder verteilen möchten. Deshalb begrüßen wir die Reform des Elterngelds zum Elterngeld
509 Plus. Dennoch müssen wir weiter für mehr Vereinbarkeit von Familie und Beruf eintreten,
510 sodass diese Reform nur einen ersten Schritt in die richtige Richtung darstellen kann.

511

512

513 Eine Möglichkeit dazu ist die Familienarbeitszeit, bei der Familien durch eine Lohnersatzleistung
514 in ihrem Wunsch nach einer partnerschaftlichen Verteilung von Erwerbs- und Familienarbeit
515 unterstützt werden. Dabei wird der Lohnausfall, welcher durch eine reduzierte Stundenanzahl
516 der Erwerbsarbeit entsteht, durch eine vom Staat zu zahlende Lohnersatzleistung teilweise
517 ausgeglichen. Die prozentuale Höhe der Lohnersatzleistung orientiert sich dabei an der Höhe
518 des Einkommens. Haushalte mit niedrigerem Einkommen sollen so stärker von der
519 Familienarbeitszeit profitieren, um diese Anreize auch für Familien mit niedrigem Einkommen zu
520 setzen.

521

522

523 Alleinerziehende müssen diese Leistung selbstverständlich ebenfalls in Anspruch nehmen
524 können. In einer partnerschaftlichen Beziehung muss die Leistung an die Bedingung geknüpft
525 sein, dass beide Elternteile mit einer reduzierten Stundenzahl erwerbstätig sind, damit so die
526 partnerschaftliche Aufteilung der Erwerbs- und Familienarbeit explizit gefördert wird. Damit

527 sollen zum einen Zeitressourcen für die Betreuung der Kinder und die Familienarbeit zur
528 Verfügung stehen, zum anderen soll eine Integration in den Arbeitsmarkt mit entsprechendem
529 Einkommen gewährleistet sein. Unserer Forderung nach, soll die Lohnersatzleistung der
530 Familienarbeitszeit nicht an eine Vollzeit-Tätigkeit vor der Geburt des Kindes geknüpft sein. Der
531 Anspruch auf Familienarbeitszeit und deren Lohnersatzleistung soll nach dem Ablauf des
532 Bezuges von Elterngeld gelten.

533

534

535 *Generationenübergreifend Zusammenleben*

536

537

538 Generationenübergreifendes Zusammenleben stellt für uns eine wichtige Bereicherung der
539 Gesellschaft dar. Deswegen ist es wichtig, sowohl Wohnprojekte zu unterstützen, die ein
540 Zusammenwohnen und Zusammenleben mehrerer Generationen ermöglichen sowie eine
541 Infrastruktur zu schaffen, durch die ein gemeinsames Leben in einem Stadtteil beispielsweise
542 durch Nachbarschaftshilfe ermöglicht wird. Um einen generationenübergreifenden Austausch zu
543 ermöglichen, müssen Räume geschaffen werden, in denen Jung und Alt gemeinsam
544 zusammenkommen und von- und miteinander lernen können. Mehrgenerationenhäuser stellen
545 hierfür eine wichtige Säule dar. Deswegen ist es wichtig, die Mehrgenerationenhäuser auch in
546 Zukunft zu erhalten und langfristig finanziell besserzustellen. Die Jusos fordern daher eine
547 unbefristete, dauerhafte finanzielle Förderung dieser Einrichtungen.

548

549

550 **Politische Veränderungen aktiv mitgestalten und prägen**

551

552

553 Die sich verändernde Altersstruktur unserer Gesellschaft schlägt sich auch in unserem
554 politischen System nieder. Die Überalterung fast aller politischen Parteien schreitet ebenso
555 voran wie die Überalterung unserer Parlamente. Gelingt es den Parteien nicht, mehr junge
556 Menschen für sich zu begeistern und von einer Mitgliedschaft zu überzeugen, führt dies
557 zwangsläufig zu einem deutlichen Mitgliederverlust. Dieser Mitgliederverlust ist bereits jetzt quer
558 durch die gesamte deutsche Parteienlandschaft bemerkbar. In Folge ihrer Altersstruktur fehlt
559 Parteien oft ein Verständnis und Gespür für Themen sowie politische Ausrichtungen, um junge
560 Menschen zu erreichen und ihre Anliegen entsprechend aufzunehmen. Deshalb setzen wir uns
561 als Jusos konsequent in unserer Partei und ihren Gremien für die Belange der jüngeren
562 Generationen ein und pochen darauf, diese wieder verstärkt in den Fokus zu nehmen.

563

564

565 Die politische Willensbildung findet innerhalb der Parteien statt, die Umsetzung parteipolitischer
566 Beschlüsse in reale Politik obliegt jedoch den vom Volk gewählten Parlamenten. Allerdings
567 bildet sich auch hier die Altersstruktur der unterschiedlichen Generationen unserer Gesellschaft
568 nur sehr unzureichend ab. Ob an der Spitze von Verwaltungen, im Gemeinderat, Kreistag,
569 Landtag, Bundestag oder dem Europaparlament: Junge Menschen im Alter unter 35 Jahren
570 finden sich dort nur selten wieder. So sind beispielsweise gerade einmal 5% der Abgeordneten
571 des Deutschen Bundestages unter 35 Jahre alt. Dies muss nicht zwangsläufig dazu führen,
572 dass politische Entscheidungen gegen die Interessen Jüngerer gefällt werden. Allerdings haben
573 Beschlüsse wie z.B. die unsolidarische Finanzierung der sogenannten „Mütterrente“ oder die
574 Ausnahmeregelung des Mindestlohns für Menschen unter 18 Jahren gezeigt, dass diese
575 Befürchtung nicht unbegründet ist. In jedem Fall führt dieses strukturelle Ungleichgewicht dazu,
576 dass eine direkte Interessensvertretung, die aus der Sichtweise jüngerer Generationen
577 politische Sachverhalte einbringen kann, fehlt. Ebenso fehlt es an jungen Menschen, die
578 politische Entscheidungen an jüngere Generationen auf Augenhöhe vermitteln können und von
579 diesen auch als Entscheidungs- und InformationsträgerInnen wahrgenommen werden. Eine
580 weitere Abkehr vom politischen Prozess ist in vielen Fällen bereits heute Realität. Als Jusos
581 wollen wir diesem Prozess aktiv entgegen wirken, denn auch eine Vielfalt von politisch
582 Partizipierenden und Entscheidenden ist für uns ein wichtiger Teil der
583 Generationengerechtigkeit.

584

585

586 Die junge Generation ist bereit, politische Verantwortung zu übernehmen, um die Ideen,
587 Interessen und Anliegen der Generation auch im politischen Handeln umzusetzen. Das

588 Kandidieren und Erringen von politischen Mandaten zur Verankerung innerhalb unserer
589 repräsentativen Demokratie ist folglich nur konsequent und unterstützenswert. Die
590 Kommunalpolitik sehen wir dabei als erste und direkteste Handlungsebene.

591
592
593
594
595
596
597
598
599
600
601
602
603
604
605
606
607
608
609
610
611
612
613
614
615
616
617
618
619
620
621
622
623
624
625
626
627
628
629
630
631
632
633
634
635
636
637
638
639
640
641
642
643
644
645
646
647
648

Titel Weil ich's kann. Weil du's kannst. Weil wir's können.

Antragsteller Bayern

Zur Weiterleitung an Bundesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Weil ich's kann. Weil du's kannst. Weil wir's können.

1 Der Freiheitsbegriff ist in den letzten Jahrzehnten vor allem neoliberal definiert und besetzt
2 worden. Freiheit ist aber auch einer der zentralen Grundwerte der Sozialdemokratie und ist für
3 uns Jusos zentrale Voraussetzung für ein solidarisches Zusammenleben.

4
5 Sozialen Ausgleich zu verwirklichen und wahre Freiheit für alle zu verwirklichen, das sind die
6 systemübergreifenden Herausforderungen, die es auf unserem Weg zu einer Umsetzung
7 unserer Grundwerte und zur Verwirklichung der Vision eines demokratischen Sozialismus in der
8 Freiheit aller braucht.

9
10 Persönliche Freiheitsrechte stellen die Grundlage einer aufgeklärten und freien Gesellschaft dar,
11 in der alle BürgerInnen das Recht haben, über ihr Leben selbstbestimmt und frei, im Rahmen
12 gemeinschaftlicher Regeln zu bestimmen. Die Freiheit des oder der Einzelnen sollte nur da
13 beschnitten werden, wo sie die Freiheitsrechte anderer verletzt. Das bloße Vorhandensein
14 dieser Freiheitsrechte sagt aber noch nichts darüber aus, ob diese auch realisiert und in
15 konkrete Freiheiten umgesetzt werden können. Es reicht nicht formale Freiheiten zu
16 gewährleisten, es muss auch möglich sein sie zu nutzen.

17
18 **Gute Arbeit: Grundvoraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben**

19
20 Viele Unternehmen klagen über Fachkräftemangel, dabei liegt es in ihrer eigenen
21 Verantwortung diese Fachkräfte auszubilden. Doch rund jede_r dritte Jugendliche geht bei der
22 Suche nach einem Ausbildungsplatz leer aus. Deshalb fordern wir eine
23 Ausbildungsplatzgarantie: Alle Unternehmen mit über 10 MitarbeiterInnen sollen dazu
24 verpflichtet werden auszubilden. Betriebe, die nicht ausbilden, müssen Umlagezahlungen an
25 einen Ausbildungsfond entrichten.

26
27 Und damit BewerberInnen auch wirklich nur nach dem beurteilt werden, was sie können und
28 nicht nach Aussehen, Geschlecht oder Namen, fordern wir die Einführung von gesetzlich
29 festgeschriebenen anonymisierten Bewerbungsverfahren.

30
31 Damit junge Menschen frühzeitig auf eigenen Beinen stehen können fordern wir außerdem die
32 Verankerung der Mindestausbildungsvergütung und die Schaffung von ausreichend Angeboten
33 an Auszubildendenwohnheimen.

34
35 Auch die Ausbildungsqualität lässt in vielen Fällen zu wünschen übrig. Die Ausbildungsmängel
36 und die Verstöße gegen gesetzliche Regelungen sind zahlreich und vielfältig. Auszubildende
37 arbeiten häufig zu lange und müssen gar unbezahlte Überstunden ohne Freizeitausgleich
38 ableisten. Statt die nötigen Fertigkeiten für ihren Beruf vermittelt zu bekommen, müssen sie

39 Brotzeit holen, Kaffee kochen oder das Auto des Chefs putzen. Verstöße gegen das
40 Jugendarbeitsschutzgesetz werden allerdings kaum geahndet - es fehlen die Kontrollen.
41 Deshalb fordern wir endlich wirksame Kontrollen, um die Gesetzesverstöße bei der Ausbildung
42 einzudämmen.

43

44 Globalisierung, Digitalisierung, Industrie 4.0, demografischer Wandel - diese Zukunftsfragen
45 können nur gelöst werden, wenn möglichst viele Menschen einbezogen werden. Gerade um
46 neue, komplexe Fragestellungen in der globalisierten Arbeitswelt gut zu lösen, braucht es die
47 Ideen und Vorschläge junger Menschen. Deshalb fordern wir die Mitbestimmungsrechte junger
48 Arbeitnehmer_innen und der Jugend- und Auszubildendenvertretungen in den Betrieben
49 gesetzlich zu stärken.

50

51 Arbeitsverhältnisse werden außerdem immer öfter zu Zeit-, Frist- oder Minijobs. Die Folge sind
52 weniger Geld im Geldbeutel, keine Absicherung und eine ungewisse Zukunft. Junge Menschen
53 sollen ihre Zukunft frei gestalten können und ohne Existenzängste in die Zukunft blicken
54 können! Das Handeln Jugendlicher darf nicht ständig von der Angst bestimmt sein, in ein paar
55 Monaten ohne einen Job zu sein oder die Miete nicht mehr bezahlen zu können. Gute Arbeit
56 muss gerecht bezahlt werden! Nein, zu befristeten Arbeitsverträgen!

57

58 **Eine freie Gesellschaft braucht die Befreiung vom Patriarchat**

59

60 Freiheit ist für uns untrennbar verknüpft mit Feminismus. Denn nur eine Gesellschaft, in der alle
61 Geschlechter die gleichen Rechte und Chancen haben, ist auch eine freie Gesellschaft.

62

63 Tradierte Rollenbilder, Vorurteile und Stereotype schränken die individuelle Freiheit – gerade
64 von Frauen aber auch bei anderen Geschlechtern – in unserer Gesellschaft immer noch ein –
65 Gleichstellung ist noch lange nicht erreicht! Echte Wahlfreiheit heißt daher für uns, dass sich
66 alle unabhängig von ihrem Geschlecht frei entscheiden können: Für oder gegen eine eigene
67 Familie, für oder gegen Karriere, für den einen oder den anderen Beruf. Freiheit bedeutet nicht,
68 dass sich die vorhandenen Probleme von alleine lösen. Wir akzeptieren nicht, dass Frauen mit
69 einem Verweis auf ihre freie Entscheidung an den Herd geschickt werden und starre
70 Rollenbilder ihnen echte Freiheit verwehren. Deshalb fordern wir die Abschaffung des
71 Betreuungsgeldes. Mit der SPD darf es keine Herdprämie mehr geben! Elternzeit muss
72 außerdem hälftig geteilt werden. Wir wollen keine „Vätermonate“ sondern gleichberechtigte
73 Elternschaft. Wir unterstützen die Initiativen von Manuela Schwesig und fordern die Einführung
74 der Familienarbeitszeit sowie gleichen Lohn für gleiche Arbeit – wir brauchen endlich ein
75 Entgeltgleichheitsgesetz. Die in der großen Koalition beschlossene Frauenquote begrüßen wir,
76 sie ist für uns aber nur ein erster Schritt. Wir fordern eine 50%-Quote in allen Vorständen und
77 Aufsichtsräten und in anderen Leitungs- und Entscheidungsebenen.

78

79 Weitere Aspekte, die die Freiheit von Frauen enorm einschränken, sind Gewalt und Sexismus.
80 Gewalt gegenüber Frauen und Mädchen – ob sexuell, psychisch oder physisch – ist ein weit
81 verbreitetes Problem, das in allen Gesellschaftsschichten anzutreffen ist. Diskriminierung
82 aufgrund ihres Geschlechts erfahren Frauen nicht nur auf dem Arbeitsplatz – auch im Alltag ist
83 Sexismus weit verbreitet. Spricht man dieses Thema offen an, ist es eine bewährte
84 Abwehrstrategie, alles ins Lächerliche zu ziehen: Das war doch nur Spaß! Frauen als
85 Sexobjekte und nur aufs Äußere zu reduzieren, ihnen weniger Kompetenz zuzuschreiben und
86 sie in der Sprache, Werbung und im öffentlichen Leben zu diskriminieren ist aber kein Spaß,
87 sondern festigt jedes Mal, wenn es stattfindet, das Patriarchat.

88

89 Gleichstellung ist eine Frage der Sozialisation. Gendersensible Bildung und Erziehung muss
90 daher verpflichtende Querschnittsaufgabe in allen Bildungseinrichtungen und Teil des Lehrplans
91 werden. Wir fordern außerdem Aufklärungsarbeit und Kampagnen zur Bekämpfung von
92 Sexismus und Gewalt gegenüber Frauen und Mädchen – Alltagssexismus darf kein Tabuthema
93 sein. Außerdem fordern wir eine bessere Finanzierung von Hilfs- und Schutzangeboten für
94 Frauen und Mädchen, die Opfer von Gewalt sind und einen Ausbau der Beratungsangebote für
95 gewalttätige Männer.

96

97 **Freie Migration und Wohnortwahl**

98

99 Freiheit bedeutet für uns auch stets die Freiheit den Lebensmittelpunkt eigenständig zu wählen.

100 In einem vereinten Europa sind wir es mittlerweile gewöhnt Grenzen zu passieren und uns
101 zeitweise oder dauerhaft in einem anderen Land niederzulassen, ohne dass dies mit
102 besonderen Schwierigkeiten verbunden ist. Diese Freiheit ist insbesondere für viele junge
103 Menschen eine Selbstverständlichkeit geworden. Aber auch wenn wir die Niederlassungsfreiheit
104 im Allgemeinen als Normalfall empfinden, so dürfen wir nicht übersehen, dass diese stetig
105 verteidigt werden muss.

106

107 Die Stimmen, die sich für die Einschränkung der Niederlassungsfreiheit und des freien
108 Personengrenzverkehrs aussprechen, haben sich in den letzten Jahren zunehmend Gehör
109 verschafft. In einigen Ländern kam es zu vielbeachteten Wiedereinführungen von
110 Grenzkontrollen oder zur Festlegung von Quoten für den Zuzug aus anderen Staaten.

111

112 Solche Positionen sind für uns genauso wenig politische Diskussionsgrundlage wie die
113 unsägliche Asyldebatte, die schlicht die Reduzierung der AsylbewerberInnenzahlen um jeden
114 Preis zum Ziel hat, oder die Debatte um den sogenannten „Armutszuzug“ aus Südosteuropa.
115 Auch ein Einwanderungsgesetz, das Menschen nach Nützlichkeitskriterien bewertet, lehnen wir
116 ab. Für uns ist klar: jeder Mensch muss seinen Wohnort frei wählen können.

117

118 Freiheit muss jedoch auch auf nationaler Ebene verteidigt werden. Der Mangel an bezahlbarem
119 Wohnraum stellt für viele junge Menschen einen elementaren Freiheitseinschnitt dar. Viele
120 Menschen sind auf Grund zunehmender Preissteigerungen dazu gezwungen ihren Wohnort zu
121 wechseln. Insbesondere müssen sie dabei aus Ballungszentren wegziehen, da sie schlicht nicht
122 mehr in der Lage sind, die Mieten zu bezahlen.

123

124 Dabei stehen junge Menschen vor allem in Groß- und Hochschulstädten vor großen
125 Herausforderungen. Um zu verhindern, dass junge Menschen vom Wohnungsmarkt verdrängt
126 werden und auf Grund von Mietpreisen ihre Berufs- und Studienwahl abhängig machen, bedarf
127 es massiver Anstrengungen. Insbesondere geförderter Wohnraum für StudentInnen und
128 Auszubildende muss überall dort bereit stehen, wo Bedarf besteht und Mieten astronomische
129 Höhen erreichen.

130

131 Freiheit bedeutet in diesem Zusammenhang aber auch, dass gemischte städtebauliche
132 Strukturen forciert und monofunktionalen Gebietstypen entgegengewirkt werden. Jeder soll am
133 gesellschaftlichen Leben teilnehmen können und Zugang zu Einrichtungen aller Art genießen.
134 Ziel jeder Städtebaupolitik muss daher die Umsetzung gemischter Wohngebiete sein. Hierauf
135 wollen wir in Stadt und Land Einfluss nehmen.

136

137 **Freiheit braucht Freiraum und Mitbestimmung für junge Menschen**

138

139 Als JungsozialistInnen stellt die Demokratisierung aller Lebensbereiche eines unserer erklärten
140 Ziele dar. Freiheit ohne Demokratie und Demokratie ohne Freiheit sind für uns undenkbar.

141

142 Auf Grund dessen sprechen wir uns auch für eine Ausweitung der demokratischen
143 Mitwirkungsrechte und -möglichkeiten für Kinder und Jugendliche aus. Neben einer Absenkung
144 des Wahlalters auf 14 spielen insbesondere der Aufbau von Jugendparlamenten und die
145 Ausweitung der Selbstbestimmung in Jugendzentren wichtige Rollen.

146

147 Insbesondere Jugendparlamente übermitteln nicht nur Verständnis für unsere demokratische
148 Kultur und gleichfalls für demokratische Entscheidungsprozesse, sie stellen auch die
149 geeigneten Gremien zur Umsetzung jugendpolitisch relevanter Themen dar. Nicht umsonst sind
150 Kinder und Jugendliche die Experten, wenn es um die Gestaltung ihrer Lebenswirklichkeit geht.
151 Daher ist es nur eine Selbstverständlichkeit sie entsprechend zu Rate zu ziehen. Jugendzentren
152 können zudem Selbstbestimmung und Selbstverwaltung lehren und sind in ihrer Bedeutung
153 nicht geringer zu stellen. Der Ausbau der Selbstbestimmung und die Erweiterung -
154 insbesondere auch der der Öffnungszeiten - ist daher von erheblicher Wichtigkeit. Die
155 Ausweitung und Unterstützung dieser Instrumente in Stadt und Land sind naheliegende
156 Aufgaben eines jungsozialistischen Verbandes.

157

158 Ebenso wichtig ist uns auch die Ausweitung der Mitbestimmungsrechte für Studierende an
159 bayerischen Hochschulen. Dazu gehört für uns die Wiedereinführung der Verfassten
160 Studierendenschaft mit einem allgemeinpolitischen Mandat, dass den studentischen Gremien

161 ermöglicht, sich nicht nur innerhalb der Hochschule, sondern auch außerhalb dieser für die
162 studentischen Bedürfnisse und Anliegen einzutreten, und eine paritätische Besetzung der
163 Gremien innerhalb der Hochschulen.

164

165 Wir verstehen Hochschulen außerdem als Orte der gelebten Demokratie. Daher setzen wir uns
166 dafür ein, dass Diskussionen und politische Veranstaltungen, die sich auch kritisch mit
167 politischen Geschehnissen auseinandersetzen, weiterhin eine Selbstverständlichkeit an jeder
168 Hochschule sind.

169

170 **Freiheit heißt auch Inklusion**

171

172 Für viele junge Menschen sind Barrieren vorhanden, die sie daran hindern, am
173 gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Wir JungsozialistInnen müssen ein Sprachrohr für junge
174 Menschen mit Behinderung sein, uns für eine inklusive Gesellschaft einsetzen und sie aktiv
175 mitgestalten.

176

177 Eine wichtige Herausforderung ist die bauliche Barrierefreiheit. Jungen Menschen mit
178 Behinderung muss die Möglichkeit gegeben werden, sich frei und selbstbestimmt im öffentlichen
179 Raum bewegen zu können. Dabei müssen neben den Einschränkungen für junge Menschen mit
180 körperlicher Behinderung die öffentlichen Räume auch hinsichtlich ihrer Barrieren für junge
181 Menschen mit geistiger, Seh- und Hörbehinderung überprüft werden. Doch nicht nur im
182 öffentlichen Raum, auch in der Arbeit, dem Bildungssystem, bei Kulturangebot, beim Wohnen,
183 im Gesundheitswesen, im politischen Leben und in der Freizeit herrschen Barrieren vor.

184

185 Inklusion ist als Querschnittsthema zu betrachten um allen jungen Menschen eine freie,
186 gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen, unabhängig von
187 körperlichen, geistigen und seelischen Beeinträchtigungen, wie auch sozialem Status,
188 Geschlecht, Alter, Weltanschauung, Religion und Herkunft.

189

190 Beispiele wie diese gibt es zu Hauf. Unsere Aufgabe ist es diese Missstände zu beleuchten, ihre
191 Wechselwirkungen für alle klar hervorzuheben und unseren Teil dazu beizutragen, dass
192 Barrierefreiheit für alle umgesetzt wird.

193

194 **Mobilität im öffentlichen Raum**

195

196 Freiheit beinhaltet auch immer die Freiheit zur Mobilität. Besonders für Jugendliche und junge
197 Erwachsene ist die Möglichkeit sich frei und unabhängig fortzubewegen von erheblicher
198 Notwendigkeit. Mobilität ist für viele junge Leute die Voraussetzung für eine ungehinderte
199 Lebensführung.

200

201 Dabei ist ein Großteil der Jugendlichen und jungen Erwachsenen vor allem auf den öffentlichen
202 Personennahverkehr angewiesen. Sei es um zur Schule oder Ausbildungsstelle zu gelangen,
203 oder um nach einer „durchzechten“ Nacht sicher zu Hause anzukommen – der Zug, die Tram
204 oder der Bus vor Ort ist das zentrale Fortbewegungsmittel. Wir sagen: der öffentliche
205 Nahverkehr ist für alle da. Er ermöglicht uns Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, gibt uns
206 individuelle Freiheit und hilft uns, unser Leben abwechslungsreich zu gestalten. Deshalb sind
207 Busse und Bahnen für uns ein öffentliches Gut. Der Nahverkehr kann sich nicht alleine privat
208 finanzieren, dann wären die Fahrpreise unbezahlbar. Wenn wir wollen, dass die Verbindungen
209 flächendeckend und attraktiv werden, dann müssen wir dafür auch Steuern in die Hand
210 nehmen. Wir Jusos sagen: Das ist es uns wert! Mobilität ist eine öffentliche Aufgabe und Busse
211 und Bahnen gehören in öffentliche Hand.

212

213 Mobilität heißt für uns aber nicht nur Bus oder Bahn. Gerade für junge Menschen heißt
214 Fahrradfahren ein Stück Freiheit und selbstbestimmte Mobilität. Dabei ist das Vorankommen
215 nicht immer einfach: Fahrradwege enden im Nirgendwo, sichere Fahrradabstellplätze sind eine
216 Seltenheit und oft steht man vor der Wahl, sein Leben auf der viel befahrenen Hauptstraße zu
217 riskieren oder illegal auf dem Fußweg zu fahren. Wir Jusos fordern endlich umfassende
218 Anstrengungen für ein attraktives Radwegenetz und ausreichend sichere Stellplätze. Und zwar
219 nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem Land. RadfahrerInnen dürfen nicht länger
220 VerkehrsteilnehmerInnen zweiter Wahl sein.

221

222 Natürlich ist es schön, wenn man ohne Auto überall hinkommt, aber manchmal geht's einfach
223 nicht anders: Ob Großeinkauf oder Umzug, ohne Führerschein wird's schwierig – zumindest
224 wenn man sich nicht ewig von den Eltern chauffieren lassen will. Auch viele ArbeitgeberInnen
225 legen nach wie vor Wert auf die Fahrerlaubnis. Und die kann bekanntlich teuer werden: Neben
226 zahlreichen Pflichtstunden muss auch noch der theoretische Unterricht und die Prüfung aus
227 eigener Tasche gestemmt werden. Andere Länder machen Alternativlösungen vor: Der
228 theoretische Teil kommt in die Schule und wird damit kostenlos. Wir sagen: Das schaffen wir
229 auch hier!

230

231 Nicht alle Menschen sind ständig auf Autos angewiesen. Und trotzdem ist es manchmal
232 praktisch, wenn man ab und zu auf eins zurückgreifen kann. Die Lösung für den gelegentlichen
233 Gebrauch liegt eigentlich auf der Hand: Carsharing – wenige Autos für viele Menschen, immer
234 dann verfügbar wenn man es braucht. Leider ist das Angebot an solchen Modellen heute noch
235 nicht flächendeckend, und oft stehen nur kommerzielle Angebote zur Verfügung. Wir Jusos
236 wollen mehr Förderung für Carsharing-Modelle, am besten lokal und genossenschaftlich
237 organisiert

238

239 **Alles verboten? Der öffentliche Raum gehört uns allen!**

240

241 Unter Alkoholeinfluss steigt bei Menschen zwar die Bereitschaft Straftaten oder
242 Ordnungswidrigkeiten zu begehen, dennoch gehen diese Delikte nur von einem kleinen Teil
243 aller Personen unter Alkoholeinfluss aus. Um diese zu verringern, haben sich viele Städte dazu
244 entschieden für ihre Innenstadt den Konsum von Alkohol in der Öffentlichkeit zu verbieten,
245 wobei in Gebäuden und während Volksfesten weiterhin Alkohol ausgeschenkt werden darf.

246

247 Als weitere Einschränkung wird der Betrieb von Gaststätten und Nachtclubs durch eine
248 Sperrzeit begrenzt. 2005 wurde sie in Bayern zunächst auf eine Stunde von 5 bis 6 Uhr
249 verkürzt (Putzstunde). Seitdem haben acht bayrische Städte sie wieder verlängert.

250

251 Wie beim Alkoholverbot geht es in der Diskussion oft nicht um tatsächliche Gefahren für sich
252 dort aufhaltende Personen und AnwohnerInnen, sondern deren subjektives Sicherheitsgefühl.
253 Die Sperrzeit wird als schnelles, wirksames und kostengünstiges Mittel gegen vermeintlich
254 vermehrte Störungen der Nachtruhe angesehen. Bisher konnte kein Nachweis erbracht werden,
255 dass dies die Kriminalität insgesamt oder in der Nacht gesenkt hat, auch wenn für einzelne
256 Städte und Delikte Effekte festzustellen sind.

257

258 Eine Verlagerung der Feieraktivitäten auf Privatpartys, Afterpartys und den öffentlichen Raum
259 befeuert wiederum die Forderung nach einer weiteren Verlängerung der Sperrzeit, einem
260 Alkoholverbot in der Öffentlichkeit und verstärken Anfeindungen gegenüber jungen Menschen.
261 Für uns steht fest, dass es auch kulturelle Angebote für Jugendliche geben muss, weswegen
262 wir uns bemühen die Ängste in der Bevölkerung vor diesen abzubauen.

263

264 Zugleich lehnen wir die im Freistaat vorherrschende Repressionspolitik ab. Die Maßnahmen die
265 stets der Beschränkung, des Verbots oder der Bestrafung dienen sind für uns inakzeptabel.
266 Tanzverbote und restriktive Grünflächenverordnungen die Alkoholkonsum verbieten stellen
267 massive Eingriffe in die Grundrechte der Bevölkerung dar und sind Ausfluss einer religiös
268 motivierten Law&Order-Politik die gänzlich abzulehnen ist.

269

270 **Die Gedanken sind frei!**

271

272 Bildung ist für uns der Schlüssel zur Teilhabe an der Gesellschaft und Voraussetzung für ein
273 wirklich freies und selbstbestimmtes Leben. Das aktuelle Bildungssystem ist jedoch viel zu sehr
274 an ökonomischer Verwertbarkeit und einem engen Leistungsbegriff orientiert. Wir Jusos stehen
275 für lebenslanges Lernen, das in Bildungseinrichtungen für Kleinkinder beginnt und über Schule,
276 Ausbildung und Hochschule zu Fort- und Weiterbildung reicht. Im Zentrum muss dabei für uns
277 immer die Entwicklung der eigenen Begabungen und Fähigkeiten stehen. Wir fordern daher ein
278 inklusives Bildungssystem, das alle Kinder von Anfang an mitnimmt und keine Selektion nach
279 (vermeintlicher) Leistungsfähigkeit vornimmt. Noten lehnen wir als vorgeblich objektive
280 Leistungsbewertung ab und fordern stattdessen die Einführung alternativer Modelle zur
281 Beschreibung von Lernfortschritten wie zum Beispiel Portfolios und Lernentwicklungsberichte.

282

283 Auch weiterführende Bildung wie Hochschulbildung und berufsbegleitende Angebote muss für
284 alle zugänglich und gebührenfrei sein.

285

286 Für Berufstätige fordern wir außerdem die gesetzliche Festschreibung von Bildungsurlaub,
287 damit auch eine allgemeine Weiterbildung neben der Berufstätigkeit möglich ist.

288

289 Eine wichtige Voraussetzung für selbstbestimmtes Lernen ist für uns die Demokratisierung aller
290 Bildungsbereiche. Wir fordern daher die Einführung und gesetzliche Festschreibung von
291 demokratischen Strukturen in Bildungsinstitutionen, jeweils entsprechend des Alters der
292 Beteiligten.

293

294 **Freiheit versus Sicherheit? Nicht mit uns!**

295

296 Wir Jusos lehnen die Panikmache rund um "Gefahren durch das Internet" ab. Natürlich wollen
297 wir strafrechtlich relevante Taten auch im digitalen Bereich verfolgen. Ein Großteil der
298 "Straftaten" im Internet sind allerdings zivilrechtliche Verstöße wie beispielsweise die Verletzung
299 von Urheberrechten oder Verwertungsrechten. Es ist keine Lösung, diese rücksichtslos durch
300 Abmahnungen durchzusetzen, wir brauchen hier eine Debatte über ein modernes Urheberrecht
301 und müssen einen fairen Ausgleich zwischen den Beteiligten vorantreiben. Generell kann man
302 vielen Herausforderungen des digitalen Zeitalters nicht durch eine restriktive Strategie
303 begegnen. Wir stehen für starke BürgerInnenrechte in der digitalen Welt. Der Schutz der
304 Informations- und Kommunikationsfreiheit sowie das Recht auf informationelle
305 Selbstbestimmung haben für uns auch in der digitalen Welt hohe Priorität und dürfen nicht
306 ausgehebelt werden.

307

308 Wir stehen zum Prinzip „Löschen statt Sperren“ bei strafrechtlich relevanten Inhalten und lehnen
309 Netzsperrungen ab. Ebenso halten wir Vorratsspeicherung für einen völlig unverhältnismäßigen
310 Eingriff in die Privatsphäre der Einzelnen und lehnen diese ab. Studien haben mehrfach belegt,
311 dass die VDS kein taugliches Mittel zur Kriminalitätsbekämpfung ist. Gleichzeitig wenden wir
312 uns aber auch gegen andere Methoden, die ähnlich stark in die Privatsphäre der Menschen
313 eingreifen, wie beispielsweise Online-Durchsuchungen in Bayern und gegen den vom LKA
314 verwendeten unsicheren „Staatstrojaner“. Einen Gipfel des staatlichen Eingriffs stellt für uns die
315 als "NSA-Affäre" bekannt gewordene, systematische und pauschale Überwachung des digitalen
316 Datenaustauschs dar. Wir brauchen Mechanismen, um uns zu wehren, wie beispielsweise
317 einfach bedienbare Verschlüsselung für jedeN. Digitale Überwachungsmethoden stehen ganz
318 klar im Widerspruch zu unseren Grundwerten und den rechtsstaatlichen Rahmenbedingungen
319 in Deutschland und Europa. Wer die Freiheit opfert, um vermeintlich mehr Sicherheit zu
320 bekommen, verliert am Ende beides!

321

322 Zugang zum Internet gehört für uns Jusos zur Daseinsvorsorge und ist für gesellschaftliche
323 Teilhabe heute unabdingbar. Daher wollen wir, dass es flächendeckend in Bayern einen guten
324 Zugang zum Internet gibt und dass dieser für alle bezahlbar ist. Schnelles Internet darf nicht nur
325 Menschen vorbehalten sein, die in Städten leben. Wir Jusos fordern, dass ein technologisch
326 moderner Breitbandausbau in der Stadt und auf dem Land gleichermaßen umgesetzt wird. Wir
327 stehen zur diskriminierungsfreien Datenübertragung, für einen freien und gleichen Zugang zum
328 Internet mit dem Ziel der Netzneutralität.

329

330 Aktuell entsteht eine Spaltung - ein „Digital Divide“ - zwischen den Menschen, die die neuen
331 Kommunikationsmethoden selbstverständlich nutzen und Menschen, die keinen Zugang dazu
332 haben. Diese Kluft verläuft durch die ganze Gesellschaft und lässt sich nicht nur an Faktoren
333 wie Alter, Geschlecht und sozialer Herkunft ausmachen. Wir wollen aber eine Teilhabe aller an
334 den Neuen Medien. Bildung ist für uns der Schlüssel zur Überwindung dieser digitalen Spaltung.
335 Wir wollen daher Konzepte für digitale Bildung für alle Lebensphasen. Aber auch die Lehr- und
336 Lernmaterialien wie z.B. Schulbücher werden sich ändern und müssen digital verfügbar sein.
337 Wir wollen einen freien und kostenlosen Zugang zu Lerninhalten über sogenannte "Open
338 Educational Resources", damit auch hier Bildung nicht vom Geldbeutel abhängt.

339

340 Der Zusammenhalt unserer Gesellschaft und das Funktionieren einer parlamentarischen
341 Demokratie werden ebenfalls durch die Digitalisierung beeinflusst. Wir haben es in der Hand,
342 aus der digitalen Gesellschaft eine offene, freie und demokratische Gesellschaft zu machen.
343 Eine vernetzte Verwaltung (Open Government) und die Bereitstellung offener Daten (Open

344 Data) sind Bausteine für ein modernes Regierungshandeln, setzt aber einen Kulturwandel von
345 Staat und Verwaltung voraus.

346

347 **Wir ziehen's durch. Weil wir's können. Cannabis endlich legalisieren.**

348

349 Seit den Legalisierungswellen in manchen US-amerikanischen Staaten und alternativen
350 drogenpolitischen Projekten in einigen EU-Ländern ist die Legalisierung von Cannabis wieder in
351 die politische Diskussion gerückt worden. Wie verschiedene Befragungen zeigen, ist die
352 repressive Drogenpolitik gescheitert. Große Bevölkerungsteile haben schon einmal Cannabis
353 konsumiert, bzw. machen dies regelmäßig. Durch das Verbot wird momentan v.a. die
354 Kriminalisierung großer Bevölkerungsschichten erreicht. Zurzeit herrscht in Deutschland eine
355 breite Diskussion insbesondere über die Schädlichkeit von Cannabis, bei der GegnerInnen wie
356 BefürworterInnen der Legalisierung diese mit bereits legalisierten Drogen aufrechnen. Dies
357 halten wir für den falschen Weg diese Debatte zu führen.

358

359 Für uns ist klar: Drogen bringen Schäden mit sich und können eine Gefahr für den/die
360 KonsumentIn und andere Menschen darstellen. Selbstverständlich birgt Cannabis ein
361 gesundheitliches Risiko: die mentalen Schäden, besonders beim Konsum von Menschen in
362 ihrer Entwicklung, können massiv ausfallen. Und natürlich ist Cannabis im Straßenverkehr eine
363 große Gefahr für die gesamte Umgebung. Zudem muss der Konsum durch Minderjährige in
364 jedem Fall unterbunden werden.

365

366 Die Frage, die sich hier stellt ist allerdings eine ganz andere. Erreichen wir durch die
367 momentane Politik die gewünschte Wirkung? Schreckt das Verbot Menschen davon ab
368 Cannabis zu konsumieren, bzw. würde eine Legalisierung mehr Menschen dazu animieren? In
369 Bezug auf ersteres ist mittlerweile erwiesen, dass das Verbot nur eine sehr geringe, bis gar
370 keine abschreckende Wirkung hat. In Bezug auf Zweiteres zeigen einige Staaten mit einer
371 liberaleren Drogenpolitik, dass über einen längeren Zeitraum die KonsumentInnenzahl nicht
372 relevant steigt. Die Kriminalisierung schafft es also nicht die wichtigsten Ziele von Drogenpolitik,
373 nämlich rückläufigen Konsum und Problembewusstsein in Bezug auf die Droge, zu erreichen.

374

375 Das Verbot scheitert allerdings auch dadurch, dass es Probleme schafft, die erst durch ein
376 Verbot aufkommen. Neben der Kriminalisierung großer Bevölkerungsschichten, die gigantische
377 Kosten für Polizei, Justiz, etc. nach sich zieht, steigt auch die Schädlichkeit von Cannabis durch
378 seine Illegalisierung. Dies geschieht durch Dinge wie Streckung oder die Tatsache, dass
379 mittlerweile einige Jugendliche auf synthetische Ersatzstoffe, sog. "Kräuter" umsteigen, die in
380 ihrer Wirkung wesentlich schlechter einzuschätzen sind und im Gegensatz zu Cannabis schon
381 einige Todesopfer gefordert haben.

382

383 Deshalb fordern wir eine Legalisierung von Cannabis mit einer kontrollierten Abgabe durch
384 Apotheken und einen überwachten Anbau durch ZulieferInnen. Mit den Geldmitteln, die derzeit
385 in die Strafverfolgung fließen, wollen wir Präventionsprojekte und Beratungsangebote stärken!
386 Wir wollen Geldmittel, die momentan in der Strafverfolgung gebunden sind, sparen und
387 stattdessen Präventionsprojekte stärken. Weitere finanzielle Mittel für die Prävention und
388 Beratung könnten durch eine Besteuerung der kontrollierten Abgabe von Cannabis
389 herangezogen werden. Wir wollen durch eine Besteuerung der kontrollierten Abgabe Geldmittel
390 akquirieren und diese in Suchtberatung und Entzugsprogramme investieren. Wir wollen einen
391 legalen und verantwortungsbewussten Umgang mit Cannabis, ohne bürgerliche Verbotspolitik
392 und Repressionen, die bisher nur zu Streckung und Beschaffungskriminalität sowie zu einer
393 absolut verlogenen Einstellung zum Thema Sucht und Konsum geführt haben.

394

395

396

397

398

399

400

401

402

403

404

Titel Keine Aufwertung von Sportveranstaltungen in undemokratischen Ländern durch Besuch politischer Repräsentant*innen

Antragsteller Hessen-Nord

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Keine Aufwertung von Sportveranstaltungen in undemokratischen Ländern durch Besuch politischer Repräsentant*innen

- 1 Der Bundeskongress möge beschließen:
- 2
- 3 Es sollte für alle Politiker eine Richtlinie werden nicht zu Sportereignissen zu fahren, die in
- 4 Ländern stattfinden in denen Demokratie und Meinungsfreiheit keinen Platz haben.
- 5
- 6 **Begründung:**
- 7 Begründung:
- 8 Diese Turniere sind eine Katastrophe. Weder hätte jemals eine WM nach Katar oder nach
- 9 Russland vergeben werden dürfen. Sie sind eine mögliche Zurschaustellung eigener Macht und
- 10 können von eigenen Medien ausgenutzt werden. Jetzt hat es die Fifa weder mit Demokratie
- 11 noch mit Ehrlichkeit und sie vergibt gegen ein entsprechendes Entgelt solche Turniere auch an
- 12 Staaten, welche die selben Werte verkörpern. Wobei man bei Katar auch die Unterstützung von
- 13 Terroristen auf die Liste setzen kann. Das an sich ist schon schlimm genug, aber jetzt noch eine
- 14 offizielle Delegation hinzuschicken, wäre eine weitere Aufwertung des Regimes und sollte
- 15 unterbleiben.
- 16
- 17
- 18
- 19
- 20
- 21
- 22
- 23
- 24
- 25
- 26
- 27
- 28
- 29
- 30
- 31
- 32
- 33
- 34
- 35
- 36

Titel Kennzeichnungspflicht für Echtpelzprodukte

Antragsteller Brandenburg

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Kennzeichnungspflicht für Echtpelzprodukte

1 Bis zur Durchsetzung eines Echtpelzverbotes in der Bekleidungsindustrie müssen alle
2 Echtpelzprodukte, die im Handel erhältlich sind, für Verbraucher*innen klar verständlich und
3 deutlich mit Angaben zur verwendeten Tierart und der Herkunft des Tieres gekennzeichnet
4 werden.

5

6 **Begründung:**

7

8 Millionen Hunde und Katzen sterben jährlich in China für die Pelzindustrie. Immer noch
9 gelangen teilweise falsch etikettierte Hunde- und Katzenfelle nach Europa und werden z.B. als
10 Kunstpelz verkauft. Dies wird aus Kostengründen so praktiziert, da selbst ein echtes Hundefell
11 aus China billiger in der Produktion ist als ein gut gemachter Webpelz.

12

13 Die bisher fehlende Kennzeichnungspflicht von Echtpelzprodukten ist daher ein gravierendes
14 Versäumnis innerhalb der Verbraucherinformation.

15

16 Trotz des EU-weiten Importverbots von Haustierfellen gibt es keine Kennzeichnungspflicht für
17 die Kleidungsstücke, in denen sie verarbeitet sind. So kann es dazu kommen, dass der
18 Verbraucher einen Parka mit Fellkragen kauft, auf dessen Etikett „100 Prozent Polyester“ steht,
19 es sich aber um einen echten Fellkragen handelt.

20

21 Verbraucher*innen werden nicht ausreichend informiert und damit in der Folge flächendeckend
22 getäuscht. Echtpelzprodukte sind häufig gar nicht, nur schlecht oder auch für den Verbraucher
23 nicht nachvollziehbar mit Fantasienamen gekennzeichnet (z.B. „Maopee“, „Genotte“,
24 „Bergkatze“ oder „Gayangi“ für Katzenfell; „Asiatischer Wolf“, „Dogue de Chine“ oder „Loup
25 d`Asie“ für Hundefell).

26

27 Zur praktischen Durchsetzbarkeit der Verpflichtung muss sich die Kennzeichnungspflicht auf die
28 Lieferkette beziehen. Die Verpflichtung muss – um nicht umgangen zu werden – sowohl für die
29 Hersteller als auch für Händler gelten. Weiterhin sollte dies auch, um dem
30 Nichtdiskriminierungsgrundsatz der EU zu entsprechen, für inländische wie für ausländische
31 Marktteilnehmer gelten.

32

33 Als Vorbild für eine gesetzliche Verpflichtung zur Kennzeichnung von Echtpelzen kann wie oben
34 gefordert die Deklarationspflicht in der Schweiz herangezogen werden. Dort müssen Pelze und
35 Pelzprodukte mit dem wissenschaftlichen und zoologischen Namen der Tierart, der Herkunft
36 des Felles und der Art der Gewinnung (d.h. ob ein Tier gejagt wurde oder aus welcher Art von
37 Zucht es stammt) deklariert werden. Ziel ist es, dass Verbraucher*innen die Kennzeichnung vor
38 dem Kaufentscheid eindeutig zur Kenntnis nehmen können. Dazu kann die Kennzeichnung
39 beispielsweise auf dem Produkt selbst oder auf der Verpackung bzw. am Preisschild angezeigt

40 werden.

41

42 Nur durch eine transparente Kennzeichnung der Zusammensetzung eines Kleidungsstückes
43 können Verbraucher*innen eigene, mit ihren persönlichen Interessen und Moralvorstellungen
44 übereinstimmende Entscheidungen treffen.

45

46

47

48

49

50

51

52

53

54

55

56

57

58

59

60

61

62

63

64

65

66

67

68

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

Titel Neuregelungen bei den Terminen für die Sommerferien

Antragsteller Hannover

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Neuregelungen bei den Terminen für die Sommerferien

- 1 Die Länder Baden-Württemberg und Bayern sind mit in den Wechselrhythmus der
- 2 Sommerferien aufzunehmen.
- 3
- 4 Sollte dies nicht möglich sein, legen die restlichen Bundesländer feste Kalenderwochen für den
- 5 Beginn der zukünftigen Sommerferien in Absprache fest, dabei dürfen nicht zu viele
- 6 Bundesländer gleichzeitig mit den Sommerferien beginnen und sie sollten keine
- 7 Nachbarflächenländer sein.
- 8
- 9 Außerdem sollte der Zeitraum der Sommerferien in Deutschland nicht weiter ausgedehnt,
- 10 sondern eher wieder verkleinert werden.
- 11
- 12 Schließlich sollen Ferien der Erholung der SchülerInnen dienen und nicht wirtschaftlichen
- 13 Aspekten unterliegen.
- 14
- 15 **Begründung:**
- 16 *Seit Jahrzehnten gibt es bei den Sommerferien ein Rotationsprinzip, an welchem sich bis auf*
- 17 *die Länder Baden-Württemberg und Bayern alle anderen beteiligen. Damit liegt der Beginn der*
- 18 *Sommerferien mal im Juni, Juli oder August. Eine der Begründungen für die Nichtteilnahme an*
- 19 *diesem Wechsel der südlichen Bundesländer ist die angebliche notwendige Hilfe der*
- 20 *SchülerInnen bei der Ernte auf den Feldern. Ob dies auch heute noch für die Masse der*
- 21 *SchülerInnen gilt, kann bezweifelt werden. Zumal in Niedersachsen als vielgepriesenes*
- 22 *Agrarland Nummer Eins in Deutschland auf diese Art der Arbeitskraft verzichtet wird. Vielmehr*
- 23 *ergibt sich für die Schulsysteme in Baden-Württemberg und Bayern durch den festen Beginn*
- 24 *der Sommerferien ein enormer Vorteil durch die immer gleichlangen Schuljahre. Das Schuljahr*
- 25 *2015/16 in Niedersachsen ist im Vergleich zum Schuljahr 2014/15 vier Wochen kürzer, was*
- 26 *gerade bei Fächern mit nur einer Schulstunde pro Woche zu Problemen bei der Vermittlung des*
- 27 *notwendigen Lernstoffes führen kann. Sollte es nicht möglich sein, die beiden Bundesländer mit*
- 28 *in den Wechselrhythmus einzubinden, sollten die restlichen Bundesländer ebenfalls feste*
- 29 *Starttermine für ihre Sommerferien einführen, damit die Schuljahre auch dort gleichlang sind.*
- 30
- 31
- 32
- 33
- 34
- 35
- 36
- 37
- 38

Titel Wildtierverbot im Zirkus

Antragsteller Sachsen-Anhalt

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Wildtierverbot im Zirkus

- 1 **Wildtierverbot im Zirkus**
- 2
- 3 Es muss endlich ein gesetzliches Verbot zur Haltung wildlebender Tierarten im Zirkus bestehen.
- 4
- 5 **Begründung:**
- 6 Während Österreich und andere Länder längst ein Wildtierverbot ausgesprochen haben leiden
- 7 die Tiere in deutschen Zirkussen Tag für Tag weiter. Das Halten solcher Tiere in Zirkussen ist
- 8 tierschutzwidrig. Eine artgerechte Haltung ist nicht möglich. Einen großen Teil ihrer Zeit müssen
- 9 die Tiere in Käfigen und Transportwagen verbringen, eine Unterbringung in ausreichend großen
- 10 Gehegen ist nicht machbar.
- 11
- 12
- 13
- 14
- 15
- 16
- 17
- 18
- 19
- 20
- 21
- 22
- 23
- 24
- 25
- 26
- 27
- 28
- 29
- 30
- 31
- 32
- 33
- 34
- 35
- 36
- 37
- 38
- 39

Titel Kastrationspflicht für Katzen und Kater

Antragsteller Hessen-Nord

Zur Weiterleitung an SPD Bundesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Kastrationspflicht für Katzen und Kater

- 1 Der Bundeskongress möge beschließen:
- 2
- 3 Den kommunalen Mandatsträger*innen wird empfohlen sich für eine Kastrations- und
- 4 Kennzeichnungspflicht für freilaufende Katzen und Kater einzusetzen.
- 5
- 6 **Begründung:**
- 7 In Deutschland nimmt die unkontrollierte Vermehrung von Katzen immer weiter zu, was zu
- 8 großem Tierleid und einem unangemessenen Eingriff in das heimische Ökosystem führt.
- 9
- 10 Viele Tierhalter*innen liegen falschen Tatsachenbehauptungen auf und kastrieren ihre Tiere
- 11 bewusst nicht, um „ihnen den Spaß zu lassen“ und nicht „in die Natur eingreifen zu wollen“.
- 12 Dabei handelt es sich um gefährliche Trugschlüsse. Katzen und Kater empfinden keine Freude
- 13 bei der Fortpflanzung, sondern Stress und körperliche Schmerzen. Außerdem wird durch die zu
- 14 hohe Katzenpopulation Tierleid erhöht, ein Eingriff durch den Menschen in Form von
- 15 Kastrationen würde eben jenes verringern.
- 16
- 17 Aus diesem Grund soll dem Beispiel vieler niedersächsischer, nordrhein-westfälischer und der
- 18 hessischen Kommune Hessisch Lichtenau gefolgt werden. Hierbei ist eine kommunale
- 19 Regelung von Nöten, bei der die betreffenden Kommunen durch eine Informationsweitergabe
- 20 und das Einbringen vor Ort unterstützt werden sollen.
- 21
- 22
- 23
- 24
- 25
- 26
- 27
- 28
- 29
- 30
- 31
- 32
- 33
- 34
- 35
- 36
- 37
- 38
- 39

U

Umwelt, Energie & Nachhaltigkeit

U 1	Hannover Umfassendes Fracking-Verbot für ganz Deutschland	470
U 2	Rheinland-Pfalz Schluss mit Lebensmittelverschwendung - Containern legalisieren	471
U 3	Hamburg Schutz der Haie, zum Schutz der Menschen	473
U 4	Sachsen Von Bienen und Blumen – unsere Maßnahmen zur Eindämmung vom Bienensterben	475
U 5	Hessen-Süd Tierzucht mit Schwerpunkt „Tierwohl“	478
U 6	Hannover Bezahlbarer Strom ist wichtig	479
U 7	Hannover Energiewende unter ökologischen und sozialen Gesichtspunkten weiterentwickeln	482
U 8	Hessen-Nord Die Unabhängigkeit bei Gas ausbauen	484

Titel Umfassendes Fracking-Verbot für ganz
Deutschland

Antragsteller Hannover

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Umfassendes Fracking-Verbot für ganz Deutschland

- 1 Fracking soll in ganz Deutschland umfassend verboten werden.
- 2
- 3 **Begründung:**
- 4 *Beim Fracking können ungewollt Gesteinsschichten reißen, durch die giftige Flüssigkeiten und*
- 5 *Gas ins Grundwasser gelangen können.*
- 6
- 7 *Fracking kann Erdstöße auslösen, die an der Erdoberfläche Schäden verursachen können.*
- 8
- 9 *Erfahrungen aus den USA zeigen, dass Fracking ein zu hohes Risiko für die Umwelt darstellt.*
- 10 *Millionen Quadratkilometer Land sind dort verseucht worden und das Trinkwasser ist an diesen*
- 11 *Stellen ungenießbar. Tiere, Pflanzen und Menschen werden durch das Fracking gesundheitlich*
- 12 *stark beeinträchtigt und leiden teilweise an Krankheiten, die durch das Fracking verursacht*
- 13 *werden.*
- 14
- 15 *Fracking ist nicht nachhaltig. Die Erde kann die verwendeten Giftstoffe nicht abbauen, der*
- 16 *Boden wird an den Förderstellen für Jahrtausende verseucht sein.*
- 17
- 18 *Die Gewinne aus Fracking erwirtschaften die Betreiber, die Schäden erleiden die Anwohner und*
- 19 *folgende Generationen. Die Haftung der Betreiber verjährt schon nach 30 Jahren.*
- 20
- 21 *Wertverluste von Gebäuden oder touristisch genutzten Anlagen (z. B. durch Bohrtürme in 100 –*
- 22 *200 m Entfernung) werden den Eigentümern nicht erstattet.*
- 23
- 24 *Der Sachverständigenrat für Umweltfragen berichtet, dass die Förderung und der Verbrauch*
- 25 *von Frackinggas eine 3 bis 15 mal höhere Klimabelastung durch CO2 verursacht als bisher*
- 26 *verwendetes Gas. Die bereits beschlossenen, politisch verbindlichen Klimaschutzziele auf*
- 27 *internationaler Ebene werden durch Verwendung von Frackinggas ignoriert, denn*
- 28 *klimaverträglicheres Gas ist ausreichend auf dem Weltmarkt vorhanden.*
- 29
- 30 *Die Langzeitabdichtung der Bohrlochummantelung kann nicht garantiert werden. Auch die*
- 31 *dauerhafte Abdichtung zwischen der Ummantelung und dem durchbohrten Gestein ist ein*
- 32 *bleibendes Risiko.*
- 33
- 34
- 35
- 36
- 37
- 38

Titel Schluss mit Lebensmittelverschwendung -
Containern legalisieren

Antragsteller Rheinland-Pfalz

Zur Weiterleitung an SPD Bundestagsfraktion, Bundesministerium für Justiz und
Verbraucherschutz

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Schluss mit Lebensmittelverschwendung - Containern legalisieren

1 Die Jusos fordern, den Abfall aus Entsorgungscontainern von Supermärkten zwischen dem
2 Zeitpunkt seiner Entsorgung in Containern und der Abholung durch Entsorgungsunternehmen
3 als abgetretenes Eigentum im Sinne einer herrenlosen Sache zu erklären. Zudem muss der
4 Handel verpflichtet werden, einen ungehinderten Zugang zu nicht mehr verkaufsfähigen aber
5 noch genießbaren Lebensmitteln sicherzustellen. Wir fordern zudem, dass alle noch
6 brauchbaren Lebensmittel und Verbrauchsgüter des täglichen Bedarfs, die nicht zum
7 Containern zu Verfügung gestellt werden, an einheitlichen und unabhängigen, kommunalen
8 Stellen die durch den Staat finanziert werden an alle Interessierten abgeben werden.

9

10 **Begründung:**

11 Im Mai 2015 beschloss das französische Parlament ein Gesetz, welches dem Einzelhandel
12 verbietet, Lebensmittel weg zu werfen, und ihn stattdessen zwingt, sie entweder zu spenden
13 oder, falls sie nicht mehr genießbar sind, z.B. durch Kompostierung weiter zu verwerten. Dies ist
14 zwar ein guter Ansatz, den Schaden, den unsere Konsumgesellschaft anrichtet, zu verringern,
15 jedoch ist das Gesetz zu kurz gedacht. Eine Lösung, die nicht nur den Einzelhandel, sondern
16 alle Verbrauchergruppen mit einschließt, ist das Containern. Das Containern, welches
17 ausgemusterte, jedoch noch genießbare Lebensmittel vor ihrer Vernichtung rettet, zeigt uns
18 Möglichkeiten auf, wie wir diese Ware sozial weiter verwerten können.

19

20 Containern, zu deutsch „Mülltauchen“ oder auch „Dumpstern“ genannt, ist die Bezeichnung für
21 das Heraussuchen von noch Verwertbarem aus Abfallcontainern des Einzelhandels. Vielerorts
22 wird diese Praxis schon seit längerem praktiziert und viel mehr als politischer Protest gegen die
23 Konsumgesellschaft. Containern dient Menschen als Teil ihrer alltäglichen Versorgung mit
24 Lebensmitteln und Gütern des täglichen Bedarfs wie Kosmetikprodukten.

25

26 Rein rechtlich ist der Müll aus den Containern bisher Eigentum derjenigen, die ihn weggeworfen
27 haben, und zwar bis zur Abholung durch die Entsorger*innen. Steht der Container offen
28 zugänglich und ist nicht abgeschlossen, handelt es sich nach der aktuellen Gesetzeslage um
29 Diebstahl. Wer zum Containern beispielsweise noch einen Zaun überwindet oder Privatgelände
30 der Märkte betritt begeht Hausfriedensbruch. Die Konsequenzen und tatsächlichen
31 Strafverfolgungen sind bisher allerdings gering. Zwar kommt es zu einzelnen Verurteilungen
32 wegen Hausfriedensbruch, da für die „Bestohlenen“ jedoch kein realer Schaden entsteht,
33 kommt es in der Regel nicht zur Strafanzeige. Die Gesetzeslage ist zum größten Teil also eine
34 Farce. Durch die Erklärung des vermeintlichen Abfalls als abgetretenes Eigentum im Sinne
35 einer herrenlosen Sache wird eine positive Rechtsgrundlage für das Containern geschaffen.

36

37 Für die Lebensmittel die nicht „container“ werden wünschen wir uns einheitliche Stellen in den
38 Kommunen die vom Staat getragen werden. Die bisher existierenden Tafeln sind einerseits
39 lediglich privat getragen und zu intransparent. Zudem richten sie sich ausschließlich an
40 „Bedürftige“, wie Bezieher*innen von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II. An ihre Stelle
41 sollen kommunale Verteilerstellen treten, an denen jede*r Interessierte Lebensmittel und Güter
42 des täglichen Bedarfs erhalten kann.

43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89
90
91
92
93
94
95
96
97

Titel Schutz der Haie, zum Schutz der Menschen

Antragsteller Hamburg

Zur Weiterleitung an SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Schutz der Haie, zum Schutz der Menschen

- 1 Wir fordern,
- 2
- 3 1. das sofortige Verbot sämtlicher von bedrohten Hai-Arten stammender Produkte.
- 4 2. das Verbot aller gewaltsam gewonnenen Hai-Produkte, bis garantiert werden kann, dass
- 5 keine betreffenden Hai-Arten oder Hai-Bestände bedroht werden.
- 6 3. ein EU-weites Verbot des Imports von durch Finning gewonnenen Haiprodukten.
- 7 4. ein Verbot für Europäische Fischer Haiprodukte in Nicht-EU Ländern anzulanden.
- 8 5. großzügige, mit Wissenschaftlern abgesprochene, Schutzzonen für Haie innerhalb der
- 9 EU.
- 10 6. ein Fangverbot von in Nord- und Ostsee lebenden Hai-Arten, welche vom Aussterben
- 11 bedroht sind.
- 12 7. regelmäßige Kontrollen der Haibestände in Nord- und Ostsee.
- 13 8. bei Schwund einer Art zügige Einrichtung von Fangverboten.
- 14 9. den verstärkten Einsatz Deutschlands zum internationalen Schutz der Haie und zur
- 15 ökologisch-wirtschaftlichen, nachhaltigen und verträglichen Veränderung der industriellen
- 16 Hai-Fischerei.
- 17 10. eine Prüfung, ob noch weitere Hai-Arten in das Washingtoner Artenschutzübereinkommen
- 18 einzufügen sind.

19

20 **Begründung:**

21 Haie gehören zu den ältesten Lebewesen des blauen Planeten. Seit 450 Millionen Jahren trägt
22 der Jäger seinen essentiellen Anteil dazu bei, unser größtes Ökosystem -das Meer- im
23 Gleichgewicht zu halten. Nahezu überall im Meer bildet er das oberste Glied der Nahrungskette
24 und reguliert somit sämtliche Fischbestände. Durch das Fressen von kranken Fischen hält der
25 Hai Fischbestände gesund und verhindert „Krankheitswellen“ in den Meeren, welche auch aus
26 wirtschaftlicher Sicht verheerend wären. Haie spielen ebenfalls eine wichtige Rolle für den
27 Erhalt von Korallenriffen und Seegrasfeldern.

28

29 Werden Hai-Arten ausgerottet, führt dies zum Zusammenbruch des Ökosystems.[1] Aktuell
30 werden Schätzungen zufolge 100 Millionen Haie jährlich umgebracht: 3-6 Haie in jeder
31 Sekunde.[2]

32

33 Dies ist insbesondere deshalb fatal, weil Haie sich nur sehr langsam vermehren. Sie werden
34 spät geschlechtsreif und haben vergleichsweise nur wenige Nachkommen. Wird jetzt nicht
35 gehandelt, dann wird ein Großteil der Hai-Arten schon in 10 Jahren ausgestorben sein. Dies
36 hätte katastrophale Auswirkungen auf das Meer.

37

38 Nicht nur in Asien und vor den Küsten Amerikas muss nach den Schuldigen gesucht werden.
39 Auch die Fischereiindustrie der EU landet jährlich über 100.000 Tonnen Knorpelfisch aus aller

40 Welt an. Darunter befindet sich viel Blauhai, welcher bereits auf der Roten Liste steht.[3]
41 Ebenso wie der in Deutschland beliebte Dornhai, aus dessen Bauchlappen Schillerlocken
42 hergestellt werden.
43
44 Nicht nur, dass zu viele Haie getötet werden ist ein Problem, sondern auch die Art der Tötung.
45 Beim so genannten Finning werden dem Tier sämtliche Flossen abgeschnitten (da diese am
46 meisten Geld bringen), ohne welche es absolut hilflos ist. Anschließend wird es lebendig wieder
47 zurück ins Wasser geworfen. Dort sinkt es auf den Meeresboden und stirbt auf grausame Art
48 und Weise. Ebenfalls problematisch ist der Einsatz von Treib- und Hainetzen. In den
49 kilometerlangen Netzen verenden sämtliche größere Meeresbewohner qualvoll.[4]

50
51

52 Haiprodukte sind nicht nur in Schüsseln und auf Tellern zu finden. Der Knorpel ihrer Flossen
53 steckt ebenfalls in Medizin- und Kosmetikprodukten. Medizinisch haben Haiprodukte jedoch
54 nachgewiesener Weise keinerlei Wirkung. Im Gegenteil: Haie sind stark mit Methylquecksilber
55 belastet; einem hoch toxischem Stoff. Er kann bei Menschen Mutationen,
56 Lähmungserscheinungen, sowie Sprachstörungen hervorrufen. Bei Kindern und Ungeborenen
57 können neben körperlichen Behinderungen durch Zuführung von Methylquecksilber sogar
58 irreparable, geistige Entwicklungsschäden auftreten. Außerdem wird der Stoff von der IARC
59 (INTERNATIONAL AGENCY FOR RESEARCH ON CANCER) der Weltgesundheitsbehörde
60 (WHO), als mögliche Ursache für Krebs beim Menschen klassifiziert.

61 Seit 2000 liegt das international anerkannte wöchentliche Aufnahmelimit, das von der EPA
62 (Environmental Protection Agency) bzw. dem NRC (National Research Council / USA)
63 empfohlen wird bei 0,7 µg Quecksilber pro kg Körpergewicht. Eine Ende Mai 2005, von
64 SHARKPROJECT in Auftrag gegebene Untersuchung, von drei verschiedenen im deutschen
65 Markt erhältlichen Haiprodukten ergab verheerende Ergebnisse. Blauhaisteak, Seeaal und
66 Schillerlocken wurden vom Institut für anorganische und analytische Chemie der Johannes
67 Gutenberg Universität Mainz untersucht. Die Steaks von Blauhaien enthielten 1400 µg/kg (--±
68 0,13) Methylquecksilber, Seeaal 830 µg/kg (--±0,02) und Schillerlocke 550 µg/kg (--±0,01).[5]

69
70

71

72 [1] Vgl. <http://www.sharksavers.org/de/information/the-value-of-sharks/sharks-role-in-the-ocean/>
73 (zuletzt abgerufen am 27.06.2015).

74

75 [2] Wut allein reicht nicht, Hannes Jaenicke.

76

77 [3] <http://europeansharkweek.elasmo.de/presse/entscheidung-2012/> (zuletzt abgerufen am
78 27.06.2015).

79

80 [4] Haie und Rochen, Prof. Dr. Andreas Vilcinskas.

81

82 [5] http://www.sharkproject.org/haiothek/index.php?site=umwelt_6 (zuletzt abgerufen am
83 27.06.2015).

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

Titel Von Bienen und Blumen – unsere Maßnahmen zur Eindämmung vom Bienensterben

Antragsteller Sachsen

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Von Bienen und Blumen – unsere Maßnahmen zur Eindämmung vom Bienensterben

- 1 Wir fordern:
2
3 • ein langfristiges Verbot aller Pestizide, die schädlich für Bienen und andere Bestäuber
4 sind. Dabei handelt es sich vor allem um Chlorpyrifos, Cypermethrin und Deltamethrin.
5 • die Erstellung koordinierter Aktionspläne zum Bienenschutz, die nicht nur eine wirksamere
6 Regulierung und Kontrolle des Einsatzes von Agrochemikalien zum Ziel haben, sondern
7 auch die Überwachung der Gesundheit von Bienen und anderen Bestäubern erleichtern.
8 Langfristig soll daran gearbeitet werden, naturnahe Lebensräume innerhalb und in der
9 Umgebung von Agrarlandschaften zu verbessern und die Biodiversität auf Agrarflächen
10 zu erhöhen.
11 • die Abwendung von chemieintensiver, destruktiver Landwirtschaft hin zu einer
12 ökologischeren, umweltschonenderen Alternative. Hierzu sollen vor allem auf EU-Ebene
13 mithilfe einer stärkeren öffentlichen und privaten Finanzierung die Erforschung und
14 Entwicklung ökologischer Anbaupraktiken gefördert werden.
15 • die Schaffung eines landwirtschaftlichen Beratungssystems, welches auf EU-Ebene über
16 ökologische Schädlingsbekämpfung und Anbaumethoden informiert.
17 • die Ausweisung von Flächen als im Umweltinteresse genutzte Flächen: Die
18 Mitgliedsstaaten der EU sollen soweit wie möglich sicherstellen, dass durch die
19 Ausweisung von Flächen als „im Umweltinteresse genutzt“ die Biodiversität sowie
20 natürliche Funktionen von Agrarökosystemen wie Bestäubung und Kontrolle von
21 Schädlingspopulationen geschützt und verbessert werden.
22
23 **Begründung:**
24 Die Imkerei ist eine Tradition zur Gewinnung von Naturprodukten, die seit Jahrhunderten in
25 Europa Bestand hat. Seit Anfang der 2000er ist diese Tradition jedoch gefährdet: Imker*innen
26 international beobachten das Sterben erwachsener Bienen im Bienenstock, während Jungtiere
27 und Brut, Honig und bereits gesammelte Pollen noch vorhanden sind. Die Verbreitung des
28 sogenannten Colony Collapse Disorder (CCD) nahm ihren Anfang in Nordamerika und breitete
29 sich schnell über weitere Kontinente aus. In Europa sind vor allem Frankreich, Irland,
30 Großbritannien, aber auch Deutschland, Spanien, Italien und viele weitere Länder davon
31 betroffen. Das Überleben des Winters ist dabei für die statistische Erhebung entscheidend. In
32
33 Deutschland waren 2014 durchschnittlich 8-9% aller Bienenvölker vom CCD betroffen. dieses
34 Jahr waren es -mit regionalen Unterschieden- im Schnitt etwa 20%.
35
36 Trotz des technischen Fortschritts auch in der Landwirtschaft ist eine Bestäubung der Pflanzen
37 essentiell für eine ertragreiche Ernte. Ob Apfel oder Möhre, 71 von 100 Nutzpflanzen würden
38 einen Ausfall der natürlichen Bestäubung durch fehlende Bienen, Hummeln oder andere

39 Insekten nicht überleben und aussterben. Das sind 90% aller Nutzpflanzen weltweit. Neben
40 Lebensmitteln wäre auch das Futter für Tiere betroffen, aber auch Wachs für die Industrie und
41 im Alltag, Propolis[1] für medizinische Anwendungen, Gelée Royale[2] zur Aufzucht weiterer
42 Bienen. Der ungewöhnliche Rückgang der Bienenvölker hat also nicht nur Auswirkungen auf
43 Umwelt oder Natur, sondern auch weltweit auf Fragen der Ernährung und weiterer
44 Anwendungsfelder.

45

46 Die Ursachen für das CCD sind vielfältig und auch oftmals voneinander abhängig. Der Mensch
47 ist dabei ein nicht zu vernachlässigender Faktor. Die intensive Landwirtschaft und der Einsatz
48 von Pesti- oder Herbiziden tun ihr Übriges für eine Unter- und Fehlernährung der Bienen und
49 anderer Bestäuber. Aber auch pathogene[3] und invasive Tierarten, wie z.B. die Varroamilbe
50 (*Varroa destructor*), die asiatische Hornisse (*Vespa velutina*), den kleinen Beutekäfer (*Aethina*
51 *tumida*) und die Milben der Gattung *Tropilaelaps* befallen Bienen, deren Jungtiere und ihre
52 Lebensräume. Genetisch veränderte Pflanzen und Umweltveränderungen, die zu einer
53 Fragmentierung und damit zum Verlust natürlicher Lebensräume führt, gehen jedoch vom
54 Menschen aus und könnten durch ein Umdenken in landwirtschaftlichen Fragen zumindest
55 eingedämmt werden. Umweltveränderungen sind dabei zum Beispiel die Vermeidung von
56 Grünstreifen zwischen Feldern oder in Obstplantagen.

57

58 Daher sind Lösungen gefordert, an denen sich der Mensch beteiligen kann. Das wäre zum
59 Beispiel eine verstärkte Konzentration auf die ökologische Landwirtschaft. Dabei könnte die
60 Ernährung der kleinen, arbeitsamen Tiere beeinflusst werden durch Streublumenfelder an
61 Feldrändern, durch das Hegen verschiedener Blühstreifen am Ackerrand bzw. zwischen
62 Obstplantagen. Bei letzterem wäre der Verzicht auf (genveränderte) Monokulturen evtl. schon
63 völlig ausreichend, bzw. auch eine Wiederherstellung artenreicher Grünland- und Heuflächen.
64 Der Anbau von Deckpflanzen, wie Kohl könnte für Abwechslung im Speiseplan sorgen. Der
65 Erhalt von Waldflächen und die Förderung der Bereitstellung von Nist- und Brutplätzen könnten
66 Anreize setzen, um sich für die Artenvielfalt der Bienen einzusetzen.

67

68 Schädlingsbekämpfungsmittel, die zur Gruppe der Neonicotinoide zählen, wie zum Beispiel
69 Thiamethoxam, sind, nach ersten Studien zufolge, verantwortlich für einen Orientierungsverlust
70 der Honigbiene und in den üblich eingesetzten Dosen auf jeden Fall ein Grund für das Auftreten
71 des CCD. Ein anderes Mittel, Imidachlopid, ist nachweislich für die Unfruchtbarkeit von
72 Hummeln verantwortlich. Beide Schädlingsbekämpfungsmittel sind seit 2013 in der EU nur in
73 bestimmten Zeiträumen, z.B. nach der Blüte erlaubt. Die einzige Pflanze, die damit behandelt
74 werden kann, ist die Zuckerrübe, da die Ernte vor der Blüte erfolgt.

75

76 Im nichtlandwirtschaftlichen Bereich sind Neonicotinoide aber zur Schädlingsbekämpfung im
77 Gartenbereich noch erlaubt, genauso wie zur Parasitenbekämpfung bei Haustieren. Die Dosen
78 sind hierbei natürlich sehr viel geringer.

79

80 Nicht zuletzt: das Umdenken hin zu einer ökologischen Schädlingsbekämpfung -zumindest in
81 der Landwirtschaft- wäre hier am zukunftsfähigsten. Dabei wird von Expert*innen folgendes
82 vorgeschlagen: einerseits eine vorbeugende und indirekte Bekämpfung durch Erhöhung der
83 Artenvielfalt und Erhöhung der natürlichen Feinde von Schädlingen und andererseits auch die
84 direkten Maßnahmen, wie bspw. Biopestizide (Pheromone), Lockstofffallen und physikalische
85 Maßnahmen, wie bspw. Käferwälle in der Mitte von Feldern gegen Blattläuse. Letztere Schritte
86 werden nur eingesetzt, wenn sie mitten im Jahresablauf notwendig sind. Wer jetzt mit
87 Ernteverlusten argumentiert, der irrt: diese konnten in der Praxis durch den verringerten Bedarf
88 an Pestiziden ausgeglichen werden. Zwei weitere Methoden moderner ökologischer
89 Landwirtschaft sind die funktionelle Agrobiodiversität (kurz: FAB), dabei wird auf die Erforschung
90 neuer maßgeschneiderter Samenmischungen für Bienen und Schädlingsfressfeinde gesetzt;
91 und den integrierten Pflanzenschutz (IPM), die die*den Anwenderin*Anwender dazu bringen
92 soll, das Schädlingsbekämpfungsverfahren zu wählen, welches die geringsten Auswirkungen für
93 Mensch und Tier hat[4].

94

95 Literatur: Plan Bee – Leben ohne Pestizide/ Auf dem Weg in Richtung ökologische
96 Landwirtschaft, Studie von Greenpeace 2014

97

98

99

100 [1] Eine von Bienen hergestellte Masse mit antibiotischer, antiviraler, antimykotischer (d.h.:
101 verhindert Pilzinfektionen) Wirkung, Verwendung im naturmedizinischen Bereich, aber auch
102 Nahrungsergänzungsmittel und Naturkosmetik
103
104 [2] Futtersaft, gebildet aus Saft zweier Drüsen der Arbeiterinnen zur Aufzucht der Bienenlarven
105
106 [3] Potentiell tödlich
107
108 [4] PM wurde von Fachleuten in der EU entwickelt, verwendet jedoch trotzdem Chemikalien, die
109 für anfällige Organismen schädlich sein können.
110
111
112
113
114
115
116
117
118
119
120
121
122
123
124
125
126
127
128
129
130
131
132
133
134
135
136
137
138
139
140
141
142
143
144
145
146
147
148
149
150
151
152
153
154
155
156
157
158
159
160

Titel Tierzucht mit Schwerpunkt „Tierwohl“

Antragsteller Hessen-Süd

Zur Weiterleitung an SPD-Bundestagsfraktion, SPD Bundesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Tierzucht mit Schwerpunkt „Tierwohl“

1 Die Tierzucht in Deutschland soll mit verstärkter Gewichtung nach Anforderungen des
2 Tierwohls, bei den nach (Pedigree-Index oder) genomischer Züchterwertschätzung
3 ausgewählten Tieren, von statten gehen.

4

5 **Begründung:**

6 Angesichts des durch den Verbraucher befeuerten Preisdrucks erkennen wir den ökonomischen
7 Druck, der auf Tierhaltern lastet. Um grundlegend die Marktsituation zu ändern, möchten wir die
8 unterschiedlichen Tierzuchtinstitute dazu aufrufen, in Ihrer Gesamtzuchtwertschätzung die
9 Leistungskriterien gegenüber Konstitution (Fitness) und Funktionalität schwächer zu gewichten
10 und damit die Gesundheit der für den Markt verfügbaren Tiere zu verbessern.

11

12 Ziel ist es dabei, dass die Tiere nicht ständig an den Grenzen ihrer physiologischen
13 Leistungsfähigkeit leben müssen. Gesunde Tiere sind glücklicher und einfacher zu halten. Wir
14 wirken mit unserer Forderung gegen eine weiter steigende Intensivierung der körperlichen
15 Belastung, gegen eine weitere räumliche Konzentration der Tierhaltung und für eine Tierhaltung
16 in der Fläche, die die Landwirtschaft für den Verbraucher erfahrbar macht.

17

18 Wir nehmen zur Kenntnis, dass viele Probleme in der Tierzucht angegangen wurden (z.B.
19 wurde die Erbfehlerquote erheblich gesenkt). Diese Erfolge nehmen wir als Beweise, dass
20 maßgebliche Verbesserungen über die Tierzucht erzielt werden können. So fordern wir
21 Fortschritt bei Merkmalen, die der Ausbildung von Krankheitsbildern wie Mastitis
22 (Euterentzündung), Klauenentzündung und anderen entgegenwirken.

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

Titel Bezahlbarer Strom ist wichtig

Antragsteller Hannover

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Bezahlbarer Strom ist wichtig

1 Strom als Haushaltsenergie ist als Teil der Bedarfe der Unterkunft nach dem Zweiten Buch
2 Sozialgesetzbuch (SGB II) anzuerkennen und damit nicht mehr in pauschalisierter Form zu
3 gewähren.

4

5 Das Zweite Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) ist daher wie folgt zu ändern:

6

7 • in § 20 Abs. 1 Satz 1 ist der Teilsatz „Haushaltsenergie ohne die auf die Heizung und
8 Erzeugung von Warmwasser entfallenden Anteile“ zu streichen, sodass er folgenden
9 Wortlaut erhält: „Der Regelbedarf zur Sicherung des Lebensunterhalts umfasst
10 insbesondere Ernährung, Kleidung, Körperpflege, Hausrat sowie persönliche Bedürfnisse
11 des täglichen Lebens.“

12 • § 22 Abs. 1 Satz 1 ist durch Ergänzung wie folgt zu ändern: „Bedarfe für Unterkunft,
13 Heizung und Haushaltsenergie werden in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen
14 anerkannt, soweit diese angemessen sind.“

15 • § 22a Abs. 1 Satz 1 erhält folgende Fassung (Änderung kursiv): „Die Länder können die
16 Kreise und kreisfreien Städte durch Gesetz ermächtigen oder verpflichten, durch Satzung
17 zu bestimmen, in welcher Höhe Aufwendungen für Unterkunft, Heizung *und*
18 *Haushaltsenergie* in ihrem Gebiet angemessen sind.“

19 • § 22 Abs. 3 Satz 1 ist wie folgt abzuändern (Änderungen kursiv): „Die Bestimmung der
20 angemessenen Aufwendungen für Unterkunft, Heizung *und Haushaltsenergie* soll die
21 Verhältnisse des einfachen Standards auf dem örtlichen Wohnungsmarkt *und der örtlich*
22 *verfügbaren Energieversorger* abbilden.“

23

24 Die entsprechenden Mehrkosten sind den kommunalen TrägerInnen vom Bund zu erstatten.

25

26 Die Höhe des Regelbedarfes ist erst anzupassen, wenn die Differenz aufgrund der
27 Berechnungen zur Regelbedarfshöhe verbraucht ist.

28

29 Hierbei ist von den TrägerInnen der Grundsicherung für Arbeitssuchende, insbesondere vom
30 Bundesministerium für Arbeit und Soziales dafür Sorge zu tragen, dass die anfallende
31 Mehrarbeit durch ausreichend zusätzliches Personal in den Jobcentern kompensiert wird.

32

Begründung:

34 *Die Kosten für Strom, sofern dieser nicht für Heizung oder nachweislich für die Aufbereitung*
35 *von Warmwasser genutzt wird, sind Teil des pauschalen Regelbedarfes nach § 20 Abs. 1 SGB*
36 *II. Nach derzeitigem Stand sind daher die folgenden Beträge bei den Leistungen nach dem SGB*
37 *II für Strom eingerechnet:*

38

39

Personengruppe

Regelbedarfshöhe

Anteil

40 Stromkosten

41

42 Alleinstehende

43

44 Alleinerziehende

399,00 € 25,84 €

46

47 Personen mit minderjährigem
48 Partner/minderjähriger Partnerin

49

50 Volljährige Partner in einer
51 Bedarfsgemeinschaft

360,00 € 23,31 €

52

53 Unter 25 Jährige in Bedarfsgemeinschaft
54 mit den Eltern

320,00 €* 20,72 €

56

57 Kinder 14 bis unter 18 Jahre

302,00 €** 12,16 €

58

59 Kinder 6 bis unter 14 Jahre

267,00 €** 9,41 €

61

62 Kinder 0 bis unter 6 Jahre

234,00 €** 4,90 €

63

64

65 * Bei Kindergeldbezug und/oder Unterhalt werden diese abzüglich eines pauschalen
66 Freibetrages von 30,00 Euro angerechnet.

67

68 ** Kindergeld und evtl. Unterhalt wird vollumfänglich angerechnet.

69

70 Sofern das Warmwasser mittels Strom aufbereitet wird, die genaue Höhe jedoch nicht mittels
71 eines gesonderten Stromzählers nachgewiesen werden kann, werden pauschale Mehrbedarfe
72 in Abhängigkeit der Höhe des Regelbedarfes gewährt. Diese betragen zwischen 1,87 Euro und
73 9,18 Euro monatlich. (Sofern mittels Strom der Zündfunken einer dezentralen Gastherme
74 betrieben wird, werden zusätzliche Bedarfe in Höhe von 5 % der Heizkosten anerkannt.)

75

76 In den letzten Jahren sind die Kosten für Strom fast durchgängig gestiegen, sodass die
77 Stromkostenanteile in vielen Fällen die tatsächlichen Kosten nicht decken. Hierbei ist auch zu
78 beachten, dass sich EmpfängerInnen der Grundsicherung für Arbeitssuchende, sofern sie
79 keiner Arbeit nachgehen, sich häufiger zu Hause aufhalten, als erwerbstätige
80 Vergleichspersonen und ein entsprechend höherer Energieverbrauch anzunehmen ist.

81

82 Ein durchschnittlicher Haushalt mit drei Personen hat ohne Aufwendungen für dezentrale
83 Warmwassererzeugung einen Jahresstromverbrauch von im Mittel ca. 4000 kWh[1].
84 Ausgehend von Tarifen der Stadtwerke Hannover AG[2] entspräche dieses Jahreskosten in
85 Höhe von 1.151,21 Euro.

86

87 Sofern der Haushalt aus einer alleinerziehenden Person und zwei Kindern zwischen 6 und 14
88 Jahren besteht, stehen diesem 535,92 Euro im Regelbedarf enthaltenen Energiekosten
89 entgegen. Es besteht daher in diesem Beispiel eine Unterdeckung in Höhe von 615,29 Euro.

90

91 Frappierender kann der Unterschied ausfallen, wenn über elektrische Durchlauferhitzer das
92 Warmwasser erzeugt wird, der genaue Anteil der Stromkosten für diese jedoch mangels Zähler
93 nicht ermittelbar ist. In diesem Fall ist von einem Durchschnittsverbrauch von im Mittel 5.000
94 kWh auszugehen, was bei dem genannten Tarif Jahreskosten in Höhe von 1.428,58 Euro
95 entspräche. Für eine Alleinerziehende und zwei Kindern zwischen 6 und 14 Jahren würde in
96 diesem Fall ein monatlicher Mehrbedarf in Höhe von 15,58 Euro gewährt werden, sodass bei
97 der Leistungsberechnung nach dem SGB II jährliche Energiekosten in Höhe von 722,88 Euro
98 berücksichtigt wären. Dies ergibt eine Differenz in Höhe von 705,70 Euro.

99

100

101 *Kann die laufende Unterdeckung monatlich noch an den Energieversorger gezahlt werden,*
102 *stellen Endabrechnungen am Ende eines Verbrauchszeitraumes die Leistungsberechtigten*
103 *häufig vor Probleme. Da Stromkosten pauschal mit dem Regelbedarf abgegolten sind, können*
104 *entsprechende Nachzahlungen durch die Jobcenter (sofern eine Ratenzahlung vom*
105 *Energieversorger abgelehnt wird und keine Möglichkeit zur Selbsthilfe besteht) nur in Form*
106 *eines Darlehens gewährt werden, welches mit 10 % vom Regelbedarf zu tilgen ist (§ 42 a SGB*
107 *II).*

108
109 *Hierbei ist – neben der laufenden Unterdeckung – problematisch, dass vom Regelbedarf auch*
110 *andere Anschaffungen – ggf. durch Ansparungen – zu decken sind. Hierzu gehören unter*
111 *anderem Haushaltsgegenstände oder Gegenstände, die nicht als Bedarf nach dem SGB II*
112 *(gesondert) anererkennungsfähig sind.*

113
114 *Ein Ausweichen auf günstigere Energieversorger ist im Regelfall nur begrenzt möglich, da viele*
115 *LeistungsempfängerInnen einerseits nur über begrenzte Bonität verfügen und andererseits auch*
116 *bei günstigeren AnbieterInnen die Strompreise regelmäßig angepasst werden.*

117
118 *Grundsätzlich ist Strom in unserer heutigen Zeit ein wichtiger Faktor der Lebensführung,*
119 *welcher vergleichbar ist mit der Beheizung der eigenen Wohnung. In Wohnungen mit einer*
120 *dezentralen Heizungsanlage wird Strom ferner zum Betrieb dieser zwingend benötigt.*

121
122 *Deswegen ist Strom als Teil der Bedarfe der Unterkunft anzuerkennen und in tatsächlicher*
123 *Höhe innerhalb festzulegender Grenzen der Angemessenheit gesondert zu gewähren. Über die*
124 *Angemessenheit treffen die zuständigen kommunalen TrägerInnen – wie bisher auch bei Miet-*
125 *und Heizkosten – entsprechende Regelungen nach § 22a SGB*

126
127

128
129 [1] Quelle: [http://www.die-stromsparinitiative.de/stromspiegel/stromverbrauch-vergleichen-](http://www.die-stromsparinitiative.de/stromspiegel/stromverbrauch-vergleichen-stromspiegel/index.html)
130 [stromspiegel/index.html](http://www.die-stromsparinitiative.de/stromspiegel/index.html)

131
132 [2] Gerechnet mit Tarif Enercity Optionsstrom inkl. Grundpreise, Rabatten für Selbstablesung,
133 Einzugsermächtigung und 2-Jähriger-Vertragslaufzeit

134
135
136
137
138
139
140
141
142
143
144
145
146
147
148
149
150
151
152
153
154
155
156
157
158
159
160
161

Titel Energiewende unter ökologischen und sozialen Gesichtspunkten weiterentwickeln

Antragsteller Hannover

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Energiewende unter ökologischen und sozialen Gesichtspunkten weiterentwickeln

1 Das Erreichen eines neuen Zeitalters der Energieerzeugung bleibt eine zentrale
2 Herausforderung für die Politik der nächsten Jahrzehnte. Die Umsetzung der Energiewende
3 muss seitens der Jusos kontinuierlich kritisch begleitet und politische Akzente gesetzt werden.
4 Die vorhandene Gesetzgebung der Energiepolitik muss neuen Gegebenheiten angepasst und
5 weiterentwickelt werden. Hierbei müssen ökologische und soziale Aspekte wieder stärker im
6 Mittelpunkt stehen als dies gegenwärtig der Fall ist.

7
8 Die Kernpunkte unserer Forderungen definieren wir wie folgt:

- 9
- 10 • Der Ausbau und die Entwicklung erneuerbarer Energieformen sind weiterhin angemessen
11 von staatlicher Seite zu fördern. Jede weitere Reduktion der EEG-Umlage (EEG:
12 Erneuerbares Energie Gesetz) ist jeweils gründlich zu prüfen. Dabei ist abzuwägen ob die
13 Mittel daraus nicht besser in geeignete Investitionsmaßnahmen für Klein- und
14 Privaterzeuger sowie Projekte in öffentlicher Trägerschaft anzulegen sind, um eine
15 gesunde Balance im Mix der Energieerzeuger erlangen und die Abhängigkeit von den
16 großen Energieversorgern zu verringern. Bei Ausgaben für Forschung und Entwicklung ist
17 ein eindeutiger Fokus auf die Entwicklung der regenerativen Energien zu legen
18 Ausgaben für Forschung auf dem Gebiet fossiler Energien sowie Kernenergie werden
19 dagegen zurückgefahren und auf die Betreiber der jeweiligen Kraftwerksarten verlagert.
 - 20 • Die effizientere Nutzung von Energie erfordert auch einen bewussteren Umgang mit
21 dieser. Ausnahmen für energieintensive Betriebe von der EEG-Umlage werden überprüft
22 und eingeschränkt, damit private Verbraucher nicht über Maß belastet werden und sich für
23 gewerbliche ein zusätzlicher Anreiz zum Einsatz energiesparender Technologien bietet.
 - 24 • Der beschlossene Ausstieg aus der Kernkraft sorgt gegenwärtig für einen massiven
25 Anstieg des Anteils der fossilen Brennstoffe am Energiemix. Bei eher mäßiger
26 Entwicklung der regenerativen Energien führt dies jedoch zwangsläufig zu einem Anstieg
27 des CO₂ Ausstoßes. Die Kraftwerksentwicklung muss daher einer engeren staatlichen
28 Kontrolle unterliegen. Auf der einen Seite soll die Erschließung von Offshore-Windkraft
29 Anlagen zügig erfolgen, um neue Kapazitäten im Bereich der erneuerbaren Energien zu
30 schaffen. Auf der anderen Seite sind für bestehende Anlagen, die auf fossilen
31 Brennstoffträgern basieren, Zeitpläne für geeignete Modernisierungsmaßnahmen zu
32 entwickeln. Der Fortschritt im Ausbau von Kraftwerken gerade in Bezug auf eine
33 Reduktion des CO₂ Ausstoßes ist angemessen festzuhalten und muss der Öffentlichkeit
34 in regelmäßigen Abständen zugänglich gemacht werden. Auf Nichteinhaltung dieser
35 Entwicklungsvereinbarungen ist mittels Konventionalstrafen und im äußersten Fall auch
36 durch Schließung der jeweiligen Anlagen zu reagieren.
 - 37 • Die Entwicklung eines modernen Stromnetzes, das die Last für die Energieversorgung
38 zukünftiger Generationen tragen kann und dabei auch den speziellen Charakter eines Mix

- 39 aus verschiedenen erneuerbaren Energietechniken miteinbezieht, ist zügig
40 voranzubringen. Es muss vermehrt der Dialog mit Anwohnern gesucht werden, um
41 gemeinsame Lösungen zu entwickeln die gegebenenfalls auch von so genannten
42 Megatrassen Abstand nehmen.
- 43 • Fragwürdigen Technologien zur Erschließung und Überausbeutung von fossilen
44 Ressourcen, wie dem Fracking, erteilen wir eine klare Absage. Auch eine experimentelle
45 Erprobung dieser Technologie halten wir für nicht gewinnbringend und alle bisherigen
46 Verordnungen sind zurückzunehmen. Damit weitere Genehmigungen in Zukunft nicht erst
47 erteilt werden können, sind die Gesetze dahingehend zu überprüfen und Lücken zu
48 schließen.
 - 49 • Der Handel mit Emissionszertifikaten hat sich auf Grund verschwindend geringer Kurse
50 überholt. Zu diesem System muss eine Alternative geschaffen werden, mit der gerade die
51 großen Verursacher von CO₂-Ausstößen angemessener an den Kosten des
52 Klimawandels und der Energiewende beteiligt werden. Die gesetzten CO₂
53 Reduktionsziele sind für uns unumstößlich und eine Nichteinhaltung bzw. Verschiebung
54 kommt für uns nicht in Frage, daher ist ein zügiges Gegensteuern unerlässlich.
 - 55 • Die Frage nach einer gerechten und sozialverträglichen Verteilung der Kosten für Energie
56 ist eine zentrale Aufgabe linker Politik. Zur besseren Durchsetzung von
57 Verbraucherinteressen wird eine möglichst flächendeckende Abdeckung durch
58 Stadtwerke in kommunaler Trägerschaft angestrebt, die noch mehr als bisher vielfältige
59 Aufgaben erfüllen können. Neben der Grundversorgung zu sozialverträglichen Tarifen
60 können auch die Entwicklung von energiesparenden Wohnformen und geeignete
61 Infrastrukturmaßnahmen, wie dem Einrichten von E-Tankstellen, in den Aufgabenbereich
62 von Stadtwerken fallen.

63

64 **Begründung:**

65 *In den vergangenen Wochen und Monaten ist klar geworden, wie weit Anspruch und*
66 *Wirklichkeit die Energiewende durchzusetzen und politisch zu gestalten auseinanderfallen. Der*
67 *große Durchbruch bleibt bisher aus, die CO₂ Reduktion schreitet zu langsam voran, in der*
68 *Gesetzgebung muss an vielen Stellen nachgebessert werden. Nischentechnologien wie das*
69 *Fracking, das durch die Mehrheit der Bevölkerung wie auch von den Mitgliedern der SPD klar*
70 *abgelehnt wird, kommen als Variante durch die Hintertür wieder auf die Tagesordnung, da es*
71 *keine lückenlose Gesetzgebung gibt. Klimaziele werden erst in Frage gestellt, dann sollen sie*
72 *meistbietend verschachert werden. Die Energiewende wird zum Spielball wirtschaftlicher*
73 *Interessen und ihre ökologische Notwendigkeit wird mehr und mehr aus den Augen verloren.*
74

75 *Energieminister Sigmar Gabriel agiert mit seinen Vorstößen im Bereich der Energiepolitik*
76 *vermehrt unglücklich ohne ernsthafte Fortschritte zu erzielen. Darüber ob zum Beispiel die*
77 *Auktion von Solarprojekten wirtschaftlich Sinn ergibt kann man streiten, der ökologische Nutzen*
78 *bleibt fraglich. Investoren werden durch ein hin und her eher verunsichert als ermutigt, gerade*
79 *für kleine Betreiber werden zu wenige Anreize geschaffen. Wichtige Projekte für den Ausbau*
80 *erneuerbarer Energien geraten ins Stocken, im Bereich Offshore-Windenergie kommt es nach*
81 *wie vor zu keinen greifbaren Erfolgen. Gerade diese sind aber ein wichtiger Baustein*
82 *Kapazitäten zu schaffen, sodass auch im Bereich der fossilen Brennstoffe auf diejenigen*
83 *Anlagen zu verzichten, die am meisten CO₂ ausstoßen und sich der Modernisierungsdruck auf*
84 *Betreiber weiter erhöht. Insbesondere fällt der Anteil an relativ schonendem Erdgas in*
85 *Deutschland traditionell gering aus. Im Bereich der Solarenergieforschung gerät Deutschland*
86 *auf wissenschaftlicher Ebene zusehends ins Hintertreffen und der vormals gut positionierte*
87 *wirtschaftliche Sektor der Photovoltaik gerät unter Druck internationaler Konkurrenz. Im Bereich*
88 *der Kohleförderung werden Blanko Garantien an die Genossen in NRW ausgesprochen. Mit*
89 *Kohle als Brückentechnologie wird es dort schlussendlich zu drastischen Einschnitten kommen,*
90 *ein wegdiskutieren Hilft am Ende auch nicht.*
91

92 *Die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Standorte kann auf Dauer nicht gestützt werden. Echte*
93 *Perspektiven für die Beschäftigten sind langfristig nicht in Sicht.*
94

95 *Auch von einer gerechten Verteilung der Kosten kann nicht die Rede sein. So können sich*
96 *verschiedenste Betriebe als energieintensiv von der EEG-Umlage befreien lassen, während*
97 *Privatpersonen dieses Recht verwehrt bleibt. Eine erfolgreiche und sozialverträgliche*
98 *Energiepolitik muss einer klareren Linie folgen als dies bisher passiert und sich weniger an den*
99 *wirtschaftlichen Interessen der Energieversorger orientieren.*

Titel Die Unabhängigkeit bei Gas ausbauen

Antragsteller Hessen-Nord

Zur Weiterleitung an SPD Bundesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Die Unabhängigkeit bei Gas ausbauen

- 1 Der Bundeskongress möge beschließen:
- 2
- 3 Die SPD soll existierende Technologien wie Wind zu Gas bzw. Power to Gas durch gesetzliche
- 4 Erweiterungen und Förderungen vom Staat ausbauen um die Versorgungsabhängigkeit von
- 5 Drittstaaten zu verringern. Wind zu Gas bzw. Power-to-Gas, soll als Ergänzung zu
- 6 Überlandleitungen genutzt werden um den durch erneuerbare Energien erzeugten Strom der
- 7 nicht eingespeist oder weitergeleitet werden kann in das Netz, umzuwandeln und somit die
- 8 Leistung der erneuerbaren Energien zu speichern für Gaskraftwerke und die kommunale und
- 9 lokale Versorgung von Bürgern mit Gas.
- 10
- 11 **Begründung:**
- 12 „Der Begriff Power-to-Gas steht für ein Konzept, bei dem überschüssiger Strom dazu verwendet
- 13 wird, per Wasserelektrolyse Wasserstoff zu produzieren und bei Bedarf in einem zweiten Schritt
- 14 unter Verwendung von Kohlenstoffdioxid (CO₂) in synthetisches Methan umzuwandeln. Als
- 15 Speicher für dieses Methan und bis zu einem gewissen Volumenanteil auch des elementaren
- 16 Wasserstoffs könnte die bestehende Erdgasinfrastruktur, also das Gasnetz mit den
- 17 angeschlossenen Untertagespeichern, verwendet werden.“
- 18 Power-to-Gas bezeichnet die Umwandlung regenerativ erzeugter elektrischer Energie in
- 19 chemische Energie und deren Speicherung im verfügbaren Gasnetz in Form verschiedener
- 20 Gase. Die halb-staatliche Deutsche Energie-Agentur (dena) unterhält zu den Verfahren zur
- 21 Erzeugung von EE-Gas seit Oktober 2011 eigens eine Strategieplattform unter dem Titel Power
- 22 to Gas. Hier könnte ein Ansatz zum skalieren der Technologie gesetzt werden!
- 23 In den 450.000 Kilometer langen Gasleitungen und etwa 47 Erdgasspeichern in Deutschland ist
- 24 schon heute Platz für 23,5 Milliarden Kubikmeter (m³) Gas. Dieser Platz wird sich bis 2025
- 25 durch Erweiterungen und Neubauten auf 32,5 Milliarden m³ erhöhen.
- 26 Infolge der Energiewende werden immer mehr regenerative Erzeuger errichtet. Dadurch, dass
- 27 zugleich konventionelle Grundlastkraftwerke nur bis zu einem gewissen Grad gedrosselt werden
- 28 können, kann es während Zeiten hoher Einspeisung von Wind- und Solarenergie zu einem
- 29 Überangebot von Strom kommen, speziell bei geringer Stromnachfrage. Diese Energie steht
- 30 damit preisgünstig bereit. Gleichzeitig dient die Integration von Power-to-Gas-Anlagen in die
- 31 elektrischen Energieversorgungssysteme der Entlastung der Leitungen und der Netzstabilität,
- 32 denn Power-to-Gas-Anlagen können als regelbare Last eingesetzt werden. In der Fachliteratur
- 33 wird davon ausgegangen, dass ab einem Erneuerbare-Energien-Anteil von ca. 40 % in
- 34 größerem Maße zusätzliche Speicher benötigt werden, vereinzelt wird auch die Zahl 70 %
- 35 genannt. Die SPD hat hiermit eine Chance existierende Versorgungsnetze und Kraftwerke zu
- 36 entlasten, und relativ CO₂ Neutral einen weiteren Schritt in der Energiewende in Richtung einer
- 37 grünen Versorgung zu erreichen.
- 38
- 39

V

Verkehr & Infrastruktur

V 1	Nordrhein-Westfalen Zukunft gibt's nicht für lau! - Investitionen in Mobilität	486
V 2	Bremen Verkehrspolitik	496
V 3	Brandenburg Stärkung der Infrastruktur durch einen fairen Wettbewerb auf Straße und Schiene	499
V 4	Hessen-Nord Sicherheit im Reise- und Fernbusbereich erhöhen	501
V 5	Sachsen Mautpflicht für Omnibusse einführen!	502
V 6	Hessen-Nord Maut für Fernlinienbusse	503
V 7	Bayern Schnellere Lebensrettung durch Rettungsgasse!	504
V 8	Sachsen Europäische Kerosinsteuer einführen!	505
V 9	Bayern Leerrohrzwang beim Straßenbau für Glasfaser	506

Titel Zukunft gibt's nicht für lau! - Investitionen in Mobilität

Antragsteller Nordrhein-Westfalen

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Zukunft gibt's nicht für lau! - Investitionen in Mobilität

1 **ZUKUNFT gibt's nicht für lau! - Für eine zukunftssichere Mobilität**

2

3 Wir jungen Menschen wollen gute Startbedingungen für eine gute Zukunft. Wir wollen keine
4 verfallenden Straßen, keine kaputten Schulen oder geschlossenen Schwimmbäder – kurz: wir
5 wollen keinen kaputtgesparten Staat. Funktionierende öffentliche Einrichtungen sind für uns
6 junge Menschen wichtiger als ausgeglichene öffentliche Haushalte. Wir vererben der
7 kommenden Generationen nicht nur Kontostände, sondern auch unsere Infrastruktur, die als
8 Grundlage für unseren kommenden Wohlstand steht, unsere Umwelt, die als Grundlage für das
9 kommende Leben steht, unsere Daseinsvorsorge, die für die Teilhabe an der Gesellschaft und
10 Befriedigung der Grundbedürfnisse steht und unsere Bildung, die die Grundlage für ein gutes
11 Leben der kommenden Generationen sein wird. Für uns Jusos ist die Freiheit jeder Generation
12 durch die Verantwortung gegenüber künftigen Generationen begrenzt. Für uns bedeutet
13 Generationensolidarität, dass die Grundlage für unsere Zukunft erhalten bleiben muss. Zum
14 Beispiel darf die Infrastruktur, die unsere und zukünftige Generationen für ein gutes Leben
15 brauchen, auch mit dem Verweis auf ausgeglichene Haushalte nicht immer weiter
16 heruntergewirtschaftet werden. Diese Generationensolidarität ist eine unserer zentralen
17 Forderungen, die wir uns nicht durch eine schwache „Generationsgerechtigkeits“-Definition, wie
18 sie von Konservativen vertreten wird, kaputt machen lassen. Für uns gilt es also, den
19 konservativen, zunächst moralisch vorgebrachten Verweis auf künftige Generationen für die
20 Begründung einer schwarzen NULL als das zu enttarnen, was es ist: neoliberale
21 Verteilungsinteressen in der Gegenwart.

22

23 Für uns ist klar, wir brauchen schon heute umfangreiche Investitionen, denn die Zukunft gibt es
24 nicht für lau!

25

26 **Ausgangslage**

27

28 In den Kommunen werden Schulen und Schwimmbäder geschlossen. In vielen Städten und
29 Kreisen mangelt es an den nötigsten Dingen. In den Medien häufen sich die Meldungen von
30 verfallender Infrastruktur. Gesperrte Autobahnbrücken und Stromausfälle sind nur zwei
31 Beispiele. Kurzum: In Deutschland droht der Infarkt. Dass Investitionen dringend nötig sind, ist
32 in der breiten Öffentlichkeit angekommen. Sogar in konservativen Kreisen wird mittlerweile eifrig
33 über Investitionspakte schwadroniert. Aber warum solche Symbolhandlungen verpuffen werden
34 und woher die Misere stammt, zeigt eine Analyse der Situation.

35

36 In den 1960er und 1970er Jahren lag die öffentliche Investitionsquote in Deutschland noch
37 zwischen 4 und 5 Prozent des BIP. Mit diesen Investitionen konnte sich der Staat einen eigenen
38 „Kapitalstock“ aufbauen. Kapitalstock bedeutet hier Straßen, Brücken, Schulen, Hochschulen

39 etc., also alles, was im Endeffekt für alle da ist. Seit dieser Zeit wurden die öffentlichen
40 Investitionen immer weiter gekürzt und betragen im Jahr 2000 nur noch weniger als 2 Prozent
41 des BIP. Diese Investitionskürzungen führten schließlich im Jahr 2004 dazu, dass die
42 Nettoinvestitionen negativ wurden. Seit diesem Zeitpunkt sind die Abschreibungen also höher
43 als die Investitionen. Das heißt, seit dem verfällt unsere Infrastruktur; wir leben sozusagen nur
44 noch von der Substanz. Die Gründe für diese Entwicklung sind nicht „gottgegeben“ oder
45 „natürlich“, sondern auf politische Entscheidungen zurückzuführen. Drei Gründe sind zentral für
46 den Rückgang der Investitionen:

47

48 (1) Steuersenkungen,

49

50 (2) finanzschwache Kommunen und

51

52 (3) Verabschiedung der Schuldenbremse

53

54 Steuersenkungen

55

56 Vor allem die Steuersenkungen seit 1998 führten dazu, dass der Staat weniger Einnahmen und
57 somit auch weniger Spielräume für Investitionen hat. Nach Berechnungen des Instituts für
58 Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) verzichtet die öffentliche Hand so auf einen
59 zweistelligen Milliardenbetrag pro Jahr. Allein im Jahr 2011 wären 51 Milliarden Euro mehr in die
60 Haushalte von Bund, Ländern und Kommunen geflossen, würden noch die Steuergesetze von
61 1998 gelten.

62

63 Die Einnahmenseite der öffentlichen Haushalte wurde besonders durch die folgenden
64 politischen Entscheidungen belastet: Senkung des Spitzensteuersatzes, Reform der Steuer auf
65 Kapitalerträge, Änderung der Erbschaftssteuer und Senkung der Unternehmenssteuer
66 verbunden mit vielen Steuerschlupflöchern. Die verlorenen Einnahmen durch diese
67 Steuergeschenke fehlen heute an vielen Stellen, denn zuerst wurde bei den Investitionen
68 gekürzt.

69

70 Finanzschwache Kommunen

71

72 Die Kommunen sind der größte Investor in Deutschland. Im Jahr 1970 war noch ein Drittel eines
73 kommunalen Haushaltes für Investitionen vorgesehen. Heute beträgt der Anteil gerade einmal
74 ein Zehntel. Die Gründe für diese tiefgreifende Veränderung? Bund und Länder haben die
75 gesamtgesellschaftlich wichtigen Aufgaben des Sozialstaats finanziell auf die Kommunen
76 abgeschoben. Plakativ beschrieben wurden die Investitionshaushalte der 1970er Jahre in
77 Sozialhaushalte verwandelt.

78

79 Kommunale Entlastungen führen direkt zu mehr öffentlichen Investitionen, denn die Kommunen
80 tätigen zwei Drittel aller öffentlichen Investitionen. Ziel unserer Politik muss es sein, dass
81 kommunale Haushalte wieder Investitionshaushalte werden.

82

83 Dem enormen Investitionsstau stehen, für manche Kommunen nicht mehr zu bewältigende,
84 Schuldenberge gegenüber. Die beschriebenen Veränderungen führten dazu, dass Kommunen
85 das laufende Geschäft nur durch Kassenkredite, vergleichbar mit Dispotkrediten, finanzieren
86 konnten. Es knarzt und kracht an allen Stellen.

87

88 Die zuletzt von der Bundesregierung angekündigten Entlastungen sind der richtige Weg.
89 Wenngleich es sich bei den Entlastungen nur um einen Tropfen auf den heißen Stein handelt.
90 Die zugesagten 4,5 Milliarden Euro bis 2018 und die anschließenden jährlichen Entlastungen
91 von 5 Milliarden Euro treffen auf einen Investitionsstau von ca. 118 Milliarden Euro. Dies
92 bedeutet, dass der heutige Investitionsstau erst in 20 Jahren behoben sein wird. Den weiteren
93 Investitionsbedarf, der sich in diesem Zeitraum entwickeln wird, also den strukturellen
94 Investitionsbedarf haben wir damit aber noch lange nicht gedeckt.

95

96 Verabschiedung der Schuldenbremse

97

98 Seit 2011 ist auf Bundesebene die Schuldenbremse in Kraft. Sie nimmt dem Bund die
99 Möglichkeit Investitionen kurzfristig durch Schulden zu finanzieren. Der Politik ist dadurch ein

100 wichtiges Handlungsinstrument genommen worden, mit dem sie beispielsweise auf
101 schwankende Steuereinnahmen reagieren konnte. Die Folge sind wegbrechende öffentliche
102 Investitionen.

103

104 Jahr für Jahr übersteigt die Produktion in Deutschland den gesamten inländischen Konsum
105 (privater Konsum, private Investitionen und Staatsausgaben). Diese jährliche Differenz
106 zwischen Konsum und Produktion wirkt sich aber nicht positiv aus, sondern wirkt im Gegenteil
107 destabilisierend auf andere Länder im Euroraum. Ziel jeder stabilisierenden Finanzpolitik ist der
108 Ausgleich zwischen der inländischen Produktion und den drei Komponenten Staatsausgaben,
109 privatem Konsum und Investitionen. Wegen der Schuldenbremse kann der Staat diese Lücke
110 jetzt nicht mehr schließen.

111

112 Jetzt, da sich die Bundesrepublik für historisch niedrige Zinsen refinanzieren könnte, wird die
113 absurde Tragik der Schuldenbremse besonders deutlich. Die Politik muss das buchstäblich
114 geschenkte Geld auf der Straße liegen lassen, während die öffentliche Infrastruktur verfällt und
115 in Zukunft mit hohen Folgekosten zu Buche schlägt. Aber auch ohne die politisch falsche
116 Entscheidung der Schuldenbremse zurückzunehmen, stehen uns immerhin 0,35% des BIP, also
117 ca. 10 Milliarden Euro pro Jahr für Investitionen zur Verfügung. Aber selbst dieser Spielraum
118 wird zugunsten der schwarzen Null nicht ausgenutzt und das, obwohl es noch nie so günstig für
119 den deutschen Staat war, sich Geld zu leihen. Die Einhaltung der Schuldenbremse führt dazu,
120 dass Investitionen die ersten Ausgaben sind, die gekürzt werden.

121

122 **ZUKUNFT gibt es nicht für lau!**

123

124 Wer eine gute Zukunft will, muss schon heute etwas dafür bezahlen. Damit der Staat die
125 Voraussetzungen für eine gute Zukunft gestalten kann, muss er mit den nötigen finanziellen
126 Mitteln und Möglichkeiten ausgestattet sein. Die staatlichen Einnahmen müssen durch eine
127 verantwortungsvolle, gerechte Steuerpolitik (Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer,
128 Finanztransaktionssteuer, Körperschaftssteuer, Kapitalertragssteuer) erhöht werden. Mittelfristig
129 fordern wir die Rücknahme der Schuldenbremse. Kurzfristig soll der gesamte Spielraum der
130 aktuellen Gesetzeslage für Zukunftsinvestitionen ausgenutzt werden.

131

132 Außerdem fordern wir: Gerade bei so wichtigen Bereichen wie Sozialpolitik muss das Prinzip
133 gelten, wer eine Entscheidung trifft, muss auch die Last der Finanzierung übernehmen. Wir
134 fordern, dass kommunale Haushalte wieder Investitionshaushalte werden. Dies ist aber kein
135 Selbstzweck für die Kommunalpolitik. Diese zu stärken, heißt für uns, Demokratie auszubauen,
136 öffentliche Infrastruktur zu stärken und den Sozialstaat zu festigen.

137

138 Wir fordern aber nicht nur mehr Einnahmen, sondern wollen konkret aufzeigen, wo investiert
139 werden soll. Wir Jusos kämpfen für den Ausbau der Infrastruktur, den Ausbau der Bildung und
140 den Ausbau unserer Daseinsvorsorge.

141

142 **Investitionen in Daseinsvorsorge**

143

144 Der Kerngedanke der Daseinsvorsorge ist es, dass alle notwendigen Dienstleistungen und
145 Einrichtungen für eine Versorgung mit grundlegenden Gütern und Leistungen, für eine Teilhabe
146 aller Menschen an der gesellschaftlichen Entwicklung vorhanden sind und allen Menschen zur
147 Verfügung stehen. In vielen Bereichen der Daseinsvorsorge sorgt der Staat dafür, dass Güter
148 und Dienstleistungen der Daseinsvorsorge verbilligt oder gar kostenlos durch private
149 AnbieterInnen abgegeben werden. Die Differenz zwischen Kosten und Erlös wird vielfach durch
150 Steuermittel ausgeglichen. Wir lehnen dieses Verständnis der Daseinsvorsorge ab.

151

152 Die immer mal wieder diskutierten Vorschläge zur Finanzierung der öffentlichen
153 Daseinsvorsorge durch Öffentlichen-Privaten-Partnerschaften (ÖPP) stehen unserem
154 Verständnis von Daseinsvorsorge entgegen. Wir nehmen zustimmend zur Kenntnis, dass viele
155 Städte und Gemeinden immer häufiger Güter und Dienstleistung im Bereich der
156 Daseinsvorsorge rekommunalisieren.

157

158 **Investitionen in Bildung**

159

160 Eine zentrale Gerechtigkeitsfrage in Deutschland bleibt die Bildungspolitik. Bildung entscheidet

161 über Lebenschancen. Damit kein Mensch zurückgelassen wird, ist eine gemeinsame
162 Kraftanstrengung von Bund, Ländern und Kommunen vonnöten. Bildung ist staatliche Aufgabe
163 und muss auch öffentlich finanziert werden. Der Anspruch muss sein, wenigstens den
164 Durchschnitt der OECD-Länder an den Bildungsausgaben zu erreichen.

165

166 Finanzierungen aus dem privaten Sektor haben in unserer Vorstellung von Bildung nichts zu
167 suchen. Ziel ist die ausreichende Ausfinanzierung des Bildungssystems, damit wir unsere
168 Vorstellungen von Chancengleichheit, Gleichstellung, Inklusion und Teilhabe umsetzen können.
169 Mindestausgaben für Bildungspolitik gehören ins Grundgesetz!

170

171 Bildung muss von der KiTa bis zur Weiterbildung im Erwachsenenalter komplett gebührenfrei
172 sein und Menschen in Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen müssen finanziell unterstützt
173 werden. Investitionen in Bildung sind also auch Investitionen in Arbeits- und Ausbildungsplätze.
174 SchülerInnen, Studierende und Auszubildende sind diese Investitionen wert!

175

176 **Investitionen in die Infrastruktur oder:**

177

178 **Volle Kraft voraus! Für eine zukunftssichere Mobilität**

179

180 Mobilität ist für uns ein Grundrecht. Wir setzen uns für eine moderne Mobilitätspolitik ein, die
181 allen Menschen mehr Freiheit zur Erfüllung ihrer Bedürfnisse gibt. Jede und Jeder muss die
182 Möglichkeit haben, sein/ihr Leben und seinen/ihren Alltag mobil zu gestalten. Dabei ist es egal,
183 ob es sich um den Weg zur Arbeit oder um die Freizeitgestaltung handelt. Mobilität geht nur
184 sozial gerecht. Das heißt auch, die Lücken der öffentlichen Verkehrsdienstleistungen zwischen
185 Stadt und Land müssen geschlossen werden. Mobilität stellt somit einen wesentlichen Baustein
186 dar um die soziale und kulturelle Teilhabe aller Menschen zu gewährleisten. Für uns umfasst
187 Mobilität die Beförderung von Personen und den Transport von Gütern. Die
188 Verkehrsinfrastruktur hat besonders unter der Sparpolitik der letzten Jahre gelitten. Straßen,
189 Schienen und Brücken wurden regelrecht kaputt gespart. Wer diese Politik fortsetzt, erreicht
190 den totalen Verkehrsinfarkt, aber niemals ausgeglichene Haushalte. Die Reparaturkosten
191 aufgrund verzögerter Investitionen überstiegen meist den Aufwand für frühzeitige Investitionen
192 um ein vielfaches. Um den Kreislauf von steigendem Reparaturbedarf und verschobenen
193 Investitionen zu durchbrechen, muss jetzt dringen investiert werden!

194

195 **Der Weg zu einer guten Mobilität**

196

197 In den letzten Jahrzehnten hat sich die Art und Weise, wie wir uns fortbewegen verändert. Die
198 Personenverkehrsleistung, also die vom Menschen in unterschiedlichen Verkehrsmitteln
199 zurückgelegten Entfernungen, nimmt in der Bundesrepublik Deutschland kontinuierlich zu. In
200 den letzten 20 Jahren ist sie um 25 Prozent gestiegen. Das beliebteste Fortbewegungsmittel ist
201 dabei unangefochten das Automobil. Der motorisierte Individualverkehr (MIV) spielt eine sehr
202 große Rolle, allerdings sehen statistische Erhebungen einen relevanten Rückgang des Autos,
203 gerade im innerstädtischen Verkehr. Der Anteil der Wege, die heutzutage durch motorisierten
204 Individualverkehr zurückgelegt werden, beträgt rund 60 Prozent. Für acht Prozent der Wege
205 werden öffentliche Verkehrsmittel genutzt, für zehn Prozent das Fahrrad. Weitere 23 Prozent
206 der Wege werden zu Fuß zurückgelegt. Hierbei gibt es einerseits Unterschiede zwischen
207 ländlichen und städtischen Regionen, dem Haushaltseinkommen, sowie dem Alter der
208 VerkehrsteilnehmerInnen.

209

210 Alter der VerkehrsteilnehmerInnen

211

212 Es lassen sich zwei entgegenlaufende Tendenzen für die Entwicklungen festhalten auf die es
213 unterschiedlich zu reagieren gilt. Auf der einen Seite, werden die Menschen zunehmend älter
214 und bleiben weiterhin aktiv und somit auch mobil. Entweder sie fahren mit ihren eigenen Autos
215 oder sie nutzen den ÖPNV- (öffentlichen Personennahverkehr) oder SPNV-Anbindung
216 (Schienenpersonennahverkehr).

217

218 Auf der anderen Seite nimmt der Anteil von jungen Menschen an der Gesamtbevölkerung
219 deutlich ab. Anders als für Generationen vor uns, hat der Besitz eines eigenen PKWs im
220 urbanen Raum keinen so hohen emotionalen Stellenwert mehr. Junge Menschen setzen
221 häufiger auf eine integrative Nutzung von Mobilität.

222

223 Unterschiede zwischen ländlichen und städtischen Regionen

224

225 In städtischen Regionen ist zu erwarten, dass Wege in Zukunft häufiger mit dem Fahrrad oder
226 dem öffentlichen Verkehr zurückgelegt werden, wobei insbesondere die Fahrradnutzung vieler
227 Orts um ein dreifaches steigen wird. Der Anteil des motorisierten Individualverkehrs wird
228 drastisch auf knapp ein Viertel des heutigen Aufkommens zurückgehen. Die Entwicklung in
229 ländlichen Regionen geht in dieselbe Richtung, wobei der Anstieg im Bereich der
230 Fahrradnutzung und der Nutzung des öffentlichen Verkehrs deutlich geringer ausfällt und auch
231 der Rückgang des motorisierten Individualverkehrs nicht in dem Ausmaß zu erwarten ist, wie in
232 städtischen Regionen.

233

234 Unterschiedliche NutzerInnen bei unterschiedlichen Haushaltseinkommen

235

236 Auch vom Einkommen der Menschen hängt ab, auf welche Mobilitätsangebote zugegriffen wird.
237 Je höher das Einkommen, desto größer der Wunsch nach individuellen Lösungen. Menschen
238 mit geringen oder gar keinem Einkommen, sind auf öffentliche Lösungen angewiesen. Somit
239 sind Investitionen in den Bereich des ÖPNVs auch immer als ein Umverteilungsaspekt zu
240 begreifen.

241

242 **Die Mobilität der Zukunft**

243

244 Aus diesen unterschiedlichen Entwicklungen resultieren auch unterschiedliche Ansprüche für
245 jedeN NutzerIn der öffentlichen Infrastruktur, sei es beim motorisierten Individualverkehr oder
246 beim ÖPNV. Unser Ziel ist, im motorisierten Individualverkehr (MIV) sozial gerechte und
247 ökologische Projekte zu fördern und damit die Weichen auf einen progressiven Weg zu stellen.

248

249 Klimafreundliche Mobilität

250

251 Umweltbelastungen senken die Lebensqualität von uns und zukünftigen Generationen. Um dies
252 zu entschärfen, ist eine klimafreundliche Verkehrsplanung unabdingbar. Gerade im städtischen
253 Bereich kann hinsichtlich des Umweltschutzes viel verbessert werden. Anstatt den
254 Individualverkehr weiter zu fördern und Stadtentwicklungen auf Autos auszulegen, müssen
255 Städte und Kommunen den Ausbau des ÖPNVs sowie der Rad- und Fußwege fördern. Des
256 Weiteren müssen auf bundespolitischer Ebene Wege gefunden werden den nicht zu
257 verhindernden Individualverkehr mit Verbrennungsmotor durch klimafreundlichen
258 Individualverkehr zu ersetzen. Den größten Hebel hierbei stellt die E-Mobilität, die in vielen
259 Ländern schon erfolgreich durch den Gesetzgeber gefördert wird. Deutschland droht auf diesem
260 Feld im Vergleich mit anderen Industrienationen den Anschluss zu verlieren. Wir unterstützen
261 daher die Initiativen einer nachhaltigen Stadtentwicklung.

262

263 Mobilität in der Stadtentwicklungs- und Wohnungsbaupolitik

264

265 Die Mobilitätsbedürfnisse einer Person werden durch ihre jeweiligen Lebenssituationen und die
266 entsprechenden Alltagsanforderungen geprägt. Männer sind immer noch häufiger voll
267 erwerbstätig, während Frauen eine Vielfalt von Aufgaben und Wegen miteinander kombinieren
268 müssen. Insbesondere der öffentliche Personennahverkehr ist überwiegend auf männliche
269 Pendler zu Standardarbeitsbeginn und –ende ausgelegt. In einem solchen Mobilitätsverständnis
270 spielen kurze Fahrzeit und Taktung zwischen Arbeitszentren die Hauptrolle. Es geht darum,
271 möglichst schnell und möglichst häufig eine große Raumüberwindung durchzuführen.
272 Querverbindungen zwischen einzelnen Quartieren und zeitliche Abdeckung am Abend und am
273 Wochenende treten zurück. Frauen haben aber nicht nur das Bedürfnis, schnell ihren
274 Arbeitsplatz zu erreichen, sondern sind häufig auch noch für Versorgungsaufgaben und
275 Betreuung und Pflege von Angehörigen zuständig. In diesen Bereichen können ÖPNV-Systeme
276 durch die Dominanz des männlichen Pendlerverkehrs die Mobilitätsbedürfnisse von Frauen
277 nicht erfüllen. Infrastrukturangebote, wie medizinische Versorgung, Kinder- und Altenbetreuung
278 oder Einkaufsmöglichkeiten, müssen von Mobilitätskonzepten einbezogen werden.

279

280 In unserem feministischen Verständnis ist es natürlich unser Ziel, diese Ungleichheiten
281 zwischen Männer und Frauen zu beseitigen und geschlechtergebundene Rollenbilder zu
282 überwinden. Nichtsdestotrotz besteht jetzt Handlungsbedarf, dass auch Frauen im gleichen

283 Maß an Mobilität teilhaben können wie Männer. Damit rücken wir nicht davon ab, dass Frauen
284 genauso vollwerbstätig sein können und Männer auch für Versorgungsaufgaben und die
285 Betreuung und Pflege von Angehörigen zuständig sind. Von einem Ausbau der
286 Mobilitätsdienstleistungen und einem integrativem Verständnis von Mobilität profitieren alle,
287 unabhängig vom Geschlecht.
288

289 Außerdem vernachlässigen Mobilitätskonzepte Sicherheits- und Wohlfühlaspekte. Erschließung
290 von Haltestellen, die Haltestellen an sich, Fahrzeuge und Verbindungen müssen so ausgebaut
291 sein, dass sich alle sicher fühlen. Unbelebte Haltestellen mit nicht funktionstüchtigen
292 Lichtanlagen in der Unterführung hindern an der Mobilitätsteilhabe. Wege und Haltestellen
293 müssen beleuchtet, Personen der Verkehrsbetriebe rund um die Uhr ansprechbar sein,
294 Fahrzeuge und Haltestellen müssen zu belebten Orten werden. Hierfür sind die
295 Verkehrsbetriebe aufgefordert einerseits ihr Image zu verbessern, andererseits Maßnahmen zu
296 ergreifen, die Haltestellen und Fahrzeuge belebter zu machen.
297

298 Barrieren weiter abbauen
299

300 Für Menschen mit Handicaps ist es immer noch nicht alltäglich die Angebote des ÖPNV oder
301 des SPNV wahrzunehmen. Dort gilt es möglichst alle Barrieren abzubauen. Wir bewerten es
302 positiv, dass der Umbau zu barrierefreien Haltestellen voranschreitet, wenn auch noch nicht
303 flächendeckend. Kritisch ist es aber zu sehen, dass es immer noch Schienenfahrzeuge ohne
304 barrierefreien Einstieg gibt. Diese müssen schnellstens umgerüstet oder ausgetauscht werden.
305 Der Einstieg muss an allen Einstiegsstellen gewährleistet sein. Hierbei muss im Besonderen ein
306 Augenmerk auf die Angleichung der verschiedenen Gleishöhen im interkommunalen ÖPNV
307 gelegt werden. Die Aufteilungen in Bussen und Bahnen müssen stetig überprüft und überdacht
308 werden. Wir können uns gut vorstellen, dass ein Wegfall der ersten Klasse in Zügen, genügend
309 Platz schaffen würde um eine echte Barrierefreiheit zu gewährleisten.
310

311 Der öffentliche Personennahverkehr
312

313 Überfüllte Autobahnen und der belastende CO²-Ausstoß im innerstädtischen Verkehr sind, wie
314 beschrieben, bekannte Probleme des motorisierten Individualverkehrs. So wahr diese Aussagen
315 auch sind, so wenig Alternativen gibt es vielerorts zum PKW-Verkehr. Der ÖPNV muss daher
316 allgemein an Attraktivität gewinnen. Eine Möglichkeit ist, den ÖPNV zur echten Konkurrenz zum
317 Auto auszubauen. Das wird vielerorts nur mit einer höheren Taktung gelingen. Für den
318 außerstädtischen Verkehr vor allem im ländlichen Raum fordern wir eine bessere Anbindung.
319 Uns ist bewusst, dass der Bedarf in ländlichen Regionen geringer ist, deswegen ist Mobilität
320 aber nicht unwichtiger. In ländlichen Regionen ist das ÖPNV-Netz meist dünner ausgebaut,
321 sodass die Menschen weiterhin auf den motorisierten Individualverkehr setzen. Dies schließt
322 allerdings die Menschen aus, die sich entweder kein Auto leisten können oder keinen
323 Führerschein besitzen. Deswegen bedarf es hier besonderer Mobilitätskonzepte, die auf die
324 örtlichen Gegebenheiten angepasst sind. Sammelbusse, die auf Abruf kommen oder
325 Bedarfshaltestellen könnten vielerorts Abhilfe leisten. Auch sind Linientaxis oder öffentliche Car-
326 Sharing-Modelle eine Alternative. Ein ÖPNV-System ist nur so gut, wie auch die Anschluss- und
327 Kombinationsmöglichkeiten mit anderen Verkehrsmitteln. Besonders wichtig ist, dass die
328 Fahrradmitnahme im ÖPNV verbessert und ausgebaut wird. Nur so kann darauf hingewirkt
329 werden, dass Menschen auf dem Weg hin zum oder weg vom ÖPNV nicht den motorisierten
330 Individualverkehr wählen. Wir fordern integrative Systeme, die Anschlüsse ermöglichen; egal,
331 ob die NutzerInnen danach das Fahrrad, den Zug, den Bus oder das Anruftaxi nehmen.
332

333 Um auch in den späteren Abendstunden sicher von einem Punkt zum anderen zu kommen,
334 bedarf es eines gut ausgebauten Nachtverkehrs.
335

336 Attraktivität gewinnt der ÖPNV auch, wenn er die Qualität und Kommunikation zu den
337 KundInnen verbessert, zum Beispiel durch Echtzeitauskünfte an Bahnhöfen oder öffentliches
338 Wi-Fi an Haltestellen und in Fahrzeugen. Attraktivität bedeutet aber auch, dass Bahnhöfe so
339 gestaltet sind, dass sich Menschen gerne dort aufhalten und bei Zugverspätungen
340 Sitzmöglichkeiten und gute Aufenthaltsmöglichkeiten vorfinden.
341

342 Schiene vor Straße auch im Fernverkehr
343

344 Die Verfügbarkeit und Abdeckung des Schienenfernverkehrs ist zumindest in den
345 Ballungsräumen gut ausgebaut. Hier gilt es in den Erhalt und in die Erneuerung von Strecken
346 und Fahrzeugflotten zu investieren. Der Plan der Deutschen Bahn weitere Bahnhöfe an das
347 Schienenfernverkehrsnetz anzuschließen muss zügig umgesetzt werden, damit nicht nur die
348 Ballungsräume gut miteinander vernetzt sind. Hierbei ist vor allem eine deutliche
349 Differenzierung zwischen dem ICE- und IC-Netz vorzunehmen. Während die Anbindung aller
350 Städte, die mehr als 100.000 EinwohnerInnen zählen, in das Fernverkehrsnetz der IC sinnvoll ist,
351 würde dieses Vorhaben das ICE-Netz weiter verlangsamen und so Fahrzeiten erhöhen. Im
352 Gegenteil, vor allem für das ICE-Netz ist eine deutliche Erhöhung der Geschwindigkeit nötig,
353 was ein grobmaschigeres Netz und teilweise eigene Trassen erfordert. Als Vorbild kann die
354 Schnellfahrstrecke zwischen Köln und Frankfurt am Main dienen. Die IC sind dann auch als
355 Zubringerinnen zu ICE-Bahnhöfen auszugestalten, was auch in der Tarifstruktur berücksichtigt
356 werden muss. Der Schienenfernverkehr ist für viele Menschen zu teuer. Zwar gibt es
357 Sparangebote oder Ermäßigungen, aber selbst damit entstehen häufig hohe Kosten. Dabei ist
358 oft unklar, wie sich die Preise zusammensetzen. Hier fordern wir die Deutsche Bahn auf,
359 Transparenz in ihre Angebote zu bringen und Ermäßigungen, wie günstigere Bahncards nicht
360 nur einzelnen Gruppen zur Verfügung zu stellen. Insbesondere für junge Menschen unter 27
361 Jahren muss es unkomplizierte Angebote geben, ähnlich wie die französische SNCF diese
362 vorhält.

363

364 Eine moderne Verkehrsplanung muss ebenfalls den grenzübergreifenden Schienenverkehr
365 berücksichtigen. Im Rahmen der Schaffung des gemeinsamen europäischen Eisenbahnraums
366 ist zwar eine Zunahme an Mehrländerverbindungen zu verzeichnen, allerdings beruht diese
367 Zunahme hauptsächlich auf neuen Angeboten im relativ teuren Hochgeschwindigkeits-
368 Fernverkehr (beispielsweise die Verbindung Köln-Paris). Günstigere grenzübergreifende
369 Nahverkehrs- und „InterCity“-Verbindungen (beispielsweise auf der Strecke Aachen-Brüssel)
370 werden nicht im selben Maße ausgebaut oder sogar durch profitablere
371 Hochgeschwindigkeitsangebote ersetzt. Dieser Trend muss gestoppt und der Ausbau von
372 kostengünstigen Angeboten im grenznahen Raum sowie im europäischen Fernverkehr
373 gefördert werden.

374

375 Fernbusse

376

377 Unsere Bewertung des Aufkommens neuer Fernbuslinien fällt zwiespalten aus. Einerseits
378 setzen wir eindeutig auf attraktiven Schienennah- und Fernverkehr und beobachten daher mit
379 Sorge, dass die neuen Dumping-Buslinien der Schiene die PassagierInnen abgraben. Auf der
380 anderen Seite bieten die Fernbusse bereits dort Direktverbindungen an, wo der
381 Schienenverkehr seine Infrastruktur schlecht bis gar nicht ausgebaut hat. Außerdem sehen wir
382 es als positiv an, wenn mehr Menschen vom PKW auf kollektive Verkehrsmittel umsteigen.
383 Einen besonderen Wettbewerbsvorteil haben die Fernbusse gegenüber der Bahn insbesondere
384 dadurch, dass die Straßen den Busunternehmen kostenlos zur Verfügung gestellt werden und
385 Eisenbahnverkehrsunternehmen für jede Schienenbenutzung Gebühren, die sogenannten
386 Trassenpreise bezahlen müssen.

387

388 Aus dieser Haltung ergeben sich für uns drei Kernforderungen:

389

390 • In der Gesamtrechnung ist (gerade Straßen-)Verkehr immer ein öffentlicher Kostenfaktor!
391 LKW und Busse beschädigen die Straßen 100.000 mal stärker als ein normaler PKW.
392 Deswegen muss gesetzlich sichergestellt werden, dass Linienbusse steuerlich für die
393 durch sie verursachten Straßenschäden aufkommen. LKW über 7,5 Tonnen sind
394 verpflichtet, ihren Beitrag in Form von Maut zu leisten, was unserer Ansicht nach auch für
395 Fernbusse gelten muss. Im Gegenzug sollte auch geprüft werden, ob eine
396 Mehrwertsteuervergünstigung für Zugtickets zulässig ist und eine verkehrlenkende
397 Wirkung hat.

398

399 • Durch Regulierung muss sichergestellt werden, dass Linienbusse keine Konkurrenz zum
400 Regional- und Nahverkehr werden können. Etwaige Gesetzeslücken müssen geschlossen
401 werden.

402

403 • Bundesweite Bahn-Mobilität gehört für uns zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Deshalb hat
404 die Deutsche Bahn aus unserer Sicht sicherzustellen, dass sie allen Menschen den

405 Transfer im Fernverkehr zu attraktiven Preisen ermöglicht. Wenn dies
406 betriebswirtschaftlich nicht möglich ist, braucht es Veränderungen bei der Struktur
407 und/oder Betriebsform des derzeitigen Bahn-Staatsunternehmens.

408

409 Kraftfahrzeuge und Car-Sharing-Modelle

410

411 Immer wieder wird deutlich, dass das Auto als individuelles Verkehrsmittel so schnell nicht
412 abzulösen ist. So findet aktuell Car-Sharing zunehmend Anklang in der Gesellschaft. Die
413 Möglichkeit sich ein Auto für einen kurzen Zeitabschnitt kostengünstig zu mieten, ist absolut zu
414 unterstützen. Auch in ländlichen Regionen halten wir Car-Sharing-Modelle gerade für eine
415 alternde Gesellschaft für sinnvoll. Im Hinblick auf den demographischen Wandel und die immer
416 älter werdende Gesellschaft müssen neue Wege der Mobilität geschaffen werden. Hierbei geht
417 es im ländlichen Bereich weniger um die Nutzung eines gemieteten Autos, sondern um die
418 Schaffung eines Mitfahrgelegenheitssystems bzw. der gemeinschaftlichen Anschaffung von
419 Autos oder einer Art Auto-PatInnenschaft, bei der ältere Menschen ihr Auto an mobil nicht-
420 eingeschränkte Personen verleihen, dafür aber in ihrem Alltagsleben unterstützt werden.

421

422 Autofahren in der BRD ist immer noch verhältnismäßig kostengünstig, weshalb bisher wenige
423 Anreize bestehen, auf den Kauf eines eigenen Autos zu verzichten. Daher sollen sowohl im
424 städtischen als auch im ländlichen Raum unter anderem folgende Ansätze zur Reduzierung des
425 Autoverkehrs gefördert werden:

426

427 In städtischen Regionen sollen kostenlose Parkplätze außerhalb der Innenstädte entstehen, die
428 mit Gondel-Systemen anderer Verkehrsmittel angebunden (z.B. Parken und Reisen) werden
429 sollen. Dadurch ergibt sich eine bessere Kombinationsmöglichkeit unterschiedlicher
430 Verkehrsmittel.

431

432 Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Instandhaltung der Autobahnen und die Schaffung von mehr
433 Parkplätzen für den LKW-Verkehr, um Ruhezeiten nicht auf Haltestreifen verbringen zu müssen.
434 Insgesamt gilt aber für das Straßennetz: Erhalten und Reparieren statt Ausbauen.

435

436 Fahrradwege fördern

437

438 Radfahren ist nicht nur die gesündeste Variante der Mobilität, sie gehört neben dem Fußweg
439 auch zu den umweltschonendsten. Trotzdem wirkt das Radfahren auf viele BürgerInnen nicht
440 attraktiv. Als Hauptgründe für die Nichtnutzung des Fahrrads als Alternativmodell zum
441 motorisierten Individualverkehr wird von Befragten angegeben, dass Fahrradfahren zu
442 gefährlich und zu unattraktiv sei. Besonders in städtischen Regionen fühlen sich potenzielle
443 NutzerInnen durch einen starken Autoverkehr, zu wenige Radwege, schlechte Beleuchtung und
444 unsinnige Radwegsysteme in ihrer Sicherheit als VerkehrsteilnehmerInnen eingeschränkt.
445 FahrradnutzerInnen sehen sich in heutigen Radverkehrssystemen nicht als gleichberechtigte
446 VerkehrsteilnehmerInnen. Wir fordern die Kommunen auf, das Radverkehrswesen endlich als
447 relevante Alternative für den motorisierten Individualverkehr und als gleichberechtigtes
448 Verkehrsmittel zu begreifen. Investitionen in Erhalt und Ausbau von Radwegen sowie in die
449 Sicherheit von RadfahrerInnen sind unabdingbar. Bei städtebaulichen Planungen müssen
450 Radverkehrssysteme immer mitgedacht werden, das schließt auch ausreichende Stellplätze auf
451 öffentlichen und privaten Grundstücken ein. Unattraktiv ist Fahrradfahren dann, wenn keine
452 oder zu wenige Mitnahmemöglichkeiten im ÖPNV oder im Schienenfernverkehr vorhanden sind
453 und Fahrradstellplätze nicht als sicher empfunden werden. Außerdem geben Befragte an, dass
454 sie eher zum Fahrrad greifen würden, wenn es mehr Reparaturmöglichkeiten, Wasch- und
455 Umkleidemöglichkeiten oder Boni für die Fahrradnutzung gäbe, zum Beispiel Gutscheine oder
456 Firmenräder der ArbeitgeberInnen.

457

458 Hier müssen die Verkehrsbetriebe einerseits an ihren Haltestellen sichere Abstellmöglichkeiten,
459 andererseits mehr Stellplätze und Sicherungsmöglichkeiten in ihrer Fahrzeugflotte schaffen.
460 Aufgabe der politischen EntscheidungsträgerInnen im Mobilitäts-, Infrastruktur-, Umwelt- und
461 Gesundheitsbereich ist eine Attraktivitätssteigerung des Fahrrads als alternatives
462 Fortbewegungsmittel. Wir brauchen zügig Kampagnen, die die breite Bevölkerung zum
463 Radfahren und eine Verhaltensänderung in Bezug auf das Fahrrad anregen. Solche
464 Kampagnen dürfen aber nicht nur potenzielle NutzerInnen des Fahrrads ansprechen, es muss
465 auch Aufklärungsarbeit bei NutzerInnen des PKW betrieben werden.

466

467 Des Weiteren fordern wir den Ausbau und die Schaffung von Radstationen, die oft an
468 Bahnhöfen zu finden sind. Der Vorteil liegt in der Kombination mit anderen Mobilitätsangeboten,
469 wie dem ÖPNV. Fahrräder können in Radstationen sicher geparkt werden. Außerdem ist ein
470 flächendeckender Ausbau der Bike-Sharing-Stationen nötig, um Kombinationsmöglichkeiten
471 (Rad – Bahn – Rad) zu schaffen. Ebenso wichtig ist eine Beachtung der unterschiedlichen
472 Anforderungen verschiedener Alters- und Gesellschaftsgruppen (z.B. E-Bikes, Lastenfahrräder,
473 Kindersitze etc.). Nicht unwesentlich ist, wie bereits angesprochen, die Mitnahmemöglichkeit,
474 z.B. im Zug oder Bus. Wir fordern eine kostenlose Mitnahme aller Fahrräder in den Zügen und
475 Bussen. Auch die Anschaffung von Fahrradanhängern für Busse ist eine Möglichkeit,
476 Attraktivität zu steigern.

477

478 Logistik

479

480 Jährlich wird der Niederrhein von knapp 200.000 Schiffen befahren. Dies entspricht im
481 Durchschnitt etwa 500 Schiffen am Tag. Der Rhein ist somit die verkehrsreichste Wasserstraße
482 Europas.

483

484 Jährlich werden in Deutschland über die Bundeswasserstraßen bis zu 240 Millionen Tonnen
485 Güter mit einer Transportleistung von 65 Milliarden Tonnen-Kilometer transportiert. Das sind fast
486 75 Prozent der Güterverkehrsleistung der Eisenbahnen bzw. rund circa 14 Millionen LKW-
487 Fahrten. Ferner werden im Binnenschiffsverkehr etwa 1,5 Millionen Container transportiert: Eine
488 Beförderungsmenge, die weitere 700.000 Lkw-Fahrten entspricht.

489

490 Damit die Binnenschifffahrt zur Bewältigung der künftigen Verkehrsprobleme verstärkt beitragen
491 kann, braucht eine zukunftsstarke Binnenschifffahrt leistungsfähige Wasserstraßen.
492 Investitionen sind daher unter Beachtung ökologischer Kriterien auf den Erhalt des vorhandenen
493 Wasserstraßennetzes sowie auf ein modernes Netz- und Betriebsmanagement (Abbau von
494 Wartezeiten an Schleusen, Anpassung der Fahrrinnenbreiten an Abflusssdynamik) zu
495 konzentrieren. Die Binnenschifffahrt muss gezielt bei der Modernisierung der Flotte und der
496 Schiffstechnik unterstützt werden. Neben der Binnenschifffahrt ist es für eine moderne Logistik
497 besonders wichtig auf den Schienenverkehr zu setzen. Die Güter kommen schnell und pünktlich
498 an und sorgen auf Autobahnen nicht für unnötige Staus. Besonders für den europäischen
499 Transitverkehr bietet die Schiene eine sehr gute Alternative zum LKW. Hier ist es besonders
500 wichtig, dass auf gute Verladesysteme gesetzt wird. Diese sollte die Politik unterstützen und
501 nicht behindern.

502

503 Die Schnittstellen zwischen Wasser, Schiene und Straße müssen ausgebaut, Binnenhäfen zu
504 modernen Logistikzentren weiterentwickelt werden. Für SpediteurInnen müssen Anreize gesetzt
505 werden, damit sie die Binnenschifffahrt überhaupt in die Planung ihrer Logistikketten
506 einbeziehen.

507

508 Die öffentliche Hand als Eigentümerin wichtiger Knotenpunkte wie Häfen, Güterbahnhöfe und
509 als Anbieterin von Gewerbefläche hat nicht nur die Aufgabe, eine bessere Infrastruktur für
510 SpediteurInnen und ProduzentInnen zu sorgen. Gemeinsam mit den TarifpartnerInnen hat sie
511 dafür Sorge zu tragen, dass auch in der Logistikbranche der Grundsatz der „Guten Arbeit“
512 gelten soll. Leistungsgerechte Bezahlung und unter anderem die Einbehaltung von Fahrt- sowie
513 Pausenzeiten dürfen in dieser Branche nicht unbeachtet bleiben.

514

515 Kombinationsmöglichkeiten schaffen

516

517 Zu den Zukunftsherausforderungen unserer Verkehrsinfrastruktur gehört es, verschiedene
518 Verkehrsmittel miteinander zu vernetzen. Die komfortable Kombination aus Fahrradfahrt zum
519 Bahnhof, Bahnfahrt zur Arbeit und Einkaufen mit dem Car-Sharing-Auto sollte zur gängigen
520 Praxis werden.

521

522 Die öffentliche Hand hat dafür auf allen Ebenen Rahmenbedingungen zu setzen. Dafür sollte
523 eine hinreichende Anzahl von Carsharing-Stationen, Park and Ride-Parkplätzen,
524 Leihfahrradplätzen sowie gut gesicherten Fahrradparkplätzen an allen Bahnhöfen sichergestellt
525 werden. Dies geschieht durch entsprechende Rahmenplanung, öffentliche Angebote oder das
526 Ausschreiben von privaten Leistungen (des Carsharings, der Leihfahrräder etc.).

527

528 Darüber hinaus wird es immer notwendiger, dass die öffentliche Hand auf eine Vernetzung der
529 bisherigen Carsharing- und Fahrradleih-Angebote unterschiedlicher AnbieterInnen hinwirkt. Für
530 die/den NutzerIn sollte es (preislich und bürokratisch) keine Rolle spielen, welches
531 Unternehmen vor Ort den Service anbietet.

532

533 **Mobilität gibt's nicht für lau**

534

535 Schienenfern- und Regionalverkehr gehört für uns nicht in die Hände privater Unternehmen. Die
536 Veräußerung von Bahnstrecken an private Unternehmen muss umgehend beendet werden.
537 Bereits privatisierte Strecken müssen vom Staat zurückerworben und in die Hände der
538 Deutschen Bahn gelegt werden. Das heißt auch, dass der Aufbau der Deutschen Bahn AG als
539 profitorientiertes Unternehmen schon von Beginn an, der falsche Ansatz war. Mobilität ist ein
540 öffentliches Gut, bei dem es nicht darum geht, ob am Ende schwarze Zahlen geschrieben
541 werden, sondern, dass alle von diesem Gut Gebrauch machen können.

542

543 Mit öffentlichem Personenverkehr lässt sich kein Geld verdienen. Zumindest nicht, wenn die
544 Kosten für die NutzerInnen in einem angemessenen Rahmen bleiben sollen. Kommunale
545 Verkehrsbetriebe werden üblicherweise durch Betriebe, wie zum Beispiel
546 Wohnbaugesellschaften oder Stadtwerke, querfinanziert, damit es für die kommunalen
547 Haushalte erschwinglich ist, ein gutes Angebot auf die Straße oder die Schiene zu bringen.

548

549 Vielerorts geht diese Querfinanzierung nicht mehr auf. Die gewinnstarken Betriebe haben mit
550 immer neuen Herausforderungen, wie mit der Energiewende, zu kämpfen. Für Kommunen wird
551 das Angebot immer teurer und nimmt einen immer größeren Teil des städtischen Haushalts ein.

552

553 Prinzipiell ist es erfreulich, dass auf dem Papier Städte und Kommunen mehr für ihren ÖPNV
554 ausgeben. Nur leider beinhalten diese Posten lediglich Verlustausgleiche und weniger
555 Investitionen in den Bestand oder in den Ausbau von Netzen. Die Kommunen können den
556 massiven Investitionsbedarf nicht mehr alleine stemmen und geraten durch die schlechte
557 Ausfinanzierung und die immer wachsenden Pflichtausgaben weiter unter Druck.

558

559 Das Land, den Bund und die EU auf sich an den Kosten zu beteiligen. Netze und Schienen
560 machen weder an Bezirks- noch an Landesgrenzen Halt. Investitionstöpfe dürfen nicht mehr nur
561 auf Neuinvestitionen ausgelegt werden, sondern müssen auch dazu genutzt werden, den
562 Bestand an Infrastruktur zu sanieren und zu modernisieren. Dazu gehört aber auch eine
563 gerechte Verteilung, der jetzt schon knapp bemessenen Bundesmittel. Die bisherige
564 Finanzierung von kommunalen Betrieben gerät massiv ins Wanken. Es braucht langfristige
565 neue Finanzierungskonzepte. JedeR profitiert von einem guten ÖPNV. Wir streben einen
566 fahrscheinlosen und kostenlosen steuerfinanzierten ÖPNV, an. Um den Kommunen Druck zu
567 nehmen und ein Ausspielen von Bussen und Bahnen gegenüber Theatern, Sportplätzen oder
568 Schwimmbädern zu vermeiden, darf der ÖPNV nicht länger als freiwillige Aufgabe der
569 Kommunen bewertet werden. Er gehört für uns zu den Pflichtaufgaben der Kommune.

570

571 Nur wenn alle Menschen die Möglichkeit zur Teilhabe an Mobilität haben, dann ist Mobilität
572 zukunftssicher. Also: volle Kraft voraus!

573

574 **Zukunftsinvestitionen - Unsere Forderungen:**

575

- 576 • Generationensolidarität muss das Ziel aller Zukunftsinvestitionen sein!
- 577 • Umverteilung durch Zukunftsinvestitionen mit dem Ziel der Verteilungsgerechtigkeit
- 578 • Mehreinnahmen möglich machen (Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer,
579 Finanztransaktionssteuer, Körperschaftssteuer, Kapitalertragssteuer) und Steuerflucht
580 aktiv bekämpfen
- 581 • Schuldenbremse mittelfristig abschaffen und Spielräume schnellstmöglich nutzen
- 582 • Fokus der Investitionen MUSS auf den Kommunen liegen! Die Übernahme der
583 kommunalen Altschulden in einem Altschuldenfond des Bundes bleibt für uns weiterhin
584 eine zentrale Forderung.
- 585 • Zukunftsinvestitionen sind Investitionen in Infrastruktur, Bildung und Daseinsvorsorge,
586 nicht in Renditewünsche privater Hände, wie es bei ÖPP der Fall ist.
- 587 • Zukunftsinvestitionen sind Investitionen in die Zukunft!

Titel Verkehrspolitik

Antragsteller Bremen

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Verkehrspolitik

- 1 Der Bundeskongress möge beschließen:
2
3 **Für eine grundlegend neue Verkehrspolitik – Verkehrswende jetzt!**
4
5 Die letzten Jahre haben verkehrspolitisch einige Veränderungen mit sich gebracht. So gab es
6 eine Bahnreform und der Verkehr mit Fernbussen wurde liberalisiert. Die Erreichung des
7 grundsätzlichen Zieles, Verkehr von der Straße auf die Schiene zu verlegen, geriet durch
8 verschiedenste Entwicklungen und falsche politische Entscheidungen in weite Ferne.
9
10 Doch dieses Ziel ist und bleibt aus unserer Sicht wichtig! Um es zu erreichen, bedarf es einer
11 grundlegend neuen Verkehrspolitik, die die Schiene in den Mittelpunkt stellt. Parallel dazu
12 braucht es eine grundlegende Umstrukturierung der Deutschen Bahn, um eine vernünftige und
13 gerechte Mobilität der Zukunft zu entwickeln. Deshalb halten wir folgende Schritte für nötig:
14
15 **Wir fordern eine neue Bahnreform. Diese sollte wie folgt aussehen:**
16
17 •
18 Die DB muss in ein öffentlich-rechtliches Unternehmen umgewandelt werden. Dieses
19 muss selbstständig handeln können, aber durch ein Kontrollgremium mit Vertreter*innen
20 aus Politik und Arbeitnehmer*innen sowie anderen Interessenvertreter*innen kontrolliert
21 werden.
22 •
23 Von Unternehmensanteilen, die mit dem System Schiene wenig zu tun haben (z.B. DB
24 Arriva) muss man sich trennen. Die Auslandsinvestitionen von DB Schenker müssen
25 deutlich abnehmen, damit eine Fokussierung auf die Kernaufgaben im Inland erfolgen
26 kann.
27 •
28 Der Regionalverkehr muss wieder zentraler geregelt werden. Ein neues Gremium
29 organisiert zusammen mit den Bundesländern und der Deutschen Bahn den Nahverkehr.
30 Die Länder haben dort eine zentrale Rolle, um ihre Forderungen vernünftig
31 durchzusetzen. Die nötigen finanziellen Mittel muss der Bund bereitstellen und
32 regelmäßig anpassen. Ausschreibungen, die es bisher im Regionalverkehr gab, müssen
33 der Vergangenheit angehören. Die Mittel für den Regionalverkehr müssen ebenso
34 deutlich angehoben werden. Die Leistungen im Nahverkehr bleiben bei der Deutschen
35 Bahn.
36 •
37 Die DB muss mit den Ländern zusammenarbeiten, um eine bessere Verzahnung von
38 Regionalverkehr und Fernverkehr zu ermöglichen. Hierzu kann das geschaffene Gremium
39 für den Regionalverkehr eine Grundlage bieten, um gemeinsame Konzepte mit den

- 40 Ländern zu erarbeiten. Über „regionalen Fernverkehr“ (wie z.B. früher der Interregio)
41 müssen auch strukturschwache Regionen wieder einen vernünftigen Anschluss an den
42 Fernverkehr erhalten. Durch die Zentralisierung des Bahnverkehrs sollte man auch die
43 Tarifstruktur anpassen, um einfachere und gerechtere Tarife zu entwickeln.
- 44 •
 - 45 Neue Hochgeschwindigkeitsstrecken und große Bahnhofprojekte sind teuer und meist
46 ineffizient. Stattdessen muss die DB wieder vernünftig und vor allem flächenmäßig in ihr
47 Netz investieren und z.B. „Langsamfahrstellen“ beseitigen.
 - 48 •
 - 49 Es muss wieder einen besseren und gut ausgebauten Nachtzugverkehr geben. Gerade
50 im Hinblick auf den grenzüberschreitenden Verkehr innerhalb Europas ist dies sehr
51 wichtig.
 - 52 •
 - 53 Wir brauchen endlich einen besseren Takt im Schienenverkehr. Die Initiative
54 „Deutschland-Takt“ unterstützen wir und fordern, entsprechende Pläne für eine bessere
55 Verzahnung im Netz umzusetzen.

56 57 **Weg von der Straße und hin zur Schiene**

- 58
- 59 •
- 60 Wir fordern ein Umdenken in der Verkehrspolitik. Es muss deutlich in die Schiene
61 investiert werden, denn Deutschland hinkt im europäischen Vergleich und seinem
62 Anspruch weit hinterher.
- 63 •
- 64 Die Liberalisierung des Fernbusmarktes sehen wir kritisch. Da dieser ohne
65 Einschränkungen eingeführt wurde, führt dies zu einem ungleichen Wettbewerb mit der
66 Schiene. Wir fordern daher eine Maut für die Fernbusse.

67 68 **Begründung:**

69 Eine gewinnorientierte Aktiengesellschaft ist der falsche Weg, um öffentliche Daseinsvorsorge
70 bereitzustellen. In den letzten Jahren hat diese Unternehmensform dazu geführt, dass die
71 Infrastruktur der Deutschen Bahn abgebaut und der Fokus darauf gelegt wurde, neue
72 Unternehmensstrukturen aufzubauen. Unter anderem wurde für 2,8 Milliarden € das britische
73 Transportunternehmen Arriva gekauft und über DB Schenker massiv ins Ausland investiert.

74
75 So will die die DB AG zum größten Logistikunternehmen der Welt werden. Diese Vision eines
76 Global Players halten wir für falsch, weil die Hauptaufgabe dadurch vernachlässigt wird.

77
78 Deshalb muss die DB AG in ein öffentlich-rechtliches Unternehmen mit einem Kontrollgremium
79 umgewandelt werden. So hat die DB weiterhin die Möglichkeit, eigene Entscheidungen zu
80 treffen, wird aber durch Vertreter*innen aus Politik und Arbeitnehmer*innen vernünftig
81 kontrolliert. Öffentliche Unternehmen gehören allen und müssen demokratisch kontrolliert
82 werden.

83
84 Die besagten Unternehmensanteile (z.B. DB Arriva) müssen verkauft werden, da dieses Geld in
85 der Infrastruktur deutlich besser aufgehoben ist.

86
87 Im Regionalverkehr muss endlich Schluss sein mit den Ausschreibungen. Der dadurch
88 entstandene Wettbewerb wurde hauptsächlich auf dem Rücken der Arbeitnehmer*innen geführt.
89 Denn über Privatbahnen, die teilweise sogar den Bundesländern gehören, werden die Löhne
90 massiv nach unten gedrückt. Es stimmt zwar, dass die Ausschreibungen und das eingesparte
91 Geld mehr Verkehr auf die Schiene gebracht hat – das darf aber nicht auf Kosten der
92 Beschäftigten gehen. Des Weiteren führen viele Wettbewerber zu einer Ineffektivität des Netzes
93 und auch oft zu Verwirrung beim Kunden, z.B. durch unzählige verschiedene
94 Fahrscheinautomaten. Durch eine Zentralisierung kann man das Ticketsystem sowie die
95 Verzahnung zwischen Fernverkehr und Nahverkehr besser koordinieren. Das neu geschaffene
96 Gremium sorgt dafür, dass die Interessen aller Bundesländer berücksichtigt werden, damit die
97 Vorschläge für die jeweiligen Regionen eingearbeitet werden.

98
99 Im Fernverkehr gab es in den letzten Jahren eine Fokussierung auf den Hochgeschwindigkeits-
100 verkehr, dies bot dem Kunden meist wenige Verbesserungen und hat dazu geführt, dass die DB

101 sich aus der Fläche zurückzieht. Wir finden dass, auch der Fernverkehr auch
102 strukturschwachen Regionen zugutekommen muss. Frühere Konzepte wie der Interregio, sind
103 hilfreich um auch unwirtschaftliche Regionen wieder anzubinden.

104

105 Die DB will sich bis 2018 aus dem Nachtverkehr zurückziehen, da es laut Konzern an
106 Wirtschaftlichkeit mangelt und neue Wagen angeschafft werden müssen. Wir finden, dass der
107 Nachtverkehr sehr wichtig ist für den Schienenverkehr. Denn vor allem im europäischen
108 Grenzverkehr ist dies eine gute Konkurrenz zu der wachsenden Zahl von Billigflügen innerhalb
109 Europas. Die Bahn sehen wir hier als umweltfreundlichere Alternative. Deshalb muss in den
110 Nachtverkehr investiert und z.B. auch neues Wagenmaterial angeschafft werden.

111

112 In Deutschland richtet sich die Verkehrspolitik seit Jahren hauptsächlich um den
113 Straßenverkehr, der Schienenverkehr wurde weitestgehend vernachlässigt. Beispielsweise
114 wurden 2013 in den Straßenverkehr pro Kopf 151€ investiert, in den Schienenverkehr aber nur
115 54€. Auch im europäischen Vergleich steht Deutschland ziemlich weit hinten da. In Österreich
116 und in der Schweiz, wo der Schienenverkehr wesentlich besser funktioniert, wird das vier- bzw.
117 das sechsfache für die Schiene aufgebracht. An diesen Ländern sollte sich ein Vorbild
118 genommen und endlich vernünftig investiert werden. Denn sowohl für die Menschen als auch
119 die Wirtschaft der Bundesrepublik ist die Schiene wichtig, denn sie ist und bleibt das
120 umweltfreundlichste Verkehrsmittel. Momentan erleben wir außerdem, dass viele Menschen
121 wieder von der Schiene auf die Straße umsteigen, genauer gesagt auf den Fernbus. Immer
122 mehr Verkehr verlagert sich wieder auf die Straßen, vor allem dort, wo es eine ausgebaut
123 Schieneninfrastruktur gibt. Die Liberalisierung des Fernbusmarktes ist des Weiteren kritisch zu
124 sehen, da es zurzeit noch einen ungleichen Wettbewerb zur Schiene gibt. Denn der Fernbus
125 zahlt keine Maut, oft keine Gebühr für den ZOB oder das nächtliche Parken. Bei der Bahn
126 hingegen, gibt es enorme Trassen- und Stationsgebühren, die der Kunde mit bezahlt. So hat
127 der Fernbus preislich einen erheblichen Vorteil und fährt so das System Schiene kaputt.
128 Grundsätzlich ist gegen einen Fernbus im Personenverkehr nichts einzuwenden. Allerdings
129 darf der umweltfreundlichere Schienenverkehr hier nicht benachteiligt werden. Daher brauchen
130 wir eine Fernbusmaut die im Verhältnis zu den Trassengebühren steht.

131

132

133

134

135

136

137

138

139

140

141

142

143

144

145

146

147

148

149

150

151

152

153

154

155

156

157

158

159

160

161

Titel Stärkung der Infrastruktur durch einen fairen Wettbewerb auf Straße und Schiene

Antragsteller Brandenburg

Zur Weiterleitung an SPD- Bundesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Stärkung der Infrastruktur durch einen fairen Wettbewerb auf Straße und Schiene

- 1 Seit der Fernbusliberalisierung ist der Anteil von Fernbussen am Fernverkehrsmarkt rasant
2 gestiegen. Das führt dazu, dass auch auf den brandenburgischen Autobahnen vermehrt
3 Fernbusse fahren und sukzessive Haltepunkte eingeführt werden. Jedoch dürfen Fernbusse
4 den Schienen(fern-)verkehr nicht kaputt konkurrieren, sondern müssen diesen sinnvoll
5 ergänzen. Die SPD steht für folgende Schritte, um für einen fairen Wettbewerb zu sorgen sowie
6 Arbeitnehmer*innen- und Verbraucher*innenrechte zu schützen:
7
8 1. Langfristige Einführung einer Maut für Busunternehmen im Fern- und Reiseverkehr; die
9 Einnahmen sollten zweckgebunden für die Verbesserung der (Fern- und Reisebus-)Infrastruktur
10 genutzt werden
11
12 2. Schaffung eines bundesgesetzlichen Rahmens für die Möglichkeit der Einführung einer
13 Benutzungspflicht bestimmter Stationen (Bushaltestellen) auf kommunaler Ebene
14
15 3. Kommunen, in denen Fern- und Reisebusse Haltepunkte und (Dauer-) Parkplätze haben,
16 erhalten durch Änderung des Personenbeförderungsgesetzes die Möglichkeit zur Erhebung von
17 Benutzungsgebühren
18
19 4. Stärkere Kontrolle der Lenk- und Pausenzeiten
20
21 5. Angleichung der Fahrgastrechte, v.a. für Entschädigungszahlungen bei Verspätungen oder
22 Ausfällen, an die Fahrgastrechte im Eisenbahnverkehr
23
24 6. Einhaltung und Überprüfung der gesetzlich geregelten Barrierefreiheit ab 2016 bei neuen
25 Bussen und ab 2020 bei allen Bussen
26
27 7. Einführung einer Andienungspflicht für Abfälle/Abwässer etc. von Fern- und Reisebussen und
28 die Schaffung zertifizierter Entsorgungsstationen
29
30 8. Schaffung einer Verordnungsermächtigung für die Bundesländer, um die Konsequenzen aus
31 dem Personenbeförderungsgesetz für den Fernbusverkehr besser steuern zu können (z.B.
32 Genehmigung von Haltestellen)
33
34 **Begründung:**
35 Zwar hat die Fernbusliberalisierung für einige Vorteile gesorgt, von denen v.a. sozial-
36 schwächere profitieren, dennoch werden Fern- und Reisebusunternehmen gegenüber
37 Eisenbahnverkehrsunternehmen faktisch bevorzugt, da sie für viele Kosten nicht aufkommen
38 müssen.

39

40 Während die Eisenbahnverkehrsunternehmen für jeden Halt an Bahnhöfen Stationsgebühren,
41 für jeden zurückgelegten Kilometer Trassengebühren sowie für das Abstellen von Zügen
42 Gebühren bezahlen müssen – und diese auf die Kunden verteilt werden – fahren Fern- und
43 Reisebusse quasi konkurrenzlos durch das Land, da sie nur für wenige Abgaben, wie z.B. die
44 Mineralölsteuer, aufkommen müssen.

45

46 Sie müssen oftmals weder Gebühren für Haltestellen zahlen, noch fallen Gebühren für das
47 parken am Straßenrand oder einer Maut (wie bei ähnlich schweren LKWs) für die Nutzung von
48 Autobahnen an. Außerdem bezahlt die Bahn jährlich Millionen für Lärm- und Schallschutz,
49 währenddessen die Kosten für die Reduzierung von Straßenlärm auch durch die Allgemeinheit
50 gezahlt werden.

51

52 Durch eine geringe Maut wollen wir für eine Stärkung der Infrastruktur sorgen, die für den
53 Erhalt, die Modernisierung sowie den Neubau dieser genutzt werden soll. Durch weitere gezielte
54 Maßnahmen wollen wir für eine Angleichung der Rechte und Pflichten zwischen allen
55 Verkehrsmitteln sorgen.

56

57

58

59

60

61

62

63

64

65

66

67

68

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

Titel Sicherheit im Reise- und Fernbusbereich
erhöhen

Antragsteller Hessen-Nord

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Sicherheit im Reise- und Fernbusbereich erhöhen

- 1 Der Bundeskongress möge beschließen:
- 2
- 3 Sicherheit im Reise- und Fernbus-Verkehr erhöhen.
- 4 Kurzfristig müssen Kontrollen im Reise- und Fernbussektor erhöht werden.
- 5 Im deutschen Bundesgebiet gibt es die Anschnallpflicht im motorisierten Individual- und
- 6 Massenverkehr. Die Kontrollen sind jedoch zu gering getaktet, um diese Gurtpflicht
- 7 durchzusetzen.
- 8 Durch gehäufte Kontrollen kann dieses Problem angegangen werden und es kann so erhöhte
- 9 Sicherheit gewährleistet werden.
- 10 Zudem erhöhen gehäufte Kontrollen die Sicherheit der Busse, wenn Lenkzeiten und Zustand
- 11 der Busführer überprüft werden.
- 12
- 13 Schnellst möglich muss die Anzahl der Busse erhöht werden, die über Überrollvorrichtungen
- 14 und automatische Löschvorrichtungen verfügen. Außerdem sind 3-Punkt-Sicherheitsgurte
- 15 einzubauen.
- 16 Die Überrollvorrichtungen, bestehend aus verhärtetem Material, sollen im Falle eines Unfalls
- 17 das Eindringen des Daches verhindern und so die Überlebenschancen der Insassen erhöhen.
- 18 Diese Konstruktionen können Leben retten und sollen langfristig Standard im Bussektor werden.
- 19 Ein Großteil der Unfalltoten lässt sich auf die angesprochenen Ursachen zurückführen.
- 20
- 21 **Begründung:**
- 22 Begründung:
- 23
- 24 Nach Angaben des statistischen Bundesamtes waren 2014 ca. 76.800 Busse auf Deutschlands
- 25 Straßen unterwegs.
- 26 Nach der 2013 erfolgten Liberalisierung des Fernverkehrs strömen seit einem Jahr vermehrt
- 27 Fernbusse auf deutsche Autobahnen. 40% der Bundesbürger erwägen den Fernbus als echte
- 28 Alternative.
- 29
- 30 Die Zahl der Busreisenden steigt und stieg bereits vor 2013 stark an.
- 31 Negative Folgen dieser Entwicklung sind steigende Unfälle und Unfalltode im Busbereich.
- 32 Jährlich gibt es etwa 4000-5000 Verletzte durch Busunfälle. Die Zahl der Unfalltoten lag bis
- 33 2013 bei etwa 13 Menschen. Seit der Liberalisierung des Fernverkehrs hat sich die Zahl der
- 34 Todesopfer um 300% gesteigert. Anders als bei PKW-Unfällen ist die Tendenz hier also stark
- 35 steigend.
- 36 Im Verhältnis ist der Reisebus rein statistisch gesehen ein sehr sicheres Fortbewegungsmittel,
- 37 ein Großteil der Unfalltoten ist jedoch durch die o.g. Maßnahmen vermeidbar.
- 38

Titel Mautpflicht für Omnibusse einführen!

Antragsteller Sachsen

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Mautpflicht für Omnibusse einführen!

- 1 Basierend auf der bestehenden LKW-Maut ist eine Mautpflicht für Omnibusse einzuführen.
- 2 Davon ausgenommen sind nur diejenigen, die (nach RegG) im Auftrag des ÖPNV eingesetzt
- 3 werden.

4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39

Titel Maut für Fernlinienbusse

Antragsteller Hessen-Nord

Zur Weiterleitung an SPD Bundesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Maut für Fernlinienbusse

- 1 Der Bundeskongress möge beschließen:
- 2
- 3 Wir fordern den vollständigen Einbezug der Fernlinienbusse in das Mautsystem für LKW sowie
- 4 einen Vorstoß im Rahmen des deutschen Städte- und Gemeindebundes, um ein einheitliches
- 5 Abgabesystem für das Halten in den jeweiligen Städten zu forcieren. Des Weiteren muss einer
- 6 Entwertung der Eisenbahn als Verkehrsmittel entgegengewirkt werden. Es darf aus zwei Grün-
- 7 den auf keinen Fall zu einer weiteren Ausdünnung, Privatisierung oder Konzentration auf das
- 8 Luxussegment kommen: Erstens hat der Staat den eindeutigen Auftrag zur öffentlichen Da-
- 9 seinsfürsorge und muss somit auch wirtschaftlich weniger oder nicht rentable Strecken
- 10 bedienen und Städte und Gemeinden anfahren und verbinden. Zweitens kann vor allem über
- 11 einen verstärkten Bahnverkehr ein Beitrag zur Reduktion der klimaschädlichen Gase erreicht
- 12 und die entsprechenden Reduktionsziele eingehalten werden. Mit der zunehmenden Erzeugung
- 13 von Ökostrom kann ein Mobilitätskonzept mit der Bahn im Mittelpunkt zunehmend frei von
- 14 Kohlen-stoffdioxid und anderer Ressourcenbelastungen sowie -verbräuchen etabliert werden.
- 15
- 16
- 17
- 18
- 19
- 20
- 21
- 22
- 23
- 24
- 25
- 26
- 27
- 28
- 29
- 30
- 31
- 32
- 33
- 34
- 35
- 36
- 37
- 38
- 39

Titel Schnellere Lebensrettung durch Rettungsgasse!

Antragsteller Bayern

Zur Weiterleitung an Bundesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Schnellere Lebensrettung durch Rettungsgasse!

1 „Stockt der Verkehr auf Autobahnen und Außerortsstraßen mit mindestens zwei Fahrstreifen für
2 eine Richtung, müssen Fahrzeuge für die Durchfahrt von Polizei- und Hilfsfahrzeugen in der
3 Mitte der Richtungsfahrbahn, bei Fahrbahnen mit drei Fahrstreifen für eine Richtung zwischen
4 dem linken und dem mittleren Fahrstreifen, eine freie Gasse bilden.“ § 11 Abs. 2 StVO 2013
5
6 Dies lässt sich der StVO entnehmen und ist hier schon 1982 eingeführt worden. Doch ist die
7 aktuelle Realität auf deutschen Autobahnen eine ganz andere, selbst Berufskraftfahrer halten
8 dies nicht ein.
9
10 Die nicht Einhaltung ist zwar nach § 49 Abs. 1 Nr. 11 StVO eine Ordnungswidrigkeit die 20 Euro
11 kostet doch interessiert dies kaum eine Person und die Rettungskräfte haben meist
12 dringlicheres zutun als diese Ordnungswidrigkeit zu verfolgen.
13
14 Auch in Deutschland sollte das Strafmaß erheblich verschärft werden. Auch in Deutschland sind
15 schon Organisationen (Deutschen Feuerwehr-Gewerkschaft Landesgruppe Hessen und die
16 Feuerwehr Wiesbaden) engagiert und informieren über die richtige Einhaltung der
17 Rettungsgasse, diese sollten unterstützt werden und das Durchführen einer öffentlichen
18 Kampagne der Bundesregierung sollte auch bei uns stattfinden.
19
20 Auf der Autobahn, an häufigen Stau- und Unfallstrecken sollten Schilder angebracht werden die
21 auf die Rettungsgasse hinweisen.
22
23 So könnte Unfallopfern schneller Hilfe zuteilwerden und das ein oder andere Leben gerettet
24 werden.
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38

Titel Europäische Kerosinsteuer einführen!

Antragsteller Sachsen

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Europäische Kerosinsteuer einführen!

1 Eine Kerosinsteuer auf alle innereuropäischen Flüge ist europaweit einzuführen.

2

3 **Begründung:**

4 Am Beispiel Deutschland wird deutlich, dass alle anderen Verkehrsträger eine Steuer auf ihre

5 „Kraftstoffe“ (vgl. Stromsteuer, Mineralölsteuer) bezahlen müssen, deshalb ist eine Ausnahme

6 für den gewerbsmäßigen Luftverkehr ungerechtfertigt bzw. eine Wettbewerbsverzerrung. Von

7 einer Besteuerung auf internationale Flüge sehen wir ab, bis eine länderübergreifende

8 Regelung gefunden wird.

9

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

Titel Leerrohrzwang beim Straßenbau für Glasfaser

Antragsteller Bayern

Zur Weiterleitung an Bundesparteitag, Bundestagsfraktion

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Leerrohrzwang beim Straßenbau für Glasfaser

1 Um die extremen Kosten für den langfristigen und technisch fortschrittlichen Glasfaserausbau,
2 welche immer wieder auf mehrere Milliarden Euro prognostiziert werden, zu senken, bedarf es
3 eines kostengünstigeren Verfahrens, um alle Haushalte und Unternehmen in der gesamten
4 Bundesrepublik mit Glasfaser zu versorgen. Es ist notwendig, dass bereits bei anderen tieferen
5 Straßenarbeiten und beim Neubau von Straßen, ausreichend Leerrohre für FTTx verlegt und
6 diese ausreichend und in angemessener Form dokumentiert werden. Dies erfordert zwar mehr
7 kommunale Planung und Organisation bei zukünftigen Straßenarbeiten. Doch bei Kosten von
8 mehreren zehntausenden Euro pro Kilometer allein für die Tiefbauarbeiten rentiert sich dies in
9 jedem Fall, denn das Nachträgliche einziehen von Lichtwellenleitern kostet pro Kilometer mit
10 „wenigen“ Tausenden Euro nur einen Bruchteil. Dies stellt eine enorme Möglichkeit zur
11 Kosteneinsparung beim langfristigen und zukunftssicheren Ausbau von notwendiger
12 Infrastruktur dar.

13

14 Deshalb müssen die Bundesländer und Kommunen dazu verpflichtet werden, bereits jetzt beim
15 Straßenbau und bei umfangreicheren Straßenarbeiten Leerrohre für den Glasfaserausbau zu
16 verlegen.

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

W

Wirtschaft, Finanzmärkte, Steuern &

Kapitalismuskritik

W 1	Projekt Transformation der Wirtschaftsweise über den Juso Bundesvorstand Die ökologischen Grenzen unseres Planeten respektieren! - Wohlstand statt Wachstum in den Fokus nehmen	509
W 2	Projekt Zukunft Europas über den Juso Bundesvorstand Fairhandel statt Freihandel – Für eine solidarische, gerechte und demokratische Handelspolitik	519
W 3	Bremen Handelspolitik	526
W 4	Hannover Freihandel nicht um jeden Preis! Unsere Bedingungen für ein Transatlantisches Abkommen!	529
W 5	Hessen-Süd TTIP und Ceta ? Nur zu unseren Bedingungen	532
W 6	Bayern Nein zu TTIP und CETA!	535
W 7	Berlin CETA ablehnen	537
W 8	Hannover Demokratische Verhandlung und Kontrolle von Freihandelsabkommen	539
W 9	Nordrhein-Westfalen Wachstum weiterdenken - Fortschritt und Nachhaltigkeit als Leitplanken für ein gutes Leben	541
W 10	Nordrhein-Westfalen Ökologische Transformation unserer Wirtschaft und Industrie	547
W 11	Hessen-Nord Schluss mit der Ignoranz: SPD gegen Wirtschaftspartnerabkommen (EPAs)	550
W 12	Weser-Ems Industrie 4.0 menschlich entwickeln!	552

W 13	Hannover Kampf dem Steuerbetrug: „Insika“ einführen	554
W 14	Baden-Württemberg Weniger Steuer auf Getränke	555
W 15	Hessen-Süd Für eine alternative Wirtschaftspolitik	556
W 16	Bayern Schluss mit neoliberalem Monetarismus! Für eine nachfrageorientierte Bekämpfung deflationärer Tendenzen im Euroraum	558
W 17	Weser-Ems Moderne Wirtschaftspolitik in der Fläche zwischen Stadt und Land	563
W 18	Hessen-Süd Echte Umverteilung – Jetzt!	565

Titel Die ökologischen Grenzen unseres Planeten
respektieren! - Wohlstand statt Wachstum in den Fokus
nehmen

Antragsteller Projekt Transformation der Wirtschaftsweise über den Juso
Bundesvorstand

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

**Die ökologischen Grenzen unseres Planeten respektieren! -
Wohlstand statt Wachstum in den Fokus nehmen**

1 Spätestens mit der 1972 vom Club of Rome veröffentlichten gleichnamigen Studie hat die
2 Diskussion zu den "Grenzen des Wachstums" breite Resonanz in Politik und Öffentlichkeit
3 gefunden. Wenngleich die Prognosefähigkeit komplexer Simulationen zur globalen Entwicklung
4 notwendigerweise begrenzt bleiben muss, können wir heute - über 40 Jahre nach erscheinen
5 der Studie - konstatieren, dass wesentliche Vorhersagen des verwendeten Standardmodells
6 eingetreten sind. Es besteht kein Zweifel, dass unsere aktuelle Form des Wirtschaftens die zur
7 Verfügung stehenden Umweltressourcen in vielen Dimensionen bereits heute massiv übernutzt.
8 Besonders deutlich wird dies mit Blick auf die Treibhausgasemissionen, den Verlust von
9 Biodiversität und den Stickstoffeintrag in die Atmosphäre. Diese Fakten zwingen uns, den
10 absoluten Ressourcenbedarf zu verringern und stellen unsere auf stetiges Wirtschaftswachstum
11 ausgerichtete Form des kapitalistischen Wirtschaftens grundsätzlich in Frage.

12

13 Gleichzeitig müssen wir konstatieren, dass nur ein kleiner Teil der Weltbevölkerung vom, auf
14 Kosten der Umwelt und zu Lasten breiter Teile der Bevölkerung, produzierten Reichtum
15 profitiert. Dieser Teil der Weltbevölkerung lebt vornehmlich in den westlichen Industrienationen,
16 welche für den Großteil des globalen Ressourcenverbrauchs und der globalen
17 Umweltbelastungen verantwortlich sind. Es liegt folglich auf der Hand, dass wir auch künftig
18 materielles Wachstum benötigen werden, um der Unterentwicklung in weiten Teilen der Welt zu
19 begegnen, bestehende Verteilungskonflikte politisch zu lösen und eine gerechtere
20 Wohlstandsverteilung zu erreichen. Für uns ist dabei jedoch klar, dass Wirtschaftswachstum
21 nicht gleichbedeutend mit Wohlstandsmehrung ist.

22 Um Fortschritt beurteilen zu können und bedürfnisangemessenes Wirtschaften zu ermöglichen,
23 bedarf es eines erweiterten Wohlstandsbegriffs, welcher die für Wohlstand und Lebensqualität
24 relevanten Dimensionen erfasst.

25

26 Als Jusos stellen wir uns der Frage, was Wohlstand zu Beginn des 21. Jahrhunderts bedeutet
27 und in welchem Verhältnis Wohlstand und Wirtschaftswachstum stehen. Davon sind
28 grundlegende Fragen über die Art und Weise unseres Wirtschaftens berührt, welche nach
29 gesamtgesellschaftlichen Antworten verlangen und Folgefragen mit Blick globale Gerechtigkeit
30 aufwerfen. Wir sind überzeugt, dass eine gleichmäßigere und damit gerechtere
31 Wohlstandsverteilung moralisch und politisch geboten ist. Sie ist aber auch deshalb eine
32 Notwendigkeit, weil es globale Entwicklung nur geben kann, wenn es gelingt, Verteilungs- und
33 Ressourcenkonflikte als Hauptgrund für Krieg und Bürgerkrieg durch eine gerechtere
34 Wohlstandsverteilung aufzulösen. Dies wird ohne grundlegende institutionelle Reformen des
35 strukturell ungerechten und krisenhaften internationalen Währungs- und Finanzsystem, welches

36 eine kontinuierliche und stabile wirtschaftliche Entwicklung massiv behindert, nicht zu erreichen
37 sein. Für den somit umrissenen Themenkomplex soll der vorliegende Beschluss Denkanstöße
38 geben und politische Lösungsstrategien formulieren.

39

40 **Unser Begriff von Wohlstand**

41

42 Wenn wir Jusos über Wohlstand sprechen, dann sind wir uns darüber im Klaren, dass es im
43 Spiegel unterschiedlicher Lebens- und Gesellschaftsmodelle keine eindeutige und bis ins Detail
44 messbare Definition für diesen Begriff gibt. Aus der Zielperspektive ist Wohlstand das, was die
45 Menschen als Grundlage für die Verwirklichung eines guten Lebens aus ihrer individuellen
46 Perspektive und in gesellschaftlichen Kontext benötigen. Dabei spielen neben den objektiven
47 Lebensbedingungen auch die Verwirklichungschancen der Menschen eine besondere Rolle.

48

49 Zwischen den zahlreichen Wohlstandsdimensionen muss jede Gesellschaft und jeder Mensch
50 selbst eine Entscheidung treffen. Einen einheitlichen Wohlstandsbegriff kann es deshalb nicht
51 geben. So ist es beispielsweise möglich, dass sich Gesellschaften für geringere
52 Konsummöglichkeiten entscheiden, um mehr der verfügbaren Ressourcen für Kultur- und
53 Freizeitmöglichkeiten aufzuwenden.

54

55 Das über die Ausgestaltung von Wohlstand Gesellschaften und Individuen unterschiedlich
56 entscheiden können ist jedoch keine Rechtfertigungsgrundlage für die weltweite Ungleichheit.
57 Im Gegenteil: Bevor über Wohlstand überhaupt zu sprechen ist, müssen zunächst elementare
58 Grundbedürfnisse der Menschen erfüllt sein. Dazu gehört Frieden, ausreichend Nahrung und
59 Trinkwasser und die Sicherstellung der weiteren existenziellen Lebensbedürfnisse ebenso wie
60 Meinungsfreiheit, Zugang zu Informationen, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit,
61 Geschlechtergerechtigkeit und die Abwesenheit von Diskriminierung. Diese
62 Grundvoraussetzungen müssen garantiert sein, damit in einer Gesellschaft die Diskussion über
63 Wohlstand und wie er aussehen soll überhaupt ernsthaft geführt werden kann.

64

65 Es ist und bleibt unser Ziel, dass der Wohlstand global gerecht verteilt wird. Armut,
66 Perspektivlosigkeit und fehlende Freiheit zur Verwirklichung eines individuellen, glücklichen
67 Lebens sind für uns an jedem Ort der Welt von enormer politischer Bedeutung. Globale
68 Wohlstandsunterschiede führen zu einer gravierenden Ungerechtigkeit, die sich nicht zuletzt in
69 Verteilungskriegen oder unfreiwilligen Migrationsbewegungen ausdrückt. Dies ist auch Folge
70 eines Wohlstandsmodells in den Industriestaaten, das darauf beruht, sich unbegrenzt die dafür
71 notwendigen Ressourcen anzueignen und damit anderen Menschen den Zugang zu Wohlstand
72 zu verweigern.

73

74 Für uns Jusos lautet das Ziel, zukünftig gesellschaftliche Verhältnisse zu schaffen, die eine
75 Umverteilung des Wohlstandes nicht mehr notwendig machen, da realer Wohlstand bereits
76 gleichverteilt erwirtschaftet wird. Dies kann nur mit einem anderen Wirtschafts- und
77 Gesellschaftssystem gelingen, in dem über den Ressourceneinsatz grundsätzlich demokratisch
78 in der Gesellschaft entschieden wird.

79

80 **Dimensionen von Wohlstand**

81

82 Welche Bestandteile zur umfassenden Verwirklichung von Wohlstand gehören ist abhängig vom
83 jeweiligen Blickwinkel und der entsprechenden Lebenswirklichkeit. Trotz dieser
84 Kontextabhängigkeit des Begriffes lassen sich unterschiedliche Wohlstandsdimensionen
85 ermitteln. Zu diesen gehören vor allem:

86

- 87 • Arbeit
- 88 • Bildung
- 89 • Erhalt der Umwelt
- 90 • individuelle und gesellschaftliche Freiheit
- 91 • Geschlechtergerechtigkeit
- 92 • Gesundheit
- 93 • Konsummöglichkeiten
- 94 • Kultur- und Freizeitmöglichkeiten
- 95 • Mobilität
- 96 • politische und gesellschaftliche Stabilität

97 • Wohnraum und das damit verbundene Lebensumfeld

98

99

100 Diese Aufzählung von Wohlstandsdimensionen aus gesamtgesellschaftlicher Perspektive kann
101 nicht abschließend sein, sondern benennt für uns Jusos besonders wichtige Punkte. Dabei steht
102 heute vielfach nicht mehr nur die Befriedigung von materiellen Bedürfnissen im Fokus, sondern
103 auch Aspekte immateriellen Wohlstands. Im politischen Prozess ist es die Aufgabe der
104 AkteurInnen, die unterschiedlichen Ziele, bei denen auch Zielkonflikte bestehen können,
105 miteinander in Ausgleich zu bringen und allen zu einer möglichst umfassenden Wirksamkeit zu
106 verhelfen.

107

108 Im Folgenden sollen die Dimensionen ausgeführt werden, die aus jungsozialistischer
109 Perspektive die Grundlage für individuellen Wohlstand in gesellschaftlichem Wohlstand bilden.
110 Dabei ist uns bewusst, dass sich unsere Wohlstandsdefinition natürlich einbetten muss in den
111 globalen Kontext und in die Aufgabe, den Ressourcenverbrauch der Industriestaaten erheblich
112 zu reduzieren, um allem Menschen weltweit den gleichen Zugang zu Wohlstand zu eröffnen und
113 die natürlichen Lebensgrundlagen langfristig zu sichern.

114

115 **rechtsstaatliche und demokratische Grundordnung**

116 Eine solidarische und demokratische Gesellschaftsform, in der alle Menschen die gleichen
117 Rechte haben, ist ein grundlegender Faktor für ein Leben in Wohlstand und Gerechtigkeit. Um
118 den Mitgliedern der Gesellschaft die Möglichkeit zu geben, ihre Rechte auch durchzusetzen,
119 muss es einen funktionierenden, demokratischen Rechtsstaat geben. Die Demokratisierung
120 aller Lebensbereiche ermöglicht eine solidarische Verteilung der gesellschaftlichen Güter. Nur in
121 einer solchen Gesellschaft kann der notwendige Ausgleich zwischen solidarischem, am
122 Gemeinwohl orientiertem Verhalten und individueller Freiheit stattfinden.

123

124 **Freiheit und Sicherheit in einem ausgewogenen Verhältnis**

125 Freiheit und Sicherheit sind öffentliche Güter, deren Gewährleistung zu den wichtigsten
126 Aufgaben eines Staates gehört und nicht zu privat gehandelter Ware verkommen dürfen. Deren
127 Verwirklichung muss in einem ausgewogenen Verhältnis geschehen, in dem nicht zugunsten
128 des einen Gutes das andere zu sehr eingeschränkt wird. Gleichzeitig sind Sicherheit und
129 Freiheit keine Gegensätze, sondern bedingen sich gegenseitig. Freiheit umfasst einerseits die
130 formalen Freiheitsrechte wie im Wesentlichen Versammlungs-, Meinungs-, Religions- und
131 Bewegungsfreiheit. Sie ist aber auch materiell zu verstehen, d.h. es geht nicht nur darum,
132 Freiheitsrechte zu gewährleisten, sondern auch jeden Einzelnen/jede Einzelne in die materielle
133 Lage zu versetzen, diese Freiheitsrechte auch zu nutzen; dies stellt Anforderungen an die
134 verlässliche soziale Absicherung genauso wie an Zugänge bspw. zu Bildung und Information.
135 Sicherheit bedeutet, dass niemand um seine körperliche oder geistige Unversehrtheit oder
136 seine materiellen und sozialen Existenzgrundlagen fürchten muss und Existenzgrundlagen
137 dauerhaft für alle gewährleistet sind. Darüber hinaus ist die soziale Sicherheit in Form der
138 Absicherung des Lebensstandards, der über die bloße Existenzsicherung hinaus geht, davon
139 umfasst.

140

141 **Geschlechtergerechtigkeit**

142 Zur Gerechtigkeit gehört für uns auch Geschlechtergerechtigkeit von Männern und Frauen und
143 zwar Chancen- wie auch Ergebnisgerechtigkeit. Dies gilt ebenso für die Gleichstellung und -
144 berechtigung von LGBTI*. Nur nach der weltweiten Überwindung des Patriarchats kann eine
145 freie und gleichberechtigte Verwirklichung aller Menschen erfolgen.

146

147 **Gesunde Umwelt**

148 Eine gesunde, sich stets regenerierende Umwelt bietet Ressourcen für jeglichen
149 gesellschaftlichen Wohlstand. Sie schafft ein hochwertiges Lebensumfeld, in dem sich
150 Menschen erst wohlfühlen können. Sie hat zudem auch direkten Einfluss auf die menschliche
151 Gesundheit, deren Erhalt die Kernvoraussetzung ist, um Wohlstand überhaupt erwirtschaften
152 und schließlich genießen zu können. Die nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen ist die
153 Voraussetzung für den Wohlstand zukünftiger Generationen.

154

155 **Bildung als geistige Existenzgrundlage**

156 Bildung soll zur selbstbestimmten Meinungs- und Entscheidungsfindung befähigen. Basis dafür
157 bildet eine weltweite Alphabetisierung. Grundlegende Bildung ist für uns eine Leistung, die von

158 staatlicher Seite kostenfrei und für jedes Kind verpflichtend zur Verfügung zu stellen ist. Nur so
159 können Interessen, Talente und Potenziale aller Menschen gänzlich zutage treten und sich frei
160 entfalten, z.B. in Ausübung der Berufswahlfreiheit.

161 Ohne weitergehende Bildung, die sich auch in beruflicher (Weiter-)Bildung, Hochschulbildung,
162 Forschung und Entwicklung entfaltet, ist keine Innovation und kein Fortschritt möglich. Diese
163 sind aber für Wohlstand von elementarer Bedeutung, weshalb keine Zugangsbarrieren dazu
164 bestehen dürfen. Lebenslanges Lernen dient hierbei als Leitidee.

165

166 **Wohnraum und das damit verbundene Lebensumfeld Angemessener Wohnraum**

167 Wohnraum ist der Schutzraum des Menschen vor Umwelteinflüssen und kann Freiraum für
168 individuelle Entfaltung sowie Rückzug bieten. Den individuellen aber auch kulturellen
169 Bedürfnissen sowie der Bedeutung des Wohnraums als Regenerationsnotwendigkeit soll
170 Rechnung getragen werden. Der Zugang dazu ist für alle, unabhängig vom materiellen Status,
171 zu gewährleisten. Zu gestalten ist dabei auch das Wohnumfeld als ein wesentlicher Ort des
172 sozialen Zusammenlebens, der Kommunikation und des Wohlergehens von Menschen.

173

174 **Gute Arbeit**

175 Erwerbsarbeit ist in unserer Gesellschaft nicht nur für Wertschöpfung, gesamtgesellschaftlichen
176 Fortschritt und Wohlstand entscheidend, sondern auch das zentrale Element sozialer Teilhabe.
177 Ihre demokratische und partizipative Ausgestaltung ist für den gesellschaftlichen Wohlstand
178 unverzichtbar. Erwerbsarbeit muss immer in einem ausgewogenen Verhältnis zur
179 Reproduktionsarbeit stehen. Eine gewisse Zeitsouveränität sowie Freizeitphasen sind Ausdruck
180 von Lebensqualität.

181

182 **Gesundheitsversorgung**

183 Eine ausreichende Gesundheitsinfrastruktur trägt Sorge dafür, dass Krankheiten vermieden
184 und, wenn das nicht möglich ist, möglichst geheilt werden und diesen vorgebeugt wird.
185 Außerdem sollen Leid und Schmerzen gelindert werden, um damit eine höhere Lebensqualität
186 zu erreichen. Die Gesundheit einer Person darf nicht von ihrem wirtschaftlichen Status oder
187 ihrem Aufenthaltsort abhängen.

188

189 **Mobilität**

190 Ohne Fortbewegung sind nicht nur die individuelle Bewegungsfreiheit, sondern auch die
191 Möglichkeiten für Austausch und Fortschritt eingeschränkt. Selbstbestimmte Fortbewegung fußt
192 auf einem öffentlichen Personennah- und -fernverkehr sowie Rad- und Fußverkehr, schließt
193 aber auch motorisierten Individualverkehr nicht aus. Eine flächendeckende Versorgung mit
194 Mobilitätsangeboten für den in ein Verkehrsnetz integrierten Nahraum ist von staatlicher Seite
195 ohne materielle Hürden zur Verfügung zu stellen.

196

197 **Kultur- und Freizeitmöglichkeiten**

198 Ein wichtiger Teil von Wohlstand ist für uns, dass Menschen an kulturellen Angeboten teilhaben
199 und ihre Freizeit gestalten können. Dabei sind Angebote der sogenannten „Hochkultur“ wie der
200 „Subkultur“ genauso notwendig wie Angebote der Soziokultur, der Begegnung, aus dem Bereich
201 Sport etc. Alle diese Orte sind für das gesellschaftliche Miteinander unverzichtbar, damit
202 Menschen ihren soziokulturellen Bedürfnissen nachkommen können.

203

204 **Konsummöglichkeiten**

205 Zur individuellen Lebensgestaltung gehört eine angemessene Auswahl an Konsummöglichkeiten,
206 aus denen jedeR selbst nach seinen bzw. ihren Vorstellungen wählen kann. Dabei reicht die
207 Spanne weit von Kleidung, Wohnungseinrichtungen, Essen, Getränken, Büchern, Zeitschriften,
208 Filmen bis zur Urlaub oder technischen Geräten und Unterhaltungselektronik. Für die
209 Gesellschaft besteht der doppelte Auftrag einerseits für jedeN ein Einkommen zu gewährleisten,
210 dass eine bedarfsgerechte Teilhabe am Konsum ermöglicht als auch Konsumgüter in
211 ausreichender Zahl und Vielfalt zu produzieren.

212

213

214 **Unser Wachstumsbegriff**

215

216 Wachstum im ökonomischen Kontext wird in der Regel verstanden als Wachstum des
217 Bruttoinlandsprodukts (BIP) oder des Bruttonationaleinkommens (BNE), vereinfacht also der
218 Waren und Dienstleistungen, die in einem Land hergestellt werden (BIP) oder des Einkommens,

219 dass von BewohnerInnen eines Landes erzielt wurde (BNE). Auch im Folgenden wird
220 Wachstum in diesem Sinne verwendet werden. Die in linken Kreisen teilweise vorkommenden
221 Versuche, den Begriff des „Wachstums“ umzudefinieren auf andere Wohlstandindikatoren ist ein
222 Versuch, die Debatte über den Wachstumsbegriff durch Umdefinition zu lösen, der in unseren
223 Augen nicht zielführend ist.

224

225 Wichtig ist hingegen: Die Produktion bzw. das Einkommen in einem Land ist nur ein Teil des
226 Wohlstands in einer Volkswirtschaft. Wie dargelegt gibt es zahlreiche weitere Aspekte des
227 Wohlstands. Wenn das Wachstum niedriger ausfällt oder gar negativ ist, heißt dies daher noch
228 nicht, dass der Wohlstand der Volkswirtschaft gesunken ist. Nur ein Beispiel: Entscheiden sich
229 viele in der Volkswirtschaft dafür, weniger (produktiv) arbeiten zu wollen, führt dies bei
230 konstanter Arbeitsproduktivität zu einem niedrigeren Produktionsvolumen; gleichzeitig ist aber
231 potentiell der „Wohlstand“ derjenigen gestiegen, die jetzt weniger arbeiten.

232

233 Ähnlich wie BIP (pro Kopf) oder BNE (pro Kopf) kein alleiniger Wohlstandsindikator sein
234 können, kann auch Wachstum kein Indikator dafür sein, ob der Wohlstand gewachsen ist. Daher
235 sind Wachstumszahlen zumindest für sich alleine auch kein Maßstab, mit dem sich der Erfolg
236 von Wirtschafts- und Sozialpolitik messen lässt. Möchte man dies tun, so sind weitere
237 Indikatoren heranzuziehen, die teilweise subjektiv sein werden.

238

239 Grundsätzlich ist Wachstum also ein neutraler Begriff. Ob es positiv oder negativ zu bewerten
240 ist, hängt davon ab, unter welchen Umständen es entsteht. Wirtschaftswachstum bietet aber die
241 besten Chancen für die gesellschaftliche und politische Durchsetzung von Umverteilung.
242 Deshalb halten wir Wachstum grundsätzlich für sinnvoll. Es darf aber nicht mit einem erhöhten
243 Verbrauch natürlicher Ressourcen und der damit einhergehenden Ausbeutung von Natur und
244 Umwelt verbunden sein.

245

246 **Wachstum und Ressourcenverbrauch steuern**

247

248 Ein Problem des klassischen Wachstumsbegriffs liegt darin, dass er üblicherweise nur auf die
249 Veränderung von zwei Produktionsfaktoren, Arbeit und Kapital, abstellt. Tatsächlich gibt es mit
250 den natürlichen Ressourcen aber noch einen dritten. Die traditionelle Wachstumspolitik, die
251 diese nicht mit beachtet hat, hat gesellschaftliche Verteilungskämpfe durch Wachstum gelöst
252 und dabei in Kauf genommen, die natürlichen Lebensgrundlagen immer weiter zu beschädigen.
253 Eine solche Politik ist nicht nachhaltig und damit nicht haltbar.

254

255 Umgekehrt gilt: Wachstum ist immer dann unproblematisch, wenn es mit gesteigerter
256 Ressourceneffizienz einhergeht. Sinkt der Bedarf an natürlichen Ressourcen für den gleichen
257 Output, so kann der entstandene Spielraum dafür genutzt werden, zusätzlichen Output zu
258 produzieren. Nur weil die Ressourcenproduktivität in den vergangenen Jahrhunderten
259 dramatisch gestiegen ist, ist es überhaupt gelungen, das traditionelle Wachstumsmodell so
260 lange aufrechtzuerhalten. Unter der Bedingung einer steigenden Ressourceneffizienz
261 funktioniert Wachstum auch weiterhin. Allerdings ist dabei für die Industriestaaten zu beachten,
262 dass sie derzeit die natürlichen Ressourcen massiv übernutzen, ein Teil eines weiteren Anstiegs
263 der Ressourceneffizienz also für eine Regeneration der natürlichen Lebensgrundlagen
264 verwendet werden muss und damit nicht für zusätzlichen Output zur Verfügung steht.

265

266 Daher muss zur Steuerung des Wachstums der maximal zulässige Ressourcenverbrauch
267 vorgegeben werden. Dabei ist ein Pfad zu schaffen, der die derzeitige Übernutzung der
268 Ressourcen über einen längeren Zeitraum auf das Niveau abbaut, in dem sich die Ressourcen
269 regenerieren. Die Industriestaaten müssen ihren Ressourcenverbrauch stark reduzieren, um
270 den so genannten Entwicklungs- und Schwellenländern Wachstumsmöglichkeiten zu eröffnen.
271 Als Instrument soll vorrangig auf Verbrauchsvorgaben u.ä. gesetzt werden. Eine Verteuerung
272 der Ressourcennutzung kommt nur dann in Frage, wenn das Ziel mit anderen Instrumenten
273 nicht sinnvoll zu erreichen ist.

274

275 Gibt es Wachstumsspielräume durch eine steigende Ressourceneffizienz, so ist es eine Frage
276 der gesellschaftlichen Zielvorstellungen, wie das dann grundsätzlich vorhandene
277 Wachstumspotential genutzt wird. Es kann dann für zusätzlichen Output verwendet werden,
278 aber auch für die Erhöhung weiterer Faktoren des gesellschaftlichen Wohlstands. Wofür, hängt
279 dabei von gesellschaftlichen Mehrheits- und damit Machtverhältnissen ab.

280

281 **Produktivitätszuwächse für gesellschaftlichen Fortschritt nutzen**

282

283 Sozialdemokratische Politik hat in den vergangenen Jahren deshalb so stark auf Wachstum
284 gesetzt, weil dies grundsätzlich gesellschaftliche Verteilungskämpfe im Kapitalismus erleichtert.
285 Durch Wachstum besteht die Möglichkeit den entstehenden Überschuss gerechter zu verteilen.
286 Dies bedeutet für uns auch, dass der strukturellen Benachteiligung von Frauen entgegengewirkt
287 werden muss.

288

289 Der Kapitalismus ist darauf angewiesen, dass Kapital fortlaufend Rendite abwirft, die durch
290 Wiederanlage den Kapitalbestand vergrößert. In einer Welt ohne Produktivitätszuwächse ist
291 eine konstante Rendite dabei nur möglich, wenn die Entlohnung des Produktionsfaktors Arbeit
292 sinken würde. Dieser Druck wird verringert, wenn es Wachstum entweder über
293 Produktivitätszuwächse gibt oder darüber, dass bei steigendem Kapitaleinsatz der
294 Arbeitsumfang konstant gehalten wird. Würde der gestiegene Kapital- durch einen geringeren
295 Arbeitseinsatz kompensiert, würde bei konstanten Stundenlöhnen die Kapitalrendite tendenziell
296 sinken.

297

298 Produktivitätszuwächse schaffen bei steigendem Kapitalbestand einen zusätzlichen Anstieg des
299 Outputs, der die Kapitalrendite tendenziell erhöht; umgekehrt sinkt der Druck auf die Löhne, weil
300 das insgesamt zu verteilende Einkommen größer wird. Dabei ist es eine Frage der
301 gesellschaftlichen Machtverhältnisse, wie der Produktivitätszuwachs zwischen Arbeit und
302 Kapital verteilt wird. Es hat durchaus längere Phasen vor allem in der europäischen
303 Wirtschaftsgeschichte gegeben, in denen große Teile des durch Produktivitätswachstum
304 erzielten Zuwachses an die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verteilt worden ist, dabei nicht
305 unerheblich in Form von Arbeitszeitverkürzung mit (teilweisem) Lohnausgleich (Einführung der
306 5-Tage-Woche, Ausbau des Jahresurlaubs etc.). Damit verbunden war aber, vor allem in der
307 ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, auch die Verdrängung von Frauen aus der Erwerbsarbeit.

308

309 In den vergangenen Jahrzehnten haben sich die Machtverhältnisse deutlich zugunsten des
310 Kapitals verschoben; die Beteiligung der ArbeitnehmerInnen am erzielten Wachstum ist
311 zunehmend geringer ausgefallen. Tendenziell ist gleichzeitig das Arbeitsvolumen konstant
312 geblieben, allerdings einerseits durch Teilzeitarbeit insbesondere von Frauen und andererseits
313 Arbeitslosigkeit ungleicher verteilt worden.

314

315 Ein Verteilungskonflikt tritt insbesondere dann auf, wenn ein relativ hoher
316 Produktivitätsfortschritt auf einen schwachen Fortschritt der Ressourceneffizienz trifft. Ist der
317 Fortschritt der Ressourceneffizienz Null, besteht kein nachhaltiger Wachstumsspielraum. Gibt
318 es dann einen Produktivitätsfortschritt, heißt das, dass zwingend der Einsatz mindestens eines
319 der Produktionsfaktoren Arbeit oder Kapital reduziert werden muss und zwar ohne finanziellen
320 Ausgleich. Dies schafft erhebliche gesellschaftliche Konfliktpotentiale sowohl zwischen Arbeit
321 und Kapital als auch innerhalb des Faktors Arbeit, wenn dieser zurückgefahren wird – denn
322 dann stellt sich die Frage, ob dies über eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung erfolgen soll, über
323 Arbeitslosigkeit einiger Personen oder erneut über die Verdrängung von Frauen aus der
324 Erwerbsarbeit. Für uns kommt dabei nur die erste Alternative in Frage.

325

326 Allerdings sollte die Begrenzung des Wachstumspotentials durch die Ressourceneffizienz auch
327 kein Grund zu Wachstumspessimismus sein. Die Wirtschaftsgeschichte hat gezeigt, dass es ein
328 erstaunliches Innovationspotential dahingehend gibt, die Ressourceneffizienz zu steigern –
329 teilweise sogar so, dass diese Steigerung selbst Wachstumseffekte auslöst, wie z.B. bei der
330 Energiewende. Notwendig ist dafür allerdings ein Anreizsystem, das Innovationspotentiale bei
331 der Ressourceneffizienz hebt. Dies setzt klare rechtliche Regelungen voraus, die den
332 Ressourcenverbrauch begrenzen und damit gerade in einem kapitalistischen System Anreize
333 setzen, sich des dadurch ausgelösten Drucks durch eine bessere Ausnutzung dieses
334 maximalen Ressourcenpotentials zu entledigen.

335

336 Zusätzlich ist dabei zu beachten, dass innerhalb des kapitalistischen Systems dies nur dann
337 ohne massive negative gesellschaftliche Folgewirkungen funktioniert, wenn gleichzeitig
338 verhindert wird, dass der Druck durch die Beschränkung des Ressourcenverbrauchs statt in die
339 Innovation auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer abgelenkt wird. Dann würde es statt zu
340 einem effizienteren Ressourceneinsatz zu sinkenden Löhnen und damit zu einer Abwärtsspirale

341 kommen, weil die sinkenden Löhne ihrerseits einen Rückgang des Konsums und dann der
342 gesamtwirtschaftlichen Nachfrage zur Folge hätten, die dann wiederum den Druck auf das
343 Kapital, weitere Renditepotenziale zu erschließen, verschärft. Daher kann nachhaltiges
344 Wachstum mit einer Begrenzung des Ressourcenverbrauchs nur funktionieren, wenn innerhalb
345 des Kapitalismus das Machtverhältnis erheblich zugunsten der Arbeitnehmerinnen und
346 Arbeitnehmer verschoben wird – oder wenn der Kapitalismus durch ein System abgelöst wird,
347 das die Verwendung des Produktionsfaktors Kapital unter gesellschaftliche Kontrolle stellt.

348

349 **Globale Nachhaltigkeit und globales Wachstum**

350

351 In der heute vorherrschenden, weltweiten Verteilung von Ressourcen, Produktionsfaktoren und
352 Entwicklungspotentialen lassen sich massive Ungleichgewichte zwischen den zumeist
353 westlichen Industrienationen und sog. Entwicklungsländern feststellen. Während bei einigen
354 wenigen Ländern die Produktion von Waren in den letzten Jahrhunderten massiv zugenommen
355 und zu steigendem Wohlstand geführt hat, stagniert demgegenüber in anderen Ländern das
356 Produktivitäts- und Wohlstandsniveau. Technischer Fortschritt, insbesondere in den bereits
357 weiter entwickelten Ländern, hat diesen Zustand und die damit verbundene Ungleichheit noch
358 einmal verschärft. Produktivitätssteigerung ist, insbesondere in aufstrebenden
359 Industrienationen, noch immer mit einem steigenden Ressourcenverbrauch und einer
360 steigenden Ausbeutung von Umwelt und Natur verbunden.

361

362 Dabei hat die Umweltzerstörung bereits heute ein kritisches Level erreicht. Das Phänomen der
363 globalen Erwärmung, sowie die Verschmutzung von Umwelt und Natur sind Tatsachen, die sich
364 nicht wegdiskutieren lassen. Trotzdem sehen wir keinerlei Legitimation für eine globale
365 Ungleichverteilung von Wohlstand. Unser Ziel und unsere Aufgabe muss es sein, allen Länder -
366 ohne jede Einschränkung - die Entwicklung eines vergleichbaren Wohlstandsniveau zu
367 ermöglichen. Dafür sehen wir die Verantwortung vor allem bei den bereits entwickelten Staaten,
368 die ihr weiteres Wachstum nicht nur vom Ressourcenverbrauch entkoppeln, sondern diesen
369 auch reduzieren müssen. Darüber hinaus ist es ihre Pflicht, mit Technologietransfers materielles
370 Wachstum ohne zusätzlichen Ressourcenverbrauch in den sog. Entwicklungsländern zu
371 ermöglichen. Steigerungen der Produktivität dürfen nicht mehr mit einer Steigerung der
372 Ausbeutung von Natur und Umwelt einhergehen. Vielmehr ist es notwendig, dass sowohl
373 entwickelte, als auch sich in der Entwicklung befindliche Staaten den Weg der nachhaltigen
374 Produktivitätssteigerung beschreiten. Unter Nachhaltigkeit verstehen wir die Steigerung der
375 Produktivität bei mindestens konstantem, mittel- und langfristig aber sinkenden Grad der
376 Ausbeutung von Arbeitskraft, Natur und Umwelt.

377

378 Aktuell werden in Schwellen- und Entwicklungsländern ganze Bevölkerungsschichten von
379 Wachstum und Wohlstand ausgeschlossen und die soziale Ungleichheit wird trotz eines
380 Rückgangs der Armut nicht geringer. Damit alle Menschen von Wachstum und Wohlstand
381 profitieren können, müssen auch die notwendigen institutionellen Rahmenbedingungen
382 geschaffen werden. Besonders Weltbank und IWF bedürfen Reformen ihrer Funktionsweise.
383 Zudem bedarf es einer Neuordnung des globalen Finanzmarktes. Statt der Strategie des
384 neoliberalen Kapitalismus weiter zu folgen, brauchen wir eine Abkehr von steigenden
385 Profitraten, der Finanzialisierung der Rohstoffmärkte und einer vom gesamtgesellschaftlichem
386 Wohlstand entkoppelten Profitrate für eine nachhaltige Entwicklung der Weltwirtschaft.

387

388 **Unsere Vision einer nachhaltigen Weltbank**

389

390 Die Weltbank, welche nach dem Ende des zweiten Weltkrieges von der internationalen
391 Gemeinschaft gegründet wurde, um den zerstörten Ländern eine wirtschaftliche Entwicklung zu
392 ermöglichen, steht schon seit längerem in der Kritik aufgrund ihrer mageren Bilanz im Kampf
393 gegen Armut. Diese magere Bilanz ist aber nicht verwunderlich, da Kredite von Anfang an an
394 neoliberale Reformagenden geknüpft waren und sich diese Konditionalisierung der Darlehen
395 immer weiter verfestigte. Durch so genannten Strukturanpassungsprogramme wurden die
396 "Entwicklungsländer" gezwungen, neoliberale Reformen und Liberalisierungen durchzuführen.
397 So werden gigantische Infrastrukturprojekte ohne Rücksicht auf Umweltschäden finanziert,
398 Privatisierungen und Cash Crops forciert. Im Gegensatz zum eigentlichen Auftrag der Weltbank
399 hatten diese Maßnahmen eine Verschlimmerung von Armut und wirtschaftlicher Abhängigkeit
400 zur Folge. Inzwischen werden daher Poverty Reduction Strategy Papers verfolgt. Auch Fragen
401 der Nachhaltigkeit sollen in die Entscheidung über die Gewährung von Krediten einfließen.

402 Allerdings fällt die Nachhaltigkeit von Projekten nach wie vor finanziellen Erwägungen und
403 neoliberal motivierten Anforderungen zum Opfer. Die Weltbank muss, will sie Armut wirksam
404 bekämpfen, Staaten, welche sich in der Entwicklung befinden ein umweltschonendes
405 Wachstum ermöglichen, welches jedoch zeitgleich die Geschwindigkeit des
406 Produktivitätswachstums nicht übermäßig beeinträchtigt und dieses in Wohlstand für alle
407 umwandelt. Gerade Projekte bei denen umweltschonende Technologien eingesetzt werden
408 müssen forciert und geeignete Umwelt- und Nachhaltigkeitsstandards für alle Projekte etabliert
409 werden. Allerdings dürfen die Kosten für diese Weitergabe von umweltschonender Technologie
410 nicht zulasten der Länder gehen, die sich in der Entwicklung befinden. Gefördert werden
411 müssen Projekte, denen ein umweltschonendes Wachstumsmodell zugrunde liegt und in deren
412 Rahmen die Steigerung der Produktivität in den betroffenen Ländern nicht übermäßig
413 beeinträchtigt wird. Künftige Kredite der Weltbank sowie deren Erlass sollen deshalb die
414 Achtung von Menschenrechten – auch der sozialen – und die Förderung von Nachhaltigkeit
415 anstatt neoliberaler Reformen zur Bedingung haben. Die NachhaltigkeitsexpertInnen der
416 Weltbank sollen ein Vetorecht für Projekte, die diese Kriterien verletzen, besitzen. Zudem sollen
417 mit Mikrokreditprogrammen gezielt Frauen Möglichkeiten zur wirtschaftlichen Eigenständigkeit
418 eröffnet werden.

419

420 **Neuordnung des globalen Finanzmarktes für nachhaltiges Wachstum und Wohlstand**

421

422 Seit den 1980er Jahren kam es zu mehreren schweren Krisen des globalen Währungssystems.
423 In Mexiko, Süd-Ost-Asien, Argentinien, Russland und auch während der Eurokrise wurden
424 durch ein dysfunktionales Währungssystem die Gründe für die Krisen erst geschaffen oder
425 zumindest begünstigt und mit Eintritt der Krise verlängerten und vertieften die gleichen Faktoren
426 jene Krisen. Die Krisenhaftigkeit des globalen Finanzmarkts und seine strukturellen
427 Ungleichgewichte sind ein massives Hindernis für wirtschaftliche Entwicklung, die Angleichung
428 von Wohlstandsniveaus und die Etablierung von Nachhaltigkeitsstrategien. Dem kann nur mit
429 grundlegenden Reformen entgegengewirkt werden.

430

431 **IWF-Reform für nachhaltiges Wachstum**

432

433 Anpassungen der Stimmverteilungen im IWF wurden in der Vergangenheit mehrfach
434 vorgenommen. Dennoch sind die alten Industrienationen weiterhin überrepräsentiert. Dies
435 resultiert in Policy-Empfehlungen, die den Volkswirtschaften in anderen Regionen der Welt nicht
436 gerecht werden. Eine Anpassung der Stimmverteilung hin zu einer gerechteren Repräsentation
437 ist notwendig.

438

439 Die Programme des IWF waren und sind stets verknüpft mit Konditionalitäten, d.h. bestimmte
440 Bedingungen müssen von den unterstützten Ländern erfüllt werden, damit Kredite fließen
441 können. Bei diesen Bedingungen handelte es sich oftmals um neoliberale Reformvorgaben für
442 Privatisierungen, neoklassische Austeritätspolitik sowie Vorgaben zur Öffnung der Märkte
443 gegenüber Produkten aus den bereits etablierten Industrienationen. Diese Marktöffnungen
444 zerstörten allzu oft die Grundlage lokaler Produzenten. Die Policy-Empfehlungen des IWF sind
445 weiterhin zu stark auf solche sog. "Strukturreformen" ausgerichtet. Die Empfehlungen basieren
446 zu oft auf falschen oder unausgewogenen makroökonomischen Annahmen. Eine
447 Neuformulierung von Zielstellungen muss sich an Nachhaltigkeit, nachhaltigem Wachstum und
448 der Verringerung von Ungleichheit orientieren und antizyklische Investitionsimpulse endlich als
449 probates Mittel zur Intervention in ökonomischen Krisenphasen anerkennen. Zugleich könnten
450 Szenarios mit alternativen Konditionalitätsmodellen eine bessere Passgenauigkeit für Länder
451 ermöglichen, die der Unterstützung der internationalen Gemeinschaft bedürfen. Diese Modelle
452 sollten nicht vorrangig auf die Unterstützung durch den IWF bauen, sondern insbesondere die
453 Optionen regionaler Währungsfonds in den Vordergrund stellen.

454

455 **Regionale Währungsfonds für emanzipierte Entwicklung nutzen**

456

457 Regionale Währungsfonds als Alternative oder vorrangige Ergänzung zum IWF-System können
458 nicht nur in der Wahl von Instrumenten und Policy-Empfehlungen den nicht-westlichen
459 Ökonomien gerecht werden, sondern auch Legitimitätsprobleme beheben. Dies gilt
460 insbesondere in Lateinamerika und Afrika, wo die Skepsis gegenüber dem IWF - auch aufgrund
461 tatsächlicher schlechter Erfahrungen - besonders hoch ist. Die Rolle des IWF als Lender of Last
462 Resort (Kreditgeber letzter Instanz) ist weiterhin notwendig, regionale Zusammenschlüsse

463 sollten aber dazu ermutigt werden, sich frei von diesem Konstrukt zu machen.
464 Lateinamerikanische Länder haben sich bereits im Rahmen regionaler Kooperation und der
465 Banco del Sur für ein no-conditionality-Modell der Kreditvergabe entschieden. Dabei werden im
466 Format eines regionalen Währungsfonds Kredite ohne Bedingungen an die einzahlenden
467 Mitglieder ermöglicht. Dieser Schritt ist auch eine Reaktion in Ablehnung der IWF-Programme
468 mit ihren in der Vergangenheit allzu oft neoliberalen Charakter. Als weitere Alternative zu den
469 bisherigen problematischen IWF-Programmen befürworten wir ex-ante-Konditionalitäten (d.h. im
470 Voraus definierte Auflagen, bei deren Einhaltung im Krisenfall ohne weitere Bedingungen Geld
471 zur Verfügung gestellt wird). Diese dürfen keinen neoliberalen Charakter haben oder
472 Austeritätspolitik beinhalten, sondern sich an Investitionen in Nachhaltigkeit orientieren. Erfüllt
473 ein Land diese Bedingungen in den Vorjahren einer finanziellen/wirtschaftlichen Notlage, so ist
474 ein IWF-Kredit in diesem Modell ohne zusätzliche Auflagen zu gewähren.

475

476 **Bancor als Reformoption**

477

478 Das internationale Währungssystem nach Ende des Systems fester Wechselkurse, welche an
479 den US-Dollar als Leitwährung gekoppelt waren (Bretton-Woods), ist auf ganzer Linie darin
480 gescheitert das einzulösen, was ein "freier Markt" für Devisen versprach. Angebot und
481 Nachfrage führten nicht zu Wechselkursen, die langfristig ausgeglichene Leistungsbilanzen
482 bedeuteten. Tatsächlich verzeichneten einige Staaten dauerhafte Exportüberschüsse,
483 verbunden mit steigenden Forderungen gegenüber dem Ausland und spiegelbildlich andere
484 Staaten, deren Auslandsverschuldung durch Importüberschüsse über Jahre hinweg stieg. Diese
485 außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte sind hochproblematisch und ein Hindernis für globalen
486 Wohlstand.

487

488 Die steigende Bedeutung des Finanzsektors schuf zusätzliche und neuartige Probleme wie
489 spekulativen Währungshandel (sog. „Carry Trade“). Dabei leihen sich spekulationsgetriebene
490 AkteurInnen in den Währungsräumen Geld, in denen die Zinsen aufgrund schwacher
491 Konjunktur niedrig sind und die Zentralbanken durch die Niedrigzinspolitik die Investitionen und
492 den Konsum stärken wollten. Dieses Geld setzten sie jedoch nicht dort ein, sondern tauschten
493 es gegen Anlagen in anderen Ländern mit höherem Zinsniveau und guter Konjunktur. Dies führt
494 zur tendenziellen Abwertung der Währung der Niedrigkonjunkturländer und einer Aufwertung
495 der Währung der Hochkonjunkturländer und erhöht somit den Spekulationsgewinn durch
496 Wechselkursgewinne. Dies ist nur ein Beispiel für eine Blasenbildung durch die "freien"
497 Wechselkurse. Hinzu kommen insbesondere bei kleinen Volkswirtschaften starke
498 Wechselkursschwankungen bei flexiblen oder spekulativen Angriffen bei festen Wechselkursen.

499

500 Sowohl der Devisenmarkt als auch der internationale Handel folgten somit nicht den
501 neoklassischen Vorhersagen, sondern entwickelten sich krisenhaft und schädlich für die
502 Weltwirtschaft. Diese Krisen waren keine Unfälle, sondern systembedingt und trafen weltweit
503 vor allem die armen Länder und Schichten. Dieses gescheiterte Währungssystem muss durch
504 ein krisenfestes und gerechtes Währungssystem ersetzt werden.

505 Eine mögliche Option, um die Funktionsweise des internationalen Währungssystem auf eine
506 neue Grundlage zu stellen, ist für uns die Einführung eines „Bancor“, anknüpfend an Ideen von
507 Keynes und aufgegriffen sogar vom IWF im Jahr 2009. Der Welthandel würde dabei über die
508 Verrechnung einer Kunstwährung („Bancor“) betrieben. Die Staatengemeinschaft legt
509 Wechselkurse gegenüber dem Bancor sowie "natürliche" Export- und Importüberschüsse
510 gemeinsam fest. Diese „natürlichen“ Überschüsse können z.B. anhand des Levels von Export-
511 und Importüberschüsse in den letzten 10 Jahren und in Relation zum BIP definiert werden. Im
512 Bancor-System führen Exportüberschüsse zu Bancor-Guthaben, Importüberschüsse zu
513 Defiziten. Überschreiten die Guthaben bzw. Defizite an den natürlichen Überschüssen
514 gemessene Grenzen, werden Strafzinsen fällig. Die Einnahmen fließen in die Aufgaben der
515 internationalen Gemeinschaft.

516

517 **Wohlstandmehrung und Nachhaltigkeit in Einklang bringen**

518

519 Als JungsozialistInnen stehen wir zu unserer Überzeugung, dass alles Wirtschaften im Dienste
520 des Menschen stehen muss. Statt der Maximierung von Profitraten und der Generierung von
521 Wirtschaftswachstum um jeden Preis muss deshalb die Erzeugung von Wohlstand Richtschnur
522 unseres ökonomischen Handelns sein. Um die mannigfaltigen menschlichen und
523 gesellschaftlichen Bedürfnisse zum Zweck der Ökonomie zu machen halten wir es für

524 unabdingbar, die Entscheidung über den Einsatz von Produktionsmitteln und Ressourcen unter
525 demokratische Kontrolle zu stellen. Auch unabhängig davon ist es notwendig, die synonyme
526 Verwendung von Wirtschaftswachstum und Wohlstandssteigerung zu durchbrechen und
527 politisches Handeln an einem breiten Set von Wohlstandsindikatoren statt am BIP-Wachstum zu
528 orientieren. Dazu sollen Wohlstandsindikatoren verwendet werden, welche in der Lage sind, die
529 aufgezeigten Wohlstandsdimensionen zu erfassen. Unser Ziel bleibt die gleiche Verteilung
530 gesellschaftlichen und individuellen Wohlstands, sowohl global als auch innerhalb von
531 Gesellschaften.

532

533 Eine Änderung unseres Wirtschaftens ist dringend notwendig. Naiv wäre es zu glauben, wir
534 könnten weiter machen wie bisher. Dies zeigen die bereits überschrittenen Grenzen der
535 Umweltbelastbarkeit unseres Planeten aufs deutlichste. Weiteres Wachstum kann es nur geben,
536 wenn es uns gelingt, Wachstum und Ressourcenverbrauch zu entkoppeln. Dafür wollen wir die
537 politischen Rahmenbedingungen schaffen. Um die notwendige Reduktion des absoluten
538 Ressourcenverbrauchs zu realisieren, werden wir zudem Suffizienzmaßnahmen brauchen. Um
539 Wohlstand für Alle zu ermöglichen, ist die Umverteilung des vorhandenen Reichtums weit
540 wichtiger, als die Ausweitung von Produktionskapazitäten. Dennoch werden wir im globalen
541 Maßstab auch weiterhin materielles Wachstum brauchen, um aufholende Entwicklung zu
542 ermöglichen und den steigenden Bedürfnissen einer wachsenden Weltbevölkerung gerecht zu
543 werden. Simple Degrowth-Modelle, die ebenfalls quantitatives (Nicht-)Wachstum zum
544 Ausgangspunkt ihrer Überlegungen machen statt Bedürfnisbefriedigung und
545 Wohlstandsmehrung in den Fokus zu nehmen, sind daher für uns keine substanzielle Antwort
546 auf die globalen Fragen zu Wachstum, Wohlstand und Entwicklung. Kritischer Konsum kann
547 aus unserer Sicht einen Beitrag zur Lösung globaler Nachhaltigkeitsfragen leisten,
548 gesamtgesellschaftliche Antworten und staatliches Handeln sowie internationale
549 Vereinbarungen jedoch nicht ersetzen.

550

551 Aufgrund ihres aktuellen und vergangenen Ressourcenverbrauchs und Schadstoffausstoß
552 tragen die zumeist westlichen Industriestaaten die Hauptverantwortung für die Erreichung der
553 notwendigen globalen Nachhaltigkeitsziele. Die UN-Millennium-Goals und die Ermöglichung
554 aufholender Entwicklung dürfen deshalb nicht durch Maßnahmen zur Steigerung von
555 Nachhaltigkeit in Frage gestellt werden. Die Einhaltung entwicklungspolitischer Finanzzusagen
556 und in einem zweiten Schritt der Erhöhung der Budgets für eine nachhaltige Entwicklungspolitik
557 auf Augenhöhe halten wir dazu für ebenso unabdingbar, wie Technologietransfers zur
558 ressourcenschonenden Entwicklung, einen Schuldenschnitt für Entwicklungsländer und die
559 beschriebenen Reformen des Weltwirtschafts- und Finanzsystems, welche eine
560 ausgeglichene globale Machtverteilung und mehr Stabilität gewährleisten müssen.

561

562

563

564

565

566

567

568

569

570

571

572

573

574

575

576

577

578

579

580

581

582

583

584

Titel Fairhandel statt Freihandel – Für eine solidarische, gerechte und demokratische Handelspolitik

Antragsteller Projekt Zukunft Europas über den Juso Bundesvorstand

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Fairhandel statt Freihandel – Für eine solidarische, gerechte und demokratische Handelspolitik

1 1. Die globalisierte Welt des Freihandels

2

3 Die Welt des 21. Jahrhunderts ist eine Welt der Globalisierung, eine Welt der internationalen
4 Verflechtung und, in Ansätzen, der transnationalen Vergesellschaftung. Dass dabei
5 Globalisierungsprozesse keine bloßen technisch-determinierten – und damit unpolitischen –
6 Fortschreitungen der Geschichte sind, bleibt Ausgangspunkt jedweder Analyse von
7 Globalisierung und kapitalistischer Weltwirtschaft. Alles andere wäre die Verschleierung der
8 Ideologie des transnationalen Kapitals und die Selbstgeißelung unter das Primat einer solchen
9 Ideologie. Im neoliberalen Globalisierungsprogramm und -diskurs nimmt indes das Konzept des
10 „Freihandels“ eine hegemoniale Stellung ein. Freihandel wird hierbei zu einer Doktrin, die
11 Globalisierungsprozesse fokussiert und somit zum Gestaltungsinstrument internationaler
12 Beziehungen wird.

13

14 1.1 Die Freihandelsdoktrin des 21. Jahrhunderts

15

16 Der Freihandel als Doktrin – verstanden als Lehre mit allgemeiner Gültigkeit – hat sich fest
17 eingeschrieben in den kapitalistischen Staaten der „westlichen Welt“. Die lange Geschichte des
18 Freihandelskonzepts und das Protegieren dieses durch die Regierungstätigkeiten entwickelt-
19 kapitalistischer Staaten führten in der Folge zu einer scheinbaren alternativlosen Losung für ein
20 größeres Handelsvolumen, für mehr Beschäftigung, höhere Unternehmensgewinne und somit
21 auch für eine Wohlstandssteigerung für alle durch die Ausweitung freien Handels. Dies ist der
22 allgemeine Lehrsatz von Freihandel, der auf Adam Smith zurückgeht und durch die Theorie des
23 komparativen Kostenvorteils von Ricardo erweitert wurde. Zielte die Freihandelsdoktrin in ihren
24 Anfängen insbesondere auf die Abschaffung der tarifären Handelsbeschränkungen, wandelt sie
25 sich in heutigen Zeiten zu einer Waffe im Kampf gegen Regulierungen der Wirtschaft durch
26 demokratische Politik. Sie beabsichtigt insofern den weiteren Steuerungsverlust des Staates
27 gegenüber wirtschaftlichen Entwicklungen, die in der Folge wiederum die Evidenz des Bildes
28 stützen, wonach Globalisierung ein technisch-fortschreitender Prozess sei, der losgelöst von
29 politischen Entscheidungen ist. Die Freihandelsdoktrin des 21. Jahrhunderts kämpft nicht mehr
30 gegen Zölle, sondern gegen demokratisch verfasste Steuerung durch die politische Form der
31 Gesellschaft – den Staat: Der Vorrang des Marktes, als besten und effizientesten Regulatoren,
32 trägt dabei die Überzeugung der FreihandelsbefürworterInnen.

33

34 Durch die Einbindung relevanter AkteurInnen außerhalb der transnationalen Kapitalfraktion über
35 die Zusicherung von mehr Wohlstand für alle, konnte die Freihandelsdoktrin eine hegemoniale
36 Stellung einnehmen. Zwar zeigt sich in den aktuellen Debatten über die Freihandelspolitik der
37 EU, dass die Hegemonie des Freihandelskonzepts zu bröckeln beginnt – so äußern u. a. die
38 Gewerkschaften zunehmend Kritik am Freihandelskurs –, ein solcher Wandel in der Mehrheit

39 innerhalb der politischen Institutionen bisher allerdings noch nicht vollzogen ist. Bei genauerer
40 Betrachtung mutet es zudem irritierend an, dass die Versprechung der Wohlfahrtssteigerung
41 durch Freihandel ein logischer Schluss sei. Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass Freihandel
42 immer dann zu einem Ziel erhoben wurde, wenn es um die Öffnung neuer Räume für die
43 Kapitalakkumulation ging. Die „heimischen Märkte“ hingegen betraf dies nur randständig oder
44 im positiven Sinne. Die westlichen Industrieländer bildeten in einem Zeitalter des
45 Protektionismus im Inneren ihre wirtschaftliche Stärke aus, nicht unter den Bedingungen des
46 Freihandels. Freihandel wurde somit zu einem Zeitpunkt zu einem Konzept der Marktöffnung,
47 an dem die inländische Industrie die Konkurrenz des Weltmarktes nicht mehr scheuen brauchte.
48 Eine solche Liberalisierungsagenda trug dazu bei, dass asymmetrische Handelsströme und -
49 beziehungen entstanden, die sich bis heute fortsetzen.

50

51 Das Aufoktroieren von Freihandel oblag dabei – nach dem Ende des Systemwettbewerbs –
52 der ins Leben gerufenen Welthandelsorganisation. Ihr wurde die Neuordnung der
53 Handelsbeziehungen – unter dem Primat des Freihandels – in das Stammbuch geschrieben.
54 Die WTO hatte die Aufgabe, die so genannten Länder des „Staatssozialismus“ in den 90er
55 Jahren in das System der kapitalistischen Weltwirtschaft zu integrieren und nebenbei auch die
56 Abhängigkeitsbeziehungen mit den zu entwickelnden Staaten der südlichen Welthälfte zu
57 reproduzieren. Gelang es der WTO am Anfang recht gut, die neoliberale Ideologie in Form der
58 Freihandelsdoktrin und ihrer Gehilfen des Regulationsrückbaus und der Schwächung
59 demokratischer Politik umzusetzen, ist die Strategie der Durchsetzung solcher Interessenslagen
60 über eine internationale Agentur mittlerweile als gescheitert erklärt. Die immer noch anhaltende
61 „Doha-Runde“, also die geplante nächste Stufe von Handelsliberalisierungen im Rahmen der
62 WTO, die 2001 begonnen hat und eigentlich 2005 abgeschlossen sein sollte, verdeutlicht, dass
63 der multilaterale Ansatz zur Durchsetzung der Freihandelsdoktrin vorerst gescheitert ist. Der
64 Widerstand, der sich gegen die WTO-Mechanismen artikuliert, erforderte eine neue Taktik der
65 Freihandels-IdeologInnen, mit denen wir uns heute in Form von bi- und plurilateralen
66 Verhandlungen über Freihandelsabkommen konfrontiert sehen. Hierbei spielt insbesondere die
67 Europäische Union eine herausragende Rolle.

68

69 **1.2 Die Europäische Union in der globalisierten Handelswelt**

70

71 Die Europäische Union ist in der globalisierten Welt selber zu einem Global Player geworden,
72 zu einer Anwältin und einem Zentrum der Freihandelsdoktrin. Dabei verortet sich die
73 Europäische Union, die mit dem Lissabon-Vertrag die alleinige Zuständigkeit für die
74 Gemeinsame Handelspolitik inne hat, in einer neoliberalen Ideologie, deren Handschrift u. a. die
75 Leitbilder von „Global Europe“ und „Europe 2020“ prägen. Demnach solle die Europäische
76 Union zum wettbewerbsfähigsten Raum der Welt werden, wie es in der Wachstumsstrategie
77 Europe 2020, der Nachfolgerin der Lissabon-Strategie, heißt. Hierdurch werden
78 innereuropäische Reform- und Restrukturierungsprozesse fokussiert, die mit tradierten
79 Errungenschaften der europäischen Wohlfahrtsstaaten brechen. Die im Inneren wirkenden
80 strategischen Neuausrichtungen werden nach außen durch flankierende Handelsstrategien
81 begleitet. Mit der Global Europe-Agenda von 2006 verabschiedete sich die EU dabei vom
82 multilateralen Liberalisierungsparadigma und fokussierte eine aktivistische Handelspolitik in
83 Form von bi- und plurilateralen Handelsabkommen. Der so vollzogene „Realismus“-Schwenk
84 umfasste dabei auch grundlegende Zielrichtungen bspw. im Bereich der
85 Entwicklungszusammenarbeit. So richtete sich der neue handelspolitische Ansatz der EU
86 insbesondere auch auf die Länder der kapitalistischen Peripherie. Eine Reihe von EPAs
87 (Economic Partnership Agreements) wurden mit AKP-Staaten (Afrika-Karibik-Pazifik) verhandelt
88 und abgeschlossen – unter massiven Druck der Europäischen Union. Die
89 entwicklungspolitische Ausrichtung der EU wird in Form der EPAs dem handelspolitischen
90 Interessen untergeordnet. Ungerechte Asymmetrien in den Handelsbeziehungen werden durch
91 die EPAs somit nicht beseitigt, sondern reproduziert und verfestigt. Dabei sind die AKP-
92 Abkommen, in Teilen, inhaltliches Vorbild für die Freihandelsverhandlungen, die sich derzeit
93 zwischen den entwickeltsten Ländern abspielen, wenn wir u. a. an Investitionsschutzregeln
94 denken. Dabei ziehen EPAs, TTIP & CETA durchaus an einem Strang: Die Festschreibung der
95 Dominanz des transnationalen Kapitals in den nördlichen Industriezentren gegenüber der
96 Peripherie auf der einen, wie die Restrukturierung politischer Regulationsoptionen im Inneren
97 und im internationalen Maßstab auf der anderen Seite. Im Namen des Freihandels findet
98 entsprechend eine neoliberale Umstrukturierung gesellschaftlicher und politischer Verhältnisse
99 innerhalb der Europäischen Union statt, denen massive Kritik entgegengehalten werden muss.

100

101 **2. Unsere Antwort ist Fairhandel statt Freihandel**

102

103 Für uns JungsozialistInnen ist nicht der Handel zwischen Volkswirtschaften und Gesellschaften
104 der Ausgangspunkt von Kritik, sondern die Ausrichtung des derzeitigen Handelsregimes an den
105 Prämissen einer scheinbar alternativlosen Freihandelsdoktrin im Zeichen des Neoliberalismus.
106 Einer pseudo-unpolitischen Lesart von Globalisierungsprozessen verweigern wir uns. Wir sind
107 davon überzeugt, dass eine andere Welt- und Handelsordnung möglich ist, die sich an anderen
108 als den derzeit dominanten Prämissen orientiert und politisch erkämpft werden kann. Für uns
109 gestaltet sich eine progressive Handelspolitik im Rahmen von Solidarität, Gerechtigkeit und
110 Demokratie! Wir stehen für ein Konzept des Fairhandels, nicht des Freihandels.

111

112 **2.1 Für eine solidarische Handelspolitik**

113

114 Der Freihandelsdoktrin stellen wir eine faire und solidarische Handelspolitik gegenüber, die
115 Gesellschaften und Volkswirtschaften dazu befähigen soll, gleichberechtigten und solidarischen
116 Handel auf Augenhöhe zu betreiben. Hierbei liegt ein besonderer Fokus auf dem Verhältnis
117 zwischen Nord und Süd, entwickelten und der weniger entwickelten Ländern, zumal heute
118 immer noch annähernd 80% des gesamten Handelsvolumens innerhalb des Dreiecks Europa,
119 Nordamerika und der Asien-Pazifik-Region generiert wird.

120

121 Fairhandel hat für uns auch eine außen- und entwicklungspolitische Dimension. Daher müssen
122 wir die Handelsmechanismen grundsätzlich ändern, weg von einer kapitalistisch-
123 wirtschaftsorientierten Denkweise. Handel verstehen wir als Teil der
124 Entwicklungszusammenarbeit, als einen Transfer von demokratischen Strukturen. Dabei sind
125 Menschenrechte vor Unternehmensinteressen zu verorten. Diese kulturell-politische Dimension
126 von Handel ist zu stärken. Für einen fairen handelspolitischen Umgang mit den Ländern des
127 globalen Südens, beispielsweise der AKP-Staaten (Afrika-Karibik-Pazifik), müssen wir bspw. die
128 von der Europäischen Union verhandelten Economic Partnership Agreements (EPAs) auf den
129 Prüfstand stellen. Bei allen zukünftigen handelspolitischen Initiativen müssen zudem die von
130 den Vereinten Nationen verabschiedeten Nachhaltigen Entwicklungsziele (Sustainable
131 Development Goals, SDGs) Berücksichtigung finden. Sie bilden die Grundlage, um die
132 Asymmetrien im internationalen Handel nachhaltig zu überwinden.

133

134 Wir forcieren den Abbau des asymmetrischen Handelsregimes und besonders die damit
135 verbundene Nord-Süd-Problematik. Wir wollen weg von einem Wettbewerb der Regionen,
136 stattdessen streben wir eine solidarische Verteilung des Wohlstandes an. Wir müssen ungleiche
137 Bedingungen abbauen, die das asymmetrische Handelsregime weiter bedingen. So sind
138 beispielsweise Subventionen oder Schutzzölle in der europäischen Landwirtschaft zu nennen.
139 Andererseits müssen weniger entwickelte Länder die Möglichkeit bekommen, durch Zollschutz
140 von neuen Industrien oder Industriezweigen der Spezialisierungsfalle zu entkommen. Der
141 Abbau der Asymmetrien bedeutet auch, dass Handel ausbeutungsfrei geschieht und soziale
142 Belange von ArbeitnehmerInnen nicht nur im eigenen Land eine Rolle bei der Verhandlung von
143 ökonomischen Partnerschaften spielen müssen. Auch ökologische Belange müssen in diese
144 Gleichung mit aufgenommen werden und nachhaltige Konzepte in ökologischer und
145 ökonomischer Hinsicht entwickelt werden. Auch hier können die SDGs herangezogen werden.

146

147 In Bezug auf ArbeitnehmerInnenrechte und ökologischen Fragen muss zudem das Thema
148 „Fairtrade“ kritisch hinterfragt werden. Die Verbraucherzentrale Hamburg hatte bspw. 2013 32
149 fair gehandelte Produkte getestet – und die Hälfte der Marken durchfallen lassen
150 beziehungsweise als "intransparent" bewertet. Fairhandel ist deshalb nicht gleichzusetzen mit
151 dem Konzept und dem Label „Fairtrade“. Bei unserem ganzheitlichen Fairhandelskonzept geht
152 es um mehr, als um eine bloße Etikettierung von Waren und dem Erkaufen eines „reinen
153 Gewissens“ durch „Fairtrade“-Produkten („Fair-Washing“).

154

155 Diese solidarische Handelspolitik soll endlich zu einer Arbeit auf Augenhöhe zwischen den
156 Ländern und zu einer wahren win-win-Situation für alle PartnerInnen führen.

157

158 **2.2 Für eine gerechte Handelspolitik**

159

160 Die bisherige Handelspolitik reproduziert nicht nur zwischenstaatliche Ungleichheit sondern

161 ebenfalls gesellschaftliche Ungleichheiten im Inneren der HandelspartnerInnen. Eine gerechte
162 Handelspolitik muss solche gesellschaftlichen Auswirkungen berücksichtigen und der
163 Reproduktion von Ungleichheit entgegenwirken. Es bedarf eines umfassenden
164 Handelskonzeptes, das sowohl ökologische als auch entwicklungspolitische Standards
165 festschreibt und klare Ziele formuliert. Denn eine faire und gerechte Handelspolitik, die ihren
166 Namen verdient, muss in der Lage sein die Situation einzelner gesellschaftlicher Gruppen
167 mitzudenken. Dafür müssen folgende Ansätze Kern eines handels- und entwicklungspolitischen
168 Gesamtkonzeptes darstellen:

169

170 a) Sozialverträgliche Handelspolitik

171

172 Eine gerechte Handelspolitik muss die Rechte der arbeitnehmenden Bevölkerung schützen und
173 ausbauen. Dabei müssen die Kernarbeitsnormen der ILO (International Labour Organization)
174 die Mindestgrundlage für internationale Zusammenarbeit darstellen. Die Handelspolitik kann an
175 dieser Stelle dazu genutzt werden, breite Mitbestimmungsrechte der ArbeitnehmerInnen sowohl
176 in andere industrialisierte Staaten als auch in die kapitalistische Peripherie zu verbreiten.

177

178 Aufgrund der internationalen Freihandelsdoktrin ist die innerstaatliche Spezialisierung und
179 Liberalisierung in vielen Teilen der Welt befördert worden. Diese Entwicklungen führten
180 zunehmend zu sozialpolitischen Einschränkungen, wie der Privatisierung von öffentlicher
181 Infrastruktur und der Einschränkung beziehungsweise der Aushebelung von
182 ArbeitnehmerInnenrechten. Diese Entwicklung trifft dabei insbesondere diejenigen, die bereits in
183 Armut leben oder von dieser akut bedroht sind. Das Profitmaximierungsvorhaben der globalen
184 Weltwirtschaft darf nicht länger auf dem Rücken dieser Bevölkerungsgruppen ausgetragen
185 werden. Vielmehr sind Anreizmodelle (z. B. in Form von Einfuhrerleichterungen) zu
186 implementieren, um internationale ArbeitnehmerInnenstandards zu verwirklichen. Dabei gilt es
187 zu fragen, an welchen Stellen ein freier Warenaustausch bedeutsamen Wirtschaftszweigen
188 innerhalb eines Landes schadet und welche Möglichkeiten es gibt, notwendige
189 Transformationsprozesse sozialverträglich zu gestalten. Solche Fragen müssen im Rahmen
190 einer auf sozialpolitische Aspekte fokussierten Zusammenarbeit zwischen den Handel
191 treibenden Ländern erörtert werden, denn der entwicklungspolitische Aspekt muss innerhalb
192 dieses Konzepts zentraler Bestandteil fairer Handelspolitik sein.

193

194 b) Feministische Handelspolitik

195

196 Es bedarf endlich einer Handels- und Entwicklungspolitik, die Aspekte der
197 Geschlechtergerechtigkeit berücksichtigt. Die handelspolitischen Programme müssen ihre
198 Ignoranz gegenüber Gender Aspekten überwinden und diese zum zentralen Prüfstein aller
199 Entscheidungen machen.

200

201 Der neoliberale Kurs der vergangenen Jahr hat aufgrund von Spezialisierungsprozessen
202 Arbeitslosigkeit und prekäre Arbeitssituationen befördert. Dabei sind Frauen im besonderen
203 Maße von diesem Entwicklungstrend betroffen. Obwohl Frauen einen Großteil der weltweiten
204 Arbeit, in erster Linie in der Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion verrichten, sind
205 Armutsverhältnisse bei ihnen weltweit sehr viel verbreiteter als bei Männern. Um dieser
206 Situation entgegenzuwirken muss die Gleichstellung der Geschlechter zentraler Bestandteil der
207 handelspolitischen Ziele werden.

208

209 Darüber hinaus sind Privatisierungen ein wichtiger Bestandteil der bisherigen Handelspolitik.
210 Die Liberalisierungs-Agenda, getrieben durch die WTO, offerierte der internationalen Wirtschaft
211 neue Absatzmärkte. Um eine faire und gleichstellungspolitische Handels- und
212 Entwicklungspolitik zu gestalten, ist es essenziell die Privatisierung öffentlicher Infrastruktur,
213 insbesondere in den Entwicklungsländern, nicht zu befördern. Insbesondere bei der
214 Privatisierung medizinischer Versorgung wären vor allem Frauen wesentlich betroffen.

215

216 c) Ökologisch-nachhaltige Handelspolitik

217

218 Zu lange haben die weltweiten Handelsbeziehungen internationale Nachhaltigkeits- und
219 Umweltziele konterkariert. Der zunehmende Welthandel führte zu erheblichen Mehrbelastungen
220 von Umwelt und Klima. Bereits 1992 wurde auf der Klimakonferenz in Rio de Janeiro
221 ökologische Nachhaltigkeit als eine der bedeutsamsten Zukunftsaufgaben formuliert und

222 konkrete Ziele benannt. Die Geschichte nahm aber bekanntlich einen anderen Verlauf. Noch
223 heute finden Nachhaltigkeitsaspekte auf dem globalen Markt kaum Beachtung. Bereits jetzt
224 sieht man erste Auswirkungen verfehlter Politik. Insbesondere die weniger industriell
225 entwickelten Länder leiden unter den Folgen einer weltweiten Ignoranz. Wetterextreme wie
226 Dürren bedrohen das Leben tausender Menschen.

227

228 Handel kann nur als fair gelten, wenn er die Auswirkungen auf Mensch und Umwelt
229 berücksichtigt. Wir wollen, dass eine ökologisch-nachhaltige Vorgehensweise Leitlinie
230 internationaler Politik wird. Nachhaltigkeits-, Umwelt- und Klimaziele dürfen einem neoliberalen
231 Handelsparadigma nicht zum Opfer fallen. Dafür müssen konkretere Maßstäbe formuliert und
232 konsequent umgesetzt werden. Handelsvereinbarungen müssen auf ihre möglichen
233 Auswirkungen auf Mensch und Umwelt überprüft und gegebenenfalls angepasst werden. Nur
234 eine solche Politik kann sicherstellen, dass auch zukünftiger fairer Handel gesichert werden
235 kann.

236

237 **2.3 Für eine demokratische Handelspolitik**

238

239 Ausgangspunkt für eine demokratische Handelspolitik ist eine demokratische
240 Handelsarchitektur. Der Ansatz des Multilateralismus muss dabei im Zentrum einer solchen
241 Architektur stehen, denn nur wenn möglichst viele an der Gestaltung von Handelspolitik beteiligt
242 sind, kann den Grundsätzen der Solidarität, Gerechtigkeit und Demokratie ausreichend
243 Rechnung getragen werden. Zur Koordination und Demokratisierung der Handelspolitik bedarf
244 es einer internationalen Agentur für Handelsfragen, die anders als die WTO von den bisherigen
245 Prämissen der fortschreitenden Liberalisierungs- und Freihandelsagenda befreit werden muss.
246 Eine solche Handelsagentur sollte den Vereinten Nationen angegliedert sein, um dem
247 demokratischen Anspruch in Ansätzen gerecht zu werden. Wir sind uns bewusst, dass
248 Demokratie auf internationaler Ebene derzeit fast ausschließlich in Form intergouvernementaler
249 Zusammenarbeit gestaltet ist, auch in der UN. Langfristig sind den Vereinten Nationen und den
250 ihr angeschlossenen Agenturen, Institutionen und Foren allerdings eine weitere
251 Demokratisierung zu unterziehen. Hierunter verstehen wir, dass nicht nur
252 RegierungsvertreterInnen in den Aushandlungsprozessen eingebunden sind, sondern auch die
253 ParlamentarierInnen aus den Mitgliedsländern einen größeren Einfluss auf die Arenen und den
254 Verhandlungsprozessen internationaler Politikgestaltung nehmen müssen.

255

256 Wie bereits angedeutet, muss eine neue Handelsagentur von dem neoliberalen Ballast befreit
257 werden, der die WTO durchdringt. In der derzeitigen Handelsarchitektur sind keine Alternativen
258 zur Freihandelsdoktrin und dem Liberalisierungsparadigma denkbar, da diese fest
259 eingeschrieben sind in die Statuten der Welthandelsorganisation und ihren politischen Leitlinien
260 und Mechanismen. Wollen wir ein demokratisches Handelsregime aufbauen, braucht es hierfür
261 ein Forum, bei dem keine inhaltlichen Vorfestlegungen die Diskussion über Handelspolitik
262 determinieren. Hierbei ist uns wichtig, dass Fairhandel, anders als Freihandel, auch heißt, dass
263 das Primat der Wirtschaft gebrochen wird und die internationalen Handelsbeziehungen wieder
264 stärker unter politischen Prämissen diskutiert werden. Handel hat dabei eine höchst politische
265 Funktion, trägt er doch dazu bei, dass Abhängigkeiten und kapitalistische Akkumulationsregime
266 reproduziert werden. Wie bereits in den vorangestellten Abschnitten aufgezeigt, sind dem
267 Handel immer auch Fragen der Solidarität und Gerechtigkeit impliziert, die es zu diskutieren gilt
268 und auf die politische Antworten gegeben werden müssen. Dies möchten wir an zwei Beispielen
269 deutlich machen: Zum einen ist die Integration von zu entwickelnden Staaten des globalen
270 Südens in die Strukturen der internationalen Zusammenarbeit nicht über ein reines
271 Liberalisierungsprogramm möglich, will man entwicklungspolitische Ziele nicht vollkommen
272 außer Acht lassen. In den einleitenden Analysen haben wir hierauf bereits hingewiesen. Die
273 Europäische Union fokussiert einen solchen kombinierten entwicklungs- und handelspolitischen
274 Ansatz, der sich allerdings an reinen wirtschaftlichen Interessenlagen orientiert und damit die
275 entwicklungspolitischen den handelspolitischen Zielen unterordnet. Dies gilt es zu ändern. Ein
276 anderes Beispiel sind Streitbeilegungs- bzw. Schlichtungsverfahren im Zusammenhang mit
277 Investitionsschutzregeln. Sie werden dazu genutzt, um den Vorrang von Kapitalinteressen vor
278 das Gemeinwohl zu manifestieren und höhlen somit Errungenschaften der Rechtsstaatlichkeit
279 auf innerstaatlicher Ebene aus. In einer demokratischen Handelsarchitektur braucht es zwar ein
280 an rechtsstaatlichen Standards strukturierte Instanz, in der über Streitigkeiten in Handelsfragen
281 entschieden werden kann, deren Entscheidungskriterien allerdings nicht einseitig privilegieren
282 dürfen. Für die FreihandelsideologInnen stellt die Schaffung von weitreichenden

283 Investitionsschutzvereinbarungen eine exklusive Möglichkeit dar, das unternehmerische Risiko
284 so weit wie möglich zu minimieren und somit Renditeansprüche zu verbiefen. Mit einer solchen
285 Strategie wird sogar mit Prinzipien der Marktwirtschaft gebrochen. Der kapitalistische
286 Akkumulationsprozess wird so auf eine neue Stufe erhoben. Staaten werden dazu verpflichtet,
287 Interessenlagen des transnationalen Kapitals in ihren politischen Entscheidungen zu
288 berücksichtigen, um nicht verklagt zu werden. Mit Engels gesprochen, nimmt so der
289 kapitalistische Staat noch stärker die Form eines ideellen Gesamtkapitalisten ein, mit der Folge,
290 dass hierdurch die innergesellschaftlichen Kräfteverhältnisse weiter in Richtung der
291 KapitaleignerInnen verschoben werden.

292

293 Demokratische Handelspolitik bedeutet zudem eine Abkehr vom Ansatz der negativen und
294 flachen Methode der Integration in den Weltmarkt. Wir halten einen solchen neoliberalen Ansatz
295 für höchst undemokratisch. Ein Handelsregime, welches sich einer demokratischen Steuerung
296 unterzieht, bedarf explizit auch regulatorischer und damit positiver Integrationsansätze. Dies ist
297 die Konsequenz aus der Forderung nach der stärkeren Thematisierung der politischen Aspekte
298 internationalen Handels. Stellt man die Vorstellung in den Mittelpunkt, dass
299 Handelsbeziehungen zu einer zunehmenden transnationalen Vergesellschaftung führen – also
300 zu einem Zusammenwachsen der verschiedenen Regionen der Erde unter dem Leitbild der
301 Weltgemeinschaft – befeuert der reine Marktansatz, also die Ideologie des Überlebens des
302 Stärkeren, das genaue Gegenteil. Einem ungezügelt Weltmarkt ist in diesem Sinne unser
303 Leitbild einer politisch und demokratisch gestalteter Globalisierung entgegen zu halten, unter
304 der wir auch unsere Vorstellungen des Fairhandels fassen.

305

306 **3. Europa als Vorbild – eine neue Handelspolitik für die Europäische Union**

307

308 Wir wollen mit dem wirtschaftlichen Primat in der Handelspolitik brechen. Für uns gestaltet sich
309 eine progressive Handelspolitik im Rahmen von Solidarität, Gerechtigkeit und Demokratie.
310 Fairhandel heißt für uns deshalb, dass ein internationales Handelsregime nur dann legitim sein
311 kann, wenn es sich an demokratischen und rechtsstaatlichen Grundsätzen orientiert. Der
312 bisherige handelspolitische Diskurs ist durch eine rein technisch-undemokratische
313 Fortschreitungslogik strukturiert. Mit unseren Ausführungen wollen wir deutlich machen, dass
314 dies mitnichten der Fall ist. Es braucht die Rückführung politischer Fragestellungen in die
315 Arenen der internationalen Politikgestaltung, will man mit der neoliberalen Logik brechen. Hier
316 kann die Europäische Union vorangehen und zu einem Vorbild werden. Wir wollen, dass sich
317 die Handelspolitik der EU an Prämissen des Fairhandels orientiert und sich somit aus den
318 Fängen des neoliberalen Globalisierungsprogrammes löst. Hierzu fordern wir,

319

320 · dass unsere Idee von Fairhandel mit seinen starken außen- und entwicklungspolitischen
321 Komponenten Auswirkungen auf die Struktur und Inhalte bestehender Handelsabkommen der
322 Europäischen Union haben muss. So müssen bestehende Handelsabkommen überdacht
323 werden und in eine neue internationale handelspolitische Struktur überführt werden. Bei
324 jeglicher entwicklungspolitischer Initiative soll nicht die Generaldirektion TRADE die
325 Verhandlungen der EU-Kommission führen, sondern die Generaldirektion für Entwicklungspolitik
326 (DEVCO). Hierbei haben die SDGs Vorrang vor reinen wirtschaftspolitischen Erwägungen.
327 Hierdurch soll das asymmetrische Handelsregime eingedämmt werden. Die bisherigen EPAs
328 werden den Grundsätzen von Fairhandel nicht gerecht. Gerade im Bereich der europäischen
329 Agrarpolitik hätte die Europäische Union die Möglichkeit, entwicklungs- und handelspolitisch
330 neue Weichen zu stellen. Beispielsweise könnte durch Ausfuhrbeschränkungen von hoch-
331 subventionierten Agrarprodukten oder im besten Falle die Streichung solcher Subventionen ein
332 Beitrag zur Stärkung der Unabhängigkeit des Agrarsektors im globalen Süden geleistet werden.

333

334 · dass die Europäische Union sich für eine wertgebundene Handelspolitik auf
335 internationaler Ebene einsetzt. Menschenrechte, ArbeitnehmerInnenrechte, gender- und
336 umweltpolitische Aspekte müssen dabei die Leitlinien europäischen Handels sein. Die EU muss
337 hierzu die Menschen- und ArbeitnehmerInnenrechte nach Außen sowie nach Innen konsequent
338 vertreten. Konkret sollten diese Rechte als Voraussetzung für das Aufnehmen von
339 Handelsbeziehungen verstanden werden. Alternativ können auch im ersten Schritt zunächst
340 Anreizmodelle für kooperative HandelspartnerInnen entwickelt werden. Handelsvereinbarungen
341 sollten gemeinsam evaluiert und auf soziale und ökologische Auswirkungen überprüft werden.
342 Die Kernarbeitsnormen der ILO müssen eingefordert und die Privatisierung öffentlicher
343 Infrastruktur prinzipiell ausgeschlossen werden. An dieser Stelle ist eine enge Zusammenarbeit

344 und Beratung mit unterschiedlichen SozialpartnerInnen und Organisationen sinnvoll. Darüber
345 hinaus müssen die Auswirkungen auf gleichstellungspolitische Aspekte eine nachdrücklichere
346 Berücksichtigung finden. Durch die Einrichtung von verantwortlichen Foren soll Gender-
347 Mainstreaming konsequent verfolgt werden. Weiterhin müssen bindende Umwelt- und
348 Nachhaltigkeitskonzepte entwickelt und international verbreitet werden.

349

350 dass die Europäische Union ihre Grundsatzdokumente zur Wirtschafts- und
351 Handelspolitik überarbeitet. Die Konzeptualisierung europäischer Handelspolitik im Rahmen der
352 Europe 2020- und der Globale Europe-Strategie widersprechen den Grundüberlegungen eines
353 solidarischen, gerechten und demokratischen Fairhandels. Die neoliberale Durchdringung der
354 geltenden europäischen Strategien führt in der Folge dazu, dass die Europäische Union zu
355 einer maßgeblichen Akteurin und Anwältin der Freihandelsdoktrin und des
356 Liberalisierungsparadigmas wurde. Auch die Fokussierung auf bi- und plurilaterale
357 Handelsabkommen führt zur weiteren Verschärfung von globaler Ungleichheit. Die Europäische
358 Union muss ihre Handelspolitik unter den Prämissen eines demokratischen Handelsregimes
359 neu definieren und zu einer Anwältin eines anderen Ansatzes in der internationalen
360 Handelspolitik werden. Die Europäische Union kann einen solchen Ansatz glaubwürdig
361 vertreten, da ihre eigene Geschichte nicht nur durch negative Integration geprägt ist, sondern
362 sich im europäischen Integrationsprozess eine Reihe von Regulationsinstanzen ausbilden
363 konnten, die einen Vorbildcharakter auch für Vergesellschaftungen im globalen Maßstab haben
364 können, auch wenn durch die strategischen Ansätze der letzten Jahre/Jahrzehnte die
365 innereuropäische Integrationsweise einer neoliberalen Restrukturierung erfahren hat. Ein
366 Umdenken in den Außenhandelsbeziehungen muss entsprechend folgerichtig auch mit einem
367 Umdenken in den Innenbeziehungen innerhalb der EU und dem innereuropäischen
368 Regulationsansatz einhergehen. Das wirtschaftliche Gewicht der Europäischen Union ist in
369 einem solchen Sinne für eine progressive Handelspolitik fruchtbar zu machen. Es wäre daher
370 ebenso folgerichtig, dass die Europäische Union die fokussierten Freihandelsabkommen mit
371 den USA und Kanada nicht weiter verfolgt und zurückkehrt auf den Boden eines multilateralen
372 Politikansatzes.

373

374 Die Europäische Union hat die Möglichkeit, einen anderen handelspolitischen Ansatz in den
375 internationalen politischen Diskurs einzubringen und eine Alternative zur neoliberalen
376 Freihandelsdoktrin zu etablieren. Für ein solches Umdenken kämpfen wir als
377 JungsozialistInnen, zumal trotz der multiplen Krisenerscheinungen des globalen Kapitalismus
378 die neoliberale Restrukturierungsmaschinerie unaufhörlich weiter voranschreitet – zwar mit
379 weniger Rückhalt, dafür aber umso bestimmter. Die Euro-Krise hat dies noch einmal
380 eindrucksvoll unterstrichen. Gerade im Bereich der Handelspolitik führte diese zu einem noch
381 aggressiveren Schwenk auf eine aktionistische Freihandelspolitik im Zeichen des
382 Neoliberalismus. Wir müssen diese diskursive Formation durchbrechen, indem wir für
383 Alternativen kämpfen.

384

385

386

387

388

389

390

391

392

393

394

395

396

397

398

399

400

401

Titel Handelspolitik

Antragsteller Bremen

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Handelspolitik

1 Der Bundeskongress möge beschließen:

2

3 **Eckpunkte für eine sozialistische Handelspolitik**

4

5 Wir Jusos sehen in linker Handelspolitik das Potenzial, ökonomischen Wohlstand zu steigern,
6 gerechter als bisher zwischen den Menschen auf der Welt zu verteilen und ökologisch
7 nachhaltiger zu erwirtschaften. Faire Handelsverträge sind zudem ein kluges Instrument
8 dauerhafter Friedenssicherung. Die derzeitige globale Handelsordnung verfolgt diese Ziele
9 jedoch nicht. Sie folgt stattdessen dem neoliberalen Marktglauben, demzufolge das Dogma
10 eines schrankenlosen Freihandels per Zauberhand wirtschaftlichen Wohlstand in einem Maße
11 schaffen würde, der die Rücksicht auf oder gar das Voranstellen von sozialen und ökologischen
12 Kriterien angeblich überflüssig macht. Diese Feststellung gilt für das nach wie vor gültige WTO-
13 Regime wie auch für die aktuell in bilateralen oder begrenzt multilateralen Verhandlungen
14 befindlichen Abkommen TTIP, CETA, TiSA und weitere. Die tatsächliche Leistungsbilanz solcher
15 Abkommen drückt sich in wachsendem Druck auf Arbeits- und Sozialbedingungen in allen
16 Weltteilen, globaler Umweltzerstörung, regionalen Ressourcenkonflikten und Flüchtlingsströmen
17 aus. Die gegenwärtige Welthandelsordnung hat dringenden Reformbedarf.

18

19 Um zu einer gerechteren Ordnung im Welthandel zu kommen, müssen progressive Kräfte die
20 handelspolitische Initiative ergreifen. Für uns Jusos ergeben sich folgende Eckpunkte für eine
21 sozialistische Handelsagenda:

22

23 **Standards erhöhen und sanktionsbewehrt durchsetzen**

24

25 Wir wollen Standards z.B. in den Bereichen ArbeitnehmerInnenrechte, VerbraucherInnen-,
26 Arbeits- und Datenschutz, Umwelt- und Klimaschutz, Landwirtschaftspolitik und
27 Gesundheitspolitik nicht nur erhalten, sondern anheben - substanziell, fortschreitend und global!
28 Unter diesen Bedingungen begrüßen wir die Vereinheitlichung industrieller Standards als
29 Beitrag zur ökologischen Ressourcenschonung und wirtschaftlichen Effizienz. Anstatt
30 Handelsbeziehungen an Kapitalinteressen auszurichten, wie im neoliberalen Paradigma
31 vorgesehen, muss das Ziel jeglicher progressiver Handelsabkommen sein, gemäß dem Prinzip
32 "Der höhere Standard wird übernommen" gesellschaftliche Verbesserungen zu erzielen. Das
33 ständige Recht der Abweichung nach oben muss dabei gewährleistet sein.

34

35 Höhere soziale und ökologische Standards gilt es nicht nur zu vereinbaren, sondern auch
36 effektiv durchzusetzen. Zu diesem Zweck wollen wir internationale Gerichtshöfe, die nicht für die
37 Sicherung von Kapital-, sondern von gesellschaftlichen Interessen zuständig sind. Vor ihnen
38 sollen Verstöße gegen Arbeitsrecht und Umweltrecht vorgebracht und bei einer Verurteilung mit
39 Sanktionsmechanismen belegt werden können. Als Sanktionen bieten sich bewährte

40 Instrumente der internationalen Beziehungen an: vom Beginn verpflichtender Konsultationen
41 über die Verhängung von Strafzöllen bzw. der Kürzung von Entwicklungshilfe bis hin zu
42 Importverboten bei schweren Vergehen wie der Missachtung des Rechts auf gewerkschaftliche
43 Aktivität. Das Klagerecht von Staaten wollen wir um ein Verbandsklagerecht von
44 Gewerkschaften und Umweltverbänden ergänzen. Innerhalb der EU muss das Europäische
45 Parlament die Möglichkeit haben, die Kommission zur Einreichung einer Klage aufzufordern.

46

47 **Multilateralen Grundsatz verfolgen - bilaterale Optionen nutzen**

48

49 Grundsätzlich wollen wir Verhandlungen auf multilateraler Ebene einer Vielzahl bilateraler
50 Verträge vorziehen. Ein Geflecht aus verschiedensten bilateralen Verhandlungen wie derzeit
51 angestrebt ist für die Zivilgesellschaft nur schwer nachvollziehbar. Das öffentliche Interesse wird
52 auf die Dauer erlahmen. Die leichter für Lobbyarbeit zu organisierenden Kapitalinteressen sind
53 demgegenüber strukturell im Vorteil. Zudem dienen eine Vielzahl bilateraler Verträge und
54 Vertragsvorhaben wie die aktuellen der EU einem chauvinistischen Zweck, nämlich bestimmte
55 Regeln unter Ausschluss möglichst vieler weniger entwickelter Staaten global durchzusetzen.
56 Fakt ist aber auch, dass die multilateralen Verhandlungen, die bisher auf WTO-Ebene
57 stattgefunden haben, einem klaren neoliberalen Freihandelskonzept gefolgt sind. Die Dominanz
58 des Freihandel-Narrativs ist daher gegenwärtig auch in der multilateralen Arena ungebrochen.
59 Ein unabsehbar langes Warten auf multilaterale Verhandlungen unter progressiven Vorzeichen
60 ist nicht zielführend. Bilaterale Verhandlungen, die aus den richtigen Motiven und mit den
61 richtigen Zielen geführt werden, müssen deshalb sinnvolle Ergänzung sein, um kurz- und
62 mittelfristig Fortschritte zu erzielen und langfristig eine bessere strategische Ausgangsposition
63 für multilaterale Gespräche zu erzielen.

64

65 **Handel als Instrument der Friedens- und Entwicklungspolitik einsetzen**

66

67 Freihandel im Sinne einer völligen Deregulierung des Welthandels lehnen wir ab, da durch ihn
68 immer wirtschaftlich stärkere Staaten profitieren und den schwächeren Staaten ihre
69 Bedingungen aufdrücken können und werden - unabhängig davon, was das für die Menschen in
70 diesen Ländern bedeutet. Eine sozialistische Handelspolitik muss sich deshalb für einen
71 regulierten Welthandel einsetzen, der schwächere Volkswirtschaften schützt und es gerade
72 ihnen ermöglicht, den Wohlstand ihrer Menschen zu vergrößern. Um dies zu erreichen, kann es
73 sinnvoll sein, den schwächeren Vertragspartnern eines Handelsabkommens die Möglichkeit
74 protektionistischer Maßnahmen (z.B. temporäre Schutzzölle) einzuräumen. Ebenso müssen
75 die Menschen in diesen Staaten z.B. von der Ausbeutung von Ressourcen auf ihrem Gebiet
76 profitieren (wobei hier auch der Nachhaltigkeitsgedanke stärker in den Fokus gerückt werden
77 muss) und dürfen nicht durch Importzölle bzw. Exportsubventionen von reichen Industriestaaten
78 drangsaliert werden. Auf diese Weise wollen wir Entwicklungsländern eine auch qualitativ
79 aufholende Entwicklung ermöglichen, statt ihnen einen dauerhaft benachteiligten Platz in der
80 globalen Arbeitsteilung zuzuweisen, und die globale Reichumsverteilung gerechter gestalten.

81

82 Indem wechselseitige wirtschaftliche Abhängigkeiten von Staaten geschaffen werden, dient
83 linke Handelspolitik als Instrument dauerhafter Friedenssicherung. Der aktuelle Ukraine-Konflikt
84 zeigt, wie auf Ausgrenzung von Konkurrenten bedachte Handelspolitik zu kriegerischen
85 Auseinandersetzungen führen kann: Der Druck auf die im Außenhandel gleichermaßen mit Ost
86 und West verwobene Ukraine, sich zwischen exklusiven Handelsbeziehungen mit der EU oder
87 exklusiven Handelsbeziehungen mit der Eurasischen Union entscheiden zu müssen, hat das
88 Land zerrissen. Als Jusos wollen wir eine Handelspolitik, die nicht kriegerische Konflikte zur
89 Befriedigung von Kapitalinteressen in Kauf nimmt, sondern die Schaffung und Sicherung von
90 Frieden als explizite Zielgröße aufnimmt, die Konkurrenzinteressen überzuordnen ist.
91 Insbesondere bedarf es zur nachhaltigen Friedenssicherung in Mitteleuropa zeitnah der
92 Schaffung tiefgehender ökonomischer Interdependenzen der EU mit der Russischen Föderation
93 im Rahmen eines weitergehenden Handelsabkommens.

94

95 **Öffentliche Güter stärken - Sozialisierungen ermöglichen**

96

97 Güter wie Wasser, Strom, Personennah- und Fernverkehr, Gesundheitsleistungen etc. müssen
98 für alle Menschen zuverlässig und erschwinglich bereitgestellt werden. Deshalb müssen sie
99 lokal bzw. regional von der öffentlichen Hand gewährleistet werden. Der Trend, dass durch
100 Freihandelskommen die öffentliche Daseinsvorsorge liberalisiert und privatisiert werden soll

101 (aktuelles Beispiel: Trades in Services Agreement, TiSA), muss gestoppt werden. Es ist nicht
102 sinnvoll, die entsprechenden Güter, wie Wasser, Strom, Personennah- und Fernverkehr etc.,
103 per globaler Ausschreibung an den günstigsten privaten Anbieter zu
104 vergeben. Handelsabkommen müssen diese Grundannahme akzeptieren und die öffentliche
105 Daseinsvorsorge mindestens unangetastet lassen. Das Ziel sollte aber auch hier die Einführung
106 positiver Standards sein.

107

108 Durch die geplanten Freihandelsabkommen der EU mit Kanada und den USA (CETA bzw. TTIP)
109 sind die Schiedsgerichte zum Investorenschutz (ISDS) in den Blick der Öffentlichkeit gerückt.
110 Hierbei wurde vonseiten des Kapitals immer wieder angeführt, dass solche Schiedsgerichte
111 gang und gäbe bei Handelsabkommen seien. Wir sagen: umso schlimmer! Es muss darauf
112 hingewirkt werden, dass die ISDS-Gerichte bald weltweit der Vergangenheit angehören.
113 Bisherige Handelsabkommen müssen entsprechend verändert werden. Als Ersatz ist ein
114 globales Handelsschiedsgericht, welches demokratisch legitimiert ist und über Streitfälle (wie
115 einen Vertragsbruch) entscheidet, in Betracht zu ziehen. Demokratisch legitimierte
116 Sozialisierungen müssen dabei unangetastet bleiben.

117

118 **Begründung:**

119 Die aktuellen Auseinandersetzungen um TTIP, CETA und weitere geplante
120 Freihandelsabkommen hat die Debatte um die gesellschaftlichen Auswirkungen von
121 Handelsabkommen wieder in den gesellschaftlichen Fokus gerückt. Die internationale Linke
122 befindet sich auf dem Themenfeld aber derzeit in einer Defensivposition. Die Diskussion wird
123 auf der Grundlage von bürgerlicher Seite initiiert. Abkommen geführt, während
124 zivilgesellschaftliche Institutionen darum kämpfen, deren schädliche Auswirkungen zu
125 verhindern. Um sich nicht nur auf die Abwehr von Rückschritten - kombiniert mit der
126 Forderung nach punktuellen Verbesserungen - zu beschränken, sondern soziale und
127 ökologische Fortschritte zu erzielen, muss die internationale Linke die Deutungshoheit in der
128 Handelspolitik erlangen und in die Lage kommen, die handelspolitische Agenda selbst zu
129 setzen. Dafür bedarf es einer handelspolitischen Konzeption von links. Der vorliegende Antrag
130 formuliert hierfür erste Eckpunkte.

131

132

133

134

135

136

137

138

139

140

141

142

143

144

145

146

147

148

149

150

151

152

153

154

155

156

157

158

159

160

161

Titel Freihandel nicht um jeden Preis! Unsere Bedingungen für ein Transatlantisches Abkommen!

Antragsteller Hannover

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Freihandel nicht um jeden Preis! Unsere Bedingungen für ein Transatlantisches Abkommen!

- 1 Eine Handels- und Investitionspartnerschaft mit den USA kann eine Chance für die Wirtschaft
- 2 der EU sein. Vor allem Mittelständische Betriebe könnten unter bestimmten Bedingungen von
- 3 einer Senkung der Zölle, vereinheitlichten Normen und erleichterten Zertifizierungen profitieren.
- 4 Angesichts der Vorbereitung einer Transpazifischen Partnerschaft zwischen den Vereinigten
- 5 Staaten und einigen ostpazifischen Staaten scheint jedoch von entscheidender Bedeutung für
- 6 Europa zu sein, an einem Regelwerk für Handel und Investitionen mitzuarbeiten, das globale
- 7 Maßstäbe auch in Hinblick auf soziale, kulturelle und ökologische Standards sowie
- 8 Arbeitnehmer-, Verbraucher- und Gesundheitsschutz setzt. Dennoch darf es
- 9 Freihandelsabkommen wie TTIP und CETA nicht um jeden Preis geben. Es darf zu keinem
- 10 Abbau sozialer und ökologischer Standards sowie des staatlichen Daseinsvorsorgeprinzips
- 11 kommen. Auch hinsichtlich der Grundwerte demokratischer und juristischer Strukturen darf es
- 12 keine Einschnitte geben.
- 13
- 14 Unsere Kritik an den derzeitigen Verhandlungen zu den Freihandelskommen und dem
- 15 derzeitigen Mandat umfasst daher folgende Punkte.
- 16
- 17 è Wir sind gegen eine automatisch-fortschreitende Privatisierungs- und Liberalisierungsagenda.
- 18 Die öffentliche Daseinsvorsorge hat für uns einen hohen Stellenwert, den es zu erhalten gilt. Für
- 19 uns ist deshalb klar, dass öffentliche Dienstleistungen nicht im Rahmen der derzeit geführten
- 20 Negativliste verhandelt werden dürfen.
- 21
- 22 è Wir lehnen zudem die Stillstands- und Einrastklauseln ab. Stillstandsklauseln sollen bisherige
- 23 Privatisierungen und Liberalisierungen absichern, und Einrastklauseln zielen darauf ab, dass
- 24 zukünftig nur ein Mehr an Privatisierungen und Liberalisierungen vertragskonform wären. So
- 25 sollen Dienstleistungen, die einmal dem Markt übereignet wurden, nicht wieder dem Staat
- 26 zufallen dürfen. Wir wissen aber, dass es in vielen Bereichen notwendig ist, den Staat mit
- 27 Aufgaben öffentlichen Interesses zu betreiben, besonders wenn es um die Daseinsvorsorge für
- 28 die Bevölkerung geht.
- 29
- 30 è Auch die Investitionsschutzklauseln, die im Rahmen von Schiedsgerichtsverfahren (ISDS)
- 31 verhandelt werden sollen, sehen wir kritisch. Es darf auch für zukünftige Regelungen und
- 32 Schutzrechte, wie beispielsweise den Mindestlohn, keine Möglichkeit für Unternehmen geben,
- 33 den Staat wegen nicht erzielter Gewinne oder fehlgeschlagener Investitionen zu verklagen.
- 34 Recht muss im Rahmen von Verfahren mit staatlicher Beteiligung durch ordentliche Gerichte
- 35 gesprochen werden.
- 36
- 37 è Wir sehen zudem große Probleme beim Finden eines Kompromisses in den Bereichen des
- 38 Arbeitnehmer- und Verbraucherschutzes. Für uns ist klar, die betriebliche Mitbestimmungen

39 durch Betriebsräte und Gewerkschaften, sowie die Tarifautonomie dürfen nicht angetastet
40 werden. Auf einen gemeinsamen Nenner im Bereich des Arbeitnehmerschutzes zu kommen,
41 wenn einer der Vertragspartner nicht einmal alle Punkte des ILO-Kernabkommens umgesetzt
42 hat, ist fast unmöglich. Auch im Bereich des Verbraucherschutzes, in welchem wir in vielen
43 Jahren wichtige europäische Standards erarbeitet haben, sehen wir wenig Raum für
44 Verhandlungen. Wir halten es deshalb für notwendig, diese Bereiche aus dem Abkommen
45 herauszunehmen.

46

47 è Zudem kritisieren wir die Intransparenz der bisherigen Verhandlungen. Nur nach und nach
48 und durch große Proteste der Zivilgesellschaft wurden Dokumente veröffentlicht und Details der
49 Abkommen mitgeteilt. Dies muss sich ändern. Es ist wichtig, dass die Bürgerinnen und Bürger
50 über die Verhandlungen umfassend informiert werden.

51

52 è Wichtig ist auch, dass kein Abkommen für die Ewigkeit gemacht ist. Es muss möglich sein bei
53 aufkommenden Probleme oder sich veränderten Umständen Teile des Abkommens
54 herauszunehmen oder das Abkommen zu kündigen.

55

56 Es gibt viele Verhandlungspunkte, die Grund zur Kritik bieten. Wir halten es für unabdingbar,
57 dass zunächst eine Einigung darüber erzielt wird, dass der Erhalt und die Verbesserung der
58 sozialen, ökologischen und kulturellen Standards, die dem Wohlergehen der Bevölkerung
59 dienen, den absoluten Vorrang vor wirtschaftlichen Verbesserungen des Marktzugangs in den
60 Verhandlungen haben. Wir stehen deshalb dafür ein, dass große Teile aus den Abkommen
61 herausgenommen werden und ein begrenzter Umfang der Verhandlungsmasse nach klaren
62 Regeln und Vorgaben von den Vertragsparteien hinsichtlich des Abbaus von
63 Handelshemmnissen bearbeitet wird.

64

65 **Wir fordern daher:**

66

- 67 • dass die derzeitigen Verhandlungen abgebrochen werden sollen und es ein neues
68 Mandat unter den genannten Forderungen ausgehandelt wird.
- 69 • dass sich das Abkommen auf eine kleinere Verhandlungsmasse als bisher beziehen soll,
70 wir schlagen hinsichtlich des Marktzugangs für Güter den Handel mit ausschließlich
71 technischen Gütern vor, da hinsichtlich vieler anderen Güter zum Beispiel Lebensmittel,
72 Chemikalien, Kosmetika etc. eine Übereinkunft kaum zu erreichen scheint.
- 73 • dass die Verhandlungen nur im Rahmen einer Positivliste geführt werden dürfen. Die
74 Verhandlung über eine Negativliste mit zwei Anhängen, von denen die eine Stillhalte- und
75 Sperrklimaklauseln enthält, ist ein zu unsicheres und intransparentes Verfahren, das
76 auch nicht mit aller Klarheit verhindert, dass zukünftige sensible Dienstleistungen, die
77 unter die Daseinsvorsorge und unter den staatlichen Schutz fallen, ausgeschlossen sind.
78 Wir fordern die Bewahrung der europäischen Standards und die Möglichkeit zu ihrer
79 Verbesserung im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge und des Verbraucher-rechts,
80 des Datenschutzes und der europäischen Sozial-, Lebensmittel- und Umweltstandards
81 ebenso wie die Sicherung der Vielfalt und Unabhängigkeit unserer Kultur- und
82 Medienwelt. Dies bedeutet, dass die genannten Standards nicht als Handelshemmnisse
83 gesehen werden und daher nicht Gegenstand von Verhandlungen der Europäischen
84 Kommission und ihres amerikanischen Partners sind.
- 85 • dass, die Vereinbarung der regulatorischen Kooperation ab, die trotz voneinander
86 abweichender Sicherheitsanforderungen die gegenseitige Anerkennung oder Angleichung
87 der jeweiligen eigenstaatlichen Regulierungen intendiert, abgelehnt wird. Der Versuch
88 einer Steuerung der nationalen und europäischen Gesetzgebung durch einen
89 transatlantischen Regulierungsrat, der auch nach Abschluss eines Vertrags seine
90 Befugnisse behält, sowie die Vertretung von multinationalen Konzernen durch
91 „Stakeholder“, also Interessenvertreter, ist ein Angriff auf die parlamentarische Demokratie
92 und ihre Gesetzgebung. Dieser Versuch, Marktinteressen über die staatliche
93 Regulierungsbefugnis zu setzen, muss verhindert werden.
- 94 • dass alle Verhandlungsunterlagen offen gelegt werden und dass die Verhandlungen
95 transparent und unter Beteiligung von Vertreter und Vertreterinnen der Zivilgesellschaft
96 geführt werden
- 97 • dass eine Ausstiegsklausel erarbeitet wird; die Vereinbarung einer Frist, innerhalb derer
98 der Handelsvertrag TTIP einseitig gekündigt werden kann
- 99 • dass zudem der bilaterale Vertrag so abgefasst sein sollte, dass er gegebenenfalls den

100 Beitritt anderer WTO-Partner ermöglicht.
101 • dass es kein direktes Klagerecht eines Investors gegen die Bundesrepublik Deutschland
102 vor ad hoc gebildeten, nicht staatlichen Schiedsgerichten gibt. Für uns ist unverzichtbar:
103 Die Rechtsprechung obliegt allein staatlichen Gerichten. Eine Rechtsprechung in
104 intransparenten Verfahren vor geheim tagenden privaten Schiedsgerichten darf es auf
105 Grund des Rechtsprechungsmonopols im Grundgesetz und der Autonomie des
106 Unionsrechts auf der EU-Ebene nicht geben
107 • dass eine Berufungsmöglichkeit muss geschaffen werden.
108
109
110
111
112
113
114
115
116
117
118
119
120
121
122
123
124
125
126
127
128
129
130
131
132
133
134
135
136
137
138
139
140
141
142
143
144
145
146
147
148
149
150
151
152
153
154
155
156
157
158
159
160

Titel TTIP und Ceta ? Nur zu unseren Bedingungen

Antragsteller Hessen-Süd

Zur Weiterleitung an Bundesparteitag der SPD

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

TTIP und Ceta ? Nur zu unseren Bedingungen

- 1 Die SPD stemmt sich nicht grundsätzlich gegen ein Freihandelsabkommen.
2 Allerdings muss dieses staatliche Souveränität weiter gewährleisten und europäischen Rechts-
3 und Verbraucherstandards entsprechen.
4 Nicht enthalten dürfen die Freihandelsabkommen mit Kanada (Ceta) und den USA (TTIP)
5 deshalb:
6
7 • nicht-staatliche Schiedsgerichte
8 • Nachsorgeprinzip
9 • den sogenannten Negativlistenansatz
10 • regulatorische Kooperation > wenn sie die Einbindung von „Stakeholdern“ in den
11 Gesetzstellungsprozess verpflichtend einführen möchte
12
13 Die SPD darf nicht hinter ihre Positionen, die sie noch im Juni 2014 vertreten hat,
14 zurückfallen.
15 Diese sind:
16 • Vorhandene europäische Gesetze dürfen nicht zum Nachteil der Bürger angetastet
17 werden
18 • Besitzstand der europäischen Gesetzgebung muss erhalten bleiben, gerade im Bereich
19 Verbrauchersicherheit und Arbeitsbedingungen
20 • Herabsetzung bzw. Aufweichung von EU-Standards dürfen nicht zugelassen werden
21 • Arbeitssicherheit wird in der EU großgeschrieben, z.B. im Bereich Maschinenbau, wo es
22 in der EU einheitliche Standards gibt, in den USA nicht
23 • Verbraucherschutz: In der EU gilt das Vorsorgeprinzip
24 • personenbezogene Daten sind in der EU individuelles Eigentum, das ist Grundrecht „³
25 Verhandlungen über den Umgang mit diesen Daten sollte es erst gar nicht geben, hier soll
26 EU-Recht bestehen bleiben. Maximal soll über den Datenschutz von transferierten Daten
27 geredet werden
28 • Daseinsvorsorge und ihre hohe Qualität in der EU dürfen durch TTIP nicht bedroht
29 werden
30 • Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort muss auch zwischen USA und EU gelten
31 • Schutzklauseln sollen im Falle einer Störung des europ. Arbeitsmarktes durch TTIP
32 greifen
33 • Sicherung der kulturellen Vielfalt wie vom EU-Parlament gefordert
34
35 Drei zentrale Punkte zu TTIP waren für die sozialdemokratische Fraktion im europäischen
36 Parlament im Juni 2014 nicht verhandelbar und sollten es auch jetzt nicht sein:
37
38 1. Datenschutz
39 • Vor dem Hintergrund des NSA-Skandals ist ein Datenschutzabkommen zwischen USA

40 und EU erforderlich, es muss parallel zum TTIP-Abkommen unterzeichnet werden,
41 ansonsten können die Sozialdemokraten dem TTIP nicht zustimmen

42

43 2.Zukünftige Regulierungsfragen

44 • Ein Regulierungsausschuss in dem in einem nachgelagerten Verfahren zukünftige
45 Regulierungsfragen geklärt werden ist als undemokratisch und intransparent abzulehnen,
46 alle Fragen müssen im TTIP geklärt werden, auch wenn das bedeutet, dass der
47 Abschluss des Abkommens sich verzögert

48 • Zukünftige regulatorische Entscheidungen müssen im EU-Parlament und US-Kongress
49 getroffen werden

50

51 3.Investitionsschutz

52 • EU-Kommission und US-Unterhändler wollen Investor-Staat-Beilegungsmechanismus
53 (ISDS) erschaffen, der es Unternehmen ermöglicht vor internationalen Schiedsgerichten
54 auf Entschädigung entgangener Gewinne zu klagen

55 • Private Investoren könnten so gegen die Gesetzgebung souveräner Staaten klagen

56 • ISDS ist abzulehnen, auch Australien hat das in Verhandlungen mit den USA
57 abgelehnt (Kommission hat Verhandlungen dazu schon ausgesetzt. Grund: öffentlicher
58 Druck)

59 • TTIP mit ISDS ist abzulehnen

60

61 **Begründung:**

62 Die größten Probleme beider Freihandelsabkommen sind nicht etwa die Chlorhühnchen oder
63 der Gen-Mais. Denn ob man nun Antibiotika oder Pestizidverseuchte Lebensmittel aus Europa,
64 oder gechlortes oder gegentes Material aus Nordamerika zu sich nimmt, ist letztlich bei aller
65 Liebe wohl herzlich egal.

66

67 TTIP und Ceta stellen jedoch eine sehr viel größere Gefahr für unsere Demokratie, für unseren
68 Begriff von Staatlichkeit und Volkssouveränität, dar.

69

70 Vor nicht-staatlichen Schiedsgerichten könnten Unternehmen Staaten aufgrund ihrer
71 ureigensten Handlungen, der Gesetzgebung, verklagen, wenn diese zu einem erwarteten
72 Gewinnabfall führen. Wenn also ein Staat höhere Umweltstandards setzen möchte und
73 Unternehmen entsprechende Regulierungen auferlegt, könnten diese auf Schadensersatz
74 klagen. Die Macht der Konzerne, die Macht des Kapitals, hätte wohl nie größer sein können.

75

76 Die demokratische Legitimation für solcherlei Schiedsgerichte ist schlicht nicht vorhanden, denn
77 sie sind Privat und mit Anwälten oder abberufenen Richtern auf undemokratischem Wege
78 besetzt.

79

80 Auch das Nachsorgeprinzip ist für die Verbraucherstandards in Europa fatal. Anstatt ein
81 Unternehmen der Beweisspflicht zu unterstellen, so wie es momentan der Fall in Europa ist,
82 müssten Unternehmen Produkte erst vom Markt nehmen, wenn diese nachweislich schädlich
83 sind. Dies kann nicht sein, man kann nicht erst bis zur Schädigung von Menschen warten um
84 dann den Grund für ein Verbot der Ware zu haben.

85

86 Der Negativlistenansatz schließlich, wäre ein weiterer Anfang vom Ende staatlicher
87 Souveränität, denn der Ansatz der **Negativliste** bedeutet, dass alle öffentlichen
88 Dienstleistungen, die nicht ausdrücklich vom Anwendungsbereich eines Abkommens
89 ausgeschlossen sind, erfasst werden und den Markt- und Wettbewerbsbestimmungen
90 unterliegen. Die Erbringer haben bei diesem Ansatz deutlich weniger Flexibilität.

91

92 Anders wäre dies bei einem Positivlistenansatz, bei dem ganz gezielt spezielle Dienstleistungen
93 herausgesucht und den Markt- und Wettbewerbsbestimmungen unterworfen werden.
94 Sozusagen ohne staatliche Sonderstellung.

95

96 Regulatorische Kooperation ist grundsätzlich nichts was zu verteufeln wäre, es bedeutet die
97 Anpassung von Standards, z.B. wenn es um Tests und Qualitätskontrolle geht.

98

99 Hier sind europäische Standards auch nicht grundsätzlich besser als Nordamerikanische, sie
100 sind nur anders und eine Anpassung ist nur folgerichtig.

101

102 Allerdings kann es nicht sein, „Stakeholder“ also bestimmte Unternehmen, schon vor einem
103 Gesetzstellungsprozess an der Erstellung eben jenes Gesetzes zu beteiligen. Gesetze zu
104 erstellen und zu verabschieden ist die Hoheitsaufgabe der Parlamente. Dies sollte auch die
105 EU-Kommission verstehen, die eine Beteiligung der Unternehmen auf die beschriebene Art und
106 Weise durchaus in Betracht zieht.

107

108

109

110

111

112

113

114

115

116

117

118

119

120

121

122

123

124

125

126

127

128

129

130

131

132

133

134

135

136

137

138

139

140

141

142

143

144

145

146

147

148

149

150

151

152

153

154

155

156

157

158

159

160

Titel Nein zu TTIP und CETA!

Antragsteller Bayern

Zur Weiterleitung an Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion, S&E-Fraktion im EU-Parlament

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Nein zu TTIP und CETA!

1 Die Jusos lehnen das geplante Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) zwischen
2 den USA und der EU sowie das Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA)
3 zwischen Kanada und der EU ab.

4
5 Wir fordern daher alle Bundestags- und Europaabgeordneten auf, gegen dieses Abkommen zu
6 stimmen.

7
8 Wir begrüßen die Europäische Bürgerinitiative gegen TTIP und rufen zur Unterschrift für diese
9 auf. Die Ablehnung der Initiative durch die Europäische Kommission halten wir für falsch,
10 undemokratisch und inakzeptabel.

11
12 **Begründung:**

13 Die europäische Kommission verhandelt das Transatlantic Trade and Investment Partnership
14 (TTIP) mit einer großen Anzahl von Regierungen des europäischen und amerikanischen
15 Kontinents unter dem euphemistischen Begriff eines Freihandelsabkommens.
16 Verbraucherschutz-, Umwelt- und Nichtregierungsorganisationen sehen in TTIP allerdings einen
17 erheblichen Eingriff in die politische Selbstbestimmung von Staaten, Ländern und Kommunen,
18 u.a. durch die Einklagbarkeit entgangener Gewinne auf Grund von Umweltstandards,
19 Verbraucherschutzgesetzen etc.

20
21 Zudem bedeuten Schiedsgerichte, die für derartige Klagen zuständig sein sollen und außerhalb
22 der Kontrolle von Parlamenten und nationaler Gesetzgebung stehen, einen Angriff auf die
23 Grundlagen unserer Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit in den Beziehungen zwischen
24 globaler Wirtschaft, demokratisch verfassten Staaten und politischen Entscheidungsträgern.
25 TTIP beeinträchtigt damit auch die Handlungsmöglichkeiten von Kommunen.

26
27 Das Gleiche gilt für das als Blaupause für TTIP dienende, bereits ausgehandelte
28 Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) zwischen Kanada und der EU.

29
30 Die Gründe, die gegen TTIP bzw. ähnlich auch gegen CETA, sprechen, sind im Überblick:

31
32 TTIP höhlt Demokratie und Rechtsstaat aus: Ausländische Konzerne können Staaten künftig
33 vor nicht öffentlich tagenden Schiedsgerichten auf hohe Schadenersatzzahlungen verklagen,
34 wenn sie Gesetze verabschieden, die ihre Gewinne schmälern.

35
36 TTIP öffnet Privatisierungen Tür und Tor: Das Abkommen soll es Konzernen erleichtern, auf
37 Kosten der Allgemeinheit Profite bei Wasserversorgung, Gesundheit und Bildung zu machen.

38

39 TTIP gefährdet unsere Gesundheit: Was in den USA erlaubt ist, würde auch in der EU legal – so
40 wäre der Weg frei für Fracking, Gen-Essen und Hormonfleisch. Die bäuerliche Landwirtschaft
41 wird geschwächt und die Agrarindustrie erhält noch mehr Macht.
42
43 TTIP untergräbt die Freiheit: Es droht noch umfassendere Überwachung und Gängelung von
44 InternetnutzerInnen. Exzessive Urheberrechte erschweren den Zugang zu Kultur, Bildung und
45 Wissenschaft.
46
47 TTIP ist praktisch unumkehrbar: Einmal beschlossen, sind die Verträge für gewählte
48 PolitikerInnen nicht mehr zu ändern. Denn bei jeder Änderung müssen alle Vertragspartner
49 zustimmen. Deutschland allein könnte aus dem Vertrag auch nicht aussteigen, da die EU den
50 Vertrag abschließt.
51
52 Ein TTIP- und CETA-Abkommen ohne diese problematischen Bestandteile wie es vom DGB
53 gefordert wird, wäre zwar ertragbar, jedoch würde es laut Studien ebenfalls dazu führen, dass
54 der Handel zwischen der USA und der EU (im Fall von TTIP) auf Kosten des Handels mit der
55 Dritten Welt zunehmen würde. Dies kann nicht der richtige Weg sein.
56
57 Die Argumente, die von der Europäischen Kommission zur Ablehnung der von zahlreichen
58 Organisationen getragenen Europäischen Bürgerinitiative (darunter z. B. attac) angeführt
59 wurden, sind offensichtlich politisch motiviert. Die Initiative tragenden Organisationen werden
60 Rechtsmittel gegen diese Entscheidung einlegen. Zudem wird die Unterschriftensammlung
61 selbstorganisiert starten.
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89
90
91
92
93
94
95
96
97
98
99

Titel CETA ablehnen

Antragsteller Berlin

Zur Weiterleitung an Bundesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

CETA ablehnen

1 Der SPD-Parteikonvent hat am 20. September 2014 in seinem Beschluss „Unsere Erwartungen
2 an transatlantische Freihandelsabkommen“ in einem Kriterienkatalog 14 Bedingungen für eine
3 Zustimmung der SPD zu den Freihandelsabkommen TTIP (Transatlantic Trade and Investment
4 Partnership) und CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement) festgelegt.

5

6 Da im selben Beschluss festgelegt ist, dass die Partei über die Abkommen abstimmt, bevor es
7 zu einer Entscheidung innerhalb des Rates der EU, des Europäischen Parlaments oder der
8 nationalen Parlamente kommt, müssen wir als Partei den ausgehandelten CETA-Vertrag auf die
9 aufgeschriebenen Bedingungen hin prüfen.

10

11 Dabei stellen wir fest:

12

- 13 1. Es existiert keine bekannte Bestimmung im Vertrag, wie die Einnahmeverluste der EU
14 durch die wegfallenden Zölle ausgeglichen werden.
- 15 2. Das Abkommen enthält keine Klausel, die eine Korrektur unerwünschter Regelungen bis
16 hin zur Aussetzung des Abkommens ermöglicht.
- 17 3. Das Abkommen enthält keine Festlegung auf eine verbindliche Ratifizierung der
18 Kernarbeitsnormen der internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Die
19 Sanktionsmechanismen, die in anderen Teilen des Abkommens greifen, sind in dem
20 Kapitel über Verstöße bei Arbeits- und Sozialstandards ausgesetzt.
- 21 4. Das Abkommen enthält vage Bestimmungen zur Einrichtung verschiedener Räte und
22 Ausschüsse im Rahmen der sog. regulatorischen Kooperation. Diese Bestimmungen
23 bieten keinen ausreichenden Schutz vor Lobbyismus in einem sehr frühen Stadium des
24 Gesetzgebungsprozesses und bieten die Möglichkeit einer Aushebelung der Rechte
25 demokratisch gewählter Parlamente.
- 26 5. Das Abkommen enthält bei den Liberalisierungsbestimmungen sowohl eine Positiv- als
27 auch eine Negativliste, die sich auf verschiedene zu liberalisierende Dienstleistungen
28 beziehen. Die öffentliche Daseinsvorsorge ist ausgenommen. Allerdings ist nicht klar
29 definiert, was unter den Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge fällt und was nicht.
- 30 6. Das CETA-Abkommen enthält einen reformierten Investor-Staat-Schiedsmechanismus
31 (ISDS). Dieser enthält Verbesserungen zu früheren ISDS-Regeln, bleibt im Kern aber ein
32 Streitschlichtungsmechanismus zwischen privaten Investor*innen und Staaten, den die
33 SPD klar ausgeschlossen hat. In der Öffentlichkeit diskutierte Formen der
34 Streitschlichtung wie ein Handelsgerichtshof finden sich im Vertrag bisher nicht wieder.

35

36 Mehrere zentrale Bedingungen des Parteikonvents erfüllt der CETA-Vertrag somit nicht. Er
37 bietet keinen ausreichenden Schutz für Arbeitnehmer*innen, Verbraucher*innen und der
38 Umwelt. Ob und welchen wirtschaftlichen Nutzen das Abkommen erzielen wird, ist unklar.

39

40 Da die von der SPD aufgestellten Bedingungen nicht erfüllt sind, fordern wir unsere
41 Mandatsträger*innen in den Parlamenten und der Exekutive auf, CETA abzulehnen.

42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89
90
91
92
93
94
95
96
97
98
99
100

Titel Demokratische Verhandlung und Kontrolle von
Freihandelsabkommen

Antragsteller Hannover

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Demokratische Verhandlung und Kontrolle von Freihandelsabkommen

- 1
2 1. Alle Verhandlungen zu Freihandelsabkommen werden offen und transparent von
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
1. Alle Verhandlungen zu Freihandelsabkommen werden offen und transparent von
gewählten Volksvertretern geführt. Senkungen im Bereich von Verbraucherschutz,
Datenschutz Arbeitnehmerrechten und Umweltschutz dürfen nicht stattfinden.
2. Investorenschutzklauseln und Schiedsgerichte:
 - a) Investorenschutzklauseln und Schiedsgerichte entziehen sich der staatlichen
Gerichtsbareit und müssen ersatzlos aus jeden Verhandlungen gestrichen
werden.
 - b) Bestehende Freihandelsabkommen müssen dahingehend überprüft und
geändert werden.
 - c) Der Schutz der öffentlichen Daseinsfürsorge ist zu gewährleisten.

Begründung:

*Laut einer von der EU in Auftrag gegebenen Studie, soll das Freihandelsabkommen TTIP ein
Wirtschaftswachstum pro Jahr von 0,048% bringen. Für Deutschland wäre das anhand des BIP
aus dem Jahr 2013 ein Wachstum von 1,745 Mrd. €. Das entspricht einen Betrag von 21,8€ pro
Einwohner. Betrachtet man nur alleine die aktuelle Klage von EON und Vattenfall im
Atomausstiegsstreit gegenüber dem Deutschen Staat vor dem Schiedsgericht in Washington,
welche ca. 6,1 Mrd. € beträgt, dann wäre nur allein in diesem Fall ein gesamtwirtschaftlicher
Schaden von 54,54€ pro Einwohner oder 4,35 Mrd. € entstanden. Bei unseren
Umweltschutzrichtlinien und Arbeitnehmerrechten, könnten viele amerikanische Firmen klagen,
da sie aufgrund dieser Richtlinien und Gesetze einen geringeren Gewinn in Deutschland
erwirtschaften könnten.*

*Diese Schiedsgerichte sind bereits im Freihandelsabkommen CETA enthalten. Würden nur bei
TTIP die Schiedsgerichte gestrichen, dann könnten amerikanische Firmen durch den Umweg
über Kanada Schiedsgerichte benutzen. Daher müssen auch im CETA Abkommen die
Schiedsgerichte und Investorenschutzklauseln nachträglich gestrichen werden.*

*Kurz gesagt, ausländische Konzerne können Staaten künftig vor nicht öffentlich tagenden
Schiedsgerichten auf hohe Schadenersatzzahlungen verklagen, wenn sie Gesetze
verabschieden, die ihre Gewinne schmälern. Privatisierungen werden Tür und Tor geöffnet,
Konzernen wird es erleichtert werden, auf Kosten der Allgemeinheit Profite bei
Wasserversorgung, Gesundheit und Bildung zu machen. Das gilt es zu verhindern.*

39

40 *Um eine bessere Kontrolle der Verhandlungen zu haben dürfen nur demokratisch gewählte*
41 *Volksvertreter Freihandelsabkommen verhandeln und nicht wie bisher nur Lobbyisten. Bei TTIP*
42 *zum Beispiel verhandeln 197 Lobbyisten das Abkommen aus. Zuständige EU-Abgeordnete*
43 *erhalten nur einen spärlichen Einblick, geschweige denn, dass sie mitverhandeln können. Der*
44 *ganze Prozess muss transparenter gestalten werden, damit ein gesamtwirtschaftlicher Schaden*
45 *abgewendet werden kann. Wir dürfen nicht unsere hart erkämpften Arbeitnehmerrechte und den*
46 *Verbraucherschutz den Gewinnen multinationaler Konzerne unterordnen.*

47

48

49

50

51

52

53

54

55

56

57

58

59

60

61

62

63

64

65

66

67

68

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

Titel Wachstum weiterdenken - Fortschritt und Nachhaltigkeit als Leitplanken für ein gutes Leben

Antragsteller Nordrhein-Westfalen

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Wachstum weiterdenken - Fortschritt und Nachhaltigkeit als Leitplanken für ein gutes Leben

- 1 **Analyse der bisherigen Wachstumsfolgen: Fortschritt begleitet von Armut und**
2 **Umweltzerstörung**
3
4 Der Kapitalismus und die Industrialisierung haben, vor allem in der westlichen Welt, vorher nie
5 gekanntem Reichtum geschaffen. Technische Innovationen führten zu nie gekanntem
6 Wachstum. Für die Arbeit zogen Menschen vom Land in die Stadt. Der Trend der Urbanisierung
7 hat sich vollzogen, damit verbunden auch eine steigende Nachfrage nach Lebensmitteln,
8 Energie, Infrastruktur und Daseinsvorsorge. Dank der enormen, vor allem industriellen
9 Produktivkräfte des Kapitalismus konnte diese Nachfrage gestillt und Wohlstand erzeugt
10 werden.
11
12 Die andere Seite der Medaille ist, dass es dem Kapitalismus immanent ist, Mensch und Natur
13 auszubeuten und zu zerstören. Sei es durch den Abbau von fossilen und atomaren Energien
14 oder durch die Ausbeutung von ArbeitnehmerInnen.
15
16 In Teilen Europas ist es zwar gelungen, die Verwerfungen des Kapitalismus in manchen Teilen
17 abzuschwächen – zum Beispiel durch Sozial- und Interventionsstaatlichkeit sowie
18 gewerkschaftliche Gestaltungskraft. Doch selbst hier hat das bisherige Wachstum, auf die
19 Spitze getrieben von seinen neoliberalen Auswüchsen (Verengung auf shareholder value), viele
20 negative Begleiterscheinungen mit sich gebracht. Große finanzielle Gewinne für wenige sind
21 derzeit von ihrer sozialen und gesellschaftlichen Verantwortung ausgenommen. Sie bedrohen
22 das Miteinander in unserer Gesellschaft.
23
24 I. Steigender Reichtum für Wenige und wachsende Armut für Viele.
25
26 Die Kehrseite unseres gesellschaftlichen Reichtums ist Armut und Ungleichheit: dies gilt sowohl
27 im globalen Sinne, bezogen auf die Verknüpfung des Reichtums im Norden und der Armut im
28 Süden, in dem noch fast eine Milliarde Menschen nicht genug zu Essen haben; wie auch
29 innerhalb der westlichen Gesellschaften selbst, in denen sich die Vermögensverteilung in den
30 letzten fast 40 Jahren immer ungleicher gestaltet hat, so dass in der Bundesrepublik die
31 reichsten 10 Prozent inzwischen weit mehr als 60 Prozent des Gesamtvermögens besitzen. Im
32 Juli 2015 gab die Bundesbank zudem bekannt, dass das private Vermögen in Deutschland noch
33 nie so hoch war wie zu diesem Zeitpunkt.
34
35 II. Wir leben in einer Wegwerf- und Verschwendungsgesellschaft.
36
37 Ressourcenverschwendung ist eine weitere große Schattenseite unserer
38 Produktionsverhältnisse. Ob bei Produkten der Energieversorgung, Inlandsflügen, bei

39 Haushaltsprodukten oder den Gütern im Supermarkt; ob Treibhausgasausstoß, nicht
40 wiederverwertbare Rest- oder Giftstoffe und nicht vollständig recycelbare Plastikverpackungen:
41 Die gesellschaftlichen Konsum- und Investitionsprozesse gehen derzeit fast automatisch damit
42 einher, dass externalisierte Umweltschäden entstehen und meist reglos akzeptiert werden.

43

44 Nach Johan R ockstr om (Direktor des Stockholm Resilience Centers) lassen sich neun
45 Dimensionen des Erdsystems ausmachen, die für die Befriedung vitaler Grundbedürfnisse der
46 Menschheit von zentraler Bedeutung sind. Sie alle haben in den letzten Jahrhunderten kritische
47 Veränderungen durch den Menschen erfahren. Dazu gehören der menschengemachte
48 Klimawandel durch eine Treibhausgasverdichtung in der Atmosphäre; die Versauerung der
49 Meere; der Zerstörung der Ozonschicht; Veränderung des Stickstoff- und Phosphorzyklus;
50 chemische Verschmutzung und der globale Frischwasserverbrauch. In dreien dieser Bereiche –
51 Biodiversität, Klimawandel und beim Stickstoffzyklus – kommt R ockstr om zum Schluss, dass
52 eine existenzielle Schädigung der natürlichen Lebensgrundlage vorliegt.

53

54 III. Das Gegenteil von gut ist gut gemeint.

55

56 Die bisherigen Reaktionen auf die Gefahren des Klimawandels und der Umweltverschwendung
57 haben teilweise neue negative Folgen mit sich gebracht. Zum einen hat der Fokus auf
58 Effizienzsteigerung und der energetischen Sanierung von Gebäuden und die stärkere Nutzung
59 von Heiz- und Klimaanlage häufig dazu geführt, dass die Nutzung allgemein noch weiter
60 gestiegen ist (z.B. durch ein höheres Verkehrsaufkommen von Kraftfahrzeugen) bzw. durch z.B.
61 größer werdende Autos der positive Effekt zunichte gemacht wird. Diese Gegenentwicklung –
62 bekannt unter dem Begriff „Rebound-Effekt“ – hat einen positiven Umwelt- oder Klimaeffekt
63 häufig stark reduziert oder gar ins Gegenteil gekehrt.

64

65 Zum anderen haben sich klima- und umweltschädliche Prozesse vom globalen Norden in den
66 globalen Süden verlagert. CO²-intensive Produkte werden verstärkt in Asien hergestellt. In
67 Südamerika werden Regenw alden gerodet, damit wir Palmöl und andere ‚nicht-nachwachsende‘
68 Produkte ersetzen können. Diese Entwicklung hat in den Teilen der Welt, die vom globalen
69 Wachstum weniger profitiert haben, zu zusätzlichen Verwerfungen geführt.

70

71 IV. Wirtschaftliches Wachstum hat keinen Sinn ohne sozialen Fortschritt.

72

73 Der Begriff „Wachstum“ in Bezug auf Volkswirtschaften wird in der politischen Diskussion meist
74 als Abkürzung für die Steigerung des Bruttoinlandsprodukts benutzt. Das Bruttoinlandsprodukt
75 (BIP) ist die Summe aller produzierten Güter und Dienstleistungen in einem bestimmten Land in
76 einem begrenzten Zeitraum. Bei einem hohen Bruttoinlandsprodukt ist also ein Land insgesamt
77 tendenziell reicher, weil mehr Güter und Dienstleistungen konsumiert werden können. Das BIP
78 ist außerdem eng Verknüpft mit der Beschäftigung in einem Land: Wenn viel produziert und
79 viele Dienstleistungen erbracht werden, ist natürlich tendenziell die Beschäftigung hoch und
80 umgekehrt. Eine hohe BIP Wachstumsrate geht dementsprechend meist mit einer Senkung der
81 Arbeitslosigkeit einher, während eine niedrige BIP Wachstumsrate oft mit steigender
82 Arbeitslosigkeit verbunden ist. Die Änderungsrate des BIPs hat aus diesem Grund eine zentrale
83 Rolle in der politischen Diskussion. Viele Menschen neigen auch dazu die BIP Wachstumsrate
84 mit einem Erfolgsindikator für die Politik gleichzusetzen.

85

86 Wachstumsindikatoren wie das BIP erfassen jedoch ‚blind‘ den materiellen Wohlstand in einer
87 staatlich eingegrenzten Gesellschaft. Hiermit haben wir grundlegende Probleme:

88

89 Erstens erfasst das BIP nicht das materielle Lebensniveau der Breite der Menschen in einer
90 Gesellschaft. Beispielweise ist das BIP pro Kopf in Deutschland von 1999 bis 2005 um 5,4
91 Prozent gestiegen, was einem halben Monatslohn und drei Tagen mehr Urlaub gleichkäme.
92 Doch in der gleichen Zeitperiode hat es keine Steigerung des Jahreseinkommens eines
93 Durchschnittshaushalts gegeben (von 1993 bis 2005 ist dieses mittlere Einkommen sogar um
94 0,5 Prozent gesunken).

95

96 Zweitens berücksichtigt das BIP auch gesellschafts- und umweltschädliches Wachstum als
97 positive Entwicklungen. Gesellschaftlich negative Folgekosten und -schäden werden
98 ausgeblendet: In dem Fall das der Neu- oder Ausbau eines Chemiewerks mit enormen Umwelt-
99 und Wasserverschmutzungen einhergeht, wird dies trotzdem positiv als Wirtschaftswachstum

100 verbucht.
101
102 Drittens berücksichtigt das BIP nur die finanziell bezifferten Güter. Dieser Index hat keine
103 qualitative und subjektive Komponente. Wenn bessere Produkte, Selbstreparatur und -
104 produktion das Konsumverhalten der Menschen senken, hat dies negative Auswirkungen auf
105 das BIP – trotz Steigerung der Lebensqualität der Menschen!
106
107 Das Ziel unserer Bemühungen ist, die gesellschaftliche Lebensqualität zu verbessern ohne
108 dabei Schäden an Mensch und Natur zu verursachen. Ein gutes Leben für alle kann es
109 zukünftig nur mit sozialem und ökologischem Wachstum geben.
110
111 Unser Ziel ist es das Verständnis von gesellschaftlichem Wohlstand und Fortschritt nicht auf das
112 BIP zu verengen, sondern weiterzuentwickeln. Im ersten Schritt plädieren wir für einen
113 progressiven Nachhaltigkeitsbegriff als Gradmesser für Fortschritt (1.) und ein breiteres
114 Verständnis von gesellschaftlicher Transformation und gesellschaftlichem Wohlstand (2.).
115
116
117
118 **1. Für uns ist Nachhaltigkeit sozialer Fortschritt plus Umweltverträglichkeit**
119
120 Wir definieren Nachhaltigkeit als das Festhalten an fortschrittlicher gesellschaftlicher
121 Veränderung – inklusive der Steigerung der sozialen Teilhabe – bei gleichzeitiger Rückführung
122 des Ressourcenverbrauchs (bis zum Ziel der vollständigen Einspeisung in Wertstoffkreisläufe)
123 und einer langfristig ausgelegten Wirtschaft, welche die erstgenannten Faktoren vereint. In
124 anderen Worten: Für uns sind gesellschaftliche Produktionsprozesse, die zu mehr
125 gesellschaftlichem Reichtum und neuen technischen Möglichkeiten führen, nur dann nachhaltig,
126 wenn sie ihre möglichen sozialen und ökologischen Folgeprobleme („Kosten“) internalisieren
127 und lösen können. Wenn gesellschaftliche Produktionsverhältnisse nicht in diesem Sinne
128 nachhaltig sind, müssen sie für uns überwunden oder reformiert werden.
129
130 Wie die Analyse aus sozialer Sicht zeigt, hat das bisherige kapitalistische Wachstum – mit
131 derzeit neoliberalen Antlitz – für ein Auseinanderklaffen des gesellschaftlichen Wohlstands und
132 große Armut gesorgt. Wir sagen hier: Schritte in Richtung Nachhaltigkeit kann es im
133 Kapitalismus nur geben, wenn den ureigenen Eigenschaften dieses Systems entgegengewirkt
134 wird, also wenn der Kapitalakkumulation bei den Besitzenden entgegengesteuert wird.
135
136 Gleiches gilt aus ökologischer Sicht: Die Steigerung von Produktionsergebnissen erfolgt in einer
137 rein kapitalistischen Ordnung auf Kosten der Natur, deren Rohstoffe verschwendet werden. Im
138 Gegensatz dazu streben wir eine nachhaltige Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung an, in der
139 keine negativen Folgeprobleme für Mensch und Umwelt auftreten. Das heißt im Endeffekt, dass
140 keine Waren und Güter produziert werden dürfen, deren Folge- oder Weiterverwendung nicht
141 geklärt ist. Mittelfristig folgt hieraus, dass CO²- und andere Treibhausgase – genauso wie
142 Plastikverpackungen – im Produktionsprozess nur noch entstehen sollen, wenn sie
143 weiterverwendet werden und nicht fahrlässig dem globalen Ökosystem überlassen werden.
144 Dabei ist im Falle von Produkten und Stoffen am Ende der Wiederverwertungskette auch eine
145 energetische Nutzung in Betracht zu ziehen.
146
147 Unsere Nachhaltigkeit kann es nur mit demokratiekonformen Märkten und starker öffentlicher
148 Daseinsvorsorge geben. Märkte müssen in ihren Ergebnissen gesellschaftlichen und
149 ökologischen Zielen dienen. Allgemein heißt das: Die gesellschaftliche und ökologische
150 Fortentwicklung darf von Märkten nicht gefährdet werden.
151
152 **2. Wir setzen auf nachhaltiges Wachstum: als Synthese von sozialem und ökologischem**
153 **Wachstum**
154
155 Wie in der Bundesrepublik Deutschland in den letzten 20 Jahren schon geschehen, lässt sich
156 wirtschaftliches Wachstum vom Ressourcenverbrauch abkoppeln. An diese Entwicklung gilt es
157 aus ökologischer Sicht anzuschließen. Gleichzeitig hat die soziale Ungleichheit in unserer
158 Gesellschaft stark zugenommen. Diese Entwicklung ist nicht akzeptabel.
159
160 Für uns stehen soziale und ökologische Missstände in einem starken Zusammenhang. Denn in

161 der Bekämpfung von Beidem – der wachsenden sozialen Ungleichheit und der ökologischen
162 Selbstgefährdung der Gesellschaft – sehen wir die zentralen politischen Herausforderungen
163 unserer Zeit. Fortschritt – als eine Verbesserung dieser Missstände – kann es für uns nur
164 geben, wenn Wachstum immer gleichzeitig sozialen und ökologischen Zielen dient.

165

166 *I. Soziales Wachstum*

167

168 Die Globalisierung hat die Märkte für Kapital, Güter und Dienstleistungen spätestens seit 1990
169 begünstigt. Allerdings führten diese größeren Möglichkeiten auch zu einer wachsenden
170 Ungleichheit: Das Einkommen wurde immer ungleicher verteilt; Verteilungsmächte stehen im
171 globalen Wettbewerb von Steuermächten und Produktionsstandorten, Arbeitskräfte können
172 günstiger beschafft werden. Des Weiteren ist deutlich geworden, dass deregulierte
173 Finanzmärkte sehr krisenanfällig sind.

174

175 Aus sozialer Sicht ist eine Verbesserung des ArbeitnehmerInnenschutzes unumgänglich. Auch
176 wenn die Arbeitslosigkeit in der BRD im europäischen Vergleich gering ist, sank die Zahl der
177 geleisteten Arbeitsstunden durch den Abbau von Arbeitszeitkonten sowie durch Kurzarbeit.
178 Auch bei uns sind es wenige Menschen, die vom bestehenden Wachstumsmodellen profitieren.
179 Deswegen benötigen wir eine Alternative zum aktuellen marktgesteuerten Wachstum.

180

181 Unser gesellschaftlicher Bedarf definiert sich nicht durch Kapitalerträge, sondern durch soziale
182 Belange. Das Recht auf Gute Arbeit und die Teilhabe an dem gesellschaftlichen Wohlstand sind
183 unsere Kernforderungen für soziales Wachstum. Unsere Forderungen umfassen daher unter
184 anderem:

185

186 • eine verringerte Wochenarbeitszeit,

187

188 • mehr gesetzlichen und tariflichen Urlaub,

189

190 • einen geschützten Lebensabend für Alle,

191

192 • Steigerung öffentlicher Daseinsvorsorge zur gesellschaftlichen Umverteilung

193

194 • eine komplette Neuorganisation von Arbeit und ein anderes Verständnis von dem, was wir
195 unter Arbeit verstehen

196

197 • einen Anstieg der Bezahlung für Arbeitnehmer*innen.

198

199 Gute Arbeit

200

201 Fairer Lohn und die Vereinbarkeit zwischen Familie und Beruf sind für uns unabdingbar. Eine
202 weitere Kernforderung ist die Förderung des Mitbestimmungsrechts in Betrieben.

203 Vollbeschäftigung geht mit dieser Forderung einher.

204

205 Soziale Produktivität

206

207 Die Steigerung der Produktion darf nicht auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen
208 werden (durch Lohnkürzungen, Arbeitszeitverlängerung etc.). Soziale Produktion ist die
209 Alternative. Sie erhöht den gesellschaftlichen Wohlstand und richtet sich an dem realen Bedarf
210 der Gesellschaft. Die Qualifizierung, Mitbestimmung und Teilhabe von MitarbeiterInnen bieten
211 hier Lösungswege. Die Rationalisierung von Material- und Energiekosten (durch
212 Wiederverwertungssysteme, geringen Energieverbrauch etc.) bieten weitere Ansatzpunkte.

213

214 *Investitionen durch die öffentliche Hand*

215

216 Soziale Investitionen schaffen Arbeitsplätze, steigern das Wachstum und die Produktivität – ein
217 positiver Kreislauf entsteht. Unter Sozialen Investitionen verstehen wir nicht nur die Schaffung
218 oder Instandhaltung von Infrastruktur, sondern auch die Investition in Bildung, Forschung und
219 Gesundheit. Soziale Investitionen sind der Kern des Sozialen Wachstums, sie ermöglichen
220 langfristig die Teilhabe am gesellschaftlichen Wohlstand.

221

222 *Öffentliche Investitionen und strukturelle Defizite*

223

224 Wenn der Staat für Bildung, Infrastruktur, Forschung, medizinische Versorgung und
225 gesellschaftliche Daseinsvorsorge mehr Geld in die Hand nimmt, als er aktuell einnimmt, dann
226 zahlt sich diese Investition zukünftig aus. Eine hochwertige, nutzenorientierte Steuerung
227 öffentlicher Ausgabenpolitik ist hierfür natürlich eine zentrale Voraussetzung. Wenn diese
228 Bedingung erfüllt ist, wird durch Zukunftsinvestitionen ein Mehrwert geschaffen, der die
229 Lebensbedingungen verbessert und sich auch finanziell auszahlt – weil nach Abzug der Kredite
230 mehr öffentlicher Bilanzwert vorhanden ist. Eine solche zukunftsorientierte Ausgabenpolitik wird
231 durch Schuldenbremsen, die Ideologie der „schwarzen Null“ und Niedrigsteuern für
232 TopverdienerInnen sowie ErblInnen behindert.

233

234 Was wir nicht wollen, ist, dass der Staat sein Geld ‚blind‘ zum Fenster herauswirft. Falsche
235 Subventionen (z.B. in Form von Steuervergünstigungen) für sozial- und umweltschädliche
236 Prozesse (wie Dienstwagen etc.) lehnen wir ab. Auch wollen wir keinen Staat, der durch seine
237 Pflichtaufgaben schon so überlastet ist, dass er dafür Schulden aufnehmen muss. Solche
238 strukturellen Defizite öffentlicher Haushalte finden ihren Ursprung vor allem darin, dass
239 gesellschaftliche Lasten nicht gerecht verteilt sind; also aktuell dadurch, dass Vermögende und
240 TopverdienerInnen einen unzureichenden Beitrag zum Gemeinwohl leisten.

241

242 *II. Ökologisches Wachstum*

243

244 Ökologisches Wachstum muss alle Industrie- und Wirtschaftszweige erfassen. Betriebe werde
245 sich immer häufiger ihrer Verantwortung bewusst und versuchen, umweltschonend und
246 sozialverantwortungsvoll zu produzieren. Sei es durch Labeling, wie „cradle to cradle“ oder
247 FairTrade, oder durch eigene Corporate Social Responsibility-Programme (CSR), die ernst
248 gemeint sind und mehr darstellen als Greenwashing sind.

249

250 *Energiewende vorantreiben*

251

252 Ein wichtiger Bestandteil eines nachhaltigen Wachstums ist die Förderung der Energiewende.
253 Viele Technologien stecken noch in ihren Kinderschuhen und bedürfen einer weiteren Investition
254 und Forschung. Viele kleine Genossenschaften und Gruppierungen profitierten von der
255 Ausgestaltung des Erneuerbare-Energien-Gesetz. Bei der aktuellen Fassung existiert aber
256 Nachholbedarf. Die Energiewende ist ein gesamtgesellschaftliches Projekt.

257

258 *Geplante Obsoleszenz stoppen*

259

260 Durch ein gesetzliches Verbot und effektive Rücknahmepflicht für HändlerInnen und
261 HerstellerInnen muss geplante Obsoleszenz gestoppt werden. Der Hintergrund ist folgender:
262 Um einen höheren Absatz von Produkten und eine künstliche Nachfrage zu generieren, wird
263 bisher innerhalb der Herstellung und der Vermarktung auf eine geplante Obsoleszenz gesetzt.
264 Das heißt, dass Produkte absichtlich mit einer geringeren Lebensdauer produziert werden.
265 KundInnen sollen so immer neuere Modelle des Produktes kaufen, da ihre alten Geräte den
266 Geist aufgegeben haben. Eine Folge davon ist, dass vor allem Elektronikartikel, wie Handys,
267 Smartphones, Computer oder Drucker technisch schnell verschleißten, wodurch unnötiger
268 Elektroschrott produziert wird, welcher zur Zeit unzureichend wiederverwertet wird.

269

270 *Effektivität und Effizienz: Wandel geht nicht ohne schöpferische Zerstörung*

271

272 Effizienz alleine reicht nicht: Es ist notwendig, aber zu wenig, schädliche Vorgänge zu
273 optimieren – indem man z.B. den Wirkungsgrad eines Verbrennungsmotors steigert. Viel mehr
274 brauchen wir eine schöpferische Zerstörung und Effektivität: Also die Schaffung von neuen
275 Strukturen, die keine Schadstoffe mehr entstehen lassen – indem Energien vollständig
276 erneuerbar produziert werden und alle Produktionsprozesse vollständig in lückenlose
277 Wertstoffkreisläufe eingebunden sind.

278

279 *Mindestanforderungen für ökologisches Wachstum*

280

281 Das ökologisches Wachstum muss vereinbar sein mit den Leitplanken des wissenschaftlichen
282 Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU). Der WBGU macht es zur

283 Bedingung, die Erderwärmung auf 2°C begrenzen, der Versauerung der Meere
284 entgegenzuwirken (pH-Wert Δ 0,2 Einheiten) – u.a. durch die Abkehr von fossilen und atomaren
285 Energiequellen bis zum Jahr 2070. Auch muss der Verlust der Biodiversität und Land- und
286 Bodendegradation gestoppt werden. Gestoppt werden muss die Nutzung von Quecksilber, die
287 Freisetzung von Plastikabfällen sowie die Verwendung von nicht rückgewinnbarem Phosphor.
288 An diesen Mindestanforderungen müssen sich alle gesellschaftlichen Prozesse messen lassen.

289

290 *III. Nachhaltiges Wachstum*

291

292 Für uns kann ein nachhaltiges Wachstum nur als Synthese aus ökologischen und sozialen
293 Wachstum existieren. Eine in die Zukunft gerichtete Gesellschaft und Ökonomie kann nur unter
294 diesen beschriebenen Bedingungen existieren und wachsen. Auf diese Art und Weise ist es
295 möglich Wohlstand zu erzeugen und zu erhalten.

296

297 **3. Nachhaltige Dualökonomie: Gemeinwohlorientierte Tauschwirtschaft stärken –**
298 **Wachstum ist kein Selbstzweck**

299

300 Die ökologische Transformation unserer Industrie, aller kommerziellen Dienstleistungen und der
301 Landwirtschaft erfordern nachhaltiges Wachstum: Nur indem die Freisetzung von
302 Treibhausgasen und die Entstehung von nicht-wiederverwertbaren Giftstoffen durch neue
303 Technologien und (z.B. Rücknahme-)Verfahren überwunden wird, kann eine saubere und
304 leistungsfähige Wirtschaft entstehen. Aus der sozialen Dimension unseres Wachstumsbegriffes
305 geht hervor, dass wir Maßnahmen zur gesellschaftlichen Umverteilung brauchen (auch durch
306 stärkere öffentliche Daseinsvorsorge). Die notwendigen sozialen Veränderungen müssen also
307 ebenfalls mit nachhaltigem Wachstum einhergehen.

308

309 Neben dieser „formalen“ gesellschaftlichen Dimension gibt es eine „informale“ gesellschaftliche
310 Ebene, auf der Fortschritt ohne Wachstum entsteht: Hiermit sind alle gesellschaftlichen
311 Prozesse gemeint, die in Richtung einer gemeinwohlorientierten Tauschwirtschaft (auch share
312 economy) gehen. Landwirtschaftliche Direktvermarktung statt Supermarktkäufe; Teilhabe an
313 einer landwirtschaftlichen
314 (Öko-)Agrargenossenschaft statt kommerzieller Mitgliedschaftskarte; angeleitete
315 Selbstreparatur im „Repair Café“ des örtlichen Nachbarschaftstreffs statt Neukauf;
316 gemeinschaftliche Nutzung von Stadtteilautos statt Individualmobilität; Selbstversorgung durch
317 Urban Gardening.

318

319 Diese Prozesse, die scharf zu unterscheiden sind von kommerziellen Angeboten der share
320 economy (Uber, Airbnb), schaffen gesellschaftlichen Fortschritt ohne einen finanziellen
321 Mehrwert. Deshalb sind sie zu fördern, ggf. durch steuerliche Besserstellungen
322 (Gemeinnützigkeit), Verbesserungen im Vereins- oder Stiftungsrecht und durch die
323 Sensibilisierung der kommunalen Parlamente und Verwaltungen.

324

325

326

327

328

329

330

331

332

333

334

335

336

337

338

339

340

341

342

343

Titel Ökologische Transformation unserer
Wirtschaft und Industrie

Antragsteller Nordrhein-Westfalen

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Ökologische Transformation unserer Wirtschaft und Industrie

- 1 Wir setzen darauf, die industrielle Produktion weiter zu fördern, um soziale Errungenschaften
2 auszubauen und ökologische Ziele zu erreichen.
3
4
5 Die gewerkschaftliche und sozialdemokratische Gestaltung der industriellen Produktion hat
6 unserer Gesellschaft Wohlstand und sozialen Fortschritt gebracht. Hierzu gehören: ein hoher
7 Grad an sozialer Absicherung; weitreichende Mitbestimmung der ArbeitnehmerInnen; die
8 Durchsetzung eines hohen, der Produktivität angepassten Lohnniveaus in der industriellen
9 Produktion; die Arbeitszeitverkürzung in verschiedenen Industriezweigen; und gesellschaftliche
10 Gestaltungsräume durch die Schaffung wirtschaftlichen Mehrwerts. *Diese Vorzüge der*
11 *Industrialisierung wollen wir in die Zukunft retten, wiederbeleben und weiterentwickeln.*
12
13
14 Andererseits steht industrielle Produktion bisher in einem ambivalenten Verhältnis zu
15 Umweltschutz und gesellschaftlicher Nachhaltigkeit. Zum einen setzen industrielle
16 Produktionsprozesse und ihre Produkte (z.B. Autos oder Gasturbinenkraftwerke) gemeinsam
17 einen Gutteil der Treibhausgasemissionen frei. Zum anderen werden auch die Produkte
18 ökologischer Erneuerung (wie Solaranlagen, Elektroautos oder Isolierungsmaterial) in teils
19 ressourcenintensiven und viel CO₂-emittierenden industriellen Fertigungsprozessen hergestellt.
20 *Wir plädieren deshalb für eine ökologische Transformation der Industrie, in der Schritt für Schritt*
21 *Wertstoffkreisläufe vervollständigt werden.* In einem noch theoretischen, vollständigen
22 Wertstoffkreislauf fallen keine Abfallprodukte mehr an, weil alle Produktionsergebnisse – auch
23 im Falle von Treibhausgas – weiterverwendet bzw. -verarbeitet werden (wobei hierbei die bloße
24 Speicherung von CO₂ durch die carbon capture and storage-Methode [CCS] ausgeschlossen
25 ist). Dabei sind Lock-ineffekte unbedingt zu vermeiden.
26
27
28 Die umrissene Problemlösung findet demokratisch-sozialistische Antworten in den vielfältigen
29 Ansätzen der ökologischen Industriepolitik:
30
31
32
33 *Staatliche Ordnungspolitik:* Ökologische Industriepolitik braucht demokratiekonforme Märkte.
34 Um den politischen Willen des nachhaltigen industriellen Wachstums umzusetzen, muss der
35 Staat den Märkten und Unternehmen sozial-ökologische Rahmenbedingungen setzen. Dies
36 betrifft erstens "positive" und zweitens "negative" Regulierung. *Erstens* müssen neue steuerliche
37 Förderungen und staatliche Anschubfinanzierungen in jenen Bereichen geprüft werden, in
38 denen Umwelt- und Menschen-gerechte Rohstoffe oder Produkte verwendet werden,

39 geschlossenen Wertstoffkreisläufe geschaffen werden, Energie eingespart und regenerative
40 Energie eingesetzt wird etc. Hierzu gehört auch staatliche Förderung von neuen, nachhaltigen
41 Produktionsnetzwerken. *Zweitens* muss in der Breite intensiv geprüft werden, wie Schritt für
42 Schritt neue Ökosteuern und vorher angekündigte Verbote auf klima- und umweltschädliche
43 Materialien, nicht-wiederverwendbare Produkte und hohen Energieausstoß eingeführt werden
44 können. Hierin fällt auch eine technische Prüfung, ob sich ein funktionierender europäischer
45 Emissionshandel neu schaffen lässt – oder ob es alternativer Instrumente bedarf. Konkret muss
46 eine europäische Lösung dafür gefunden werden, dass *alle* hergestellten Produkte von ihren
47 ProduzentInnen und HändlerInnen in Recycling-Systeme wiedereingespeist werden: Durch eine
48 klare Wiederverwertungsverantwortung können echte Wertstoffkreisläufe etabliert werden.

49

50

51 *Öffentliche Marktmacht:* Die öffentliche Hand und Unternehmen öffentlicher Beteiligung
52 investieren jährlich größere dreistellige Milliardenbeträge für die Beschaffung von Produkten
53 aller Art. Circa 230 Milliarden Euro investiert derzeit allein die öffentliche Hand;
54 Unternehmensbeteiligungen ausgenommen. Diese Investitionen werden auf allen föderalen
55 Ebenen sowie in sehr verschiedenen öffentlich-kontrollierten Unternehmen getätigt (von
56 Telekom, Post und Bahn bis zu Stadtwerken und anderen Versorgungsunternehmen). Klar ist
57 deshalb, dass sich nachhaltige Investitionen nicht per bundesweitem Dekret beschließen
58 lassen. Stattdessen muss die öffentliche Expertise für nachhaltige Investmentkriterien gestärkt
59 werden, bestehende Institutionen (wie die EnergieAgentur NRW) gilt es aus- und umzubauen,
60 bundesweit in Gremien vernetzen etc. Das Ziel muss *erstens* sein, dass die
61 EntscheidungsträgerInnen in allen öffentlich-kontrollierten Institutionen zielgenaue
62 Fachberatung bekommen, wie sie ihre Investitionen Schritt für Schritt nachhaltig gestalten (so
63 dass damit Wertstoffkreisläufe ohne schädlichen Abfallstoffe entstehen). *Zweitens* müssen wir
64 entschieden am politischen Willen festhalten, dass – trotz teils großer Haushaltsnöte – jede
65 Investition an nachhaltigen Kriterien ausgerichtet wird. Durch diese Nutzung der öffentliche
66 Marktmacht wird ein Sog für die produzierende (und selbst Produkte beschaffende) Industrie
67 sowie andere Wirtschaftsbereiche entstehen: Hierdurch wird der Druck verstärkt, um zu
68 erkennen, dass nur die Orientierung an ökologischen und sozialen Kriterien eine langfristige
69 Wachstumsperspektive bietet.

70

71

72 *Rekommunalisierung:* Aus verschiedenen Gründen haben Kommunen in den letzten Jahren
73 begonnen, vormals öffentliche Unternehmen wieder zurückzukaufen – oder zwischenzeitlich
74 privat erbrachte Aufgaben jetzt durch öffentliche Träger zu erbringen. Diese Entwicklung ist sehr
75 positiv und muss forciert werden. Denn öffentliche Betriebe können so zu sozial-ökologischen
76 Vorreiterinnen werden, die zeigen, dass sich nachhaltige Bilanzgewinne mit qualitativ
77 hochwertiger öffentlicher Daseinsvorsorge und nachhaltigem Wirtschaften verbinden lassen.

78

79

80 *Forschungs- und Entwicklungsförderung:* Die meisten (technischen, gesellschaftlichen etc.)
81 Innovationen sind nicht auf dem freien Markt entstanden, sondern in öffentlichen oder privaten
82 Institutionen, die von den Rahmenvorgaben einer öffentlichen Forschungspolitik profitiert haben.
83 An diese Erfahrung gilt es anzuknüpfen, um den Innovationsbedarf für die ökologische
84 Transformation unserer Industrie zu decken. Genauso braucht es aber eine Akzeptanz für neue
85 Produktionsverfahren in der Bevölkerung. Klar ist dabei: Forschungsvorhaben einzustellen kann
86 auch bedeuten, die theoretische Chance auf neue Verfahren aufzugeben, die vielleicht in einem
87 zweiten Schritt Probleme lösen können. Denkbare Mechanismen der Forschungspolitik sind:
88 Toprunner-Programme, Förderprogramme, Steuerrabatte etc. Es geht um die folgenden
89 Kernbereiche:

90

91

92 *I. Effizienz:* Die meisten Produktionsstätten und Bestandskraftwerke haben einen geringen
93 Wirkungsgrad. Deshalb gilt es weiterhin, Treibhausgas- und Ressourcen-schonende
94 Produktionsverfahren sozialverträglich zu fördern – und nicht nachhaltige Technologie von den
95 Märkten zu drängen.

96

97 *II. Verbesserte und neue Speichertechnologien:* Eine Schlüsselaufgabe zur Bewältigung der
98 Energiewende besteht in der Entwicklung neuer und der Weiterentwicklung bestehender
99 Speichertechnologien oder hierfür hilfreichen Technologien (wie Brennstoffzellen). Hier gibt es

100 viele technologische Ansätze, aber es fehlt bisher an Marktreife, oder großflächiger
101 Markteinführung, die mit umfangreichen Förderprogrammen hergestellt werden sollte.

102

103 *III. Lifescience & Nanotechnologien:* Dieser Bereich der Biowirtschaft bietet große Potenziale,
104 aber auch bisher unbekannte Risiken. Weiße Gentechnik kann umweltschonende Produktion –
105 auf Bakterienbasis – ermöglichen. Nanotechnologien bringen neue, förderliche
106 Produkteigenschaften hervor. Gerade hierbei können jedoch neue Giftstoffe auftauchen, die
107 über verschiedenste Wege in die Umwelt gelangen können. Deshalb bedarf es effektiver Test-
108 und Zulassungsverfahren. Zukunftsfähig können die Nanotechnologien dann werden, wenn es
109 zu Produkten führt, deren Nutzung ebenfalls nach ökologischen Kriterien und in geschlossenen
110 Kreisläufen erfolgt.

111

112 *IV. Bioplastiken:* Ziel muss sein, Plastikproduktion auf nachhaltige Rohstoffe umzustellen: Nicht
113 Jute statt Plastik, sondern Plastik aus Jute. Mit der Entwicklung von Bioplastiken darf aber die
114 Wegwerfkultur nicht noch weiter gefördert werden. Für wertige, langlebige
115 Anwendungsbereiche, bei denen der Einsatz von Kunststoffen sinnvoll ist, können Bioplastiken
116 eine gute Alternative sein. Der Einsatz von Bioplastik darf ebenfalls nicht zu gezieltem Anbau
117 von Bio-Rohstoffen anstatt Lebensmittel führen.

118

119 *V. Chemische Industrie:* Die Erzeugung chemischer Grundstoffe aus fossilen Rohstoffen ist mit
120 hohem Energieaufwand verbunden und beinhaltet erhebliche, nicht kalkulierbare Risiken,
121 sodass nicht nur unter dem Aspekt der Rohstoffknappheit Bedingungen geschaffen werden
122 müssen, die den Ausstieg aus der „fossilen“ Chemie ermöglichen. Eine Umstellung auf
123 Verfahren der Biochemie ist zu fördern.

124

125 *VI. Produktionsverfahren:* Auch traditionelle Branchen, wie etwa der Maschinenbau, sollen für
126 energieeffiziente Produktionsverfahren und Produkte sorgen. Gleichzeitig muss dabei die
127 Rohstoffproduktivität gesteigert werden und Transportwege reduziert oder auf ökologische
128 vorteilhafte Transportwege verlagert werden.

129

130 *Leitmärkte und Modellprojekte/nachhaltige Regionen:* Ob im Bereich der Brennstoffzellen,
131 Lifescience, Bioplastiken oder Querschnittsbereichen wie der Kreislaufwirtschaft – ein effektiver
132 Mechanismus der öffentlichen Förderung von Entwicklung und nachhaltiger Produktion ist die
133 Einrichtung von Leitmärkten. Wir brauchen innovationsfördernde Angebotspolitik von links: Mit
134 öffentlichen Zuschüssen sollten in einer Region kleine und mittelständische Unternehmen,
135 Großunternehmen sowie Gewerkschaften mit Forschungsinstitutionen und Hochschulen
136 zusammengeführt werden, um Entwicklungen in einem Bereich voranzutreiben.

137

138

139

140

141

142

143

144

145

146

147

148

149

150

151

152

153

154

155

156

157

158

159

160

Titel Schluss mit der Ignoranz: SPD gegen
Wirtschaftspartnerabkommen (EPAs)

Antragsteller Hessen-Nord

Zur Weiterleitung an SPD-Bundesparteitag, S&D-Fraktion im Europäischen
Parlament

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Schluss mit der Ignoranz: SPD gegen Wirtschaftspartnerabkommen (EPAs)

- 1 Der Bundeskongress möge beschließen:
- 2
- 3 Die Thematik von Freihandelsabkommen der EU mit Partner*innen „auf Augenhöhe“ – TTIP,
- 4 CETA, TISA – wird in der Gesellschaft wie auch in der SPD umfassend ausgeleuchtet und
- 5 kontrovers diskutiert. Die Ängste, dass europäische bzw. deutsche Standards aufgeweicht
- 6 werden, sind weit verbreitet und viele Kritikpunkte stoßen auf energischen Widerstand. Ohne all
- 7 das an dieser Stelle bewerten zu wollen, ist es erschreckend, dass der gleichzeitige massive
- 8 Export europäischer Standards zulasten von Entwicklungsländern durch die so genannten
- 9 Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (*Economic Partnership Agreements*, kurz EPAs) weithin
- 10 unkommentiert bleibt. Will die SPD eine sozialdemokratische Außen(handels)- und
- 11 Entwicklungspolitik für sich beanspruchen, muss sie dieser Ignoranz ein unverzügliches Ende
- 12 setzen und sich klar positionieren:
- 13
- 14 Die unter großem Druck seitens der EU zustande gekommenen EPAs oder Interims-EPAs
- 15 müssen mit sofortiger Wirkung ausgesetzt und unter völlig neuen Strukturen auf tatsächlicher
- 16 Augenhöhe neuverhandelt werden!
- 17
- 18 Neben weiteren sind hierzu folgende Schritte unbedingt notwendig:
- 19
- 20 • Das Verhandlungsmandat innerhalb der EU-Kommission muss von der für Handel
- 21 zuständigen Generaldirektion TRADE auf die für Entwicklungsfragen verantwortliche
- 22 Generaldirektion DEVCO übergehen. Zudem ist das Europäische Parlament viel stärker
- 23 als bisher in den Verhandlungsprozess einzubeziehen.
- 24 • Die bisherige Verteilung der Zuständigkeiten spiegelt ein blindes Vertrauen in die
- 25 ausschließlich positive Wirkung von Freihandel auf Entwicklung wider. Kein empirischer
- 26 Befund hält dieser einseitigen Wahrnehmung stand und es ist Aufgabe der
- 27 Sozialdemokratie, in der EU ideologisch gegenzusteuern.
- 28 • Die völlig unsinnige und von der EU erdachte regionale Zersplitterung des
- 29 Verhandlungspartners – der AKP-Gruppe (afrikanische, karibische und pazifische
- 30 Staaten) – muss aufgehoben werden. Nicht nur wurde dadurch die andere Partei massiv
- 31 geschwächt, sondern auch bestehende regionale Integrationsprozesse unterlaufen.
- 32 • Die EU muss den AKP-Staaten weiterhin individuell festzulegende Handelsprivilegien
- 33 einräumen. Mag auch das bisherige Präferenzsystem diverse Nebenwirkungen
- 34 hervorgebracht haben, überfordert eine zu plötzliche vollständige „Normalisierung“ die
- 35 Ökonomie und damit die Entwicklung der Partner*innen.
- 36 • Die Marktöffnung der Entwicklungsländer kann nur schrittweise und auf Grundlage

37 bestimmter Voraussetzungen erfolgen. „Gute“ EPAs müssen ihre strukturellen Probleme
38 wie z.B. Rohstoffabhängigkeit adressieren, statt ausschließlich Investoren zu schützen
39 und staatliche Regulierungsmöglichkeiten zu unterwandern.
40 • Eine kritische Bewertung der Umsetzung des Kohärenzstrebens zwischen Politikfeldern
41 ist notwendig. Dass durch die EPAs primär wirtschaftliche Ziele der EU verfolgt werden
42 und Entwicklungspolitik untergeordnet wird, ist eine Perversion des ursprünglichen
43 Konzepts, die bisher aber weithin unwidersprochen bleibt.

44

45 **Begründung:**

46 Die EU gewährte den AKP-Staaten über Jahrzehnte besondere Marktzugangspräferenzen,
47 welche die Welthandelsorganisation (WTO) schließlich als inkompatibel mit ihren
48 Rechtsvorschriften bewertete. Die dadurch notwendigen Verhandlungen nutzte die EU zur
49 Durchsetzung einer radikalen Freihandelspolitik und forderte von den Partner*innen, die von
50 Exporten in die EU wirtschaftlich abhängig sind, eine schnelle und umfassende Marktöffnung.

51

52 Trotz der offensichtlichen Probleme und damit verbundenen massiven Verzögerungen in diesem
53 Prozess, rückte die EU von ihren Forderungen kaum ab, sondern baute Drohkulissen auf: Die
54 Aussicht, sämtliche Präferenzen sofort zu verlieren, stellte für viele der beteiligten Regionen
55 bzw. Staaten einen absoluten Zwang dar, (Interims-)Abkommen zuzustimmen und
56 einschneidende Liberalisierungsprozesse ohne die vorherige Schaffung wichtiger
57 Rahmenbedingungen vorzunehmen.

58

59 Die tatsächlichen strukturellen Probleme der Entwicklungsländer bleiben entweder unangetastet
60 oder werden sogar noch verstärkt – so zum Beispiel ihre Rohstoffabhängigkeit, da sie durch den
61 Wegfall von Industrieschutzinstrumenten wieder verstärkt auf den Export unverarbeiteter
62 Produkte reduziert werden. Die Überschwemmung der Märkte mit hoch subventionierten EU-
63 Agrarprodukten ist ein weiterer Effekt mit verheerenden Implikationen vor Ort. Hinzu kommt die
64 weit über WTO-Erfordernisse hinausgehende erzwungene Öffnung von Dienstleistungsmärkten,
65 die eine Abschöpfung profitabler Marktbereiche durch internationale Investoren ermöglicht.
66 Staatliche Regulierungsmöglichkeiten und dadurch letztlich die Souveränität der AKP-Gruppe
67 werden aushöhlt.

68

69 Was an TTIP, CETA und Co. fleißig kritisiert wird, nämlich der schwerpunktmäßige Schutz von
70 Investoren, findet hier also noch stärker Ausprägung, freilich ohne auch nur im Ansatz
71 öffentliche Reaktionen zu erzeugen. Die sehr einseitige Durchsetzung von Standards hat in den
72 Entwicklungsländern schwerwiegende Folgen für fast alle Politikbereiche. Es handelt sich
73 deshalb bei den EPAs in ihrer aktuellen Form keineswegs um Partnerschaftsabkommen unter
74 Gesichtspunkten der Entwicklungszusammenarbeit, sondern um weitreichende neoliberale
75 Freihandelsabkommen, von denen primär europäische Exporteure profitieren werden.

76

77 Ein kompletter Reset der Verhandlungen und ein Neuanfang unter grundlegend veränderten
78 Voraussetzungen sind dringend geboten. In Verhandlungen mit den „Starken“ klare Kante zu
79 zeigen, um Standards zu kämpfen und Augenhöhe einzufordern, während die Bedürfnisse der
80 vermeintlich Schwächeren ignoriert werden und die eigene Position zur egoistischen
81 Durchsetzung eigener Interessen und Vorteile zu nutzen, ist üble Heuchelei. Es sollte für die
82 deutsche und die europäische Sozialdemokratie eine Selbstverständlichkeit sein, hier ihre
83 Stimme zu erheben.

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

Titel Industrie 4.0 menschlich entwickeln!

Antragsteller Weser-Ems

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Industrie 4.0 menschlich entwickeln!

1 **Industrie 4.0 menschlich entwickeln!**

2

3

4 Industrie 4.0 betreibt die komplette Digitalisierung von Produktion und Logistik bis hin zum
5 Verbraucher. Die digitale Revolution in der Wirtschafts- und Arbeitswelt vollzieht sich schneller
6 als wir es wahrhaben wollen. Hierbei dürfen wir jedoch den Menschen, als wichtigstes Glied in
7 der wirtschaftlichen Wertschöpfungskette nicht außer Acht lassen. Wir müssen Strategien
8 entwickeln, digitalisierte Industriepolitik weiter zu entwickeln aber den Menschen nicht aus dem
9 Auge zu verlieren.

10

11

12 Vor allem auf Risiken wie der Arbeit als zunehmend passives Element im System dem hohen
13 Stresspotenzial der immer weiteren forcierten Flexibilisierung müssen wir angemessene
14 Antworten finden. Ebenso muss für uns klar sein, dass Industrie 4.0 auch weiterhin eine
15 Durchlässigkeit für untere Qualifikationen gewährleisten muss und keines falls zu einem
16 Beschäftigungsabbau führen darf. Letztendlich darf die Digitalisierung der Arbeitswelt
17 keinesfalls zur Zunahme von Leiharbeit und zur Weiterentwicklung von Dumping-Lohn-
18 Strategien sowie zur Aushebelung der betrieblichen Mitbestimmung in den Unternehmen
19 führen.

20

21

22 Aber mit der Industrie 4.0 ergeben sich auch Chancen die es zu nutzen und 16
23 weiterzuentwickeln gilt. So bieten sich neue Arbeitsmöglichkeiten mit höheren
24 Handlungsspielräumen und einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben. Erweiterte
25 Partizipation kann möglich gemacht werden und vor allem technische Kompetenzen beständig
26 weiterentwickelt werden. Nicht zuletzt können zukunftsorientierte Hightech-Strategien zu einer
27 größeren Beschäftigungssicherung beitragen.

28

29 Vor dem Hintergrund der vorgenannten Chancen und Risiken stellen sich hieraus für uns einige
30 wichtige Forderungen, die Industrie 4.0 menschlich weiterentwickeln soll. So müssen wir
31 gemeinsam darauf hinwirken, dass betriebliche Mitbestimmungsgesetze stetig weiterentwickelt
32 und angepasst werden, um alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den
33 Entwicklungsprozess einzubeziehen.

34

35 Ebenso muss Politik in Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden Regeln
36 schaffen die einen möglichen Kontrollverlust durch immer fortschreitende Digitalisierung der
37 Arbeitswelt wirksam verhindern. Das Internet der Dinge und auch die Digitalisierung der
38 Arbeitswelt muss jederzeit kontrollierbar bleiben. Um den immer schneller werdenden
39 Entwicklungen in der Digitalisierung von Arbeits- und Berufsleben von Anfang an folgen zu

40 können bedarf es eines Umdenkens in der deutschen Bildungspolitik.
41
42 Von früher Bildung an müssen Kompetenzen im Bereich der digitalen Welt entwickelt und
43 Grundlagen für das technische Verständnis geschaffen werden. Nicht zuletzt müssen aber auch
44 die Voraussetzungen für die die digitale Wirtschaft in allen Regionen unseres Landes stetig
45 verbessert und die digitale Infrastruktur vor allem im ländlichen Raum weiter voran gebracht
46 werden. die immer weiter fortschreitende digitale Wertschöpfung darf aufgrund von Problemen
47 beim Breitbandausbau nicht an den ländlichen 3Regionen vorbeigehen.

48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89
90
91
92
93
94
95
96
97
98
99
100

Titel Kampf dem Steuerbetrug: „Insika“
einführen

Antragsteller Hannover

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Kampf dem Steuerbetrug: „Insika“ einführen

1 Das Bundeswirtschafts- und das Bundesfinanzministerium werden aufgefordert, die Einführung
2 des Kassensystemchips „Insika“ (Integrierte Sicherheitslösung für messwertverarbeitende
3 Kassensysteme) rechtlich bindend zu forcieren, um Steuerbetrug und –vermeidung auch in der
4 Bundesrepublik Deutschland effektiv zu unterbinden und die Arbeit der Steuerprüfer und –
5 fahnder zu vereinfachen.

6
7 Da Erfahrungen zeigen, dass Insika-Kassen ohne rechtlichen Zwang unverkäuflich sind, ist ein
8 entsprechendes Gesetz unumgänglich.

9
10 **Begründung:**

11 *Dauerhafter und anhaltender Steuerbetrug ist dank moderner Kassensysteme sehr einfach
12 geworden. Sofern der Kunde keinen Bon mitnimmt, was häufig genug vorkommt, kann eine in
13 die Kasse eingegebene Buchung einfach rückgängig gemacht werden, da ja sonst niemand
14 einen Nachweis über die Einnahme hat. So können, Umsatz- und Gewerbesteuer sowie
15 Einkommenssteuer und Sozialabgaben gemindert werden.*

16
17 *Auf diese Weise entsteht dem deutschen Fiskus Schätzungen zu Folge pro Jahr ein Schaden
18 von zehn Milliarden Euro. Damit gilt Deutschland als Schlusslicht in der
19 Bargeldbetrugsbekämpfung.*

20
21 *Insika besteht aus einem Lesegerät für die Finanzbehörden und einem kleinen Chip, der jeden
22 Kassenbon kennzeichnet und nummeriert. Eingesetzt werden kann das System auch in
23 Taxametern.*

24
25 *Die Kosten für eine Nachrüstung marktgängiger Kassen von etwa 30 bis 70 Euro bzw. für eine
26 Neuanschaffung von etwa 500 Euro halten sich ebenfalls in Grenzen.*

27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38

Titel Weniger Steuer auf Getränke

Antragsteller Baden-Württemberg

Zur Weiterleitung an SPD-Bundestagsfraktion

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Weniger Steuer auf Getränke

1 Leitungswasser und Milch haben den ermäßigten Mehrwertsteuersatz. Alle anderen Getränke
2 trifft hingegen der volle Steuersatz. Deshalb fordern wir, dass auf die ohne Zusatz von Zucker
3 oder anderen Süßungsmitteln sowie Branntwein hergestellten Getränke, wie etwa Fruchtsäfte
4 oder Wasser zukünftig ebenfalls nur der ermäßigte Steuersatz angewendet wird.

5

6 **Begründung:**

7 Essen ist zwar wichtig, aber Trinken ist noch wichtiger. Deshalb sollte es selbstverständlich
8 sein, dass bei Getränken ebenso wenig Steuern enthalten sind wie bei festen
9 Lebensmitteln. Hierzu ein Beispiel für die unsinnige Steuerverteilung:

10

11 Apfel: 7 % Mwst.

12

13 Saft vom selben Apfel: 19 % Mwst.

14

15 Steuergerechtigkeit: unbezahlbar!

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

Titel Für eine alternative Wirtschaftspolitik

Antragsteller Hessen-Süd

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Für eine alternative Wirtschaftspolitik

- 1 Grundlagen sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik sind unsere Grundwerte: Freiheit,
- 2 Gleichheit, Solidarität. Wirtschaftspolitik soll dazu dienen, Wohlstand zu schaffen und gerecht zu
- 3 verteilen. Soziale Gerechtigkeit und wirtschaftlicher Aufschwung gehören für uns zusammen.
- 4 Ein inhaltlicher Widerspruch besteht lediglich auf den ersten Blick.
- 5
- 6 Bei genauerem Hinsehen wird klar: Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik muss Menschen
- 7 ökonomisch in die Lage versetzen von ihren Freiheiten Gebrauch zu machen. Wir wollen nicht
- 8 nur Freiheitsrechte auf dem Papier sondern umfassende soziale Freiheit. Umverteilung ist daher
- 9 unerlässlicher Bestandteil sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik.
- 10
- 11 Zweifellos richtig ist, dass der Wohlstand, der verteilt werden soll, erst erarbeitet werden muss.
- 12 Gerade ein breit aufgestellter Sozialstaat braucht deswegen ein solides wirtschafts- und
- 13 finanzpolitisches Fundament. Ein Fundament, das aber ein anderes ist als das Fundament
- 14 neoliberaler Nachtwächterstaatsmodelle. Ein Fundament aus
- 15
- 16 • guter Arbeit,
- 17 • gerechten Löhnen,
- 18 • nachhaltiger staatlicher Investitionstätigkeit für zukunftsfähige Infrastruktur und
- 19 Daseinsvorsorge,
- 20 • einem öffentlichen Beschäftigungssektor,
- 21 • aus klaren Vorgaben für nachhaltige Produktion,
- 22 • aus Steuergerechtigkeit und dem Abgreifen von hohen Vermögen,
- 23 • aus der Förderung des Konsums und privater Investitionen in die Schaffung von
- 24 Arbeitsplätzen
- 25 • und aus einem klar regulierten Finanzmarkt.
- 26
- 27
- 28 Hermann Scheers Interpretation der Energiewende ist ein Beispiel für ein solches
- 29 wirtschaftspolitisches Fundament.
- 30
- 31 Im Gegensatz zum neoliberalen Dogma braucht es einen starken Staat, der nicht den
- 32 Kapitalismus verwaltet, sondern gleichwertige Lebensbedingungen für alle Menschen schafft.
- 33 Im Kern geht es darum, dass nicht der Markt entscheidet, sondern die Politik. Die Jusos müssen
- 34 in der SPD und auch in der Gesellschaft für Alternativen streiten und dürfen keine Angst davor
- 35 haben, diese umzusetzen. Marktmechanismen können oft hilfreich sein, weil sie Menschen
- 36 dazu motivieren, gewünschte politische Ziele aus eigenem Interesse zu verfolgen. Ein richtig
- 37 durchgeführter Handel mit Emissions-Zertifikaten, oder die Einspeisevergütung im Bereich der
- 38 erneuerbaren Energien sind gute Beispiele dafür. Selbstregulierende Marktsysteme dürfen
- 39 jedoch nicht Selbstzweck sein sondern immer zur Unterstützung eines klaren Ordnungsrahmen

40 dienen, der politisch festgelegt wird. Das unterscheidet linke Politik von den Ideen der
41 Neoliberalen: Die Überzeugung, dass solche Zusammenhänge nicht unveränderbare,
42 evolutionäre Gegebenheiten sind, sondern, dass sie verändert und aktiv gestaltet werden
43 können und müssen.

44

45 Politischer Gestaltungsspielraum setzt solide Finanzen voraus. Wir stehen für einen gerechten
46 Steuerstaat, in dem starke Schultern mehr tragen als schwache. Diese für die
47 Steuerprogression zentrale Idee soll künftig auch für Kapitaleinkünfte gelten. Wir wollen keine
48 Privilegierung von Kapitaleinkünften gegenüber Einkommen aus harter Handarbeit durch
49 niedrige Pauschalsteuern. Insgesamt sollen bei der Finanzierung des Sozialstaats die direkten
50 Steuern wieder eine stärkere Bedeutung spielen als die indirekten. Wir wollen höhere Steuern
51 auf Körperschaften und Spitzeneinkünfte und eine schrittweise Reduzierung der
52 Verbrauchssteuern, die alle Menschen ungeachtet ihres Reichtums gleich treffen. Unsere
53 gesellschaftliche Vision ist, dass eigene Anstrengung und Fleiß zum Erfolg führen, nicht die
54 Leistungen der Großeltern. Die Erbschaftssteuer für Erbmassen im Millionenbereich wollen wir
55 daher drastisch verschärfen.

56

57 Wir wollen jedoch nicht nur eine soziale Ökonomie, sondern eine sozial-ökologische.
58 Wachstum, Wohlstand, Verteilungsgerechtigkeit und das Haushalten mit unseren natürlichen
59 Ressourcen gehört für uns zusammen. Der Widerspruch von Umwelt und Gerechtigkeit
60 entspricht nicht nur nicht dem Zeitgeist. Er ist schlicht falsch. Selbst die klassische
61 Volkswirtschaftslehre sieht im Boden einen gleichrangigen Produktionsfaktor neben Kapital und
62 Arbeit und schafft damit Raum für ökologische Erwägungen in der Produktion. Dennoch spielen
63 Umweltaspekte bis heute keine ebenbürtige Rolle in der Wirtschaftspraxis: Ein Fehler.
64 Natürliche Ressourcen wie Nutzflächen, Bodenschätze, gute Luft und sauberes Wasser sind
65 endlich und nicht regenerierbar. Gleichzeitig ist Lebensqualität größtenteils davon abhängig,
66 dass diese Ressourcen allgemein zugänglich sind. Verschwenderischer Ressourcenverbrauch
67 führt also nicht nur dazu, dass künftigen Generationen gleichwertige Lebensbedingungen
68 verwehrt bleiben. Er benachteiligt auch verbrauchsarme Gesellschaften, deren Ressourcen
69 ausgebeutet werden, ohne dafür angemessen entschädigt zu werden.

70

71 Wir wollen einen Wachstumsbegriff, der ökologische Gesichtspunkte berücksichtigt. Wachstum
72 ist nicht abzulehnen sondern an qualitative Bedingungen zu knüpfen. Wachstum ist eben nur
73 dann sinnvoll, wenn es verbunden ist

74

- 75 • mit nachhaltiger Wertschöpfung
- 76 • und zu einer Verbesserung des Lebensstandards führt,
- 77 • wenn Profite und Belastungen gerecht verteilt werden
- 78 • und wenn auch nach Abzug der volkswirtschaftlichen Kosten wie Umweltbelastungen
- 79 gemeinnützliche Werte verbleiben.

80

81 Wir wollen nachhaltiges, qualitatives Wachstum.

82

83 Als überzeugte Internationalist*innen wollen wir auch in der Wirtschaftspolitik eine internationale
84 Perspektive einnehmen. Wirtschaftspolitik auf Kosten anderer Regionen in der Welt lehnen wir
85 ab. Das verlangt insbesondere ein Umdenken im Handel. Gerade vor diesem Hintergrund
86 wollen wir nicht, dass ein transatlantischer Handelsraum Schwellenländer in die Dumpingspirale
87 treibt. Wir stehen für ausgeglichene und ausgewogene Volkswirtschaften. Hierzu müssen
88 Exportüberschüsse abgebaut werden. Durch Bereitstellung von Knowhow und Technologien soll
89 Schwellenländern ermöglicht werden in der Versorgung mit Gütern eigenständiger zu werden
90 und sich von der Importabhängigkeit und der Schuldenfalle zu befreien. Gleichzeitig wollen wir,
91 dass Importländer mehr Verantwortung für die Bedingungen in den Produktionsländern
92 übernehmen. Wir wollen verbindliche Qualitätsstandards und Mindestproduktionspreise für
93 importierte Güter.

94

95

96

97

98

99

100

Titel Schluss mit neoliberalen Monetarismus!
Für eine nachfrageorientierte Bekämpfung deflationärer
Tendenzen im Euroraum

Antragsteller Bayern

Zur Weiterleitung an SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-
MdEP in der Fraktion S&D im Europäischen Parlament,
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und
Demokraten im Europäischen Parlament

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Schluss mit neoliberalen Monetarismus! Für eine nachfrageorientierte Bekämpfung deflationärer Tendenzen im Euroraum

1 Die Gefahr Deflation

2

3 Aktuell berichten Medien regelmäßig über eine Deflationsgefahr für den Euroraum und die
4 dadurch entstehenden Probleme für die Wirtschaft Europas. Obgleich die Berichterstattung
5 leider etwas spät auf diese Thematik aufmerksam geworden ist (bereits im April 2013
6 unterschritt die Inflationsrate das Inflationsziel um 0,7%-Punkte)¹, gilt es, sich intensiv mit
7 diesem Problem auseinanderzusetzen. In der Tat geht nämlich eine erhebliche Gefahr von einer
8 drohenden Deflation aus. Notenbanken dieser Welt legen bewusst ihr Inflationsziel nicht auf den
9 Wert Null, sondern auf einen Wert nahe zwei Prozent, weil zum einen bekannt ist, dass die
10 Statistiken Qualitätssteigerungen der Produktion zu spät erfassen und damit die Inflationsrate in
11 etwa um ein Prozent jährlich überzeichnen, und zum anderen eine akute Gefahr von einer
12 Deflation ausgeht, welche durch einen „Sicherheitsabstand“ vermieden werden soll. Inflation ist
13 gewissermaßen die Nettoertragsrate der Warenhaltung, sie schafft Anreize für Investitionen und
14 motiviert zur Kreditaufnahme. Ferner ist die Zentralbank bei einer Inflationsrate größer Null
15 handlungsfähig, da sie die Nominalzinsen und Reserven erhöhen und somit dem Markt Geld
16 entziehen kann. Selbstverständlich ist, und davor muss man in Deutschland nicht warnen, die
17 Gefahr, welche von einer hohen Inflationsrate ausgeht, nicht zu vernachlässigen. Jedoch gibt es
18 keine Inflationsrate, bei der die Zentralbank gänzlich handlungsunfähig wird. Das unterscheidet
19 die Inflation von der Deflation.

20

21

22 Fällt die Inflationsrate nämlich unter einen Wert von 0, kommt es also zur offenen Deflation, so
23 ist die Rendite aus der reinen Bargeldhaltung positiv und man gerät in ein Stadium, in welchem
24 kaum noch Investitionen getätigt werden. Die Notenbank kann dann die kurzfristigen Zinsen
25 nicht unter den Wert Null setzen, sodass es einen Anreiz gäbe, zu investieren, sie kann
26 niemanden zwingen, Geld in Umlauf zu bringen und sie kann keine Verpflichtung aussprechen,
27 Kredite aufzunehmen. Vielmehr sind der Zentralbank dann die Hände gebunden – sie wird
28 handlungsunfähig. Ein praktisches Beispiel hierzu liefert die wirtschaftliche Entwicklung in
29 Japan. Man kann also feststellen, dass der Euroraum, sollte es zu einer länger anhaltenden
30 Deflation kommen, mit enormen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen haben wird,
31 welche das Ausmaß der Finanzkrise deutlich übersteigen dürften. Dem Argument, die
32 gefallenen Rohölpreise würden den Trend des BIP-Deflators momentan erklären, sei entgegnet,

33 dass auch nach Bereinigung der Inflationsrate hinsichtlich der Energiepreisentwicklung ein
34 Negativtrend zu beobachten ist, welcher aktuell in einer Kerninflation unter der 1%-Marke
35 mündet.² Wie akut die Problematik ist, soll nachfolgende Grafik zeigen³:

36

37 Seit 2011 ist der Trend der Inflation im Euroraum rückläufig, seit 2013 liegt sie unter dem
38 Inflationsziel. Im Dezember 2014 unterschritt sie zum erstmalig den Wert 0 und lag bei -0.2%. In
39 allen Mitgliedsstaaten der europäischen Union, außer in Rumänien, lag die Inflationsrate in
40 diesem Monat unter 1%⁴. Auch wird die Brisanz der Lage dadurch unterstrichen, dass die
41 Europäische Zentralbank sich zu unorthodoxen Handlungen wie dem Aufkaufen von
42 Staatsanleihen gezwungen sieht. Demnach gilt es, zu ergründen, woher der fallende
43 Inflationstrend rührt, um anschließend konkrete Forderungen ableiten zu können.

44

45 **Inflation als monetaristisches Phänomen**

46

47 Schenkt man den MonetaristInnen Glauben, so stellt die Geldmenge die wichtigste Größe zur
48 Steuerung der Wirtschaft dar. Gemäß der Quantitätstheorie Irving Fishers führt eine starke
49 Ausdehnung der Geldmenge zu Inflation und ein Einbremsen des Geldmengenwachstums zu
50 Deflation. Dass der Wert des Geldes dem der produzierten Waren gegenübersteht, ist nicht von
51 der Hand zu weisen. Demnach führt eine Geldmengenerhöhung zur Inflation, da den
52 produzierten Waren eine höhere Geldmenge gegenübersteht und daher die Preise steigen
53 müssen. Diesen Effekt macht sich auch das Instrument der Leitzinsen der Notenbanken zu
54 Nutze: Eine Senkung der Leitzinsen bedeutet niedrigere Zinskosten für Zentralbankkredite und
55 demnach eine Erhöhung der Zentralbankgeldnachfrage durch die Geschäftsbanken. Infolge
56 dessen nutzen die Zentralbanken das Instrument der Leitzinsen dazu, um die Geldmenge zu
57 kontrollieren. Droht eine Deflation, so müsste folgerichtig die Zentralbank mit einer
58 Leitzinssenkung reagieren und damit die Nachfrage nach Zentralbankgeld ankurbeln, sodass
59 sich die Geldmenge im Wirtschaftsraum erhöht, den produzierten Waren ein höheres
60 Geldvolumen gegenübersteht und demnach die Preise steigen. Dies führt dann im Idealfall zur
61 gewünschten Inflation. Die Europäische Zentralbank hat in jüngerer Vergangenheit häufig von
62 diesem Instrument Gebrauch gemacht. Nachfolgende Grafik zeigt die Entwicklung der
63 Leitzinsen der EZB⁵:

64

65 Nichts desto trotz brachte eine Senkung der Refinanzierungskosten für Banken nicht den
66 gewünschten Effekt des Geldmengenwachstums. Zwar sank der EURIBOR, jedoch wurde
67 dadurch nicht die Nachfrage nach Zentralbankgeld, trotz Mengentender mit Vollzuweisung,
68 gesteigert. Vielmehr ist das Volumen der Offenmarktgeschäfte der EZB trotz fallender Zinsen
69 rückläufig, wie folgende Grafik zeigt⁶:

70

71 An dieser Stelle sei nochmals die Problematik der Lage für die Europäische Zentralbank
72 verdeutlicht: Eine Zentralbank kann mit ihren Instrumenten jede Inflation in kurzer Zeit in die
73 Knie zwingen, jedoch eine Deflation verhindern kann sie nicht. Sie kann den Leitzins noch so
74 sehr senken und geparkte Einlagen mit Negativzinsen bestrafen und trotz alledem wird sich kein
75 Effekt einstellen, wenn die Geschäftsbanken nicht bereit sind, Kredite zu vergeben, weil ihnen
76 die KundInnen fehlen, welche in Sachkapital investieren wollen. Kurzum, um es mit den Worten
77 von John M. Keynes zu sagen: „We cannot, by international action, make the horses drink. That
78 is their domestic affair. But we can provide them with water“. Insofern kann festgestellt werden,
79 dass das Instrument der Leitzinsen in einer Situation, in der private InvestorInnen nicht Kredite
80 in ausreichendem Ausmaß nachfragen, keine Wirkung erzielt. Das erklärt auch, weshalb die
81 europäische Notenbank aktuell zu unkonventionellen Maßnahmen wie monetärer Lockerung
82 (Quantitative Easing), also dem Versuch, über Ankauf von Staatsanleihen und anderen
83 Wertpapieren Geld in den Markt zu pumpen und langfristige Zinsen weiter zu drücken, greift.
84 Dass die Europäische Zentralbank die Deflationsgefahr nicht herunterspielt und sich mit allen
85 Mitteln dagegen zu sträuben versucht, ist beachtlich. Nichts desto trotz wird sie sich, sofern die
86 weiteren Rahmenbedingungen für die Wirtschaft im Euroraum konstant bleiben, früher oder
87 später ihre Ohnmacht eingestehen müssen. Denn selbst durch das Fluten des Marktes mit
88 Kapital und dem Drücken von langfristigen Zinsen kann keine Inflation konstruiert werden, wenn
89 die dann zusätzlich verfügbare Geldmenge nicht weiter in Umlauf gebracht werden kann – das
90 heißt wenn dadurch die Investitionsbereitschaft nicht angekurbelt wird. Deshalb ist das
91 Programm der Zentralbank nicht falsch, da es die Langfristzinsen auf Staatsanleihen senken
92 und damit die Refinanzierungskosten für Staaten reduzieren dürfte, die aktuell mit Problemen
93 bei der Refinanzierung kämpfen müssen, jedoch ändert es nichts an der Deflationsproblematik,

94 sondern verzögert sie bestenfalls kurzfristig. Der eigentliche Kern des Problems ist nämlich
95 nicht monetärer, sondern realwirtschaftlicher Natur.

96

97 **Der Zusammenhang zwischen Löhnen und Inflation**

98

99 Wie wir bereits festgestellt haben, ist eine angestrebte Geldmengenerhöhung der Notenbanken
100 dann wirkungslos, wenn Finanzintermediäre keine Zentralbankkredite nachfragen. Es gilt also,
101 zu ergründen, weshalb kein Nachfrageanstieg trotz Leitzinsensenkung erfolgt ist. Die Ursache,
102 weshalb trotz historisch tiefer Zinsen und Mengentenderverfahren mit Vollzuweisung bei der
103 Vergabe von Zentralbankkrediten kein positiver Nachfrageschock eingetreten ist, liegt darin,
104 dass Geschäftsbanken diese billigen Kredite nicht an die Realwirtschaft weiterreichen können
105 und wollen. Zum einen bevorzugen es Banken und andere SpielerInnen aktuell, in die
106 Finanzmärkte zu investieren, statt potentielle KundInnen zu suchen, welche gewillt sind,
107 Sachanlagen zu tätigen und Projekte zu realisieren, was daran liegt, dass die
108 Liberalisierungspolitik der Industriestaaten sie geradezu dazu ermuntert hat, durch
109 Spekulationen an Märkten für vorhandene Vermögenstitel virtuelle Vermögenswerte zu kreieren,
110 welche sich irgendwann mit einem großen Knall in Luft auflösen. Beispielhaft kann hier die
111 Entwicklung des DAX genannt werden, der in einer ökonomisch rezessiven Lage sein
112 Allzeithoch erreichen konnte. Andererseits rührt die fehlende Vergabe von Krediten an
113 Unternehmen und InvestorInnen daher, dass in der Realwirtschaft eine mangelnde
114 Güternachfrage vorherrscht. Diese ist das Ergebnis der europäischen Austeritätspolitik, welche
115 in einer ökonomischen Krisensituation, in der ohnehin schon alle privatwirtschaftlichen
116 AkteurInnen ihre Investitionen reduzierten und damit die Konjunktur schwächten, versuchte,
117 auch noch die öffentlichen Haushalte zum Sparen zu zwingen. Diese Sparpolitik hat nicht nur
118 dazu geführt, dass die Krise unnötig vertieft wurde, sondern konnte auch keine wesentlichen
119 Erfolge in der Haushaltskonsolidierung erzielen. Verstärkt wurde der negative Effekt der
120 Austeritätspolitik dadurch, dass man die verschuldeten Länder durch sog. Hilfsprogramme dazu
121 zwang, die Löhne zu senken, bei gleichzeitiger Kaufkraftminderung durch
122 Mehrwertsteuererhöhungen, sodass ein zusätzlicher Nachfrageeinbruch folgen musste. Addiert
123 man den negativen Nachfrageeffekt der Krise auf Unternehmen, den Rückgang der Nachfrage
124 durch Staaten infolge der Austeritätspolitik sowie den Nachfrageeinbruch durch
125 Kaufkraftminderung in Südeuropa zusammen, so liegt es auf der Hand, weshalb die
126 Investitionsbereitschaft in der aktuellen Lage derart gering ist: Wenn weder der öffentliche
127 Sektor, noch private Unternehmen dazu bereit sind, Konsum zu realisieren, und die privaten
128 Haushalte schlichtweg infolge fallender, oder jedenfalls stagnierender, Kaufkraft nicht in der
129 Lage sind, mehr zu kaufen, bleiben Investitionen aus. Dadurch lahmt die Nachfrage nach
130 Zentralbankgeld, und dadurch ist und bleibt die Notenbank handlungsunfähig. Stellt sich
131 hingegen eine höhere Nachfrage des Staates ein und werden private Haushalte mit mehr
132 Kaufkraft versorgt, so kann ein positiver Nachfrageschock realisiert, die Kreditnachfrage
133 angekurbelt und damit Zentralbankgeldversorgung in ausreichender Höhe gewährleistet
134 werden. Was der EZB fehlt, ist ein plausibler und empirisch evidenter Ansatz zur Erklärung von
135 Inflation. Zwar hat die Zentralbank es verstanden, dass sie durch Erhöhung der
136 Refinanzierungskosten und des Mindestreservesatzes Geld aus dem Markt entfernen kann und
137 damit einen positiven Inflationstrend zu stoppen oder gar umzukehren vermag, jedoch erklärt
138 das nicht das Wesen der Inflation selbst. Vielmehr muss die Erklärung bei den Löhnen, genauer
139 genommen bei der Veränderung der Lohnstückkosten, ansetzen. Nachfolgende Grafik stellt den
140 Zusammenhang zwischen der Änderung der Lohnstückkosten und der Preissteigerungsrate
141 dar:

142

143 Eine klarere Evidenz kann es kaum geben: Steigen die Ausgaben der Unternehmen für Löhne,
144 so kommt es zu Inflation. Insbesondere sei angemerkt, dass Deutschland aktuell als Vorbild für
145 Krisenländer in der Europäischen Union fungieren soll. Würden jedoch alle Staaten dem Ideal
146 Deutschlands folgen und ihre Lohnsteigerungen derart reduzieren, wie Deutschland es infolge
147 der Agenda2010 und den darauf aufbauenden Reformen getan hat, so hätte dies
148 gezwungenermaßen eine Verschärfung der deflationären Situation zur Folge. Vielmehr müssen
149 die Reallöhne in Europa dauerhaft und nennenswert steigen, damit die Nachfrage durch die
150 privaten Haushalte angekurbelt, der Anreiz für Investitionen erhöht, die Kreditnachfrage
151 gesteigert und das Inflationsziel erreicht werden kann. Dies führt nicht, wie häufig postuliert,
152 zum Verlust der Wettbewerbsfähigkeit der inländischen Industrie gegenüber anderen Staaten,
153 da hier nur eine vernachlässigbar geringe Konkurrenz besteht. Vielmehr findet der mit
154 deutlichem Abstand größte Teil des Außenhandels europäischer Länder innerhalb der

155 Europäischen Union statt, und ist damit kein Außenhandel im klassischen Sinn, sondern
156 vielmehr ein Binnenkonsum, der fälschlicherweise nicht als solcher verstanden wird. Ein
157 positiver Nachfrageschock im europäischen Raum lässt demnach nicht nur das Inflationsziel um
158 ein deutliches Stück näher rücken, sondern erhöht auch die Binnennachfrage und befeuert
159 damit die innereuropäische Produktion. Ferner würde damit eine rückläufige
160 Lohnquotenentwicklung endlich umgekehrt, sodass Teilhabe am Produktionsprozess wieder
161 gerechter entlohnt und der Anreiz zur Arbeit gestärkt werden dürfte.
162 Nachdem nun das Wesen der Inflation charakterisiert und analysiert wurde, können konkrete
163 Lösungsansätze aufgestellt werden:

164

165 **Forderungen**

166

167 Da die Problematik der Deflation nicht von der Hand gewiesen, und ein offensichtlicher
168 Zusammenhang zwischen Inflationsentwicklung und Lohnstückkosten aufgezeigt werden kann,
169 fordern wir

170

- 171 • Ein klares Bekenntnis zur nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik! Der Monetarismus ist
172 gescheitert, und es gilt, die Auswirkungen der Fehler aus der Vergangenheit zu
173 kompensieren. Hierzu bedarf es dem glaubwürdigen Versprechen, künftig nicht weitere
174 fiskalische Dummheiten zu begehen und sich stattdessen einem sinnvollen Konzept der
175 Wirtschaftspolitik zuzuwenden, das sich bereits mehrfach profilieren konnte.
- 176 • Ein sofortiges Ende der Austeritätspolitik! Eine Nachfragekrise mit einer Senkung der
177 Nachfrage des öffentlichen Sektors zu beantworten, erscheint absurd. Stattdessen soll der
178 öffentliche Sektor deutlich höhere Ausgaben in Bildung und Infrastruktur tätigen.
- 179 • Schluss mit der Sparpolitik für Südeuropa! Durch eine Einschränkung der
180 Staatsausgaben, eine Minderung der Kaufkraft der Bevölkerung und
181 Beschäftigungsabbau kann keine Wirtschaft der Welt stabilisiert werden. Vielmehr braucht
182 es einen Schuldenschnitt, insbesondere für Griechenland und gegebenenfalls auch für
183 weitere südeuropäische Länder, ein vernünftiges Förderungsprogramm und ein
184 solidarisches Europa.
- 185 • Die Ablehnung der Schuldenbremse! Nur durch einen starken Staat kann erfolgreiche
186 Fiskalpolitik betrieben werden. Dies wird durch das Konstrukt der Schuldenbremse
187 verhindert, welche ohne Not, wie oben gezeigt, die Krisensituation verschärft und keinen
188 Nutzen erwirtschaftet, der damit in Relation gesetzt werden kann.
- 189 • Die Beendigung der Stagnation der Lohnentwicklung! Vielmehr soll stattdessen eine
190 deutliche Reallohnsteigerung eintreten, die die Versäumnisse des letzten Jahrzehnts
191 kompensiert und ArbeitnehmerInnen für ihre berufliche Tätigkeit angemessen entlohnt.
- 192 • Eine konsequente Bekämpfung des Gender Pay Gap! Neben der gesellschaftspolitischen
193 Relevanz der Gleichstellung von Frau, Mann und Menschen ohne männliche oder
194 weibliche Selbstidentifikation hinsichtlich der Lohnhöhe würde eine Verringerung der
195 Lohndispersion zwischen den Geschlechtern dazu führen, die Lohnquote auf ein höheres
196 Niveau zu heben und damit die Deflationstendenzen zu bekämpfen. Auch kann eine
197 Angleichung der geschlechterspezifischen Löhne beispielsweise zu einem Überschreiten
198 des Reservationslohns für Frauen führen, sodass Anreize geschaffen werden, am
199 Arbeitsmarkt teilzunehmen.
- 200 • Umverteilung durch Steuern! Wenn Unternehmen nicht gewillt sind, die Primärverteilung
201 durch Zahlung höherer Löhne zu verändern, muss der Staat die Schiefheit der Verteilung
202 durch eine Änderung der Sekundärverteilung korrigieren. Eine höhere
203 Vermögensbesteuerung sowie der Ausbau des Lohnsteuersatzes für HochverdienerInnen
204 stellen Mittel bereit, um die Kaufkraft der NormalverbraucherInnen durch Sozialleistungen
205 zu erhöhen.

206

207 **Des Weiteren möchten wir noch einmal bekräftigen: Wir fordern**

208

- 209 • Schluss mit Ausnahmen beim Mindestlohn! Auch wenn der Mindestlohn in seiner
210 bestehenden Form die Löhne von rund 7 Millionen ArbeitnehmerInnen erhöht, ist er
211 selektiv und nutzt seine Möglichkeiten nicht vollständig. Daher soll der Mindestlohn
212 ausgebaut werden, sodass dieser für ausnahmslos jede berufstätige Person in
213 Deutschland gilt. Ferner soll der Mindestlohn sich nicht länger an der Niedriglohngrenze
214 bemessen, sondern ein signifikant höheres Niveau annehmen. Langfristig soll parallel ein
215 europäischer Mindestlohn etabliert werden

- 216 • Regulierung der ArbeitnehmerInnenüberlassung! Nur ein langfristiger
217 Beschäftigungsvertrag schafft die notwendigen Sicherheiten für größere Anschaffungen.
218 Leih- und Zeitarbeit können zwar Mittel zur Überbrückung von Auftragsspitzen sein,
219 jedoch ist dieses Mittel einerseits kurzfristig und andererseits ausnahmslos in
220 Hochkonjunkturphasen zu gebrauchen. Da mittlerweile wohl kaum von einem kurzfristigen
221 Hoch bei der Zahl der LeiharbeiterInnen gesprochen werden kann und alles andere als
222 eine konjunkturelle Hochphase vorliegt, gilt es, die Deregulierungen durch die Agenda
223 2010 rückgängig zu machen und ein sicheres Beschäftigungsumfeld für
224 ArbeitnehmerInnen zu schaffen.
- 225 • Eine stärkere Regulierung der Finanzmärkte! Die Folgen des Liberalisierungswahns der
226 europäischen Staaten gilt es einzudämmen. Statt weiterhin Anreize für Banken und
227 FinanzakteurInnen zu schaffen, in hochspekulative Titel zu investieren, soll der Geldfluss
228 zur Produktion gewährleistet werden. Eine Finanztransaktionssteuer muss endlich
229 realisiert werden.

230

231 [1<http://ec.europa.eu/eurostat/inflation->
232 [dashboard/2](http://de.statista.com/infografik/2410/harmonisierte-verbraucherpreise-in-der-eurozone/)[http://de.statista.com/infografik/2410/harmonisierte-verbraucherpreise-in-der-](http://de.statista.com/infografik/2410/harmonisierte-verbraucherpreise-in-der-eurozone/)
233 [eurozone/3](http://de.statista.com/statistik/daten/studie/156285/umfrage/entwicklung-der-inflationsrate-in-der-eu-und-der-eurozone/)[http://de.statista.com/statistik/daten/studie/156285/umfrage/entwicklung-der-](http://de.statista.com/statistik/daten/studie/156285/umfrage/entwicklung-der-inflationsrate-in-der-eu-und-der-eurozone/)
234 [inflationsrate-in-der-eu-und-der-](http://de.statista.com/statistik/daten/studie/217052/umfrage/inflationsraten-in-den-laendern-der-eu-monatswerte/)
235 [eurozone/4](http://de.statista.com/statistik/daten/studie/217052/umfrage/inflationsraten-in-den-laendern-der-eu-monatswerte/)[http://de.statista.com/statistik/daten/studie/217052/umfrage/inflationsraten-in-den-](http://de.statista.com/statistik/daten/studie/217052/umfrage/inflationsraten-in-den-laendern-der-eu-monatswerte/)
236 [laendern-der-eu-monatswerte/5](http://de.statista.com/statistik/daten/studie/201216/umfrage/ezb-zinssatz-fuer-das-hauptrefinanzierungsgeschaefte-seit-1999/)Daten:
237 [http://de.statista.com/statistik/daten/studie/201216/umfrage/ezb-zinssatz-fuer-das-](http://de.statista.com/statistik/daten/studie/201216/umfrage/ezb-zinssatz-fuer-das-hauptrefinanzierungsgeschaefte-seit-1999/)
238 [hauptrefinanzierungsgeschaefte-seit-1999/](http://de.statista.com/statistik/daten/studie/201209/umfrage/ezb-zinssatz-fuer-die-spitzenrefinanzierungsfazilitaet-seit-1999/) ,
239 [http://de.statista.com/statistik/daten/studie/201209/umfrage/ezb-zinssatz-fuer-die-](http://de.statista.com/statistik/daten/studie/201209/umfrage/ezb-zinssatz-fuer-die-spitzenrefinanzierungsfazilitaet-seit-1999/)
240 [spitzenrefinanzierungsfazilitaet-seit-1999/](http://de.statista.com/statistik/daten/studie/201162/umfrage/entwicklung-des-ezb-zinssatzes-fuer-die-einlagefazilitaet-seit-1999/) ,
241 [http://de.statista.com/statistik/daten/studie/201162/umfrage/entwicklung-des-ezb-zinssatzes-](http://de.statista.com/statistik/daten/studie/201162/umfrage/entwicklung-des-ezb-zinssatzes-fuer-die-einlagefazilitaet-seit-1999/)
242 [fuer-die-einlagefazilitaet-seit-1999/](http://de.statista.com/statistik/daten/studie/243509/umfrage/volumen-der-offenmarktgeschaefte-der-ezb/)
243 [6](http://de.statista.com/statistik/daten/studie/243509/umfrage/volumen-der-offenmarktgeschaefte-der-ezb/)[http://de.statista.com/statistik/daten/studie/243509/umfrage/volumen-der-](http://de.statista.com/statistik/daten/studie/243509/umfrage/volumen-der-offenmarktgeschaefte-der-ezb/)
244 [offenmarktgeschaefte-der-ezb/7](http://www.flassbeck-economics.de/die-ezb-senkt-die-zinsen-eine-richtige-entscheidung-aber-keine-loesung-fuer-die-eurokrise/)[http://www.flassbeck-economics.de/die-ezb-senkt-die-zinsen-](http://www.flassbeck-economics.de/die-ezb-senkt-die-zinsen-eine-richtige-entscheidung-aber-keine-loesung-fuer-die-eurokrise/)
245 [eine-richtige-entscheidung-aber-keine-loesung-fuer-die-eurokrise/](http://www.flassbeck-economics.de/die-ezb-senkt-die-zinsen-eine-richtige-entscheidung-aber-keine-loesung-fuer-die-eurokrise/)]

246

247

248

249

250

251

252

253

254

255

256

257

258

259

260

261

262

263

264

265

266

267

268

269

270

271

272

273

274

275

276

Titel Moderne Wirtschaftspolitik in der Fläche
zwischen Stadt und Land

Antragsteller Weser-Ems

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Moderne Wirtschaftspolitik in der Fläche zwischen Stadt und Land

- 1 **Moderne Wirtschaftspolitik in der Fläche zwischen Stadt und Land**
2
3 Moderne Wirtschaftspolitik sieht sich immer mehr mit den Herausforderungen sehr
4 unterschiedlicher Strukturbedingungen konfrontiert und muss daher neue Antworten auf
5 wirtschaftspolitische Fragen geben.
6
7 Wirtschaftspolitik stellt die Grundlage für die Existenz unseres Sozialstaates her, denn sie 5
8 sorgt für Beschäftigung und damit für finanzielle Freiheit und Sicherheit. An den Stellen, an
9 denen sich einseitige Verteilung zeigt, muss der Sozialstaat eingreifen und für eine gerechnete
10 Verteilung innerhalb der Gesellschaft sorgen. Nur so lässt sich dauerhaft der größtmöglichen
11 Wohlstand für alle sichern und der Sozialstaat kann seine wirtschaftspolitisch relevanten
12 Aufgaben erfüllen.
13
14 Ohne ein flächendeckendes Bildungssystem, das weniger selektiv, sondern mehr am
15 Gemeinwohl orientiert ist, wird es nicht ausreichend Nachwuchs für eine hochspezialisierte
16 Industrie geben. Ländliche Regionen, die unter Bevölkerungsrückgang leiden, sind hier
17 besonders betroffen. Durch die Förderung von Eliteeinrichtungen und großen Universitäten 14
18 werden Mittel für kleinere Hochschulen knapper, was unmittelbar sozial benachteiligte 15
19 Studierende trifft, die zu großer Mobilität oft nicht in der Lage sind.
20
21 Nur durch eine nachhaltige Schulpolitik in die Fläche hinein und die explizite Förderung kleiner
22 Fachhochschulen kann dieser Entwicklung wirksam entgegen getreten werden. Dabei sind
23 insbesondere allgemeinbildendere Studiengänge an Fachhochschulen, die einen Übergang zu
24 Universität ermöglichen, zu fördern. So wächst die Zahl der Studierenden, die nach ihrem
25 Studium wieder bereit sind in die ländlichen Gebiete zurückzukehren.
26
27 Der zu erwartende Produktivitätszuwachs durch die weitere Automatisierung des
28 produzierenden Gewerbes wird den Umbau zu einer Dienstleistungsgesellschaft erneut
29 entfachen, sodass mit einer zweiten Welle des Rückgangs von Industriebetrieben gerechnet
30 werden muss. Auch hier sind ländliche Regionen, in denen solche Betriebe oftmals der größte
31 Arbeitgeber sind, besonders hart betroffen. Nur wenn es gelingt Unternehmen entweder zu
32 halten oder eine entsprechende Anzahl kleiner Unternehmen vor Ort neu anzusiedeln, kann
33 diese Entwicklung entschärft werden. Daher sind gezielte Entwicklungskonzepte seitens des
34 Landes für solche Regionen zu erstellen, die auch die negativen Effekte lokal einseitiger
35 Förderung offenlegen.
36
37 Einzig und allein mit den entsprechenden Gewerbesteuerereinnahmen lassen sich die
38 notwendigen Investitionen nicht realisieren. Zudem werden bei der Übertragung immer

39 größerer Haushaltsposten von Landesebene zur kommunalen Ebene diese negativen Aspekte
40 verstärkt. Die notwendigen Investitionen in Infrastruktur sind daher auch unterstützend über
41 Entwicklungsprogramme abzusichern, sodass gute Standortbedingungen nicht nur noch in den
42 Ballungsräumen zu finden sind bzw. an den wenigen Großunternehmen vor Ort hängen.
43 Regionen mit hohen Gewerbesteuerereinnahmen zahlen einen Teil dieser in einen
44 Solidaritätstopf ein, sofern sie diese Gelder nicht zur gezielten Förderung ihres Umlandes
45 einsetzen. Diese Einnahmen bilden die Grundlage für Förderprogramme, auf die sich innovative
46 Gemeinden, die eine bestimmte Volumengrenze nicht überschreiten, bewerben können.

47

48 All diese Maßnahmen stehen nicht im Gegensatz zu einer Förderung der Großstädte und
49 Ballungsräume sondern sind auch als eine solche zu verstehen. Die städtische Entwicklung
50 profitiert von einer besseren Entwicklung des Umlandes im Handel, den Dienstleistungen und
51 der Gastronomie. Intensiv genutzte kommunale Einrichtungen werden entlastet, was den
52 unmittelbaren Finanzierungsaufwand für die Kommunen bzw. deren Träger verringert und die
53 Versorgungsbedingungen stabilisiert.

54

55 Hierfür müssen Einwohnergrenzen gesenkt werden, für die kommunale Einrichtungen erhalten
56 werden. Nur so kann eine angemessene Versorgung zu einem bezahlbaren Preis gesichert
57 werden, wenn die Verarmung ganzer Landstriche abgewendet werden soll. In Zeiten, in denen
58 Investitionen nur noch mit erheblicher Subventionierung in wirtschaftlich schwächeren Regionen
59 gehalten werden können, setzen wir verstärkt auf genossenschaftliche Strukturen, um
60 notwendiges Kapital generieren.

61

62 Dies stellt zudem eine bedarfsgerechte Verwendung der Gelder sicher, weil in demokratischen
63 Strukturen auch die gesellschaftlichen Gruppen Mitspracherecht bekommen, die sonst von
64 Kapitalinteressen benachteiligt werden. Die Gründung solcher Genossenschaften sollten von
65 neu zu schaffenden regionalen Beratungsstellen unterstützt werden. Weitere Aufgabe dieser
66 Stelle kann die gezielte Förderung des selbstständigen Handwerks sein, das eine wichtige
67 Säule der ländlichen Wirtschaft stellt.

68

69 Gut gebildete Fachkräfte bleiben nur unter attraktiven Lebensbedingungen in der Region. Wir
70 stellen uns daher klar gegen spekulative Immobiliengeschäfte und wollen mit den Förderungen
71 von preisgünstigem Wohnraum bereits früh den Verbleib der gut ausgebildeten jungen
72 Menschen sichern.

73

74 Nicht zuletzt müssen wir die Umwelt und die natürlichen Ressourcen als wichtigen
75 Wirtschaftsfaktor ernst nehmen. Durch neue Steuerungsinstrumente bei der Planung und
76 Genehmigung von Ausgleichsflächen können Freizeiträume neu geschaffen, bzw. ausgebaut
77 und erhalten werden. Tourismus und Landwirtschaft können, statt mit gegensätzlicher
78 Zielsetzung, in einem schlüssigen Konzept gemeinsam gedacht, die wirtschaftliche
79 Leistungsfähigkeit auch schwächerer Regionen verbessern und sichern.

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

Titel Echte Umverteilung – Jetzt!

Antragsteller Hessen-Süd

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Echte Umverteilung – Jetzt!

1 Seit Jahren haben wir es mit einer Entwicklung zu tun, die den gesellschaftlichen Reichtum in
2 den Händen sehr Weniger immer rasanter steigen lässt und gleichzeitig eine immer größere
3 Masse an Menschen zurücklässt, die überhaupt kein Vermögen besitzen oder sogar verschuldet
4 sind. Nach einer aktuellen Studie der Hilfsorganisation Oxfam verfügen die 85 reichsten
5 Menschen der Welt über mehr Vermögen als die ärmsten 3,5 Milliarden zusammen. Bereits jetzt
6 ist abzusehen, dass 2016 das reichste Prozent der Weltbevölkerung mehr Vermögen auf sich
7 vereinigen wird als die restlichen 99 Prozent zusammen.

8
9 In der Bundesrepublik haben wir es mit einer ähnlich dramatischen Entwicklung zu tun. Das
10 private Gesamtvermögen in Deutschland beträgt rund 9,3 Billionen Euro. Hierbei vereinigen die
11 reichsten 0,1 Prozent der Haushalte rund 16 Prozent des gesamten privaten Vermögens auf
12 sich. Die reichsten 10 Prozent sogar einen Anteil von rund 74 Prozent. Soweit die Zahlen.

13
14 Eines bleibt völlig klar: Dass die wenigen Reichen in Deutschland und der Welt immer reicher
15 werden und es gleichzeitig immer mehr arme Menschen gibt, ist kein Naturgesetz, sondern seit
16 Jahren von politischer Seite gewollt und gefördert. Die Politik der sozialen Spaltung kann mit
17 Blick auf die Regierungen Thatcher in Großbritannien und Reagan in den USA bis in die 1980er
18 Jahre zurückverfolgt werden. Aber auch Entscheidungen der bundesdeutschen Gesetzgebung
19 haben die oben beschriebene Entwicklung forciert. So haben der Rückbau des Sozialstaates
20 und die Deregulierung des Arbeitsmarktes in Verbindung mit der Senkung des
21 Spitzensteuersatzes sowie der Senkung der Körperschaftssteuer und dem Aussetzen der
22 Vermögenssteuer ganz erheblich eine immer krasser werdende Vermögensungleichheit
23 begünstigt.

24
25 Es bleibt Kernaufgabe sozialdemokratischer Politik, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu
26 wahren und zu fördern. Das Auseinanderdriften der verschiedenen gesellschaftlichen Schichten
27 birgt ein enormes Gefahrenpotential, welches droht, gerade von der politischen Rechten genutzt
28 zu werden. Darüber hinaus besteht die Gefahr, dass das sozialdemokratische Versprechen,
29 umfassende Chancengleichheit zu erreichen, gänzlich scheitert, wenn wir es zulassen, dass
30 faktisch nicht mehr Leistung und Einsatz über den eigenen Lebensweg entscheiden, sondern
31 die Frage, ob man ein großes Vermögen oder eben Schulden erbt. In Zukunft werden in der
32 Bundesrepublik nie dagewesene Vermögensbeträge vererbt werden. Schätzungsweise 2,6
33 Billionen Euro in den nächsten zehn Jahren. Es bleibt sozialdemokratische Aufgabe, einen Teil
34 dieses Vermögens staatlich abzuschöpfen und demokratisch legitimiert in die Zukunftsfähigkeit
35 des Landes und des gesellschaftlichen Friedens zu investieren.

36
37 Die Jusos fordern daher von der Bundespartei mit Unterstützung der SPD-Bundestagsfraktion,
38 sich für eine solidarische Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums einzusetzen und die
39 Verteilungsdebatte wieder offensiv zu führen. Insbesondere hat sich die Bundespartei für

40 folgende Punkte einzusetzen:

41

42 • Erhöhung des Spitzensteuersatzes gemäß SPD-Beschlussfassung auf Bundesebene

43

44 • Wiedereinführung der Vermögenssteuer

45

46 • Einmalige Vermögensabgabe zur Finanzierung wichtiger Infrastrukturprojekte und zum
47 Schuldenabbau

48

49 • Progressive Besteuerung von Kapitalerträgen

50

51 • Erhöhung der Erbschaftssteuer bei Beibehaltung der Freibeträge

52

53

54

55

56

57

58

59

60

61

62

63

64

65

66

67

68

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

100